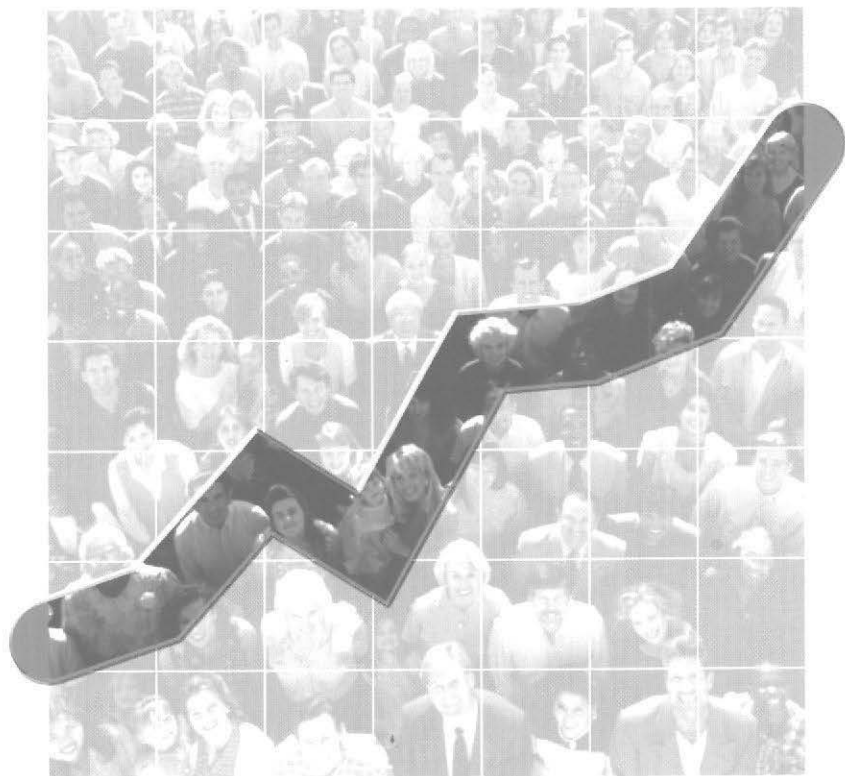
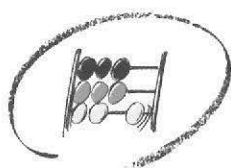


Statistisches Bundesamt (Hrsg.)

In Zusammenarbeit mit WZB und ZUMA



Datenreport 1999



Bundeszentrale
für politische Bildung

Schriftenreihe Band 365

Statistisches Bundesamt (Hrsg.)

In Zusammenarbeit mit dem
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)
und dem Zentrum für Umfragen,
Methoden und Analysen, Mannheim (ZUMA)

Datenreport 1999

Zahlen und Fakten über die
Bundesrepublik Deutschland



Bundeszentrale
für politische Bildung

Bonn 2000

Copyright dieser Ausgabe:

Bundeszentrale für politische Bildung

Redaktion: Gernot Dallinger

Redaktionsschluss: Dezember 1999

Produktion: Heinz Synal

Eine Buchhandelsausgabe besorgt der Olzog Verlag, München

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung
der Bundeszentrale für politische Bildung dar.

Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autoren die Verantwortung.

Satzherstellung: Medienhaus Froitzheim AG, Bonn, Berlin

Technische Bearbeitung der Grafiken: Werbeagentur Rechl, Wanfried-Aue

Druck und Bindung: Druckerei Parzeller, Fulda

ISBN 3-89331-383-4 · ISSN 0435-7604

Inhalt

Vorwort	15
---------	----

Teil I: Gesellschaft, Wirtschaft, Staat im Spiegel der Statistik

0	Informationsdienstleister für Deutschland: Das Statistische Bundesamt und seine Arbeit	19
0.1	Konzeption und Durchführung einer Bundesstatistik	19
0.2	Amtliche Statistiken: Alles aus einer Hand	20
0.3	Internationale Zusammenarbeit	21
0.4	Dialog mit Wissenschaft und Lehre	21
0.5	Wie Sie unsere Daten bekommen	22
1	Bevölkerung	25
1.1	Die Bevölkerung im Spiegel der Statistik	25
1.2	Bevölkerungsentwicklung	26
1.3	Die räumliche Bevölkerungsverteilung	30
1.4	Altersaufbau	33
1.5	Geburten und Sterbefälle	35
1.6	Familien und Haushalte	37
1.7	Eheschließungen, Scheidungen	42
1.8	Ausländische Bevölkerung	44
1.9	Wanderungen	49
2	Bildung	54
2.1	Einführung	54
2.2	Kindergärten	56
2.3	Allgemein bildende und berufliche Schulen	56
2.4	Betriebliche Berufsausbildung	63
2.5	Hochschulen	67
2.6	Weiterbildung	74

2.7	Bildungsniveau der Bevölkerung	76
2.8	Bildung und individuelle Merkmale	76
2.9	Öffentliche Bildungsausgaben	79
2.10	Ausbildungsförderung (BAföG)	80
2.11	Aufstiegsfortbildungsförderung (AFBG)	82
3	Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit	84
3.1	Im Blickpunkt: Erwerbstätige und Arbeitslose	84
3.2	Erwerbstätigkeit als Unterhaltsquelle	86
3.3	Beteiligung am Erwerbsleben	87
3.4	Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen	90
3.5	Berufe und Tätigkeitsmerkmale	91
3.6	Stellung im Beruf	92
3.7	Arbeitslose und offene Stellen	95
3.8	Arbeitsplatzverlust, Kurzarbeit und Arbeitsmarktpolitik	99
3.9	Arbeitslosenquoten im Vergleich	100
3.10	Struktur der Arbeitslosigkeit	103
3.11	Einkommen der Arbeitslosen	108
4	Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte	110
4.1	Zielsetzung der Statistik über Einnahmen und Ausgaben	110
4.2	Von den Einnahmen zu den Ausgaben	110
4.3	Einnahmen der privaten Haushalte	111
4.4	Ausgaben der privaten Haushalte	114
4.5	Zusammensetzung des Privaten Verbrauchs	117
4.6	Ausstattung der Haushalte	128
5	Wohnen	134
5.1	Altersstruktur des Wohnungsbestandes	134
5.2	Größe der Wohnungen	135
5.3	Ausstattung der Wohnungen	137
5.4	Mieten	139
5.5	Wohnsituation der Haushalte	140
5.6	Wohnungsbautätigkeit	145
6	Freizeit und Kultur	149
6.1	Auf dem Weg zur Freizeitgesellschaft?	149
6.2	Arbeitszeit und Urlaubstage	150
6.3	Ausgaben für Freizeit und Kultur	151
6.4	Unterhaltung und Kultur	153
6.5	Sport und Musizieren	158

7	Gesellschaftliche Mitwirkung	159
7.1	Einführung	159
7.2	Teilnahme am politischen Leben	159
7.3	Engagement in Berufsverbänden	167
7.4	Teilnahme am religiösen Leben	171
8	Gesundheit	176
8.1	Gesundheitszustand der Bevölkerung	176
8.2	Medizinische Versorgung	183
8.3	Gesundheitsvorsorge und Lebensführung	186
8.4	Schwangerschaftsabbrüche	188
8.5	Schwerbehinderte	189
8.6	Rehabilitationsmaßnahmen	191
8.7	Ausgaben für die Gesundheit	192
9	Soziale Sicherung	196
9.1	Entwicklung des Systems der sozialen Sicherung	196
9.2	Das Sozialbudget	196
9.3	Die Bestandteile des Sozialbudgets	198
9.4	Gesetzliche Rentenversicherung	199
9.5	Gesetzliche Krankenversicherung	203
9.6	Soziale Pflegeversicherung	205
9.7	Arbeitsförderung	207
9.8	Kindergeld/Familienleistungsausgleich	209
9.9	Erziehungsgeld	210
9.10	Sozialhilfe und Leistungen an Asylbewerber	212
9.11	Jugendhilfe	218
10	Rechtspflege	221
10.1	Einführung	221
10.2	Gerichte	221
10.3	Straffälligkeit	224
11	Öffentliche Haushalte	230
11.1	Vorbemerkung	230
11.2	Ausgaben der öffentlichen Haushalte	231
11.3	Einnahmen der öffentlichen Haushalte	234
11.4	Länderfinanzausgleich	238
11.5	Schulden der öffentlichen Haushalte	240
11.6	Personal der öffentlichen Haushalte	242

12	Gesamtwirtschaft im Überblick	247
12.1	Rahmenbedingungen des wirtschaftlichen Geschehens	247
12.2	Einführung in die gesamtwirtschaftliche Darstellung	248
12.3	Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts	250
12.4	Entstehung des Bruttoinlandsprodukts	251
12.5	Verwendung des Bruttoinlandsprodukts	254
12.6	Verteilung des Volkseinkommens	256
12.7	Außenwirtschaft	259
13	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	269
13.1	Bedeutung der Agrarwirtschaft	269
13.2	Bodennutzung	270
13.3	Landwirtschaftliche Betriebe	271
13.4	Beschäftigte in der Landwirtschaft	273
13.5	Pflanzliche Produktion	276
13.6	Tierische Produktion	279
13.7	Selbstversorgungsgrad	282
13.8	Forstwirtschaft	283
13.9	Fischerei	285
14	Produzierendes Gewerbe	287
14.1	Bedeutung des Produzierenden Gewerbes	287
14.2	Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	287
14.3	Baugewerbe	295
14.4	Energie- und Wasserversorgung	298
14.5	Handwerk	299
15	Dienstleistungsbereich	303
15.1	Bedeutung des Dienstleistungsbereichs	303
15.2	Handel	303
15.3	Tourismus, Gastgewerbe	309
15.4	Kreditinstitute	317
15.5	Versicherungen	322
15.6	Freie Berufe	324
16	Preise und Löhne	327
16.1	Einführung	327
16.2	Preisindizes	327
16.3	Preisindex für die Lebenshaltung	328
16.4	Preisindex für Wohngebäude, Kaufwerte für Bauland	333

16.5	Internationale Entwicklung der Preisindizes für die Lebenshaltung	335
16.6	Verdienste von Arbeitern und Angestellten	336
16.7	Nominal- und Reallöhne	341
16.8	Abgabenbelastung	342
16.9	Arbeitskosten	342
17	Verkehr	345
17.1	Verkehr im Spannungsfeld von Wachstum und Umwelt	345
17.2	Verkehrsinfrastruktur	346
17.3	Fahrzeugbestände	349
17.4	Verkehrsleistungen	354
17.5	Verkehrsunfälle	358
18	Energie und Rohstoffe	362
18.1	Energieverbrauch im Wandel	362
18.2	Messung des Energieverbrauchs	363
18.3	Primärenergieverbrauch im Ländervergleich	365
18.4	Rohstoffgewinnung	365
18.5	Energieträger	367
18.6	Energieverbraucher	370
18.7	Energiepreise	372
19	Umwelt	374
19.1	Umweltökonomische Trends	374
19.2	Umweltbelastungen	377
19.3	Umweltzustand	383
19.4	Umweltschutz	388
20	Deutschland und die Europäische Union	395
20.1	Einführung	395
20.2	Entstehung, Entwicklung und Ziele der Europäischen Union	396
20.3	Konvergenz und Europäische Wirtschafts- und Währungsunion	397
20.4	Die Finanzierung der Europäischen Union	399
20.5	Bevölkerung und Arbeitsmarkt	401
20.6	Gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Europäischen Union	404
20.7	Die außenwirtschaftlichen Beziehungen der EU-Staaten und der Europäischen Union	408
20.8	Die Lebensverhältnisse in der Europäischen Union	411

Teil II: Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden im vereinten Deutschland

<i>A</i>	<i>Einleitung</i>	415
1	Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden: Konzepte und Daten der Sozialberichterstattung	415
<i>B</i>	<i>Subjektives Wohlbefinden</i>	420
2	Globalmaße des subjektiven Wohlbefindens	420
2.1	Zufriedenheit und Glück	420
2.2	Besorgnis- und Anomiesymptome	424
2.3	Bilanz der Entwicklung der Lebensbedingungen	427
2.4	Fazit	430
3	Zufriedenheit in Lebensbereichen	431
3.1	Zufriedenheit in einzelnen Lebensbereichen	431
3.2	Wahrgenommene Lebensbedingungen und Ansprüche	441
4	Wertorientierungen und Zukunftserwartungen	443
4.1	Wichtigkeit einzelner Lebensbereiche	443
4.2	Ansprüche an die eigenen Lebensbedingungen	446
4.3	Zukunftserwartungen	449
5	Lebensstandard	453
5.1	Der realisierte Lebensstandard	453
5.2	Definition eines angemessenen Lebensstandards	455
5.3	Problemgruppen mit niedrigem Lebensstandard	457
5.4	Zufriedenheit mit dem Lebensstandard	459
5.5	Zukünftiger Lebensstandard	460
5.6	Zusammenfassung	462
10		

6	Gesundheit	463
6.1	Gesundheitliche Beeinträchtigung	463
6.2	Subjektive Bewertung der Gesundheit	465
6.3	Gesundheitszustand und Gesundheitszufriedenheit	467
6.4	Gesundheitszustand und allgemeines Wohlbefinden	468
6.5	Gesundheit und Integration in die Gesellschaft	469
6.6	Einschätzung der sozialen Sicherung bei Krankheit	470
7	Bildung und Kompetenzen	471
7.1	Die Offenheit von Bildungswegen	471
7.2	Die Verwertbarkeit von Bildungsabschlüssen im Erwerbsleben	472
7.3	Kompetenzen und gesellschaftliche Integration	476
7.4	Subjektive Bewertung von Bildung	477
8	Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit	480
8.1	Nichterwerbstätige: Erwerbspotential und -barrieren	480
8.2	Befürchtung des Arbeitsplatzverlustes und Beurteilung der finanziellen Absicherung bei Arbeitslosigkeit	483
8.3	Subjektive Arbeitsmarktchancen	487
9	Einstellungen zur Arbeit und Arbeitszufriedenheit	490
9.1	Bedeutung der Arbeit und Arbeitsorientierungen	490
9.2	Arbeitszufriedenheit	494
10	Wohnen	500
10.1	Objektive Wohnbedingungen, Wohnwünsche und Zufriedenheit mit der Wohnung	500
10.2	Zufriedenheit mit der Wohngegend	506
10.3	Zufriedenheitsunterschiede zwischen Bevölkerungs- gruppen	509
11	Familie	512
11.1	Lebens- und Familienformen	512
11.2	Haushaltsformen und relative Einkommenspositionen	514
11.3	Haushaltsformen und Wohnen	515
11.4	Rollenverständnis als Hausfrau	516
11.5	Stellenwert von Ehe und Familie	517
11.6	Familie, Partnerschaft und subjektives Wohlbefinden	519

12	Öffentliche Sicherheit und Kriminalitätsbedrohung	521
12.1	Wichtigkeit des Schutzes vor Kriminalität und Besorgnisse um die öffentliche Sicherheit	522
12.2	Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit	523
12.3	Subjektive Gefährdung durch Kriminalität und Sicherheitsempfinden	525
12.4	Fazit	528
13	Gesellschaftliche Beteiligung und Freizeit	530
13.1	Kirchliche Beteiligung	530
13.2	Beteiligung in Organisationen und Vereinen	534
13.3	Beteiligung und Freizeit	538
14	Umwelt	541
14.1	Stellenwert des Umweltschutzes für das persönliche Wohlbefinden	541
14.2	Zufriedenheit mit dem Umweltschutz	543
14.3	Klagen über einzelne Umweltprobleme	546
14.4	Schutz der Umwelt als gesellschaftliche Aufgabe	549
14.5	Einschätzung der zukünftigen Entwicklung der Umweltsituation	550
15	Soziale Schichtung und soziale Lagen	552
15.1	Soziale Lagen in Deutschland	552
15.2	Subjektive Schichtzugehörigkeit	557
16	Problemgruppen	560
16.1	Problemlagen und Problemgruppen	560
16.2	Kumulation von Problemlagen	565
17	Ausländer in Deutschland	569
17.1	Zentrale Merkmale der ausländischen Bevölkerung	569
17.2	Beschäftigungsstruktur	571
17.3	Einkommensverteilung und Einkommensentwicklung	573
17.4	Soziale Integration	575
17.5	Einbürgerung und Akzeptanz der Staatsbürgerschaft	577
17.6	Fazit	579

18	Einkommensverteilung und Armut	581
18.1	Daten und Methoden	581
18.2	Einkommensentwicklung	582
18.3	Ungleichheit in der Einkommensverteilung	585
18.4	Einkommensarmut und „prekärer“ Wohlstand	588
19	Gesellschaftliche Konflikte und soziale Integration	592
19.1	Konfliktwahrnehmung	592
19.2	Verbreitung von Anomiesymptomen	595
19.3	Gesellschaftliche Integration	597
19.4	Soziale Beziehungen	600
19.5	Zusammenfassung	601
20	Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit im Urteil der Bürger	602
20.1	Freiheitsrechte	602
20.2	Schutz und Sicherheit	605
20.3	Chancengleichheit und Gerechtigkeit	607
20.4	Bewertung der Gesellschaft	609
20.5	Fazit	612
	Stichwortverzeichnis	613
	Die Autoren (Teil II)	623

Vorwort

„In der Hälfte der Familien in Deutschland lebt lediglich ein Kind, nur in jeder achten drei und mehr.“ „Die Ostdeutschen sind mittlerweile mit ihrem Leben fast genauso zufrieden wie die Westdeutschen.“ „Frankreich war 1997 in der EU das Land mit dem höchsten Anteil an Strom aus Kernenergie, die Bundesrepublik belegte Platz vier.“ „Die Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren, hat sich in Ostdeutschland zwar deutlich reduziert, trotzdem befürchteten 1998 immerhin noch 20 % aller Arbeiter und Angestellten, bald arbeitslos zu sein.“

Diese wenigen Sätze sagen viel über das Leben in Deutschland aus. Im neuen Datenreport finden Sie eine Fülle von Fakten. Reine „Zahlenkolonnen“ sind aber tabu, alles wird textlich erläutert, Hintergründe und Zusammenhänge werden beleuchtet. Mit dem Datenreport erhalten Sie ein aktuelles „Lese-Buch“ mit umfassenden Informationen zu Deutschland am Ende des 20. Jahrhunderts.

Das Außergewöhnliche am Datenreport, der jetzt in seiner achten Ausgabe erscheint, ist die Mischung aus amtlichen Zahlen und Sozialforschung: Die neutral, objektiv und unabhängig erhobenen Ergebnisse der amtlichen Statistik einerseits und die Erkenntnisse der Sozialwissenschaft andererseits spiegeln objektives Sein und subjektives Erleben gleichermaßen. Dies und die umfassende Palette wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Themen machen den Datenreport zu einer in Deutschland wohl einmaligen Form der Sozialberichterstattung.

In dieser Ausgabe bilden auch im Jahre 10 nach dem Fall von Mauer und Stacheldraht die Entwicklung in den westlichen und östlichen Bundesländern sowie das – nach wie vor schwierige – Zusammenwachsen des vereinten Deutschlands einen Schwerpunkt. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Rolle Deutschlands in Europa, insbesondere in der Europäischen Union. Neben dem neuen Kapitel „Deutschland und die Europäische Union“ finden Sie deshalb in den Texten viele Vergleiche mit anderen europäischen Ländern.

Der Präsident
der Bundeszentrale für politische Bildung
Dr. Günter Reichert

Der Präsident
des Statistischen Bundesamtes
Johann Hahlen

Teil I:

Gesellschaft, Wirtschaft, Staat im Spiegel der Statistik

Die Texte stammen von zahlreichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus den Fachabteilungen des Statistischen Bundesamtes. Renate Koenig und Annette Pfeiffer führten die redaktionelle Bearbeitung durch.

Fachliche Informationen bzw. Kontaktadressen zum **Teil I** können Sie direkt beim Statistischen Bundesamt bei der Gruppe IC (Telefon: 06 11/75-27 33 und -44 86, Fax: 06 11/72 40 00) erfragen.

Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: <http://www.statistik-bund.de>

oder bei unserem Informationsservice

65180 Wiesbaden

- Telefon: 06 11/75-24 05
- Telefax: 06 11/75-33 30
- E-Mail: info@statistik-bund.de

0 Informationsdienstleister für Deutschland: Das Statistische Bundesamt und seine Arbeit

„Kurz gesagt, Statistiker helfen bei der Gestaltung von Entscheidungen im Bereich der Wirtschaft, sie stellen Navigationshilfen für das Staatsschiff bereit, sie unterstützen soziale Institutionen, die für die Wohlfahrt der Bevölkerung tätig sind, und sie verhelfen Studierenden und der Öffentlichkeit zu einer stärker an den Realitäten orientierten Vorstellung über das komplexe ökonomische und soziale Umfeld, in dem sie leben“ (Handbook of Statistical Organization, Vereinte Nationen, 1954).

45 Jahre nach Erscheinen des „Handbook“ ist diese Aussage gültiger denn je. In Deutschland – wie fast überall in der Welt – sind die Erhebungen der amtlichen Statistik und darauf aufbauende Prognosen und Analysen Grundlage praktisch aller wirtschafts- und sozialpolitischen Entscheidungen. Die amtliche Statistik stellt mit rund 250 Bundesstatistiken über gesellschaftliche, wirtschaftliche und ökologische Zusammenhänge heute einen wesentlichen Teil der informationellen Infrastruktur unseres Landes dar. Ohne fundierte Datenbasis würden politische Entscheidungen oft ein „Fischen im Trüben“ bedeuten. Steuergelder und Sozialbeiträge könnten nicht wirksam und zielgerichtet eingesetzt werden.

Neben Entscheidungsträgern aus Politik und Verwaltung greifen die Wissenschaft, Unternehmen, Gewerkschaften, Finanzmärkte, Medien und viele Bürgerinnen und Bürger auf unsere Statistiken zurück. Für sie alle ist die Bezeichnung „amtlich“ ein Gütesiegel für die Daten. Es bedeutet: Die Informationen sind nach den strengen Grundsätzen der Neutralität, Objektivität und wissenschaftlichen Unabhängigkeit erstellt und damit wirklich zuverlässig.

Dieser „Datenreport“, den Sie in Händen halten, beruht zu großen Teilen auf Daten der deutschen amtlichen Statistik. Deshalb möchten wir Sie einleitend kurz auch über uns informieren.

0.1 Konzeption und Durchführung einer Bundesstatistik

Grundlage der Arbeit der amtlichen Statistiker im Statistischen Bundesamt und den 16 statistischen Ämtern der Länder ist das „Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke“ (Bundesstatistikgesetz) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565).

Hierin sind die Stellung und Aufgaben des Statistischen Bundesamtes festgelegt sowie die Anordnung von Statistiken, die Auskunftspflicht und die statistische Geheimhaltung geregelt. In diesem Gesetz steht, dass für jede Statistik grundsätzlich eine spezielle gesetzliche Ermächtigung notwendig ist. Statistische Befragungen greifen ein in die Rechtssphäre des Einzelnen und damit in das von Artikel 2 in Verbindung mit Artikel 1 des Grundgesetzes garantierte Recht der freien persönlichen Entfaltung mit der informationellen Selbstbestimmung. Solche Eingriffe sind nur aufgrund von Gesetzen zulässig.

Die Aufgabenverteilung zwischen dem Statistischen Bundesamt und den 16 statistischen Landesämtern ist grundsätzlich folgende: Während das Statistische Bundesamt in erster Linie für die methodische und technische Vorbereitung der Statistiken sowie die Zusammenstellung und Veröffentlichung der Bundesergebnisse zuständig ist, werden die Erhebungs- und Aufbereitungsarbeiten von den Landesämtern geleistet. Sie teilen ihre Daten dem Statistischen Bundesamt mit, das sie zum Gesamtergebnis für Deutschland zusammenfasst. Es gibt aber auch Statistiken, wie z. B. die Außenhandelsstatistik, die zentral vom Statistischen Bundesamt durchgeführt werden.

0.2 Amtliche Statistiken: Alles aus einer Hand

Dass Statistiken weitestgehend von den statistischen Ämtern erstellt werden und nicht etwa von den staatlichen Behörden, die an den jeweiligen Daten interessiert sind, ist in vielen Ländern der Welt üblich und hat große Vorteile: Amtliche Statistiken werden von vielen Menschen und Institutionen genutzt. Zentrale „Anlaufstellen“ schaffen Transparenz und gewährleisten Gleichbehandlung bei der Informationsversorgung, was für eine Demokratie von großer Bedeutung ist. Auch die zur Wahrung des Statistikgeheimnisses gebotene Trennung von Statistik und Exekutive wird so erleichtert. Schließlich verhindert die Bündelung ein Nebeneinander verschiedenster, nach unterschiedlichen Verfahren erstellter, sich möglicherweise überlappender oder unvollständig bleibender Statistiken. So verfügt die Bundesrepublik Deutschland über ein abgestimmtes statistisches System, z. B. von Wirtschaftsstatistiken. Sie sind so konzipiert, dass sie in ihrer Gesamtheit die Erstellung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die das Wirtschaftsgeschehen unseres Landes insgesamt beschreiben, ermöglichen.

Von dem Prinzip der Bündelung amtlicher Statistiken gibt es einige Ausnahmen. Die Bundesanstalt für Arbeit z. B. ist für die Erhebung der Arbeitslosenzahlen zuständig, die Deutsche Bundesbank erstellt die Geld- und Währungsstatistiken. Beide Einrichtungen arbeiten eng mit dem Statistischen Bundesamt zusammen.

0.3 Internationale Zusammenarbeit

Deutschland arbeitet mit vielen anderen Staaten, insbesondere innerhalb der Europäischen Union (EU), an der Vergleichbarkeit der nationalen Statistiken. Ziel ist, dass die Staaten vor allem kompatible Methoden, Begriffe und Klassifikationen zugrunde legen. Denn: Will man vergleichende Gegenüberstellungen verschiedener Staaten erstellen oder wird eine einheitliche internationale Datenbasis als Entscheidungsgrundlage gebraucht, so sind vergleichbare – harmonisierte – Statistiken ein Muss. Dies gilt besonders für die Mitgliedstaaten der EU und noch mehr für die Eurozone.

Nach dem politischen und wirtschaftlichen Umbruch in Mittel- und Osteuropa ist für das Statistische Bundesamt die Zusammenarbeit mit den statistischen Ämtern dieser Länder zu einer festen Arbeit geworden, die sich im Rahmen der beiden EU-Hilfsprogramme Phare und TACIS vollzieht.

Ende 1993 hat das Statistische Bundesamt mit dem Chinesischen Statistischen Zentralamt eine Kooperationsvereinbarung geschlossen. Auf deren Grundlage leistet das Statistische Bundesamt im Rahmen seiner Möglichkeiten Hilfe bei der Anpassung der chinesischen Statistik an die Erfordernisse einer – im Aufbau begriffenen – marktwirtschaftlich geprägten Wirtschaftsstruktur, etwa durch Fortbildung chinesischer Statistiker.

0.4 Dialog mit Wissenschaft und Lehre

Die Zusammenarbeit mit Wissenschaft und Lehre ist ein wichtiges Anliegen des Statistischen Bundesamtes. Gemeinsam mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft (Ausschuss Methodik Statistischer Erhebungen) veranstaltet das Amt jedes Jahr ein wissenschaftliches Kolloquium, um den Informationsaustausch und die Kooperation zwischen amtlicher Statistik, Wissenschaft und deren Nutzern aus Wirtschaft, Politik, Verbänden und Instituten zu fördern.

Erhebliche Fortschritte konnten in den letzten Jahren bei der Verbesserung des Angebots an anonymisierten Mikrodaten für die Analyse wirtschafts-, sozial- und gesellschaftspolitischer Zusammenhänge erzielt werden. Der 1997 eingeschlagene Weg, der Wissenschaft zu günstigen Konditionen anonymisierte Mikrodaten zur Verfügung zu stellen, wird weitergegangen.

Der jährliche Forschungs- und Entwicklungsplan des Amtes enthält interessante statistische Themen bspw. für Diplom- und Doktorarbeiten. Seit 1999 vergibt das Statistische Bundesamt den so genannten „Gerhard-Fürst-Preis“ (benannt nach dem ersten Leiter des Statistischen Bundesamtes) für die besten Diplom- und Doktorarbeiten mit Bezug zur amtlichen Statistik.

0.5 Wie Sie unsere Daten bekommen

Das Statistische Bundesamt bereitet seine Daten zielgruppenorientiert auf. Kostenlos steht allen Interessierten die „informationelle Grundversorgung“ zur Verfügung. Hierzu zählen bspw. Pressemitteilungen, Faltblätter, kleine Broschüren, die Beantwortung von Anfragen durch unseren Infoservice oder die Verbreitung allgemeiner Informationen und der wichtigsten Zahlen über das Internet. Andere Produkte und Dienstleistungen – wie Print-Veröffentlichungen, CD-ROM, Disketten, Online-Dienste – können käuflich erworben werden. Einen detaillierten Überblick über unser Angebot gibt es im *Veröffentlichungsverzeichnis*.

Daneben entwickelt das Amt auch „maßgeschneiderte“ Lösungen für Kunden mit individuellen Informationswünschen. Dazu zählen komplexe Anfragen an die Auskunftsdienste, spezielle Sonderauswertungen des statistischen Materials sowie Beratungsleistungen für bestimmte Projekte.

Infoservice, Messen

Das Statistische Bundesamt unterhält für alle Interessenten den Statistischen Informationsservice. Die Mitarbeiter des Infoservice erreichen Sie telefonisch werktäglich von 8 bis 17 Uhr (freitags bis 15 Uhr) unter Tel.: (06 11) 75 24 05. Sie bekommen entweder direkt die gewünschte Information und Beratung oder werden mit einem Fachexperten verbunden. Umfassendere Anfragen zu verschiedenen Themen werden schriftlich beantwortet. Sie können sich auch per Fax unter (06 11) 75 33 30 mit Ihren Fragen an den Informationsservice wenden.

Falls Sie mit einer Gruppe das Amt besuchen wollen, nehmen Sie bitte ebenfalls Kontakt mit dem Infoservice auf. Gewissermaßen vor Ort können Sie das Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes auch auf großen Messen und Ausstellungen kennen lernen. Messestände unterhält das Amt regelmäßig bspw. auf der Frankfurter und der Leipziger Buchmesse oder der CeBit.

Ihr Ansprechpartner für Auskünfte zu europäischen und internationalen Statistiken ist – montags bis donnerstags von 9 bis 17 Uhr, freitags von 9 bis 15 Uhr – der „Eurostat Data Shop“ in Berlin unter Tel.: (0 30) 23 24 64 27 bzw. Fax: (0 30) 23 24 64 30.

Der Informationspunkt-Berlin (i-Punkt) des Statistischen Bundesamtes bietet einen modernen und unmittelbaren Informations- und Beratungsservice in der Hauptstadt. Hier gibt es wichtige und besondere Kunden, die von den Mitarbeitern des i-Punkts fach- und zielgerichtet informiert werden: z.B. Parlament, Regierungsstellen, Botschaften, Ländervertretungen, Unternehmen und Wirtschaftsverbände. Sie erreichen den i-Punkt montags bis donnerstags von 8 bis 17 Uhr und freitags von 8 bis 15 Uhr unter Tel.: (0 30) 23 24 64 34 bzw. Fax: (0 30) 23 24 64 40.

Das Internetangebot

„<http://www.statistik-bund.de>“ ist die Internetadresse für unser aktuelles Informationsangebot aus der Bundesstatistik.

Zahlen und Fakten bilden den Schwerpunkt. Neben tagesaktuellen Pressediensten sind das die Basisdaten mit Jahresergebnissen aus vielen Bereichen der amtlichen Statistik, die Indikatoren mit Monats- und Quartalergebnissen aus dem Wirtschaftsleben und der Zeitreihenservice, der Abonnenten den Zugriff auf mehr als eine Million Zeitreihen aus der Datenbank STATIS-BUND („Statistisches Informationssystem des Bundes“) ermöglicht. Während Informationen zum Inhalt der Datenbank über ein komfortables Dokumentations- und Recherchesystem kostenfrei erschlossen werden können, ist der Bestell- und Abholservice für Daten kostenpflichtig und über einen jährlichen Nutzervertrag mit dem Statistischen Bundesamt möglich.

Weitere Bestandteile unseres Internetangebots sind Informationen über wichtige nationale und internationale methodische Entwicklungen im Bereich der amtlichen Statistik, Hinweise auf Veröffentlichungen und Veranstaltungen sowie „links“ zu zahlreichen anderen Statistikanbietern. Eine Selbstdarstellung und Telefonnummern bzw. E-Mail-Adressen zur Kontaktaufnahme mit Ansprechpartnern im Statistischen Bundesamt runden das Informationsangebot ab.

Gedruckte Veröffentlichungen

Die bekannteste Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes ist das jährlich im Herbst erscheinende „Statistische Jahrbuch“ mit seinem umfassenden Überblick über das Informationsangebot der amtlichen Statistik. Neben weiteren allgemeinen *Querschnittsveröffentlichungen*, wie dem „Zahlenkompass“ und der Monatszeitschrift „Wirtschaft und Statistik“, steht Ihnen eine breite Palette themenbezogener *Querschnittsveröffentlichungen*, z. B. über Familien oder die ausländische Bevölkerung in Deutschland, aber auch zu ausgewählten Wirtschaftsbereichen zur Verfügung. Sie werden ergänzt durch Veröffentlichungen zu Organisations- und Methodenfragen, wie etwa die Schriftenreihen „Forum“ und „Spektrum“ der Bundesstatistik.

Dem statistisch interessierten Nutzer liefern die 19 *Fachserien* aktuelle statistische Ergebnisse nach sachlich und regional tief gegliederten Merkmalen. Jede Fachserie umfasst Veröffentlichungsreihen mit Ergebnissen laufender Statistiken, im Bedarfsfall auch Sonderbeiträge.

Ergänzt wird das gedruckte Programm durch die Veröffentlichungen von *Klassifikationen*.

Elektronische Informationsangebote

Für kleinere Datenmengen bieten wir – zur Weiterverarbeitung auf Ihrem PC – „Standardprodukte auf Diskette“ an. Ein Beispiel für diesen Dienst ist das ge-

meinsam mit den Statistischen Ämtern der Länder herausgegebene Diskettenpaket „Statistik regional“, mit dem sie selbst nach wirtschaftlichen und sozialen Fakten aus der amtlichen Statistik für Kreise und kreisfreie Städte, Regierungsbezirke, Länder und dem Bund recherchieren und sich Daten zu Tabellen zusammenstellen können. Ebenfalls auf Diskette erhältlich sind verschiedene Klassifikationen, z. B. die „Klassifikation der Wirtschaftszweige“, das „Systematische Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken“ oder das „Warenverzeichnis für den Außenhandel“.

1 Bevölkerung

1.1 Die Bevölkerung im Spiegel der Statistik

Daten über Struktur und Entwicklung der Bevölkerung gehören zum grundlegenden Informationsbedarf für fast alle Bereiche von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Politik benötigt sie, weil viele Entscheidungen – etwa im Bildungs- und Gesundheitswesen – nur auf der Grundlage exakter bevölkerungsstatistischer Angaben getroffen werden können. Für das wirtschaftliche Geschehen sind demographische Gegebenheiten von Bedeutung, weil sie Informationen über den Menschen als Arbeitskraft, Einkommensbezieher und Konsumenten liefern.

Hinter den bloßen Zahlen verbergen sich aber auch Werthaltungen und Lebenseinstellungen, die ihrerseits wieder Rückwirkungen auf die Bevölkerungsstruktur haben. So spiegelt sich z. B. in der Zahl der Eheschließungen und -scheidungen, der Geburtenentwicklung und der Familiengröße die Einstellung der Gesellschaft zur Familie und zu Kindern wider. Der Altersaufbau hat direkte Auswirkungen auf

Tab. 1: Bevölkerung am 31. 12. 1997 nach ausgewählten Altersgruppen

Alter von bis unter Jahren	Insgesamt		Weiblich	
	1 000	%	1 000	%
<i>Deutschland</i>				
Unter 15	13 098	16,0	6 376	15,2
15–40	29 116	35,5	14 126	33,6
40–65	26 876	32,8	13 391	31,8
65 und älter	12 966	15,8	8 173	19,4
Insgesamt	82 057	100	42 065	100
<i>Früheres Bundesgebiet¹</i>				
Unter 15	11 012	16,2	5 360	15,4
15–40	24 148	35,5	11 768	33,8
40–65	22 045	32,4	10 968	31,5
65 und älter	10 769	15,8	6 746	19,4
Insgesamt	67 974	100	34 842	100
<i>Neue Länder²</i>				
Unter 15	2 086	14,8	1 015	14,1
15–40	4 968	35,3	2 358	32,7
40–65	4 832	34,3	2 422	33,5
65 und älter	2 197	15,6	1 427	19,8
Insgesamt	14 083	100	7 223	100

1 Einschl. der Angaben für Berlin. – 2 Ohne Angaben für Berlin-Ost.

die Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten der Bevölkerung und beeinflusst daher unmittelbar ihre Lebensweise.

Aufgrund dieser vielfältigen Wechselwirkungen und des weit reichenden Bedarfs an demographischen Daten ist es nicht verwunderlich, dass die Bevölkerungsstatistik zu den traditionsreichsten Arbeitsgebieten der amtlichen Statistik gehört. Auf den Ergebnissen der Volkszählung aufbauend, führen die statistischen Ämter die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes durch. Zur Bevölkerungsfortschreibung werden die Aufzeichnungen der Standesämter über Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle herangezogen. Über die Wanderungsbewegungen, d. h. die Zu- und Fortzüge, geben die Unterlagen der Einwohnermeldeämter Auskunft. Die Bevölkerungsdaten der Fortschreibung werden ergänzt durch die Ergebnisse der üblicherweise jährlich durchgeführten Mikrozensus, die eine Auswahl von 1 % der Bevölkerung erfassen, durch Hochrechnung aber verlässliche Aussagen über die Gesamtheit ermöglichen. Für die ehemalige DDR liegen in der Bevölkerungsstatistik im Wesentlichen den bundesdeutschen vergleichbare Angaben vor. Zwar gab es andere Erhebungsverfahren, doch können mit deren Ergebnissen ebenso wie für das frühere Bundesgebiet Entwicklungen und Strukturen aufgezeigt werden.

1.2 Bevölkerungsentwicklung

Ende 1997 hatte Deutschland 82,1 Mill. Einwohner und damit etwa 22 Mill. mehr als kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. In West- und Ostdeutschland hat sich die Bevölkerungszahl seit 1939 jedoch sehr unterschiedlich entwickelt. Im früheren Bundesgebiet stieg sie zwischen 1939 und 1974 von 43,0 Mill. auf 62,1 Mill. Danach bewegte sie sich bis 1988 wieder unter der 62-Millionen-Grenze.

Die Zunahme der Bevölkerungszahl des früheren Bundesgebietes nach dem Zweiten Weltkrieg (trotz der Kriegsverluste) beruhte zunächst im Wesentlichen auf der Aufnahme von Vertriebenen aus den Ostgebieten des ehemaligen Deutschen Reichs und den deutschen Siedlungsgebieten im Ausland. 1950 betrug die Zahl der Vertriebenen im früheren Bundesgebiet rund 8 Mill.; das entsprach einem Anteil an der Bevölkerung von 16 %.

Zwischen 1950 und 1961 war der Bevölkerungszuwachs hauptsächlich auf die Zuwanderung aus der ehemaligen DDR zurückzuführen. Von 1950 bis zum Mauerbau am 13. August 1961 fanden etwa 2,6 Mill. Personen aus Ostdeutschland als Übersiedler im früheren Bundesgebiet Aufnahme.

Seit Mitte der 60er Jahre wird die Bevölkerungsentwicklung im früheren Bundesgebiet bzw. – ab November 1990 – in Deutschland entscheidend durch die Zu- und Abwanderung von Ausländerinnen und Ausländern beeinflusst. Zwischen 1961 und 1997 sind insgesamt 23,1 Mill. ausländische Staatsangehörige in das frühere Bundesgebiet bzw. nach Deutschland zugezogen, und 17,0 Mill. haben es wieder verlassen. Die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer erhöhte sich in diesem

Tab. 2: Bevölkerungsentwicklung seit 1939
in Tausend

Jahr ¹	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
1939	59 753	43 008	16 745
1950	68 724	50 336	18 388
1955	70 531	52 698	17 832
1960	72 973	55 785	17 188
1965	76 336	59 297	17 040
1970	78 069	61 001	17 068
1975	78 465	61 645	16 820
1980	78 397	61 658	16 740
1985	77 661	61 020	16 640
1986	77 780	61 140	16 640
1987	77 900	61 238	16 661
1988	78 390	61 715	16 675
1989	79 113	62 679	16 434
1990	79 753	63 726	16 028
1991	80 275	64 485	15 790
1992	80 975	65 289	15 685
1993	81 338	65 740	15 598
1994	81 539	66 007	15 531
1995	81 817	66 342	15 476
1996	82 012	66 583	15 429
1997	82 057	66 688	15 369

1 1939 Ergebnisse der Volkszählung; sonst jeweils am 31. 12.

Zeitraum von knapp 690 000 auf 7,4 Mill.1997. Die Zunahme ist zum größten Teil auf Zuwanderungsüberschüsse zurückzuführen.

Ferner fanden zwischen 1962 und 1997 etwa 3,3 Mill. Aussiedlerinnen und Aussiedler im früheren Bundesgebiet bzw. – ab November 1990 – in Deutschland Aufnahme. Im Jahr 1990 wurde mit rund 397 000 Personen die mit Abstand höchste Aussiedlerzahl der Bundesrepublik Deutschland registriert. In den Jahren 1991 bis 1997 bewegte sich diese Zahl zwischen knapp 231 000 (1992) und 134 000 (1997). Insgesamt gesehen sind im Zeitraum 1950/97 etwa 3,8 Mill. Deutsche aus den Ostgebieten des ehemaligen Deutschen Reichs sowie aus Ost- und Südosteuropa im früheren Bundesgebiet bzw. in Deutschland aufgenommen worden. Von ihnen kamen jeweils 1,4 Mill. aus Polen und 1,7 Mill. aus der ehemaligen Sowjetunion. Weitere 427 000 stammten aus Rumänien.

Im Gebiet der ehemaligen DDR stieg die Bevölkerungszahl nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs als Folge der Aufnahme von Vertriebenen zunächst ebenfalls an, und zwar bis auf rund 19 Mill. im Jahr 1948. Die Zahl der Vertriebenen in der ehemaligen DDR – dort als „Neubürger“ oder „Umsiedler“ bezeichnet – betrug 1950 etwa 4,1 Mill., was einem Anteil an der Bevölkerung von 22 % entsprach.

Abb. 1: Jährliche Bevölkerungszunahme bzw. -abnahme

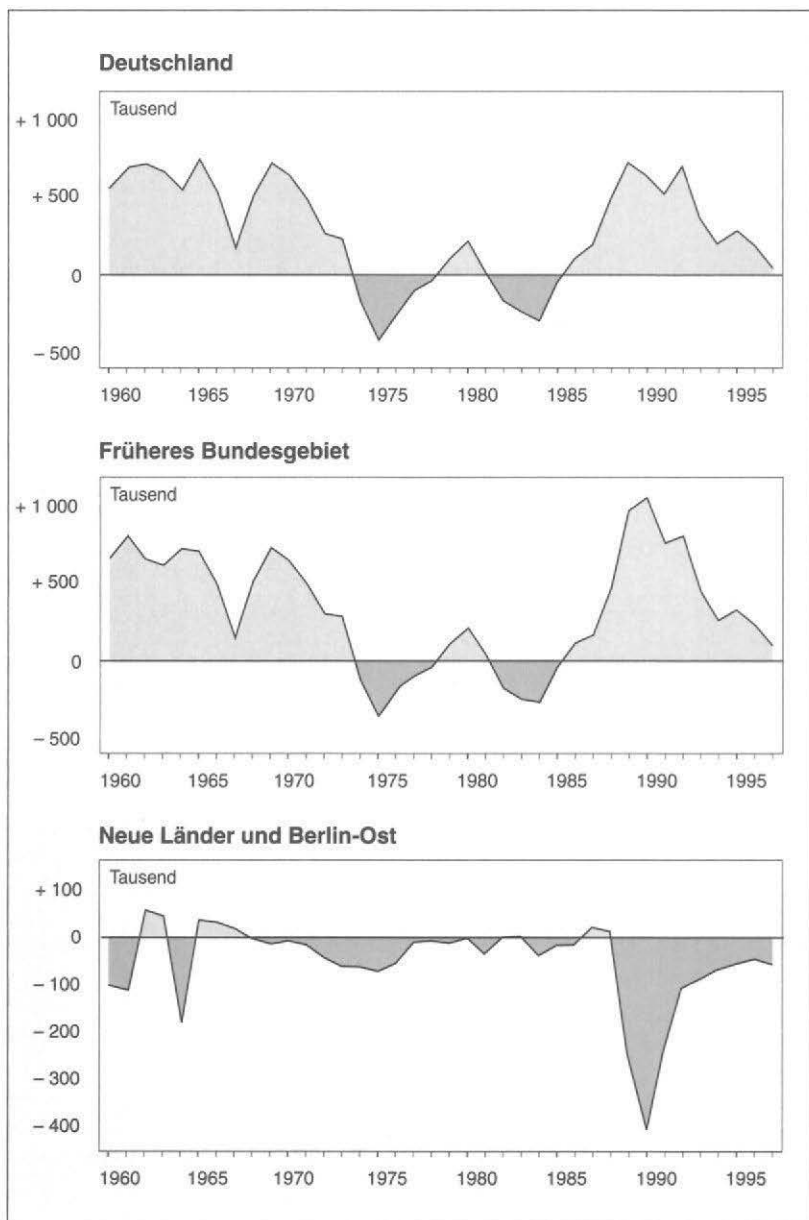
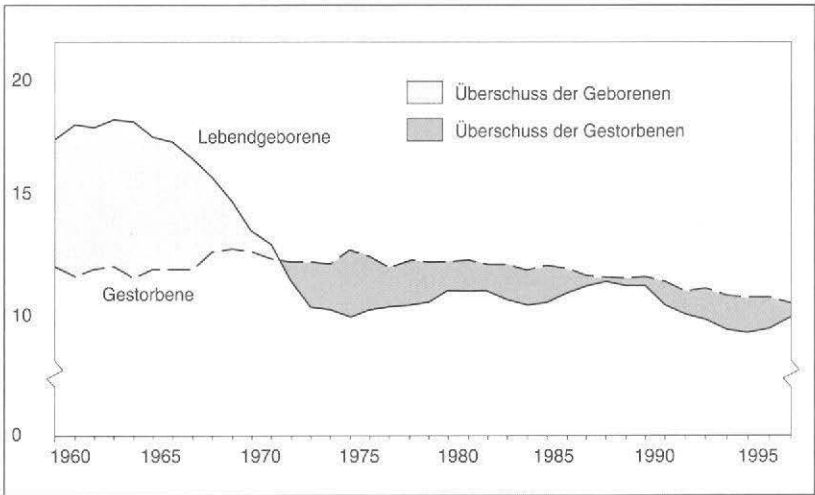


Abb. 2: Lebendgeborene und Gestorbene in Deutschland seit 1960
je 1 000 Einwohner



Tab. 3: Aussiedler und Aussiedlerinnen nach Herkunftsgebieten 1950 bis 1997

Zeitraum bzw. Jahr ¹	Einheit	Insgesamt	Polen	Sowjet-union ²	Tschecho-slowakei ²	Rumänien	Jugo-slawien ²	Sonstige Gebiete
1950–1959	Anzahl	439 714	292 181	13 580	20 361	3 454	59 006	51 132
	%	100	66,4	3,1	4,6	0,8	13,4	11,6
1960–1969	Anzahl	221 516	110 618	8 571	55 733	16 294	21 108	9 192
	%	100	49,9	3,9	25,2	7,4	9,5	4,1
1970–1979	Anzahl	355 381	202 711	56 592	12 278	71 415	6 205	6 180
	%	100	57,0	15,9	3,5	20,1	1,7	1,7
1980–1989	Anzahl	984 087	632 800	176 565	12 727	151 157	3 282	7 556
	%	100	64,3	17,9	1,3	15,4	0,3	0,8
1990	Anzahl	397 075	133 872	147 950	1 708	111 150	961	1 434
	%	100	33,7	37,3	0,4	28,0	0,2	0,4
1991	Anzahl	221 995	40 129	147 320	927	32 178	450	991
	%	100	18,1	66,4	0,4	14,5	0,2	0,4
1992	Anzahl	230 565	17 742	195 576	460	16 146	199	442
	%	100	7,7	84,8	0,2	7,0	0,1	0,2
1993	Anzahl	218 888	5 431	207 347	134	5 811	120	45
	%	100	2,5	94,7	0,1	2,7	0,1	0,0
1994	Anzahl	222 591	2 440	213 214	97	6 615	182	43
	%	100	1,1	95,8	0,0	3,0	0,1	0,0
1995	Anzahl	217 898	1 677	209 409	62	6 519	178	53
	%	100	0,8	96,1	0,0	3,0	0,1	0,0
1996	Anzahl	177 751	1 175	172 181	14	4 284	77	20
	%	100	0,7	96,9	0,0	2,4	0,0	0,0
1997	Anzahl	134 419	687	131 895	10	1 777	34	16
	%	100	0,5	98,1	0,0	1,3	0,0	0,0

1 Früheres Bundesgebiet; ab 1. 11. 1990 Deutschland. – 2 Bzw. Nachfolgestaaten.

Nach 1948 ging die Einwohnerzahl bis zum Mauerbau 1961 Jahr für Jahr zurück, hauptsächlich als Folge der starken Abwanderung in das frühere Bundesgebiet. 1961 lag sie bei 17,1 Mill. Durch die hermetische Abriegelung der ehemaligen DDR konnte der Bevölkerungsrückgang nur vorübergehend gestoppt werden. 1973 sank die Einwohnerzahl – auch bedingt durch Geburtendefizite in den 70er Jahren – unter die 17-Millionen-Grenze. Die Massenflucht im Jahr 1989 beschleunigte den Bevölkerungsrückgang und Ende 1990 hatte die ehemalige DDR nur noch 16,0 Mill. Einwohner. Bis Ende 1997 verringerte sich die Einwohnerzahl in den neuen Ländern und Berlin-Ost um weitere 660 000 Personen auf 15,4 Mill. In letzter Zeit ist aber eine Abschwächung des Bevölkerungsrückgangs zu beobachten.

1.3 Die räumliche Bevölkerungsverteilung

Der Bevölkerungszahl entsprechend veränderte sich auch die Bevölkerungsdichte, d. h. die Zahl der Einwohner je Quadratkilometer, in beiden Teilen Deutschlands. Im früheren Bundesgebiet stieg sie im Zeitraum 1950/74 von 201 auf 250 an, ging im Zeitraum 1985/86 auf 245 zurück und lag 1997 bei 268. In den neuen Ländern und Berlin-Ost verringerte sich dieser Wert zwischen 1950 und 1997 von 171 auf 142 Einwohner je Quadratkilometer. Wegen der wesentlich geringeren Bevölkerungsdichte in den neuen Ländern betrug die Dichteziffer

Tab. 4: Bundesländer nach Fläche und Einwohnern am 31. 12. 1997

Bundesland	Regierungssitz	Fläche 1 000 km ²	Einwohner	
			1 000	je km ²
Baden-Württemberg	Stuttgart	35,8	10 397	291
Bayern	München	70,5	12 066	171
Berlin	Berlin	0,9	3 426	3 846
Brandenburg	Potsdam	29,5	2 573	87
Bremen	Bremen	0,4	674	1 667
Hamburg	Hamburg	0,8	1 705	2 257
Hessen	Wiesbaden	21,1	6 032	286
Mecklenburg-Vorpommern	Schwerin	23,2	1 808	78
Niedersachsen	Hannover	47,6	7 845	165
Nordrhein-Westfalen	Düsseldorf	34,1	17 974	527
Rheinland-Pfalz	Mainz	19,8	4 018	202
Saarland	Saarbrücken	2,6	1 081	421
Sachsen	Dresden	18,4	4 522	246
Sachsen-Anhalt	Magdeburg	20,4	2 702	132
Schleswig-Holstein	Kiel	15,8	2 756	175
Thüringen	Erfurt	16,2	2 478	153
Deutschland	Berlin/Bonn	357,0	82 057	230

für Deutschland insgesamt 230 Einwohner je Quadratkilometer. Am dichtesten besiedelt sind die Stadtstaaten (Berlin: 3 846, Hamburg: 2 257, Bremen: 1 667 Einwohner je Quadratkilometer). Die geringste Besiedlung je Quadratkilometer weisen die Länder Mecklenburg-Vorpommern (78), Brandenburg (87), Sachsen-Anhalt (132), Thüringen (153) und Niedersachsen (165 Einwohner je Quadratkilometer) auf.

Mit einer Ausdehnung von rund 357 000 Quadratkilometern lag Deutschland 1997 in Europa hinsichtlich der Fläche an siebenter Stelle und in Bezug auf die Bevölkerungsdichte – nach den Niederlanden (377), Belgien (334) sowie Großbritannien und Nordirland (244) – an vierter Stelle (ohne die flächenmäßig kleinen Länder Malta, Monaco, San Marino und Vatikanstadt). Island mit durchschnittlich 3, Norwegen mit 13, Finnland mit 15 und auch die Russische Föderation mit 9 Einwohnern je Quadratkilometer sind im Vergleich dazu sehr dünn besiedelt.

Tab. 5: Einwohnerzahlen und Bevölkerungsdichten
in ausgewählten Großstädten am 31. 12. 1997

Rang- folge	Stadt	Einwohner in 1 000	Stadt	Einwohner pro km ²
1	Berlin	3 426	München	3 883
2	Hamburg	1 705	Berlin	3 846
3	München	1 206	Herne	3 460
4	Köln	964	Oberhausen	2 900
5	Frankfurt a. M.	643	Essen	2 894
6	Essen	609	Stuttgart	2 823
7	Dortmund	595	Gelsenkirchen	2 732
8	Stuttgart	585	Bochum	2 722
9	Düsseldorf	571	Düsseldorf	2 631
10	Bremen	674	Nürnberg	2 628
11	Duisburg	529	Offenbach a. M.	2 592
12	Hannover	521	Frankfurt a. M.	2 591
13	Nürnberg	490	Hannover	2 551
14	Dresden	459	Leipzig	2 542
15	Leipzig	446	Köln	2 380

Am 1. Januar 1998 gab es in Deutschland 14 302 politisch selbstständige Gemeinden, und zwar 8 511 im früheren Bundesgebiet und 5 791 in den neuen Bundesländern. Erhebliche Unterschiede bestehen in beiden Teilen Deutschlands hinsichtlich der Verteilung der Einwohner auf Gemeindegrößenklassen. So lebten 1997 von der Bevölkerung der neuen Länder 18 % in Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern gegenüber 5 % der Bevölkerung des früheren Bundesgebiets. Auf die Großstädte (Gemeinden mit 100 000 oder mehr Einwohnern) entfielen im früheren Bundesgebiet 32 % und in den neuen Ländern 26 % der jeweiligen Bevölkerung.

Abb. 3: Bevölkerungsdichte in den Ländern und Stadtstaaten
 am 31. 12. 1997
 Einwohner je km²

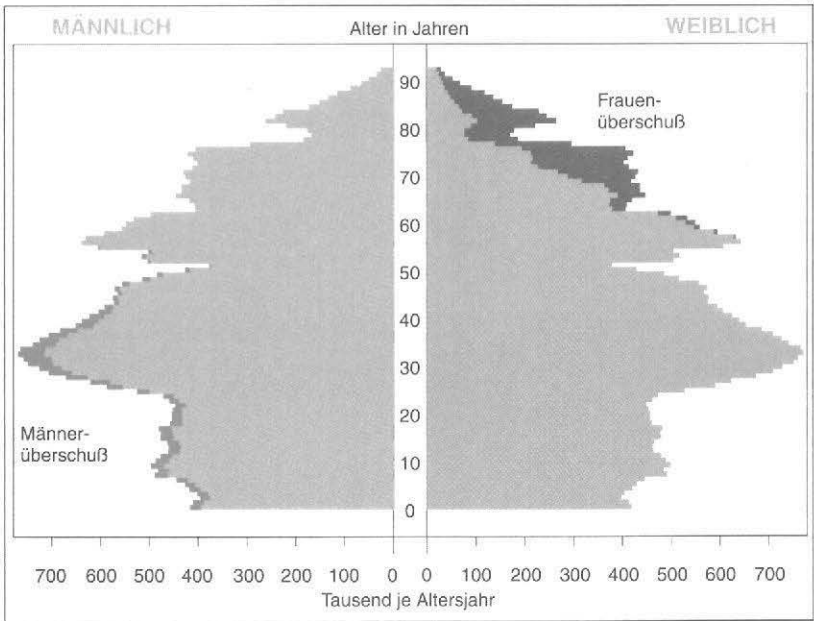


1.4 Altersaufbau

Zwischen dem Altersaufbau der Bevölkerung und der Zahl der Geburten sowie der Sterbefälle bestehen enge Wechselbeziehungen. So beeinflusst die Stärke der einzelnen Altersjahrgänge die Zahl der Geburten und Sterbefälle. Umgekehrt wirken sich Veränderungen der Geburtenhäufigkeit oder der Sterblichkeit unmittelbar auf die zahlenmäßige Besetzung der jeweiligen Jahrgänge aus. Langfristig führen solche Veränderungen u. a. zu einer Verschiebung der Relationen zwischen den Bevölkerungsgruppen im Kindes- bzw. Jugendalter, im erwerbsfähigen Alter und im Rentenalter. Gleichzeitig ändern sich damit auch die Quoten zwischen dem Teil der Bevölkerung, der sich aktiv am Erwerbsleben beteiligt, und dem, der von den Erwerbstätigen unterhalten werden muss.

Um den Altersaufbau der Bevölkerung zu veranschaulichen, verwendet man in der Statistik eine graphische Darstellungsform, die als Alterspyramide beschrieben wird. Während sie zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch deutlich die klassische Pyramidenform erkennen ließ, gleicht ihr Bild heute eher einer „zerzausten Wetzertanne“, wie sie der Bevölkerungsstatistiker Flaskämper treffend beschrieben hat. In dieser Darstellung treten die Wandlungen des Bevölkerungsaufbaus optisch besonders deutlich zutage.

Abb. 4: Altersaufbau der Bevölkerung Deutschlands am 31. 12. 1997



Die Unterschiede in der Altersstruktur werden bei der Betrachtung der jüngeren Generation besonders deutlich. Anfang 1998 betrug in Deutschland der Anteil der Nachwachsenden (unter 20-Jährige) 21,5 %. Auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (20 bis unter 60 Jahre) entfielen 56,6 %, der Seniorenanteil (60-Jäh-

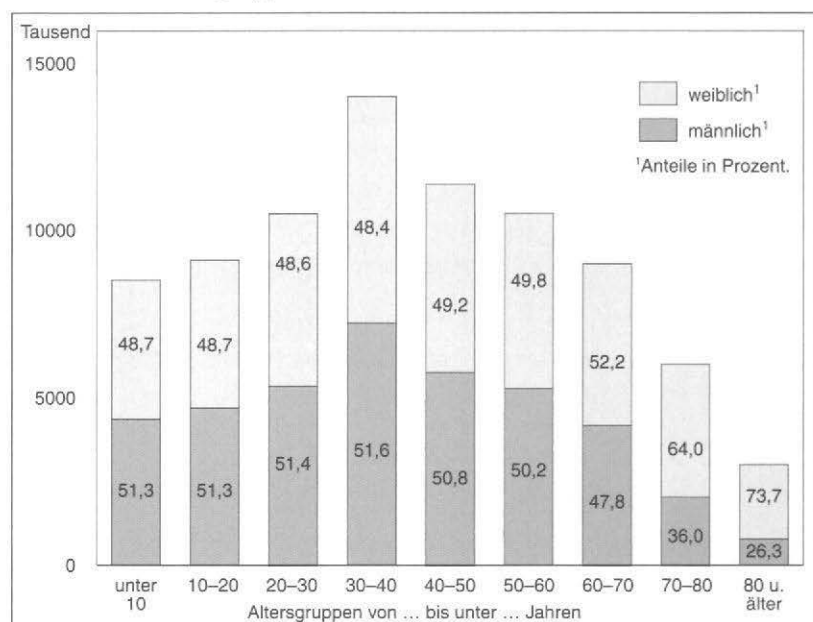
Tab. 6: Entwicklung der Altersstruktur der Bevölkerung Deutschlands seit 1955

Jahres- anfang	Bevöl- kerung	Davon im Alter von . . . bis . . . Jahren				Jugend- quotient ¹	Alten- quotient ²
		bis 19	20–59	60 und mehr zusammen	darunter 80 und mehr		
	1 000	%					
1955	70 945	30,2	54,2	15,6	1,2	55,6	28,8
1965	75 591	28,6	52,7	18,6	1,7	54,3	35,4
1975	78 882	29,1	50,4	20,5	2,2	57,7	40,6
1985	77 709	24,2	55,9	19,9	3,2	43,3	35,6
1995	81 539	21,5	57,4	21,0	4,0	37,3	35,8
1998	82 057	21,5	56,6	21,8	3,7	38,0	38,6

1 Altersgruppen der bis 19-Jährigen bezogen auf die Altersgruppen der 20- bis 59-Jährigen.

2 Altersgruppen der 60-Jährigen und Älteren bezogen auf die Altersgruppen der 20- bis 59-Jährigen.

Abb. 5: Bevölkerung Deutschlands am 31. 12. 1997
nach Altersgruppen und Geschlecht



rige und Ältere) betrug gut ein Fünftel. Etwa 4 % der Bevölkerung waren hochbetagt (80 Jahre oder älter). Der Jugendquotient (Zahl der unter 20-Jährigen bezogen auf die Zahl der 20- bis unter 60-Jährigen lag bei 38, während der Altenquotient (Zahl der 60-Jährigen und Älteren bezogen auf die Zahl der 20- bis unter 60-Jährigen) 39 betrug. Vierzig Jahre zuvor, Anfang 1955, hatte das Verhältnis von Jugend- zu Altenquotient noch 56 : 29 betragen.

In Deutschland kommen im Durchschnitt auf 100 neugeborene Mädchen 106 Jungen. Wegen des erhöhten „Sterberisikos“ der männlichen Bevölkerung baut sich das zahlenmäßige „Übergewicht“ des männlichen Geschlechts jedoch mit zunehmendem Lebensalter ab. Bis zum Alter unter 60 Jahren überwiegt der Männeranteil. In der Altersgruppe der 60- bis unter 70-Jährigen geht die Geschlechterrelation in ein ungefähres Gleichgewicht und schließlich in einen Frauenüberschuss über. Von den 60- bis unter 70-jährigen Personen sind bereits 52 % weiblichen Geschlechts. In den obersten Altersgruppen macht sich das höhere Sterberisiko der Männer immer stärker bemerkbar. So beträgt der Frauenanteil bei den 70- bis unter 80-Jährigen 64 % und bei den 80-jährigen oder älteren Personen sogar 74 %. Maßgebend hierfür sind neben der höheren Lebenserwartung der Frauen aber auch die starken Männerverluste im Zweiten Weltkrieg. Auf das Geschlechterverhältnis der Bevölkerung wirken sich ferner Wanderungen aus, an denen Männer im Allgemeinen stärker beteiligt sind als Frauen.

1.5 Geburten und Sterbefälle

In Deutschland werden seit 1972 jedes Jahr weniger Kinder geboren als Menschen sterben. Im Jahr 1997 wurden 48 000 mehr Sterbefälle als Lebendgeborene gezählt. Weniger Sterbefälle als Geburten hatte es in Deutschland zuletzt im Jahr 1971 gegeben. Maßgeblich für diese Entwicklung waren die Sterbefallüberschüsse der deutschen Bevölkerung. Die ausländische Bevölkerung verzeichnete demgegenüber – vor allem wegen des höheren Anteils jüngerer Menschen – mehr Geburten als Sterbefälle.

Die Zahl der Lebendgeborenen hatte in Deutschland 1964 mit 1,36 Mill. ihren höchsten Stand erreicht. Sie ging dann bis 1975 auf 782 000 zurück, nahm anschließend bis 1980 auf 866 000 zu, fiel in den 80er Jahren zunächst erneut und stieg dann wieder auf 906 000 im Jahr 1990 an. Nach einem erneuten Rückgang ist 1996 und 1997 die Anzahl der Geburten wieder gestiegen (vgl. Tab. 7).

In den neuen Ländern und Berlin-Ost ist die Zahl der Lebendgeborenen 1997 im Vergleich zum Vorjahr um 7,4 % auf 100 000 angestiegen. Die Steigerung fiel wesentlich höher aus als im früheren Bundesgebiet (1,3 %). In den neuen Ländern und Berlin-Ost hatte es nach 1989/90 überaus starke Rückgänge gegeben: Der Tiefstand von 79 000 Lebendgeborenen im Jahr 1994 bedeutete eine Abnahme um 60 Prozent gegenüber 1989. Die politischen Umwälzungen mit den zunächst

Tab. 7: Lebendgeborene und Gestorbene in Deutschland 1950 bis 1997
in Tausend

Jahr	Lebendgeborene		Gestorbene		Überschuss der Geborenen (+) bzw. der Gestorbenen (-)	
	Anzahl	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 1 000 Einwohner
<i>Deutschland</i>						
1950	1 117	16,3	748	10,9	+ 368	+ 5,4
1960	1 262	17,3	877	12,0	+ 385	+ 5,3
1970	1 048	13,5	976	12,6	+ 72	+ 0,9
1980	866	11,0	952	12,1	- 87	- 1,1
1989	880	11,2	903	11,5	- 23	- 0,3
1990	906	11,4	921	11,6	- 16	- 0,2
1991	830	10,4	911	11,4	- 81	- 1,0
1992	809	10,0	885	11,0	- 76	- 0,9
1993	798	9,8	897	11,1	- 99	- 1,2
1994	770	9,5	885	10,9	- 115	- 1,4
1995	765	9,4	885	10,8	- 119	- 1,5
1996	796	9,7	883	10,8	- 87	- 1,1
1997	812	9,9	860	10,5	- 48	- 0,6
<i>Früheres Bundesgebiet</i>						
1950	813	16,3	529	10,6	+ 284	+ 5,7
1960	969	17,4	643	11,6	+ 326	+ 5,9
1970	811	13,4	735	12,1	+ 76	+ 1,3
1980	621	10,1	714	11,6	- 93	- 1,5
1989	682	11,0	698	11,2	- 16	- 0,3
1990	727	11,5	713	11,3	+ 14	+ 0,2
1991	722	11,3	709	11,1	+ 13	+ 0,2
1992	721	11,1	695	10,7	+ 26	+ 0,4
1993	718	11,0	712	10,9	+ 6	+ 0,1
1994	691	10,5	703	10,7	- 12	- 0,2
1995	681	10,3	706	10,7	- 25	- 0,4
1996	703	10,5	708	10,6	- 6	- 0,1
1997	712	10,7	693	10,4	+ 19	+ 0,3
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>						
1950	304	16,5	220	11,9	+ 84	+ 4,6
1960	293	16,9	234	13,5	+ 59	+ 3,4
1970	237	13,9	241	14,1	- 4	- 0,2
1980	245	14,6	238	14,2	+ 7	+ 0,4
1989	199	12,0	206	12,4	- 7	- 0,4
1990	178	11,1	208	12,9	- 30	- 1,8
1991	108	6,8	202	12,7	- 95	- 5,9
1992	88	5,6	190	12,1	- 102	- 6,5
1993	81	5,1	186	11,9	- 105	- 6,7
1994	79	5,1	181	11,7	- 103	- 6,6
1995	84	5,4	178	11,5	- 94	- 6,1
1996	93	6,0	175	11,3	- 81	- 5,2
1997	100	6,5	168	10,9	- 67	- 4,4

starken Abwanderungen und den tief greifenden wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen wirkten sich hier aus. Nach der Geburtenhäufigkeit von 1997 wurden in den neuen Ländern und Berlin-Ost von je 1 000 Frauen im Durchschnitt 1 039 Kinder geboren, 1990 waren es noch 1 500. Im früheren Bundesgebiet lag dieser Durchschnitt bei etwa 1 400 Kindern je 1 000 Frauen. Die zur Erhaltung der Bevölkerungszahl auf längere Sicht erforderliche Zahl von 2 100 Kindern je 1 000 Frauen wird damit in Deutschland deutlich unterschritten.

Außerhalb einer Ehe werden in Deutschland 18 % der Kinder geboren. In der Europäischen Union beträgt dieser Anteil etwa ein Viertel. In Schweden hat über die Hälfte der lebend geborenen Kinder Eltern, die nicht verheiratet sind; in Frankreich und Großbritannien über ein Drittel.

Die durchschnittliche Lebenserwartung in Deutschland nimmt weiter zu. Sie beträgt heute für einen neu geborenen Jungen 73,6 und für ein gerade zur Welt gekommenes Mädchen 80,0 Jahre. Dies entspricht gegenüber dem Stand von Ende der 80er Jahre einer Zunahme von etwa zwei Jahren bei beiden Geschlechtern.

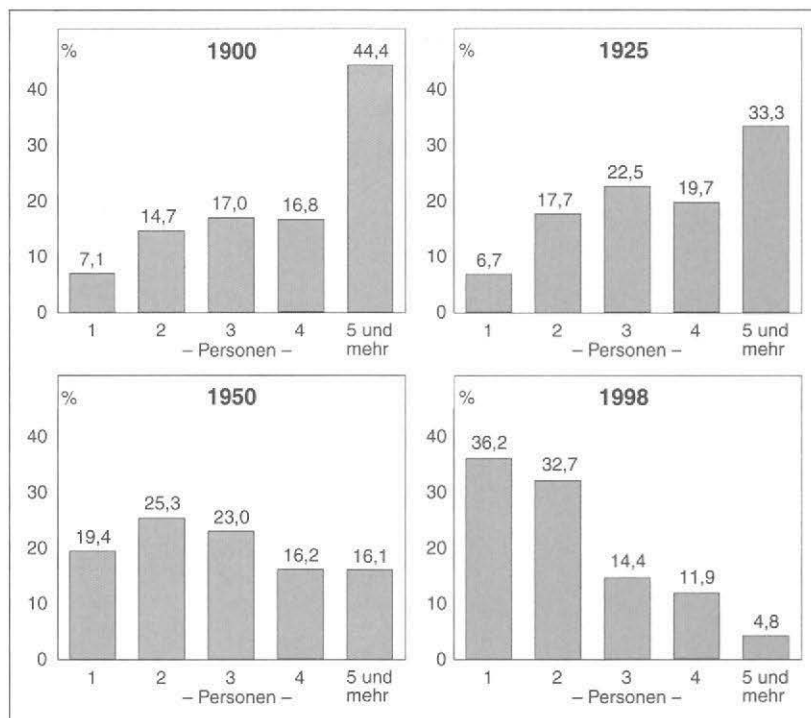
1.6 Familien und Haushalte

In der Entwicklung der Kinderzahl pro Ehe spiegelt sich der Übergang von der Groß- zur Kleinfamilie wider. Damit einher geht die Abnahme der Haushaltsgröße bei wachsender Zahl der Haushalte. Im April 1998 wurden in Deutschland mehr als 37,5 Mill. Haushalte, davon über 30,6 Mill. Haushalte im früheren Bundesgebiet und 6,9 Mill. Haushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost, ermittelt.

Im Jahre 1900 lebten in rund 44 % aller Privathaushalte fünf oder mehr Personen, 1998 lag der entsprechende Wert in Deutschland nur noch bei 4,5 %. Der Anteil der Zweipersonenhaushalte nahm von 15 % im Jahr 1900 auf 33 % 1998 zu, und der Anteil der Einpersonenhaushalte stieg im gleichen Zeitraum von 7 % auf 35 %. Somit lebten 1998 im früheren Bundesgebiet 11,1 Mill. Personen, das sind fast 17 % der Bevölkerung, allein. Die durchschnittliche Haushaltsgröße belief sich um die Jahrhundertwende in Deutschland auf 4,5 Personen, 1998 hingegen nur noch auf 2,2 Personen in den alten Bundesländern. In den neuen Ländern und Berlin-Ost gab es 1998 fast 6,9 Mill. Privathaushalte, davon 2,2 Mill. Einpersonenhaushalte (31,9 %) und rund 4,7 Mill. Mehrpersonenhaushalte (68,1 %). 1998 lebte etwa jede siebte Person (14,4 %) in den neuen Ländern und Berlin-Ost für sich allein; die durchschnittliche Haushaltsgröße betrug hier 2,2 Personen.

Als Ursache für die seit der Jahrhundertwende abnehmende Haushaltsgröße kann u. a. der Wandel von der Agrar- zur Industriegesellschaft angesehen werden. Damit im Zusammenhang steht die Zunahme der Zahl der städtischen Haushalte, die auch heute noch im Durchschnitt kleiner sind als die in ländlichen Gemeinden. In den Großstädten mit 500 000 Einwohnern und mehr (früheres Bundesgebiet) sind insbesondere die Einpersonenhaushalte (47 % dieser Haushalte befinden sich

Abb. 6: Haushaltsgrößen im früheren Bundesgebiet
in Prozent der Haushalte



dort) zahlreich vertreten. Im Jahre 1998 lebte jeder vierte Großstadtbewohner (25 %) allein, während in Gemeinden mit weniger als 100 000 Einwohnern nur etwa jeder achte (13 %) einen Einpersonenhaushalt führte.

Neben der Frage des Zusammenlebens in Haushalten und der Haushaltsstruktur ist auch die Frage des Familienverbandes – vor allem im Hinblick auf Kinder – von großer Bedeutung. 1998 lebten in Deutschland in 53 % der Mehrpersonenhaushalte Kinder (ohne Altersbegrenzung). In den neuen Bundesländern lag dieser Anteil mit 55 % über dem in den alten (53 %). In der Hälfte (50 %) der knapp 13 Mill. Haushalte mit Kindern lebt in Deutschland nur ein Kind, über ein Drittel (38 %) dieser Haushalte hat zwei und 12 % haben drei und mehr Kinder.

Im Vergleich zum früheren Bundesgebiet ist der Anteil der Haushalte mit einem Kind in den neuen Ländern und Berlin-Ost höher (fast 55 % gegenüber 49 %). Der Anteil der Haushalte mit zwei Kindern ist mit 37 % bzw. 38 % nahezu identisch, während die Haushalte mit drei oder mehr Kindern im früheren Bundesgebiet häufiger anzutreffen waren als im Osten (14 % gegenüber 8 %).

1998 gab es im früheren Bundesgebiet insgesamt 1 307 000 allein erziehende Mütter oder Väter mit einem oder mehreren Kindern unter 18 Jahren. (Hierzu zählen auch Alleinerziehende, die Partner in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft sind.) Diese Situation war in 113 000 Fällen auf den Tod des Partners und in 787 000 Fällen auf Scheidung oder Trennung zurückzuführen. 407 000 der Alleinerziehenden waren nie verheiratet. In den neuen Ländern und Berlin-Ost wurden 1998 rund 562 000 Alleinerziehende mit Kindern unter 18 Jahren ermittelt, was einen Anteil von 29,8 % an allen Familien mit Kindern unter 18 Jahren bedeutete, während dieser im früheren Bundesgebiet bei 17,4 % lag.

Besonders bemerkenswert ist die Entwicklung bei den allein erziehenden Vätern, deren Zahl sich in den alten Bundesländern von 87 000 im Jahr 1972 auf 232 000 im Jahr 1998 erhöht hat. Von ihnen hatten rund 167 000 für ein Kind, 52 000 für

Tab. 8: Mehrpersonenhaushalte 1998 nach Haushaltsgröße und Zahl der Kinder im Haushalt¹

Haushalte mit ... Personen	Insgesamt	Davon				
		ohne Kinder	mit Kind(ern) ²			
			zusammen	1	2	3 und mehr
		1 000		% von Spalte „zusammen“		
Früheres Bundesgebiet						
2	10 024	8 927	1 097	100	X	X
3	4 402	227	4 175	90,5	9,5	X
4	3 652	34	3 619	3,7	93,7	2,6
5 und mehr	1 461	6	1 456	1,9	8,0	90,1
zusammen	19 539	9 193	10 346	48,7	37,7	13,6
Neue Länder und Berlin-Ost						
2	2 365	2 034	332	100	X	X
3	1 241	56	1 185	89,4	10,6	X
4	875	/	871	3,6	93,7	2,7
5 und mehr	215	/	215	2,6	11,4	86,0
zusammen	4 696	2 094	2 603	54,9	37,1	8,0
Deutschland						
2	12 389	10 961	1 429	100	X	X
3	5 643	283	5 360	90,2	9,8	X
4	4 527	37	4 490	3,7	93,7	2,6
5 und mehr	1 676	6	1 670	2,0	8,4	89,6
insgesamt	24 236	11 287	12 949	49,9	37,6	12,5

¹ Ergebnisse des Mikrozensus. Bevölkerung in Privathaushalten.

² Ohne Altersbegrenzung.

zwei und 13 000 für drei und mehr Kinder unter 18 Jahren zu sorgen. Die Zahl der allein erziehenden Frauen mit Kindern unter 18 Jahren ist zwischen 1972 und 1998 im früheren Bundesgebiet von 614 000 auf 1 075 000 gestiegen. Auch hier war in der überwiegenden Zahl der Fälle (706 000) nur ein Kind vorhanden. Immerhin hatten aber 282 000 Mütter zwei und 86 000 drei oder mehr Kinder allein zu erziehen.

Das Zusammenleben als nichteheliche Lebensgemeinschaft, ob als voreheliche Form, die meist von jungen Erwachsenen als „Ehe auf Probe“ verstanden wird, oder als nacheheliche Form, die von nicht mehr ledigen Personen eingegangen wird, stößt heute weitgehend auf gesellschaftliche Akzeptanz. Im Jahr 1998 existierten nach Ergebnissen des Mikrozensus in Deutschland fast 2 Mill. nichteheliche Lebensgemeinschaften, über 1,5 Mill. im früheren Bundesgebiet und rund 480 000 in den neuen Ländern und Berlin-Ost. In den vergangenen zehn Jahren hat sich im früheren Bundesgebiet die Zahl der nichtehelichen Lebensgemeinschaften fast verdoppelt. 1988 gab es dort schätzungsweise erst 820 000 solcher Partnerschaften.

Tab. 9: Nichteheliche Lebensgemeinschaften 1998¹

Gebiet	Insgesamt	Ohne Kinder		Mit Kind(ern) ²	
	1 000	1 000	% ³	1 000	% ³
Deutschland	1 982	1 425	71,9	557	28,1
Früheres Bundesgebiet	1 503	1 176	78,2	327	21,8
Neue Länder und Berlin-Ost	479	249	52,1	229	47,9

1 Ergebnisse des Mikrozensus.

2 Kind(er) ohne Altersbegrenzung.

3 Anteil an Spalte „Insgesamt“.

Betrachtet man die nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern, dann fällt auf, dass im früheren Bundesgebiet 1998 in etwa jeder fünften nichtehelichen Lebensgemeinschaft ein oder mehrere Kinder lebten, dagegen war dies in den neuen Ländern und Berlin-Ost in fast der Hälfte (48 %) aller nichtehelichen Partnerschaften der Fall.

1998 waren von den rund 10,1 Mill. Ehepaaren mit Kindern (ohne Altersbegrenzung) in Deutschland in 86 % der Fälle beide Ehepartner Deutsche, bei fast 10 % der Ehepaare hatten beide Ehepartner eine ausländische Staatsangehörigkeit. Die übrigen knapp 4 % waren binationale Ehepaare mit nahezu gleich großen Anteilen von 1,9 bzw. 2 % der Paare mit deutschem Ehemann und ausländischer Ehefrau sowie ausländischem Ehemann und deutscher Ehefrau. Von den 2,8 Mill. Alleinerziehenden hatten gut 93 % die deutsche und knapp 7 % eine ausländische Staatsangehörigkeit.

Tab. 10: Ehepaare mit Kindern und Alleinerziehende in Deutschland 1998
nach Staatsangehörigkeit der Ehepartner/Alleinerziehenden
sowie Zahl der Kinder¹

Staatsangehörigkeit der Ehepartner/ Alleinerziehenden	Ins- gesamt	Davon mit Kind(ern)			Kinder je Familie
		1	2	3 und mehr	
	1 000	% von insgesamt			Anzahl
Beide Ehepartner Deutsche	8 743	46,2	41,4	12,4	1,70
Beide Ehepartner Ausländer	992	34,9	39,0	26,2	2,06
Ehemann Deutscher/Ehefrau Ausländerin	197	51,1	37,3	11,5	1,64
Ehemann Ausländer/Ehefrau Deutsche	203	46,0	40,3	13,6	1,73
Deutsche Alleinerziehende ²	2 633	69,3	24,2	6,5	1,39
Ausländische Alleinerziehende ²	192	59,3	27,8	13,0	1,60

1 Ergebnisse des Mikrozensus. Bevölkerung am Familienwohnsitz. Im Haushalt der Eltern(teile) lebende ledige Kinder ohne Altersbegrenzung.

2 Einschl. der Alleinerziehenden, die Lebenspartner in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft sind.

Deutliche Unterschiede zwischen deutschen und ausländischen Familien bestehen hinsichtlich der Zahl der Kinder (ohne Altersbegrenzung), wobei die ausländischen Familien durchweg kinderreicher sind. So hatten 1998 mehr als ein Viertel (26 %) von knapp 1 Mill. ausländischen Ehepaaren und mehr als jede bzw. jeder achte der ausländischen Alleinerziehenden drei und mehr Kinder im Haushalt. Bei den 8,7 Mill. deutschen Ehepaaren mit Kindern bzw. 2,6 Mill. deutschen Alleinerziehenden lagen die Vergleichswerte bei gut 12 bzw. gut 6 %. Dagegen betrug der Anteil der Ein-Kind-Familien bei den ausländischen Ehepaaren mit Kindern 35 %, während er bei den deutschen Ehepaaren mit Kindern fast die Hälfte, nämlich 46 %, ausmachte.

Betrachtet man die binationalen Ehepaare mit Kindern, d. h. jene Paare, bei denen ein Partner die deutsche und der andere eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt, dann zeigt sich, dass die Familiengrößenstrukturen der binationalen Ehepaare und der deutschen Ehepaare sehr ähnlich sind. So hat ungefähr die Hälfte (51 %) der Paare mit deutschem Ehemann und ausländischer Ehefrau ein Kind im Haushalt zu versorgen, bei den Paaren mit ausländischem Ehemann und deutscher Ehefrau beträgt dieser Anteil 46 %.

Auch die durchschnittliche Kinderzahl je Familie variiert mit der Staatsangehörigkeit der Ehepartner. Im Durchschnitt lebten 1998 100 ausländische Ehepaare mit 206 Kindern und 100 ausländische Alleinerziehende mit 160 Kindern zusammen, in den Haushalten von 100 deutschen Ehepaaren waren es 170, von 100 Alleinerziehenden 139 Kinder (ohne Altersbegrenzung).

Weitere Informationen zum Thema Ehe, Haushalte und Familie siehe Teil II, Kap. 11.

1.7 Eheschließungen, Scheidungen

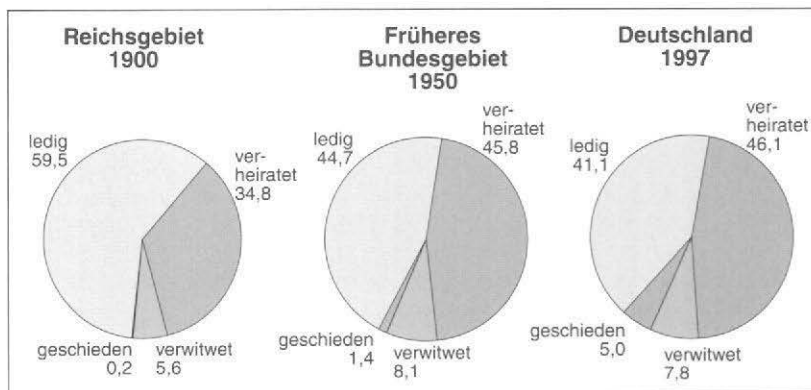
In Deutschland schlossen 1997 423 000 Paare die Ehe. Eine unter 500 000 liegende Zahl von Eheschließungen hatte es bereits von Ende der 70er bis Mitte der 80er Jahre gegeben. Der nachfolgende Anstieg war auf den veränderten Altersaufbau zurückzuführen und nicht auf eine Änderung des Heiratsverhaltens. Mehr als 600 000 Heiraten waren zuletzt 1967 festgestellt worden.

Die Entwicklung zu Beginn der 90er Jahre war durch die außerordentliche Abnahme der Eheschließungszahlen in den neuen Ländern und Berlin-Ost bestimmt. 1991 hatten sich hier nur noch halb so viele Paare das Jawort gegeben wie 1990. Von 1993 bis 1995 stieg die Zahl der Eheschließungen Jahr für Jahr – allerdings in kleinen Schritten – wieder an. 1997 nahm sie geringfügig ab. Da es in den letzten Jahren auch in den alten Bundesländern einen Rückgang der Heiraten gab, sind in Deutschland insgesamt die Eheschließungszahlen weiter gesunken.

Unter den 423 000 vor einem deutschen Standesbeamten geschlossenen Ehen des Jahres 1997 waren bei 349 000 Mann und Frau Deutsche. 30 000 deutsche Frauen heirateten einen ausländischen Mann und 31 000 deutsche Männer gingen mit einer ausländischen Frau die Ehe ein. Bei 12 000 Eheschließungen hatten beide Partner eine ausländische Staatsangehörigkeit. Die Heiraten zweier deutscher Partner nahmen in den letzten Jahren ständig ab, während die zwischen deutschen und ausländischen Partnern zunahmen.

Mit der Eheschließung warten junge Menschen immer länger. Seit Mitte der 70er Jahre ist in Deutschland das durchschnittliche Heiratsalter lediger ständig angestiegen. 1997 waren ledige Männer bei der Hochzeit im Durchschnitt 30 Jahre und vier Monate alt. Für die Frauen, die zum ersten Mal heirateten, ergab sich ein Durchschnittsalter von 27 Jahren und zehn Monaten. Von allen Männern und

Abb. 7: Familienstand der Bevölkerung
in Prozent



Frauen, die 1997 die Ehe eingingen, waren etwa drei Viertel ledig und über ein Fünftel geschieden.

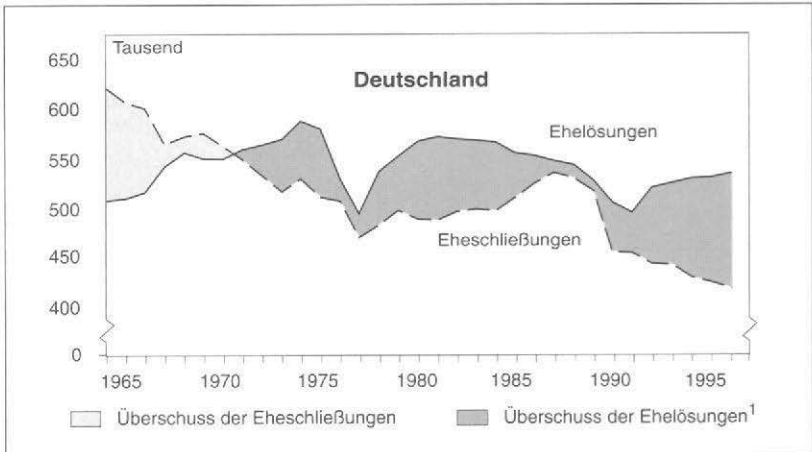
Ehen können entweder durch den Tod eines Ehepartners oder durch Scheidung gelöst werden, wobei der erstgenannte Fall bei weitem überwiegt. Allerdings nahm der Anteil der Scheidungen erheblich zu. 1997 stieg ihre Zahl auf 188 000 an. Auf 10 000 bestehende Ehen kamen damit etwa 99 Ehescheidungen. Berücksichtigt man die Ehedauer der geschiedenen Ehen, so wäre bei einem Anhalten der derzeitigen Scheidungshäufigkeit damit zu rechnen, dass etwa 35 % der Ehen im Laufe der Zeit wieder geschieden werden.

Mit der deutschen Vereinigung am 3. Oktober 1990 trat auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost das bundesdeutsche Scheidungsrecht in Kraft. Dies hatte, ähnlich wie die Reform dieses Rechts 1977 in den alten Bundesländern, einen starken Rückgang der Zahl der Scheidungen zur Folge: 1990 wurden etwa ein Drittel weniger Ehen geschieden als 1989, und 1991 waren es im Vergleich zu 1989 weniger als ein Fünftel. Seit 1993 steigt hier die Zahl der Ehescheidungen aber deutlich an. Von der Scheidung sind nicht nur die Ehepartner betroffen, sondern auch deren Kinder. 1997 erlebten 163 000 minderjährige Kinder die Scheidung ihrer Eltern. Bei 36 % der Kinder handelte es sich um das einzige minderjährige Kind des geschiedenen Paares.

Tab. 11: Eheschließungen und Ehescheidungen in Deutschland 1950 bis 1997

Jahr	Eheschließungen		Ehescheidungen	
	insgesamt 1 000	je 1 000 Einwohner	insgesamt 1 000	je 1 000 Einwohner
1950	750	11,0	135	2,0
1955	617	8,8	74	1,1
1960	689	9,5	73	1,0
1965	621	8,2	85	1,1
1970	575	7,4	104	1,3
1975	529	6,7	148	1,9
1980	497	6,3	141	1,8
1985	496	6,4	179	2,3
1986	509	6,6	175	2,3
1987	524	6,7	180	2,3
1988	535	6,8	178	2,3
1989	530	6,7	177	2,2
1990	516	6,5	155	2,0
1991	454	5,7	136	1,7
1992	453	5,6	135	1,7
1993	443	5,5	156	1,9
1994	440	5,4	166	2,0
1995	431	5,3	169	2,1
1996	427	5,2	176	2,1
1997	423	5,2	188	2,3

Abb. 8: Eheschließungen und Ehelösungen 1965 bis 1997



1 Durch Tod, Scheidung, Aufhebung oder Nichtigkeit der Ehe.

1.8 Ausländische Bevölkerung

1.8.1 Stand und Entwicklung

Ende 1997 lebten in Deutschland etwa 7,4 Mill. Ausländerinnen und Ausländer. Gegenüber Ende 1989 hat sich diese Zahl um rund 2,3 Mill. erhöht. Der Anteil an der Bevölkerung stieg im gleichen Zeitraum von 6,4 auf 9,0 %.

Für die Veränderung der Zahl ausländischer Staatsangehöriger und ihrer Struktur ist zum weitaus größten Teil die Entwicklung dieses Bevölkerungsteils im früheren Bundesgebiet maßgebend. Hier hatte der 1950 einsetzende wirtschaftliche Auf-

Tab. 12: Ausländische Bevölkerung Deutschlands am 31. 12. 1997
nach Altersgruppen

Altersgruppen von . . . bis unter . . . Jahren	Insgesamt		Männlich		Weiblich	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%
unter 18	1 703,4	23,1	892,7	21,9	810,7	24,7
18-21	337,2	4,6	178,0	4,4	159,2	4,8
21-40	3 002,7	40,8	1 689,5	41,4	1 313,2	39,9
40-65	2 046,1	27,8	1 168,8	28,7	877,3	26,7
65 und älter	276,3	3,8	147,9	3,6	128,4	3,9
Insgesamt	7 365,8	100	4 077,0	100	3 288,9	100

schwung zu einem ständig wachsenden Bedarf an Arbeitskräften geführt, der bis zum Bau der Mauer am 13. August 1961 hauptsächlich durch die Aufnahme von Deutschen aus der ehemaligen DDR und Berlin-Ost gedeckt werden konnte. Ab diesem Zeitpunkt kam dann der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer eine immer größere Bedeutung zu. Dementsprechend erhöhte sich die Zahl der im früheren Bundesgebiet lebenden Ausländerinnen und Ausländer von knapp 690 000 im Jahr 1961 (1,2 % der Bevölkerung) auf 2,4 Mill. im Jahr 1970 (4,3 % der Be-

Tab. 13: Entwicklung der ausländischen Bevölkerung Deutschlands seit 1961

Zeitpunkt	Anzahl in 1 000	Anteil an der Bevölkerung in %
<i>Früheres Bundesgebiet¹</i>		
06. 06. 1961	686,2	1,2
27. 05. 1970	2 438,6	4,3
25. 05. 1987	4 145,6	6,8
31. 12. 1989	4 845,9	7,7
30. 09. 1990	5 241,8	8,2
31. 12. 1991	5 771,8	8,8
31. 12. 1992	6 313,3	9,5
31. 12. 1993	6 665,7	9,9
31. 12. 1994	6 768,5	10,1
31. 12. 1995	6 931,8	10,2
31. 12. 1996	7 062,9	10,4
31. 12. 1997	7 115,7	10,5
<i>Neue Länder²</i>		
31. 12. 1989	191,2	1,2
30. 09. 1990	166,5	1,0
31. 12. 1991	110,5	0,8
31. 12. 1992	182,5	1,3
31. 12. 1993	212,4	1,5
31. 12. 1994	222,0	1,6
31. 12. 1995	242,1	1,7
31. 12. 1996	251,2	1,8
31. 12. 1997	250,1	1,8
<i>Deutschland</i>		
31. 12. 1989	5 037,1	6,4
30. 09. 1990	5 408,3	6,8
31. 12. 1991	5 882,3	7,3
31. 12. 1992	6 495,8	8,0
31. 12. 1993	6 878,1	8,5
31. 12. 1994	6 990,5	8,6
31. 12. 1995	7 173,9	8,8
31. 12. 1996	7 314,0	8,9
31. 12. 1997	7 365,8	9,0

1 Ab 1991 einschl. Berlin-Ost; -2 Ab 1991 ohne Berlin-Ost.

völkerung). Nach einem vorübergehenden Rückgang zwischen 1974 und 1978 aufgrund des Anwerbestopps stieg die Zahl ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger als Folge der Familienzusammenführung sowie der verstärkten Einreise von Asylsuchenden 1982 auf knapp 4,7 Mill., 1983 ging sie erstmals seit 1978 wieder zurück. Die starke Abwanderung als Folge des Rückkehrhilfegesetzes führte 1984 zu einer weiteren Abnahme. Nach dem Auslaufen dieses Gesetzes stieg die Zahl der Menschen mit ausländischem Pass im Jahr 1985 wieder an. Ende 1997 betrug sie – auch bedingt durch den bis Mitte 1993 anhaltenden starken Zustrom von Asylsuchenden sowie durch die Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlingen aus Bosnien und Herzegowina – 7,1 Mill. (10,5 % der Bevölkerung). Im Zeitraum 1970/97 nahm die ausländische Bevölkerung im früheren Bundesgebiet somit um knapp 4,7 Mill. Personen zu.

Die meisten ausländischen Staatsangehörigen kamen in das frühere Bundesgebiet, um hier Arbeit zu finden. Sie waren größtenteils im erwerbsfähigen Alter und überwiegend männlichen Geschlechts. Im Laufe der Zeit nahm der Anteil der Ausländerinnen hauptsächlich aufgrund der Familienzusammenführungen von 31 % im Jahr 1961 auf knapp 45 % im Jahr 1997 zu. Die Zahl ausländischer Kinder stieg ebenfalls an.

Auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost leben und arbeiten ausländische Staatsangehörige. Eine vom Umfang her mit den Verhältnissen im früheren Bundesgebiet vergleichbare Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer hat es dort allerdings nicht gegeben. Ende 1989 lebten in der ehemaligen DDR rund 191 200 Ausländerinnen und Ausländer (1,2 % der Bevölkerung). Bis Ende 1991 verringerte sich diese Zahl auf rund 110 500. Der Rückgang hing offensichtlich damit zusammen, dass ausländische Staatsangehörige in den Jahren 1990 und 1991 nach Auslaufen ihrer Arbeitsverträge bzw. der von der ehemaligen DDR getroffenen Arbeitskräftevereinbarungen in ihre Heimat zurückkehrten. Seit 1992 steigt die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer in den neuen Ländern – auch als Folge der Aufnahme von Asylsuchenden – Jahr für Jahr leicht an; Ende 1997 betrug sie 250 100 (1,8 % der Bevölkerung).

1.8.2 Aufenthaltsdauer

Von den knapp 7,4 Mill. Ausländerinnen und Ausländern, die Ende 1997 in Deutschland lebten, waren rund 49 % seit mindestens zehn Jahren – darunter 30 % bereits 20 Jahre oder länger – hier ansässig. Etwa 34 % lebten seit weniger als sechs Jahren in Deutschland, und knapp 17 % hatten einen Aufenthalt von sechs bis unter zehn Jahren. Für 1997 ergibt sich eine durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Deutschland von 13,5 Jahren, 1992 lag sie noch bei 12,0 Jahren. Der geringe Anstieg der durchschnittlichen Verweildauer bedeutet, dass trotz der starken Wanderungsbewegungen in den letzten Jahren die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer mit einer erst kürzeren Verweildauer stärker abgenommen hat, als die Zahl derjenigen, die bereits seit längerer Zeit in Deutschland leben.

1.8.3 Geburtenentwicklung

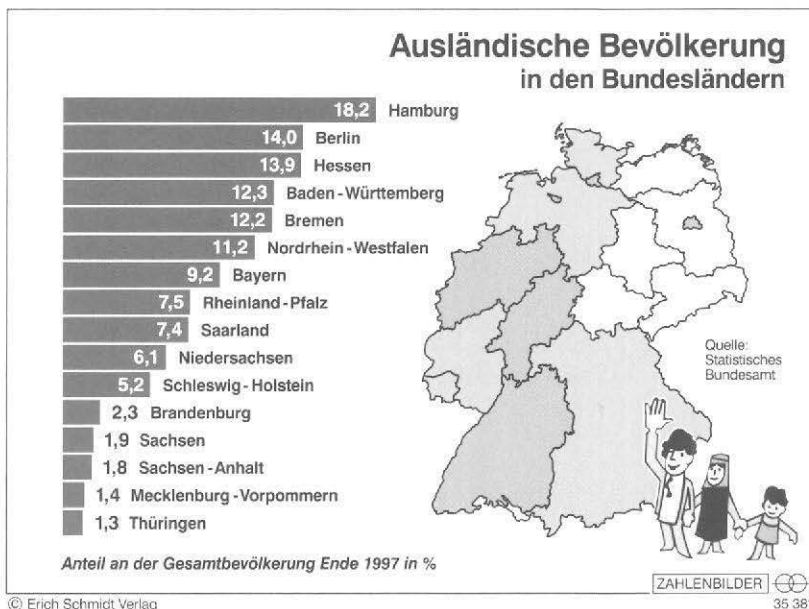
1997 wurden in Deutschland 107 000 Kinder mit einer ausländischen Staatsbürgerschaft geboren, die weitaus meisten von ihnen, nämlich 104 000, in den alten Bundesländern, wo auch der größte Teil der in Deutschland lebenden ausländischen Bevölkerung heimisch ist. In den alten Bundesländern wurde 1974 mit 108 000 die bisher höchste Zahl ausländischer Kinder geboren. Bis Mitte der 80er Jahre halbierte sich diese Zahl (mit einem zwischenzeitlichen Anstieg 1980 und 1981. Seitdem steigt sie (mit Ausnahme der Jahre 1994 und 1995) wieder an.

Ein Grund für diese Veränderung war die Entwicklung der Zahl der ausländischen Bevölkerung, die sowohl Mitte der 70er als auch Mitte der 80er Jahre zeitweise zurückgegangen war. Auch haben bis Ende 1974 Kinder aus deutsch-ausländischen Ehen nur dann bei der Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten, wenn der Vater Deutscher war. Seit 1975 erhalten Kinder deutscher Mütter, die mit einem Ausländer verheiratet sind, ebenfalls die deutsche Staatsangehörigkeit.

1.8.4 Regionale Verteilung

In welchen Regionen des früheren Bundesgebiets ausländische Arbeitnehmer ihren Wohnsitz nehmen, hängt im Wesentlichen von den örtlichen Wirtschaftsstrukturen und den Erwerbsmöglichkeiten ab. So liegt der Bevölkerungsanteil der

Abb. 9:



ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in den industriellen Ballungsgebieten wesentlich über dem Bundesdurchschnitt, in wirtschaftsschwachen Räumen dagegen erheblich darunter.

Die Verteilung der ausländischen Bevölkerung auf die Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland zeigt, dass 1997 die Stadtstaaten Hamburg (18,2 %) und Berlin (14,0 %) die höchsten Ausländeranteile an der Gesamtbevölkerung aufwiesen. Bei den Flächenstaaten war der Anteil der ausländischen Bevölkerung in Hessen (13,9 %), Baden-Württemberg (12,3 %) und Nordrhein-Westfalen (11,2 %) am höchsten, am niedrigsten war er in den neuen Bundesländern Thüringen (1,3 %) und Mecklenburg-Vorpommern (1,4 %).

Tab. 14: Asylsuchende und Asylberechtigte ab 1972¹

Jahr	Asyl- suchende	Asyl- berechtigte	Anerkennungs- quote ²
	Anzahl		
1972	5 289	2 844	39,8
1973	5 595	2 047	33,0
1974	9 424	4 133	32,4
1975	9 627	2 928	22,2
1976	11 123	2 654	18,4
1977	16 410	1 854	10,0
1978	33 136	2 307	10,3
1979	51 493	6 573	15,9
1980	107 818	12 783	12,0
1981	49 391	8 531	7,7
1982	37 423	6 209	6,8
1983	19 737	5 032	13,7
1984	35 278	6 566	26,6
1985	73 832	11 224	29,2
1986	99 650	8 853	15,9
1987	57 379	8 231	9,4
1988	103 076	7 621	8,6
1989	121 318	5 991	5,0
1990	193 063	8 518	4,4
1991	256 112	11 597	6,9
1992	438 191	9 189	4,3
1993	322 599	16 396	3,2
1994 ³	127 210	25 578	7,3
1995	127 937	18 100	9,0
1996	116 367	14 389	7,4
1997	104 353	8 443	4,9

1 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet; ab 1991 Deutschland.

2 Die Anerkennungsquote bezieht sich auf die im jeweiligen Berichtsjahr getroffenen Entscheidungen.

3 Ab Berichtsjahr 1994 werden nur Erstanträge erfasst.

Quelle: Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, Nürnberg.

1.8.5 Asylsuchende und -berechtigte

Zwischen Ende der 80er Jahre und Mitte 1993 reisten verstärkt Menschen als Asylsuchende in das frühere Bundesgebiet bzw. nach Deutschland ein. Im früheren Bundesgebiet waren es 1980 fast 108 000; danach ging die Zahl auf etwa 20 000 im Jahr 1983 zurück, stieg dann aber – vom Jahr 1987 abgesehen – Jahr für Jahr an. Mit 438 200 erreichte die Zahl der Asylsuchenden in Deutschland 1992 ihren bisher höchsten Stand. Als Folge der jeweils Mitte 1993 in Kraft getretenen Änderung von Artikel 16 des Grundgesetzes sowie der hiervon ausgehenden asylverfahrensrechtlichen Neuregelungen sank die Zahl der Asylsuchenden 1993 auf 322 600. Dieser Rückgang setzte sich in den folgenden Jahren fort. Im Jahr 1997 stellten 104 400 ausländische Staatsangehörige und damit 12 000 weniger als 1996 (116 400) einen Asylantrag in Deutschland.

Der Anteil der als Asylberechtigte anerkannten Asylsuchenden unterliegt immer wieder Schwankungen. So sank er im Zeitraum 1985/93 – das Jahr 1991 ausgenommen – von 29 auf rund 3 % und stieg dann auf 9 % (1995). Seitdem ist wieder ein Rückgang der Anerkennungsquote zu beobachten. Im Jahr 1997 lag die Anerkennungsquote bei knapp 5 % der in diesem Jahr entschiedenen Anträge.

Weitere Informationen zum Thema Ausländer siehe Teil II, Kap. 17.

1.9 Wanderungen

Bei der Beobachtung und Analyse der Veränderung der Einwohnerzahl kommt der räumlichen Bevölkerungsbewegung und damit den Wanderungen neben der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Geburten und Sterbefälle) eine zentrale Bedeutung zu. Bei den Wanderungen wird unterschieden zwischen Wohnsitzwechseln innerhalb Deutschlands (Binnenwanderung) und solchen über die Grenzen Deutschlands (Außenwanderung). Die Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet und der ehemaligen DDR wurden bis zum 3. Oktober 1990 in der Außenwanderungsstatistik erfasst, seitdem handelt es sich um Binnenwanderungsfälle.

1.9.1 Binnenwanderung

Im Jahr 1997 haben 4,015 Mill. Personen ihren Wohnsitz innerhalb Deutschlands gewechselt. Bezieht man diese Zahl auf 1 000 Einwohner, erhält man die sog. Mobilitätsziffer. Sie gibt Aufschluss über die Häufigkeit, mit der Einwohner eines Gebiets ihren Wohnsitz wechseln. 1997 betrug die Mobilitätsziffer 49, d. h. fast jeder 20. Einwohner ist in jenem Jahr innerhalb Deutschlands von einer Gemeinde in eine andere umgezogen. Betrachtet man die Entwicklung der räumlichen Mobilität der Bevölkerung seit 1970, so zeigt sich ein sehr unterschiedlicher Verlauf. Im Zeitraum 1970/80 verringerten sich die Wanderungen über die Gemeindegrenzen

im früheren Bundesgebiet von 3,662 Mill. auf 3,024 Mill. Die Mobilitätsziffer sank im gleichen Zeitraum von 60 auf 49. Dieser Rückgang dürfte auch eine Folge der Gebietsreform in den alten Bundesländern sein. Im Zuge dieser Reform wurden Nahwanderungsfälle durch Eingemeindungen häufig zu Ortsumzügen und konnten sich deshalb in der Mobilitätsziffer nicht auswirken. Bis Ende der 80er Jahre war die Zahl der Wanderungen über die Gemeindegrenzen weiterhin rückläufig. 1991 lag sie dann erstmals seit 1980 wieder über der Drei-Millionen-Grenze. Seitdem ist ein kontinuierlicher Anstieg zu beobachten.

Im Jahr 1997 wurden 1,063 Mill. Wanderungen über die Landesgrenzen registriert. Im Zeitraum 1991/93 hatte sich diese Zahl von 1,127 Mill. auf 1 Million verringert.

Tab. 15: Wanderungen über die Gemeinde-, Kreis- und Landesgrenzen seit 1970

Jahr	Wanderungen über die					
	Gemeindegrenzen		Kreisgrenzen		Landesgrenzen	
	Anzahl in 1 000	je 1 000 Einwohner ¹	Anzahl in 1 000	je 1 000 Einwohner ¹	Anzahl in 1 000	je 1 000 Einwohner ¹
<i>Früheres Bundesgebiet</i>						
1970	3 662	59,8	2 942	48,1	1 118	18,5
1980	3 024	49,2	2 304	37,5	820	13,4
1985	2 572	42,1	1 850	30,3	640	10,5
1990	2 970	47,4	2 185	34,9	841	13,4
<i>Deutschland</i>						
1991	3 402	42,8	2 494	31,4	1 127	14,2
1992	3 506	43,7	2 530	31,5	1 084	13,5
1993	3 629	44,8	2 540	31,4	1 000	12,4
1994	3 912	48,1	2 686	33,0	1 049	12,9
1995	3 951	48,5	2 722	33,4	1 069	13,1
1996	3 953	48,3	2 670	33,0	1 055	12,9
1997	4 015	49,0	2 730	33,3	1 063	13,0

¹ Jeweils am 31. Dezember des Vorjahres.

Die Entwicklung der Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet sowie den neuen Ländern und Berlin-Ost ist seit 1991 gegenläufig, und sie ist durch eine Verringerung der Zuzüge aus den neuen Ländern und Berlin-Ost bei gleichzeitigem Anstieg der Wanderungen in entgegengesetzter Richtung gekennzeichnet, so dass die Wanderungsbilanz zwischen Ost und West inzwischen nahezu ausgeglichen ist. Im Jahr 1997 verlegten 168 000 Menschen ihren Wohnsitz von den neuen in eines der alten Bundesländer und 157 000 wählten den umgekehrten Weg. Daraus ergab sich für die neuen Länder und Berlin-Ost der bisher niedrigste Abwanderungsüberschuss seit der deutschen Vereinigung (rund 10 000 Personen).

Tab. 16: Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern und Berlin-Ost seit 1950

Jahr	Zuzüge aus den neuen Ländern und Berlin-Ost	Fortzüge nach den neuen Ländern und Berlin-Ost	Wanderungssaldo gegenüber den neuen Ländern und Berlin-Ost
1950	302 808	39 986	+ 262 822
1960	247 751	25 429	+ 222 322
1970	20 664	2 082	+ 18 582
1980	15 774	1 560	+ 14 214
1989	388 396	5 135	+ 383 261
1990	395 343	36 217	+ 359 126
1991	249 743	80 267	+ 169 476
1992	199 170	111 345	+ 87 825
1993	172 386	119 100	+ 53 286
1994	163 034	135 774	+ 27 260
1995	168 336	143 063	+ 25 273
1996	166 007	151 973	+ 14 034
1997	167 789	157 348	+ 10 441

1.9.2 Außenwanderung

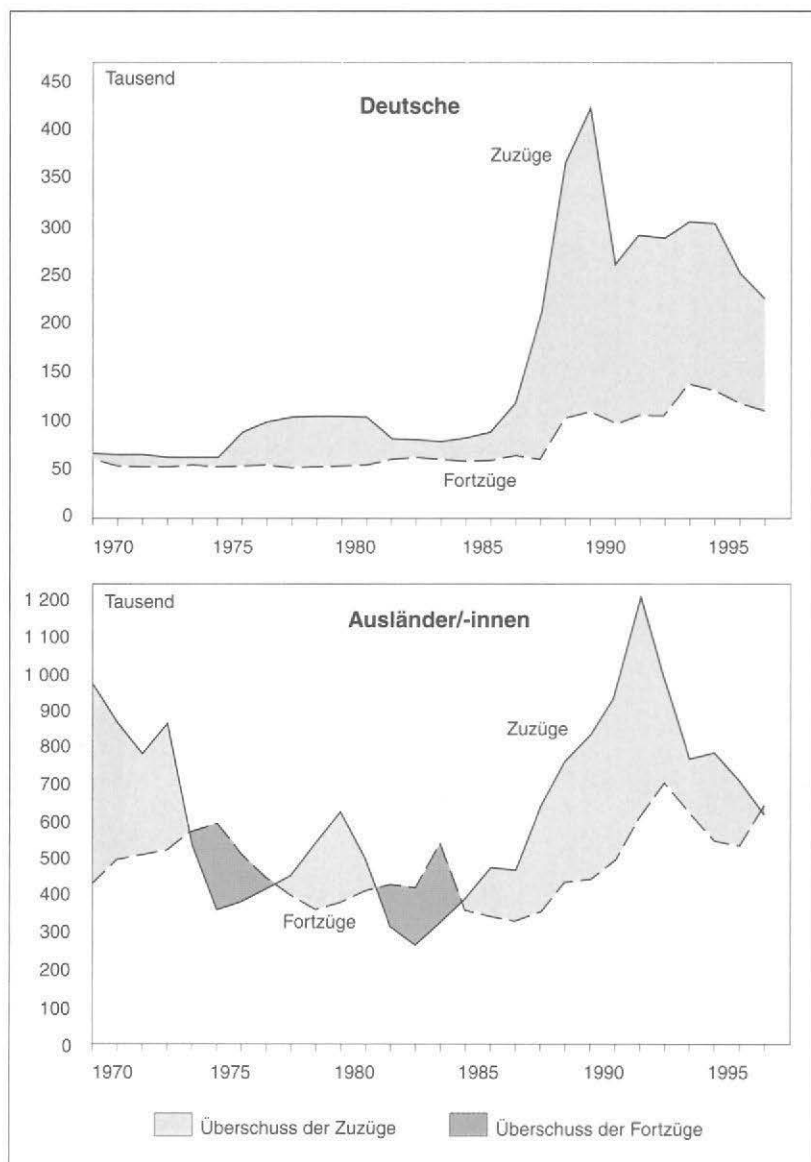
Deutsche

Aus den Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet (ab Berichtsjahr 1991: Deutschland) und dem Ausland ergab sich für die deutsche Bevölkerung – im Gegensatz zum ausländischen Bevölkerungsteil – in den beiden letzten Jahrzehnten Jahr für Jahr ein Zuwanderungsüberschuss. Die Höhe dieses Überschusses wurde hauptsächlich vom Ausmaß der Zuwanderung, insbesondere von Spätaussiedlern aus osteuropäischen Ländern, bestimmt.

Ausländerinnen und Ausländer

Die in den beiden letzten Jahrzehnten im früheren Bundesgebiet (ab Berichtsjahr 1991: Deutschland) verzeichneten Außenwanderungssalden von ausländischen Staatsangehörigen resultieren aus einem relativ hohen Wanderungsvolumen. Dabei ist hervorzuheben, dass der Saldo mehrfach das Vorzeichen wechselte, was phasenweise geschah. Anders als noch in den 60er Jahren spiegelt die Entwicklung der Zu- und Fortzüge ausländischer Staatsangehöriger über die Bundesgrenzen nicht mehr eindeutig den Konjunkturverlauf in der Bundesrepublik Deutschland wider. Das Wanderungsverhalten der Ausländerinnen und Ausländer wird seit Mitte der 70er Jahre vielmehr von konjunkturunabhängigen Faktoren bestimmt. Zu nennen sind hier der Familiennachzug ausländischer Arbeitnehmer sowie die politische, wirtschaftliche und soziale Situation in den Herkunftsländern. Der Zustrom von Asylsuchenden, der auch bei ungünstiger Arbeitsmarktlage im Bundesgebiet bis zum Sommer 1993 anhielt, ist hierfür ein augenfälliges Beispiel.

Abb. 10: Wanderungen von Deutschen und ausländischen Staatsangehörigen über die Auslandsgrenzen Deutschlands seit 1970¹



¹ Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet; ab 1991 Deutschland.

Auf den Umfang der Zu- und Abwanderung ausländischer Staatsangehöriger wirken sich ferner Maßnahmen der Bundesregierung zur Steuerung der Wanderungsströme aus. Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang der 1973 erlassene Anwerbestopp, das Rückkehrhilfegesetz von 1983 sowie asylrechtliche Maßnahmen.

Im Jahr 1992 hatte die Zuwanderung ausländischer Staatsangehöriger mit 1,211 Mill. ihren bisher höchsten Stand erreicht. Danach war bis 1994 ein Rückgang zu beobachten, der wesentlich mit der Entwicklung der Einreise von Asylsuchenden zusammenhing. 1995 stieg die Zahl der Zuzüge ausländischer Staatsangehöriger erneut an, seitdem geht sie wieder zurück. Die Abwanderung von Ausländerinnen und Ausländern hatte sich seit 1987 Jahr für Jahr verstärkt. Von 1994 bis 1996 war dann jedoch ein Rückgang der Fortzugszahlen festzustellen, dieser Trend kehrte sich im Jahr 1997 wieder um.

2 Bildung

2.1 Einführung

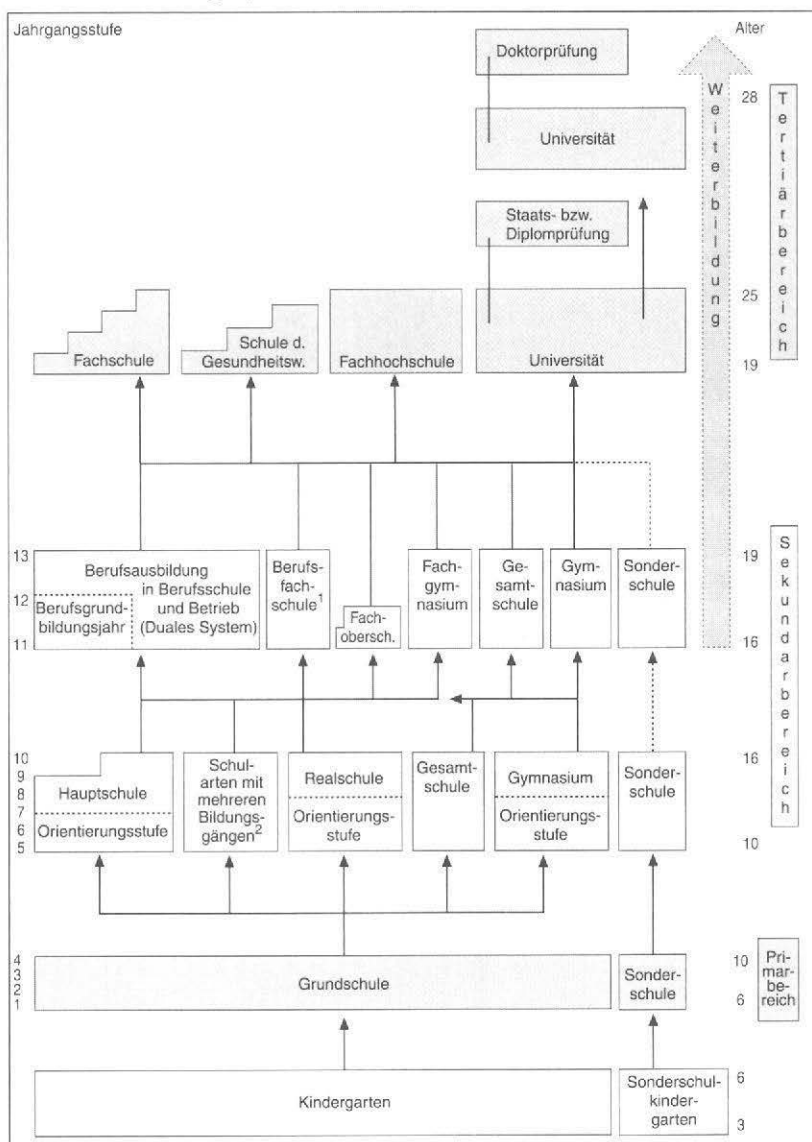
Die Bildungspolitik in Deutschland steht seit Beginn der 90er Jahre wieder einmal verstärkt im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Im Zuge der Diskussion um Einsparungen in den öffentlichen Haushalten werden Themen wie Verkürzung der Schulzeit der Abiturienten auf 12 Jahre, die Einführung von Studiengebühren, die Reform des BAföG sowie Maßnahmen zur Reduzierung der Studiendauer erörtert. Neben der Überfüllung der Hochschulen bewegt zurzeit vor allem der nun auch im Westen Deutschlands deutlich sichtbare Lehrstellenmangel und damit auch die Zukunft des dualen Systems die betroffenen jungen Menschen, Eltern, Lehrer und Ausbilder, aber auch Politiker und Wissenschaftler. Deshalb ist es notwendig, zur Versachlichung der Diskussion und zur Problemlösung in der Bildungspolitik fundiertes statistisches Material bereitzustellen.

Nicht alle Bildungsprozesse lassen sich statistisch erfassen. „Bildung“ erfährt schon das Kleinkind in der Familie, indem es beispielsweise die Sprache und soziale Verhaltensweisen lernt. Hierüber können kaum quantitative Aussagen getroffen werden. Die vorhandenen statistischen Unterlagen vermitteln in erster Linie Erkenntnisse über die Schüler, Auszubildenden und Studenten sowie über die eingesetzten Lehrkräfte. Abb. 1 zeigt Bereiche, für die statistisches Material zur Verfügung steht.

Darüber hinaus geben die Statistiken aber auch Einblick in die Rahmenbedingungen des Bildungsbereichs, die sich in den vergangenen Jahren grundlegend geändert haben. Entscheidende Einflüsse gehen dabei von der demographischen Entwicklung aus. Im früheren Bundesgebiet ist der Altersaufbau der Bevölkerung gekennzeichnet durch die geburtenstarken Jahrgänge der 60er Jahre mit rund 1 Mill. Neugeborenen pro Jahr und die nachfolgenden geburtenschwachen Jahrgänge mit etwa 600 000 Neugeborenen im Durchschnitt der Jahre 1974 bis 1989 sowie etwa 700 000 Neugeborenen pro Jahr seit Beginn der 90er Jahre.

Ein drastischer Geburtenrückgang ist in den neuen Ländern und Berlin-Ost zu verzeichnen. Während 1989 dort noch fast 200 000 Kinder zur Welt kamen, waren es 1994 nur noch 79 000. Immerhin gab es 1997 mit gut 100 000 wieder deutlich mehr Neugeborene. Zeitversetzt ergeben sich hierdurch unterschiedliche Jahrgangsstärken bei den Schülern, Auszubildenden und Studenten. Allerdings ist die Bevölkerungsentwicklung nicht der einzige Einflussfaktor des Bildungsangebots und der Bildungsnachfrage. Von großer Bedeutung sind auch die individuellen Bildungsentscheidungen und die Maßnahmen zur Umsetzung bildungspolitischer Ziele.

Abb. 1: Das Bildungssystem in Deutschland



1 Einschl. Kollegscheule.

2 Einschl. Bildungsgangübergreifende Klassen, Mittelschulen, Sekundarschulen und Erweiterte Realschulen, Kombinierte Klassen an Sekundarschulen, Regelschulen, Regionale Schulen und Duale Oberschulen.

2.2 Kindergärten

In Kindergärten werden Kinder ab drei Jahren bis zum Schuleintritt erzieherisch betreut. Seit dem 1. August 1996 hat jedes drei- bis sechsjährige Kind einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz. Um diesen Anspruch erfüllen zu können, ist das Angebot an Kindergartenplätzen in den letzten Jahren deutlich vergrößert worden. In Deutschland standen 1994 in den 37 377 Kindergärten und kindergartenähnlichen Einrichtungen insgesamt fast 2,5 Mill. Kindergartenplätze zur Verfügung. Damit lag die Versorgungsquote der Drei- bis Sechsjährigen 1994 bei 90,7 %. Neuere Daten liegen nicht vor, weil die Jugendhilfestatistik, aus der die Angaben zu Kindergärten stammen, nur alle vier Jahre durchgeführt wird.

Die 33 192 Einrichtungen im früheren Bundesgebiet konnten 1994 mit gut 1,9 Mill. Plätzen 330 000 Kindergartenplätze mehr bereitstellen als 1990. Dies bedeutet eine Steigerung der Versorgungsquote von 81,5 % auf 85,2 %.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost zeigte sich 1994 noch eine andere Situation. Die 4 185 Kindergärten und kindergartenähnlichen Einrichtungen dort boten 552 865 Kindergartenplätze an (gut 5 000 weniger als 1991). Bezogen auf die Kinder im Alter von drei bis unter sechs Jahren ergibt sich rechnerisch insgesamt eine Versorgungsquote von 116,9 %. Diese Quote resultiert in erster Linie aus dem drastischen Rückgang der Geburten in den neuen Ländern nach der „Wende“.

2.3 Allgemein bildende und berufliche Schulen

Die Wiedervereinigung Deutschlands hat zwei von unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Grundordnungen geprägte Schulwesen zusammengefügt. Das Grundgesetz weist den Bundesländern im Rahmen der föderalistischen Staatsordnung die Gesetzgebungskompetenz für das Schulwesen zu, die sie als Teil ihrer Kulturhoheit ausüben. Dagegen war in der ehemaligen DDR das gesamte politische System von den Grundsätzen des „demokratischen Zentralismus“ geprägt. Das Schulwesen wurde nach zentralen Vorgaben gelenkt und geplant. Nach der Wiedervereinigung wurde in den neuen Bundesländern das gesamte Schulwesen reformiert. Den neuen Bundesländern wurde die Zuständigkeit für die Ausgestaltung des Schulwesens übertragen. Der am Vorbild des früheren Bundesgebietes orientierte Umstellungsprozess ist inzwischen in allen neuen Bundesländern abgeschlossen.

2.3.1 Schulbesuch

Die Vorklassen (für schulreife, aber noch nicht schulpflichtige Kinder) und die Schulkindergärten (für schulpflichtige, aber noch nicht schulreife Kinder) bereiten auf den Eintritt in die Grundschule vor. 1998 besuchten in Deutschland rund 69 300

Tab. 1: Schülerinnen und Schüler an allgemein bildenden und beruflichen Schulen¹ 1993 bis 2015
in Tausend

Schuljahr	Insgesamt ²	Allgemein bildende	Berufliche ¹
		Schulen	
1993 (Ist)	12 008	9 558	2 449
1994 (Ist)	12 188	9 760	2 428
1995 (Ist)	12 367	9 932	2 436
1996 (Ist)	12 550	10 071	2 480
1997 (Ist)	12 697	10 147	2 550
1998 (Ist)	12 709	10 108	2 601
1999	12 798	10 187	2 611
2000	12 780	10 152	2 629
2001	12 720	10 074	2 646
2002	12 648	9 976	2 672
2003	12 570	9 857	2 714
2004	12 473	9 711	2 762
2005	12 340	9 544	2 797
2006	12 165	9 348	2 816
2007	11 961	9 160	2 801
2008	11 740	8 986	2 754
2009	11 519	8 825	2 694
2010	11 320	8 683	2 637
2011	11 128	8 549	2 579
2012	10 957	8 423	2 533
2013	10 799	8 306	2 492
2014	10 654	8 200	2 454
2015	10 518	8 105	2 413

¹ Ohne Schulen des Gesundheitswesens.

² Abweichungen in der Summe wegen Rundung der Einzelergebnisse möglich.

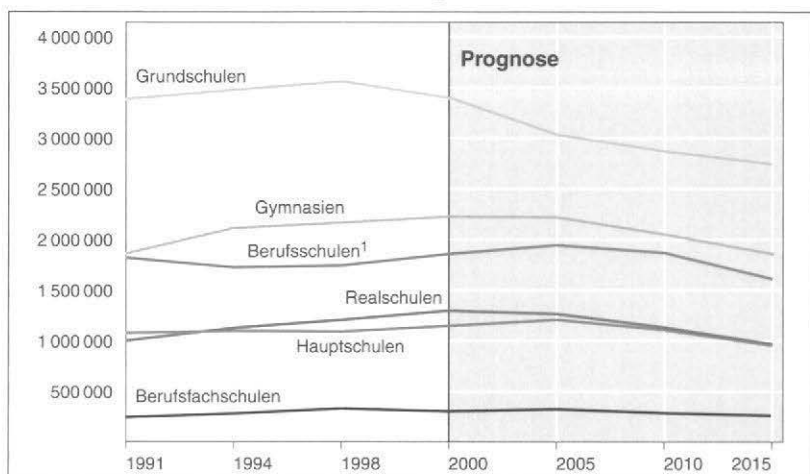
Quelle: Bis 1998 Ist-Zahlen des StBA, ab 1999 Prognosezahlen laut KMK, Dokumentation Nr. 141 Seite 10 sowie Tabellenteil Seite 5 bis 10.

Kinder diese Einrichtungen. Die Schulpflicht beginnt nach Vollendung des sechsten Lebensjahres. Sie beträgt zwölf Jahre, davon in der Regel neun Vollzeitschuljahre und drei Teilzeitschuljahre.

Die meisten Kinder werden in die Grundschule, die in der Regel vier Schuljahre dauert, eingeschult. 1998 besuchten 3 602 000 Schülerinnen und Schüler in Deutschland eine Grundschule. Die Anzahl der Kinder, die jährlich eingeschult werden, wird mit zeitlicher Verzögerung durch die Geburtenentwicklung und durch Wanderungsbewegungen in der Bevölkerung (z. B. durch den Zu- oder Wegzug ausländischer Kinder) beeinflusst.

Seit Mitte der 80er Jahre war die Zahl der Einschulungen beständig gestiegen. Zu Beginn des Schuljahres 1998/99 ging sie mit 881 900 ABC-Schützern wie auch 1997/98 wieder zurück. Die zahlenmäßige Entwicklung der Geburten schlägt sich

Abb. 2: Schülerinnen und Schüler in ausgewählten Schularten 1991–2015



1 Einschl. Berufssonderschulen, Berufsvorbereitungs- und Berufsgrundbildungsjahr.

Quelle: Bis 1998 Ist-Zahlen des StBA, übrige Jahre laut KMK-Dokumentation Nr. 141, Tabellenteil Seite 6 bis 10.

auch in der Schülerzahl an den Grundschulen nieder, die im Jahr 1998 erstmals gesunken ist. Für diese wird ab dem Jahr 1998 eine Umkehr der Wachstumsentwicklung und sinkende Schülerzahlen erwartet. Die Schülerzahl an allgemein bildenden und beruflichen Schulen insgesamt wird bis zum Jahr 2000 auf 12,8 Mill. ansteigen und danach kontinuierlich zurückgehen.

Die Schuljahre fünf und sechs der allgemein bildenden Schulen dienen der Förderung und Orientierung aller Kinder im Hinblick auf ihre weitere Schullaufbahn. Zur Wahl stehen der Besuch einer schulartunabhängigen Orientierungsstufe, die den weiteren schulischen Werdegang noch offen lässt, sowie verschiedene weiterführende Schularten.

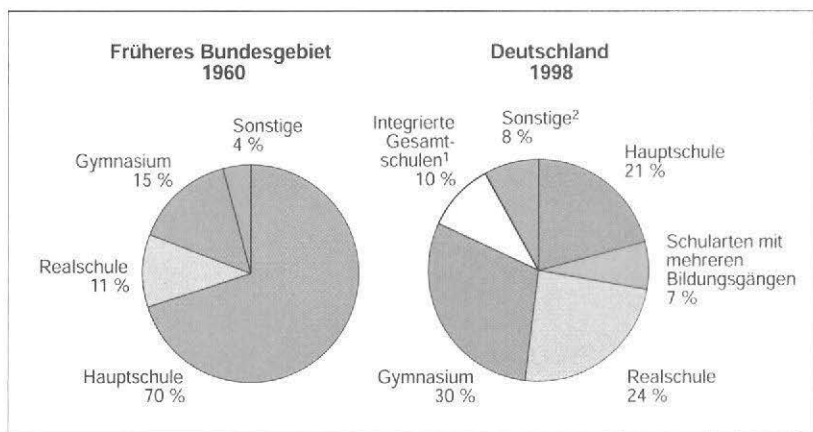
Welche der weiterführenden Schulen nach dem Besuch der Grundschule in Betracht kommen – schulartunabhängige Orientierungsstufe, Hauptschule, Schularten mit mehreren Bildungsgängen, Realschule, Gymnasium, Gesamtschule oder Freie Waldorfschule – richtet sich nach der Empfehlung der Grundschule, dem Wunsch der Eltern sowie den schulischen Leistungen des Kindes. 1998 wurden in den Hauptschulen 1,1 Mill., in den Realschulen 1,2 Mill. und in den Gymnasien 2,2 Mill. Schülerinnen und Schüler unterrichtet. Außerdem besuchten je 0,4 Mill. die schulartunabhängige Orientierungsstufe und die Schularten mit mehreren Bildungsgängen sowie 0,6 Mill. Schülerinnen und Schüler Integrierte Gesamtschulen (einschl. Freier Waldorfschulen), in denen die Bildungsgänge von Hauptschule, Realschule und Gymnasium in unterschiedlicher organisatorischer und inhaltlicher Ausgestaltung zusammengefasst sind.

In der Wahl der weiterführenden Schule spiegelt sich der Trend zur höheren Bildung wider. Dies wird anschaulich, wenn man die Verteilung eines bestimmten Altersjahrgangs auf die unterschiedlichen Schularten im Zeitablauf betrachtet. Für eine solche Untersuchung erscheinen die 13-Jährigen (8. Klassenstufe) besonders geeignet, weil einerseits in diesem Alter in der Regel die Entscheidung für die weiterführende Schulart gefallen ist und sie andererseits noch der Vollzeitschulpflicht unterliegen. Dabei wird deutlich, dass sich der Schulbesuch in dieser Altersstufe kontinuierlich von den Hauptschulen auf die Realschulen, Gymnasien und Integrierten Gesamtschulen verlagert hat. So wurden z. B. im Jahr 1960 im früheren Bundesgebiet noch 70 % der 13-Jährigen an Hauptschulen, aber nur 26 % an Realschulen und Gymnasien unterrichtet; 1998 lag das Verhältnis bei 21 % zu 54 % für Gesamtdeutschland.

Neben den bereits genannten Schularten gibt es die Sonderschulen. Diese sind Einrichtungen zur Förderung und Betreuung körperlich, geistig oder seelisch benachteiligter oder sozial gefährdeter Kinder, die nicht oder nicht mit ausreichendem Erfolg in anderen Schulen unterrichtet werden können. 1998 besuchten 410 400 Kinder Sonderschulen, also 4 % der insgesamt etwa 10,1 Mill. Schülerinnen und Schüler an allgemein bildenden Schulen. Der überwiegende Teil (54 %) der Behinderten wurde in Klassen für Lernbehinderte unterrichtet.

Außerhalb der allgemeinen Schulpflicht besteht die Möglichkeit, Schulabschlüsse an Abendschulen und Kollegs nachzuholen. 1998 nutzten 46 100 Erwachsene dieses Bildungsangebot.

Abb. 3: Schulbesuch der 13-Jährigen an ausgewählten Schularten
1960 und 1998
in Prozent



¹ Einschl. Freier Waldorfschulen.

² Schulartunabhängige Orientierungsstufe sowie Sonderschulen.

Tab. 2: Schülerinnen und Schüler an allgemein bildenden Schulen nach Schularten 1994 bis 1998

Schulart	1994	1995	1996	1997	1998
<i>Anzahl</i>					
Vorklassen und Schulkindergärten	86 468	84 024	82 420	75 708	69 285
Grundschulen	3 558 906	3 634 342	3 691 348	3 697 806	3 602 000
Orientierungsstufe ¹	374 908	374 692	378 937	394 836	409 780
Hauptschulen	1 113 433	1 123 509	1 121 534	1 110 615	1 097 978
Schularten mit mehreren Bildungsgängen	359 244	368 237	376 954	384 000	385 844
Realschulen	1 141 326	1 175 168	1 202 952	1 225 101	1 247 635
Gymnasien	2 148 702	2 164 625	2 181 562	2 200 092	2 223 398
Integrierte Gesamtschulen	489 120	508 569	526 959	541 447	548 349
Freie Waldorfschulen	60 979	63 021	64 445	65 748	67 268
Sonderschulen	382 946	391 118	398 566	406 129	410 422
Abendschulen und Kollegs	44 397	44 421	45 082	45 457	46 105
Insgesamt	9 760 429	9 931 726	10 070 759	10 146 939	10 108 064
<i>Prozent</i>					
Vorklassen und Schulkindergärten	0,9	0,8	0,8	0,7	0,7
Grundschulen	36,5	36,6	36,7	36,4	35,6
Orientierungsstufe ¹	3,8	3,8	3,8	3,9	4,1
Hauptschulen	11,4	11,3	11,1	10,9	10,9
Schularten mit mehreren Bildungsgängen	3,7	3,7	3,7	3,8	3,8
Realschulen	11,7	11,8	11,9	12,1	12,3
Gymnasien	22,0	21,8	21,7	21,7	22,0
Integrierte Gesamtschulen	5,0	5,1	5,2	5,3	5,4
Freie Waldorfschulen	0,6	0,6	0,6	0,6	0,7
Sonderschulen	3,9	3,9	4,0	4,0	4,1
Abendschulen und Kollegs	0,5	0,4	0,4	0,4	0,5
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

1 Schulartunabhängige Orientierungsstufe.

Die Zahl ausländischer Kinder an den allgemein bildenden Schulen stieg bis 1997 auf 950 700 an, 1998 lag sie bei 936 700. Im früheren Bundesgebiet war 1975 nur etwa jeder 26. Schüler an allgemein bildenden Schulen ausländischer Herkunft; 1998 war es in Deutschland dagegen jeder Elfte.

Die Verteilung der Jugendlichen, die das allgemein bildende Schulsystem verlassen, auf die einzelnen Abschlussarten ist in den letzten fünf Jahren relativ stabil geblieben. 1998 beendeten in Deutschland 26,5 % derjenigen, die aus den allgemein bildenden Schulen abgingen, ihre Vollzeitschulpflicht mit einem Hauptschulabschluss; der Anteil der Abgänger ohne Hauptschulabschluss lag bei 9,0 %. Mit einem Real- oder gleichwertigen Abschluss in der Tasche beendeten

an allgemein bildenden und beruflichen Schulen 39,9 % der Jugendlichen ihre Schulzeit, 30,0 % hatten eine Fachhochschulreife oder allgemeine Hochschulreife erworben.

Dieses Ausbildungsniveau ist das Ergebnis eines veränderten Bildungsverhaltens in den 70er und 80er Jahren, wonach die verstärkte Wahl höherer Bildungsabschlüsse einen steigenden Trend zu Realschulen und Gymnasien bzw. entsprechenden Einrichtungen begründet hatte. 1970 hatte im früheren Bundesgebiet der Anteil derjenigen, die mit Realschul- oder gleichwertigem Abschluss die Schule verließen, noch bei 26,0 % und der jener mit Fachhochschulreife oder allgemeiner Hochschulreife noch bei 11,4 % gelegen.

Tab. 3: Ausländische Schülerinnen und Schüler an allgemein bildenden und beruflichen Schulen 1993 bis 1998

Schuljahr	Insgesamt	Allgemein bildende Schulen		Berufliche Schulen ¹	
		Anzahl	%	Anzahl	%
1993	1 099 012	867 589	9,1	231 423	9,4
1994	1 122 208	887 246	9,1	234 962	9,7
1995	1 145 931	913 338	9,2	232 593	9,5
1996	1 173 832	941 240	9,3	232 592	9,4
1997	1 178 848	950 707	9,4	228 141	8,9
1998	1 156 751	936 693	9,3	220 058	8,5

1 Ohne Schulen des Gesundheitswesens.

Tab. 4: Schulabgängerinnen und Schulabgänger nach allgemein bildenden Abschlussarten 1993 bis 1998

Ab- schluss- jahr	Insgesamt	Nach Beendigung der Vollzeitschulpflicht		Mit Realschul- oder gleich- wertigem Abschluss ¹	Mit Hochschul- oder Fachhoch- schulreife ¹
		ohne	mit		
		Hauptschulabschluss			
Anzahl					
1993	943 250	72 443	218 975	361 631	290 201
1994	966 126	74 048	221 984	378 720	291 374
1995	1 010 913	76 005	236 406	390 730	307 772
1996	1 041 555	78 747	241 930	405 537	315 341
1997	1 069 961	80 486	245 885	420 160	323 430
1998	1 091 131	82 968	245 362	435 689	327 112
Prozent					
1993	100,0	7,7	23,2	38,3	30,8
1994	100,0	7,7	23,0	39,2	30,2
1995	100,0	7,5	23,4	38,7	30,4
1996	100,0	7,6	23,2	38,9	30,3
1997	100,0	7,5	23,0	39,3	30,2
1998	100,0	9,0	26,5	39,9	30,0

1 Einschl. allgemein bildender Abschlüsse, die an beruflichen Schulen erworben wurden.

Die Schulabgänger mit Haupt- oder Realschulabschluss setzen ihre Ausbildung überwiegend im dualen System von Berufsschule und Betrieb fort (siehe hierzu Abschnitt 2.4). Die Berufsschule ergänzt hier die gleichzeitige praktische Ausbildung im Betrieb. Daneben wird die Berufsschule aber auch von Jugendlichen unter 18 Jahren ohne Ausbildungsvertrag besucht, die noch der dreijährigen Teilzeitschulpflicht unterliegen. In Deutschland besuchten 1998 insgesamt 1,8 Mill. Jugendliche diese Schulart.

Tab. 5: Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen 1994 bis 1998

Schulart	1994	1995	1996	1997	1998
Berufsschulen ¹	1 713 711	1 713 111	1 730 590	1 759 045	1 791 140
Berufsaufbauschulen	4 741	3 688	2 851	2 551	2 158
Berufsfachschulen ²	295 019	306 681	330 020	366 648	383 231
Fachoberschulen	77 999	78 329	81 679	82 336	84 230
Fachgymnasien	85 943	87 395	90 179	91 999	93 092
Kollegschulen	79 642	81 541	81 403	83 890	88 635
Berufsober-/Technische Oberschulen	3 923	3 879	3 743	7 667	8 178
Fachschulen ³	166 773	161 129	159 119	155 761	150 254
Insgesamt	2 427 751	2 435 753	2 479 584	2 549 897	2 600 918

1 Berufsschulen im dualen System einschl. Berufsvorbereitungs- und Berufsgrundbildungsjahr.

2 Ab 1997 in Sachsen einschl. Schüler mit Gesundheitsdienstberufen.

3 Bis 1995 einschl. Fach-/Berufsakademien; ab 1996 einschl. Fachakademien.

Außerdem besteht nach der Entlassung aus den allgemein bildenden Schulen die Möglichkeit, eine Berufsfachschule zu besuchen. Es handelt sich dabei um Vollzeitschulen, die ein bis drei Jahre absolviert werden und zur Berufsvorbereitung oder auch zur vollen Berufsausbildung dienen. 1998 wurden rund 383 200 Schülerinnen und Schüler an Berufsfachschulen unterrichtet, und zwar bevorzugt in Wirtschafts-, Handels- und Verwaltungsberufen. 47,2 % dieser Schülerinnen und Schüler befanden sich in einer Berufsausbildung. Fachoberschulen bzw. Fachgymnasien, die den Zugang zu den Hochschulen eröffnen, besuchten 1998 177 300 Jugendliche. Die 88 600 Kollegschülerinnen und -schüler aus Nordrhein-Westfalen können allgemein bildende und/oder berufsbezogene Bildungsgänge besuchen.

Die Fachschulen (einschließlich Fach-/Berufsakademien) werden in der Regel nach einer bereits erworbenen Berufsausbildung und praktischer Berufserfahrung besucht und vermitteln eine weitergehende fachliche Ausbildung im Beruf. 1998 gab es rund 150 300 Fachschülerinnen und Fachschüler.

Die Entwicklung der Schülerzahlen an beruflichen Schulen wird im Wesentlichen von zwei Entwicklungen geprägt. Die Schülerzahlen waren an den Berufsschulen seit Mitte der 80er Jahre kontinuierlich gesunken. Aufgrund der ansteigenden Zahlen der Schulentlassenen nimmt die Anzahl der Berufsschüler seit 1996 wieder

zu. Bei den Berufsfachschulen und den Schulen, die den Hochschulzugang ermöglichen (Fachoberschulen und Fachgymnasien), ist ein kontinuierlicher Zuwachs zu beobachten. Hier schlagen sich sowohl die Bevölkerungsentwicklung als auch Änderungen in der Bildungsbeteiligung nieder. Nach einer Vorausschätzung der Kultusministerkonferenz werden die Schülerzahlen im Bereich der beruflichen Schulen bis 2006 weiter ansteigen.

An den Schulen des Gesundheitswesens wurden 1998 rund 120 800 Jugendliche zu (Kinder-)Krankenschwestern oder -pflegern oder für andere nichtakademische Gesundheitsdienstberufe ausgebildet. Da für diese Schulen nicht alle Merkmale erhoben werden können, ist diese Schulart in den Tabellen nicht berücksichtigt.

2.3.2 Lehrerinnen und Lehrer

1998 unterrichteten in Deutschland 613 600 Lehrkräfte (umgerechnete Vollzeit-lehrereinheiten) an allgemein bildenden Schulen und 107 200 an beruflichen Schulen. Ihre Zahl hat sich im früheren Bundesgebiet gegenüber 1970 aufgrund der geburtenstarken Jahrgänge und der gestiegenen Bildungsnachfrage bis Ende der 80er Jahre wesentlich erhöht, insbesondere bei den Realschulen und Gymnasien. Allerdings sind die Lehrerbzahlen trotz steigender Schülerzahlen bei einigen Schularten bereits wieder rückläufig (näheres siehe Tab. 6).

Die Qualität der schulischen Ausbildung wird unter anderem durch die Schüler-Lehrer-Relation beeinflusst, die anzeigt, wie intensiv sich eine Lehrkraft mit dem einzelnen Schüler beschäftigen kann. Diese Betreuungsrelation konnte seit 1970 im früheren Bundesgebiet an allen Schularten verbessert werden. So verminderte sich z. B. die Anzahl der Schüler je Lehrer an den Sonderschulen zwischen 1970 und 1990 von durchschnittlich 15,3 auf 6,3, an den Realschulen von 23,1 auf 16,2. Seit den 90er Jahren ist allerdings wieder eine leichte Steigerung bei den allgemein bildenden Schulen zu beobachten.

2.4 Betriebliche Berufsausbildung

Während der Besuch der Berufsschulen der Vermittlung der fachtheoretischen Ausbildungsinhalte dient, vollzieht sich die praktische Berufsausbildung durch das unmittelbare Lernen am Arbeitsplatz oder in den Ausbildungswerkstätten.

Der demographisch bedingte Druck auf den Lehrstellenmarkt hat seit Mitte der 80er Jahre nachgelassen und sich seit Beginn der 90er Jahre konsolidiert, weil geburtenschwächere Jahrgänge nach Abschluss der Schule vor dem Einstieg in das Berufsleben stehen. Seit 1996 wurde es für junge Leute jedoch wiederum zunehmend schwerer, ihren Wunschberuf zu erlernen, weil die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen das Angebot übertrifft. Zusätzlich bestehen noch große regionale Unterschiede.

Tab. 6: Lehrkräfte¹ und Schüler-Lehrerrelation an allgemein bildenden und beruflichen Schulen 1994 bis 1998

Schulart	1994	1995	1996	1997	1998
<i>Lehrkräfte</i>					
Allgemein bildende Schulen	615 053	618 927	619 075	613 883	613 618
Vorklassen und Schulkindergärten	5 993	5 674	5 669	5 400	5 224
Grundschulen	171 705	174 010	174 057	174 916	168 298
Orientierungsstufe ²	22 889	22 836	22 254	22 986	23 955
Hauptschulen	76 103	75 880	75 291	73 799	73 692
Schularten mit mehreren Bildungsgängen	24 640	24 492	24 251	24 351	24 488
Realschulen	66 062	66 271	67 313	67 547	68 119
Gymnasien	145 886	145 991	145 194	143 193	143 373
Integrierte Gesamtschulen	36 779	37 829	38 394	38 759	39 111
Freie Waldorfschulen	4 323	4 463	4 465	4 557	4 588
Sonderschulen	57 104	58 043	58 767	58 095	59 584
Abendschulen und Kollegs	3 569	3 438	3 420	3 280	3 186
Berufliche Schulen ³	104 449	104 715	106 276	106 390	107 181
Insgesamt	719 502	723 642	725 351	720 273	720 799
<i>Schülerinnen und Schüler je Lehrkraft</i>					
Allgemein bildende Schulen	15,9	16,0	16,3	16,5	16,5
Vorklassen und Schulkindergärten	14,4	14,8	14,5	14,0	13,3
Grundschulen	20,7	20,9	21,2	21,6	21,4
Orientierungsstufe ²	16,4	16,4	17,0	17,2	17,1
Hauptschulen	14,6	14,8	14,9	15,0	14,9
Schularten mit mehreren Bildungsgängen	14,6	15,0	15,5	15,8	15,8
Realschulen	17,3	17,7	17,9	18,1	18,3
Gymnasien	14,7	14,8	15,0	15,4	15,5
Integrierte Gesamtschulen	13,3	13,4	13,7	14,0	14,0
Freie Waldorfschulen	14,1	14,1	14,4	14,4	14,7
Sonderschulen	6,7	6,7	6,8	6,9	6,9
Abendschulen und Kollegs	12,4	12,9	13,2	13,8	14,5
Berufliche Schulen ³	23,2	23,3	23,4	24,0	24,3
Insgesamt	16,9	17,1	17,3	17,6	17,6

1 Vollzeitlehrkräfte und in Vollzeitlehrkräfte umgerechnete Teilzeitlehrkräfte.

2 Schulartunabhängige Orientierungsstufe.

3 Ohne Schulen des Gesundheitswesens.

Quelle: KMK-Dokumentation Nr. 147, Seite 28/29.

Der frühere Angebotsüberschuss hat sich seit 1992 kontinuierlich vermindert, weil in Teilen der Wirtschaft – auch als Folge des Beschäftigungsabbaus – eine sinkende Ausbildungsbereitschaft bei steigender Nachfrage zu beobachten ist; 1998 wurden rund 12 000 mehr Ausbildungsplätze nachgefragt als angeboten. Die Zahl der bis zum Beginn des Ausbildungsjahres 1998/99 neu abgeschlossenen Aus-

bildungsverträge belief sich auf rund 608 000. Zum gleichen Zeitpunkt standen 23 000 unbesetzten Ausbildungsplätzen noch 36 000 unvermittelte Bewerberinnen und Bewerber gegenüber.

In den letzten Jahren suchten nicht nur Haupt- und Realschulabgänger, sondern auch Abiturienten verstärkt eine betriebliche Berufsausbildung. Von den 608 000 Jugendlichen, die 1998 einen neuen Ausbildungsvertrag abgeschlossen haben, besaßen 16,5 % die Hochschul- oder Fachhochschulreife, 36,4 % verfügten über einen Realschul- oder gleichwertigen Abschluss, und 32,2 % konnten den Besuch einer Hauptschule (mit oder ohne Abschluss) als höchsten Bildungsgang nachweisen. 14,9 % hatten eine sonstige Vorbildung (z. B. Berufsvorbereitungsjahr, schulisches Berufsgrundbildungsjahr, Berufsfachschule).

Die Verteilung der Auszubildenden auf die Ausbildungsberufe lässt deutliche Schwerpunkte erkennen: 1998 konzentrierten sich 58 % aller Ausbildungsplätze männlicher und 74 % aller Ausbildungsplätze weiblicher Auszubildender auf nur 20 von insgesamt 359 anerkannten Ausbildungsberufen. Viele Jugendliche finden im Beruf ihrer Wahl keinen Ausbildungsplatz und müssen deshalb auf andere Ausbildungsgänge ausweichen oder Arbeitslosigkeit in Kauf nehmen.

1998 befanden sich 1 657 800 Jugendliche in einer Berufsausbildung, davon waren 40,0 % weibliche Auszubildende. Der Anteil der ausländischen Auszubildenden lag bei 6,3 %.

Abb. 4:

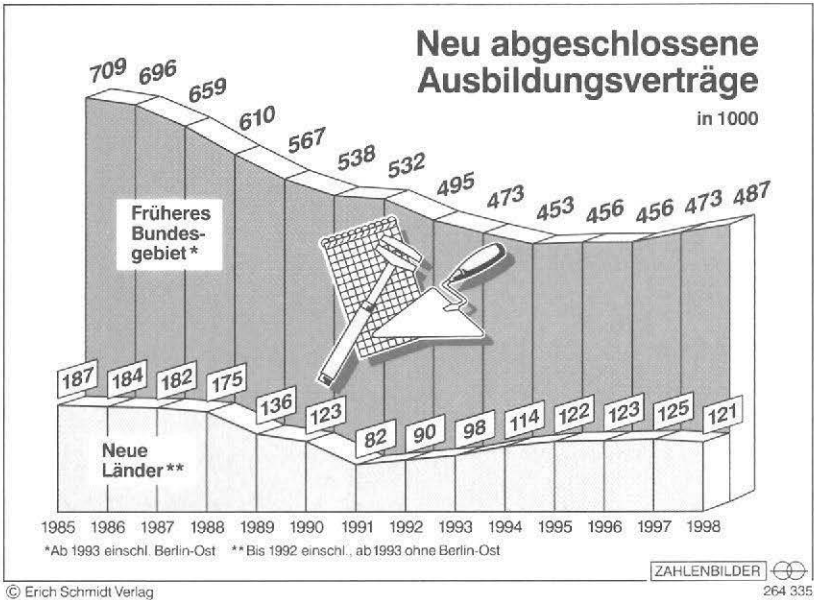
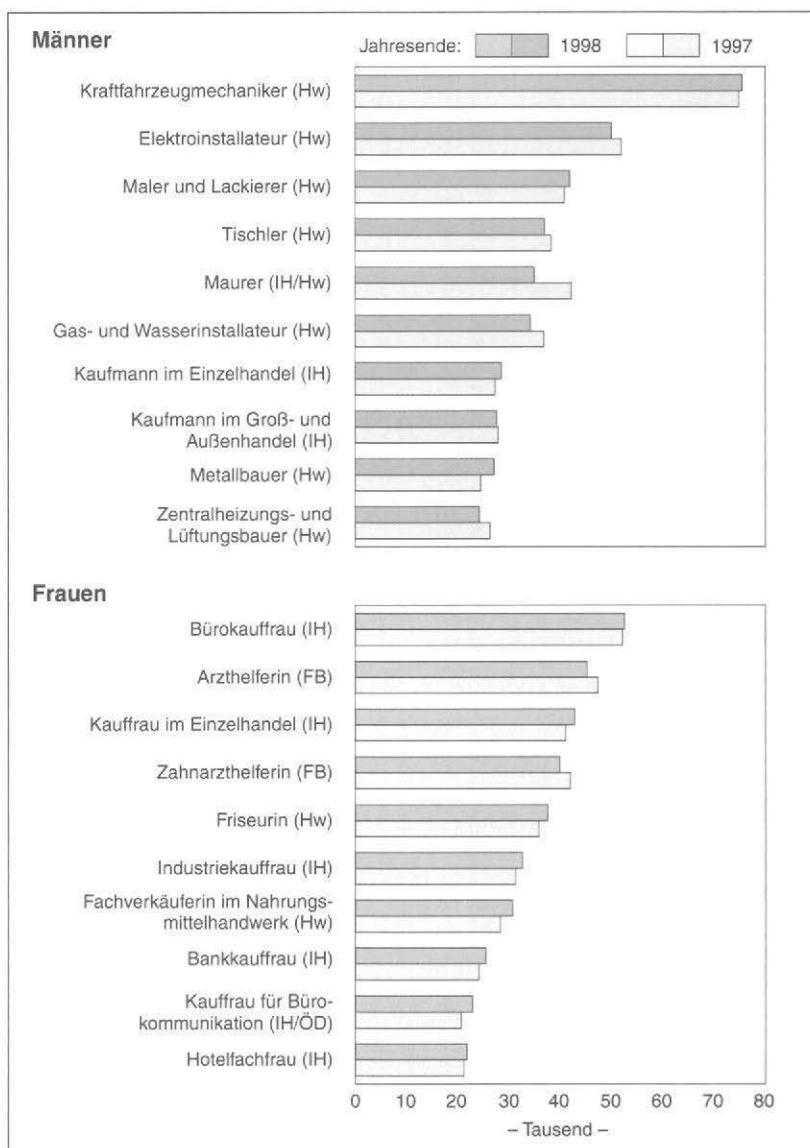


Abb. 5: Auszubildende in den zehn am stärksten besetzten Ausbildungsberufen in Deutschland



IH = Industrie und Handel (einschl. Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe); Hw = Handwerk; FB = Freie Berufe; ÖD = Öffentlicher Dienst.

Tab. 7: Auszubildende 1998

Gebiet	Auszubildende insgesamt	Ausländeranteil	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Deutschland	1 657 764	6,3	607 933	36,7
Früheres Bundesgebiet ¹	1 301 166	8,0	486 768	37,4
Neue Länder	356 598	0,1	121 165	34,0

¹ Einschl. Berlin-Ost.

Tab. 8: Auszubildende, Angebot und Nachfrage nach Ausbildungsplätzen sowie bestandene Abschlussprüfungen 1993 bis 1998 in Tausend

Jahr	Auszubildende insgesamt	Ausbildungsplätze		Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	Bestandene Abschlussprüfungen
		Angebot	Nachfrage		
1993	1 629	656	588	571	527
1994	1 580	622	587	567	545
1995	1 579	617	598	579	503
1996	1 592	609	613	579	488
1997	1 622	613	635	598	483
1998	1 658	636	648	608	487

Bei den jungen Männern rangiert der Beruf des Kraftfahrzeugmechanikers in der Beliebtheitsskala eindeutig an erster Stelle: jeder dreizehnte Auszubildende ergreift ihn. Ein großer Teil der Mädchen entscheidet sich für die Berufe Bürokauffrau (jede Zwölfte) und Arzthelferin (jede Vierzehnte).

Am Ende der Berufsausbildung sind Abschlussprüfungen durchzuführen. Die Erfolgsquote lag 1998 bei 84 %, d. h. von 577 600 Prüfungen wurden 487 200 bestanden.

2.5 Hochschulen

2.5.1 Studierende

Seit Mitte der 60er Jahre, als die Hochschulen angesichts eines im internationalen Vergleich drohenden Bildungsrückstands der deutschen Bevölkerung breiteren Schichten geöffnet wurden, sind die Studentenzahlen in Deutschland drei Jahrzehnte lang kontinuierlich angestiegen.

Tab. 9: Studierende an Hochschulen
in Tausend

Winter- semester	Ins- gesamt	Davon an		
		Uni- versitäten ¹	Kunst- hochschulen	Fach- hochschulen ²
<i>Früheres Bundesgebiet</i>				
1960/61	247	239	7	–
1970/71	422	412	10	–
1980/81	1 036	818	18	200
1990/91	1 579	1 184	24	371
1991/92	1 640	1 227	24	389
<i>Deutschland</i>				
1992/93	1 834	1 385	29	420
1993/94	1 867	1 397	30	440
1994/95	1 872	1 394	30	449
1995/96	1 858	1 380	29	449
1996/97	1 838	1 369	29	440
1997/98	1 824	1 357	30	437
1998/99	1 801	1 335	30	436

1 Einschl. Gesamthochschulen, Pädagogischer und Theologischer Hochschulen.

2 Einschl. Verwaltungsfachhochschulen.

Tab. 10: Studienanfänger an Hochschulen
in Tausend

Studienjahr ¹	Ins- gesamt	Davon an		
		Uni- versitäten ²	Kunsthoch- schulen	Fachhoch- schulen ³
<i>Früheres Bundesgebiet</i>				
1960	54	52	2	–
1970	93	90	3	–
1980	193	135	3	55
1990	278	195	3	80
1991	271	185	3	83
1992	257	174	3	80
<i>Deutschland</i>				
1993	280	184	4	91
1994	268	178	4	86
1995	262	176	4	82
1996	267	183	4	81
1997	267	182	4	81
1998	272	183	4	86

1 Studienjahr = Sommersemester und nachfolgendes Wintersemester.

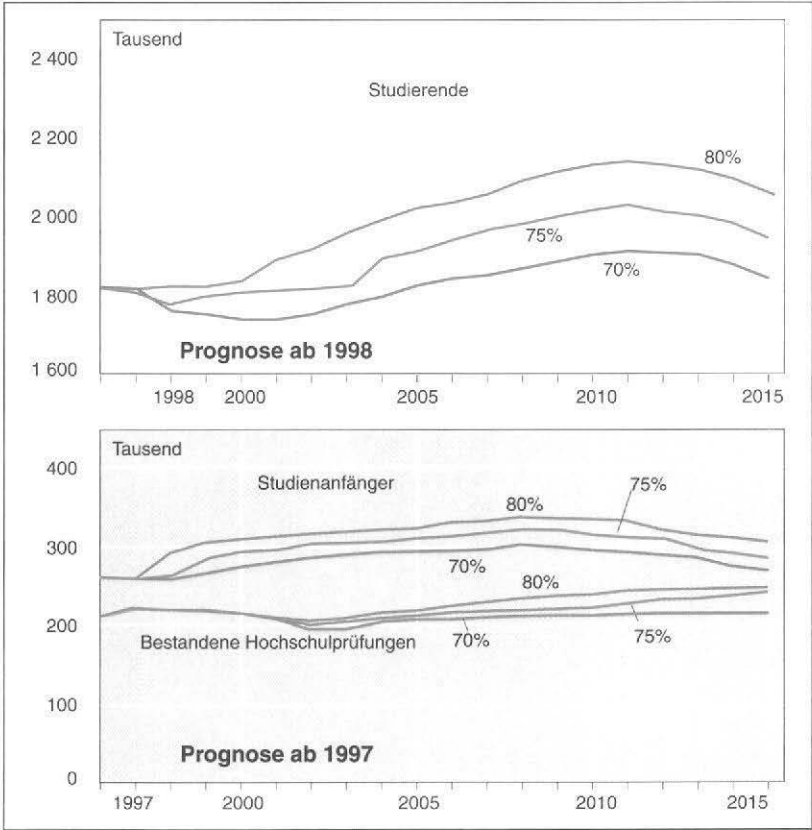
2 Einschl. Gesamthochschulen, Pädagogischer und Theologischer Hochschulen.

3 Einschl. Verwaltungsfachhochschulen.

1995 wurde erstmals ein leichter Rückgang der Studierendenzahl verzeichnet, der bis heute anhält. Insgesamt waren im Wintersemester 1998/99 1,80 Mill. Studierende an einer Hochschule in Deutschland eingeschrieben.

Die Entwicklung der Anzahl der Studierenden in den 90er Jahren wurde in erster Linie durch sinkende Studienanfängerzahlen verursacht. Diese wiederum lassen sich auf den Geburtenrückgang Mitte der 70er Jahre zurückführen. Die Altersgruppe der 19- bis 24-Jährigen, aus der die Studienanfänger hauptsächlich stammen, wird in Zukunft jedoch wieder ansteigen. Da zudem immer mehr Schüle-

Abb. 6: Studienanfänger, Studierende sowie bestandene Hochschulprüfungen¹ 1996 bis 2015



¹ Status-quo-Berechnung. Es wird geschätzt, daß 70 %, 75 % bzw. 80 % der Studienberechtigten eines Altersjahrgangs ein Studium aufnehmen.

Prognose: Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder. Dokumentation Nr. 146.

Prognose der Studienanfänger, Studierenden und Hochschulabsolventen bis 2015.

rinnen und Schüler die Hochschulreife erwerben, wird in Zukunft die Zahl der Studienanfänger und folglich auch die der Studierenden wieder zunehmen. Einer Prognose der Kultusministerkonferenz vom Juni 1998 zufolge wird die Studierendenzahl in Deutschland im Jahr 2008 die Zwei-Millionen-Grenze überschreiten (mittlere Schätzvariante).

Im Wintersemester 1998/99 waren 74 % aller Studierenden an Universitäten, Gesamthochschulen, Pädagogischen oder Theologischen Hochschulen eingeschrieben, 24 % studierten an Fach- und Verwaltungsfachhochschulen und 2 % an Kunsthochschulen.

Die Wahl eines Studienfachs durch die Studierenden wird neben anderen Faktoren auch durch bestehende Zulassungsbeschränkungen sowie durch die Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt beeinflusst. So schrumpfte beispielsweise angesichts anhaltender Lehrerarbeitslosigkeit der Anteil der Lehramtsstudenten und -studentinnen von 30 % im Wintersemester 1975/76 auf 11 % im Wintersemester 1998/99. Die Zahl der Studierenden in der Humanmedizin verstärkte sich in der zweiten Hälfte der 70er Jahre; seit dem Wintersemester 1980/81 ist der Anteil der Humanmediziner unter den Studierenden leicht rückläufig. In den Ingenieurwissenschaften hat die Zahl der Studierenden in den 90er Jahren um rund ein Fünftel abgenommen. Auch in der Fächergruppe „Mathematik, Naturwissenschaften“ ist die Studierendenzahl seit einigen Jahren rückläufig. Demgegenüber verzeichnen die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften seit Mitte der 70er Jahre einen

Tab. 11: Studierende nach ausgewählten Fächergruppen
in Tausend

Wintersemester	Ins-gesamt	Darunter				
		Sprach- und Kulturwissenschaften	Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	Mathematik, Naturwissenschaften	Humanmedizin	Ingenieurwissenschaften
Früheres Bundesgebiet						
1975/76	836	214	190	143	50	154
1980/81	1 036	236	265	160	78	185
1990/91	1 579	303	449	262	98	335
1991/92	1 640	319	474	272	96	346
Deutschland						
1992/93	1 834	363	525	299	108	388
1993/94	1 867	379	550	299	105	384
1994/95	1 872	389	561	294	102	375
1995/96	1 858	400	565	286	99	357
1996/97	1 838	410	564	278	98	336
1997/98	1 824	416	566	274	96	319
1998/99	1 801	412	564	271	96	305

Tab. 12: Die zehn am stärksten besetzten Studienfächer
im Wintersemester 1998/99 – deutsche Studierende –

Männer			Frauen		
Rang- folge	Studienfach	%	Rang- folge	Studienfach	%
1	Betriebswirtschaftslehre	8,5	1	Germanistik/Deutsch	6,7
2	Rechtswissenschaft	6,2	2	Betriebswirtschaftslehre	6,4
3	Maschinenbau/-wesen	5,1	3	Rechtswissenschaft	6,3
4	Wirtschaftswissenschaften	5,1	4	Erziehungswissenschaften (Pädagogik)	5,2
5	Elektrotechnik/Elektronik	4,8	5	Medizin (Allg.-Medizin)	5,1
6	Informatik	4,5	6	Anglistik/Englisch	3,3
7	Bauingenieurwesen/ Ingenieurbau	4,4	7	Wirtschaftswissenschaften	3,2
8	Medizin (Allg.-Medizin)	4,1	8	Biologie	3,1
9	Architektur	2,8	9	Psychologie	3,0
10	Wirtschaftsingenieurwesen	2,7	10	Architektur	2,8

ungebrochenen Zulauf. Die Anzahl der Studierenden in dieser Fächergruppe verdreifachte sich zwischen den Wintersemestern 1975/76 und 1998/99, während sich die Studentenzahl insgesamt lediglich verdoppelte.

Tab. 13: Bestandene Prüfungen an Hochschulen
in Tausend

Prüfungs- jahr	Ins- gesamt	Davon			
		Diplom (Universität) und ent- sprechende Abschluss- prüfungen	Promo- tionen	Lehramts- prüfungen	Fach- hoch- schul- abschluss
Früheres Bundesgebiet					
1970	51	26	11	14	–
1980	124	46	12	30	35
1990	166	82	18	10	56
1991	172	83	19	11	59
1992	178	86	20	11	61
Deutschland					
1993	202	101	21	16	63
1994	219	102	22	24	71
1995	230	106	22	27	75
1996	237	111	23	28	75
1997	237	109	24	28	76
1998	228	103	25	28	71

Bei der Wahl des Studienfachs zeigen sich z. T. deutliche Unterschiede zwischen den Fachinteressen von Frauen und Männern. Studentinnen bevorzugen vor allem Fächer der Sprach- und Kulturwissenschaften, während sich ihre männlichen Kollegen stärker den technischen Disziplinen und den Naturwissenschaften zuwenden. Ähnlich stark ist bei beiden Geschlechtern das Interesse an den wirtschaftswissenschaftlichen Studienfächern. Unverändert gehören auch die Rechtswissenschaften sowie die Medizin zu den zehn von Frauen wie Männern am häufigsten gewählten Studienfächern.

Die Zahl der bestandenen Prüfungen ist in den vergangenen Jahren stark angewachsen. Im Prüfungsjahr 1998 schlossen 228 000 Hochschulabsolventen ein Studium erfolgreich ab, 12,8 % mehr als noch 1993. Von den Absolventen des Jahres 1998 erwarben 103 000 ein Universitäts- und 71 000 ein Fachhochschuldiplom. 28 000 Studierende absolvierten eine Lehramtsprüfung und weitere 25 000 beendeten ihr Studium mit einer Promotion.

2.5.2 Personal

Ende 1998 waren vorläufigen Ergebnissen zufolge an den Hochschulen in Deutschland insgesamt 482 000 Personen beschäftigt. Davon gehörten 216 000 oder 45 % zum wissenschaftlichen und künstlerischen Personal und 266 000 (55 %) zum Verwaltungs-, technischen und sonstigen Personal. Vom wissen-

Tab. 14: Personal an Hochschulen
in Tausend

Jahr	Ins- gesamt	Wissenschaftliches und künstlerisches Personal		Verwaltungs-, technisches und sonstiges Personal	
		haupt- beruflich	neben- beruflich ¹	haupt- beruflich	neben- beruflich ²
Früheres Bundesgebiet					
1973	246	70	45	126	4
1980	319	85	42	164	28
1990	370	109	55	205	2
1991	383	113	58	209	3
Deutschland					
1992	493	143	84	262	4
1993	507	145	94	265	2
1994	511	148	99	263	2
1995	522	152	99	268	2
1996	519	154	97	266	2
1997	481	154	60	266	1
1998 ³	482	155	60	264	2

1 1992 bis 1996 einschl. studentischer Hilfskräfte.

2 1973 bis 1980 einschl. studentischer Hilfskräfte.

3 Vorläufiges Ergebnis.

schaftlichen und künstlerischen Personal waren 155 000 hauptberuflich und 60 000 nebenberuflich tätig.

Zum hauptberuflich tätigen wissenschaftlichen und künstlerischen Personal zählen u. a. die Professoren, die wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter sowie Dozenten und Assistenten; zum nebenberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personal gehören zum Beispiel Lehrbeauftragte, wissenschaftliche Hilfskräfte und Gastprofessoren.

2.5.3 Frauenanteile

Der hohe Bildungsstand der Bevölkerung ist für die Industrienation Deutschland eine wichtige Ressource. Daher hat die Beteiligung von Frauen in Studium, Lehre und Forschung eine besondere Bedeutung. Die Frauenanteile in den verschiedenen Stadien einer akademischen Laufbahn sind in den letzten beiden Jahrzehnten deutlich gestiegen. Allerdings ist der Frauenanteil umso geringer, je höher die erreichte Stufe auf der „Karriereleiter“ ist.

Knapp die Hälfte der Erstsemester waren 1998 Frauen, und der Anteil der Studentinnen an den Studierenden lag bei 44,5 %. Der Frauenanteil bei den Hochschulabsolventen betrug 1998 42,2 %, und immerhin jeder dritte Dokortitel wurde von einer Frau erworben.

Tab. 15: Frauenanteile in verschiedenen Stadien
der akademischen Laufbahn 1980 bis 1998
in Prozent

Jahr	Studienanfänger ¹	Studierende ²	Absolventen	Promotionen	Hochschulpersonal insgesamt ³	Hauptberufl. wiss. und künstl. Personal ³	Professoren ³	C4-Professoren
<i>Früheres Bundesgebiet</i>								
1980	40,2	36,7	34,1	19,6	·	12,5	5,3	2,5
1985	39,8	37,8	36,8	24,1	·	14,2	5,1	2,3
1990	39,4	38,3	36,5	27,8	·	17,7	5,5	2,6
1991	40,9	38,7	37,1	28,2	·	18,0	5,7	3,0
1992	43,3	39,7	38,6	28,9	48,8	21,6	6,5	3,8
<i>Deutschland</i>								
1993	44,4	40,2	38,9	30,6	48,6	21,6	6,9	4,0
1994	45,1	40,8	40,6	31,2	48,5	21,9	7,5	4,3
1995	47,8	41,7	40,7	31,5	49,1	22,6	8,2	4,8
1996	47,6	42,5	40,7	31,1	49,2	23,0	8,5	5,1
1997	48,6	43,5	41,3	32,1	50,2	23,5	9,0	5,5
1998	48,5	44,5	42,2	33,1	50,5	24,2	9,5	5,5

1 Studienanfänger: Sommersemester und nachfolgendes Wintersemester.

2 Studierende: Wintersemester.

3 1998: vorläufiges Ergebnis.

Gut die Hälfte der Beschäftigten an deutschen Hochschulen waren Ende 1998 Frauen. Ihr Anteil am hauptberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personal betrug allerdings nur knapp ein Viertel. In der Professorenschaft lag der Frauenanteil bei 9,0 %, in der höchsten Besoldungsstufe (C4) sogar nur bei 5,5 % (Angabe für 1997). Im Vergleich zu 1980 haben sich jedoch diese Anteilswerte bei den verschiedenen Personalgruppen annähernd verdoppelt.

2.6 Weiterbildung

Breite Bevölkerungsschichten haben die Notwendigkeit des „lebenslangen Lernens“ erkannt. In einer Zeit raschen technologischen Wandels müssen viele Erwerbstätige damit rechnen, dass sie ihren ursprünglich erlernten Beruf nicht ein Leben lang ausüben können. Immer häufiger nehmen deshalb Beschäftigte an Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen teil. Aber auch die allgemeine Weiterbildung erfreut sich wachsender Beliebtheit, wie insbesondere der starke Zuspruch zu den Volkshochschulen sowie das rege Interesse der Bevölkerung am Besuch von einzelnen Lehrveranstaltungen an Hochschulen (sog. Gaststudium) erkennen lassen.

Eine seit 1979 in dreijährigem Abstand im Auftrag des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie durchgeführte repräsentative Umfrage unter 19- bis 64-jährigen Bundesbürgern bestätigt diese Tendenz. Danach haben 1997 in Deutschland nahezu 5 von 10 Bundesbürgern in diesem Alter an irgendeiner Form von Weiterbildung teilgenommen (48 %). Hochgerechnet sind dies 21,1 Mill. Personen, die sich – teils mehrfach – weitergebildet haben. Die Teilnahmequote ist gegenüber 1994 um 6 Prozentpunkte gestiegen. Für das frühere Bundesgebiet wurde mit 48 % der höchste Stand seit Beginn der Umfrage 1979 erreicht. Die Bürger in den neuen Ländern sind inzwischen ebenso weiterbildungsaktiv (Teilnahmequote 49 %) wie die des früheren Bundesgebietes.

An beruflicher Weiterbildung haben hochgerechnet rund 15,2 Mill. Personen teilgenommen. Die Beteiligung lag sowohl im früheren Bundesgebiet (29 %) als auch in den neuen Ländern (37 %) höher als 1994. An allgemeinen und politischen Weiterbildungsveranstaltungen haben sich 1997 hochgerechnet rund 15,7 Mill. Personen beteiligt, gegenüber 12,5 Mill. im Jahre 1994. Im früheren Bundesgebiet lag die Teilnahmequote mit 32 % etwas höher als in den neuen Ländern (28 %). Die Entwicklung der Teilnehmerzahlen sowie vor allem das zeitliche Volumen lassen eine zunehmende Konzentration auf die berufsbezogene Weiterbildung erkennen.

Hochqualifizierte Männer und Frauen bemühen sich verstärkt um ihre Weiterbildung (69 % der Hochschulabsolventen nahmen 1997 an entsprechenden Maßnahmen teil). Dagegen wenden die Bundesbürger ohne abgeschlossene Berufsausbildung weniger Zeit für ihr Fortkommen auf; nur 24 % besuchten 1997 entsprechende Veranstaltungen.

Tab. 16: Weiterbildungsteilnahme nach Weiterbildungsbereichen 1997¹
in Prozent der Bevölkerung im Alter von 19 bis 64 Jahren

Weiterbildungsbereiche	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Berufliche Weiterbildung insgesamt			
und zwar			
Lehrgänge/Kurse zur Umschulung auf einen anderen Beruf	2	2	5
Lehrgänge/Kurse für den beruflichen Aufstieg (z. B. zum Meister, Techniker, Betriebswirt)	3	3	3
Besondere Lehrgänge/Kurse im Betrieb zur Einarbeitung in eine neue Arbeit	6	6	6
Lehrgänge/Kurse zur Anpassung an neue Aufgaben im Beruf	12	12	16
Sonstige Lehrgänge/Kurse im Beruf	9	9	11
Teilnahmequote an beruflicher Weiterbildung	30	29	37
Allgemeine Weiterbildung insgesamt			
und zwar Besuch von Kursen, Lehrgängen oder Vorträgen zu den Themenschwerpunkten:			
Fragen der Gesundheit und der gesundheitsrechtlichen Lebensführung	5	5	3
Versicherungs-, Renten-, Steuer- und sonstige Rechtsfragen	3	3	4
Wie man einen Haushalt führt	0	0	0
Wie man Kinder versorgt und erzieht oder ihnen in der Schule hilft	2	2	2
Wie man mit persönlichen oder familiären Problemen fertig wird	1	1	1
Sprachkenntnisse	8	8	5
Praktische Kenntnisse, die man manchmal braucht, z. B. erste Hilfe, Reparaturen im Haus, am Auto	3	3	4
Naturwissenschaften und Technik	2	2	1
Wie man aktiv seine Freizeit gestalten kann, z. B. Basteln, ein Musikinstrument spielen, Tierhaltung, Gartenpflege und andere Hobbys	3	3	2
Wissen auf Gebieten, wie z. B. Kunst, Literatur, Religion, Geschichte oder Länderkunde	2	2	2
Umweltschutz/Ökologie	2	2	2
Kenntnisse für die Ausübung von Sportarten	3	3	1
Astrologie/Esoterische Fragen	0	0	0
Sonstige Themenbereiche	3	3	2
Politische Weiterbildung			
Besuch von Kursen, Lehrgängen oder Vorträgen zum Themenbereich: Rechte und Pflichten des Staatsbürgers, Wissen über Politik	1	1	1
Multikulturelle Fragen, toleranter Umgang mit Ausländern	0	0	0
Teilnahmequote an allgemeiner und politischer Weiterbildung	31	32	28

¹ Weiterbildungsteilnahme = Teilnahme in den letzten zwölf Monaten vor der Befragung.

Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Berichtssystem Weiterbildung VII, Bonn 1999.

Die Volkshochschulen als bedeutender Träger der allgemeinen und politischen Weiterbildung verzeichneten 1997 6,4 Mill. Teilnehmer an Lehrgängen, Kursen und Arbeitsgemeinschaften, 2,6 Mill. Personen besuchten Einzelveranstaltungen; dabei sind Mehrfachzählungen durch Belegung mehrerer Veranstaltungen enthalten. Zum beliebtesten Volkshochschulangebot gehören die Sprachkurse, die 1997 von 29 % aller Teilnehmer belegt wurden. Etwa 52 000 Personen besuchten Lehrgänge, um einen Schulabschluss nachzuholen.

An einem Gaststudium nahmen im Wintersemester 1997/98 33 735 Personen teil. Davon waren fast die Hälfte Frauen (48 %). Die beliebtesten Fachrichtungen der Gasthörer und Gasthörerinnen waren die Sprach- und Kulturwissenschaften sowie die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Die Gaststudierenden des Wintersemesters 1997/98 waren durchschnittlich 47 Jahre alt; ein Drittel war 60 Jahre und älter.

2.7 Bildungsniveau der Bevölkerung

Die Qualifikation der Bevölkerung ist auch von großer gesamtwirtschaftlicher Bedeutung, da neben der Ausstattung mit Bodenschätzen und Produktionsanlagen vor allem die Qualität der menschlichen Arbeitskraft („Humankapital“) das Leistungsvermögen einer Volkswirtschaft bestimmt. Für den Einzelnen stellt die Ausbildung einen entscheidenden Schritt zur Selbstentfaltung und Entwicklung der Persönlichkeit dar.

Aktuelle Angaben über den Bildungsstand der Gesamtbevölkerung werden in der Regel aus dem jährlich durchgeführten Mikrozensus gewonnen. Bei der im April 1998 durchgeführten Erhebung hatten von allen Personen über 15 Jahre, die Angaben zur allgemeinen Schulbildung gemacht haben, 35,4 % einen so genannten „höherwertigen“ Bildungsabschluss (Realschulabschluss/Fachhochschul-, Hochschulreife). In der Gruppe der 20- bis unter 30-Jährigen konnte bereits über die Hälfte (56,7 %) einen solchen Abschluss nachweisen, während die Altersjahrgänge ab 60 lediglich zu 19,4 % eine Realschule oder ein Gymnasium erfolgreich absolviert hatten.

Im Jahre 1998 gaben 52,7 % der Personen, die Angaben zum beruflichen Bildungsabschluss gemacht haben, eine Lehre als beruflichen Ausbildungsabschluss an. 10,9 % hatten einen Fachhochschul- oder Hochschulabschluss.

2.8 Bildung und individuelle Merkmale

Heute werden die Angebote des allgemeinen Bildungssystems von Frauen und Männern gleichberechtigt wahrgenommen, sodass bei der jüngeren Generation bezüglich des Bildungsgrades kaum noch geschlechtsspezifische Unterschiede festzustellen sind. In der Altersgruppe der 20- bis 24-Jährigen hatten 30,8 % der

Tab. 17: Allgemein bildender Schulabschluss der Bevölkerung im April 1998

Alter in Jahren	Ins- gesamt	Darunter mit Angaben zur allgemeinen Schulausbildung ¹					
		zu- sammen	noch in schul- licher Aus- bildung	mit allgemeinem Schulabschluss			
				Volks- schul-/ Haupt- schul- abschluss	Abschluss der Poly- tech- nischen Ober- stufe	Real- schul- oder gleich- wertiger Abschluss	Fach- hoch- schul- oder Hoch- schulreife
in 1 000							
15–19	4 657	4 588	2 866	674	93	705	144
20–29	9 880	9 598	120	2 689	1 044	2 421	3 021
30–39	13 322	12 951	/	4 316	1 928	2 920	3 390
40–49	11 542	11 213	/	4 937	1 661	1 902	2 378
50–59	10 931	10 291	/	6 357	564	1 541	1 499
60 und älter	18 948	17 253	/	13 143	274	1 883	1 465
Insgesamt	69 280	65 894	2 992	32 116	5 563	11 372	11 895
Nachrichtlich:							
Früheres Bundesgebiet	56 137	53 118	2 345	27 731	755	10 547	9 959
Neue Länder und Berlin-Ost	13 144	12 776	647	4 384	4 808	825	1 937
in % ²							
15–19	X	100	62,5	14,7	2,0	15,4	3,1
20–29	X	100	1,3	28,0	10,9	25,2	31,5
30–39	X	100	/	33,3	14,9	22,5	26,2
40–49	X	100	/	44,0	14,8	17,0	21,2
50–59	X	100	/	61,8	5,5	15,0	14,6
60 und älter	X	100	/	76,2	1,6	10,9	8,5
Insgesamt	X	100	4,5	48,7	8,4	17,3	18,1
Nachrichtlich:							
Früheres Bundesgebiet	X	100	4,4	52,2	1,4	19,9	18,7
Neue Länder und Berlin-Ost	X	100	5,1	34,3	37,6	6,5	15,2

1 Beantwortung freiwillig.

2 Anteil an allen Personen in der jeweiligen Altersgruppe, die Angaben zur allgemeinen Schulausbildung gemacht haben.

Männer und 35,1 % der Frauen die Fachhochschul- oder Hochschulreife. Demgegenüber besaßen im Jahr 1998 von den 50- bis 54-Jährigen 20,6 % der männlichen, aber nur 12,4 % der weiblichen Bevölkerung das Abitur.

An den Realschulen wurden im Jahr 1998 etwa gleich viele Mädchen (51,0 %) wie Jungen unterrichtet; an den Gymnasien waren Mädchen sogar etwas stärker (54,4 %) vertreten. In der beruflichen Ausbildung neigen Mädchen eher zu schulischen, junge Männer eher zu betrieblichen Ausbildungsgängen. 1998 stellten

junge Frauen zum Beispiel an den Berufsfachschulen (64,9 %) und den Schulen des Gesundheitswesens (79,0 %) die Mehrheit der Schüler. In der betrieblichen Berufsausbildung sind die weiblichen Auszubildenden dagegen noch erheblich unterrepräsentiert: Im Jahr 1998 waren nur 40,0 % aller Auszubildenden Mädchen. An den deutschen Hochschulen lag der Anteil der Studentinnen im Wintersemester 1998/99 bei 44,5 %; bei den Studienanfängern machte der Frauenanteil 48,5 % aus.

Tab. 18: Beruflicher Bildungsabschluss der Bevölkerung im April 1998

Alter in Jahren	Insgesamt	Darunter mit beruflichem Bildungsabschluß ¹				
		Lehr-/ Anlern- ausbil- dung ²	Fach- schulab- schluss ³	Fach- schulab- schluss in der ehem. DDR	Fach- hoch- schul- ab- schluss ⁴	Hoch- schulab- schluss ⁵
in 1 000						
15-19	4 657	275	39	/	-	-
20-29	9 880	5 300	335	74	298	404
30-39	13 322	7 725	961	248	764	1 309
40-49	11 542	6 535	855	243	660	1 198
50-59	10 931	5 861	788	229	498	815
60 und älter	18 948	8 598	1 000	253	461	712
Insgesamt	69 280	34 295	3 977	1 050	2 679	4 437
Nachrichtlich:						
Früheres Bundesgebiet	56 137	27 171	3 234	105	2 224	3 474
Neue Länder und Berlin-Ost	13 144	7 124	743	945	456	962
in %						
15-19	X	6,2	0,9	/	-	-
20-29	X	55,7	3,5	0,8	3,1	4,2
30-39	X	60,1	7,5	1,9	5,9	10,2
40-49	X	58,8	7,7	2,2	5,9	10,8
50-59	X	57,6	7,7	2,2	4,9	8,0
60 und älter	X	50,6	5,9	1,5	2,7	4,2
Insgesamt	X	52,7	6,1	1,6	4,1	6,8
Nachrichtlich:						
Früheres Bundesgebiet	X	51,9	6,2	0,2	4,2	6,6
Neue Länder und Berlin-Ost	X	56,1	5,9	7,4	3,6	7,6

1 Beantwortung freiwillig.

2 Einschl. eines gleichwertigen Berufsfachschulabschlusses oder eines beruflichen Praktikums.

3 Einschl. einer Meister-/Technikerausbildung.

4 Einschl. Ingenieurschulabschluss.

5 Ohne Fachhochschulabschluss.

Großen Einfluss auf die Bildungsbeteiligung der Bevölkerung hat die Staatsangehörigkeit. Der Anteil der ausländischen Schülerinnen und Schüler, die auf allgemein bildende Schulen gingen, betrug 9,3 %; besonders hoch war er mit 17,2 % an den Hauptschulen. Bei den Gymnasien betrug der Ausländeranteil dagegen nur 4,0 %. Die Verteilung auf die einzelnen Schularten zeigte auch für 1998 deutliche Unterschiede: Grundschulen 42,3 %, Hauptschulen (einschl. Schulart unabhängiger Orientierungsstufe) 24,4 %, Realschulen 8,4 % und Gymnasien 9,4 %. Ungenügende Sprachkenntnisse, eine andere Einstellung der Eltern zur Notwendigkeit der Ausbildung sowie finanzielle Probleme führen in vielen Fällen zur geringeren Qualifikation der Ausländerkinder. Auch in der betrieblichen Berufsausbildung sind ausländische Jugendliche unterrepräsentiert. 1998 betrug ihr Anteil an den Auszubildenden 6,3 %. Etwas günstiger sieht es an den Hochschulen aus. Im Wintersemester 1998/99 war jeder 11. Student ausländischer Herkunft. Allerdings ist bei diesen Zahlenangaben zu berücksichtigen, dass die ausländischen Schüler und Auszubildenden überwiegend ihren ständigen Wohnsitz im Bundesgebiet haben, während sich die ausländischen Studenten in der Mehrzahl hier nur vorübergehend zu Studienzwecken aufhalten.

2.9 Öffentliche Bildungsausgaben

In der Bundesrepublik Deutschland gehört Bildung im Sinne der „organisierten Wissensvermittlung“ seit über 150 Jahren zu den Aufgaben des Staates. Die öffentlichen Bildungsausgaben beliefen sich 1996 auf rund 168 Mrd. DM, das

Tab. 19: Öffentliche Bildungsausgaben

Jahr	Ausgaben insgesamt Mrd. DM	DM je Einwohner	Anteil am öffentlichen Gesamthaushalt in %	Anteil am Bruttoinlands- produkt in %
<i>Früheres Bundesgebiet</i>				
1975	54,4	880	10,3	5,3
1980	73,9	1 200	10,0	5,0
1985	81,9	1 343	9,0	4,5
1989	91,6	1 478	8,7	4,1
1990	97,5	1 542	8,5	4,0
1991	108,3	1 658	7,7	4,1
<i>Deutschland</i>				
1992	143,9	1 786	8,9	4,7
1993	154,6	1 904	9,1	4,9
1994	157,7	1 937	8,9	4,7
1995	164,6	2 016	8,9	4,8
1996	167,7	2 048	8,9	4,7

entsprach rund 9 % der gesamten Ausgaben der öffentlichen Haushalte (Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände). Dieser Betrag stellt nach der sozialen Sicherung den zweitgrößten Posten im öffentlichen Gesamthaushalt dar.

Der größte Teil der Bildungsausgaben wurde für Schulen und vorschulische Bildung ausgegeben (105,0 Mrd. DM). Für Lehre und Forschung an Hochschulen sowie für die Krankenbehandlung in den Hochschulkliniken wurden 50,7 Mrd. DM verausgabt, während auf die Bildungsförderung 6,9 Mrd. DM und auf das sonstige Bildungswesen (z. B. Volkshochschulen, nichtwissenschaftliche Bibliotheken) 5,0 Mrd. DM entfielen.

2.10 Ausbildungsförderung (BAföG)

Die Ausbildungsförderung ist zusammen mit anderen direkten Leistungen (z. B. Kindergeld, Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz) sowie den ausbildungsbezogenen indirekten steuerlichen Entlastungen Bestandteil der Maßnahmen, die dazu dienen, die unterschiedlichen Belastungen der Familien auszugleichen. Durch Ausbildungsförderung sollen junge Menschen aus Familien mit geringem Einkommen die Möglichkeit erhalten, eine Ausbildung nach ihrer Neigung, Eignung und Leistung durchzuführen.

Die Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) ist seit Anfang der 80er Jahre mehrfach verändert worden.

Zurzeit wird Ausbildungsförderung für den Besuch von weiterführenden allgemein bildenden Schulen und Berufsfachschulen ab Klasse 10 und von Fach- und Fachoberschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht voraussetzt, nur an auswärtig untergebrachte Schüler geleistet. Schüler-BAföG gibt es ferner für den Besuch von Abendschulen, Kollegs, Berufsaufbauschulen, von Fach- und Fachoberschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzt sowie von Berufsfachschul- und Fachschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht voraussetzt, sofern sie in einem zumindest zweijährigen Bildungsgang einen berufsqualifizierten Abschluss (z. B. als staatlich geprüfter Techniker) vermitteln. Studierenden-BAföG wird für den Besuch von Höheren Fachschulen, Akademien und Hochschulen gewährt; es wird je zur Hälfte als Zuschuss bzw. unverzinsliches Darlehen geleistet. In bestimmten Fällen wurde seit August 1996 beim Besuch der zuletzt genannten Ausbildungsstätten anstelle von Zuschuss und unverzinslichen Darlehen ein verzinsliches Darlehen gewährt, so z. B. nach Überschreiten der Förderungshöchstdauer. Im Schulbereich wird die Ausbildungsförderung dagegen vollständig als Zuschuss gewährt.

528 566 Schüler/innen und Studierende erhielten im Jahr 1998 Leistungen nach dem BAföG. Da sich die Förderung jedoch zum Teil nicht über ein ganzes Jahr er-

Tab. 20: Ausbildungsförderung an Schulen und Hochschulen
nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)

Jahr	Geförderte ¹	Finanzaufwand	Durchschnittlicher Förderungsbetrag pro Person ¹ DM je Monat
	1 000	Mill. DM	
<i>Schülerinnen und Schüler</i>			
1993	124	716	481
1994	112	651	485
1995	108	650	503
1996	106	653	513
1997	109	642	491
1998	116	666	478
<i>Studierende</i>			
1993	409	2 852	581
1994	355	2 458	577
1995	311	2 218	594
1996	274	2 072	629
1997	238	1 780	624
1998	225	1 667	618
<i>Insgesamt</i>			
1993	533	3 568	558
1994	467	3 109	555
1995	418	2 868	571
1996	380	2 725	597
1997	347	2 422	582
1998	341	2 333	570

¹ Durchschnittlicher Monatsbestand.

streckte, belief sich die Zahl der im Durchschnitt je Monat unterstützten Personen nur auf 340 922. Von den durchschnittlich 116 000 geförderten Schülerinnen und Schülern besuchten rund 55 000 eine Berufsfachschule (einschl. aller Formen der beruflichen Grundbildung) und 24 000 eine Fachschule; unter den durchschnittlich 225 000 geförderten Studenten waren 144 000 an Universitäten (einschl. Pädagogischer und Theologischer Hochschulen sowie Gesamthochschulen) und 74 000 an Fachhochschulen eingeschrieben.

2,3 Mrd. DM wurden für die Ausbildungsförderung nach dem BAföG im Jahr 1998 ausgegeben, 0,67 Mrd. DM für die Schüler- und 1,7 Mrd. DM für die Studentenförderung. Im Durchschnitt erhielt ein geförderter Schüler 478 DM je Monat, ein geförderter Student 618 DM. Die Ausbildungsförderung nach dem BAföG wurde ab dem 1. Januar 1991 auch in den neuen Ländern geleistet. Wegen der niedrigeren Lebenshaltungskosten gelten dort jedoch nach wie vor niedrigere Bedarfssätze. Ein geförderter Schüler in den neuen Ländern erhielt 1998 durchschnittlich

423 DM (früheres Bundesgebiet: 509 DM), ein geförderter Student 549 DM (früheres Bundesgebiet: 637 DM).

Die durchschnittliche Zahl der Geförderten lag 1998 um 36 % – bei den Schülern um 6 % und bei den Studenten um 45 % – niedriger als 1993. Im gleichen Zeitraum verringerte sich der Finanzaufwand um 35 %.

2.11 Aufstiegsfortbildungsförderung (AFBG)

Die Aufstiegsförderung soll Nachwuchskräften helfen, ihre Ausbildung für einen Fortbildungsabschluss zu finanzieren, der einen beruflichen Aufstieg ermöglicht. Die Förderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) wurde zum 1. 1. 1996 eingeführt. Das AFBG – auch „Meister-BAföG“ genannt – gewährt erstmals allen Fachkräften einen gesetzlich verankerten Rechtsanspruch auf staatliche Unterstützung für alle Formen der beruflichen Aufstiegsfortbildung. Der angestrebte Abschluss muss über dem Niveau einer Facharbeiter-, Gesellen-, Gehilfenprüfung oder eines Berufsfachabschlusses liegen. Damit erstreckt sich die Förderung auf alle Bildungsmaßnahmen im Bereich der gewerblichen Wirtschaft, der freien Berufe, der Hauswirtschaft und der Landwirtschaft, die gezielt auf anerkannte Prüfungen nach der Handwerksordnung, dem Berufsbildungsgesetz, dem Recht des Bundes, dem Recht der Länder oder sonstigen Regelungen über eine

Tab. 21: Aufstiegsförderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)

Jahren	Geförderte	Finanzieller Aufwand		
		insgesamt	davon	
			Darlehen	Zuschuss
	Anzahl	Mill. DM		
Insgesamt				
1996	29 427	237	213	24
1997	49 346	335	290	45
1998	52 976	342	295	48
Vollzeitfälle				
1996	19 309	196	172	24
1997	31 212	280	235	45
1998	32 150	282	235	48
Teilzeitfälle				
1996	10 118	41	41	0
1997	18 134	55	55	0
1998	20 826	60	60	0

berufliche Qualifikation vorbereiten. Eine Maßnahme in Vollzeitform muss mindestens 400 Unterrichtsstunden umfassen und darf in der Regel eine Dauer von 36 Monaten nicht überschreiten. Bei Teilzeitform beträgt die maximale Dauer in der Regel 48 Monate. Die Leistungen für die Teilnehmer bestehen aus einem so genannten Maßnahmebeitrag (für Lehrgangs- und Prüfungsgebühren) als einmaliger Darlehensbetrag von bis zu 20 000 DM und Zuschüssen für Lebensunterhalt und Kinderbetreuung sowie einem Unterhaltsdarlehensbetrag. Die von der Deutschen Ausgleichsbank gewährten Darlehen sind längstens vier Jahre zins- und tilgungsfrei und anschließend zu marktüblichen Konditionen zurückzuzahlen.

Im dritten Jahr nach Einführung des AFBG gab es 1998 52 976 Geförderte, gegenüber dem zweiten Förderungsjahr 1997 eine Steigerung um 7 %. Die Förderung wurde überwiegend von männlichen Fachkräften genutzt (81 % aller Geförderten); nur 19 % der Geförderten waren Frauen.

Der finanzielle Aufwand betrug 1998 342 Mill. DM, davon wurden 295 Mill. DM als Darlehen bewilligt und 48 Mill. DM als Zuschuss gewährt. Der durchschnittliche Beitrag zum Lebensunterhalt betrug 1 211 DM pro Person und Monat; rund 39 % wurden als Zuschuss und 61 % als Darlehen gewährt. Das Darlehen zur Finanzierung der Lehrgangs- und Prüfungsgebühren ist in diesem Durchschnittsbetrag nicht enthalten.

Knapp zwei Drittel (32 150 oder 60 %) der Geförderten nahmen an einer Vollzeitfortbildung teil, davon 18 % der geförderten Frauen und 82 % der geförderten Männer. Auf die Teilzeitfortbildung entfielen 20 826 Geförderte.

32 % der Teilnehmer bilden sich in Maßnahmen mit einer Dauer von bis zu einem Jahr fort. Weitere 38 % wollen ihre Fortbildung nach zwei Jahren sowie 23 % nach drei Jahren abschließen.

Die Geförderten waren überwiegend zwischen 20 und 35 Jahre alt; mit 40 % hatten die 25- bis unter 30-Jährigen den größten Anteil, gefolgt von den 30 bis unter 35 Jahre alten Teilnehmern mit 26 % und den 20- bis unter 25-Jährigen mit 17 %.

Weitere Informationen zum Thema Bildung siehe Teil II, Kap. 7.

3 Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit

3.1 Im Blickpunkt: Erwerbstätige und Arbeitslose

Der Arbeitsmarkt ist schon seit Mitte der 70er Jahre durch ein Ungleichgewicht von Angebot und Nachfrage gekennzeichnet. In den 90er Jahren hat sich die Schere zwischen denen, die Arbeit suchen und der Zahl offener Stellen weiter geöffnet. Gerade in den neuen Ländern und Berlin-Ost traten nach der Wiedervereinigung Deutschlands und dem Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft zuvor nicht gekannte Probleme auf dem Arbeitsmarkt auf.

Arbeitslosigkeit ist keine abstrakte Größe, sondern greift entscheidend in das Leben der Betroffenen ein. Die mit Arbeitslosigkeit einhergehenden Einkommensverluste zwingen meist zum Konsumverzicht, was letztlich eine Einschränkung der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben für die ganze Familie bedeuten kann. Freizeitaktivitäten wie Kinobesuche, Klassenfahrten der Kinder etc. können nicht oder nur noch selten bezahlt werden.

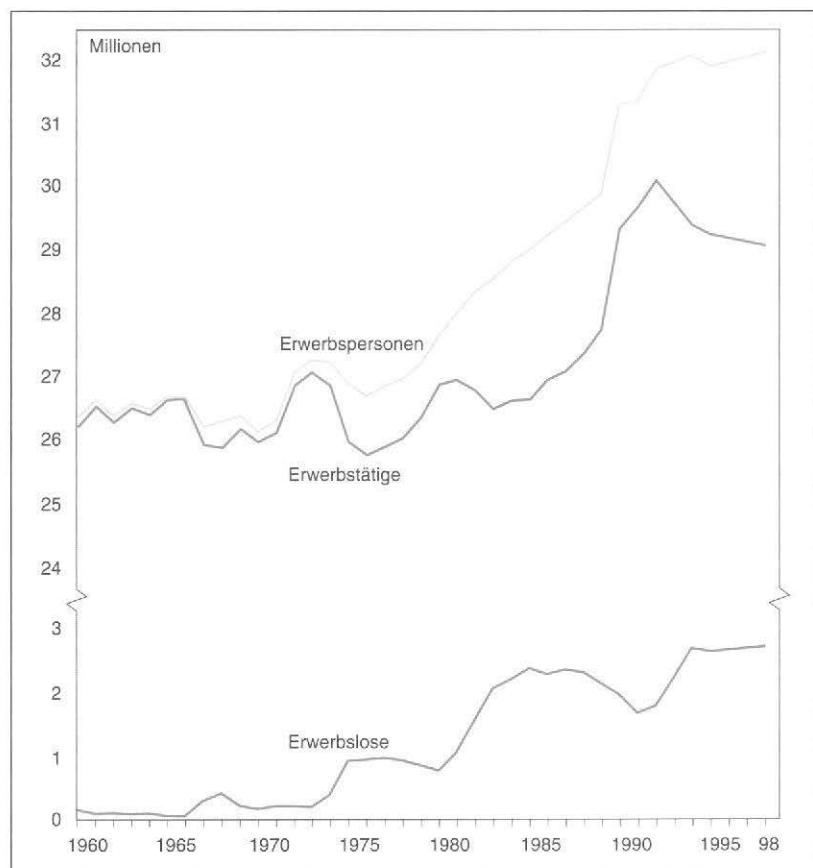
Für diejenigen, die Arbeit haben, ist Erwerbstätigkeit oft mehr als nur „Sicherung des Lebensunterhalts“. Die Erwerbstätigkeit nimmt im menschlichen Leben einen zentralen Platz ein, dient auch der persönlichen Selbstentfaltung. Wer etwa am

Tab. 1: Eckdaten zu Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit
Ergebnisse des Mikrozensus April 1998

	Erwerbstätige		Erwerbslose	
	1 000	%	1 000	% ¹
<i>Deutschland</i>				
Insgesamt	35 860	100,0	4 402	10,9
Männer	20 509	57,4	2 354	10,3
Frauen	15 351	42,8	2 048	11,8
<i>Früheres Bundesgebiet</i>				
Insgesamt	29 317	100,0	2 764	8,6
Männer	16 901	57,6	1 603	8,6
Frauen	12 416	42,4	1 161	8,5
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>				
Insgesamt	6 544	100,0	1 638	20,0
Männer	3 609	55,2	751	17,2
Frauen	2 935	44,8	887	23,2

1 Anteile der Erwerbslosen an den Erwerbstätigen und Erwerbslosen.

Abb. 1: Entwicklung von Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit seit 1960¹
im früheren Bundesgebiet



1 Ergebnisse des Mikrozensus; außer 1983 und 1984: Ergebnisse aus EG-Arbeitskräftestichprobe.

Arbeitsplatz ausreichend Entscheidungs- und Gestaltungsspielräume hat, gestaltet oft sein persönliches Umfeld aktiver als jene, denen es anders geht.

Um die jeweilige Situation am Arbeitsmarkt analysieren zu können, aber auch um bspw. Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen, sind aktuelle sowie nach verschiedenen Merkmalen gegliederte statistische Angaben zur Beschäftigung und Arbeitslosigkeit wesentliche Voraussetzungen. Das Zahlenmaterial über Erwerbstätige und Arbeitslose stammt aus unterschiedlichen Quellen. Es sind dies die Statistiken der Arbeitsämter und die Beschäftigtenstatistik der Sozialversicherungsträger, die beide vorhandene

Verwaltungsunterlagen auswerten, sowie die Erhebungen der statistischen Ämter, wie der Mikrozensus oder die Arbeitskräftestichprobe der Europäischen Gemeinschaften. Sie gehen zum Teil von unterschiedlichen Begriffsabgrenzungen aus. Diese müssen beachtet werden, damit bei der Interpretation der Zahlen keine Missverständnisse auftreten. Vielfach wird nicht einheitlich zwischen Erwerbspersonen und Erwerbstätigen sowie Erwerbslosen und Arbeitslosen unterschieden. Zu den Erwerbspersonen gehören aus statistischer Sicht sowohl die Erwerbstätigen als auch die Erwerbslosen: $\text{Erwerbspersonen} = \text{Erwerbstätige} + \text{Erwerbslose}$.

Erwerbstätig (umgangssprachlich auch „berufstätig“) sind alle Personen, die in einem Arbeitsverhältnis stehen (abhängig Beschäftigte) sowie alle Selbstständigen, Freiberufler und mithelfenden Familienangehörigen. Ob es sich um eine hauptberufliche Tätigkeit oder eine Nebentätigkeit handelt und wie hoch das Entgelt ist, spielt für die Zuordnung keine Rolle. Erwerbslos sind alle Nichtbeschäftigten, die sich um eine Arbeitsstelle bemühen, unabhängig davon, ob sie beim Arbeitsamt registriert sind. Als Arbeitslose gelten hingegen nur diejenigen Personen, die beim Arbeitsamt als solche gemeldet sind (vgl. 3.7 bis 3.11).

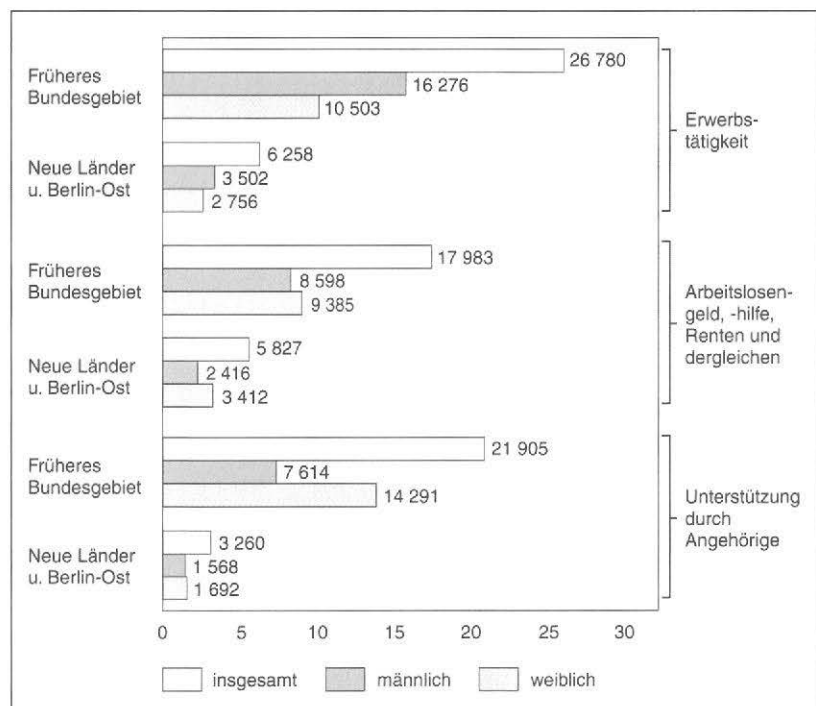
Nach diesen Abgrenzungen gab es – so die Ergebnisse des Mikrozensus – im April 1998 im früheren Bundesgebiet rund 32,1 Mill. Erwerbspersonen, darunter 29,3 Mill. Erwerbstätige. Im Vergleich zu April 1991 zeigte sich bei einer Steigerung der Erwerbspersonenzahl um etwa 720 000 eine Abnahme der Erwerbstätigen um 367 000 Personen, der ein Anstieg der Erwerbslosen um rund 1,1 Mill. gegenüberstand. In den neuen Ländern und Berlin-Ost gab es im April 1998 8,2 Mill. Erwerbspersonen; davon waren gut 6,5 Mill. Menschen erwerbstätig, 1,6 Mill. erwerbslos. Die Zahl Erwerbstätiger lag damit im April 1998 in Ostdeutschland gegenüber der Mikrozensuserhebung vom April 1991 um rund 1,2 Mill. niedriger, die Zahl der Erwerbslosen um 672 000 Personen höher.

3.2 Erwerbstätigkeit als Unterhaltsquelle

Für 40,2 % der Bevölkerung in den elf alten Bundesländern war im April 1998 die eigene Erwerbstätigkeit die wichtigste Unterhaltsquelle. 32,9 % wurden ganz oder zum Teil durch Angehörige (Eltern, Ehepartner, Kinder usw.) versorgt. 24,2 % lebten überwiegend von Renten, Pensionen und Erträgen aus Vermögen, sonstigen Unterstützungen und Sozialhilfe, 2,7 % bestritten ihren Lebensunterhalt aus Arbeitslosengeld oder -hilfe.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost war für 40,8 % der Bevölkerung die eigene Erwerbstätigkeit die überwiegende Unterhaltsquelle. 21,2 % wurden von ihren Angehörigen unterstützt, 28,6 % lebten von Renten und dergleichen. Für 9,4 % der Bevölkerung waren Arbeitslosengeld oder -hilfe die wichtigsten Quellen des Lebensunterhalts.

Abb. 2: Bevölkerung nach überwiegender Lebensunterhalt im April 1998¹
in Tausend



1 Ergebnisse des Mikrozensus.

3.3 Beteiligung am Erwerbsleben

Obwohl heute die Ausbildungszeiten länger sind und früher aus dem Erwerbsleben ausgeschieden werden kann, lag 1998 der Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung (Erwerbsquote) im früheren Bundesgebiet mit 48,1 % etwas höher als 1950 (46,2 %).

Ausschlaggebend für diese Entwicklung in den letzten knapp 50 Jahren war vor allem die höhere Erwerbsneigung von Frauen. Insbesondere bei verheirateten Frauen stieg die Erwerbsquote sehr stark an, nämlich von 25,0 % im Jahr 1950 auf 49,4 % im April 1998.

Bezogen auf die 15- bis unter 65-jährigen Männer lag die Erwerbsquote 1998 bei 80,2 %, für die Frauen gleichen Alters bei 60,5 %.

Tab. 2: Erwerbsquoten

Anteil der Erwerbspersonen an 100 Männern bzw. Frauen

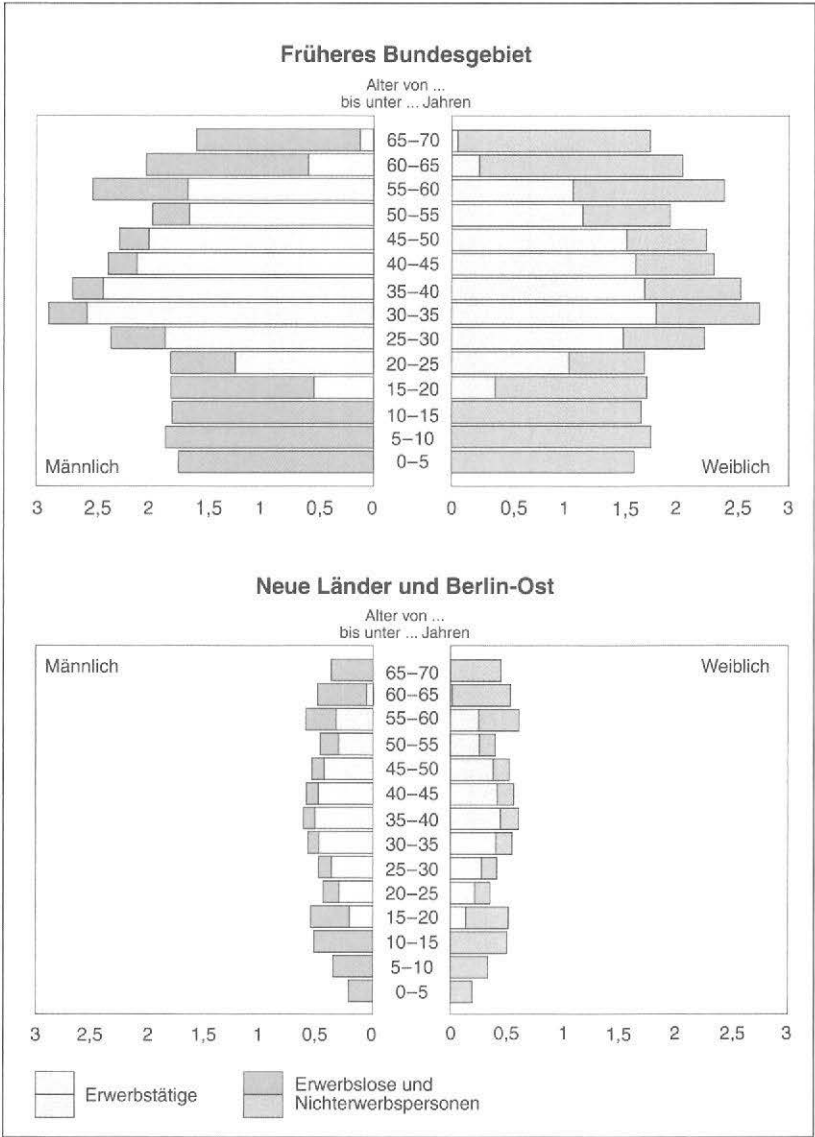
Jahr	Männer	Frauen	Verheiratete Frauen	Insgesamt
<i>Früheres Bundesgebiet</i>				
1950	63,2	31,3	25,0	46,2
1960	63,2	33,6	32,5	47,7
1970	58,3	30,2	35,6	43,5
1980	58,4	32,6	40,6	44,9
1985	60,3	35,9	42,5	47,6
1991	60,0	38,8	47,2	49,1
1993	59,3	39,3	48,2	49,1
1995	58,0	39,2	48,4	48,3
1997	57,3	39,6	49,2	48,2
1998	57,3	39,7	49,4	48,1
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>				
1991	59,9	50,0	73,0	54,7
1993	55,7	47,7	68,9	51,5
1995	57,1	48,4	68,9	52,6
1997	57,6	48,5	67,7	53,0
1998	58,2	48,6	67,1	53,3

Der Anteil der Erwerbspersonen unter den Frauen ist in den neuen Ländern und Berlin-Ost deutlich höher als im früheren Bundesgebiet. Besonders groß sind die Unterschiede bei den verheirateten Frauen (67,1 % in den neuen Ländern; 49,4 % im früheren Bundesgebiet). Die Erwerbsbeteiligung der Männer im Osten (58,2 %) ist hingegen kaum anders als im Westen (57,0 %).

Tab. 3: Frauenerwerbsquoten nach Altersgruppen

Alter von . . . bis unter . . . Jahre	Deutschland		Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost	
	1991	1998	1960	1991	1998	1991	1998
15–20	37,2	27,4	75,0	34,8	26,2	46,3	31,5
20–25	75,9	68,0	75,7	73,4	66,7	87,2	74,3
25–30	75,6	75,3	52,7	70,8	73,2	96,2	86,0
30–35	72,8	76,0	45,1	66,5	72,5	97,3	93,2
35–40	75,1	77,0	45,4	68,8	72,8	97,7	94,9
40–45	75,4	79,6	44,9	70,5	75,8	96,9	94,8
45–50	72,8	78,1	41,6	67,2	74,6	95,7	92,8
50–55	65,3	70,1	37,9	58,6	66,3	91,4	88,2
55–60	42,9	55,9	32,7	44,4	51,1	37,2	74,7
60–65	10,7	12,2	20,9	12,2	13,8	4,8	5,6
65–70	3,3	3,3	/	3,8	3,8	1,2	1,3

Abb. 3: Bevölkerung nach Alter und Beteiligung am Erwerbsleben
im April 1998¹
in Millionen



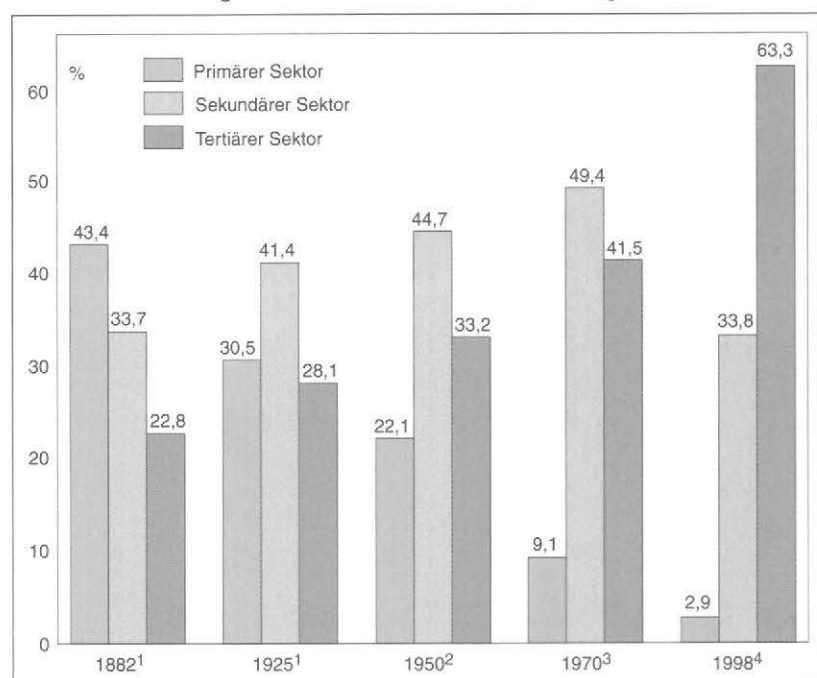
1 Ergebnisse des Mikrozensus.

Bezieht man auch das Alter der Frauen ein, zeigt sich eine deutliche Zunahme der Erwerbsbeteiligung der 25- bis 54-Jährigen im früheren Bundesgebiet. Sie stieg seit 1960 um mehr als 60 %. In den neuen Ländern und Berlin-Ost erreicht die Frauenerwerbsquote bei den 25- bis 49-Jährigen einen Wert von fast 93 %, selbst bei den 50- bis 54-Jährigen liegt sie noch bei gut 88 %.

3.4 Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen

Wendet man die traditionelle Aufgliederung der Wirtschaftsbereiche in primären (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei), sekundären (Produzierendes Gewerbe) und tertiären Sektor (Dienstleistungen) auf die wirtschaftliche Zugehörigkeit der Erwerbstätigen an, werden tief greifende Wandlungen im Zeitablauf offenkundig.

Abb. 4: Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen im Vergleich



1 Ergebnisse der Berufszählung im Reichsgebiet – Erwerbspersonen.

2 Ergebnisse der Berufszählung im früheren Bundesgebiet.

3 Ergebnisse des Mikrozensus April 1970 im früheren Bundesgebiet.

4 Ergebnisse des Mikrozensus April 1998 in Deutschland.

Änderungen in den Produktions- und Fertigungsverfahren, zunehmende Automatisierung und Rationalisierung sowie die veränderte Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen haben zu einer erheblichen Umverteilung der Erwerbstätigen geführt.

Am auffälligsten ist die Schrumpfung des primären Sektors: Vor fast 120 Jahren arbeitete dort mit über 8 Mill. Menschen der größte Teil der Erwerbspersonen. War 1882 im damaligen Reichsgebiet nahezu jeder zweite Erwerbstätige im primären Sektor beschäftigt, galt dies 1998 in Deutschland nur etwa für jeden 35., im früheren Bundesgebiet sogar nur noch für jeden 37. Erwerbstätigen. Insgesamt arbeiteten 1998 in Deutschland gut 1 Mill. Menschen in der Landwirtschaft, und zwar 790 000 im früheren Bundesgebiet und 234 000 in den neuen Ländern.

Der Abnahme der Erwerbstätigenzahlen im Agrarbereich steht eine starke Zunahme im tertiären Sektor gegenüber. Hier arbeiten heutzutage in Deutschland rund 63 % aller Erwerbstätigen, vor fast 120 Jahren war es nicht einmal ein Viertel. Nachdem das Produzierende Gewerbe im früheren Bundesgebiet in den 60er und 70er Jahren die meisten Arbeitsplätze bot (ca. 50 %), ist der Beschäftigtenanteil in den vergangenen Jahrzehnten auf rund 34 % im Jahr 1998 gefallen. Dabei gab es noch geringe Unterschiede zwischen West und Ost (32,4 %).

Tab. 4: Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen¹
(Ergebnisse des Mikrozensus) in Tausend

Wirtschafts- bereiche	Früheres Bundesgebiet					Neue Länder und Berlin-Ost	
	1960	1970	1980	1991	1998	1991	1998
Primärer Sektor	3 451	2 402	1 437	1 045	790	530	234
Sekundärer Sektor	12 807	13 005	12 174	12 065	10 012	3 285	2 119
Tertiärer Sektor	9 846	10 937	13 263	16 574	18 515	3 947	4 190
Insgesamt	26 194	26 344	26 874	29 684	29 317	7 761	6 544

¹ In den Abgrenzungen gibt es kleinere Abweichungen, da es Veränderungen bei den zugrunde liegenden Klassifikationen der Wirtschaftszweige im Zeitablauf gab.

3.5 Berufe und Tätigkeitsmerkmale

Der Wandel der Wirtschaftsstrukturen durch den allgemeinen technischen Fortschritt, neue Produktions- und Fertigungsverfahren sowie veränderte wirtschaftliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen hat viele Berufe bzw. Berufsbereiche verändert. In den Dienstleistungsberufen waren 1998 in Deutschland 63 % aller Erwerbstätigen beschäftigt; von ihnen über die Hälfte Frauen. Der zweite stark besetzte Berufsbereich waren Fertigungsberufe, in denen 26 % der Erwerbstätigen ihrem Broterwerb nachgingen. Relativ unbedeutend in Bezug auf

Tab. 5: Erwerbstätige in Deutschland nach Berufsbereichen im April 1998¹

Berufsbereich ²	Insgesamt 1 000	Darunter weiblich %
Berufe in Land-, Tier-, Forst- wirtschaft und im Gartenbau	1 042	38,2
Bergleute, Mineralgewinner	100	/
Fertigungsberufe	9 213	17,5
Technische Berufe	2 375	16,5
Dienstleistungsberufe	22 449	56,5
Sonstige Arbeitskräfte	682	38,7
Insgesamt	35 860	42,8

1 Ergebnisse des Mikrozensus.

2 Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1992.

die Zahl der Erwerbstätigen sind die landwirtschaftlichen Berufsbereiche mit einem Anteil von rund 3 % und die technischen Berufe, in denen im April 1998 rund 7 % der Erwerbstätigen beschäftigt waren.

3.6 Stellung im Beruf

Die traditionelle Einteilung nach der Stellung im Beruf (Selbstständige, mithelfende Familienangehörige, Beamte, Angestellte und Arbeiter) spiegelt heutzutage nur noch in sehr eingeschränktem Maße die soziale Struktur der Erwerbstätigen wider. Jede einzelne Gruppe – insbesondere die der Angestellten – bietet mittlerweile eine breite Palette hierarchischer Einstufungsmöglichkeiten. Die historisch gewachsene Einteilung bringt jedoch gesellschaftliche Veränderungen zum Ausdruck und ist darüber hinaus weiterhin für das rechtliche Beschäftigungsverhältnis (z. B. Zugehörigkeit zur Rentenversicherung) von Bedeutung.

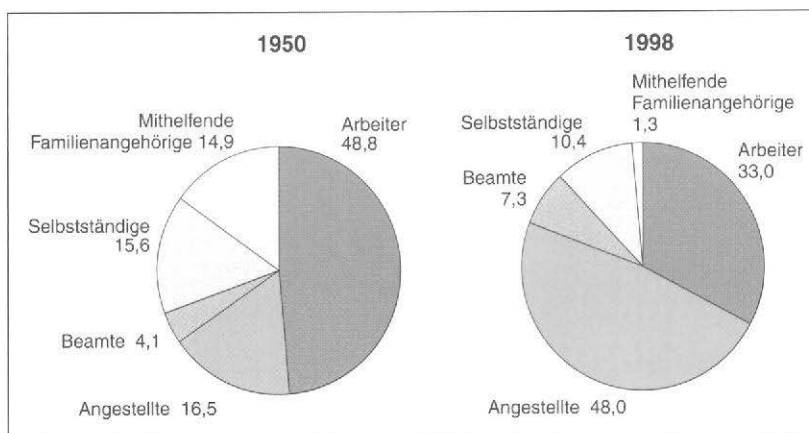
1998 standen 88,3 % aller Erwerbstätigen im früheren Bundesgebiet und 91,4 % in den neuen Ländern und Berlin-Ost in einem abhängigen Arbeitsverhältnis, d. h. sie waren als Arbeiter, Angestellte (einschließlich Auszubildende) oder Beamte tätig. Die Angestellten hatten mit 48,0 bzw. 47,5 % den größten Anteil, gefolgt von den Arbeitern mit 33,0 bzw. 40,0 %. Selbstständige waren mit 10,4 % im früheren Bundesgebiet und mit 8,3 % in den neuen Ländern und Berlin-Ost, Beamte mit 7,3 % in den alten und mit 3,9 % in den neuen Bundesländern vertreten. Auf die unbezahlten, zumeist in der Landwirtschaft tätigen mithelfenden Familienangehörigen entfiel ein Anteil von 1,3 bzw. 0,3 %.

Die Struktur der Erwerbstätigen nach der Stellung im Beruf hat sich in den letzten vier Jahrzehnten erheblich verändert: Während der Anteil Selbstständiger und mithelfender Familienangehöriger an den Erwerbstätigen von 1950 bis 1998 im Westen gravierend zurückging, hat sich der der Angestellten und Beamten fast

verdreifacht. Diese Entwicklung ist im Zusammenhang mit dem bereits erwähnten langfristigen Wandel in der Wirtschaftsstruktur zu sehen. So hat beispielsweise der Rückgang der Erwerbstätigenzahlen in der Landwirtschaft mit ihrem hohen Anteil an Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen zu einem Rückgang dieser beiden Gruppen insgesamt beigetragen. Durch das starke Anwachsen des tertiären Sektors (Dienstleistungen) nahm hingegen die Zahl der Angestellten beträchtlich zu.

In West und Ost weist der Anteil der Selbstständigen, der mithelfenden Familienangehörigen und der abhängig Erwerbstätigen für Männer und Frauen typische Unterschiede auf. Unter den erwerbstätigen Männern im früheren Bundesgebiet war 1998 der Anteil Selbstständiger (13,2 %) etwa doppelt so hoch wie unter den

Abb. 5: Erwerbstätige nach Stellung im Beruf im früheren Bundesgebiet
in Prozent



Frauen (6,7 %). Bei den Beamten betrugen die entsprechenden Anteile 8,8 bzw. 5,3 %. In den neuen Bundesländern waren im April 1998 10,6 % aller männlichen Erwerbstätigen selbstständig, aber nur 5,4 % aller weiblichen. Der Anteil der Beamten lag bei 5,2 %, der Wert für Beamtinnen betrug 2,4 %. Weibliche Erwerbstätige übten überwiegend Angestelltenberufe aus (früheres Bundesgebiet: 62,2 %; neue Länder und Berlin-Ost: 67,7 %). Von den erwerbstätigen Männern war jeweils der größere Teil (40,0 bzw. 53,0 %) als Arbeiter tätig.

Die berufliche Stellung hängt eng mit dem Ausbildungsstand der Erwerbstätigen zusammen. So sind Personen mit Fach-, Fachhoch- oder Hochschulabschluss unter den Selbstständigen und Beamten wesentlich häufiger vertreten als in den übrigen Berufsgruppen. Eine Lehre bzw. eine Anlernausbildung dominiert dagegen bei den Arbeitern.

Tab. 6: Erwerbstätige nach Stellung im Beruf und Geschlecht im April 1998¹
in Prozent

Stellung im Beruf	Männer	Frauen
<i>Deutschland</i>		
Arbeiter ²	42,3	23,7
Angestellte ³	36,4	63,2
Beamte	8,2	4,7
Selbstständige	12,7	6,4
Mithelfende Familienangehörige	0,4	1,9
<i>Früheres Bundesgebiet</i>		
Arbeiter ²	40,0	23,6
Angestellte ³	37,6	62,2
Beamte	8,8	5,3
Selbstständige	13,2	6,7
Mithelfende Familienangehörige	0,5	2,3
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>		
Arbeiter ²	53,0	24,0
Angestellte ³	31,0	67,7
Beamte	5,2	2,4
Selbstständige	10,6	5,4
Mithelfende Familienangehörige	0,2	0,4

1 Ergebnisse des Mikrozensus.

2 Einschl. Auszubildender in anerkannten gewerblichen Ausbildungsberufen.

3 Einschl. Auszubildender in anerkannten kaufmännischen und technischen Ausbildungsberufen.

Tab. 7: Erwerbstätige in Deutschland nach Stellung im Beruf
und Ausbildungsabschluss im April 1998¹

Stellung im Beruf	Insgesamt	Darunter mit	
		Lehr-, Anlern- ausbildung ²	Fach-, Fachhoch-, Hochschul- abschluss
	1 000	%	
Selbstständige	3 594	41,1	44,2
Mithelfende Familienangehörige	388	47,6	11,6
Beamte	2 406	33,9	55,6
Angestellte ³	17 172	55,3	30,1
Arbeiter ³	12 300	64,7	5,1
Insgesamt	35 860	55,6	24,5

1 Ergebnisse des Mikrozensus.

2 Einschl. gleichwertigen Berufsfachschulabschlusses sowie beruflichen Praktikums.

3 Einschl. Auszubildender.

3.7 Arbeitslose und offene Stellen

Der Grundsatz der Vollbeschäftigung ist schon im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 postuliert worden und gehört zu den wichtigsten politischen Zielen. Denn: Arbeitslosigkeit ist nicht nur für die Betroffenen ein schwer wiegendes persönliches Problem, sondern auch eine große Herausforderung für die ganze

Tab. 8: Arbeitslose, offene Stellen und Arbeitslosenquoten
im früheren Bundesgebiet

Jahresdurchschnitt	Arbeitslose	Offene Stellen	Arbeitslosen- quoten ¹ %
	1 000		
1950 ²	1 868,5	118,5	11,0
1954 ²	1 410,7	139,7	7,6
1958 ²	763,9	221,6	3,7
1962	154,5	573,8	0,7
1966	161,1	539,8	0,7
1970	148,8	794,8	0,7
1974	582,5	315,4	2,6
1975	1 074,2	236,2	4,7
1976	1 060,3	235,0	4,6
1977	1 030,0	231,2	4,5
1978	992,9	245,6	4,3
1979	876,1	304,0	3,8
1980	888,9	308,3	3,8
1981	1 271,6	207,9	5,5
1982	1 833,2	104,9	7,5
1983	2 258,2	75,8	9,1
1984	2 265,6	87,9	9,1
1985	2 304,0	110,0	9,3
1986	2 228,0	153,9	9,0
1987	2 228,8	170,7	8,9
1988	2 241,6	188,6	8,7
1989	2 037,8	251,4	7,9
1990	1 883,1	313,6	7,2
1991	1 689,4	331,4	6,3
1992	1 808,3	323,5	6,6
1993	2 270,3	243,3	8,2
1994	2 556,0	233,6	9,2
1995	2 564,9	266,5	9,3
1996	2 796,2	270,4	10,1
1997	3 020,9	281,5	11,0
1998	2 904,3	342,2	10,5

1 Bezogen auf abhängige zivile Erwerbspersonen.

2 Ohne Angaben für das Saarland.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

Gesellschaft. Zum einen müssen die Arbeitslosen gravierende finanzielle Einbußen hinnehmen und stehen zusätzlich unter großer psychischer Belastung; zum anderen stellen sie für den Staat einen erheblichen Kostenfaktor dar, während sie mit dem Einsatz ihrer Arbeitskraft zur gesamtwirtschaftlichen Leistung beitragen könnten.

Vollbeschäftigung ist allerdings nicht mit völliger Ausschaltung von Arbeitslosigkeit gleichzusetzen, denn saisonale Arbeitslosigkeit (z. B. Winterarbeitslosigkeit im Baugewerbe) und vorübergehende Beschäftigungslosigkeit bei einem Arbeitsplatzwechsel lassen sich nie ganz vermeiden. Daher wird üblicherweise solange von einem Zustand der Vollbeschäftigung gesprochen, wie die Zahl der Arbeitslosen die Zahl der offenen Stellen nicht übersteigt.

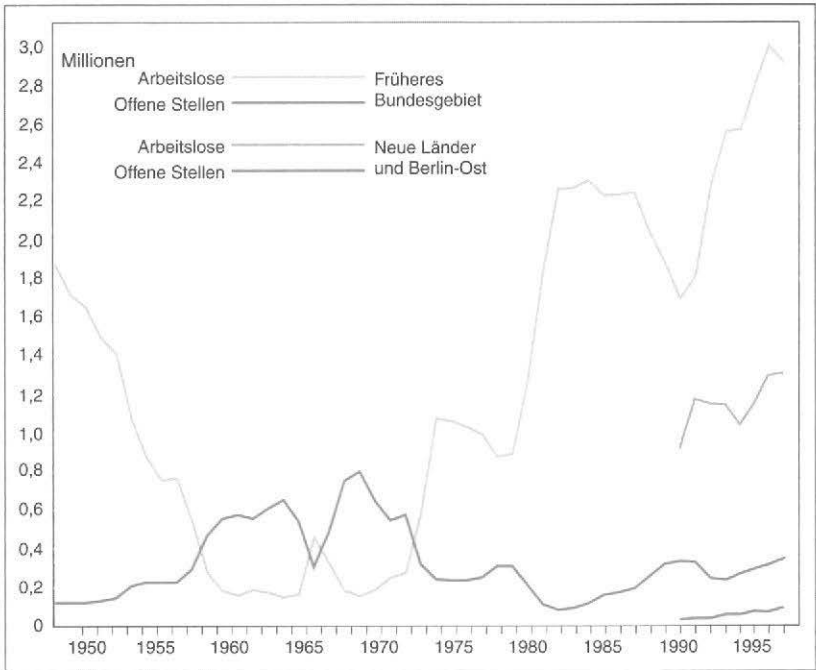
Zu Beginn der 60er Jahre war nach dieser Abgrenzung im früheren Bundesgebiet Vollbeschäftigung erreicht. Es herrschte sogar ein Mangel an Arbeitskräften, der nur durch die Anwerbung von Ausländern und Ausländerinnen gemildert werden konnte. Seit 1974 liegt die jahresdurchschnittliche Zahl der Arbeitslosen jedoch erheblich über der Zahl offener Stellen. 1975 gab es im Jahresdurchschnitt bereits mehr als 1 Mill. Arbeitslose, und nach einem vorübergehenden geringfügigen Rückgang hat die Arbeitslosenzahl im Jahresdurchschnitt 1981 die Millionen-grenze wiederum erheblich überschritten.

Im Laufe der Jahre 1982 bis 1988 verschlechterte sich die Arbeitsmarktlage weiter. Anfang 1985 wurden 2,6 Mill. Arbeitslose registriert. Im Jahresdurchschnitt 1988 gab es noch 2,2 Mill. Arbeitslose. Ende 1988/Anfang 1989 verbesserte sich die Arbeitsmarktlage erneut vorübergehend. Im Mai 1989 sank die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen erstmals wieder unter die Zwei-Millionen-Grenze. Bis zum Dezember 1991 und nochmals im Februar 1992 blieb der Bestand an Arbeitslosen unter dem jeweiligen Vorjahresergebnis und erreichte mit knapp 1,7 Mill. im Jahresdurchschnitt 1991 den niedrigsten Durchschnittswert seit 1982. Mit der beginnenden Konjunkturschwäche 1992 ging dann wieder ein Anstieg auf jahresdurchschnittlich 1,8 Mill. Personen einher, der sich in den Jahren bis 1997 verstärkt fortsetzte. Im Jahresdurchschnitt 1997 überschritt die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen erstmals die Drei-Millionen-Grenze. Die Arbeitslosenquote, auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen, betrug 11,0 %.

1998 trat auf dem Arbeitsmarkt im früheren Bundesgebiet eine leichte Besserung ein. Maßgeblich hierfür war die im Jahresverlauf einsetzende konjunkturelle Belebung. So sank die Zahl der registrierten Arbeitslosen um 116 600 auf 2,9 Mill. im Jahresdurchschnitt 1998, nachdem in den beiden Vorjahren noch deutliche Anstiege zu verzeichnen waren (1997/1996: + 224 700; 1996/1995: + 231 300). Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote ermäßigte sich auf 10,5 %. Gleichzeitig hat sich das Stellenangebot 1998 kräftig erhöht. Betriebe und Verwaltungen meldeten im Jahresverlauf 2,69 Mill. zu besetzende Stellen, das sind 11 % mehr als 1997. Der Stellenbestand wuchs sogar noch stärker. Im Jahresdurchschnitt 1998 waren 342 200 offene Stellen gemeldet, rund 61 000 oder 22 % mehr als 1997.

Mit der Wiedervereinigung Deutschlands trat auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost das Problem der Arbeitslosigkeit auf (in offener Form, verdeckte Arbeitslosigkeit gab und gibt es in allen Planwirtschaften). Die hohe Arbeitslosigkeit rührte hauptsächlich von der Anpassung der Wirtschaftsstruktur her, wodurch zunächst mehr Arbeitskräfte freigesetzt als neu eingestellt wurden. So gab es im 2. Halbjahr 1990 durchschnittlich ca. 433 000 Arbeitslose, was einer Quote von

Abb. 6: Arbeitslose und offene Stellen im früheren Bundesgebiet¹ und in den neuen Ländern einschl. Berlin-Ost
Jahresdurchschnittswerte



¹ Bis 1958 ohne Angaben für das Saarland.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

4,9 % entspricht. Dem standen nur etwa 25 000 offene Stellen gegenüber. Im Jahresdurchschnitt 1991 hatte sich die Arbeitslosenquote bereits mehr als verdoppelt (10,3 %), sie stieg bis 1993 weiter auf 15,8 % an, nachdem sie 1992 bereits bei 14,8 % gelegen hatte. Im Jahresdurchschnitt 1994 betrug die Arbeitslosenquote 16,0 % (1,14 Mill.). 1995 verringerte sich die Arbeitslosenzahl vorübergehend um jahresdurchschnittlich 95 100 oder 8,3 % auf 1,05 Mill. Ab 1996 verschlechterte sich der Arbeitsmarkt wieder spürbar. Die jahresdurchschnittliche

Arbeitslosenzahl überschritt 1996 das Niveau des Vorjahres mit 1,17 Mill. um 121 800, 1997 mit 1,36 Mill. um 194 700.

Auch im Osten wirkte sich 1998 die einsetzende konjunkturelle Belebung auf den Arbeitsmarkt aus. So lag die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt mit 1,37 Mill. nur noch um 11 400 über dem Vorjahresniveau. Die Arbeitslosenquote, auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen, betrug 1998 unverändert 19,5 %. Ebenso wie im Westen gingen auch hier im Verlauf des Jahres 1998 beträchtlich mehr zu besetzende Stellen ein als im betreffenden Zeitraum des

Tab. 9: Arbeitslose, offene Stellen und Arbeitslosenquoten 1991–1998

Jahres- durch- schnitt	Arbeitslose			Offene Stellen	Arbeitslosenquote¹		
	ins- gesamt	Männer	Frauen		ins- gesamt	Männer	Frauen
	1 000				%		
Deutschland							
1991	2 602,2	1 280,6	1 321,6	362,8	7,3	6,4	8,5
1992	2 978,6	1 411,9	1 566,7	356,2	8,5	7,1	10,2
1993	3 419,1	1 691,6	1 727,6	279,5	9,8	8,6	11,3
1994	3 698,1	1 863,1	1 835,0	284,8	10,6	9,5	12,0
1995	3 611,9	1 850,6	1 761,3	321,3	10,4	9,6	11,4
1996	3 965,1	2 111,5	1 853,5	327,3	11,5	11,0	12,1
1997	4 384,5	2 342,4	2 042,1	337,1	12,7	12,2	13,3
1998	4 279,3	2 272,7	2 006,6	421,6	12,3	11,9	12,8
Früheres Bundesgebiet							
1991	1 689,4	897,7	791,7	331,4	6,3	5,8	7,0
1992	1 808,3	982,8	825,5	323,5	6,6	6,2	7,2
1993	2 270,3	1 277,1	993,3	243,3	8,2	8,0	8,4
1994	2 556,0	1 461,6	1 094,3	233,6	9,2	9,2	9,2
1995	2 564,9	1 463,7	1 101,2	266,5	9,3	9,3	9,2
1996	2 796,2	1 616,5	1 179,7	270,4	10,1	10,4	9,9
1997	3 020,9	1 740,7	1 280,2	281,5	11,0	11,2	10,7
1998	2 904,3	1 640,8	1 263,5	342,2	10,5	10,6	10,3
Neue Länder und Berlin-Ost							
1991	912,8	382,9	530,0	31,4	10,3	8,5	12,3
1992	1 170,3	429,1	741,1	32,7	14,8	10,5	19,6
1993	1 148,8	414,5	734,3	36,2	15,8	11,0	21,0
1994	1 142,1	401,4	740,6	51,1	16,0	10,9	21,5
1995	1 047,0	386,9	660,1	54,8	14,9	10,7	19,3
1996	1 168,8	495,0	673,8	56,8	16,7	13,7	19,9
1997	1 363,6	601,7	761,9	55,6	19,5	16,6	22,5
1998	1 374,9	631,9	743,1	79,4	19,5	17,4	21,8

¹ Bezogen auf abhängige zivile Erwerbspersonen.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

Vorjahres; mit 1,14 Mill. Stellenangeboten gab es einen Zuwachs von 294 200 oder 35 %. Dies machte sich auch beim Stellenbestand bemerkbar. Im Jahresdurchschnitt 1998 standen mit 79 400 offenen Stellen rund 43 % mehr zur Verfügung als 1997.

Zu beachten ist, dass es sich sowohl bei der Arbeitslosenzahl als auch bei der Zahl der offenen Stellen ausschließlich um Fälle handelt, die beim Arbeitsamt gemeldet sind. Die „tatsächliche“ Zahl der Personen ohne Arbeit ist sicherlich höher, da es Arbeitsuchende gibt, die den Weg zum Arbeitsamt scheuen bzw. sich keine Vorteile davon erhoffen, wenn sie sich dort melden (sie werden als „Stille Reserve“ bezeichnet). Zur Stillen Reserve im weiteren Sinn zählen insbesondere auch diejenigen Personen, die sich in beruflicher Vollzeitweiterbildung oder in Deutschsprachkursen befinden, sowie ältere Bezieher von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe, so weit sie der Arbeitsvermittlung nicht mehr zur Verfügung stehen (§ 428 SGB III, bis 1997: § 105 c AFG). Ähnliches gilt aber auch für die Zahl der offenen Stellen. Hier wird ein großer Teil ohne Einschaltung des Arbeitsamtes – nur etwa 40 % des gesamten Stellenangebotes wird gemeldet – vergeben und taucht ebenfalls nie in der Statistik auf. Die von der Bundesanstalt für Arbeit offiziell bekannt gegebenen Zahlen haben aber den Vorteil, dass sie anhand der Unterlagen der Arbeitsämter, ohne Befragung der Betroffenen, laufend aktualisiert werden können.

3.8 Arbeitsplatzverlust, Kurzarbeit und Arbeitsmarktpolitik

Von Januar bis Dezember 1998 lag im früheren Bundesgebiet der Zugang an Arbeitslosen mit 4,9 Mill. etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Allerdings gab es weniger Zugänge aus Erwerbstätigkeit (– 4,6 %), während sich mehr zuvor nicht erwerbstätige Personen arbeitslos meldeten als 1997 (+ 5,6 %). Demgegenüber konnte – im Zuge der konjunkturellen Belebung – bei der Beendigung von Arbeitslosigkeit ein deutlicher Anstieg verzeichnet werden. Im Verlauf des Jahres 1998 beendeten im Westen insgesamt 5,1 Mill. Personen ihre Arbeitslosigkeit, das sind 6,2 % mehr als im Vorjahr. Der Rückgang des jahresdurchschnittlichen Bestandes an Arbeitslosen war also vor allem Konsequenz der kürzeren durchschnittlichen Dauer der Arbeitslosigkeit. Sie lag für diejenigen, die 1998 ihre Arbeitslosigkeit beendeten, bei durchschnittlich 30 Wochen, gegenüber 32 Wochen im Vorjahr.

In den neuen Bundesländern meldeten sich im Jahresverlauf 1998 2,3 Mill. Personen arbeitslos, 0,7 % weniger als im Jahr zuvor. Davon waren weitaus die meisten (1,3 Mill.) vorher beschäftigt oder in betrieblicher Ausbildung gewesen. Wie schon in den Vorjahren sank ihr Anteil an allen Zugängen weiter, und zwar von 58 % auf 54 %. Dabei entwickelte sich der Zugang von Arbeitslosen, die sich nach

einer betrieblichen Ausbildung arbeitslos meldeten, mit 94 600 stärker als 1997 (1998/97: + 55 %). Im Laufe des Jahres 1998 beendeten im Osten 2,5 Mill. Personen ihre Arbeitslosigkeit, das waren rund 19 % mehr als 1997. Ebenso wie im früheren Bundesgebiet dauerten Arbeitslosigkeitsperioden in den neuen Ländern 1998 durchschnittlich 30 Wochen, nach 32 Wochen im Vorjahr.

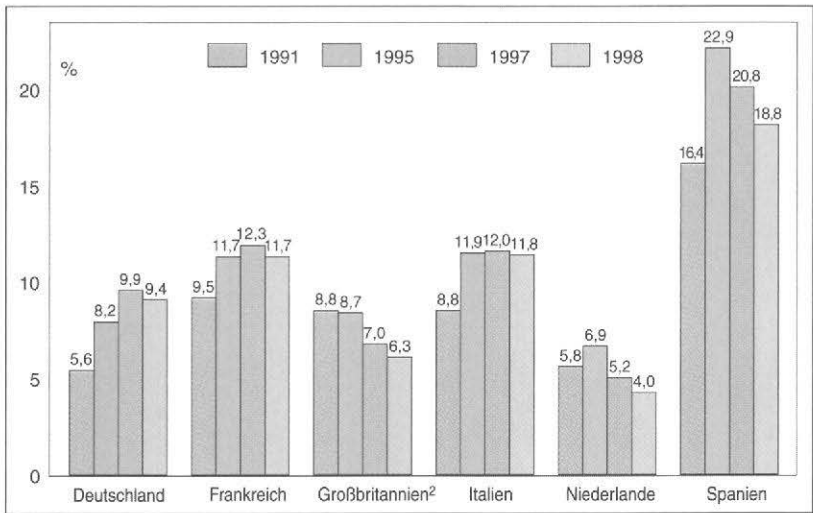
Um in konjunkturellen Schwächephasen Kündigungen zu vermeiden, gehen die Unternehmen oftmals zunächst auf Kurzarbeit über. Dies lässt sich im Zeitablauf eindrucksvoll belegen: Die höchsten Kurzarbeiterzahlen waren im Zeitraum der letzten 25 Jahre – neben 1993 – um das Jahr 1975 (Jahresdurchschnitt 1975: 773 300) sowie im Zeitraum 1981 bis 1984 festzustellen (Jahresdurchschnitt 1982: 606 000, 1983: 675 100). 1993 war wieder ein deutlicher Anstieg zu beobachten. So lag die jahresdurchschnittliche Zahl 1993 im früheren Bundesgebiet bei 766 900, verringerte sich aber bis 1998 auf 81 200. In den neuen Ländern und Berlin-Ost wurden die von Kurzarbeit betroffenen Personen erstmals ab Mitte 1990 erfasst. Innerhalb eines Jahres erhöhte sich ihre Zahl von ca. 656 000 im Juli 1990 auf rund 1,6 Mill. im Juli 1991. Mit Auslaufen der besonderen Kurzarbeiterregelungen Ende 1991 ging ihre Zahl wieder stark zurück. Im Jahresdurchschnitt 1998 wurden nur noch 34 000 Menschen in Kurzarbeit gezählt.

Im Hinblick auf die Entlastung des Arbeitsmarktes kommt den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit – insbesondere in Ostdeutschland – nach wie vor besondere Bedeutung zu. Neben dem Kurzarbeitergeld umfassen die traditionellen Instrumente der Arbeitsmarktpolitik vor allem die Förderung der beruflichen Weiterbildung, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die berufliche Rehabilitation und spezielle Trainingsmaßnahmen zur Verbesserung der Eingliederungschancen schwer vermittelbarer Arbeitsloser. Hinzu kommen seit April 1997 neue Fördermaßnahmen, mit deren Hilfe Arbeitslose in reguläre Beschäftigung gebracht werden sollen. Hierbei handelt es sich zumeist um Leistungen, die an Arbeitgeber gezahlt werden, wie etwa Eingliederungszuschüsse, Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose, Einstellungszuschüsse bei Neugründungen und Strukturanpassungsmaßnahmen, mit denen reguläre Beschäftigungen speziell in den neuen Bundesländern gefördert werden (SAM OfW). Allein mit Hilfe der neuen Maßnahmen konnten in den neuen Ländern und Berlin-Ost 1998 insgesamt 287 300 Personen (1997: 134 600) eine Arbeitslosigkeit beenden oder vermeiden. Im früheren Bundesgebiet waren es im gleichen Zeitraum 203 400 Personen (1997: 119 800).

3.9 Arbeitslosenquoten im Vergleich

Arbeitslosigkeit ist heute ein weltweites Problem. Zwar lässt sich ihr Ausmaß über Ländergrenzen hinweg aufgrund unterschiedlicher Erhebungsmethoden nicht exakt vergleichen, gleichwohl bemühen sich aber die internationalen Organisatio-

Abb. 7: Jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquoten¹
in ausgewählten europäischen Ländern



1 Gemäß Schätzmethode von Eurostat für Vergleiche zwischen den Mitgliedstaaten.

2 Und Nordirland.

Tab. 10: Arbeitslosenquoten in der Europäischen Union¹
Jahresdurchschnitt in Prozent

Land	1991	1995	1996	1997	1998
Belgien	6,6	9,9	9,7	9,4	9,5
Dänemark	8,4	7,2	6,8	5,6	5,1
Deutschland	5,6	8,2	8,9	9,9	9,4
Griechenland	7,0	9,2	9,6	10,0	11,6
Finnland	7,0	15,4	14,6	12,7	11,4
Frankreich	9,5	11,7	12,4	12,3	11,7
Großbritannien und Nordirland	8,8	8,7	8,2	7,0	6,3
Irland	14,8	12,3	11,6	9,8	7,8
Italien	8,8	11,9	12,0	12,0	11,8
Luxemburg	1,7	2,9	3,0	2,8	2,8
Niederlande	5,8	6,9	6,3	5,2	4,0
Österreich	.	3,9	4,3	4,4	4,7
Portugal	4,0	7,3	7,3	6,8	4,9
Schweden	3,1	8,8	9,6	9,9	8,3
Spanien	16,4	22,9	22,2	20,8	18,8
Europäische Union	8,2	10,7	10,8	10,6	9,9

1 Gemäß Schätzmethode von Eurostat für Vergleiche zwischen den Mitgliedstaaten.

Quelle: Eurostat.

nen, insbesondere das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften, die Arbeitslosenstatistiken so weit zu vereinheitlichen, dass die Daten näherungsweise vergleichbar werden.

Die Arbeitslosigkeit in den Ländern der Europäischen Union (EU) ist 1998 überwiegend zurückgegangen. Es wurden in den fünfzehn Staaten insgesamt 16,8 Mill. Arbeitslose registriert. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote lag bei 9,9 %.

Tab. 11: Arbeitslose und Arbeitslosenquoten nach Ländern
Jahresdurchschnitte 1997 und 1998

Bundesland	Arbeitslose		Arbeitslosenquoten ¹ in %	
	1997	1998	1997	1998
Baden-Württemberg	382 008	351 319	8,7	8,0
Bayern	442 283	415 263	8,7	8,1
Berlin	265 665	273 038	17,3	17,9
Brandenburg	218 148	220 380	18,9	18,8
Bremen	46 951	46 355	16,8	16,6
Hamburg	92 520	90 480	13,0	12,7
Hessen	260 796	254 050	10,4	10,0
Mecklenburg-Vorpommern	168 364	171 106	20,3	20,5
Niedersachsen	413 832	399 402	12,9	12,3
Nordrhein-Westfalen	884 479	855 828	12,2	11,7
Rheinland-Pfalz	163 768	156 654	10,3	9,7
Saarland	56 539	52 879	13,6	12,6
Sachsen	374 139	382 796	18,4	18,8
Sachsen-Anhalt	270 444	272 133	21,7	21,7
Schleswig-Holstein	126 844	128 381	11,2	11,2
Thüringen	217 675	209 225	19,1	18,3
Deutschland	4 384 456	4 279 288	12,7	12,3
Früheres Bundesgebiet	3 020 900	2 904 339	11,0	10,5
Neue Länder und Berlin-Ost	1 363 556	1 374 948	19,5	19,5

1 Bezogen auf abhängige zivile Erwerbspersonen.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt stellt sich in einigen Staaten (z. B. Spanien, Italien, Frankreich, Finnland und Griechenland) weitaus ungünstiger dar als in der Bundesrepublik Deutschland.

Innerhalb Deutschlands gibt es – abgesehen von den ohnehin vom wirtschaftlichen Aufbau in den neuen Bundesländern betroffenen Regionen – einige strukturschwache Gebiete, die besonders hart von Arbeitslosigkeit betroffen sind. So liegen die Arbeitslosenquoten in den norddeutschen Küstengebieten, in Teilen des Ruhrgebiets und im Saarland erheblich über dem Bundesdurchschnitt.

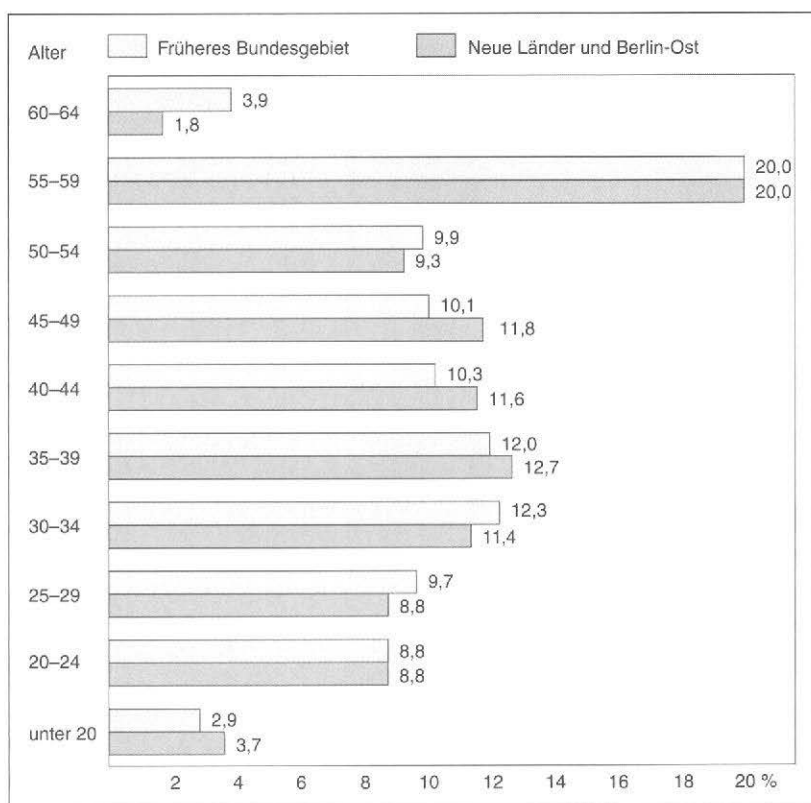
3.10 Struktur der Arbeitslosigkeit

3.10.1 Problemgruppen des Arbeitsmarktes

Zu den so genannten „Problemgruppen“ auf dem Arbeitsmarkt zählen insbesondere Jüngere, Ältere, Frauen, Ausländer und Schwerbehinderte.

Grundsätzlich haben ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wegen der längeren Betriebszugehörigkeit und dem damit verbundenen Kündigungsschutz, ein vergleichsweise geringes Risiko, arbeitslos zu werden. Sind sie aber einmal arbeitslos, fällt es ihnen häufig sehr viel schwerer als Jüngeren, eine neue Beschäftigung zu finden. Ende September 1998 gab es in Deutschland 923 000

Abb. 8: Altersgliederung der Arbeitslosen im September 1998
in Prozent aller Arbeitslosen



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

Arbeitslose, die 55 Jahre oder älter waren. Zwar waren dies 0,8 % weniger als im Vorjahr, ihr Anteil an allen Arbeitslosen lag aber mit 23,3 % höher als im Vorjahr (September 1997: 21,6 %). Auch im früheren Bundesgebiet nahm die Zahl älterer Arbeitsloser nur unterdurchschnittlich ab. Im September 1998 waren im früheren Bundesgebiet 654 300 Arbeitslose über 55 Jahre, das sind 0,6 % weniger als im entsprechenden Vorjahresmonat.

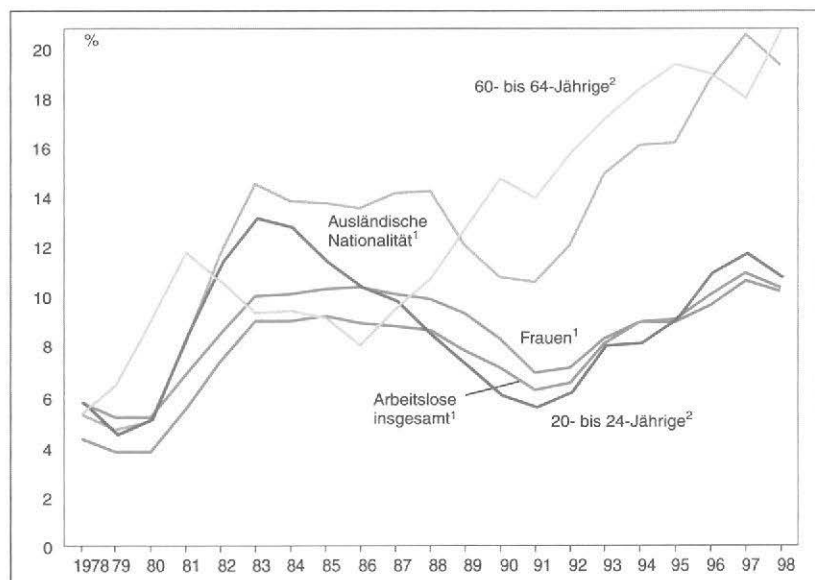
In diesem Zusammenhang ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Arbeitslosigkeit älterer Menschen erheblich durch die Regelung des § 428 SGB III (ehemals § 105 c AFG) reduziert wird. Ältere Arbeitslose können danach auch dann Lohnersatzleistungen beziehen, wenn sie der Arbeitsvermittlung nicht mehr voll zur Verfügung stehen und somit nicht als Arbeitslose gezählt werden. Allerdings wurde diese Regelung – zum Teil aus demographischen Gründen – im früheren Bundesgebiet 1998 nicht mehr ganz so häufig in Anspruch genommen wie noch im Vorjahr; im Jahresdurchschnitt 1998 waren es 111 400 Personen (1997: 129 700 Personen). Demgegenüber war in den neuen Bundesländern bei der Inanspruchnahme des § 428 SGB III ein leichter Anstieg zu verzeichnen, und zwar um 13 000 auf rund 92 000 im Jahresdurchschnitt 1998. Andererseits wurde 1998 im Osten der Arbeitsmarkt nicht mehr durch das Altersübergangsgeld entlastet. Dennoch lag die Zahl der Arbeitslosen ab 55 Jahren mit rund 268 500 Personen im September 1998 um 1,2 % unter dem Vorjahresstand.

Frauen sind stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Männer. 1998 lag die durchschnittliche Arbeitslosenquote der Frauen in Deutschland, gemessen an allen abhängigen Erwerbspersonen, bei 12,8 %, die der Männer bei 11,9 %. Im Westen unterschritt die Arbeitslosenquote der Frauen mit 10,3 % die der Männer (10,6 %) geringfügig. Der Unterschied zwischen Männern und Frauen ist im Osten ausgeprägter. Im Jahresdurchschnitt 1998 betrug die Arbeitslosenquote bei den Männern 17,4 % (1997: 16,6 %), bei den Frauen aber 21,8 % (1997: 22,5 %). Dass die Arbeitslosenquote der Frauen in den neuen Bundesländern zuletzt gesunken ist, dürfte vor allem darauf zurückzuführen sein, dass sich viele Frauen – in Anbetracht der anhaltend schwierigen Arbeitsmarktlage – inzwischen verstärkt vom Arbeitsmarkt zurückziehen.

Als besonders schwierig erweist sich die Arbeitsmarktlage für die ausländische Bevölkerung. Zwischen 1960 und 1970 waren Ausländerinnen und Ausländer – um den bestehenden Arbeitskräftemangel zu beheben – als „Gastarbeiter“ willkommen. Heute gehören sie zu den Problemgruppen des Arbeitsmarktes. Sie sind einerseits vergleichsweise häufig von Arbeitsplatzverlusten betroffen, andererseits sind die Arbeitsloskeitsperioden bei Ausländerinnen und Ausländern im Durchschnitt kürzer als bei deutschen Arbeitslosen.

Im Jahresdurchschnitt 1998 waren im früheren Bundesgebiet 505 200 Ausländerinnen und Ausländer arbeitslos gemeldet, sie stellten damit 17,4 % aller Arbeitslosen. Die Arbeitslosenquote unter der ausländischen Bevölkerung betrug 19,6 %. In den neuen Ländern und Berlin-Ost spielt die Arbeitslosigkeit von Ausländern nach wie vor nur eine kleine Rolle. Hier waren 29 500 Ausländerinnen und

Abb. 9: Arbeitslosenquoten so genannter Problemgruppen
im früheren Bundesgebiet



1 Jahresdurchschnitt.

2 Ende September.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

Ausländer im Jahresdurchschnitt 1998 arbeitslos gemeldet, was lediglich einem Anteil von 2,1 % an allen Arbeitslosen entspricht.

Geringere Beschäftigungschancen als Gesunde haben Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen. Ihr Anteil an den Arbeitslosen im früheren Bundesgebiet lag im September 1998 bei 26,6 % (September 1997: 25,3 %), in den neuen Ländern und Berlin-Ost bei 18,2 % (16,4 %). Schwerbehindert und deshalb besonders schwer zu vermitteln waren in den alten Ländern 5,8 % (September 1997: 5,6 %) aller Arbeitslosen, in den neuen Ländern 2,6 % (2,4 %).

Der Arbeitsmarkt für Jüngere hat sich im Westen 1998 durchschnittlich günstiger entwickelt als in den Vorjahren. So lagen die Arbeitslosenquoten bei den unter 20-Jährigen mit 8,7 %, bei den 20- bis 24-Jährigen mit 11,0 % und bei den unter 25-Jährigen mit 10,4 % deutlich unter denen des Vorjahres (1997: 9,2 %; 11,8 %; 11,1 %). Bei den 20- bis 24-Jährigen dürfte dies zum Teil auf schwächere Altersjahrgänge zurückgehen, d. h. demographisch bedingt sein. Jugendliche unter 20 Jahren reagieren auf die schwierige Situation am Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt mit längerem Verbleib im schulischen Bildungssystem oder dem Besuch von berufsvorbereitenden Maßnahmen.

Anders als im früheren Bundesgebiet ist die Jugendarbeitslosigkeit in den neuen Ländern und Berlin-Ost auch 1998 angestiegen. Die Arbeitslosenquote der Jüngeren unter 25 Jahren erhöhte sich im Vorjahresvergleich um 0,8 Prozentpunkte auf 17 %, die der 20- bis 24-Jährigen um 1,5 Prozentpunkte auf 20,5 % im Jahresdurchschnitt 1998. Bei den Jugendlichen unter 20 Jahren lag die Arbeitslosenquote mit 10,8 % zwar etwas unter der des Vorjahres (10,9 %), doch dürften auch hier demographische Effekte eine Rolle gespielt haben. Auch in dieser Altersgruppe war 1998 – absolut gesehen – ein leichter Anstieg der Arbeitslosigkeit um jahresdurchschnittlich 1 000 Personen auf 33 100 gemeldete Arbeitslose zu verzeichnen.

3.10.2 Arbeitslosigkeit und Qualifikationsstruktur

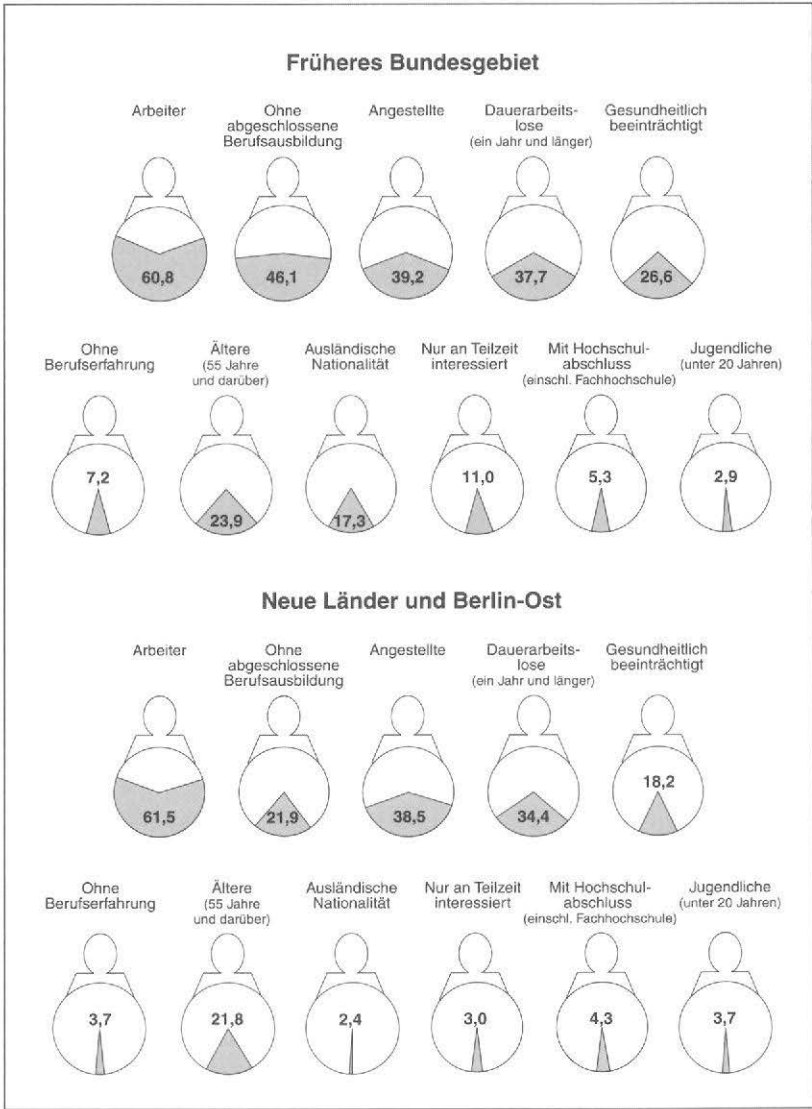
Für die so genannten „Problemgruppen“ verschärft sich die Situation insbesondere dann, wenn eine geringe berufliche Qualifikation vorliegt. Zwar ist eine gute Ausbildung längst kein Garant mehr für einen sicheren Arbeitsplatz. Dennoch sind die Arbeitsmarktchancen bei höherer Qualifikation günstiger und das Risiko des Arbeitsplatzverlustes ist für qualifizierte Arbeitskräfte bedeutend geringer.

Tab. 12: Arbeitslose nach der Art ihrer Berufsausbildung – September 1998

Berufsausbildung	Anzahl	Anteil in %
<i>Deutschland</i>		
Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	1 531 035	38,6
Mit abgeschlossener Berufsausbildung	2 434 293	61,4
– betriebliche Ausbildung	2 013 569	50,8
– Berufsfach-/Fachschule	222 425	5,6
– Fachhochschule	56 047	1,4
– Universität/Hochschule	142 252	3,6
Insgesamt	3 965 328	100,0
<i>Früheres Bundesgebiet</i>		
Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	1 260 706	46,1
Mit abgeschlossener Berufsausbildung	1 472 709	53,9
– betriebliche Ausbildung	1 185 033	43,4
– Berufsfach-/Fachschule	142 189	5,2
– Fachhochschule	43 546	1,6
– Universität/Hochschule	101 941	3,7
Zusammen	2 733 415	100,0
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>		
Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	270 329	21,9
Mit abgeschlossener Berufsausbildung	961 584	78,1
– betriebliche Ausbildung	828 536	67,3
– Berufsfach-/Fachschule	80 236	6,5
– Fachhochschule	12 501	1,0
– Universität/Hochschule	40 311	3,3
Zusammen	1 231 913	100,0

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

Abb. 10: Nahaufnahme der Arbeitslosigkeit im früheren Bundesgebiet und in den neuen Ländern einschl. Berlin-Ost
 Von je 100 Arbeitslosen im September 1998 waren¹:



1 Summe über 100 wegen Mehrfachnennungen.
 Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

38,6 % der Arbeitslosen hatten im September 1998 in Deutschland keine abgeschlossene Berufsausbildung. Im früheren Bundesgebiet war fast jeder zweite Arbeitslose ohne Berufsausbildung (September 1998: 46,1 %), während in den neuen Bundesländern rund ein Fünftel (September 1998: 21,9 %) aller Arbeitslosen keine Berufsausbildung hatte.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost entsprechen die Anteile der Arbeiter und Angestellten an den Arbeitslosen nahezu denen im früheren Bundesgebiet. Gleiches gilt für arbeitslose Jugendliche im Alter von 20 bis unter 25 Jahren. Wesentlich niedriger liegen dagegen die Anteile der Arbeitslosen ohne abgeschlossene Berufsausbildung, der arbeitslosen Ausländer und derjenigen Arbeitslosen, die nur an Teilzeitarbeit interessiert sind.

3.10.3 Dauer der Arbeitslosigkeit

Arbeitslosigkeit trifft insbesondere diejenigen hart, die auch nach längerer Suche keinen Arbeitsplatz finden. Im September 1998 waren in Deutschland 1,45 Mill. Arbeitslose, also gut jeder Dritte, mindestens ein Jahr ohne Beschäftigung. Die Zahl derer, die bereits mindestens zwei Jahre ohne Arbeitsplatz waren, belief sich auf 737 200. Nur wenigen Arbeitslosen gelingt es, schon nach kurzer Zeit eine neue Stelle zu finden. Der Anteil der Arbeitslosen in Deutschland, die weniger als drei Monate beim Arbeitsamt registriert waren, sank von 1992 bis 1998 von 35,1 % auf 30,6 %.

3.11 Einkommen der Arbeitslosen

Mit der Dauer der Arbeitslosigkeit wächst die finanzielle Belastung der Betroffenen. Während die meisten Arbeitslosen im ersten Jahr ihrer Arbeitslosigkeit noch Arbeitslosengeld erhalten – es beläuft sich je nach Familienstand auf 67 % bzw. 60 % des letzten Nettoeinkommens – wird die niedrigere Arbeitslosenhilfe (53 % des letzten Nettoeinkommens) nur bei nachweisbarer Bedürftigkeit gewährt.

Von den Arbeitslosen, die 1998 in Deutschland gemeldet waren, bezogen 46,4 % Arbeitslosengeld und 35,1 % Arbeitslosenhilfe. Weitere 0,5 % erhielten in diesem Zeitraum Eingliederungshilfe. Empfänger von Altersübergangsgeld spielen keine Rolle mehr (1 896 Personen). Damit betrug der Anteil der Leistungsempfänger unter den Arbeitslosen im Durchschnitt des Jahres 1998 82,2 %.

Insgesamt hatte 1998 in den alten Bundesländern knapp jeder Vierte (23,9 %) und in den neuen Ländern rund jeder Neunzehnte (5,1 %) beim Arbeitsamt registrierte Arbeitslose weder Anspruch auf Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe oder Eingliederungshilfe. Hinzuzurechnen ist die gesamte „Stille Reserve“, die sich in dem Bewusstsein, keine Leistungen beanspruchen zu können, erst gar nicht beim Arbeitsamt meldet.

Tab. 13: Arbeitslose nach Dauer der Arbeitslosigkeit 1971–1998

Jahr jeweils September	Arbeitslose	Davon waren arbeitslos in %		
		unter 3 Monaten	3 Monate bis unter 1 Jahr	1 Jahr und länger
Früheres Bundesgebiet				
1971	146 740	60,7	34,0	5,3
1975	1 006 554	41,9	48,5	9,6
1979	736 690	41,8	38,3	19,9
1981	1 256 396	47,0	40,0	12,9
1983	2 133 900	33,5	41,6	24,9
1985	2 150 897	32,5	36,6	31,0
1990	1 727 742	35,2	35,0	29,7
1991	1 609 500	38,3	33,4	28,3
1992	1 783 608	37,8	35,6	26,6
1993	2 287 972	34,5	39,5	26,0
1994	2 452 466	31,1	36,4	32,5
1995	2 488 434	32,3	34,4	33,3
1996	2 748 515	31,4	35,9	32,7
1997	2 932 907	29,1	34,8	36,1
1998	2 733 415	31,2	31,1	37,7
Neue Länder und Berlin-Ost				
1992	1 110 570	30,8	44,8	24,4
1993	1 159 098	29,2	40,1	30,7
1994	1 040 853	27,0	38,3	34,7
1995	1 032 610	30,9	40,3	28,8
1996	1 099 934	29,2	43,8	27,0
1997	1 375 187	28,2	42,0	29,8
1998	1 231 913	29,5	36,1	34,4
Deutschland				
1992	2 894 178	35,1	39,1	25,8
1993	3 447 070	32,7	39,7	27,6
1994	3 493 319	29,9	36,9	33,2
1995	3 521 044	31,9	36,1	31,9
1996	3 848 449	30,7	38,2	31,1
1997	4 308 094	28,8	37,1	34,1
1998	3 965 328	30,6	32,7	36,7

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

Weitere Informationen zum Thema Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit siehe Teil II, Kap. 8 und 9.

4 Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte

4.1 Zielsetzung der Statistik über Einnahmen und Ausgaben

Mit Einnahmen und Ausgaben beschäftigen sich viele Statistiken. Zu nennen sind insbesondere die Verdienststatistiken (vgl. Kap. 16), die Steuerstatistiken (vgl. Kap. 11), die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (vgl. Kap. 12), die Mikrozensususerhebungen und die Wirtschaftsrechnungen. Sie alle betrachten das Thema unter verschiedenen Blickwinkeln und bedienen sich darüber hinaus einer abweichenden Terminologie, sodass eine uneingeschränkte Vergleichbarkeit der Ergebnisse nicht gegeben ist. Im Mittelpunkt dieses Kapitels stehen bei den Einnahmen und Ausgaben die laufenden Wirtschaftsrechnungen, die Jahr für Jahr Angaben für ausgewählte Haushaltstypen liefern. Bei den Einnahmen aller Haushalte wurde außerdem auf Daten des Mikrozensus und auf Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zurückgegriffen. Die Daten zur Ausstattung wurden dem Einführungsinterview zur Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 entnommen.

Die Wirtschaftsrechnungen konzentrieren sich vor allem auf die Frage, wie viel Geld die Haushalte zur Verfügung haben, ausgeben und sparen. Sie greifen dabei auf die Aufzeichnungen ausgewählter Haushalte aus unterschiedlichen sozialen Schichten zurück, die für die Statistik freiwillig über ihre Einnahmen und Ausgaben Buch führen. Die anfallenden Daten, die für die Wirtschafts- und Sozialpolitik und für verbraucherpolitische Zwecke unentbehrlich sind, ermöglichen eine Beurteilung der Einkommenssituation und der Verbrauchsgewohnheiten der Bevölkerung und liefern zugleich Informationen über den Lebensstandard. Es handelt sich also um eine sehr lebensnahe Statistik, die dem viel geäußerten Klagespruch, dass mit dem Einkommen kein Auskommen sei, ein wenig auf den Grund gehen möchte.

4.2 Von den Einnahmen zu den Ausgaben

Die Zusammenhänge zwischen Einkommen, Verbrauch und Vermögensbildung werden besonders deutlich am Aufbau des Schemas, das den Wirtschaftsrechnungen zugrunde liegt. Es geht von den Erwerbs- und Vermögenseinkommen aus, berücksichtigt die öffentlichen Abgaben (Steuern und Sozialversicherungsbeiträge) und die Transferleistungen des Staates (z.B. Renten, Kindergeld) und führt zu den ausgabefähigen Einkommen. Aus ihnen ergibt sich nach Abzug der

Ausgaben für den Privaten Verbrauch und der „übrigen Ausgaben“ als Restgröße die Ersparnis.

- Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit
- + Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen
- + Einnahmen aus Einkommensübertragungen (öffentliche Renten, Kindergeld u. Ä.) und Untervermietung
- = *Haushaltsbruttoeinkommen*
- Einkommen- und Vermögensteuern
- Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung
- = *Haushaltsnettoeinkommen*
- + sonstige Einnahmen (z. B. Einnahmen aus dem Verkauf gebrauchter Waren)
- = *Ausgabefähige Einkommen bzw. Einnahmen*
- Ausgaben für den Privaten Verbrauch
- Übrige Ausgaben (z. B. Kraftfahrzeugsteuern, freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung)
- = *Ersparnis*

4.3 Einnahmen der privaten Haushalte

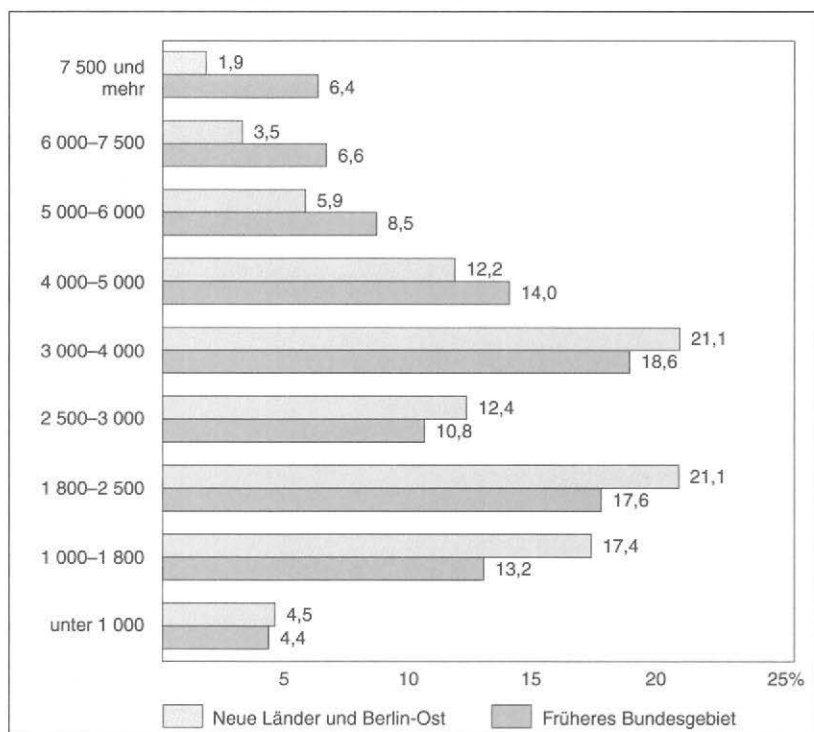
4.3.1 Verteilung des Haushaltseinkommens

Jeder Haushalt weiß ungefähr, wie viel Geld ihm monatlich zur Verfügung steht. Im Mikrozensus wird nach dem persönlichen Nettoeinkommen im Monat je Haushaltsmitglied gefragt. Dabei stufen sich die Haushalte in vorgegebene Einkommensgrößenklassen ein. Erfahrungsgemäß neigen sie zu einer Unterschätzung ihrer Einkünfte, sodass sich für die Analyse weniger die absolute Höhe als die Struktur der Einkommen eignet.

Nach den Mikrozensussergebnissen hatten im April 1998 in Deutschland knapp 30 % aller Haushalte, die entsprechende Angaben zum Einkommen machten, zwischen 1 800 und 3 000 DM zur Verfügung. 32,8 % hatten netto monatlich 3 000 bis 5 000 DM. In der Einkommensklasse von 5 000 DM bis 7 500 DM befanden sich 14 % der Haushalte, und über 7 500 DM hatten 5,5 %. Am anderen Ende der Skala mussten 18,4 % der Haushalte mit weniger als 1 800 DM auskommen, wobei 4,4 % der Haushalte nach eigenen Angaben sogar weniger als 1 000 DM hatten.

Wie aus Abb. 1 ersichtlich, ist die Einkommensverteilung zwischen den alten und neuen Bundesländern noch unterschiedlich. Während im früheren Bundesgebiet 54 % der Haushalte monatlich über 3 000 DM zur Verfügung hatten, waren es in den neuen Ländern und Berlin-Ost erst 44,6 %.

Abb. 1: Einkommensverteilung im April 1998¹
monatliches Haushalts-Nettoeinkommen in DM



1 Ergebnisse des Mikrozensus. Ohne Selbstständige in der Landwirtschaft und ohne Haushalte, die keine Angaben zum Einkommen machten.

Die Haushalte mit den geringsten Einkommen bestanden überwiegend aus einer Person. Die oberen Einkommensklassen waren dagegen fast ausschließlich mit Mehrpersonenhaushalten besetzt, in denen häufig mehrere Haushaltsmitglieder zum Einkommen beitrugen.

4.3.2 Soziale Stellung und Höhe des Haushaltseinkommens

Differenziert man nach der sozialen Stellung der Bezugsperson des Haushalts, so verfügten die Haushalte der Beamten/Beamtinnen in Deutschland – gemessen am Nettoeinkommen – gemäß ihren Angaben zum Mikrozensus 1998 zu 54,3 % über ein monatliches Nettoeinkommen von 5 000 DM oder mehr. Bei den Haushalten von Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen waren es 46,3 %. Von den Angestelltenhaushalten hatten etwa 31 % ein Einkommen dieser Größen-

ordnung und von den Arbeiterhaushalten rund 14 %. Dagegen verfügten nur 8,5 % der Nichterwerbspersonenhaushalte über ein Nettoeinkommen von 5 000 DM und mehr.

Eine Durchschnittsbetrachtung der Einkommen liefern die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Hier wird das verfügbare Einkommen herangezogen, das in der Abgrenzung nicht genau mit dem Nettoeinkommen im Mikrozensus übereinstimmt; diese Abweichungen sollen aber im Rahmen dieser Darstellung nicht weiter ausgeführt werden. Danach betrug das verfügbare Einkommen je Haushalt 1996 in Deutschland 60 800 DM, je Haushaltsmitglied etwa 27 700 DM.

Für die verschiedenen Haushalte ergibt sich in der Durchschnittsbetrachtung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen folgendes Bild: Die Selbstständigenhaushalte hatten 1996 mit 172 800 DM je Haushalt das höchste verfügbare Einkommen. Dabei ist allerdings zu beachten, dass sie erhebliche Teile ihrer Auf-

Tab. 1: Haushaltsnettoeinkommen nach sozialer Stellung im April 1998¹
Haushalte in Prozent

Stellung im Beruf der Haushaltsbezugsperson	Monatliches Haushaltsnettoeinkommen . . . DM			
	unter 1 800	1 800– 3 000	3 000– 5 000	5 000 und mehr
<i>Deutschland</i>				
Selbstständige u. mithelfende				
Familienangehörige	9,5	15,6	28,7	46,3
Beamte/Beamtinnen	2,6	10,8	32,3	54,3
Angestellte	8,2	24,8	35,7	31,4
Arbeiter/Arbeiterinnen	9,5	29,2	47,3	13,9
Nichterwerbspersonen	28,1	37,0	26,4	8,5
Insgesamt	18,4	29,4	32,8	19,5
<i>Früheres Bundesgebiet</i>				
Selbstständige u. mithelfende				
Familienangehörige	8,9	14,7	27,6	48,8
Beamte/Beamtinnen	2,1	10,4	32,2	55,4
Angestellte	7,8	24,7	35,0	32,6
Arbeiter/Arbeiterinnen	8,6	28,9	47,4	15,0
Nichterwerbspersonen	28,0	35,6	26,5	9,9
Insgesamt	17,6	28,4	32,6	21,4
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>				
Selbstständige u. mithelfende				
Familienangehörige	12,7	20,0	34,8	32,5
Beamte/Beamtinnen	8,2	16,1	34,1	41,5
Angestellte	10,1	25,2	39,6	25,1
Arbeiter/Arbeiterinnen	13,0	30,2	47,1	9,7
Nichterwerbspersonen	28,2	43,1	25,9	2,8
Insgesamt	21,9	33,5	33,3	11,3

1 Ergebnisse des Mikrozensus.

wendungen für die Alterssicherung aus dem verfügbaren Einkommen bestreiten müssen, während bei den übrigen Erwerbstätigenhaushalten die meisten derartigen Aufwendungen in Form von Sozialbeiträgen als geleistete laufende Übertragungen bereits abgezogen sind. Unter den Arbeitnehmerhaushalten erreichten die Beamten mit 84 900 DM ein höheres verfügbares Einkommen als die Angestellten mit 67 900 DM je Haushalt. Deutlich niedriger lag hingegen das verfügbare Einkommen der Arbeiterhaushalte mit ca. 55 600 DM. Haushalte von Rentnern und Pensionären konnten 1996 über rund 43 200 bzw. etwa 69 000 DM verfügen; Haushalte von Arbeitslosengeld- oder -hilfeempfängern mussten mit einem durchschnittlichen Einkommen von 37 000 DM und die Haushalte von Sozialhilfeempfängern mit 28 800 DM auskommen.

Tab. 2: Verfügbares Einkommen der Privathaushalte 1996¹
in Deutschland

Haushalte von	DM je Haushalt	DM je Haushaltsmitglied
Selbstständigen	172 800	62 900
Beamten	84 900	32 000
Angestellten	67 900	29 100
Arbeitern	55 600	20 200
Arbeitslosengeld-/-hilfeempfängern	37 000	16 400
Rentnern	43 200	26 400
Pensionären	69 000	42 000
Sozialhilfeempfängern	28 800	12 000
Insgesamt	60 800	27 700

¹ Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Rechenstand September 1997. Ohne nicht entnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

4.4 Ausgaben der privaten Haushalte

Einen Einblick in die Ausgabenstruktur der privaten Haushalte ermöglichen die laufenden Wirtschaftsrechnungen, allerdings beschränkt auf die in die Statistik einbezogenen Haushaltstypen. Die Statistik gibt es in der jetzigen methodischen Ausgestaltung im früheren Bundesgebiet seit nunmehr drei Jahrzehnten. Seit 1991 werden die laufenden Wirtschaftsrechnungen auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost durchgeführt. Dabei werden in den getrennten Erhebungsbereichen früheres Bundesgebiet und neue Länder und Berlin-Ost jeweils drei in etwa vergleichbare Haushaltstypen zu ihren Einkommens- und Verbrauchsverhältnissen befragt. Die Auswahl der in die Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen einbezogenen Haushalte erfolgt nach streng vorgegebenen Kriterien, die sich aufgrund der ökonomischen und sozialen Unterschiede zwischen beiden Erhebungs-

Übersicht: Auswahlkriterien für die an den laufenden Wirtschaftsrechnungen teilnehmenden Haushalte

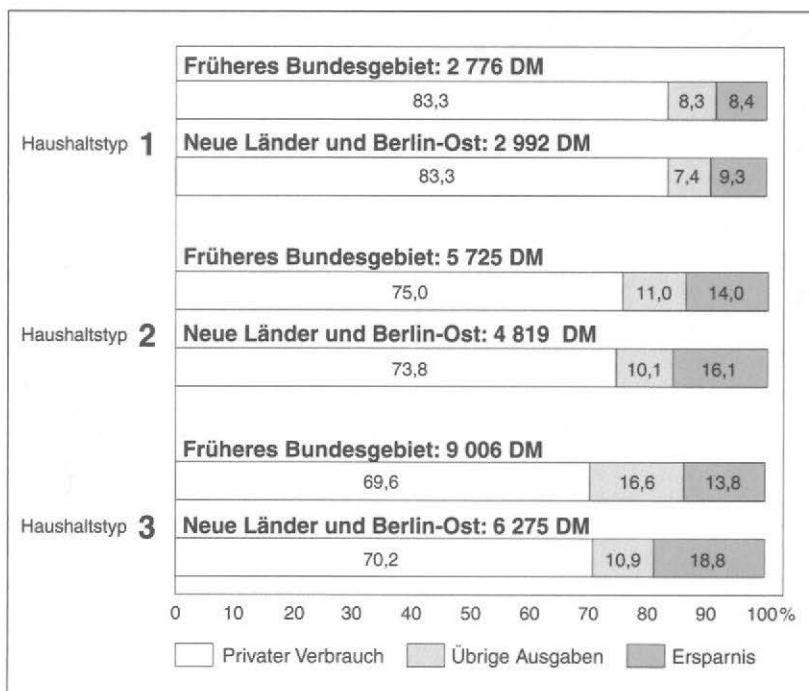
Haushaltstyp/ Auswahlmerkmale	HAUSHALTSTYP		
	1	2	3
Früheres Bundesgebiet			
Haushaltsgröße	2 Personen	4 Personen	4 Personen
Personelle Zusammensetzung	Alleinstehendes Ehepaar	Ehepaar mit 2 Kindern, darunter mindestens 1 Kind unter 15 Jahren	Ehepaar mit 2 Kindern, darunter mindestens 1 Kind unter 15 Jahren
Soziale Stellung des Hauptverdieners	Rentenempfänger	Arbeiter oder Angestellter	Angestellter oder Beamter
Einkommensniveau	geringeres Einkommen	mittleres Einkommen	höheres Einkommen
Einkommensbezieher	eine oder beide Person(en)	1 Alleinverdiener, geringes, unregelmäßiges Einkommen des anderen Ehepartners ist zulässig	1 Hauptverdiener, Ehepartner darf mitverdienen
Einkommensgrenzen für	die laufenden Bruttoeinkommensübertragungen von Staat und Arbeitgeber 1997: 1 750 bis 2 650 DM	das Bruttoeinkommen aus hauptberuflicher nicht-selbstständiger Arbeit der Bezugsperson 1997: 3 850 bis 5 850 DM	das Bruttoeinkommen aus hauptberuflicher nicht-selbstständiger Arbeit der Bezugsperson 1997: 6 800 bis 9 050 DM
Haushaltsbruttoeinkommen	darf individuell höchstens um 40 % über dem vorgenannten Haupteinkommen liegen		
Neue Länder und Berlin-Ost			
Haushaltsgröße	2 Personen	4 Personen	4 Personen
Personelle Zusammensetzung	Alleinstehendes Ehepaar	Ehepaar mit 2 Kindern, darunter mindestens 1 Kind unter 15 Jahren	Ehepaar mit 2 Kindern, darunter mindestens 1 Kind unter 15 Jahren
Soziale Stellung des Hauptverdieners	Rentenempfänger	Arbeiter oder Angestellter	Angestellter oder Beamter
Einkommensniveau	durchschnittl. Einkommen ¹	mittleres Einkommen	höheres Einkommen
Einkommensbezieher	eine oder beide Person(en)	1 Hauptverdiener, Ehepartner darf mitverdienen	
Einkommensgrenzen für	die laufenden Bruttoeinkommensübertragungen von Staat und Arbeitgeber 1997: 1 750 bis 2 700 DM	die Bruttoeinkommen aus hauptberuflicher nicht-selbstständiger Arbeit bei der Ehepartner 1997: 3 250 bis 5 250 DM	die Bruttoeinkommen aus hauptberuflicher nicht-selbstständiger Arbeit bei der Ehepartner 1997: 6 000 bis 7 850 DM
Haushaltsbruttoeinkommen	darf individuell höchstens um 40 % über dem vorgenannten Haupteinkommen liegen		

¹ Im Vergleich zum Typ 1 des früheren Bundesgebiets ein durchschnittliches Einkommen.

gebieten noch unterscheiden. 1997 mussten die erfassten Haushalte die in der vorstehenden Übersicht dargestellten Bedingungen erfüllen.

Die wichtigste Bezugsgröße für die Darstellung der Ausgabenstruktur sind die ausgabenfähigen Einkommen und Einnahmen, sie bilden sozusagen die Leistungsgröße, die den Haushalten für unterschiedliche Verwendungszwecke zur Verfügung steht.

Abb. 2: Verwendung der ausgabenfähigen Einkommen und Einnahmen je Haushalt und Monat nach Haushaltstyp 1997
absolut und in Prozent



Der größte Teil der ausgabenfähigen Einkommen und Einnahmen wird für den so genannten Privaten Verbrauch, das heißt für Essen, Wohnen, Kleiden, Reisen u. a., verwendet.

Je niedriger das Einkommen, desto höher ist in der Regel der Anteil der Verbrauchsausgaben und desto weniger wird gespart. Auffällig ist, dass in den neuen Ländern und Berlin-Ost der Anteil der übrigen Ausgaben wesentlich niedriger und der Anteil für das Sparen höher als im früheren Bundesgebiet ist.

4.5 Zusammensetzung des Privaten Verbrauchs

Fast ein Viertel der Ausgaben privater Haushalte in Deutschland entfielen 1998 auf den Bereich Wohnen (Mieten, Schönheitsreparaturen, Wasser und Energie). Die Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren gingen von Jahr zu Jahr zurück und betrugen anteilig 1998 noch 16 %.

Bei den einzelnen Haushaltstypen sind zum Teil beträchtliche Unterschiede in der Zusammensetzung des Privaten Verbrauchs zu beobachten. So liegt der Anteil für die Grundbedürfnisse am Privaten Verbrauch bei einkommensschwächeren Haushalten wesentlich höher als bei einkommensstarken. 1997 verwendete z. B. im früheren Bundesgebiet der Haushaltstyp 1 von seinen Ausgaben 66,6 % für Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren, Wohnungsmieten und Energie (ohne Kraftstoffe), Kleidung und Schuhe, Haushaltstyp 3 dagegen nur 51,0 %. In den neuen Ländern und Berlin-Ost lagen die entsprechenden Anteile bei 54,8 % bzw. 49,8 %.

Neben dem Einkommen werden die Verbrauchsstrukturen auch von der Anzahl der Haushaltsmitglieder und deren Alter bestimmt. Bei den Verbrauchsstrukturen in den neuen Ländern und Berlin-Ost spielt der Nachholbedarf, wenn auch abgeschwächt, noch immer eine nicht unwesentliche Rolle.

Während sich im früheren Bundesgebiet der Prozentsatz, der für Essen und Trinken ausgegeben wird, in den letzten drei Jahrzehnten unter dem Einfluss ge-

Tab. 3: Struktur der Konsumausgaben der privaten Haushalte im Inland¹
in jeweiligen Preisen

	Deutschland	
	1991	1998
Private Konsumausgaben		
Insgesamt in Mill. DM	1 605 110	2 062 310
davon in %:		
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	18,5	16,0
Bekleidung, Schuhe	7,9	6,6
Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe	20,0	24,4
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstung für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	8,1	7,3
Gesundheitspflege	3,2	4,5
Verkehr	15,5	15,0
Nachrichtenübermittlung	1,8	2,2
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	9,9	9,3
Bildungswesen	0,6	0,7
Beherbergungs- und Gaststätdienstleistungen	5,5	4,7
Sonstige Waren und Dienstleistungen	8,9	9,4

¹ Vorläufige Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Tab. 4: Ausgaben für den Privaten Verbrauch 1997
DM je Haushalt und Monat

Ausgabenposten	Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost		
	Haushaltstyp			Haushaltstyp		
	1	2	3	1	2	3
Privater Verbrauch						
Insgesamt	2 313	4 293	6 269	2 491	3 556	4 408
davon:						
Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	545	903	1 164	550	833	957
Wohnungsmieten	732	1 053	1 372	526	677	733
Energie (ohne Kraftstoffe)	159	210	244	161	204	216
Kleidung, Schuhe	104	267	412	126	215	293
Verkehr, Nachrichten-übermittlung	292	736	1 121	384	681	921
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	151	513	763	190	400	472
Übrige Güter und Dienstleistungen für den Privaten Verbrauch	330	611	1 193	554	546	816

Tab. 5: Anteil der Ausgaben am Privaten Verbrauch
im früheren Bundesgebiet
in Prozent

	Haushaltstyp 1		Haushaltstyp 2		Haushaltstyp 3	
	1965	1997	1965	1997	1965	1997
Privater Verbrauch						
Insgesamt (DM)	384	2 313	881	4 293	1 572	6 269
davon (%):						
Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	50,2	23,6	40,0	21,0	28,4	18,6
Wohnungsmieten	16,2	31,6	11,2	24,5	12,1	21,9
Energie (ohne Kraftstoffe)	7,1	6,9	4,5	4,9	3,8	3,9
Kleidung, Schuhe	7,3	4,5	11,9	6,2	11,0	6,6
zusammen	80,8	66,6	67,6	56,6	55,3	51,0
Verkehr, Nachrichten-übermittlung	2,8	12,6	9,7	17,1	16,2	17,9
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	3,4	6,5	6,5	11,9	8,0	12,2
Übrige Güter und Dienstleistungen für den Privaten Verbrauch	13,0	14,3	16,2	14,4	20,5	18,9

stiegener Einkommen reduzierte, stiegen die Anteile anderer Ausgabengruppen, wie Wohnen oder Bildung, Unterhaltung und Freizeit, beträchtlich an. Auch in den absoluten Beträgen spiegelt sich die unterschiedliche Entwicklung der einzelnen Ausgabengruppen wider. Während sich beispielsweise beim Haushaltstyp 2 die Ausgaben für Wohnungsmieten zwischen 1965 und 1997 mehr als verzehnfachten, stiegen die Aufwendungen für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren auf etwa das zweieinhalbfache.

Tab. 6: Anteil der Ausgaben am Privaten Verbrauch
in den neuen Ländern und Berlin-Ost
in Prozent

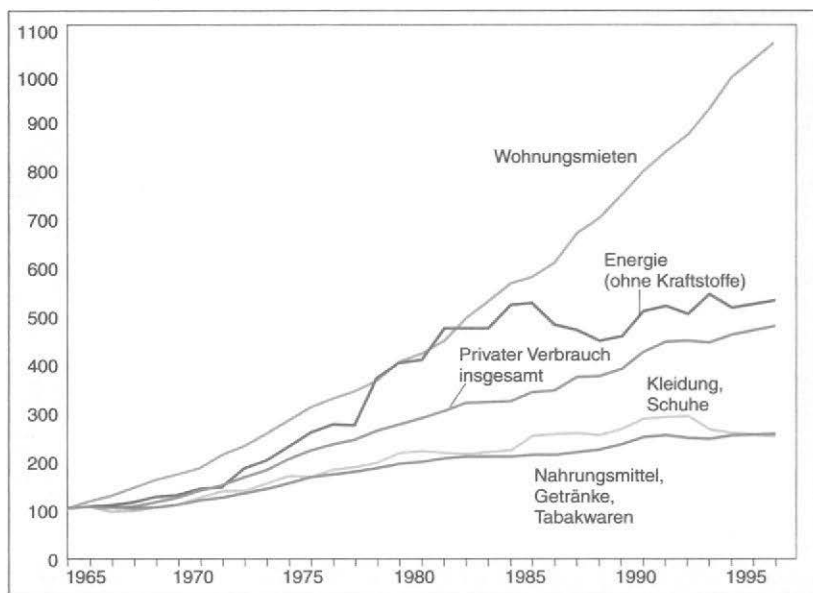
	Haushaltstyp 1		Haushaltstyp 2		Haushaltstyp 3	
	1991	1997	1991	1997	1991	1997
Privater Verbrauch						
Insgesamt (DM)	1 597	2 491	2 569	3 556	3 249	4 408
davon (%):						
Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	30,5	22,1	28,2	23,4	24,6	21,7
Wohnungsmieten	7,0	21,1	4,9	19,0	4,7	16,6
Energie (ohne Kraftstoffe)	6,3	6,5	4,0	5,7	3,8	4,9
Kleidung, Schuhe	7,1	5,1	9,9	6,0	10,2	6,6
zusammen:	50,9	54,8	47,0	54,1	43,3	49,8
Verkehr, Nachrichten- übermittlung	17,6	15,4	24,6	19,1	26,5	20,9
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	8,9	7,6	12,0	11,3	12,5	10,7
Übrige Güter und Dienst- leistungen für den Privaten Verbrauch	22,6	22,2	16,4	15,5	17,7	18,6

Dabei ist zu berücksichtigen, dass in die Ausgaben sowohl die Preis- wie die Mengenkomponente eingeht. Der Anstieg eines Ausgabepostens kann also durch Preissteigerungen und/oder Erhöhung der nachgefragten Menge verursacht werden. Als dritte Möglichkeit ist der Übergang auf höherwertige und damit teurere Waren denkbar (Substitution). In der Regel ist die Ausgabensteigerung auf eine Kombination aller drei Faktoren zurückzuführen, wobei eine Komponente durch- aus überwiegen kann (siehe Abb. 3 auf S. 120).

4.5.1 Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren

In den neuen Ländern und Berlin-Ost hat sich der Anteil der Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren an den Ausgaben für den Privaten Verbrauch seit 1991 erheblich reduziert. So gaben z. B. Haushalte des Typs 1 1991

Abb. 3: Entwicklung einzelner Ausgabengruppen¹ im früheren Bundesgebiet
Basisjahr 1965



¹ Bei 4-Personen-Haushalten von Angestellten und Arbeitern mit mittlerem Einkommen im Vergleich zu ihrem gesamten Privaten Verbrauch.

noch 30,5 % ihres Privaten Verbrauchs für den Kauf von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren aus, 1997 betrug dieser Anteil nur noch 22,1 %. Beim Haushaltstyp 2 verminderten sich die entsprechenden Anteile von 28,2 auf 23,4 % und beim Typ 3 von 24,6 auf 21,7 %. Dem anteiligen Rückgang dieser Ausgaben steht dabei ein absoluter Anstieg gegenüber. Dies ist nur daraus zu erklären, dass die mit den gestiegenen Einkommen einhergehende Ausweitung des Privaten Verbrauchs eine größere Wachstumsdynamik hatte als der Konsum von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren. Das bereits bestehende hohe Konsumtionsniveau bei diesen Gütern bewegt sich offensichtlich näher an Sättigungsgrenzen – sieht man zunächst einmal von den Ausgaben für Wohnung und Energie ab – als dies bei anderen Konsumgütern der Fall ist.

Mit den zuletzt erreichten Ausgabenanteilen bei Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren haben sich die Haushalte in den neuen Bundesländern den entsprechenden Ausgabenanteilen vergleichbarer Haushalte in den alten Bundesländern angenähert. Bei westdeutschen Haushalten der Typen 2 und 3 betrugen die Verbrauchsanteile der Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren 1997 21,0 bzw. 18,6 %; sie lagen damit nur geringfügig unter den Anteilen in den neuen Bundesländern. Jedoch waren die absoluten Ausgabebeträge in den

Tab. 7: Ausgaben für ausgewählte Nahrungsmittel, Getränke
und Tabakwaren 1997
Durchschnitt je Haushalt und Monat

	Haushaltstyp 1		Haushaltstyp 2		Haushaltstyp 3	
	DM	%	DM	%	DM	%
<i>Früheres Bundesgebiet</i>						
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren insgesamt	545,19	100,0	903,22	100,0	1164,17	100,0
Nahrungsmittel	375,17	68,8	589,50	65,3	724,25	62,2
dar.: Fleisch und Fleischwaren	103,17	18,9	141,31	15,6	156,82	13,5
Fisch und Fischwaren	14,36	2,6	12,70	1,4	18,52	1,6
Milch	26,23	4,8	47,45	5,3	54,61	4,7
Käse	20,49	3,8	35,62	3,9	52,90	4,5
Frischobst	29,20	5,4	31,97	3,5	43,71	3,8
Frischgemüse	20,93	3,8	25,37	2,8	38,82	3,3
Brot und Backwaren	57,64	10,6	94,38	10,4	116,96	10,0
Getränke	82,23	15,1	147,76	16,4	176,12	15,1
dar.: Tafelwasser	14,19	2,6	20,38	2,3	26,71	2,3
Kaffee	15,99	2,9	17,66	2,0	18,26	1,6
Spirituosen	8,18	1,5	7,55	0,8	9,80	0,8
Bier	15,65	2,9	27,66	3,1	26,43	2,3
Tabakwaren	12,06	2,2	28,50	3,2	16,84	1,4
dar.: Zigaretten	9,38	1,7	25,65	2,8	13,32	1,1
Verzehr von Speisen und Getränken in Kantinen, Gaststätten u. Ä.	75,72	13,9	137,47	15,2	246,69	21,2
dar.: Verzehr von Speisen in Gaststätten	52,75	9,7	85,17	9,4	159,70	13,7
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>						
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren insgesamt	550,11	100,0	832,76	100,0	956,57	100,0
Nahrungsmittel	373,18	67,8	532,86	64,0	576,09	60,2
dar.: Fleisch und Fleischwaren	103,74	18,9	144,47	17,3	148,76	15,6
Fisch und Fischwaren	15,22	2,8	11,28	1,4	11,77	1,2
Milch	24,68	4,5	42,38	5,1	45,21	4,7
Käse	21,56	3,9	28,24	3,4	31,30	3,3
Frischobst	29,82	5,4	33,02	4,0	38,04	4,0
Frischgemüse	20,85	3,8	22,88	2,7	26,36	2,8
Brot und Backwaren	54,41	9,9	80,98	9,7	86,94	9,1
Getränke	95,72	17,4	149,48	17,9	168,01	17,6
dar.: Tafelwasser	10,92	2,0	12,57	1,5	14,45	1,5
Kaffee	17,40	3,2	16,65	2,0	17,56	1,8
Spirituosen	13,28	2,4	17,27	2,1	17,64	1,8
Bier	21,53	3,9	34,58	4,2	40,03	4,2
Tabakwaren	11,73	2,1	25,18	3,0	24,93	2,6
dar.: Zigaretten	9,82	1,8	24,59	3,0	24,59	2,6
Verzehr von Speisen und Getränken in Kantinen, Gaststätten u. Ä.	69,48	12,6	125,23	15,0	187,54	19,6
dar.: Verzehr von Speisen in Gaststätten	51,28	9,3	54,91	6,6	80,99	8,5

Tab. 8: Gekaufte Mengen und Kaufbeträge je Mengeneinheit für ausgewählte Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren 1997

Durchschnitt je Haushalt und Monat

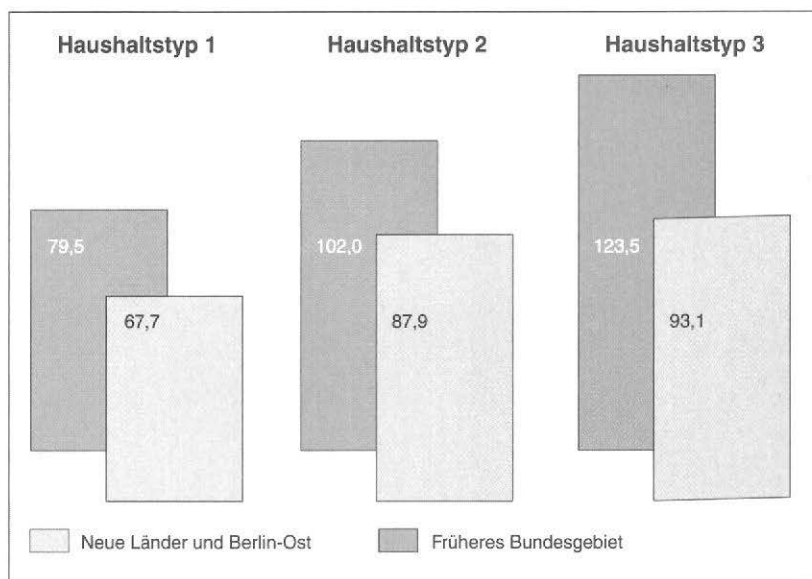
Waren	Einheit	Haushaltstyp 1		Haushaltstyp 2		Haushaltstyp 3	
		Menge	DM je Mengen-einheit	Menge	DM je Mengen-einheit	Menge	DM je Mengen-einheit
Früheres Bundesgebiet							
Rindfleisch	kg	0,66	12,96	0,61	12,86	0,70	14,92
Schweinefleisch	kg	1,91	9,56	2,31	10,49	2,03	12,66
Geflügel	kg	1,18	9,06	1,50	10,06	1,44	11,25
Fisch	kg	0,54	12,52	0,34	12,13	0,51	13,96
Hart-, Schnitt-, Weich-, Schmelzkäse	kg	1,26	11,74	2,43	11,60	3,10	13,63
Eier, frisch	St	30	0,25	33	0,24	34	0,27
Butter	kg	1,07	7,45	1,13	7,23	1,39	7,43
Margarine	kg	1,17	3,47	1,41	2,84	1,25	3,16
Äpfel	kg	2,99	2,34	3,45	2,39	4,21	2,59
Apfelsinen	kg	1,28	1,87	1,00	1,95	1,31	1,97
Bananen	kg	1,80	2,57	2,75	2,55	3,09	2,75
Tomaten	kg	1,00	3,30	1,21	3,35	1,76	3,60
Gurken	kg	0,61	2,48	1,14	2,54	1,33	2,68
Brot	kg	6,23	3,96	7,89	3,92	8,30	4,47
Bienenhonig	kg	0,29	8,37	0,20	8,15	0,30	9,66
Bier	l	7,9	1,98	13,7	2,02	12,4	2,13
Zigaretten	St	41	0,23	108	0,24	56	0,24
Neue Länder und Berlin-Ost							
Rindfleisch	kg	0,47	11,41	0,40	11,77	0,38	11,97
Schweinefleisch	kg	1,99	9,19	2,86	9,34	2,85	9,68
Geflügel	kg	1,23	8,73	1,35	8,94	1,36	8,67
Fisch	kg	0,50	10,46	0,32	10,06	0,32	10,29
Hart-, Schnitt-, Weich-, Schmelzkäse	kg	1,27	11,24	2,05	10,95	2,19	11,37
Eier, frisch	St	24	0,22	30	0,19	31	0,19
Butter	kg	1,15	7,28	1,36	6,90	1,44	7,06
Margarine	kg	1,43	3,33	2,47	2,98	2,49	3,07
Äpfel	kg	2,45	2,06	3,62	2,02	3,89	2,12
Apfelsinen	kg	1,52	1,77	1,44	1,69	1,79	1,76
Bananen	kg	2,47	2,26	3,08	2,28	3,28	2,30
Tomaten	kg	1,26	3,10	1,53	3,11	1,85	3,20
Gurken	kg	1,01	2,10	1,91	2,09	2,12	2,08
Brot	kg	6,53	2,87	9,69	2,81	10,02	2,89
Bienenhonig	kg	0,29	7,52	0,16	7,04	0,16	7,27
Bier	l	11,1	1,94	18,3	1,89	20,5	1,95
Zigaretten	St	44	0,22	114	0,22	112	0,22

alten Bundesländern höher als in den neuen Bundesländern. Bei Haushaltstyp 1 war in den alten Bundesländern der Anteil aufgrund des insgesamt niedrigeren Privaten Verbrauchs mit 23,6 % höher. Wie sich die Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren genau zusammensetzen, kann den Tab. 7 und 8 entnommen werden.

4.5.2 Wohnungsmieten, Energie

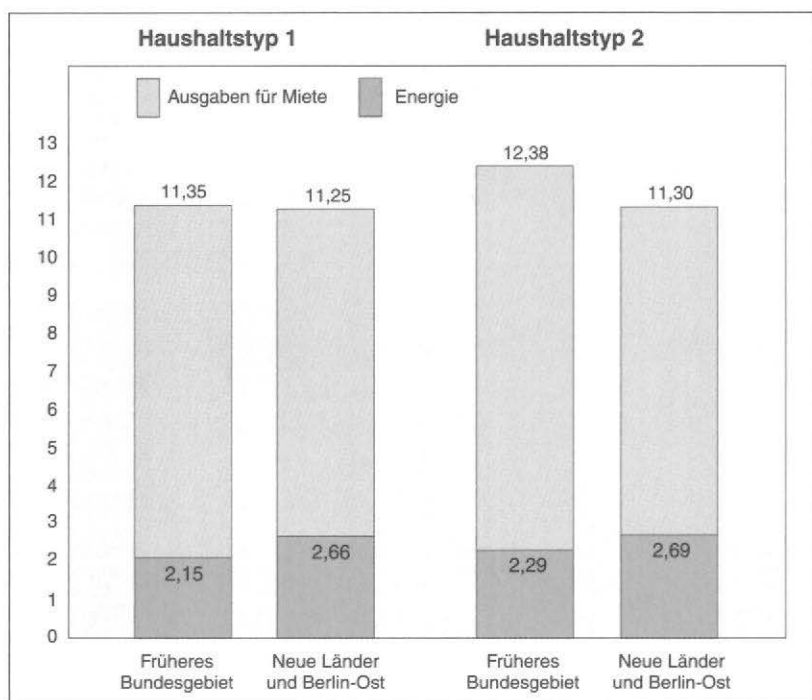
Ein sensibles Thema sind Wohnungsmieten und Energie. Im früheren Bundesgebiet hat der Anteil der Ausgaben für das Wohnen (Mieten und Energie) im Lauf der Jahre einen immer größeren Anteil der Ausgaben für den Privaten Verbrauch absorbiert. Dies ist vor allem auf den kontinuierlichen Anstieg der Wohnungsmieten zurückzuführen. Die für Wohnzwecke getätigten Aufwendungen stellen mittlerweile den größten Ausgabenposten des Privaten Verbrauchs. Bei den ausgabenschwächeren Haushalten des Typs 1 schlagen diese Ausgaben stärker zu Buche (38,5 %) als bei den einkommensstärkeren Haushalten der Typen 2 (29,4 %) oder 3 (25,8 %). Die Ausgaben für das Wohnen haben die in früheren Jahren traditionell an der Spitze der Verbrauchsausgaben rangierenden Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren von dieser Position verdrängt.

Abb. 4: Größe der bewohnten Wohnung (Eigentümer und Mieter)
in ausgewählten privaten Haushalten 1997
in Quadratmetern



Auch in den neuen Ländern sind die Wohnungsmieten seit 1991 aufgrund der zwischenzeitlich durch Mietverordnungen mehrfach erhöhten Grundmieten und der zusätzlich berechneten Beschaffheitszuschläge für den Zustand von Miethäusern bei allen hier betrachteten Haushaltstypen stark gestiegen. Dies hat dazu geführt, dass Haushalte des Typ 1, die 1991 noch 7 % ihres Privaten Verbrauchs für die Zahlung von Mieten aufwendeten, 1997 bereits 21,1 % entrichten mussten. Berücksichtigt man, dass für Energie noch weitere Ausgaben von anteilig 6,5 % anfielen, wendeten diese Haushalte 1997 bereits mehr als ein Viertel ihrer Verbrauchsausgaben für das Wohnen auf. Bei Haushalten des Typs 2 erhöhten sich die für Wohnzwecke getätigten Ausgabenanteile von 8,9 auf 24,8 %, beim Typ 3 von 8,5 auf 21,5 %. Beim Haushaltstyp 1 und 2 haben auch in den neuen Ländern die für Wohnzwecke getätigten Ausgaben die Aufwendungen für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren vom traditionell ersten Platz der größten Verbrauchsausgabengruppe verdrängt. Beim Haushaltstyp 3 rangieren sie nach den letztgenannten Ausgaben auf Platz 2.

Abb. 5: Ausgaben für Wohnungsmieten und Energie je Quadratmeter Wohnfläche in Mieterhaushalten der Haushaltstypen 1 und 2 in 1997 in DM



Insgesamt lagen die für Wohnzwecke einschließlich Energiekosten zu tätigen Aufwendungen bei Haushalten aller hier zu betrachtenden Typen im früheren Bundesgebiet 1997 jedoch noch deutlich über den entsprechenden Aufwendungen in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Bei der Beurteilung muss allerdings berücksichtigt werden, dass der Beschaffenheitszustand der Wohnungen im Osten in aller Regel noch unter den im Westen üblichen Standards liegt. Darüber hinaus sind die Wohnungen in den neuen Ländern im Durchschnitt kleiner als in den alten Ländern.

4.5.3 Güter für die Haushaltsführung

Während im früheren Bundesgebiet Güter für die Haushaltsführung eher einen geringen Anteil am Privaten Verbrauch einnehmen und in der Vergangenheit keine großen Schwankungen aufwiesen (5 bis 8 % des Privaten Verbrauchs), lagen diese Ausgaben in den neuen Bundesländern relativ über denen der vergleichbaren Haushaltstypen der alten Bundesländer, beim Haushaltstyp 1 auch in der ab-

Tab. 9: Ausgaben für ausgewählte Güter für die Haushaltsführung 1997
DM je Haushalt und Monat, Anteil am Privaten Verbrauch in Prozent

Art der Aufwendung	Haushaltstyp 1		Haushaltstyp 2		Haushaltstyp 3	
	DM	%	DM	%	DM	%
<i>Früheres Bundesgebiet</i>						
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	123	5,3	304	7,1	455	7,3
darunter:						
Möbel	25	1,1	97	2,3	170	2,7
Bodenbeläge, Textilien, Haushaltswäsche	21	0,9	41	1,0	54	0,9
elektrische Haushaltsgeräte	25	1,1	44	1,0	65	1,0
Tapeten, Baustoffe, Reparaturen u. Ä.	7	0,3	30	0,7	32	0,5
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>						
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	252	10,1	301	8,5	434	9,9
darunter:						
Möbel	91	3,7	116	3,3	187	4,2
Bodenbeläge, Textilien, Haushaltswäsche	34	1,4	33	0,9	41	0,9
elektrische Haushaltsgeräte	38	1,5	45	1,3	57	1,3
Tapeten, Baustoffe, Reparaturen u. Ä.	32	1,3	35	1,0	61	1,4

soluten Höhe. Das gilt für nahezu alle Bestandteile dieser Position wie Möbel, Heimtextilien/Bodenbeläge, Tapeten und auch elektrische Haushaltsgeräte und ist Ausdruck des enormen Nachholbedarfs. Gleichwohl sind hier im Laufe der Jahre Verschiebungen innerhalb dieser Ausgabengruppe eingetreten. Lagen in den ersten Jahren nach der Vereinigung bei allen Haushaltstypen die Ausgabenprioritäten bei der Wohnungsmodernisierung und -verschönerung, so stehen mittlerweile Möbelkäufe, elektrische Haushaltsgeräte u. ä. Gebrauchsgüter für die Haushaltsführung an der Spitze der Ausgaben dieser Gruppe.

4.5.4 Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung

Ausgaben für diesen Bereich beanspruchen den dritten Platz bei den Ausgaben der Haushalte für den Privaten Verbrauch im früheren Bundesgebiet. Dabei bilden Kauf und Unterhaltung von Pkw den Schwerpunkt der Ausgaben. Von den Haushaltstypen 2 und 3 der neuen Bundesländer wurden 1997 fast genauso hohe DM-Beträge für diesen Bedürfniskomplex ausgegeben wie im früheren Bundesgebiet. Haushalte des Typs 1 wendeten hier für diese Ausgaben sogar höhere Beträge auf.

Tab. 10: Monatliche Kosten der Kraftfahrzeughaltung 1997¹
DM je Haushalt und Monat, Struktur in Prozent

Art der Aufwendung	Haushaltstyp 1		Haushaltstyp 2		Haushaltstyp 3	
	DM	%	DM	%	DM	%
<i>Früheres Bundesgebiet</i>						
Kraftstoffe	77	31,9	170	40,3	208	39,1
Garagenmieten	41	16,8	44	10,3	53	10,1
Kraftfahrzeugsteuer	19	8,0	33	7,8	38	7,1
Kraftfahrzeugversicherung	54	22,2	82	19,5	85	16,0
Reparaturen, Ersatzteile u. Ä.	51	21,1	94	22,1	147	27,7
Insgesamt	242	100	423	100	531	100
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>						
Kraftstoffe	79	29,5	150	36,5	181	38,3
Garagenmieten	44	16,4	35	8,4	39	8,2
Kraftfahrzeugsteuer	16	6,1	26	6,3	27	5,7
Kraftfahrzeugversicherung	58	21,6	102	24,9	107	22,7
Reparaturen, Ersatzteile u. Ä.	69	26,4	96	23,9	118	25,1
Insgesamt	266	100	409	100	472	100

¹ Je Haushalt mit Kraftfahrzeug.

Die Ausgaben für die Unterhaltung von Kfz (vgl. Tab. 10) differieren aufgrund vielfältiger Einflüsse (im Westen sind häufiger zwei Pkw im Haushalt, im Osten gibt es weniger Garagen), sie haben sich jedoch schon deutlich angenähert.

4.5.5 Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit

Rund 11 bis 12 % des Privaten Verbrauchs entfallen in Vierpersonenhaushalten mit mittlerem und höherem Einkommen in Ost und West auf Ausgaben für Bildung, Unterhaltung und Freizeit.

Die absoluten Ausgabebeträge hierfür differieren allerdings beträchtlich infolge des unterschiedlichen Umfangs des Privaten Verbrauchs, der wiederum durch die niedrigeren Einkommen der ostdeutschen Haushalte bedingt ist.

Die Struktur der Ausgaben für Bildung, Unterhaltung, Freizeit hat sich inzwischen in Ost und West weit gehend angeglichen. Das insgesamt niedriger Ausgaben-niveau ostdeutscher Haushalte in dieser Ausgabengruppe wird vor allem bei Käu-

Tab. 11: Ausgaben für Bildung, Unterhaltung und Freizeit 1997

DM je Haushalt und Monat, Anteil am Privaten Verbrauch in Prozent

Art der Aufwendung	Haushaltstyp 1		Haushaltstyp 2		Haushaltstyp 3	
	DM	%	DM	%	DM	%
<i>Früheres Bundesgebiet</i>						
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	151	6,5	513	11,9	763	12,2
darunter:						
Fernseh-, Rundfunk-, Phono-, Foto- und Kinogeräte	14	0,6	58	1,3	73	1,2
Bücher, Zeitungen, Zeitschriften	39	1,7	67	1,6	110	1,7
Unterrichtsleistungen	1	0,0	84	2,0	146	2,3
Besuch von Theater-, Kino- u. Sportveranstaltungen u. Ä.	4	0,2	28	0,7	50	0,8
Gartenpflege, Tierhaltung	32	1,4	53	1,2	75	1,2
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>						
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	190	7,6	400	11,3	472	10,7
darunter:						
Fernseh-, Rundfunk-, Phono-, Foto- und Kinogeräte	24	1,0	49	1,4	63	1,4
Bücher, Zeitungen, Zeitschriften	39	1,6	50	1,4	58	1,3
Unterrichtsleistungen	0	0,0	65	1,8	67	1,5
Besuch von Theater-, Kino- u. Sportveranstaltungen u. Ä.	8	0,3	25	0,7	32	0,7
Gartenpflege, Tierhaltung	49	1,9	52	1,4	68	1,6

fen von Büchern, Zeitungen und Zeitschriften sowie bei Ausgaben für den Besuch von Kultur- und Sportveranstaltungen sichtbar.

Bei 2-Personen-Rentnerhaushalten liegt der Anteil der Ausgaben für Bildung, Unterhaltung und Freizeit am Privaten Verbrauch bei 6,5 % (West) bzw. 7,6 % (Ost) und damit wesentlich niedriger als bei den 4-Personenhaushalten mit mittlerem und höherem Einkommen.

Der schon in den Vorjahren zu beobachtende höhere Ausgabenanteil der ost-deutschen Rentnerhaushalte bei dieser Ausgabengruppe ist durch die absolut und relativ höheren Ausgaben für Fernseh- und Rundfunkgeräte begründet.

Weitere Informationen zum Thema Ausgaben privater Haushalte für Freizeit siehe Teil I, Kap. 6.3.1.

4.6 Ausstattung der Haushalte

Anhaltspunkte für den erreichten materiellen Lebensstandard der Haushalte lassen sich auch aus dem Besitz bestimmter Gebrauchsgüter gewinnen. Dazu gehört z. B. die Ausstattung mit Haushaltsgeräten, die die Haushaltsführung erleichtern, oder der Besitz von Unterhaltungselektronik für Zwecke der Freizeitgestaltung. Auch die Anschaffung von technischen Neuerungen, seien es Videokameras/Camcorder, CD-Player oder PC, lassen Rückschlüsse auf die Lebensverhältnisse der Haushalte zu. Im Einführungsinterview der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 wurden per 1. Januar 1998 ca. 70 000 Haushalte u. a. zur Ausstattung mit ausgewählten Gebrauchsgütern befragt. Nicht erfasst wurden Personen in Anstalten, Gemeinschaftsunterkünften und Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr.

Generell gilt bei fast allen Gebrauchsgütern: mit steigendem Haushaltsnettoeinkommen nimmt der Ausstattungsgrad und auch die Mehrfachausstattung zum Teil zu.

Die „traditionellen“ Haushaltsgeräte wie Kühl- und Gefrierschrank und Waschmaschine sind in nahezu jedem Haushalt vorhanden. Dort gibt es so gut wie keine Unterschiede zwischen Haushalten im früheren Bundesgebiet und Haushalten in den neuen Ländern und Berlin-Ost, zwischen Haushalten mit hohem und geringem Haushaltsnettoeinkommen, Haushalten mit jungen und alten Haupteinkommensbeziehern oder nach der sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers. Lediglich die Haushaltsgröße hat hier Einfluss auf den Ausstattungsgrad: 1-Personenhaushalte liegen unter dem Durchschnitt. Offensichtlich nutzen diese mehr Angebote außerhalb des Haushalts und hier mehr im Westen als im Osten.

Mit Geräten wie Geschirrspülmaschine, Mikrowelle und Wäschetrockner sind nur ein Drittel bis die Hälfte der Haushalte in Deutschland ausgestattet. Obwohl die

Tab. 12: Ausstattung privater Haushalte mit technischen Haushaltsgeräten
1998

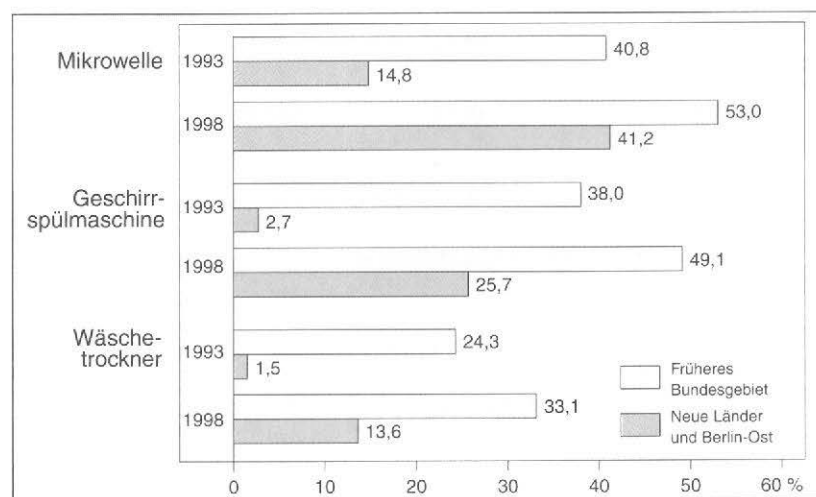
	Haushalte insgesamt		
	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
<i>Ausstattungsgrad¹ je 100 Haushalte</i>			
Kühlschrank ²	99,0	99,0	99,3
Gefrierschrank, Gefriertruhe ²	77,4	76,9	80,0
Geschirrspülmaschine	44,8	49,1	25,7
Mikrowellengerät	50,8	53,0	41,2
Bügelmaschinen	12,1	12,8	9,1
Waschmaschine	91,6	91,2	94,3
Wäschetrockner	29,4	33,1	13,6
<i>Ausstattungsbestand³ je 100 Haushalte</i>			
Kühlschrank ²	111,4	112,2	107,8
Gefrierschrank, Gefriertruhe ²	85,4	85,4	85,2
Geschirrspülmaschine	45,1	49,4	25,8
Mikrowellengerät	51,4	53,7	41,6
Bügelmaschinen	12,2	12,9	9,2
Waschmaschine	92,8	92,4	95,4
Wäschetrockner	29,5	33,2	13,6

1 Anzahl der Haushalte, in denen entsprechende langlebige Gebrauchsgüter vorhanden sind.

2 Kühl- und Gefrierkombination ist sowohl bei Kühlschrank als auch bei Gefrierschrank/Gefriertruhe aufgeführt.

3 Anzahl der in den Haushalten vorhandenen langlebigen Gebrauchsgüter.

Abb. 6: Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten Haushaltsgeräten
in Haushalten insgesamt 1993 und 1998



Haushalte im Osten bei der Ausstattung mit diesen Geräten in den vergangenen Jahren stark aufgeholt haben (siehe Abb. 6), gibt es trotzdem noch deutliche Unterschiede zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern und Berlin-Ost.

Haushalte im früheren Bundesgebiet und in den neuen Ländern und Berlin-Ost sind gleich gut mit Empfangs-, Aufnahme- und Wiedergabegeräten von Bild und Ton ausgestattet. Fernsehgeräte sind in fast jedem Haushalt vorhanden. Mehr als ein Fernsehgerät steht in etwa jedem dritten Haushalt, sodass es je 100 Haushalte im früheren Bundesgebiet 139 und in den neuen Ländern und Berlin-Ost sogar 143 Geräte gibt.

Tab. 13: Ausstattung privater Haushalte mit Empfangs-, Aufnahme- und Wiedergabegeräten von Bild und Ton 1998

	Haushalte insgesamt		
	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
<i>Ausstattungsgrad¹ je 100 Haushalte</i>			
Fernsehgerät	95,8	95,4	97,8
Videorecorder	62,4	62,7	61,3
Videokamera/Camcorder	16,6	16,5	17,1
Fotoapparat	86,3	86,8	85,0
Radiorecorder/Stereorundfunkgerät	80,4	80,2	81,7
Hi-Fi-Anlage	67,1	69,9	55,9
Satellitenempfangsanlage	28,8	28,6	29,8
Kabelanschluss	53,4	50,7	64,4
<i>Ausstattungsbestand² je 100 Haushalte</i>			
Fernsehgerät	140,0	139,4	143,2
Videorecorder	74,1	75,2	70,1
Videokamera/Camcorder	17,2	17,1	17,4
Fotoapparat	134,4	137,2	122,2
Radiorecorder/Stereorundfunkgerät	128,4	130,2	121,4
Hi-Fi-Anlage	84,6	88,8	67,0
Satellitenempfangsanlage	29,5	29,2	30,9
Kabelanschluss	53,5	50,9	64,6

1 Anzahl der Haushalte, in denen entsprechende langlebige Gebrauchsgüter vorhanden sind.

2 Anzahl der in den Haushalten vorhandenen langlebigen Gebrauchsgüter.

Videorecorder finden sich in fast zwei Drittel aller Haushalte, auch hier gibt es schon Mehrfachausstattung.

17 % aller Haushalte in Deutschland besitzen Videokameras/Camcorder. Während 1993 erst 6,3 % der Haushalte im Osten und 11,1 % der Haushalte im Westen eine Videokamera besaßen, hatten 1998 17,1 % der Haushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost und 16,5 % der Haushalte im früheren Bundesgebiet eine Videokamera.

Auch mit Radiorecordern/Stereorundfunkgeräten sind Haushalte in Ost und West fast gleich gut ausgestattet. Der Ausstattungsgrad steigt mit wachsender Haushaltsgröße, so haben 74 % der Einpersonenhaushalte, aber 91 % der Haushalte mit fünf und mehr Personen diese Geräte.

Die Ausstattung mit Kommunikationstechnik und Personalcomputern hat sich weiter angeglichen. Nahezu alle Haushalte in Ost und West verfügten im Januar 1998 über ein Telefon (97 % im Westen und 94 % im Osten). Handys gab es in ca. jedem zehnten (11 %), Anrufbeantworter in jedem dritten Haushalt (West: 38 %, Ost: 33 %). Faxgeräte zählen noch nicht zum Allgemeingut. 16 % der Haushalte im früheren Bundesgebiet und 9 % in den neuen Ländern und Berlin-Ost besaßen diese Geräte. Vor allem Haushalte von Selbstständigen haben einen überdurchschnittlichen Ausstattungsgrad erreicht. Das war auch schon bei Handys zu beobachten.

Personalcomputer gehören mittlerweile zur Standardausstattung vieler Haushalte. In privaten Haushalten in Deutschland gab es im Januar 1998 rund 17 Mill. PC, d. h. der Bestand hat sich in fünf Jahren mehr als verdoppelt. Etwa drei Viertel

Tab. 14: Ausstattung privater Haushalte mit Kommunikationstechnik und Personalcomputer 1998

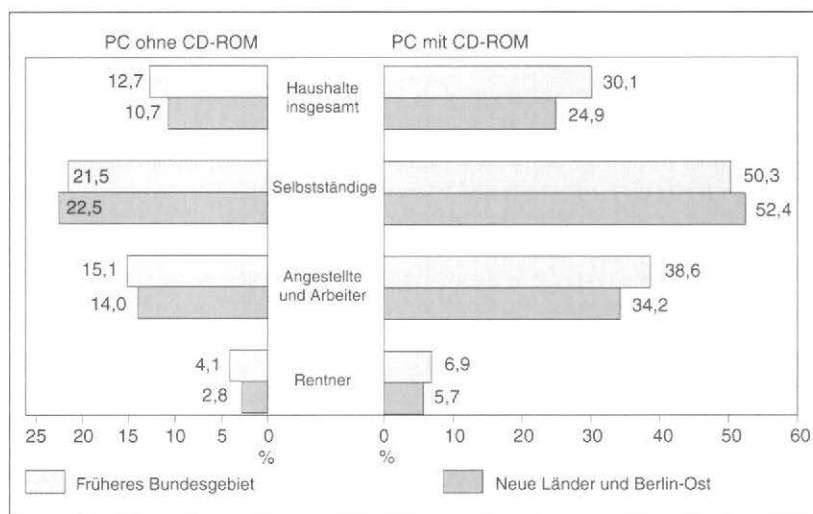
	Haushalte insgesamt		
	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
<i>Ausstattungsgrad¹ je 100 Haushalte</i>			
Telefon stationär (auch schnurlos)	96,8	97,3	94,3
Telefon mobil (Autotelefon, Handy)	11,2	11,4	10,8
Anrufbeantworter	36,8	37,9	32,7
Faxgeräte, PC-Faxkarte	14,8	16,3	9,1
Modem für Datenfernübertragung	9,5	10,3	6,1
ISDN-Anschluss	5,6	6,1	3,1
PC mit CD-ROM-Laufwerk ²	29,1	30,1	24,9
PC ohne CD-ROM-Laufwerk ²	12,4	12,7	10,7
Internet	8,1	8,8	5,2
<i>Ausstattungsbestand³ je 100 Haushalte</i>			
Telefon stationär (auch schnurlos)	109,5	112,3	97,6
Telefon mobil (Autotelefon, Handy)	12,2	12,3	11,5
Anrufbeantworter	37,5	38,7	33,0
Faxgeräte, PC-Faxkarte	15,2	16,6	9,2
Modem für Datenfernübertragung	10,0	10,9	6,2
ISDN-Anschluss	5,7	6,2	3,1
PC mit CD-ROM-Laufwerk ²	32,5	33,9	26,8
PC ohne CD-ROM-Laufwerk ²	13,2	13,7	11,1
Internet	8,4	9,2	5,3

1 Anzahl der Haushalte, in denen entsprechende langlebige Gebrauchsgüter vorhanden sind.

2 Auch Laptops und Notebooks.

3 Anzahl der in den Haushalten vorhandenen langlebigen Gebrauchsgüter.

Abb. 7: Ausstattungsgrad privater Haushalte¹ mit Personalcomputern 1998



1 Nach der sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers/-bezieherin.

dieser PC haben ein CD-Rom-Laufwerk. Fast jeder dritte Haushalt im früheren Bundesgebiet und jeder Vierte in den neuen Ländern und Berlin-Ost besaß so einen PC. Modem, ISDN-Anschluss und Internet-Nutzung sind auf dem Vormarsch.

Tab. 15: Ausstattung privater Haushalte mit Fahrzeugen 1998

	Haushalte insgesamt		
	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
<i>Ausstattungsgrad¹ je 100 Haushalte</i>			
Personenkraftwagen	75,1	76,2	70,6
dar.: fabrikneu gekauft	37,0	37,1	36,6
gebraucht gekauft	43,8	44,7	40,1
Kraftrad	10,9	11,5	8,1
Fahrrad	80,0	81,6	73,5
<i>Ausstattungsbestand² je 100 Haushalte</i>			
Personenkraftwagen	97,0	98,3	91,6
dar.: fabrikneu gekauft	41,7	42,0	40,0
gebraucht gekauft	52,9	53,8	49,1
Kraftrad	12,5	13,3	9,2
Fahrrad	182,6	188,5	157,4

1 Anzahl der Haushalte, in denen entsprechende langlebige Gebrauchsgüter vorhanden sind.

2 Anzahl der in den Haushalten vorhandenen langlebigen Gebrauchsgüter.

Die Ausstattung der Haushalte mit Personenkraftwagen hat weiter zugenommen. 76 % der Haushalte im früheren Bundesgebiet und rund 71 % in den neuen Ländern und Berlin-Ost hatten Anfang 1998 ein oder mehrere Autos. Mehr als ein Kraftfahrzeug besaßen 19 % der Haushalte im Westen und 18 % der Haushalte im Osten. Je 100 Haushalte waren damit 98 bzw. 92 Pkw vorhanden.

Werden die Angaben des Einführungsinterviews zur Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern nach dem Alter der Haupteinkommensbezieherin bzw. des Haupteinkommensbeziehers gruppiert, so zeigen sich deutliche Unterschiede. Haushalte der 55-Jährigen und älteren Haupteinkommensbezieher erfüllen ihre Bedürfnisse Fernsehen, Telefonieren, Wäsche waschen, Kühlen von Gütern im Prinzip mit dem gleichen, teilweise etwas höheren Ausstattungsgrad an technischen Gütern als Haushalte mit jüngeren Haupteinkommensbeziehern. Auch ältere Alleinlebende sind mit diesen Geräten sowie mit Radiorecordern und Stereoundfunkanlagen noch gut ausgestattet. Augenfällig allerdings ist, dass bei allen darüber hinausgehenden Gütern Haushalte, deren Haupteinkommensbezieher 55 Jahre und älter waren, häufig nur die Hälfte des Ausstattungsgrades erreichten, den jüngere Haushalte auswiesen. Das gilt zum einen für im Anschaffungspreis teure Güter, aber auch für neuartige Geräte, die oft nicht einfach zu bedienen sind. So haben beispielsweise im früheren Bundesgebiet 42 % der Haushalte mit Haupteinkommensbeziehern, die jünger als 55 Jahre waren, einen Personalcomputer mit CD-Rom-Laufwerk. In Haushalten der 55-Jährigen und Älteren war dieses Gut nur in 13 % der Haushalte anzutreffen, bei den älteren Alleinlebenden gar nur in 4 % der Haushalte. Auch bei der Ausstattung mit Videorecordern und Videokameras ist ein starkes Gefälle zwischen älteren und jüngeren Haushalten festzustellen.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost traten außerdem kräftige Unterschiede beim Ausstattungsgrad mit Geschirrspülmaschinen, Mikrowellen, Wäschetrocknern und Personenkraftwagen auf. So hatten 34 % der ostdeutschen Haushalte, deren Haupteinkommensbezieher unter 55 Jahre alt waren, im Januar 1998 eine Geschirrspülmaschine, bei den 55-Jährigen und Älteren waren es 14,3 % der Haushalte, aber nur noch 4,4 % der alleinlebenden Älteren. Während 83,8 % der Haushalte der unter 55-Jährigen im Osten Personenkraftwagen hatten, besaß lediglich gut jeder zweite Haushalt von 55-Jährigen und Älteren einen Pkw, bei den Alleinlebenden dieser Altersgruppe war es bloß noch jeder fünfte Haushalt.

Weitere Informationen zum Thema Lebensstandard siehe Teil II, Kap. 5.

5 Wohnen

Angaben über das Wohnen und die Wohnungsversorgung werden in Deutschland in unregelmäßigen Zeitabständen erhoben. Eine in der thematischen Vielfalt vergleichsweise umfassende Datenquelle war die 1 %-Gebäude- und Wohnungsstichprobe vom 30. September 1993 (GWS '93), die erstmals gesamtdeutsche Ergebnisse bereitstellte. Neueste Angaben über Wohnungen und insbesondere über die Wohnsituation der Haushalte liegen aus einer mit dem Mikrozensus des Jahres 1998 durchgeführten wohnungsstatistischen Zusatzerhebung vor. Deren Datenspektrum ist allerdings begrenzt – es fehlen z. B. Angaben zur Raumzahl und Ausstattung –, sodass im Folgenden auch auf Ergebnisse der GWS '93 zurückgegriffen wird.

Die Wohnverhältnisse im früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern einschließlich Berlin-Ost sind nach wie vor unterschiedlich. Deshalb werden die Ergebnisse für beide Teilgebiete getrennt nachgewiesen, um entsprechende Vergleiche zu ermöglichen.

Unterschiede zwischen West und Ost werden schon bei sehr allgemeinen Übersichten erkennbar, etwa einem Vergleich der durchschnittlichen Wohnfläche. Im Westen verfügte im April 1998 jede in die Erhebung einbezogene Person über 40,8 Quadratmeter, im Osten nur über 32,8 Quadratmeter. In Gebäuden mit Wohnraum hatten die Wohnungen eine durchschnittliche Fläche von 89,7 Quadratmetern im Westen und 73,5 Quadratmetern im Osten.

Tab. 1: Wohnsituation in Deutschland 1998

Gebiet	Durchschnittliche Wohnfläche je	
	Wohnung	Person
	m ²	
Deutschland	86,7	39,3
Früheres Bundesgebiet	89,7	40,8
Neue Länder und Berlin-Ost	73,5	32,8

5.1 Altersstruktur des Wohnungsbestandes

Die Altersstruktur des Wohnungsbestandes zeigt ein abwechslungsreiches Bild. 29,4 % der Wohnungen in Deutschland stammen aus der Zeit bis 1948, etwa die Hälfte entstanden zwischen 1949 und 1978, gut ein Fünftel wurde 1979 und später gebaut. Im Osten lag der Anteil der bis 1948 gebauten Wohnungen bei 45,8 %, während es im Westen nur ein Viertel war.

Tab. 2: Wohnungen in Wohngebäuden 1998 nach dem Baujahr

Gebiet	Wohnungen insgesamt	Davon errichtet ...					
		bis 1948		1949–1978		1979 und später	
		1 000	%	1 000	%	1 000	%
Deutschland	36 547,8	10 733,1	29,4	17 719,6	48,5	8 095,0	22,1
Früheres Bundesgebiet	29 257,4	7 394,1	25,3	15 702,4	53,7	6 160,8	21,1
Neue Länder u. Berlin-Ost	7 290,5	3 339,0	45,8	2 017,2	27,7	1 934,2	26,5

Die Zahlen für die neuen Länder und Berlin-Ost weisen auf eine deutlich schlechtere Wohnungsstruktur hin. Die Gebäude – und damit die Wohnungen – sind hier erheblich älter als im früheren Bundesgebiet. Es wird ein großer Nachholbedarf deutlich, der im Wesentlichen auf die geringere Neubautätigkeit in der ehemaligen DDR und die zunehmende Verschlechterung des allgemeinen Bauzustandes der Wohnungen zurückzuführen ist.

5.2 Größe der Wohnungen

Von den im April 1998 in Deutschland gezählten 33,8 Mill. bewohnten Wohnungen in Wohngebäuden waren 20 Mill. von Hauptmietern sowie 13,8 Mill. von Eigentümern bewohnt. Eigentümerwohnungen waren mit durchschnittlich 113 Quadratmetern wesentlich größer als Mietwohnungen mit durchschnittlich rund 69 Quadratmetern. 73 % der Mietwohnungen hatten bis 80 Quadratmeter Wohnfläche, während es bei den Eigentümerwohnungen 18,3 % waren. Dementsprechend standen in der Größenklasse ab 80 Quadratmetern Wohnfläche 28,0 % der Mietwohnungen 81,7 % der Eigentümerwohnungen gegenüber. Diese unterschiedliche Struktur ist sicher zum größten Teil durch die Einfamilienhäuser bestimmt, die meist über 100 Quadratmeter Wohnfläche haben und von ihren Eigentümern überwiegend selbst bewohnt werden.

Von der Gesamtzahl der bewohnten Wohnungen lagen 27,5 Mill. im früheren Bundesgebiet, 15,7 Mill. waren Mietwohnungen, 11,8 Mill. Eigentümerwohnungen. Die Eigentümerquote, die den Anteil der von den Eigentümern selbst bewohnten Wohnungen gemessen an allen bewohnten Wohnungen ausdrückt, lag im früheren Bundesgebiet bei 43,1 %. In den neuen Ländern und Berlin-Ost betrug die Wohnungszahl 6,3 Mill., die sich in 4,3 Mill. Mietwohnungen und 2 Mill. Eigentümerwohnungen aufteilte. Daraus ergibt sich eine Eigentümerquote von 31,2 %. Im früheren Bundesgebiet war mehr als die Hälfte der Wohnungen größer als 80 Quadratmeter, in den neuen Ländern nur etwa ein Drittel. So war in Wohngebäuden auch die durchschnittliche Fläche einer Wohnung im Westen mit 90,1 Quadratmetern um 16,7 Quadratmeter größer als im Osten.

Tab. 3: Bewohnte Wohnungen in Wohngebäuden nach der Wohnfläche 1998

Gebiet/ Art der Wohnung	Miet- und Eigentümerwohnungen										Durchschnittliche Fläche je Wohnung m ²
	insgesamt	davon mit einer Fläche von ... bis unter ... m ²									
		unter 40		40-80		80-100		100 und mehr			
		1 000	1 000 %	1 000	%	1 000	%	1 000	%		
Deutschland	33 827,9	1 705,7	5,0	15 221,4	45,0	5 926,3	17,5	10 974,5	32,4	86,9	
Mietwohnungen	20 008,6	1 634,3	8,2	12 760,9	63,8	3 264,8	16,3	2 348,6	11,7	68,9	
Eigentümerwohnungen	13 819,3	71,5	0,5	2 460,5	17,8	2 661,5	19,3	8 625,9	62,4	113,0	
Früheres Bundesgebiet	27 496,6	1 276,3	4,6	11 382,8	41,4	5 095,6	18,5	9 741,9	35,4	90,1	
Mietwohnungen	15 651,9	1 216,5	7,8	9 432,7	60,3	2 868,8	18,3	2 134,0	13,6	71,1	
Eigentümerwohnungen	11 844,7	59,7	0,5	1 950,2	16,5	2 226,9	18,8	7 607,9	64,2	115,2	
Neue Länder und Berlin-Ost	6 331,3	429,5	6,8	3 838,6	60,6	830,6	13,1	1 232,6	19,5	73,4	
Mietwohnungen	4 356,7	417,7	9,6	3 328,3	76,4	396,0	9,1	214,6	4,9	61,2	
Eigentümerwohnungen	1 974,6	11,7	0,6	510,4	25,8	434,6	22,0	1 017,9	51,5	100,3	

Etwa 70 % aller bewohnten Wohnungen in Deutschland hatten 1993 vier und mehr Räume (hierzu liegen für 1998 keine Angaben vor). Allerdings zählen auch Küchen als Räume, sodass es sich hierbei faktisch um Wohnungen mit drei und mehr Zimmern handelt. Die durchschnittliche Größe aller Wohnungen lag bei 4,3 Räumen.

Die Zahl der Wohnungen mit vier und mehr Räumen entsprach sowohl im Westen als auch im Osten etwa der Gesamtverteilung. Die Anteile der Vier-Raum-Wohnungen und der Wohnungen mit fünf und mehr Räumen waren in Ost und West aber vertauscht. Für den Osten wurden relativ mehr Vier-Raum-Wohnungen nachgewiesen, für den Westen relativ mehr Wohnungen mit fünf und mehr Räumen. Grund hierfür war im Westen die Eigentumspolitik, im Osten lag beim Neubau

Tab. 4: Bewohnte Wohnungen in Wohngebäuden nach der Raumzahl 1993

Gebiet/ Art der Wohnung	Miet- und Eigentümerwohnungen					Räume je Woh- nung
	Ins- gesamt	mit ... Räumen				
		1 + 2	3	4	5 und mehr	
		%				
	1 000					
Deutschland	32 252	7,9	22,4	32,4	37,3	4,3
Mietwohnungen	19 748	12,1	31,4	38,1	18,4	3,7
Eigentümerwohnungen	12 504	1,3	8,3	23,3	67,1	5,3
Früheres Bundesgebiet	26 131	7,9	21,4	31,0	39,7	4,4
Mietwohnungen	15 225	12,5	31,1	37,0	19,3	3,7
Eigentümerwohnungen	10 907	1,4	7,9	22,6	68,1	5,3
Neue Länder und Berlin-Ost	6 121	8,2	26,6	38,2	26,9	4,0
Mietwohnungen	4 523	10,8	32,1	41,8	15,2	3,6
Eigentümerwohnungen	1 598	0,9	10,8	28,1	60,2	4,9

von Wohnungen der Schwerpunkt auf den Vier-Raum-Wohnungen. Die durchschnittliche Raumzahl war im Westen mit 4,4 deshalb auch gegenüber 4,0 im Osten höher.

5.3 Ausstattung der Wohnungen

Die Qualität einer Wohnung wird hauptsächlich bestimmt durch ihre Ausstattung, besonders durch das Vorhandensein einer Sammelheizung (Fern-, Block-, Zentral-, Etagenheizung), Bad oder Dusche und WC innerhalb der Wohnung. In Deutschland verfügten 1993 mehr als drei Viertel aller Wohnungen über eine derartige – dem heutigen Neubaustandard entsprechende – Ausstattung. Beinahe jede fünfte Wohnung (18,5 %) besaß zwar Bad oder Dusche, nicht aber eine Sammelheizung. Hier musste mit Einzel- oder Mehrraumöfen oder auch Elektrospeicherheizung geheizt werden. Nur in etwa 5 % der Wohnungen fehlte entweder Bad/Dusche, WC oder beides.

Es gibt einige besondere Ausstattungskriterien, die eine Wohnung für einen mehrköpfigen Haushalt interessant machen können. Dazu gehört beispielsweise eine „Wohnküche“. Nur ein Fünftel aller Wohnungen in Deutschland hatte eine Küche, die über 12 Quadratmeter groß war und damit als „Wohnküche“ eingestuft werden kann. Anteilmäßig fanden sich hiervon im früheren Bundesgebiet etwas mehr als in den neuen Bundesländern.

Ein wichtiges Ausstattungsdetail ist die Heizung, wobei wieder der Vergleich zwischen West und Ost sehr deutliche Unterschiede aufzeigt. Im Westen wurden im April 1998 70,8 % der Wohnungen mit Zentralheizung beheizt, 12,0 % mit Ofenheizung, 8,3 % mit Etagenheizung, 8,8 % mit Fernheizung. Die neuen Bundes-

Tab. 5: Bewohnte Wohnungen in Wohngebäuden
nach ihrer Ausstattung 1993

Ausstattung der Wohnungen	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Insgesamt	32 252	100	26 131	100	6 121	100
Ausstattung:						
mit Bad/Dusche, WC und Sammelheizung	24 668	76,5	21 356	81,7	3 312	54,1
mit Bad/Dusche, WC ohne Sammelheizung	5 960	18,5	4 138	15,8	1 821	29,8
mit Bad/Dusche, ohne WC in der Wohnung	522	1,6	203	0,8	319	5,2
ohne Bad/Dusche, mit WC in der Wohnung	512	1,6	298	1,1	214	3,5
ohne Bad/Dusche, ohne WC in der Wohnung	590	1,8	136	0,5	454	7,4
Küche bis 12 m ² groß	23 742	73,6	18 987	72,7	4 754	77,7
Küche über 12 m ² groß	6 892	21,4	5 775	22,1	1 117	18,3
Kochnische	1 618	5,0	1 369	5,2	249	4,1

Tab. 6: Bewohnte Wohnungen in Wohngebäuden nach Heizungsart 1998

Wohnungen/ Heizungsart	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Wohnungen in Wohn- gebäuden insgesamt	33 827,9	100	27 496,6	100	6 331,3	100
Wohnungen mit ...						
Fernheizung	4 429,9	13,1	2 419,7	8,8	2 010,2	31,8
Block-/Zentralheizung	22 133,5	65,4	19 464,1	70,8	2 669,4	42,1
Etagenheizung	2 821,7	8,3	2 273,2	8,3	548,6	8,7
Einzel- oder Mehrraumöfen	4 392,0	13,0	3 297,6	12,0	1 094,4	17,3
Wohnungen ohne Angabe	50,8	0,2	42,1	0,2	8,7	0,1

länder wiesen eine erheblich andere Verteilung auf. Führend war dort zwar auch die Zentralheizung mit einem Anteil von 42,1 %. Daneben war aber nahezu jede dritte Wohnung an ein Fernheizwerk angeschlossen. Hierbei handelt es sich überwiegend um Wohnungen, die in den Plattenbauten der Trabantsiedlungen vieler Städte entstanden sind und generell fernbeheizt werden. Mit Einzel- oder Mehrraumöfen, die zu „DDR-Zeiten“ noch vorherrschten, waren im Jahre 1998 nur noch 17,3 % der Wohnungen ausgestattet. 8,7 % hatten Etagenheizungen – ein etwa gleich hoher Anteil wie in den alten Bundesländern.

Bei den für die Beheizung von Wohnungen verwendeten Energiearten gab es in West und Ost unterschiedliche Schwerpunkte. In den alten Bundesländern dominierten Gas (44,7 %) und Öl (38,5 %). Die übrigen Energiearten spielten – abgesehen von der Fernwärme (8,8 %) – nur eine geringe Rolle. In den neuen Bundes-

Tab. 7: Bewohnte Wohnungen in Wohngebäuden
nach überwiegend verwendeter Energieart 1998

Wohnungen/ Energieart	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Wohnungen in Wohn- gebäuden insgesamt	33 827,9	100	27 496,6	100	6 331,3	100
Wohnungen überwiegend beheizt mit ...						
Fernwärme	4 429,9	13,1	2 419,7	8,8	2 010,2	31,8
Gas	14 631,7	43,3	12 282,9	44,7	2 348,8	37,1
Elektrizität	1 562,0	4,6	1 437,2	5,2	124,9	2,0
Heizöl	11 491,0	34,0	10 581,8	38,5	909,2	14,4
Briketts, Braunkohle	1 064,7	3,1	204,1	0,7	860,6	13,6
Koks, Steinkohle	216,0	0,6	186,1	0,7	29,9	0,5
Holz oder Sonstiges	381,7	1,1	342,7	1,2	39,0	0,6
Wohnungen ohne Angabe	50,8	0,2	42,1	0,2	8,7	0,1

ländern war das nicht ganz so eindeutig. Zwar lag auch hier die Verwendung von Gas (37,1 %) aufgrund der schon erwähnten DDR-spezifischen Gegebenheiten des Plattenbaus an erster Stelle, gefolgt von der Fernwärme (31,8 %). Mit 14,4 % bzw. 13,6 % erreichten aber auch das Heizöl und insbesondere die traditionellen Heizmittel „Briketts/Braunkohle“ beachtliche Anteile.

Weitere Informationen zum Thema Wohnen und Wohnzufriedenheit siehe Teil II, Kap. 10.

5.4 Mieten

Bei der 1 %-Zusatzerhebung des Mikrozensus 1998 wurden auch die Mieten erfragt. Zur Miete werden neben der Grundmiete die kalten Betriebskosten gerechnet, also z. B. die monatlichen Beträge für Wasser, Kanalisation und Müllabfuhr. Nicht zur Miete rechnen hier die Umlagen für Zentralheizung oder Warmwasserversorgung, Garage usw.

Über die Höhe der Mieten wird öffentlich viel diskutiert. Thema sind aber vor allem die Mieten für Wohnungen, die in den letzten Jahren neu bezogen wurden. In die in den vorliegenden Tabellen ausgewiesenen Mietbeträge gehen aber auch die Mieten für langjährig vermietete Wohnungen ein, die meist niedriger sind. Deshalb liegen die hier nachgewiesenen Durchschnittswerte möglicherweise unter den bei Neuvermietungen erzielten Beträgen. Die Miethöhe wird außer vom Alter der Wohnung auch von der Ausstattung und der Größe beeinflusst.

Eine Mietwohnung in Deutschland kostete im April 1998 im Durchschnitt 739 DM, der Preis je Quadratmeter Wohnfläche betrug 10,90 DM. Im früheren Bundesgebiet lag das Mietenniveau über dem Gesamtdurchschnitt für Deutschland, in den neuen Ländern war es deutlich niedriger. Das hat mehrere Gründe: der Wohnungsbestand ist deutlich älter als im Westen, die Einkommensverhältnisse entsprachen noch nicht dem West-Standard und schließlich ist ein Großteil der Wohnungen Beschränkungen bei der Mietpreisbildung unterworfen. Die inzwischen verabschiedeten gesetzlichen Erhöhungsmöglichkeiten werden sich erst nach und nach auswirken. So lag auch der durchschnittlich zu zahlende Mietbetrag bei nur 571 DM monatlich, das entsprach einer Quadratmetermiete von 9,43 DM.

Einfluss auf die Miethöhe hat zunächst die Wohnungsgröße. Für eine Kleinwohnung bis 40 Quadratmeter Wohnfläche in Deutschland wurden zwar durchschnittlich nur 417 DM monatlich bezahlt, die Quadratmetermiete war aber mit 13,34 DM höher als bei größeren Wohnungen. Im früheren Bundesgebiet mussten hier sogar 14,74 DM gezahlt werden, während es in den neuen Ländern mit 9,79 DM zwei Drittel dieses Betrages waren.

Auch das Baujahr der Wohnungen wirkt sich auf die Miete aus. Generell lässt sich sagen, dass alte Wohnungen relativ billiger sind als neue. Die bis 1900 entstandenen Wohnungen kosteten im früheren Bundesgebiet 10,02 DM pro Qua-

dratmeter Wohnfläche. Für Wohnungen, die 1994 und später errichtet wurden, mussten 13,23 DM und damit rund 32,0 % mehr bezahlt werden. In den neuen Bundesländern war die Situation ähnlich. Hier lag die durchschnittliche Miete je Quadratmeter bei 8,06 DM für die ganz alten Wohnungen, die Neubauten der letzten Altersklasse (1994 und später) kosteten mit 13,10 DM rund 62,5 % mehr, was sicher mit den schon geschilderten Sonderfaktoren zu tun hat.

Tab. 8: Bewohnte Mietwohnungen in Wohngebäuden
nach der Miete 1998
in DM

Größe/Baujahr	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
	Durchschnittliche Miete je					
	Wohnung	m ² Wohnfläche	Wohnung	m ² Wohnfläche	Wohnung	m ² Wohnfläche
Insgesamt	739	10,90	789	11,28	571	9,43
Größe von . . . bis unter . . . m ²						
unter 40	417	13,34	455	14,74	315	9,79
40– 60	560	11,09	594	11,86	489	9,53
60– 80	732	10,81	764	11,23	625	9,37
80–100	935	10,80	954	11,02	803	9,26
100–120	1 113	10,63	1 127	10,76	1 001	9,51
120 und mehr	1 432	10,22	1 446	10,31	1 237	8,91
Baujahr						
bis 1900	687	9,49	749	10,02	540	8,06
1901–1918	732	10,03	783	10,46	595	8,78
1919–1948	674	10,04	718	10,40	544	8,80
1949–1978	718	10,93	754	11,18	541	9,47
1979–1986	761	11,23	916	12,26	529	9,21
1987–1990	766	11,35	984	13,01	509	8,79
1991–1993	1 000	13,27	1 021	13,43	789	11,46
1994 und später	970	13,20	999	13,23	900	13,10

5.5 Wohnsituation der Haushalte

Die Zusatzerhebung des Mikrozensus im April 1998 wies hochgerechnet 34,6 Mill. Haushalte nach, von denen 33,8 Mill. als Mieter oder Eigentümer in den hier beschriebenen Wohnungen lebten; es waren 27,5 Mill. im früheren Bundesgebiet und 6,3 Mill. in den neuen Ländern und Berlin-Ost.

Gut ein Drittel (34,1 %) der Hauptmieter- und Eigentümerhaushalte waren Einpersonenhaushalte. Im früheren Bundesgebiet war der Anteil der Einpersonenhaushalte etwa gleich hoch (34,8 %), in den neuen Ländern etwas geringer (31,0 %). Umgekehrt das Verhältnis bei Haushalten mit Kindern: im früheren Bundesgebiet 24,7 %, in den neuen Ländern 27,9 %. Ein Viertel der Haushalte hatte Kinder.

Im früheren Bundesgebiet war 1993 die Ausstattung der Wohnungen mit Sammelheizung, Bad oder Dusche und WC innerhalb der Wohnung wesentlich weiter gediehen als in den neuen Ländern. Die Zahl der Wohnungen ohne diesen Standard lag bei gut 18 % gegenüber rund 46 % im Osten. Einpersonenhaushalte sind dabei sowohl im früheren Bundesgebiet als auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost etwas schlechter ausgestattet als Mehrpersonenhaushalte und Haushalte mit Kindern. Besonders ungünstig gestellt waren Alleinstehende über 65 Jahre in den neuen Ländern. Nur knapp 44 % von ihnen verfügten über Wohnungen mit Bad oder Dusche, WC und Sammelheizung.

Ein weiterer Faktor für die Wohnqualität ist die Wohnungsgröße. Alleinlebende Menschen im früheren Bundesgebiet verfügten 1998 durchschnittlich über 67,6 Quadratmeter Wohnfläche. 60,7 % von ihnen bewohnten zwischen 40 und 80 Quadratmeter, bei gut einem Viertel waren es sogar mehr als 80 Quadratmeter, etwa jeder zehnte Einpersonenhaushalt wohnte in einer Kleinwohnung bis 40 Quadratmeter Wohnfläche.

In den neuen Ländern gab es im Durchschnitt kleinere Wohnungen. Einpersonenhaushalte verfügten über durchschnittlich 55,0 Quadratmeter, Mehrpersonen-

Tab. 9: Eigentümer- und Hauptmieterhaushalte in Wohnungen
in Wohngebäuden nach Haushaltsgröße und Ausstattung 1993

Haushaltsgröße	Haus- halte ins- gesamt	Davon in Wohnungen				
		mit Bad oder Dusche			ohne Bad oder Dusche	
		WC und	WC ohne	ohne WC in der Wohnung	mit WC	ohne WC
		Sammelheizung			in der Wohnung	
	1 000	%				
Deutschland						
Haushalte mit						
1 Person	9 888	72,0	19,7	1,9	3,0	3,4
dar. 65 Jahre und älter	4 220	68,5	21,6	1,8	3,9	4,3
2 Personen und mehr	22 345	78,5	18,0	1,5	1,0	1,1
Kindern	8 315	80,2	16,4	1,4	0,8	1,1
Insgesamt	32 233	76,5	18,5	1,6	1,6	1,8
Früheres Bundesgebiet						
Haushalte mit						
1 Person	8 184	78,0	17,6	1,2	2,2	1,0
dar. 65 Jahre und älter	3 402	75,4	19,9	1,0	2,7	1,0
2 Personen und mehr	17 929	83,4	15,0	0,6	0,7	0,3
Kindern	6 408	85,2	13,4	0,5	0,6	0,3
Zusammen	26 113	81,7	15,8	0,8	1,1	0,5
Neue Länder und Berlin-Ost						
Haushalte mit						
1 Person	1 705	43,5	29,7	5,1	7,0	14,7
dar. 65 Jahre und älter	818	39,9	28,5	5,0	8,6	18,0
2 Personen und mehr	4 416	58,2	29,8	5,3	2,1	4,6
Kindern	1 907	63,5	26,5	4,6	1,6	3,8
Zusammen	6 120	54,1	29,8	5,2	3,5	7,4

haushalte bewohnten zwischen 72,5 (2 Personen) und 109,2 Quadratmetern (5 und mehr Personen). Gegenüber dem Westen zeigte sich eine insgesamt andere Verteilung auf die Größenklassen: diejenigen bis 80 Quadratmeter Wohnfläche waren im Osten (67,1 %) deutlich stärker besetzt als im Westen (45,6 %). Etwa ein Fünftel lebte in Wohnungen bis 40 Quadratmeter Fläche, im Westen waren es 11,9 %. Dies ging zulasten der Anteile bei den Wohnungen über 80 Quadratmeter. Im Osten hatte etwa jeder zehnte Alleinlebende eine Wohnung dieser Größe, im Westen etwa jeder Vierte. Bei den Mehrpersonenhaushalten und auch bei denen mit Kindern zeigte sich der mit der Wohnungspolitik der ehemaligen DDR gesetzte Trend zur Wohnungsgröße von 40–80 Quadratmetern. Von den Haushalten mit Kindern lebten 48,9 % in Wohnungen dieser Größenordnung.

Bei der Zusatzerhebung des Mikrozensus 1998 wurden 17 Mill. Hauptmieterhaushalte mit Mietangaben gezählt, davon 13,1 Mill. im früheren Bundesgebiet und 3,9 Mill. in den neuen Ländern. Auch im Bereich der Mietzahlungen gab es große Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern. Im Westen wurden

Tab. 10: Haushalte in Wohnungen nach der Wohnfläche 1998

Gebiet/ Haushaltsgröße	Haus- halte ins- gesamt	Davon in Wohnungen mit einer Fläche von ... bis unter ... m ²								Durch- schnittliche Fläche je Wohnung m ²
		unter 40		40–80		80–100		100 u. mehr		
		1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	
Deutschland										
Haushalte mit										
1 Person	11 518,4	1 522,4	13,2	7 155,5	62,1	1 404,7	12,2	1 435,7	12,5	65,5
2 Personen	11 423,3	100,2	0,9	5 161,4	45,2	2 354,5	20,6	3 807,1	33,3	89,4
3 Personen	5 192,8	16,6	0,3	1 702,6	32,8	1 108,5	21,3	2 365,1	45,5	100,6
4 Personen	4 166,6	7,3	0,2	894,1	21,5	816,7	19,6	2 448,6	58,8	112,3
5 und mehr Personen	1 516,5	2,6	0,2	210,5	13,9	260,3	17,2	1 043,0	68,8	125,1
Kindern	8 561,9	33,4	0,4	2 623,4	30,6	1 761,6	20,6	4 143,5	48,4	103,9
Insgesamt	33 817,5	1 649,2	4,9	15 124,1	44,7	5 944,6	17,6	11 099,6	32,8	87,4
Früheres Bundesgebiet										
Haushalte mit										
1 Person	9 561,0	1 134,4	11,9	5 807,2	60,7	1 290,1	13,5	1 329,3	13,9	67,6
2 Personen	9 249,4	75,3	0,8	3 653,4	39,5	2 043,5	22,1	3 477,2	37,6	93,4
3 Personen	4 036,0	12,3	0,3	1 089,8	27,0	909,6	22,5	2 024,3	50,2	105,1
4 Personen	3 343,4	6,2	0,2	586,0	17,5	650,0	19,4	2 101,1	62,8	116,3
5 und mehr Personen	1 314,1	2,4	0,2	165,7	12,6	218,1	16,6	927,9	70,6	127,6
Kindern	6 800,0	24,9	0,4	1 762,3	25,9	1 453,6	21,4	3 559,1	52,3	107,8
Zusammen	27 503,9	1 230,5	4,5	11 302,1	41,1	5 111,4	18,6	9 859,9	35,8	90,5
Neue Länder und Berlin-Ost										
Haushalte mit										
1 Person	1 957,4	388,0	19,8	1 348,3	68,9	114,5	5,8	106,5	5,4	55,0
2 Personen	2 173,8	24,9	1,1	1 508,1	69,4	310,9	14,3	329,9	15,2	72,5
3 Personen	1 156,8	4,4	0,4	612,8	53,0	198,8	17,2	340,8	29,5	85,0
4 Personen	823,3	1,1	0,1	308,0	37,4	166,7	20,2	347,4	42,2	96,0
5 und mehr Personen	202,4	0,2	0,1	44,8	22,1	42,3	20,9	115,1	56,9	109,2
Kindern	1 761,9	8,4	0,5	861,1	48,9	307,9	17,5	584,4	33,2	88,6
Zusammen	6 313,6	418,6	6,6	3 822,0	60,5	833,2	13,2	1 239,7	19,6	73,6

durchschnittlich 789 DM monatlich bezahlt, im Osten nur 571 DM. Diese Differenz zeigte sich bei der Verteilung auf die Mietpreisklassen. Im früheren Bundesgebiet bezahlte etwa ein Drittel der Mieter bis 600 DM monatlich für ihre Wohnung, die übrigen zwei Drittel mehr als 600 DM. In den neuen Ländern war das Mietenniveau wesentlich niedriger, denn 61,4 % aller Mieter zahlten nur bis zu 600 DM monat-

Tab. 11: Hauptmieterhaushalte mit Mietangaben nach Haushaltsgröße und monatlicher Miete 1998

Haushaltsgröße	Hauptmieterhaushalte mit Mietangaben insgesamt	Davon mit einer monatlichen Miete von ... bis unter ... DM								Miete je Wohnung
		unter 600		600-800		800-1 000		1 000 u. mehr		
		1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	
Deutschland										
Haushalte mit										
1 Person	7 229,7	3 920,6	54,2	1 893,6	26,2	828,6	11,5	587,0	8,1	614
2 Personen	5 298,9	1 700,3	32,1	1 566,5	29,6	983,4	18,6	1 048,8	19,8	772
3 Personen	2 314,8	536,1	23,2	635,8	27,5	498,7	21,5	644,2	27,8	859
4 Personen	1 586,8	286,8	18,1	384,2	24,2	369,5	23,3	546,3	34,4	930
5 und mehr Personen	554,4	74,6	13,5	117,6	21,2	118,0	21,3	244,3	44,1	1 013
Kindern	4 134,9	866,8	21,0	1 079,2	26,1	908,6	22,0	1 280,2	31,0	891
Insgesamt	16 984,7	6 518,3	38,4	4 597,7	27,1	2 798,2	16,5	3 070,4	18,1	739
Früheres Bundesgebiet										
Haushalte mit										
1 Person	5 757,0	2 742,0	47,6	1 680,5	29,2	775,5	13,5	559,0	9,7	653
2 Personen	3 955,4	933,0	23,6	1 175,3	29,7	870,3	22,0	976,9	24,7	833
3 Personen	1 684,7	248,8	14,8	427,2	25,4	419,8	24,9	588,9	35,0	934
4 Personen	1 205,6	143,8	11,9	268,3	22,3	300,2	24,9	493,2	40,9	994
5 und mehr Personen	471,6	49,8	10,6	93,9	19,9	99,6	21,1	228,2	48,4	1 053
Kindern	3 135,8	440,8	14,1	762,5	24,3	762,8	24,3	1 169,6	37,3	956
Zusammen	13 074,2	4 117,5	31,5	3 645,1	27,9	2 465,5	18,9	2 846,2	21,8	789
Neue Länder und Berlin-Ost										
Haushalte mit										
1 Person	1 472,7	1 178,5	80,0	213,1	14,5	53,1	3,6	27,9	1,9	463
2 Personen	1 343,5	767,3	57,1	391,2	29,1	113,1	8,4	71,9	5,4	593
3 Personen	630,2	287,5	45,6	208,6	33,1	78,9	12,5	55,3	8,8	658
4 Personen	381,2	143,0	37,5	115,9	30,4	69,3	18,2	53,0	13,9	727
5 und mehr Personen	82,8	24,8	30,0	23,7	28,6	18,3	22,1	16,1	19,4	785
Kindern	999,1	426,0	42,6	316,7	31,7	145,8	14,6	110,6	11,1	685
Zusammen	3 910,4	2 400,9	61,4	952,6	24,4	332,7	8,5	224,2	5,7	571

lich. Hier machten sich zum einen die Altersstruktur des Wohnungsbestandes, noch mehr aber die Mietpreisbindungsmaßnahmen bemerkbar.

Im früheren Bundesgebiet waren Einpersonenhaushalte häufiger in der niedrigen Mietklasse anzutreffen als der Durchschnitt aller Haushalte, sie verfügten auch über vergleichsweise kleinere Wohnungen. 47,6 % von ihnen mussten weniger als 600 DM zahlen. Das zeigte sich auch in den Durchschnittsmieten, die hier 653 DM

monatlich betrugen. In den neuen Ländern fiel diese Haushaltsgruppe zu 80 % in die Mietklasse bis 600 DM.

Von den Haushalten mit Kindern hatten im früheren Bundesgebiet lediglich 14,1 % monatlich weniger als 600 DM für die Miete aufzubringen. Jeweils knapp ein Viertel von ihnen zahlte zwischen 600 und 800 bzw. zwischen 800 und 1 000 DM, 37,3 % der Haushalte mit Kindern mussten über 1 000 DM für die monatliche Miete aufwenden. In den neuen Bundesländern betrug für etwa drei Viertel der Haushalte mit Kindern die Miete weniger als 800 DM, 42,6 % von ihnen mussten sogar weniger als 600 DM aufbringen. Dementsprechend lag die Durchschnittsmiete für Haushalte mit Kindern im Osten bei 685 DM, im Westen bei 956 DM.

Weniger als ein Fünftel ihres Einkommens hatten im früheren Bundesgebiet 28,0 % der Haushalte für die Wohnungsmiete zu entrichten, in den neuen Ländern waren es deutlich mehr (45,7 %). Während im früheren Bundesgebiet gut ein Viertel der

Tab. 12: Hauptmieterhaushalte mit Miet- und Einkommensangaben nach Haushaltgröße und Mietbelastung 1998

Haushaltsgröße	Hauptmieter- haushalte mit Miet- u. Ein- kommensangaben insgesamt 1 000	Davon mit einer monatlichen Mietbelastung von ... bis unter ... %						
		unter 15	15–20	20–25	25–30	30–35	35–40	40 und mehr
		%						
Deutschland								
Haushalte mit								
1 Person	6991,0	7,9	12,3	15,4	16,0	13,1	9,9	25,4
2 Personen	5136,3	19,6	22,4	19,6	14,0	8,4	5,3	10,6
3 Personen	2256,5	20,6	20,4	18,0	13,9	9,0	6,3	11,9
4 Personen	1545,4	19,3	20,5	19,2	14,7	9,7	6,2	10,4
5 und mehr Personen	539,9	15,9	18,4	18,9	15,3	9,3	7,5	14,6
Kindern	4033,1	14,6	17,8	18,1	15,2	10,5	7,7	16,1
Insgesamt	16469,1	14,6	17,5	17,5	14,9	10,6	7,5	17,2
Früheres Bundesgebiet								
Haushalte mit								
1 Person	5549,8	6,8	11,3	14,9	16,1	13,7	10,3	26,9
2 Personen	3818,3	16,6	21,4	19,9	14,9	9,1	5,8	12,2
3 Personen	1638,9	14,7	19,2	18,8	15,4	10,3	7,4	14,2
4 Personen	1172,3	14,2	19,1	20,3	16,0	11,3	7,2	12,0
5 und mehr Personen	458,3	13,7	17,4	19,0	16,3	9,9	8,1	15,6
Kindern	3054,0	10,5	16,3	18,5	16,2	11,6	8,6	18,2
Zusammen	12637,6	11,7	16,3	17,6	15,6	11,5	8,2	19,0
Neue Länder und Berlin-Ost								
Haushalte mit								
1 Person	1441,2	12,1	16,3	17,2	15,6	10,9	8,3	19,6
2 Personen	1318,0	28,4	25,2	19,0	11,3	6,3	3,7	6,1
3 Personen	617,6	36,2	23,5	15,8	10,0	5,4	3,4	5,6
4 Personen	373,0	35,2	25,1	15,8	10,9	4,6	3,1	5,3
5 und mehr Personen	81,6	28,3	23,7	18,3	10,3	6,0	4,2	9,2
Kindern	979,2	27,3	22,2	16,9	12,4	7,0	4,8	9,4
Zusammen	3831,5	24,2	21,5	17,5	12,7	7,7	5,3	11,1

Haushalte mindestens 35 % ihres Einkommens für die Miete ausgaben, traf dies in den neuen Ländern lediglich auf 16,4 % zu.

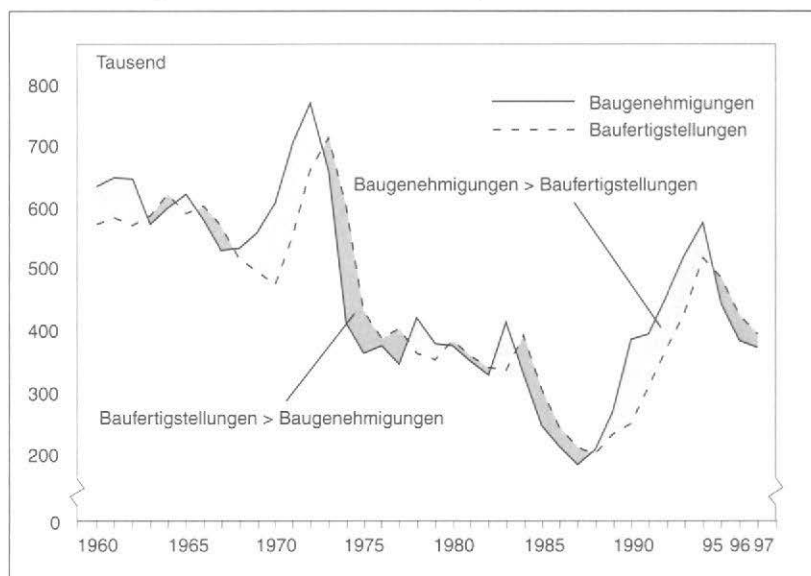
Für ein Drittel der Alleinlebenden im früheren Bundesgebiet betrug die Mietbelastung weniger als ein Viertel. Eine gleich hohe Mietbelastung wiesen in den neuen Ländern hingegen 45,6 % der Alleinlebenden auf. Im Übrigen waren Alleinlebende bei den unteren Mietbelastungsquoten im Osten wie im Westen vergleichsweise selten anzutreffen, dementsprechend häufiger bei den höheren. Zum Beispiel mussten im früheren Bundesgebiet 37,2 % der Alleinlebenden 35 % und mehr ihres Einkommens für Miete aufwenden, gut ein Viertel unter ihnen sogar 40 % und mehr. Auch in den neuen Ländern hatte gut ein Viertel der alleinlebenden Hauptmieter mindestens 35 % ihres Einkommens für die Wohnungsmiete zu zahlen, etwa ein Fünftel unter ihnen mindestens 40 %.

Bei den Mehrpersonenhaushalten bzw. den Haushalten mit Kindern fiel die monatliche Mietbelastung im Allgemeinen niedriger aus als bei den Alleinlebenden. Das gilt insbesondere für die neuen Bundesländer. Hier wendeten zwei Drittel der Haushalte mit Kindern weniger als ein Viertel ihres Einkommens für die Miete auf. Entsprechend selten waren bei ihnen Mietbelastungen von 35 % und mehr anzutreffen (14,2 %). Ähnliches, wenn auch weniger stark ausgeprägt, galt für die Haushalte mit Kindern im früheren Bundesgebiet. Von ihnen gaben 45,3 % weniger als ein Viertel ihres Einkommens für die Wohnungsmiete aus. Hohe Belastungsquoten von mindestens 35 % hatten gut ein Viertel der Haushalte mit Kindern.

5.6 Wohnungsbautätigkeit

Die Zahl der genehmigten und fertig gestellten Wohnungen im früheren Bundesgebiet in Wohn- und Nichtwohngebäuden blieb nach einer Belebung der Wohnungsbautätigkeit Anfang der 50er Jahre bis etwa Mitte der 60er Jahre relativ konstant; in dieser Zeit wurden jährlich 500 000 bis 600 000 Wohnungen fertig gestellt. 1970 bis 1972 gab es einen starken Anstieg der Wohnungsbaugenehmigungen bis auf rund 769 000 im Jahr 1972, denen mit zeitlicher Verzögerung die Fertigstellungen folgten, wobei jedoch nicht alle genehmigten Bauvorhaben realisiert wurden. Nach 1973 war ein starker Rückgang im Wohnungsbau zu verzeichnen, der sich bis 1984 auf einem Niveau von etwa 350 000 bis 400 000 genehmigten und fertig gestellten Einheiten pro Jahr einpendelte. Nachdem es 1988 mit nur 208 600 fertig gestellten Wohnungen einen Tiefpunkt im Wohnungsbau gab, konnte in den Folgejahren wieder eine Zunahme registriert werden. Die Zahl der Fertigstellungen betrug 1994 bereits wieder 505 200 Wohnungen. 1995 lag die Zahl der Fertigstellungen mit 498 500 nur geringfügig darunter. In den Folgejahren hat sich die Hochbautätigkeit weiter abgeschwächt. 1996 wurden 416 100 Wohnungen fertig gestellt, im Jahr 1997 waren es 400 350 Wohnungen.

Abb. 1: Genehmigte und fertig gestellte Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden im früheren Bundesgebiet 1960 bis 1997



Im Gebiet der ehemaligen DDR war die Wohnungsbautätigkeit wesentlich geringer als in den alten Bundesländern. Bis Mitte der 50er Jahre wurden jährlich nur etwa 30 000 Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden fertig gestellt. Ende der 50er Jahre gab es einen Anstieg der Fertigstellungen bis auf 92 000 Wohnungen im Jahr 1961. Im Verlauf der 60er Jahre war ein Rückgang im Wohnungsbau auf etwa 70 000 fertig gestellte Wohnungen pro Jahr zu verzeichnen.

Ab Anfang der 70er Jahre stieg die Zahl der fertig gestellten Wohnungen wieder an, im Jahr 1974 wurden erstmals mehr als 100 000 Wohnungen gebaut. Dieses Niveau wurde über Jahre gehalten. Ende der 80er Jahre gab es einen erheblichen Rückgang der Fertigstellungen bis auf 62 500 Wohnungen im Jahr 1990. Zu Beginn der 90er Jahre hat sich dieser Rückgang verstärkt fortgesetzt; er resultierte maßgeblich daraus, dass die bis dahin dominierenden Plattenbauten nicht mehr errichtet wurden. Mit einer hohen Zahl jährlich genehmigter Wohnungen ab 1993 sind wieder höhere Fertigstellungszahlen zu erwarten; 1994 wurden 67 700 Wohnungen fertig gestellt, im Jahr 1995 waren es bereits 104 200 Wohnungen. Nach 143 400 fertig gestellten Wohnungen 1996 kam es im Jahr 1997 nochmals zu einer starken Zunahme. Mit 177 800 Wohnungen ist der Spitzenwert aller bisherigen Fertigstellungen erreicht worden.

Im marktwirtschaftlichen System ist die Wohnungswirtschaft grundsätzlich von staatlichen Weisungen unabhängig. In der Bundesrepublik Deutschland wurden

Tab. 13: Gebaute Wohnungen in den neuen Ländern und Berlin-Ost

Jahr	Gebaute Wohnungen	Jahr	Gebaute Wohnungen
1950	30 992	1990	62 468
1955	32 830	1991	16 670
1960	80 489	1992	11 477
1970	76 088	1993	23 598
1975	107 347	1994	67 704
1980	111 933	1995	104 214
1985	115 722	1996	143 366
1986	116 545	1997	177 829
1989	92 347		

jedoch zur Förderung der Wohnungsbautätigkeit vielfältige Hilfen geschaffen. Sie reichen von Steuerermäßigungen für Bauherren über die Begünstigung des Bausparens (z.B. durch Zahlung von Wohnungsbauprämien) bis zum so genannten sozialen Wohnungsbau, bei dem der Bau von Wohnungen mit öffentlichen finanziellen Zuwendungen (Darlehen, Zuschüsse usw.) direkt unterstützt wird. Damit verbunden ist eine Mietpreis- bzw. Belastungsbegrenzung sowie die Kopplung an bestimmte Einkommenshöchstgrenzen der Wohnungsinhaber.

Tab. 14: Fertig gestellte sowie im sozialen Wohnungsbau geförderte (bewilligte) Wohnungen

Jahr	Wohnungen		Jahr	Wohnungen	
	fertig gestellt	gefördert		fertig gestellt	gefördert
Früheres Bundesgebiet					
1950	371 900	319 400	1988	208 600	38 900
1960	574 400	326 700	1989	238 600	65 200
1970	478 100	165 100	1990	256 500	90 700
1980	388 900	97 200	1991	314 500	90 200
1981	365 500	92 900	1992	374 600	87 200
1982	347 000	98 900	1993	431 900	111 400
1983	340 800	104 100	1994	505 200	106 400
1984	398 400	80 400	1995	498 500	91 800
1985	312 100	69 000	1996	416 100	79 300
1986	251 900	52 100	1997	400 350	70 900
1987	217 300	40 700			
Neue Länder und Berlin-Ost					
1991	16 700	3 800	1995	104 200	51 500
1992	11 500	21 300	1996	143 400	41 700
1993	23 600	39 000	1997	177 800	36 600
1994	67 700	55 600			

Von den fertig gestellten Neubauwohnungen in Deutschland befanden sich 1997 rund 30 % in Einfamilienhäusern, 13 % in Zweifamilienhäusern, in Gebäuden mit drei oder mehr Wohnungen waren es 57 %.

Ein- und Zweifamilienhäuser werden im Wesentlichen von privaten Bauherren errichtet. Mehrfamilienhäuser werden dagegen vor allem von Wohnungsunternehmen gebaut.

Für die Entwicklung der Wohnungsbautätigkeit sind neben dem Zinsniveau und der Entwicklung der Grundstückspreise die Baukosten von besonderer Bedeutung. Um 1997 einen Quadratmeter Wohnfläche im früheren Bundesgebiet zu errichten, mussten 2 509 DM aufgewendet werden, 1970 waren es 695 DM, 1960 386 DM. Diese Beträge umfassen nur die reinen Baukosten, nicht dagegen die Grundstückskosten u. a. (zu den Bau- und Grundstückskosten siehe 16.4). Je Wohnung waren 1997 durchschnittlich 252 400 DM aufzubringen, wobei sich hinter dieser Zahl eine Bandbreite von 351 300 DM für ein Einfamilienhaus bis 173 700 DM für eine Wohnung in einem Mehrfamilienhaus verbirgt. In den neuen Bundesländern haben sich die Baukosten schon sehr stark dem Niveau des früheren Bundesgebiets angenähert. 1997 beliefen sie sich auf 2 343 DM je Quadratmeter Wohnfläche bzw. 201 600 DM je Wohnung.

Tab. 15: Kosten¹ von neu errichteten Wohnbauten
in DM

Jahr	Kosten je m ² Wohnfläche	Kosten je Wohnung
<i>Früheres Bundesgebiet</i>		
1960	386	27 800
1970	695	58 800
1980	1 629	160 800
1985	1 971	180 200
1990	2 051	191 100
1991	2 153	193 600
1992	2 276	201 600
1993	2 376	208 500
1994	2 443	215 900
1995	2 518	225 700
1996	2 552	244 600
1997	2 509	252 400
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>		
1991	1 888	177 900
1992	2 103	192 200
1993	2 257	193 900
1994	2 378	201 700
1995	2 453	197 900
1996	2 395	195 400
1997	2 343	201 600

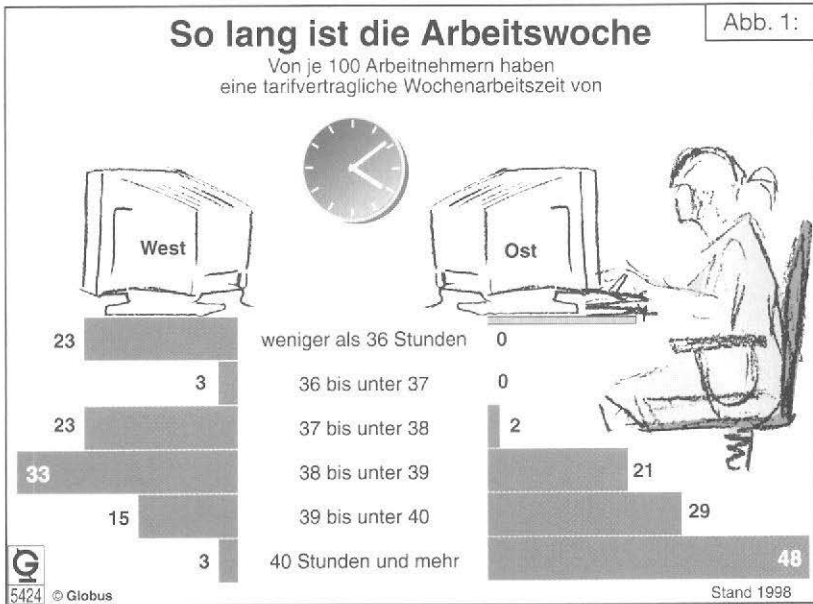
1 Reine Baukosten, keine Grundstückskosten u. Ä.

6 Freizeit und Kultur

6.1 Auf dem Weg zur Freizeitgesellschaft?

Die gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland werden oft mit den unterschiedlichsten Schlagworten beschrieben. Man spricht von der Leistungsgesellschaft, der Konsumgesellschaft, aber auch von der Freizeitgesellschaft, und man stellt damit – je nach Intention – verschiedene Aspekte in den Vordergrund. Dass zwei so gegensätzliche Begriffe wie Freizeit- und Leistungsgesellschaft überhaupt nebeneinander bestehen können, liegt daran, dass heutzutage Arbeitswelt und Privatleben zeitlich und räumlich weit gehend voneinander getrennt sind.

Zu Aspekten der Freizeitgesellschaft gibt es kein stringentes Indikatorensystem. Während Leistung – mit Einschränkungen – gemessen werden kann, gilt dies für die Freizeitgestaltung nur unter Vorbehalt. Das ist vor allem durch inhaltliche Abgrenzungsschwierigkeiten bedingt. Die Frage, was alles zur Freizeit gehört, werden verschiedene Personen unterschiedlich beantworten, zumal die Übergänge zwischen Arbeit und Freizeit fließend sind. Wegen dieser definitorischen Schwierigkeiten gibt es keine gesicherten statistischen Angaben über das Ausmaß der



Freizeit. Hilfsweise können aber einige messbare Tatbestände herangezogen werden, wie Arbeitszeiten, Urlaubstage, Ausgaben für Freizeitgüter, die darauf hindeuten, dass der Teilbereich Freizeit an Bedeutung gewonnen hat.

Weitere Informationen zum Thema Freizeit und gesellschaftliche Beteiligung siehe Teil II, Kap. 13.

6.2 Arbeitszeit und Urlaubstage

Die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit ist in den vergangenen 20 Jahren ständig zurückgegangen. Damit hat sich der Spielraum für Freizeitaktivitäten vergrößert. Wurden von Erwerbstätigen im früheren Bundesgebiet 1975 durchschnittlich 40 Wochenstunden geleistet, waren es 1998 nur noch rund 37,0 Stunden. Dabei lagen die Arbeitszeiten in den neuen Bundesländern höher als im früheren Bundesgebiet. Während in den neuen Ländern durchschnittlich 39,0 Stunden in der Woche gearbeitet wurde, betrug die Arbeitszeit in den elf alten Ländern durchschnittlich nur noch 37,0 Stunden. 1998 gab es rund 5,3 Mill. Erwerbstätige in Deutschland (14,9 %), die normalerweise 41 Stunden oder mehr in der Woche an ihrem Arbeitsplatz verbrachten. Hierin unterscheiden sich die neuen Bundesländer (11,2 %) vom früheren Bundesgebiet (15,7 %). Auch war der Anteil der Erwerbstätigen, die weniger als 21 Stunden in der Woche arbeiteten, in den elf alten Ländern deutlich höher (14,5 %) als in den neuen Ländern (5,4 %).

Die Tarifabschlüsse zu Beginn der 80er Jahre brachten vielen Erwerbstätigen zusätzliche Urlaubstage ein. Nach dem Bundesurlaubsgesetz steht allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ein Mindesturlaub von 18 Werktagen (3 Wochen) zu. In den Tarifverträgen sind jedoch zumeist weit längere Zeiten vereinbart. So erhalten seit 1998 80 % aller von Tarifverträgen erfassten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den alten Bundesländern mindestens sechs Wochen Urlaub im Jahr. Zwischen 1960 und 1984 ist die tarifliche Urlaubsdauer im Durchschnitt um etwa 16 ½ auf 29 Tage und seither nur noch um einen ½ Tag angehoben worden.

Tab. 1: Tariflich vereinbarte Urlaubsdauer

Wochen	Betroffene Arbeitnehmer in % aller von Tarifverträgen erfassten Arbeitnehmer			
	Früheres Bundesgebiet		Neue Länder u. Berlin-Ost	
	1982	1998	1991	1998
3 bis unter 4	4	–	–	–
4 bis unter 5	13	1	35	1
5 bis unter 6	45	19	40	44
6 oder mehr	38	80	25	55

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost ist die durchschnittliche tarifvertragliche Urlaubsdauer von 26 Arbeitstagen (1991) auf 29 Arbeitstage im Jahr 1998 angestiegen. Im Jahresdurchschnitt 1991 erhielten erst 25 % und 1998 bereits 55 % der tariflich erfassten Arbeitnehmer 6 Wochen oder mehr Urlaub.

6.3 Ausgaben für Freizeit und Kultur

6.3.1 Ausgaben der privaten Haushalte

In zunehmendem Maße lassen sich die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland ihre Freizeitaktivitäten Geld kosten. Die Ausgaben für Freizeitgüter¹ einschließlich

Tab. 2: Aufwendungen für Freizeitgüter und Urlaub
DM je Haushalt und Monat, Anteil am Privaten Verbrauch

Jahr	Haushaltstyp 1		Haushaltstyp 2		Haushaltstyp 3	
	DM	%	DM	%	DM	%
<i>Früheres Bundesgebiet</i>						
1965	21	5,5	94	10,7	234	14,9
1970	35	6,8	134	12,3	301	16,1
1975	64	7,8	283	15,7	503	17,6
1980	107	9,1	406	16,6	737	19,4
1985	154	10,2	465	16,2	817	18,1
1990	229	12,8	637	18,4	1 091	21,0
1991	258	13,6	679	18,0	1 152	21,2
1992	276	13,9	732	18,4	1 232	21,4
1993	276	13,2	752	18,9	1 232	21,3
1994	294	13,6	761	19,2	1 261	21,5
1995	299	13,5	791	19,3	1 247	21,3
1996	310	13,8	803	18,8	1 294	20,8
1997	312	13,5	847	19,7	1 301	20,8
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>						
1991	249	15,6	442	17,2	595	18,3
1992	261	14,5	489	16,5	650	18,1
1993	341	16,3	554	17,3	710	18,6
1994	389	18,1	592	17,7	741	19,1
1995	415	17,4	632	18,8	784	19,1
1996	436	18,4	651	18,4	820	19,3
1997	440	17,7	677	19,0	849	19,3

¹ In der Kategorie der Freizeitgüter sind alle Ausgaben für Güter des Privaten Verbrauchs zusammengefasst, die einen Bezug zum Freizeit- oder regenerativen Bereichen von Haushalten aufweisen. Anders als die in der Verbrauchsgütergruppe „Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit“ zusammengefassten Ausgaben enthalten die Ausgaben für Freizeitgüter nicht alle Ausgaben dieser Verbrauchsgütergruppe, umgekehrt sind in den Freizeitgüteraussgaben auch Positionen enthalten (z. B. anteilige Pkw-Ausgaben), die beim Privaten Verbrauch in anderen Gruppen (z. B. Verkehr und Nachrichtenübermittlung) enthalten sind.

Urlaub weisen weit überdurchschnittliche Steigerungsraten auf. Im früheren Bundesgebiet hat sich beim Vierpersonenhaushalt von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen (Haushaltstyp 2) dieser Budgetposten zwischen 1965 und 1997 von 94 DM auf rund 847 DM monatlich, also um 801 % erhöht. Im Vergleich dazu stiegen die Gesamtausgaben für den Privaten Verbrauch im selben Zeitraum lediglich um 387 %. Der Anteil für Freizeitgüter und Urlaub an den gesamten privaten Verbrauchsausgaben dieses Haushaltstyps stieg dementsprechend von 10,7 % im Jahr 1965 auf 19,7 % im Jahr 1997.

Die absolute Ausgabenhöhe als auch die Struktur der Ausgaben innerhalb der Gütergruppe (ohne Urlaub) weist bei Vierpersonenhaushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen (Haushaltstyp 2) sowie Vierpersonenhaushalten von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen (Haushaltstyp 3) zwischen den beiden Erhebungsgebieten deutliche Unterschiede auf. An der Spitze der Ausgaben für Freizeitgüter (ohne Urlaub) stehen bei den ostdeutschen Haushalten vom Typ 2 und 3 die Ausgaben für die Kraftfahrzeuge, gefolgt von den Ausgaben für Rundfunk- und Fernsehgeräten. Bei den entsprechenden westdeutschen Haushalten stehen an erster Stelle die Ausgaben für Sport und Camping und an zweiter Stelle die Ausgaben für Kraftfahrzeuge.

Zweipersonenhaushalte von Rentnern in den neuen Ländern und Berlin-Ost gaben 1997 wesentlich mehr für Urlaub aus als die der alten Länder. Auch ist bei ihnen der Nachholbedarf bei hochwertiger Unterhaltungselektronik, im Gegensatz zu den ostdeutschen Haushaltstypen 2 und 3, noch nicht gedeckt.

Tab. 3: Aufwendungen für Freizeitgüter und Urlaub
nach Verwendungszweck 1997
DM je Haushalt und Monat

Art der Aufwendung	Haushaltstyp 1		Haushaltstyp 2		Haushaltstyp 3	
	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder u. Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder u. Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder u. Berlin-Ost
Bücher, Zeitungen, Zeitschriften	39	39	66	50	108	57
Fernseh-/Rundfunkgeräte, Gebühren u. Ä.	46	58	91	86	107	98
Kfz	44	53	119	117	151	136
Sport/Camping	11	15	121	75	161	82
Gartenpflege, Tierhaltung	33	53	54	55	73	70
Spiele/Spielwaren	3	3	38	24	44	25
Theater/Kino	3	6	23	19	39	24
Foto-/Kinogeräte	4	6	21	14	32	17
Werkzeuge	3	4	8	8	10	10
Sonstiges	27	23	103	60	176	74
Summe ohne Urlaub	213	261	644	508	900	594
Urlaub	98	179	203	169	400	256
Summe mit Urlaub	312	440	847	677	1 301	849

6.3.2 Ausgaben der öffentlichen Haushalte

Auch die öffentlichen Haushalte wenden erhebliche Beträge für den Freizeitbereich auf. So erhöhten sich die Ausgaben für Sport und Erholung zwischen 1970 und 1996 von 2,1 Mrd. DM (im früheren Bundesgebiet) auf 10,7 Mrd. DM (in Deutschland). Pro Jahr sind dies knapp 1 % der gesamten Ausgaben der öffentlichen Haushalte.

Von den 10,7 Mrd. DM für Sport und Erholung wurden 3,3 Mrd. DM für Park- und Gartenanlagen verwendet, 2,5 Mrd. DM für Badeanstalten, 2,9 Mrd. DM für Sportstätten und 1,6 Mrd. DM für die Förderung des Sports.

Außerdem gab die öffentliche Hand 1996 rund 15,2 Mrd. DM für den kulturellen Bereich aus. Mit 6,4 Mrd. DM entfiel davon knapp die Hälfte auf Theater und Musik, weitere 2,3 Mrd. DM wurden für Museen, Sammlungen und Ausstellungen aufgewendet und 0,7 Mrd. DM für Denkmalschutz und Denkmalpflege.

6.4 Unterhaltung und Kultur

Im Freizeitangebot wird häufig zwischen Kultur und Unterhaltung unterschieden. Die Trennung dieser beiden Aspekte zu konkretisieren, ist jedoch kaum möglich, weil kulturelle Einrichtungen – zu denen neben Theatern und Museen u. a. auch Hörfunk und Fernsehen gezählt werden – meist auch zur Unterhaltung beitragen. Es stellt sich die Frage, inwieweit die Massenkommunikationsmittel bereits die traditionellen Kultureinrichtungen verdrängt haben.

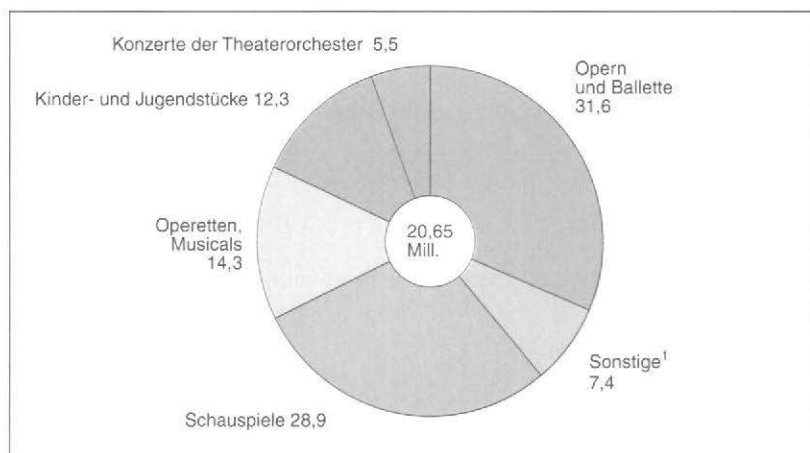
6.4.1 Theater

In der Spielzeit 1996/97 gab es in 122 Gemeinden in Deutschland 152 Theaterunternehmen mit 666 Spielstätten und fast 270 000 Plätzen. Bezogen auf die Bevölkerungszahl dieser Gemeinden entspricht das einem Platzangebot von 10,3 je 1 000 Einwohner. Die insgesamt rund 65 000 Aufführungen verzeichneten 20,7 Mill. Besucherinnen und Besucher, also durchschnittlich rund 319 je Veranstaltung.

Mit 6,5 Mill. Zuschauerinnen und Zuschauern lagen Opern und Ballette hinsichtlich der Besucherzahlen an der Spitze. Es folgten Schauspiele mit 6,0 Mill., Operetten und Musicals mit 3,0 Mill. Besuchern. Kinder- und Jugendstücke sahen sich 2,5 Mill. Personen an. Für die Konzerte der Theaterorchester interessierten sich 1,1 Mill. Frauen und Männer.

Die öffentlichen Theater erhalten zur Deckung ihrer laufenden Kosten seit jeher Zuschüsse – insbesondere von Ländern und Städten. Der Anteil der Ausgaben, den sie aus eigenen Einnahmen, also im Wesentlichen aus dem Kartenverkauf, finanzieren können, wird immer geringer. Machten die eigenen Betriebseinnahmen 1969/70 noch 26 % aus, betrug das Einspielergebnis 1996/97 in Deutschland nur

Abb. 2: Verteilung der Theaterbesucher an öffentlichen Theatern 1996/97 in Prozent nach Aufführungsarten

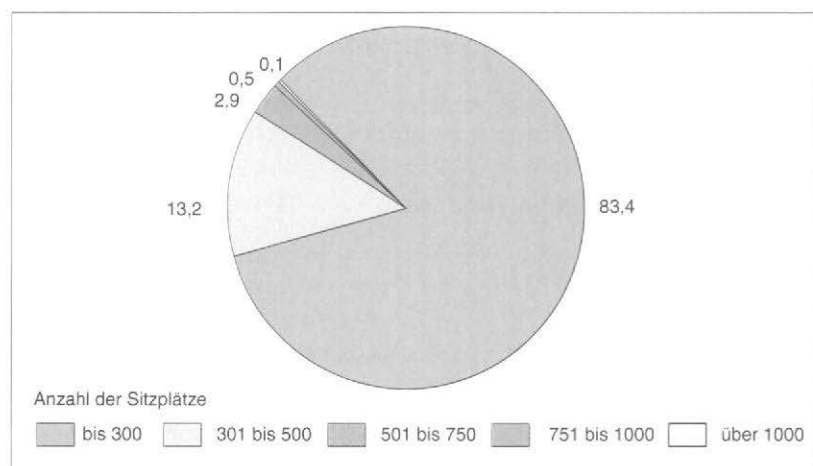


1 Einschl. Besuchen, die nicht nach Sparten gliederbar sind.

noch 13,6 %. In der Spielzeit 1996/97 lag der Zuschuss je Besucher im Durchschnitt bei rund 167 DM.

Die fast 44 000 Veranstaltungen der 205 Privattheater (Spielstätten) in Deutschland hatten 1996/97 rund 12,0 Mill. Besucherinnen und Besucher.

Abb. 3: Größenverhältnisse der ortsfesten Leinwände am 31. 12. 1997 in Prozent



6.4.2 Kino

Die höchsten Besucherzahlen hatten die Filmtheater im früheren Bundesgebiet in den Jahren 1954 bis 1958 mit jährlich mehr als 700 Mill.; das waren rechnerisch 14 bis 15 Besuche je Einwohner im Jahr. In der ehemaligen DDR waren 1960 rund 240 Mill. Filmbesucherinnen und -besucher gezählt worden. In den darauf folgenden Jahren ging der Kinobesuch zurück. 1997 wurden von den Kinos in Deutschland 143 Mill. Besucherinnen und Besucher registriert; das waren 1,7 Filmbesuche je Einwohner im Jahr. Die Zahl der ortsfesten Leinwände (Filmtheater) in Deutschland betrug 1997 insgesamt 4 128. Sie verfügten über durchschnittlich 187 Sitzplätze.

6.4.3 Museen

Einen bedeutenden Faktor im kulturellen Leben stellen die 4 274 Museen und ähnlichen Einrichtungen unterschiedlicher Fachgebiete und Trägerschaften in Deutschland dar. Sie zählten 1997 insgesamt rund 93 Mill. Besuche, darunter 928 Museen mit knapp 24 Mill. Besuchen in den neuen Ländern. Den größten Zuspruch fanden 1997 die Volks- und Heimatkundemuseen mit rund 18,1 Mill. Besuchen sowie die Kunstmuseen mit 14 Mill. Besuchen.

Tab. 4: Museumsarten und Zahl der Besuche 1997

Museen	Anzahl	Besuche in 1 000
Volks- und Heimatkundemuseen	2 003	18 099
Kunstmuseen	453	14 439
Schloss- und Burgmuseen	198	12 368
Naturkundliche Museen	208	6 716
Naturwissenschaftliche und technische Museen	473	13 612
Historische und archäologische Museen	253	12 565
Kulturgeschichtliche Spezialmuseen	582	8 439
Sonstige museale Einrichtungen	104	6 448
Insgesamt	4 274	92 686

6.4.4 Fernsehen und Hörfunk

Inzwischen gibt es kaum noch Haushalte in Deutschland, die nicht über Hörfunk- und Fernsehgeräte verfügen. Ende 1998 waren im Bundesgebiet 38,2 Mill. Hörfunk- und 34,0 Mill. Fernsehempfänger angemeldet.

In den Hörfunkprogrammen der öffentlich-rechtlichen Landesrundfunkanstalten in Deutschland nahmen 1997 Musiksendungen mit 63,4 % der Sendezeit den breitesten Raum ein. Wortbeiträge strahlten die Landesrundfunkanstalten zu 33,2 % aus; am ausführlichsten wurde mit einem Anteil von 16,3 % der Sendezeit das Thema „Politik“ behandelt. 2,4 % der Zeit widmeten die Rundfunkanstalten den

Abb. 4: Öffentlich-rechtlicher Hörfunk 1997 (alle Programmgattungen)
in Prozent der Sendestunden

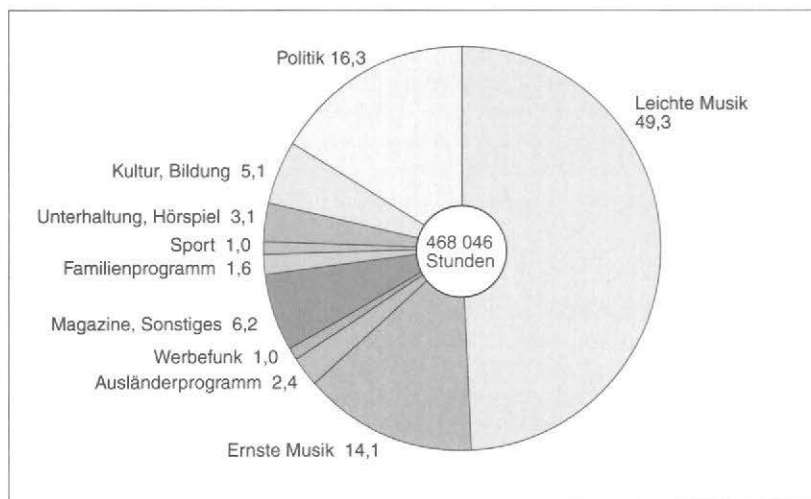
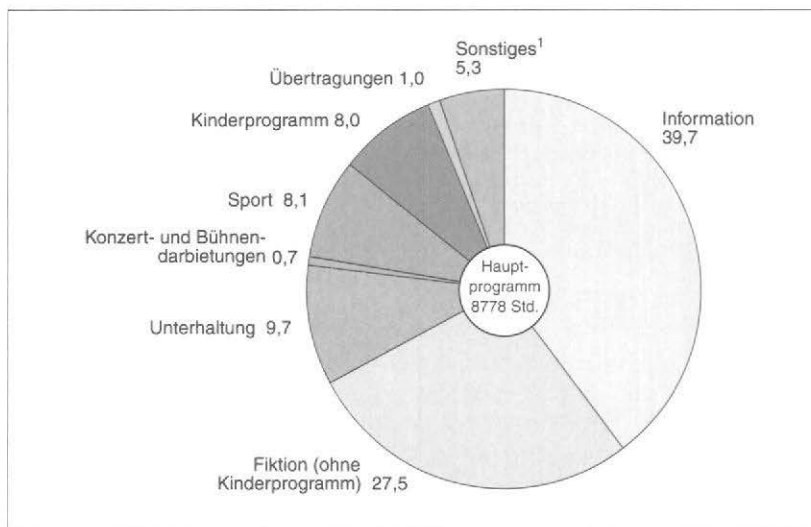


Abb. 5: Fernsehprogramm 1998 (Zweites Deutsches Fernsehen)
Anteil nach Programmkategorien in Prozent der Sendestunden



¹ Sonstige Sendungen (einschl. Werbefernsehen), Programmverbindungen (An- und Absagen, Trailer, Mainzeimännchen usw.).

Ausländerprogrammen. Der Werbefunk nahm wie der Sport 1 % der Sendestunden in Anspruch.

Für das Fernsehen (vgl. Abb. 5) liefert das ZDF eine Aufgliederung nach einzelnen Programmbereichen (Kategorien). Hier überwog 1998 Information mit 39,7 % der Sendezeit, gefolgt von Fiktion (27,5 %) sowie Unterhaltung und Sport (9,7 bzw. 8,1 %).

6.4.5 Bücher und Bibliotheken

Trotz veränderter Informationsmöglichkeiten, die aus der zunehmenden Verbreitung der elektronischen Medien resultieren, haben Bücher ihre Bedeutung als Quelle des Wissens und der Unterhaltung nicht eingebüßt. Hiervon zeugen insgesamt 77 900 Buchtitel, die 1997 aufgelegt wurden. Von den produzierten Titeln waren rund 57 700 Erstauflagen und 20 209 Neuauflagen.

Nach Sachgebieten gegliedert, entfiel 1997 der größte Teil der Erstauflagen auf Sozialwissenschaften (24,1 %). Es folgten Sprach- und Literaturwissenschaften,

Tab. 5: Buchproduktion 1997

Sachgebiet	Erstauflage	Anteil in %
Allgemeines	4 421	7,7
Philosophie, Psychologie	2 676	4,6
Religion, Theologie	2 889	5,0
Sozialwissenschaften	13 901	24,1
Mathematik, Naturwissenschaften	4 142	7,2
Angewandte Wissenschaften, Medizin, Technik	8 598	14,9
Kunst, Kunstgewerbe, Photographie, Musik, Spiel, Sport	4 126	7,2
Sprach- und Literaturwissenschaften, Belletristik	9 558	16,6
Geographie, Geschichte	7 369	12,8
Insgesamt	57 680	100

Belletristik (16,6 %), angewandte Wissenschaften, Medizin, Technik (14,9 %) sowie Geographie, Geschichte (12,8 %).

Der Zugang zur Literatur wird durch die Einrichtungen des Bibliothekswesens erleichtert. 1997 gab es in Deutschland 12 442 öffentliche Bibliotheken mit einem Bestand von über 130 Mill. Medieneinheiten (insbesondere Bücher und Zeitschriften, aber auch Schallplatten, Kassetten, Spiele u. a.). Es wurden rund 316 Mill. Entleihungen an 9,9 Mill. Bibliotheksbenutzerinnen und -benutzer registriert.

Die 1 172 wissenschaftlichen Bibliotheken in Deutschland verfügten 1997 über 258 Mill. Bände und Dissertationen. Auf 3,0 Mill. Bibliotheksbenutzerinnen und -benutzer entfielen dabei über 75 Mill. Entleihungen.

6.5 Sport und Musizieren

Mit Sport und Musik verbringen die Menschen in Deutschland einen großen Teil ihrer Freizeit – wenn auch überwiegend nur passiv. Über die Zahl der Besucherinnen und Besucher von Sportveranstaltungen im Bundesgebiet gibt es keine gesicherten Ergebnisse, und auch über den Umfang des Fernsehpublikums, das auf diese Weise wichtige Sportereignisse miterlebt, lassen sich keine genauen Angaben machen. Zahlen über aktiv Sporttreibende liegen nur insoweit vor, als sie in Sportvereinen organisiert sind.

Die Sportvereine verdanken der Trimm-Dich-Welle und dem gestiegenen Gesundheitsbewusstsein wachsenden Zulauf. Die Mitgliederzahl des Deutschen Sportbundes betrug 1998 ca. 23,0 Mill., die Anzahl der Vereine lag bei rund 86 200.

Für den Vereinssport begeistern sich mehr Männer als Frauen. Von den Mitgliedern des Deutschen Sportbundes im Jahr 1998 waren 62,0 % männlich. Groß ist das Interesse der Jugendlichen an den Sportvereinen. So sind von den Mitgliedern 23 % jünger als 15 Jahre und 42 % unter 26 Jahren.

Gemessen an den Mitgliederzahlen rangiert der Fußball unter den Sportarten mit Abstand an der Spitze der Beliebtheitsskala. Mit 6,2 Mill. Mitgliedern stellen die Fußballvereine 27 % aller Beitragszahler des deutschen Sportbundes. Es folgen die Turnvereine mit 4,7 Mill. Mitgliedern. Turnen gehört neben dem Tanzsport und Reiten zu den wenigen Sportarten, bei denen Frauen in den Vereinen zahlenmäßig dominieren. Unter den übrigen Sportverbänden übersteigt nur noch die Mitgliedschaft in Tennis- und Schützenvereinen die Millionengrenze.

Einige Angaben über das aktive Musikleben in Deutschland liefert der Deutsche Sängerbund. Er hatte 1998 rund 1,8 Mill. Mitglieder, davon allerdings nur 702 000 aktive und mehr als 1,1 Mill. fördernde. Insgesamt gab es 1998 einschließlich der Kinder- und Jugendchöre 21 121 Bundeschöre, darunter 8 909 reine Männer- und 2 248 reine Frauenchöre.

Tab. 6: Die zehn mitgliedstärksten Sportverbände in Deutschland 1998

Spitzenverband	Mitglieder in 1 000	Spitzenverband	Mitglieder in 1 000
Fußball	6 216	Leichtathletik	831
Turnen	4 715	Reiten	724
Tennis	2 115	Tischtennis	722
Schützen	1 589	Skisport	672
Handball	838	Schwimmen	628

7 Gesellschaftliche Mitwirkung

7.1 Einführung

Um seinem Anspruch gerecht zu werden, ist ein demokratisches Staatswesen auf die aktive Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Inwieweit die Menschen ihre durch die Verfassung garantierten Rechte wirklich nutzen und Politik, Wirtschaft oder Kultur mitgestalten – darüber kann die amtliche Statistik wegen der meist sehr komplexen Zusammenhänge nur Anhaltspunkte liefern. So vermittelt z. B. die Wahlstatistik Informationen über die Wahlbeteiligung und die Parteipräferenzen der Wähler. Auskunft über den Organisationsgrad der abhängig Beschäftigten gibt die Statistik der Gewerkschaftsmitglieder, während die Zahlen über die Teilnahme an Gottesdiensten das kirchliche Engagement dokumentieren. Es ist aber offensichtlich, dass die Statistik in diesem Bereich sehr schnell an ihre Grenzen stößt. Die nur lückenhaft vorhandenen statistischen Informationen über die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben können lediglich Anhaltspunkte für das Vorhandensein von sozialem und politischem Engagement liefern.

7.2 Teilnahme am politischen Leben

7.2.1 Wahlen

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland bekennt sich zu dem Verfassungsgrundsatz der Volkssouveränität. Er besagt, dass alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht und von ihm in Wahlen und Abstimmungen ausgeübt wird. Für die Lebendigkeit der Demokratie ist es von entscheidender Bedeutung, in welchem Maße die Bürgerinnen und Bürger von ihren in der Verfassung garantierten Rechten Gebrauch machen und damit Einfluss auf die politische Willensbildung nehmen. Die Ausübung des Wahlrechts, mit der über die Zusammensetzung der demokratischen Vertretungen in Gemeinde, Land und Bund entschieden wird, spielt dabei die zentrale Rolle. Da in der Bundesrepublik Deutschland keine Wahlpflicht besteht, wird die Wahlbeteiligung – unter gewissen Einschränkungen – als Gradmesser für das politische Engagement der Menschen herangezogen. Sie weist deutliche Unterschiede auf, je nachdem ob es sich um Bundestags-, Landtags-, Kommunalwahlen oder Wahlen zum Europäischen Parlament handelt.

Mit dem Beitritt der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik Deutschland zum 3. Oktober 1990 wurde das bisherige Wahlgebiet um die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie Berlin-Ost

erweitert. Für die Westberliner Bevölkerung – deren Interessen zuvor 22 vom Berliner Abgeordnetenhaus gewählte Abgeordnete im Deutschen Bundestag vertraten – wurden die Voraussetzungen für eine direkte Teilnahme an der Wahl zum Deutschen Bundestag geschaffen. Obwohl erstmals alle Deutschen gemeinsam ihre Abgeordneten wählen konnten, gab es bei der Wahl zum 12. Deutschen Bundestag am 2. Dezember 1990 die niedrigste Wahlbeteiligung nach 1949. Bei der ersten gesamtdeutschen Wahl machten nur 77,8 % der Wahlberechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch, 13,4 Mill. Menschen verzichteten auf eine Stimmabgabe. Bei der 14. Bundestagswahl am 27. September 1998 lag die Wahlbeteiligung bei 82,2 %.

Tab. 1: Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen¹

Wahl	Wahlberechtigte 1 000	Wahlbeteiligung %
1949 ²	31 208	78,5
1953 ²	33 121	86,0
1957	35 401	87,8
1961	37 441	87,7
1965	38 510	86,8
1969	38 677	86,7
1972	41 446	91,1
1976	42 058	90,7
1980	43 232	88,6
1983	44 089	89,1
1987	45 328	84,3
1990	60 437	77,8
1994	60 452	79,0
1998	60 763	82,2

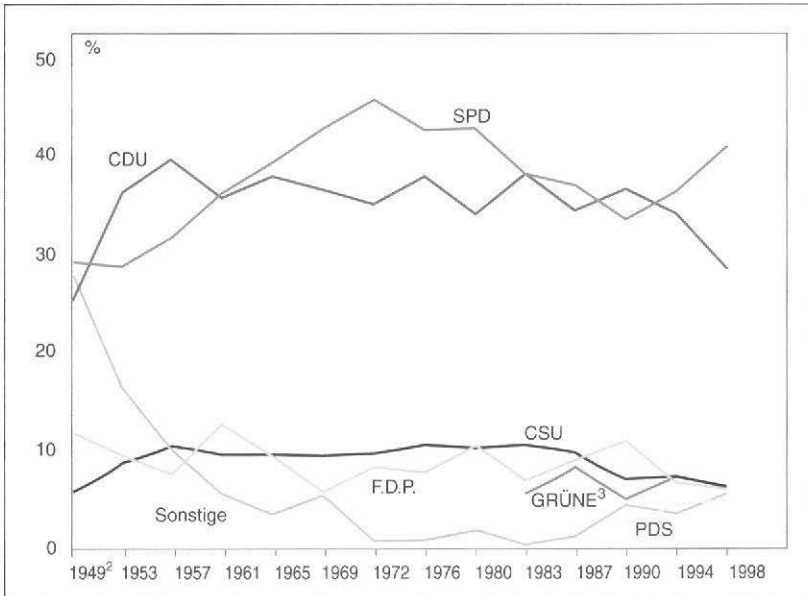
¹ Bis 1987 früheres Bundesgebiet, ohne Berlin-West, ab 1990 Deutschland.

² Ohne Saarland.

78,5 % betrug die Wahlbeteiligung bei der ersten Bundestagswahl 1949. In den folgenden Wahlen von 1953 bis 1983 lag sie zwischen 86,0 % im Jahr 1953 und 91,1 % bei der vorgezogenen Bundestagswahl im Herbst 1972. Damals wirkte sich auch die Senkung des Wahlalters auf 18 Jahre aus.

Vergleicht man die Wahlbeteiligung nach Bundesländern, so zeigt sich, dass die Abweichungen vom Bundesdurchschnitt – abgesehen von der ersten Bundestagswahl – meist nicht über zwei bis drei Prozentpunkte hinausgehen. Wie in den meisten vorangegangenen Wahlen auch machten 1998 die Menschen im Saarland am eifrigsten von ihrem Wahlrecht Gebrauch, gefolgt von den Hessen und Niedersachsen. Die niedrigste Wahlbeteiligung war 1998 in Sachsen-Anhalt zu verzeichnen. Unter dem Bundesdurchschnitt lag sie auch in Brandenburg, Berlin, Bremen, Bayern, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen.

Abb. 1: Stimmenanteile der Parteien bei den Bundestagswahlen¹



1 Seit 1953 Zweitstimmen, bis 1987 früheres Bundesgebiet, ab 1990 Deutschland.

2 Ohne Saarland.

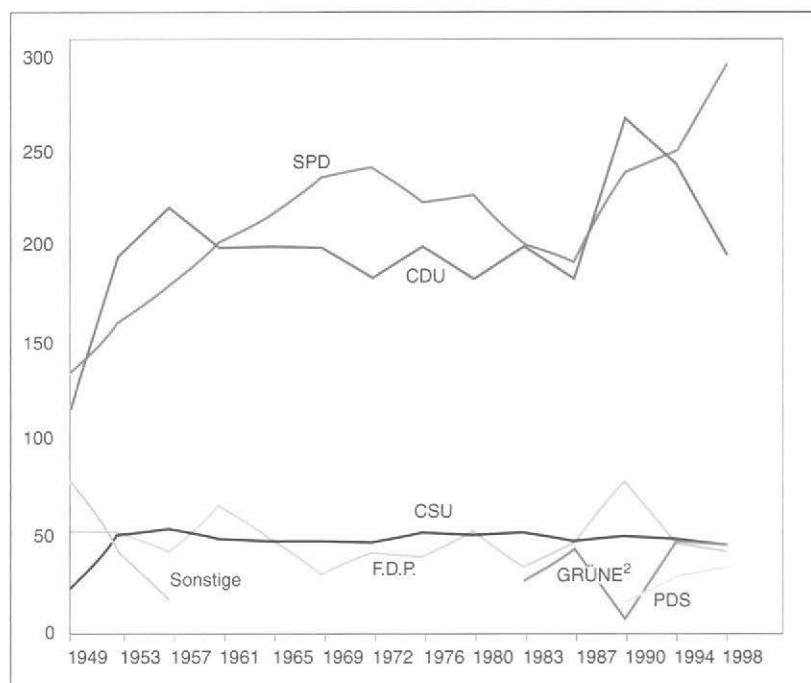
3 Bis 1987: GRÜNE; 1990: Bündnis 90/Grüne (nur neue Bundesländer); 1994 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Die Wählerinnen und Wähler geben ihre Stimmen seit den 60er Jahren ganz überwiegend den beiden großen Parteigruppierungen SPD und CDU/CSU sowie der F.D.P. Die GRÜNEN konnten erstmals bei den Bundestagswahlen 1983 die Fünfprozenthürde überspringen.

Obwohl sie bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 auf Bundesebene nur Stimmenanteile von 2,4 % bzw. 1,2 % erreichten, im Wahlgebiet Ost jedoch deutlich die Fünfprozentmarke übersprangen, zogen die PDS und die Listenvereinigung Bündnis 90/Grüne ins Parlament ein. Grund dafür war eine für die erste gesamtdeutsche Wahl getroffene Sonderregelung: Die Sperrklausel von fünf Prozent war getrennt auf die neuen Bundesländer sowie Berlin-Ost und auf den bis zum 3. Oktober 1990 geltenden Gebietsstand der Bundesrepublik Deutschland anzuwenden. 1994 kam die PDS nur aufgrund von vier Direktmandaten in den Bundestag, ihr Zweitstimmenanteil lag bei 4,4 %. 1998 erreichte sie neben vier Direktmandaten auch einen Zweitstimmenanteil von 5,1 %.

In der Zusammensetzung des Parlaments sind verschiedene Bevölkerungsgruppen deutlich unterrepräsentiert. So ist die Zahl der weiblichen Abgeordneten im Deutschen Bundestag trotz steigender Tendenz weiterhin gering. Obwohl mehr

Abb. 2: Sitzverteilung im Deutschen Bundestag¹



1 Bis 1987 früheres Bundesgebiet einschl. der Abgeordneten von Berlin-West, ab 1990 Deutschland.

2 Bis 1987: GRÜNE; 1990: Bündnis 90/Grüne (nur neue Bundesländer); 1994: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

als die Hälfte aller Wahlberechtigten Frauen sind, stellten sie im 12. Deutschen Bundestag nur 20,4 % der Abgeordneten und im 13. Bundestag 26,3 %. Im 14. Deutschen Bundestag sind unter den 669 Abgeordneten 206 Frauen, das sind 30,8 %. Mit 57,4 % ist der Anteil weiblicher Abgeordneter bei den GRÜNEN am höchsten, bei CDU (19,7 %) und CSU (12,8 %) am niedrigsten. Bei der PDS erreicht der Frauenanteil 55,6 %, bei der SPD 35,2 % und bei der F.D.P. 20,9 %.

Das Durchschnittsalter der Mitglieder des Parlaments lag zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 1998 bei 49,8 Jahren. Es hat sich von der vierten (1961: 52,3 Jahre) bis zur siebten Wahlperiode (1972: 46,6 Jahre) kontinuierlich verringert, ist bis 1987 leicht angestiegen (49,3 Jahre) und betrug 1990 wiederum 48,8 Jahre. 1994 ist das Durchschnittsalter der Abgeordneten auf 49,1 angestiegen. Durchschnittlich waren 1998 die Abgeordneten der CDU (51,2 Jahre) am ältesten. Die jüngsten Parlamentarierinnen und Parlamentarier hatten die GRÜNEN mit im Durchschnitt 43,3 Jahren.

Die Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen liegt im Vergleich zu Bundestagswahlen niedriger. Außerdem sind die Unterschiede von Bundesland zu Bundesland stärker ausgeprägt. Eine relativ hohe Wahlbeteiligung von 79,4 % wurde 1998 in Mecklenburg-Vorpommern erreicht; besonders niedrig war sie mit 54,3 % bei der Wahl 1999 in Brandenburg.

Tab. 2: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe bei den letzten Landtagswahlen in Prozent

Land	Wahl	Wahlbeteiligung	Stimmabgabe				
			CDU/ CSU ¹	SPD	F.D.P.	GRÜNE	PDS
Baden-Württemberg	1996 ²	67,6	41,3	25,1	9,6 ³	12,1	–
Bayern ⁴	1998	69,8	52,9	28,7	1,7	5,7	–
Berlin ⁵	1999	65,5	40,8	22,4	2,2	9,9	17,7
Brandenburg ⁵	1999 ⁶	54,3	26,5	39,3	1,9	1,9 ⁷	23,3
Bremen	1999	60,1	37,1	42,6	2,5	8,9	2,9
Hamburg	1997	68,7	30,7	36,2	3,5	13,9 ⁸	0,7 ⁹
Hessen ⁵	1999	66,4	43,4	39,4	5,1	7,2	–
Mecklenburg-Vorpommern ⁵	1998	79,4	30,2	34,3	1,6	2,7	24,4
Niedersachsen ⁵	1998	73,8	35,9	47,9	4,9	7,0	–
Nordrhein-Westfalen	1995	64,0	37,7	46,0	4,0	10,0	–
Rheinland-Pfalz ⁵	1996	70,8	38,7	39,8	8,9	6,9	–
Saarland	1999	68,7	45,5	44,4	2,6 ¹⁰	3,2 ¹¹	0,8
Sachsen ⁵	1999	61,1	56,9	10,7	1,1	2,6	22,2
Sachsen-Anhalt ⁵	1998 ¹²	71,5	22,0	35,9	4,2	3,2	19,6
Schleswig-Holstein	1996	71,8	37,2	39,8	5,7	8,1	–
Thüringen ⁵	1999	59,9	51,0	18,5	1,1	1,9	21,3

1 CSU nur in Bayern.

2 Die REP erhielten 9,1 % der Stimmen.

3 F.D.P./DVP.

4 Gesamtstimmen = Erst- und Zweitstimmen.

5 Zweitstimmen.

6 Die DVU erhielt 5,3 % der Stimmen.

7 GRÜNE/B 90.

8 GRÜNE/GAL.

9 PDS/Linke Liste.

10 F.D.P./DPS.

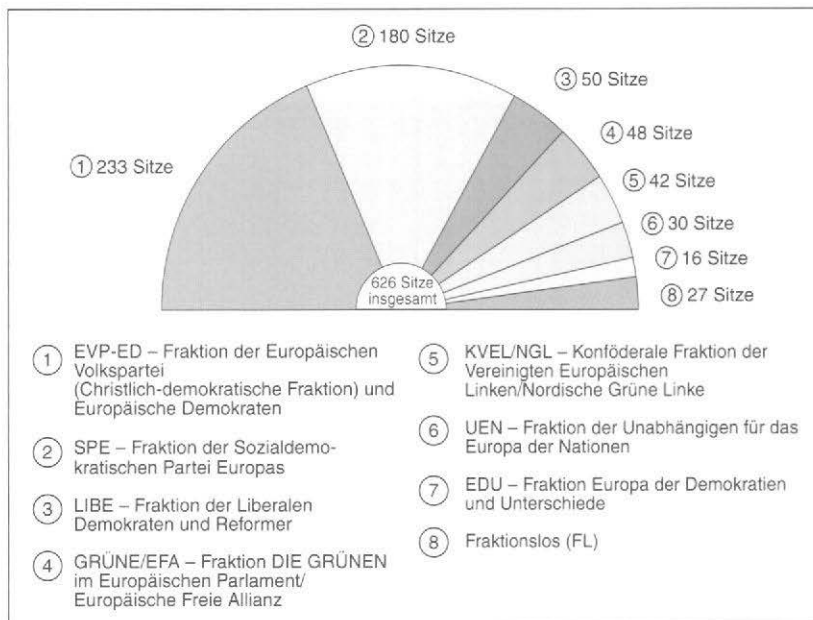
11 GRÜNE Saar.

12 Die DVU erhielt 12,9 % der Stimmen.

Allein regiert die CDU im Saarland, in Sachsen und in Thüringen, die CSU in Bayern, die SPD in Niedersachsen. Zusammen mit den GRÜNEN stellt die SPD in Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein die Landesregierung. In Sachsen-Anhalt regiert die SPD allein als Minderheitskabinett. In Baden-Württemberg und Hessen regiert die CDU gemeinsam mit der F.D.P. Ein SPD-F.D.P.-Bündnis besteht in Rheinland-Pfalz. Große Koalitionen regieren in Berlin, Brandenburg und Bremen. In Mecklenburg-Vorpommern ist erstmals die SPD mit der PDS eine Koalition eingegangen.

Seit 1979 wählen die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union (EU) in fünfjährigem Abstand die Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Im Juni 1999 wurden 626 Abgeordnete (1994: 567, 1995: weitere 22 aus Schweden, 1996: 21 aus Österreich und 16 aus Finnland) direkt gewählt. Wie viele Abgeordnete ein

Abb. 3: Sitzverteilung im Europäischen Parlament nach Fraktionen
Stand: Oktober 1999



Land vertreten, hängt von der Bevölkerungszahl ab. Deutschland stehen nach der Wiedervereinigung 99 Mandate (vorher: 81) zu. Die Fraktionen des Europäischen Parlaments setzen sich nicht nach der Staatsangehörigkeit, sondern nach politischen Richtungen zusammen.

Insgesamt gingen im Juni 1999 rund 144 Mill. Menschen in der EU zur Wahl. Die Wahlbeteiligung ist bei den Direktwahlen zum Europäischen Parlament in der Bundesrepublik – wie übrigens auch in den anderen Mitgliedstaaten – wesentlich niedriger als bei nationalen Wahlen. Von den 60,8 Mill. bundesdeutschen Wahlberechtigten machten am 13. Juni 1999 nur 45,2 % von ihrem Stimmrecht Gebrauch. Dies war ein Rückgang der Wahlbeteiligung um 14,8 Prozentpunkte gegenüber 1994. Wenn man von Belgien, Luxemburg und Griechenland absieht (in diesen Ländern besteht Wahlpflicht), war die Wahlbeteiligung in Italien mit 70,8 % (1994: 74,8 %) am höchsten, gefolgt von Spanien mit 64,4 % (1994: 59,1 %), Irland mit 50,7 % (1994: 44,0 %), Dänemark mit 50,4 % (1994: 52,9 %) und Österreich mit 49,0 % (1996: 67,7 %). Auch in Frankreich lag sie mit 46,8 % (1994: 52,7 %) noch höher als in der Bundesrepublik Deutschland. Niedriger als in Deutschland war die Wahlbeteiligung in Portugal mit 40,4 % (1994: 35,5 %), Schweden mit 38,8 % (1995: 41,6 %), Finnland mit 30,1 % (1996: 57,6 %) und – am geringsten – im Ver-

einigten Königreich mit 24,0 % (1994: 36,4 %). Der höchste Rückgang der Wahlbeteiligung betrug 27,5 Prozentpunkte und wurde in Finnland registriert. Zusammenfassend ist festzustellen, dass lediglich in vier EU-Staaten die Wahlbeteiligung gegenüber 1994 zwischen 0,3 und 6,7 Prozentpunkten gestiegen, in allen anderen EU-Staaten jedoch zwischen 2,5 und 27,5 Prozentpunkten gesunken ist.

Von den auf die Bundesrepublik Deutschland entfallenden 99 Sitzen erhielt die SPD 33 (1994: 40), die CDU 43 (1994: 39), die GRÜNEN 7 (1994: 12), die CSU 10 Sitze (1994: 7) und die PDS erstmals 6.

7.2.2 Mitgliedschaft in Parteien¹

Die Parteien spielen in der Bundesrepublik Deutschland eine wichtige Rolle. Nach dem Grundgesetz haben sie die Aufgabe, an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken. Ihre Gründung ist frei, ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen.

Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhängerschaft darauf ausgerichtet sind, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig und können vom Bundesverfassungsgericht verboten werden. Von dieser Möglichkeit wurde bisher zweimal Gebrauch gemacht: 1952 wurde die Sozialistische Reichspartei – eine extreme Rechtspartei – verboten, 1956 wurde die KPD für verfassungswidrig erklärt und aufgelöst.

Die politische Landschaft in der Bundesrepublik Deutschland war seit ihrer Gründung vor allem von vier Parteien geprägt: Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU), Christlich-Soziale Union (CSU) in Bayern und Freie Demokratische Partei (F.D.P.).

Zu Beginn der 80er Jahre gelang den GRÜNEN in einer Reihe von Landesparslamenten und von 1983 bis 1990 auch im Bundestag das Eindringen in die bis dahin relativ fest gefügte Parteienlandschaft. Bei der Bundestagswahl 1998 erzielten die GRÜNEN einen Anteil von 6,7 % an den Zweitstimmen. Seit der ersten gesamtdeutschen Wahl 1990 ist auch die PDS im Deutschen Bundestag vertreten. Während sie 1990 und 1994 noch aufgrund von Sonderregelungen bzw. Direktmandaten in den Bundestag kam, erreichte sie 1998 einen Zweitstimmenanteil von 5,1 %. Schon immer kandidierten bei Bundestagswahlen auch kleinere Parteien. Bei der ersten Bundestagswahl 1949 konnten diese zusammen 27,8 % der Stimmen auf sich vereinen, danach sind ihre Stimmenanteile stark zurückgegangen. Zu ihrer relativen Bedeutungslosigkeit auf Bundes- und Landesebene hat nicht zuletzt die Fünfprozentklausel beigetragen.

In der Bundesrepublik Deutschland haben gegenwärtig rund 1,7 Mill. Männer und Frauen das Mitgliedsbuch einer Partei. Das entspricht einem Anteil von knapp 3 % der Bevölkerung im wahlberechtigten Alter. Die Partei mit der größten Mitglied-

¹ Angaben über die Anzahl der Mitglieder stammen von den Parteien.

schaft ist die SPD. Bei ihrer Wiedergründung nach dem Zweiten Weltkrieg knüpfte sie an ihre bis ins 19. Jahrhundert zurückreichende Tradition als Arbeiterpartei an. Mit der Verabschiedung des Godesberger Programms 1959 vollzog sie die Öffnung zur Volkspartei. Ihre Mitgliederzahl betrug 1946 rund 711 000. Ende 1998 besaßen 775 000 Bürgerinnen und Bürger das Mitgliedsbuch dieser Partei, die 1976 mit 1 022 000 Mitgliedern ihren bisher höchsten Stand erreicht hatte. Der Anteil der Frauen in der SPD erhöhte sich von 15 % im Jahr der Wiedergründung auf 28,9 % Ende 1998.

Im Unterschied zur katholischen Zentrums Partei der Weimarer Zeit wenden sich die nach dem Ende der Herrschaft des Nationalsozialismus neugegründeten Unionsparteien – CDU und CSU – an Wählerinnen und Wähler beider christlicher Konfessionen. Sie betrachten ihre Gründung als Antwort auf die verhängnisvolle Zerrissenheit der Demokraten in der Weimarer Republik. Die CDU besitzt keinen bayerischen Landesverband, während die CSU nur in Bayern vertreten ist. Im Bundestag bilden beide Parteien eine gemeinsame Fraktion. Die Mitgliederzahl der CDU belief sich im September 1998 auf 625 800, davon waren 25,0 % Frauen. Die CSU, deren Mitgliederzahl im Jahr 1946 bei 69 000 lag, hatte Ende 1998 insgesamt 179 500 Mitglieder. Der Anteil der weiblichen Parteimitglieder betrug zuletzt 16,9 %.

Die ebenfalls nach dem Krieg neu gegründete F.D.P. will als liberale Partei besonders die Freiheit jedes Einzelnen in allen Lebensbereichen stärken. Das liberale Manifest von 1985 geht von einem umfassenden Freiheitsbegriff aus. Die F.D.P. will eine Versöhnung von moderner Marktwirtschaft und einer offenen und veränderungsbereiten gesellschaftlichen Kultur. Ende 1998 hatte die F.D.P. knapp 68 000 Parteimitglieder. 25,3 % der F.D.P.-Mitglieder sind Frauen.

Seit Mitte der 70er Jahre hat sich eine zunehmende Zahl von Bürgerinnen und Bürgern außerhalb der etablierten Parteien in „Bürgerinitiativen“ engagiert. Sie richten sich vielfach gegen politische Maßnahmen von lokaler oder regionaler Bedeutung, die als umweltschädigend betrachtet werden, so z. B. gegen Kernkraftwerke, Autobahnausbau, Müllverbrennungsanlagen u. Ä. Aus dieser Bewegung sind auch die „grünen“ Parteien mit über den Umweltschutz hinausgehenden politischen Programmen hervorgegangen. Die GRÜNEN hatten sich vor der Europawahl 1979 bundesweit als „Sonstige Politische Vereinigung (SPV) DIE GRÜNEN“ zusammengeschlossen, ehe sie sich 1980 als Partei auf Bundesebene konstituierten. Im Mai 1993 haben sich die GRÜNEN und das BÜNDNIS 90, ein 1991 entstandener Zusammenschluss der Bürgerbewegung gegen die SED-Regierung in der ehemaligen DDR, zu der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE) zusammengeschlossen. Ihre Mitgliederzahl lag Ende September 1998 bei 50 030, 37 % der Mitglieder waren Frauen.

Die PDS, die als Nachfolgepartei der SED in den neuen Ländern und Berlin-Ost anzusehen ist, hatte Ende 1997 insgesamt 98 600 Parteimitglieder. Der Frauenanteil lag bei etwa 40 %. Bei der letzten Bundestagswahl hatten in den neuen Ländern ca. 20 % der Wählerinnen und Wähler PDS gewählt.

7.3 Engagement in Berufsverbänden

7.3.1 Das Recht auf Vereinigungsfreiheit

Mit der Freiheit der Meinungsäußerung eng verbunden ist das verfassungsmäßig verbürgte Grundrecht der Vereinigungsfreiheit. Alle Deutschen haben danach das Recht, sich in Vereinen und Gesellschaften zusammenzuschließen. Ausdrücklich gewährleistet ist auch für jedermann und alle Berufe das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden. Diese Koalitionsfreiheit hat zur Gründung einer Vielzahl von Wirtschaftsorganisationen und Berufsverbänden geführt.

Von besonderer Bedeutung sind die großen Arbeitnehmer- und Arbeitgebervereinigungen, die so genannten Tarifpartner, die im Rahmen der verfassungsmäßig garantierten Tarifautonomie Verträge über Arbeitsentgelte und -bedingungen abschließen. Ihre Verhandlungsergebnisse beeinflussen sowohl das Wirtschaftsgeschehen insgesamt als auch die Lebensverhältnisse und die Einkommenssituation der Erwerbstätigen.

7.3.2 Gewerkschaften

Die Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland haben die in der Weimarer Zeit vorherrschende Zersplitterung in Einzel- und Richtungsgewerkschaften überwunden. Sie sind so genannte Einheitsgewerkschaften, in denen Arbeitnehmer aller Parteien und Konfessionen zusammenarbeiten. Es gibt daher in der Bundesrepublik im Vergleich zu anderen westlichen Ländern nur wenige, aber mitgliederstarke Gewerkschaftsorganisationen. Die größte ist der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) mit rund 8,6 Mill. Mitgliedern. Er setzt sich aus 13 Einzelgewerkschaften zusammen, die nach dem Prinzip der Industriegewerkschaft aufgebaut sind, d. h. in ihnen sind Arbeiter und Angestellte eines Industriezweiges unabhängig von ihrem Beruf zusammengeschlossen. Die größten Einzelgewerkschaften des DGB sind die IG Metall mit 2,7 Mill. und die ÖTV mit rund 1,6 Mill. Mitgliedern.

Neben den DGB-Gewerkschaften sind als weitere mitgliederstarke Arbeitnehmerorganisationen die Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG) mit rund 489 000 Mitgliedern und der Deutsche Beamtenbund (DBB) mit rund 1,1 Mill. Mitgliedern zu nennen. Im Christlichen Gewerkschaftsbund (CGB) sind etwa 303 000 Männer und Frauen organisiert.

Insgesamt waren Ende 1997 in Deutschland etwa 10,5 Mill. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert. Setzt man diese Zahl mit der entsprechenden Gesamtzahl der abhängigen Erwerbstätigen (April 1998: 31,9 Mill.) in Beziehung, ergibt sich ein Organisationsgrad der Arbeitnehmerschaft der Bundesrepublik Deutschland von rund 33 %.

Tab. 3: Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

Stand: Ende 1997

Einzelgewerkschaften	Mitglieder	Anteil der Frauen
	1 000	%
Bau, Agrar, Umwelt	655	11,7
Bergbau, Chemie, Energie	1 011	19,0
Eisenbahner Deutschlands	368	19,6
Erziehung und Wissenschaft	289	67,6
Handel, Banken und Versicherungen	488	66,6
Holz und Kunststoff	154	17,9
Medien	192	32,3
Metall	2 661	17,1
Nahrung, Genuss, Gaststätten	295	39,6
Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV)	1 644	45,8
Polizei	197	15,3
Deutsche Postgewerkschaft	487	42,9
Textil-Bekleidung	183	58,7
DGB insgesamt	8 623	30,4

Quelle: Deutscher Gewerkschaftsbund.

Tab. 4: Mitglieder ausgewählter Arbeitnehmerorganisationen

Gewerkschaft	1960	1970	1980	1990	1995	1997
	1 000					
Deutscher Gewerkschaftsbund	6 379	6 713	7 883	7 938	9 355	8 623
Deutsche Angestellten-gewerkschaft	450	461	495	573	508	489
Deutscher Beamtenbund	650	721	821	799	1 076	1 117

Quelle: Angaben der betreffenden Organisationen.

Die weiblichen Gewerkschaftsmitglieder konnten ihren Anteil an der gesamten Mitgliederzahl im Laufe der Zeit leicht erhöhen. Von 1995 bis 1997 ist jedoch nur noch bei der DAG ein leichter Anstieg des Frauenanteils zu verzeichnen. Beim DGB belief er sich 1997 auf gut 30 %, bei der DAG auf 55 % und beim DBB auf knapp 30 %. Frauen sind damit in den Gewerkschaftsorganisationen insgesamt deutlich unterrepräsentiert.

7.3.3 Arbeitgeberverbände

Im Rahmen der Koalitionsfreiheit nehmen die Arbeitgeberverbände als sozialpolitische Interessenvertretungen der deutschen Wirtschaft gemeinsam mit den Gewerkschaften die Tarifautonomie wahr. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es über tausend, teils fachliche, teils regional gegliederte Arbeitgeberverbände.

Abb. 4:



Der Organisationsgrad der Unternehmen in den Verbänden ist außerordentlich hoch. Die gemeinsame sozialpolitische Spitzenorganisation für alle Wirtschaftszweige – Landwirtschaft, Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe, Handwerk, Handel und Verkehr, Banken und Versicherungen, Telekommunikation und Dienstleistungen – ist die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA). Die BDA koordiniert die Verbandsarbeit von 53 Fachspitzenverbänden und 15 Landesverbänden und wahrt so die gemeinsamen sozialpolitischen Belange der Unternehmen, die über den Bereich eines Wirtschaftszweigs oder eines Landes hinausgehen und von grundsätzlicher Bedeutung sind.

7.3.4 Mitbestimmung

Neben dem Kampf um die materielle Absicherung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und der allgemeinen Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen ist es seit langem ein erklärtes Ziel der Gewerkschaften, die Mitbestimmung im Betrieb zu verwirklichen. Der erste Schritt in diese Richtung erfolgte durch das Betriebsrätegesetz von 1920, das die Möglichkeit schuf, in allen Betrieben gewählte Arbeitnehmervertretungen einzurichten.

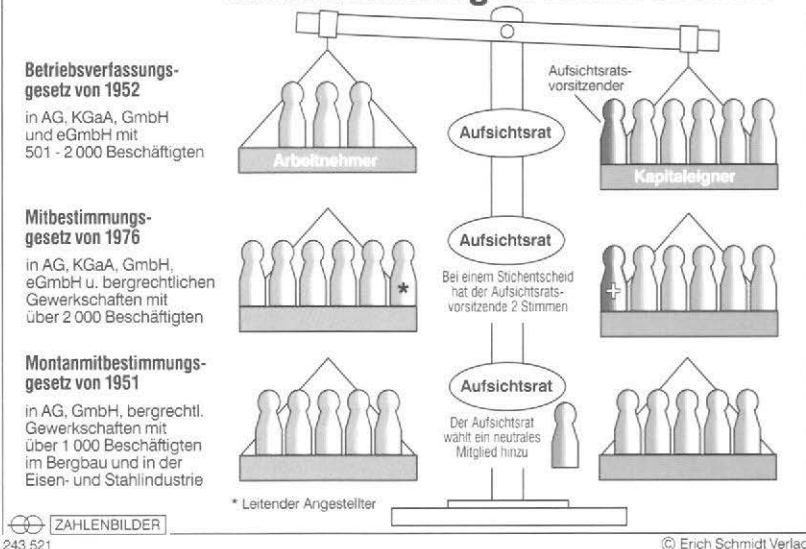
Heute gibt es in der Bundesrepublik Deutschland unterschiedliche Formen der Mitbestimmung, jeweils abhängig von Unternehmensgröße, Rechtsform und

Wirtschaftszweig. Am weitesten entwickelt sind die Mitbestimmungsrechte in den Großbetrieben des Bergbaus und der Eisen- und Stahlherzeugung mit über 1 000 Beschäftigten, die unter das Montan-Mitbestimmungsgesetz von 1951 fallen. Nach diesem Gesetz wird der Aufsichtsrat je zur Hälfte von der Vertretung der Kapitalgeber und der Arbeitnehmer besetzt; beide Seiten einigen sich dann auf ein weiteres neutrales Mitglied. Dem Vorstand muss ein Arbeitsdirektor als vollberechtigtes Mitglied angehören, der nicht gegen die Stimmen der Arbeitnehmervertretung im Aufsichtsrat gewählt werden kann.

Für die Großunternehmen mit mehr als 2 000 Beschäftigten der übrigen Industrie gilt das allgemeine Mitbestimmungsgesetz von 1976. Auch nach diesem Gesetz setzt sich der Aufsichtsrat zu gleichen Teilen aus der Vertretung der Kapitalgeber

Abb. 5:

Mitbestimmung in Unternehmen



und Arbeitnehmer zusammen. Bei Stimmengleichheit gibt jedoch die Stimme des Vorsitzenden, der nicht gegen den Willen der Kapitalgeber gewählt werden kann, den Ausschlag. Außerdem muss ein Mitglied der Arbeitnehmerseite der Gruppe der „leitenden Angestellten“ angehören.

Bei kleinen und mittleren Kapitalgesellschaften (Aktiengesellschaften bis 2 000 Beschäftigte und Unternehmen bestimmter anderer Rechtsformen mit 500 bis 2 000 Beschäftigten) erfolgt die Mitbestimmung auf der Grundlage des Betriebsverfassungsgesetzes nach der so genannten Drittelbeteiligung, d.h. ein Drittel der Aufsichtsratsmitglieder besteht aus gewählten Arbeitnehmervertreterinnen und

-vertretern. Ähnliche Regelungen bestehen bei einem Großteil der Unternehmen im öffentlich-rechtlichen Bereich (Sparkassen, Landesbanken, Eigenbetriebe).

In den übrigen Unternehmen besitzen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer keinen institutionalisierten Einfluss auf die wirtschaftliche Unternehmensführung. Sie haben jedoch – abgesehen von Kleinbetrieben unter fünf Beschäftigten – nach dem Betriebsverfassungsgesetz das Recht, einen Betriebsrat zu wählen, der Mitsprache- und Mitwirkungsrechte in sozialen und personellen Angelegenheiten hat.

Für die knapp 5,3 Mill. Beamten, Angestellten und Arbeiter des öffentlichen Dienstes in Deutschland (1997) regeln die Personalvertretungsgesetze des Bundes und der Länder die Mitbestimmung in den Dienststellen. Das Mitbestimmungsorgan im öffentlichen Dienst ist der Personalrat; seine Aufgaben und Befugnisse erstrecken sich analog zu den Regelungen in der Wirtschaft auf soziale und personelle Angelegenheiten.

7.3.5 Arbeitskämpfe

Wenn sich bei Tarifverhandlungen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite nicht einigen können und die Schlichtungsbemühungen eines unparteiischen Dritten scheitern, stellt sich die Frage des Arbeitskampfes. Falls sich bei einer Urabstimmung unter den beteiligten Gewerkschaftsmitgliedern eine Dreiviertelmehrheit für Streikmaßnahmen ausspricht, wird der Ausstand erklärt. Die Arbeitgeber können mit dem Kampfmittel der Aussperrung operieren, die eine vorübergehende Weigerung darstellt, alle oder einen Teil der Belegschaft zu beschäftigen und Lohn bzw. Gehalt zu zahlen.

In der Bundesrepublik Deutschland wird im Vergleich zu anderen Ländern wenig gestreikt. Während der vergangenen zwei Jahrzehnte waren die heftigsten Arbeitskämpfe 1971 und 1978 mit jeweils über 4 Mill. sowie 1984 mit 5,6 Mill. ausgefallenen Arbeitstagen zu verzeichnen. In den übrigen Jahren lag die Zahl der verlorenen Arbeitstage weit darunter.

Auf die meisten größeren Streiks reagierten die Arbeitgeber mit Aussperrungen, durch die teilweise noch weitere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Arbeitskampf einbezogen wurden. 1997 gingen rund 53 000 Arbeitstage durch Arbeitskämpfe verloren.

7.4 Teilnahme am religiösen Leben

7.4.1 Kirche und Staat

Das Verhältnis zwischen Staat und Religionsgemeinschaften wurde bereits in der Weimarer Reichsverfassung von 1919 in umfassender Weise geregelt. Ein Teil der Weimarer Kirchenartikel ist als Bestandteil des Grundgesetzes übernommen wor-

den. Danach gibt es in der Bundesrepublik Deutschland keine Staatskirche. Die aus den Grundrechtsgarantien folgende Freiheit der Vereinigung zu Religionsgemeinschaften ist gewährleistet, jede Religionsgemeinschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig. Dennoch bestehen auch heute noch enge Bindungen zwischen Kirche und Staat, und die Kirchen genießen weitgehende Rechte, so z. B. das Recht, Steuern von ihren Mitgliedern zu erheben oder auf die Besetzung theologischer Lehrstühle an staatlichen Universitäten Einfluss zu nehmen.

7.4.2 Religionszugehörigkeit

Die Bevölkerung im früheren Bundesgebiet gehört überwiegend den christlichen Kirchen an, und zwar zu ungefähr gleichen Teilen der katholischen und der evangelischen Glaubensrichtung. Eine kleine Minderheit bekennt sich zu anderen christlichen Gemeinschaften, z. B. zur Evangelisch-Methodistischen Kirche, zum Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden (Baptisten), zur Altkatholischen Kirche, zur Gesellschaft der Freunde (Quäker) und zur Heilsarmee.

In der ehemaligen DDR hatte die evangelische Kirche 1989 rund 4,1 Mill. Mitglieder. Der katholischen Kirche gehörten zur gleichen Zeit 921 000 Menschen an. Das bedeutet, dass weniger als ein Drittel der Gesamtbevölkerung kirchlich gebunden war. Dieser Anteil hatte sich bis Ende 1992 sogar noch geringfügig verringert.

Der Anteil der katholischen Bevölkerung ist im Süden des früheren Bundesgebietes überdurchschnittlich hoch, insbesondere im Saarland, in Bayern und in Rheinland-Pfalz. Im Norden überwiegt dagegen der evangelische Volksteil.

1997 lebten in Deutschland etwa 67 000 Juden. Vor der Verfolgung durch die Nationalsozialisten waren im Deutschen Reich 1933 etwa 503 000 Juden ansässig. Die größten jüdischen Gemeinden befinden sich in Berlin und Frankfurt am Main.

Durch den Zuzug von Ausländerinnen und Ausländern haben Religionsgemeinschaften an Bedeutung gewonnen, die früher in Deutschland kaum vertreten waren; so z. B. die griechisch-orthodoxe Kirche und der Islam, der nach den Ergebnissen der Volkszählung 1987 in der Bundesrepublik Deutschland etwa 1,7 Mill. Anhängerinnen und Anhänger hatte. Der Anteil der nichtchristlichen und religionslosen Bürgerinnen und Bürger in Deutschland betrug nach Angaben aus dem Jahr 1990 etwa 29 % der Gesamtbevölkerung.

7.4.3 Katholische Kirche¹

Ende 1996 lebten rund 27,5 Mill. Katholikinnen und Katholiken in Deutschland. Ihr Anteil an der Bevölkerung betrug damit rund 34 % und ist seit 1950 nahezu

¹ Angaben: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz – Referat Statistik, Bonn.

gleich groß geblieben. Der Zuzug von Menschen katholischen Glaubens – meist ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit ihren Familienangehörigen – hat die zu Beginn der 70er Jahre steigende Zahl von Kirchaustritten (1970: 69 000) kompensieren können. 1996 lag die Zahl der Kirchaustritte in Deutschland bei 133 275.

Die katholische Kirche in Deutschland ist in sieben Erzbistümer und 20 Bistümer gegliedert. Die Zahl der Pfarreien und sonstiger Seelsorgestellen betrug 13 329 (1996). In der Pfarrseelsorge waren 1996 rund 11 000 Weltpriester und Ordenspriester tätig; ein Pfarrseelsorger betreut im Durchschnitt 2 500 Gläubige. Wegen Priestermangels können jedoch nicht alle Kirchengemeinden mit einem Priester besetzt werden.

Die Grundstrukturen des kirchlichen Lebens zeigt Tab. 5. Die Teilnahme an den sonntäglichen Eucharistiefeiern ging zwischen 1960 und 1989 um 5,8 Mill. Besucherinnen und Besucher oder um fast 49 % zurück. 1996 besuchten rund 5 Mill.

Tab. 5: Katholische Kirche¹

Jahr	Mitglieder	Taufen	Trauungen	Kirchliche Beerdigungen	Teilnehmer am sonntägl. Gottesdienst
	1 000				
1960	24 710	473	214	262	11 895
1970	27 190	370	164	296	10 159
1980	26 720	258	125	288	7 769
1985	26 308	254	113	286	6 800
1987	26 306	270	114	278	6 430
1989	26 746	282	113	281	6 092
1990	28 252	300	116	298	6 190
1992	28 128	287	103	289	5 654
1994	28 003	282	97	292	5 404
1996	27 533	259	79	287	4 957

¹ Angaben 1960–1989 früheres Bundesgebiet.

Menschen den Sonntagsgottesdienst, dies sind durchschnittlich 18 % aller Katholiken in Deutschland. An Feiertagen oder an den Hochfesten der Kirche ist die Teilnahme an den Eucharistiefeiern höher.

Der starke Rückgang bei den kirchlichen Trauungen und Taufen gegenüber 1960 muss im Zusammenhang mit der starken Abnahme der standesamtlichen Eheschließungen und der Geburtenzahl gesehen werden (vgl. Kap. 1). Gleichwohl ist die Bereitschaft zur katholischen Eheschließung und insbesondere zur katholischen Taufe nach wie vor weit verbreitet. Nahezu alle verstorbenen Katholikinnen und Katholiken werden auch heute noch kirchlich beerdigt.

7.4.4 Evangelische Kirche¹

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) umfasste Ende 1996 fast 27,7 Mill. Mitglieder. Dies entspricht einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von rund 34 %, bzw. rund 37 % an der deutschen Bevölkerung. Bei der Volkszählung im Jahre 1950 lagen diese Anteile noch bei jeweils rund 51 %.

In den 24 Gliedkirchen der EKD waren Ende 1996 knapp 25 000 Theologinnen und Theologen im aktiven Dienst tätig. Im Gemeindedienst standen in Deutschland knapp 17 000 Pfarrerrinnen und Pfarrer. Auf einen Gemeindepfarrer entfielen damit im Durchschnitt rund 1 600 Kirchenmitglieder, im Jahre 1964 waren es noch durchschnittlich knapp 2 500. Auch die evangelischen Kirchen hatten seit Mitte der 60er Jahre vornehmlich aufgrund von Rückgängen der Zahl der Geburten und der standesamtlichen Eheschließungen Abnahmen bei der Anzahl der Taufen und Trauungen zu verzeichnen.

Tab. 6: Evangelische Kirche¹

Jahr	Mitglieder	Taufen	Trauungen	Bestattungen	Abendmahls- gäste
	1 000				
1963	28 796	476	204	335	7 727
1970	28 480	346	156	369	6 813
1980	26 104	222	94	347	9 056
1987	25 413	239	97	324	9 669
1989	25 132	252	101	321	9 569
1991	29 208	299	102	392	9 341 ²
1994	28 197	265	91	365	10 769
1996	27 659	254	82	366	10 687

1 Angaben 1963–1989 früheres Bundesgebiet.

2 Früheres Bundesgebiet.

Im Jahre 1996 kamen in den westlichen Gliedkirchen der EKD auf 100 lebend-geborene Kinder mit einem oder zwei evangelischen Elternteilen 76 evangelische Kindtaufen (1963: 77). Hierbei ist zu berücksichtigen, dass ein Vergleich von Taufen und Geburten durch die so genannten „Spätauf“, d. h. Taufen von Kindern im Alter von ein bis dreizehn Jahren, beeinträchtigt wird. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der evangelischen Kindtaufen erreichte 1996 knapp 16 % in den westlichen Gliedkirchen. Die Anzahl der Trauungen ging bei den evangelischen Kirchen deutlich stärker zurück als in der katholischen Kirche: Während sich in den westlichen Gliedkirchen der EKD im Jahr 1963 von 100 Paaren mit einem oder zwei evangelischen Partnern 62 nach vollzogener standesamtlicher Eheschließung evangelisch trauen ließen, waren es 1996 nur noch 40. Die Aussage dieses Vergleichs wird

1 Angaben der Evangelischen Kirche in Deutschland, Hannover. Ohne evangelische Freikirchen.

durch die Wiederverheiratungen Geschiedener eingeschränkt. Geschiedene werden seltener kirchlich getraut als Personen, die erstmals heiraten. In Deutschland wurden 1996 rund 90 % aller evangelischen Gemeindeglieder nach dem Tod von einem evangelischen Pfarrer bzw. einer evangelischen Pfarrerin zur letzten Ruhe geleitet.

Im Jahre 1996 wurden in Deutschland im Durchschnitt von zwei Zählsonntagen knapp 1,4 Mill. Gottesdienstbesucher gezählt, das waren knapp 5 % der evangelischen Kirchenmitglieder. Im langfristigen Vergleich zeigt sich, dass der Gottesdienstbesuch von 1969 bis 1973 stark nachgelassen hat. Die weitere, sodann jedoch wesentlich schwächer ausgeprägte Abnahme erklärt sich zu einem erheblichen Teil aus der infolge des Geburtenrückgangs gesunkenen Teilnahme an den Kindergottesdiensten. 9,1 Mill. Menschen (33,0 % der evangelischen Christinnen und Christen in Deutschland) besuchten die Christvespern und -metten am Heiligen Abend 1996. Die Beteiligung am Abendmahl nahm von 1972 bis 1985 bedeutend zu; 1996 wurden in Deutschland rund 10,7 Mill. Abendmahlsbeteiligungen ermittelt.

Stärker als die katholische Kirche ist die evangelische Kirche von Kirchenaustritten betroffen. Sie erreichten im früheren Bundesgebiet 1970 und 1974 Höhepunkte, waren bis 1979 rückläufig und bewegen sich wieder auf einem verhältnismäßig hohen Niveau. 1991 war in Deutschland wiederum ein sprunghafter Anstieg der Austritte von 144 000 (1990) auf 321 000 zu verzeichnen. 1992 gab es rund 361 000 Austritte. 1994 wurden rund 290 000 Austritte und 35 000 Aufnahmen (ohne Erwachsenentaufen) registriert. 1996 ist die Zahl der Aufnahmen wieder auf 36 000 gestiegen. Die Zahl der Kirchenaustritte lag mit 226 000 um fast ein Viertel niedriger als im Vorjahr.

Weitere Informationen zum Thema Gesellschaftliche Beteiligung siehe Teil II, Kap. 13.

8 Gesundheit

8.1 Gesundheitszustand der Bevölkerung

Gesundheit wird von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) der Vereinten Nationen definiert als „Zustand eines vollkommenen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht allein das Fehlen von Krankheiten und Gebrechen“. In dieser weit gefassten Definition ist Gesundheit durch die amtliche Statistik jedoch nicht quantifizierbar. So gibt es in der Bundesrepublik Deutschland keine Statistik, die über alle Krankheiten der gesamten Bevölkerung berichtet. Jedoch liegt seit kurzem erstmals der „Gesundheitsbericht für Deutschland“ vor. Der Gesundheitsbericht zeichnet ein Gesamtbild des in Deutschland gewachsenen komplexen Gesundheitswesens. Die wichtigsten Entwicklungen, aktuellen Problemlagen und Zusammenhänge stehen im Mittelpunkt der Betrachtung. Der Gesundheitsbericht bietet der interessierten Öffentlichkeit in 100 Themenfeldern – jeweils auf wenige Seiten komprimiert – eine Fülle von Informationen, die sonst nur verstreut vorliegen und oft schwer zugänglich sind.

Aus der amtlichen Statistik lassen sich einige allgemeine Feststellungen zum Krankheitsgeschehen und Gesundheitszustand und damit über ein wichtiges Stück „Lebensqualität“ treffen. Angaben über den Gesundheitszustand der Menschen in Deutschland liefern u. a. die Mikrozensus-erhebungen. 1995 wurde eine Auswahl von 0,5 % der Bevölkerung danach befragt, ob sie sich am Befragungstag oder in den vier Wochen davor in ihrem Gesundheitszustand so beeinträchtigt fühlte, dass sie ihre übliche Beschäftigung (Berufstätigkeit, Hausarbeit, Schulbesuch usw.) nicht voll ausführen konnte. Die Ergebnisse einer so angelegten Befragung sind von subjektiven Vorstellungen nicht frei: Ob die Befragten krank sind oder nicht, hängt weitgehend von ihrer persönlichen Einschätzung ab. Allerdings sind es gerade diese persönlichen Einschätzungen (und nicht objektive Kriterien), die einen „Zustand eines vollkommenen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens“ auszeichnen.

Die Beteiligung der Bevölkerung an der 1995 durchgeführten Erhebung liegt deutlich über der anderer freiwilliger Erhebungen (9,3 %), sodass im vorliegenden Fall die hochgerechneten Ergebnisse die gesundheitliche Situation der Bevölkerung besonders gut abbilden.

Im April 1995 bezeichneten sich 8,4 Mill. Personen als krank und 0,7 Mill. Personen als unfallverletzt, d. h. insgesamt 9,1 Mill. Personen oder rund 12,3 % der Bevölkerung litten unter einer gesundheitlichen Beeinträchtigung. Bei den Frauen war der Anteil der kranken und unfallverletzten Personen mit 13,0 % höher als bei den Männern (11,7 %). Die Gruppe der Frauen war hauptsächlich wegen des höheren Anteils älterer Personen mit 12,2 % etwas stärker von Krankheit betroffen

Tab. 1: Kranke und unfallverletzte Personen in Deutschland im April 1995

	Personen mit Angaben über ihre Gesundheit	Darunter			
		Kranke		Unfallverletzte	
		1 000	in % der Personen mit Angaben	1 000	in % der Personen mit Angaben
Deutschland					
Insgesamt	73 990	8 406	11,4	730	1,0
Männlich	35 990	3 785	10,5	430	1,2
Weiblich	38 000	4 622	12,2	300	0,8
Früheres Bundesgebiet					
Insgesamt	59 504	6 943	11,7	575	1,0
Männlich	28 974	3 166	10,9	340	1,2
Weiblich	30 530	3 777	12,4	235	0,8
Neue Länder und Berlin-Ost					
Insgesamt	14 486	1 463	10,1	155	1,1
Männlich	7 016	618	8,8	90	1,3
Weiblich	7 469	845	11,3	65	0,9

als die der Männer (10,5 %). Bei den Unfallverletzungen lag der Anteil der Männer mit 1,2 % höher als der Anteil der Frauen (0,8 %).

Krankheiten bzw. Unfallverletzungen wurden für Erwerbstätige in geringerem Maße als für die Gesamtbevölkerung festgestellt. Dies ist größtenteils damit zu erklären, dass die Berufstätigkeit vorwiegend vor dem 65. Lebensjahr beendet wird. Möglicherweise schätzen sich Erwerbstätige, im Vergleich zum Durchschnitt der Bevölkerung, auch seltener als krank ein. Von 32,7 Mill. Erwerbstätigen mit Angaben zur Gesundheit hatten sich 1,8 Mill. Männer und 1,3 Mill. Frauen als krank bzw. unfallverletzt bezeichnet, was einem Anteil von 9,7 % entspricht (bei der Gesamtbevölkerung betrug der Anteil 12,3 %).

Rund 2,2 Mill. oder drei Viertel aller kranken und unfallverletzten Erwerbstätigen gaben an, in den letzten vier Wochen arbeitsunfähig gewesen zu sein. Bezogen auf die Zahl der Erwerbstätigen ergab sich damit ein „Krankenstand“ von 6,8 %, und zwar für die Männer von 7,0 % und für die Frauen von 6,6 %. Bei den ca. 730 000 Unfallverletzten ergaben sich geschlechtsspezifische Unfallschwerpunkte. Arbeitsunfälle waren bei Männern mit 36,3 %, Haushaltsunfälle bei Frauen mit rund 30 % häufigste Unfallursachen. An zweiter Stelle folgten sowohl bei den Männern (27,6 %) als auch bei den Frauen (23,9 %) Freizeitunfälle.

8.1.1 Diagnosen der Krankenhauspatienten

1996 wurden 15,2 Mill. Patientinnen und Patienten in den Krankenhäusern vollstationär behandelt. Die häufigste Hauptdiagnose waren Krankheiten des Kreislaufsystems mit 2,5 Mill. Behandlungsfällen. Aufgrund von gut- und bösartigen

Neubildungen sowie Verletzungen und Vergiftungen befanden sich je rund 1,7 Mill. Menschen im Krankenhaus.

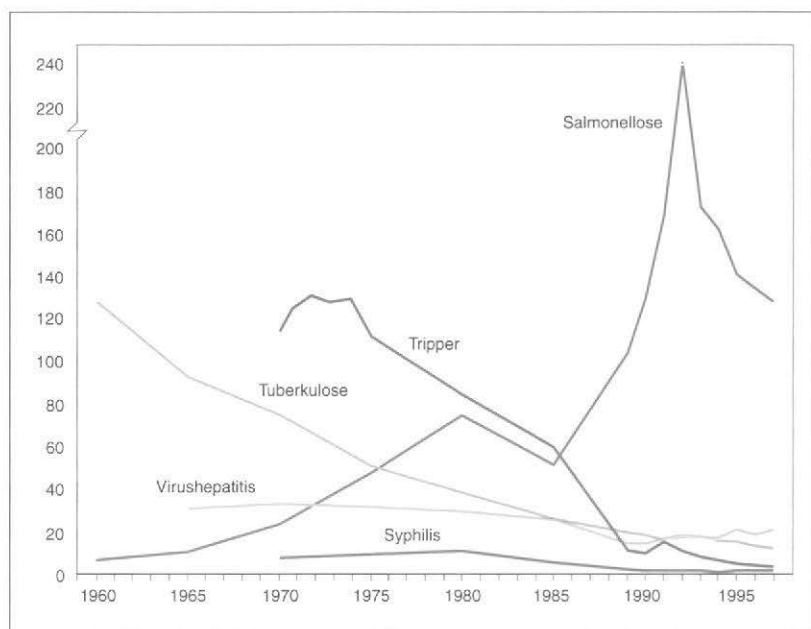
Der Anteil der Frauen an allen vollstationär Behandelten betrug 56 %. Von diesen insgesamt 8,4 Mill. Behandlungsfällen waren 1,1 Mill. durch eine Schwangerschaft bedingt. Männer waren hingegen vor allem wegen Krankheiten des Kreislaufsystems im Krankenhaus (1,3 Mill. Behandlungsfälle).

In 4,8 Mill. Fällen wurde in Verbindung mit der Hauptdiagnose eine Operation durchgeführt. Besonders häufig wurde bei Vorliegen von Krankheiten der Harn- und Geschlechtsorgane operiert. Hier betrug der Anteil der operierten Patientinnen und Patienten rund 48 %.

8.1.2 Meldepflichtige Krankheiten und AIDS

Die meldepflichtigen Infektionskrankheiten, wie Tuberkulose, Kinderlähmung und Hepatitis, sind zahlenmäßig von untergeordneter Bedeutung. Sie werden aber von den Gesundheitsämtern besonders sorgfältig beobachtet, um eine Ausbreitung rechtzeitig erkennen und entsprechende Gegenmaßnahmen ergreifen zu können.

Abb. 1: Entwicklung ausgewählter meldepflichtiger Krankheiten¹ je 100 000 Einwohner



¹ Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet; ab 1991 Deutschland.

Im längerfristigen Vergleich spiegeln sich die Erfolge wider, die bei der Seuchenbekämpfung errungen werden konnten. Einige einst gefürchtete Infektionskrankheiten, wie Diphtherie und Kinderlähmung, treten heute nur noch vereinzelt auf. Auch die Zahl der Tuberkuloseerkrankten ist in Deutschland seit langem kontinuierlich rückläufig. Auf 100 000 Einwohner entfielen 1960 noch 127 Personen, die an dieser Krankheit litten. 1997 lag die entsprechende Vergleichszahl bei 14. In absoluten Zahlen zeigt sich hier ein Rückgang der Zahl der Neuerkrankungen von 70 325 auf 11 163.

Ebenfalls rückläufig ist die Gesamtzahl der Geschlechtskranken. Zwischen 1975 und 1997 sank sie von rund 77 500 um 95 % auf 4 091. Bezogen auf 100 000 Einwohner ging die Zahl der Geschlechtskranken insgesamt von 125 im Jahr 1975 auf 5 im Jahr 1997 zurück.

An der Anfang der 80er Jahre erstmals beobachteten Immunschwächekrankheit AIDS waren nach Aufzeichnungen des Robert-Koch-Instituts von Anfang 1982 bis Ende Juni 1998 in Deutschland insgesamt 17 490 Personen erkrankt. Betroffen waren 15 495 Männer und 1 995 Frauen. Fast alle AIDS-Fälle (17 152) wurden dabei aus dem früheren Bundesgebiet gemeldet. Bei 11 360 Personen hatte AIDS bereits zum Tode geführt. Die Zahl der seit Beginn der HIV-Epidemie Infizierten wird auf 50 000 bis 60 000 geschätzt. Weltweit nennt die Weltgesundheitsorganisation (WHO) bis Ende 1998 eine Gesamtzahl von rund 2,0 Mill. gemeldeten AIDS-Erkrankungen. Die tatsächlichen Zahlen dürften vermutlich wegen einer relativ großen Zahl nicht erfasster Erkrankungen deutlich höher sein.

8.1.3 Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten

1997 wurden der gesetzlichen Unfallversicherung insgesamt 1,8 Mill. Arbeits- und Wegeunfälle angezeigt. Rund neun von zehn der angezeigten Fälle waren Arbeits-

Tab. 2: Arbeits- und Wegeunfälle

Jahr	Angezeigte Arbeits- und Wegeunfälle in 1 000				
	Ins-gesamt	Arbeits-unfälle	darunter mit Todesfolge	Wege-unfälle	darunter mit Todesfolge
<i>Früheres Bundesgebiet</i>					
1970	2 647	2 392	4,3	255	1,9
1980	2 113	1 917	2,6	196	1,2
1989	1 775	1 602	1,5	173	0,7
<i>Deutschland</i>					
1992	2 332	2 069	1,8	262	0,9
1993	2 199	1 932	1,9	267	1,0
1994	2 150	1 904	1,7	246	1,0
1995	2 083	1 814	1,6	269	0,9
1996	1 918	1 658	1,5	260	0,8
1997	1 839	1 599	1,4	240	0,9

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Unfallverhütungsbericht Arbeit 1997.

unfälle. Insgesamt war etwa jeder 24. Erwerbstätige von einem Arbeitsunfall betroffen. 1 403 Arbeitsunfälle endeten tödlich.

1997 wurden rund 88 800 Berufskrankheiten angezeigt (Verdachtsfälle). Die Zahl der anerkannten Berufskrankheiten betrug 23 432. Es wurden 7 867 Berufskrankheitsrenten neu gewährt.

So genannte physikalische Einwirkungen wurden mit 35 502 Verdachtsanzeigen am häufigsten als Ursache angezeigt. 45,6 % dieser Fälle gingen auf bandschei-

Tab. 3: Berufskrankheiten 1980 bis 1996¹

Berufskrankheiten	Nachweis	1980	1990	1995	1997
1 Chemische Einwirkungen	Verdachtsanzeigen	1 874	2 796	3 660	3 251
	Neue Rentenfälle	88	140	302	287
2 Physikalische Einwirkungen	Verdachtsanzeigen	20 263	15 200	40 094	35 502
	Neue Rentenfälle	3 321	1 483	2 484	2 384
3 Infektionserreger, Parasiten sowie Tropenkrankheiten	Verdachtsanzeigen	3 879	3 197	3 665	3 752
	Neue Rentenfälle	899	229	234	227
4 Erkrankungen der Atemwege, der Lunge, des Rippenfells und des Bauchfells	Verdachtsanzeigen	6 518	13 393	18 017	17 737
	Neue Rentenfälle	1 491	1 823	2 869	2 909
5 Hautkrankheiten	Verdachtsanzeigen	12 058	20 702	21 268	21 966
	Neue Rentenfälle	429	760	802	713
6 Sonstige Krankheiten	Verdachtsanzeigen	522	2 452	4 591	6 401
	Neue Rentenfälle	7	17	65	930
Fälle nach DDR-BekV-Recht	Verdachtsanzeigen	–	–	266	188
	Neue Rentenfälle	–	–	831	417
Zusammen	Verdachtsanzeigen	45 114	57 740	91 561	88 797
	Neue Rentenfälle	6 235	4 452	7 587	7 867

1 Bis 1990 früheres Bundesgebiet; ab 1991 Deutschland.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Unfallverhütungsbericht Arbeit 1997.

benbedingte Erkrankungen zurück, bei über einem Drittel (35,7 %) war Lärmschwerhörigkeit der Grund der Anzeige. Eine Berufskrankenrente aufgrund physikalischer Einwirkungen wurde 1997 in 2 384 Fällen bewilligt.

An zweiter Stelle der angezeigten Fälle rangierten Hautkrankheiten (rund 22 000 Fälle). Am dritthäufigsten wurden Erkrankungen der Atemwege, der Lungen, des Rippenfells und des Bauchfells angezeigt (17 700 Fälle).

8.1.4 Todesursachen

Immer weniger Krankheiten nehmen heute einen tödlichen Ausgang. Dies ist einer der wichtigsten Gründe für die erheblichen Veränderungen in der Bedeutung der einzelnen Todesursachen. Die Sterbefälle an infektiösen und parasitären Krank-

heiten konnten in Deutschland stark eingedämmt werden und hatten 1997 nur noch einen Anteil von 0,9 % an allen Sterbefällen. Dafür haben andere Ursachen an Gewicht gewonnen. Dies äußert sich u. a. in einer Konzentration der Sterbefälle auf wenige Todesursachen.

Etwa die Hälfte aller Todesfälle war im Jahr 1997 allein auf Krankheiten des Kreislaufsystems zurückzuführen. Etwa jeder fünfte Kreislaufftote starb an akutem Herzinfarkt. Der Kreislaufftod trat in den neuen Ländern und Berlin-Ost mit 52 % aller Sterbefälle weitaus häufiger auf als im früheren Bundesgebiet mit 47 %. Bösartige Neubildungen hatten einen Anteil von 24 % (früheres Bundesgebiet: 25 %; neue Länder und Berlin-Ost: 23 %). Davon entfielen 19,2 % auf Krebs der Atmungsorgane.

5,9 % der Sterbefälle insgesamt wurden 1997 durch Verletzungen und Vergiftungen verursacht. Bezogen auf 100 000 Einwohner starben 45 Menschen auf „unnatürliche“ Weise. Die Sterbeziffer lag im früheren Bundesgebiet bei 42 Getöteten je 100 000 Einwohner, in den neuen Ländern und Berlin-Ost bei 59. Jeweils 10 Menschen von 100 000 Einwohnern wurden 1997 Opfer von Kraftfahrzeugunfällen. Rund 74 % der Opfer waren Männer. Unfälle durch Sturz forderten – bezogen auf 100 000 Einwohner – insgesamt 11 Menschenleben. Diese Sterbeziffer lag im früheren Bundesgebiet (10) niedriger als in den neuen Ländern und Berlin-Ost (13).

1997 schieden 15 von 100 000 Einwohnern Deutschlands durch Selbstmord aus dem Leben. In den alten Bundesländern lag die Suizidziffer bei 14, in den neuen Bundesländern waren sogar 18 Suizide je 100 000 Einwohner zu beklagen. Jeweils über 70 Prozent der Opfer waren Männer.

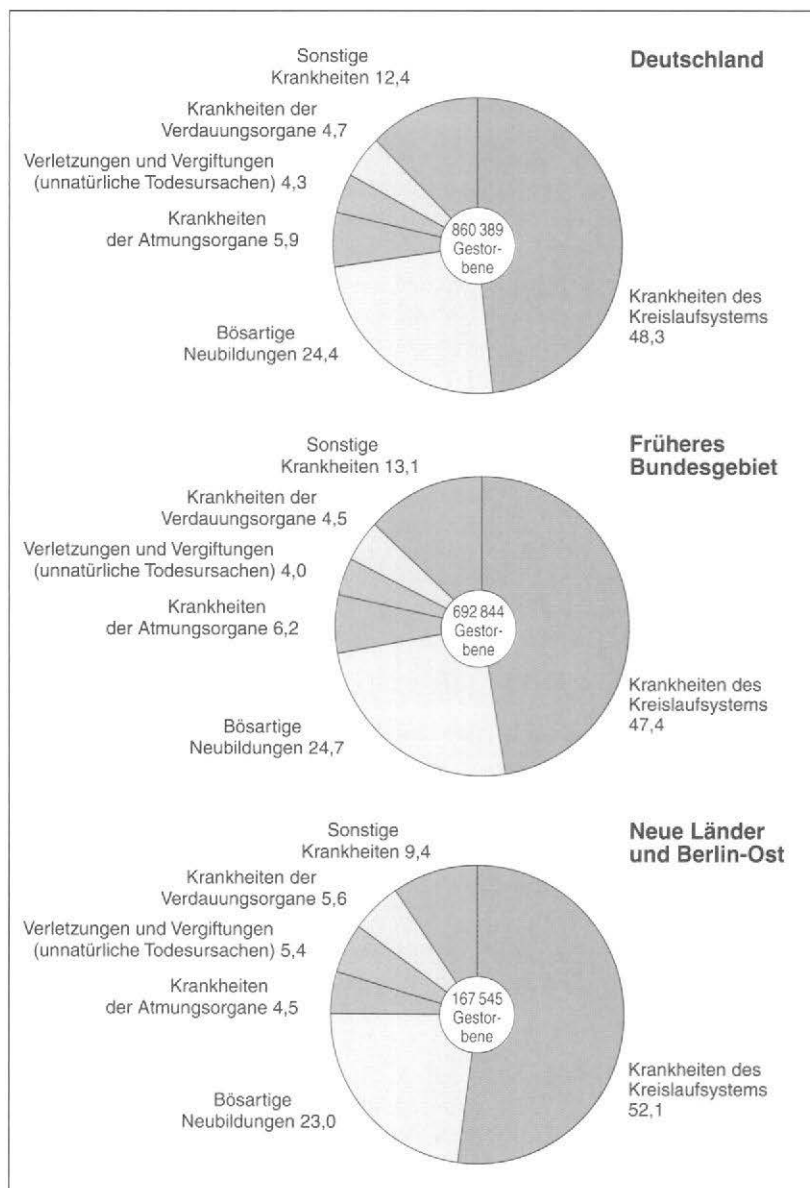
Medikamenten- und Drogenabhängigkeit führte 1997 in 968 Fällen zum Tode. Die Sterbefälle traten fast ausschließlich in den alten Bundesländern auf (früheres Bundesgebiet: 961 Gestorbene; neue Länder und Berlin-Ost: 7).

Durch Alkoholabhängigkeit fanden 1997 rund 5 583 Personen, 4 384 im früheren Bundesgebiet und 1 199 in den neuen Ländern und Berlin-Ost, den Tod. Bezogen auf 100 000 Einwohner wurden damit allein 6,8 Sterbefälle durch Alkoholmissbrauch verursacht. Diese Sterbeziffer lag in den neuen Ländern und Berlin-Ost (8) höher als im früheren Bundesgebiet (7).

Ein besonders wichtiges Indiz für den erreichten medizinischen Standard ist die Säuglings- und Müttersterblichkeit. Auf diesem Gebiet konnten erhebliche Fortschritte erzielt werden. Die Säuglingssterblichkeit ist in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgegangen. 1997 starben noch 5 Säuglinge je 1 000 Lebendgeborene gegenüber 34 im Jahre 1960.

An Komplikationen der Schwangerschaft, bei der Entbindung und im Wochenbett sind 1960 insgesamt 1 030 Mütter gestorben. 1997 waren 49 Müttersterbefälle zu beklagen. Je 100 000 Lebendgeborene belief sich die Zahl der gestorbenen Mütter im Jahr 1960 auf 106. 1997 verstarben je 100 000 Lebendgeborene 6 Mütter.

Abb. 2: Todesursachen 1997
in Prozent der Todesfälle



8.2 Medizinische Versorgung

8.2.1 Berufstätige Ärztinnen und Ärzte

Für die Behandlung der Krankheiten ist eine quantitativ ausreichende und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung besonders bedeutsam. Die medizinische Versorgung hat sich in den vergangenen Jahren ständig verbessert. Die Zahl der Ärztinnen und Ärzte ist im Vergleich zu 1970 um insgesamt 123 % angestiegen. Rein rechnerisch entfielen 1997 auf jeden berufstätigen Arzt/jede Ärztin 290 Einwohner gegenüber 615 im Jahr 1970. Die Anzahl der Zahnärzte und -ärztinnen hat sich seit 1970 um rund 61 % erhöht. Im Jahr 1970 hatten sie pro Kopf noch durchschnittlich 2 027 Einwohner zu betreuen, 1997 waren es nur noch 1 323 Einwohner.

Tab. 4: Arztdichte

Jahr	Ärztinnen/Ärzte		Zahnärztinnen/Zahnärzte	
	Anzahl	Einwohner je Ärztin/Arzt	Anzahl	Einwohner je Zahnärztin/Zahnarzt
1970	126 909	615	38 524	2 027
1980	173 325	452	42 949	1 825
1985	198 845	391	48 610	1 598
1991	244 238	329	54 972	1 460
1995	273 880	299	60 616	1 350
1996	279 335	294	61 404	1 336
1997	282 737	290	62 024	1 323

Quelle: (ab 1985) Bundesärztekammer.

Von den 282 737 berufstätigen Ärztinnen und Ärzten 1997 arbeiteten jeweils rund 12 % in der Inneren Medizin und in der Allgemeinmedizin. In den chirurgischen Gebieten sowie der Frauenheilkunde und Geburtshilfe waren jeweils 5 % der Ärztinnen und Ärzte tätig. Knapp 4 % arbeiteten in der Kinderheilkunde.

Ärztinnen und Ärzte ohne Fachgebiet hatten einen Anteil von 27 %. Aus Tabelle 5 ist ersichtlich, dass der Anteil der Ärztinnen bei insgesamt 36 % lag. Allerdings gibt es ganz erhebliche Unterschiede in den einzelnen Fachgebieten. So lag der Anteil der Ärztinnen in den chirurgischen Gebieten, in der Orthopädie und in der Urologie weit unter diesem Durchschnitt. So gab es in der Urologie lediglich 7 % Ärztinnen. Hingegen betrug der Anteil der Frauen in der Kinderheilkunde 50 %.

41 % aller Ärztinnen und Ärzte übten ihren Beruf in freier Praxis aus, 48 % arbeiteten in einem Krankenhaus, und 12 % waren hauptberuflich bei Behörden, öffentlich-rechtlichen Körperschaften oder in einer sonstigen ärztlichen Tätigkeit beschäftigt.

Tab. 5: Berufstätige Ärztinnen und Ärzte am 31. 12. 1997
nach Fachgebiet und Geschlecht

Fachgebiet	Insgesamt		Männlich	Weiblich
	Anzahl	%	Anzahl	
Insgesamt	282 727	100,0	180 722	102 015
Ärztinnen/Ärzte mit Fachgebiet	181 081	64,0	126 587	54 494
Allgemeinmedizin	34 509	12,2	22 895	11 614
Anästhesiologie	13 162	4,7	7 808	5 354
Arbeitsmedizin	2 495	0,9	1 520	975
Augenheilkunde	6 237	2,2	3 744	2 493
Chirurgische Gebiete	15 628	5,5	13 930	1 698
Frauenheilkunde und Geburtshilfe	14 084	5,0	8 965	5 119
Hals-Nasen-Ohrenheilkunde/ Phoniatrie und Pädaudiologie	5 075	1,8	3 727	1 348
Haut- und Geschlechtskrankheiten	4 342	1,5	2 411	1 931
Innere Medizin	33 362	11,8	25 625	7 737
Kinderheilkunde	10 941	3,9	5 516	5 425
Nervenheilkunde (Neurologie und Psychiatrie)	6 026	2,1	3 942	2 084
Orthopädie	6 845	2,4	6 109	736
Pathologische Gebiete	1 275	0,5	1 006	269
Psychiatrie und Psychotherapie	5 578	2,0	3 167	2 411
Radiologische Gebiete	5 931	2,1	4 383	1 548
Urologie	4 088	1,4	3 812	276
Sonstige Fachgebiete	11 503	4,1	8 027	3 476
Praktische Ärztin/Praktischer Arzt	9 787	3,5	5 017	4 770
Ärztinnen/Ärzte ohne Fachgebiet	74 991	26,5	39 875	35 116
Ärztin/Arzt im Praktikum	16 878	6,0	9 243	7 635

Quelle: Bundesärztekammer.

8.2.2 Nichtärztliches Personal in Krankenhäusern und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

In den Krankenhäusern und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen waren 1997 insgesamt 1 015 000 Personen beschäftigt, darunter 321 000 Teilzeitbeschäftigte. Der Anteil der Frauen an den Beschäftigten insgesamt betrug 80 %, wohingegen der Anteil der Frauen an den Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen bei 94 % lag.

Dem Pflegedienst gehörte die größte Personalgruppe mit 442 000 Beschäftigten an, gefolgt vom medizinisch-technischen Dienst (177 000 Beschäftigte) und vom Wirtschafts- und Versorgungsdienst (111 000 Beschäftigte). Weitere große Bereiche sind der Funktionsdienst und der Verwaltungsdienst mit 101 000 und 80 000 Beschäftigten.

Tab. 6: Nichtärztliches Personal in Krankenhäusern
und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen 1997

Personalgruppe/ Berufsbezeichnung	Beschäftigte insgesamt	Davon:		Darunter: Teilzeitbeschäftigte
		männlich	weiblich	
Pflegedienst (Pflegebereich)	441 647	57 673	383 974	147 781
darunter:				
Krankenschwestern/-pfleger	339 338	45 988	293 350	105 704
Krankenpflegehelfer/-innen	29 799	4 091	25 708	10 275
Kinderkrankenschwestern/-pfleger	41 832	458	41 374	16 217
Medizinisch-technischer Dienst	176 521	25 985	150 536	56 708
darunter:				
Med.-techn. Radiologie-assistenten/-innen	15 694	1 323	14 271	4 554
Med.-techn. Laboratoriums-assistenten/-innen	25 219	1 209	24 011	8 165
Krankengymnasten/-innen	21 624	3 679	17 945	5 336
Funktionsdienst	100 736	21 134	79 604	28 522
darunter:				
Personal im Operationsdienst	30 181	6 318	23 863	6 555
Personal in der Anästhesie	14 155	4 794	9 361	2 723
Personal in der Ambulanz und in Polikliniken	12 801	2 034	10 767	4 380
Klinisches Hauspersonal	44 354	1 175	43 179	22 336
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	110 785	28 713	82 072	35 159
Technischer Dienst	26 658	25 327	1 331	1 311
Verwaltungsdienst	79 899	23 491	56 408	22 117
Sonderdienste	7 893	2 233	5 660	2 457
Sonstiges Personal	26 728	14 673	12 055	4 371
Insgesamt	1 015 223	200 404	814 819	320 762

8.2.3 Krankenhäuser, Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

Ende 1997 gab es in Deutschland 3 645 Krankenhäuser und stationäre Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen mit insgesamt fast 769 000 Betten. Hiervon waren 2 258 Krankenhäuser mit 580 000 Betten und 1 387 Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen mit 189 000 Betten. In den Krankenanstalten wurden 1997 insgesamt 17,1 Mill. Patientinnen und Patienten stationär behandelt. Die durchschnittliche Verweildauer betrug 12,5 Tage.

Im Vergleich zu 1980 zeigt sich, dass mehr Kranke aufgenommen wurden, diese aber eine kürzere Zeit im Krankenhaus zubringen mussten. Für diese Entwicklung waren mehrere Gründe maßgebend, deren jeweilige Bedeutung sich schwer abschätzen lässt. Die höhere Anzahl älterer Menschen mit entsprechend größerer Krankheitsanfälligkeit hat ebenso eine Rolle gespielt wie die zunehmende Nei-

Tab. 7: Stationäre Einrichtungen, Betten, Patienten und Verweildauer

Jahr	Einrichtungen Anzahl	Betten 1 000	Stationär behandelte Patienten Mill.	Durch- schnittliche Verweildauer Tage
1970	4 213	873	11,2	24,6
1980	3 783	880	13,5	19,6
1985	3 635	844	14,3	18,0
1991	3 592	810	15,4	16,2
1994	3 666	791	16,4	14,7
1995	3 698	791	16,9	14,2
1996	3 673	784	17,1	13,5
1997	3 645	769	17,1	12,5

gung, auch weniger schwer wiegende Krankheiten im Krankenhaus behandeln zu lassen oder die Bemühungen, durch eine Verkürzung des Krankenhausaufenthaltes die Kosten zu dämpfen. Darüber hinaus dürfte auch der medizinische Fortschritt die Behandlungszeiten verkürzt haben.

8.3 Gesundheitsvorsorge und Lebensführung

Für die Verhütung von Krankheiten bzw. den günstigen Verlauf des Heilungsprozesses ist die persönliche Lebensführung einer der entscheidenden Einflussfaktoren. Neben verschiedenen Anzeichen, die auf ein verbessertes Gesundheitsbewusstsein hindeuten, gibt es eine Reihe bedenklicher Erscheinungen, die eher skeptisch stimmen. So ist sich in Deutschland – wie in anderen Industriestaaten – ein Teil der erwachsenen Bevölkerung offensichtlich noch nicht der Bedeutung einzelner Nahrungs- und Genussmittel für ihre Gesundheit bewusst. Die Aufnahme von zu wenig Jod, einem essenziellen Spurenelement für die Schilddrüsenfunktion, durch z. B. nicht richtig zusammengesetzte Nahrung, begünstigt die Vergrößerung der Schilddrüse (Kropf). Von medizinischer Seite wird festgestellt, dass bei vielen Deutschen eine tastbare Schilddrüsenvergrößerung vorliegt.

Die letzte amtliche Erhebung zu diesem Themenbereich fand im Rahmen des Mikrozensus 1995 statt. Im Zusammenhang mit den Fragen zur Vorsorge gegen Krankheitsrisiken wurde gefragt, ob jodiertes Speisesalz bekannt ist und bei der Zubereitung der Speisen Verwendung findet. Von den antwortenden Personen gaben rund 80 % an, das für die Strumaprophylaxe wichtige Jodsalz zu kennen und zu verwenden. 2,5 Mill. Personen (3,4 %) war dagegen Jodsalz oder dessen Bedeutung für die Gesundheit noch nicht bekannt. Insbesondere ältere Menschen verwenden seltener Jodsalz (74 % der über 65-Jährigen). Bei Kindern lag der Anteil der Jodsalzverwender bei 82 %. Hier dürften sich die gesundheitsbewusste

Einstellung vieler Eltern und deren Aufklärung durch Frauen- und Kinderärztinnen bzw. -ärzte positiv auswirken. Gering ist hingegen der geschlechtsspezifische Unterschied: Männer gaben zu 79 % an, Jodsalz zu verwenden, bei den Frauen war es 1 % mehr. Gegenüber den Ergebnissen des Jahres 1992 ist ein deutlicher Anstieg bei der Jodsalzverwendung festzustellen (78 % gegenüber 62 %).

Ein weiterer gesundheitlicher Risikofaktor ist der übermäßige Konsum von Genussmitteln, insbesondere von Tabak und Alkoholika. Im Rahmen der Mikrozensusbefragung vom April 1995 gaben 26,7 % der Bevölkerung in Deutschland (im Alter von zehn Jahren und mehr) an, Raucher bzw. Raucherin zu sein. Von den gegenwärtigen Nichtraucherinnen und Nichtrauchern hatte jede bzw. jeder Fünfte früher zur Zigarette oder zu sonstigen Tabakwaren gegriffen. 55,5 % der Antwortenden hatte noch nie geraucht. 61 % derjenigen, die rauchten, waren Männer, der Anteil der Raucherinnen nimmt allerdings stetig zu. Am häufigsten wurde in der Altersklasse der 20- bis unter 45-Jährigen geraucht mit knapp 40 %. In den folgenden Altersklassen wurde zunehmend weniger geraucht. Bei den Befragten im Alter von 65 Jahren und mehr waren es nur noch 11 %. Von jenen, die regelmäßige Zigaretten konsumierten, rauchten etwa 17 % mehr als 20 Zigaretten täglich.

Tab. 8: Verbrauch ausgewählter Genussmittel je Einwohner¹

Erzeugnis	Einheit	1970	1980	1995	1997
Zigaretten	Stück	1 943	2 086	1 654	1 678
Bier	Liter	141	146	131	127
Branntwein zu Trinkzwecken	Liter	3,01	3,09	2,42	2,24

¹ 1970 und 1980 früheres Bundesgebiet, 1995 und 1997 Deutschland.

Tab. 9: Rauchgewohnheiten der Bevölkerung 1995
10 Jahre und älter, in Prozent

Rauchgewohnheiten	Insgesamt	Männlich	Weiblich
Gegenwärtige Raucher/-innen	26,7	33,4	20,4
davon: regelmäßig	22,9	29,4	16,8
gelegentlich	3,8	4,1	3,5
Nichtraucher/-innen	73,3	66,6	79,6
Frühere Raucher/-innen	21,0	31,6	12,7

Über den Konsum und Missbrauch von Genuss- und Rauschmitteln bei jungen Menschen im Alter von 12 bis 25 Jahren liegen Ergebnisse einer empirischen Untersuchung, die im Auftrag der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung Ende 1993/Anfang 1994 durchgeführt wurde, vor.

Zum Alkoholkonsum wurde ermittelt, dass von den befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen knapp ein Drittel mindestens einmal pro Woche Bier, 10 % Wein und alkoholische Mixgetränke und 7 % regelmäßige Spirituosen trinken. Die

„traditionellen“ geschlechtsspezifischen Trinkgewohnheiten – junge Männer trinken häufiger Bier und Spirituosen, junge Frauen bevorzugen Wein/Sekt – wurden auch im Jahr 1993 bestätigt.

Die Studie ergab, dass alkoholische Getränke am Wochenende weit häufiger und dann auch in größeren Mengen getrunken werden. Allerdings ergab sich in der Entwicklung in den alten Bundesländern ein verändertes Trinkverhalten für die Werktage. Tranken 1982 noch 29 % der 12- bis 25-Jährigen werktags regelmäßig Bier, 12 % Wein und 5 % Schnaps, so sank der Konsum dieser Getränke im Jahr 1993 auf 20 % (Bier), 6 % (Wein) und 3 % (Spirituosen). An den Wochenenden ergaben sich hingegen keine wesentlichen Änderungen.

Zur Frage nach dem Drogenkonsum hatten von den 12- bis 25-Jährigen 18 % angegeben, bereits Erfahrungen mit illegalen Drogen gemacht zu haben. Hier war im Ost/West-Vergleich ein erheblicher Unterschied festzustellen (6 % in den neuen Bundesländern und 21 % in den alten Bundesländern). Über 90 % der Drogen erfahrenen hatten hauptsächlich Haschisch oder Marihuana genommen, der Konsum von sonstigen illegalen Drogen (nach der Rangfolge der Konsumanteile: Aufputschmittel, Kokain, LSD, Schnüffelfstoffe und Heroin) war entsprechend gering.

8.4 Schwangerschaftsabbrüche

Mit dem Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetz vom 21. August 1995 erfolgte die Neuregelung des Rechts des Schwangerschaftsabbruchs, die infolge der deutschen Einheit notwendig geworden war. Damit wurde zugleich die vom Bundesverfassungsgericht grundsätzlich gebilligte Beratungsregelung mit den im Urteil vom 28. Mai 1993 aufgeführten Vorgaben umgesetzt. Die Neuregelung hatte

Tab. 10: Schwangerschaftsabbrüche 1998 nach vorangegangenen Lebendgeborenen und Alter der Schwangeren

Altersgruppe in Jahren	Ins- gesamt	davon nach vorangegangenen Lebendgeborenen					
		keine	1	2	3	4	5 u. mehr
Insgesamt	131 795	48 993	33 262	34 175	11 026	3 003	1 336
unter 15	453	449	4	-	-	-	-
15 – unter 20	12 864	11 544	1 157	146	15	2	-
20 – unter 25	25 731	15 855	6 572	2 681	530	84	9
25 – unter 30	30 931	11 017	9 401	7 819	2 039	462	193
30 – unter 35	31 928	6 698	9 133	11 153	3 562	986	396
35 – unter 40	21 667	2 658	5 250	8 866	3 424	1 014	455
40 – unter 45	7 560	718	1 627	3 214	1 340	407	254
45 und mehr	661	54	118	296	116	48	29

erhebliche Auswirkungen auf die Statistik. Durch die Verpflichtung der Ärzte, die in Praxen oder Krankenhäusern Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, bei der Meldung die Adresse der Einrichtung anzugeben, konnte die Untererfassung erheblich abgebaut werden. Während 1995 der Bundesstatistik 97 937 Schwangerschaftsabbrüche gemeldet wurden, waren es 1996 130 899 und 1997 wurden 130 890 Fälle erfasst. Schon wegen dieser letzten gesetzlichen und methodischen Änderung, der zahlreiche andere vorausgingen, ist eine Zeitreihendarstellung nicht sinnvoll. Auch nach der Neuregelung muss davon ausgegangen werden, dass nicht alle Schwangerschaftsabbrüche gemeldet werden. Ebenfalls ist zu beachten, dass die im Ausland vorgenommenen Abbrüche in der Statistik nicht enthalten sind.

Die Bundesstatistik ermöglicht trotz dieses Vorbehalts Feststellungen über die wichtigsten Ursachen für die Schwangerschaftsabbrüche und gibt Hinweise auf die Lebensumstände der betroffenen Frauen. Für die politisch verantwortlichen Stellen bietet die Statistik Grundlagen für Entscheidungen über Hilfen für schwangere Frauen in Not- und Konfliktsituationen und zum Schutz des ungeborenen Lebens.

Im Berichtsjahr 1998 wurden in Deutschland 131 795 Schwangerschaftsabbrüche an das Statistische Bundesamt gemeldet. Auf 1 000 Lebend- und Totgeborene entfielen 168 Schwangerschaftsabbrüche. Mehr als die Hälfte der Frauen (51 %) waren verheiratet, 42 % ledig. In 4 % aller Fälle handelt es sich um Minderjährige. 37 % der Frauen hatten zum Zeitpunkt des Schwangerschaftsabbruchs noch keine Kinder geboren. In 25 % der Fälle hatte die Schwangere ein und in 38 % aller Fälle mehrere Kinder zu versorgen. Als rechtliche Begründung für den Schwangerschaftsabbruch wird mit 97 % die Beratungsregelung angegeben, in 3 % der Fälle erfolgte er nach Indikationsstellung.

Häufigste Abbruchmethode ist mit 86 % die Vakuumaspiration (Absaugmethode). Überwiegend wurden die Schwangerschaftsabbrüche in gynäkologischen Praxen vorgenommen (65 %).

8.5 Schwerbehinderte

Im Unterschied zu einer akuten Krankheit oder einer Unfallschädigung mit kurzer Heilungsdauer bedeutet Behinderung eine Einschränkung der Entfaltungsmöglichkeiten für längere Zeit, möglicherweise für das ganze Leben.

In der Statistik werden seit 1985 nur noch die Schwerbehinderten erfasst. Als solche gelten Personen, denen ein Grad der Behinderung von 50 % oder mehr zuerkannt worden ist. Am 31. Dezember 1997 waren bei den Versorgungsämtern 6,6 Mill. amtlich anerkannte Schwerbehinderte mit gültigem Ausweis registriert, das entsprach einem Anteil von rund 8 % der Bevölkerung. Über die Hälfte dieses Personenkreises (52,9 %) waren Männer.

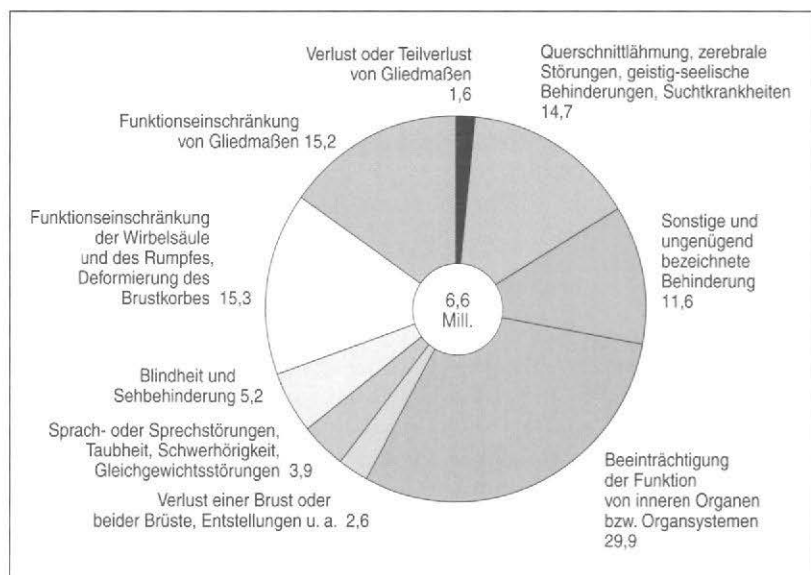
Tab. 11: Schwerbehinderte am 31. 12. 1997

Schwerbehinderte	Ins- gesamt 1 000	Im Alter von . . . Jahren			
		unter 25	25–54	55–64	65 u. mehr
		%			
Insgesamt	6 621	3,8	20,3	24,7	51,2
Männer	3 501	4,2	21,2	28,1	46,5
Frauen	3 120	3,5	19,4	20,7	56,4

Die Gliederung der Behinderten nach Altersgruppen zeigt eine starke „Alterslastigkeit“. Behinderung kommt bei Personen im fortgeschrittenen Alter naturgemäß häufiger vor als bei jüngeren Menschen. Drei Viertel (75,8 %) der Schwerbehinderten waren 55 Jahre oder älter, der Anteil der unter 25-Jährigen war mit 3,8 % relativ gering.

Die weitaus meisten Behinderungen – nämlich 84,8 % der Fälle – waren krankheitsbedingt. Weitere 3,2 % der Schwerbehinderten hatten dauernde Schäden im Krieg, Wehrdienst oder Zivildienst erlitten, und in 4,7 % der Fälle war die Be-

Abb. 3: Schwerbehinderte am 31. 12. 1997 nach Art der schwersten Behinderung in Prozent



hinderung angeboren. Bei 2,7 % wurde das Leiden durch einen Unfall oder eine Berufskrankheit verursacht.

Häufigste Behinderungsart ist die Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen oder Organsystemen mit einem Anteil von 29,9 %. Darunter befanden sich allein 945 000 Herz- und Kreislaufranke, das sind 14,3 % aller Schwerbehinderten. Am zweithäufigsten waren die Fälle mit einer Funktionseinschränkung der Wirbelsäule und des Rumpfes sowie einer Deformierung des Brustkorbes (15,3 %). Bei 15,2 % der Schwerbehinderten lagen Funktionseinschränkungen der Gliedmaßen vor. Eine Querschnittslähmung, zerebrale Störung, geistig-seelische Behinderung oder Suchtkrankheit wurde in 14,7 % der Fälle diagnostiziert.

8.6 Rehabilitationsmaßnahmen

1995 wurden in Deutschland von der gesetzlichen Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung, der Kriegsopferversorgung und Kriegsopferfürsorge, der Bundesanstalt für Arbeit, der Sozialhilfe sowie der begleitenden Hilfe im Arbeits- und Berufsleben 2,03 Mill. Rehabilitationsmaßnahmen durchgeführt. Hierunter fallen alle Maßnahmen der Sozialleistungsträger, die das Ziel verfolgen, Behinderungen entgegen zu wirken sowie Behinderten und von Behinderung bedrohten Menschen einen angemessenen Platz im Arbeitsleben und in der Gesellschaft zu sichern.

Von den Rehabilitationsmaßnahmen des Jahres 1995 entfielen 71,5 % auf medizinische und 24 % auf berufsfördernde Maßnahmen, 4,5 % dienten der allgemeinen sozialen Eingliederung. Weniger als die Hälfte der Maßnahmen (43,8 %) wurde von Frauen in Anspruch genommen. Bei den medizinischen Rehabilitationsmaßnahmen war ein großer Anteil der Rehabilitanden (43,9 %) in der Altersgruppe der 45- bis 60-Jährigen. Anders verhielt es sich dagegen bei den berufsfördernden Maßnahmen, die hauptsächlich Rehabilitanden im jüngeren und mittleren Lebensalter zuteil wurden. Hier waren 50,9 % der Rehabilitanden zwischen 14 und 35 Jahre alt. Maßnahmen zur sozialen Eingliederung wurden wiederum überwiegend (53,5 %) älteren Menschen ab 55 Jahre gewährt.

Tab. 12: Rehabilitationsmaßnahmen 1995

Art der Maßnahmen	Insgesamt	Männlich %	Weiblich %
Medizinische Rehabilitationsmaßnahmen	1 450 359	51,4	48,6
Berufsfördernde Rehabilitationsmaßnahmen	486 914	67,3	32,7
Maßnahmen zur sozialen Eingliederung	91 730	73,7	26,3
Insgesamt	2 029 003	56,2	43,8

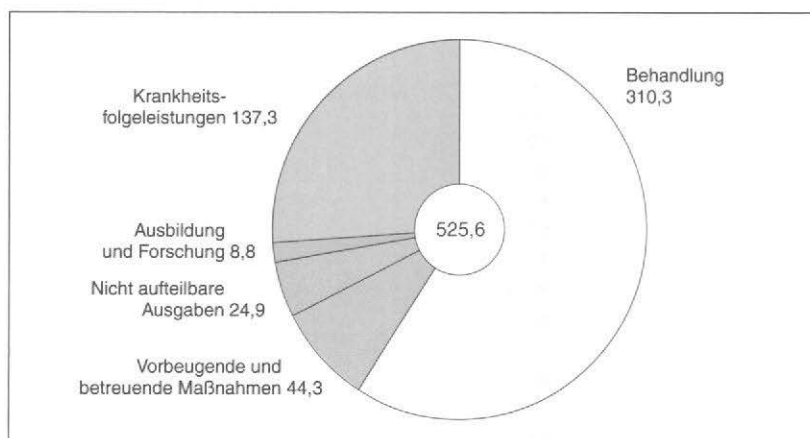
8.7 Ausgaben für die Gesundheit

Zur Berechnung der Ausgaben für die Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit, für Krankheitsvorbeugung und zur Milderung von Krankheitsfolgen werden Daten aus einer Vielzahl statistischer Quellen (Finanzstatistik, Sozialbudget, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe in Verbindung mit den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, der gesetzlichen Rentenversicherung, der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung) zusammengetragen. Darüber hinaus sind in

Tab. 13: Ausgaben für die Gesundheit 1996 in Deutschland

Leistungsart	Mrd. DM	%
Behandlung	310,3	59,0
darunter:		
Stationäre Behandlung	131,7	25,1
Ambulante Behandlung	90,9	17,3
Arzneien, Heil- und Hilfsmittel, Zahnersatz	87,8	16,7
Krankheitsfolgeleistungen	137,3	26,1
darunter:		
Maßnahmen zur Sicherung des Lebensunterhalts bei Krankheit und Invalidität	111,7	21,3
Vorbeugende und betreuende Maßnahmen	44,3	8,4
Ausbildung und Forschung	8,8	1,7
Nicht aufteilbare Ausgaben	24,9	4,7
Insgesamt	525,6	100,0

Abb. 4: Ausgaben für Gesundheit 1996 in Deutschland nach Leistungsarten in Mrd. DM

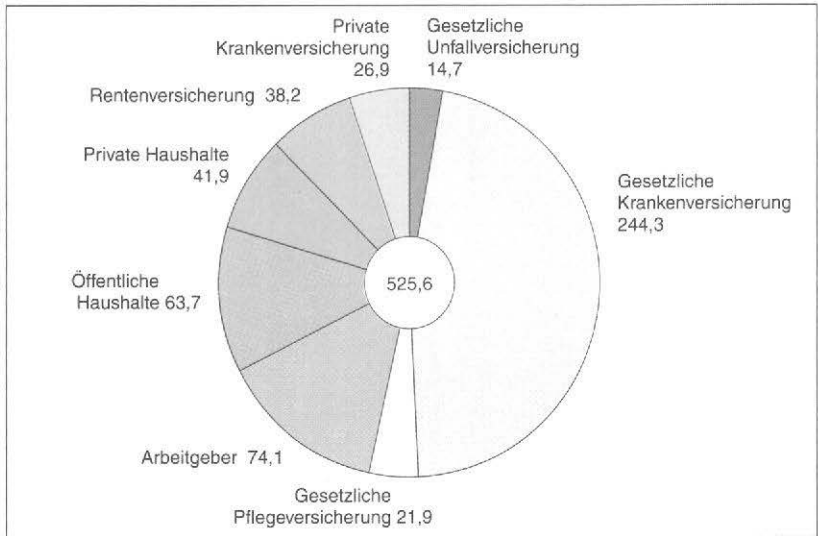


den Berechnungen die Aufwendungen der privaten Haushalte und der privaten Krankenversicherungen enthalten sowie zusätzliche Ausgaben der öffentlichen Haushalte wie etwa für Ausbildung und Forschung im Gesundheitsbereich. (Die Angaben unterscheiden sich damit von denen des Sozialbudgets.) Im Rahmen der Gesundheitsberichterstattung (GBE) des Statistischen Bundesamtes werden die Ausgaben für Gesundheit ebenfalls berechnet und dargestellt. Das methodische Konzept dieser Berechnung ist stärker an die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen angelehnt. Im Gegensatz zur Gesundheitsausgabenrechnung – aus der die nachfolgenden Angaben stammen – enthält die GBE-Darstellung nicht die so genannten Krankheitsfolgeleistungen wie Entgeltfortzahlung und vorzeitige Renten bei Berufs- und Erwerbsunfähigkeit.

Im Jahr 1996 wurden für die Gesundheit in Deutschland insgesamt 525,6 Mrd. DM ausgegeben. Pro Kopf der Bevölkerung errechnete sich ein Betrag von 6 409 DM, der Anteil der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt lag bei 14,8 %.

310,3 Mrd. DM bzw. knapp 60 % des Gesamtbetrages waren für die medizinische Behandlung (ambulante und stationäre Behandlung einschließlich Arzneien, Heil- und Hilfsmittel, Zahnersatz) erforderlich. Die Krankheitsfolgeleistungen, im Wesentlichen Rehabilitationsmaßnahmen, Entgeltfortzahlung sowie Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten, beanspruchten 137,3 Mrd. DM und somit gut 26 % der Gesamtausgaben.

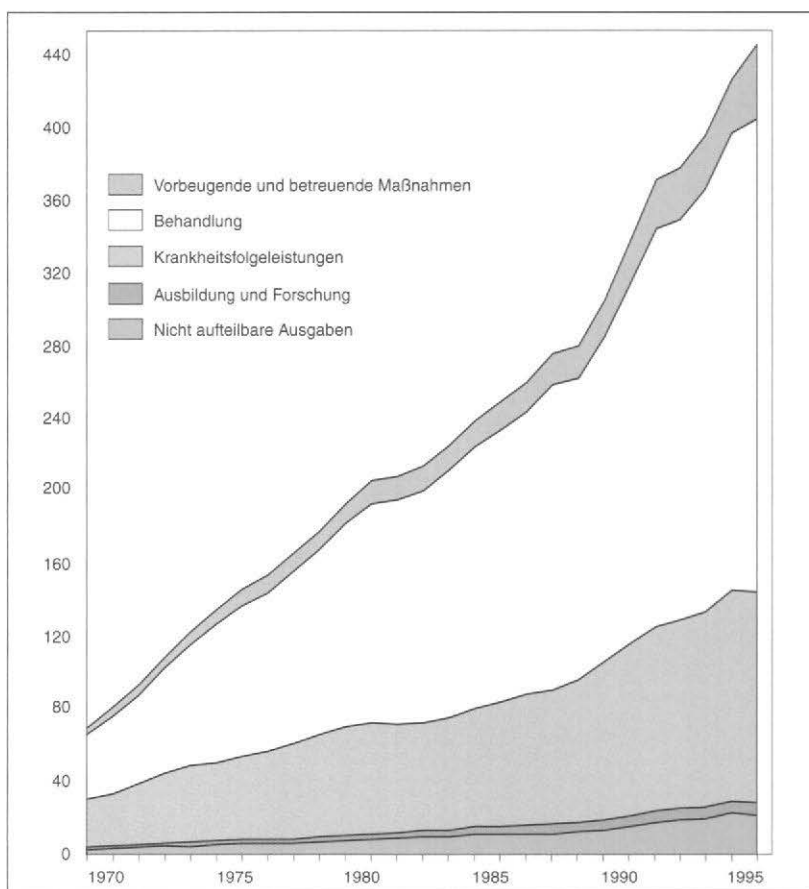
Abb. 5: Ausgaben für Gesundheit 1996 in Deutschland nach Ausgabenträgern in Mrd. DM



Die gesetzliche Krankenversicherung finanzierte mit 244,3 Mrd. DM knapp 47 % aller Gesundheitsausgaben. Zweitgrößter Ausgabenträger waren mit 74,1 Mrd. DM die öffentlichen und privaten Arbeitgeber.

Ein längerfristiger Vergleich mit der Situation vor 25 Jahren ist nur für das frühere Bundesgebiet sinnvoll. Dort haben sich von 1970 bis 1996 die Ausgaben für Gesundheit von 69,7 Mrd. DM auf 445,9 Mrd. DM mehr als versechsfacht. Je Einwohner beliefen sich die gesamten Aufwendungen 1970 auf 1 149 DM und 1996 auf 6 697 DM. Der Anteil der Ausgaben für Gesundheit (ohne Einkommens-

Abb. 6: Ausgaben für Gesundheit nach Leistungsarten 1970 bis 1996
im früheren Bundesgebiet
in Mrd. DM



leistungen) am Bruttoinlandsprodukt vergrößerte sich im gleichen Zeitraum von 6,5 % auf 11,1 %.

Für den Leistungsbereich „Behandlung“ wurden 1996 265,0 Mrd. DM aufgewandt. Gegenüber 1970 war damit ein nominaler Zuwachs von 647 % zu verzeichnen. Dabei war der Anstieg der Ausgaben im Bereich stationäre Behandlung (nominal + 749 %) besonders ausgeprägt.

Auf Krankheitsfolgeleistungen entfielen in den alten Ländern 118,4 Mrd. DM. Gegenüber 1970 ist in diesem Bereich ein unterdurchschnittlicher Anstieg um nominal 333 % festzustellen.

Nahezu die Hälfte aller Ausgaben für die Gesundheit (45,5 %) im früheren Bundesgebiet wurde 1996 von der gesetzlichen Krankenversicherung getragen, 1970 gingen lediglich 35,5 % zulasten dieser Krankenkassen. Diese Verschiebung spiegelt neben gesamtwirtschaftlichen Faktoren wie der Preisentwicklung die Ausdehnung des Leistungsangebots und die Einbeziehung zuvor nicht versicherter Personengruppen zu Beginn der 70er Jahre wider (vgl. auch Kap. 9.5).

Die öffentlichen und privaten Arbeitgeber im früheren Bundesgebiet trugen 1996 die zweitgrößte Last mit 66,0 Mrd. DM, also 14,1 % der Gesamtaufwendungen für Gesundheit. 1970 waren von ihnen noch 23,7 % der Ausgaben finanziert worden. Wesentlicher Bestandteil der Arbeitgeberaufwendungen sind die Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall. Die übrigen Ausgabenträger haben ihre Anteile seit 1970 nur geringfügig verändert.

Weitere Informationen zum Thema Gesundheit siehe Teil II, Kap. 6.

9 Soziale Sicherung

9.1 Entwicklung des Systems der sozialen Sicherung

Das System der sozialen Sicherung hat in einer langen historischen Entwicklung zu seiner heutigen Form gefunden und spiegelt damit ein Stück deutscher Sozialgeschichte wider. Gelegt wurde der Grundstein im Jahre 1881 mit der von Otto von Bismarck angeregten Gesetzgebung zur Krankenversicherung der Arbeiter, dem Unfallversicherungsgesetz und dem Gesetz über die Invaliditäts- und Alterssicherung. Zwei Weltkriege mit tief greifenden sozialen Umwälzungen haben die weitere Entwicklung entscheidend geprägt. Von besonderer Bedeutung für den Ausbau der sozialen Sicherung war das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes.

Heute fließt ein Großteil der Ausgaben der öffentlichen Haushalte (einschließlich der Sozialversicherungsträger und der Bundesanstalt für Arbeit) in die soziale Sicherung. Seit einigen Jahren wird angesichts von Finanzierungsproblemen und – damit verbunden – negativen gesamtwirtschaftlichen Effekten des Sicherungssystems (z. B. durch hohe Lohnnebenkosten) eine rege Debatte über notwendige Reformen geführt.

9.2 Das Sozialbudget

Die Strukturen und Zusammenhänge des Systems der sozialen Sicherung verdeutlicht das Sozialbudget der Bundesregierung. Diese jährliche Zusammenstellung bietet u. a. einen Überblick über den Umfang der Leistungen der Institutionen der sozialen Sicherung (z. B. der Rentenversicherung) des Staates, der Arbeitgeber und der öffentlichen Körperschaften. Außerdem ist die Höhe der jeweiligen Finanzierung durch öffentliche Zuweisungen sowie durch die Beiträge der Versicherten und der Arbeitgeber ablesbar.

Die Leistungen des Sozialbudgets insgesamt beliefen sich 1997 für Deutschland auf rund 1,26 Bill. DM, von denen 1,02 Bill. DM auf das frühere Bundesgebiet und 0,23 Bill. DM auf die neuen Länder und Berlin-Ost entfielen. Die Sozialleistungsquote – das Verhältnis dieser Sozialleistungen zum Bruttoinlandsprodukt – belief sich 1997 für Deutschland auf 34,7 %. In den neuen Ländern und Berlin-Ost ist die Quote mit 55,6 % deutlich höher als im früheren Bundesgebiet (1997: 31,9 %). Im Jahr 1991, direkt nach der Wiedervereinigung, betrug die Quote für Deutschland 30,9 %. Die Veränderung der Sozialleistungsquote ist sowohl abhängig vom Konjunkturverlauf der Wirtschaft, also der Veränderung des Brutto-

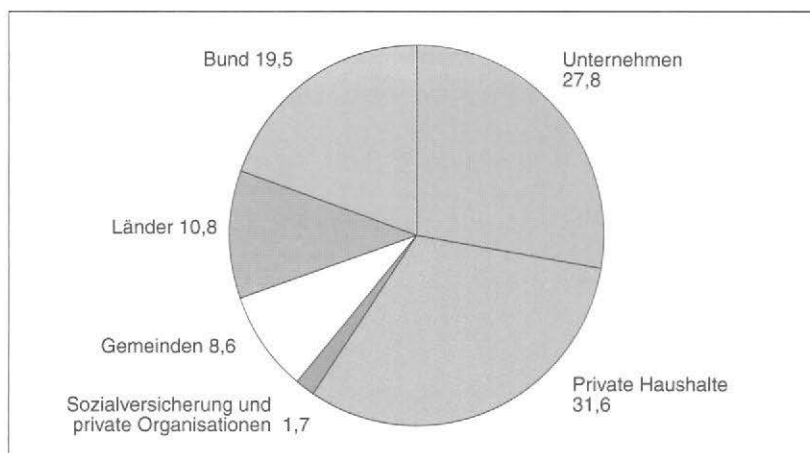
Tab. 1: Leistungen des Sozialbudgets 1997

Institution	Leistungen insgesamt		Finanzierung durch		
			Beiträge der		Zuweisun- gen aus öffentlichen Mitteln
			Ver- sicher- ten	Arbeit- geber	
	Mrd. DM	%	Mill. DM		
Sozialbudget insgesamt	1 256,1	100,0	404 260	440 149	415 079
Allgemeine Systeme	862,9	68,7	394 213	288 259	146 817
Rentenversicherung	416,4	33,2	168 345	135 942	87 981
Pflegeversicherung	29,3	2,3	19 645	10 855	—
Krankenversicherung	245,8	19,6	159 119	77 992	2 395
Unfallversicherung	20,9	1,7	2 405	16 509	917
Arbeitsförderung	143,1	11,4	44 699	46 961	48 084
Kindergeld	0,4	0,0	—	—	428
Erziehungsgeld	7,0	0,6	—	—	7 012
Sondersysteme	9,8	0,8	8 943	724	4 842
Alterssicherung der Landwirte	6,7	0,5	1 845	—	4 842
Versorgungswerke	3,1	0,2	7 098	724	—
Leistungssysteme d. öffentl.					
Dienstes	89,6	7,1	—	45 832	35 874
Pensionen	61,5	4,9	—	31 527	24 832
Familienzuschläge	13,3	1,1	—	—	10 930
Beihilfen	14,8	1,2	—	14 305	112
Arbeitgeberleistungen	93,4	7,4	1 104	105 334	1 283
Entgeltfortzahlung	47,1	3,7	—	47 124	—
Betriebliche Altersversorgung	28,1	2,2	1 103	43 084	—
Zusatzversorgung	13,8	1,1	1	10 766	1 283
Sonst. Arbeitgeberleistungen	4,4	0,4	—	4 360	—
Entschädigungen	15,8	1,3	—	—	15 811
Soziale Entschädigung	12,7	1,0	—	—	12 688
Lastenausgleich	0,5	0,0	—	—	462
Wiedergutmachung	2,3	0,2	—	—	2 251
Sonst. Entschädigungen	0,4	0,0	—	—	410
Soziale Hilfen und Dienste	102,4	8,1	—	—	93 869
Sozialhilfe ¹	50,8	4,0	—	—	50 827
Jugendhilfe	29,5	2,4	—	—	29 536
Ausbildungsförderung	1,8	0,1	—	—	1 822
Wohngeld	7,0	0,6	—	—	6 953
Öffentl. Gesundheitsdienst	3,2	0,3	—	—	3 081
Leistungen zur Vermögens- bildung	10,0	0,8	—	—	1 650
Indirekte Leistungen	116,6	9,3	—	—	116 585
Steuerliche Maßnahmen (ohne FLA)	66,9	5,3	—	—	66 885
Familienleistungsausgleich (FLA)	49,7	4,0	—	—	49 700
Nachrichtlich:					
Früheres Bundesgebiet	1 022,0	81,4	334 304	385 552	347 435
Neue Länder und Berlin-Ost	234,1	18,6	69 956	54 597	67 643

1 Einschl. Leistungen an Asylbewerber.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

Abb. 1: Finanzierung des Sozialbudgets 1997 nach Quellen
in Prozent



Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

inlandsprodukts, als auch von der Entwicklung der Sozialleistungen. Wachsen die Sozialleistungen stärker als das Bruttoinlandsprodukt nimmt die Sozialleistungsquote zu.

Wer trägt wie viel dazu bei, dass das soziale Netz nicht reißt? Drei große Beitragszahler sind auszumachen: Der Staat (Bund, Länder und Gemeinden), die Arbeitgeber und die privaten Haushalte.

9.3 Die Bestandteile des Sozialbudgets

Mit 69 % hatte 1997 das so genannte „Allgemeine System“ der sozialen Sicherung den größten Anteil am Sozialbudget. Es umfasst die Renten-, Pflege-, Kranken- und Unfallversicherung, die Arbeitsförderung sowie das Kinder- und Erziehungsgeld. Diese Sicherungssysteme werden in den Abschnitten 9.4 bis 9.9 näher betrachtet. Die „indirekten Leistungen“ waren der zweitgrößte Posten des Sozialbudgets (9,3 %). Hierzu gehören insbesondere sozialpolitisch motivierte Steuererleichterungen für die privaten Haushalte, wie das Splitting-Verfahren für Ehegatten. Außerdem ist hier der Familienleistungsausgleich ausgewiesen (siehe Abschnitt 9.8). „Soziale Hilfen und Dienste“ bildeten mit einem Anteil von 8,1 % den drittgrößten Block im Sozialbudget. In diesem Leistungsbereich sind Sozialhilfe, Jugendhilfe, Ausbildungsförderung, Wohngeld, öffentlicher Gesundheitsdienst und Vermögensbildung zusammengefasst.

Durch „Arbeitgeberleistungen“ wurden insgesamt 93,4 Mrd. DM aufgewendet. Hierzu zählen die Entgeltfortzahlungen im Krankheitsfall, die betriebliche Altersversorgung und die Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst sowie sonstige Arbeitgeberleistungen (z. B. Bereitstellung von Betriebswohnungen). Nicht darunter fallen die Arbeitgeberanteile an den Beiträgen zur Sozialversicherung oder Leistungen nach den Vermögensbildungsgesetzen u. ä. Die „Leistungssysteme des öffentlichen Dienstes“ hatten 1997 mit 89,6 Mrd. DM einen Anteil von 7,1 % am Sozialbudget. Wie bei den „Allgemeinen Systemen“ steht auch hier die Altersversorgung, und zwar die des öffentlichen Dienstes, im Vordergrund.

Die Bedeutung der „Entschädigungsleistungen“ verliert mit zunehmendem Abstand von den Ereignissen in der Zeit des Nationalsozialismus 1933 bis 1945 an Gewicht. Durch finanzielle Entschädigungen für die Opfer der Gewaltherrschaft, des Krieges und der Kriegsfolgen versucht der Staat einen materiellen Beitrag zur Wiedergutmachung zu leisten. 1997 wurden 15,8 Mrd. DM für Entschädigungen verschiedener Art ausgegeben: 12,7 Mrd. DM überwiegend für Beschädigte und Hinterbliebene, 2,3 Mrd. DM für Wiedergutmachung bei Schäden durch nationalsozialistische Verfolgung an Leben, Gesundheit, Freiheit, beruflichem sowie wissenschaftlichem Fortkommen, 0,5 Mrd. DM für Lastenausgleich und 0,4 Mrd. DM für sonstige Entschädigungen.

Die so genannten „Sondersysteme“, d. h. die Alterssicherung der Landwirte (1997: 6,7 Mrd. DM) und die Versorgungswerke für freiberuflich Tätige (1997: 3,1 Mrd. DM), umfassten zusammen 0,8 % des Sozialbudgets. Sie dienen in erster Linie der Altersversorgung bestimmter Berufsgruppen.

9.4 Gesetzliche Rentenversicherung

Die Alters- und Hinterbliebenenversicherung wird in der Bundesrepublik Deutschland von folgenden Institutionen geleistet: gesetzliche Rentenversicherung, Pensionen im öffentlichen Dienst, Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst, Altershilfe für Landwirte, Versorgungswerke (z. B. für Landwirte), Zusatzversicherung für einzelne Berufe sowie vertragliche und freiwillige Arbeitgeberleistungen.

Wichtigster und umfassendster Bereich ist die gesetzliche Rentenversicherung. 1997 lagen ihre Leistungen bei 416 Mrd. DM, das sind 33,2 % des Sozialbudgets. Rund 43,4 Mill. Versicherte gab es in den drei Zweigen der Rentenversicherung (Rentenversicherung der Arbeiter, der Angestellten, knappschaftliche Rentenversicherung).

Von den Mitte 1997 gezahlten 21,6 Mill. Renten waren 73 % Versichertenrenten, 27 % gingen an die Hinterbliebenen der Versicherten (Hinterbliebenenrente). Da eine Person mehrere Renten bekommen kann (z. B. Witwen-/Witwer- und Versichertenrente), liegt die Zahl der Renten höher als die der Rentenempfänger. Von den Gesamtausgaben für Leistungen waren die Rentenzahlungen mit 345,7 Mrd.

Tab. 2: Gesetzliche Rentenversicherung 1997

	Deutsch- land	Früheres Bundes- gebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Rentenversicherung der		Knapp- schaftliche Rentenver- sicherung
				Arbeiter	Ange- stellten	
1 000						
Pflichtmitglieder und Beitragszahler seit 1924 ¹	43 417	34 781	8 636	20 680	22 173	434
Rentenbestand	21 632	16 874	4 759	12 503	8 126	1 003
Mrd. DM						
Einnahmen	421	336	86	204	190	27
dar. Beiträge (Soll)	301	251	50	126	171	3
DM						
Durchschnittliche Versichertenrente						
Früheres Bundesgebiet	×	1 248	×	1 090	1 491	2 418
Neue Länder und Berlin-Ost	×	×	1 404	1 317	1 457	1 738

1 Ergebnis des Mikrozensus April 1998.

DM 1997 der größte Posten. Darüber hinaus wurden 25,4 Mrd. DM für die Krankenversicherung der Rentner aufgebracht und weitere 8,1 Mrd. DM für Gesundheits- und Rehabilitationsmaßnahmen.

Die durchschnittliche monatliche Versichertenrente in der Rentenversicherung der Arbeiter lag 1997 für Männer im früheren Bundesgebiet bei 1 582 DM und in den neuen Ländern sowie Berlin-Ost bei 1 686 DM, für Frauen bei 663 DM bzw. 1 067 DM. In der Angestelltenversicherung bekam ein Mann durchschnittlich 2 146 DM (früheres Bundesgebiet) bzw. 2 008 DM, eine Frau 1 060 DM bzw. 1 182 DM.

Der Unterschied in der Rentenhöhe ergibt sich unter anderem dadurch, dass die heute anspruchsberechtigten Frauen im Verlauf ihres Arbeitslebens im Durchschnitt geringer entlohnte Tätigkeiten ausübten. Außerdem haben viele Frauen – vor allem aus familiären Gründen – ihre Erwerbstätigkeit zeitweise unterbrochen oder frühzeitig beendet. Letzteres gilt hauptsächlich für die Frauen im früheren Bundesgebiet; in der ehemaligen DDR war die Erwerbsbeteiligung der Frauen durchgängig höher. So erklären sich die hier heute vergleichsweise höheren durchschnittlichen Renten der Frauen.

Wie aus den Tab. 3 und 4 ersichtlich ist, sind die Renten in ihrer Höhe breit gestreut. Im früheren Bundesgebiet waren 1997 Versichertenrenten bei Männern von 2 100 DM bis unter 2 400 DM am häufigsten, in den neuen Ländern und Berlin-Ost zwischen 1 500 DM und 1 800 DM bzw. 1 800 DM und 2 100 DM. Bei den Ver-

Tab. 3: Die Verteilung der Renten nach Betragsgruppen am 1. 7. 1997
im früheren Bundesgebiet

Rentenbetrag in DM/Monat von ... bis unter ...	Versichertenrenten				Witwen-/Witwer- renten	
	Männer	%	Frauen	%	Insgesamt	%
unter 300	274 136	4,9	1 286 289	19,3	434 913	10,0
300– 600	292 433	5,3	1 650 294	24,7	598 953	13,8
600– 900	314 795	5,7	952 976	14,3	735 529	17,0
900–1 200	370 249	6,7	1 077 823	16,1	986 553	22,8
1 200–1 500	510 589	9,2	918 553	13,8	885 865	20,4
1 500–1 800	656 753	11,8	398 774	6,0	448 653	10,3
1 800–2 100	853 955	15,4	198 853	3,0	167 942	3,9
2 100–2 400	879 008	15,8	110 445	1,7	55 391	1,3
2 400–2 700	651 427	11,7	53 678	0,8	} 22 297	0,5
2 700–3 000	426 426	7,7	21 264	0,3		
3 000 u. mehr	317 215	5,7	8 563	0,1		
Insgesamt	5 546 986	100	6 677 512	100	4 336 096	100

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

Tab. 4: Die Verteilung der Renten nach Betragsgruppen am 1. 7. 1997
in den neuen Ländern und Berlin-Ost

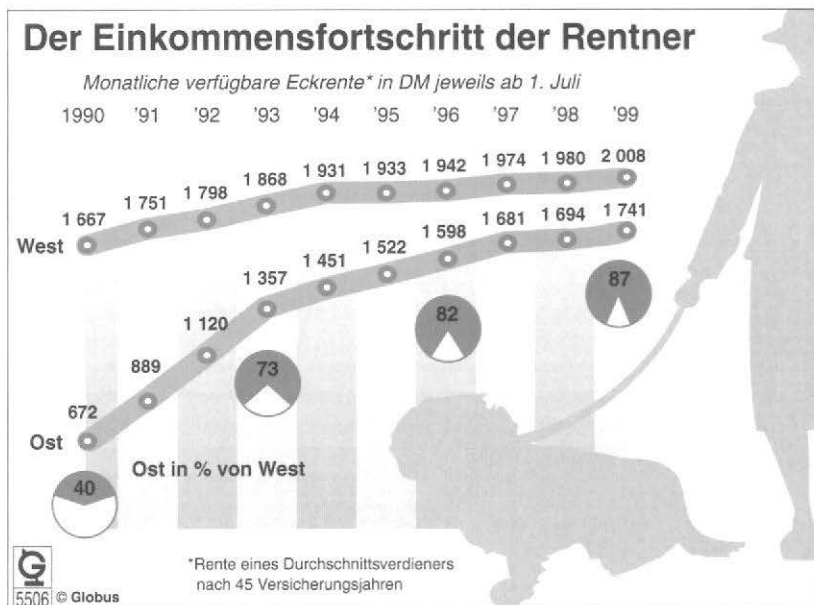
Rentenbetrag in DM/Monat von ... bis unter ...	Versichertenrenten				Witwen-/Witwer- renten	
	Männer	%	Frauen	%	Insgesamt	%
unter 300	8 202	0,6	24 679	1,1	91 990	8,5
300– 600	24 098	1,8	216 487	9,9	142 613	13,1
600– 900	12 353	0,9	325 466	14,8	298 010	27,4
900–1 200	53 110	3,9	705 711	32,2	330 276	30,4
1 200–1 500	194 589	14,2	626 477	28,5	172 911	15,9
1 500–1 800	343 402	25,0	191 601	8,7	40 290	3,7
1 800–2 100	343 454	25,0	68 631	3,1	7 290	0,7
2 100–2 400	218 383	15,9	27 196	1,2	1 687	0,2
2 400–2 700	108 022	7,9	7 291	0,3	776	0,1
2 700 u. mehr	66 301	4,8	796	0,0		
Insgesamt	1 371 914	100	2 194 335	100	1 085 843	100

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

sichertenrenten der Frauen gab es im Westen Renten in der Größenklasse von 300 DM bis 600 DM am häufigsten, im Osten zwischen 900 DM und 1 200 DM.

Seit dem 1. Januar 1992 gilt das Rentenrecht der Bundesrepublik auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Gleichzeitig wurden die Zusatz- und Sonderversorgungssysteme der ehemaligen DDR in die Rentenversicherung überführt. Die Bestandsrenten wurden zum 1. Januar 1992 entsprechend der Zahl der Arbeitsjahre und dem individuellen Durchschnittseinkommen der letzten 20 Jahre

Abb. 2:



umgestellt. Renten, bei denen sich infolge der Neuberechnung ein niedrigerer Betrag als der bis Ende 1991 bezahlte ergab, wurden in Höhe der Differenz durch einen so genannten Auffüllbetrag aufgestockt, der undynamisiert bis Ende 1996 gezahlt wurde und seitdem durch die Anpassungen abgeschmolzen wird. Ähnliche Regelungen betreffen die zwischen dem 1. Januar 1992 und dem 31. Dezember 1996 beginnenden Rentenzahlungen.

Die Rentenversicherung finanziert sich seit der Rentenreform von 1957 nach dem so genannten „Umlageverfahren“. Das bedeutet, dass die Beschäftigten von heute im Rahmen des „Generationenvertrages“ die Renten für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von gestern bezahlen. Eine Ansammlung von Vermögen, aus dessen Erträgen die Renten finanziert werden, findet nicht statt.

Die Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern sind die wichtigste Finanzierungsquelle der gesetzlichen Rentenversicherung. 1997 waren dies rund 71 % der Gesamteinnahmen. Der Bund leistete Zuschüsse in Höhe von 21 %. Die übrigen Einnahmen, wie Vermögenserträge oder Erstattungen anderer Institutionen, haben einen nur geringen Anteil an der Gesamtfinanzierung.

Betrachtet man die zentrale Bedeutung der Beitragszahlungen, werden mögliche Schwierigkeiten deutlich: Nur solange das Verhältnis zwischen Beitragszahlern und Rentenempfängern konstant bleibt oder sogar größer wird, funktioniert das Umlageverfahren ohne größere Probleme. Ergibt sich aber kurz- bzw. langfristig,

dass dieses Verhältnis ungünstiger wird, d. h. im Durchschnitt immer weniger Beitragszahler für die Finanzierung einer Rente aufkommen müssen, muss durch geeignete Maßnahmen (Beitragserhöhungen, höhere Bundeszuschüsse, geringere Anpassung der Renten u. a.) versucht werden, das System im Gleichgewicht zu halten. Langfristig wird die erwartete demographische Entwicklung (steigende Lebenserwartung bei niedrigen Geburtenraten) zu zunehmendem Anpassungsbedarf führen. Zusätzlich hat die Situation auf dem Arbeitsmarkt einen erheblichen Einfluss auf die Höhe der Einnahmen der Rentenversicherung.

In der Vergangenheit mussten die Beiträge mehrfach erhöht werden, zuletzt zum 1. Januar 1997, als der Beitrag zur Rentenversicherung der Arbeiter und Angeestellten von 19,2 % auf 20,3 % des Bruttolohns bzw. -gehalts heraufgesetzt wurde. Die mit der Beitragserhöhung verbundene Steigerung der Lohnnebenkosten erhöht für die Unternehmen die Kosten des Faktors Arbeit und hat damit tendenziell negative Effekte auf den Arbeitsmarkt. Dieser Beitrag wurde zum 1. April 1999 wieder auf 19,5 % gesenkt. Der Einnahmeausfall wird vor allem durch Einnahmen aus einer Erhöhung der Energiesteuern und somit letztlich durch einen Zuschuss des Bundes kompensiert.

9.5 Gesetzliche Krankenversicherung

Zur Sicherung im Bereich der Gesundheit dienen folgende Institutionen des Sozialbudgets: die gesetzliche Kranken- und die Unfallversicherung, die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall durch den Arbeitgeber, die Beihilfen im öffentlichen Dienst bei Krankheit, Mutterschaft und Tod sowie die Aufwendungen für den öffentlichen Gesundheitsdienst (Beratung und Aufklärung in gesundheitlichen Fragen, Verhütung und Bekämpfung von Krankheiten usw.). Die gesetzliche Krankenversicherung spielt für die finanzielle Absicherung des Krankheitsrisikos eine entscheidende Rolle. Pflichtmitglieder sind die in einem Arbeiter- oder Angestelltenverhältnis Beschäftigten, deren regelmäßiger Jahresverdienst die Beitragsbemessungsgrenze nicht übersteigt, sowie Rentnerinnen und Rentner, Auszubildende, Studierende und Arbeitslose. Ferner sind die landwirtschaftlichen Unternehmer und ihre mitarbeitenden Familienangehörigen sowie einige kleinere Gruppen von Selbständigen pflichtversichert.

Im Jahresdurchschnitt standen 1997 insgesamt 71,7 Mill. Bürgerinnen und Bürger unter dem Schutz der gesetzlichen Krankenversicherung. Rund 29,6 Mill. waren Pflichtmitglieder, 6,1 Mill. freiwillige Mitglieder und 15,2 Mill. Rentnerinnen bzw. Rentner. 20,8 Mill. waren als Familienangehörige mitversichert.

Die Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung beliefen sich 1997 auf rund 246 Mrd. DM; das entspricht einem Anteil von 19,6 % am Sozialbudget. Den stärksten Kostenblock bildeten – wie Tab. 5 zeigt – die Krankenhausbehandlungen mit rund 80 Mrd. DM.

Tab. 5: Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung

Art der Ausgaben	1994	1995	1996	1997
<i>Ausgaben in Mrd. DM</i>				
Ausgaben insgesamt	234,3	262,8	272,6	267,9
darunter:				
Behandlung durch Ärzte und Zahnärzte	50,5	52,3	54,1	55,0
Arzneimittel, Heil- und Hilfsmittel, Zahnersatz	51,5	55,7	60,1	58,1
Krankenhausbehandlung	74,5	77,7	78,2	80,1
Krankengeld	15,9	18,4	18,2	14,4
Verwaltungskosten	11,7	12,0	12,8	12,6
<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>				
Ausgaben insgesamt	10,6	12,2	3,7	- 1,7
darunter:				
Behandlung durch Ärzte und Zahnärzte	5,3	3,5	3,6	1,5
Arzneimittel, Heil- und Hilfsmittel, Zahnersatz	9,5	8,1	8,0	- 3,3
Krankenhausbehandlung	8,8	4,2	0,7	2,3
Krankengeld	9,3	15,6	- 1,1	- 20,6
Verwaltungskosten	5,5	2,4	6,7	- 1,4

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit.

Tab. 6: Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung je Mitglied
jährliche Veränderungen in Prozent

Jahr	Ausgaben je Mitglied insgesamt	Darunter für				
		Behandlung durch		Arznei- mittel	Zahnersatz	Kranken- haus- behandlung
		Ärzte	Zahnärzte			
Früheres Bundesgebiet						
1994	+ 9,3	+ 3,7	+ 4,4	+ 4,7	+ 15,2	+ 7,5
1995	+ 10,5	+ 2,8	+ 0,5	+ 6,9	+ 6,8	+ 3,1
1996	+ 2,7	+ 2,5	+ 7,3	+ 6,4	+ 10,5	- 0,7
1997 ¹	- 2,4	+ 1,8	+ 0,9	- 4,0	+ 0,5	+ 5,6
Neue Länder und Berlin-Ost						
1994	+ 18,3	+ 15,7	+ 9,1	+ 13,3	+ 15,8	+ 16,7
1995	+ 16,8	+ 7,0	+ 4,0	+ 9,6	- 2,8	+ 6,1
1996	+ 6,9	- 1,4	+ 6,4	+ 5,6	+ 9,9	+ 6,1
1997 ¹	- 2,8	+ 3,5	- 0,3	- 6,3	+ 8,7	+ 5,8

1 Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit.

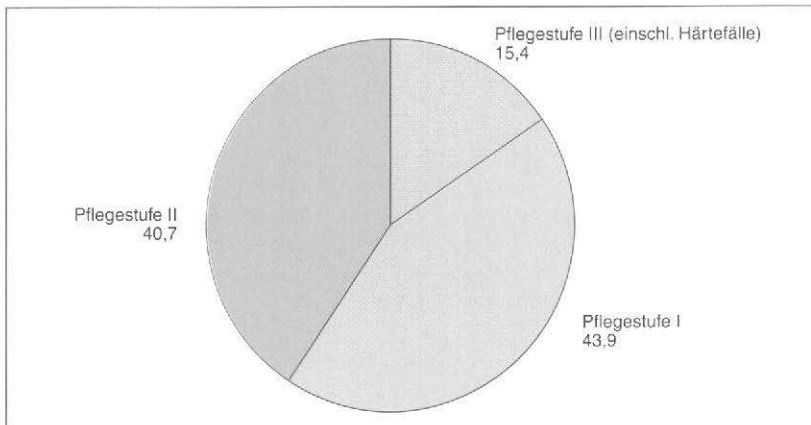
Die Gesamtausgaben der Krankenversicherung sind – im Gegensatz zur Entwicklung in den Vorjahren – 1997 um 1,7 % gegenüber 1996 gesunken. Besonders deutlich waren, gemessen an der relativen Veränderung, die Einsparungen bei den Ausgaben für das Krankengeld sowie für Arznei-, Heil- und Hilfsmittel und Zahnersatz. Als Erklärung hierfür können die Gesetzesänderungen zu Beginn und Mitte des Jahres 1997 herangezogen werden. Anhand der Ausgaben pro Mitglied in Tab. 6 ist die Entwicklung ebenfalls nachvollziehbar.

9.6 Soziale Pflegeversicherung

Seit 1995 ist das Sozialsystem mit der Pflegeversicherung um eine weitere Säule ergänzt worden. Sie soll Schutz vor den finanziellen Folgen der Pflegebedürftigkeit bieten. Ihre Leistungen sollen den Betroffenen ein möglichst selbstständiges und selbstbestimmtes Leben erlauben.

Die Pflegeversicherung ist eine Pflichtversicherung – gesetzlich Versicherte sind in der Regel über ihre Krankenkasse in der zugehörigen Pflegekasse versichert, privat Versicherte bei ihrem privaten Versicherungsunternehmen. Seit April 1995 gibt es Leistungen für die häusliche (ambulante) Pflege, seit Juli 1996 auch für die stationäre Pflege in Heimen. Die Höhe der Zahlungen der gesetzlichen Pflegeversicherung richtet sich nach dem jeweiligen Hilfebedarf, der in drei Stufen eingeteilt ist. Zudem ist entscheidend, ob ambulante, teilstationäre oder stationäre Pflege

Abb. 3: Leistungsempfänger der sozialen Pflegeversicherung 1997
nach Pflegestufen
in Prozent

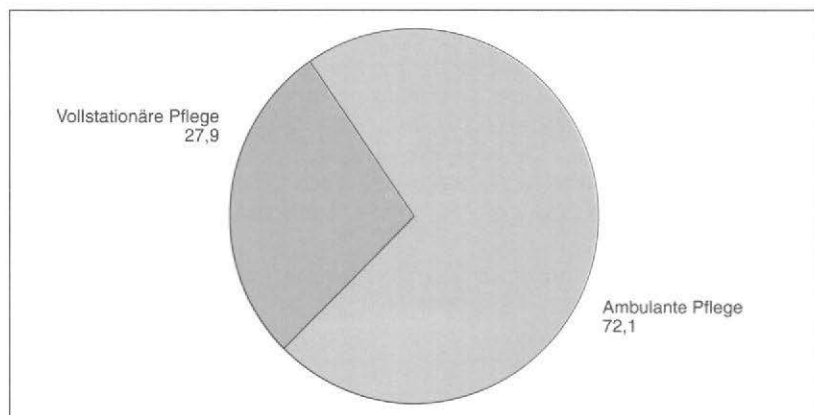


Quelle: Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

erfolgt. Für die stationäre Pflege liegen die monatlichen Leistungen der Pflegeversicherung bei bis zu 3 300 DM. In der ambulanten Pflege unterscheidet man Pflegegeld und Pflegesachleistungen. Bei Pflegesachleistungen erfolgt die Pflege durch einen Vertragspartner der Pflegekassen, z. B. durch eine Sozialstation. Mit dem Pflegegeld kann der oder die Betroffene die pflegerische Versorgung, z. B. durch Angehörige, selbst sicherstellen. Pflegegeld wird monatlich bis zu 1 300 DM gewährt, Pflegesachleistungen bis zu einem Wert von 3 750 DM. Kombinationen aus Geld- und Sachleistungen sind bei ambulanter Pflege möglich.

1997 waren in der gesetzlichen Pflegeversicherung 71,7 Mill. Personen versichert. Leistungen aus der Pflegeversicherung erhielten 1,66 Mill. Pflegebedürftige. Von ihnen wurden 1,20 Mill. ambulant versorgt und 0,46 Mill. stationär. 43,9 % der

Abb. 4: Leistungsempfänger der sozialen Pflegeversicherung 1997
nach Leistungsarten
in Prozent

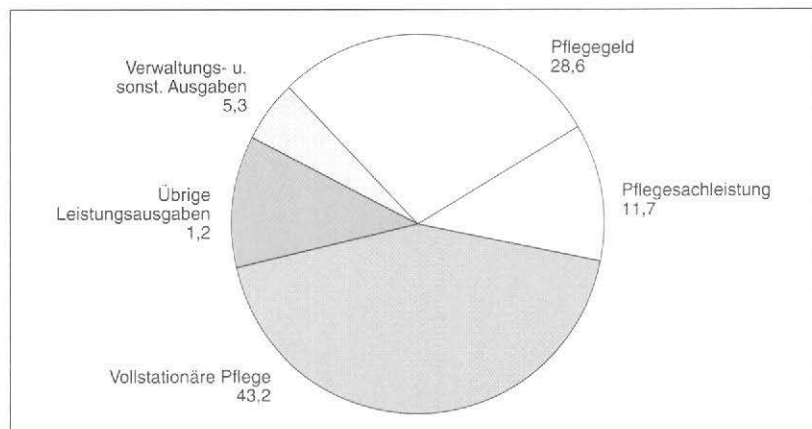


Quelle: Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

Pflegebedürftigen erhielten Leistungen der niedrigsten Leistungsstufe: der Pflegestufe I. Der Pflegestufe II waren 40,7 % zugeordnet und der Stufe III (einschließlich Härtefälle) 15,4 %. Von den Ausgaben entfielen 43,2 % auf Leistungen im Bereich der vollstationären Pflege. 28,6 % wurden für Pflegegeld und 11,7 % für Pflegesachleistungen verwendet. 16,5 % entfielen auf übrige Leistungsausgaben sowie Verwaltungs- und sonstige Ausgaben.

Im Sozialbudget sind die Leistungen der Pflegeversicherung 1997 mit 29,3 Mrd. DM verbucht. Dies entspricht einem – verglichen mit Renten- bzw. Krankenversicherung – eher geringen Anteil von 2,3 %. Finanziert wird die Pflegeversicherung je zur Hälfte durch die Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Um den Beitrag von Arbeitgeberseite zu gewährleisten, fiel in den meisten Bundes-

Abb. 5: Ausgaben der sozialen Pflegeversicherung 1997
in Prozent



Quelle: Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

ländern ein gesetzlicher Feiertag im Jahr weg. Der Beitrag lag bis Mitte 1996 bei einem Prozent des Bruttoarbeitsentgelts. Mit der Einführung der stationären Pflegeleistungen wurde er auf 1,7 Prozent erhöht. Zur Finanzierung der Pflegeversicherung werden keine öffentlichen Mittel zugewiesen.

9.7 Arbeitsförderung

Zum Maßnahmenkatalog der Arbeitsförderung gehören neben Leistungen bei Arbeitslosigkeit (Zahlung von Arbeitslosengeld und -hilfe) und bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers (Konkursausfallgeld) auch Maßnahmen zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen (Kurzarbeitergeld, Schlechtwettergeld), die Arbeitsvermittlung sowie die Förderung der beruflichen Bildung und die Gewährung von berufsfördernden Leistungen zur Rehabilitation. Somit werden über den 1927 eingeführten Versicherungsschutz bei Arbeitslosigkeit hinaus, zusätzliche Akzente der Arbeitsmarktpolitik gesetzt: gezielte Förderungsmaßnahmen zur beruflichen Qualifizierung von Personen ohne Beschäftigung gewannen in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung.

135,1 Mrd. DM – davon 85,2 Mrd. DM im Westen und 49,9 Mrd. DM im Osten – betrugen 1997 die Ausgaben für die Arbeitsförderung der Bundesanstalt für Arbeit und des Bundes. 1996 waren es 138,3 Mrd. DM (siehe Tab. 7).

1997 wurden von den Gesamtausgaben 59,2 Mrd. DM für Arbeitslosengeld und 28,0 Mrd. DM für Arbeitslosenhilfe aufgewendet. Zusammen flossen somit 64,6 %

der Ausgaben in die unmittelbare Unterstützung von Arbeitslosen. Dabei erhielten im Jahresdurchschnitt 1997 rund 2,16 Mill. Menschen Arbeitslosengeld und 1,35 Mill. Arbeitslosenhilfe. Das bedeutet, dass von den 4,39 Mill. Arbeitslosen 80 % Anspruch auf Leistungen hatten, 20 % gingen leer aus. Gründe hierfür waren, dass die Betroffenen aufgrund zu kurzer vorhergehender Beschäftigungszeit keinen Anspruch auf diese Leistungen erworben hatten, die Anspruchsfrist abgelaufen war oder keine Bedürftigkeit anerkannt wurde.

Tab. 7: Daten der Arbeitsförderung

	1996			1997		
	Deutsch- land	Früheres Bundes- gebiet	Neue Länder u. Berlin-Ost	Deutsch- land	Früheres Bundes- gebiet	Neue Länder u. Berlin-Ost
	<i>1 000</i>					
Arbeitslose	3 965	2 796	1 169	4 385	3 021	1 364
Empfänger von						
Arbeitslosengeld	1 989	1 304	684	2 155	1 340	814
Arbeitslosenhilfe	1 104	750	354	1 354	891	463
	<i>Mill. DM</i>					
Einnahmen						
der Bundesanstalt						
für Arbeit	91 825	87 885	3 940	93 149	80 726	12 423
darunter Beiträge	85 073	81 190	3 883	85 793	73 440	12 353
Ausgaben						
der Bundesanstalt						
für Arbeit	105 588	67 362	38 226	102 723	64 101	38 622
darunter:						
Arbeitslosengeld	55 655	39 153	16 502	59 229	39 303	19 926
Kurzarbeitergeld,						
Maßnahmen zur						
Arbeitsbeschaffung	12 190	3 600	8 590	9 818	2 911	6 907
Mittel des Bundes						
Ausgaben insgesamt	32 666	19 184	13 482	32 382	21 070	11 312
darunter:						
Arbeitslosenhilfe	24 225	17 433	6 792	27 998	19 573	8 425

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

Der Umfang der Leistungen liegt beim Arbeitslosengeld für Arbeitslose mit Kindern bei 67 % des letzten Nettoeinkommens und für Arbeitslose ohne Kinder bei 60 %. Die Arbeitslosenhilfe beträgt 57 % des letzten Nettoeinkommens für Hilfeempfänger mit Kindern bzw. 53 % für Personen ohne Kinder.

Die Ausgaben der Arbeitsförderung werden überwiegend durch die Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zur Arbeitslosenversicherung finanziert (1997 zu

63,5 %). Der Beitragssatz liegt bei 6,5 % des Bruttoarbeitsentgelts. Hiervon tragen Beschäftigte und Arbeitgeber jeweils die Hälfte. Von Arbeitgeberseite werden außerdem Umlagen erhoben, die zur Finanzierung des Konkursausfallgeldes und der Winterbau-Umlage dienen. Darüber hinaus trägt der Bund die Arbeitslosenhilfe; er ist auch verpflichtet, Darlehen und Zuschüsse zu gewähren, wenn die Bundesanstalt für Arbeit ihre Leistungen nicht aus eigenen Einnahmen und ihrer Rücklage finanzieren kann.

9.8 Kindergeld/Familienleistungsausgleich

Diese Leistungen des Staates sind Zuschüsse zum Unterhalt der Kinder – und damit ein Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit und zu mehr Chancengleichheit. Wer Kinder hat und in Deutschland wohnt, hat Anspruch auf diese Leistungen. Dies gilt auch für ausländische Bürgerinnen und Bürger, wenn sie eine gültige Aufenthaltsberechtigung oder Aufenthaltserlaubnis besitzen. Die Leistungen können auch Väter oder Mütter erhalten, die sich – etwa aus beruflichen Gründen – für einige Zeit im Ausland aufhalten. Allerdings bezahlt der Staat nur dann, wenn das Kind im Bundesgebiet lebt.

Zu Beginn des Jahres 1996 wurde im Rahmen des Jahressteuergesetzes der „Familienleistungsausgleich“ eingeführt. Danach können die Familien zwischen Kindergeld oder einem Steuerfreibetrag wählen. Ob der Bezug von Kindergeld oder der Steuerfreibetrag günstiger ist, wird bei der Veranlagung zur Einkommensteuer geprüft. Das Kindergeld für das erste und zweite Kind wurde zum 1. Januar 1999 von jeweils 220 DM pro Monat auf 250 DM erhöht. Die Beträge für das dritte in Höhe von 300 DM sowie 350 DM ab dem vierten Kind blieben unverändert.

Kindergeld wird bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres für alle Kinder gezahlt. Volljährige junge Menschen können – unter bestimmten Voraussetzungen – bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres Kindergeld erhalten, z. B. wenn sie sich noch in der Schul- oder Berufsausbildung befinden.

8,6 Mill. Berechtigte bezogen 1997 Kindergeld für 14,4 Mill. Kinder. Hinzu kommen die Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die das etwaige Kindergeld von ihren Arbeitgebern direkt erhalten. Von den Empfangsberechtigten (ohne öffentlichen Dienst) waren 7,7 Mill. Deutsche (89 %) und 0,9 Mill. (11 %) ausländischer Herkunft (siehe Tab. 8).

Die Höhe des Kindergeldes ist, wie erwähnt, gestaffelt nach der Zahl der Kinder. Von den Kindern, für die Kindergeld gezahlt wurde, waren 59 % Erstkinder, 30 % Zweitkinder, 8 % Drittkinder und 3 % vierte und weitere Kinder. Das Geld stammt aus Bundesmitteln. Für 1997 wies das Sozialbudget für das Kindergeld und den Familienleistungsausgleich insgesamt Leistungen in Höhe von 50,1 Mrd. DM aus.

Tab. 8: Kindergeld (ohne öffentlichen Dienst)

	1997			1998		
	Ins- gesamt	Deutsche	Ausländer/ -innen	Ins- gesamt	Deutsche	Ausländer/ -innen
	<i>1 000</i>					
Berechtigte ¹	8 564	7 659	905	8 637	7 711	926
Kinder insgesamt ¹	14 331	12 663	1 698	14 451	12 724	1 727
davon waren:						
1. Kind	8 396	7 500	896	8 480	7 563	918
2. Kind	4 320	3 804	517	4 347	3 824	523
3. Kind	1 191	999	192	1 199	1 006	194
4. und weitere Kinder	424	331	93	424	332	93
	<i>Mill. DM</i>					
Ausgezahlte Beträge ²	40 466	35 580	4 887	40 932	35 861	5 071

¹ Stand: Dezember.

² Zum Jahresbeginn 1996 ist das Jahressteuergesetz in Kraft gesetzt worden. Danach können Familien nunmehr alternativ zwischen dem Bezug von Kindergeld oder einem Steuerfreibetrag wählen. – Ausgezahlte Beträge mit Kindergeldzuschlag für geringverdienende Familien im Laufe des Jahres.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

9.9 Erziehungsgeld

Erziehungsurlaub und Erziehungsgeld sollen einem Elternteil die Möglichkeit geben, sein Kind während der ersten Lebensphase bei vollständigem oder zumindest weitgehendem Verzicht auf Erwerbstätigkeit zu betreuen. Seit Januar 1986 können Mütter und Väter Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub bekommen. Das Erziehungsgeld beträgt in den ersten sechs Lebensmonaten je Kind 600 DM monatlich. Danach werden einkommensabhängig Abzüge vorgenommen. Erziehungsgeld gibt es höchstens 24 Monate. Auch ausländische Eltern haben Anspruch auf Erziehungsgeld sofern sie im Besitz einer gültigen Aufenthaltsberechtigung oder Aufenthaltsbescheinigung sind.

1997 erhielten im ersten halben Lebensjahr ihres Kindes 751 000 Mütter und Väter Erziehungsgeld. Davon waren die meisten verheiratete Paare (82 %). 10 % der Erziehungsgeldbezieher/-innen waren allein erziehend, 9 % aller Berechtigten lebten in einer so genannten eheähnlichen Gemeinschaft (siehe Tab. 9). Das Erziehungsgeld wurde 1997 aus Bundesmitteln in Höhe von 7,0 Mrd. DM finanziert.

Über den sechsten Lebensmonat des Kindes hinaus erhielten 84 % der Erziehungsgeldempfänger weiterhin Erziehungsgeld; für die anderen entfiel der Anspruch aufgrund zu hoher Einkommen. Anspruch auf die volle Höhe von 600 DM hatten 52 %, ein Erziehungsgeld zwischen 400 DM und 599 DM erhielten 13 %, bei weiteren 18 % lag der Betrag unter 400 DM.

57 % der Erziehungsgeldempfängerinnen und -empfänger waren vor der Geburt ihres Kindes erwerbstätig. Von den rund 430 000 abhängig Beschäftigten nahmen die meisten, nämlich 96 %, auch Erziehungsurlaub. Nur gut 2 % setzten ihre bisherige Tätigkeit fort, ebenfalls 2 % beendeten das Arbeitsverhältnis. Während des Erziehungsurlaubs übten 15 000 Personen eine Teilzeittätigkeit aus.

Tab. 9: Empfänger/-innen von Erziehungsgeld¹
mit und ohne Erziehungsurlaub 1997

	Insgesamt	Frauen	Männer
<i>nach der Staatsangehörigkeit</i>			
Deutsche	642 707	628 744	13 963
Ausländer/-innen	108 538	103 186	5 352
Insgesamt	751 245	731 930	19 315
<i>nach der Beteiligung am Erwerbsleben</i>			
Abhängig Beschäftigte ²	430 391	422 894	7 497
im Erziehungsurlaub	411 504	405 393	6 111
ohne Teilzeitbeschäftigung	396 472	391 280	5 192
mit Teilzeitbeschäftigung	15 032	14 113	919
ohne Erziehungsurlaub mit Teilzeitbeschäftigung	5 672	5 033	639
Arbeitsverhältnis beendet	9 158	8 737	421
Auszubildende ohne Erziehungsurlaub	4 057	3 731	326
Selbständige und mithelfende Familienangehörige	11 887	10 780	1 107
Nichterwerbstätige	308 967	298 256	10 711
<i>nach der familiären Situation</i>			
Verheiratete und nicht dauernd Getrenntlebende	613 586	596 952	16 634
Alleinerziehende	73 154	72 682	472
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	64 505	62 296	2 209

1 Bewilligte Erstanträge.

2 Vor Erziehungsgeldbezug.

Quelle: Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend.

Obwohl Mütter und Väter Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub bekommen können, werden diese Leistungen fast ausschließlich von Frauen in Anspruch genommen. Nur 19 300 Väter bezogen 1997 Erziehungsgeld. Das sind 3 % aller Empfängerinnen und Empfänger. Von den 7 500 abhängig Beschäftigten nahmen 6 100 Erziehungsurlaub; 900 gingen dabei einer Teilzeitbeschäftigung nach. 400 beendeten ihr Beschäftigungsverhältnis. Der größte Teil der Väter (11 000) zählte allerdings zu den Nichterwerbstätigen.

9.10 Sozialhilfe und Leistungen an Asylbewerber

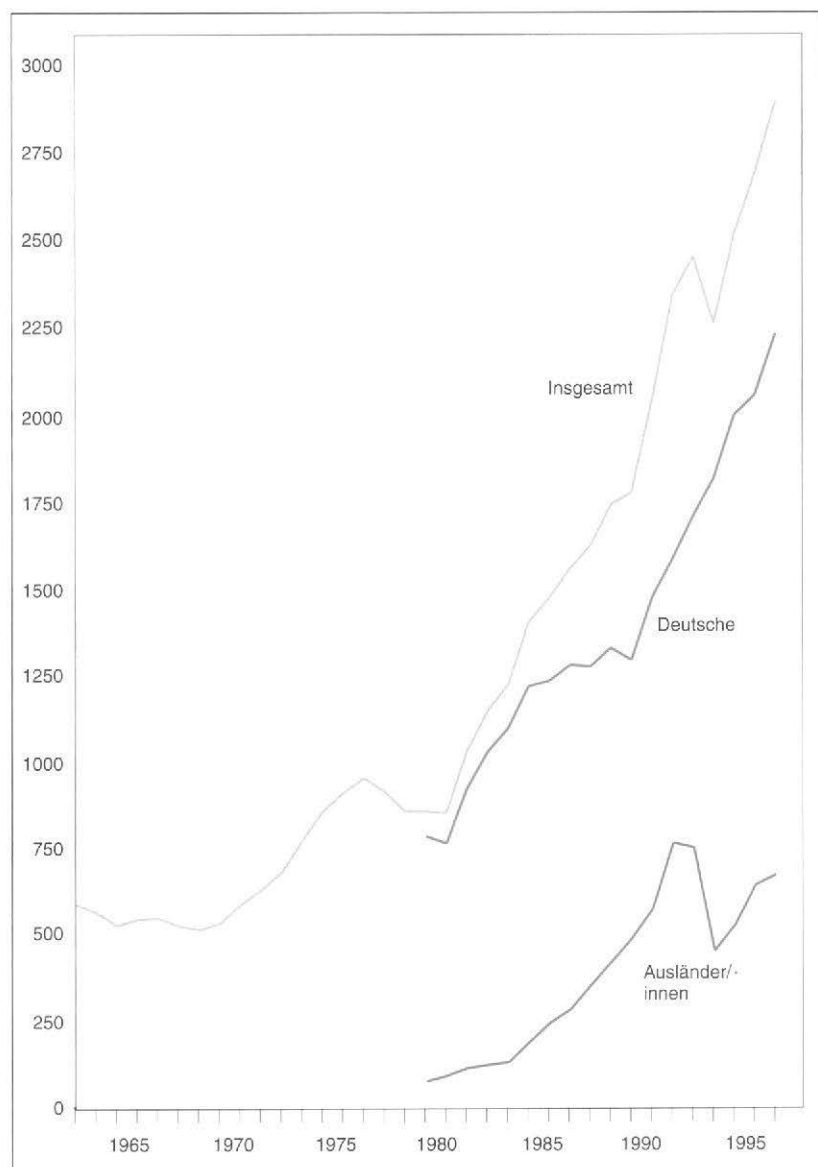
Die Sozialhilfe hat die Funktion, in Not geratenen Bürgerinnen und Bürgern ohne anderweitige Unterstützung eine der Menschenwürde entsprechende Lebensführung zu ermöglichen. Sie wird, sofern die im Bundessozialhilfegesetz (BSHG) aufgeführten Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sind, nachrangig zur Deckung eines individuellen Bedarfs mit dem Ziel der Hilfe zur Selbsthilfe gewährt. Nachrangig bedeutet, dass die Sozialhilfe als „Netz unter dem sozialen Netz“ nur dann eingreift, wenn die betroffenen Personen nicht in der Lage sind, sich aus eigener Kraft zu helfen, oder wenn die erforderliche Hilfe nicht von anderen, insbesondere Angehörigen oder von Trägern anderer Sozialleistungen, erbracht wird. Asylbewerber und abgelehnte Bewerber, die zur Ausreise verpflichtet sind, sowie geduldete Ausländerinnen und Ausländer erhalten seit November 1993 anstelle der Sozialhilfe Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Je nach Art der vorliegenden Notlage unterscheidet man in der Sozialhilfe zwei Haupthilfearten. Personen, die ihren Bedarf an Nahrung, Kleidung, Unterkunft, Hausrat usw. nicht ausreichend decken können, haben Anspruch auf „Hilfe zum Lebensunterhalt“. In außergewöhnlichen Bedarfssituationen, bedingt durch gesundheitliche oder soziale Beeinträchtigungen, wird „Hilfe in besonderen Lebenslagen“ gewährt. Als spezielle Hilfen kommen dabei u. a. die Hilfe zur Pflege, die Eingliederungshilfe für Behinderte oder die Krankenhilfe in Frage.

Seit In-Kraft-Treten des Bundessozialhilfegesetzes im Juni 1962 ist besonders die Zahl der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, der so genannten „Sozialhilfe im engeren Sinne“ deutlich angestiegen. Im Folgenden werden die Empfängerinnen und Empfänger von Sozialhilfe im engeren Sinne kurz „Sozialhilfeempfänger“ genannt. Die zeitliche Entwicklung verlief nicht kontinuierlich: Während der 60er Jahre gab es im früheren Bundesgebiet bei nur unwesentlichen Veränderungen rund eine halbe Million Empfänger. Mit Beginn der 70er Jahre setzte dann ein erster Anstieg ein, der bis 1977 andauerte. Nach einer kurzen Periode der Beruhigung folgte Anfang der 80er Jahre eine zweite Anstiegsphase: 1982 gab es erstmals mehr als eine Million Empfänger; im Jahr 1991 wurde dann die Zwei-Millionen-Marke erreicht. Ausschlaggebend hierfür war auch die Einbeziehung der neuen Länder und Berlin-Ost, wodurch sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger zum Jahresende 1991 zusätzlich um 217 000 Personen erhöhte. Der deutliche Rückgang der Bezieherzahl im Jahr 1994 ist auf die Einführung des Asylbewerberleistungsgesetzes zurückzuführen. Rund 450 000 Personen fielen aus dem Sozialhilfebezug heraus. Grundlage ihrer Ansprüche war fortin das neue Asylbewerberleistungsrecht. In den darauf folgenden Jahren stieg die Zahl der Sozialhilfebezieher dann wieder an.

Ende 1997 erhielten 2,89 Mill. Personen (+7,6 % gegenüber 1996) in 1,49 Mill. Haushalten Sozialhilfe. Die Zahl der deutschen Empfängerinnen und Empfänger belief sich auf 2,23 Mill., die der ausländischen auf 665 000 (23 %).

Abb. 6: Empfänger/-innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen 1963 bis 1997¹



¹ Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

Tab. 10: Empfänger/-innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt
außerhalb von Einrichtungen am Jahresende 1997

Alter von . . . bis unter . . . Jahren	Insgesamt	Je 1 000 Einwohner	Männlich	Weiblich
<i>Insgesamt</i>				
unter 7	480 527	85	246 815	233 712
7-18	596 312	58	304 773	291 539
18-25	274 712	44	104 293	170 419
25-50	1 052 740	33	424 094	628 646
50-60	220 125	21	102 392	117 733
60-70	158 562	18	67 448	91 114
70 und älter	110 200	12	22 467	87 733
Insgesamt	2 893 178	35	1 272 282	1 620 896
<i>Deutsche</i>				
unter 7	372 766	76	190 776	181 990
7-18	453 653	50	229 664	223 989
18-25	208 229	39	74 818	133 411
25-50	810 710	29	308 026	502 684
50-60	170 706	18	78 939	91 767
60-70	118 844	14	47 229	71 615
70 und älter	93 534	11	16 042	77 492
Zusammen	2 228 442	30	945 494	1 282 948
<i>Nichtdeutsche</i>				
unter 7	107 761	147	56 039	51 722
7-18	142 659	132	75 109	67 550
18-25	66 483	70	29 475	37 008
25-50	242 030	71	116 068	125 962
50-60	49 419	66	23 453	25 966
60-70	39 718	119	20 219	19 499
70 und älter	16 666	107	6 425	10 241
Zusammen	664 736	90	326 788	337 948

56,0 % aller Empfänger/-innen waren Frauen. Die Aufgliederung nach dem Alter zeigt, dass Kinder relativ häufig unter den Sozialhilfebezieher anzutreffen sind: So waren 37,2 % derjenigen, die Sozialhilfe bezogen, Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Die vergleichsweise hohe Inanspruchnahme der Sozialhilfe durch junge Menschen wird auch anhand der Sozialhilfequote (Zahl der Hilfebezieher je 1 000 Einwohner) deutlich. Während Ende 1997 von 1 000 Einwohnern 35 Personen Sozialhilfe bekamen, waren es bei den unter 18-Jährigen mit 68 je 1 000 Einwohner fast doppelt so viel.

Unter den 1,49 Mill. Haushalten, die Sozialhilfe bezogen, waren 622 000 Einpersonenhaushalte; darüber hinaus gab es 184 000 Ehepaare mit Kindern und

104 000 Ehepaare ohne Kinder. Besonders häufig bekamen allein erziehende Frauen (325 000) Sozialhilfe.

Die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen wird im Wesentlichen nach Regelsätzen und Mehrbedarfzuschlägen gewährt; darüber hinaus werden i. d. R. auch die Unterkunftskosten übernommen. Berechnet werden die Leistungen folgendermaßen: Die Gesamtsumme der vorgenannten Bedarfspositionen für den Haushaltsvorstand und dessen Haushaltsangehörige ergibt den Bruttobedarf. Zieht man hiervon das anzurechnende Einkommen ab, erhält man den tatsächlich auszahlenden Nettoanspruch. Im Durchschnitt hatte ein Sozial-

Tab. 11: Haushalte von Empfängern/Empfängerinnen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am Jahresende 1997 nach Haushaltstyp und monatlichen Zahlungsbeträgen

Haushaltstyp	Ins- gesamt	Brutto- bedarf	Darunter Brutto- kaltmiete	Ange- rechne- tes Ein- kommen	Netto- anspruch	Anteil Netto- anspruch am Brutto- bedarf
Haushalte insgesamt	1 488 484	1 520	526	733	787	51,8
darunter:						
Ehepaare ohne Kinder	104 452	1 675	584	828	847	50,6
Ehepaare mit Kindern ¹	184 121	2 537	788	1 419	1 119	44,1
mit einem Kind	68 346	2 075	687	1 056	1 018	49,1
mit 2 Kindern	65 301	2 487	775	1 390	1 097	44,1
mit 3 und mehr Kindern	50 474	3 230	941	1 947	1 283	39,7
Einzelnen nachgewiesene						
Haushaltsvorstände	621 632	1 066	438	415	651	61,1
männlich	288 070	994	400	309	685	68,9
weiblich	333 562	1 129	470	507	622	55,1
Alleinerziehende Frauen						
mit Kindern ¹	324 911	2 034	675	1 063	970	47,7
mit einem Kind	182 429	1 714	608	804	910	53,1
mit 2 Kindern	100 382	2 249	723	1 244	1 005	44,7
mit 3 und mehr Kindern	42 100	2 905	850	1 754	1 151	39,6

1 Kinder unter 18 Jahren.

hilfshaushalt 1997 einen monatlichen Bruttobedarf von 1 520 DM, wovon allein rund ein Drittel auf die Kaltmiete entfiel. Unter Berücksichtigung des ange-rechneten Einkommens in Höhe von durchschnittlich 733 DM, wurden pro Haus-halt im Schnitt 787 DM – also etwas mehr als die Hälfte des Bruttobedarfs – mo-natlich ausgezahlt. Mit zunehmender Haushaltsgröße gelangt tendenziell weniger vom Bruttobedarf zur Nettoauszahlung. Das ist darauf zurückzuführen, dass grö-ßere Haushalte häufig über anrechenbares Einkommen verfügen (z. B. Kindergeld, Unterhaltsleistungen). So bekamen allein stehende Männer 68,9 % ihres Brutto-bedarfs ausgezahlt, Ehepaare mit zwei Kindern lediglich 44,1 %.

1,41 Mill. Menschen erhielten 1997 *Hilfe in besonderen Lebenslagen*. Der Anteil der deutschen Empfängerinnen und Empfänger betrug 78 %, der Frauenanteil belief sich auf 52 %. Am häufigsten wurden Leistungen der Krankenhilfe gewährt (41 % der Fälle), gefolgt von der Eingliederungshilfe für Behinderte (32 %) sowie der Hilfe zur Pflege (23 %).

38,7 Mrd. DM wurden 1997 in Deutschland für Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz netto, d. h. abzüglich der Einnahmen der Sozialhilfeträger, ausgegeben. Dies entspricht einem Rückgang von 5,6 % gegenüber dem Vorjahr. Von den *Sozialhilfeausgaben* entfielen 17,6 Mrd. DM (+ 7,5 %) auf die Hilfe zum Le-

Tab. 12: Empfänger/-innen von Hilfe in besonderen Lebenslagen nach Geschlecht und Hilfearten 1997¹

Hilfeart	Ins-gesamt	Männer		Frauen	
		Zusammen Anzahl	Anteil an Sp. 1 %	Zusammen Anzahl	Anteil an Sp. 1 %
Hilfe in besonderen Lebenslagen insgesamt	1 411 356	679 084	48,1	732 272	51,9
Krankenhilfe ²	582 096	287 592	49,4	294 504	50,6
Hilfe zur Pflege zusammen	328 280	94 650	28,8	233 630	71,2
Und zwar:					
ambulant	87 539	30 997	35,4	56 542	64,6
stationär	241 710	63 902	26,4	177 808	73,6
Eingliederungshilfe für Behinderte	452 948	270 996	59,8	181 952	40,2
Sonstige Hilfen	121 200	57 866	47,7	63 334	52,3

1 Empfänger/-innen mehrerer verschiedener Hilfen werden bei jeder Hilfeart gezählt.

2 Einschl. Hilfe bei Sterilisation und zur Familienplanung.

bensunterhalt, 21,1 Mrd. DM (- 14,3 %) wurden für Maßnahmen der Hilfe in besonderen Lebenslagen aufgewendet. Bei Letzteren sind insbesondere die Ausgaben für Leistungen zur Eingliederung Behinderter mit 13,5 Mrd. DM (netto) und die Leistungen für Pflegebedürftige von Bedeutung.

Das stufenweise Einsetzen der gesetzlichen Pflegeversicherungsleistungen (seit 1. April 1995 häusliche Pflege und seit 1. Juli 1996 stationäre Pflege) hatte zur Folge, dass die Ausgaben für die Hilfe zur Pflege in zunehmendem Maße zurückgegangen sind. Während 1995 hierfür netto 12,3 Mrd. DM ausgegeben wurden, waren es im Jahr 1996 nur noch 9,4 Mrd. DM und im Jahr 1997 lediglich noch 4,9 Mrd. DM. Die Nettoausgaben der Hilfe zur Pflege haben sich damit gegenüber 1996 halbiert (- 48,0 %). Das gleiche gilt für die Bruttoausgaben der Hilfe zur Pflege (- 50,7 %). Bei der Hilfe in besonderen Lebenslagen, zu der auch die Hilfe zur Pflege gehört, führte dies zunächst im Jahr 1995 zu einer Abschwächung des

Ausgabenanstiegs und im Jahr 1996 zu einem absolutem Rückgang der Ausgaben. Die Einführung der Pflegeversicherung ist auch ausschlaggebend dafür, dass die Gesamtausgaben der Sozialhilfe seit 1996 zurückgegangen sind.

Regelleistungen zur Deckung des täglichen Bedarfs nach dem *Asylbewerberleistungsgesetz* erhielten zum Jahresende 1997 487 000 Menschen. Davon waren 59 % männlich und 41 % weiblich. Über die Hälfte der *Leistungsempfänger* (53 %) war jünger als 25 Jahre. Das Durchschnittsalter aller Hilfebezieher betrug rund 24 Jahre. In der Mehrzahl kamen die Asylsuchenden aus Jugoslawien (Serbien, Montenegro), und zwar in 31 % der Fälle; weitere 16 % der Asylsuchenden hatten die Staatsangehörigkeit von Bosnien-Herzegowina und 12 % die der Türkei. Diese

Tab. 13: Ausgaben und Einnahmen nach Hilfearten

Hilfeart	Bruttoausgaben der Sozialhilfe			Nettoausgaben der Sozialhilfe (Bruttoausgaben abzüglich Einnahmen)		
	1996	1997	Veränderung 1997 zu 1996	1996	1997	Veränderung 1997 zu 1996
	Mill. DM		%	Mill. DM		%
Hilfe zum Lebensunterhalt	19 412,9	20 180,5	4,0	16 387,4	17 609,2	7,5
Hilfe in besonderen Lebenslagen	30 377,9	24 366,0	- 19,8	24 590,9	21 068,3	- 14,3
Hilfe zur Pflege Eingliederungshilfe für Behinderte	13 886,5	6 844,4	- 50,7	9 433,1	4 906,3	- 48,0
Krankenhilfe ¹	13 809,8	14 741,9	6,7	12 569,1	13 462,2	7,1
Sonstige Hilfen	2 103,5	2 200,9	4,6	2 059,2	2 162,3	5,0
Insgesamt	578,0	578,8	0,1	529,5	537,4	1,5
	49 790,8	44 546,5	- 10,5	40 978,3	38 677,5	- 5,6

1 Einschl. Hilfe bei Sterilisation und zur Familienplanung.

Rangfolge der Herkunftsländer hat sich seit In-Kraft-Treten des Gesetzes nicht verändert. Neben den vorgenannten Regelleistungen wurden im Jahr 1997 in 255 000 Fällen besondere Leistungen nach dem *Asylbewerberleistungsgesetz* (z. B. bei Krankheit, Schwangerschaft oder Geburt) gewährt.

Die *Aufwendungen für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz* betrugen im Jahr 1997 in Deutschland 5,2 Mrd. DM und damit 7,9 % weniger als ein Jahr zuvor. Der größte Teil dieses Betrages in Höhe von 4,1 Mrd. DM wurde zur Deckung des täglichen Bedarfs der Asylsuchenden, d. h. für Unterkunft, Kleidung, Essen etc., ausgegeben. Für die besonderen Leistungen wurden 1,0 Mrd. DM bezahlt.

Weitere Informationen zum Thema Soziale Sicherung siehe Teil II, Kap. 18.

9.11 Jugendhilfe

Jugendhilfe umfasst Maßnahmen und Einrichtungen, die die Entwicklung junger Menschen fördern und ihrer Erziehung zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Menschen dienen. Zum breiten Spektrum des Jugendhilfeangebots gehören erzieherische Hilfen und Maßnahmen der Jugendarbeit mit ihren verschiedenen Schwerpunkten, aber auch Einrichtungen wie Kindergärten, Heime für junge Menschen, Jugendzentren sowie Erziehungs- und Familienberatungsstellen.

Jugendhilfe wird zum Teil von gesellschaftlichen Gruppen und Verbänden („freien Trägern“) geleistet. Dabei reicht das Spektrum von zahlreichen Selbsthilfegruppen über Vereine bis hin zu den Kirchen und den bundesweit organisierten Jugend- und Wohlfahrtsverbänden. Auf der „öffentlichen“ Seite werden die Aufgaben der Jugendhilfe hauptsächlich von Kreisen und kreisfreien Städten, genauer von den dort eingerichteten Jugendämtern, wahrgenommen. 1997 wurden von der öffentlichen Hand insgesamt 34,3 Mrd. DM für Jugendhilfe ausgegeben. Auf die Förderung freier Träger entfiel gut ein Viertel dieser Mittel (28,4 %). Die Finanzierung erfolgte zu 89,1 % aus Mitteln von Bund, Ländern und kommunalen Gebietskörperschaften, der Rest wurde über Kosten- und Teilnehmerbeiträge sowie durch Gebühren aufgebracht. Ambulante erzieherische Hilfen werden überwiegend als professionelle Unterstützung der häuslichen Erziehung beim Verbleib des jungen Menschen in seiner Familie gewährt.

Daneben gibt es die Hilfen zur Erziehung außerhalb des Elternhauses, bei denen die Erziehungsaufgabe geeigneten Personen oder einer Einrichtung übertragen wird. Zu den Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe gehören auch die Beratungen in Adoptionsverfahren, Pflegschaften und Vormundschaften sowie vorläufige Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche. Hierauf wird hier jedoch nicht näher eingegangen.

Tab. 14: Ambulante erzieherische Hilfen 1997

Hilfeart	Beendete Hilfen	Am Jahresende andauernde Hilfen
Institutionelle Beratung	248 095	.
Erziehungs-/Familienberatung	212 551	.
Jugendberatung	33 156	.
Suchtberatung	2 388	.
Betreuung einzelner junger Menschen	16 788	18 102
Erziehungsbeistandschaft	5 942	9 643
Betreuungshilfe	4 116	3 668
Soziale Gruppenarbeit	6 730	4 791
Sozialpädagogische Familienhilfe	8 510	13 876
Insgesamt	273 393	.

Im Laufe des Jahres 1997 wurden 273 400 ambulante erzieherische Maßnahmen beendet. Die Hilfearten wurden in sehr unterschiedlichem Umfang in Anspruch genommen. Erziehungsberatungsstellen und andere Beratungsdienste lagen mit 248 100 institutionellen Beratungen (90,7 %) mit Abstand an der Spitze. Die institutionelle Beratung soll Kindern, Jugendlichen, Eltern und anderen Erziehungsberechtigten bei der Klärung und Überwindung individueller und familienbezogener Probleme sowie bei der Lösung von Erziehungsfragen helfen.

Darüber hinaus wurden 16 800 Maßnahmen (6,1 %) verschiedener Arten erzieherischer Einzelbetreuung als Unterstützung durch Erziehungsbeistände oder Betreuungshelfer bzw. in sozialer Gruppenarbeit durchgeführt. Erziehungsbeistände oder Betreuungshelfer sollen die jungen Menschen bei der Bewältigung von Entwicklungsproblemen möglichst unter Einbeziehung des sozialen Umfelds unterstützen. Die soziale Gruppenarbeit dient der Überwindung von Entwicklungsschwierigkeiten und Verhaltensproblemen sowie dem Einüben von sozial akzeptierten Formen der Auseinandersetzung mit Gleichaltrigen.

Bei 8 500 Familien konnte die sozialpädagogische Familienhilfe (3,1 %) abgeschlossen werden. Leistungen dieser Hilfeart kamen dabei mindestens rund 20 300 Kindern und Jugendlichen zugute – mehr jungen Menschen, als von der Einzelbetreuung erreicht wurden. Die sozialpädagogische Familienhilfe hat vor allem eine Verbesserung der Situation der Kinder und Jugendlichen in der Familie zum Ziel. Sie umfasst die Unterstützung im gesamten Familienalltag, wie z. B. die Anleitung bei der Haushaltsführung und Ausgabenplanung oder die Integration der Familie in ihr soziales Umfeld.

Hilfen zur Erziehung außerhalb des Elternhauses gehen den ambulanten Hilfeformen, bei denen der junge Mensch in seinem Elternhaus verbleibt, nach. Nur wenn eine ambulante Hilfe nicht ausreicht, soll Fremdunterbringung außerhalb des Elternhauses erfolgen.

Ende 1997 gab es in Deutschland 147 860 junge Menschen, die Hilfen zur Erziehung und zur Persönlichkeitsentwicklung außerhalb des Elternhauses erhielten. 15 200 Kinder und Jugendliche waren in Tagesgruppen untergebracht; die Übrigen lebten außerhalb des Elternhauses, die meisten von ihnen in einem Heim (66 500 bzw. 45 %).

Tab. 15: Junge Menschen mit Hilfe zur Erziehung außerhalb des Elternhauses am Jahresende 1997

Unterbringungsform	Insgesamt	Männlich	Weiblich
Insgesamt	147 860	82 988	64 872
Erziehung in einer Tagesgruppe	15 211	10 830	4 381
Vollzeitpflege in einer anderen Familie	52 134	26 305	25 829
Heimerziehung; sonstige betreute Wohnform	78 212	44 682	33 530
darunter in Heimen	66 543	39 379	27 164
Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung	2 303	1 171	1 132

Zur erzieherischen Betreuung, für Jugendarbeit, Freizeitgestaltung und Beratungen junger Menschen und ihrer Eltern standen am Jahresende 1994 fast 71 000 Institutionen zur Verfügung. Davon waren 68 000 Einrichtungen im engeren Sinne (95,7 %) mit einer Kapazität von gut 3,3 Mill. verfügbaren Plätzen. Darüber hinaus waren 954 Behörden, 1 527 Geschäftsstellen freier Träger und 577 Zusammenschlüsse von Trägern der Jugendhilfe in diesem Bereich tätig. (Die Zahlen in diesem und dem folgenden Abschnitt werden in nur vierjährigem Abstand erhoben; bei Redaktionsschluss lagen keine aktuelleren Ergebnisse vor.)

In den Jugendhilfeinstitutionen waren fast 550 000 Beschäftigte tätig, die meisten von ihnen (86,4 %) Frauen. Von den Beschäftigten arbeiteten 508 400 in Einrichtungen und 40 900 in Behörden, Geschäftsstellen und Zusammenschlüssen von Trägern. Größter Arbeitgeber im Jugendhilfesektor waren die öffentlichen Träger mit insgesamt rund 248 000 Beschäftigten, das sind 45,1 % aller in den Institutionen der Jugendhilfe Tätigen. Es folgten mit einem Anteil von 35 % die kirchlichen Träger sowie die anderen Träger der freien Jugendhilfe mit 19,9 %.

Von den Ende 1994 insgesamt 68 000 Einrichtungen überwogen mit 69 % die Kindertageseinrichtungen, zu denen 856 Krippen, fast 30 000 Kindergärten, 3 660 Horte und 12 000 Tageseinrichtungen mit alterseinheitlichen bzw. mit altersgemischten Gruppen zählten. Bei 55 % aller Kindertageseinrichtungen handelte es sich um Ganztageseinrichtungen, jedoch boten nur 3 von 10 Kindergärten Ganztagsplätze an. Für die rund 2,7 Mill. Kinder von 3 bis unter 6 Jahren standen 1994 fast 2,5 Mill. Kindergartenplätze zur Verfügung. Damit bestand für neun von zehn Kindern dieses Alters die Möglichkeit eines Kindergartenbesuchs.

10 Rechtspflege

10.1 Einführung

Eine der wichtigsten Aufgaben des Rechtsstaates besteht darin, für die Verwirklichung und Einhaltung des von der Volksvertretung gesetzten Rechts zu sorgen. Bei einer von der Gewaltenteilung bestimmten Verfassung wie dem Grundgesetz fällt diese Aufgabe der so genannten „dritten“ Gewalt, der Rechtsprechung, zu.

Zur Rechtspflege gehört aber nicht nur das Tätigwerden der Gerichte, in denen von unabhängigen Richtern Recht gesprochen wird, sondern auch die Vollstreckung dessen, was für Recht befunden wurde, beispielsweise im Strafvollzug oder durch Gerichtsvollzieher. Im weiteren Sinn kann auch die Tätigkeit der Polizei als Teil der Rechtspflege gesehen werden, soweit diese mit der Verhinderung von Straftaten einerseits und der Ermittlung von Tatverdächtigen in Strafsachen andererseits befasst ist.

10.2 Gerichte

Die Gerichtsbarkeit umfasst zum einen die ordentlichen Gerichte, die für Zivil- und Strafsachen zuständig sind, zum anderen die besonderen Gerichte, die sich mit Arbeits-, Sozial-, Verwaltungs- bzw. Finanzrechtsfragen befassen. Jeder dieser Zweige der Gerichtsbarkeit ist in mehrere Ebenen oder Instanzen gegliedert (bei den ordentlichen Gerichten vier: Amtsgericht – Landgericht – Oberlandesgericht – Bundesgerichtshof; bei Arbeits-, Verwaltungs- und Sozialgerichten drei und bei den Finanzgerichten zwei). Grundsätzlich besteht immer die Möglichkeit, gegen die Entscheidungen der Eingangsinstanzen Rechtsmittel einzulegen und damit diese Entscheidungen in Berufungs- oder Revisionsverfahren durch höhere Ge-

Tab. 1: Gerichte am 31. 12. 1997

Zivil- und Strafgerichte	847
Amtsgerichte	706
Landgerichte	116
Oberlandesgerichte	25
Arbeitsgerichte (erstinstanzliche)	123
Verwaltungsgerichte (erstinstanzliche)	52
Sozialgerichte (erstinstanzliche)	69
Finanzgerichte (erstinstanzliche)	19
Bundesgerichte	8

rechtsinstanzen überprüfen zu lassen. (Dabei richtet sich die Berufung gegen die tatsächliche, die Revision gegen die rechtliche Würdigung des Falles.)

Am 31. Dezember 1997 gab es in Deutschland insgesamt 847 Gerichte, die in Zivil- und Strafsachen tätig waren. Darüber hinaus bestanden 123 (erstinstanzliche) Arbeitsgerichte und insgesamt 140 (erstinstanzliche) Verwaltungs-, Sozial- und Finanzgerichte.

Die Rechtsprechung wird grundsätzlich durch die Gerichte der Länder ausgeübt. Als letzte Instanz können in der Regel die acht Bundesgerichte (Bundesverfassungsgericht, Bundesgerichtshof, Bundesverwaltungsgericht, Bundesfinanzhof, Bundesarbeitsgericht, Bundessozialgericht, Bundespatentgericht, Bundesdisziplinargericht) angerufen werden.

Unter den Bundesgerichten hat das Bundesverfassungsgericht als „Hüter der Verfassung“ einen besonderen Rang. Es ist zugleich Gericht und Verfassungsorgan. Neben der Klarstellung der verfassungsmäßigen Ordnung und der Ent-

Tab. 2: Ausgewählte Verfahren nach Art der Gerichte 1995–1997¹

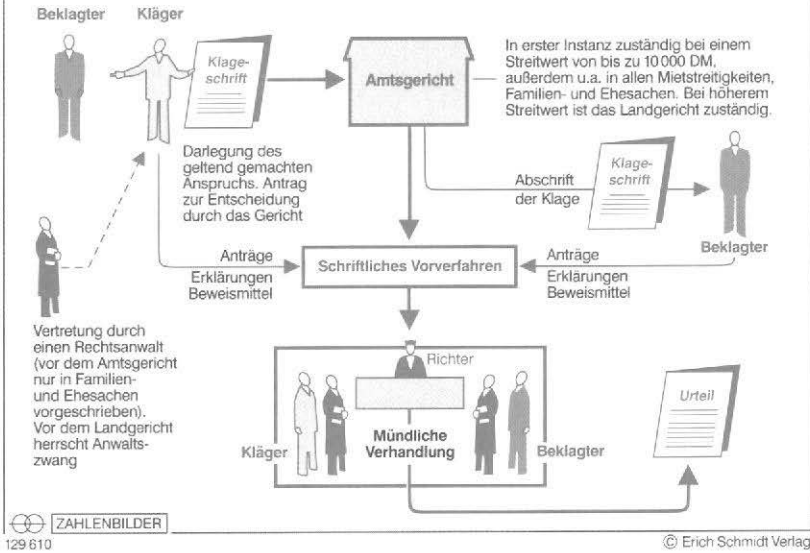
Gericht/Verfahren	1995	1996	1997
<i>Zivilgerichte</i> (ohne Familiengerichte) ²			
Erledigte Zivilverfahren (1. Instanz)	2 073 416	2 151 781	2 139 672
Erledigte Zivilverfahren (Rechtsmittelinstanz)	159 829	161 484	170 496
<i>Familiengerichte</i> ²			
Erledigte Familienverfahren (1. Instanz)	453 748	463 653	473 105
Erledigte Familienverfahren (Rechtsmittelinstanz)	22 481	23 334	23 704
<i>Strafgerichte</i> ²			
Erledigte Strafverfahren (1. Instanz)	789 663	814 570	833 739
Erledigte Strafverfahren (Rechtsmittelinstanz)	54 427	56 219	59 694
<i>Verwaltungsgerichte</i> ²			
Erledigte verwaltungsrechtliche Hauptverfahren (1. Instanz)	215 520	224 033	216 010
Erledigte verwaltungsrechtliche Hauptverfahren (Rechtsmittelinstanz)	35 167	37 584	38 502
<i>Finanzgerichte</i> ²			
Erledigte finanzrechtliche Klagen	57 362	57 071	59 316
<i>Arbeitsgerichte</i> ²			
Erledigte arbeitsrechtliche Klagen	621 460	656 207	672 804
<i>Sozialgerichte</i> ²			
Erledigte sozialrechtliche Klagen	197 184	217 081	226 433
<i>Bundesverfassungsgericht</i> (1. und 2. Senat)			
Erledigte Verfahren	5 064	5 194	5 006
Eingereichte Verfassungsbeschwerden	5 766	5 117	4 962
Eingereichte Normenkontrollen	56	45	49

¹ Die Gesamtzahl der an deutschen Gerichten erledigten Gerichtsverfahren liegt höher als die Summe der hier (für ausgewählte Verfahren) angegebenen Werte.

² Ohne Bundesgerichte.

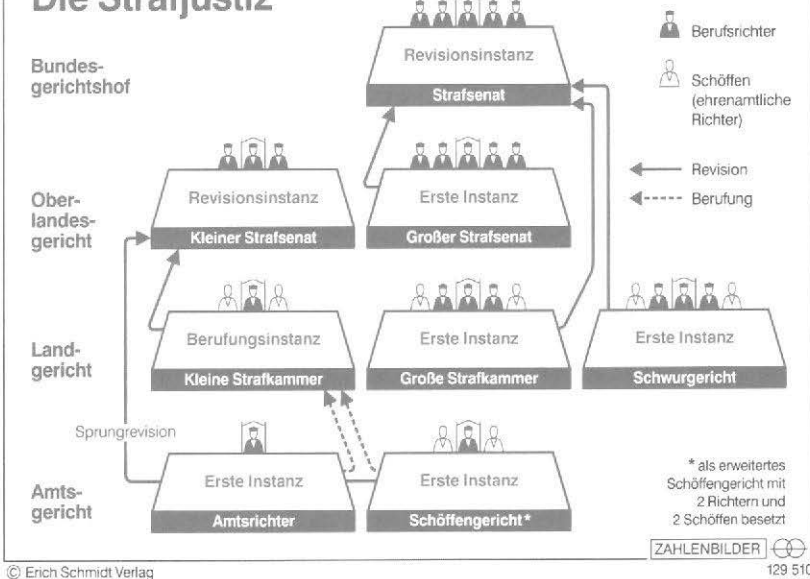
Der Gang eines Zivilprozesses

Abb. 1:



Die Strafjustiz

Abb. 2:



scheidung bei Verfassungsstreitigkeiten zwischen Staatsorganen ist es auch zur Wahrung der Grundrechte berufen. Zu seiner umfassenden Kompetenz gehört darüber hinaus auch die Prüfung, ob Bundes- und Landesrecht mit dem Grundgesetz und ob Landesrecht mit Bundesrecht vereinbar ist (Normenkontrolle). Es besteht aus zwei Senaten, die sich jeweils aus acht Richterinnen und Richtern zusammensetzen, die je zur Hälfte vom Bundestag (durch einen Wahlmännerrauschuss) und vom Bundesrat gewählt werden. Ihre Amtszeit dauert zwölf Jahre; sie können nicht wieder gewählt werden.

An den deutschen Gerichten waren am 31. Dezember 1996 insgesamt 20 999 Richterinnen und Richter (im Landes- und Bundesdienst) tätig. Die Zahl der Staatsanwälte und -anwältinnen betrug zu diesem Zeitpunkt 5 211, die der Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte 76 074. Außerdem waren 9 031 Anwaltsnotarinnen und -notare, die den Notarberuf neben ihrer Anwaltstätigkeit ausüben, sowie 1 657 (hauptberufliche) Notarinnen und Notare zugelassen.

Die in der Rechtspflege tätigen Personen sahen sich im Jahr 1997 einem Geschäftsanfall von mehr als 4,61 Millionen Gerichtsverfahren gegenüber, die in diesem Jahr in der ersten Instanz neu anhängig wurden. Allein bei den ordentlichen Gerichten wurden 1997 rund 3,4 Mill. Zivilverfahren (darunter rund 473 000 Familiengerichtsverfahren) und 834 000 Strafverfahren in der Eingangsinstanz erledigt. Dazu kamen noch rund 194 000 Zivilverfahren (einschl. 23 700 Familiengerichtsverfahren) sowie ca. 60 000 Strafverfahren, die 1997 in der Rechtsmittelinstanz erledigt wurden.

10.3 Straffälligkeit

10.3.1 Tatermittlung

1997 sind bei deutschen Polizeidienststellen 6,6 Mill. Straftaten (ohne Straßenverkehrsdelikte) bekannt geworden, davon 5,3 Mill. im früheren Bundesgebiet (einschl. Berlin-Ost). Schwer abzuschätzen ist die Dunkelziffer, d.h. die Zahl der Straftaten, die unbekannt bleiben oder nicht angezeigt werden. Wie die Polizeiliche Kriminalstatistik des Bundeskriminalamts zeigt, konnten von den gemeldeten Straftaten 50,6 % (alte Länder 51,1 %) aufgeklärt werden; in diesen Fällen wurde nach dem polizeilichen Ermittlungsergebnis zumindest ein namentlich bekannter Tatverdächtiger festgestellt. 1980 waren von 3,8 Mill. registrierten Straftaten im früheren Bundesgebiet 44,9 % aufgeklärt worden.

Wenngleich nicht alle ermittelten Straffälligen bzw. alle Opfer von Straftaten zur registrierten Bevölkerung in Deutschland gehören, ermöglicht die Umrechnung der Straftatenzahl auf je 100 000 Einwohner einen zeitlichen Vergleich, auf den eine veränderte Bevölkerungszahl keinen Einfluss hat. 1980 wurden im früheren Bundesgebiet 6 200 Straftaten je 100 000 Einwohner bekannt, 1997 waren es rund

Tab. 3: Straftaten und Aufklärungsquote¹

Jahr	Bekanntgewordene Straftaten		Aufklärungsquote in %
	insgesamt	je 100 000 Einwohner	
1970	2 413 586	3 924	48,3
1980	3 815 774	6 198	44,9
1990	4 455 333	7 108	47,0
1995	6 668 717	8 179	46,0
1996	6 647 598	8 125	49,0
1997	6 586 165	8 031	50,6

¹ Bis einschließlich 1990 früheres Bundesgebiet; ab 1995 Deutschland.

Quelle: Bundeskriminalamt.

7 700. Bezogen auf das vereinte Deutschland wurden 1997 etwa 8 000 Straftaten je 100 000 Einwohner gezählt.

1997 sind insgesamt 3,5 Mill. Diebstahlsfälle bekannt geworden, gegenüber 3 288 Fällen von versuchtem oder vollendetem Mord oder Totschlag. Die Aufklärungsquote ist in der Regel auch von der Schwere des Verbrechens bzw. Vergehens abhängig. So wurden z. B. 1997 nur 53,0 % der Diebstähle ohne erschwerende Umstände (z. B. einfacher Ladendiebstahl), aber 92,9 % aller Mord- und Totschlagsfälle (einschl. Fälle von versuchtem Mord oder Totschlag) aufgeklärt.

Für die 1997 aufgeklärten Straftaten hat die Polizei insgesamt 2,3 Mill. Tatverdächtige ermittelt, darunter 1,8 Mill. Männer. 1,6 Mill. (72,1 %) aller Tatverdächtigen besaßen die deutsche Staatsangehörigkeit.

10.3.2 Strafverfolgung

Die Polizei ist als Hilfsorgan der Staatsanwaltschaft verpflichtet, alle ihr durch Strafanzeige oder anderweitig bekanntgewordenen Straftaten zu verfolgen und den Sachverhalt gründlich und umfassend zu ermitteln.

Nach Abschluss dieses Ermittlungsverfahrens entscheidet die Staatsanwaltschaft, ob sie Anklage erhebt, einen Strafbefehl beantragt (hier dürfen nur Geldstrafen verhängt werden), Auflagen erteilt oder das Verfahren einstellt. Wird Anklage erhoben, muss das Gericht auf der Basis des ermittelten Sachverhalts entscheiden, ob ein Hauptverfahren eröffnet wird. Dieses Strafverfahren kann zu einer Verurteilung führen, es kann aber auch mit Freispruch, mit Einstellung des Verfahrens oder damit enden, dass von einer Strafe abgesehen wird.

Erst die Erläuterung dieser Zusammenhänge macht verständlich, weshalb die Zahl der ermittelten Tatverdächtigen so viel höher liegt als die Zahl der Verurteilten. Hinzu kommt, dass eine große Zahl von Personen (im Zusammenhang mit verschiedenen Delikten) mehrfach als tatverdächtig erfasst wird, aber nur einmal im Rahmen der Strafverfolgungsstatistik erscheint. Insgesamt sind also die Angaben zu den Tatverdächtigen und die zu den Verurteilten nur bedingt vergleichbar.

Tab. 4: Verurteilte nach Straftatengruppen im früheren Bundesgebiet¹
in Prozent

Straftatengruppe	1970	1980	1990	1995	1996	1997
Straftaten im Straßenverkehr	47,9	45,0	37,4	34,5	33,0	32,1
Straftaten gegen die Person	8,9	8,4	8,6	8,9	9,2	9,7
Mord und Totschlag	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
gegen die sex. Selbstbestimmung	1,2	0,8	0,7	0,7	0,7	0,8
Körperverletzung	4,3	4,5	4,7	5,0	5,2	5,6
andere gegen die Person ²	3,4	3,1	3,2	3,1	3,1	3,2
Straftaten gegen das Vermögen	30,4	32,4	38,7	39,2	40,1	40,4
Diebstahl und Unterschlagung	21,6	22,2	22,9	21,3	21,7	21,8
Betrug, Untreue, Urkundenfälschung	5,8	7,3	12,7	14,7	14,9	15,0
andere gegen das Vermögen ³	3,0	2,9	3,1	3,2	3,4	3,6
Straftaten gegen den Staat, die öffentliche Ordnung und im Amt	2,5	2,3	2,4	2,4	2,5	2,6
Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz	–	2,0	3,5	4,1	4,8	5,3
Übrige Verbrechen und Vergehen	10,3	9,9	9,5	10,8	10,4	10,0

1 Ab 1995 einschl. Berlin-Ost.

2 Straftaten gegen die persönliche Freiheit, Beleidigung usw.

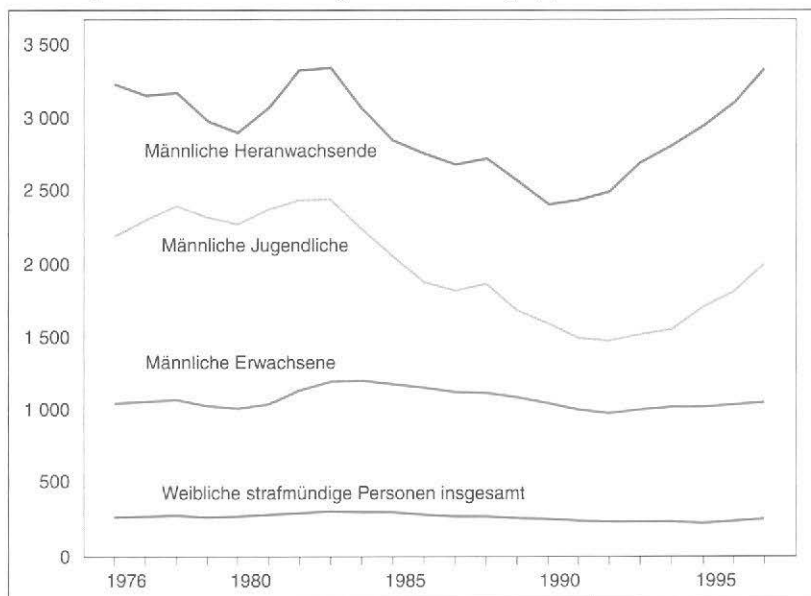
3 Raub, Erpressung, Begünstigung, Hehlerei, Sachbeschädigung usw.

Bezieht man die Straßenverkehrsdelikte ein, so wurden 1997 im früheren Bundesgebiet einschl. Berlin 780 530 Personen im Rahmen eines Strafgerichtsprozesses verurteilt, und zwar 32 % wegen Vergehen im Straßenverkehr, 68 % wegen sonstiger Vergehen und Verbrechen. Da in den neuen Ländern die Strafverfolgungsstatistik derzeit noch nicht umfassend durchgeführt wird, können leider keine Ergebnisse für Gesamtdeutschland vorgelegt werden.

Von den Personen, die nicht im Zusammenhang mit Vergehen im Straßenverkehr verurteilt wurden, haben 1997 40 % eine Straftat gegen das Vermögen (z. B. Diebstahl, Unterschlagung, Raub) begangen. Die Zahl derer, die wegen einer Straftat gegen die Person (z. B. Mord, Körperverletzung) verurteilt wurden, liegt wesentlich niedriger (1997 bei 10 % der Verurteilten).

Je 100 000 strafmündige Deutsche, die im früheren Bundesgebiet wohnten, wurden 1997 insgesamt 1 102 Personen verurteilt. Diese so genannte Verurteiltenziffer, die den Anteil von verurteilten Personen an der Wohnbevölkerung angibt, ermöglicht Vergleiche bezüglich der gerichtlich registrierten Kriminalität bestimmter Bevölkerungsgruppen. Für die ausländische Bevölkerung kann eine solche Ziffer nicht berechnet werden, weil ein erheblicher Teil der statistisch erfassten ausländischen Verurteilten nicht zur Wohnbevölkerung in Deutschland gehört. Die nicht bei den Einwohnerbehörden gemeldeten ausländischen Verurteilten würden zu einer unzutreffenden Überhöhung der Verurteiltenziffern für die in Deutschland lebenden ausländischen Staatsangehörigen führen.

Abb. 3: Wegen Verbrechen und Vergehen¹ verurteilte Deutsche
im früheren Bundesgebiet²
je 100 000 Einwohner der gleichen Personengruppe



1 Ohne Vergehen im Straßenverkehr.

2 Ab 1995 einschl. Berlin-Ost.

Unterscheidet man zwischen kriminologisch wichtigen Personengruppen, so ergibt sich ein differenziertes Bild: Männer wurden 1997 mehr als fünfmal so oft straffällig wie Frauen, Heranwachsende mehr als doppelt so häufig wie Erwachsene. Betrachtet man die Entwicklung der Verurteiltenziffern (s. Abb. 3) in den vergangenen zwei Jahrzehnten, so zeigt sich eine wechselhafte Entwicklung der gerichtlich registrierten Kriminalität: Nachdem die Verurteiltenziffern in den 80er Jahren teilweise deutlich zurückgingen, sind sie seit Beginn der 90er Jahre wieder angestiegen.

Kinder unter 14 Jahren können in Deutschland strafrechtlich nicht belangt werden. Straffällig gewordene Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren sowie unter bestimmten Voraussetzungen auch Heranwachsende werden nach Jugendstrafrecht abgeurteilt, das den Erziehungsgedanken in den Vordergrund stellt. Auf freiheitsentziehende Strafen wird bei Jugendlichen nur nach besonders schweren oder wiederholten Straftaten erkannt.

Von den im Rahmen eines Strafgerichtsprozesses Verurteilten wurden 1997 im früheren Bundesgebiet 88 000 Personen nach Jugendstrafrecht und 693 000 Personen nach allgemeinem Strafrecht verurteilt. Eine freiheitsentziehende Jugend-

Tab. 5: Erkannte Strafen 1970 bis 1997 im früheren Bundesgebiet

a) Nach Jugendstrafrecht erkannte Strafen bzw. sonstige Maßnahmen

Art der Strafe bzw. Maßnahme	1970	1980	1990	1997 ¹
<i>Jugendstrafe</i>	11 687	17 982	12 103	16 399
<i>Zuchtmittel</i> (z. B. Jugendarrest, Zahlung eines Geldbetrages, Verwarnung)	101 061	98 090	50 434	65 211
<i>Erziehungsmaßregeln</i> (z. B. Erteilung von Weisungen zur Lebensführung)	13 153	16 577	32 802	16 589
Strafen bzw. Maßnahmen insgesamt²	125 901	132 649	95 339	98 199

1 Einschl. Berlin-Ost.

2 Strafen und Maßnahmen können nach Jugendstrafrecht nebeneinander angeordnet werden, sodass ihre Gesamtzahl höher ist als die Zahl der Verurteilten.

b) Nach allgemeinem Strafrecht erkannte Strafen

Art der Strafe	1970	1980	1990	1997 ¹
<i>Freiheitsstrafe</i>	88 248	104 850	102 454	126 775
davon bis einschl. 1 Jahr	79 100	91 268	85 587	99 606
mehr als 1 bis einschl. 5 Jahre	8 676	12 560	15 870	25 376
mehr als 5 bis einschl. 15 Jahre	402	968	941	1 671
lebenslang	70	54	56	122
<i>Strafarrest²</i>	626	868	292	234
<i>Geldstrafe</i> (allein)	464 818	494 114	512 343	565 714
Insgesamt	553 692	599 832	615 089	692 723

1 Einschl. Berlin-Ost.

2 Kann nur gegen Angehörige der Bundeswehr verhängt werden.

strafe wurde gegen 16 000 Personen verhängt, wobei in 65 % der Fälle die Strafen zur Bewährung ausgesetzt wurden. Demgegenüber wurden 127 000 straffällige Personen zu einer Freiheitsstrafe nach allgemeinem Strafrecht verurteilt, in 87 000 Fällen (69 %) wurde diese zur Bewährung ausgesetzt. Auf eine Geldstrafe wurde 1997 in 566 000 Fällen erkannt.

10.3.3 Strafvollzug

In deutschen Justizvollzugsanstalten saßen am 31. Dezember 1997 rund 68 000 Personen ein. Darunter waren 20 000 Untersuchungs- sowie 2 300 Abschiebungshäftlinge. 44 700 Strafgefangene verbüßten ihre Freiheits- bzw. Jugendstrafe. Bei rund der Hälfte der Strafgefangenen (22 800) betrug die voraussichtliche Haftdauer mehr als 1 Jahr.

Von den Einsitzenden in Justizvollzugsanstalten waren 4,2 % Frauen. Bezogen auf die Strafgefangenen lag der Frauenanteil sogar nur bei 3,8 %.

Tab. 6: Einsitzende in deutschen Justizvollzugsanstalten am 31.12.1997

Art des Vollzugs	Insgesamt	Männer	Frauen
Strafgefangene	44 728	43 029	1 699
mit Freiheitsstrafe	39 128	37 581	1 547
mit Jugendstrafe	5 600	5 448	152
Sicherungsverwahrte	191	191	–
Untersuchungshäftlinge	19 935	19 030	905
Abschiebungshäftlinge	2 283	2 034	249
Sonstige Freiheitsentziehung	892	854	38

Weitere Informationen zum Thema Öffentliche Sicherheit und Kriminalitätsbedrohung siehe Teil II, Kap. 12.

11 Öffentliche Haushalte

11.1 Vorbemerkung

Kapitel 11 gibt ein aktuelles Bild über die Entwicklung und Struktur der Ausgaben, Einnahmen und Schulden der öffentlichen Haushalte. Zu den öffentlichen Haushalten gehören der Bund, seine Sondervermögen Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche Einheit“ (ab 1990), Kreditabwicklungsfonds (1991 bis 1994), Erblastentilgungsfonds und Entschädigungsfonds (jeweils ab 1995), das Bundeseisenbahnvermögen (ab 1994) sowie der Ausgleichsfonds „Steinkohle“ (ab 1996), die Finanzanteile an der Europäischen Union (EU-Anteile), die Sozialversicherung, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände, die Zweckverbände sowie die Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen. Ab 1998 wurden die Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen in An-

Tab. 1: Entwicklung der Ausgaben¹ der öffentlichen Haushalte² 1974 bis 1998

Jahr ³	Ausgaben		Jahr ³	Ausgaben	
	Mill. DM	DM je Einwohner		Mill. DM	DM je Einwohner
1974	458 496	7 390	1987	978 701	16 020
1975	527 240	8 527	1988	1 021 106	16 626
1976	559 894	9 102	1989	1 053 249	16 991
1977	592 977	9 658	1990	1 144 607	18 102
1978	636 954	10 389	1991	1 411 825	21 616
1979	688 919	11 232	1992	1 618 715	20 091
1980	741 627	12 047	1993	1 693 850	20 863
1981	791 199	12 830	1994	1 778 594	21 847
1982	828 482	13 441	1995	1 859 062	22 771
1983	849 178	13 826	1996	1 882 576	22 991
1984	876 812	14 331	1997	1 878 356	22 890
1985	907 128	14 867	1997 ⁴	1 812 260	22 084
1986	941 710	15 426	1998 ^{4, 5}	1 834 408	22 364

1 Nettoausgaben (um Zahlungen von öffentlichen Haushalten bereinigt).

2 Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Länder, EU-Anteile, Sozialversicherung, Gemeinden/Gemeindeverbände, Zweckverbände, ab 1990 einschl. Fonds „Deutsche Einheit“, von 1991 bis 1994 einschl. Kreditabwicklungsfonds, ab 1995 einschl. Entschädigungsfonds und Erblastentilgungsfonds, ab 1994 einschl. Bundeseisenbahnvermögen und ab 1996 einschl. Ausgleichsfonds „Steinkohle“.

3 Bis einschl. 1991 früheres Bundesgebiet (1991 mit den Vorjahren nur eingeschränkt vergleichbar, da der Bund bereits für das erweiterte Bundesgebiet zuständig war), ab 1992 Deutschland. Von 1974 bis 1997 einschl. Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen.

4 Ohne Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen.

5 Teilweise geschätzt.

passung an die neue Abgrenzung des Staatssektors nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen nicht mehr den öffentlichen Haushalten zugeordnet. Um die Daten des Jahres 1998 mit dem Vorjahr vergleichen zu können, wurde daher 1997 in einigen Tabellen doppelt dargestellt – einschließlich und ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

11.2 Ausgaben der öffentlichen Haushalte

1998 beliefen sich die Ausgaben der öffentlichen Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland auf 1 834,4 Mrd. DM. Je Einwohner (Stand 30. 6.) betrugen die Ausgaben 1998 22 364 DM.

Tab. 2: Staatsausgabenquote: Ausgaben¹ der öffentlichen Haushalte²
in Prozent des Bruttosozialprodukts

Jahr ³	Staatsausgabenquote	Jahr ³	Staatsausgabenquote
1974	46,6	1987	49,2
1975	51,4	1988	48,7
1976	50,0	1989	47,3
1977	49,6	1990	47,2
1978	49,6	1991	53,3
1979	49,6	1992	52,6
1980	50,4	1993	53,5
1981	51,5	1994	53,4
1982	52,2	1995	54,0
1983	50,9	1996	53,4
1984	50,1	1997	51,8
1985	49,8	1997 ⁴	50,0
1986	48,9	1998 ^{4, 5}	48,8

1 In finanzstatistischer Abgrenzung.

2 Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Anteile, Sozialversicherung, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände, Zweckverbände, ab 1990 einschl. Fonds „Deutsche Einheit“, von 1991 bis 1994 einschl. Kreditabwicklungsfonds, ab 1995 einschl. Entschädigungsfonds und Erblastentilgungsfonds, ab 1994 einschl. Bundeseseisenbahnvermögen, ab 1996 einschl. Ausgleichsfonds „Steinkohle“.

3 Bis einschl. 1991 früheres Bundesgebiet, ab 1992 Deutschland. Von 1974 bis 1997 einschl. Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen.

4 Ohne Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen.

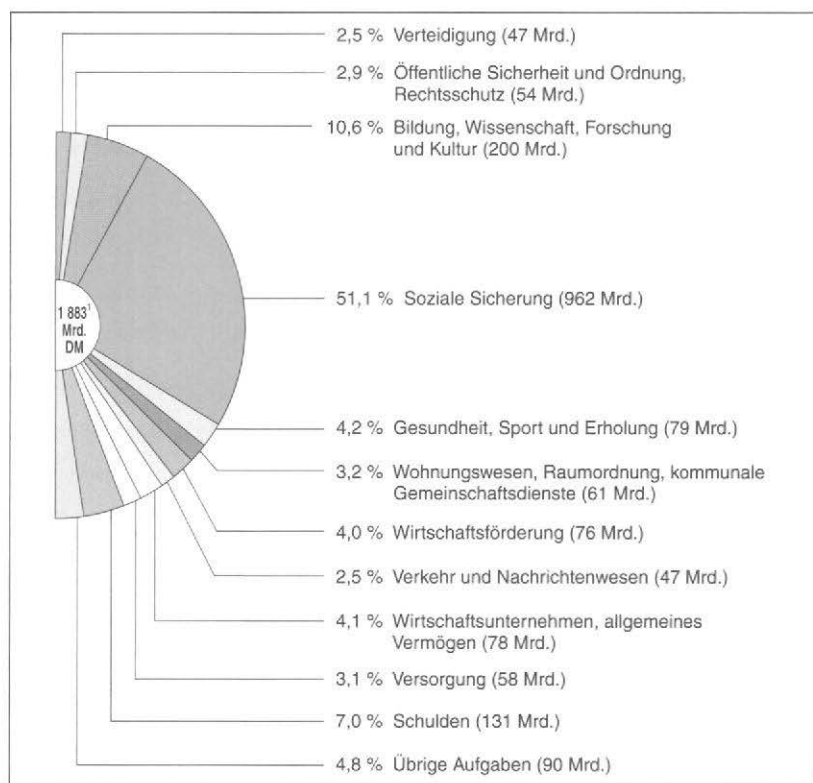
5 Teilweise geschätzt.

Um Größenordnung und Entwicklung des Ausgabenvolumens der öffentlichen Haushalte abschätzen zu können, wird es häufig in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, also dem Maß für die wirtschaftliche Gesamtleistung eines Staates, gesetzt („Staatsausgabenquote“). Die Staatsausgabenquote betrug 1998 in finanzstatistischer Abgrenzung unter Einbeziehung aller öffentlichen Haushalte 48,8 %.

Funktional untergliederte Daten liegen zurzeit bis 1996 vor. Der weitaus größte Ausgabenblock entfällt auf die soziale Sicherung. Im Jahre 1996 erreichten die Ausgaben hierfür einen Anteil von 51 % am gesamten Ausgabenvolumen. Rund 11 % entfielen auf Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kultur. Mit 7 % war der Schuldendienst der drittgrößte Ausgabenblock (vgl. Abb. 1). Es folgten der Bereich Gesundheit, Sport und Erholung, der Bereich Wirtschaftsunternehmen, allgemeines Vermögen und der Bereich Wirtschaftsförderung mit jeweils ca. 4 %.

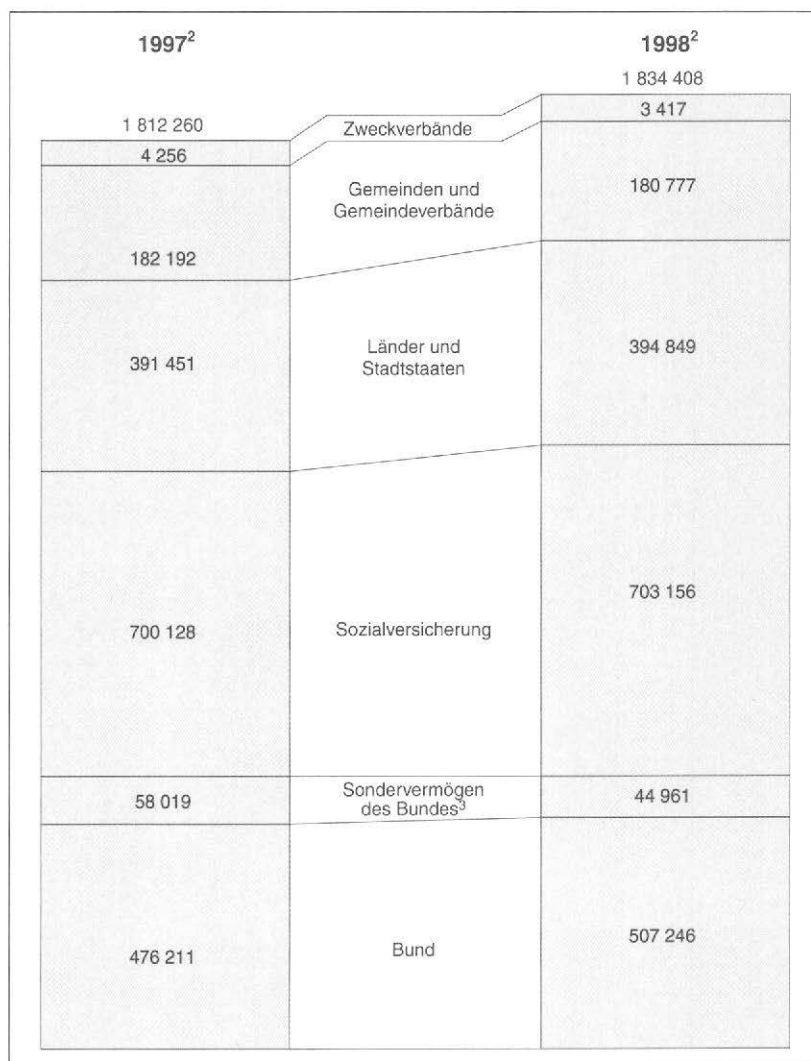
Betrachtet man die einzelnen Haushaltsebenen in Deutschland, so entfallen auf die Sozialversicherung und den Bund (einschließlich Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche Einheit“, Bundeseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastentilgungsfonds, Ausgleichsfonds „Steinkohle“ und EU-Anteile) der größte Teil der öffentlichen Ausgaben.

Abb. 1: Ausgaben¹ der öffentlichen Haushalte 1996 nach Aufgabenbereichen



¹ Nettoausgaben (um Zahlungen von öffentlichen Haushalten bereinigt). Einschl. Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen.

Abb. 2: Nettoausgaben der öffentlichen Haushalte¹
nach Körperschaftsgruppen
in Mill. DM



1 Ohne Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen.

2 Teilweise geschätzt.

3 Einschl. Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Anteile, Fonds „Deutsche Einheit“, Bundeseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastenteilungsfonds und Ausgleichsfonds „Steinkohle“.

Bei den meisten öffentlichen Haushalten fallen besonders die Personalausgaben ins Gewicht. In den Ländern, denen in großem Umfang die Durchführung und/oder Finanzierung personalintensiver öffentlicher Aufgaben (Schulen, Hochschulen, Polizei usw.) obliegt, erreichten sie 1998 einen Anteil von 52 %, bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden 22 % und beim Bund 15 % des Ausgabenvolumens. Alle öffentlichen Haushalte zusammen wendeten 1998 einen Betrag von 347 Mrd. DM oder fast ein Fünftel ihrer Ausgaben insgesamt für das Personal (einschl. Pensionen u. Ä.) auf. Viele Dienstleistungen der öffentlichen Hand, wie z. B. Schulen, Hochschulen, Polizei und Rechtsschutz, Gesundheitswesen, Verteidigung, Bau-, Steuer- und Zollverwaltung, sind sehr personalintensiv. Hohe Anforderungen an das Dienstleistungsangebot des Staates erfordern auch entsprechendes Fachpersonal.

Für Baumaßnahmen und sonstige Sachinvestitionen wurden 1998 in Deutschland Ausgaben in Höhe von rund 81 Mrd. DM getätigt. Rund 59 % hiervon entfielen allein auf den kommunalen Bereich. Weitere wichtige Ausgabenposten der öffentlichen Haushalte sind der laufende Sachaufwand mit etwa 396 Mrd. DM im Jahr 1998 (z. B. Ausgaben für Heiz-, Energie- und Betriebskosten, für Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens, für Verbrauchsmittel; auch sämtliche militärischen Anschaffungen sind hierin enthalten) sowie Zuschüsse an private Haushalte (in erster Linie soziale Leistungen), an Unternehmen (Subventionen), an soziale und an sonstige Einrichtungen im In- und Ausland in Höhe von zusammen 777 Mrd. DM.

Bei den Tabellen 1 und 2 ist für die Jahre ab 1990 zu beachten, dass nach der Wiedervereinigung der Bund für das erweiterte Bundesgebiet zuständig ist und die in diesem Zusammenhang neu errichteten Sondervermögen des Bundes, Fonds „Deutsche Einheit“ (Ausgaben 1998: 5,8 Mrd. DM), der Entschädigungsfonds (Ausgaben 1998: 2,3 Mrd. DM), der Erblastentilgungsfonds – ab 1995 Nachfolger des Kreditabwicklungsfonds – (Ausgaben 1998: 16,5 Mrd. DM) und das Bundeseisenbahnvermögen (Ausgaben 1998: 25,0 Mrd. DM) einbezogen sind.

11.3 Einnahmen der öffentlichen Haushalte

Zur Finanzierung seiner Ausgaben hat der Staat im Wesentlichen zwei Möglichkeiten: die Erhebung von Steuern und die Aufnahme von Krediten. Im Jahr 1998 standen – nach vorläufigen Ergebnissen – den öffentlichen Ausgaben von 1 834,4 Mrd. DM Einnahmen aus Steuern und sonstige Einnahmen (z. B. Gebühren, Mieten, Verkaufserlöse für Beteiligungen und Sachvermögen, Zinsen) von insgesamt 1 786,2 Mrd. DM gegenüber. Die Nettokreditaufnahme betrug rund 58 Mrd. DM.

1998 haben Bund, Länder und Gemeinden insgesamt 893 Mrd. DM an Steuern eingenommen (Tab. 3). Allein 651 Mrd. DM oder 72,9 % entfielen auf die Gemeinschaftsteuern, zu denen Lohnsteuer, veranlagte Einkommensteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag, Zinsabschlag, Körperschaftsteuer sowie Umsatz- und Einfuhrumsatzsteuer rechnen.

Tab. 3: Kassenmäßige Steuereinnahmen vor der Verteilung¹ 1997 und 1998
in Mill. DM

Steuerart	1997	1998		
	Deutschland	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder u. Berlin-Ost
Gemeinschaftsteuern	610 597,1	650 775,3	606 181,9	44 593,4
Bundessteuern	135 264,3	130 512,9	·	·
Landessteuern	34 681,9	37 300,0	32 457,1	4 842,9
Zölle	6 899,3	6 486,0	·	·
Gemeindesteuern	65 612,9	68 268,6	62 833,1	5 435,5
Insgesamt	853 055,5	893 342,8	·	·

1 Abweichungen gegenüber den Steuereinnahmen nach der Verteilung aufgrund zeitlicher Überschneidungen sowie Bruttoausweis einzelner Gemeinschaftsteuern.

Als Maß für die Steuerbelastung der Gesamtwirtschaft wird häufig die so genannte volkswirtschaftliche Steuerquote herangezogen. Sie setzt das gesamte Steueraufkommen in Beziehung zum Bruttoinlandsprodukt. 1998 lag die Steuerquote bei 22,7 %.

Nach den Grundsätzen des Finanzwesens, wie sie im Grundgesetz festgelegt sind, lassen sich im Steuersystem der Bundesrepublik Deutschland Gemeinschafts-, Bundes-, Landes- und Gemeindesteuern unterscheiden. Hinzu kommen die Zölle, deren Aufkommen der EU zustehen.

Tab. 4: Die zwölf ergiebigsten Steuern 1997 und 1998
in Mill. DM

Steuerart	Ertrag steht ... zu	1997	1998		
		Deutschland	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Lohnsteuer ¹	B/L/G	298 436,1	308 254,3	278 629,3	29 625,0
Umsatzsteuer	B/L/G/EU ²	199 934,0	203 684,0	186 317,6	17 366,4
Mineralölsteuer	B	66 008,2	66 676,9	·	·
Gewerbesteuer	G/B/L	48 601,4	50 508,4	47 376,8	3 131,6
Einfuhrumsatzsteuer	B/L/EU	40 966,5	46 529,7	45 270,1	1 259,7
Körperschaftsteuer ³	B/L	35 593,9	39 965,8	38 771,7	1 194,1
Solidaritätszuschlag	B	25 891,1	20 558,1	·	·
Tabaksteuer	B	21 154,8	21 652,2	·	·
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag ³	B/L	17 726,7	28 176,7	27 452,3	724,4
Grundsteuer B	G	14 860,1	15 589,0	13 547,4	2 041,6
Kraftfahrzeugsteuer	L	14 417,6	15 170,9	13 022,7	2 148,2
Versicherungssteuer	B	14 127,5	13 951,4	·	·

B = Bund; EU = Europäische Union; G = Gemeinden; L = Länder.

1 Vor Abzug von Kindergeld.

2 Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer ab 1998.

3 Vor Abzug von Erstattungen durch das Bundesamt für Finanzen.

Die zwölf aufkommensstärksten Steuern sind in Tab. 4 aufgeführt. Am ergiebigsten ist die Lohn- und Einkommensteuer. Nach den Ergebnissen der nur im Dreijahresturnus durchgeführten Lohnsteuerstatistik und Statistik der veranlagten Einkommensteuer, die wegen der langen Erklärungs- und Veranlagungsfristen und der schwierigen Aufbereitungsarbeiten aus dem Jahr 1995 datieren, wurden 27,7 Mill. Lohn- und Einkommensteuerpflichtige (mit einem positiven Einkommen) erfasst. Zusammenveranlagte Ehegatten, ob mit ein oder zwei Einkommensbeziehern, wurden dabei grundsätzlich als ein Steuerpflichtiger behandelt. Der Gesamtbetrag der Einkünfte (nach der Steuergesetzgebung errechnet aus der Summe aller Einkünfte, gegebenenfalls auch Verluste, aus selbstständiger oder nichtselbstständiger Arbeit, Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung, Gewerbebetrieb, Land- und Forstwirtschaft sowie sonstigen Einkünften) dieser Steuerpflichtigen betrug 1,65 Billionen DM, die festgesetzte Einkommensteuer 285,2 Mrd. DM. Je Steuerpflichtigen waren das im Durchschnitt Einkünfte in Höhe von 59 600 DM, von denen 17,3 % Steuern zu entrichten waren.

Zwischen den einzelnen Gruppen variierten diese Werte allerdings beträchtlich. Auf die nichtveranlagten Lohnsteuerpflichtigen (2,6 % aller Steuerpflichtigen) entfielen beispielsweise durchschnittliche Einkünfte von 8 900 DM, die im Durchschnitt mit 9,1 % Steuern belastet wurden. Demgegenüber hatten veranlagte Einkommensteuerpflichtige ohne Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit (8,8 % aller Steuerpflichtigen) im Durchschnitt Einkünfte von 56 000 DM mit 22,1 % zu versteuern.

Aus den zusammengefassten Ergebnissen über Lohn- und Einkommensteuerpflichtige lassen sich wichtige Anhaltspunkte über die Einkommensverteilung gewinnen, da alle steuerpflichtigen natürlichen Personen mit ihren (steuerlichen) Einkünften einbezogen sind. Von Nachteil ist, dass die Statistik zu einem relativ späten Zeitpunkt vorliegt, dass Ehegatten grundsätzlich als ein Steuerpflichtiger gezählt werden, dass Lücken hinsichtlich der Einbeziehung von Einkommen aus

Tab. 5: Lohn- und Einkommensteuerpflichtige 1995

Steuerpflichtige nach Steuern	Steuer- pflichtige	Gesamtbetrag der Einkünfte	Lohnsteuer/Ein- kommensteuer	Steuerbelas- tungsquote ¹
	1 000	DM je Steuerpflichtigen		%
Nichtveranlagte				
Lohnsteuerpflichtige	721	8 900	800	9,1
Veranlagte				
Lohnsteuerpflichtige	24 532	61 500	10 400	16,9
Übrige Einkommensteuer- pflichtige (ohne Einkünfte aus nichtselbst. Arbeit)	2 429	56 000	12 400	22,1
Zusammen	27 683	59 600	10 300	17,3
Verlustfälle	2 069	7 200	–	–
Insgesamt	29 752	55 000	9 600	17,4

¹ $\frac{\text{Festgesetzte Einkommensteuer}}{\text{Gesamtbetrag der Einkünfte}} \times 100$.

Tab. 6: Einkommensverteilung 1995
nach der Lohn- und Einkommensteuerstatistik

Gesamtbetrag der Einkünfte von . . . bis unter . . . DM	Steuerpflichtige		Gesamtbetrag der Einkünfte	
	1 000	%	Mill. DM	%
1– 5 000	1 145,0	4,1	2 954,3	0,2
5 000– 10 000	1 274,9	4,6	9 680,0	0,6
10 000– 15 000	1 489,2	5,4	18 586,5	1,1
15 000– 20 000	1 310,0	4,7	22 810,1	1,4
20 000– 25 000	1 227,9	4,4	27 624,3	1,7
25 000– 30 000	1 333,7	4,8	36 713,7	2,2
30 000– 40 000	3 136,6	11,3	110 401,1	6,7
40 000– 50 000	3 619,4	13,1	162 869,1	9,9
50 000– 60 000	3 105,7	11,2	170 061,3	10,3
60 000– 75 000	3 252,8	11,8	217 926,7	13,2
75 000–100 000	3 383,4	12,2	291 369,0	17,7
100 000–250 000	3 126,9	11,3	420 419,0	25,5
250 000–500 000	207,7	0,8	68 629,4	4,2
500 000– 1 Mill.	49,0	0,2	32 752,3	2,0
1 Mill.– 2 Mill.	13,8	0,0	18 659,4	1,1
2 Mill.– 5 Mill.	5,2	0,0	15 461,4	0,9
5 Mill.–10 Mill.	1,2	0,0	8 458,4	0,5
10 Mill. u. mehr	0,7	0,0	14 801,4	0,9
Zusammen	27 683,1	100	1 650 177,3	100
Verlustfälle mit GdE > 0	719,3	–	9 294,5	–
Verlustfälle mit GdE ≤ 0	1 349,9	–	–24 242,5	–
Insgesamt	29 752,3	–	1 635 229,3	–

Land- und Forstwirtschaft sowie Kapitalvermögen und sonstigen Einkünften (insbesondere Renteneinkünften) bestehen und dass darüber hinaus bei den Arbeitnehmern die Sozialversicherungsbeiträge und freiwilligen Sozialleistungen der Arbeitgeber nicht erfasst werden.

23,3 % der Steuerpflichtigen bezogen 1995 Einkünfte von weniger als 25 000 DM, 29,2 % flossen 25 000 bis 50 000 DM zu. 21 002 Steuerpflichtige und damit 0,08 % konnten als Einkommensmillionäre bezeichnet werden. Sie hatten einen Anteil an den Gesamteinkünften von 3,4 %. Er lag damit etwas höher als der Anteil der rund 5,2 Mill. Steuerpflichtigen, die unter 20 000 DM jährlich verdienen.

Angaben aus der Umsatzsteuerstatistik – die Umsatzsteuer ist die Steuer mit dem zweithöchsten Aufkommens – liegen zuletzt für das Jahr 1997 für Deutschland vor. Damals erzielten 2,8 Mill. Steuerpflichtige (Voranmeldungsspflichtige mit einem Jahresumsatz über 32 500 DM) steuerbare Umsätze von 7 115 Mrd. DM und leisteten Umsatzsteuer-Vorauszahlungen in Höhe von 200 Mrd. DM. Von besonderer Bedeutung war der Bereich des Produzierenden Gewerbes ohne Baugewerbe, das 11 % der Steuerpflichtigen stellte, aber 39 % des steuerbaren Umsatzes tätigte und 27 % der Steuervorauszahlungen des Jahres 1997 erbrachte.

Tab. 7: Kassenmäßige Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung¹
1997 und 1998
in Mill. DM

Einnahmen nach der Verteilung	1997	1998		
	Deutschland	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder u. Berlin-Ost
Es verbleiben dem Bund ²	330 981,8	341 484,5	·	·
den Ländern ²	328 033,2	344 132,4	264 697,6	79 434,8
Stadtstaaten ³	33 062,2	34 539,0	26 710,7	7 828,3
übr. Ländern	294 971,0	309 593,4	237 986,9	71 606,5
den Gemeinden/ Gemeindeverbänden ⁴	96 530,8	104 927,6	96 082,5	8 845,1
der Europäischen Union	41 724,0	42 271,0	·	·
Insgesamt	797 269,8	832 815,5	·	·

1 Abweichungen gegenüber den Steuereinnahmen nach der Verteilung aufgrund zeitlicher Überschneidungen sowie Nettostellungen einzelner Gemeinschaftsteuern.

2 Zuweisungen für den öffentl. Personennahverkehr sowie Bundesergänzungszuweisungen beim Bund ab-, bei den Ländern zugesetzt; Beiträge der Länder zum Fonds „Deutsche Einheit“ beim Bund zu-, bei den Ländern abgesetzt.

3 Ohne gemeindlichen Bereich.

4 Einschl. gemeindlicher Bereich der Stadtstaaten.

Die Gesamtheit der Steuereinnahmen wird zwischen den einzelnen Gebietskörperschaften so verteilt, dass sie die ihnen verfassungsmäßig zugewiesenen Aufgaben erfüllen können. Dabei legt das Grundgesetz fest, wem und – zum Teil – mit welchem Anteil die Erträge bestimmter Steuern zufließen. Für die Umsatzsteuer und die gemeindliche Beteiligung an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer wird durch zustimmungsbedürftiges Bundesgesetz geregelt, welche Teile dem Bund und den Ländern bzw. den Gemeinden zustehen. Darüber hinaus erhalten die Europäischen Gemeinschaften das Aufkommen aus den Zöllen und Anteile an der Umsatzsteuer sowie sog. Bruttosozialprodukts-Eigenmittel aus den Steuereinnahmen des Bundes. Daneben findet ein Finanzausgleich zwischen finanzstarken und finanzschwachen Bundesländern statt; außerdem gibt es sog. Bundesergänzungszuweisungen für die finanzschwächsten Bundesländer.

Von den Steuereinnahmen des Jahres 1998 in Höhe von 832,8 Mrd. DM entfielen nach der Verteilung auf den Bund und auf die Länder jeweils 41 %, der Rest auf die Gemeinden (13 %) und die EU (5 %).

11.4 Länderfinanzausgleich

In jüngster Zeit ist auch als Folge immer knapper werdender öffentlicher Mittel die Finanzverteilung zwischen Bund und Ländern und den Ländern untereinander, der sog. Länderfinanzausgleich, zu einem zentralen Thema in der finanzpolitischen Diskussion geworden.

Aufgabe des Länderfinanzausgleichs ist es, die unterschiedliche Finanzkraft der Bundesländer durch Finanzhilfen angemessen auszugleichen. Dies geschieht einmal dadurch, dass Länder mit – im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl – hohen Steuereinnahmen an Länder mit niedrigeren Einnahmen Ausgleichszahlungen leis-

Tab. 8: Entwicklung des Länderfinanzausgleichs
und der Bundesergänzungszuweisungen 1995 und 1998¹
in Mill. DM

Land	Finanz- ausgleich insgesamt	Länder- finanz- ausgleich	Bundes- ergänzungs- zuweisungen
1995			
Ausgleichsvolumen insg.	X	11 195	25 071
Baden-Württemberg	– 2 803	– 2 803	–
Bayern	– 2 532	– 2 532	–
Berlin	+ 7 951	+ 4 222	+ 3 729
Brandenburg	+ 3 477	+ 864	+ 2 613
Bremen	+ 2 689	+ 562	+ 2 127
Hamburg	– 117	– 117	–
Hessen	– 2 153	– 2 153	–
Mecklenburg-Vorpommern	+ 2 749	+ 771	+ 1 978
Niedersachsen	+ 1 637	+ 452	+ 1 185
Nordrhein-Westfalen	– 3 449	– 3 449	–
Rheinland-Pfalz	+ 1 242	+ 229	+ 1 013
Saarland	+ 2 212	+ 180	+ 2 032
Sachsen	+ 6 270	+ 1 773	+ 4 497
Sachsen-Anhalt	+ 3 999	+ 1 123	+ 2 876
Schleswig-Holstein	+ 250	– 141	+ 391
Thüringen	+ 3 650	+ 1 019	+ 2 631
1998 ²			
Ausgleichsvolumen insg.	X	13 518	25 656
Baden-Württemberg	– 3 473	– 3 473	–
Bayern	– 2 901	– 2 901	–
Berlin	+ 8 651	+ 4 888	+ 3 763
Brandenburg	+ 3 688	+ 1 041	+ 2 647
Bremen	+ 3 037	+ 912	+ 2 125
Hamburg	– 613	– 613	–
Hessen	– 3 435	– 3 435	–
Mecklenburg-Vorpommern	+ 2 867	+ 876	+ 1 991
Niedersachsen	+ 2 323	+ 787	+ 1 536
Nordrhein-Westfalen	– 3 095	– 3 095	–
Rheinland-Pfalz	+ 1 613	+ 431	+ 1 182
Saarland	+ 2 246	+ 228	+ 2 018
Sachsen	+ 6 521	+ 1 990	+ 4 531
Sachsen-Anhalt	+ 4 097	+ 1 205	+ 2 892
Schleswig-Holstein	+ 323	– 0	+ 323
Thüringen	+ 3 809	+ 1 160	+ 2 649

1 Länderfinanzausgleich: ausgleichspflichtig (–), ausgleichsberechtigt (+); Bundesergänzungszuweisungen: Empfänger (+).

2 Vorläufiges Ergebnis.

ten (horizontaler Finanzausgleich) und zum anderen durch direkte Zahlungen des Bundes an finanzschwache Länder (vertikaler Finanzausgleich). Konkret festgemacht wird dies an der zentralen Zielgröße des Länderfinanzausgleichs, der bundesdurchschnittlichen Steuerkraft je Einwohner. Unterschreiten die tatsächlichen Steuereinnahmen eines Landes je Einwohner den Bundesdurchschnitt, so ist es grundsätzlich ausgleichsberechtigt. Überschreiten sie ihn, ist das Land grundsätzlich ausgleichspflichtig. Beim Ausgleich sind jedoch Sicherungen eingebaut, die eine Übernivellierung vermeiden sollen. In der Tab. 8 ist die Entwicklung des horizontalen (= Länderfinanzausgleich) wie auch des vertikalen (= Bundesergänzungszuweisungen) Länderfinanzausgleichs für 1995 und 1998 dargestellt.

11.5 Schulden der öffentlichen Haushalte

Soweit zur Finanzierung der Staatsaufgaben die eigenen Einnahmen der öffentlichen Haushalte nicht ausreichen, greifen sie auf „angesparte“ Rücklagen zurück oder nehmen am Kreditmarkt Kredite auf. Dies hat zu einer wachsenden öffentlichen Verschuldung geführt. Der Schuldenstand der öffentlichen Haushalte betrug am 31. Dezember 1998 2 256,6 Mrd. DM.

Davon entfielen auf den Bund einschließlich seiner Sondervermögen 1 454,4 Mrd. DM, auf die Länder 615,6 Mrd. DM und auf die Gemeinden und Gemeindeverbände (einschließlich Zweckverbände) 186,6 Mrd. DM. Die öffentlichen Schulden entstehen zum größten Teil über den Kreditmarkt, d. h. durch die Ausgabe von

Tab. 9: Kreditmarktschulden¹ der öffentlichen Haushalte 1950 bis 1998

Stichtag ²	Mill. DM	Stichtag ²	Mill. DM
31. 3. 1950	18 725	31. 12. 1989	924 755
31. 3. 1955	41 770	31. 12. 1990	1 048 761
31. 12. 1960	56 716	31. 12. 1991	1 165 521
31. 12. 1965	84 413	31. 12. 1992	1 331 503
31. 12. 1970	123 075	31. 12. 1993	1 499 155
31. 12. 1975	252 731	31. 12. 1994	1 645 142
31. 12. 1980	462 838	31. 12. 1995	1 976 093
31. 12. 1985	756 537	31. 12. 1996	2 093 552
31. 12. 1986	794 341	31. 12. 1997	2 191 302
31. 12. 1987	844 253	31. 12. 1997 ³	2 188 724
31. 12. 1988	898 954	31. 12. 1998 ^{3, 4}	2 256 614

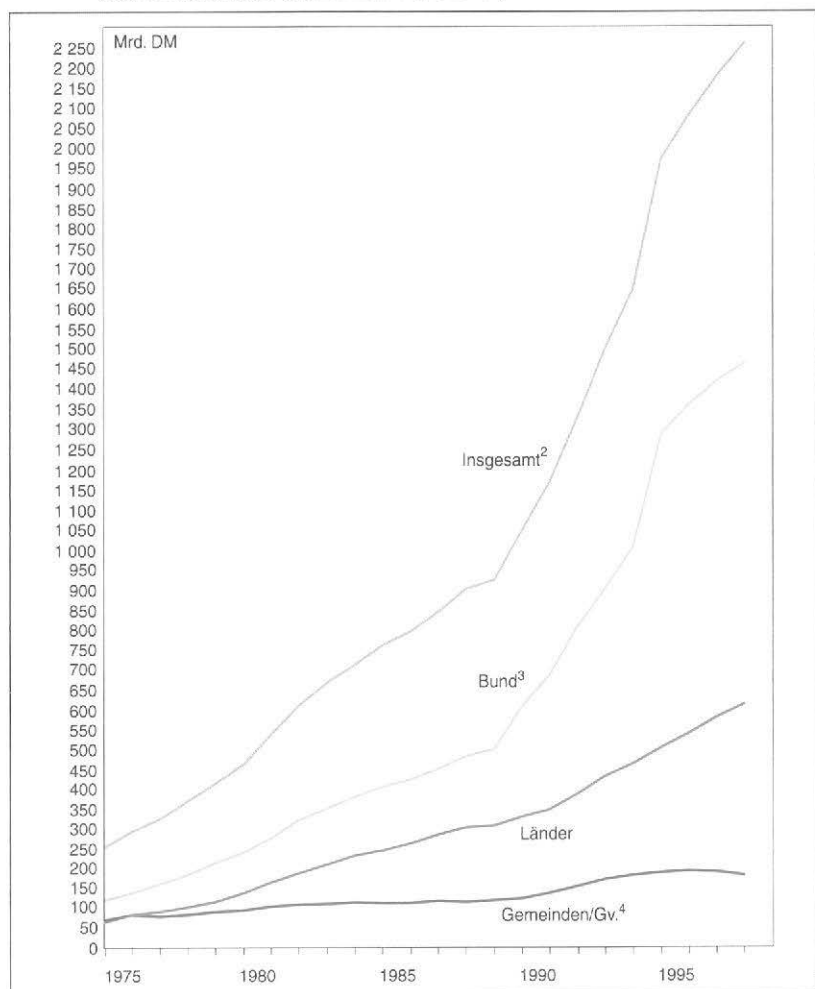
1 Kreditmarktschulden im weiteren Sinne (Wertpapierschulden, Schulden bei Banken, Sparkassen, Versicherungsunternehmen und sonstigen in- und ausländischen Stellen sowie Ausgleichsforderungen).

2 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland. Von 1950 bis 1997 einschl. Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

3 Ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

4 Vorläufiges Ergebnis.

Abb. 3: Kreditmarktschulden¹ der öffentlichen Haushalte 1975 bis 1998
(ohne Schulden bei öffentlichen Haushalten)



1 Kreditmarktschulden im weiteren Sinne (Wertpapierschulden, Schulden bei Banken, Sparkassen, Versicherungsunternehmen und sonstigen in- und ausländischen Stellen sowie Ausgleichsforderungen). Bis 1990 früheres Bundesgebiet; ab 1991 Deutschland.

2 1998 ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

3 Einschl. Sondervermögen (Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, ab 1990 einschl. Fonds „Deutsche Einheit“ und Kreditabwicklungsfonds, abgelöst 1995 vom Erblastentilgungsfonds, ab 1994 einschl. Bundeseisenbahnvermögen, ab 1995 einschl. Ausgleichsfonds „Steinkohle“ und ab 1996 einschl. Entschädigungsfonds).

4 Einschl. Zweckverbände; bis 1997 einschl. und ab 1998 ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

Wertpapieren (Anleihen, Schatzbriefe usw.) oder durch die direkte Aufnahme von Darlehen bei inländischen Versicherungen, Banken, Bausparkassen u. Ä. (einschließlich Sozialversicherungsträger) sowie im Ausland. Die Staatsschulden erhöhten sich von 18,7 Mrd. DM im Jahr 1950 über 123,1 Mrd. DM im Jahr 1970 auf 1 048,8 Mrd. DM im Jahr 1990 und bis zum Jahr 1998 auf 2 256,6 Mrd. DM. Allein 1981 nahm die öffentliche Hand 73,3 Mrd. DM an Krediten netto (Schuldenaufnahme abzüglich Schuldentilgung am Kreditmarkt) neu auf. Nach den Ergebnissen der jährlichen Schuldenstatistik ist in den Jahren 1982 bis 1986 die jährliche Nettoneuverschuldung allerdings zurückgegangen. Sie belief sich 1982 noch auf 71,7 Mrd. DM und nahm dann kontinuierlich ab bis auf 37,8 Mrd. DM im Jahr 1986. 1987 stieg sie wieder auf 49,9 Mrd. DM an und erreichte 1990 vor allem aufgrund eines höheren Finanzierungsbedarfs im Zusammenhang mit der deutschen Wiedervereinigung 124,0 Mrd. DM. Davon entfielen auf den im Juli 1990 errichteten Fonds „Deutsche Einheit“ und den im September 1990 errichteten Kreditabwicklungsfonds zusammen 47,4 Mrd. DM. 1992 betrug die Nettoneuverschuldung aller öffentlichen Haushalte 166,0 Mrd. DM, 1995 331,0 Mrd. DM. Diese starke Zunahme ist vor allem auf die Übertragung der Schulden der Treuhandanstalt (rund 205 Mrd. DM) auf den Erblastentilgungsfonds zurückzuführen. 1998 betrug die Nettoneuverschuldung 67,9 Mrd. DM.

Der erhebliche Finanzbedarf infolge der deutschen Wiedervereinigung und aufgrund wachsender internationaler Verpflichtungen erfordert kurzfristig eine verstärkte Inanspruchnahme des Kreditmarktes durch die öffentlichen Haushalte. Die Diskussion über Auswirkungen und Grenzen der Staatsverschuldung gewinnt daher erneut an Aktualität. Nach dem Grundgesetz (Art. 115) darf die jährliche Kreditaufnahme des Bundes die Summe der im Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben für Investitionen nicht überschreiten. Gleichwohl ist auch bei Einhaltung dieses Grundsatzes zu beachten, dass zunehmende Verschuldung zu steigenden Zinszahlungen führt, die den Spielraum der Haushalte künftiger Jahre einengen. Die Zinslast für die Staatsschulden lag z. B. 1975 bei 15 Mrd. DM jährlich, war 1978 auf 22 Mrd. DM gestiegen und betrug 1986 bereits knapp 58 Mrd. DM. 1998 waren es 134,1 Mrd. DM. Die Zinsen betragen damit 7,3 % aller öffentlichen Ausgaben und binden 8,7 % der Steuereinnahmen des Staates.

11.6 Personal der öffentlichen Haushalte

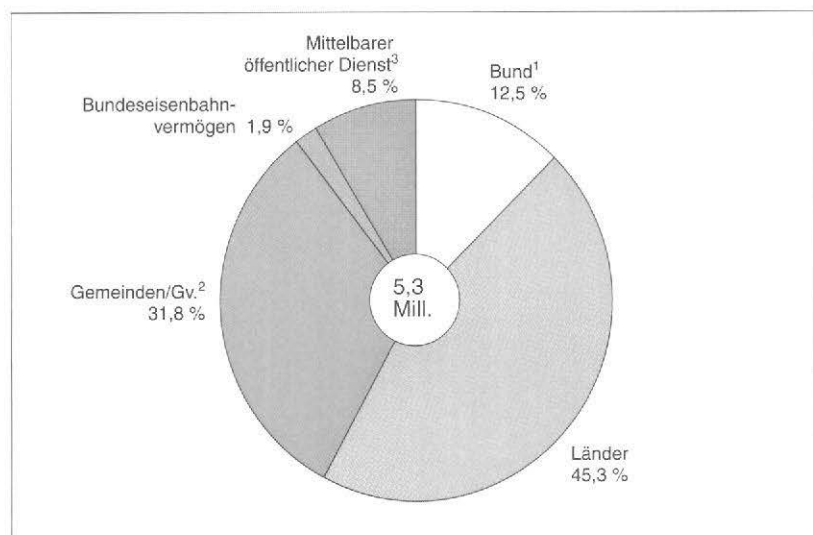
Die öffentlichen Arbeitgeber (öffentlicher Dienst und rechtlich selbständige Einrichtungen mit überwiegend öffentlicher Beteiligung) beschäftigten 1997 in Deutschland insgesamt 6,68 Mill. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (einschl. Berufs- und Zeitsoldaten sowie Grundwehrdienstleistende). Davon übten 5,40 Mill. Personen eine Vollzeit- und 1,28 Mill. eine Teilzeitbeschäftigung aus. Gegenüber dem Vorjahr wurden 200 000 Vollzeitkräfte oder 3,6 % weniger beschäftigt. Die Zahl der Teilzeitkräfte hat sich dagegen leicht um 6 000 oder 0,5 % erhöht.

Bei den Kernhaushalten waren 4,48 Mill., bei den Sonderrechnungen 0,81 Mill. und bei den rechtlich selbständigen Einrichtungen mit überwiegend öffentlicher Beteiligung 1,38 Mill. Beschäftigte eingesetzt. Auf die Kernhaushalte entfiel der größte Teil des Personalrückgangs (– 137 000), bei den Sonderrechnungen wurden 5 000 und bei den rechtlich selbständigen Einrichtungen 53 000 Arbeitsplätze weniger gezählt.

Die Bedeutung der öffentlichen Arbeitgeber für die Erwerbstätigkeit zeigt sich, wenn die Mitarbeiterzahl der öffentlichen Hand in Beziehung zur Gesamtzahl der abhängig Erwerbstätigen gesetzt wird. Gemessen an den rund 32 Mill. abhängig Erwerbstätigen ergibt sich für den öffentlichen Sektor ein Anteil von 21 %. Damit steht im Durchschnitt jeder bzw. jede fünfte abhängig Erwerbstätige in den Lohn- und Gehaltslisten der öffentlichen Arbeitgeber (zu den Personalausgaben vgl. Abschnitt 11.2).

Die weiteren Ausführungen beziehen sich auf die Beschäftigungssituation im öffentlichen Dienst, also auf die Bereiche Kernhaushalte und Sonderrechnungen. Bei diesen Dienststellen hatten 5,3 Mill. Beschäftigte oder knapp 80 % aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der öffentlichen Arbeitgeber einen Arbeitsplatz.

Abb. 4: Beschäftigte des öffentlichen Dienstes 1997¹
nach Beschäftigungsbereichen



¹ Einschl. Soldaten (Berufs-, Zeitsoldaten und 134 000 Grundwehrdienstleistende).

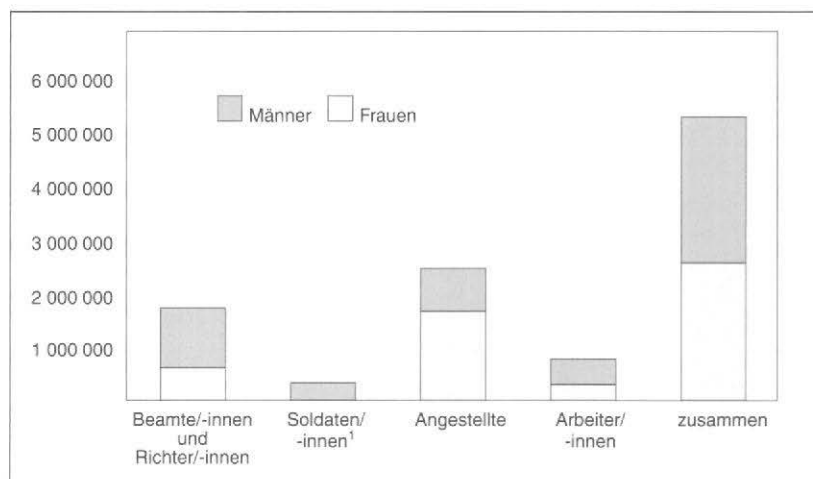
² Einschl. kommunaler Zweckverbände.

³ Sozialversicherungsträger, Bundesanstalt für Arbeit, Träger der Zusatzversorgung, Deutsche Bundesbank und Anstalten, Körperschaften und Stiftungen des öffentlichen Rechts mit Dienstherrnfähigkeit.

Die meisten Beschäftigten standen im Dienst der Länder. Mitte 1997 wurden 2,40 Mill. Landesbedienstete gezählt. Die Kommunen meldeten 1,68 Mill. Beschäftigte; bei den Bundesbehörden waren es 660 000, beim Bundeseisenbahnvermögen 100 000 und im mittelbaren öffentlichen Dienst (Bundesanstalt für Arbeit, Deutsche Bundesbank, Sozialversicherungsträger und Träger der Zusatzversorgung sowie rechtlich selbständige Anstalten, Körperschaften und Stiftungen des öffentlichen Rechts mit Dienstherrnfähigkeit) 450 000.

In der Gliederung nach dem Dienstverhältnis wurden 2,47 Mill. Angestellte, 1,72 Mill. Beamtinnen und Beamte (einschließlich 22 000 Richterinnen und Richter), 781 000 Arbeiterinnen und Arbeiter und 326 000 Soldaten erfasst. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Beamtinnen und Beamten (einschl. Richterinnen und

Abb. 5: Beschäftigte des öffentlichen Dienstes 1997
nach dem Dienstverhältnis



1 Einschl. 134 000 Grundwehrendienstleistender.

Richter) gestiegen, während in den übrigen Dienstverhältnissen eine rückläufige Personalentwicklung zu verzeichnen war. Hierbei ist der Anstieg bei den Beamtinnen und Beamten und teilweise der Rückgang bei den Angestellten auf die Berufung von Angestellten in ein Beamtenverhältnis in den neuen Ländern und Berlin-Ost zurückzuführen. Innerhalb der einzelnen Dienstverhältnisse wird die Teilzeitbeschäftigung unterschiedlich in Anspruch genommen. Bei den in einem Beamtenverhältnis stehenden Beschäftigten betrug die Teilzeitquote 13 %, während bei den Tarifbeschäftigten 26 % mit verkürzter Arbeitszeit arbeiteten.

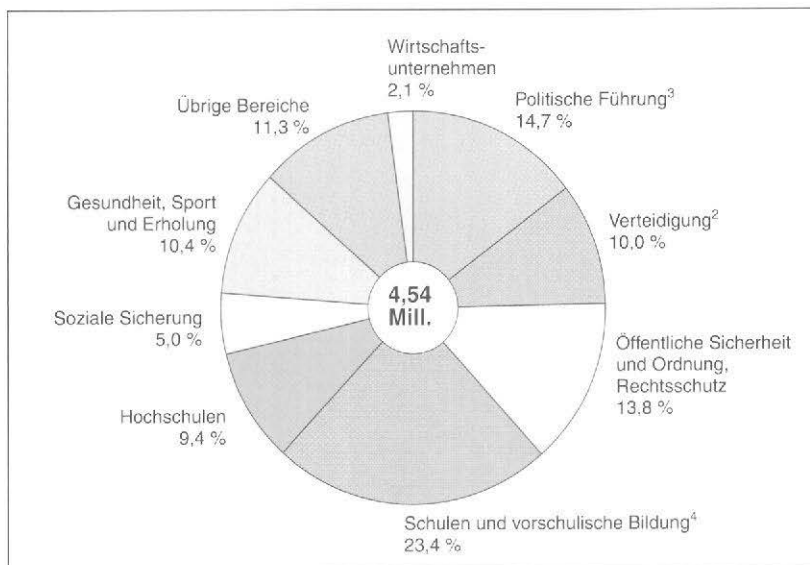
Von den Beschäftigten, die 1997 in den Lohn- und Gehaltslisten des öffentlichen Dienstes geführt wurden, waren 2,58 Mill. oder knapp 49 % Frauen. Ohne den

militärischen Bereich der Bundeswehr liegt der Frauenanteil bei 52 %. Diese Quote liegt im früheren Bundesgebiet deutlich niedriger (48 %) als in den neuen Bundesländern (65 %).

Von 100 Beschäftigten des öffentlichen Dienstes arbeiten im Durchschnitt 45 bei den Ländern, 32 bei den Kommunen, 12 bei den Bundesbehörden, 9 im Bereich des mittelbaren öffentlichen Dienstes und 2 beim Bundeseisenbahnvermögen.

Die Schwerpunkte des Personaleinsatzes der Gebietskörperschaften liegen im Bereich des Bildungswesens (36 %), der „Politischen Führung“ (15 %), der „In-

Abb. 6: Beschäftigte des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. 1997^{1,2} nach Aufgabenbereichen



1 Ohne kommunale Zweckverbände.

2 Einschl. Soldaten (Berufs-, Zeitsoldaten und 134 000 Grundwehrdienstleistende).

3 Einschl. zentraler und auswärtiger Angelegenheiten.

4 Einschl. Verwaltung.

neren Sicherheit“ (öffentliche Sicherheit und Ordnung, Rechtsschutz: 14 %), des Gesundheitswesens einschl. Sport und Erholung (10 %) und der „Äußerer Sicherheit“ (Verteidigung: 10 %).

Seit 1991, dem ersten Jahr nach der Wiedervereinigung, ist die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Bundesrepublik Deutschland drastisch zurückgegangen. Von einem damaligen Personalbestand von knapp 7 Mill. Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hat sich die Beschäftigtenzahl des öffentlichen Dienstes binnen sechs Jahren auf 5,3 Mill. verringert. Diese Personalentwicklung

hat mehrere Gründe. In den neuen Ländern bestand der Zwang, die Personalausstattung der Länder und der Kommunen den Verhältnissen im früheren Bundesgebiet anzupassen. Der Bund hat seine Sondervermögen Deutsche Bundesbahn/Deutsche Reichsbahn und Deutsche Bundespost privatisiert. Vom Personal dieser Sondervermögen sind allein die Beamten der Deutschen Bundesbahn im öffentlichen Dienst verblieben. Sie werden von dem neu errichteten Bundes-eisenbahnvermögen verwaltet und an die Deutsche Bahn AG ausgeliehen. Außerdem hat der Bund die zivilen und militärischen Arbeitsplätze bei der Bundeswehr den veränderten sicherheitspolitischen Gegebenheiten angepasst. Die rechtliche Verselbständigung von bisher rechtlich unselbständigen staatlichen und kommunalen Einrichtungen führt dazu, dass die Beschäftigten dieser Einrichtungen nicht mehr zum Mitarbeiterstab ihres bisherigen Dienstherrn gehören. Von diesem Ausgliederungsprozess sind insbesondere staatliche und kommunale Krankenhäuser betroffen. Nur im mittelbaren öffentlichen Dienst sind seit 1991 zusätzliche Arbeitsplätze im Zusammenhang mit dem Aufbau der Arbeitsverwaltung und der gesetzlichen Sozialversicherung in den neuen Ländern geschaffen worden.

12 Gesamtwirtschaft im Überblick

12.1 Rahmenbedingungen des wirtschaftlichen Geschehens

Die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland wird als „soziale Marktwirtschaft“ bezeichnet. Darunter versteht man die Verbindung von „freier Marktwirtschaft“ mit einem Staat, der den ordnungs- und wirtschaftspolitischen Rahmen sichert und sozial ausgleichend wirkt.

Basis der gesamten staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland ist das Grundgesetz. Darin ist kein bestimmtes Wirtschaftssystem festgelegt, es enthält aber eine Reihe normativer Bestimmungen, die als Rahmenbedingungen zu betrachten sind. Dazu zählen insbesondere die Garantie des Privateigentums sowie dessen soziale Verpflichtung, die Gewerbefreiheit, das Recht auf freie Wahl des Arbeitsplatzes, die Vereinigungsfreiheit und die Freizügigkeit.

Weitere Grundsätze der Ordnungspolitik werden durch das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung (1957), das Stabilitätsgesetz (1967), das Gesetz über das Kreditwesen (1961), das Gesetz über die Deutsche Bundesbank (1957) sowie eine Reihe anderer Gesetze (z. B. Tarifvertragsgesetz, Gewerbeordnung) näher bestimmt.

Darüber hinaus wirken sich auf das wirtschaftliche Geschehen Einflüsse der Sozialgesetzgebung und arbeitsrechtliche Regelungen aus, ebenso wie der föderalistische Staatsaufbau und die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in internationale Organisationen. Regelungen der Sozialgesetzgebung beeinflussen nicht nur die Lebensverhältnisse des Einzelnen, sondern auch die Ausgaben-situation des Staates und der Sozialversicherungsträger sowie die Kostenrechnung der Unternehmen.

Nicht zuletzt werden die Konsum-, Spar- und Investitionsentscheidungen der Wirtschaftseinheiten (Unternehmen, Staat, Private Haushalte) durch die Steuer- und Abgabepolitik sowie die Regional- und Strukturpolitik beeinflusst. Zunehmend gewinnen für das Handeln der Wirtschaftseinheiten auch Rahmenbedingungen auf europäischer Ebene, wie die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank, an Bedeutung.

Die beschriebenen ordnungspolitischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten müssen von den politischen Verantwortlichen – aber auch von anderen Wirtschaftseinheiten – bei wirtschaftspolitischen und anderen Entscheidungen beachtet werden. Erforderlich für Entscheidungsprozesse sind aber auch quantitative In-

formationen, die unter anderem als wirtschaftsstatistische Daten von den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder regelmäßig bereitgestellt werden.

12.2 Einführung in die gesamtwirtschaftliche Darstellung

Aufgabe der Wirtschaftsstatistiken ist es, wirtschaftliche Vorgänge und Ergebnisse in einzelnen Bereichen und in der Volkswirtschaft insgesamt zu erfassen, aufzubereiten und die Daten der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Diese Daten dienen als Grundlage wirtschaftspolitischer und unternehmerischer Entscheidungen. Darüber hinaus werden sie von Forschungsinstituten, Hochschulen, Verbänden, internationalen Organisationen und von Unternehmen für Analyse- und Prognosezwecke genutzt.

Den umfassendsten Überblick über das wirtschaftliche Geschehen liefern die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR), die statistisches Basismaterial aus nahezu allen Bereichen zu einem geschlossenen Gesamtbild zusammenfügen und gegebenenfalls durch Schätzungen ergänzen, um statistische Lücken zu schließen.

Der Darstellung der volkswirtschaftlichen Zusammenhänge liegt der Kreislaufgedanke zugrunde. Damit das Bild überschaubar bleibt, wird in den VGR die Vielzahl der Wirtschaftseinheiten und der wirtschaftlichen Vorgänge zu Gruppen zusammengefasst. Die Gruppen sind so gebildet, dass die vielschichtigen Zusammenhänge im Wirtschaftsleben möglichst klar erkennbar werden. Die Wirtschaftseinheiten werden in erster Linie nach der Art ihres wirtschaftlichen Verhaltens gruppiert; in grober Gliederung spricht man von den Sektoren Kapitalgesellschaften, Private Haushalte, Private Organisationen ohne Erwerbszweck, Staat und übrige Welt, in feiner Gliederung von Wirtschafts- bzw. Produktionsbereichen, Haushaltgruppen usw. Die Abgrenzung und Zusammenfassung der wirtschaftlichen Vorgänge wird so vorgenommen, dass ein möglichst aussagefähiges Bild über die

- Produktion, Verteilung und Verwendung der Güter,
 - Entstehung, Verteilung, Umverteilung und Verwendung der Einkommen und die
 - Vermögensbildung und ihre Finanzierung
- entsteht.

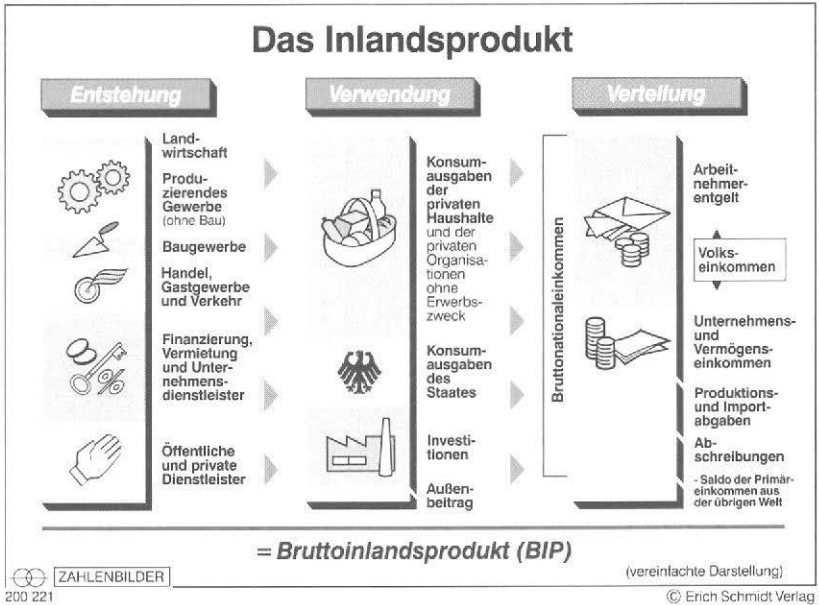
Die Ergebnisse der VGR werden grundsätzlich in Geldeinheiten ausgedrückt. Sie beziehen sich, wie das statistische Ausgangsmaterial, stets auf abgelaufene Zeiträume.

Die VGR sind als ein geschlossenes Kontensystem mit doppelter Verbuchung aller Vorgänge angelegt und umfassen daneben eine Reihe ergänzender Tabellen. In den Tabellen werden die Kontenpositionen teilweise tiefer untergliedert, nach besonderen Gesichtspunkten zusammengefasst oder zum Beispiel um die Angaben

in konstanten Preisen erweitert. Außerdem werden in den Input-Output-Tabellen die produktions- und gütermäßigen Verflechtungen in der Volkswirtschaft gezeigt. Ziel der VGR ist die Quantifizierung der Leistung einer Volkswirtschaft als Ganzes. Diese kann aus drei Blickwinkeln heraus erfolgen:

- Wo ist die Leistung entstanden? Wie haben die einzelnen Wirtschaftsbereiche zum gesamtwirtschaftlichen Ergebnis beigetragen? (Entstehungsrechnung, vgl. Abschnitt 12.4)
- Wofür wurde das, was erarbeitet wurde, verwendet? Wurde es investiert, konsumiert oder exportiert? (Verwendungsrechnung, vgl. Abschnitt 12.5)
- Wie wurde das bei der Erarbeitung der gesamtwirtschaftlichen Leistung entstandene Einkommen verteilt? (Verteilungsrechnung, vgl. Abschnitt 12.6)

Abb. 1:



Als zentrale Größen werden in der Entstehungsrechnung die Bruttowertschöpfung und das Bruttoinlandsprodukt, in der Verwendungsrechnung der Konsum, die Bruttoinvestitionen und der Außenbeitrag und in der Verteilungsrechnung das Bruttonationaleinkommen, das Volkseinkommen, das Arbeitnehmerentgelt sowie Unternehmens- und Vermögenseinkommen berechnet.

Im Folgenden werden für die Jahre 1991 bis 1998 Angaben der VGR für Deutschland nachgewiesen, die ab dem Jahr 1995 noch vorläufig sind.

12.3 Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts

Das Bruttoinlandsprodukt ist ein Maß für die in einem bestimmten Wirtschaftsraum, zum Beispiel Deutschland, in einem Zeitraum, beispielsweise einem Kalenderjahr, erbrachte gesamtwirtschaftliche Leistung.

Es kann prinzipiell von drei Seiten berechnet und dargestellt werden. Die folgenden Angaben in Mrd. DM gelten für 1998:

1. Entstehungsseite

Produktionswert	6 889,7
– Vorleistungen (bereinigt)	3 458,2
= Bruttowertschöpfung (bereinigt)	3 431,6
+ Gütersteuern abzügl. Gütersubventionen	367,9
= Bruttoinlandsprodukt	3 799,4
+ Saldo der Primäreinkommen aus der übrigen Welt	– 30,8
= <i>Bruttonationaleinkommen (Bruttosozialprodukt)</i>	3 768,6

2. Verwendungsseite

Konsumausgaben der privaten Haushalte	2 103,4
+ Konsumausg. der priv. Organisationen ohne Erwerbszweck	61,2
+ Konsumausgaben des Staates	718,5
+ Anlageinvestitionen	792,7
+ Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen	59,1
+ Außenbeitrag	64,6
= <i>Bruttoinlandsprodukt</i>	3 799,4

3. Verteilungsseite

Bruttonationaleinkommen (Bruttosozialprodukt)	3 768,6
– Abschreibungen	553,2
– Produktions- und Importabgaben	438,0
+ Subventionen	70,9
= Volkseinkommen	2 848,3
– Arbeitnehmerentgelt	1 999,8
= <i>Unternehmens- und Vermögenseinkommen</i>	848,5

Im Jahr 1998 erreichte das deutsche Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen 3 799,4 Mrd. DM.

Die Zunahme oder Abnahme des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen wird sowohl durch die Veränderung des Volumens der gesamtwirtschaftlichen Leistung als auch durch die allgemeine Preisentwicklung beeinflusst. Bei einer Rechnung in konstanten Preisen eines bestimmten Basisjahres wird dagegen die Preisveränderung ausgeschaltet. Die jährlichen Veränderungsraten des Bruttoinlandsprodukts in konstanten Preisen können so als Maßstab der (realen) Wirtschaftsentwicklung betrachtet werden. In Deutschland hat das Bruttoinlandsprodukt zwischen 1991 und 1998 im jährlichen Durchschnitt preisbereinigt um rund 1,4 % zugenommen.

Tab 1: Bruttoinlandsprodukt

Jahr ¹	In jeweiligen Preisen		In Preisen von 1995	
	Mrd. DM	DM je Erwerbstätigen im Inland (Wirtschaftsleistung)	Mrd. DM	DM je Erwerbstätigen im Inland (Produktivität)
1991	2 938,0	77 800	3 346,0	88 600
1992	3 155,2	84 900	3 421,0	92 100
1993	3 235,4	88 400	3 383,8	92 500
1994	3 394,4	93 100	3 463,2	95 000
1995	3 523,8	96 700	3 523,8	96 700
1996	3 586,8	99 200	3 550,4	98 200
1997	3 675,8	102 500	3 612,6	100 700
1998	3 799,4	105 500	3 694,0	102 600

1 Ab 1995 vorläufiges Ergebnis.

Neben dem Bruttoinlandsprodukt ist die Pro-Kopf-Leistung, als Maß für die Arbeitsproduktivität (Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen), eine wichtige Größe zur Beurteilung des wirtschaftlichen Fortschritts.

Die Pro-Kopf-Leistung in jeweiligen Preisen wird dabei als Wirtschaftsleistung bezeichnet. Sie dient in der Regel zum Vergleich der Arbeitsproduktivität verschiedener Gebiete oder Bereiche innerhalb einer Periode. Im Gegensatz dazu wird die Pro-Kopf-Leistung in konstanten Preisen, die Produktivität, zur Messung von Produktivitätsveränderungen zwischen verschiedenen Perioden verwendet.

In konstanten Preisen des Jahres 1995 gerechnet, war die Produktivität 1998 rund 16 % höher als 1991. Sie wuchs in diesem Zeitraum jährlich im Durchschnitt um 2,1 % an.

12.4 Entstehung des Bruttoinlandsprodukts

Die Entstehungsseite des Bruttoinlandsprodukts wird in tiefer Gliederung berechnet und nach maximal 60 Wirtschaftsbereichen veröffentlicht. Dabei lässt sich der Beitrag der einzelnen Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt an ihrer Bruttowertschöpfung messen.

Die Bruttowertschöpfung ist die Summe der von inländischen Wirtschaftseinheiten bzw. Wirtschaftsbereichen produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der von anderen Wirtschaftseinheiten bzw. von anderen Wirtschaftsbereichen bezogenen Vorleistungen (z. B. Rohstoffe, Vorprodukte, Handelswaren, Reparaturleistungen usw.). Tab. 2 zeigt die Wertschöpfung nach sechs zusammengefassten Wirtschaftsbereichen. Die Angaben in jeweiligen Preisen sind als absolute

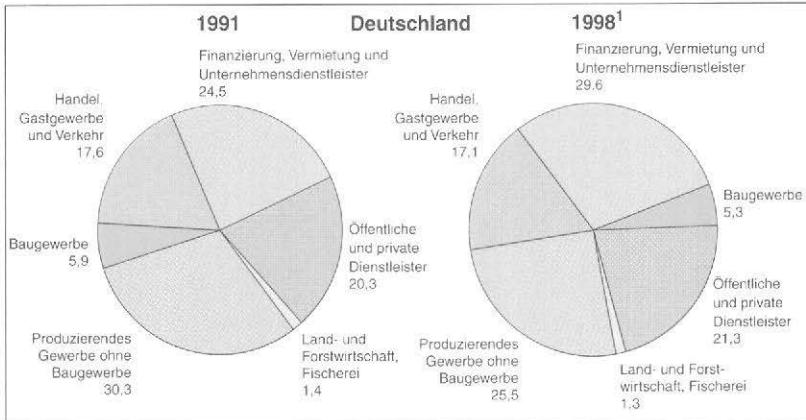
Beträge in Mrd. DM ausgewiesen und zeigen den Beitrag des jeweiligen Wirtschaftsbereiches zur Wertschöpfung, während in konstanten Preisen mit der prozentualen Veränderung der Bruttowertschöpfung die wirtschaftliche Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen im Zeitverlauf dokumentiert wird.

Tab. 2: Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen

Jahr ¹	Ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft, Fischerei	Produ- zierendes Gewerbe ohne Bau- gewerbe	Bau- gewerbe	Handel, Gast- gewerbe und Verkehr	Finanzie- rung, Ver- mietung, Unter- nehmens- dienst- leister	Öffent- liche und private Dienst- leister
<i>in jeweiligen Preisen in Mrd. DM</i>							
1991	2 776,0	38,3	840,5	164,3	489,6	679,3	563,9
1992	2 982,4	39,1	848,7	195,1	517,5	757,5	624,4
1993	3 053,5	38,5	802,2	203,9	530,8	822,6	655,4
1994	3 188,0	40,8	819,0	221,9	559,7	860,5	686,4
1995	3 314,5	42,3	835,5	222,4	586,4	907,2	720,6
1996	3 378,0	44,5	838,4	211,7	584,0	961,3	738,1
1997	3 466,8	44,7	865,6	202,9	597,5	1 008,8	747,5
1998	3 580,6	45,5	912,0	190,0	610,6	1 060,9	761,6
<i>Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %</i>							
1992	7,4	1,7	1,0	18,7	5,7	11,5	10,7
1993	2,4	-1,5	-5,5	4,6	2,6	8,6	5,0
1994	4,4	5,9	2,1	8,7	5,4	4,6	4,7
1995	4,0	3,7	2,0	0,4	4,8	5,4	5,0
1996	1,9	5,2	0,3	-4,8	-0,4	6,0	2,4
1997	2,6	0,3	3,2	-4,2	2,3	4,9	1,3
1998	3,3	1,9	5,4	-6,3	2,2	5,2	1,9
<i>in Preisen von 1995 in Mrd. DM</i>							
1991	3 132,5	39,3	875,0	198,0	580,0	786,0	653,9
1992	3 204,5	41,7	862,1	214,2	589,3	816,9	680,2
1993	3 173,9	42,5	804,0	213,8	580,4	845,3	687,9
1994	3 244,2	40,4	826,1	226,5	584,2	862,5	704,5
1995	3 314,5	42,3	835,5	222,4	586,4	907,2	720,6
1996	3 351,9	45,5	826,0	213,3	582,1	955,0	730,1
1997	3 428,8	45,1	853,3	207,7	596,6	997,3	728,8
1998	3 522,1	46,2	897,8	197,7	615,8	1 031,8	732,8
<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>							
1992	2,3	6,2	-1,5	8,2	1,5	3,9	4,0
1993	-1,0	2,0	-6,7	-0,2	-1,5	3,5	1,1
1994	2,2	-5,0	2,7	6,0	0,7	2,0	2,4
1995	2,2	4,8	1,1	-1,8	0,4	5,2	2,3
1996	1,1	7,4	-1,1	-4,1	-0,7	5,3	1,3
1997	2,3	-0,8	3,3	-2,7	2,5	4,4	-0,2
1998	2,7	2,5	5,2	-4,8	3,2	3,5	0,5

1 Ab 1995 vorläufiges Ergebnis.

Abb. 2: Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche 1991 und 1998
in Prozent



1 Vorläufiges Ergebnis.

Abb. 2 zeigt anhand von zwei Kreisdiagrammen die Struktur der nominalen gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung in Deutschland für die Jahre 1991 und 1998. In den Bereichen Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (1991: 1,4 %; 1998: 1,3 %), Baugewerbe (1991: 5,9 %; 1998: 5,3 %) , Handel, Gastgewerbe und Verkehr (Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung 1991: 17,6 %; 1998: 17,1 %) sowie öffentliche und private Dienstleister (1991: 20,3 %; 1998: 21,3 %) traten keine großen Veränderungen auf. Der Anteil des Produzierenden Gewerbes ohne Baugewerbe (1991: 30,3 %; 1998: 25,5 %) ging deutlich zurück, während Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister (1991: 24,5 %; 1998: 29,6 %) deutlich an Bedeutung gewonnen haben.

Die beschriebenen Umstrukturierungsprozesse der Wirtschaft in Deutschland haben auch einen Einfluss auf die Struktur der Erwerbstätigkeit und lassen sich anhand der Verteilung der Erwerbstätigen auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche weitgehend nachvollziehen.

Während in Deutschland 1991 in den Abgrenzungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen noch knapp 30 % der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe arbeiteten, waren es 1998 nur noch 23 %. Umgekehrt waren 1991 nur rund 26 von 100 Erwerbstätigen bei öffentlichen und privaten Dienstleistern beschäftigt, 1998 waren es über 29 (siehe Tab. 3). Während der Anteil der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei deutlich zurückging (Anteil 1991: 4,1 %; 1998: 2,7 %) stieg er bei Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistern (1991: 9,4 %; 1998: 12,6 %) stark an. Bei Handel, Gastgewerbe und Verkehr (1991: 23,8 %; 1998: 24,3 %) gab es keine auffällige Änderung.

Tab. 3: Erwerbstätige im Inland nach zusammengefassten Wirtschaftsbereichen

Jahr ¹	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	Öffentliche und private Dienstleister
	in 1 000	in % von insgesamt					
1991	37 759	4,1	29,7	7,3	23,8	9,4	25,7
1992	37 155	3,5	27,9	7,7	24,2	10,1	26,5
1993	36 586	3,3	26,3	8,2	24,5	10,6	27,1
1994	36 465	3,2	25,0	8,6	24,4	11,1	27,7
1995	36 427	3,0	24,4	8,7	24,3	11,4	28,1
1996	36 149	2,7	23,9	8,5	24,4	11,9	28,7
1997	35 859	2,7	23,5	8,2	24,4	12,3	29,0
1998	35 999	2,7	23,4	7,9	24,3	12,6	29,1

1 Ab 1995 vorläufiges Ergebnis.

12.5 Verwendung des Bruttoinlandsprodukts

Die Verwendungsrechnung als zweite Säule der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zeigt, wie die produzierten und importierten Waren und Dienstleistungen verwendet worden sind. Generell können sie, nach Abzug des Vorleistungsverbrauchs, der inländischen Verwendung, das heißt dem Privaten Konsum, dem Konsum des Staates und den Bruttoinvestitionen zugeführt oder aber exportiert werden. Angaben zur Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts enthalten die Tab. 4 und 5.

Tab. 5 zeigt, dass in Deutschland der größte Teil (rund 58 %) der inländischen Verwendung von Waren und Dienstleistungen zu den Privaten Konsumausgaben gehört. Unter Privaten Konsumausgaben wird dabei im Wesentlichen der Kauf von Waren und Dienstleistungen durch inländische private Haushalte verstanden, daneben gehören die Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck dazu.

Etwas mehr als ein Fünftel (22,8 %) der Güter der inländischen Verwendung wird investiert, erhöht also den Bestand an Anlagen (Ausrüstungen, Bauten, sonstige Anlagen) oder verändert die Vorrats- und Wertsachenbestände der Kapitalgesellschaften, des Staates sowie der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. Die Investitionen – insbesondere Anlageinvestitionen – sind für die wirtschaftliche Entwicklung von großer Bedeutung. Sie sind eine wesentliche Voraussetzung für den wirtschaftlichen Verlauf der kommenden Jahre.

Tab. 4: Verwendung des Bruttoinlandsprodukts

Jahr ¹	Bruttoinlandsprodukt	Konsumausgaben der privaten Haushalte	Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck	Konsumausgaben des Staats	Bruttoinvestitionen	Außenbeitrag
<i>in jeweiligen Preisen in Mrd. DM</i>						
1991	2 938,0	1 629,7	35,7	563,9	713,6	- 4,9
1992	3 155,2	1 745,7	40,2	623,6	751,5	- 5,9
1993	3 235,4	1 813,6	43,9	643,0	727,9	7,0
1994	3 394,4	1 877,2	47,9	669,2	787,1	13,0
1995	3 523,8	1 947,0	52,5	697,4	801,9	24,9
1996	3 586,8	1 996,9	56,7	716,4	777,5	39,3
1997	3 675,8	2 046,6	59,4	715,6	800,7	53,5
1998	3 799,4	2 103,4	61,2	718,5	851,8	64,6
<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>						Mrd. DM
1992	7,4	7,1	12,8	10,6	5,3	- 1,0
1993	2,5	3,9	9,2	3,1	- 3,1	12,9
1994	4,9	3,5	9,1	4,1	8,1	6,0
1995	3,8	3,7	9,5	4,2	1,9	12,0
1996	1,8	2,6	8,1	2,7	- 3,1	14,4
1997	2,5	2,5	4,7	- 0,1	3,0	14,3
1998	3,4	2,8	3,0	0,4	6,4	11,0
<i>in Preisen von 1995 in Mrd. DM</i>						
1991	3 346,0	1 843,3	43,5	638,5	781,7	39,1
1992	3 421,0	1 892,0	46,6	670,5	791,3	20,6
1993	3 383,8	1 894,0	48,0	671,1	752,0	18,7
1994	3 463,2	1 911,7	49,6	687,3	791,8	22,7
1995	3 523,8	1 947,0	52,5	697,4	801,9	24,9
1996	3 550,4	1 962,0	54,6	706,3	785,3	42,2
1997	3 612,6	1 975,3	56,4	702,2	808,2	70,5
1998	3 694,0	2 011,8	57,0	701,8	862,1	61,3
<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>						Mrd. DM
1992	2,2	2,6	7,1	5,0	5,0	3,0
1993	- 1,1	0,1	3,1	0,1	0,1	- 0,6
1994	2,3	0,9	3,4	2,4	2,4	- 0,3
1995	1,7	1,9	5,7	1,5	1,5	- 0,6
1996	0,8	0,8	4,1	1,3	1,3	0,4
1997	1,8	0,7	3,4	- 0,6	- 0,6	- 0,2
1998	2,3	1,8	1,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1

1 Ab 1995 vorläufiges Ergebnis.

Tab. 5: Inländische Verwendung in jeweiligen Preisen

Jahr ¹	Inländische Verwendung Mrd. DM	Konsumaus- gaben der privaten Haushalte	Konsumaus- gaben der privaten Organisa- tionen ohne Erwerbs- zweck	Konsumaus- gaben des Staates	Brutto- investi- tionen
in % der inländischen Verwendung					
1991	2 942,9	55,4	1,2	19,2	24,2
1992	3 161,1	55,2	1,3	19,7	23,8
1993	3 228,4	56,2	1,4	19,9	22,5
1994	3 381,5	55,5	1,4	19,8	23,3
1995	3 498,9	55,6	1,5	19,9	22,9
1996	3 547,5	56,3	1,6	20,2	21,9
1997	3 622,3	56,5	1,6	19,8	22,1
1998	3 734,8	56,3	1,6	19,2	22,8

¹ Ab 1995 vorläufiges Ergebnis.

Ein weiteres Fünftel (19,2 %) der letzten inländischen Verwendung entfällt auf die Konsumausgaben des Staates. Diese umfassen die Aufwendungen des Staates (Gebietskörperschaften, Sozialversicherung) für allgemeine Verwaltungsleistungen, Sicherheit, Bildung, Gesundheitswesen u. Ä., soweit sie der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden.

Zur Nachfrageseite des Bruttoinlandsprodukts gehört auch der Außenbeitrag. Er stellt den Saldo aus Exporten und Importen von Waren und Dienstleistungen an die bzw. aus der „übrigen Welt“ dar. Tab. 4 zeigt, dass der nominale Außenbeitrag für Deutschland in den ersten beiden Jahren nach der deutschen Vereinigung negativ war, also nach Deutschland mehr Güter eingeführt als aus Deutschland ausgeführt worden sind. Dies hat sich 1993 wieder umgekehrt und seitdem ist der Außenbeitrag in allen Jahren positiv gewesen.

12.6 Verteilung des Volkseinkommens

Das gesamte Bruttonationaleinkommen (Bruttonsozialprodukt) erreichte 1998 einen Wert von 3 768,6 Mrd. DM. Das Nettonationaleinkommen lag bei 3 215,4 Mrd. DM. Das Volkseinkommen, also die Summe des von Inländern empfangenen Arbeitnehmerentgelts und der Unternehmens- und Vermögenseinkommen, betrug 2 848,3 Mrd. DM; das waren 34 700 DM je Einwohner. Das Arbeitnehmerentgelt lag bei 1 999,8 Mrd. DM bzw. 70,2 % des Volkseinkommens (Lohnquote); je Arbeitnehmer waren das 62 600 DM. Auf die Unternehmens- und Vermögenseinkommen entfielen 848,5 Mrd. DM bzw. 29,8 % des Volkseinkommens.

Tab. 6: Verteilung des Volkseinkommens

Jahr ¹	Volkseinkommen		Arbeitnehmerentgelt ²			Unternehmens- und Vermögenseinkommen Mrd. DM
	Mrd. DM	DM je Einwohner	Mrd. DM	% vom Volkseinkommen	DM je Arbeitnehmer	
1991	2 282,8	28 500	1 650,6	72,3	48 200	632,3
1992	2 430,3	30 200	1 787,6	73,6	53 300	642,6
1993	2 456,2	30 300	1 829,5	74,5	55 600	626,7
1994	2 547,9	31 300	1 874,7	73,6	57 400	673,2
1995	2 659,0	32 600	1 941,2	73,0	59 600	717,8
1996	2 705,3	33 000	1 964,6	72,6	60 900	740,8
1997	2 766,0	33 700	1 970,2	71,2	61 800	795,8
1998	2 848,3	34 700	1 999,8	70,2	62 600	848,5

1 Ab 1995 vorläufiges Ergebnis.

2 Der Inländer.

Um Missverständnisse bei der Interpretation dieser Zahlen zu vermeiden, ist anzumerken, dass zu den Unternehmens- und Vermögenseinkommen neben den Unternehmenseinkommen (Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Personengesellschaften, Einzelunternehmen usw.) auch die Vermögenseinkommen aller Bevölkerungsgruppen (also zum Beispiel auch die Zinsen aus dem Sparguthaben oder die Dividenden aus dem Aktienbesitz eines Arbeitnehmers) rechnen. Außerdem ist zu beachten, dass das Arbeitnehmerentgelt die gesamten Sozialbeiträge (Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteile) sowie die Lohnsteuer der Arbeitnehmer einschließt.

Tab. 7: Arbeitnehmerentgelt im Inland

Jahre ¹	Arbeitnehmer- entgelt	Sozialbeiträge der Arbeitgeber	Bruttolöhne und -gehälter (Sp 1 ./ Sp. 2)	Nachrichtlich: Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Verdienst)
				DM
Mrd. DM				DM
1991	1 646,7	298,6	1 348,1	39 400
1992	1 785,6	324,4	1 461,2	43 600
1993	1 828,4	328,5	1 499,9	45 600
1994	1 874,3	352,0	1 522,3	46 600
1995	1 942,6	371,7	1 570,9	48 200
1996	1 966,3	380,4	1 586,0	49 100
1997	1 972,2	391,9	1 580,3	49 500
1998	2 002,0	396,1	1 605,9	50 200

1 Ab 1995 vorläufiges Ergebnis.

Tab. 8: Arbeitnehmerentgelt und Bruttolöhne und -gehälter im Inland

Jahr ¹	Alle Wirtschaftsbereiche	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerke	Baugewerke	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	Öffentliche und private Dienstleister
<i>Arbeitnehmerentgelt Mrd. DM</i>							
1991	1 646,7	20,6	588,2	112,8	330,4	171,3	423,5
1992	1 785,6	17,3	617,1	128,1	363,9	193,4	465,8
1993	1 828,4	17,2	594,3	137,7	379,1	209,1	491,0
1994	1 874,3	17,8	593,2	149,5	383,8	221,2	508,8
1995	1 942,6	18,2	607,8	152,0	394,3	235,9	534,4
1996	1 966,3	17,9	608,4	145,2	399,4	245,7	549,8
1997	1 972,2	18,3	607,8	138,4	398,6	253,2	555,9
1998	2 002,0	18,5	618,5	133,7	402,3	264,4	564,7
<i>DM je Arbeitnehmer (Lohnkosten)</i>							
1991	48 200	27 200	54 100	45 100	42 300	55 600	46 300
1992	53 300	30 800	61 700	49 400	46 700	59 600	50 000
1993	55 600	34 400	64 100	51 200	48 900	62 400	52 500
1994	57 400	36 500	67 700	53 200	50 100	63 800	53 600
1995	59 600	37 900	71 200	53 400	52 000	66 200	55 800
1996	60 900	39 100	73 500	53 700	53 100	67 400	56 700
1997	61 700	39 600	75 200	53 900	53 500	68 500	57 500
1998	62 600	39 700	76 700	54 300	54 000	69 100	58 000
<i>Bruttolöhne und -gehälter Mrd. DM</i>							
1991	1 348,1	17,3	479,7	91,9	274,1	141,4	343,6
1992	1 461,2	14,4	502,5	104,8	301,5	159,6	378,5
1993	1 499,9	14,3	487,2	112,8	313,8	172,6	399,3
1994	1 522,3	14,8	480,2	121,7	314,7	181,5	409,3
1995	1 570,4	15,0	490,0	123,5	319,2	193,4	429,8
1996	1 586,0	14,7	488,9	117,9	322,7	201,1	440,7
1997	1 580,3	14,9	485,0	111,8	319,9	206,1	442,7
1998	1 605,9	15,1	494,3	108,0	323,3	215,5	449,7
<i>DM je Arbeitnehmer (Verdienst)</i>							
1991	39 400	22 900	44 100	36 800	35 100	45 900	37 500
1992	43 600	25 700	50 200	40 400	38 600	49 200	40 700
1993	45 600	28 700	52 600	41 900	40 500	51 500	42 700
1994	46 600	30 200	54 800	43 300	41 100	52 400	43 100
1995	48 200	31 200	57 400	43 400	42 100	54 300	44 900
1996	49 100	32 100	59 000	43 600	42 900	55 200	45 500
1997	49 500	32 300	60 000	43 500	42 900	55 700	45 700
1998	50 200	32 500	61 300	43 900	43 400	56 400	46 200

1 Ab 1995 vorläufiges Ergebnis.

Vom gesamten Arbeitnehmerentgelt entfielen 1998 in Deutschland 19,8 % auf die Sozialbeiträge der Arbeitgeber, nachdem es im Jahr 1991 erst 18,1 % waren.

Bei einer Betrachtung der Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte und der Bruttolöhne und -gehälter nach Wirtschaftsbereichen zeigt sich, dass die höchsten Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) im Jahr 1998 mit 76 700 DM im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe zu verzeichnen waren, die niedrigsten in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (39 700 DM). Beim Verdienst (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer) ergab sich ein ähnliches Bild.

Sowohl das Arbeitnehmerentgelt als auch der überwiegende Teil der Unternehmens- und Vermögenseinkommen fließen den privaten Haushalten zu. Von diesen Einkommen müssen – wie bereits erwähnt – (direkte) Steuern und Sozialbeiträge gezahlt werden, die jedoch teilweise in Form von sozialen Leistungen und anderen Transfers den Haushalten wieder zugute kommen. Erst die Einkommen, die sich nach dieser Umverteilung ergeben, stehen zur freien Verfügung der Haushalte und können von diesen für den Privaten Konsum bzw. das Sparen verwendet werden.

12.7 Außenwirtschaft

12.7.1 Die Bedeutung der außenwirtschaftlichen Verflechtungen

Welche Bedeutung den außenwirtschaftlichen Verflechtungen zukommt, wird u. a. dadurch deutlich, dass die Bundesrepublik Deutschland – nach den Vereinigten Staaten – den zweithöchsten Außenhandelsumsatz der Welt hat. Allerdings ist die Entwicklung des Außenhandels nur ein Aspekt der außenwirtschaftlichen Zusammenhänge. Wichtig sind auch die Entwicklung der Wechselkurse und der Zinssätze, die u. a. zu Bewegungen auf den Geld- und Kapitalmärkten sowie zu Preisänderungen am Weltmarkt führen, der Reiseverkehr ins Ausland, der ebenso wie der Import von Gütern den Abfluss von Devisen verursacht, und schließlich die Einbindung in internationale Organisationen mit ihren finanziellen Verpflichtungen, z. B. gegenüber der Europäischen Union, dem Weltwährungsfonds, den Entwicklungsländern und zunehmend auch gegenüber den Staaten Mittel- und Osteuropas.

12.7.2 Außenhandel

Über den Außenhandel liefert die amtliche Statistik detaillierte Angaben, nicht nur hinsichtlich Umfang und Handelspartnern, sondern auch bezüglich der Waren, die ein- bzw. ausgeführt werden.

Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland gilt gemeinhin als exportabhängig. Bei bestimmten Waren ist sie in hohem Maße aber auch auf Importe angewiesen. Als Beispiel sei hier die Abhängigkeit bei fossilen Energieträgern wie

Tab. 9: Entwicklung von Wareneinfuhr und Warenausfuhr¹

Jahr	Einfuhr ²	Ausfuhr ²	Bruttoinlands- produkt ³	Einfuhr ²	Ausfuhr ²
	Mrd. DM			% des Bruttoinlandsprodukts	
1960	42,7	47,9	302,7	14,1	15,8
1970	109,6	125,3	675,3	16,2	18,6
1980	341,4	350,3	1 472,0	23,2	23,8
1985	463,8	537,2	1 823,2	25,4	29,5
1990	550,6	642,8	2 426,0	22,7	26,5
1991	643,9	665,8	2 938,0	21,9	22,7
1992	637,5	671,2	3 155,2	20,2	21,3
1993	566,5	628,4	3 235,4	17,5	19,4
1994	617,0	690,6	3 394,4	18,2	20,3
1995	664,2	749,5	3 523,8	18,8	21,3
1996	690,4	788,9	3 586,8	19,2	22,0
1997	772,1	888,6	3 675,8	21,0	24,2
1998 ⁴	821,0	949,6	3 799,4	21,6	25,0

1 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

2 Spezialhandel entsprechend der Außenhandelsstatistik. Seit 1993 neues Erhebungsverfahren innerhalb der EU, daher nur eingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.

3 Die Ergebnisse bis 1990 und ab 1991 sind konzeptionell unterschiedlich abgegrenzt.

4 Revidierte Ergebnisse für Ausfuhr und Einfuhr insgesamt. Bei den nach Waren und Ländern auf gegliederten Außenhandelsresultaten konnte aus technischen Gründen noch keine Revision für das Berichtsjahr 1998 vorgenommen werden, es kann daher zu Abweichungen gegenüber den revidierten globalen Außenhandelsresultaten kommen.

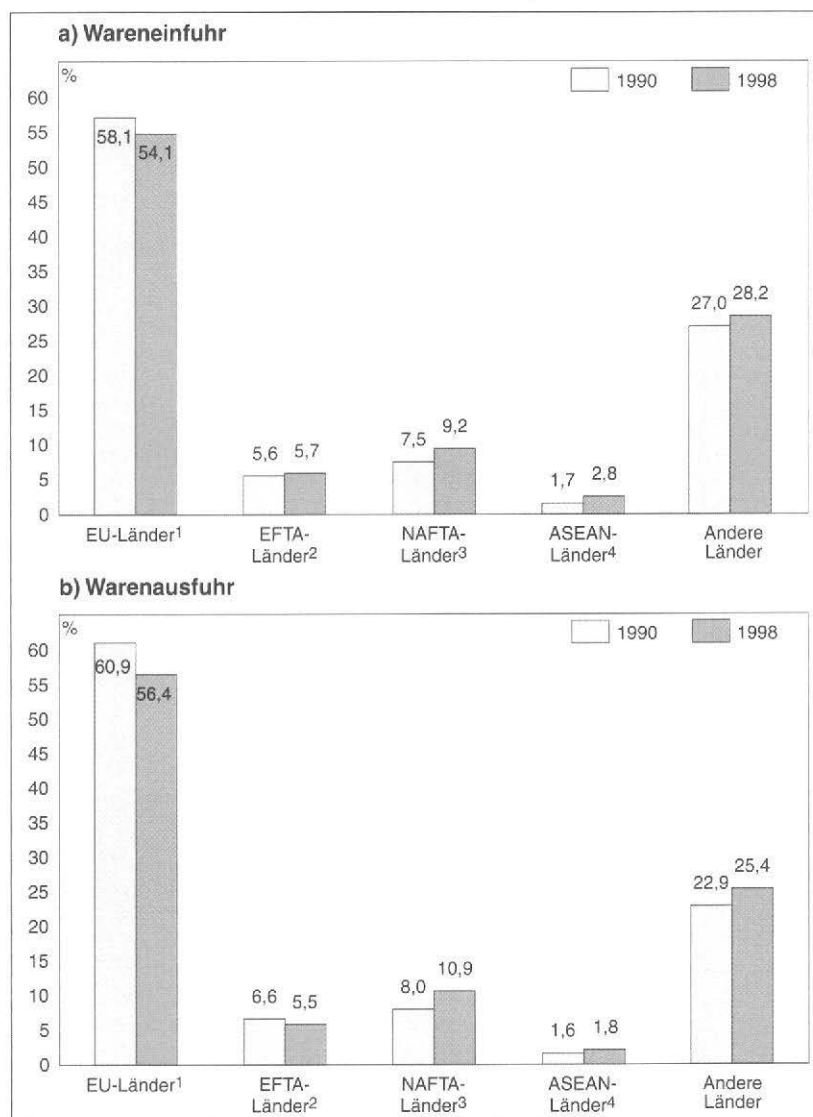
Rohöl und Erdgas genannt. Diese Abhängigkeiten zeigen sich auch darin, dass im Jahr 1998 der Anteil der Wareneinfuhr am Bruttoinlandsprodukt 21,6 % und der Anteil der Warenausfuhr am Bruttoinlandsprodukt 25,0 % betrugen.

Wie Tab. 9 verdeutlicht, ist Deutschland auch nach der Wiedervereinigung ein Netto-warenxporteur geblieben. 1998 übertraf die deutsche Warenausfuhr mit 949,6 Mrd. DM die Einfuhr (821,0 Mrd. DM) um 128,6 Mrd. DM. Mit einer Zunahme von 6,9 % gegenüber dem Vorjahr wuchsen die Warenexporte stärker als die Einfuhren (plus 6,3 %). Über die Hälfte des Außenhandels vollzog sich mit anderen EU Mitgliedstaaten (Ausfuhr 56,4 %, Einfuhr 54,1 %) (vgl. Abb. 3), allerdings ist dieser Anteil am deutschen Außenhandel seit 1995 rückläufig. Grund hierfür ist der zunehmende Abbau der tarifären Handelshemmnisse auch außerhalb der Europäischen Union, der unter dem Stichworten GATT¹ und seit Januar 1995 WTO² zusammengefasst werden kann. Hinzu kommt die Aufhebung der politischen Handelsblöcke die eine Neuorientierung in den Handelsbeziehungen erforderte. In den letzten Jahren hat vor allem der Handel mit Mittel- und Osteuropa überdurchschnittlich an Bedeutung gewonnen. Dies wird auch dadurch unterstrichen, dass der deutsche Außenhandel mit dieser Region im Jahr 1998 denjenigen mit den Vereinigten Staaten bereits um mehr als ein Zehntel überstieg. Dennoch ist die von den Vereinigten Staaten wirtschaftlich dominierte

1 Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen.

2 Welthandelsorganisation.

Abb. 3: Außenhandel Deutschlands nach Ländergruppen 1990 und 1998



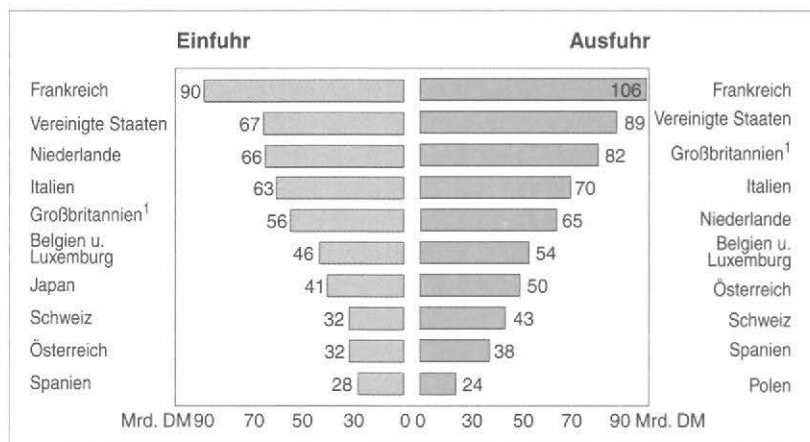
1 Einschl. der Angaben für Finnland, Österreich und Schweden, die seit dem 1. 1. 1995 Vollmitglieder der Europäischen Union sind.

2 Island, Liechtenstein, Norwegen, Schweiz.

3 Kanada, Mexiko, Vereinigte Staaten.

4 Brunei Darussalam, Indonesien, Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand, Vietnam.

Abb. 4: Die größten Handelspartner Deutschlands 1998
in Mrd. DM



1 Und Nordirland.

nordamerikanische Freihandelszone NAFTA noch immer die für den deutschen Außenhandel zweitwichtigste zu einem Wirtschaftsbündnis zusammengeschlossene Ländergruppe, gefolgt von den verbliebenen Länder der europäischen Freihandelszone EFTA (vgl. Abb. 3). Der Anteil der ASEAN Länder fällt demgegenüber eher bescheiden aus. Jedoch ist die Bedeutung Asiens für den deutschen Außenhandel weit größer, da unsere wichtigsten Handelspartner in diesem Raum, Japan und China, nicht Mitglied dieser Wirtschaftsgemeinschaft südostasiatischer Länder sind.

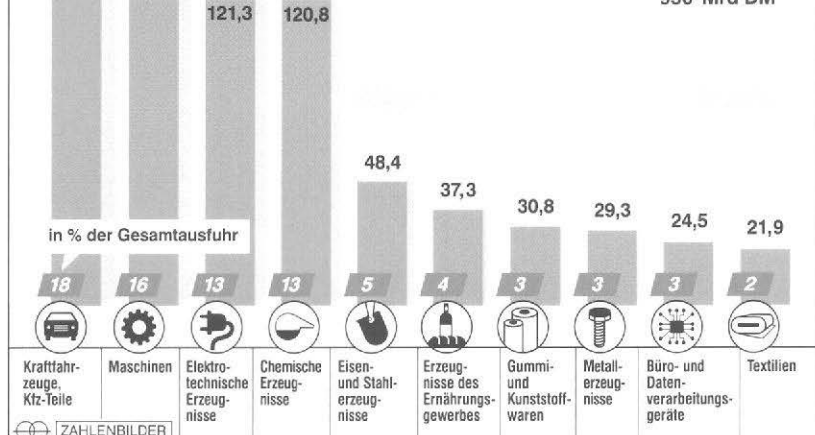
Die tiefere Analyse der Länderstruktur des deutschen Außenhandels zeigt, dass sich der Warenaustausch schwerpunktmäßig auf einige wenige Länder konzentriert. Mit Abstand wichtigster Handelspartner ist Frankreich mit einem Anteil von 11 % am deutschen Außenhandelsumsatz¹ des Jahres 1998. Auf die drei wichtigsten Handelspartner (Frankreich, Vereinigte Staaten und Großbritannien) entfallen zusammen gut ein Viertel des Umsatzes und sogar fast die Hälfte des Ausfuhrüberschusses. Fast zwei Drittel des Außenhandelsumsatzes wickelt Deutschland mit seinen zehn wichtigsten Partnerländern ab (vgl. Abb. 4). Mit den Vereinigten Staaten und Japan lagen lediglich zwei dieser zehn Länder außerhalb Europas. Von den europäischen Nicht-EU-Mitgliedern sind vor allem die Schweiz und – wie bereits erwähnt – in zunehmendem Maße die mittel- und osteuropäischen Länder und hier wiederum vor allem die Nachbarländer Polen und die Tschechische Republik sowie Russland von Bedeutung. So belegte Polen in der Rangliste der wichtigsten Außenhandelspartner 1998 Rang 10 (1997: 12), Russland Position 15 (1997: 13) und die Tschechische Republik Position 13 (1997: 15).

1 Der Außenhandelsumsatz ist die Summe aus Ein- und Ausfuhr.

Abb. 5:

Deutschlands wichtigste Exportgüter

Gesamtausfuhr 1998:
950' Mrd DM



1 Revidiertes Ergebnis für Ausfuhr insgesamt. Bei den nach Waren und Ländern aufgegliederten Außenhandelsergebnissen konnte aus technischen Gründen noch keine Revision für das Berichtsjahr 1998 vorgenommen werden, es kann daher zu Abweichungen gegenüber den revidierten globalen Außenhandelsergebnissen kommen.

Neben der Länderstruktur ist auch eine Analyse der Warenstruktur des deutschen Außenhandels von großer Bedeutung. Diese ist traditionell durch die Dominanz einiger weniger Warengruppen gekennzeichnet, wobei Investitionsgüter bei der Ausfuhr schon immer eine höhere Bedeutung hatten als bei der Einfuhr. Bei der Ausfuhr lagen 1998 – wie auch in den Vorjahren – Kraftfahrzeuge und Kfz-Teile (168,2 Mrd. DM) an der Spitze, gefolgt von Maschinen (147,9 Mrd. DM), elektrotechnischen Erzeugnissen (121,3 Mrd. DM) und chemischen Erzeugnissen (120,8 Mrd. DM). Zusammen entfielen auf diese vier Ausfuhrbereiche 59 % der gesamten Warenausfuhr.

Untergliedert man die Waren nach ihrem Verarbeitungsgrad zeigt sich, dass der Fertigwarenanteil in den vergangenen Jahrzehnten sowohl bei der Ein- wie auch der Ausfuhr die größte Bedeutung hat, wobei der Anteil an der Ausfuhr weit höher liegt als an der Einfuhr (1998: 86 % an der Ausfuhr gegenüber 71 % Einfuhranteil). Der Handel mit Rohstoffen hat in beide Richtungen prozentual an Bedeutung verloren, wobei hier naturgemäß die Einfuhr einen höheren Anteil aufweist. Tab. 10 macht auch deutlich, dass die Einfuhren von Ernährungsgütern prozentual im Zeitablauf deutlich rückläufig waren. Diese Entwicklung ist auch Spiegelbild der allgemeinen Lebensbedingungen, wonach nicht mehr die Deckung der täglichen

Tab. 10: Einfuhr und Ausfuhr nach Warengruppen¹
in Prozent

Wirtschaftszweig/ Warengruppe	Einfuhr ²				Ausfuhr ²			
	1960	1980	1990	1998	1960	1980	1990	1998
Ernährungswirtschaft	26,3	12,7	10,8	8,9	2,3	5,3	4,8	4,6
Gewerbliche Wirtschaft	72,7	86,0	87,8	82,7	97,4	94,0	94,8	91,5
davon:								
Rohstoffe	21,7	17,3	6,1	3,9	4,6	1,9	1,1	0,7
Halbwaren	18,9	17,6	11,3	8,2	10,4	8,7	5,3	4,4
Fertigwaren	32,2	51,2	70,5	70,6	82,4	83,4	88,4	86,4

1 Ohne Rückwaren und Ersatzlieferungen.

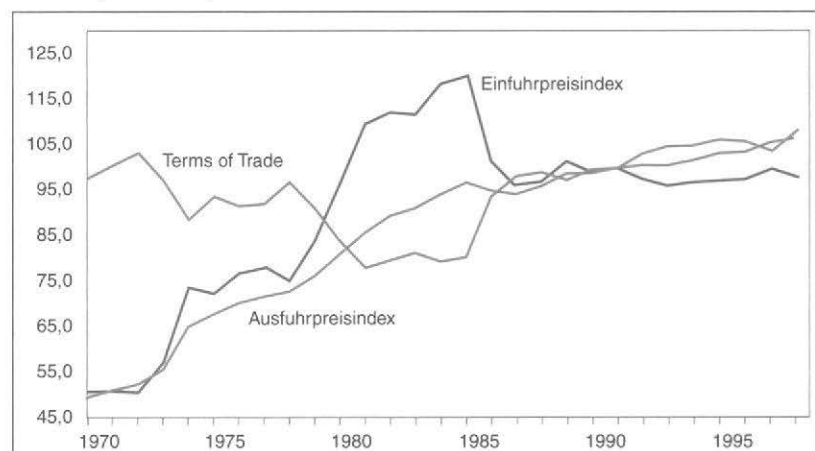
2 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland; seit 1993 neues Erhebungsverfahren innerhalb der EU, Zuschätzungen die 1998 im Gesamtergebnis enthalten sind, werden nicht auf die einzelnen Warengruppen verteilt. Daher sind die Zahlen nur eingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.

Grundbedürfnisse, sondern das Bestreben nach Erhöhung der eigenen Lebensqualität das Konsumverhalten bestimmt. Ausfuhrseitig bleibt die Schwankungsbreite der Anteile der Ernährungswirtschaft relativ stabil, was unterstreicht, dass Deutschland nie ein vornehmlich landwirtschaftlich orientiertes Land war.

12.7.3 Außenhandelspreise

Die Indizes der Außenhandelspreise messen die Entwicklung der Preise aller Waren, die zwischen Deutschland und dem Ausland gehandelt werden. Damit stellen

Abb. 6: Index der Ein- und Ausfuhrpreise in Deutschland¹
(1991 = 100)



1 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet.

sie für Politik und Wirtschaft eine wertvolle Informationsquelle dar. Insbesondere dienen sie zur Abschätzung der Preiseinflüsse aus dem Ausland auf das inländische Preisniveau. Mit Hilfe der aus ihnen abgeleiteten Terms of Trade (Ausfuhrpreisindex dividiert durch Einfuhrpreisindex mal 100) kann darüber hinaus die Entwicklung der Austauschverhältnisse der deutschen Volkswirtschaft mit dem Ausland analysiert werden. Steigen beispielsweise die Ausfuhrpreise stärker als die Einfuhrpreise – wie zu Beginn der 70er Jahre und seit 1992 –, bedeutet dies, dass man für eine bestimmte Menge ausgeführter Güter einen höheren Erlös erhält und dafür mehr Güter im Ausland einkaufen kann als zuvor.

Bei den Ausfuhrpreisen ist seit 1970 ein nahezu durchgehender Preisanstieg festzustellen, während bei den Einfuhrpreisen Preisausschläge nach beiden Seiten zu verzeichnen waren, wobei jedoch die Preissteigerungen gegenüber den Preisrückgängen langfristig überwogen. Ursache für diese Entwicklung ist im Wesentlichen die unterschiedliche Warenstruktur der Ein- und Ausfuhr der Bundesrepublik

Tab. 11: Index der Ein- und Ausfuhrpreise in Deutschland
(1991 = 100)

Jahr	Einfuhrpreisindex	Ausfuhrpreisindex	Terms of Trade
1970	51,0	49,8	97,6
1971	51,2	51,5	100,6
1972	50,9	52,6	103,3
1973	57,4	55,9	97,4
1974	73,8	65,4	88,6
1975	72,5	68,0	93,8
1976	77,0	70,6	91,7
1977	78,1	71,9	92,1
1978	75,3	73,0	96,9
1979	84,0	76,4	91,0
1980	96,6	81,2	84,1
1981	109,8	85,9	78,2
1982	112,3	89,6	79,8
1983	111,9	91,2	81,5
1984	118,6	94,3	79,5
1985	120,3	96,9	80,5
1986	101,5	95,1	93,7
1987	96,0	94,3	98,2
1988	97,1	96,2	99,1
1989	101,5	98,9	97,4
1990	99,2	99,0	99,8
1991	100,0	100,0	100,0
1992	97,6	100,7	103,2
1993	96,1	100,7	104,8
1994	96,9	101,6	104,9
1995	97,3	103,3	106,2
1996	97,8	103,5	105,8
1997	100,9	105,1	104,2
1998	98,0	105,2	107,3

Deutschland. Bei den Importen sind Rohstoffe und auch Güter der Ernährungswirtschaft, die besonders häufig stärkeren Preisschwankungen unterliegen, von größerer Bedeutung als bei den Exporten.

12.7.4 Zahlungsbilanz

Um das Bild der außenwirtschaftlichen Verflechtungen zu vervollständigen, empfiehlt sich auch die Betrachtung der Zahlungsbilanz. Die Zahlungsbilanz gibt ein zusammengefasstes Bild der wirtschaftlichen Transaktionen zwischen In- und Ausländern. Sie gliedert sich in die Leistungsbilanz, die Bilanz der Vermögensübertragungen, die Kapitalbilanz und die Veränderung der Währungsreserven der Deutschen Bundesbank. In der Leistungsbilanz werden alle Waren- und Dienstleistungsumsätze, Erwerbs- und Vermögenseinkommen sowie die laufenden Übertragungen dargestellt, die im Berichtszeitraum stattgefunden haben. Die Vermögensübertragungen werden in einer gesonderten Position ausgewiesen. Unter den Übertragungen insgesamt sind die Gegenbuchungen zu den Güter- und Kapitalbewegungen zu finden, die unentgeltlich erfolgt sind. Kapitalbilanz und Veränderung der Währungsreserven der Deutschen Bundesbank enthalten alle Transaktionen, bei denen sich grenzüberschreitende Finanzpositionen verändern. Der Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen wird gleichfalls gesondert ausgewiesen.

Die Zahlungsbilanz ist wie jedes geschlossene Buchhaltungssystem stets ausgeglichen. In der hier gewählten Darstellung gilt für den rechnerischen Zusammenhang zwischen den erwähnten vier Teilen der Zahlungsbilanz folgende Gleichung:

$$\begin{aligned} & \text{Saldo der Leistungsbilanz} \\ & + \text{Saldo der Vermögensübertragungen} \\ & \hline & = \text{Saldo der Kapitalbilanz} \\ & + \text{Veränderung der Währungsreserven der Deutschen Bundesbank} \\ & \quad \text{zu Transaktionswerten} \\ & + (\text{Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen}) \end{aligned}$$

Um das Verständnis der Kapitalbilanz zu erleichtern, wurde eine Darstellung gewählt, die von der üblichen Form etwas abweicht. Dabei wurden die Vorzeichen in der Weise gesetzt, dass jede Bestandserhöhung mit einem Pluszeichen, jede Verminderung mit einem Minuszeichen erscheint.

Aus der Leistungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Tab. 12) geht hervor, dass den Außenhandelsüberschüssen Defizite beim Dienstleistungsverkehr (verursacht hauptsächlich durch die Reisefreudigkeit der Deutschen), und bei den laufenden Übertragungen (insbesondere Beiträge zum EU-Haushalt, Heimatüberweisungen der ausländischen Arbeitnehmer, private Renten, Pensionen und Unterstützungszahlungen an das Ausland) gegenüberstehen. Seit 1991 ist der Saldo der Leistungsbilanz negativ. Allerdings war das Defizit in den letzten drei Jahren wesentlich geringer als z. B. 1994 und 1995. 1998 lag es bei rund 6 Mrd. DM.

Aus der Kapitalbilanz Tab.13 ist ersichtlich, dass die deutschen Direktinvestitionen im Ausland höher sind als die Anlagen des Auslands in Deutschland. 1998 wurden z. B. 117 Mrd. DM mehr von Deutschen im Ausland investiert, als ausländische Mittel bei uns in Investitionen flossen. Auch floss 1998 mehr deutsches Kapital (+ 2,5 Mrd. DM) in ausländische Wertpapiere, als vom Ausland in deutsche Wertpapiere angelegt wurde. Dagegen war die Mittelzufuhr aus dem Kreditverkehr um 151 Mrd. höher als der Kapitalabfluss.

Tab. 12: Saldo der Leistungsbilanz / Vermögensübertragungen
in Mill. DM

Jahr	Saldo der Leistungsbilanz						Vermögens- übertra- gungen							
	ins- gesamt	Waren- und Dienstleistungsverkehr			Erwerbs- und Ver- mögens- einkom- men	laufende Übertra- gungen								
		zusammen	Waren- verkehr ¹ (fob-Werte)	Dienst- leistungs- verkehr										
Früheres Bundesgebiet														
1975	+	11 182	+	26 054	+	39 170	- 13 116	+	3 223	-	18 094	-	629	
1980	-	22 835	-	5 725	+	13 564	-	19 289	+	5 631	-	22 743	-	3 053
1985	+	54 226	+	70 160	+	81 801	-	11 641	+	13 638	-	29 572	-	2 501
1987	+	83 864	+	104 022	+	121 333	-	17 311	+	9 378	-	29 535	-	2 186
1988	+	94 395	+	110 699	+	134 137	-	23 438	+	16 630	-	32 933	-	2 029
1989	+	109 234	+	117 146	+	140 943	-	23 797	+	26 872	-	34 784	-	2 064
Deutschland														
1990 ²	+	81 428	+	83 848	+	111 808	-	27 970	+	32 859	-	35 269	-	4 975
1991	-	28 374	-	3 705	+	31 592	-	35 297	+	33 144	-	57 812	-	4 565
1992	-	21 064	-	3 805	+	43 562	-	47 367	+	33 962	-	51 221	+	1 963
1993	-	14 887	+	13 454	+	68 105	-	54 651	+	27 373	-	55 714	+	1 915
1994	-	36 532	+	18 556	+	82 697	-	64 141	+	4 852	-	59 940	-	2 637
1995	-	27 159	+	28 220	+	93 177	-	64 957	+	332	-	55 710	-	3 845
1996	-	8 447	+	41 184	+	107 400	-	66 216	+	1 688	-	51 318	-	3 283
1997	-	2 434	+	53 390	+	125 124	-	71 734	-	3 022	-	52 801	+	51
1998	-	6 249	+	63 124	+	140 428	-	77 304	-	16 123	-	53 250	-	1 293

1 Spezialhandel einschl. Ergänzungen.

2 Ab Juli 1990 gesamtdeutsche Angaben.

Der Saldo der Kapitalbilanz und die Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten – bereinigt um den „Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen“ – entspricht dem Saldo der Leistungsbilanz zuzüglich des Saldos der Vermögensübertragungen. Den Leistungstransaktionen in Form des Waren- und Dienstleistungsverkehrs und der Übertragungen stehen entsprechende finanzielle Transaktionen gegenüber. Sofern die Überschüsse bzw. Defizite in der Leistungsbilanz nicht durch Gegenbewegungen im Kapitalverkehr ausgeglichen werden, verändern sich die Auslandsaktiva der Bundesbank (Gold, Devisen usw.) entsprechend.

Tab. 13: Saldo der Kapitalbilanz
in Mill. DM

Jahr	Saldo der Kapitalbilanz					Veränderung der Währungsreserven der Deutschen Bundesbank ¹	Statistisch nicht auf- glieder- bare Trans- aktionen
	ins- gesamt	Direkt- investi- tionen	Wert- papier- anlagen	Kredit- verkehr	Sonstige Anlagen		
Früheres Bundesgebiet							
1975	+ 12 257	+ 3 702	+ 3 942	+ 3 937	+ 677	- 1 998	+ 294
1980	- 5 229	+ 7 920	+ 5 949	- 20 044	+ 945	- 22 694	+ 2 036
1985	+ 53 373	+ 14 070	- 6 108	+ 43 327	+ 2 083	+ 5 043	- 6 690
1987	+ 40 281	+ 11 885	- 6 812	+ 33 484	+ 1 724	+ 37 901	+ 3 495
1988	+ 122 722	+ 23 501	+ 64 200	+ 33 307	+ 1 713	- 27 662	- 2 693
1989	+ 110 286	+ 15 353	+ 4 452	+ 88 309	+ 2 173	+ 5 405	- 8 521
Deutschland							
1990 ²	+ 89 497	+ 34 371	+ 5 754	+ 46 954	+ 2 419	+ 11 611	- 24 655
1991	- 12 614	+ 30 220	- 41 120	- 4 899	+ 3 185	- 9 605	- 10 720
1992	- 69 792	+ 32 309	- 45 905	- 58 911	+ 2 715	+ 52 888	+ 6 123
1993	- 21 442	+ 27 822	- 198 527	+ 146 782	+ 2 481	- 22 795	+ 27 435
1994	- 57 871	+ 19 027	+ 50 510	- 128 938	+ 1 529	- 2 846	+ 21 548
1995	- 63 492	+ 38 729	- 48 628	- 58 757	+ 5 163	+ 10 355	+ 22 134
1996	- 23 244	+ 68 001	- 87 199	- 8 038	+ 3 993	- 1 882	+ 13 397
1997	+ 709	+ 53 202	+ 10 681	- 68 296	+ 5 122	- 6 640	+ 3 549
1998	- 23 487	+ 117 418	+ 2 538	- 151 076	+ 7 632	+ 7 128	+ 11 403

1 Zu Transaktionswerten.

2 Ab Juli 1990 gesamtdeutsche Angaben.

13 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Die amtliche Statistik der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei gliedert sich in die überwiegend in zweijährigen oder längerfristigen Abständen stattfindenden Betriebsstatistiken und die im Allgemeinen jährlich oder mit kürzerer Periodizität durchgeführten Erzeugungsstatistiken. Zusätzlich werden Geschäftsstatistiken von Ministerien und Ergebnisse anderer Institutionen herangezogen.

Seit der Vereinigung Deutschlands wird auch in den neuen Bundesländern die amtliche Agrarstatistik auf der Grundlage der geltenden nationalen und supranationalen Rechtsvorschriften durchgeführt, sodass die methodische und zeitliche Vergleichbarkeit bei den vorliegenden Ergebnissen gegeben ist. In den folgenden Beiträgen wurden deshalb die gesamtdeutschen agrarstatistischen Entwicklungen mit denen im früheren Bundesgebiet und in den neuen Ländern im Zusammenhang dargestellt.

13.1 Bedeutung der Agrarwirtschaft

Mit der Versorgung der Bevölkerung und der Sicherstellung der Ernährung erbringt die Agrarwirtschaft eine bedeutsame Leistung. So werden ca. 85 % des Nahrungsbedarfs in Deutschland aus heimischer Produktion gedeckt.

Tab. 1: Wichtige Eckdaten über die Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei 1997 in Deutschland

Landwirtschaftlich genutzte Fläche der landwirtschaftlichen Betriebe	17,2 Mill. Hektar = 48 % der Fläche Deutschlands
Erwerbstätige ¹ in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ^{2,3}	1,0 Mill. = 2,7 % aller Erwerbstätigen
Bruttowertschöpfung in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ^{2,3}	45,5 Mrd. DM = 1,3 % der gesamten Bruttowertschöpfung
Selbstversorgungsgrad der Bundesrepublik Deutschland ^{2,4}	85 % ⁵

1 Ergebnisse aus Berechnungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

2 Vorläufiges Ergebnis.

3 1998.

4 Inlandserzeugung in Prozent des Verbrauchs für Nahrung, Futter, industrielle Verwertung, Saatgut, Marktverluste; ohne Erzeugnisse aus Auslandsfuttermitteln.

5 1996/97.

Dennoch ist der Anteil der Landwirtschaft an der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung (Bruttowertschöpfung) mit 1,3 % (1998) außerordentlich gering. Auch für die Beschäftigung spielt die Landwirtschaft nur eine untergeordnete Rolle. Während um die Jahrhundertwende noch gut jeder dritte Erwerbstätige und 1950 immerhin rund jeder vierte in diesem Bereich tätig war, ist es gegenwärtig nur noch etwa jeder vierzigste (nach Berechnungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen).

In diesen Zahlen kommt zum Ausdruck, dass sich in der Landwirtschaft seit Jahren ein tief greifender Wandel der Produktionsstrukturen vollzieht, der hinsichtlich seiner Ausmaße und Auswirkungen ohne Beispiel ist. Er war begleitet von der Integration dieses Wirtschaftsbereichs in den gemeinsamen Agrarmarkt der Europäischen Union.

13.2 Bodennutzung

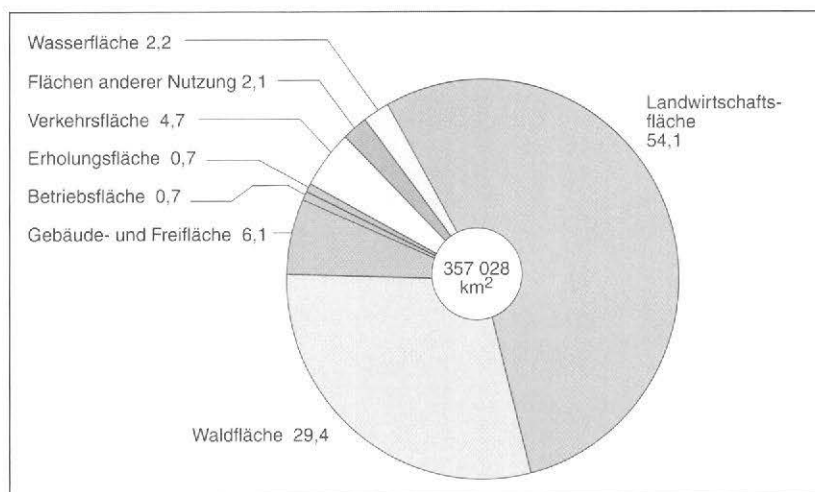
Die Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung lieferte 1997 zum zweiten Mal (nach 1993) für Deutschland Angaben zur Nutzung der Bodenfläche nach einheitlichen methodischen Maßstäben für alle 16 Bundesländer.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Bodenfläche der Bundesrepublik Deutschland 357 028 Quadratkilometer beträgt. Nach wie vor beansprucht die Landwirtschaftsfläche mit 54,1 % den größten Anteil; er betrug im früheren Bundesgebiet 52,8 %, in den neuen Ländern und Berlin-Ost lag er mit 57,2 % höher. In neun Ländern wird mindestens die Hälfte der Bodenfläche landwirtschaftlich genutzt: Den höchsten Wert hat Schleswig-Holstein mit 73,0 %. Neben den Stadtstaaten haben Hessen und Rheinland-Pfalz mit jeweils 43,4 % den geringsten Anteil.

Die Waldfläche beträgt in Deutschland 29,4 %. Während im früheren Bundesgebiet 30,2 % der Fläche mit Wald bedeckt ist, sind es in den neuen Ländern und Berlin-Ost 27,4 %. Das waldreichste Land ist Rheinland-Pfalz mit 40,6 %, gefolgt von Hessen mit 39,9 %. Den geringsten Anteil an Waldfläche besitzt Schleswig-Holstein mit 9,3 %.

Die Siedlungs- und Verkehrsfläche umfasst 42 052 Quadratkilometer; das sind 11,8 %. Im früheren Bundesgebiet ist der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche mit 13,3 % deutlich höher als in den neuen Ländern und Berlin-Ost mit 8,4 %. In den Flächenländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Bayern liegt der Anteil unter 10 %. Nordrhein-Westfalen mit 20,3 % und das Saarland mit 19,3 % besitzen den relativ größten Raum für Siedlungs- und Verkehrszwecke. In den Stadtstaaten nimmt die Siedlungs- und Verkehrsfläche über die Hälfte der Bodenfläche ein; in der Bundeshauptstadt Berlin sind es 66,7 %.

Abb. 1: Aufteilung der Fläche nach Nutzungsarten 1997
in Prozent



13.3 Landwirtschaftliche Betriebe

Die nachhaltigen Strukturveränderungen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges haben in der deutschen Landwirtschaft zu einem deutlichen Rückgang landwirtschaftlicher Betriebe geführt. So ist ihre Zahl im früheren Bundesgebiet von etwa 1,6 Mill. (1949) auf 0,5 Mill. (1997) zurückgegangen. Das betraf vor allem kleine und mittlere Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von 1 bis unter 50 Hektar. Die Anzahl der Betriebe, die 50 Hektar und mehr bewirtschaften, hat sich in diesem Zeitraum von etwa 16 000 auf 65 000 erhöht.

Tab. 2: Durchschnittliche Betriebsgröße der landwirtschaftlichen Betriebe
in Hektar

Jahr	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost ¹
1949	.	8,1	.
1960	.	9,3	281,4
1970	.	11,7	612,5
1980	.	15,3	2 388,2
1991	27,6	19,6	284,5
1997	32,8	23,6	178,1

¹ Vor 1991 Güter, Genossenschaften und Kommunalbetriebe mit landwirtschaftlich genutzter Fläche.

Tab. 3: Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)
in der Landwirtschaft

Betriebe/Landwirtschaftlich genutzte Fläche	Einheit	Früheres Bundesgebiet			
		1960	1979	1991	1997
Landwirtschaftliche Betriebe	1 000	1 385	810	599	494
<i>davon nach Größenklassen der LF:</i>					
1 bis unter 10 ha	1 000	960	415	275	221
10 bis unter 20 ha	1 000	286	187	121	88
20 bis unter 50 ha	1 000	122	179	151	120
50 bis unter 100 ha	1 000	14	26	43	51
100 ha und mehr	1 000	3	4	8	14
Landwirtschaftlich genutzte Fläche	1 000 ha	12 935	12 204	11 748	11 635
<i>davon nach Größenklassen der LF:</i>					
1 bis unter 10 ha	1 000 ha	4 105	1 786	1 167	909
10 bis unter 20 ha	1 000 ha	3 990	2 711	1 766	1 283
20 bis unter 50 ha	1 000 ha	3 504	5 341	4 746	3 857
50 bis unter 100 ha	1 000 ha	884	1 675	2 876	3 458
100 ha und mehr	1 000 ha	450	691	1 193	2 129
Durchschnittliche Betriebsgröße der Betriebe mit 1 ha und mehr	ha LF	9	15	20	24
		Neue Länder und Berlin-Ost		Deutschland	
		1991	1997	1991	1997
Landwirtschaftliche Betriebe	1 000	18,6	31,3	617,3	525,1
<i>davon nach Größenklassen der LF:</i>					
1 bis unter 10 ha	1 000	9,5	13,8	284,5	234,6
10 bis unter 50 ha	1 000	4,0	6,9	276,4	215,2
50 bis unter 100 ha	1 000	1,1	2,3	44,4	53,0
100 bis unter 500 ha ¹	1 000	1,5	5,2	11,9	19,1
500 bis unter 1 000 ha	1 000	0,6	1,4	.	1,5
1 000 ha und mehr	1 000	1,9	1,7	.	1,7
Landwirtschaftlich genutzte Fläche	1 000 ha	5 281	5 566	17 029	17 201
<i>davon nach Größenklassen der LF:</i>					
1 bis unter 10 ha	1 000 ha	31	50	1 198	958
10 bis unter 50 ha	1 000 ha	91	158	6 603	5 298
50 bis unter 100 ha	1 000 ha	75	169	2 950	3 627
100 bis unter 500 ha ¹	1 000 ha	324	1 187	6 277	3 221
500 bis unter 1 000 ha	1 000 ha	473	1 000	.	1 072
1 000 ha und mehr	1 000 ha	4 288	3 001	.	3 025
Durchschnittliche Betriebsgröße der Betriebe mit 1 ha und mehr	ha LF	284	178	28	33

1 Deutschland 1991: Betriebe mit 100 ha und mehr.

In den neuen Ländern war nach der Bodenreform 1945/46 eine Vielzahl klein- und mittelbäuerlicher Betriebe entstanden, die die Versorgungslage der Bevölkerung verbessern und Vertriebenen sowie Landarbeitern eine Existenzgrundlage bieten sollten. Nur relativ wenige „volkseigene Güter“ wirtschafteten in dieser Zeit als Großbetriebe.

Die Zwangskollektivierung der ostdeutschen Landwirtschaft von 1952 bis 1960 führte zu einem rigorosen Konzentrationsprozess, der auch in den Folgejahren, verbunden mit Spezialisierungsmaßnahmen (Trennungen von Pflanzen- und Tierproduktion), weiter durchgesetzt wurde. Daraus resultierte, dass 1989 94 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche und über 96 % der Rinder- und Schweinebestände in 464 Staatsgütern (VEG), 3 844 Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) und 370 weiteren genossenschaftlichen sowie zwischenbetrieblichen Einrichtungen konzentriert waren.

Als Privatbetriebe existierten zu diesem Zeitpunkt noch etwa 3 500 Erwerbsbetriebe, vorwiegend im Bereich des Gartenbaus. Die große Anzahl der persönlichen Hauswirtschaften der LPG-Mitglieder kann nicht zur Kategorie der landwirtschaftlichen Betriebe gezählt werden.

Nach der Vereinigung Deutschlands vollzog sich der Umstrukturierungsprozess der Landwirtschaft in den neuen Ländern nicht reibungslos. Vielfältige Probleme behinderten den zügigen Aufbau leistungsfähiger Familienbetriebe als Neu- oder Wiedereinrichter. Das hat zur Folge, dass weiterhin gravierende Strukturunterschiede zwischen der Landwirtschaft im früheren Bundesgebiet und derjenigen in den neuen Ländern bestehen. Die durchschnittliche Betriebsgröße ist dafür ein markantes Merkmal.

Von der landwirtschaftlich genutzten Fläche des früheren Bundesgebietes wurden 1960 nur 10 % von Betrieben in der Größenklasse 50 ha und mehr bewirtschaftet; 1997 betrug dieser Anteil schon 48 %. In den neuen Ländern sind derzeit 93 % der landwirtschaftlich genutzten Flächen in der Hand von Betrieben mit einer Größe von 100 Hektar und mehr.

13.4 Beschäftigte in der Landwirtschaft

In den landwirtschaftlichen Betrieben Deutschlands gab es 1997 rund 1,32 Mill. Familienarbeitskräfte und familienfremde Arbeitskräfte. Hierbei dominierten im früheren Bundesgebiet die Familienarbeitskräfte (85,8 %). In den neuen Ländern arbeiten 64,6 % aller Beschäftigten in der Landwirtschaft in Betrieben der Rechtsform Personengemeinschaften und juristische Personen. Die noch immer bestehenden Unterschiede in den Betriebs- und Beschäftigtenstrukturen zwischen West und Ost sind das Ergebnis der unterschiedlichen gesellschaftlichen Entwicklungen in beiden Teilen Deutschlands nach 1945.

Im früheren Bundesgebiet sind die bäuerlichen Familienbetriebe strukturbestimmend. Auf dem Gebiet der ehemaligen DDR wurde die einzelbäuerliche Landwirtschaft mit der Zwangskollektivierung zerschlagen. Jeder staatliche oder genossenschaftliche Großbetrieb (VEG und LPG) bewirtschaftete in der Regel mehrere tausend Hektar oder hielt sehr große Viehbestände. Nach der Einführung der „Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion“ am 1. Juli 1990 wurde die Grundlage für die Herausbildung von Familienbetrieben (Neu- und Wiedereinrichter) auch in den neuen Ländern geschaffen.

Unabhängig von der weiteren Strukturentwicklung in beiden Gebieten sind Verantwortung und Stellenwert der Landwirtschaft für Gesellschaft und Umwelt hervorzuheben. In der Regel ist der bäuerliche Familienbetrieb für den Betriebsinhaber und seine Familienangehörigen Arbeits- und Wohnbereich. Das hat besondere Bedeutung für die Erhaltung der Besiedlungsstruktur ländlicher Gebiete und die Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen. Von den Landwirten wird selbstverantwortliches Handeln im ökologisch geprägten Anbau und in der artgerechten Nutztierhaltung gefordert. So hat neben der Sicherung der Ernährung die Erhaltung und Pflege der ländlichen Räume durch die Landwirtschaft eine weitaus größere Bedeutung, als sie im Beitrag der Landwirtschaft zur Bruttowertschöpfung der Gesamtwirtschaft zum Ausdruck kommt.

13.4.1 Beschäftigte in der Landwirtschaft im früheren Bundesgebiet

Der wirtschaftliche Aufschwung nach dem Zweiten Weltkrieg veranlasste zahlreiche Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe und deren mithelfende Familienangehörige, ihre bisherige Tätigkeit zugunsten von Beschäftigungen mit höheren Verdiensten vollständig oder teilweise aufzugeben. Dies führte unter anderem zu einer Umwandlung von im Haupterwerb geführten Betrieben zu Nebenerwerbsbetrieben. Erleichtert wurde diese Entwicklung auch durch den vermehrten Einsatz von Maschinen und die Anwendung rationeller Arbeitsverfahren. Beispielsweise stieg der Bestand an Schleppern im Alleinbesitz der Betriebe von 139 000 im Jahr 1950 auf etwa 1,2 Mill. im Jahre 1995.

In den landwirtschaftlichen Betrieben gab es 1997 annähernd 1,0 Mill. Familienarbeitskräfte. Von diesen waren lediglich 246 700 im Betrieb vollbeschäftigt. 326 700 Personen gingen noch einer anderen Erwerbstätigkeit nach. In fast jedem zweiten Betrieb war das außerbetriebliche Einkommen des Betriebsinhabers und seines Ehegatten größer als das betriebliche Einkommen.

Im Verhältnis zu den Familienarbeitskräften in den Betrieben der Rechtsform Einzelunternehmen nehmen die ständigen und nichtständigen (familienfremden) Arbeitskräfte dieser Betriebe einschließlich der Beschäftigten in Betrieben der Rechtsformen Personengemeinschaften und juristische Personen einen relativ geringen Anteil an den Gesamtbeschäftigten ein (14 %). 1997 waren in den land-

wirtschaftlichen Betrieben rund 166 000 ständige und nichtständige (familienfremde) Arbeitskräfte beschäftigt (darunter 93 000 Personen ständig).

Rechnet man die Leistung der in der Landwirtschaft mit betrieblichen Arbeiten beschäftigten rund 1,2 Mill. Arbeitskräfte (Familienarbeitskräfte und familienfremde Arbeitskräfte) auf AK-Einheiten um, so ergeben sich für 1997 rund 535 000 AK-Ein-

Tab. 4: Entwicklung der Arbeitsleistung in der Landwirtschaft
im früheren Bundesgebiet 1950 bis 1997

Wirtschaftsjahr/Kalenderjahr	Betriebliche Arbeitsleistung in AK-Einheiten	
	1 000	je 100 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche
1950/51 ¹	3 885	29,0
1960/61 ¹	2 415	18,5
1970/71 ¹	1 434	11,5
1980	987	8,2
1988	821	7,0
1993	646	5,5
1995	571	4,9
1997	535	4,6

¹ Ohne Stadtstaaten.

heiten. Dabei entspricht eine AK-Einheit der Arbeitsleistung einer mit betrieblichen Arbeiten vollbeschäftigten Arbeitskraft im Alter von 16 bis unter 65 Jahren.

Der Zeitvergleich zeigt das Ausmaß der Abwanderung der Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft. Während für das Wirtschaftsjahr 1950/51 noch eine betriebliche Arbeitsleistung von 29 AK-Einheiten je 100 Hektar errechnet wurde, waren es für 1997 auch aufgrund der fortschreitenden Technisierung nur noch 4,6 AK-Einheiten je 100 Hektar.

13.4.2 Beschäftigte in der Landwirtschaft der neuen Länder

Als Folge der in der ehemaligen DDR geschaffenen großen und häufig sehr einseitig ausgerichteten landwirtschaftlichen Betriebe dominieren in den neuen Ländern Betriebe der Rechtsformen Personengemeinschaften und juristische Personen. Sie verfügten 1997 über 77,9 % der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche, beschäftigten 64,6 % aller landwirtschaftlichen Arbeitskräfte und erbrachten 77,8 % der betrieblichen Arbeitsleistungen.

In der gesamten Landwirtschaft der neuen Länder waren 1997 rund 150 000 Personen beschäftigt. Das sind etwa 218 000 Personen oder 59,2 % weniger als 1991. Damit hat sich seit 1989 die Beschäftigtenzahl in der Landwirtschaft in-

folge der Umstrukturierung, aber auch der Ausgliederung bzw. Stilllegung nicht-landwirtschaftlicher Betriebsteile um etwa 658 000 Personen verringert. Von den 150 000 Gesamtbeschäftigten waren 42 200 als Betriebsinhaber und ihre Familienangehörigen sowie 11 000 als familienfremde Arbeitskräfte in den bäuerlichen Familienbetrieben tätig.

13.5 Pflanzliche Produktion

In den vergangenen Jahren hat sich das Kulturartenverhältnis der landwirtschaftlich genutzten Flächen weg vom Grünland hin zum leistungsfähigeren Ackerland verändert. Diese Entwicklung lässt sich sowohl im früheren Bundesgebiet als auch in den neuen Ländern nachvollziehen.

13.5.1 Anbauflächen

Der Anteil der Ackerflächen an der landwirtschaftlich genutzten Fläche ist seit 1960 in Deutschland um rund 6 % gestiegen. Das Grünland verringerte sich entsprechend. So waren 1997 im früheren Bundesgebiet etwa 63 % der landwirtschaftlich genutzten Flächen Ackerland und 35 % Grünland; in den neuen Ländern machten diese Anteile 78 % bzw. 20 % aus.

Der Umfang des Getreideanbaues insgesamt ist seit den 50er Jahren in Deutschland geringfügig zurückgegangen. Große Unterschiede sind jedoch im Anbau der einzelnen Getreidearten festzustellen. So haben die ertragreichen Arten Weizen und Wintergerste den Roggen- und Haferanbau zurückgedrängt. Diese Tendenz gilt für beide deutschen Teilgebiete. Weiterhin ist der Anbau von Kartoffeln in Deutschland stark rückläufig.

13.5.2 Ernteerträge und Erntemengen

Sowohl im früheren Bundesgebiet als auch in den neuen Ländern haben sich die Hektarerträge für Feldfrüchte, Gemüse- und Obstarten sowie Wein seit den 50er Jahren wesentlich erhöht. Die beachtlichen Leistungssteigerungen sind vor allem auf züchterische Verbesserungen, verbesserte Anbau- und Erntetechnik sowie auf die Weiterentwicklung von Pflanzenschutzmitteln zurückzuführen.

Die Hektarerträge bei landwirtschaftlichen Feldfrüchten konnten in den neuen Ländern beachtlich gesteigert werden, sodass sich hier die Unterschiede zum früheren Bundesgebiet weiter verringert haben.

Ertragssteigerungen sind in den neuen Ländern auch im Gemüseanbau festzustellen; ausgewählte Gemüsearten wie beispielsweise Kopfsalat, Möhren, Rosenkohl und Gurken lagen 1997 über dem Niveau in den alten Bundesländern.

Tab. 5: Anbaufläche auf dem Ackerland
(Ackerland = 100 %)

	1950/55	1991/96	1990	1997
<i>Deutschland</i>				
Weizen	11,9	21,5	20,4	23,0
Wintergerste	1,6	12,3	14,3	12,0
Sommergerste	6,0	7,0	7,7	7,2
Hafer	12,3	3,0	4,0	2,6
Roggen	20,0	6,2	9,0	7,1
übrige Getreidearten	3,7	5,3	3,2	7,3
<i>Getreide zusammen</i>	<i>55,6</i>	<i>55,2</i>	<i>58,5</i>	<i>59,3</i>
Kartoffeln	15,2	2,8	4,7	2,6
übrige Hackfrüchte	10,4	4,8	6,0	4,4
<i>Hackfrüchte zusammen</i>	<i>25,5</i>	<i>7,6</i>	<i>10,6</i>	<i>7,0</i>
Grünmais/Silomais	.	10,8	11,5	10,9
übrige Futterpflanzen	.	5,1	7,5	4,6
<i>Futterpflanzen zusammen</i>	<i>13,0</i>	<i>15,9</i>	<i>19,0</i>	<i>15,6</i>
Sonstige Ackerfläche	5,9	21,3	11,9	18,1
<i>Früheres Bundesgebiet</i>				
Weizen	13,8	22,0	22,9	23,7
Wintergerste	1,7	12,9	14,9	13,0
Sommergerste	7,1	7,7	8,3	8,2
Hafer	13,2	3,9	4,6	3,4
Roggen	17,2	4,6	5,7	4,7
übrige Getreidearten	4,2	6,9	4,9	8,4
<i>Getreide zusammen</i>	<i>57,2</i>	<i>58,1</i>	<i>61,3</i>	<i>61,2</i>
Kartoffeln	14,3	3,3	2,9	3,3
übrige Hackfrüchte	10,5	5,5	6,4	5,2
<i>Hackfrüchte zusammen</i>	<i>24,8</i>	<i>8,8</i>	<i>9,3</i>	<i>8,5</i>
Grünmais/Silomais	0,6	12,0	12,3	12,2
übrige Futterpflanzen	14,1	4,1	3,8	4,5
<i>Futterpflanzen zusammen</i>	<i>14,6</i>	<i>16,1</i>	<i>16,1</i>	<i>16,7</i>
Sonstige Ackerfläche	3,4	17,0	13,3	13,6
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>				
Weizen	8,8	20,5	16,5	21,9
Wintergerste	1,6	11,2	13,4	10,4
Sommergerste	4,3	5,8	6,6	5,6
Hafer	10,9	1,4	2,9	1,4
Roggen	24,5	9,0	14,1	11,2
übrige Getreidearten	3,0	2,5	0,6	5,5
<i>Getreide zusammen</i>	<i>53,0</i>	<i>50,4</i>	<i>54,1</i>	<i>56,0</i>
Kartoffeln	16,5	1,9	7,4	1,3
übrige Hackfrüchte	10,1	3,6	5,4	3,2
<i>Hackfrüchte zusammen</i>	<i>26,7</i>	<i>5,5</i>	<i>12,8</i>	<i>4,5</i>
Grünmais/Silomais	.	8,9	10,2	8,9
übrige Futterpflanzen	.	6,7	13,2	4,7
<i>Futterpflanzen zusammen</i>	<i>10,3</i>	<i>15,6</i>	<i>23,4</i>	<i>13,7</i>
Sonstige Ackerfläche	10,0	28,5	9,6	25,8

Tab. 6: Durchschnittliche Hektarerträge und Gesamterntemengen

Frucht-, Gemüse-, Obst, Wein	Hektarertrag			Erntemengen		
	1950/55	1991/96	1997	1950/55	1991/96	1997
<i>Deutschland</i>						
Feldfrüchte:		dt je ha			1 000 t	
Winterweizen	.	67,6	73,4	.	16 491,5	19 429,1
Roggen	.	47,8	54,3	.	3 485,9	4 580,1
Wintergerste	.	57,9	65,0	.	8 326,2	9 239,2
Kartoffeln ¹	.	337,0	384,1	.	11 004,1	11 659,3
Zuckerrüben	.	503,6	511,6	.	26 334,3	25 768,9
Gemüse:						
Weißkohl	.	640,1	676,9	.	494,8	514,1
Kopfsalat	.	224,9	230,9	.	84,7	82,7
Frischerbsen	.	49,4	54,3	.	15,0	13,7
Obst (Marktoobstbau):		kg je Baum			1 000 t	
Äpfel	.	.	13,1	.	.	764,6
Birnen	.	.	15,9	.	.	37,3
Wein:		hl je ha			1 000 hl	
Weißmost	.	.	81,0	.	.	6 614,0
Rotmost	.	.	90,3	.	.	1 880,8
<i>Früheres Bundesgebiet</i>						
Feldfrüchte:		dt je ha			1 000 t	
Winterweizen	27,5	71,2	76,2	2 759,5	11 214,6	12 935,6
Roggen	23,8	53,6	61,9	3 365,7	1 834,1	2 135,6
Wintergerste	29,9	59,4	65,0	408,4	5 660,1	6 209,0
Kartoffeln ¹	220,5	360,3	399,0	24 074,3	8 764,3	9 714,5
Zuckerrüben	344,7	539,3	535,9	7 916,7	20 216,1	19 590,1
Gemüse:						
Weißkohl	397,1	665,4	685,6	330,3	439,0	463,8
Kopfsalat	136,9	227,2	229,3	41,8	82,0	78,9
Frischerbsen	35,6	53,8	58,7	18,4	9,5	3,5
Obst (Marktoobstbau):		kg je Baum			1 000 t	
Äpfel	.	.	13,3	.	.	603,2
Birnen	.	.	16,1	.	.	33,5
Wein:		hl je ha			1 000 hl	
Weißmost	53,3	99,2	81,6	2 246,5	8 236,0	6 601,0
Rotmost	46,9	101,6	90,7	593,7	1 859,0	1 879,0
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>						
Feldfrüchte:		dt je ha			1 000 t	
Winterweizen	.	60,9	68,4	.	5 276,9	6 493,5
Roggen	.	42,6	49,0	.	1 651,7	2 444,5
Wintergerste	.	54,8	65,0	.	2 666,1	3 030,1
Kartoffeln ¹	.	268,7	323,7	.	2 239,8	1 944,8
Zuckerrüben	.	413,1	447,3	.	6 118,2	6 178,8
Gemüse:						
Weißkohl	.	492,4	606,4	.	55,7	50,3
Kopfsalat	.	171,8	270,9	.	2,8	3,9
Frischerbsen	.	43,3	52,8	.	5,5	9,7
Obst (Marktoobstbau):		kg je Baum			1 000 t	
Äpfel	.	.	12,5	.	.	161,4
Birnen	.	.	14,6	.	.	3,8

1 Mittelfrühe und späte Kartoffeln.

Tab. 7: Qualität der Weinmosternte in Deutschland¹
Mengenanteil der Qualitätsstufen in Prozent

Qualitätsstufe	1984	1986	1988	1990	1992	1997
Tafelwein	13,5	4,7	0,2	0,2	2,1	0,1
Qualitätswein	79,7	75,7	46,4	39,3	50,1	29,9
Qualitätswein mit Prädikat	6,8	19,6	53,4	60,5	47,8	70,0

¹ Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet.

Die Obst- und Weinmosterträge sind zwar vom Witterungsverlauf stark abhängig, doch konnten auch hier durch intensivere Pflege und Übergang zu besonders ergebigsten Sorten Ertragssteigerungen erzielt werden. Beim Weinmost ist die Qualität für die Absatzchancen von entscheidender Bedeutung.

13.6 Tierische Produktion

Viehhaltung ist Grundlage der Versorgung mit tierischen Nahrungsmitteln und zugleich Haupteinkommensquelle der Landwirtschaft. Nahezu zwei Drittel der Verkaufserlöse im Agrarbereich stammen aus der tierischen Veredlungswirtschaft.

13.6.1 Viehbestände

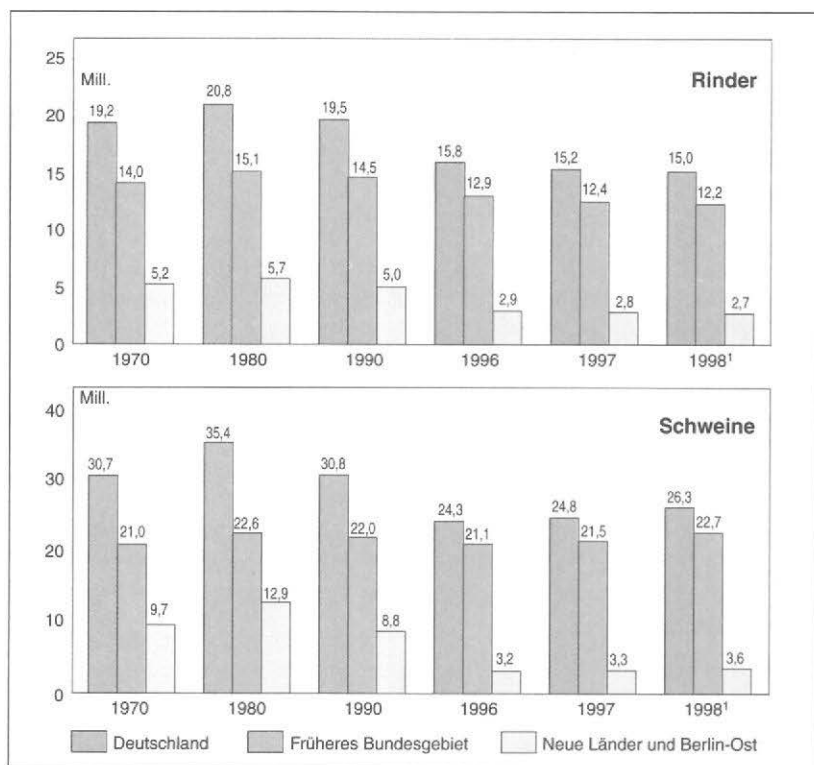
Infolge des abrupten Abbaus der Viehbestände in den neuen Ländern, der durch die tief greifenden Umstrukturierungen der dortigen Landwirtschaft nach der Vereinigung ausgelöst wurde, sind zu Beginn der 90er Jahre die Bestände an Rindern, Schweinen und Schafen in Deutschland nachhaltig verringert worden. Ab 1992 setzten sich die Bestandsabstockungen in stark abgeschwächter Form fort – mitunter unterbrochen durch relativ kurzfristige Aufwärtseentwicklungen. Der Pferdebestand wuchs durch die zunehmende Beliebtheit des Reitsports zwischen 1990 und 1996 kontinuierlich um ca. ein Drittel auf etwa 650 000 Tiere an.

Ende 1997 wurden in Deutschland 15,2 Mill. Rinder, 24,8 Mill. Schweine und 2,3 Mill. Schafe gehalten. Dies bedeutete gegenüber dem Vorjahr einen um 3,4 % geringeren Bestand an Rindern. Der gleichzeitige Zuwachs des Schweinebestandes um 2,1 % resultierte aus Aufstockungen um 3,2 % in den neuen Ländern und um 1,9 % im früheren Bundesgebiet. Dagegen war ein Rückgang bei der Zahl der Schafe von insgesamt 1,0 % zu verzeichnen, der in den neuen Ländern mit 0,3 % leicht unterdurchschnittlich ausfiel.

13.6.2 Schlachtungen, Milch- und Eierherzeugung

1997 wurden in Deutschland 4,4 Mill. Rinder, 38,6 Mill. Schweine, 0,5 Mill. Kälber und 0,9 Mill. Schafe geschlachtet. Das entsprach einer Fleischerzeugung von

Abb. 2: Viehbestand in Deutschland



1 Vorläufiges Ergebnis.

5,0 Mill. Tonnen, bzw. 2,1 % weniger als im Vorjahr. Im früheren Bundesgebiet belief sich der Rückgang auf 2,4 %, während in den neuen Ländern ein Zuwachs von 0,7 % verzeichnet wurde.

An Geflügelfleisch wurden 1997 in Deutschland ca. 643 000 Tonnen erzeugt, womit das Ergebnis des Vorjahres um 7,7 % übertroffen wurde. Dabei nahm die Produktion in den neuen Ländern um 7,3 % und im früheren Bundesgebiet um 7,9 % zu.

Die Eierproduktion betrug 1997 fast 14 Mrd. Stück. Mit 269 Eiern je Huhn hat sich die durchschnittliche Legeleistung (1990: 259 Eier je Huhn) etwas erhöht. Aufgrund des Zuwachses der Milcherzeugung je Kuh um 1,1 % verringerte sich die gesamte Milcherzeugung im Jahr 1997 gegenüber dem Vorjahr nur um 0,3 % auf 28,7 Mill. t, obwohl der Bestand an Milchkühen in diesem Zeitraum um 3,2 % abnahm.

Tab. 8: Fleischerzeugung¹ von Rindern, Schweinen und Geflügel
in 1 000 Tonnen

Jahr	Rinder ¹	Schweine ¹	Geflügel
<i>Deutschland</i>			
1995	1 347,3	3 602,0	591,5
1996	1 417,2	3 635,0	597,5
1997	1 388,2	3 563,8	643,4
<i>Früheres Bundesgebiet</i>			
1990	1 728,1	3 357,1	414,8
1993	1 460,9	3 302,0	414,1
1994	1 291,7	3 161,5	429,8
1995	1 248,9	3 086,0	425,1
1996	1 309,5	3 121,5	416,1
1997	1 271,2	3 055,8	448,8
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>			
1995	98,5	516,0	166,3
1996	107,6	513,5	181,4
1997	117,0	508,0	194,5

1 Einschl. Abschnittsfette, ohne Innereien.

Tab. 9: Erzeugung von Kuhmilch und Herstellung von Milcherzeugnissen

Jahr	Milchproduktion		Milcherzeugnisse in 1 000 t				Trinkmilch- absatz 1 000 t
	insges. 1 000 t	kg je Kuh	Butter	Käse ¹	Frisch- käse	Kondens- milch	
Deutschland							
1995	28 607	5 424	486	716	737	551	5 499
1996	28 779	5 513	480	792	738	541	5 507
1997	28 702	5 575	442	839	751	566	5 407
Früheres Bundesgebiet							
1970	21 856	3 800	494	222	267	436	3 076
1980	24 779	4 552	576	408	368	507	3 281
1990	23 672	4 857	393	563	550	440	4 019
1995	22 898	5 413	363	609	650	523	4 353
1996	22 872	5 473	356	636	637	510	4 324
1997	22 534	5 483	313	651	640	527	4 270
Neue Länder und Berlin-Ost							
1995	5 709	5 468	123	108	86	27	1 145
1996	5 907	5 674	125	156	101	31	1 183
1997	6 168	5 938	129	188	110	39	1 137

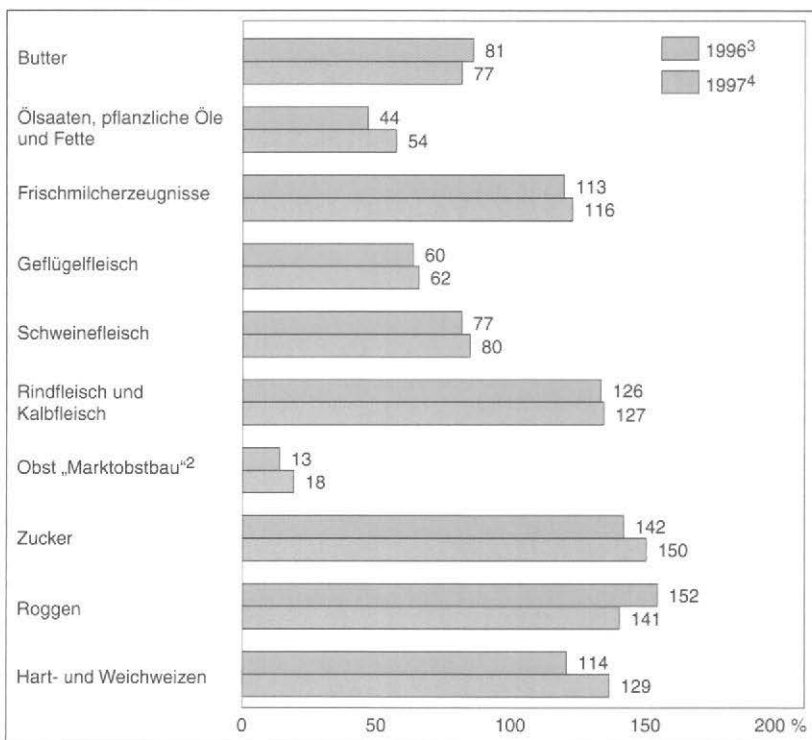
1 Hart-, Schnitt-, Weich-, Sauermilch- und Kochkäse.

13.7 Selbstversorgungsgrad

Der Selbstversorgungsgrad ist ein Indikator dafür, inwieweit der Bedarf an Nahrungsmitteln und Futtergetreide durch die Erzeugung der heimischen Landwirtschaft gedeckt wird.

Im Wirtschaftsjahr 1996/97 konnte der Bedarf an Nahrungsmitteln in Deutschland durch die einheimische Landwirtschaft zu 85 % gedeckt werden. Bei Käse, Sahne und Kartoffeln wurde Vollversorgung erreicht, während die Erzeugung von Rind- und Kalbfleisch, Frischmilcherzeugnissen, Magermilch- und Vollmilchpulver, Kondensmilch sowie Getreide und Zucker den Inlandsbedarf zum Teil weit übertraf.

Abb. 3: Selbstversorgungsgrad¹ in Deutschland
in Prozent



¹ Selbstversorgungsgrad = Inlandserzeugung in Prozent des Verbrauchs für Nahrung, Futter, industrielle Verwertung, Saatgut, Marktverluste.

² Ohne Zitrusfrüchte, Schalenobst und Trockenfrüchte, einschl. tropischer Früchte.

³ Pflanzliche Erzeugnisse 1995/96.

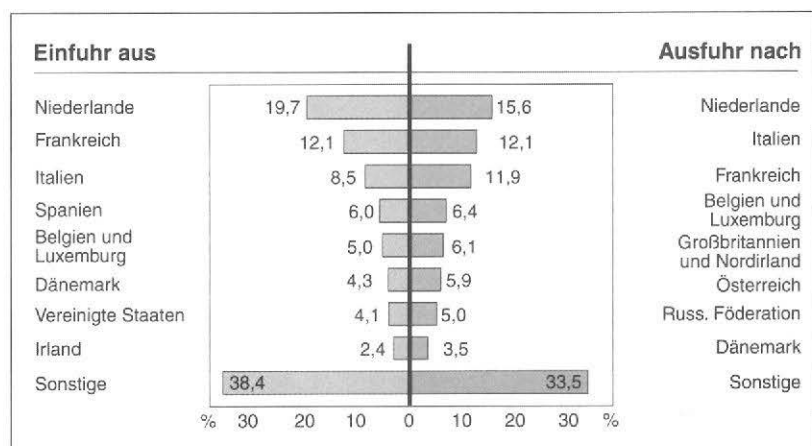
⁴ Vorläufiges Ergebnis. Pflanzliche Erzeugnisse 1996/97.

Quelle: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Die heimische Produktion von Schweinefleisch, Fischen, Fischerzeugnissen, Butter, Eiern, Eierzeugnissen und Geflügelfleisch, aber auch von Hülsenfrüchten, Obst und Gemüse blieb wesentlich unter dem Inlandsbedarf.

Die Lücke zwischen Erzeugung und Bedarf im Inland muss im Warenverkehr mit dem Ausland gedeckt werden. Dieser Austausch landwirtschaftlicher Güter erfolgt in beiden Richtungen. Für die Waren der Ernährungswirtschaft insgesamt betrug im Jahr 1998 der Einfuhrüberschuss 28,9 Mrd. DM. Er ergab sich als Saldo aus einem Einfuhrwert von 72,8 Mrd. DM und einem Ausfuhrwert von 43,8 Mrd. DM. Die wichtigsten Lieferländer für Nahrungsmittel sind seit langem die Niederlande und Frankreich mit wertmäßigen Anteilen an den Nahrungsmittelfuhren von rund 20 % bzw. 12 % im Jahr 1998.

Abb. 4: Die wichtigsten Ursprungs- und Bestimmungsländer für ernährungswirtschaftliche Güter 1998 in Deutschland



13.8 Forstwirtschaft

Etwa 30 % der Fläche Deutschlands sind mit Wald bedeckt. Das lässt ermes sen, welche Bedeutung der Wald als Wirtschaftsfaktor, aber auch in ökologischer Hin sicht und für die Landschaftsgestaltung hat.

Die EU-Agrarpolitik fördert die Aufforstung landwirtschaftlich genutzter Flächen. Damit sind beabsichtigte Wirkungen hinsichtlich der Art der Landnutzung sowie der Gestaltung und Pflege der Kulturlandschaft verbunden. Die mit der Aufforstung erfolgende Bindung eines erheblichen Flächenpotenzials, das für die Nahrungs- und Futtermittelproduktion derzeit nicht benötigt wird, führt zu einer Entlastung der

Agrarmärkte, schafft neue Arbeitsmöglichkeiten und wirkt sich günstig auf die Umwelt aus. Die Erweiterung der erneuerbaren Ressource Holz vollzieht sich dabei auf eine sehr umweltverträgliche Art und Weise.

Die Waldfläche der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland umfasst rund 9,5 Mill. Hektar. Forstbetriebe bewirtschaften davon 8 Mill. Hektar,

Tab. 10: Betriebe mit Waldfläche 1997

Betriebsarten	Anzahl der Betriebe mit mindestens 1 ha Waldfläche	Waldfläche 1 000 ha	Waldfläche je Betrieb ha
<i>Deutschland</i>			
Forstbetriebe	156 501	8 000,0	51,1
Staatsforsten	1 101	4 052,7	3 680,9
Körperschaftsforsten	11 532	2 038,4	176,8
Privatforsten	143 868	1 908,9	13,3
Landwirtschaftliche Betriebe mit Waldfläche	201 939	1 467,2	7,3
Betriebe mit Waldfläche insgesamt	358 440	9 467,3	26,4
<i>Früheres Bundesgebiet</i>			
Forstbetriebe	129 158	5 428,1	42,0
Staatsforsten	784	2 273,0	2 899,3
Körperschaftsforsten	10 248	1 777,6	173,5
Privatforsten	118 126	1 377,5	11,7
Landwirtschaftliche Betriebe mit Waldfläche	193 627	1 408,8	7,3
Betriebe mit Waldfläche insgesamt	322 785	6 836,9	21,2
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>			
Forstbetriebe	27 343	2 571,9	94,1
Staatsforsten	317	1 779,7	5 614,0
Körperschaftsforsten	1 284	260,9	203,2
Privatforsten	25 742	531,4	20,6
Landwirtschaftliche Betriebe mit Waldfläche	8 312	58,5	7,0
Betriebe mit Waldfläche insgesamt	35 655	2 630,4	73,8

landwirtschaftliche Betriebe 1,5 Mill. Hektar. 38 000 Hektar entfallen überwiegend auf privaten Waldbesitz von jeweils weniger als einem Hektar.

Die von Forstbetrieben bewirtschafteten Waldflächen sind zu 51 % Staatswald, zu 25 % Körperschaftswald und zu 24 % Privatwald.

Von der gesamten Waldfläche der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe konzentrieren sich 72 % auf das frühere Bundesgebiet, 28 % auf die neuen Länder und Berlin-Ost. Nach Bundesländern gegliedert hat Bayern den mit Abstand größten Anteil am Waldbestand. Bezogen auf die Waldfläche der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe sind das fast 24 %. Es folgen die Bundesländer Baden-Württemberg mit 13 % und Brandenburg mit 11 %.

Der jährliche Holzeinschlag bewegte sich in den letzten Jahren zwischen 28 und 38 Mill. Kubikmetern.

13.9 Fischerei

Die Gesamtanlandungen der deutschen Hochsee- und Küstenfischerei betrugen 1997 insgesamt 224 700 t. Die Fischerzeugung der Binnenfischerei (Teichwirtschaft, Netzgehegehaltung, Fluss- und Seenfischerei) belief sich auf 43 000 t.

Die 1997 angelandeten Mengen lagen deutlich über denen der Vorjahre (1995: 207 300 t; 1991: 213 400 t). Diese Zunahme ist allein auf gestiegene Anlandungen der Hochsee- und Küstenfischerei in ausländischen Häfen zurückzuführen. Im Inland nahmen die Anlandungen deutscher Fangschiffe mit 7,1 % gegenüber 1996 stark ab; verglichen mit 1991 beträgt der Rückgang sogar 35,0 %. Hauptanlandehäfen der Großen Hochseefischerei (Schiffe mit mehr als 250 BRT) waren in Deutschland Bremerhaven und Cuxhaven (rund 98 % der Inlandsanlandungen).

Tab. 11: Anlandeergebnis der deutschen Hochsee-, Küsten- und Binnenfischerei

Anlandegewicht der Inlands- und Auslandsanlandungen in Tonnen

	1991	1995	1996	1997
	Deutschland			
Meeresfischerei	213 357	207 274	216 253	224 743
Binnenfischerei	46 800	45 000	44 500	43 000
Fischerei insgesamt	260 157	252 274	260 753	267 743

Etwa 58 % der im Ausland angelandeten Fische entfielen 1997 auf die Niederlande. Die Kleine Hochsee- und Küstenfischerei löschte ihre Mengen schwerpunktmäßig in den Häfen Niedersachsens und Schleswig-Holsteins (rund 76 %).

Bei der Aufgliederung der Anlandeergebnisse (Inlandsanlandungen) steht der Hering mit einem Anteil von 20,0 % (Menge: 21 200 t) nur noch an zweiter Stelle hinter Miesmuscheln, die mit 22 300 t rund 21,1 % der Inlandsanlandungen abdecken. Als weitere wichtige Meeresfrüchte folgen Krabben mit 16 500 t, Kabeljau mit 12 900 t, Makrele mit 6 900 t, Stöcker mit 6 600 t und Seelachs mit 5 300 t.

Der Gesamterlös der In- und Auslandsanlandungen deutscher Schiffe belief sich 1997 auf 333,3 Mill. DM. Davon wurden 177,0 Mill. DM durch Anlandungen an der deutschen Küste und 156,3 Mill. DM durch Anlandungen im Ausland erwirtschaftet. In Deutschland konnten allein durch Krabben und Kabeljau 49,9 bzw. 35,1 Mill. DM erzielt werden. Im Ausland waren Rotbarsch und Kabeljau mit 33,7 bzw. 18,1 Mill. DM die wirtschaftlich interessantesten Fische.

Mit rund 25 000 t bzw. einem Anteil von 58,1 % bleibt die Forelle 1997 der wichtigste Speisefisch der Binnenfischerei; auf dem zweiten Rang liegt die Erzeugung von Speisekarpfen mit einem Anteil von 27,9 % (12 000 t).

14 Produzierendes Gewerbe

14.1 Bedeutung des Produzierenden Gewerbes

Das Produzierende Gewerbe ist weiterhin ein Zentralbereich der Wirtschaft, dessen Bedeutung sich allerdings in den vergangenen Jahren gegenüber dem Dienstleistungssektor verringert hat. Im früheren Bundesgebiet wurde bis Anfang der 70er Jahre im sekundären Sektor mehr als die Hälfte der gesamtwirtschaftlichen Leistung erbracht, und knapp die Hälfte der Erwerbstätigen fanden (nach Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) in diesem Bereich einen Arbeitsplatz. In den darauf folgenden Jahrzehnten nahm der Anteil des Produzierenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung stetig ab. 1998 hatte das Produzierende Gewerbe nur noch einen Anteil von rund 31 % an der Bruttowertschöpfung und an den Erwerbstätigen in Deutschland.

Das Produzierende Gewerbe umfasst in der Abgrenzung der amtlichen Statistik die Industrie und das Produzierende Handwerk. Dabei werden seit der Reform der Industriestatistik in den Jahren 1975 bis 1977 im Allgemeinen nur Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr erfasst. Im Einzelnen setzt sich das Produzierende Gewerbe aus den Teilbereichen Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung sowie Baugewerbe zusammen. Unter diesen spielt das Verarbeitende Gewerbe die bedeutendste Rolle. Von den Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit 20 Beschäftigten und mehr arbeiteten 1996 in Deutschland 77 % aller Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe; 17 % waren im Baugewerbe, 4 % in der Energie- und Wasserversorgung und 2 % im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden tätig.

14.2 Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Nach der Art der hergestellten Güter lässt sich das Verarbeitende Gewerbe sowie der Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden in die Bereiche Vorleistungsgüterproduzenten (z. B. Chemische Industrie), Investitionsgüterproduzenten (z. B. Maschinenbau), Gebrauchsgüterproduzenten (z. B. Möbelherstellung) sowie Verbrauchsgüterproduzenten (z. B. Ernährungsgewerbe) untergliedern. Von ihnen sind die Vorleistungsgüterproduzenten sowohl hinsichtlich der Zahl der Unternehmen und der Beschäftigten als auch in Bezug auf den Gesamtumsatz der bedeutendste Bereich.

14.2.1 Unternehmensgröße

1997 waren in Deutschland in den 38 577 Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden mit 20 Beschäftigten und mehr rund 6,5 Mill. Personen beschäftigt. Dies ergab eine durchschnittliche Unternehmensgröße von 168 Beschäftigten. Im früheren Bundesgebiet war dabei die Durchschnittsgröße der Unternehmen mit 181 Beschäftigten fast doppelt so hoch wie in den neuen Ländern (93 Beschäftigte).

Tab. 1: Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr
im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau
und in der Gewinnung von Steinen und Erden 1997

Bereich	Deutschland			Früheres Bundesgebiet		
	Unter- nehmen Anzahl	Beschäf- tigte 1 000	Umsatz Mill. DM	Unter- nehmen Anzahl	Beschäf- tigte 1 000	Umsatz Mill. DM
Vorleistungsgüter- produzenten	16 781	2 887	1 016 740	14 509	2 673	962 805
Investitionsgüter- produzenten	11 629	2 172	713 357	9 973	2 019	678 383
Gebrauchsgüter- produzenten	1 846	318	90 959	1 584	296	86 423
Verbrauchsgüter- produzenten	8 321	1 119	410 672	7 040	999	378 211
Insgesamt	38 577	6 496	2 231 728	33 106	5 987	2 105 823
davon:						
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	484	142	25 270	379	120	20 856
Verarbeitendes Gewerbe	38 093	6 354	2 206 459	32 727	5 867	2 084 967

Tab. 2: Beschäftigte der größten Unternehmen 1997¹

Die jeweils ... größten Unternehmen	Anteil an allen Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden in %	
	Deutschland	Früheres Bundesgebiet
6	8,0	8,7
10	10,2	11,0
25	13,4	14,6
100	21,3	23,2
Anzahl der Beschäftigten insgesamt	6 496 191	5 986 855

¹ Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr; Unternehmensgröße gemessen an den Beschäftigten.

Ordnet man die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes sowie die Unternehmen des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden nach der Beschäftigtenzahl, so waren 1997 in den 10 größten Unternehmen in Deutschland rund 660 000 Personen tätig. 749 Unternehmen (1,9 %) hatten 1 000 und mehr Beschäftigte. In diesen Unternehmen wurden rund 2,6 Mill. Personen beschäftigt. Dies entspricht einem Anteil von 40 % gemessen an allen Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr.

14.2.2 Betriebe, Beschäftigte, Umsatz und Exportquote

In den rund 48 000 Betrieben des Wirtschaftsbereichs Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe (Abschnitte C und D der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 [WZ 93]) arbeiteten 1998 6,4 Mill. Menschen, davon rund 91 % im früheren Bundesgebiet und rund 9 % in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Die Beschäftigungsentwicklung in der Industrie ist weiterhin rückläufig, jedoch hat sich der Beschäftigungsabbau gegenüber 1995 verlangsamt. Während der Personalabbau von 1994 auf 1995 noch 3,4 % der Beschäftigungsverhältnisse betraf, nahm die Zahl der tätigen Personen in Deutschland 1998 insgesamt gegenüber 1997 um 0,2 % ab. Im früheren Bundesgebiet (- 0,3 %) und in den neuen Ländern und Berlin-Ost (+ 1,1 %) war die Entwicklung dabei uneinheitlich.

Unter den 23 Abteilungen des Verarbeitenden Gewerbes waren in Deutschland der Maschinenbau, die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, die Herstellung von Metallerzeugnissen, das Ernährungsgewerbe und die Chemische Industrie am bedeutendsten. In diesen Branchen waren 1998 rund 3,3 Mill. Personen tätig. Der Anteil der Branchen an den Beschäftigten des Bereichs Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe war in Ost und West jedoch zum Teil recht unterschiedlich. Während z. B. in der Abteilung „15 Ernährungsgewerbe“ in den neuen Ländern und Berlin-Ost 14,4 % aller Beschäftigten der Abschnitte C und D nachgewiesen wurden, waren es im früheren Bundesgebiet nur 7,9 %.

In Deutschland belief sich der Gesamtumsatz des Bereichs Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe 1998 auf 2 271 Mrd. DM (ohne Umsatzsteuer). Gegenüber 1997 entspricht dies einem Zuwachs von 3,2 %. Im früheren Bundesgebiet betrug der Umsatz 2 114 Mrd. DM (+ 2,8 %) und in den neuen Ländern und Berlin-Ost 157 Mrd. DM (+ 8,9 %). Die umsatzstärksten Branchen innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes waren 1998 die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (372 Mrd. DM), der Maschinenbau (285 Mrd. DM), das Ernährungsgewerbe (229 Mrd. DM), die Chemische Industrie (228 Mrd. DM) und die Herstellung von Metallerzeugnissen (140 Mrd. DM). Auf diese fünf Branchen entfielen damit allein 55,2 % des gesamten Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe.

Ein großer Teil der im Verarbeitenden Gewerbe hergestellten Güter wird exportiert. Aus der Exportquote – dem Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz –

lässt sich die Abhängigkeit bestimmter Branchen vom Auslandsgeschäft besonders deutlich ablesen. 1998 belief sie sich auf 33,2 %. Dabei lag die Exportquote im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe immer über dem Durchschnitt des gesamten Wirtschaftsbereiches (1998 beispielsweise bei 48,0 %).

Tab. 3: Betriebe, Beschäftigte, Umsatz und Exportquote
im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau
und der Gewinnung von Steinen und Erden 1998

Wirtschaftsgliederung (nach WZ 93)	Betriebe Anzahl	Beschäftigte 1 000	Umsatz insges. Mill. DM	Exportquote %
C-D Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe	48 357	6 405	2 270 824	33,2
C Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1 473	138	23 286	4,3
10 Kohlenbergbau, Torfgewinnung	124	103	11 187	.
11 Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Erbringung verbundener Dienstleistungen	45	6	4 100	.
12 Bergbau a. Uran- und Thoriumerze	-	-	-	-
13 Erzbergbau	-	-	-	-
14 Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	1 304	29	7 999	8,0
D Verarbeitendes Gewerbe	46 884	6 267	2 247 538	33,5
15 Ernährungsgewerbe	5 911	544	228 559	11,4
16 Tabakverarbeitung	34	13	30 053	10,8
17 Textilgewerbe	1 253	129	32 055	31,2
18 Bekleidungsgewerbe	846	79	22 608	26,6
19 Ledergewerbe	299	28	8 697	25,3
20 Holzgewerbe (ohne Herstell. von Möbeln)	2 043	116	32 378	11,7
21 Papiergewerbe	1 036	146	51 544	32,3
22 Verlags-, Druckgewerbe, Vervielfältigung	2 817	259	77 508	6,4
23 Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung von Bruttstoffen	72	22	103 346	4,0
24 Chemische Industrie	1 722	485	228 455	46,2
25 Herstellung v. Gummi- u. Kunststoffwaren	3 003	353	93 320	26,7
26 Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	3 776	253	69 289	16,9
27 Metallerzeugung und -bearbeitung	1 069	271	102 784	35,0
28 Herstellung von Metallerzeugnissen	6 971	592	139 637	20,5
29 Maschinenbau	6 719	987	285 250	47,0
30 Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen	200	42	27 489	42,5
31 Herstellung von Geräten der Elektrizitäts-erzeugung, -verteilung u. Ä.	2 336	453	127 182	34,9
32 Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	615	149	60 937	49,9
33 Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	2 301	224	56 136	40,9
34 Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilern	1 072	739	371 592	52,5
35 Sonstiger Fahrzeugbau	407	146	39 262	46,7
36 Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten usw.	2 220	230	56 637	19,1
37 Recycling	163	7	2 818	21,7

Besonders hoch war die Exportquote bei der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen sowie in der Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik, dort wurde 1998 mit 52,5 % bzw. 49,9 % ca. die Hälfte des Gesamtumsatzes mit dem Ausland erzielt. Auch der Maschinenbau (47,0 %), der sonstige Fahrzeugbau (46,7 %), die Chemische Industrie (46,2 %) und die Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -einrichtungen (42,5 %) sind stark exportabhängig.

Vergleichsweise niedrig war die Exportquote in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Sie erreichte z. B. 1998 im Verarbeitenden Gewerbe 18,4 % und im Maschinenbau 25,9 %.

14.2.3 Produktion

Ab dem Jahr 1991 stehen Indizes der Produktion als lange Zeitreihe sowohl für Deutschland als auch für die beiden Teilgebiete in der Gliederung nach der WZ 93

Tab. 4: Entwicklung der Produktion im Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden sowie Verarbeitendes Gewerbe
1995 = 100

Wirtschaftsbereich (nach WZ 93)	1991	1993	1995	1996	1997	1998
<i>Deutschland</i>						
C-D Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe	105,9	95,7	100	100,3	104,1	109,3
Vorleistungsgüterproduzenten	102,4	94,7	100	99,5	104,9	109,5
Investitionsgüterproduzenten	109,0	93,5	100	101,0	105,2	113,9
Gebrauchsgüterproduzenten	119,1	102,9	100	101,1	101,7	108,9
Verbrauchsgüterproduzenten	104,6	99,5	100	100,6	100,8	101,0
C Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	130,6	109,2	100	94,3	91,1	85,2
D Verarbeitendes Gewerbe	105,2	95,3	100	100,4	104,4	110,0
<i>Früheres Bundesgebiet</i>						
C-D Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe	107,9	97,0	100	100,0	103,5	108,4
Vorleistungsgüterproduzenten	104,0	96,3	100	99,3	104,5	108,6
Investitionsgüterproduzenten	110,8	94,2	100	100,8	104,9	113,5
Gebrauchsgüterproduzenten	121,7	104,1	100	100,9	101,1	107,8
Verbrauchsgüterproduzenten	107,1	101,3	100	99,8	99,4	99,3
C Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	117,1	107,0	100	95,0	92,3	87,0
D Verarbeitendes Gewerbe	107,6	96,8	100	100,1	103,8	109,0
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>						
C-D Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe	89,5	85,0	100	104,8	113,3	123,8
Vorleistungsgüterproduzenten	85,9	77,2	100	102,5	111,5	125,0
Investitionsgüterproduzenten	97,7	100,2	100	103,9	110,7	120,5
Gebrauchsgüterproduzenten	77,0	76,7	100	108,6	121,0	143,1
Verbrauchsgüterproduzenten	90,8	86,5	100	110,5	118,6	121,0
C Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden	206,8	127,0	100	91,0	84,8	75,5
D Verarbeitendes Gewerbe	79,7	81,5	100	105,9	115,6	127,6

zur Verfügung. Ein Vergleich mit Indizes aus früheren Jahren ist daher nicht mehr sinnvoll. Inzwischen wurden die Indizes auf das Basisjahr 1995 umgestellt.

In Deutschland wurde die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe seit 1995 um 10 % ausgeweitet. In den neuen Bundesländern war seit 1995 ein Zuwachs von knapp 28 % zu beobachten, das frühere Bundesgebiet verzeichnete im gleichen Zeitraum ein schwächeres Wachstum von 9 %.

Im Bergbau allerdings – der auch im früheren Bundesgebiet seit 1995 um 13 % zurückging – wurde in den neuen Bundesländern bis zum Jahre 1998 die Produktion um fast 25 % eingeschränkt.

Eine Vorstellung über die Entwicklung der mengenmäßigen Produktion im früheren Bundesgebiet seit 1960 ermöglicht Tab. 5. Die einzelnen Erzeugnisse sind aus nahezu 6 000 Positionen der Produktionsstatistik herausgegriffen. Wie die Ergebnisse zeigen, hat sich in der Vergangenheit die Erzeugung von Gütern, für die ein hohes technisches Spezialwissen erforderlich ist, ständig erhöht, während die Produktion in anderen Branchen, z. B. der Bekleidungsindustrie, rückläufig war. Als Folge der weltweiten Arbeitsteilung fand hier eine Verlagerung von Produktionstätigkeiten ins Ausland statt. Bei einigen Erzeugnissen (z. B. Fernsehgeräten) ist eine Marktsättigung eingetreten.

Tab. 5: Produktion ausgewählter Erzeugnisse¹

Erzeugnis	Einheit	1960 ²	1970	1980	1990	1997
Fernsehempfangsgeräte	1 000 St.	2 164	2 927	4 425	3 595	1 419 ³
Personenkraftwagen	1 000 St.	1 674	3 132	3 250	4 179	4 760
Geräte und Einrichtungen für die automatische Datenverarbeitung	1 000 St.	–	138	437	4 514	9 142
Schuhe	1 000 Paar	151 906	158 336	103 765	61 877	37 976
Herrenanzüge	1 000 St.	6 650	8 537	5 381	3 552	1 163
Damenkleider	1 000 St.	17 980	39 318	36 313	15 584	4 452
Wurst- und Fleischwaren	1 000 t	257	405	862	1 200	2 420
Brot	1 000 t	659	827	1 272	1 545	2 804
Bier	1 000 hl	47 324	81 609	89 569	101 376	111 251

1 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, 1997 Deutschland. – Im Jahr 1995 ist das Systematische Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken grundlegend geändert worden; aus diesem Grund ist ein Vergleich der Daten für 1997 mit den Vorjahren nur eingeschränkt möglich.

2 Ohne Angaben für Berlin-West.

3 Einschl. Videomonitoren und Videoprojektoren.

Der Bruttoproduktionswert, d. h. der gesamte Wert aller im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden erzeugten Waren und Dienstleistungen (nach der WZ 93), erreichte 1997 in Deutschland rund 2 239 Mrd. DM. Darin waren rund 53 % Vorleistungen anderer Unternehmen (z. B. Handelsware, Rohstoffe, vgl. 14.2.5) enthalten.

14.2.4 Investitionen

Von den 38 577 Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr, die 1997 im Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden tätig waren, haben im Berichtsjahr 34 337 Unternehmen in Sachanlagen investiert. Die Investitionssumme in diesem Bereich belief sich insgesamt auf rund 93,3 Mrd. DM und lag damit geringfügig über dem Niveau des Jahres 1996 (92,5 Mrd. DM).

Tab. 6: Investitionen der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden 1997¹
in Mill. DM

Bereich	Deutschland	Früheres Bundesgebiet
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	93 342	79 698
davon:		
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	8 230	6 908
Papiergewerbe	2 613	2 438
Verlags-, Druckgewerbe, Vervielfältigung	3 181	2 729
Kokerei, Mineralölverarbeitung, H. v. Brutstoffen	2 417	1 046
Chemische Industrie	12 660	10 314
H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	4 678	4 230
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	5 015	3 793
Metallerzeugung und -bearbeitung	4 182	3 243
H. v. Metallerzeugnissen	5 385	4 805
Maschinenbau	7 883	7 126
H. v. Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä.	4 854	4 603
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	2 916	2 088
H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	17 750	17 067
Übrige Bereiche	11 578	9 308

1 Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr.

Der größte Teil der Investitionen floss in Maschinen, maschinelle Anlagen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattungen (87 %), der Rest in Grundstücke und Bauten. Von den Investitionen entfielen 79,7 Mrd. DM auf das frühere Bundesgebiet (85,4 %) und 13,6 Mrd. DM (14,6 %) auf die neuen Länder und Berlin-Ost.

Mit 17,8 Mrd. DM lagen die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen in Deutschland bei der Investitionstätigkeit an der Spitze, gefolgt von der Chemischen Industrie (12,7 Mrd. DM), dem Ernährungsgewerbe und der Tabakverarbeitung (8,2 Mrd. DM), dem Maschinenbau (7,9 Mrd. DM) sowie den Herstellern von

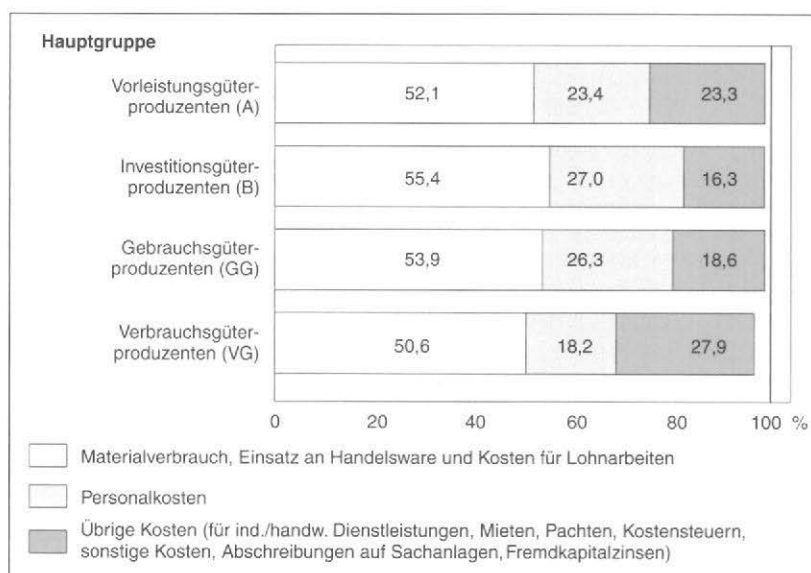
Metallerzeugnissen (5,4 Mrd. DM). Diese fünf Bereiche hatten 1997 zusammen einen Anteil von 56 % am gesamten Investitionsvolumen des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden in Deutschland. Neben den genannten Bereichen nahmen noch acht weitere 1997 Investitionen von mehr als 2 Mrd. DM vor.

14.2.5 Kostenstruktur

Einblick in die Kostensituation und in die erzielte Wertschöpfung der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden gewähren die jährlichen Erhebungen zur Kostenstruktur.

Stellt man die einzelnen Kostenarten dem Bruttoproduktionswert, also dem gesamten Wert aller in diesem Wirtschaftsbereich erzeugten Produkte gegenüber, dann ergibt sich für die Kosten für Materialverbrauch, Einsatz an Handelsware und Lohnarbeiten (durch Subunternehmen) der weitaus größte Anteil; im Jahr 1997 lag er bei 52,9 %. Den zweitgrößten Kostenfaktor bildeten die Personalkosten mit 23,7 %. Die übrigen Kosten (z. B. Mieten, Pachten, Kostensteuern, Abschreibungen) machten insgesamt 21,8 % aus.

Abb. 1: Ausgewählte Kosten der Unternehmen¹ im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden in Deutschland 1997 Anteil am Bruttoproduktionswert



¹ Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr.

Die Summe der einzelnen Kostenarten gemessen am Bruttoproduktionswert ergibt den Produktionskostenanteil. Dieser Anteil lag im Jahr 1997 bei 98,4 %. Die Restgröße in Höhe von 1,6 % kann als Wirtschaftlichkeitskoeffizient angesehen werden.

Abb. 1 zeigt, dass es zwischen den einzelnen Hauptgruppen innerhalb des o.g. Wirtschaftsbereichs beträchtliche Unterschiede in der Kostenstruktur gibt. So lag der Personalkostenanteil der Investitionsgüterproduzenten bei 27,0 %, während er bei den Verbrauchsgüterproduzenten nur 18,2 % betrug.

14.3 Baugewerbe

Das Baugewerbe setzt sich in der Abgrenzung der amtlichen Statistik aus dem Bauhauptgewerbe und dem Ausbaugewerbe zusammen. Während das Bauhauptgewerbe überwiegend Hoch- und Tiefbauten bis zum Rohbau errichtet, erstreckt sich die Tätigkeit des Ausbaugewerbes auf die weitere Fertigstellung der Bauten bis zur Gebrauchsfähigkeit. Es umfasst Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation, Installation von Heizungs-, Lüftungs- und Klimaanlage, Elektroinstallation, Maler- und Lackiererarbeiten und ähnliche Tätigkeiten. Das Angebot des Baugewerbes ist somit sehr vielseitig und spiegelt in seinen Veränderungen langfristige Umstrukturierungsprozesse wider.

Bis in die 70er Jahre war die Bauwirtschaft eine Wachstumsbranche, die ihre Impulse aus dem Wiederaufbau, dem Wirtschaftsaufschwung und dem Wohnungsbedarf der zunehmenden Bevölkerung bezog. Seither ist die Wohnungspolitik durch eine stärkere Hinwendung zu qualitativen Zielsetzungen geprägt. Die Aufmerksamkeit wandte sich mehr der Erhaltung und Erneuerung der Städte zu. Die Modernisierung des Wohnungsbestandes ist ebenso bedeutsam geworden wie die Neubautätigkeit.

Zu Beginn der 80er Jahre erlebte die Baubranche im früheren Bundesgebiet einen ausgeprägten Abschwung. Dies äußerte sich u. a. in der hohen Zahl von Insolvenzen in diesem Bereich, die 1985 mit 3 228 ihren Höhepunkt erreichte.

Im Anschluss daran ging die Zahl der Insolvenzen im Baugewerbe kontinuierlich bis auf 1 703 Fälle im Jahr 1991 zurück. Seit 1992 steigen im früheren Bundesgebiet die Insolvenzen wieder stark an, wobei 1997 4 651 Bauunternehmen Konkurs anmeldeten oder einen Vergleich beantragten. In den neuen Ländern und Berlin-Ost waren 1997 insgesamt 3 137 Bauunternehmen von einem Insolvenz-antrag betroffen, was etwa einem Hundertsechzehnfachen gegenüber dem Jahr 1991 entspricht.

Für Deutschland liegen Zahlen ab 1991 vor. Die Zahl der Insolvenzen im Baugewerbe hat sich von 1 730 Fällen im Jahr 1991 stetig erhöht. Sie betrug im Jahr 1997 bereits 7 788 Fälle – gut das Vierfache.

Tab. 7: Entwicklung der Insolvenzen

Jahr	Insolvenzen insgesamt (Unternehmen und übrige Gemeinschaftsdner)		Darunter Baugewerbe	
	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Deutschland	Früheres Bundesgebiet
1960	.	2 958	.	307
1970	.	4 201	.	451
1980	.	9 140	.	1 328
1981	.	11 653	.	1 942
1982	.	15 876	.	2 726
1983	.	16 114	.	2 467
1984	.	16 760	.	2 765
1985	.	18 876	.	3 228
1986	.	18 842	.	3 008
1987	.	17 589	.	2 638
1988	.	15 936	.	2 290
1989	.	14 643	.	2 058
1990	.	13 271	.	1 724
1991	13 323	12 922	1 730	1 703
1992	15 302	14 117	2 012	1 890
1993	20 298	17 537	2 795	2 334
1994	24 928	20 092	3 971	2 931
1995	28 785	21 714	5 542	3 649
1996	31 471	23 078	7 041	4 356
1997	33 398	24 212	7 788	4 651

14.3.1 Unternehmen, Beschäftigte, Umsätze

Im Jahr 1997 zählten zum Baugewerbe in Deutschland 22 570 Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. Sie erzielten mit ihren rund 1,3 Mill. Arbeitskräften einen Umsatz von etwa 243 Mrd. DM. Rund 56 % der Bauunternehmen gehörten zum Bauhauptgewerbe, auf das auch der größte Teil des Umsatzes (72 %) entfiel.

Tab. 8: Unternehmen¹, Beschäftigte und Umsatz im Baugewerbe 1997

Bereich	Unternehmen Anzahl	Beschäftigte 1 000	Umsatz Mill. DM
<i>Früheres Bundesgebiet</i>			
Baugewerbe	14 952	868	184 070
Bauhauptgewerbe	8 248	562	134 154
Ausbaugewerbe	6 704	306	49 916
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>			
Baugewerbe	7 618	392	59 390
Bauhauptgewerbe	4 340	248	40 857
Ausbaugewerbe	3 278	145	18 532

¹ Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr.

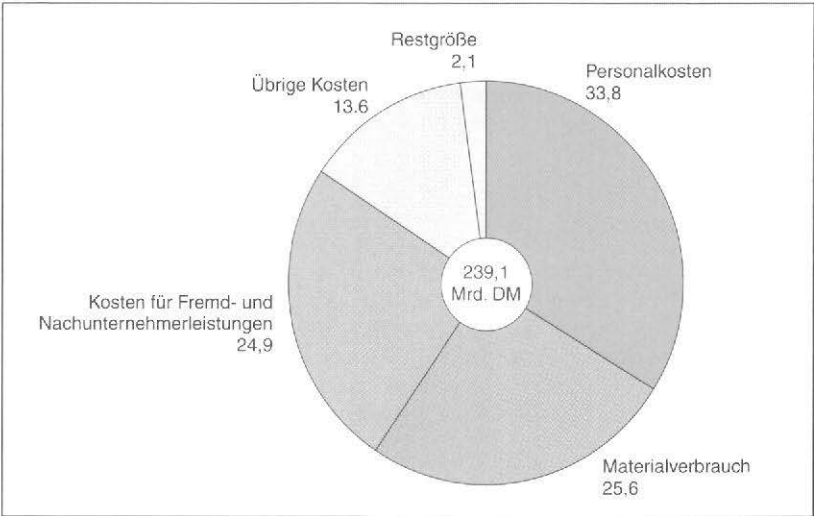
Das Baugewerbe im früheren Bundesgebiet hat eine ausgeprägt mittelständische Struktur. Von allen Bauunternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr hatten 1997 rund 74 % weniger als 50 tätige Personen. Nur 2,4 % der Unternehmen zählten mehr als 200 Beschäftigte, die meisten davon wiederum im Bauhauptgewerbe.

Von den Beschäftigten des Baugewerbes in Deutschland waren 1997 etwa 800 000 im Bauhauptgewerbe und rund 450 000 im Ausbaugewerbe tätig. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die kleineren Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten, die insbesondere im Ausbaugewerbe tätig sind, in diesen Angaben nicht enthalten sind.

14.3.2 Kostenstruktur

Im Baugewerbe stellen die Personalkosten den größten Kostenfaktor dar. Gemessen am Bruttoproduktionswert dieses Bereichs – dem Gesamtwert aller erzeugten Produkte – ergab sich im Jahre 1997 in Deutschland ein Anteil von 34 %. Je nachdem, ob die jeweiligen Tätigkeiten der einzelnen Branchen material- oder personalintensiv sind, differieren diese Anteile zum Teil erheblich. Den höchsten Personalkostenanteil wiesen 1997 mit rund 50 % die Unternehmen des Maler- und Lackierergewerbes und des Gerüstbaus auf. Wegen der weit gehend industriellen Fertigung waren die Personalkosten im Fertigteilbau mit 23,0 % von geringerer

Abb. 2: Kostenstruktur der Unternehmen im Baugewerbe mit 20 Beschäftigten und mehr 1997 in Deutschland
Bruttoproduktionswert in Prozent



Bedeutung. Im Allgemeinen steht einem niedrigen Personalkostenanteil ein hoher Materialkostenanteil gegenüber. Von den übrigen Kostenfaktoren spielen die Kosten für Fremd- und Nachunternehmerleistungen im Baugewerbe eine wichtige Rolle. Sie erreichten 1997 einen Anteil von 24,9 %. Insbesondere die großen Unternehmen machen von dieser Möglichkeit der Arbeitsteilung häufig Gebrauch (vgl. Abb. 2).

14.4 Energie- und Wasserversorgung

14.4.1 Unternehmen, Beschäftigte, Umsätze

Im Bereich der Energie- und Wasserversorgung waren 1996 in Deutschland in 4 035 Unternehmen insgesamt etwa 353 000 Personen beschäftigt. Sie erzielten einen Umsatz von 231,6 Mrd. DM. Die Energie- und Wasserversorgung ist durch eine Vielzahl von kleinen und wenige große und umsatzstarke Unternehmen geprägt. Knapp drei Viertel der Unternehmen hatten 1996 weniger als 20 Beschäftigte. Zum Gesamtumsatz dieses Bereichs trugen sie nur 4,1 % bei. Umgekehrt gab es 67 Unternehmen mit 1 000 und mehr Beschäftigten, auf die 56,0 % des Umsatzes entfielen.

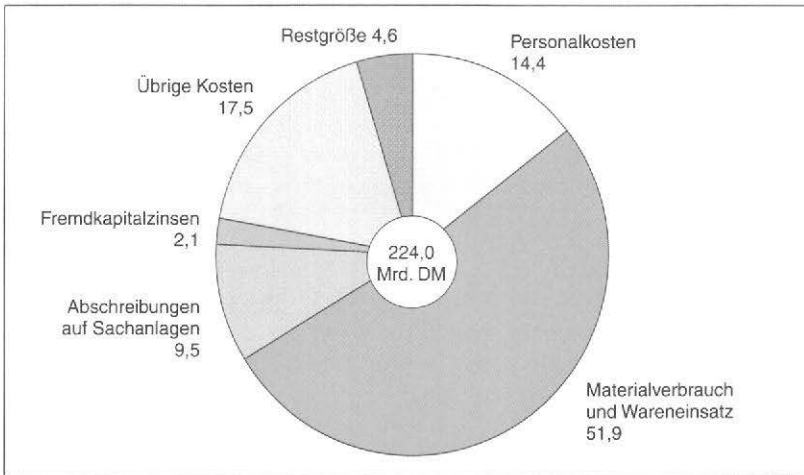
Innerhalb der Energie- und Wasserversorgung gehörten 1996 nur 30 % der Unternehmen zum Teilbereich „Elektrizitätsversorgung“. Ihr Anteil an den Beschäftigten betrug aber 73,8 % und am Umsatz 70,6 %. Dies zeigt, dass es in der Elektrizitätswirtschaft im Durchschnitt wesentlich größere Unternehmen gibt als in den übrigen Bereichen, d.h. der Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung. Hier ist auch die öffentliche Hand als Unternehmer stark engagiert. 25 % aller Elektrizitätsunternehmen sind wirtschaftliche Unternehmen der Gebietskörperschaften ohne eigene Rechtspersönlichkeit, sog. Regie- und Eigenbetriebe. Hinzu kommt, dass der Staat Beteiligungen an fast allen Kapitalgesellschaften der Elektrizitätsversorgung hält.

14.4.2 Kostenstruktur

Die Energie- und Wasserversorgung gehört zu den kapitalintensivsten Wirtschaftsbereichen in Deutschland. Gemessen am Bruttoproduktionswert waren im Jahr 1996 die Abschreibungen auf Sachanlagen mit 9,5 % und die Fremdkapitalzinsen mit 2,1 % deutlich höher als im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe oder im Baugewerbe. Der Personalkostenanteil betrug rund 14 %, während der entsprechende Wert im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe etwa 25 % ausmachte.

Den größten Kostenblock im Bereich der Energie- und Wasserversorgung bilden mit rund 52 % der Materialverbrauch und Wareneinsatz. Das ist darauf zurück-

Abb. 3: Kostenstruktur der Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit 20 Beschäftigten und mehr 1996 in Deutschland
Anteil am Bruttoproduktionswert in Prozent



zuführen, dass in diesem Bereich außer produzierenden Unternehmen auch Einheiten tätig sind, die lediglich fremdbezogene Energie und fremdbezogenes Wasser verteilen (vgl. Abb. 3).

14.5 Handwerk

Das Handwerk umfasst eine große Vielfalt von Berufen, die auch als Gewerbezweige bezeichnet werden. Bis zur Reform der Handwerksordnung im Jahr 1998 gab es insgesamt 127 Handwerksberufe; danach ist ihre Zahl insbesondere durch die Zusammenlegung einer Reihe verwandter Berufe auf 96 gesunken. Die Handwerksberufe sind in der Anlage A zur Handwerksordnung aufgeführt und reichen vom Maurer über den Kfz-Mechaniker bis hin zur Friseurin und Gebäudereinigerin. Wie aus den Beispielen hervorgeht, finden sich Handwerksunternehmen, also Unternehmen, deren Inhaber oder Leiter in einem der Handwerksberufe einen Meisterbrief haben und daher in die Handwerksrolle eingetragen sind, nicht nur im Produzierenden Gewerbe, sondern auch in anderen Bereichen der Wirtschaft, wie im Handel und bei den Dienstleistungen. Allerdings waren 1995 rund zwei Drittel aller Handwerksunternehmen dem Produzierenden Gewerbe zuzurechnen.

Angaben über das gesamte Handwerk werden im Rahmen von Handwerkszählungen erhoben. Die letzte Handwerkszählung wurde 1995 durchgeführt. Darüber hinaus werden im Rahmen einer vierteljährlichen Stichprobenerhebung Daten zur

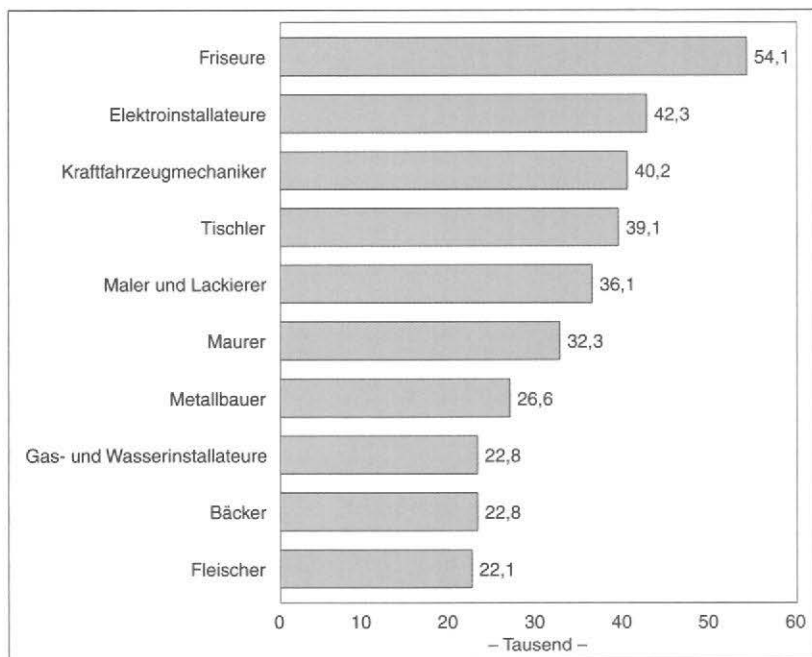
Beurteilung der kurzfristigen Entwicklung im Handwerk ermittelt. Ferner werden in vierjährigem Abstand – ebenfalls durch eine Stichprobe – Angaben über die Struktur der Kosten in Handwerksunternehmen erfragt.

14.5.1 Unternehmen, Beschäftigte, Umsatz

Bei der Handwerkszählung vom 31. März 1995 wurden rund 563 200 Handwerksunternehmen erfasst. In ihnen waren – zum Stichtag 30. September 1994 – knapp 6,1 Mill. Personen tätig, darunter 1,8 Mill. Frauen. Zu den Beschäftigten zählen dabei alle in dem Unternehmen Tätigen, also nicht nur diejenigen, die handwerkliche Tätigkeiten ausüben, sondern z. B. auch Verkaufs- und Verwaltungspersonal. Der von diesen Unternehmen im Jahr 1994 erzielte Umsatz belief sich auf 800,6 Mrd. DM (ohne Umsatzsteuer). Je Beschäftigten wurden damit in einem Handwerksunternehmen im Durchschnitt fast 131 600 DM umgesetzt.

Zum Vergleich: Die Gesamtzahl der Erwerbstätigen in Deutschland betrug 1994 knapp 35 Mill.; der gesamtwirtschaftliche Produktionswert aller Wirtschaftsbereiche belief sich 1994 auf 7 897 Mrd. DM.

Abb. 4: Die zehn bedeutendsten Gewerbebezüge nach der Zahl der Unternehmen am 31. 3. 1995

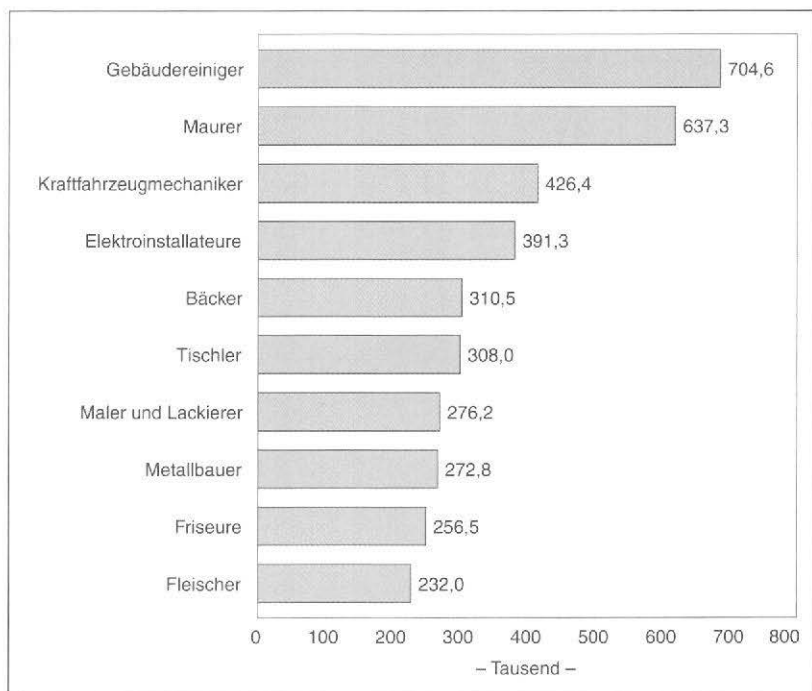


14.5.2 Die bedeutendsten Gewerbebezüge

Trotz der großen Zahl von Handwerksberufen gibt es auch im Handwerk eine deutliche Konzentration auf bestimmte Gewerbe. So stellen zehn Gewerbebezüge mit den meisten Unternehmen 60 % aller Handwerksunternehmen. Spitzenreiter war dabei das Friseurgewerbe mit 54 100 Unternehmen (vgl. Abb. 4).

Die zehn Gewerbebezüge mit den meisten Beschäftigten umfassten rund 63 % aller in einem Handwerksunternehmen tätigen Personen. Mit einer Ausnahme waren diese Gewerbebezüge identisch mit den o. g. Gewerbebezügen mit den meisten Unternehmen. Die Ausnahme bildete das Gebäudereinigerhandwerk, in dem rund 705 000 Personen tätig waren und das damit das Handwerk mit den meisten Beschäftigten war: 12 % aller in einem Handwerksunternehmen Beschäftigten waren in einem zum Gebäudereinigerhandwerk zählenden Unternehmen tätig (vgl. Abb. 5). Aus anderen Erhebungen (Arbeitsstättenzählung, Mikrozensus) ist bekannt, dass rund drei Viertel der in dieser Branche Tätigen teilzeitbeschäftigt sind.

Abb. 5: Die zehn bedeutendsten Gewerbebezüge nach der Zahl der Beschäftigten am 30. 9. 1994



14.5.3 Die Größe der Handwerksunternehmen

Obwohl sich die Zahl der Beschäftigten je Handwerksunternehmen in den letzten Jahren deutlich erhöht hat, ist das Handwerk nach wie vor einer der typischen Bereiche des deutschen Mittelstandes. Im Durchschnitt sind in einem Handwerksunternehmen 11 Personen tätig. 1963 waren es (im früheren Bundesgebiet) noch lediglich 6. Fast die Hälfte der Handwerksunternehmen haben weniger als 5 Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber und unbezahlt mithelfender Familienangehöriger). Der Anteil der in diesen Unternehmen tätigen Personen an allen Beschäftigten im Handwerk beträgt 10 %. Zwischen 5 und 9 Beschäftigte waren in 27 % der Handwerksunternehmen tätig; 10 und mehr Personen fanden sich in rund 26 % der Handwerksunternehmen (vgl. Tab. 9).

Das Handwerk besteht jedoch nicht nur aus kleinen und Kleinstunternehmen. Immerhin in rund 1 % der Handwerksunternehmen waren 100 und mehr Personen tätig. Insgesamt entfielen auf diese Unternehmen 23 % aller in Handwerksunternehmen Beschäftigten.

Tab. 9: Handwerksunternehmen¹ und deren Beschäftigte nach Beschäftigtengrößenklassen

Unternehmen mit ... Beschäftigten	Handwerksunternehmen		Beschäftigte insgesamt	
	1 000	Anteil in %	1 000	Anteil in %
Insgesamt	563,2	100	6 085,0	100
davon:				
1-4	262,5	47	618,8	10
5-9	154,4	27	1 019,5	17
10 und mehr	146,3	26	4 446,6	73

¹ Am 31. 3. 1995 mit Beschäftigtenzahl am 30. 9. 1994.

15 Dienstleistungsbereich

15.1 Bedeutung des Dienstleistungsbereichs

Der Dienstleistungsbereich – oft auch als „tertiärer Sektor“ bezeichnet – produziert im Gegensatz zum primären und sekundären Bereich (Land- und Forstwirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Baugewerbe) zumeist keine materiellen Güter. Das Angebot dieses Bereichs ist überaus vielfältig und umfasst Leistungen des Handels, Gastgewerbes, Bank- und Versicherungsgewerbes, der Freien Berufe und des Verkehrsgewerbes. Dienstleistungen erbringt auch der öffentliche Dienst (vgl. Kap. 11). Der Verkehrssektor wird wegen seiner übergreifenden Bedeutung ebenfalls gesondert behandelt (vgl. Kap. 17).

Innerhalb einer hoch entwickelten und deshalb in hohem Maße arbeitsteiligen Wirtschaft wächst die Bedeutung des Dienstleistungsbereichs. Der französische Wirtschafts- und Sozialexperte Fourastié hat den tertiären Sektor sogar als „die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts“ eingeschätzt und ihm zentrale Bedeutung für Wirtschafts-, Struktur- und Beschäftigungsentwicklung beigemessen. Tendenziell findet sich diese Auffassung u. a. in den wachsenden Beschäftigtenzahlen und dem steigenden Anteil dieses Bereichs an der wirtschaftlichen Gesamtleistung bestätigt.

Während um die Jahrhundertwende nur etwa jeder vierte Erwerbstätige (Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) im tertiären Sektor beschäftigt war, verdiente hier 1950 schon jeder dritte Erwerbstätige im früheren Bundesgebiet sein Brot. 1998 hatten in Deutschland rund 66 % aller Erwerbstätigen ihren Arbeitsplatz im Dienstleistungsbereich. Seinen Beitrag zur Bruttowertschöpfung konnte der Dienstleistungsbereich ebenfalls erhöhen. Im Jahr 1960 hatten Handel, Verkehr und sonstige Dienstleistungsunternehmen (einschl. Staat) einen Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Leistung im früheren Bundesgebiet von 41 %, in Deutschland dagegen 1998 von rund 68 %.

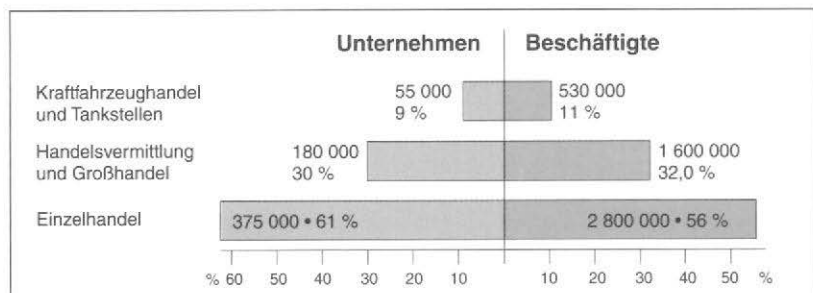
15.2 Handel

Der Handel nimmt in seiner Mittlerrolle zwischen Herstellern und Verbrauchern eine zentrale Rolle im volkswirtschaftlichen Kreislauf ein. Sein Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt, also zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung, liegt zwischen 9 und 10 %. Der Anteil deutscher Handelsunternehmen an der Wertschöpfung des Handels in der Europäischen Union beträgt rund 20 %. Jedes vierte gewerbliche Unternehmen in Deutschland ist im Handel tätig, etwa jeder bzw. jede achte Erwerbstätige in Deutschland ist in dieser Branche beschäftigt.

15.2.1 Unternehmen und Beschäftigte

Im Jahr 1996 gab es in Deutschland rund 610 000 Handelsunternehmen mit insgesamt etwa 750 000 örtlichen Niederlassungen, in denen rund 5 Millionen Menschen als Voll- oder Teilzeitkräfte Beschäftigung fanden. Der hinsichtlich der Zahl der Unternehmen und der Beschäftigten bedeutendste Teilbereich ist der Einzelhandel mit rund 375 000 Unternehmen und 2,8 Mill. Beschäftigten, gefolgt vom Großhandel und Handelsvermittlung mit 180 000 Unternehmen und mehr als 1,6 Mill. Beschäftigten sowie dem Bereich Kraftfahrzeughandel und Tankstellen mit 55 000 Unternehmen und 530 000 Beschäftigten.

Abb. 1: Unternehmen und Beschäftigte 1996



Im früheren Bundesgebiet hat sich in den letzten Jahrzehnten im Handel ein tief greifender Strukturwandel vollzogen. Nach 1945 stieg die Zahl der Unternehmen, bedingt durch das allgemeine wirtschaftliche Wachstum, steigende Einkommen und die Ausdehnung der Warensortimente, zunächst stark an. Doch bereits Anfang der sechziger Jahre setzte infolge verstärkter Konkurrenz ein bis heute andauernder Konzentrationsprozess ein, der durch Rationalisierungsmaßnahmen, insbesondere durch die Einführung der Selbstbedienung, ausgelöst wurde. Betroffen davon war vor allem der Lebensmitteleinzelhandel. Hier ging die Zahl der Unternehmen zwischen 1960 und 1996 um 200 000 auf rund 50 000, also um 80 % zurück. Besonders stark reduzierte sich die Zahl der kleinen bedienungsorientierten Lebensmittelgeschäfte, die als „Tante Emma-Läden“ längst sprichwörtlich geworden sind.

Trotz fortschreitender Konzentration wird der Handel in vielen Branchen noch immer durch kleine und mittelständische Unternehmen geprägt. Neun von zehn Unternehmen beschäftigen weniger als zehn Personen, die Hälfte aller Unternehmen hat sogar nur einen oder zwei Beschäftigte.

In den neuen Bundesländern wurde mit der Wiedervereinigung und der sich anschließenden Privatisierung des Handels eine Phase der Umstellung und Neuorientierung eingeleitet. Zahlreiche kleinere, ehemals staatlich betriebenen Geschäfte, die fast ausschließlich über eine Verkaufsfläche von weniger als 100

Quadratmetern verfügten, mussten binnen kurzer Zeit geschlossen werden, weil sie unter marktwirtschaftlichen Bedingungen nicht rentabel betrieben werden konnten und zudem der Konkurrenz durch expandierende westdeutsche Filialunternehmen ausgesetzt waren. Gleichzeitig entstanden, vor allem in verkehrsgünstigen Stadtrandlagen und auf der „grünen Wiese“, zahlreiche Einkaufszentren mit großflächigen Warenhäusern, Verbraucher- und Bau- und anderen Fachmärkten, die es in der ehemaligen DDR kaum gegeben hatte.

Traditionell große Bedeutung hat im Handelsbereich die Teilzeit- und Saisonarbeit, die in den letzten Jahren zugenommen hat. Dies gilt vor allem für den Einzelhandel, wo heute annähernd jeder bzw. jede zweite Beschäftigte als Teilzeitkraft tätig ist. Im Großhandel sind es knapp 20 %. Durch die Einstellung von Teilzeitbeschäftigten lassen sich nicht nur jahreszeitliche Schwankungen (vgl. 15.2.3), sondern auch die unterschiedlichen Belastungen an verschiedenen Wochentagen und im Tagesablauf ausgleichen.

Charakteristisch für den Handel ist auch der vergleichsweise hohe Anteil von weiblichen Beschäftigten. Mehr als die Hälfte der tätigen Personen sind Frauen, im Einzelhandel sind es sogar schon zwei Drittel. Zwischen der Frauen- und der Teilzeitquote besteht insofern ein Zusammenhang, als Teilzeitarbeitsplätze in besonderem Maße von Frauen in Anspruch genommen werden.

15.2.2 Umsätze

Im Jahr 1996 wurde im Handel ein Gesamtumsatz von rund 2,2 Billionen DM (ohne Umsatzsteuer) erzielt. Davon entfielen knapp 1,3 Billionen DM auf den Bereich Großhandel und Handelsvermittlung, 700 Milliarden DM auf den Einzelhandel sowie 250 Milliarden DM auf den Bereich Kraftfahrzeughandel und Tankstellen. Die Gliederung der Unternehmensumsätze nach Umsatzgrößenklassen gibt Hinweise auf den Konzentrationsgrad im Handel. Etwa drei Viertel aller Handelsunternehmen erzielten im Jahr 1996 jeweils Umsätze von weniger als einer Million DM, ihr Anteil am Gesamtumsatz aller Handelsunternehmen betrug jedoch nur 7 %. Demgegenüber erwirtschafteten die Großunternehmen mit einem Jahresumsatz von 100 Millionen DM und mehr – das sind lediglich 0,3 % aller Unternehmen – annähernd die Hälfte des Gesamtumsatzes im Handel.

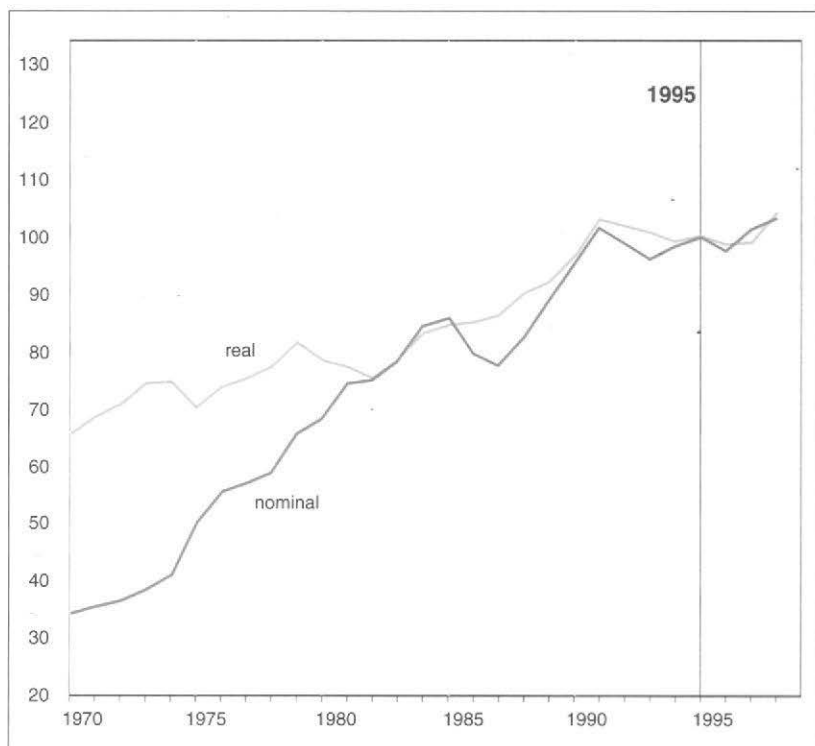
In den sechziger Jahren konnten die Handelsunternehmen im früheren Bundesgebiet nahezu ununterbrochen hohe Umsatzsteigerungen verbuchen. Seit Anfang der siebziger Jahre liegen die Zuwachsraten deutlich niedriger. In der Wiedervereinigungsphase 1990/1991 erreichten die Umsätze sowohl im Groß- als auch im Einzelhandel einen historischen Höchststand (vgl. Abb. 2 und 3). Dies war auf die seinerzeit günstige gesamtwirtschaftliche Lage, vor allem aber auf die starke zusätzliche Nachfrage der ostdeutschen Konsumenten nach Einführung der DM in den neuen Ländern zur Jahresmitte 1990 zurückzuführen. In den darauf folgenden Jahren litt der Einzelhandel unter der stagnierenden Nachfrage nach Konsum- und Verbrauchsgütern. Ursache dafür war und ist auch ein verändertes Ver-

brauchsverhalten der Bevölkerung. So werden heute z. B. größere Anteile des Einkommens als früher für die Freizeitgestaltung ausgegeben. Eine Sonderentwicklung ist im Kraftfahrzeughandel zu beobachten, der trotz der ungünstigen konjunkturellen Rahmenbedingungen in den letzten Jahren durchweg deutliche Umsatzsteigerungen verzeichnen konnte.

In den letzten Jahren ist die Entwicklung der Einzelhandelsumsätze hinter der des Privaten Verbrauchs zurückgeblieben. Der auf den Einzelhandel (einschl. Kfz-Handel und Tankstellen) entfallende Anteil der Ausgaben privater Haushalte für Waren und Dienstleistungen hat kontinuierlich abgenommen. Während er im Jahr 1990 noch bei über 45 % lag, betrug er 1998 nur noch rund 40 %.

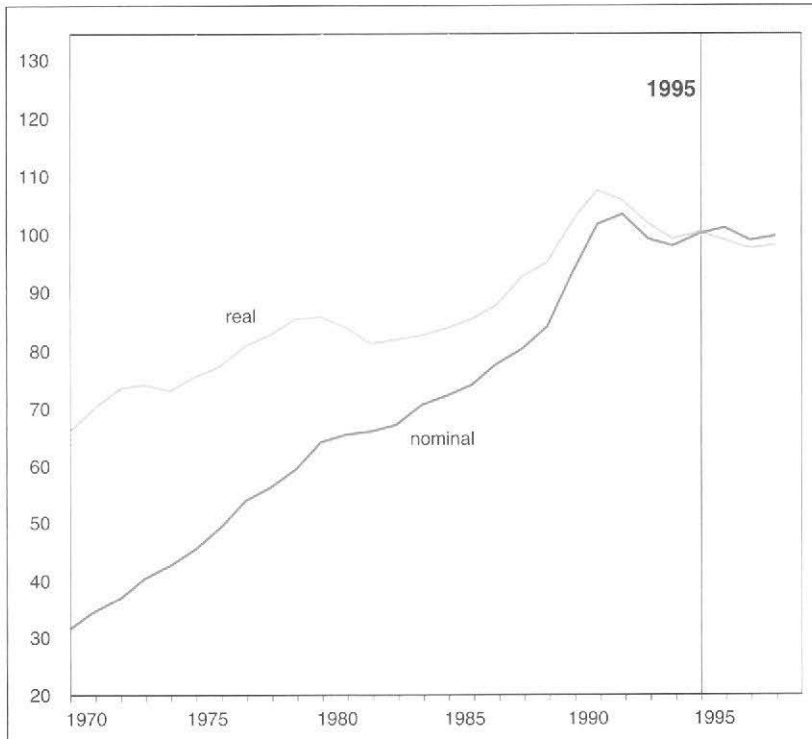
Hinter der durchschnittlichen Umsatzentwicklung im Einzelhandel stehen zum Teil sehr unterschiedliche Entwicklungen in einzelnen Branchen. So konnte beispiels-

Abb. 2: Umsatzentwicklung im Großhandel¹
1995 = 100



¹ Bis 1994: früheres Bundesgebiet; einschl. Kfz-Handel.
Ab 1995: Deutschland; ohne Kfz-Handel.

Abb. 3: Umsatzentwicklung im Einzelhandel¹
1995 = 100



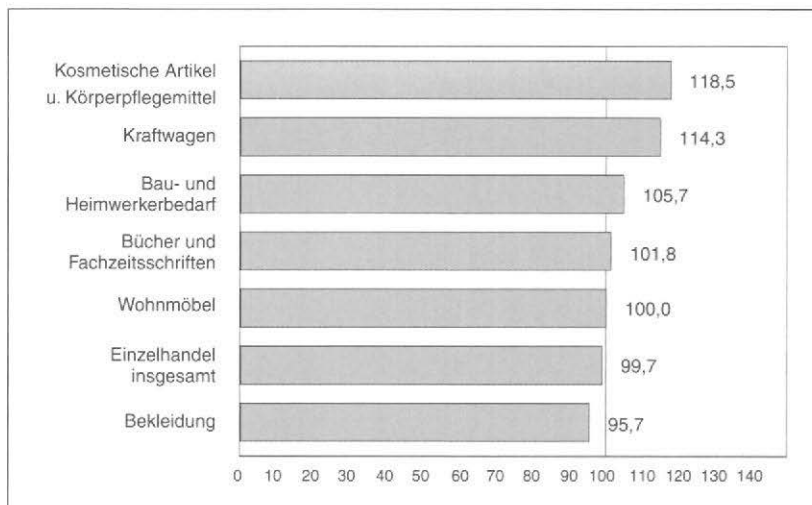
¹ Bis 1994: früheres Bundesgebiet; einschl. Kfz-Handel.
Ab 1995: Deutschland; ohne Kfz-Handel.

weise der Facheinzelhandel mit kosmetischen Erzeugnissen in den letzten Jahren ein deutliches Umsatzplus verbuchen, während der Möbeleinzelhandel starke Umsatzeinbußen hinnehmen musste (vgl. Abb. 4).

15.2.3 Saisonverläufe im Handel

Die Umsätze im Handel unterliegen im Jahresverlauf starken Schwankungen. Abgesehen von der konjunkturellen Entwicklung bestimmen – vor allem im Einzelhandel – Feiertage oder Urlaubszeiten die Betriebsergebnisse. So sind im Allgemeinen besonders hohe Umsätze im Weihnachtsgeschäft zu beobachten, wenngleich dessen Bedeutung in den letzten Jahren etwas abgenommen hat. In einigen Branchen, z. B. im Handel mit Spielwaren oder mit Uhren und Schmuck, wird rund ein Drittel des gesamten Jahresumsatzes allein in den Monaten No-

Abb. 4: Einzelhandelsumsätze 1998 nach ausgewählten Branchen
1995 = 100



vember/Dezember erzielt. Ein weiteres – allerdings weniger ausgeprägtes – Umsatzhoch ist in der Osterzeit (März/April) zu verzeichnen. Unterdurchschnittliche Umsätze werden dagegen traditionell in den Monaten Januar/Februar sowie während der Sommerferien im August erzielt.

Im Großhandel mit Konsumgütern ist der Saisonverlauf im Wesentlichen durch die gleichen Spitzen und Tiefen gekennzeichnet, die allerdings weniger stark ausgeprägt sind und gegenüber der Umsatzentwicklung im Einzelhandel einen zeitlichen Vorlauf aufweisen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Einzelhändler ihren Warenbestand an der erwarteten Geschäftsentwicklung ausrichten und versuchen, ihre Lager rechtzeitig aufzufüllen bzw. abzubauen.

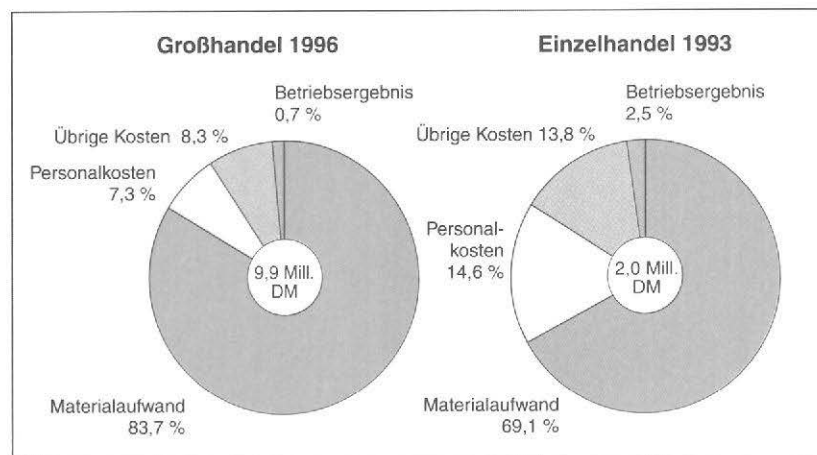
15.2.4 Kosten und Gewinne

Im Großhandel mussten 1996 im früheren Bundesgebiet durchschnittlich fast 84 % des Umsatzes für die Begleichung der Lieferantenrechnungen aufgewendet werden. Die Personalkosten beliefen sich auf gut 7 %, weitere etwa 8 % entfielen auf die übrigen Kosten (Mieten, Kosten für Werbung und Reisen, Kosten des Fuhr- und Wagenparks, Fremdkapitalzinsen usw.). Die restlichen 0,7 % verblieben dem Unternehmen als betriebszweckbezogener Überschuss vor Abzug der ergebnisabhängigen Steuern (z. B. Einkommensteuer).

Im Einzelhandel, der im Allgemeinen niedrigere Umsätze als der Großhandel tätigt, mussten 1993 im Durchschnitt 69 % des Umsatzes für die Bezahlung der

Lieferanten einkalkuliert werden. Die Personalkosten lagen bei rund 15 %. Sie sind im Allgemeinen höher als im Großhandel, weil u. a. die Beratung und Betreuung der Kundschaft – insbesondere bei hochwertigen Gebrauchsgütern – einen entsprechenden Personaleinsatz verlangen. Auch die Mieten und Pachten, die speziell bei guten Geschäftslagen in den Einkaufsstraßen der Großstädte hoch sind, fallen in der Regel im Einzelhandel stärker ins Gewicht als im Großhandel

Abb. 5: Aufteilung der Gesamtleistung im Handel
im früheren Bundesgebiet



(1993: 3,3 %). Die übrigen Kosten schlugen beim Einzelhandel mit rund 14 % zu Buche. Als betriebszweckbezogener Überschuss verblieben 2,5 % des Umsatzes, d. h. um einen betriebszweckbezogenen Überschuss (vor Abzug der Steuern) von 25 000 DM zu erzielen, musste im Durchschnitt ein Einzelhändler im Jahr Waren im Wert von 1 Mill. DM verkaufen.

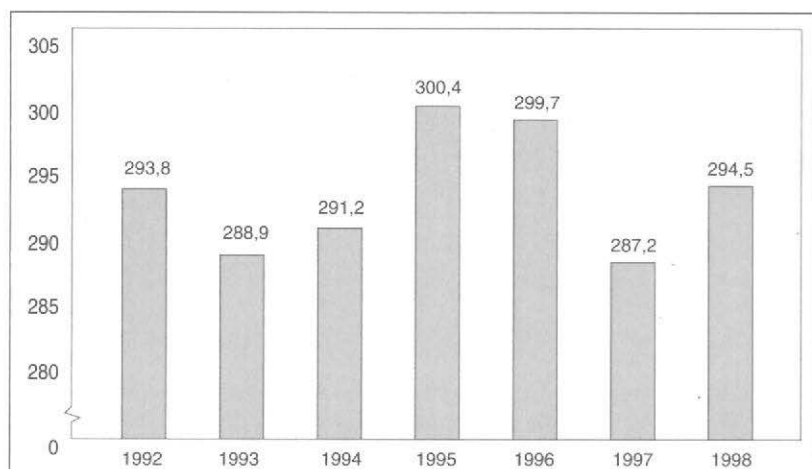
15.3 Tourismus, Gastgewerbe

Der Tourismus ist für Deutschland ein wichtiger Wirtschaftsfaktor mit einem geschätzten Umsatzvolumen von 200 Mrd. DM und rund 2 Mill. Arbeits- sowie 75 000 Ausbildungsplätzen. Insbesondere in Regionen mit wenig Industrie kommt den Einnahmen aus dem Fremdenverkehr große Bedeutung für die Arbeitsplätze und die Wirtschaftskraft zu. Vom Tourismus profitieren vor Ort nicht nur das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe, sondern auch der Einzelhandel und verschiedene Dienstleistungsanbieter.

15.3.1 Tourismusentwicklung in Deutschland

1998 wurden in Deutschland in den von der amtlichen Statistik erfassten Beherbergungsstätten (Betriebe mit 9 und mehr Gästebetten) 96,4 Mill. Gäste registriert, die es auf 294,5 Mill. Übernachtungen brachten. Das war bei den Gästen ein Plus von 4,1 % und bei den Übernachtungen eine Zunahme von 2,6 % gegenüber dem Jahr 1997, das für den Tourismus in Deutschland aufgrund der gesetzlichen Neuregelungen im Kurbereich einen erheblichen Rückgang gebracht hatte (vgl. Abb. 6). Damit konnten die bisherigen Spitzenwerte aus den Jahren 1995 und 1996 mit jeweils rund 300 Mill. Gästeübernachtungen allerdings noch nicht wieder erreicht werden.

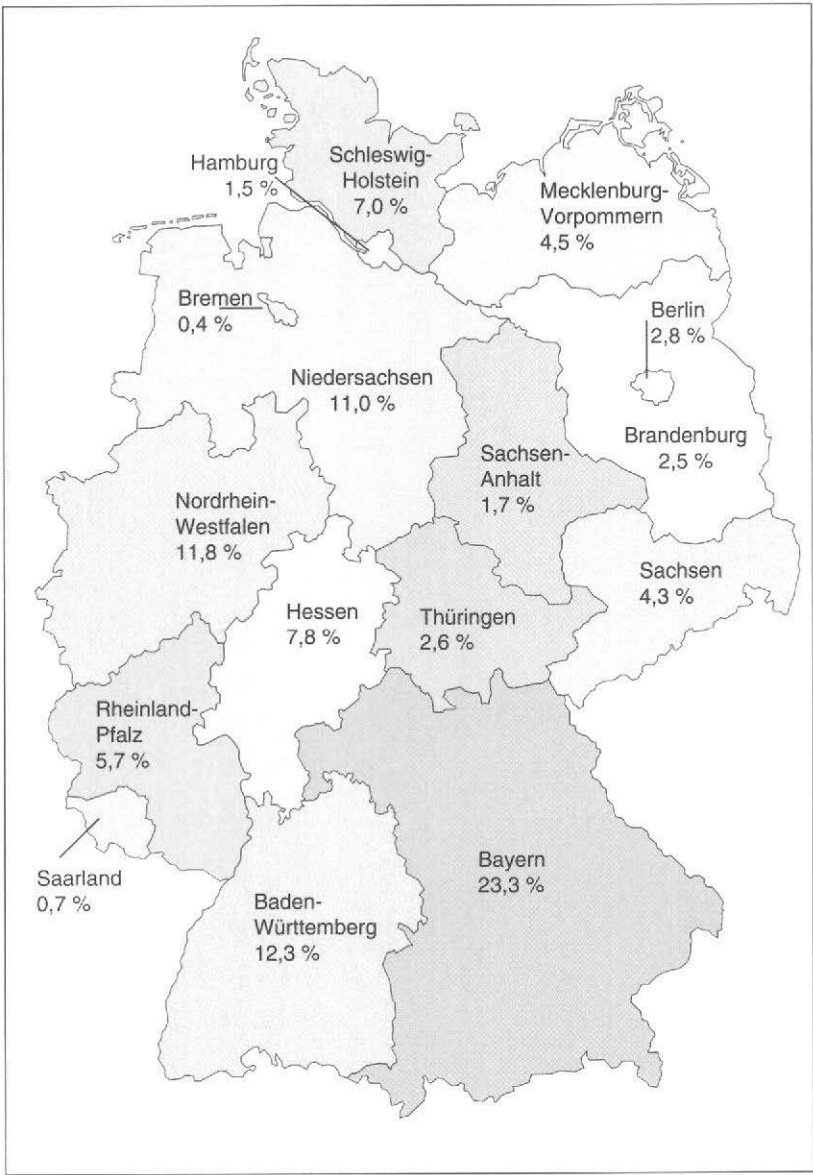
Abb. 6: Entwicklung der Gästeübernachtungen 1992 bis 1998 in Mill.



Mit einem Anteil von 23,3 % entfällt fast ein Viertel aller Übernachtungen auf Bayern (vgl. Abb. 7). Erst mit einigem Abstand folgen dann die Bundesländer Baden-Württemberg (12,3 %), Nordrhein-Westfalen (11,8 %), Niedersachsen (11,0 %), Hessen (7,8 %), Schleswig-Holstein (7,0 %) und Rheinland-Pfalz (5,7 %). An der Spitze der neuen Bundesländer liegen Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen mit einem Anteil an den Gästeübernachtungen von 4,5 % bzw. 4,3 %. Insgesamt brachten es die neuen Bundesländer 1998 bei 48,8 Mill. Gästeübernachtungen auf einen Anteil von 16,6 %. Das war gegenüber 1992 – dem ersten Jahr, für das gesamtdeutsche Ergebnisse vorliegen – eine Zunahme um 21,8 Mill. Und der Anteilswert der neuen Bundesländer lag 1992 noch bei 9,2 %.

Das *relative* Gewicht des Tourismus für die einzelnen Bundesländer wird durch die sog. Fremdenverkehrsintensität (Übernachtungen je 1 000 Einwohner, vgl.

Abb. 7: Verteilung der Übernachtungen auf die Bundesländer 1998¹



¹ Früheres Bundesgebiet: 245,8 Mill. Übernachtungen (83,4 %); neue Länder und Berlin-Ost: 48,8 Mill. Übernachtungen (16,6 %).

Abb. 8: Fremdenverkehrsintensität in den Bundesländern 1998
 Übernachtungen je 1 000 Einwohner

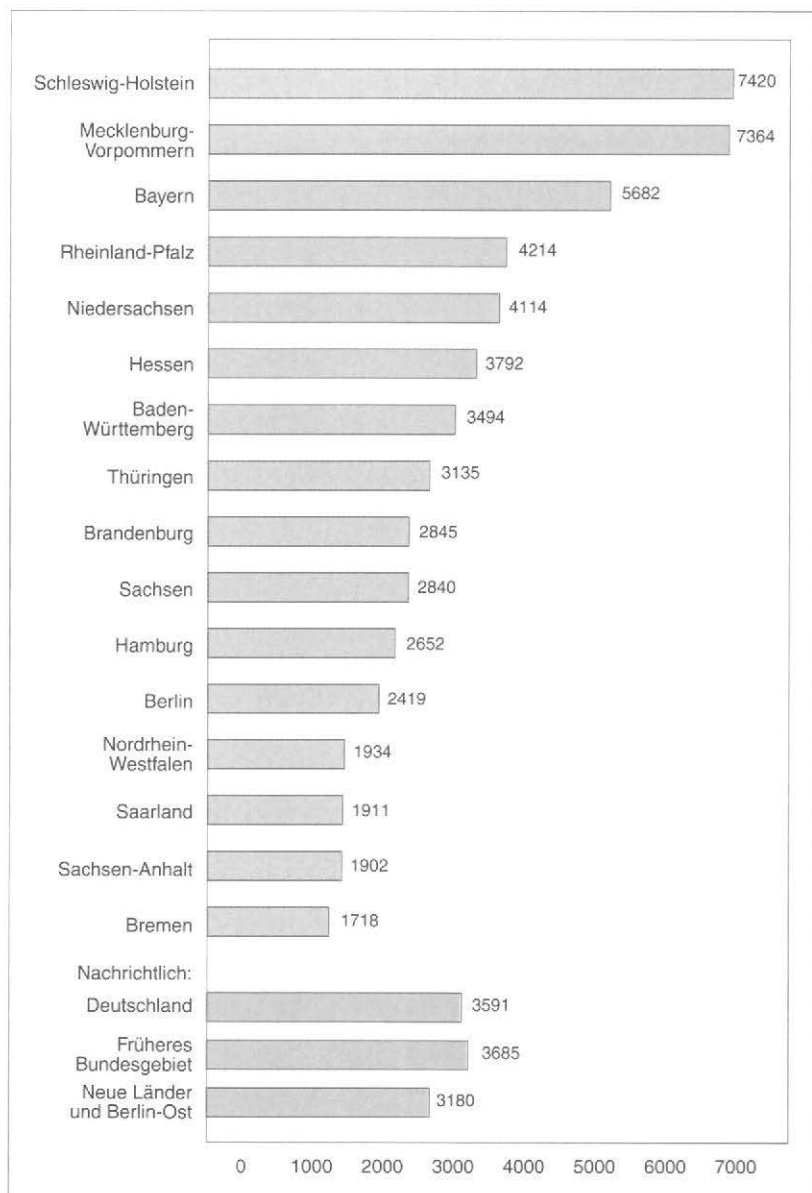


Abb. 8) beschrieben. Hier liegt auf dem ersten Rang Schleswig-Holstein mit einem Wert von 7 420. Und nur knapp dahinter liegt mit einem Wert von 7 364 bereits Mecklenburg-Vorpommern als erstes der neuen Bundesländer auf Rang 2. Erst danach kommt Bayern (5 682), gefolgt von Rheinland-Pfalz (4 214), Niedersachsen (4 114) und Hessen (3 792). Zwar liegt die Fremdenverkehrsintensität in den neuen Ländern und Berlin-Ost mit 3 180 noch unter dem Wert für das frühere Bundesgebiet (3 685), doch hat sich auch hier der Abstand in den zurückliegenden Jahren deutlich verringert.

Rund 60 % aller Übernachtungen fallen in der klassischen Hotellerie an (vgl. Tab. 1). Darin konnten die Hotels und Hotels garnis in den letzten Jahren zumeist eine überdurchschnittliche Entwicklung bei den Übernachtungen erzielen (1998: + 3,2 % bzw. + 2,9 %). Auf diese beiden Betriebsarten entfällt inzwischen fast die Hälfte (48,4%) aller Übernachtungen. Ein gutes Viertel (26,0 %) der Gästeübernachtungen findet in den Betriebsarten des Sonstigen Beherbergungsgewerbes statt. Hier sind bedeutsam vor allem die Ferienhäuser, -wohnungen (10,0 %) sowie die Erholungs-, Ferien- und Schulungsheime (9,0 %). Der Anteil der Sanatorien/ Kurkrankenhäuser betrug 1998 13,9 %, nachdem er im Jahr 1995 noch bei 17,6 % gelegen hatte. Dieser Rückgang ist auf den massiven Einbruch (- 26,2 %) im Kurbereich von 1996 auf 1997 zurückzuführen. Auch durch die Zunahme von 6,8 % im Jahr 1998 konnte das Niveau von 1995 nicht wieder annähernd erreicht werden. Mit 41,0 Mill. lag die Zahl der Übernachtungen in Sanatorien und Kurkrankenhäusern 1998 immer noch um 22,5 % unter dem bisherigen Höchstwert aus dem Jahr 1995 (52,9 Mill.).

Tab. 1: Gästeübernachtungen in Beherbergungsstätten
nach Betriebsarten 1998

Betriebsart	Über- nachtungen 1 000	Anteil	Veränderung gegenüber 1997
		%	
Insgesamt	294 544	100	+ 2,6
Hotels	108 919	37,0	+ 3,2
Gasthöfe	19 407	6,6	- 0,6
Pensionen	15 083	5,1	- 1,9
Hotels garnis	33 604	11,4	+ 2,9
<i>Hotellerie zusammen</i>	<i>177 014</i>	<i>60,1</i>	<i>+ 2,3</i>
Erholungs- und Ferienheime,			
Schulungsheime	26 409	9,0	- 0,4
Ferienzentren	6 917	2,3	+ 3,1
Ferienhäuser, -wohnungen	29 321	10,0	+ 2,5
Hütten, Jugendherbergen, jugend- herbergsähnliche Einrichtungen	13 877	4,7	0,0
<i>Sonstiges Beherbergungsgewerbe zusammen</i>	<i>76 524</i>	<i>26,0</i>	<i>+ 1,1</i>
Beherbergungsgewerbe	253 538	86,1	+ 1,9
Sanatorien, Kurkrankenhäuser	41 006	13,9	+ 6,8

Ein Marktsegment, das in den zurückliegenden fünf Jahren kontinuierlich überdurchschnittliche Steigerungsraten aufweisen konnte, ist der Städtetourismus, in dem sowohl privat unternommene Reisen wie auch Dienst- und Geschäftsreisen zusammengefasst werden. So lag auch 1998 der Anstieg der Übernachtungen in Städten mit 100 000 und mehr Einwohnern mit 4,4 % deutlich über der Gesamtentwicklung in allen Gemeinden (+ 2,6 %).

Mit 11,7 % ist der Anteil ausländischer Gäste an der Gesamtzahl der Übernachtungen im deutschen Beherbergungsgewerbe relativ niedrig. Er ist in den letzten Jahren nur unwesentlich angestiegen (1992: 11,5 %). Auffällig sind hier die großen Unterschiede zwischen dem Westen und Osten Deutschlands. So brachten es ausländische Gäste im früheren Bundesgebiet 1998 auf einen Anteil von 12,9 % an der Gesamtzahl der Übernachtungen. Und dies war gegenüber 1992 eine Zunahme um 0,9 Prozentpunkte. Demgegenüber lag der Anteil der ausländischen Gäste an den Übernachtungen in den neuen Ländern einschl. Berlin-Ost mit 5,8 % noch nicht einmal halb so hoch wie im früheren Bundesgebiet. Und er ist gegenüber 1992 (6,9 %) sogar noch zurückgegangen.

Nach starken Rückgängen zu Beginn der 90er Jahre entwickelte sich der Incoming-Tourismus in Deutschland seit 1994 positiv mit kontinuierlichen Zuwachsraten bei den Übernachtungszahlen (vgl. Abb. 9). Mit 34,5 Mill. Übernachtungen

Abb. 9: Entwicklung der Übernachtung von Gästen aus dem Ausland
Veränderung in Prozent

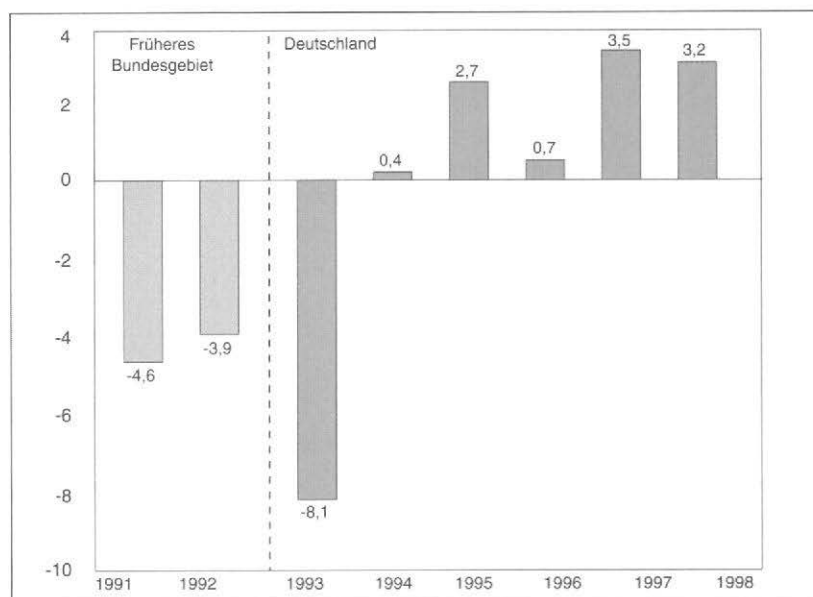
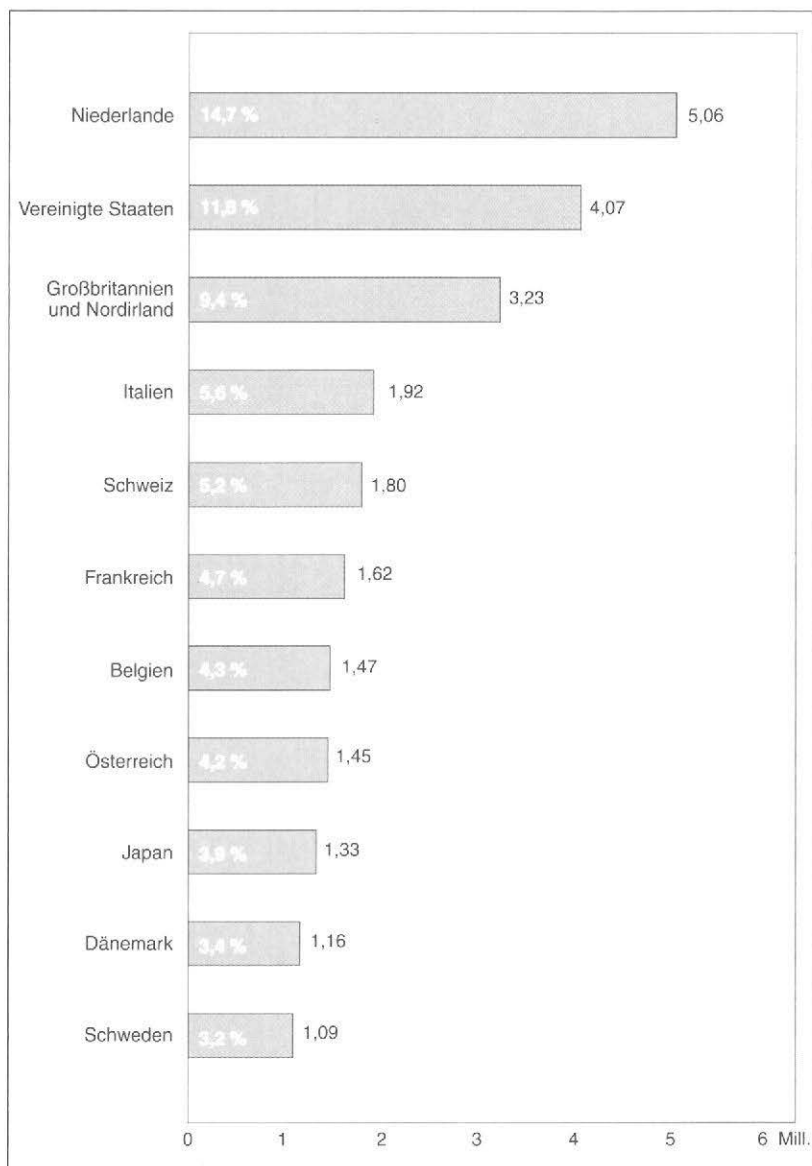


Abb. 10: Übernachtung von ausländischen Gästen in Deutschland 1998
in Mill./Prozent¹



¹ Anteil an allen Übernachtungen aus dem Ausland.

ausländischer Gäste wurde 1998 allerdings erst wieder – annähernd – der Wert erreicht, der 1990 allein im früheren Bundesgebiet erzielt worden war.

Gemessen an der Zahl der Gäste sind seit 1998 die US-Amerikaner die größte ausländische Gästegruppe (1,96 Mill.), gefolgt von den Niederländern (1,82 Mill.) und den Reisenden aus Großbritannien und Nordirland (1,53 Mill.). Da sich die niederländischen Gäste jedoch wesentlich länger in Deutschland aufhalten als die Amerikaner, brachten sie es 1998 auf 5,06 Mill. Übernachtungen und lagen nach diesem Kriterium nach wie vor deutlich vor den Gästen aus den USA (4,07 Mill. Übernachtungen) sowie Großbritannien und Nordirland (3,23 Mill. Übernachtungen, vgl. Abb. 10).

15.3.2 Gastgewerbe

Ein wesentlicher Anbieter touristischer Leistungen im Inland ist das Gastgewerbe, zu dem neben dem Beherbergungsgewerbe auch das Gaststättengewerbe zählt sowie die Kantinen und Caterer. Den größten Teil seines Umsatzes wickelt das Gastgewerbe allerdings mit der am Ort ansässigen Bevölkerung ab, also Nicht-Touristen.

1996 trug das Gastgewerbe zu knapp 1,4 % zum gesamtwirtschaftlichen Umsatz bei. Größer ist der Anteil dieses Wirtschaftszweiges am gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungsvolumen. 1996 wurden 1,12 Mill. Erwerbstätige im Gastgewerbe registriert. Das entsprach einem Anteil von gut 3 % an der Gesamtzahl aller Erwerbstätigen. Überdurchschnittlich hoch ist der Anteil der Frauen unter den Erwerbstätigen dieses Wirtschaftszweiges: Er lag 1996 bei 58,3 % (zum Vergleich: Gesamtwirtschaftlicher Durchschnitt 42,5 %). Ein weiteres Kennzeichen dieses Wirtschaftszweiges ist der mit 25,7 % sehr hohe Anteil von Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen (zum Vergleich: Gesamtwirtschaftlicher Durchschnitt: 10,5 %). Dies hängt zusammen mit der Tatsache, dass das Gastgewerbe immer noch sehr stark geprägt ist durch kleinere und mittlere Unternehmen. So wurde 1998 mehr als die Hälfte des Umsatzes in diesem Wirtschaftszweig von Unternehmen erwirtschaftet, deren Jahresumsatz unter einer Mill. DM lag.

Tab. 2: Entwicklung des Gastgewerbeumsatzes¹
im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt

Jahr	Gastgewerbeumsatz				Bruttoinlandsprodukt	
	nominal	real	nominal	real	nominal	real
	Messzahlen 1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
1994	99,5	101,3	- 1,3	- 2,4	+ 4,9	+ 2,3
1995	100	100	+ 0,5	- 1,3	+ 3,8	+ 1,7
1996	97,5	96,3	- 2,5	- 3,7	+ 1,8	+ 0,8
1997	97,1	94,8	- 0,4	- 1,6	+ 2,5	+ 1,8
1998	95,1	91,5	- 2,1	- 3,5	+ 3,4	+ 2,3

1 Umsatz ohne Umsatzsteuer.

Das Gastgewerbe musste in den zurückliegenden Jahren nominal wie real Umsatzrückgänge hinnehmen (vgl. Tab. 2). Der Umsatz lag 1998 um 4,4 % unter dem Niveau des Jahres 1994. Damit war die Entwicklung im Gastgewerbe deutlich ungünstiger als im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt (gemessen an der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts). Mit einem Anteil von 45,4 % wird fast die Hälfte des Gastgewerbeumsatzes in der Speisegastronomie erwirtschaftet (Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbisshallen). Dieser Bereich entwickelte sich in den zurückliegenden Jahren allerdings noch ungünstiger als das Gastgewerbe insgesamt. Der Umsatz verringerte sich hier von 1994 bis 1998 um 5,6 % (vgl. Tab. 3). Noch stärker waren die Umsatzrückgänge im Sonstigen Gaststättengewerbe (– 14,7 %). Dazu zählen Schankwirtschaften, Bars und Vergnügungslokale, Diskotheken und Tanzlokale sowie Trinkhallen. Die Hotellerie (Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis), auf die 31,3 % des Gastgewerbeumsatzes entfallen, musste in dem angegebenen Zeitraum von 1994 bis 1998 zwar auch Umsatzeinbußen hinnehmen, sie waren mit – 1,9 % jedoch deutlich geringer als im Durchschnitt des Gastgewerbes. Einziger der Bereich der Kantinen und Caterer konnte spürbare Umsatzsteigerungen erzielen. Hier lagen die Umsätze 1998 um 14,1 % über dem Wert des Jahres 1994. Damit erreichten die Kantinen und Caterer 1998 einen Anteil von 8,4 % am gesamten Gastgewerbeumsatz.

Tab. 3: Struktur und Entwicklung des Umsatzes in den Wirtschaftszweigen des Gastgewerbes¹

Wirtschaftszweig	Anteil des Wirtschaftszweiges am nominalen Gesamtumsatz des Gastgewerbes in %	Umsatzentwicklung (nominal) 1998 gegenüber 1994 in %
Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis	31,3	– 1,9
Sonstiges Beherbergungsgewerbe	2,2	– 5,7
Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbisshallen	45,4	– 5,6
Sonstiges Gaststättengewerbe	12,8	– 14,7
Kantinen und Caterer	8,4	+ 14,1
Gastgewerbe	100	– 4,4

1 Umsatz ohne Umsatzsteuer.

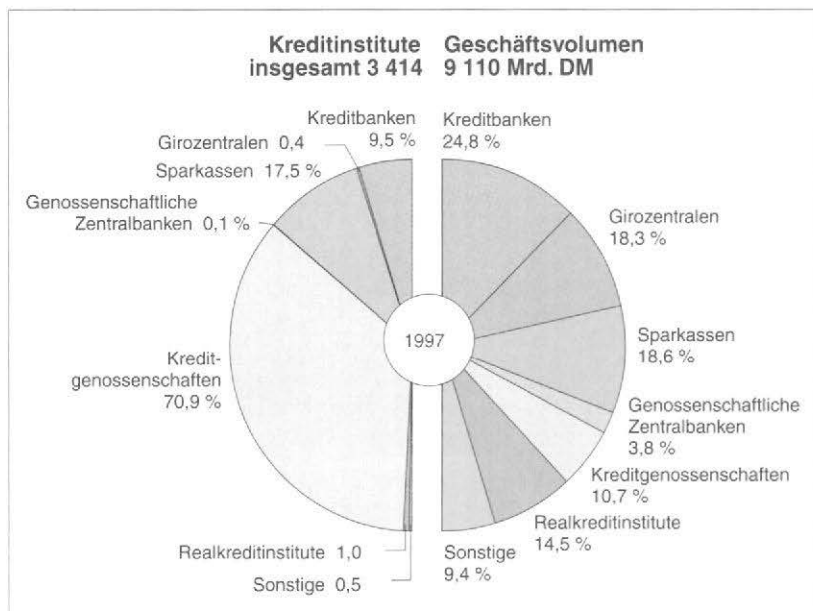
15.4 Kreditinstitute

Im Rahmen einer hoch entwickelten Volkswirtschaft spielt die Geld- und Kreditwirtschaft, und damit das Bankensystem, eine zentrale Rolle. Als Kapitalsammelstellen und Finanzierungsinstitute erfüllen die Banken unter Aufsicht der Deutschen Bundesbank wichtige gesamtwirtschaftliche Aufgaben. Die Deutsche Bundesbank, die bis Ende 1998 Hüterin der Währung im Rahmen der Geldpolitik wie

beispielsweise der Zinspolitik war und damit u. a. die Geldversorgung der Volkswirtschaft steuerte, konnte innerhalb gewisser Grenzen Einfluss auf Konjunktur und Wachstum nehmen. Dabei war sie auch für den Bargeldumlauf verantwortlich, der sich Ende 1998 auf 271 Mrd. DM belief.

Am 1. Januar 1999 führten die Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien den Euro als gemeinsame Währung ein. Damit ging die Verantwortung für eine einheitliche Geldpolitik im Euro-Währungsgebiet auf das Europäische System

Abb. 11: Kreditinstitute und ihr Geschäftsvolumen



der Zentralbanken (ESZB) über. Das ESZB, das aus der Europäischen Zentralbank (EZB) und den nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten besteht, trägt somit die Verantwortung für die Stabilität der neuen Währung.

Durch den Übergang der geldpolitischen Kompetenzen auf die EZB war eine Anpassung der Aufgaben der nationalen Zentralbanken erforderlich. Die Neufassung des § 3 des Bundesbankgesetzes verpflichtet die Deutsche Bundesbank, an der Erfüllung der Aufgaben des ESZB mitzuwirken. Zu diesen Aufgaben gehört es vorrangig, die Preisstabilität zu gewährleisten.

Aus der Zusammenarbeit von Bundesbank und den so genannten Geschäftsbanken fallen Informationen an, die zu statistischen Ergebnissen zusammenge-

stellt werden und wertvolle Aufschlüsse über Struktur und Entwicklung des Bankensystems liefern.

15.4.1 Unternehmen

Im deutschen Bankwesen ist seit Jahren ein Fusionsprozess im Gange. Er hat zu einer abnehmenden Zahl von Kreditinstituten geführt. Während 1973 im früheren Bundesgebiet 3 784 berichtspflichtige Kreditinstitute (Kreditinstitute mit einer bestimmten Mindestbilanzsumme) gezählt wurden, gab es 1984 nur noch 3 250. Ab 1985 wurden alle Kreditgenossenschaften in die statistische Berichtspflicht einbezogen; Ende 1985 waren 4 659 und Ende 1989 noch 4 217 Kreditinstitute im früheren Bundesgebiet berichtspflichtig. Ende 1997 belief sich die Zahl der berichtspflichtigen Kreditinstitute einschließlich der ostdeutschen Institute auf 3 414. Unter ihnen waren die Kreditgenossenschaften zahlenmäßig am stärksten vertreten. Gemessen am Geschäftsvolumen sind jedoch andere Institutsgruppen, z. B. Kreditbanken, Sparkassen und Girozentralen, von weitaus größerer Bedeutung.

15.4.2 Beschäftigte und Arbeitskosten

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus im April 1998 waren rund 803 000 Erwerbstätige (2,3 % aller Erwerbstätigen) in Kreditgewerbe tätig. Von ihnen arbeiteten ca. 715 000 Männer und Frauen (gegenüber 490 000 im Jahr 1975) im früheren Bundesgebiet und 89 000 in den neuen Ländern und Berlin-Ost.

Die Kosten je Beschäftigten im Kreditgewerbe beliefen sich 1996 im früheren Bundesgebiet auf durchschnittlich 103 700 DM, in den neuen Ländern und Berlin-Ost auf 78 500 DM. Besonders starke Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland wurden mit 52 700 DM gegenüber 39 200 DM bei den Personalnebenkosten festgestellt. Dies sind vor allem Sonderzahlungen, Vergütungen arbeitsfreier Tage (Urlaub, Krankheit, sonstige gesetzliche oder betrieblich bezahlte Freizeiten), Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung sowie Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung und die berufliche Bildung.

15.4.3 Geschäftstätigkeit

Bei den Banken lässt die Bilanz – als Gegenüberstellung von Forderungen und Verbindlichkeiten zu einem bestimmten Stichtag – besonders deutlich Umfang und Schwerpunkte der geschäftlichen Tätigkeit erkennen. Die Annahme von Einlagen einerseits, Kreditvergabe andererseits sind die wesentlichen Aufgaben des Bankensystems, die entsprechend im Bild der zusammengefassten Bilanz erscheinen (Tab. 4 und Tab. 5).

Die Kredite an Nichtbanken, der bedeutendste Aktivposten in der Gesamtbilanz der Kreditinstitute, wurden 1997 zu rund 70 % an inländische Unternehmen und

Tab. 4: Aktiva der Kreditinstitute
in Mill. DM

Forderungen (Aktiva)	1980 ¹	1990	1995	1997
Barreserve	70 898	118 663	88 288	91 025
Schecks und Inkassopapiere	4 029	5 848	3 408	3 808
Kredite an Kreditinstitute	658 266	1 843 171	2 398 338	3 087 059
Kredite an Nichtbanken	1 542 852	3 042 495	4 726 118	5 533 175
Beteiligungen	19 061	60 450	122 019	149 792
Sonstige Aktiva	56 154	173 202	200 708	244 999
Geschäftsvolumen insgesamt	2 351 260	5 243 829	7 538 879	9 109 858

1 Früheres Bundesgebiet.

Tab. 5: Passiva der Kreditinstitute
in Mill. DM

Verbindlichkeiten (Passiva)	1980 ¹	1990	1995	1997
Einlagen und aufgenommene Kredite von Kreditinstituten	601 521	1 495 641	2 003 114	2 572 540
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	1 185 331	2 417 488	3 245 567	3 675 750
Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf	413 594	900 313	1 596 522	1 987 667
Kapital (einschl. offener Rücklagen gem. § 10 KWG ²)	76 923	198 712	316 476	378 160
Sonstige Passiva	73 891	231 675	377 200	495 741
Geschäftsvolumen insgesamt	2 351 260	5 243 829	7 538 879	9 109 858

1 Früheres Bundesgebiet.

2 Kreditwesengesetz.

Privatpersonen vergeben, 22 % gingen an öffentliche Haushalte im Inland, rund 9 % der Kredite flossen an Kreditnehmer im Ausland.

Auf der Passivseite der Bilanz waren die Einlagen und aufgenommenen Kredite von inländischen Unternehmen und Privatpersonen mit etwa 83 % aller Einlagen und aufgenommenen Kredite von Nichtbanken besonders bedeutsam. Darunter hatten die Spareinlagen und Sparbriefe mit rund 46 % den größten Anteil. Etwa 8 % der Einlagen und aufgenommenen Kredite von Nichtbanken stammten von inländischen öffentlichen Haushalten, 9 % von ausländischen Gläubigern.

Die Einlagen der Bausparkassen stellen wegen ihrer Zweckbindung (sie dürfen innerhalb bestimmter Fristen ausschließlich für Wohnungsbauzwecke verwendet werden) Spareinlagen besonderer Art dar. Ende 1997 bestanden bei den 34 Bausparkassen 33 Mill. Bausparverträge in den alten und neuen Bundesländern. Die Höhe der Einlagen bei den Bausparkassen betrug 178 Mrd. DM. Gleichzeitig wurden Darlehen in Höhe von rund 182 Mrd. DM in Anspruch genommen. Etwa 12 %

der bestehenden Verträge, 11 % der Einlagen und rund 12 % der Darlehen entfielen auf die neuen Länder. Im Vergleich zu 1970 hat sich in Deutschland die Zahl der bestehenden Verträge und der Bauspareinlagenbestand mehr als verdreifacht, der Bestand an Baudarlehen hat sich sogar mehr als verfünffacht.

Die Ausgabe von Kapitalmarktpapieren (Aktien und festverzinsliche Wertpapiere) ist ein wesentlicher Bestandteil der Geschäftstätigkeit der Banken. Die Emission eigener festverzinslicher Wertpapiere (z. B. Pfandbriefe, Bankobligationen) dient der Beschaffung von Fremdkapital, die Ausgabe von Anleihen der öffentlichen Hand sowie von Anleihen und Aktien der Unternehmen übernehmen die Banken als Dienstleistungen für diese Stellen.

1997 setzten die Kreditinstitute festverzinsliche Wertpapiere inländischer Emittenten – vorwiegend Bankschuldverschreibungen – im Wert von rund 847 Mrd. DM ab. Insgesamt waren Ende 1997 festverzinsliche Wertpapiere mit einem Nominalwert (Nennwert) von 3 366,2 Mrd. DM im Umlauf. 1997 betrug der Absatz von DM-Anleihen ausländischer Emittenten 114,8 Mrd. DM. Im Umlauf befanden sich entsprechende Papiere mit einem Nominalwert von 535,4 Mrd. DM.

Im Vergleich zu festverzinslichen Wertpapieren ist der Erwerb von Aktien mit größeren Risiken, aber auch mit höheren Gewinnmöglichkeiten verbunden. Entsprechend ist der Aktienmarkt in der Bundesrepublik von geringerer Bedeutung als der Rentenmarkt (Markt der festverzinslichen Wertpapiere). 1997 waren Aktien mit einem Nominalwert von 221,6 Mrd. DM im Umlauf. Der Wert der in diesem Jahr durch Einzahlung von Finanzmitteln abgesetzten Aktien inländischer Aktiengesellschaften betrug 4,2 Mrd. DM (Nominalwert).

Tab. 6: Absatz und Umlauf von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien inländischer Emittenten
Nominalwert in Mill. DM

Jahr	Festverzinsliche Wertpapiere		Aktien	
	Absatz	Umlauf ¹	Absatz ²	Umlauf ¹
1970	20 816	158 005	2 374	55 604
1980	137 453	548 645	3 702	91 134
1988	208 952	1 151 640	2 712	121 906
1989	253 262	1 232 236	4 730	132 036
1990	428 698	1 458 943	7 362	144 686
1991	442 089	1 686 765	3 656	151 618
1992	572 767	1 991 515	4 295	160 813
1993	733 126	2 394 728	5 224	168 005
1994	627 331	2 664 814	6 114	190 012
1995	620 120	2 870 295	5 894	211 231
1996	731 992	3 108 724	8 353	216 461
1997	846 567	3 366 245	4 165	221 575

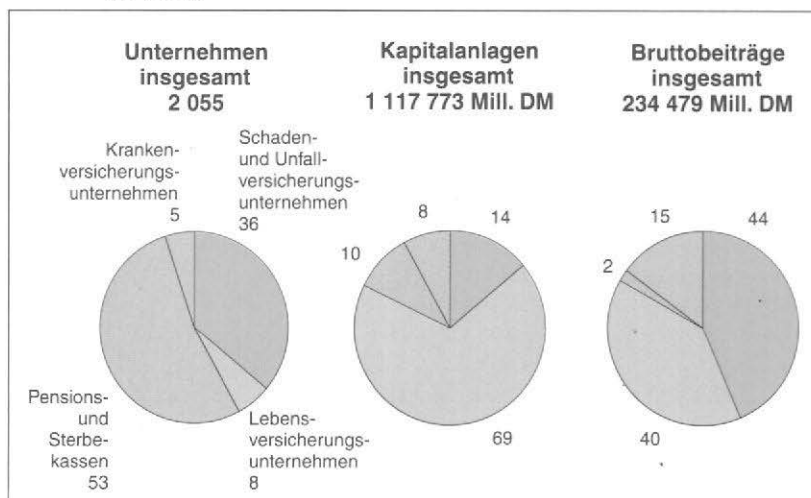
¹ Am Jahresende.

² Durch Bareinzahlung und Umtausch von Wandelschuldverschreibungen.

15.5 Versicherungen

Die Versicherungswirtschaft bietet mit einem breit gefächerten Dienstleistungsangebot materielle Absicherung gegen die verschiedenartigsten Risiken. Dadurch macht sie Verluste und Schadensfälle kalkulierbar. Dies wird für Wirtschaft und private Haushalte angesichts wachsender Gefahren und im Hinblick auf die Höhe möglicher Schäden immer wichtiger.

Abb. 12: Versicherungsunternehmen, Bruttobeiträge, Kapitalanlagen 1996
ohne Rückversicherungsunternehmen
in Prozent



15.5.1 Unternehmen und Beschäftigte

Diese Entwicklung stellt wachsende Ansprüche an die Leistungsfähigkeit der Versicherungswirtschaft. Hierin dürfte ein Grund für die Konzentration in diesem Bereich liegen. Die Zahl der unter staatlicher Aufsicht stehenden Versicherungsunternehmen ist allein zwischen 1975 und 1996 von ungefähr 5 700 auf 2 055 zurückgegangen.

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus im April 1998 arbeiteten in Deutschland 353 000 Erwerbstätige (dies entspricht 1,0 % aller Erwerbstätigen) im Versicherungsgewerbe. Im früheren Bundesgebiet waren 319 000 Personen und in den neuen Ländern und Berlin-Ost rund 35 000 Personen in dieser Branche tätig. 1975 waren im Versicherungsgewerbe 271 000 Erwerbstätige (früheres Bundesgebiet) gezählt worden.

Die Arbeitskosten des Versicherungsgewerbes beliefen sich 1996 im früheren Bundesgebiet auf durchschnittlich 108 500 DM pro Kopf der Beschäftigten und in den neuen Ländern und Berlin-Ost auf 83 200 DM. Sie lagen damit in West- und Ostdeutschland über dem Arbeitskostenniveau des Kreditgewerbes.

15.5.2 Geschäftstätigkeit

Der Umfang der Geschäftstätigkeit lässt sich vor allem aus den abgeschlossenen Verträgen und den Versicherungssummen ablesen. Er findet seine Entsprechung im Vermögen der Versicherungswirtschaft, die mit zu den größten Anlegern auf dem Kapitalmarkt gehört.

Das Lebensversicherungsgeschäft betrieben 1996 in Deutschland 125 Unternehmen. Gemessen an der Gesamtzahl aller Versicherungsunternehmen waren dies nur 6,1 %. Die Versicherungssumme aller abgeschlossenen Lebensversicherungsverträge erreichte Ende 1996 rund 2 813 Mrd. DM. Das Beitragsaufkommen von 94 Mrd. DM im Jahr 1996 entsprach einem Anteil von 40 % am gesamten Beitragsaufkommen aller Versicherungsunternehmen¹. Die Kapitalanlagen dieser Sparte erreichten 1996 einen Anteil von 69 % am entsprechenden Wert der gesamten Versicherungswirtschaft.

Tab. 7: Beiträge und Zahlungen für Versicherungsfälle¹
in Mill. DM

Jahr	Krankenversicherungs- unternehmen		Schaden- und Unfall- versicherungsunternehmen	
	Brutto- beiträge	Brutto- zahlungen für Versicherungsfälle	Brutto- beiträge	Brutto- aufwendungen für Versicherungsfälle
1970	4 098	2 624	12 791	9 924
1980	9 825	7 096	36 397	28 633
1985	13 616	9 378	50 693	38 772
1990	18 652	14 375	64 845	53 325
1991	20 624	15 930	76 676	61 237
1992	22 764	17 411	84 056	68 341
1993	25 714	18 883	92 183	75 190
1994	28 025	19 884	98 793	76 768
1995	31 241	19 196	102 209	71 267
1996	35 234	20 388	102 427	71 436

1 Bis 1990 früheres Bundesgebiet; ab 1991 Deutschland.

Im Unterschied zu den Lebensversicherungen wird bei den Schaden- und Unfallversicherungen (z.B. Feuer-, Hausrat-, Haftpflichtversicherungen) sowie bei den Krankenversicherungen lediglich das aktuelle Risiko abgedeckt und daher

1 Ohne Rückversicherungsunternehmen.

nicht im gleichen Maß Kapitalvermögen gebildet wie bei den Lebensversicherungsunternehmen.

Für die Kranken- sowie die Schaden- und Unfallversicherungsunternehmen gibt Tab. 7 einen Überblick über Beiträge einerseits und Zahlungen für Versicherungsfälle andererseits.

Die Zahlungen der privaten Krankenkassen für Versicherungsfälle betrugen im Jahr 1996 rund 20,4 Mrd. DM. Bei den Schaden- und Unfallversicherungen waren die Aufwendungen der Kraftfahrtversicherung mit rund 50 % von besonderem Gewicht.

15.6 Freie Berufe

Das Bild des Dienstleistungsbereichs wäre unvollständig, würde man die Freien Berufe außer acht lassen. Allerdings ist das statistische Material über diesen Bereich wegen der Vielfalt der Freien Berufe und der besonderen Probleme ihrer Erfassung lückenhaft und ermöglicht nur Teilaussagen aus verschiedenen Statistiken.

Zum Bereich der Freien Berufe werden alle Männer und Frauen gerechnet, die selbstständig in einem wissenschaftlichen, künstlerischen, ärztlichen, beratenden und ähnlichen Beruf tätig sind (nicht jedoch selbstständige Gewerbetreibende) und die von ihnen abhängig Beschäftigten. Einen Überblick über die im Bereich der Freien Berufe selbstständig Erwerbstätigen lässt sich aus den Ergebnissen des Mikrozensus gewinnen.

Informationen über die im Bereich der Freien Berufe sozialversicherungspflichtig Beschäftigten liefert die Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Nach dieser Statistik waren in Deutschland im freiberuflichen Gesundheits- und Veterinärwesen (Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte usw.) sowie in Rechtsanwaltspraxen, Unternehmensberatungen, Architektur- und Ingenieurbüros 1997 rund 1 651 000 Männer und Frauen (sozialversicherungspflichtig) beschäftigt, davon allein 36,8 % beim freiberuflichen Gesundheits- und Veterinärwesen (siehe Tab. 9, Seite 326).

Zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten rechnen auch die Auszubildenden. 1997 wurden 157 307 Jugendliche im Ausbildungsbereich „Freie Berufe“ ausgebildet. Nahezu 92 % von ihnen waren Mädchen, die vor allem eine Ausbildung als Arzt- oder Zahnarzthelferin, als Fachgehilfin in steuer- und wirtschaftsberatenden Berufen sowie als Rechtsanwaltsfachangestellte durchliefen. Insgesamt wurden 1997 10 % aller Auszubildenden bzw. 20,1 % der weiblichen Auszubildenden im Bereich der Freien Berufe ausgebildet.

Die Freien Berufe leisten damit einen bedeutenden Beitrag zur beruflichen Ausbildung junger Menschen.

Tab. 8: Selbstständig Erwerbstätige in Freien Berufen im April 1998
in 1000¹

Syst. Nr.	Berufe ^{2,3}	Selbstständige		
		zus.	männl.	weibl.
	<i>Freie heilkundliche Berufe</i>			
841	Ärzte	120	79	41
842	Zahnärzte	49	33	16
843	Tierärzte	12	8	/
844	Apotheker	19	12	8
851	Heilpraktiker	13	/	8
852	Masseure, Krankengymnasten, med. Bademeister	33	14	19
859	Therapeutische Berufe, a.n.g.	9	/	8
	<i>Freie rechts- u. wirtschaftsberatende Berufe</i>			
703	Werbefachleute	22	15	7
753	Wirtschaftsprüfer, Steuerberater u. Ä.	42	32	10
754	Steuerfachleute u. Ä., a.n.g.	/	/	/
755	Marketing-, Absatzfachleute	/	/	/
756	Organisatoren und verwandte Berufe	/	/	/
757	Unternehmensberater und verw. Berufe	48	40	8
813	Rechtsvertreter, Rechtsberater	69	55	14
881	Wirtschaftswissenschaftler, a.n.g.	12	10	/
884	Sozialwissenschaftler, a.n.g.	/	/	/
886	Psychologen	13	/	9
887	Statistiker, Marktforscher u. Ä.	/	/	/
	<i>Freie technische u. naturwissenschaftliche Berufe</i>			
601	Ingenieure des Maschinenbaues u. Ä.	11	11	/
602	Elektroingenieure	10	10	/
603	Bauingenieure	28	26	/
604	Vermessungsingenieure, Kartographen	/	/	-
609	Architekten, Raumplaner	54	46	8
611	Chemiker, Chemie- u. Verfahreningenieure	/	/	/
	<i>Freie pädagogische, psychologische u. übersetzende Berufe</i>			
795	Schwimmeistergehilfe, Bademeister	/	/	-
822	Dolmetscher, Übersetzer	15	5	9
87	Pädagogen	89	44	45
870	Lehrer o.n.A.	7	/	5
871	Hochschullehrer u. verwandte Berufe	10	6	/
872	Gymnasiallehrer	/	/	/
873	Grund-, Real-, Haupt- und Sonderschullehrer	/	-	/
874	Lehrer an berufsbildenden Schulen	/	/	/
875	Lehrer für musische Fächer, a.n.g.	15	5	10
876	Sportlehrer	18	9	8
878	Fahr- und Verkehrslehrer	14	14	/
879	Sonstige Lehrer	19	6	13
	<i>Freie publizistische und künstlerische Berufe</i>			
821	Publizisten	42	25	16
831	Musiker	20	18	/
832	Darstellende Künstler, Sänger	12	8	/
833	Bildende Künstler (freie Kunst)	24	14	10
834	Bildende Künstler (angewandte Kunst)	39	23	16
	Erwerbstätige in Freien Berufen insgesamt	816	546	270
	Erwerbstätige insgesamt	3 594	2 608	986

1 Ergebnisse des Mikrozensus.

2 Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1992.

3 A.n.g. = anderweitig nicht genannt; o.n.A. = ohne nähere Angabe.

Tab. 9: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
am 30. 6. 1997

Wirtschaftsklasse	Beschäftigte
Freiberufliches Gesundheitswesen	596 056
Freiberufliches Veterinärwesen sowie Anstalten und Einrichtungen	11 038
Rechtsanwaltspraxen, Notariate, sonstige Rechtsberatung	128 946
Unternehmensberatung, Wirtschaftsprüfung	456 667
Architekten-, Bauingenieur-, Vermessungs- und sonstige Büros	458 346

16 Preise und Löhne

16.1 Einführung

Die Entwicklung der Preise für Konsumgüter macht sich an jedem Geldbeutel bemerkbar, sei es bei den täglichen Einkäufen oder bei den Überlegungen, ob man sich eine Urlaubsreise, eine größere Anschaffung oder gar ein Eigenheim leisten kann. Preissteigerungen – etwa bei Grundstoffen, Investitionsgütern u. Ä. – sind aber ebenso für die Unternehmen von Bedeutung, da sie ganz wesentlich ihre Kostensituation beeinflussen. Nicht zuletzt ist die allgemeine Preisentwicklung ein wichtiger Aspekt, wenn es gilt, zwischen den Tarifpartnern Lohn- und Gehaltserhöhungen auszuhandeln.

Auch die Entwicklung von Löhnen und Gehältern ist für die Arbeitnehmer- wie für die Unternehmensseite gleichermaßen bedeutsam: Für die einen sind Lohn- und Gehaltszahlungen Hauptbestandteil des Einkommens, für die anderen ein wesentlicher Kostenfaktor.

Die engen Wechselwirkungen zwischen Preisen und Löhnen werden häufig im Schlagwort Lohn-Preis-Spirale verkürzt dargestellt. Es besagt in starker Vereinfachung, dass Preissteigerungen in der Regel zu höheren Lohnforderungen führen und dass Steigerungen der Löhne und Gehälter über erhöhte Produktionskosten und erweiterte Nachfrage wiederum Preiserhöhungen verursachen. Unter welchen Voraussetzungen und Einschränkungen diese Annahmen zutreffen, kann hier nicht im Einzelnen diskutiert werden. Für das Verständnis der Ausführungen zu den Löhnen und Preisen in den folgenden Abschnitten ist es aber wichtig, die engen Verknüpfungen dieser wirtschaftlichen Größen nicht aus dem Auge zu verlieren.

16.2 Preisindizes

Um die Preisentwicklungen auf den verschiedenen Märkten statistisch beobachten und darstellen zu können, gibt es in der Bundesrepublik Deutschland ein nahezu lückenloses System von Preisindizes. Für viele wichtige Stadien des Wirtschaftsablaufs, vom Einkauf der für die Produktion notwendigen Güter bis zum Absatz der Waren an die Endverbraucher, werden von der amtlichen Statistik laufend Preise erhoben und zu Indizes weiterverarbeitet.

So gibt es Preisindizes für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes und für landwirtschaftliche Betriebsmittel, Indizes für Erzeugerpreise, gewerblicher und landwirtschaftlicher sowie forstwirtschaftlicher Produkte, für Großhandelsverkaufspreise und schließlich für Verbraucherpreise. Darüber hinaus werden Indizes

der Baupreise, der Preise für Verkehrsleistungen sowie Indizes der Ein- und Ausführpreise berechnet.

Alle Preisindizes haben das Ziel, die Preisentwicklung in einem bestimmten Bereich auf eine Kennziffer zu komprimieren und damit eine „Messlatte“ zu liefern, an der durchschnittliche Veränderungen gegenüber einem Vergleichszeitraum quantifiziert werden können. Wie ein solcher Preisindex zustande kommt, wird im Folgenden beispielhaft und stark vereinfacht am Preisindex für die Lebenshaltung, dem wohl bekanntesten Indikator des Statistischen Bundesamtes, erläutert.

16.3 Preisindex für die Lebenshaltung

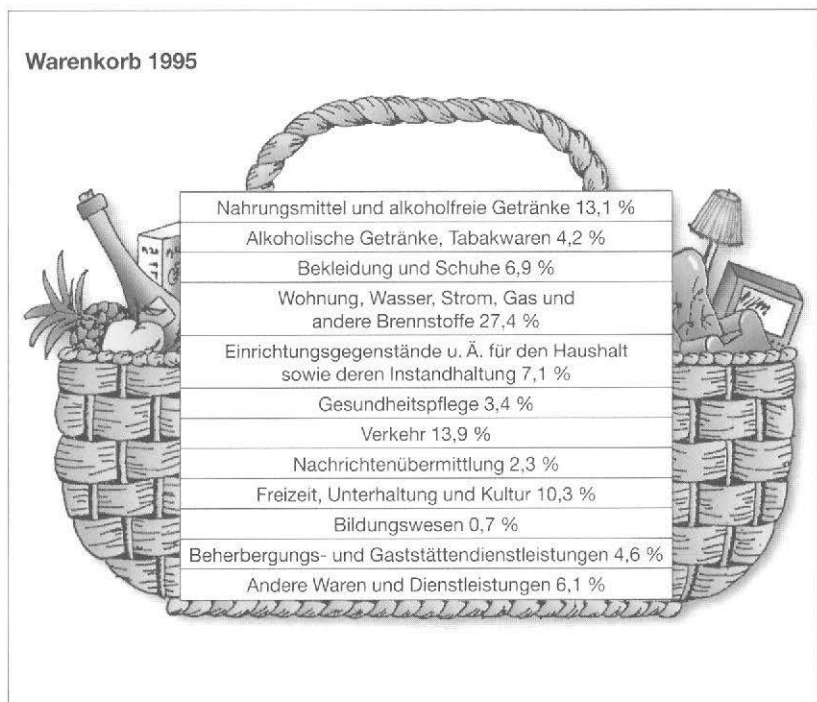
Bei der Interpretation der amtlichen Preisindizes für die Lebenshaltung kommt es in der Öffentlichkeit häufig zu Missverständnissen. Weit verbreitet ist der Irrtum, ein Index könne unbesehen auf die Situation des eigenen Haushalts übertragen werden. Dabei wird jedoch verkannt, dass in der Statistik die einzelne Person oder der einzelne Haushalt stets nur als Teil des Ganzen Berücksichtigung findet. Für die Statistik tritt die Einzelbetrachtung gegenüber einer Gesamtbetrachtung zurück, die mit Durchschnittswerten arbeitet.

Der Preisindex für die Lebenshaltung ist ein Maßstab dafür, in welchem Maße die Gesamtheit aller privaten Haushalte in Deutschland von Preisveränderungen betroffen ist. Das Gewicht, mit dem die Preisveränderungen der einzelnen Waren und Dienstleistungen in diesen Index eingehen, wird aufgrund durchschnittlicher Verbrauchsgewohnheiten der privaten Haushalte bestimmt. Diese Verbrauchsgewohnheiten werden im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichproben und der Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen anhand von Aufzeichnungen der Haushalte im Wesentlichen in Form von Haushaltsbüchern ermittelt. Die früher übliche Nachweisung von Verbraucherpreisindizes für spezielle Haushaltstypen ist nicht mehr zeitgemäß, da diese speziellen Haushaltstypen mit der Zeit immer weniger repräsentativ für die Gesamtheit der Haushalte in Deutschland wurden und sich die Ergebnisse in der Regel ohnehin nur geringfügig unterscheiden. Auch die Preisentwicklung im früheren Bundesgebiet und in den neuen Ländern (einschl. Berlin-Ost) hat sich mittlerweile weitgehend angenähert. Auf einen getrennten Nachweis wird allerdings vorläufig nicht verzichtet, da immer noch Preisniveaunterschiede bestehen, die Anlass für unterschiedliche Preisentwicklungen sein können. Zusätzlich berechnet und veröffentlicht das Statistische Bundesamt einen Harmonisierten Verbraucherpreisindex für Deutschland. Die Berechnungsmethoden dieses Index sind mit den anderen Mitgliedstaaten der EU abgestimmt, er stellt den deutschen Baustein für die Berechnung von Verbraucherpreisindizes für die Europäische Union bzw. für die Eurozone dar und unterscheidet sich vom deutschen Preisindex für die Lebenshaltung im Wesent-

lichen durch die Nichteinbeziehung der Aufwendungen der privaten Haushalte für das Wohnen im eigenen Heim.

Die Berechnung der einzelnen Preisindizes basiert auf einer gezielten Auswahl von etwa 750 Waren und Dienstleistungen, die Fülle und Vielfalt des Marktangebotes möglichst gut repräsentieren sollen. Sie werden unter Auswertung der Anschreibungen in den Haushaltsbüchern in den „Warenkorb“ der Indexberechnung aufgenommen. Entsprechend ihrer Verbrauchsbedeutung, die sich aus

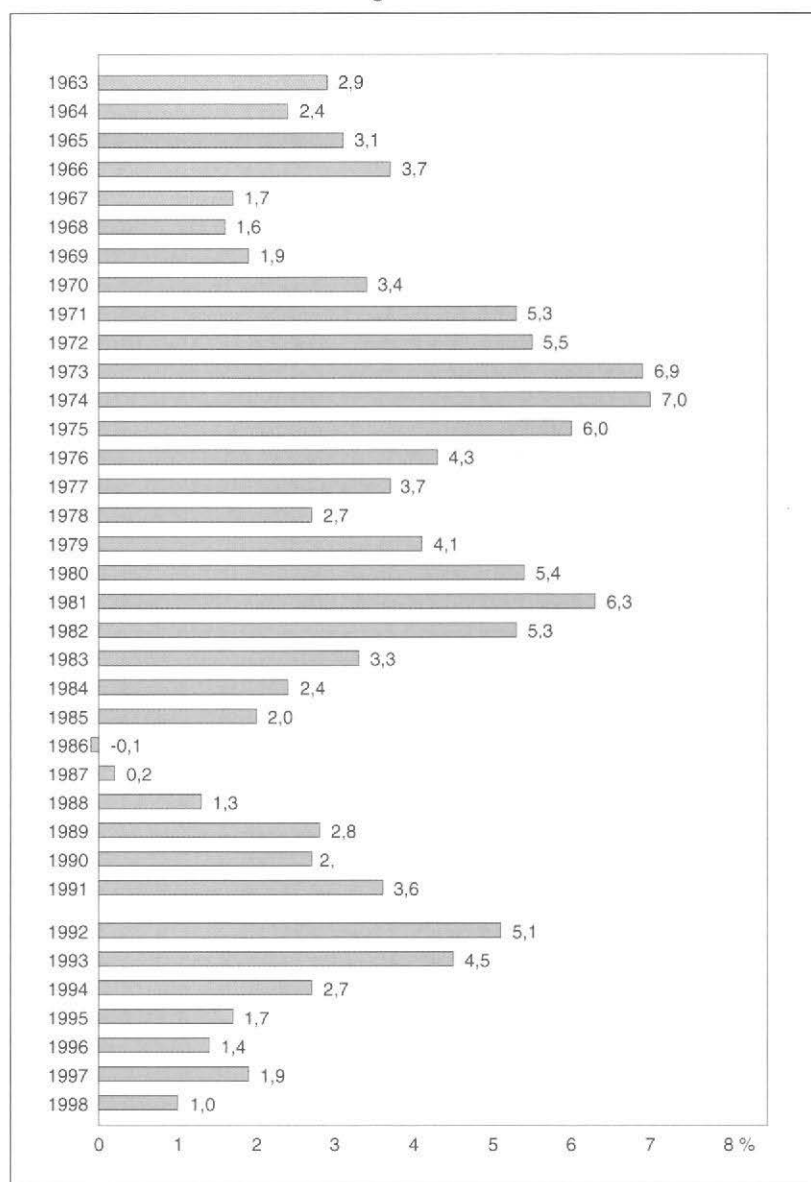
Abb. 1: Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Deutschland



dem jeweiligen Anteil am Haushaltsbudget ableitet, wird ihnen im Warenkorb ein entsprechendes „Gewicht“ zugeteilt. Dadurch ist gewährleistet, dass z. B. eine Preiserhöhung bei Brot eine stärkere Auswirkung auf die Veränderung des Preisindex hat als eine Verteuerung von Salz oder einem anderen Gut mit geringer Verbrauchsbedeutung.

Für alle in den Preisindizes für die Lebenshaltung berücksichtigten Positionen verfolgten Preisbeobachter in 190 über das ganze Land verteilten Gemeinden im

Abb. 2: Jährliche Preisveränderungsraten¹ 1963 bis 1998



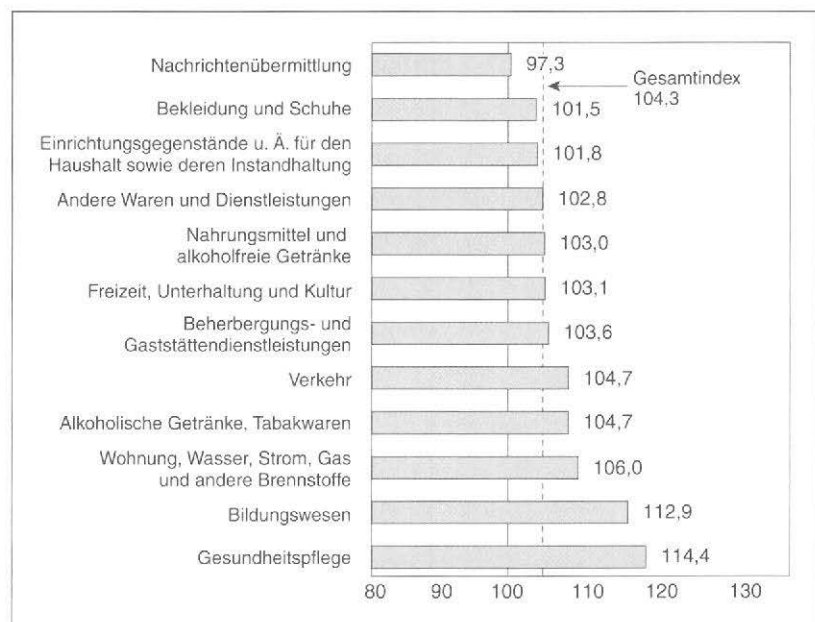
¹ Gemessen am Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte. Bis einschl. 1991 früheres Bundesgebiet; ab 1992 Deutschland.

Auftrag der amtlichen Statistik laufend in den verschiedenartigsten Berichtsstellen jede Preisveränderung. Die einzelnen Meldungen, die in die Gesamtberechnung des Index eingehen, summieren sich monatlich zu rund 350 000 Preisreihen. Schon diese hohe Zahl macht deutlich, wie umfassend die Dokumentation der Preisentwicklung ist. In regelmäßigen Abständen wird der „Warenkorb“ aktualisiert und werden die Gewichte der Indizes neu berechnet, um Änderungen der Verbrauchsgewohnheiten berücksichtigen zu können.

Welche Preisveränderungen sich von Jahr zu Jahr ergaben, zeigt Abb. 2. Ihr liegt der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte zugrunde, der für das frühere Bundesgebiet seit 1962 ermittelt wird. Ergebnisse für Deutschland liegen seit 1991 vor.

In Deutschland stieg der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte von 1991 bis 1998 um 19,6 %. Für das frühere Bundesgebiet wurden 17,0 %, für die neuen Länder und Berlin-Ost 39,5 % ermittelt. Damit wird deutlich, dass die Ergebnisse für Deutschland von der Heranführung subventionierter Preise an ein marktwirtschaftliches Preisniveau in den neuen Ländern und Berlin-Ost beeinflusst wurden.

Abb. 3: Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte 1998 nach ausgewählten Gütergruppen
1995 = 100



Innerhalb des Zeitraums 1962 bis 1998 wurden die höchsten Preissteigerungsraten in den Jahren 1973 und 1974 mit 6,9 % bzw. 7,0 % ermittelt. Hauptursache waren die starken Ölpreiserhöhungen dieser Jahre. Umgekehrt wirkte sich der Ölpreisrückgang des Jahres 1986 ganz wesentlich auf den Preisindex für die Lebenshaltung aus, der sich erstmals im dargestellten Beobachtungszeitraum verringerte, und zwar um 0,1 % gegenüber dem Vorjahr.

Wie Abb. 3 zeigt, verlief die Preisentwicklung bei den einzelnen Gütergruppen unterschiedlich. Im Zeitraum von 1995 bis 1998 veränderten sich die Verbraucherpreise insgesamt um 4,3 %. Die Gütergruppe Nachrichtenübermittlung verzeichnete sogar einen Rückgang von 2,7 %. Überproportional stiegen die Preise im Bildungswesen (+ 12,9 %) und bei der Gesundheitspflege (+ 14,4 %), mäßige Preissteigerungen gab es bei Bekleidung und Schuhen (+ 1,5 %) sowie bei Einrichtungsgegenständen (+ 1,8 %).

Tab. 1: Preisindizes für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte
1995 = 100

Jahr	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
1962	–	33,0	–
1965	–	35,9	–
1970	–	40,5	–
1975	–	54,5	–
1980	–	66,4	–
1985	–	80,2	–
1986	–	80,1	–
1987	–	80,3	–
1988	–	81,3	–
1989	–	83,6	–
1990	–	85,8	–
1991	87,2	89,0	75,5
1992	91,6	92,5	85,6
1993	95,7	95,8	94,7
1994	98,3	98,4	98,1
1995	100	100	100
1996	101,4	101,3	101,9
1997	103,3	103,2	104,2
1998	104,3	104,1	105,3

Die häufig geäußerte Vermutung, der Preisindex weise zu geringe Preissteigerungen nach, hängt vor allem mit zwei Fehlwahrnehmungen zusammen: Zum einen werden Preissteigerungen stärker empfunden als gleich bleibende oder gar sinkende Preise; zum anderen wird häufig vergessen, dass in den Preisindizes durchschnittliche Preiserhöhungen für die Verbrauchsausgaben eines fiktiven Haushalts erfasst werden.

Um dies an einem Beispiel zu verdeutlichen: Ein Haushalt heizt mit Öl und profitiert von den Preissenkungen in diesem Bereich. Ein anderer Haushalt, der Gas verwendet, das sich weniger (bzw. erst mit zeitlicher Verzögerung) verbilligt hat, wird durch die Preisentwicklung in weit geringerem Umfang entlastet.

Im Budget des fiktiven Indexhaushalts sind – entsprechend der anteiligen Verbrauchsbedeutung – alle Heizenergiearten (Gas, Kohle, Koks, Holz, Elektrizität und Öl) berücksichtigt, sodass auch die unterschiedliche Preisentwicklung dieser Energieträger entsprechend in die Indexberechnung eingeht. Aus diesem Grund wirken sich extreme Preissteigerungen oder Preissenkungen in gemilderter Form auf die Entwicklung des Gesamtindex aus.

16.4 Preisindex für Wohngebäude, Kaufwerte für Bauland

In der Statistik der Baupreise wird die Entwicklung der Preise für den Neubau und die Instandhaltung ausgewählter, besonders wichtiger Bauwerksarten wie Wohn- und Bürogebäude, Straßen oder Brücken ermittelt. Die Statistik basiert auf der Festlegung von rund 220 Bauleistungen – vergleichbar mit dem „Warenkorb“ beim Preisindex für die Lebenshaltung – z. B. 8 Bauleistungen im Bereich der Maurerarbeiten oder 5 Bauleistungen im Bereich der Klempnerarbeiten. Für diese Bauleistungen werden Preise erfragt und die Ergebnisse entsprechend ihrer Bedeutung beim Bau der jeweiligen Bauwerksart zu einem Gesamtpreisindex für diese Bauwerksart zusammengeführt.

Die Preise für den Neubau von Wohngebäuden haben sich in Deutschland zwischen 1991 und 1998 um 15,4 % erhöht. Hinter diesem Durchschnittswert steht eine zunächst deutliche Zunahme der Neubaupreise nach der deutschen Vereinigung (+ 6,4 % von 1991 auf 1992). Der Preisanstieg wurde danach fast stetig schwächer. Ab Ende 1995 fielen dann sogar infolge einer schlechten Baukonjunktur die Baupreise – nur kurz unterbrochen durch die Erhöhung der Umsatzsteuer im April 1998. Einen vergleichbaren Preisrückgang hatte es zuletzt im früheren Bundesgebiet in der Rezession von 1967 gegeben. Damals waren die Preise für den Neubau von Wohngebäuden fünf Quartale in Folge rückläufig und lagen damit 1967 um 2 % niedriger als im Jahr zuvor.

Die Statistik der Kaufwerte für Bauland erfasst die Verkäufe von unbebauten Grundstücken mit einer Fläche ab 100 Quadratmeter. Im Jahr 1997 wurden in Deutschland rund 108 200 Verkäufe von unbebautem Bauland statistisch ausgewertet. Dabei wurden 155 Quadratkilometer Bauland veräußert. Je Veräußerungsfall wechselten 1 432 Quadratmeter Bauland den Besitzer. Der durchschnittliche Kaufwert je Quadratmeter betrug 86,97 DM. Die Kaufwerte für Bauland variieren sehr stark nach Regionen, Gemeindegrößen, örtlicher Lage, Baugebieten

sowie Art und Größe des Grundstücks. Typisch ist, dass mit steigender Einwohnerzahl in den Städten und Gemeinden sich die Kaufwerte für Bauland stark erhöhen. Bei den unterschiedlichen Baugebieten wurden die höchsten Verkaufserlöse in Geschäftsgebieten sowie in Wohngebieten in geschlossener Bauweise erzielt. Recht unterschiedliche Verkaufsergebnisse zeigt die Statistik für das frühere Bundesgebiet sowie für die neuen Länder und Berlin-Ost.

Seit Beginn dieser Statistik im früheren Bundesgebiet, d. h. im Zeitraum von 1962 bis 1997, haben sich die durchschnittlich gezahlten Quadratmeterpreise für Bauland um mehr als das Neunfache erhöht. 1997 kostete ein Quadratmeter Bauland (baureifes Land, Rohbauland und sonstiges Bauland) im Durchschnitt 107,88 DM,

Tab. 2: Preisindex für Wohngebäude¹
(Neubau; Bauleistungen am Bauwerk; 1995 = 100)

Jahr	Preisindex für Wohngebäude		Jahr	Preisindex für Wohngebäude	
	Index	Veränderung in % ²		Index	Veränderung in % ²
Früheres Bundesgebiet					
1960	18,0	·			
1965	24,1	+ 6,0	1980	60,0	+ 6,7
1970	31,2	+ 5,3	1985	68,7	+ 2,7
1975	43,3	+ 6,8	1990	79,9	+ 3,1
Deutschland					
1991	85,5	·	1995	100	+ 2,4
1992	91,0	+ 6,4	1996	99,8	- 0,2
1993	95,4	+ 4,8	1997	99,1	- 0,7
1994	97,7	+ 2,4	1998	98,7	- 0,4

1 Einschl. Umsatzsteuer.

2 Gegenüber dem Vorjahr. Beim früheren Bundesgebiet Durchschnitt der Veränderungen im jeweiligen 5-Jahreszeitraum.

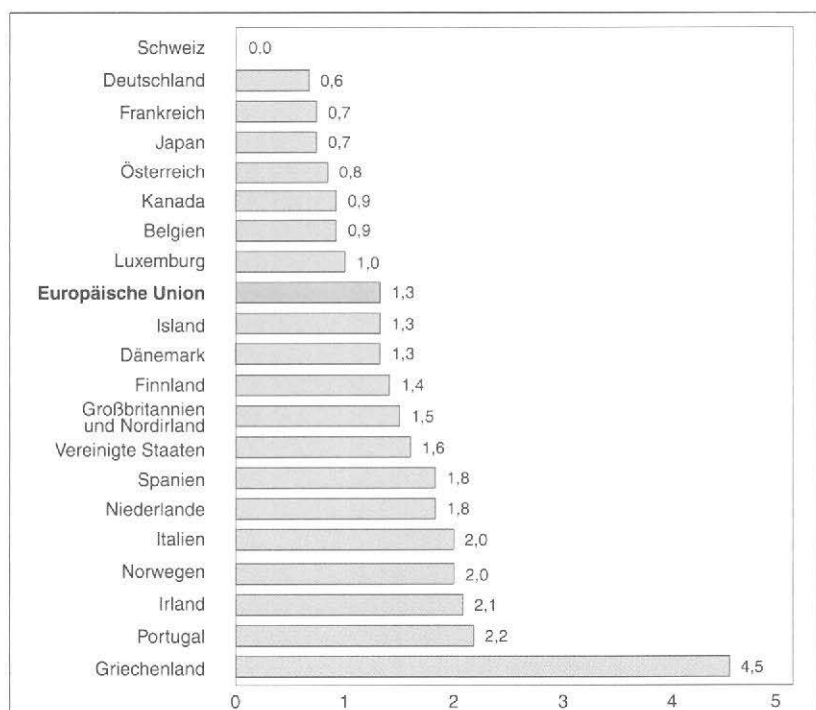
wobei der niedrigste tatsächlich gezahlte Quadratmeterpreis bei wenigen Pfennigen und der höchste bei 18 000 DM lag. Im früheren Bundesgebiet wurden 1997 gut zwei Drittel der in Deutschland erfassten Kauffälle registriert, über drei Fünftel der veräußerten Baulandfläche verkauft und mehr als drei Viertel der erzielten Kaufsumme realisiert.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost kostete der Quadratmeter Bauland 1997 im Durchschnitt 53,73 DM, das entsprach der Hälfte des Wertes im früheren Bundesgebiet. Der tatsächlich bezahlte Quadratmeterpreis schwankte zwischen wenigen Pfennigen und 8 900 DM. Je Veräußerungsfall sind in den neuen Ländern 1 807 Quadratmeter Bauland verkauft worden, im früheren Bundesgebiet waren es 1 267 Quadratmeter.

16.5 Internationale Entwicklung der Preisindizes für die Lebenshaltung

Für internationale Inflationsvergleiche werden üblicherweise die Verbraucherpreisindizes verwendet. Legt man für die EU-Länder den harmonisierten Verbraucherpreisindex zugrunde, so verzeichneten Deutschland und Frankreich 1998 gegenüber 1997 innerhalb der Europäischen Union mit 0,6 bzw. 0,7 % die geringste Preissteigerung. Auch in Österreich und Belgien stiegen die Preise in diesem Zeitraum um weniger als 1 %. Griechenland verzeichnete von allen EU-Mitgliedstaaten mit 4,5 % die höchste Steigerungsrate. Im EU-Durchschnitt stiegen die Kosten für die Lebenshaltung um 1,3 %. Damit hat sich der Preisauftrieb in der EU gegenüber früheren Jahren (1997 zu 1996: + 1,7 %, 1996 zu 1995: + 2,4 %) weiter beruhigt.

Abb. 4: Preisveränderungen 1998 gegenüber 1997
im internationalen Vergleich¹
in Prozent



¹ Mitgliedstaaten der EU, Island und Norwegen: Veränderungsraten der harmonisierten Verbraucherpreisindizes; übrige Länder: Veränderungsraten der nationalen Verbraucherpreisindizes.

In der Schweiz war 1998 zu 1997 eine Stagnation der Preise zu beobachten. In Japan erhöhten sich die Preise um 0,7 % und in den Vereinigten Staaten um 1,6 %.

16.6 Verdienste von Arbeitern und Angestellten

16.6.1 Jahresverdienste

Will ein Arbeitnehmer in Deutschland seine Verdienstsituation mit derjenigen der anderen Arbeitnehmer oder einzelner Arbeitnehmergruppen vergleichen, sollte er hierzu möglichst Jahresverdienstangaben verwenden, da diese – im Gegensatz zu den Monats- oder Wochenverdiensten – auch die unregelmäßigen Zahlungen, wie 13. Monatslohn, Weihnachts- und zusätzliches Urlaubsgeld, enthalten.

Vergleicht man die Jahresverdienste von Arbeitern und Angestellten, so lässt sich eine Reihe von interessanten Entwicklungen erkennen. Die Verdienste der Arbeiter haben sich im früheren Bundesgebiet von 1975 bis 1997 um 153 %, die der Angestellten sogar um 171 % erhöht. Dadurch hat sich der Abstand zwischen den Verdiensten von Arbeitern und Angestellten vergrößert. Im Produzierenden Gewerbe verdienten 1975 Arbeiter im Durchschnitt rund 72 % von dem, was Angestellte bezogen. 1985 belief sich dieser Anteil auf 68,7 % und 1997 auf 67,5 %. Diese Entwicklung ist auch davon beeinflusst, dass besonders qualifizierte Arbeiter in das Angestelltenverhältnis übernommen werden.

Für die neuen Länder und Berlin-Ost lagen entsprechende Ergebnisse erstmals für das Berichtsjahr 1991 vor. Die Verdienstrelation zwischen den Arbeitern und den Angestellten im Produzierenden Gewerbe belief sich 1991 auf 85 % und lag damit weit über der Relation – selbst 16 Jahre zuvor – im früheren Bundesgebiet. Bis 1997 verringerte sie sich auf 69 % und entsprach somit nahezu derjenigen in den alten Bundesländern.

Obwohl die Verdienste der Frauen in den vergangenen Jahren stärker als diejenigen der Männer gestiegen sind, verdienen Frauen nach wie vor wesentlich weniger. Die Verdienste der Arbeiterinnen lagen 1997 im Durchschnitt im früheren Bundesgebiet um 28,4 % unter denen ihrer männlichen Kollegen. 1985 hatte der Abstand dagegen noch 31 % und 1975 gut 32 % betragen. Die entsprechende Spanne lag bei den Angestellten 1975 und 1985 fast unverändert bei 35 % und reduzierte sich bis 1997 auf 31 %.

Wesentlich geringer war 1997 der Verdienstunterschied zwischen Männern und Frauen in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Die Arbeiterinnen im Produzierenden Gewerbe verdienten 1997 im Durchschnitt 21 % weniger als ihre männlichen Kollegen. 1992 waren es noch 27 % weniger. Die Spanne stagnierte allerdings bei den weiblichen Angestellten im Produzierenden Gewerbe bei 25 % im Jahr 1992 und 1997 und nahm sogar im Produzierenden Gewerbe, im Handel und im Kredit- und Versicherungsgewerbe von 21 % auf 23 % zu.

Tab. 3: Bruttojahresverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeiter und Angestellten

Geschlecht	Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost	Ost-West-Verdienstrelation
	1975	1985	1997	1997	1997
	DM				%
Produzierendes Gewerbe ¹					
	Arbeiter				
Insgesamt	23 037	38 279	58 338	42 944	73,6
Männer	24 614	40 582	60 839	44 238	72,7
Frauen	16 665	27 986	43 541	34 743	79,8
	Angestellte				
Insgesamt	31 937	55 679	86 450	61 943	71,7
Männer	35 257	61 122	93 970	69 332	73,8
Frauen	23 055	39 917	64 578	51 872	80,3
Angestellte im Produzierenden Gewerbe; Handel; Kredit- und Versicherungsgewerbe					
Insgesamt	28 769	48 611	75 626	54 547	72,1
Männer	33 316	56 329	85 566	62 394	72,9
Frauen	21 277	35 522	58 237	47 976	82,4

1. Bis 1995: Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau mit Handwerk).

Tab. 4: Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden der vollzeitbeschäftigten Arbeiter im Produzierenden Gewerbe

Jahr	Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
1960	42,2	46,4	·	·
1965	41,0	45,3	·	·
1970	40,3	45,0	·	·
1975	38,0	41,1	·	·
1980	39,7	42,2	·	·
1985	39,5	41,0	·	·
1990	38,4	40,0	·	·
1991	38,1	39,7	40,0	40,8
1992	37,7	39,3	40,0	41,1
1993	36,7	38,2	40,1	41,4
1994	37,1	38,6	38,8	40,9
1995	37,2	38,8	39,0	39,7
1996	36,7	37,9	39,1	39,6
1997	36,7	37,8	39,2	39,6

Die hohen Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern im früheren Bundesgebiet haben verschiedene Ursachen. Zum Einen sind vor allem ältere Frauen im Durchschnitt weniger gut ausgebildet und damit häufig in weniger qualifizierten Berufen tätig. Zum Zweiten bleiben ihnen Tätigkeiten, die durch besondere Erschwernisse (Lärm, Hitze, Gefahr) gekennzeichnet sind, aber auch durch entsprechende Zuschläge abgegolten werden, völlig verschlossen (z. B. Tätigkeiten im Bergbau, am Hochofen). Umgekehrt sind in Wirtschaftsbereichen, in denen die Verdienste niedrig liegen, besonders viele Frauen beschäftigt, z. B. in der Textil- und der Schuhindustrie (siehe Abschnitt 16.6.2).

Außerdem wirkt sich aus, dass Männer mehr Überstunden leisten als Frauen und dass Frauen – auch wenn man die Ausbildungsunterschiede berücksichtigt – sowohl in den mittleren als auch gehobenen Führungspositionen unterrepräsentiert sind.

Bei den Angestellten muss noch berücksichtigt werden, dass die Verdienste der technischen Angestellten erheblich über denen der kaufmännischen Angestellten liegen, aber nur 7 % der weiblichen Angestellten in technischen Berufen tätig sind gegenüber 43 % der männlichen Angestellten (vgl. Tab. 6).

Die Arbeiter im Produzierenden Gewerbe erreichten in den neuen Ländern und Berlin-Ost 1997 rund 74 % des Durchschnittsverdienstes der Arbeiter im früheren Bundesgebiet. Für die Frauen wurde mit rund 80 % eine günstigere Ost-West-Verdienstrelation ermittelt als für die Männer (73 %). Bei den Angestellten betrug die Ost-West-Verdienstrelation 1997 im Produzierenden Gewerbe 72 %. Auch hier war die Relation bei den weiblichen Angestellten (80 %) günstiger als bei den männlichen Angestellten (74 %).

16.6.2 Bruttostundenverdienste der Arbeiter im Produzierenden Gewerbe

Bei den Bruttostundenverdiensten der Arbeiter im Produzierenden Gewerbe bestehen nicht nur erhebliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen, sondern auch zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen und den verschiedenen Leistungsgruppen.

Der Stundenverdienst aller Arbeiter im früheren Bundesgebiet hat sich von 1960 bis 1997 verzehnfacht, wobei die Stundenverdienste der Arbeiterinnen stärker anstiegen als die ihrer männlichen Kollegen. Auch anhand der Stundenverdienste zeigt sich also, dass der Abstand zwischen der Bezahlung von Männern und Frauen geringer geworden ist.

Bei einem Durchschnittsstundenverdienst von 27,74 DM im früheren Bundesgebiet und von 19,88 DM in den neuen Ländern im Jahr 1997 für männliche Arbeiter im Produzierenden Gewerbe wurden die höchsten Stundenverdienste mit durchschnittlich 35,19 DM in der Mineralölverarbeitung und in den neuen Ländern mit 29,10 DM im Verlagsgewerbe gezahlt. Die niedrigsten Stundenverdienste wurden im früheren Bundesgebiet mit durchschnittlich 20,29 DM in der Lederverarbeitung

(ohne Herstellung von Lederbekleidung und Schuhen) und in den neuen Ländern in der Fischverarbeitung mit 12,54 DM nachgewiesen.

Unterscheidet man nach so genannten Leistungsgruppen zwischen Facharbeitern (Leistungsgruppe 1), angelernten Arbeitern (Leistungsgruppe 2) und Hilfsarbeitern (Leistungsgruppe 3), ergaben sich 1997 für das gesamte Produzierende Gewerbe folgende Durchschnittswerte:

Leistungsgruppe	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
1	29,23 DM	21,16 DM
2	26,37 DM	18,57 DM
3	22,92 DM	16,89 DM

Die Stundenverdienste der Leistungsgruppe 1 für männliche Arbeiter im früheren Bundesgebiet variierten im Produzierenden Gewerbe zwischen 36,59 DM in der

Tab. 5: Durchschnittliche Bruttostundenverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeiter im Produzierenden Gewerbe in DM

Jahr	Insgesamt	Männer	Frauen
<i>Früheres Bundesgebiet</i>			
1960	2,67	2,90	1,85
1965	4,25	4,56	3,05
1970	6,09	6,53	4,42
1975	9,81	10,41	7,44
1980	13,36	14,17	10,15
1985	16,33	17,19	12,46
1990	20,13	21,18	15,40
1991	21,37	22,41	16,42
1992	22,69	23,71	17,52
1993	23,94	24,92	18,49
1994	24,67	25,66	19,04
1995	25,58	26,60	19,74
1996	26,39	27,40	20,46
1997	26,74	27,74	20,80
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>			
1991	10,44	10,80	8,52
1992	13,42	13,84	10,65
1993	15,56	16,02	12,14
1994	16,94	17,45	13,40
1995	18,22	18,75	14,49
1996	18,92	19,45	15,27
1997	19,32	19,88	15,64

Mineralölverarbeitung und 21,14 DM in der Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Lederbekleidung und Schuhen), in den neuen Ländern zwischen 31,51 DM in der Herstellung von Zigaretten und 12,59 DM in der Herstellung von Schuhen. In der Leistungsgruppe 3 lag die Bandbreite im früheren Bundesgebiet 1997 zwischen 33,04 DM (Herstellung von Zigaretten) und 17,14 DM in der Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Lederbekleidung und Schuhen). In den neuen Ländern wurde der höchste Verdienst der Leistungsgruppe 3 mit 30,56 DM im Verlags-gewerbe erzielt und der niedrigste mit 10,58 DM in der Fischverarbeitung.

16.6.3 Monatsverdienste der Angestellten

Auch bei den Angestellten ist eine breite Fächerung der Verdienste festzustellen. Unter den Wirtschaftszweigen zahlte der Einzelhandel in Ost- und Westdeutschland die geringsten Gehälter; die höchsten wurden in den alten Ländern in der Mineralölverarbeitung erzielt und in den neuen Bundesländern in der Herstellung von Zigaretten.

Entsprechend den Anforderungen der ausgeübten Tätigkeit ordnet die Verdienststatistik auch die Angestellten bestimmten Leistungsgruppen zu. In dieser Gliederung zeigen sich sehr erhebliche Verdienstunterschiede, auch ohne Berücksichtigung der

Tab. 6: Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste
der vollzeitbeschäftigten Angestellten im Produzierenden Gewerbe;
Handel; Kredit- und Versicherungsgewerbe 1997
in DM

Leistungsgruppe	Geschlecht	Ingesamt	Kaufm. Angestellte	Techn. Angestellte
<i>Früheres Bundesgebiet</i>				
Ingesamt	Männer	6 305	5 883	6 864
	Frauen	4 361	4 317	4 935
Leistungsgruppe II ¹	Männer	7 825	7 598	8 078
	Frauen	6 347	6 277	7 034
Leistungsgruppe V ²	Männer	3 430	3 387	3 643
	Frauen	3 096	3 083	3 326
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>				
Ingesamt	Männer	4 745	4 423	5 041
	Frauen	3 597	3 548	4 029
Leistungsgruppe II ¹	Männer	5 861	5 846	5 872
	Frauen	4 730	4 647	5 266
Leistungsgruppe V ²	Männer	2 805	2 811	2 795
	Frauen	2 751	2 741	2 847

1 Angestellte mit besonderen Erfahrungen und selbstständigen Leistungen in verantwortlicher Tätigkeit und eingeschränkter Dispositionsbefugnis.

2 Angestellte in einfacher Tätigkeit, die keine Berufsausbildung erfordert.

sichtigung der in dieser Statistik nicht einbezogenen leitenden Angestellten (Leistungsgruppe I). So verdienten die männlichen Angestellten der Leistungsgruppe II in West- und Ostdeutschland mehr als das Doppelte des Durchschnittsgehalts ihrer Kollegen in Leistungsgruppe V (siehe Tabelle 6).

16.7 Nominal- und Reallöhne

Bisher beschränkten sich die Angaben auf die tatsächlichen (nominalen) Verdienste. Preisänderungen, die die Kaufkraft der Einkommen beeinflussen, blieben unberücksichtigt. Bezieht man nun den Preisverlauf in die Betrachtung ein, so kommt man zu den Reallöhnen als einer Maßgröße für die Entwicklung der Kaufkraft (vgl. Tab. 7).

Ein Vergleich zeigt, dass die Reallöhne zwar deutlich hinter den Nominallöhnen zurückgeblieben sind, gleichwohl aber bis 1980 zum Teil kräftige Steigerungsraten zu verzeichnen waren. Während die Nominallöhne 1980 fast viereinhalbmal so hoch lagen wie 1960, war der Reallohn oder die Kaufkraft der durchschnittlichen Bruttowochenverdienste von Industriearbeitern 1980 etwa zweimal so hoch wie 20 Jahre zuvor.

In den Jahren 1981 bis 1983 ist der Reallohn gegenüber den Vorjahren jeweils gesunken, während der Nominallohn weiter anstieg. Die Preissteigerungen sind also in diesen Jahren über die Lohnsteigerungen hinausgegangen. Ab 1984 stieg auch der Reallohn wieder an, lag 1986 etwas über dem Niveau von 1980 und erhöhte sich danach weiter bis zum Jahr 1991. 1992 blieb der Reallohn nahezu konstant und fiel 1993 erstmals wieder ($-1,4\%$). In den Jahren 1994 und 1995 ergaben sich

Tab. 7: Entwicklung der Nominal- und Reallöhne im früheren Bundesgebiet
Index der durchschnittlichen Bruttowochenverdienste der Arbeiter im Produzierenden Gewerbe¹ (Oktober 1995 = 100)

Jahr	Nominal	Real	Jahr	Nominal	Real
1960	12,8	40,3	1987	72,1	90,2
1965	19,8	54,3	1988	75,0	92,8
1970	28,4	69,4	1989	77,7	93,5
1975	41,5	75,8	1990	81,0	94,9
1980	57,2	86,3	1991	85,3	96,3
1981	59,7	84,8	1992	88,7	96,2
1982	61,8	83,3	1993	90,8	94,9
1983	63,5	82,9	1994	94,6	96,2
1984	65,6	83,7	1995	99,0	99,0
1985	67,7	84,6	1996	100,0	98,7
1986	69,8	87,4	1997	101,2	98,0

1 Bis 1995: Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau mit Handwerk).

zwar hohe Nominallohnzuwächse von 4,2 % und 4,7 %, aber aufgrund der hohen Preissteigerungsraten nur reale Lohnzunahmen von 1,4 % und 2,9 %. In den Jahren 1996 und 1997 fielen die Reallöhne geringfügig. Der Nominallohnindex lag 1997 um 18,6 %, der Reallohnindex dagegen nur um 1,8 % über dem Stand des Jahres 1991.

Einschränkend ist anzumerken, dass hier von Bruttoverdiensten ausgegangen wird. Der für Verbrauchsausgaben maßgebliche Nettoverdienst ist von der jeweiligen Steuer- und Abgabenbelastung abhängig.

16.8 Abgabenbelastung

Von besonderem Interesse ist neben der Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter die Entwicklung der Abgabenlast auf Löhne bzw. Gehälter. Erst wenn Steuern und Sozialbeiträge gezahlt sind, ergibt sich das Nettoeinkommen.

Zur Quantifizierung der Abgabenlast können hilfsweise Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen herangezogen werden. Aus diesen Ergebnissen lässt sich für das frühere Bundesgebiet eine Abgabenquote (das Verhältnis von Lohnsteuern und tatsächlich gezahlten Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer zu den gesamtwirtschaftlichen Bruttolöhnen- und -gehältern) von knapp 16 % im Jahr 1960 ermitteln, die auf rund 23 % im Jahr 1970 und auf etwas über 30 % im Jahr 1990 stieg. Für Deutschland hat sich die nunmehr nach den Regeln des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995 berechnete Abgabenquote 1991 auf 31 % und in den Jahren 1992 und 1993 auf rund 32 % erhöht. In den Jahren 1994 und 1995 stieg sie auf etwa 33 % bzw. knapp 35 %. 1996 betrug die Abgabenquote etwa 36 % und in den Jahren 1997 und 1998 erreichte sie jeweils annähernd 37 %. Diese Relation vermittelt lediglich eine globale Größenordnung; je nach Einkommenshöhe, Familiengröße usw. ergeben sich im Einzelnen starke Abweichungen und Unterschiede. Auch müssten – streng genommen – die Steuererstattungen im Rahmen der Einkommensteuerveranlagungen von der Abgabenbelastung abgezogen werden.

16.9 Arbeitskosten

Wie bereits angedeutet, sind Löhne und Gehälter für die Wirtschaft ein entscheidender Kostenfaktor. Nachdem in den vorhergehenden Abschnitten der Einkommensaspekt bei den Arbeitnehmern im Vordergrund stand, soll im Folgenden der Kostengesichtspunkt bei den Arbeitgebern näher beleuchtet werden.

Die Arbeitskosten umfassen die Bruttolöhne und -gehälter sowie weitere Kosten, die auf gesetzlichen Regelungen, Tarifverträgen oder betrieblichen Vereinbarun-

gen beruhen und unmittelbar mit der Beschäftigung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zusammenhängen. Sie werden in der amtlichen Statistik durch die beiden Hauptbestandteile „Entgelt für geleistete Arbeit“ und „Personalnebenkosten“ dargestellt. Hiervon ist das Entgelt für geleistete Arbeit als die „direkte“ Vergütung der Arbeitszeit definiert; alle anderen Kosten – wie die Vergütung arbeitsfreier Tage (Urlaub, Krankheit, gesetzliche Feiertage, sonstige bezahlte gesetzliche oder betriebliche Freizeit), die Sonderzahlungen (vermögenswirksame Leistungen, zusätzliches Urlaubsgeld, Gratifikationen, 13. Monatsgehalt), Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung sowie die Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung und berufliche Bildung – zählen zu den Personalnebenkosten.

Von 1972 bis 1996 sind im früheren Bundesgebiet die Personalnebenkosten im Produzierenden Gewerbe weit stärker gewachsen (+ 373 %) als die Entgelte für

Tab. 8: Arbeitskosten je Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe im früheren Bundesgebiet

Kostenart	1972	1996	1972	1996
	DM		%	
Arbeitskosten	22 900	86 200	100	100
Entgelt für geleistete Arbeit	14 700	47 400	64,2	55,0
Personalnebenkosten	8 200	38 800	35,8	45,0

Tab. 9: Arbeitskosten je Arbeitnehmer nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen 1996

Wirtschaftsbereich	Insgesamt		Entgelt für geleistete Arbeit		Personalnebenkosten	
	DM	%	DM	%	DM	%
<i>Früheres Bundesgebiet</i>						
Produzierendes Gewerbe	86 200	100	47 400	55,0	38 800	45,0
Großhandel	78 600	100	46 300	59,0	32 200	41,0
Einzelhandel	62 200	100	36 600	58,8	25 600	41,2
Gastgewerbe	51 500	100	30 600	59,5	20 900	40,5
Kreditgewerbe	103 700	100	51 000	49,2	52 700	50,8
Versicherungsgewerbe	108 500	100	53 600	49,3	55 000	50,7
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>						
Produzierendes Gewerbe	55 900	100	33 300	59,5	22 600	40,5
Großhandel	53 700	100	33 000	61,4	20 700	38,6
Einzelhandel	48 700	100	29 200	59,9	19 500	40,1
Gastgewerbe	40 500	100	24 700	60,9	15 800	39,1
Kreditgewerbe	78 500	100	39 300	50,1	39 200	49,9
Versicherungsgewerbe	83 200	100	43 000	51,7	40 100	48,3

geleistete Arbeit (+ 222 %). Entsprechend hat sich in diesem Zeitraum der Anteil der Personalnebenkosten von 35,8 % auf 45,0 % der Arbeitskosten erhöht. Der Teil der Personalnebenkosten, der auf gesetzlichen Regelungen beruht (so z. B. die Pflichtbeiträge der Arbeitgeber zur Sozialversicherung, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall), stieg von 17,4 % auf 20,7 % der gesamten Arbeitskosten.

Die Personalnebenkosten sind prozentual um so höher, je mehr Beschäftigte das Unternehmen hat. Beispielsweise betrug 1996 das Verhältnis von Personalnebenkosten zum Entgelt für geleistete Arbeit bei Unternehmen mit 10 bis 49 Beschäftigten 41 : 59, bei Unternehmen mit 1 000 und mehr Beschäftigten dagegen 48 : 52.

Wie für 1992 wurden auch für 1996 die Arbeitskosten in den neuen Ländern und Berlin-Ost ermittelt. Erwartungsgemäß ergaben sich zwischen Ost- und Westdeutschland erhebliche Niveauunterschiede bei den Arbeitskosten insgesamt, besonders aber bei den Personalnebenkosten. Dagegen stimmt in Ost und West die Rangfolge der Wirtschaftszweige nach den Arbeitskosten weitgehend überein: Groß- und Einzelhandel sowie das Gastgewerbe hatten jeweils niedrigere, das Kredit- und Versicherungsgewerbe jeweils höhere Aufwendungen als das produzierende Gewerbe.

17 Verkehr

17.1 Verkehr im Spannungsfeld von Wachstum und Umwelt

In einer modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft wie der Bundesrepublik Deutschland ist die immense Bedeutung des Sektors Verkehr mit seinem Anteil am Bruttoinlandsprodukt von rund 3,1 % nur unzureichend beschrieben, da die funktionale Seite des Verkehrs hierbei unberücksichtigt bleibt. Zwischen Verkehr einerseits und Wirtschaft und Gesellschaft andererseits bestehen enge Wechselwirkungen. Verkehr bedeutet Mobilität von Gütern und Personen, Verkehr ermöglicht nationale und internationale Arbeitsteilung, Tourismus und Freizeitaktivitäten, Verkehr heißt aber auch Belastungen durch z. B. Unfälle, Lärm und Luftverschmutzung.

Die Entwicklung der Industriegesellschaften, das Ausmaß der internationalen Arbeitsteilung und wirtschaftlichen Verflechtung der Volkswirtschaften, die Globalisierung der Weltwirtschaft, aber auch und nicht zuletzt das Entstehen eines Tourismus- und Freizeitgewerbes wären ohne technische Innovationen im Verkehr und ohne massive Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur sicherlich nicht möglich gewesen. Die Wechselwirkungen zwischen Wirtschaftswachstum und Verkehrsentwicklung waren insbesondere in der Aufbauphase der Bundesrepublik Deutschland besonders stark: Beide wiesen annähernd gleiche Wachstumsraten auf. In den 80er Jahren blieb die Verkehrsentwicklung hinter dem Wirtschaftswachstum zurück, verzeichnete aber weiterhin erhebliche Zuwachsraten. Seit der deutschen Vereinigung wächst der Personenverkehr in Deutschland geringer als das Inlandsprodukt: Das Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen lag 1997 um rund 8 % höher als 1991, die Anzahl der beförderten Personen stieg im gleichen Zeitraum um rund 7 %, die Beförderungsleistung um knapp 6 %. Im Güterverkehr dagegen ist die Beförderungsleistung um rund 14 % und damit wesentlich stärker als das Inlandsprodukt gestiegen, die beförderte Gütermenge wuchs dagegen nur um rund 6 %.

Über lange Zeit herrschte fast ausschließlich eine positive Grundeinstellung zum Verkehr vor. Im Verlauf der letzten Jahrzehnte führten allerdings Belastungen wie Flächenverbrauch für Verkehrsinfrastruktur, Energieverbrauch, Luftverschmutzung, Lärm sowie Todesopfer, Verletzte und Sachschäden durch Verkehrsunfälle zu immer mehr Kritik. Die negativen Auswirkungen des Verkehrs werden nicht mehr als unvermeidbar akzeptiert. Im Mittelpunkt der Kritik steht vor allem der Straßenverkehr, aber auch immer mehr der Luftverkehr. Eisenbahn, Binnenschiff und Seeschiff werden dagegen als relativ umweltfreundliche Transportmittel betrachtet. Es ist daher erklärtes politisches Ziel, möglichst viel Straßen- und Luftverkehr auf Schiene und Wasserstraßen zu verlagern. Im Sinne eines integrierten Verkehrssystems sollen da-

bei die verschiedenen Verkehrsträger und -netze miteinander verknüpft werden, um die Kapazität des gesamten Verkehrsnetzes und die spezifischen Vorteile der einzelnen Verkehrsträger besser zu nutzen.

17.2 Verkehrsinfrastruktur

Für die Wettbewerbsfähigkeit einer modernen Volkswirtschaft ist eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur von zentraler Bedeutung. Frühzeitig wurde in der Bundesrepublik Deutschland, für deren Wirtschaftswachstum seit ihrer Gründung der internationale Handel eine bedeutende Rolle spielt, die öffentliche, d. h. jedermann zu gleichen Bedingungen zugängliche Verkehrsinfrastruktur als wichtiger Standortfaktor erkannt und entsprechend finanziell gefördert. Im Vordergrund stand zunächst der Verkehrswegeausbau für den Güterverkehr. Der steigende Wohlstand breiter Bevölkerungskreise führte bald zu einer massiven Zunahme des Pkw-Individualverkehrs. Dieser Entwicklung wurde durch einen prioritären Ausbau des Straßennetzes Rechnung getragen, was wiederum zur Vernachlässigung des Schienenverkehrs, verbunden mit Streckenstilllegungen vor allem in ländlichen Gebieten führte. So betrug 1990 die Streckenlänge der Eisenbahnen des öffentlichen Verkehrs auf dem Gebiet des früheren Bundesgebietes etwa 30 000 km, zu Beginn der fünfziger Jahre waren es noch über 38 000 km. Die Deutsche Reichs-

Tab. 1: Länge der innerdeutschen Verkehrswege¹

Art der Verkehrswege	1960	1970	1980	1990	1991	1995	1998
	1 000 km						
Straßen							
Straßen des überörtlichen Verkehrs	135,3	162,3	171,5	173,9	226,5	228,6	231,1
dar. Autobahnen	2,5	4,1	7,3	8,8	10,9	11,1	11,3
Gemeindestraßen	227	270	308	325		413 ²	413 ²
Schienenstrecken							
Eisenbahnstrecken	36	33,1	31,6	29,9	44,1	45,1	42,0 ³
dar. elektrifiziert	4,2	8,9	11,5	12,0	16,6	18,9	19,1 ³
Straßen-, Stadt- und U-Bahnstrecken	3,2	2,1	1,9	1,9	2,9	2,9	3,1
Bundeswasserstraßen							
Insgesamt	4,5	4,4	4,4	4,4	7,3	7,5	7,5
Rohrfernleitungen							
Rohölleitungen	0,5	1,6	1,6	1,7	2,7	2,7	2,4 ³
Mineralölproduktleitungen	–	0,5	0,5	0,5	0,6	0,7	0,6 ³

1 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, bis 1960 ohne Saarland und Berlin-West; ab 1991 Deutschland.

2 Stand: 1. 1. 1993.

3 Stand: 31. 12. 1997.

bahn brachte in das vereinte Deutschland ein Streckennetz von etwa 14 000 km ein. Bis Ende 1997 hat sich der Gesamtumfang des Eisenbahnnetzes auf 42 000 km verringert. In das verbliebene Netz wird seit einigen Jahren wieder verstärkt investiert. So erhöhte sich der km-Anteil elektrifizierter Strecken von 37,6 % (1991) auf 45,5 % Ende 1997.

Das Straßennetz des überörtlichen Verkehrs (Autobahnen, Bundes-, Landes- und Kreisstraßen) hat heute eine Länge von etwa 231 000 km, davon entfallen über 11 000 km (ca. 5 %) auf Autobahnen. Damit verfügt Deutschland nach den USA über das längste Autobahnnetz der Welt. Im Verlauf des vergangenen Jahrzehnts begann sich mehr und mehr die Erkenntnis durchzusetzen, dass eine Ausweitung des Straßennetzes zur Bewältigung des Lkw-Güterverkehrs und des Pkw-Individualverkehrs weiteren Straßenverkehr nach sich ziehen würde und damit zu einer

Tab. 2: Entwicklung der Verkehrsausgaben des Bundes

Jahr ¹	Verkehrsausgaben insgesamt Mill. DM	In % der Gesamtausgaben	Darunter	
			für Bundesfernstraßen Mill. DM	in % der Verkehrsausgaben
1950	526	4,4	206	39,2
1960	3 600	8,7	1 700	47,2
1970	11 192	12,7	5 108	45,6
1980	24 283	11,2	6 830	28,1
1990	25 959	8,3	6 724	25,9
1995	52 570	11,3	10 658	20,3
1996	49 726	10,9	10 170	20,5
1997	42 843	9,7	10 164	23,7

1 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, 1950 ohne Saarland und Berlin-West; ab 1995 Deutschland.

„Kette ohne Ende“ führen könnte. Der Straßenneubau wurde zunehmend auf Instandsetzung und punktuelle Ausbaumaßnahmen des vorhandenen Netzes, z. B. Lückenschlüsse, den Bau von Ortsumgehungen oder von dritten Spuren auf Autobahnen, eingeschränkt. Anstelle der Straßeninfrastruktur rückte die Sanierung und Modernisierung des Schienennetzes der Eisenbahnen in den Vordergrund der Verkehrsinfrastrukturpolitik. Neben der Elektrifizierung bestehender Eisenbahnstrecken wurde der Bau eines Hochgeschwindigkeitsnetzes in Angriff genommen und hauptsächlich in den 90er Jahren vorangetrieben. Dieses Netz, das seit ca. 10 Jahren insbesondere in Nord-Süd-Richtung in Betrieb ist, wurde im September 1998 um den Abschnitt Hannover–Berlin (264 km) ergänzt; derzeit wird u. a. an der neuen Streckenverbindung Köln–Frankfurt gebaut, deren Fertigstellung für den Anfang des nächsten Jahrtausends vorgesehen ist. Das Netz ermöglicht mit InterCityExpress-Zügen Reisegeschwindigkeiten von 250 Stundenkilometern und mehr und hat sich zwischenzeitlich zu einer ernst zu nehmenden Konkurrenz für den innerdeutschen Flugverkehr entwickelt.

Im Zuge der deutschen Einheit und der Grenzöffnungen zu Osteuropa musste die Verkehrspolitik neue Schwerpunkte der Verkehrsinfrastrukturplanung setzen und grundlegende Änderungen vornehmen. Im Vergleich zum früheren Bundesgebiet war das Verkehrswegenetz der ehemaligen DDR unterentwickelt und zudem in einem schlechten Zustand, so dass es den Anforderungen einer modernen Gesellschaft nur unzureichend gerecht wurde. Auch der zeitlich mit der Deutschen Einheit zusammenfallende politische und ökonomische Wandel in Osteuropa hat Deutschland weitaus stärker als früher zu einer Drehscheibe der Verkehrsströme in der Mitte Europas gemacht. Zusätzlich zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur innerhalb der neuen Bundesländer wurde auch dem Neu- und Ausbau von über das Gebiet der neuen Länder verlaufenden Ost-West-Verkehrsverbindungen eine hohe Priorität eingeräumt. Seit 1991 finanziert der Bund mit Priorität 17 besonders wichtige Vorhaben: die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit. Dazu zählen 7 Straßenverkehrsprojekte, 9 Schienenverkehrsprojekte – u.a. die bereits erwähnte Strecke Hannover–Berlin – sowie der Ausbau der Wasserstraßenverbindung Hannover–Magdeburg–Berlin zu einer leistungsfähigen europäischen Wasserstraße mit dem Wasserstraßenkreuz Magdeburg als wichtigstem Teilprojekt.

Neben Straßen, Schienen und Binnenwasserstraßen zählen zur Verkehrsinfrastruktur auch Bahnhöfe, Terminals des kombinierten Verkehrs, Flughäfen, Binnenhäfen, Seehäfen und Rohrleitungen, die erst in ihrer Gesamtheit ein modernes Verkehrssystem bilden. In diesem Jahrzehnt wurde mit dem 1992 eröffneten Main-Donau-Kanal eine durchgehende „nasse“ Verkehrsverbindung zwischen der Nordsee und dem Schwarzen Meer geschaffen. Im selben Jahr wurde der neue Flughafen München in Betrieb genommen, der sich schnell zu einem weiteren Drehkreuz des stark wachsenden internationalen Luftverkehrs auf deutschem Boden entwickelt hat. 1995 sind die Start- und Landebahnen des Flughafens Stuttgart dem heutigen Standard eines internationalen Flugplatzes angepasst worden. Weiterhin wurde entschieden, den Flughafen Schönefeld am südlichen Rand von Berlin zu einem Großflughafen auszubauen, der mittelfristig auch den Flugverkehr des Flugplatzes Berlin-Tempelhof und längerfristig den des Flughafens Berlin-Tegel vollständig übernehmen soll. Ein weiteres Großprojekt der Verkehrsentwicklung ist der Bau der Magnetschwebebahn Transrapid zwischen Hamburg und Berlin.

Maßnahmen zur effizienten Nutzung der Gesamtinfrastruktur werden u. a. in der Förderung des Kombinierten Verkehrs, in der Initiative „from Road to Sea“ und im Einsatz der Verkehrstelematik gesehen. Beim Kombinierten Verkehr übernehmen Eisenbahnen und Binnenschiffe den Ferntransport, Lkw dagegen das Sammeln bzw. Verteilen der Güter im Nahverkehr. „From Road to Sea“ bedeutet die Verlagerung von Transporten vor allem von der Straße auf die Küstenschifffahrt. Kombinierte Verkehr und „from Road to Sea“ zielen auf einen veränderten Modal Split hin zu umweltfreundlicheren Verkehrsträgern. Mit Verkehrstelematik, d.h. dem Einsatz von Telekommunikations- und Informationstechnologie im Verkehrsbereich, wird daneben vor allem die effiziente Auslastung sowie die Vernetzung von

Verkehrswegen und -mitteln und damit u.a. eine Verbesserung des Verkehrsflusses und der Verkehrssicherheit auf der bestehenden Infrastruktur angestrebt.

Auch die Länder, Kreise und Kommunen beteiligen sich an den Kosten für Instandhaltung und Ausbau der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur, die finanzielle Hauptlast trägt aber nach wie vor der Bund. Der Mitte 1993 vom Deutschen Bundestag beschlossene Bundesverkehrswegeplan 1992 – die erste gesamtdeutsche Planung, die derzeit noch die Grundlage der Verkehrsinfrastrukturförderung des Bundes darstellt, im Zuge des Regierungswechsels 1998 mit dem Ziel eines integrierten Gesamtverkehrskonzepts aber zügig überarbeitet werden soll – geht von einem Investitionsvolumen von 454 Mrd. DM bis zum Jahr 2012 aus. Dabei wurde erstmals der Schiene Vorrang vor der Straße eingeräumt. Daneben waren – außerhalb des Bundesverkehrswegeplans 1992 – weitere Investitionsmittel bis 2012 in Höhe von 82,6 Mrd. DM als Finanzierungshilfen für Investitionen im öffentlichen Personennahverkehr und im kommunalen Straßenbau sowie 2,7 Mrd. DM für andere Bereiche vorgesehen. Ein Teil der Verkehrsinfrastrukturprojekte ist wegen zunehmender Finanzierungsprobleme bereits zeitlich gestreckt worden, weitere Verzögerungen als Folge einer restriktiven Haushaltspolitik sind absehbar.

Tab. 3: Bundesverkehrswegeplan 1992
geplante Investitionen 1991–2012

Verkehrszweige	Investitionen	
	Mrd. DM	%
Bundesfernstraßen	209,6	46,2
Eisenbahnnetz	213,6	47,1
Bundeswasserstraßen	30,3	6,7
Insgesamt	453,5	100,0

Parallel zur nationalen Verkehrspolitik fördert die Europäische Union im Rahmen des TEN-Programms (TEN = Transeuropäische Netze) den Ausbau einer staatenübergreifenden Verkehrsinfrastruktur. Der Schwerpunkt des Programms, das sich aus einer größeren Zahl von Einzelprojekten mit jeweils erheblichem Investitionsvolumen zusammensetzt, liegt auf Straßen- und Schienenverbindungen zwischen West- und Osteuropa, weil auf diesen Routen der stärkste Verkehrszuwachs erwartet wird.

17.3 Fahrzeugbestände

Anzahl und Struktur inländischer Fahrzeugbestände sind ein wichtiger Maßstab für die Mobilität einer Volkswirtschaft. Angesichts des heutigen hohen Anteils von ausländischen Fahrzeugen am inländischen Verkehr lässt sich aber nur mit großen Unsicherheiten von Änderungen inländischer Fahrzeugbestände auf entspre-

chende Entwicklungen des Verkehrsvolumens schließen. Hinzu kommt in der Schifffahrt und in der Luftfahrt, dass zahlreiche von inländischen Unternehmen eingesetzte Schiffe bzw. Flugzeuge nicht im Inland, sondern im Ausland registriert und somit nicht in inländischen Fahrzeugbeständen enthalten sind.

Mitte 1998 waren in Deutschland 49,6 Mill. Kraftfahrzeuge (Pkw, Lkw, Sattel-schlepper, Omnibusse, Motorräder und sonstige Krafträder) zugelassen. 41,7 Millionen Fahrzeuge (84 %) zählten zur Gruppe der Pkw. Seit 1996 finden – rein rechnerisch – alle Einwohner Deutschlands auf den Vordersitzen aller Pkws Platz.

Tab. 4: Kraftfahrzeugbestand
in 1 000

Jahr ¹	Zulassungspflichtige Kraftfahrzeuge				
	Insgesamt	darunter			
		Personen- kraft- wagen	Kraft- räder	Kraft- omnibusse Obusse	Last- kraft- wagen
1950	2 021	540	930	15	385
1960	8 004	4 489	1 892	33	681
1970	16 783	13 941	229	47	1 028
1980	27 116	23 192	738	70	1 277
1990	35 748	30 685	1 414	70	1 389
1995	47 486	40 404	2 267	86	2 215
1996	48 342	40 988	2 470	85	2 273
1997	49 019	41 372	2 717	84	2 315
1998	49 586	41 674	2 926	83	2 371

1 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, 1950 ohne Saarland und Berlin-West; ab 1995 Deutschland.

Im früheren Bundesgebiet stieg die Zahl der Lkw (einschl. Sattelzugmaschinen) zwischen 1950 und 1990 auf das Dreieinhalbfache, die Pkw-Zahl nahm in diesem Zeitraum auf mehr als das Fünzigfache zu. Im Jahr 1962 besaß lediglich jeder vierte Haushalt im früheren Bundesgebiet mindestens einen Pkw, im Jahr 1993 waren es 74 % der Haushalte.

In der ehemaligen DDR bestimmte der Trabant, von 1957 bis zum 30. April 1991 fast 3,1 Mill. mal gebaut, wesentlich das Straßenbild. Über 50 % des Pkw-Bestandes waren „Trabis“. Der Durchschnittsbürger musste von der Bestellung seines Pkw bis zur Auslieferung 10 bis 15 Jahre warten. Das Alter der Pkw belief sich durchschnittlich auf über 13 Jahre. In den neuen Bundesländern, in denen die Pkw-Dichte vor der Maueröffnung im Jahr 1989 lediglich 237 Fahrzeuge je 1 000 Einwohner (50 % des Westniveaus) betragen hatte, bestand im Vergleich zum früheren Bundesgebiet daher ein sehr großer Nachholbedarf, der vor allem in den ersten Jahren nach dem Fall der Mauer mit äußerst hohen Wachstumsraten ab-

gebaut wurde. Mitte 1997 wurde in den neuen Ländern und Berlin-Ost ein Pkw-Bestand von 7,1 Mill. Fahrzeugen registriert, dies entspricht 463 Pkw je 1 000 Einwohner und damit knapp über 90 % des westdeutschen Niveaus von 514 Pkw je 1 000 Einwohner. Im Jahr 1998 konnten 70 % der Haushalte in den neuen Bundesländern über mindestens einen eigenen Pkw verfügen, im früheren Bundesgebiet waren es 76 %. Der Pkw-Bestand wächst weiter, allerdings hat sich das Wachstum in den letzten Jahren verlangsamt (1998: + 0,7 %). Einen regelrechten Boom erlebten dagegen Krafträder: ihre Anzahl lag Mitte 1998 um fast 850 000 Motorräder, Roller, Leichtkrafträder etc. (+ 40 %) höher als Mitte 1994.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung vertrat in einer im Jahr 1994 veröffentlichten Prognose über die Pkw-Bestandsentwicklung in Deutschland bis zum Jahr 2010 die Auffassung, dass ein Ende der Motorisierungszunahme vorerst noch nicht in Sicht sei. Das Institut rechnete mit einem Anstieg des Pkw-Bestandes bis zum Ende des nächsten Jahrzehnts auf rund 50 Mill. Fahrzeuge. Vier von fünf Haushalten werden im Jahr 2010 mindestens einen Pkw besitzen, nahezu jeder vierte Haushalt wird dann mit zwei oder mehr Pkw ausgestattet sein.

Der Fahrzeugpark im Eisenbahnverkehr des früheren Bundesgebietes ist seit den fünfziger Jahren kontinuierlich geschrumpft, wobei der Bestand an Personenwagen im Zeitraum 1950 bis 1990 auf weniger als die Hälfte verringert wurde. Ein weiterer Teil der Waggons wurde durch Fahrzeuge mit mehr Sitzplätzen ersetzt, so dass die Sitzplatzkapazität in dieser Zeitspanne lediglich um etwa ein Drittel abgenommen hat. Auch die Zahl der im früheren Bundesgebiet eingesetzten Lokomotiven und Triebwagen halbierte sich zwischen 1950 und 1990. Dieser Bestandsabbau ging ebenfalls einher mit der Inbetriebnahme leistungsfähigerer Triebfahrzeuge. Seit den sechziger Jahren vollzog sich der Übergang von der Dampflokomotive auf Lokomotiven mit Elektro- oder Dieselantrieb. Die noch im Jahre 1960 im früheren Bundesge-

Tab. 5: Bestand an Schienenfahrzeugen
Anzahl

Jahr ¹	Eisenbahn-Fahrzeuge			Straßenbahn-, Stadtschnell- u. U-Bahn-Fahrzeuge	
	Lokomotiven, Triebwagen, Triebköpfe	Güter- waggons	Personen- wagen	Straßen- bahnen	Stadtschnell- u. U-Bahnen
1950	13 700	270 000	25 100	10 200	400
1960	12 000	272 700	21 800	11 700	1 400
1970	8 900	282 500	18 400	6 600	1 600
1980	8 900	285 400	14 900	4 400	2 400
1990	7 300	206 900	11 800	2 900	3 500
1995	13 400	178 500	14 800	6 200	4 100
1996	13 100	167 300	14 200	6 100	4 300
1997	12 800	150 600	16 100	5 700	4 300

¹ Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, 1950 ohne Saarland und Berlin-West; ab 1995 Deutschland.

biet eingesetzten 7 700 Dampflokomotiven sind aus dem heutigen normalen Zugbetrieb völlig verschwunden. In den neuen Bundesländern wurden mehrere Dutzend noch regelmäßig genutzte Dampfloks erst im Laufe der letzten Jahre ausrangiert.

Zahlreiche Großstädte – vor allem im früheren Bundesgebiet – schafften in den sechziger und siebziger Jahren ihre Straßenbahnen ab und bauten stattdessen das Straßennetz für den Individualverkehr aus oder ersetzten die Straßenbahnen durch Omnibuslinien. Im Laufe des vergangenen Jahrzehnts begann ein Umdenkungsprozess, der zu einer Neubewertung der Rolle von Straßenbahnen und ihrer speziellen Varianten – der Stadtschnellbahnen und U-Bahnen – in den Förderprogrammen zum Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und zur Zurückdrängung des motorisierten Individualverkehrs führte. Städte mit einem noch einigermaßen intakten und flächendeckenden Straßenbahnnetz modernisieren seitdem ihre Gleise und vor allem ihren Fahrzeugpark mit hohem Aufwand. Die Zahl der Straßenbahnfahrzeuge hat in den letzten Jahren abgenommen, ein großer Teil der verbleibenden Fahrzeuge ist aber grundlegend modernisiert, durch größere Neufahrzeuge ersetzt oder durch Stadt- und U-Bahnen abgelöst worden. Auch hat das Angebot an Fahrzeugen in Niederflurbauweise, die ein komfortables Ein- und Aussteigen ermöglichen, stetig zugenommen.

Der zur deutschen Flagge zählende Binnenschiffsbestand ist im früheren Bundesgebiet seit den sechziger Jahren stetig verringert worden und hat auch nach der Deutschen Einheit – also einschließlich der Binnenschiffsflotte der ehemaligen DDR – nicht mehr die Größenordnung der Nachkriegszeit erreicht. Betrachtet man die Struktur des Schiffsbestandes näher, so zeigt sich, dass hauptsächlich veraltete, kleine und nicht flexibel einsetzbare Binnenschiffe aus dem Verkehr ge-

Tab. 6: Schiffsbestand
Anzahl

Jahr ¹	Binnenschiffe				Seeschiffe (Handelsschiffe) ²		
	Frachtschiffe		Schub- u. Schleppschiffe	Passagierschiffe	Trockenfrachter	Tanker	Passagierschiffe
	Motorschiffe	Leichter, Kähne u. Schuten					
1950	1 958	3 477	913	494	1 595	38	104
1960	4 560	2 931	788	491	2 434	103	169
1970	5 190	1 146	448	515	2 315	131	178
1980	3 190	622	341	470	1 211	138	146
1990	2 207	516	267	471	858	94	112
1995	1 833	1 290	456	681	570	68	136
1996	1 756	1 277	451	694	552	62	136
1997	1 653	1 273	451	706	588	49	132

1 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, bis 1955 ohne Saarland und Berlin-West; ab 1995 Deutschland.

2 1950–1970: Schiffe mit mehr als 17,65 BRZ (= Bruttoreaumzahl); ab 1980: Schiffe mit mehr als 100 BRZ.

nommen wurden. Die heute eingesetzten Binnenschiffe sind wesentlich leistungsfähiger als früher. Sie verfügen über eine höhere Ladekapazität und Motorleistung, weisen teilweise eine größere Transportsicherheit auf (z. B. Doppelhüllen-Tankschiffe) und sind meistens mit Radar für einen Betrieb „rund um die Uhr“ ausgestattet. Die Zahl der Spezialschiffe u. a. für Containertransporte und Roll-on-roll-off-Ladungen nimmt seit Jahren stetig zu.

Wie in der Binnenschifffahrt ist auch im Seeverkehr eine kontinuierliche Verringerung des Schiffsbestandes unter deutscher Flagge bei gleichzeitiger Modernisierung der Flotte feststellbar. Im Unterschied zur Binnenschifffahrt hat zur Abnahme des Seeschiffsbestandes auch das Ausflaggen von Schiffen, d. h. die Registrierung der Schiffe in einem anderen Staat, beigetragen. Die ausgeflaggten (unter fremder Flagge fahrenden) Schiffe werden im Regelfall weiterhin unter deutschem Management bzw. deutschem wirtschaftlichen Einfluss betrieben.

Tab. 7: Luftfahrzeugbestand des zivilen Luftverkehrs
Anzahl

Jahr ¹	Ins- gesamt ²	Flugzeuge mit einem Startgewicht				Hub- schrau- ber
		bis 2 t	über 2 t bis 20 t	über 20 t		
				zusam- men	darunter mit Strahl- turbinen	
1960	1 111	975	83	38	4	14
1970	3 792	3 263	288	115	100	126
1980	7 769	6 565	685	153	146	366
1990	9 158	7 702	682	306	284	468
1995	12 208	9 856	1 111	444	401	797
1996	12 244	9 874	1 127	445	402	798
1997	12 263	10 102	908	476	441	777

1. Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, 1950 ohne Saarland und Berlin-West; ab 1995 Deutschland.

2. Nur motorisierte Luftfahrzeuge (ohne Luftschiffe).

Die Fahrzeugbestandsentwicklung in der Luftfahrt ist in den vergangenen Jahrzehnten ähnlich dynamisch wie im Straßenverkehr verlaufen. Wie im Straßenverkehr ist auch im Luftverkehr eine überdurchschnittliche Zunahme derjenigen Fahrzeugtypen zu beobachten, die ausschließlich oder überwiegend privat, d. h. zur aktiven Freizeitgestaltung genutzt werden. Es handelt sich vor allem um kleine ein- und zweimotorige Flugzeuge sowie um Motorsegler. Die nächstgrößere Klasse der Flugzeuge (bis 20 Tonnen Startgewicht) wird hauptsächlich für Geschäftsflüge eingesetzt; bei dieser Größenklasse kam es seit Vorliegen gesamtdeutscher Zahlen erstmals 1997 zu einem nennenswerten Bestandsrückgang (- 19,4 %) gegenüber dem Vorjahr. Flugzeuge der höchsten Gewichtsklasse, die heute nahezu ausnahmslos über Turbinenantrieb verfügen, werden von der ge-

werblichen Luftfahrt zur Beförderung von Personen, Fracht und Post eingesetzt. Im Bereich des Arbeitsflugs – hierzu zählen neben dem Einsatz von Flugzeugen im Hochbau oder in der Landwirtschaft auch Verkehrsüberwachungs- und Rettungsflüge – hat sich der Hubschrauber als dominierendes Fluggerät durchgesetzt.

17.4 Verkehrsleistungen

Maßeinheiten für Verkehrsleistungen sind im Personenverkehr die Anzahl der Fahrten (beförderte Personen) sowie die in Personenkilometern (Pkm) gemessene Beförderungsleistung, d. h. das Produkt aus der Zahl der Fahrten und der zurückgelegten Entfernung, und im Güterverkehr die Menge der beförderten Güter in Tonnen (t) sowie die in Tonnenkilometern (tkm) gemessene Beförderungsleistung.

17.4.1 Beförderungen im Personenverkehr

Der Pkw ist das beherrschende Verkehrsmittel im Personenverkehr in Deutschland. Im früheren Bundesgebiet wurden schon ab Mitte der 50er Jahre mehr Fahrten mit dem eigenen Pkw als mit öffentlichen Verkehrsmitteln unternommen, im Jahr 1990 waren es 84 % aller Fahrten.

Auch die Deutsche Einheit bewirkte keine Trendumkehr im Personenverkehr. In den neuen Bundesländern, in denen zu DDR-Zeiten kein dem Westen vergleichbares Wachstum des Pkw-Individualverkehrs zugelassen worden war, musste der öffentliche Personenverkehr vor allem bis 1993 massive Rückgänge hinneh-

Tab. 8: Personenverkehr der Verkehrszweige

Jahr ¹	Beförderte Personen						
	Motorisierter Individualverkehr		Öffentlicher Straßenpersonenverkehr		Eisenbahnverkehr ²		Luftverkehr
	Mill.	Mrd. Pkm ³	Mill.	Mrd. Pkm ³	Mill.	Mrd. Pkm ³	Mill.
1950	4 300	30,7	4 367	25,0	1 470	31,9	0,4
1960	15 300	161,7	6 418	48,5	1 400	40,9	4,9
1970	23 120	350,6	6 170	58,4	1 053	39,2	21,3
1980	34 209	477,4	6 730	73,9	1 167	41,0	35,9
1990	38 600	601,8	5 878	65,0	1 172	44,6	62,6
1991	46 774	713,5	7 861	83,5	1 530	57,0	62,4
1995	49 640	742,9	7 873	77,0	1 656	63,6	90,0
1996	49 756	744,3	7 835	76,7	1 734	64,8	93,2
1997	50 523	754,8	7 838	76,3	1 735	64,0	99,3

1 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, 1950 ohne Saarland und Berlin-West; ab 1991 Deutschland.

2 Bis 1980 ohne S-Bahnverkehr in Berlin-West.

3 Personenkilometer im Inland.

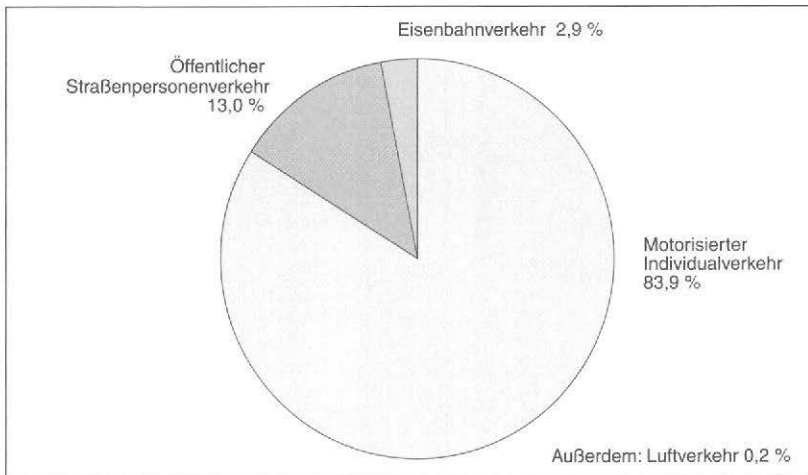
men, während Fahrten mit dem Pkw parallel dazu in kürzester Zeit stark zunahmen. Insgesamt entfiel 1997 in Deutschland auf Fahrten mit dem Pkw mit knapp 84 % ein fast wieder genau so hoher Anteil am gesamten Personenverkehr wie im früheren Bundesgebiet kurz vor der Deutschen Einheit.

1997 wurden im motorisierten Individualverkehr mit Pkw und Motorrädern 50,5 Mrd. Fahrten unternommen. Die Zunahme von 8 % gegenüber 1991 ist nicht zuletzt zurückzuführen auf die immer noch steigende Motorisierung der privaten Haushalte im früheren Bundesgebiet und vor allem in den neuen Ländern.

Von den 9,7 Mrd. Fahr- und Fluggästen des öffentlichen Personenverkehrs nutzten rund 80 % den öffentlichen Straßenpersonenverkehr mit Straßen-, Stadt- und U-Bahnen sowie mit Omnibussen. Hier wurden 1997 etwas mehr Fahrgäste als 1996, aber geringfügig weniger als 1991 befördert. Einen starken und stetigen Aufwärtstrend weist dagegen der Luftverkehr auf mit 1997 knapp 100 Mill. Fluggästen, 60 % mehr als 1991. Auch die Beförderungszahlen im Eisenbahnverkehr stiegen von 1991 bis 1997 kontinuierlich leicht an, 1998 endete jedoch dieser Trend. Im Nahverkehr beförderten die Eisenbahnen etwa 3 % weniger Fahrgäste als im Vorjahr.

Abzuwarten ist, ob mit der Bahnreform, die im Jahr 1999 mit der Verselbstständigung von Betriebsteilen der Deutschen Bahn AG fortgeführt wurde und die auch eine Regionalisierung des Schienenpersonennahverkehrs einschließt, sowie mit einer massiven finanziellen Förderung des öffentlichen Straßenpersonenverkehrs, dauerhaft Marktanteilsgewinne zugunsten des Bereichs der öffentlichen Verkehrsmittel erzielt werden können. Glaubt man den Prognosen zur längerfristigen Entwicklung des

Abb. 1: Personenverkehr der Verkehrszweige 1997
Beförderte Personen



Personenverkehrs, so wird die Dominanz des Pkw-Individualverkehrs weiter anhalten, auch wenn bei öffentlichen Verkehrsmitteln mit höheren Wachstumsraten gerechnet wird. Im Rahmen der Erstellung des Bundesverkehrswegeplans 1992 ist folgende Entwicklung der Beförderungsleistungen (Pkm) im Personenverkehr für den Zeitraum 1991 bis 2010 prognostiziert worden:

- Pkw (einschl. motorisierte Zweiräder): + 19 %
- Omnibusse, Straßen-, Stadt- und U-Bahnen: + 41 %
- Eisenbahn (einschl. S-Bahn): + 66 %

Die den physischen Personenverkehr ersetzende Telekommunikationsdienste (z. B. Telearbeit) werden in Zukunft voraussichtlich an Bedeutung gewinnen: Ob und wie weit sie das weitere Wachstum des Personenverkehrs auf absehbare Zeit aber dämpfen können, ist derzeit schwierig zu beurteilen.

17.4.2 Beförderungen im Güterverkehr

Vor hundert Jahren – im Jahr 1896 – wurde der erste speziell für Güterbeförderungen konstruierte Lastkraftwagen zugelassen. Lkw verdrängten binnen kurzer Zeit die bis dahin vorherrschenden Pferdefuhrwerke. Heute dominiert der Lkw im Fernverkehr und ist im Nahverkehr nahezu konkurrenzlos.

In der Vergangenheit wurde der Lkw-Einsatz durch zahlreiche Reglementierungen quantitativ begrenzt. Insbesondere Anfang der 90er Jahre kam es jedoch zu wichtigen Liberalisierungsmaßnahmen, allerdings bestanden noch bis zum Inkraft-Treten des neuen Güterkraftverkehrsgesetzes 1998 Einschränkungen in Form von Kontingenten, Konzessionen und der Nahzonenregelung. Es ist sicherlich nicht zuletzt auf diese administrativen Reglementierungen zurückzuführen, dass bis Anfang der 80er Jahre im früheren Bundesgebiet mehr Güter mit der Bahn

Tab. 9: Güterverkehr der Verkehrszweige

Jahr ¹	Eisenbahn- verkehr		Binnenschiff- fahrt		See- verkehr	Luft- verkehr
	Mill. t	Mrd. tkm ²	Mill. t	Mrd. tkm ²	Mill. t	Mill. t
1950	208,8	34,9	71,9	16,7	25,7	0,0
1960	317,1	53,1	172,0	40,4	77,2	0,1
1970	378,0	71,5	240,0	48,8	131,9	0,4
1980	350,1	64,9	241,0	51,4	154,0	0,7
1990	303,7	61,8	231,6	54,8	143,5	1,3
1991	401,3	82,2	230,0	56,0	149,7	1,4
1995	326,6	70,9	237,9	64,0	198,0	1,8
1996	309,3	67,7	227,0	61,3	202,5	1,9
1997	316,7	72,9	233,5	62,2	209,5	2,0

¹ Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, 1950 ohne Saarland und Berlin-West; ab 1991 Deutschland.

² Tonnenkilometer im Inland.

als im Lkw-Fernverkehr transportiert wurden. In den folgenden Jahren baute der Lkw allerdings seinen Marktanteil am gesamten Güterfernverkehr stetig aus, während der Bahnanteil deutlich schrumpfte. Das Binnenschiff als weiterer direkter Konkurrent von Lkw und Eisenbahn im Güterfernverkehr konnte sein Frachtvolumen bis heute in etwa halten, sein Marktanteil ging jedoch auch zurück.

In der ehemaligen DDR waren Güterbeförderungen mit Lkw noch wesentlich stärker als im früheren Bundesgebiet zugunsten von Eisenbahntransporten mengenmäßig beschränkt worden. Die politische Wende brachte ebenso wie im Personenverkehr auch im Güterverkehr den Durchbruch des Straßenfahrzeugs zum dominierenden Verkehrsmittel. Die Eisenbahn musste dagegen insbesondere in den ersten Jahren nach der deutschen Einheit massive Rückgänge ihrer bisherigen Transportmengen hinnehmen, die neben der erfolgreichen Konkurrenz des Lkw aber auch auf Produktionseinschränkungen oder -stilllegungen in wichtigen Gewerbebezügen mit bahnaffinen Gütern insbesondere des Braunkohlebergbaus und der Mineralölindustrie sowie auf das veraltete und schlecht gewartete Schienennetz zurückzuführen waren.

1997 wurden in Deutschland rund 4 Mrd. Tonnen Güter per Lkw, Eisenbahn, Schiff, Flugzeug und in Rohrleitungen transportiert, dabei wurde eine Beförderungsleistung von 450 Mrd. Tonnenkilometern erbracht.

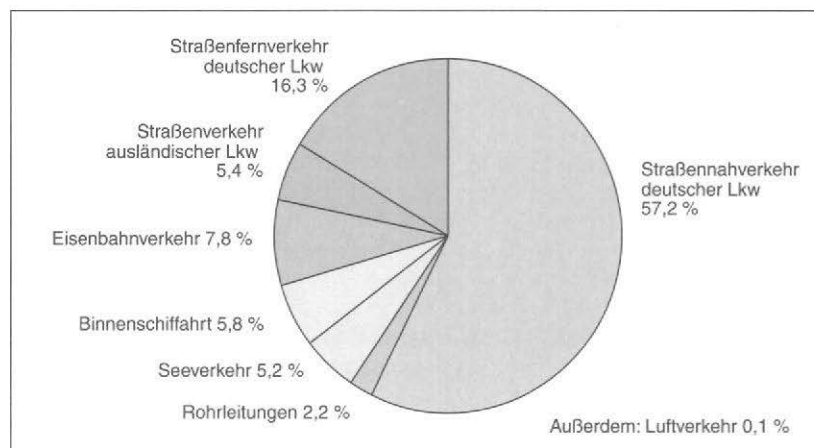
Lkw beförderten 1997 auf deutschen Straßen mit 3,2 Mrd. Tonnen (t) knapp 80 % aller Güter, gefolgt von den Eisenbahnen mit 0,32 Mrd. t und der Binnenschifffahrt mit 0,23 Mrd. t. 1997 war für alle Verkehrsträger mit Ausnahme der Rohölleitungen ein Wachstumsjahr. Auch im mittelfristigen Vergleich mit 1991 liegt die Beförderungsmenge in der Regel höher, eine Ausnahme bilden allerdings die Eisenbahnen. Kontinuierliches Wachstum zeigen See- und Luftverkehr; die insgesamt auf dem Luftweg beförderte Gütermenge ist im Vergleich zu den Transportmengen der anderen Verkehrsträger aber gering.

Transporte auf der Straße erreichten 1994 ihren bisherigen mengenmäßigen Höhepunkt, 1995 mussten aber leichte und 1996 starke Rückgänge der beförderten Mengen im Nahverkehr hingenommen werden. Zurückzuführen ist dies auch auf die konjunkturelle Schwäche der Bauindustrie.

Tab. 10: Straßengüterverkehr

Jahr	Deutsche Lkw				Ausländische Lkw	
	Fernverkehr		Nahverkehr			
	Mill. t	Mrd. tkm	Mill. t	Mrd. tkm	Mill. t	Mrd. tkm
1991	583,0	130,9	2 185,0	65,1	150,7	49,7
1992	600,0	134,4	2 241,0	65,7	158,5	52,3
1993	586,0	131,7	2 358,0	67,4	163,4	52,4
1994	626,9	140,9	2 557,3	72,1	175,9	59,6
1995	628,7	145,4	2 536,5	71,8	181,7	62,5
1996	630,4	147,9	2 377,9	68,3	181,0	64,6
1997	659,8	156,7	2 315,2	66,5	219,9	78,6

Abb. 2: Güterverkehr der Verkehrszweige 1997
Beförderte Gütermenge in t



Bei den Beförderungsleistungen ist das Wachstum der Straße seit 1993 ungebrochen. Die wichtigen Verkehrsträger Eisenbahn und Binnenschiff erbrachten 1997 zwar jeweils mehr Tonnenkilometer als im Vorjahr und die Binnenschifffahrt auch mehr als 1991, beide Verkehrsträger mussten seit der deutschen Einheit aber auch in manchen Jahren Rückgänge hinnehmen.

Die im Zusammenhang mit der Aufstellung des Bundesverkehrswegeplans 1992 erstellte Prognose zur Entwicklung des Güterfernverkehrs im Zeitraum 1991 bis 2010 unterschätzt wahrscheinlich die Entwicklung im Straßengüterfernverkehr. Daneben basieren die prognostizierten Verkehrsleistungen im Güterverkehr auf der Annahme, dass Bahn und Binnenschiff zulasten des Lkw verkehrspolitisch gefördert werden. Folgende Zuwachsraten wurden für die tkm-Leistung prognostiziert:

- Lkw (Fernverkehr): + 46 %
- Binnenschiff: + 84 %
- Eisenbahn: + 126 %

17.5 Verkehrsunfälle

Ein negativer Aspekt des Verkehrs ist die hohe Zahl an Verkehrsoptern, die jährlich verletzt oder getötet werden. So kamen im Jahre 1997 im Eisenbahnverkehr 275 Personen, im Luftverkehr 81 Passagiere und Besatzungsmitglieder, in der Binnenschifffahrt 2 Personen (1996) und auf deutschen Straßen 8 549 Menschen ums Leben.

Mit Abstand die meisten Getöteten und Verletzten wurden bei Straßenverkehrsunfällen registriert: bei rund 381 000 Unfällen mit Personenschaden (+ 2,1 % gegenüber dem Vorjahr) wurden 8 549 Menschen getötet (- 2,4 %) und über 501 000 verletzt (+ 1,6 %). Im Durchschnitt des Jahres 1997 starben bei Unfällen in Deutschland pro Tag 23 Personen im Straßenverkehr, weitere 1 373 wurden verletzt.

Die Zahl der Verkehrstoten war im früheren Bundesgebiet mit 6 067 – seit Einführung der Statistik im Jahre 1953 – noch nie so niedrig wie 1997. Erfreulich ist, dass in den neuen Ländern und Berlin-Ost ein weiterer Rückgang bei der Zahl der Verkehrstoten auf 2 482 (- 5,7 %) ermittelt werden konnte und sich damit der seit

Tab. 11: Straßenverkehrsunfälle
Anzahl

Jahr	Unfälle mit Personenschaden	Getötete ¹	Schwer-verletzte	Leicht-verletzte
1955	-	14 041		392 891
1960	-	16 477		502 316
1970	414 362	21 332		578 032
1980	412 672	15 050		540 916
1990	389 350	11 046		510 931
1995	388 003	9 454	122 973	389 168
1996	373 082	8 758	116 456	376 702
1997	380 835	8 549	115 414	385 680

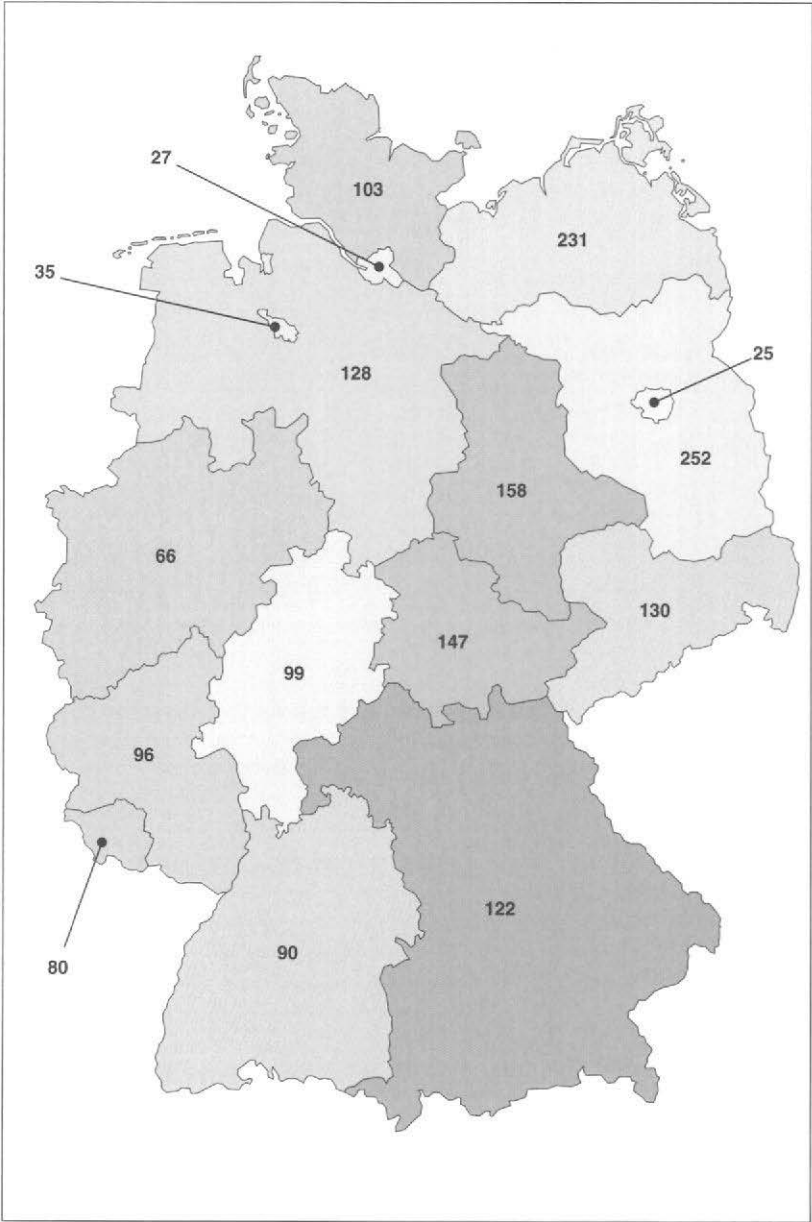
¹ Bis 1970 aus dem Gebiet der ehemaligen DDR innerhalb von 72 Stunden an den Unfallfolgen Gestorbene, ab 1980 innerhalb 30 Tagen Gestorbene.

1992 anhaltende positive Trend fortsetzte. Dennoch starben – bezogen auf 1 Mill. Einwohner – in den neuen Ländern noch fast doppelt so viele Menschen im Straßenverkehr (161) wie im früheren Bundesgebiet (91). Betrachtet man die einzelnen Bundesländer, so kamen in Berlin mit 25 Getöteten pro 1 Mill. Einwohner am wenigsten Menschen um, in Brandenburg mit 252 am meisten.

Die Dominanz des Pkw im Straßenverkehr belegt auch der hohe Anteil der Pkw-Benutzer an den Verkehrsoptionen: 61 % der Verkehrstoten sowie 62 % der Verletzten kamen in einem Pkw zu Schaden. Besonders unfallgefährdet sind die jungen Pkw-Insassen im Alter zwischen 18 und 29 Jahren. Sie stellen 26 % der Verkehrstoten und 25 % der Verletzten. Auch ältere Menschen über 65 Jahren zählen mit 16 % häufig zu den Todesopfern. Besonders Fußgänger ab 75 Jahren sind stark betroffen: Ihr Anteil an allen im Straßenverkehr Getöteten beträgt 4,1 %. Die Zahl der getöteten Kinder unter 15 Jahren erreichte 1997 zwar den niedrigsten Stand seit Einführung der Statistik im Jahr 1953. Trotzdem starben noch 311 (- 13,0 %) Kinder.

Nach wie vor ereignen sich die meisten Unfälle mit Personenschaden innerhalb von Ortschaften (64 %). Aufgrund der Verkehrsdichte und dem häufigen Auftreten der ungeschützten Verkehrsteilnehmer ist die Gefährdung auf innerörtlichen Straßen besonders hoch. Auf die innerhalb der Ortschaften niedrigeren Fahrge-

Abb. 3: Getötete je 1 Mill. Einwohner nach Bundesländern



schwindigkeiten ist es jedoch zurückzuführen, dass hier nur 24 % der Getöteten registriert wurden. Auf den Außerortsstraßen (ohne Autobahnen) ereigneten sich 30 % der Personenschadensunfälle, aber fast zwei Drittel (65 %) der Verkehrsoffer kamen hier ums Leben. Auf den Autobahnen wurden 6,5 % aller Unfälle mit Personenschaden und 11 % der Getöteten gezählt.

Tab. 12: Straßenverkehrsunfälle 1997 in Deutschland
und die dabei Getöteten nach der Ortslage

Ort des Unfalls	Unfälle mit Personen- schaden	Getötete insgesamt	Darunter Kinder unter 15 Jahren
Innerhalb von Ortschaften	243 171	2 064	129
Außerhalb von Ortschaften (ohne Autobahnen)	112 870	5 552	147
Auf Autobahnen	24 794	933	35
Insgesamt	380 835	8 549	311

Als Hauptunfallursachen werden seit Jahren die „nicht angepasste Geschwindigkeit“ und die „Missachtung der Vorfahrt“ festgestellt. Insbesondere bei schweren Unfällen spielt auch der „Alkoholeinfluss“ eine bedeutende Rolle. Einige Unfallursachen zeigen eine deutliche Alters- oder Geschlechtsabhängigkeit. So werden „nicht angepasste Geschwindigkeit“, „Abstandsfehler“ oder „Fehler beim Überholen“ überdurchschnittlich häufig jüngeren Fahrern vorgeworfen, während „Abbiegefehler“ oder „Vorfahrtsmissachtung“ mit steigendem Alter deutlich zunehmen. Frauen verursachen weniger häufig als Männer Unfälle durch „nicht angepasste Geschwindigkeit“, durch „Überholfehler“ oder durch „Alkoholeinfluss“. Sie missachten aber viel öfter die Vorfahrt oder machen Fehler beim Abbiegen.

18 Energie und Rohstoffe

18.1 Energieverbrauch im Wandel

Die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft hängt u. a. von einem kontinuierlichen und gesicherten Energieeinsatz ab. Die Gewinnung der Energiestoffe, ihre Aufbereitung, ihr Transport, die Umwandlung in Endenergie für den Verbrauch und ihre Vermarktung obliegen der Energiewirtschaft. Sie stellt die Versorgung unserer Volkswirtschaft mit Energie sicher. Der Energieverbrauch wird mit Hilfe der so genannten Primärenergie gedeckt, die in der Natur vorkommt bzw. durch technische Prozesse und „Know-how“ vom Menschen nutzbar gemacht wird. Grundlage unserer Energieversorgung bilden nach wie vor die fossilen Primärenergieträger Kohle, Erdöl und Erdgas. Als nichtfossiler Brennstoff hat Uran in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen.

Die in den vergangenen Jahrzehnten festgestellte parallel verlaufende Entwicklung zwischen dem Bruttoinlandsprodukt als Indikator für die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft und dem Energieverbrauch konnte in dieser Eindeutigkeit seit einigen Jahren nicht mehr beobachtet werden.

Auch in der öffentlichen Diskussion hat eine Veränderung stattgefunden. Standen in früheren Jahren Fragen über den Ausbau der Energieversorgung, die Sicherung der zukünftigen Verfügbarkeit und der allgemeine Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen im Mittelpunkt der Erörterungen, so wird nach dem „Erdgipfel“, der zweiten UN-Umweltkonferenz vom 3. bis 14. Juni 1992 in Rio de Janeiro, der globale Klimaschutz, vor allem die Reduzierung der CO₂-Emissionen, als wichtigstes Thema für die Zukunft angesehen. Dieser Grundsatz wurde auch auf der letzten UN-Klimarahmenkonvention, im November 1998 in Buenos Aires, bestätigt. CO₂-Emissionen entstehen bei der Verbrennung fossiler Energieträger. Somit ist diese Frage auch ein Anliegen der Energiewirtschaft. Für die Lösung der aktuellen Klimaproblematik am Beispiel der Energiewirtschaft ist es erforderlich, dass die entsprechenden Maßnahmen ökonomisch, ökologisch und sozial verträglich wirken, um die Wettbewerbsfähigkeit des Produktionsfaktors Energie am Industriestandort Deutschland nicht zu gefährden.

Im Zusammenhang mit der Reduzierung der CO₂-Emissionen kommt der Forderung nach verstärktem Einsatz erneuerbarer Energien gestiegene Bedeutung zu. Zu den erneuerbaren Energien zählen Wind, Sonne, Wasserkraft, Gezeitenenergie, Geothermie und Biomasse. In der Industrie, der Energiewirtschaft und den privaten Haushalten ist mittlerweile eine Reihe von Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität und/oder Wärme aus erneuerbaren Energiequellen in Betrieb. Ihre Anzahl und die aus ihnen erzeugte Strom- und/oder Wärmemenge wird in den nächsten Jahren – bedingt durch zahlreiche staatliche Förderprogramme – noch wachsen.

18.2 Messung des Energieverbrauchs

Zur Messung des Energieverbrauchs lassen sich im Wesentlichen zwei Größen heranziehen: zum einen der Primärenergieverbrauch, zum anderen der Endenergieverbrauch.

Der Primärenergieverbrauch kann von der Entstehungsseite her als Summe aus

- der Gewinnung von Energieträgern im Inland,
- den Bestandsveränderungen sowie
- dem Außenhandelsaldo abzüglich der Hochseebunkerungen

und andererseits von der Verwendungsseite her als Summe aus

- dem Endenergieverbrauch,
- dem Nichtenergetischen Verbrauch sowie dem
- Saldo in der Umwandlungsbilanz

berechnet werden.

Der Primärenergieverbrauch bildet den Verbrauch von Energieträgern vor der Umwandlung ab; über 90 % der hier erfassten Energieträger befinden sich im Rohzustand und werden erst durch Umwandlungsprozesse in einen für Verbrauchszwecke nutzbaren Zustand überführt.

Im Endenergieverbrauch werden der Verbrauch sowohl von Primärenergieträgern als auch von Sekundärenergieträgern, d.h. Energieträgern, die Produkte eines Umwandlungsprozesses sind, bei den Endabnehmern (Industrie, Verkehr, private Haushalte sowie Handel, Gewerbe, öffentliche Einrichtungen und Dienstleistungen) erfasst. Der Einsatz von Energieträgern für nichtenergetische Zwecke (z.B. zur Herstellung von Kunststoffen) sowie zur Stromerzeugung in der Industrie wird hier nicht berücksichtigt.

Eine Unterscheidung beider Größen ist vor allem deshalb notwendig, weil die Primärenergieträger im Rohzustand meist nicht unmittelbar für Verbrauchszwecke nutzbar sind und daher eine Umwandlung durchgeführt werden muss, bei der Energieverluste entstehen. Beispielsweise muss man, um ein Auto zu betreiben, Rohöl in Benzin oder Dieseltreibstoff umwandeln. Der Anteil des Endenergieverbrauchs am Primärenergieverbrauch beträgt etwa zwei Drittel (rund 65 %).

Das vereinfachte Schema der Energiebilanz verdeutlicht die Zusammenhänge:

Primärenergieverbrauch

- Eigenverbrauch im Energiesektor
- Fackel- und Leitungsverluste
- Nichtenergetischer Verbrauch
- = *Endenergieverbrauch.*

Seit 1950 hat sich im früheren Bundesgebiet sowohl der Primär- als auch der Endenergieverbrauch verdreifacht. Zwischen 1950 und 1973, dem Jahr der ersten Ölpreiskrise, stieg der Energieverbrauch im früheren Bundesgebiet kontinuierlich

Tab. 1: Entwicklung des Energieverbrauchs
in Petajoule¹

Jahr	Primärenergie- verbrauch	Endenergie- verbrauch	Jahr	Primärenergie- verbrauch	Endenergie- verbrauch
<i>Früheres Bundesgebiet</i>					
1950	3 971	2 541	1982	10 596	6 888
1960	6 199	4 270	1983	10 689	6 916
1970	9 870	6 751	1984	11 022	7 194
1971	9 948	6 761	1985	11 284	7 389
1972	10 383	7 034	1986	11 338	7 535
1973	11 092	7 442	1987	11 373	7 524
1974	10 723	7 139	1988	11 425	7 438
1975	10 191	6 859	1989	11 219	7 223
1976	10 853	7 293	1990	11 495	7 429
1977	10 912	7 305	1991	11 990	7 828
1978	11 401	7 605	1992	11 917	7 768
1979	11 964	7 892	1993	12 008	7 859
1980	11 436	7 529	1994	11 950	7 774
1981	10 964	7 221			
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>					
1990	3 300	2 011	1993	2 171	1 315
1991	2 471	1 445	1994	2 128	1 269
1992	2 233	1 306			
<i>Deutschland</i>					
1990	14 795	9 440	1994	14 078	9 043
1991	14 461	9 273	1995	14 269	9 322
1992	14 150	9 074	1996 ²	14 738	9 707
1993	14 179	9 174	1997 ²	14 507	9 469

1 1 Petajoule = 10¹⁵ Joule.

2 Vorläufige Angaben.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen, Energiebilanzen der Bundesrepublik Deutschland.

an. Die jährlichen Zuwachsraten (bezogen auf den Primärenergieverbrauch) lagen im Durchschnitt bei 4,5 %. Seither ist die Aufwärtsentwicklung mehrmals unterbrochen worden. Als Folge der ersten Ölpreiskrise ging der Energieverbrauch im früheren Bundesgebiet von 1973 bis 1975 um rund 4,2 % pro Jahr zurück, um dann bis 1979 jährlich um rund 4,1 % zu wachsen. Die zweite Ölpreiskrise führte zu einem erneuten Rückgang (rund 4 % jährlich), der bis 1982 anhielt und an den sich eine erneute Phase moderaten Wachstums des Verbrauchs um etwa 1,1 % im Jahr bis 1995 anschloss.

Seit 1990, dem Jahr der Wiedervereinigung, ist in Deutschland der Primärenergieverbrauch von 14 795 Petajoule auf 14 078 Petajoule (1994) gesunken. Stark redu-

ziert hat sich der Energieverbrauch in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Dort wurden in den Jahren 1990 bis 1992 allein 1 117 Petajoule (34 % des Verbrauchs) eingespart. 1995 ist auch der Energieverbrauch in den neuen Ländern und Berlin-Ost, erstmals seit der Wiedervereinigung, gestiegen. In Deutschland insgesamt hat der Primärenergieverbrauch wieder zugenommen und im Jahr 1997 eine Höhe von 14 507 Petajoule erreicht.

18.3 Primärenergieverbrauch im Ländervergleich

In den Industrieländern bestimmen die kommerziellen Energieträger (Kohle, Mineralöl, Gas, Kernenergie und Wasserkraft) das Bild. Hauptenergiequelle der Dritten Welt ist dagegen eine Kombination kommerzieller und nicht-kommerzieller Brennstoffe: Brennholz und Holzkohle, tierische und pflanzliche Abfallprodukte. Rund 2,5 Mrd. Menschen – knapp die Hälfte der Weltbevölkerung – sind auf diese Energieträger angewiesen.

1997 betrug der kommerzielle Weltprimärenergieverbrauch 8 509,2 Mill. t RÖE (die Tonne Rohöleinheit ist eine theoretische Berechnungseinheit). Die beiden Hauptverbraucher waren die Vereinigten Staaten (25,2 %) und China ohne Hongkong und Taiwan (10,6 %). Den höchsten Pro-Kopf-Verbrauch wiesen die Vereinigten Arabischen Emirate auf (19,50 t RÖE/Einw.), gefolgt von Kuwait (9,59 t RÖE/Einw.), Singapur (8,84 t RÖE/Einw.) und den Vereinigten Staaten (7,89 t RÖE/Einw.). Der durchschnittliche Pro-Kopf-Verbrauch in den Ländern Afrikas lag hingegen bei nur 0,34 t RÖE/Einw. (siehe Tab. 2, Seite 366).

Verfügbarkeit und Preisniveau der Energieträger prägen auch deren Bedeutung, d. h. ihren Beitrag zum gesamten Energieverbrauch. Dies wird beispielsweise deutlich an den hohen Anteilen der Energie aus Wasserkraft in Norwegen, aber auch in Neuseeland, Österreich, Schweden, Kanada und der Schweiz, oder der großen Bedeutung von Kohle in China (ohne Hongkong und Taiwan), Australien, Dänemark und Griechenland sowie in den Staaten Afrikas.

18.4 Rohstoffgewinnung

Deutschland verfügt nur über sehr geringe Rohstoffvorkommen. Ausnahmen bilden lediglich die ergiebigen Lagerstätten von Salz, Steinkohle und Braunkohle. Bei der Versorgung mit allen übrigen Rohstoffen und Energieträgern ist Deutschland weitgehend auf Einfuhren angewiesen.

Braunkohle ist der bedeutendste heimische Energieträger. So wurden 1997 in Deutschland rund 177 Millionen Tonnen, darunter 74 Millionen Tonnen (etwa 42 %) in den neuen Bundesländern, gefördert. Aufgrund der veränderten Wirtschaftslage

Tab. 2: Primärenergieverbrauch im internationalen Vergleich 1997

Land	Je Einwohner in t RÖE ¹	Anteile der Energieträger in %				
		Kohle	Mineralöl	Gas	Kern- energie	Wasser- kraft
<i>Europa</i>	2,444	20,5	41,9	21,1	13,8	2,7
Deutschland	4,143	25,5	40,1	20,9	12,9	0,5
Belgien + Luxemburg	5,743	11,8	49,4	18,6	20,0	0,3
Dänemark	4,040	31,6	51,9	16,5	–	0,0
Finnland	4,512	15,9	44,0	12,5	23,3	4,3
Frankreich	4,173	5,4	37,6	12,8	41,8	2,4
Griechenland	2,614	29,1	69,5	0,0	–	1,5
Großbritannien und Nordirland	3,864	18,0	36,1	34,3	11,3	0,2
Irland	3,287	17,9	55,6	25,6	–	0,9
Italien	2,764	7,1	59,8	30,7	–	2,5
Niederlande	5,415	11,2	46,6	41,5	0,7	0,0
Norwegen	4,743	2,9	49,3	1,4	–	45,9
Österreich	2,892	10,6	49,2	26,3	–	13,6
Portugal	1,816	20,8	71,9	1,1	–	5,6
Schweden	4,919	4,8	38,2	1,6	41,6	13,6
Schweiz	3,436	0,4	51,2	10,0	26,0	12,0
Spanien	2,724	16,3	57,4	10,3	13,2	3,0
<i>Afrika</i>	0,341	35,4	43,1	17,7	1,3	2,5
<i>Amerika</i>	2,280	20,4	42,9	26,1	6,9	3,7
Kanada	7,591	11,7	36,1	29,7	9,4	13,2
Vereinigte Staaten	7,893	24,6	39,5	26,6	8,0	1,4
<i>Asien²</i>	0,666	45,1	38,6	9,5	5,0	1,9
China ³	0,740	75,4	20,5	1,9	0,4	1,8
Taiwan	3,399	29,9	49,9	6,4	12,8	1,1
Indonesien	0,408	7,7	55,8	35,5	–	1,0
Japan	4,030	17,7	52,6	11,6	16,5	1,6
Korea, Republik	3,830	19,4	60,5	8,5	11,4	0,3
Kuwait	9,590	–	48,8	51,2	–	–
Malaysia	1,832	4,2	52,5	41,6	–	1,8
Philippinen	0,297	11,0	86,7	0,0	–	2,4
Singapur	8,840	–	95,7	4,6	–	–
Ver. Arab. Emirate	19,497	–	40,0	60,0	–	–
<i>Australien und Ozeanien⁴</i>	–	–	–	–	–	–
Australien	5,616	45,6	35,9	17,2	–	1,3
Neuseeland	3,763	9,5	43,8	32,8	–	14,6

1 1 t RÖE = 1 Tonne Rohöleinheit = 41 860 kJ Hu/kg (unterer Heizwert/kg).

2 Einschl. der Angaben für Australien und Ozeanien.

3 Ohne Angaben für Hongkong und Taiwan.

4 Die Angaben für Australien und Ozeanien sind bei Asien einbezogen.

Quelle: Primärenergie: BP '97, June 1998. Bevölkerung: UN, World Population Prospects, The 1996 Revision; D: nat. Angaben; Taiwan: Monthly Bulletin of Statistics 3/97.

Tab. 3: Förderung wichtiger Rohstoffe in Deutschland

Jahr	Braunkohle		Steinkohle		Erdöl		Erdgas	
	Mill. t	PJ ¹	Mill. t	PJ ¹	Mill. t	PJ ¹	Mrd. m ³ ²	PJ ¹
1994	207,1	1 775	52,0	1 545	2,9	26	18,8	662
1995	192,8	1 653	53,6	1 593	3,0	128	19,3	680
1996	187,2	1 605	48,2	1 432	2,8	119	21,0	737
1997	177,2	1 519	46,8	1 391	2,8	119	20,6	725

1 PJ = Petajoule = 10^{15} Joule.

2 Heizwert = 35 169 kJ/m³.

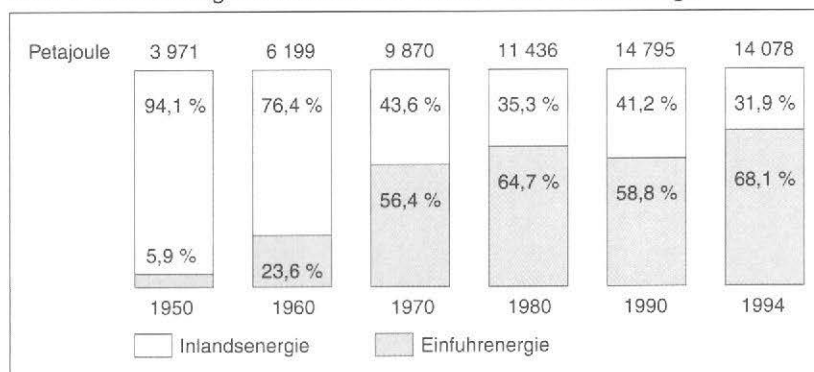
und der Umstrukturierungsmaßnahmen ist dort die Förderung allerdings gegenüber 1994 um 28 Millionen Tonnen zurückgegangen.

Rückläufig ist auch die Förderung der Steinkohle, die nur in den westdeutschen Revieren abgebaut wird. Die Förderung reduzierte sich von 52,0 Millionen Tonnen 1994 auf 46,8 Millionen Tonnen 1997. Die inländische Förderung von Erdöl und Erdgas bleibt wegen mangelnder Vorkommen weiterhin erheblich hinter dem Bedarf zurück.

18.5 Energieträger

Der in den 50er und 60er Jahren stark gestiegene Energiebedarf wurde überwiegend durch den Import von Mineralöl gedeckt, das sich seinerzeit gegenüber den heimischen Energieträgern Braunkohle und Steinkohle als kostengünstiger

Abb. 1: Primärenergieverbrauch nach Inlands- und Einfuhrenergie¹



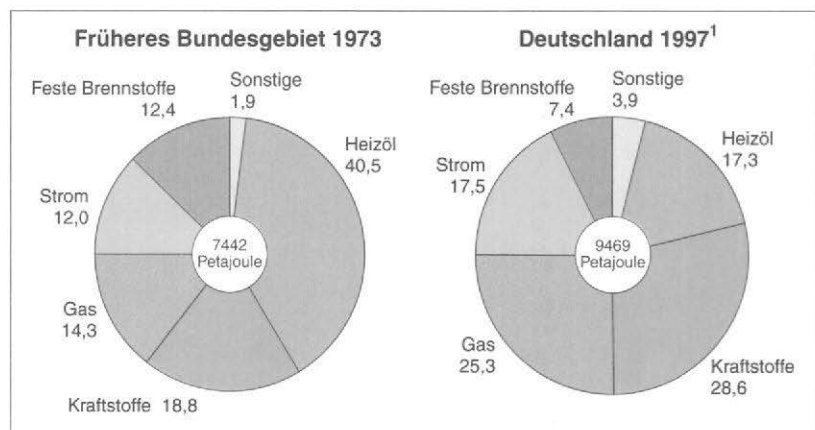
1 Bis 1980 früheres Bundesgebiet; 1990 und 1994 Deutschland.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen, Energiebilanzen der Bundesrepublik Deutschland.

erwies. Bei mengenmäßig etwa gleich bleibendem Einsatz von Kohle stieg der Mineralölverbrauch von 1950 bis 1980 fast auf das Dreißigfache. Hierdurch hat sich die Bedeutung der einzelnen Energieträger für die Energieversorgung des früheren Bundesgebietes erheblich verändert. 1950 hatte die Kohle noch einen Anteil von 88 %, 1980 nur noch von knapp 30 % an der gesamten Energieerzeugung, während auf Mineralöl fast die Hälfte entfiel.

Allerdings haben die starken Ölpreiserhöhungen und die Furcht vor wachsender Abhängigkeit von den Öllieferanten Ende der 70er und zu Beginn der 80er Jahre

Abb. 2: Bedeutung der Energieträger beim Endenergieverbrauch in Prozent



1 Vorläufige Angaben.

eine Rückbesinnung auf die heimischen Energiequellen bewirkt. Außerdem wurde mehr Gas verwendet und der Ausbau der Kernenergie forciert.

In der Bundesrepublik Deutschland hatte das Mineralöl 1997 einen Anteil von 39,6 %, die Kohle von 25,1 %, Gas von 20,7 % und die Kernenergie von 12,8 % am Primärenergieverbrauch.

Gegenüber 1990 hat sich die Struktur des Energieverbrauchs in den neuen Ländern und Berlin-Ost stark verändert und nähert sich, insbesondere bei Mineralöl und Gas, immer mehr westdeutschen Strukturen an. Viel höher als im früheren Bundesgebiet war 1994 jedoch noch der Anteil der Kohle mit 47,3 % (früheres Bundesgebiet 25 %). 1990 hatte dieser Anteil in den neuen Ländern noch bei 73 % gelegen. Während im früheren Bundesgebiet ca. 12,8 % der Primärenergie aus Atomkraftwerken stammt, wird seit 1991 – nach der Stilllegung des Reaktors in Greifswald – in den neuen Ländern und Berlin-Ost keine Atomenergie mehr erzeugt. An der Stromerzeugung Deutschlands hatte die Kernenergie 1997 einen

Tab. 4: Primärenergieverbrauch nach Energieträgern
in Petajoule (PJ) bzw. Prozent

Jahr	Steinkohle		Braunkohle		Mineralöl		Naturgase		Kernenergie		Sonstige	
	PJ	%	PJ	%	PJ	%	PJ	%	PJ	%	PJ	%
<i>Früheres Bundesgebiet</i>												
1950	2893	72,8	607	15,2	185	4,7	3	0,1	–	–	284	7,2
1960	3760	60,7	856	13,8	1301	21,0	32	0,5	–	–	249	4,0
1970	2839	28,8	896	9,1	5242	53,1	543	5,5	61	0,6	289	2,9
1980	2259	19,8	1149	10,0	5443	47,6	1887	16,5	420	3,7	278	2,4
1990	2169	18,9	941	8,2	4707	40,9	2034	17,7	1383	12,0	261	2,3
1991	2239	18,7	964	8,0	4938	41,2	2186	18,2	1386	11,6	275	2,3
1992	2112	17,7	975	8,2	4932	41,4	2152	18,1	1496	12,6	250	2,0
1993	2064	17,2	922	7,7	5015	41,7	2243	18,7	1439	12,0	325	2,7
1994	2068	17,3	925	7,7	4930	41,3	2231	18,7	1424	11,9	372	3,1
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>												
1990	138	4,2	2260	68,5	528	16,0	281	8,5	64	1,9	29	0,9
1991	94	3,8	1539	62,3	607	24,5	246	10,0	–	–	–15	–0,6
1992	84	3,8	1201	53,8	696	31,2	256	11,4	–	–	–4	–0,2
1993	75	3,4	1061	48,8	731	33,7	303	14,0	–	–	1	0,1
1994	71	3,3	936	44,0	763	35,9	361	17,0	–	–	–3	–0,2
<i>Deutschland</i>												
1990	2307	15,6	3200	21,6	5234	35,4	2315	15,6	1448	9,8	290	2,0
1991	2333	16,1	2503	17,3	5545	38,4	2433	16,8	1386	9,6	261	1,8
1992	2196	15,5	2176	15,4	5628	39,8	2408	17,0	1496	10,6	246	1,7
1993	2139	15,1	1983	14,0	5746	40,5	2546	18,0	1439	10,1	326	2,3
1994	2139	15,2	1861	13,2	5693	40,5	2592	18,4	1424	10,1	369	2,6
1995 ¹	2060	14,4	1735	12,2	5677	39,8	2822	19,8	1682	11,8	291	2,0
1996 ¹	2078	14,1	1685	11,4	5800	39,3	3156	21,4	1764	12,0	255	1,8
1997 ¹	2043	14,1	1591	11,0	5744	39,6	3010	20,7	1858	12,8	261	1,8

1 Die Angaben sind vorläufig und auf Basis des Wirkungsgradansatzes berechnet.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen, Energiebilanzen der Bundesrepublik Deutschland.

Anteil von 32 %. Innerhalb der EU hat in Frankreich (78 %) die Atomenergie den höchsten Anteil, gefolgt von Belgien (60 %) und Schweden (46 %). 1995 waren in Deutschland 19 Kernkraftwerke in Betrieb. Bei den Endabnehmern wirkt sich die geänderte Bedeutung der Energieträger – bei längerfristiger Beobachtung – in

Tab. 5: Anteil der Kernenergie in der Europäischen Union
an der Stromerzeugung 1997

Land	%	Land	%
Niederlande	3	Deutschland	32
Großbritannien	27	Schweden	46
Spanien	30	Belgien	60
Finnland	30	Frankreich	78

Quelle: Eurostat, Monatliche Energiestatistiken.

Tab. 6: Endenergieverbrauch nach Energieträgern
in Petajoule (PJ) bzw. Prozent

Jahr	Feste Brennstoffe		Kraftstoffe		Heizöl		Gas		Strom		Fernwärme	
	PJ	%	PJ	%	PJ	%	PJ	%	PJ	%	PJ	%
<i>Früheres Bundesgebiet</i>												
1950	2041	80,3	112	4,4	16	0,6	235	9,3	122	4,8	12	0,5
1960	2398	56,2	475	11,1	547	12,8	471	11,0	340	8,0	34	0,8
1970	1356	20,1	1197	17,8	2586	38,4	759	11,3	718	10,6	127	1,9
1980	796	10,6	1736	23,1	2283	30,3	1432	19,0	1115	14,8	163	2,2
1990	624	8,4	2195	29,6	1421	19,2	1656	22,3	1339	18,0	185	2,5
1991	618	7,9	2219	28,4	1594	20,4	1802	23,0	1377	17,6	208	2,7
1992	567	7,3	2267	29,2	1540	19,8	1803	23,2	1380	17,8	201	2,6
1993	525	6,7	2318	29,5	1566	19,9	1867	23,8	1364	17,3	209	2,7
1994	552	7,1	2265	29,1	1485	19,1	1884	24,2	1374	17,7	201	2,6
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>												
1990	973	48,5	328	16,3	26	1,3	217	10,8	267	13,3	196	9,8
1991	513	35,5	317	21,9	97	6,7	167	11,6	185	12,8	167	11,5
1992	313	24,0	341	26,1	125	9,6	203	15,5	169	13,0	155	11,8
1993	251	19,1	364	27,7	150	11,4	241	18,3	163	12,4	146	11,1
1994	184	14,4	380	30,0	153	12,0	240	18,9	163	12,9	148	11,7
<i>Deutschland</i>												
1990	1597	16,9	2523	26,8	1448	15,4	1873	19,9	1606	17,0	381	4,0
1991	1131	12,2	2535	27,3	1691	18,3	1969	21,3	1562	16,9	375	4,0
1992	880	9,7	2608	28,7	1665	18,4	2006	22,1	1549	17,1	356	3,9
1993	776	8,5	2682	29,2	1716	18,7	2108	23,0	1527	16,7	355	3,9
1994	736	8,1	2645	29,3	1638	18,1	2124	23,4	1537	17,0	349	3,9
1995 ¹	741	8,0	2696	29,0	1594	17,2	2260	24,3	1638	17,6	352	3,8
1996 ¹	700	7,3	2688	27,7	1729	17,8	2538	26,2	1659	17,1	378	3,9
1997 ¹	698	7,4	2711	28,6	1635	17,3	2400	25,3	1662	17,5	349	3,7

1 Vorläufige Angaben.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen, Energiebilanzen der Bundesrepublik Deutschland.

nachlassendem Heizölverbrauch, aber wachsender Nachfrage nach Gas, Strom und Kraftstoff aus.

18.6 Energieverbraucher

Der Energiebedarf der drei Verbrauchergruppen Industrie, Verkehr, Haushalte (einschl. Kleinverbraucher) hat sich in der Vergangenheit unterschiedlich entwickelt. Während im früheren Bundesgebiet 1950 noch die Industrie mit einem Anteil von rund 46 % Hauptabnehmer von Endenergie war und Haushalte und Kleinverbraucher nur mit 37 % am Endverbrauch partizipierten, hat sich das Verhältnis mittlerweile umgekehrt.

Abb. 3:

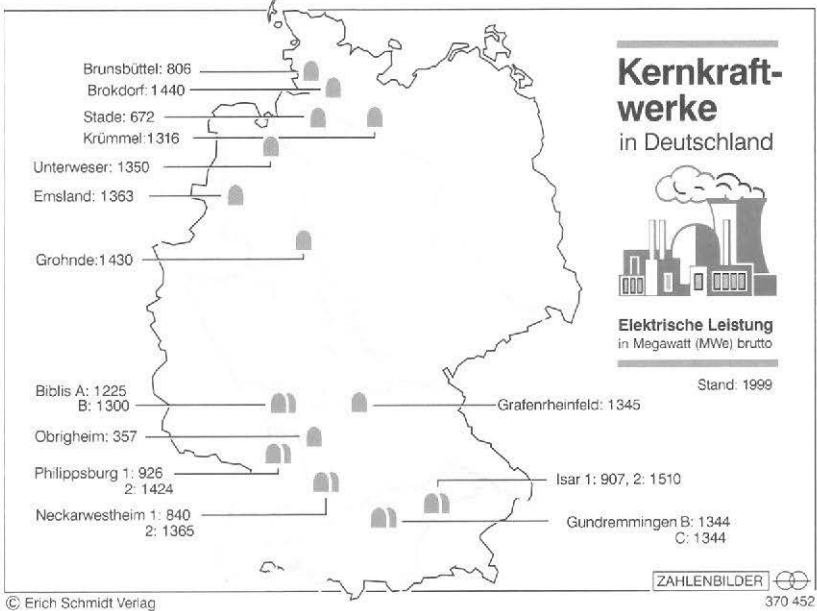
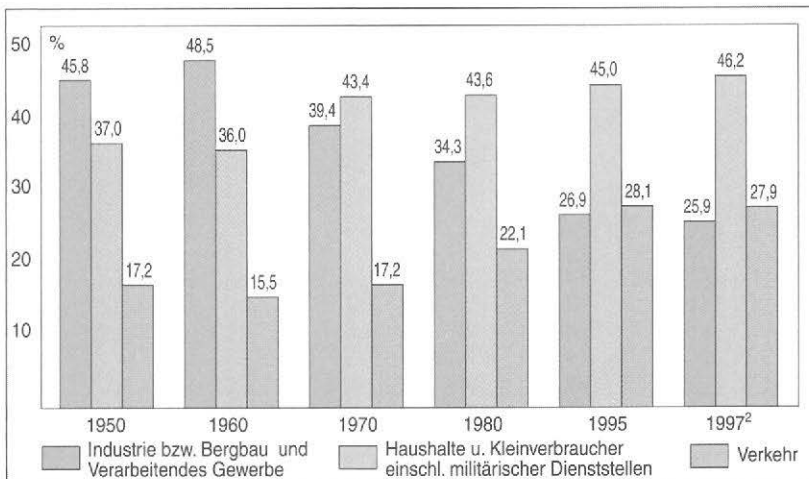


Abb. 4: Verbraucher von Endenergie¹



¹ Bis 1980 früheres Bundesgebiet; ab 1995 Deutschland.

² Vorläufige Angaben.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen, Energiebilanzen der Bundesrepublik Deutschland.

Bei einer Zunahme des gesamten Endenergieverbrauchs im früheren Bundesgebiet zwischen 1950 und 1995 um 209 % betrug die entsprechende Wachstumsrate bei der Industrie 88 %, bei Haushalten und Kleinverbrauchern 289 % und beim Verkehr 405 %. Die Ursachen für diese unterschiedliche Entwicklung liegen insbesondere in der zunehmenden Ausstattung der privaten Haushalte mit elektrischen Haushaltsgeräten, gestiegenen Verkehrsleistungen und im relativ sparsameren Einsatz im Rahmen der Industrieproduktion.

18.7 Energiepreise

Kein anderer Teilbereich im Preisindex für die Lebenshaltung im früheren Bundesgebiet hatte in den 70er Jahren bis Mitte der 80er Jahre ähnlich starke Preissteigerungen aufzuweisen wie die Warengruppe „Energie“. In dieser Entwicklung kommen die Preisschübe auf den internationalen Rohölmärkten und ihre Folgewirkungen zum Ausdruck. Der Preis je eingeführter Tonne Rohöl ist von 60 DM im Jahre 1970 auf 622 DM im Jahre 1985 gestiegen, also auf mehr als das Zehnfache. Danach war aber ein umgekehrter Trend fallender Preise feststellbar, deren vorläufiger Tiefstand 1995 mit 186 DM pro Tonne erreicht wurde. Nach einem kurzen Anstieg in den Jahren 1996 und 1997 fiel 1998 der Preis noch weiter auf 170 DM je Tonne.

Preisunterschiede bei den einzelnen Förderländern haben neben anderen Ursachen (z. B. neue Funde) zu einer Änderung der Rangfolge der Lieferanten geführt (vgl. Tab. 8). 1976 stammten über 90 % der bundesdeutschen Ölimporte aus

Tab. 7: Einfuhr von rohem Erdöl nach Preis und Menge¹

Jahr	Mill. DM	1 000 t	DM je t	Jahr	Mill. DM	1 000 t	DM je t
1970	5 938	98 786	60	1985	39 918	64 193	622
1971	7 679	100 230	77	1986	16 951	66 569	255
1972	7 411	102 600	72	1987	16 017	63 840	251
1973	9 083	110 493	82	1988	14 830	72 037	206
1974	22 956	102 543	224	1989	17 046	66 327	257
1975	19 718	88 414	223	1990	20 195	72 400	279
1976	23 825	97 669	244	1991	22 722	89 951	253
1977	23 537	96 290	244	1992	21 966	97 309	226
1978	19 970	94 375	212	1993	20 790	99 446	209
1979	29 895	107 355	279	1994	20 646	106 844	193
1980	44 168	96 876	456	1995	18 662	100 328	186
1981	49 107	79 247	620	1996	23 985	102 990	233
1982	44 712	72 542	616	1997	24 983	100 019	250
1983	37 771	65 213	579	1998	18 332	107 704	170
1984	41 663	66 934	622				

¹ Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet; ab 1991 Deutschland.

Tab. 8: Einfuhr von rohem Erdöl aus den wichtigsten Förderländern

Land	1997		1998	
	1 000 t	DM je t	1 000 t	DM je t
Russische Föderation	24 510	226	26 264	148
Norwegen	22 274	264	21 878	181
Großbritannien u. Nordirland	16 477	265	19 060	185
Libyen	11 676	262	13 137	180
Saudi-Arabien	6 012	221	5 523	192
Nigeria	4 367	283	5 294	148
Algerien	3 772	282	5 143	160
Syrien	3 746	230	2 594	128
Venezuela	2 449	188	2 156	205
Kasachstan	903	273	1 267	193

OPEC-Staaten, 1990 nur noch 52 %. Demgegenüber erhöhte sich im gleichen Zeitraum der entsprechende Anteil des Nordseeöls von rund 1 % auf 30 %. Die wichtigsten Länder, aus denen die Bundesrepublik Deutschland Mineralöl bezog, waren 1998 die Russische Föderation, Norwegen, Großbritannien und Nordirland, Libyen und Saudi-Arabien.

19 Umwelt

19.1 Umweltökonomische Trends

Die Schädigung und die Schutzwürdigkeit der natürlichen Umwelt haben in den letzten Jahren im Bewusstsein der Allgemeinheit, in der Medienlandschaft und in den Parteiprogrammen wesentlich an Bedeutung gewonnen. Persönlich erfahrene Umweltbelastungen wie Lärm, Luft- und Wasserverschmutzung führten in weiten Bevölkerungskreisen zu einem geschärften Bewusstsein für die Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen. Zunehmend wird deutlich, dass Umwelt- und Wirtschaftspolitik aufeinander abgestimmt werden müssen, dass Management und Umweltschutz ihre langfristigen Ziele nur in Zusammenarbeit und nicht über Konfrontation erreichen können. Spätestens seit der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro ist das Schlagwort *sustainability* oder nachhaltige, zukunftsfähige Entwicklung allgemein bekannt. Dahinter verbirgt sich die ökonomische Grundregel, dass ein Kapital, aus dem Einkommen erzielt wird, im alten Zustand (intakt) gehalten werden muss, und zwar – das ist das entscheidend Neue an diesem Ziel – auch und gerade über die zeitlichen Grenzen der Gegenwart hinaus. Das Naturvermögen soll an unsere Kinder möglichst in dem Zustand und Wert übergeben werden, wie wir es von unseren Eltern erhalten haben; Verantwortung für die Zukunft als neues Prinzip. Auf dem Weg zur Nachhaltigkeit sind Maßnahmen von Interesse und Bedeutung, die die Effizienz des Einsatzes natürlicher Ressourcen verbessern, die einen Strukturwandel zu umweltschonenden wirtschaftlichen Tätigkeiten fördern und die auch im Verhalten der Konsumenten die Inanspruchnahme von Umweltgütern auf das erforderliche Mindestmaß reduzieren.

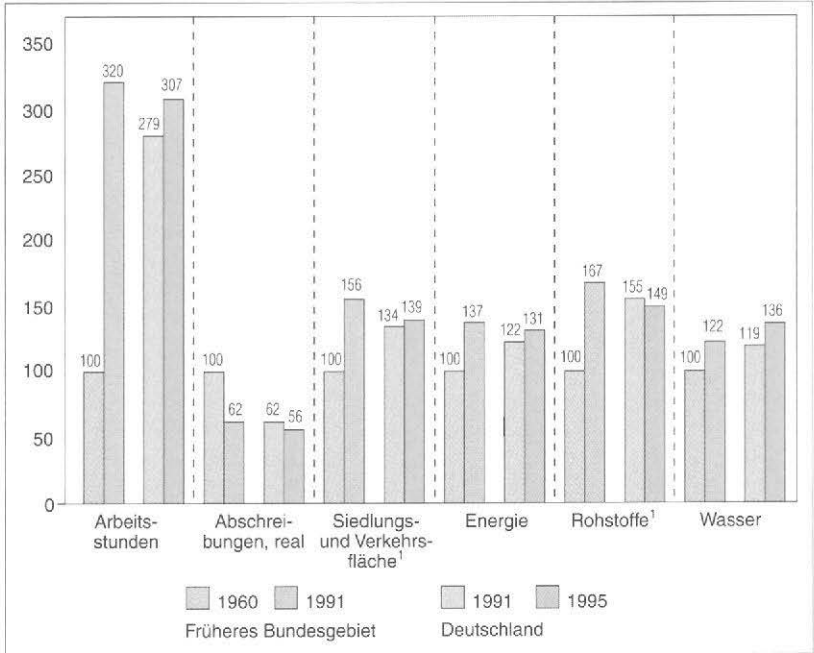
Vor dem Hintergrund einer solchen Betrachtungsweise sind die Entnahme von Ressourcen aus der Natur und ihre Verarbeitung sowie die Nutzung der daraus hergestellten Produkte und die Beseitigung der entstehenden Reststoffe mit Belastungen von Mensch und Umwelt verbunden. Das Ausmaß der Belastung hängt somit auch von der Menge der in Anspruch genommenen Ressourcen ab und nicht nur von der Art und Weise der Ressourcennutzung. Eine Einschätzung der Frage, wie effizient mit den einzelnen Einsatzfaktoren für die Produktion umgegangen wird, liefert das Verhältnis von gesamtwirtschaftlicher Leistung – gemessen am Bruttoinlandsprodukt – zu den verschiedenen Einsatzgrößen (so genannte Produktivitäten). Ihre Entwicklung über längere Zeiträume kann darüber Auskunft geben, wie sich das Verhältnis dieser Faktoren u. a. durch technischen Fortschritt verändert.

Die Darstellung der Produktivitäten wird dadurch erschwert, dass bei langfristigen Vergleichen, die für die Betrachtung solcher Zusammenhänge notwendig sind, zum einen Daten nur für das frühere Bundesgebiet (1960 bis 1991) und zum an-

deren für Gesamtdeutschland nur kurze Zeitreihen (1991 bis 1995) zur Verfügung stehen. Deshalb werden die Ergebnisse für beide Gebietsstände für das Jahr 1991 parallel gezeigt (vgl. Abb. 1). Im früheren Bundesgebiet ist die Kapitalnutzung (gemessen an den realen Abschreibungen) von 1960 bis 1991 auf mehr als das Vierfache gestiegen, während das Arbeitsvolumen (gemessen an den geleisteten Arbeitsstunden) von rund 56 auf 46 Milliarden Stunden pro Jahr zurückging. Ein Vergleich der Produktivitäten spiegelt diese Entwicklung wider: Von Anfang der 60er bis Anfang der 90er Jahre sank die Kapitalproduktivität um mehr als ein Drittel, während sich die Arbeitsproduktivität verdreifachte (Abb. 1), d. h. in zunehmendem Umfang wurde der Einsatz von Arbeit durch Kapital abgelöst. Maschinen unterstützen und ersetzen menschliche Arbeitskraft. Diese Entwicklung setzte sich auch für Gesamtdeutschland in den 90er Jahren fort: Die Arbeitsproduktivität stieg bei weiter sinkender Kapitalproduktivität.

Die Nutzung der Natur ist im gleichen Zeitraum deutlich ausgeweitet worden. Fläche, Energie und Wasser sowie Rohstoffe wurden im früheren Bundesgebiet 1991 wesentlich stärker in Anspruch genommen als 1960. In der ersten Hälfte der 90er

Abb. 1: Langfristige Entwicklung der Produktivität von Produktionsfaktoren (Bruttoinlandsprodukt je Maßeinheit), 1960 (früheres Bundesgebiet) = 100



1 Zum Teil abweichende Bezugsjahre.

Tab. 1: Langfristige Entwicklung von Produktionsfaktoren

	Maß- einheit	Früheres Bundesgebiet		Deutschland	
		1960	1991	1991	1995
Arbeitsstunden	Mrd. Std.	56	46	57	55
Abschreibungen (Preise von 1991)	Mrd. DM	78	333	361	419
Siedlungs- und Verkehrsfläche	km ²	18 785	31 776 ²	40 305 ²	42 052 ³
Primärenergieverbrauch	Petajoule	6 198	11 990	14 467	14 302
Rohstoffentnahme und Import ¹	Mill. t	907	1 370 ⁴	1 683 ²	1 832
Wasserverbrauch	Mill. m ³	20 150	43 862	48 132	44 687
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991	Mrd. DM	1 000	2 648	2 854	3 014

1 Nur verwertete Entnahme.

2 1993.

3 1997.

4 1990.

Jahre erhöhte sich der Rohstoffverbrauch in Gesamtdeutschland weiter, während Wasser- und Energieverbrauch zurückgingen (vgl. Tab. 1). Bezogen auf den noch stärkeren Anstieg der wirtschaftlichen Leistung wurde der Faktor Natur in diesen 35 Jahren aber effizienter eingesetzt (vgl. Abb. 1), wobei sich der produktivere Umgang mit der Natur z. T. schon in den 80er Jahren zeigte. Allerdings ist der Anstieg der Ressourcenproduktivität wesentlich geringer als der Anstieg der Arbeitsproduktivität.

In den vergangenen dreieinhalb Jahrzehnten hat sich auch das Verbraucherverhalten stark gewandelt. Tab. 2 zeigt ausgewählte Indikatoren zur Flächeninanspruchnahme sowie zu Mobilitäts- und Ernährungsverhalten. Die pro Kopf der Bevölkerung zur Verfügung stehende Wohnfläche hat sich zwischen 1960 und 1991 von 19 Quadratmeter auf 36,5 Quadratmeter nahezu verdoppelt (Angaben für das frühere Bundesgebiet) und ist auch in den 90er Jahren in Deutschland weiter gestiegen auf 37,2 Quadratmeter im Jahr 1996. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche je Einwohner erhöhte sich von 1960 bis 1993 um 42 % (wiederum Angaben für das frühere Bundesgebiet). Auch hier erhöhte sich der Wert in den 90er Jahren in Gesamtdeutschland weiter auf 512 Quadratmeter je Einwohner 1997. Die im Durchschnitt pro Einwohner im motorisierten Individualverkehr zurückgelegten Kilometer haben sich etwa verdreifacht, der Fleischkonsum ist bis 1991 erheblich gestiegen, seither wieder leicht rückläufig und lag 1996 bei 91 kg je Einwohner jährlich, der Verbrauch von Kartoffeln dagegen ist deutlich zurückgegangen auf zuletzt 73 kg pro Person und Jahr.

Die hier dargestellten Ergebnisse zeigen schlaglichtartig, inwieweit die Veränderungen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen zu Belas-

Tab. 2: Bedarfsfelder des Privaten Verbrauchs

	Maß- einheit	Früheres Bundesgebiet		Deutschland	
		1960	1991	1991	1996
Wohnfläche in privaten Haushalten	m ² je Einwohner	19,4	36,5	34,9	37,2
Siedlungs- und Verkehrsfläche	m ² je Einwohner	339	485 ¹	.	512 ²
Personenverkehr motorisierter Individualverkehr	Personen- kilometer je Einwohner	2 920	9 540	8 920	9 100
Verbrauch an Kartoffeln	kg je Einwohner	132	72 ³	75	73
Verbrauch an Fleisch	kg je Einwohner	65	100 ³	95	91

1 1993.

2 1997.

3 1990.

tungen von Natur und Umwelt beitragen. Im Folgenden wird auf ausgewählte umweltrelevante Themen, wie Luftbelastung, Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung usw., näher eingegangen.

19.2 Umweltbelastungen

19.2.1 Luftbelastung

Eine andere Fragestellung, die die Wechselwirkungen zwischen Wirtschaft und Umwelt in den Vordergrund stellt, ist die nach den Bestimmungsgründen für bestimmte Umweltbelastungen. Dabei reicht es nicht aus, allein die technischen Quellen umweltrelevanter Faktoren zu kennen und statistisch zu unterscheiden. Vielmehr stellen sich folgende Kernfragen:

- Im Zusammenhang mit welchem Gut bzw. welcher Dienstleistung fallen Umweltbelastungen – sozusagen zwangsläufig – als ungewolltes Ergebnis an? Was sind mithin die externen Effekte der Produktion?
- Welchen Stufen der Weiterverarbeitung dienen die Güter und Dienstleistungen und die mit ihnen verbundenen produktionsbedingten Belastungen?
- Wie teilt sich die Gesamtmenge an Umweltbelastungen auf, wenn man sie jeweils den letzten Verwendungszwecken zuweist? Wie hoch sind die Umweltbelastungen durch den privaten Verbrauch?

Alle drei Fragen stehen gleichwertig nebeneinander. Sie verdeutlichen, dass es in einem volkswirtschaftlichen System keinen Sinn macht, nach **einem** Verant-

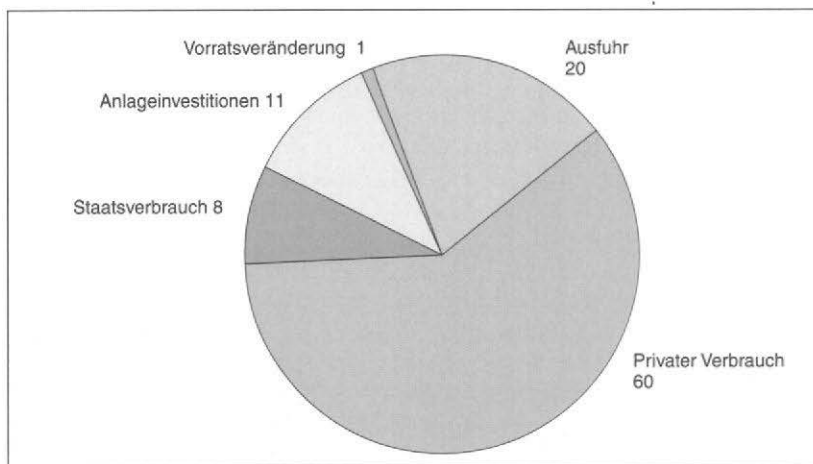
wortlichen zu suchen. Wie das Bruttoinlandsprodukt als wirtschaftliche Leistung folgt auch die Belastung der Umwelt einem Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage, von Produktion und Verwendung.

Umweltbelastungen entstehen sowohl beim Ge- und Verbrauch von Gütern und Dienstleistungen als auch bei den zu ihrer Herstellung notwendigen Produktionsprozessen. Die mit der Produktion verbundenen Belastungen sind nämlich indirekt gekoppelt an den Konsum. So entstehen durch Verbrauch von Strom im Haushalt selbst keine Schadstoffe, wohl aber bei der Erzeugung des Stroms im Kraftwerk. Das Beispiel der Emissionen von Treibhausgasen kann dies verdeutlichen:

Direkte Emissionen von Treibhausgasen entstehen in den privaten Haushalten fast ausschließlich durch Verwendung von Energie (z. B. Heizung) und Gütern für Verkehrszwecke (z. B. Kraftstoffe); sie erreichten 1994 in Deutschland insgesamt rund 227 Mill. Tonnen. Die Verwendung aller übrigen Güter verursacht keine Treibhausgasemissionen in den Haushalten selbst, wohl aber während der zu ihrer Herstellung notwendigen Produktionsprozesse. Die bei der Produktion der von den Haushalten nachgefragten Güter entstehenden **indirekten** Emissionen sind zweieinhalb mal so hoch wie die direkten und erreichten 1994 etwa 560 Mill. Tonnen. Die **kumulierten** Emissionen von Treibhausgasen, die direkt und indirekt mit dem Verbrauch der Haushalte zusammenhängen, lagen somit 1994 bei 787 Mill. Tonnen.

Neben dem Privaten Verbrauch tragen weitere Kategorien der letzten Verwendung von Gütern direkt und indirekt zur Gesamtbelastung der Umwelt mit Treibhausgasen bei. Sie erreicht – gemessen mit dem Indikator kumulierte Emissionen – 1994 für Deutschland insgesamt rund 1,3 Mill. Tonnen (siehe Abb. 2).

Abb. 2: Emissionen von Treibhausgasen 1994
nach Kategorien der letzten Verwendung in Prozent

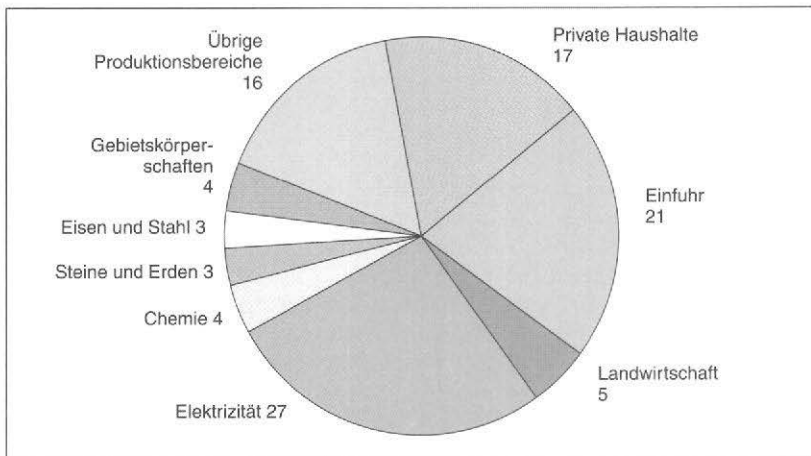


Darin enthalten sind die von den Kategorien der letzten Verwendung direkt emittierten Mengen sowie die indirekt bei der Produktion der verwendeten Güter im In- und Ausland entstandenen Emissionen. Entsprechend ihrer Bedeutung für die Endnachfrage hatten die privaten Haushalte mit 60 % hieran den größten Anteil neben der Ausfuhr mit rund 20 %, den Anlageinvestitionen mit 11 %, dem Staatsverbrauch mit 8 % und den Vorratsveränderungen mit knapp 1 %.

Fragt man demgegenüber nach den Bereichen, in denen die Treibhausgase unmittelbar entstanden sind, ergibt sich ein ganz anderes Bild:

Die genannte Gesamtbelastung von insgesamt 1,3 Mrd. Tonnen Treibhausgasen entsteht direkt in den privaten Haushalten mit 227 Mill. Tonnen (17 %), sowie bei der Produktion aller Produktionsbereiche im Inland insgesamt mit gut 830 Mill. Tonnen (rund 62 %). Darüber hinaus werden durch die Produktion der nach Deutschland importierten Güter rund 287 Mill. Tonnen Treibhausgase (21 %) im Ausland emittiert.

Abb. 3: Emissionen von Treibhausgasen 1994 nach der Herkunft in Prozent



19.2.2 Verpackungen

Für die Umweltbelastungen bei Herstellung, Verteilung und Konsum von Gütern spielen neben Rohstoff- und Energieeinsatz und dem eigentlichen Produktionsprozess vor allem Belastungen durch den Transport der Güter und durch den Einsatz von Verpackungen eine Rolle. Einsparungen bzw. Wiederverwertung von Verpackungen können das Abfallaufkommen deutlich senken. In den neunziger Jahren ist die Abfallmenge insgesamt und je Einwohner zurückgegangen. Zugleich gab es Einsparungen beim Verpackungsverbrauch und eine verbesserte Wiederverwertung von Verpackungen.

Tab. 3: Entwicklung des Verpackungsverbrauchs 1991 bis 1997¹
in 1 000 t

Verpackungs- material	Verpackungsverbrauch					Verwertung ⁴ 1997
	1991	1995	1996 ²	1997 ³	Änderungen gegenüber 1991 in %	
Glas	3 817	3 346	3 324	3 301	- 13,5	2 736
Weißblech	544	434	429	414	- 23,9	312
Aluminium	63	49	50	50	- 20,6	40
Kunststoff	1 388	1 335	1 289	1 317	- 5,1	567
Papier, Pappe, Karton	5 313	4 974	4 964	5 013	- 5,6	1 372
Verbund- verpackungen	657	635	607	606	- 7,8	420
Gesamt	13 010	11 751	11 501	11 570	- 11,1	5 447

1 Hierbei handelt es sich um den relevanten Verbrauch.

2 Vorläufiges Ergebnis.

3 Vorausschätzung.

4 Verwertete bzw. zur Verwertung bereitgestellte Mengen.

Quelle: Duales System Deutschland AG. Gesellschaft für Verpackungsmarktforschung.

Der Verpackungsverbrauch (einschl. der Transportverpackungen) lag nach Angaben der Gesellschaft für Verpackungsmarktforschung 1997 bei 11,6 Mill. Tonnen gegenüber 13,0 Mill. Tonnen 1991. Zwischen 1991 und 1997 ist der Verbrauch von Verkaufsverpackungen pro Bundesbürger von 94,7 auf 82,3 Kilogramm gesunken. Mit 73,3 Kilogramm Verkaufsverpackungen pro Kopf konnte die durchschnittliche Sammelmenge der Bundesbürger 1997 gegenüber dem Vorjahr (71,2 Kilogramm) noch einmal leicht erhöht werden. Dabei betrug der Anteil von Glas 33,3 Kilogramm, der von Papier, Pappe und Karton lag bei 17,1 Kilogramm und der von Leichtverpackungen bei 23,3 Kilogramm. Insgesamt wurden 5,6 Mill. Tonnen Verpackungswertstoffe erfasst. Das entspricht 89 % der Verkaufsverpackungen aus Haushalten und Kleingewerbe.

19.2.3 Wassergewinnung und Abwasserbeseitigung

Häusliche und industrielle Abwässer belasten in hohem Maße die Flüsse und Seen des Bundesgebietes. Gefährdet wird hierdurch nicht nur das Oberflächenwasser, sondern auch das Grundwasser, das insbesondere der Trinkwasserversorgung dient.

1995 wurden in der Bundesrepublik Deutschland der Natur rund 43 Mrd. Kubikmeter Wasser entnommen; entsprechend hoch war die Abwassermenge. Den größten Teil des Wassers brauchen die Wärmekraftwerke für die öffentliche Versorgung, die es überwiegend als Kühlwasser wieder ableiten. Am insgesamt in Gewässer eingeleiteten Abwasser machte der Kühlwasseranteil 1995 rund 72 % aus, produktionsspezifische Abwässer trugen mit 5 % bei, und 23 % bestanden aus häuslichem und sonstigem Abwasser.

Tab. 4: Wassergewinnung 1995 in Deutschland
in Mill. Kubikmetern

Wirtschaftszweig	Wassergewinnung insgesamt	Grund- und Quellwasser	Oberflächenwasser	Uferfiltrat
Öffentliche Wasserversorgung	5 810	4 224	1 282	304
Wasserversorgung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	9 014	2 792	5 778	444
Wasserversorgung bei Wärmekraftwerken für die öffentliche Versorgung	27 777	48	27 721	8
Sonstige Wasserversorgung ¹	773	559	202	11
Insgesamt	43 374	7 622	34 983	767

1 Z. B. Landwirtschaft (Bewässerung), geschätzt.

Mehr als ein Viertel der Abwassermenge (über 11 Mrd. Kubikmeter) wurde mechanisch, biologisch, chemisch oder chemisch-physikalisch behandelt. Die unbehandelt abgeleitete Menge von mehr als 32 Mrd. Kubikmetern stammt fast ausschließlich aus Kühlprozessen. Sie fließt – zwar nicht verschmutzt, aber erwärmt – direkt in ein Oberflächengewässer oder in den Untergrund.

Das Abwasser der privaten Haushalte wurde 1995 größtenteils durch öffentliche Anlagen gesammelt und abgeleitet. Mehr als 88 % der Bevölkerung verfügen über einen Anschluss an öffentliche Abwasserbehandlungsanlagen, rund 3 % sind ausschließlich an Kleinkläranlagen angeschlossen. Das bedeutet, dass rund 92 %

Tab. 5: Abwasserbeseitigung 1995 in Deutschland
in Mill. Kubikmetern

Wirtschaftszweig	Direkt eingeleitetes Abwasser insgesamt ¹	Behandeltes Abwasser	Darunter biologisch	Unbehandeltes Abwasser	Darunter Kühlwasser
Öffentliche Abwasserbeseitigung	10 007 ²	9 855	9 527	152	–
Abwasserbeseitigung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	6 892	1 400	854	5 493	4 827
Abwasserbeseitigung bei Wärmekraftwerken für die öffentliche Versorgung	26 976	39	2	26 937	26 896
Sonstige Abwasserbeseitigung	343	278	208	65	44
Insgesamt	44 218	11 571	10 591	32 647	31 767

1 In ein Gewässer bzw. in den Untergrund.

2 Einschl. Niederschlags- und Fremdwasser.

der Bevölkerung an ein mittlerweile ca. 399 000 km langes Kanalnetz angeschlossen sind. Das an öffentliche Abwasserbehandlungsanlagen abgegebene Abwasser fließt zu 95 % in biologische Behandlungsanlagen.

19.2.4 Dünger, Pflanzenschutzmittel und Streusalz

Der Einsatz von Düngemitteln ist im Bereich der Landwirtschaft mit eine der wichtigsten Bezugsgrößen für die Emissionen der klimarelevanten Gase CH_4 und N_2O . Hierbei sind es vor allem die stickstoffhaltigen Düngemittel, die infolge der Freisetzung eines kleinen Teils des ausgebrachten Stickstoffs (im Durchschnitt etwa 1,25 %) in Form des Treibhausgases Distickstoffoxid als klimarelevant anzusehen sind. Der Absatz von Stickstoff aus Handelsdünger war in der ersten Hälfte der 90er Jahre im Vergleich zur zweiten Hälfte der 80er Jahre stark rückläufig. Nachdem der Absatz im Jahre 1994/95 erneut leicht gestiegen ist, zeichnet sich nunmehr ein Stabilisierungstrend auf diesem Niveau ab.

Dies liegt auch an der 1996 in Kraft getretenen Düngeverordnung, welche zum Ziel hat, durch einen schonenden Einsatz von Düngemitteln und durch Vermeidung von Nährstoffverlusten langfristig die Nährstoffeinträge in die Gewässer und in andere Ökosysteme zu verringern.

Der Inlandsabsatz von Pflanzenschutzmitteln wurde für das Jahr 1992 erstmals für Gesamtdeutschland nachgewiesen und betrug 33 485 Tonnen Wirkstoffmenge. Im Jahr 1996 waren es 35 085 Tonnen; der Anteil der Herbizide betrug 1992 15 622 Tonnen gegenüber 16 541 Tonnen 1996. Seit 1994 ist bei den Herbiziden ein erneuter Anstieg zu verzeichnen, der im Wesentlichen auf die Wiederinkulturnahme von stillgelegten Flächen und die Umstellung der Landwirtschaft in den neuen Ländern zurückzuführen ist.

Tab. 6: Düngemittellieferungen an die Landwirtschaft¹

Kilogramm Nährstoff je Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche

Düngerart	1993/94	1994/95	1995/96	1996/97
Stickstoff	102,0	112,6	110,1	101,4
Phosphat	26,3	28,4	24,9	23,9
Kali	40,8	42,1	40,4	37,3
Kalk	84,1	101,8	103,9	101,7

¹ Deutschland. Ohne Brache.

Auf den Straßen und Autobahnen im Bundesgebiet wird Streusalz nach wie vor gegen Schnee und Glatteis eingesetzt. Witterungsbedingt ist der Verbrauch starken Schwankungen unterworfen. Der Durchschnittsverbrauch der Jahre 1994/95 bis 1997/98 betrug für die Bundesstraßen und Autobahnen in Deutschland rund 528 000 Tonnen, wobei der Verbrauch im Winter 1995/96 mit 738 200 Tonnen besonders hoch war.

19.2.5 Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen

Die Erhebung umfasst Unfälle beim Umgang und bei der Beförderung wassergefährdender Stoffe. Unter Umgang ist das Lagern, Abfüllen, Umschlagen, Herstellen, Behandeln und Verwenden einschließlich des innerbetrieblichen Transports zu verstehen. Im Jahr 1997 ereigneten sich in Deutschland 2 785 Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen. Dabei wurde ein Volumen von 4 074 Kubikmeter freigesetzt, wovon 2 241 Kubikmeter wiedergewonnen oder einer geordneten Entsorgung zugeführt wurden. In der Mehrzahl der Unfälle (74 %) waren Stoffe der Wassergefährdungsklasse 2 betroffen. Dazu gehören zum Beispiel Heizöl, Benzin und Dieselmotortreibstoff. Stark wassergefährdende Stoffe mit Wassergefährdungsklasse 3 wie Altöle, Rohbenzin und Quecksilber wurden bei 10 % der Unfälle freigesetzt. Der Anteil der schwach wassergefährdenden Stoffe (Wassergefährdungsklasse 1) wie schweres Heizöl, Methanol und schweflige Säure betrug 5 %. Insgesamt wurde ein Kostenaufwand von fast 26 Mill. DM für Maßnahmen zur Schadensbegrenzung veranschlagt.

Tab. 7: Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen
Freigesetztes und wiedergewonnenes Volumen

	Früheres Bundesgebiet			Deutschland		
	1980	1985	1990	1995 ¹	1996 ²	1997
Unfälle	1 892	1 670	1 729	1 268	2 481	2 785
	<i>Anzahl</i>					
Freigesetztes Volumen	8 942	5 239	2 693	3 738	4 348	4 074
Wiedergewonnenes Volumen	5 252	2 018	1 934	2 229	1 935	2 241
Prozent	59	39	72	60	45	55
	<i>m³</i>					

1 Bis 1995 Lagerung und Transport.

2 Ab 1996 einschl. Betriebsstofftanks.

19.3 Umweltzustand

Eine besonders schwierige Aufgabe ist es, die durch umweltbelastende Aktivitäten verursachten Umweltveränderungen statistisch zu erfassen. Zwar liegen vielfältige Informationen aus Messnetzen, Verwaltungsunterlagen, Forschungsprojekten u. Ä. vor, aber zugleich fehlen in der Regel zusammenfassende Daten für diesen Bereich. Inzwischen wurden aber Konzepte erarbeitet, die die Zustandsveränderungen mit Hilfe von repräsentativen Stichproben erfassen sollen. D. h. im Rahmen einer so genannten ökologischen Flächenstichprobe ist geplant, erstmals für das

gesamte Bundesgebiet Zustand und Entwicklung der Qualität von Landschaft und Natur, insbesondere hinsichtlich der Biodiversität, zu ermitteln. Die nachfolgenden Kapitel beleuchten einzelne Aspekte von Zustandsveränderungen – entwickelt aufgrund spezieller Fragestellungen, die zu Beginn der 80er Jahre besonders dringlich erschienen und deren statistische Erfassung insofern frühzeitig in Angriff genommen wurde.

19.3.1 Waldschäden

Seit Ende der 70er Jahre wurden in Deutschland zunehmend flächenhafte Waldschäden registriert, die sich nicht mehr ausschließlich auf natürliche Ursachen wie Schädlingsbefall, Windwurf, Schneebruch, Wildschäden und sonstige bekannte Ursachen zurückführen ließen. Nach den jährlichen Waldzustandsberichten der Bundesregierung sind die Ursachen für diese Schäden vielschichtig. Neben den Dauerbelastungen durch Luftschadstoffe und Standortfaktoren beeinflussen auch andere Faktoren, etwa Witterungsextreme wie Trockenperioden oder Tempera-

Tab. 8: Waldschäden in Deutschland 1990 bis 1998
in Prozent der Probebäume

Bundesland	Schadstufe 1 Warnstufe				Schadstufen 2–4 deutliche Schäden			
	1992	1994	1996	1998	1992	1994	1996	1998
Baden-Württemberg ¹	50	39	40	·	24	25	35	24
Bayern	45	39	37	41	32	30	16	19
Berlin	51	47	50	60	14	21	13	12
Brandenburg	45	40	41	38	25	18	11	10
Bremen	31	30	29	20	10	15	13	6
Hamburg	35	33	35	35	17	15	16	21
Hessen	36	37	39	· ²	33	38	35	· ²
Mecklenburg- Vorpommern	46	48	38	40	43	11	6	9
Niedersachsen	39	41	37	33	13	17	15	13
Nordrhein-Westfalen	34	36	· ²	34	16	15	· ²	21
Rheinland-Pfalz	41	40	42	43	13	21	22	25
Saarland	27	29	32	35	18	18	21	15
Sachsen	40	35	30	37	21	25	18	19
Sachsen-Anhalt	37	47	29	29	32	18	14	16
Schleswig-Holstein	27	32	30	30	13	18	27	28
Thüringen	30	33	36	41	54	45	37	31
<i>Deutschland</i>	42	43	39	41	29	26	22	21

¹ In Schadstufe 1: 1992 bis 1996 Ergebnisse früherer Waldschadenserhebungen, 1998 kein getrennt ausgewiesenes Ergebnis.

² Kein Landesergebnis.

Quelle: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

turstürze sowie unterschiedlicher Befall mit Schadorganismen den jeweiligen Kronenzustand der Waldbäume.

Zur Beurteilung der Vitalität der Wälder werden jährlich Waldschadenserhebungen durchgeführt. Zum besseren Vergleich sind die Abgrenzungen nach verschiedenen Schadklassen beibehalten worden, wenngleich die einzelnen Schadstufen nach der Entlaubung/Entnadelung bzw. Vergilbung inzwischen differenzierter betrachtet werden.

Unbesehen aller regionalen und baumartenspezifischen Unterschiede zeigen die Ergebnisse der Waldschadenserhebung 1998 eine ganz allmähliche Verbesserung des Kronenzustandes seit 1991 im Bundesgebiet. Die deutlichen Schäden sind von 30 % im Jahr 1991 auf heute 21 % zurückgegangen. 41 % der Wälder sind schwach geschädigt, ohne erkennbare Schadmerkmale sind 38 %. Die Waldschadenserhebung belegt zudem, dass ältere Bäume von Kronenverlichtungen wesentlich stärker betroffen sind als junge.

Für einzelne Baumarten stellen sich die Schadmerkmale zurzeit folgendermaßen dar:

Nach einer deutlichen Verschlechterung Anfang der neunziger Jahre und einer Verbesserung zwischen 1994 und 1996 nehmen in den letzten zwei Jahren die deutlichen Schäden bei der *Fichte* allmählich wieder zu (1998 = 26 %).

Bei der *Kiefer* nimmt der Anteil der deutlichen Schäden seit 1991 kontinuierlich ab und hat 1998 (10 %) das niedrigste Niveau aller Baumarten erreicht.

Der Kronenzustand der *Buchen* hatte sich zwischen 1989 und 1992 erheblich verschlechtert. Seitdem schwanken die Kronenverlichtungen von Jahr zu Jahr ohne erkennbaren Trend auf relativ hohem Niveau (1998 = 29 %).

Von wenigen Ausnahmen abgesehen hat die Kronenverlichtung bei der *Eiche* in den vergangenen Jahren ständig zugenommen; die Eiche entwickelte sich zur am gravierendsten geschädigten Baumart. Nachdem jedoch von 1996 auf 1997 bereits keine Verschlechterung mehr festgestellt wurde, ist in diesem Jahr sogar eine erhebliche Verbesserung (37 %) eingetreten.

19.3.2 Gefährdete Tiere und Pflanzen

Artengefährdung und -vernichtung resultieren meist aus der Veränderung oder Zerstörung der natürlichen Lebensräume. Besonders bedroht sind Gebiete, die aufgrund ihrer selten anzutreffenden ökologischen Bedingungen ohnehin bereits einen geringen Raum einnehmen (z. B. Feuchtgebiete). Während die Landwirtschaft in früheren Jahrhunderten wesentlich zur Pflege der hohen Artenvielfalt beigetragen hat, ist sie in den letzten 30 Jahren ein Hauptverursacher der Artenverarmung. Die Gründe liegen in der Nivellierung nährstoffarmer, trockener oder nasser Standorte zugunsten landwirtschaftlich besser geeigneter Produktionsbedingungen, in Flurbereinigung und in vermehrtem Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Düngern. Zu den weiteren Verursachern der Artengefährdung zählen

Tab. 9: Tier- und Pflanzenarten nach dem Grad ihrer Gefährdung

Tierart Pflanzenart	Jahr	Insgesamt	Aktuell gefährdet bzw. aus- gestorben	Potentiell gefährdet
		Anzahl	%	%
Tierarten				
Wirbeltiere				
Säugetiere	1998	100	46,0	5,0
Brutvögel	1998	256	33,6	10,6
Kriechtiere	1998	14	78,6	–
Lurche	1998	21	61,9	4,8
Fische/Rundmäuler ¹	1998	70	70,0	4,3
Fische/Rundmäuler ²	1998	207	21,3	·
Pflanzenarten				
Farn- und Blütenpflanzen	1996	3 001	28,4	3,1
Moose	1996	1 121	39,3	6,4
Flechten	1996	> 1 691	55,2	6,1
Großpilze	1996	> 4 385	23,4	8,6
Armleuchteralgen	1996	40	85,0	5,0

1 Limnische Fischarten (Süßwasserfische).

2 Marine Fischarten.

Quelle: Bundesanstalt für Naturschutz.

u. a. Maßnahmen des Straßenbaus, der Siedlungs- und Bautätigkeit, des Tourismus und Landschaftseingriffe durch Rohstoffgewinnung.

19.3.3 Gesundheitsbeeinträchtigung der Bevölkerung

Ein ursächlicher Zusammenhang zwischen Umweltbelastungen und Gesundheitsbeeinträchtigungen beim Menschen kann nur selten eindeutig nachgewiesen werden. Insbesondere können Wechselwirkungen verschiedener Risikomerkmale untereinander nach dem derzeitigen Stand der Forschung nicht angemessen erfasst werden. Insofern sind statistische Ergebnisse über eindeutig als umweltbedingt einzuordnende Erkrankungen der Bevölkerung nicht verfügbar. Dagegen gibt es eine Reihe von Faktoren, die als umweltbedingte Gesundheitsrisiken betrachtet werden.

Der „Gesundheitsbericht für Deutschland“ (1998 vom Statistischen Bundesamt herausgegeben) nennt hierzu vor allem unerwünschte Stoffe in Nahrung und Trinkwasser, Belastungen von Außen- und Innenluft sowie Lärm.

Zu den unerwünschten Stoffen in Nahrung und Trinkwasser rechnen Rückstände von Pflanzenbehandlungsmitteln, Tierarzneimitteln, polychlorierte Biphenyle

(PCB), toxische Schwermetalle, Radionukleide, Mykotoxine (Stoffwechselprodukte niederer Pilze), aromatische Kohlenwasserstoffe sowie Nitrit und Nitrat. In den Jahren 1991 bis 1993 von 19 amtlichen Untersuchungsanstalten durchgeführte Analysen auf Rückstände von Pflanzenbehandlungsmitteln in Obst ergaben bei 43,4 % keine messbaren Rückstände, in 2,7 % der Fälle lag eine Höchstmengenüberschreitung bei mindestens einem Wirkstoff vor. Vergleichbare Untersuchungen bei Gemüse zeigten bei 65,3 % der Proben keine Rückstände, in 2,4 % der Fälle waren die erlaubten Höchstmengen überschritten. Rückstände von Tierarzneimitteln wurden bei Untersuchungen tierischer Lebensmittel im Jahr 1994 bei weniger als einem Prozent der Proben festgestellt. Bei regelmäßigen Untersuchungen der Milch wurden bei 1 bis 3 Promille der Proben Rückstände von Tierarzneimitteln beobachtet.

Im Hinblick auf die menschliche Gesundheit ist die Belastung der Außenluft durch Schwefeldioxid, Schwebstaub, Stickstoffdioxid und Ozon von besonderem Interesse. Vergleichende Untersuchungen, die in Deutschland, Dänemark und in der Schweiz durchgeführt wurden, lassen ein erhöhtes Risiko, an chronischer Bronchitis und Asthma zu erkranken, vermuten.

Darüber hinaus können erhöhte Ozonkonzentrationen im Sommer zu Einschränkungen der Lungenfunktion und der körperlichen Leistungsfähigkeit führen. Auch Allergien werden mit Außenluftverschmutzungen in Verbindung gebracht. Allerdings zeigen entsprechende Untersuchungen keinen eindeutigen Zusammenhang. So sind beispielsweise in den ehemals stark belasteten Industrieregionen Ostdeutschlands weniger Allergien festgestellt worden als in Westdeutschland und auch eine vermutete Angleichung zwischen Ost und West im Verlauf der Anpassung der Lebens- und Umweltverhältnisse fand bisher nicht im erwarteten Maß statt.

Bei der Belastung der Innenluft spielen vor allem die verwendeten Baumaterialien und die von ihnen möglicherweise abgegebenen Stoffe wie polychlorierte Biphenyle (PCB), polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK), Pentachlorphenol, Formaldehyd, Asbestfasern, Lindan und halogenierte Kohlenwasserstoffe eine Rolle. Nach Einschätzung der Autoren des Gesundheitsberichts können hier selbst geringe Konzentrationen gesundheitlich bedeutsam sein.

Lärm ist als Ursache gesundheitlicher Beeinträchtigungen in den letzten Jahren eingehend untersucht worden. Verschiedene Studien haben gezeigt, dass mit der Lärmbelastung das Risiko für Herz-Kreislaufkrankungen sowie Krankheiten des Verdauungssystems steigt. Modellrechnungen des Umweltbundesamtes haben ergeben, dass knapp 16 % der Bevölkerung in Westdeutschland tagsüber mit einem straßenverkehrsbedingten Lärmpegel belastet sind, bei dem gesundheitliche Beeinträchtigungen befürchtet werden müssen (mehr als 65 Dezibel [A]). Nachts können Schlafstörungen und damit Gesundheitsbelastungen bereits bei einem Lärmpegel von mehr als 50 dB(A) auftreten. Einem solchen Lärmpegel sind den Angaben des Umweltbundesamtes zufolge rund 31 % der Bevölkerung regelmäßig ausgesetzt.

19.4 Umweltschutz

19.4.1 Internationales Umweltrecht

Die Bedrohung der natürlichen Lebensgrundlagen durch Umweltverschmutzung macht vor Ländergrenzen nicht Halt und ist ein internationales Problem. Deshalb bleibt auch der Erfolg räumlich begrenzter Umweltschutzmaßnahmen beschränkt. Die Europäische Union trug diesem Tatbestand Rechnung, indem sie auf der Grundlage ihres Umweltaktionsprogramms von 1973 eine Vielzahl bedeutsamer Umweltschutzrichtlinien erließ. Alle Mitgliedstaaten sind verpflichtet, diese Richtlinien, die Mindestanforderungen festlegen, in nationales Recht umzusetzen. Die im Juni 1985 getroffene Entscheidung über die sukzessive Einführung des schadstoffarmen Autos (vgl. Abschnitt 19.4.4) zeigt allerdings die Schwierigkeiten, zu einer für alle Länder befriedigenden Lösung zu kommen. Neben die Regelungen auf EU-Ebene tritt eine Reihe weiterer internationaler Abkommen, die sich vornehmlich auf Fragen des Gewässerschutzes, der Luftreinhaltung und der Abfallwirtschaft beziehen.

Nicht zuletzt die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro, die Klimakonferenz im März 1995 in Berlin, der Kyoto-Gipfel im Dezember 1997 und die Konferenz von Buenos Aires im November 1998 haben gezeigt, wie schwer internationale Vereinbarungen im Umweltschutz und -recht, gerade im Hinblick auf den sich verschärfenden Nord-Süd-Konflikt, erreicht werden können. Das Abkommen von Kyoto, nach dem alle sechs maßgeblichen Treibhausgase in der Periode 2008 bis 2012 insgesamt um 5,2 % (Basis 1990) verringert werden sollen, muss nunmehr durch die konkrete Ausgestaltung dauerhaft gesichert werden.

19.4.2 Umweltschutzeinrichtungen

Ein wichtiger Ansatzpunkt für die statistische Beschreibung von Umweltschutzmaßnahmen sind monetäre Größen, wie die Ausgaben für Umweltschutzeinrichtungen oder der Wert von Umweltschutzeinrichtungen, der am Bruttoanlagevermögen für die Beseitigung, Verringerung oder Vermeidung von Umweltbelastungen in den Bereichen Abfallbeseitigung, Gewässerschutz, Lärmbekämpfung und Luftreinhaltung gemessen wird. Im früheren Bundesgebiet stieg der Wert des Bruttoanlagevermögens für Umweltschutz, gerechnet in Preisen von 1991, im Produzierenden Gewerbe stetig von 39 Mrd. DM im Jahr 1975 auf 99 Mrd. DM im Jahr 1996. Beim Staat erhöhte sich der Wert im gleichen Zeitraum von 129 Mrd. DM auf 292 Mrd. DM.

Die Umweltschutzeinrichtungen des Staates und Produzierenden Gewerbes dienen unterschiedlichen Zwecken. Während 1995 das Anlagevermögen für Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe zu 55 % im Bereich der Luftreinhaltung, zu 29 % für den Gewässerschutz, zu 10 % für die Abfallbeseitigung und zu 5 %

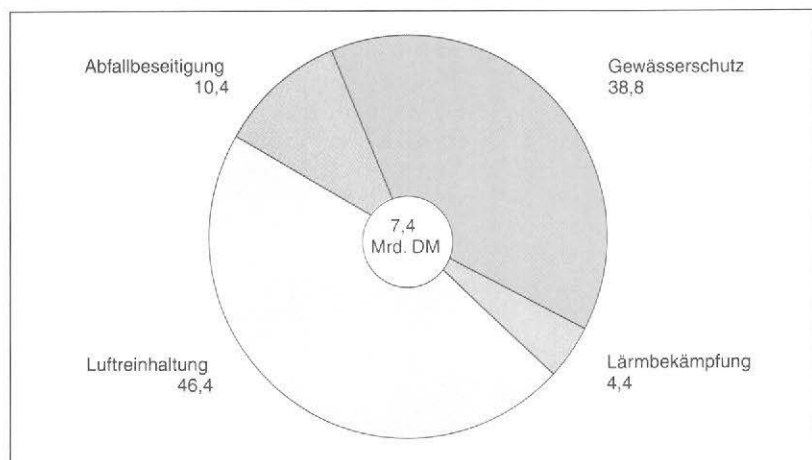
für die Lärmbekämpfung eingesetzt wurde, dominierte beim Staat deutlich der Gewässerschutz mit 91 % des Anlagenbestandes. Dies ist auf den großen Bestand an Kanalisations- und Kläranlagen zurückzuführen. Nur knapp 7 % des Umweltschutzanlagevermögens des Staates diente der Abfallbeseitigung.

19.4.3 Ausgaben für Umweltschutz

Die folgenden Daten über Ausgaben für Umweltschutz – das ist die Summe aus Investitionen und laufenden Ausgaben für den Betrieb von Umweltschutzeinrichtungen – beschränken sich, wie die obigen Angaben zum Anlagevermögen für Umweltschutz, auf die Bereiche Abfallbeseitigung, Gewässerschutz, Lärmbekämpfung sowie Luftreinhaltung im früheren Bundesgebiet. Daten zu den Umweltschutzausgaben für Gesamtdeutschland, die konsistent mit den Anlagevermögensgrößen sind, werden erst nach Redaktionsschluss des Datenreports zur Verfügung stehen, dann für die Jahre 1991 bis 1995. Die Daten umfassen lediglich die Ausgaben für das Produzierende Gewerbe und den Staat. Entsprechende primärstatistische Informationen zu den privaten Entsorgungsunternehmen im Dienstleistungsbereich liegen z. Z. noch nicht vor.

Die Ausgaben für Umweltschutz des Produzierenden Gewerbes und des Staates betrugen 1995 insgesamt 43 Mrd. DM gegenüber 13,4 Mrd. DM im Jahr 1975. Während bis 1992 von Jahr zu Jahr mehr für den Umweltschutz gezahlt wurde, sind die Ausgaben 1993 und 1994 gesunken, 1995 sind sie gegenüber dem Vorjahr zumindest konstant geblieben. Dies ist auf einen deutlichen Rückgang der Investitionen für Umweltschutz des Staates und des Produzierenden Gewerbes

Abb. 4: Investitionen für Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe 1995 in Deutschland in Prozent



in den Jahren 1993 bis 1995 zurückzuführen. Dass die Investitionen des Staates gesunken sind, dürfte zum einen mit der Verlagerung von Entsorgungsaktivitäten vom Staat auf private Unternehmen – außerhalb des Produzierenden Gewerbes – zusammenhängen, zum anderen führte die angespannte Haushaltslage vieler Kommunen zu Ausgabenkürzungen. Im Produzierenden Gewerbe geht die Verringerung der Umweltschutzinvestitionen zum Teil mit konjunkturbedingten rückläufigen Gesamtinvestitionen in den Jahren 1993 und 1994 einher.

Im Jahr 1995 gab das Produzierende Gewerbe mit 19 Mrd. DM (44,1 %) nicht ganz so viel für den Umweltschutz aus wie der Staat (24,1 Mrd. DM oder 55,9 %). Davon waren beim Staat 44 % investive Umweltschutzausgaben, im Produzierenden Gewerbe überwogen eindeutig die laufenden Ausgaben für den Betrieb der Umweltschutzeinrichtungen mit rund 78 %.

Für die *Umweltschutzinvestitionen* hingegen liegen Daten für Deutschland vor. Von den gesamten Investitionen des Produzierenden Gewerbes dienten 1995 in Deutschland 5,5 % dem Umweltschutz (im früheren Bundesgebiet 3,9 %, entsprechend 4,1 Mrd. DM; in den neuen Ländern und Berlin-Ost 11,5 %, das sind ca. 3,3 Mrd. DM). Von den Wirtschaftszweigen des Produzierenden Gewerbes investierten 1995 bezogen auf die jeweiligen Gesamtinvestitionen die Wasserversorgung (22,1 %), die Kokerei, Mineralölverarbeitung (17,8 %) und die Recyclingunternehmen (14,5 %) am meisten in den Umweltschutz.

Der Großteil aller Umweltschutzinvestitionen im Produzierenden Gewerbe diente 1995 der Luftreinhaltung und dem Gewässerschutz, der Rest verteilte sich auf Abfallbeseitigung und Lärmbekämpfung.

19.4.4 Schadstoffreduzierte Personenkraftwagen

Der Straßenverkehr hat am Gesamtausstoß von Luftschadstoffen einen nicht unerheblichen Anteil. So stammten 1996 49 % der Stickstoffemissionen, 52 % der Kohlenmonoxidemissionen und 28 % der flüchtigen organischen Verbindungen aus dem Straßenverkehr.

Seit den ersten Vereinbarungen zur Einführung schadstoffreduzierter Personenkraftwagen auf EG-Ebene im Jahr 1985 wurden die Emissionsgrenzwerte für Neuzulassungen laufend verschärft und damit die durchschnittlichen Schadstoffemissionen des Pkw-Bestandes deutlich vermindert. Lediglich die Kohlendioxidemissionen sind aufgrund höherer Gesamtfahrleistungen und mangelnder technischer Möglichkeiten zu deren Reduzierung weiter angestiegen. Während 1986 rund 2 % des Pkw-Bestandes schadstoffreduziert waren, waren es Anfang 1998 mehr als drei Viertel.

19.4.5 Natur- und Landschaftsschutz

Bisher haben sich die Naturschutzbemühungen stark auf die Ausweisung von Schutzgebieten konzentriert. Diese Praxis hat jedoch gezeigt, dass ein System

Tab. 10: Neuzulassungen und Bestand schadstoffreduzierter Pkw

Jahr	Personen- kraftwagen insgesamt	Darunter schadstoffreduziert	
		zusammen	Anteil an Pkw insgesamt
	1 000	1 000	%
<i>Neuzulassungen</i>			
1991	3 429	3 304	96,4
1993	3 194	3 186	99,7
1995	3 314	3 309	99,8
1997	3 528	3 525	99,9
darunter mit:			
Ottomotor	3 003	3 000	99,9
Dieselmotor	525	525	100,0
<i>Bestand am Jahresanfang</i>			
1992	31 309	18 137	57,9
1994	39 202	26 498	67,6
1996	40 499	31 578	78,0
1998	41 327	32 551	78,8
darunter mit:			
Ottomotor	35 819	28 585	79,8
Dieselmotor	5 500	3 966	72,1

Quelle: Kraftfahrtbundesamt.

voneinander isolierter Schutzgebiete inmitten eines dicht genutzten und besiedelten Landes Probleme wie anhaltende Artenverluste, Destabilisierung von Ökosystemen und Landschaftsverbrauch nicht aufhalten kann. Vor diesem Hintergrund wurde das Jahr 1995 vom Europarat – zum zweiten Mal seit 1970 – zum „Europäischen Naturschutzjahr“ erklärt, und die Mitgliedsländer wurden aufgerufen, den Naturschutz nicht auf die Ausweisung und Pflege von Schutzgebieten zu beschränken. Vielmehr soll „Naturschutz auf der ganzen Fläche“ angewendet werden, da das gesamte System nur intakt zu halten ist, wenn Naturschutzbelange bei allen Flächennutzungen Berücksichtigung finden. Inwieweit dieser „moderne Naturschutz“ als Basis der allgemein als Handlungsziel akzeptierten nachhaltig-umweltgerechten Nutzung in Zukunft realisiert werden kann, erscheint offen.

Im vorliegenden Report kann bislang nur über den Bestand an Schutzgebieten verschiedener Kategorien berichtet werden, ohne Angaben über die Qualität von Natur und Landschaft – sowohl innerhalb als auch außerhalb dieser Gebiete – machen zu können. Mit der Fauna-Flora-Habitat-(FFH)-Richtlinie der EU von 1992 wurde erstmals für Europa ein einheitliches Auswahl- und Bewertungsverfahren zur Einrichtung von „Gebieten gemeinschaftlicher Bedeutung“ bzw. *FFH-Gebieten* vorgegeben. Für die Länder der EU besteht damit eine rechtliche Verpflichtung zur Einrichtung entsprechender Gebiete für das Schutzgebietssystem „Natura 2000“.

Diesen Gebieten kommt ein strenger Schutzstatus zu, mindestens vergleichbar dem Status der Naturschutzgebiete. FFH-Gebiete bleiben an dieser Stelle jedoch unberücksichtigt, da die deutschen Vorschläge noch nicht vollständig vorliegen bzw. nicht abschließend bewertet sind.

Die strengste Schutzgebietskategorie nach dem Bundesnaturschutzgesetz stellen *Naturschutzgebiete* und *Nationalparke* dar. Sie sollen einen besonderen Schutz von Natur und Landschaft für Lebensgemeinschaften oder Lebensstätten, aus wissenschaftlichen, naturgeschichtlichen oder landeskundlichen Gründen oder wegen ihrer Seltenheit, besonderen Eigenart oder Schönheit gewährleisten. Ende 1998 gab es im Bundesgebiet 6 016 Naturschutzgebiete mit 8 183 Quadratkilometern Fläche. Die Naturschutzgebietsfläche schwankt in den Flächenländern zwischen 1,2 % (Saarland) und 3,8 % (Bremen); der Durchschnitt für das Bundesgebiet beträgt 2,3 %.

Die Schutzkategorie der *Nationalparke* umfasst großräumige Ausschnitte charakteristischer natürlicher Großlandschaften, die überwiegend die Voraussetzung von Naturschutzgebieten erfüllen. Sie sollen sich in einem vom Menschen nicht oder wenig beeinflussten Zustand befinden und insbesondere der Erhaltung eines möglichst artenreichen heimischen Pflanzen- und Tierbestandes dienen. In der

Tab. 11: Schutzgebiete in der Bundesrepublik Deutschland

Typ	Anzahl	Fläche ha	Anteil an der Staatsfläche %	Bemerkung
Nationalparke	13	728 411	2,0	Davon ca. 80 % Watt- und Wasserflächen an der Nord- und Ostsee
Biosphärenreservate	12	1 203 739	3,4	Davon ca. 43 % Watt- und Wasserflächen an der Nord- und Ostsee
Naturschutzgebiete	6 016	818 333	2,3	Ohne Wasserflächen der Nord- und Ostsee
Naturparke	73	6 187 764	17,3	
Landschaftsschutzgebiete	6 232	8 491 849	23,8	In einigen Ländern keine aktuellen Daten vorhanden; Stand 1995
Naturwaldreservate	669	24 258	0,2	0,2 % an der Waldfläche
Feuchtgebiete internationaler Bedeutung	31	671 204	1,9	Inkl. Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer
Europareservate	20	268 408	0,8	Vogelschutzgebiete für Watt- und Wasservögel; überwiegend Naturschutzgebiete

Quelle: Bundesamt für Naturschutz. – Bearbeitungsstand 1998. Neben inhaltlichen Unterschieden ist darauf hinzuweisen, daß eine Addition der Schutzgebietstypen nicht möglich ist, da sie sich in erheblichem Umfang überschneiden.

Bundesrepublik existieren gegenwärtig 13 Nationalparke mit einer Fläche von insgesamt 7 284 Quadratkilometern. Nationalparke können, da großräumig ausgewiesen, in ihren „Kernzonen“ den Schutzgebietsstatus von Naturschutzgebieten übertreffen, aber in Teilbereichen durch starken Tourismus und andere menschliche Nutzungen entwertet werden.

Naturwaldreservate wurden in den vergangenen Jahren in den Bundesländern verstärkt auf der Grundlage der novellierten Landeswaldgesetze ausgewiesen. Unter verschiedenen Bezeichnungen gibt es zurzeit 669 solcher Reservate mit zusammen 24 258 Hektar, also einer durchschnittlichen Größe von knapp 37 Hektar. In der Praxis gibt es zwei Kategorien solcher Waldschutzgebiete: In Baden-Württemberg z. B. die „Bannwälder“ als Totalreservate, in denen jede Waldbewirtschaftung grundsätzlich untersagt ist (auch Totholz bleibt in der Fläche), und die „Schonwälder“, in denen durch gezielte forstliche Maßnahmen bestimmte Waldformen mit den für sie typischen Pflanzen- und Tierarten erhalten werden. Letztere sind in Tab. 11 nicht enthalten. Aufgrund der fehlenden oder nur sehr extensiven Bewirtschaftung haben diese Waldschutzgebiete für den Naturschutz als Flächen für den Biotop- und Artenschutz einen besonders hohen Wert. Einige Waldschutzgebiete sind deshalb gleichzeitig Naturschutzgebiete, in denen verstärkt Waldökosystemforschung betrieben wird.

Die *Feuchtgebiete von internationaler Bedeutung für Watt- und Wasservögel* umfassen Gewässer und andere wasserbeeinflusste Landschaftsteile, die wichtigsten Lebensstätten charakteristischer Tier- und Pflanzengemeinschaften, landschaftliche Besonderheiten oder für die Landschaft charakteristische Ausschnitte. Inzwischen sind 31 Feuchtgebiete internationaler Bedeutung mit einer Fläche von 6 712 Quadratkilometern ausgewiesen. Es wird angestrebt, diese Feuchtgebiete mit der Zeit alle nach den Naturschutzgesetzen rechtlich zu sichern.

International bedeutsame Lebensräume für Watt- und Wasservögel können das Prädikat „Europareservat“ vom Internationalen Rat für Vogelschutz verliehen bekommen. Hier müssen Kernbereiche als Naturschutzgebiete gesichert sein, die Jagd teilweise verboten und andere Beunruhigungen, z. B. durch Wassersport und Sportfischerei, ausgeschlossen sein.

Biosphärenreservate sind Gebiete, die im Rahmen des UNESCO-Umweltprogramms „Der Mensch und die Biosphäre“ geschaffen wurden. Das weltweite Netzwerk soll alle wichtigen Hauptökosystemtypen der Erde erfassen. In Biosphärenreservaten sollen die Natur geschützt, Ökosystemforschung betrieben sowie naturferne in naturnahe und natürliche Lebensgemeinschaften und Lebensräume überführt werden. Die traditionelle und langfristig tragfähige Wirtschaftsweise der einheimischen Bevölkerung wird ausdrücklich in das Konzept einbezogen. Biosphärenreservate sind in Schutzzonen untergliedert. Sie sind durch die im Bundesnaturschutzgesetz festgelegten Schutzgebietskategorien für den Naturschutz unterschiedlich stark geschützt.

Landschaftsschutzgebiete sind trotz hohen Anspruchs nach dem Bundesnaturschutzgesetz als schwächste Schutzkategorie einzuordnen. Ihr Ziel ist der Schutz

und Erhalt von Natur und Landschaft zur Erhaltung und Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes oder der Nutzungsfähigkeit der Naturgüter, wegen der Vielfalt, Eigenart oder Schönheit des Landschaftsbildes oder wegen der Erholungsbedeutung. Auf dem Gebiet der Bundesrepublik bestanden Ende 1995 insgesamt 6 232 Landschaftsschutzgebiete mit einer Fläche von etwa 85 000 Quadratkilometern.

Als letzte Kategorie enthalten sind die 73 Naturparke mit einer Gesamtfläche von knapp 61 878 Quadratkilometern. Naturparke sind großräumige Landschaftsausschnitte, die nach den Grundsätzen und Zielen der Raumordnung und Landesplanung für die Erholung oder den Fremdenverkehr vorgesehen sind. Sie sind daher weniger als Schutzkategorie, sondern eher als Planungskategorie im raumordnerischen Sinne zur Sicherung und Entwicklung einer landschaftsbezogenen Erholung anzusehen. Der Flächenanteil der Naturparke ist meist als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen. In den Landschaftsschutzgesetzen der neuen Bundesländer ist dem Naturschutz in den Naturparken ein höherer Stellenwert eingeräumt worden.

Im gesamten Bundesgebiet führen Mehrfachzuordnungen von nationalen und internationalen Schutzgebietskategorien mit und ohne Rechtsverbindlichkeit zu Schutzgebietsüberlagerungen. Daher ist eine Summierung der Schutzgebietsflächen in Tab. 11 nicht zulässig.

Weitere Informationen zum Thema Umwelt siehe auch Teil II, Kap. 14.

20 Deutschland und die Europäische Union

20.1 Einführung

Ausgehend von dem in der Präambel des Grundgesetzes ausgesprochenen Auftrag „als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“, ist die Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union von übergeordneter außenpolitischer Bedeutung. Aber auch die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu den Partnerstaaten der Europäischen Union sind so wichtig, dass in diesem Kapitel die Rolle Deutschlands in der Europäischen Union gesondert betrachtet wird.

Zu zentralen Themenbereichen, wie Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, EU-Finanzierung, Osterweiterung, Bevölkerung und Arbeitsmarkt, allgemeine Wirtschaftsentwicklung und außenwirtschaftliche Beziehungen sowie zu den Lebensverhältnissen in den EU-Staaten werden in diesem Abschnitt Vergleichstabellen kommentiert.

Neben den 15 EU-Mitgliedsländern werden auch die aussichtsreichen Beitrittskandidaten Estland, Polen, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern betrachtet. Damit wird der in den nächsten Jahren zu erwartenden EU-Osterweiterung Rechnung getragen. Gesamtergebnisse werden für die 15 EU-Staaten sowie – wo dies bereits möglich ist – Summen für die so genannte Eurozone, d. h. für die elf Mitgliedsländer der am 1. Januar 1999 gegründeten Europäischen Währungsunion, dargestellt.

Die Zahlen in den Tabellen stammen vor allem aus den Print- und elektronischen Veröffentlichungen des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat), Luxemburg, sowie aus verschiedenen Quellen internationaler Organisationen.

Die Zahlen für Deutschland können aus diesem Grunde von den Angaben in anderen Abschnitten abweichen, die weitgehend auf bundesstatistischen Ergebnissen basieren.

Unterschiede der statistischen Begriffe, der Erhebungsverfahren und der Bearbeitungsmethoden beeinträchtigen trotz weitgehender Harmonisierung der Angaben deren Vergleichbarkeit in Einzelfällen. Folglich können die in diesem Kapitel verwendeten Zahlenangaben z. T. nur Größenordnungen vermitteln. Auch hinsichtlich der Aktualität der Ergebnisse müssen bei einer vergleichenden Übersicht Einschränkungen in Kauf genommen werden.

20.2 Entstehung, Entwicklung und Ziele der Europäischen Union

Den Beginn des Europäischen Integrationsprozesses bildete die Unterzeichnung des Vertrages über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion) im April 1951 durch Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande. Diese sechs Staaten gründeten 1958 die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom). Aus der Zusammenführung dieser Organe entstanden 1967 die Europäischen Gemeinschaften (EG).

Als Ziel setzte sich die EG die politische und wirtschaftliche Einigung Europas. Die ersten Schritte dorthin bestanden im Abbau der zwischenstaatlichen Zollschranken und der Einführung eines gemeinsamen Außenzolltarifsystems.

Am 1. Januar 1973 kam es mit dem Beitritt Dänemarks, Großbritannien und Nordirlands sowie Irlands zur ersten Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften. Am 1. Januar 1981 folgte Griechenland. 1986 fand mit dem Beitritt Portugals und Spaniens die so genannte Süderweiterung statt.

Mit der Schaffung des EG-Binnenmarktes 1993 wurde neben der Liberalisierung des Güteraustausches auch der Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr zwischen den Mitgliedstaaten freigegeben.

Mit dem „Vertrag über die Europäische Union (EU)“ vom 7. Februar 1992 von Maasticht, der am 1. November 1993 in Kraft trat, vereinbarten die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaften einen Stufenplan zur Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion bis zum Jahr 1999, deren dritte Stufe die Einführung der einheitlichen Währung „Euro“ darstellt. Zugleich wurden Schritte zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Zusammenarbeit in der Innen- und Rechtspolitik beschlossen.

Die vorerst letzte Erweiterung der EU bildete zum 1. Januar 1995 die Eingliederung Finnlands, Österreichs und Schwedens, die seit diesem Zeitpunkt Vollmitglieder der Europäischen Union sind.

Mit dem „Vertrag von Amsterdam“ vom 2. Oktober 1997 wurde der Integrationsprozess mit Blick auf die Osterweiterung der EU fortgesetzt. Verhandlungen über einen EU-Beitritt von Estland, Polen, Slowenien, der Tschechischen Republik, Ungarn und Zypern wurden am 31. März 1998 aufgenommen.

Daneben haben Bulgarien, Lettland, Litauen, Malta (Beitritts-gesuch vom 16. Juli 1990 ruht), Rumänien, die Schweiz (Beitrittsantrag vom 26. Mai 1992 ruht), die Slowakei und die Türkei Aufnahmeanträge gestellt. Assoziierungsverträge bzw. -abkommen bestehen neben den o. g. Staaten (ohne die Schweiz) mit Israel, Marokko, den Palästinensischen Autonomiegebieten und Tunesien.

Anfang Mai 1998 entschieden die Staats- und Regierungschefs der EU auf einem Gipfeltreffen in Brüssel über die Teilnehmerstaaten an der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zum 1. Januar 1999, mit der die Einführung der gemeinsamen Währung „Euro“ verknüpft war (siehe Abschnitt 20.3.).

20.3 Konvergenz und Europäische Wirtschafts- und Währungsunion

Ein wichtiges Eckdatum der Europäischen Union bildete die Einführung der gemeinsamen Währung, des Euro, zum 1. Januar 1999 als Vollzug der dritten Stufe der im „Vertrag von Maastricht“ vereinbarten Schaffung einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU). Auf dem Weg zur Einführung des Euro galt es mehrere geld-, währungs- und haushaltspolitische Voraussetzungen zu erfüllen, um die Stabilität des Euro von Anfang an zu garantieren. Die zentralen Kennziffern

Tab. 1: Konvergenzkriterien 1998

Land	Harmonisierter Verbraucherpreisindex ¹	Langfristiger Zinssatz ²	Defizit des Staates	Verschuldung des Staates
	Veränderung zu 1997 in %	%	% des Bruttoinlandsprodukts	
Schwellenwerte	+ 2,2	+ 6,6	3,0	60,0
Belgien	+ 0,9	4,8	1,3	117,3
Dänemark	+ 1,3	4,9	– 0,8 ³	58,1
Deutschland	+ 0,6	4,6	2,1	61,0
Finnland	+ 1,4	4,8	– 1,0 ³	49,6
Frankreich	+ 0,7	4,6	2,9	58,5
Griechenland	+ 4,5	8,5	2,4	106,5
Großbritannien u. Nordirland	+ 1,5	5,6	– 0,6 ³	49,4
Irland	+ 2,1	4,8	– 2,3 ³	52,1
Italien	+ 2,0	4,9	2,7	118,7
Luxemburg	+ 1,0	4,7	– 2,1 ³	6,7
Niederlande	+ 1,8	4,6	0,9	67,7
Österreich	+ 0,8	4,7	2,1	63,1
Portugal	+ 2,2	4,9	2,3	57,8
Schweden	+ 1,0	5,0	– 2,0 ³	75,1
Spanien	+ 1,8	4,8	1,8	65,6
Europäische Union	+ 1,3	4,9	1,5	69,5
Eurozone	+ 1,1	4,7	2,1	73,8
Nachrichtlich:				
Beitrittskandidaten zur EU ⁴				
Estland	+ 11,2	12,2	– 2,1 ³	6,8
Polen	+ 14,9	19,5	3,1	46,0
Slowenien	+ 8,4	13,2	1,1	31,7
Tschechische Republik	+ 8,5	7,7	2,2	9,9
Ungarn	+ 18,3	17,6	4,8	63,7
Zypern	+ 3,6	6,9	5,1	55,7

1 Für die Beitrittskandidaten: nationaler Verbraucherpreisindex.

2 Rendite langfristiger Staatsanleihen des Sekundärmarktes (brutto) mit einer ca. zehnjährigen Restlaufzeit, für Griechenland fängt die harmonisierte Serie Mitte 1997 an. Mitteleuropäische Länder: Durchschnittliche Einlagenzinsen.

3 Überschuss.

4 Angaben für 1997.

wurden als „Maastricht-Kriterien“ bzw. „Konvergenzkriterien“ bezeichnet. Nur diejenigen Staaten, die hinsichtlich dieser Kriterien vorgegebene Schwellenwerte unterschritten bzw. die Tendenz einer deutlichen Verbesserung aufwiesen und sich zu einer Teilnahme entschieden, sollten Mitglieder der Währungsunion sein.

Auf dieser Grundlage und auf Empfehlung der am 24. bzw. 25. März 1998 vom Europäischen Währungsinstitut (EWI) und von der EU-Kommission gleichzeitig vorgelegten Konvergenzberichte, beschloss der Europäische Rat am 2. Mai 1998 termingerecht den Start der Europäischen Währungsunion zum 1. Januar 1999 mit den elf Teilnehmerstaaten Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien. Diese Staaten werden als „Eurozone“ bezeichnet. Dänemark, Griechenland, Großbritannien und Nordirland sowie Schweden nehmen an der Europäischen Währungsunion noch nicht teil.

Wie Tab. 1 zeigt, erfüllten mit Ausnahme Griechenlands die übrigen drei Nicht-Teilnehmerstaaten die maßgeblichen Beitrittsvoraussetzungen auch im Jahr 1998, doch entschieden sich Dänemark sowie Großbritannien und Nordirland zunächst dafür, freiwillig auf die Teilnahme zu verzichten. Schweden hat darüber hinaus den als weitere Voraussetzung vorgegebenen Beitritt zum Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems (EWS) noch nicht vollzogen.

Die verfügbaren Werte für die Beitrittskandidaten für das Jahr 1997 zeigen, dass diese insbesondere im Bereich der Inflationsbekämpfung noch große Anstrengungen unternehmen müssen, um die Konvergenzkriterien zu erfüllen. Dagegen sind bei der Eindämmung der Haushaltsdefizite und der Staatsverschuldung bereits Erfolg versprechende Entwicklungen zu erkennen.

Zum Stichtag 1. Januar 1999 wurden die Wechselkurse der nationalen Währungen der elf Mitgliedstaaten der Europäischen Währungsunion gegenüber dem Euro unwiderruflich festgeschrieben (siehe Übersicht). Bis zum Jahresende 2001 findet die neue gemeinsame Währung nur für bargeldlose Transaktionen Verwendung. Ab dem 1. Januar 2002 wird der Euro dann zum einzig gültigen gesetzlichen Zahlungsmittel innerhalb der Eurozone.

Wechselkurse gegenüber dem Euro am 1. 1. 1999

Land	1 Euro = ... Währungseinheiten
Belgien/Luxemburg	40,3399 Bfr
Deutschland	1,95583 DM
Finnland	5,94573 Fmk
Frankreich	6,55957 FF
Irland	0,787564 Ir£
Italien	1936,27 Lit
Niederlande	2,20371 Hfl
Österreich	13,7603 S
Portugal	200,482 Esc
Spanien	166,386 Pta

Oberstes Organ der Europäischen Währungsunion, das im Zusammenwirken mit den nationalen Zentralbanken der Mitgliedstaaten über die Währungsstabilität des Euro wacht, ist die Europäische Zentralbank (EZB). Sie ging aus dem Europäischen Währungsinstitut hervor und nahm unmittelbar nach dem Beschluss über die Teilnehmer der Währungsunion ihre Arbeit als Zentralbank in Frankfurt/Main auf.

20.4 Die Finanzierung der Europäischen Union

Die Finanzierung des EU-Haushalts erfolgt im Wesentlichen durch direkte Abgaben bzw. Transfers der Mitgliedstaaten, insbesondere von Anteilen ihres Mehrwertsteueraufkommens (MWSt-Eigenmittel) und einer auf dem jeweiligen Brutto-sozialprodukt der einzelnen EU-Länder beruhenden Abgabe (BSP-Eigenmittel). Darüber hinaus sind für die Einnahmenseite des EU-Haushaltes Zölle, Agrarabschöpfungen auf die Importe aus Drittstaaten sowie Zucker- und Isoglukoseabgaben von Bedeutung.

Betrachtet man die direkt von den Mitgliedstaaten stammenden Einnahmen des EU-Haushaltes, dann zeigt sich, dass Deutschland 1997 mit 21,22 Mrd. ECU bzw. 28,2 % der Gesamteinnahmen des EU-Haushalts aus Leistungen bzw. Abgaben der Mitgliedstaaten in Höhe von 75,29 Mrd. ECU der größte Zahler unter den EU-Ländern war. Mit deutlichem Abstand folgten Frankreich mit 13,19 Mrd. ECU (17,5 %) sowie Großbritannien und Nordirland mit 8,93 Mrd. ECU (11,9 %).

Tab. 2: Einnahmen und Zahlungen der EU nach Mitgliedsländern 1997

Land	Einnahmen von den Mitgliedsländern		Zahlungen an die Mitgliedsländer	
	Mill. ECU	% ¹	Mill. ECU	% ¹
Belgien	2 971	3,9	1 982	2,5
Dänemark	1 506	2,0	1 530	1,9
Deutschland	21 217	28,2	9 989	12,4
Finnland	1 064	1,4	1 069	1,3
Frankreich	13 186	17,5	12 201	15,2
Griechenland	1 178	1,6	5 372	6,7
Großbritannien und Nordirland	8 926	11,9	7 092	8,8
Irland	687	0,9	3 311	4,1
Italien	8 667	11,5	8 344	10,4
Luxemburg	171	0,2	106	0,1
Niederlande	4 838	6,4	2 489	3,1
Österreich	2 110	2,8	1 318	1,6
Portugal	1 078	1,4	3 690	4,6
Schweden	2 326	3,1	1 099	1,4
Spanien	5 368	7,1	11 218	14,0
Europäische Union	75 293	100	80 236²	100

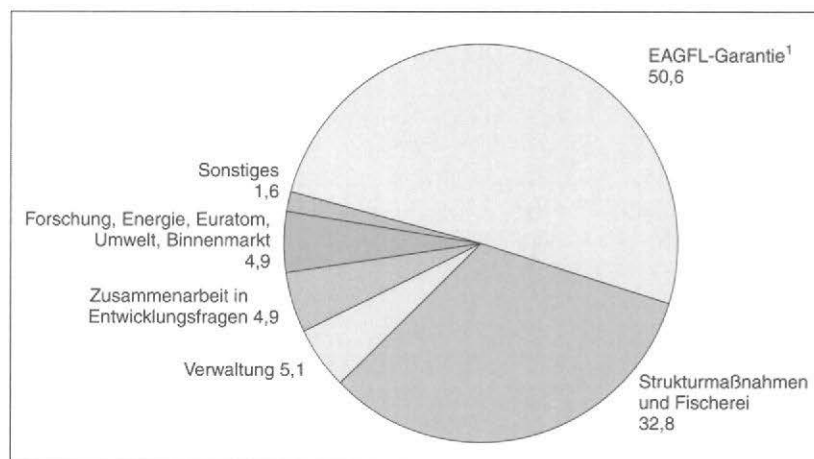
1 Anteil an EU-Ländern insgesamt.

2 Einschl. nicht aufteilbarer Zahlungen sowie Ausgaben für Verwaltung.

Bei den Zahlungen an die Mitgliedsländer bzw. den Einnahmen der Mitgliedstaaten aus dem EU-Haushalt von insgesamt 80,24 Mrd. ECU lag 1997 Frankreich mit 12,20 Mrd. ECU bzw. einem Anteil von 15,2 % an der Spitze. Es folgten Spanien mit 11,22 Mrd. ECU (14,0 %) und Deutschland mit 9,99 Mrd. ECU (12,4 %). Den größten Netto-Finanztransfer erhielt Spanien mit 5,85 Mrd. ECU.

Die Verwendung der EU-Haushaltsausgaben zeigt, dass auf die Gemeinsame Agrarpolitik (Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft/EAGFL) mehr als die Hälfte (50,6 %) der Gesamtausgaben entfielen, auf Strukturmaßnahmen und Fischerei annähernd ein Drittel (32,8 %). Die übrigen Ausgaben verteilen sich auf administrative Belange (5,1 %), Zusammenarbeit in

Abb. 1: Ausgaben der EU nach Bereichen 1997
in Prozent



¹ Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie, Brüssel.

Entwicklungsfragen (4,9 %), Ausgaben für Forschung, Energie, Euratom, Umwelt und Binnenmarkt (4,9 %) und Sonstiges (1,6 %).

Die hohen Ausgaben für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) sind seit längerem Gegenstand von Überlegungen einer grundsätzlichen Umstrukturierung der EU-Landwirtschaftspolitik. Mit der umfassenden „Agenda 2000“ wurden von der EU-Kommission weit reichende Reformvorschläge unterbreitet, die u. a. den in der EU vorherrschenden Agrarsubventionismus zurückdrängen und stärker marktwirtschaftlich orientierte Produktionsverhältnisse fördern sollen. Eine der vorgeschlagenen Maßnahmen der Agenda 2000 zur Stabilisierung der Agrarausgaben ist die Senkung der garantierten Interventionspreise für wichtige landwirtschaftliche Erzeugnisse (z. B. Getreide, Rindfleisch, Milcherzeugnisse).

Auf dem vom 24. bis 26. März 1999 in Berlin unter deutscher Präsidentschaft abgehaltenen EU-Sondergipfel gelangten die Staats- und Regierungschefs der EU zu einer politischen Einigung über die Agenda 2000. Allerdings blieben aufgrund der kontroversen Bewertung der vorgeschlagenen agrarpolitischen Reformen und heftiger Widerstände einzelner Mitgliedstaaten die erzielten Ergebnisse des Berliner Gipfels z. T. hinter den Erwartungen zurück.

Ein endgültiger Durchbruch bei der angestrebten Entlastung des EU-Haushalts durch die hohen Ausgaben für die Gemeinsame Agrarpolitik ist somit noch nicht gelungen. Er wird sich spätestens unmittelbar vor der geplanten Osterweiterung mit erhöhter Dringlichkeit stellen.

20.5 Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Zum Jahresende 1997 lebten in den 15 EU-Staaten annähernd 375 Mill. Einwohner. Allein 291 Mill. bzw. 78 % aller EU-Bürger/innen lebten zu diesem Zeitpunkt in den Ländern der Eurozone. Bevölkerungsreichstes Mitglied der Europäischen Union ist Deutschland mit 82,1 Mill. Einwohnern bzw. einem Anteil von rund 22 % der EU-Bevölkerung. Die Einwohnerzahl Deutschlands ist größer als die der sechs aussichtsreichsten Beitrittskandidaten zusammen mit 63,3 Mill. im Jahr 1997.

Die Besiedlungsdichte ist innerhalb der EU sehr unterschiedlich. Im EU-Durchschnitt liegt die Bevölkerungsdichte bei 116 Einwohnern je Quadratkilometer, wobei die Bandbreite von 15 bzw. 20 Einwohnern je Quadratkilometer in Finnland und Schweden bis zu 334 bzw. 377 Einwohnern je Quadratkilometer in Belgien und den Niederlanden reicht. Deutschland lag mit einer Bevölkerungsdichte von 230 Einwohnern je Quadratkilometer ebenfalls deutlich über dem Durchschnitt.

Geburten- und Sterbeniveau haben sich in der EU und auch in den Beitrittsländern weitgehend angenähert. Lediglich in Irland und Zypern liegen die Geborenenziffern noch deutlich höher als die Sterbeziffern. Diese Staaten sind deshalb die Einzigen, die ein signifikantes natürliches Bevölkerungswachstum (Irland: 0,56 %; Zypern: 0,63 %) aufweisen. In allen anderen EU-Ländern wie auch den meisten Beitrittsländern herrscht fast „Nullwachstum“ vor. In einigen Staaten – darunter Deutschland – starben mehr Menschen pro Jahr als geboren wurden.

In mehreren EU-Ländern sind die grenzüberschreitenden Wanderungsbewegungen wichtiger für die Bevölkerungsentwicklung als die Geburten- und Sterblichkeitsentwicklung. Die Nettozuwanderung in die Europäische Union betrug 1997 516 800 Menschen. Hieraus resultierte ein Wachstum der EU-Bevölkerung um 0,14 %, verglichen mit einem geburtenüberschussbedingten Zuwachs von 0,09 %. Den höchsten Wanderungszuwachs verbuchte Italien mit 126 000 Nettozuwanderern. Damit absorbierte Italien 1997 rund ein Viertel der Nettoeinwanderung in die EU, gefolgt von Deutschland mit netto 93 700 sowie Großbritannien und Nordirland mit 87 500 Immigranten.

Wie in anderen Teilen der industrialisierten Welt stellt für die EU die aktuelle Arbeitsmarktlage ein Problemfeld mit besonderer Tragweite dar. 1997 waren EU-weit 150,1 Mill. Menschen als Selbstständige oder abhängig Beschäftigte erwerbstätig, davon allein 113,0 Mill. bzw. drei Viertel in der Eurozone. Während sich der Anteil

Tab. 3: Fläche, Bevölkerung, natürliche und räumliche
Bevölkerungsbewegung 1997

Land	Fläche	Bevölkerung		Lebend- gebo- rene	Gestor- bene	Natürliche Bevölke- rungsbe- wegung	Wanderungs- saldo	
		ins- gesamt ¹	Einwoh- ner je km ²					
	1 000 km ²	1 000	Anzahl	je 1 000 Einwohner		1 000	je 1 000 Einwoh- ner	
Belgien	31	10 192	334	11,4	10,2	1,1	10,0	1,0
Dänemark	43	5 295	123	12,8	11,3	1,5	12,0	2,3
Deutschland	357	82 057	230	9,9	10,5	- 0,6	93,7	1,1
Finnland	338	5 147	15	11,5	9,6	2,0	4,8	0,9
Frankreich	544	58 723	108	12,4	9,1	3,3	40,0	0,7
Griechenland	132	10 508	80	9,7	9,6	0,1	20,0	1,9
Großbritannien und Nordirland	242	59 084	244	12,3	10,7	1,6	87,5	1,5
Irland	70	3 693	53	14,2	8,6	5,6	20,0	5,5
Italien	301	57 563	191	9,2	9,6	- 0,4	126,0	2,2
Luxemburg	3	424	164	13,1	9,4	3,7	3,8	9,1
Niederlande	42	15 650	377	12,2	8,7	3,5	28,0	1,8
Österreich	84	8 075	96	10,4	9,8	0,6	2,6	0,3
Portugal	92	9 957	108	11,4	10,5	0,8	15,0	1,5
Schweden	450	8 848	20	10,2	10,5	- 0,3	6,0	0,7
Spanien	506	39 348	78	9,1	9,1	0,0	47,4	1,2
Europäische Union	3 234	374 564	116	10,8	9,9	0,9	516,8	1,4
Eurozone	2 367	290 829	123	10,5	9,7	0,8	391,3	1,3
Nachrichtlich:								
Beitrittskandidaten zur EU								
Estland	45	1 454	32	8,7	12,7	- 4,1	- 2,3	- 1,6
Polen	323	38 660	120	10,7	9,8	0,8	- 11,8	- 0,3
Slowenien	20	1 985	98	9,1	9,5	- 0,3	- 1,4	- 0,7
Tschechische Republik	79	10 299	131	8,8	10,9	- 2,1	12,1	1,2
Ungarn	93	10 135	109	9,9	13,7	- 3,8	- 0,4	- 0,0
Zypern	9	746	81	14,2	7,9	6,3	0,4	0,6

1 Stand: Jahresende.

der in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei Beschäftigten im EU-Mittel auf 5,0 % reduziert hat, wuchs der Anteil des Dienstleistungssektors auf fast zwei Drittel (65,6 %). Auf das Produzierende Gewerbe entfällt ein Erwerbstätigenanteil von 29,5 %.

Lediglich Griechenland (19,8 %), Portugal (13,3 %) und Irland (10,9 %) weisen noch eine hohe agrarische Beschäftigungskomponente auf. Bei den Beitrittsländern sind dies insbesondere Polen (20,4 %), Slowenien (12,0 %) und Zypern (10,5 %).

Das Ausmaß der Arbeitslosigkeit in der EU zeigt sich an der Gesamtzahl von 17,9 Mill. Betroffenen 1997 (Eurozone: 14,9 Mill.). Allerdings bestehen im zwischenstaatlichen Vergleich erhebliche Disparitäten im Niveau der Arbeitslosigkeit. Wäh-

Tab. 4: Erwerbstätige, Arbeitslose und Arbeitslosenquoten 1997

Land	Erwerbstätige				Arbeitslose	Arbeitslosenquoten	
	insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzieren des Gewerbe	Dienstleistungsgewerbe ¹	insgesamt	insgesamt	unter 25 Jahre
	1 000	% der Erwerbstätigen			1 000	%	
Belgien	3 838	2,7	27,5	69,8	389	9,2	23,0
Dänemark	2 675	3,7	26,2	70,0	156	5,5	8,3
Deutschland	35 299	2,9	34,7	62,4	3 910	10,0	11,0
Finnland	2 120	7,8	27,4	64,8	326	13,1	25,7
Frankreich	22 157	4,6	26,6	68,8	3 126	12,4	29,1
Griechenland	3 853	19,8	22,5	57,7	408	9,6	31,0
Großbritannien und Nordirland	26 612	1,9	26,9	71,2	2 023	7,0	14,2
Irland	1 373	10,9	28,6	60,5	155	10,1	15,7
Italien	20 032	6,5	31,7	61,8	2 757	12,1	33,0
Luxemburg	169	2,3	23,3	74,3	5	2,6	7,7
Niederlande	7 186	3,7	22,9	73,4	392	5,2	9,2
Österreich	3 609	6,9	29,6	63,5	164	4,4	6,7
Portugal	4 523	13,3	31,0	55,7	328	6,8	15,4
Schweden	3 917	3,2	25,6	71,2	436	9,9	20,6
Spanien	12 706	8,3	29,9	61,8	3 358	20,8	39,1
Europäische Union	150 070	5,0	29,5	65,6	17 933	10,7	21,2
Eurozone	113 012	5,3	30,4	64,3	14 909	11,6	23,3
Nachrichtlich:							
Beitrittskandidaten zur EU							
Estland	634	9,9	32,1	58,0	72 ²	10,5	17,8
Polen	15 177	20,4	31,9	47,6	1 923	11,2	24,8
Slowenien	898	12,0	40,5	47,5	129 ³	7,1	17,4
Tschechische Republik	4 889	5,8	41,6	52,6	242	4,7	8,4
Ungarn	3 567	8,1	33,9	58,1	349	8,1	13,9
Zypern ²	285	10,5	24,4	65,0	9	3,1	2,6

1 Einschl. Erwerbstätiger, deren Zuordnung zu Wirtschaftsbereichen nicht eindeutig bestimmt ist.

2 1996.

3 Registrierte Arbeitslose. Stand: Jahresende.

rend im Durchschnitt der 15 Mitgliedsländer 1997 die Arbeitslosenquote bei 10,7 % lag (Eurozone: 11,6 %), betrug sie in Spanien und Finnland hohe 20,8 % bzw. 13,1 %. Deutschland lag mit 10,0 % leicht unter dem Durchschnitt. Die Länder mit der niedrigsten Erwerbslosenquote waren Luxemburg mit 2,6 % und Österreich mit 4,4 %.

Noch schwerer als die allgemeine Arbeitslosigkeit wiegt das Problem der Jugendarbeitslosigkeit in der Europäischen Union. Etwa jeder fünfte Jugendliche unter 25 Jahren in der EU besaß 1997 keinen Arbeitsplatz (21,2 %). In der Eurozone lag der Anteil der Jugendarbeitslosigkeit sogar bei 23,3 %. Spitzenreiter war wieder Spanien, wo 1997 fast zwei von fünf unter 25 Jahre alten Erwerbspersonen ohne Beschäftigung waren. In Italien und Griechenland war nahezu jede dritte unter 25 Jahre alte Erwerbsperson ohne Arbeitsplatz. Lediglich in vier EU-Staaten (Dänemark, Luxemburg, Niederlande und Österreich) lag die Jugendarbeitslosigkeit bei weniger als 10 %. Deutschland schnitt mit 11,0 % im EU-Vergleich ebenfalls noch relativ günstig ab.

20.6 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Europäischen Union

1997 erwirtschafteten die 15 EU-Staaten ein gemeinsames Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) von 7 192 Mrd. ECU. Allein der Beitrag Deutschlands lag mit 1 871 Mrd. ECU bei 26,0 %, gefolgt von Frankreich mit 1 231 Mrd. ECU (17,1 %) sowie Großbritannien und Nordirland mit 1 158 Mrd. ECU (16,1 %). Die Eurozone vereinigte 1997 eine Wirtschaftskraft von 5 576 Mrd. ECU auf sich.

Unter den Beitrittskandidaten wies Polen mit 119,6 Mrd. ECU das höchste BIP auf. Die polnische Wirtschaftsleistung war 1997 höher als die der anderen fünf Beitrittskandidaten zusammen.

Das BIP je Einwohner lag 1997 in allen Beitrittsländern mit Ausnahme Zyperns noch deutlich unter 10 000 ECU und damit unter dem der EU-Staaten, wo im Durchschnitt Waren und Dienstleistungen im Wert von 19 200 ECU pro Kopf produziert wurden. Innerhalb der EU existieren jedoch große Unterschiede. Während in Luxemburg und Dänemark das BIP je Einwohner 1997 33 000 ECU bzw. 28 400 ECU betrug, wiesen Portugal und Griechenland nur Werte von 9 000 ECU bzw. 10 100 ECU auf. Der Wert für Deutschland lag bei 22 800 ECU je Einwohner und damit über dem EU-Mittelwert.

Sehr unterschiedlich war 1997 das Wirtschaftswachstum in der Europäischen Union. Während im EU-Durchschnitt das BIP real um 2,6 % (Eurozone: + 2,4 %) zunahm, erreichten Länder wie Italien (+ 1,5 %) und Schweden (+ 1,8 %) nur moderate Wachstumsraten. Auch Deutschland schnitt mit einem BIP-Anstieg von 1,8 % unterdurchschnittlich ab. Einen regelrechten Boom erlebte dagegen die irische Ökonomie, wo 1997 die Wirtschaftsleistung um 10,6 % gegenüber dem

Vorjahr zunahm. Auch die finnische Wirtschaft präsentierte sich 1997 mit einem BIP-Zuwachs von 6,0 % sehr dynamisch.

Bei den Beitrittsländern war die Entwicklung 1997 ebenfalls uneinheitlich. Kräftige BIP-Zuwächse konnten Estland (+ 11,4 %) und Polen (+ 6,9 %) erzielen, dagegen fiel das Wirtschaftswachstum in Zypern (+ 2,5 %) und insbesondere der Tschechischen Republik (+ 1,0 %) eher schwach aus.

Tab. 5: Bruttoinlandsprodukt 1997

Land	Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen		
	in jeweiligen Preisen	je Einwohner	Veränderung gegenüber 1996 ¹
	Mill. ECU	ECU	%
Belgien	214 034	21 000	+ 3,0
Dänemark	150 058	28 400	+ 3,3
Deutschland	1 871 227	22 800	+ 1,8
Finnland	105 789	20 600	+ 6,0
Frankreich	1 230 542	21 000	+ 2,3
Griechenland	105 873	10 100	+ 3,2
Großbritannien und Nordirland	1 158 410	19 600	+ 3,5
Irland	68 087	18 600	+ 10,6
Italien	1 011 082	17 600	+ 1,5
Luxemburg	13 909	33 000	+ 3,7
Niederlande	320 692	20 500	+ 3,6
Österreich	182 067	22 600	+ 2,5
Portugal	89 415	9 000	+ 3,7
Schweden	200 997	22 700	+ 1,8
Spanien	469 576	11 900	+ 3,5
Europäische Union	7 191 759	19 200	+ 2,6
Eurozone	5 576 421	19 200	+ 2,4
Nachrichtlich:			
Beitrittskandidaten zur EU			
Estland	4 134	2 840	+ 11,4
Polen	119 592	3 090	+ 6,9
Slowenien	16 062	8 090	+ 3,8
Tschechische Republik	45 933	4 460	+ 1,0
Ungarn	40 374	3 980	+ 4,6
Zypern	7 451	10 020	+ 2,5

1 Zu konstanten Preisen.

Wie Tab. 6 zeigt, ging das niedrige BIP-Wachstum in Schweden und Italien mit den im EU-Vergleich niedrigsten Investitionsquoten einher. In Schweden beliefen sich die Bruttoanlageinvestitionen 1997 auf 13,7 %, in Italien auf 16,7 % des BIP. In Deutschland lag die Investitionsquote bei 21,3 % und damit über dem EU-Mittel von 18,8 % (Eurozone: 19,3 %). Die höchste Bruttoinvestitionsrate wies 1997 Portugal mit 25,1 % des BIP auf. In Österreich wurden 24,1 % des BIP für investive

Zwecke verwendet. Unter den Beitrittskandidaten verzeichnete die Tschechische Republik mit 30,7 % den höchsten Wert.

Die größte Ausfuhrorientierung ihrer Volkswirtschaften besitzen Belgien, Irland und Luxemburg. In Belgien wurden 1997 72,9 %, in Irland 79,7 % und in Luxemburg sogar 91,2 % aller erzeugten Güter und Dienstleistungen exportiert. Die stärkste Binnenmarktorientierung hat Griechenland. Dort waren 1997 nur 15,7 % des wert-

Tab. 6: Verwendungsstruktur des Bruttoinlandsprodukts 1997

Land	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Bruttoanlageinvestitionen	Vorratsveränderungen	Ausfuhr	Einfuhr
	% des Bruttoinlandsprodukts					
Belgien	63,3	14,4	17,8	+ 0,0	72,9	68,4
Dänemark	50,7	25,3	20,1	+ 0,6	36,0	32,6
Deutschland	57,3	19,5	21,3	+ 0,5	27,8	26,4
Finnland	52,9	20,9	16,9	+ 0,5	39,8	31,0
Frankreich	59,9	19,3	17,1	- 0,3	26,6	22,7
Griechenland	73,4	14,8	20,0	+ 0,0	15,7	24,0
Großbritannien und Nordirland	64,7	18,4	16,7	+ 0,4	28,5	28,6
Irland	49,5	13,1	18,7	+ 0,9	79,7	61,9
Italien	61,8	16,3	16,7	+ 0,9	27,3	23,0
Luxemburg	53,1	13,3	22,4	+ 0,3	91,2	80,2
Niederlande	59,1	13,7	20,0	+ 0,2	56,0	48,9
Österreich	56,1	19,4	24,1	+ 1,0	42,2	42,8
Portugal	64,5	18,6	25,1	+ 0,5	31,4	40,1
Schweden	53,1	25,8	13,7	+ 0,4	43,8	36,8
Spanien	62,0	16,2	20,6	+ 0,1	28,4	27,2
Europäische Union	60,3	18,2	18,8	+ 0,4	31,8	29,4
Eurozone	59,5	17,9	19,3	+ 0,3	32,4	29,4
Nachrichtlich:						
Beitrittskandidaten zur EU						
Estland	58,4	22,9	26,5	+ 3,4	77,2	88,6
Polen	65,3	17,3	21,2	+ 1,3	25,3	30,2
Slowenien	56,5	20,4	23,7	+ 0,3	57,5	58,4
Tschechische Republik	51,4	20,2	30,7	+ 3,2	57,6	63,0
Ungarn	51,1	21,9	21,0	+ 6,6	42,4	43,4
Zypern	60,6	18,6	18,4	+ 5,8	46,4	52,3

mäßigen BIP für Auslandsmärkte bestimmt. Das „Exportland“ Deutschland wies 1997 einen Ausfuhranteil der im Lande erzeugten Waren und Dienstleistungen von 27,8 % auf.

Ausgewählte Daten zeigen die Produktionsentwicklung des Produzierenden Gewerbes sowie die industrielle Wirtschaftskraft der Europäischen Union. Ähnlich wie beim BIP wiesen Irland (+ 24,5 %) und Finnland (+ 13,2 %) beim Produktionsindex

für das Produzierende Gewerbe 1997 gegenüber dem Basisjahr 1995 die größten Zuwächse auf. Dies bedeutet, dass die dort feststellbare gesamtwirtschaftliche Expansion vor allem die Folge einer boomenden Sekundärwirtschaft war. Der deutsche Produktionsindex hatte 1997 gegenüber 1995 um 3,8 % zugelegt und lag damit geringfügig unter dem EU-Durchschnitt von 4,1 %. Das einzige EU-Land mit zwischen 1995 und 1997 rückläufiger Entwicklung im Produzierenden Gewerbe war Italien (– 0,2 %).

Beispielhaft lässt sich die industrielle Leistungsfähigkeit der EU-Länder an ihrer Pkw-Produktion ablesen. EU-weit wurden 1997 13,4 Mill. Pkw gefertigt, davon

Tab. 7: Wirtschaftsdaten des Produzierenden Gewerbes 1997

Land	Index der Produktion für das Produzierende Gewerbe	Produktion			
		Steinkohle	Rohstahl	Elektrizität	Pkw
		1995 = 100	1 000 t	Mill. kWh je 100 000 Einwohner	1 000
Belgien	105,6	–	10 738	775	412
Dänemark	105,5	–	786	844	–
Deutschland	103,8	51 212	45 007	666	4 678
Finnland	113,2	–	3 711	1 341	2
Frankreich	103,9	5 779	19 774	859	2 259
Griechenland	102,7	–	1 016	416	–
Großbritannien und Nordirland	102,4	46 981	18 545	584	1 698
Irland	124,5	–	336	541	–
Italien	99,8	–	25 798	439	1 563
Luxemburg	106,3	–	2 580	272	–
Niederlande	104,7	–	6 641	550	197
Österreich	106,7	–	5 195	704	68 ¹
Portugal	103,9	–	904	288	178
Schweden	111,2	–	5 105	1 685	376
Spanien	105,9	991	683	468	2 010
Europäische Union	104,1	121 963	159 798	644	13 442
Eurozone	104,2	74 982	134 359	629	11 368²
Nachrichtlich:					
Beitrittskandidaten zur EU					
Estland	115,7	–	4	613	–
Polen	121,7	137 100	11 591	370	322
Slowenien	102,0	–	373	270	96
Tschechische Republik	106,9	16 228	6 750	631	321
Ungarn	114,8	959	1 690	360	76
Zypern	96,7	–	–	354	–

1 Verkauf.

2 Summe der ausgewiesenen Werte.

allein in der Eurozone 11,4 Mill. Größter Automobilproduzent innerhalb der Europäischen Union ist traditionell Deutschland mit 4,7 Mill. Pkw 1997 bzw. einem Anteil von annähernd 35 % an der Gesamtfertigung. Zweitgrößtes EU-Herstellungsland ist Frankreich, wo 1997 fast 2,3 Mill. Pkw vom Band gingen. In den Beitrittsländern spielt die Automobilherzeugung – trotz Investitionen westlicher Automobilhersteller in den letzten Jahren vor allem in Polen und der Tschechischen Republik – noch eine vergleichsweise geringe Rolle.

20.7 Die außenwirtschaftlichen Beziehungen der EU-Staaten und der Europäischen Union

Den bedeutendsten außenwirtschaftlichen Aspekt für die EU-Staaten bildet der Außenhandel. Mehr als ein Drittel des globalen Warenhandels entfällt auf die Europäische Union, die damit in dieser Hinsicht die weltweit wichtigste Ländergruppe darstellt. Wie Tab. 8 zeigt, importierten 1997 die 15 EU-Länder Waren im Gesamtwert von 1 762 Mrd. ECU, allein 1 372 Mrd. ECU bzw. 77,6 % entfielen auf die Eurozone. Dem standen Ausfuhren und Versendungen von 1 875 Mrd. ECU gegenüber. Mit 1 502 Mrd. ECU lag der Anteil der Eurozone bei 80,1 %. Der Ausfuhrüberschuss der Europäischen Union betrug 113 Mrd. ECU, der der 11 Mitgliedstaaten der Währungsunion sogar 130 Mrd. ECU. Allein der deutsche Exportüberschuss bezifferte sich 1997 auf 67 Mrd. ECU. An zweiter Stelle folgte Italien mit einem positiven Handelssaldo von 27 Mrd. ECU.

Nicht weniger als 61,9 % des Warenhandels der Europäischen Union entfielen 1997 auf den so genannten Intrahandel, d. h. auf den Warenaustausch zwischen den EU-Ländern (Eurozone: 63,2 %). Am stärksten ist die Handelsverflechtung mit den Partnerländern der Europäischen Union im Falle von Portugal und Belgien-Luxemburg, wo 77,3 % bzw. 73,4 % des gesamten grenzüberschreitenden Güterhandels mit anderen EU-Staaten abgewickelt werden. Am schwächsten ist die Intrahandelskomponente im Falle Großbritanniens und Nordirlands ausgeprägt. Dort betrug der Anteil des Warenaustausches mit EU-Mitgliedstaaten 1997 54,5 % des Gesamthandelsumsatzes.

Mit Ausnahme von Zypern (42,4 %) spielt auch für die Beitrittsländer der Handel mit der EU bereits heute eine große Rolle für die Außenwirtschaft. Estland, Polen, Slowenien und Ungarn wickeln rund zwei Drittel ihres Warenhandels mit EU-Ländern ab. Im Falle der Tschechischen Republik sind es 55,7 %.

Ein noch umfassenderes Bild über die externen Wirtschaftsverflechtungen als der Warenhandel bietet die Leistungsbilanz, d. h. die Summe aller grenzüberschreitenden Güter- und Dienstleistungstransaktionen sowie der Übertragungen. Die Europäische Union als Ganzes verbuchte 1997 einen positiven Leistungsbilanzsaldo in Höhe von 126,2 Mrd. US-\$, wobei alleine 109,7 Mrd. US-\$ auf die

Tab. 8: Außenhandel 1997

Land	Einfuhr und Eingänge		Ausfuhr und Versendungen		Saldo		Anteil des Intra- handels ¹
	ins- gesamt	je Ein- wohner	ins- gesamt	je Ein- wohner	ins- gesamt	je Ein- wohner	
	Mill. ECU	ECU	Mill. ECU	ECU	Mill. ECU	ECU	%
Belgien – Luxemburg	140 159	13 203	150 896	14 214	+ 10 737	+ 1 011	73,4
Dänemark	39 814	7 519	43 757	8 264	+ 3 943	+ 745	68,6
Deutschland	384 762	4 689	451 352	5 500	+ 66 590	+ 812	56,8
Finnland	27 497	5 342	36 375	7 067	+ 8 878	+ 1 725	57,8
Frankreich	251 149	4 277	266 171	4 533	+ 15 022	+ 256	63,9
Griechenland	22 587	2 150	9 873	940	- 12 714	- 1 210	58,4
Großbritannien und Nordirland	270 285	4 575	247 164	4 183	- 23 121	- 391	54,5
Irland	32 588	8 824	46 442	12 576	+ 13 854	+ 3 751	67,0
Italien	183 675	3 191	210 234	3 652	+ 26 559	+ 461	57,4
Niederlande	163 686	10 459	178 970	11 436	+ 15 284	+ 977	69,5
Österreich	57 969	7 179	52 521	6 504	- 5 448	- 675	68,1
Portugal	29 594	2 972	20 427	2 052	- 9 167	- 921	77,3
Schweden	57 685	6 520	72 839	8 232	+ 15 154	+ 1 713	60,9
Spanien	101 019	2 567	88 425	2 247	- 12 594	- 320	67,6
Europäische Union	1 762 469	4 705	1 875 446	5 007	+ 112 977	+ 302	61,9
Eurozone	1 372 098	4 718	1 501 813	5 164	+ 129 715	+ 446	63,2
Nachrichtlich:							
Beitrittskandidaten zur EU							
Estland	3 785	2 603	2 421	1 665	- 1 364	- 938	65,3
Polen	37 309	965	22 708	587	- 14 601	- 378	64,0
Slowenien	8 252	4 157	7 383	3 719	- 869	- 438	65,6
Tschechische Republik	23 799	2 311	19 845	1 927	- 3 954	- 384	55,7
Ungarn	18 725	1 848	16 843	1 662	- 1 882	- 186	66,6
Zypern	3 259	4 369	1 098	1 472	- 2 161	- 2 897	42,4

1 Bzw. des Handels mit den EU-Ländern.

Eurozone entfielen. Im Ländervergleich fiel die Leistungsbilanz jedoch sehr unterschiedlich aus. Den höchsten Leistungsbilanzüberschuss wies Frankreich mit 39,5 Mrd. US-\$ auf, an zweiter Position lag Italien mit 33,4 Mrd. US-\$. Deutschland dagegen erzielte trotz des EU-weit höchsten Handelsbilanzüberschusses einen negativen Leistungsbilanzsaldo von 2,8 Mrd. US-\$.

Aufgrund der durchweg negativen Handelsbilanzen wiesen alle Beitrittskandidaten mit Ausnahme von Slowenien ein Leistungsbilanzdefizit auf.

Ein Gradmesser für die weltwirtschaftliche Einbettung einzelner Volkswirtschaften sind die im Ausland getätigten Direktinvestitionen bzw. deren Zufluss ins jeweilige Inland. Unternehmen aus der Europäischen Union investierten 1997 netto annähernd 202 Mrd. US-\$ im Ausland (Eurozone: 127 Mrd. US-\$). In die Europäische Union flossen auf umgekehrtem Wege Direktinvestitionen von 113 Mrd. US-\$ (Eurozone: 62 Mrd. US-\$). Am regsten war die Investitionstätigkeit britischer und

nordirischer Unternehmen, die mehr als 59 Mrd. US-\$ im Ausland anlegten. Umgekehrt erhielten auch Großbritannien und Nordirland mit 38 Mrd. US-\$ den größten Nettozufluss an ausländischen Direktinvestitionen. Gänzlich anders gestaltete sich für Deutschland die Situation. Zwar legten deutsche Firmen mit 33 Mrd. US-\$ ebenfalls in einer beträchtlichen Größenordnung in anderen Ländern an, dagegen

Tab. 9: Wirtschaftliche Transaktionen zwischen In- und Ausländern 1997
in Mill. US-\$

Land	Saldo der Leistungs- bilanz	Jährliche Direkt- investitionen (Netto)	
		im Ausland	des Auslands im Land
Belgien – Luxemburg	+ 13 650	7 899	11 883
Dänemark	+ 883	3 718	2 792
Deutschland	- 2 770	33 130	- 340
Finnland	+ 6 664	5 260	2 129
Frankreich	+ 39 470	35 480	23 040
Griechenland	- 4 860	-	984
Großbritannien und Nordirland	+ 13 120	59 380	38 080
Irland	+ 1 984	1 008	2 727
Italien	+ 33 425	10 225	3 700
Niederlande	+ 21 242	20 369	8 725
Österreich	- 4 564	1 915	2 466
Portugal	- 1 877	1 642	1 713
Schweden	+ 7 301	11 465	9 867
Spanien	+ 2 486	10 042	5 556
Europäische Union	+ 126 154	201 533	113 322
Eurozone	+ 109 710	126 970	61 599
Nachrichtlich:			
Beitrittskandidaten zur EU			
Estland	- 562	137	266
Polen	- 5 744	45	4 908
Slowenien	+ 37	26	321
Tschechische Republik	- 3 271	28	1 286
Ungarn	- 982	433	2 079
Zypern	- 366	59	99

war der Nettostrom an Investitionen nach Deutschland als einzigem EU-Land negativ (- 340 Mill. US-\$).

Das Kapitalengagement privater Unternehmen aus den Beitrittsstaaten in anderen Volkswirtschaften ist zwar eher noch gering, doch erfreuen sich insbesondere Polen (5 Mrd. US-\$), Ungarn (2 Mrd. US-\$) und die Tschechische Republik (1 Mrd. US-\$) als Investitionsstandort ausländischer Firmen mittlerweile einer gewissen Attraktivität.

20.8 Die Lebensverhältnisse in der Europäischen Union

Trotz z. T. erheblicher Nettofinanztransfers in die ärmeren EU-Länder in den zurückliegenden Jahren kann noch nicht von einer EU-weiten Angleichung der Lebensverhältnisse gesprochen werden. Tab. 10 belegt dies eindrucksvoll. Noch am

Tab. 10: Lebensverhältnisse 1997¹

Land	Lebens- erwartung bei Geburt		Brutto- ein- kommen je beschäf- tigten Arbeit- nehmer ²	Ausgaben der privaten Haushalte		Personen- kraft- wagen ³	Primär- energie- verbrauch
	Männer	Frauen		Nahrungs- mittel, Getränke, Tabak- waren	Wohnungs- miete, Elektrizität, Gas, Brenn- stoffe		
	Jahre		ECU	%		Anzahl je 1 000 Einwohner	t RÖE ⁴
Belgien	73,8	80,5	36 053	15,7	20,5	433	5 743 ⁵
Dänemark	73,1	78,2	31 888	19,7	27,0	332	4 040
Deutschland	73,6	80,0	32 338	19,1	24,0	504⁶	4 143
Finnland	73,3	80,3	29 339	19,5	25,1	378	4 512
Frankreich	74,2	82,1	31 881	17,8	22,2	442	4 173
Griechenland	75,1	81,4	15 970	22,2	18,3	223	2 614
Großbritannien und Nordirland	74,3	79,5	21 929	19,9	19,7	376	3 864
Irland	73,3	78,7	24 152	30,7	15,2	278	3 287
Italien	74,9	81,3	25 602	18,9	18,0	535	2 764
Luxemburg	73,3	79,9	37 296	18,2	19,8	565	7
Niederlande	74,7	80,3	32 980	14,1	20,9	370	5 415
Österreich	74,2	80,5	30 921	16,8	20,1	462	2 892
Portugal	71,4	78,7	12 092	28,0	7,7	292	1 816
Schweden	76,7	81,8	31 410	18,4	33,4	418	4 919
Spanien	74,4	81,5	21 916	19,3	13,3	385	2 724
Europäische Union	74,1	80,5	27 873	18,9	20,9	.	3 723
Eurozone	74,0	80,7	29 340	18,7	20,7	.	3 693
Nachrichtlich:							
Beitrittskandidaten zur EU							
Estland	64,5	75,5	3 062	47,5	17,7	295	.
Polen	68,5	77,0	4 633	38,8	16,5	221	2 547
Slowenien	70,8	78,3	11 163	28,0	20,2	398	.
Tschechische Republik	70,5	77,5	5 251	27,8	13,6	347	3 741
Ungarn	66,5	75,0	5 488	38,7	17,9	231	2 442
Zypern	75,3	79,8	11 055	.	.	305	.

1 Wenn Daten für 1997 noch nicht vorlagen, Ergebnisse für den zuletzt verfügbaren Zeitpunkt bzw. Zeitraum.

2 Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit.

3 Ohne Kombinationskraftwagen.

4 1 Tonne Rohöleinheit (t RÖE) = 41 860 kJ Hu/kg (unterer Heizwert/kg).

5 Einschl. der Angaben für Luxemburg.

6 Einschl. Kombinationskraftwagen.

7 Die Angaben für Luxemburg sind bei Belgien einbezogen.

weitesten vorangekommen ist die Nivellierung hinsichtlich der Lebenserwartung bei Geburt. Bei den Männern liegt die Bandbreite der Lebenserwartung zwischen 76,7 Jahren für Schweden und 71,4 Jahren für Portugal (Deutschland: 73,6 Jahre). Bei den Frauen reicht die Spanne von 82,1 Jahren im Falle Frankreichs bis 78,2 Jahre im Falle Dänemarks (Deutschland: 80,0 Jahre). Während die Lebenserwartung der Männer in den Beitrittsländern z. T. noch deutlich hinter der in den EU-Staaten (z. B. Estland: 64,5 Jahre; Ungarn: 66,5 Jahre) zurückbleibt, ist bei den Frauen bereits eine erkennbare Annäherung erfolgt.

Besonders ausgeprägt sind die Unterschiede im Lebensstandard im Vergleich der Bruttoeinkommen je beschäftigtem Arbeitnehmer. Einem EU-Durchschnitt von 27 873 ECU 1997 (Eurozone: 29 340 ECU) stehen Werte von 37 296 ECU für Luxemburg und 12 092 ECU für Portugal gegenüber. Deutschland liegt mit 32 338 ECU über dem EU-Mittel. In den Beitrittsländern bewegen sich die Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer gegenwärtig auf noch niedrigerem Niveau als im Falle des EU-Schlusslichtes Portugal (z. B. Estland: 3 062 ECU).

Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Betrachtung der Haushaltsausgaben. Wenn beispielsweise niederländische Haushalte nur rund 14 % ihrer Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren auf, so sind es bei portugiesischen Haushalten 28 %, bei irischen Haushalten 31 %. In Beitrittsländern wie Estland, Polen oder Ungarn werden je Haushalt sogar 48 % bzw. 39 % der verfügbaren Mittel für Ernährungszwecke ausgegeben.

Auch bei der Ausstattung mit Personenkraftwagen zeigen sich deutliche Unterschiede. Kommen in Luxemburg 565 Pkw auf 1 000 Einwohner so sind es in Griechenland oder Irland lediglich 223 bzw. 278 Pkw. Der Wert für Deutschland liegt bei 504 Pkw. Slowenien ist unter den Beitrittskandidaten das Land mit der höchsten Pkw-Dichte. Dort sind annähernd 400 Pkw je 1 000 Einwohner angemeldet.

Teil II

Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden im vereinten Deutschland

Herausgegeben von

ROLAND HABICH

Abteilung Sozialstruktur und Sozialberichterstattung im
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)

HEINZ-HERBERT NOLL

Abteilung Soziale Indikatoren im Zentrum für Umfragen,
Methoden und Analysen, Mannheim (ZUMA)

Die Herausgeber danken Ursula Gerlach, Marion Obermaier und Maren Träger für die zuverlässige Mithilfe und Unterstützung bei den redaktionellen Arbeiten. Die Redaktionsarbeiten wurden vorwiegend im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) durchgeführt. Die graphischen Darstellungen in diesem Teil wurden von Roland Habich entworfen und erstellt.

A Einleitung

1 Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden: Konzepte und Daten der Sozialberichterstattung

Ziel einer regelmäßigen und umfassenden Sozialberichterstattung, wie sie der Datenreport auch mit dieser Ausgabe verfolgt, ist die kontinuierliche Wohlfahrtsmessung und Dauerbeobachtung des sozialen Wandels. Für die verschiedenen Aspekte der objektiven Lebensbedingungen sowie die darauf bezogenen subjektiven Perzeptionen und Bewertungen sollen zuverlässige Daten bereitgestellt werden, die es erlauben, den aktuellen Zustand und die Entwicklung der deutschen Gesellschaft im Zeitablauf zu beurteilen. Zu den Zielen der Sozialberichterstattung gehört es darüber hinaus auch, möglichst frühzeitig Trends des gesellschaftlichen Wandels – auf der Ebene sozialer Strukturen sowie individueller Einstellungen und Verhaltensweisen – aufzuspüren und empirisch zu beschreiben.

Bei Erscheinen dieser Ausgabe des Datenreports ist seit der Öffnung der Berliner Mauer rund ein Jahrzehnt vergangen. Die sorgfältige und kritische Beobachtung des Verlaufs der „inneren Einigung“ und der gesellschaftlichen Transformation in den neuen Bundesländern ist jedoch – das zeigt nicht nur die politische Diskussion – keineswegs obsolet geworden, sondern verdient nach wie vor unsere besondere Aufmerksamkeit. Die Angleichung der Lebensverhältnisse und der schrittweise Abbau des Modernitäts- und Wohlfahrtsgefälles zwischen den alten und den neuen Bundesländern sind gesellschaftspolitische Ziele, deren Realisierung mehr Aufwand erfordert und sich als weitaus schwieriger erwiesen hat als zunächst gedacht. Der Weg dorthin ist offenbar wesentlich länger und konfliktreicher, als es zu Beginn des Einigungsprozesses von vielen erwartet wurde. Eine detaillierte Beobachtung und Analyse der Entwicklung der faktischen sozialen Strukturen und der objektiven Lebensbedingungen sowie der sich ergebenden Probleme, Defizite und Friktionen, aber natürlich auch der Erfolge ist eine wesentliche Voraussetzung, um das Ziel einer Angleichung der Lebensverhältnisse schließlich zu erreichen. Es gilt daher die bisherige Berichterstattung über die Entwicklung der Lebensbedingungen der Deutschen in Ost und West sowie den Wandel sozialer Strukturen, Verhaltensweisen und Wertorientierungen fortzusetzen und zugleich auch die Prozesse der Transformation der ostdeutschen Bundesländer hinsicht-

lich ihrer Konsequenzen für die Bürger systematisch zu beschreiben und zu analysieren. Zu den Aufgaben der Sozialberichterstattung gehört es unter diesen Umständen auch, zu registrieren und zu beschreiben, wie die Bürger im Osten und Westen Deutschlands ihre jeweilige Situation definieren, wie sie die sich verändernden Lebensumstände wahrnehmen und bewerten und wie sich daraus resultierend das subjektive Wohlbefinden, das soziale Klima und die Stimmungslage der Bevölkerung entwickeln.

Bei einem „social monitoring“ dieser gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse geht es auch darum, den Entscheidungsträgern in Politik und Wirtschaft handlungsrelevante Probleminformationen zur Verfügung zu stellen, aber mehr noch stellt sich der Datenreport die Aufgabe, dem Informationsbedürfnis der interessierten Öffentlichkeit gerecht zu werden. Der Teil II dieses Datenreports erweitert das Informationsangebot der amtlichen Statistik um die Perspektive der nicht-amtlichen, sozialwissenschaftlichen Sozialberichterstattung. In den Beiträgen dieses Teils kommt nicht nur eine zumindest partiell in stärkerem Maße durch sozialwissenschaftliche Theorieansätze strukturierte Sichtweise zur Geltung, sondern die Beiträge dieses Teils stützen sich auch auf eine nichtamtliche, spezifisch sozialwissenschaftliche Datenbasis. Die Zusammenarbeit von amtlicher Statistik und wissenschaftlicher Sozialberichterstattung hat sich erstmals im Datenreport von 1985 niedergeschlagen. Die spezifische Arbeitsteilung, die dabei gefunden wurde, hat sich – das zeigen die seither erschienenen Ausgaben des Datenreports – bewährt. Im Mittelpunkt des sozialwissenschaftlichen Teils stand jeweils der Zusammenhang von objektiven Lebensbedingungen und deren subjektive Wahrnehmung und Bewertung. Informationen über subjektive Sachverhalte und Befindlichkeiten wie Einstellungen, Erwartungen, Präferenzen und Beurteilungen sind auch für die Berichterstattung in diesem Teil des Datenreports 1999 von zentraler Bedeutung.

Die einzelnen Beiträge korrespondieren thematisch größtenteils mit denen aus Teil I und sind darauf ausgerichtet, einerseits die objektiven Lebensbedingungen und andererseits Einstellungen, Erwartungen und das subjektive Wohlbefinden der Bundesbürger zu beschreiben und zu analysieren. Die Beiträge zielen zudem darauf ab, Veränderungen über die Zeit – teilweise über einen Zeitraum von nunmehr zwei Jahrzehnten – zu erfassen und zu analysieren. Damit dokumentiert dieser Teil des Datenreports nicht nur die Wohlfahrtsentwicklung, sondern auch zentrale Ausschnitte des fortdauernden Struktur- und Wertewandels in der deutschen Gesellschaft.

Der vorliegende Datenreport 1999 informiert über die Veränderung der Lebensverhältnisse und den gesellschaftlichen Wandel in Deutschland und stellt dabei nochmals den Ost-West-Vergleich in den Mittelpunkt seiner Berichterstattung. In dem Prozess des Zusammenwachsens der beiden Teilgesellschaften richtet sich die Aufmerksamkeit weiterhin in besonderem Maße auf die in vielerlei Hinsicht noch bestehenden und sich nur schrittweise verringern den Unterschiede und Diskrepanzen zwischen den alten und den neuen Bundesländern. Das sich in den

materiellen Lebensbedingungen niederschlagende Wohlstandsgefälle sowie die Unterschiede im subjektiven Wohlbefinden, in Verhaltensstrukturen, Einstellungen und Wertorientierungen bestehen – trotz aller im Einzelnen zu konstatierenden positiven Tendenzen – vielfach fort und bedürfen nach wie vor einer sorgfältigen Beobachtung, Analyse und Berichterstattung.

Obwohl die amtliche Statistik zweifellos die Hauptlast der Bereitstellung von Informationen über die Gesellschaft zu tragen hat, zeigt die Erfahrung doch auch, wie wichtig und unverzichtbar eine leistungsfähige sozialwissenschaftliche Umfrageforschung für eine aktuelle und differenzierte Sozialberichterstattung ist. Die sozialwissenschaftliche Umfrageforschung stellt nicht nur Informationen zu Themen und Fragestellungen bereit, die außerhalb des Erhebungsprogrammes der amtlichen Statistik liegen, sondern sie ergänzt das System der Informationsgewinnung auch in methodischer Hinsicht. Die sozialwissenschaftliche Umfrageforschung verfügt nicht über die umfangreichen Stichproben der amtlichen Statistik, aber sie kann mit ihrem Instrumentarium häufig schneller und flexibler auf veränderte Bedingungen und Informationsanforderungen reagieren und ihr Erhebungsprogramm den spezifischen Umständen anpassen. Sozialwissenschaftliche Repräsentativbefragungen, wie sie diesem Teil des Datenreports zugrunde liegen, leisten einen wesentlichen Beitrag zum gesellschaftlichen Informationsangebot, indem sie die gesellschaftliche Wirklichkeit z.T. auch aus anderen Perspektiven beleuchten als die amtliche Statistik und damit vorhandene Informationslücken schließen. Ihre Informationen sind teilweise anderer Art als die der amtlichen Statistik, ohne aber weniger solide und zuverlässig zu sein.

Die Beiträge im Teil II des Datenreports 1999 stützen sich wieder – wie zuletzt in der Ausgabe von 1994 – fast ausschließlich auf die Daten des Wohlfahrtssurveys. Der Wohlfahrtssurvey ist eine Repräsentativbefragung, die – orientiert an Vorbildern in anderen Ländern – speziell für die Messung der Wohlfahrt und Lebensqualität konzipiert worden ist. Dieses Befragungsinstrument ist vor allem darauf ausgelegt, für verschiedene Lebensbereiche Dimensionen der objektiven Lebensbedingungen und des subjektiven Wohlbefindens mit geeigneten Indikatoren im Trendverlauf zu beobachten und in ihrem Zusammenhang zu analysieren. Der Wohlfahrtssurvey bietet damit zugleich auch eine Datenbasis, die sich in besonderem Maße für die Analyse der Wohlfahrtsdisparitäten und die Beobachtung der Prozesse der Angleichung der Lebensverhältnisse in West- und Ostdeutschland eignet.

Der Wohlfahrtssurvey wurde im Rahmen des Sonderforschungsbereichs 3 „Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik“ der Universitäten Frankfurt und Mannheim entwickelt und im Bereich der alten Bundesrepublik insgesamt viermal 1978, 1980, 1984 und 1988 – durchgeführt. Die Grundgesamtheit der Wohlfahrtssurveys bilden jeweils alle Personen der deutschen Wohnbevölkerung, die in Privathaushalten leben und das 18. Lebensjahr vollendet haben. Der Stichprobenumfang lag in den Jahren 1978 bis 1988 jeweils zwischen 2 000 und 2 500 Befragten.

Unmittelbar nach der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands hat die Abteilung Sozialstruktur- und Sozialberichterstattung des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) im Oktober/November 1990 auf dem Gebiet der ehemaligen DDR den Wohlfahrtssurvey-Ost durchgeführt. Die Zielsetzung bestand darin, dem Erhebungsprogramm des Wohlfahrtssurveys entsprechende und für die alten Bundesländer vergleichbare Baseline-Informationen für die neuen Bundesländer zu erheben. Die Stichprobe des Wohlfahrtssurvey-Ost umfasst 735 Befragte. Der Wohlfahrtssurvey 1993, der erstmals die alten und neuen Bundesländer gleichzeitig einbezog, hatte einen Stichprobenumfang von 3 062 Befragten, davon 2 046 in Westdeutschland und 1 016 in Ostdeutschland.

Wie schon der Wohlfahrtssurvey 1993 wurde auch der aktuelle Wohlfahrtssurvey 1998 – der siebte insgesamt – im Rahmen eines von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Gemeinschaftsprojekts der Abteilung Sozialstruktur und Sozialberichterstattung des WZB und der Abteilung Soziale Indikatoren des Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim (ZUMA) durchgeführt. Das Projekt „Wohlfahrtssurvey 1998: Wohlfahrtsentwicklung, Integration und Exklusion im deutsch-deutschen und europäischen Vergleich“ wurde von Wolfgang Zapf, Heinz-Herbert Noll und Roland Habich beantragt.

Der Wohlfahrtssurvey 1998 hat einen Stichprobenumfang von 3 042 Befragten, darunter 2 007 in Westdeutschland und 1 035 in Ostdeutschland. Um Ost-West-Vergleiche zu erleichtern, wurde die Stichprobe erneut disproportional angelegt. Die Befragung wurde wieder von Infratest Sozialforschung und Infratest Burke Berlin durchgeführt. Erstmals wurde der Wohlfahrtssurvey 1998 in der Form von computergestützten persönlichen Interviews (CAPI) erhoben. Dabei wurden alle Anstrengungen unternommen, daraus möglicherweise resultierende „Methodeneffekte“ zu vermeiden und eine möglichst strikte Vergleichbarkeit mit den Daten der früheren Wohlfahrtssurveys sicherzustellen. Die Surveys enthalten gemäß dem Replikationsprinzip zum großen Teil gleichlautende Fragen, darüber hinaus aber auch jeweils wechselnde thematische Schwerpunkte mit neuen und aktuellen Fragestellungen. Im Rahmen des Wohlfahrtssurvey 1998 bilden Fragen zu Aspekten sozialer Exklusion und zu gesellschaftlichen Dimensionen der Lebensqualität ein derartiges Schwerpunktthema. Diese thematische Akzentuierung schlägt sich partiell auch in dem vorliegenden Datenreport 1999 nieder. Im Rahmen des Wohlfahrtssurveys 1998 wurden zum ersten Mal auch in Deutschland lebende Ausländer in die Stichprobe einbezogen. Die Anzahl der befragten Ausländer reicht allerdings nicht aus, um für diese Bevölkerungsgruppe detaillierte Einzelanalysen vorlegen zu können. Sie kann jedoch in ihrer Gesamtheit der Bevölkerung mit deutscher Staatsangehörigkeit gegenübergestellt werden. Dies wird in einigen Kapiteln praktiziert.

Einzelne Beiträge zu diesem Datenreport verwenden auch Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP), das bereits für frühere Ausgaben des Datenreports genutzt worden ist. Das Sozio-ökonomische Panel ist eine repräsentative Längsschnitterhebung zur empirischen Beobachtung des sozialen Wandels, in der seit

1984 eine Ausgangsstichprobe von rund 12 000 Personen in der früheren Bundesrepublik und West-Berlin jährlich befragt wird. Noch vor In-Kraft-Treten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion wurde auf dem Gebiet der ehemaligen DDR im Juni 1990 eine Basisbefragung des Sozio-ökonomischen Panels mit der Zielsetzung durchgeführt, eine Längsschnittdatenbasis als Grundlage für die Beobachtung der Transformationsprozesse in den neuen Bundesländern zu schaffen. Die Stichprobe der Basisbefragung des SOEP-Ost umfasste 2 179 Haushalte bzw. 4 453 Personen. Das Sozio-ökonomische Panel wird vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin durchgeführt. Als eine Längsschnitterhebung zielt das SOEP primär darauf ab, Informationen über Veränderungen im Zeitablauf auf der Mikroebene von Individuen und Haushalten bereitzustellen. Die thematischen Schwerpunkte des SOEP liegen in den Bereichen des Einkommens und der Erwerbstätigkeit, aber es werden – im Rahmen variierender thematischer Vertiefungen – auch zu anderen Aspekten der sozioökonomischen Lebensverhältnisse, wie z.B. Bildung und Weiterbildung, soziale Sicherung und Armut, soziale Netzwerke und in begrenztem Umfang auch zu subjektiven Bewertungen in Form von Zufriedenheit, Längsschnittinformationen erhoben.

Die in den folgenden Beiträgen präsentierten Informationen vermitteln ein Bild der aktuellen Lebensverhältnisse und der erkennbaren Tendenzen des sozialen Wandels in West- und Ostdeutschland, wie es sich aus der Perspektive der Wohlfahrtsforschung, gestützt auf repräsentative empirische Daten, gegenwärtig darstellt. Zusammen mit den Daten der amtlichen Statistik in Teil I dieses Datenreports wird damit zugleich ein wesentlicher Ausschnitt der verfügbaren quantitativen Informationen zum Zustand und Wandel der deutschen Gesellschaft sowie zum erreichten Stand und dem bisherigen Verlauf der deutschen Vereinigung und den damit verbundenen Prozessen der gesellschaftlichen Transformation dokumentiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

(Heinz-Herbert Noll / Roland Habich)

B Subjektives Wohlbefinden

2 Globalmaße des subjektiven Wohlbefindens

Zehn Jahre nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik lässt sich eine positive Bilanz der Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland ziehen: Die Erwerbseinkommen und Renten der Ostdeutschen sind in den letzten Jahren erheblich gestiegen; Haushaltsausstattung und Lebensstandard erreichen inzwischen annähernd westdeutsches Niveau. Diesen Verbesserungen stehen die Probleme und Belastungen des Umbruchs gegenüber: der Mangel an Arbeits- und Ausbildungsplätzen, die Abhängigkeit vieler von sozialstaatlicher Unterstützung und der Zwang, sich in einer veränderten Gesellschaft zurechtzufinden.

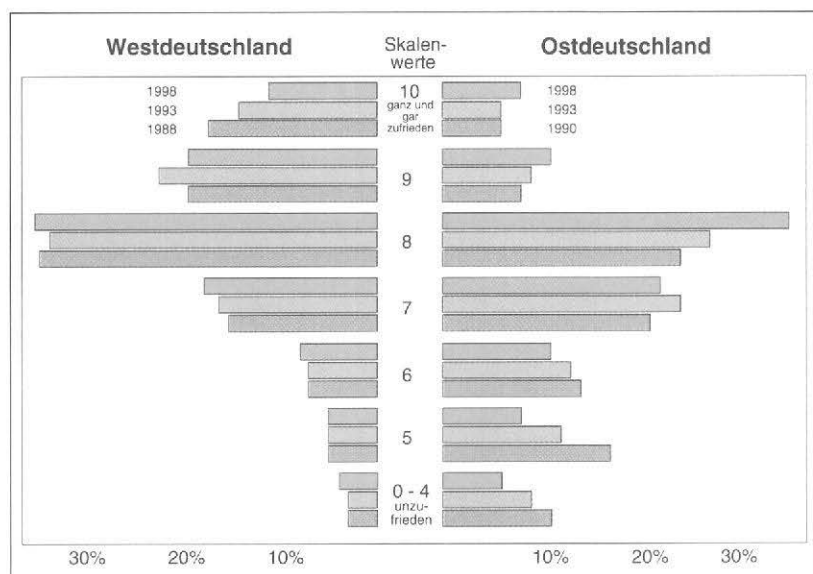
Auf die Lebensbedingungen der Westdeutschen hat sich die Wiedervereinigung bisher kaum ausgewirkt. Zur Finanzierung der deutschen Einheit mussten zwar Steuern und Sozialabgaben angehoben werden, und die Übersiedlung vieler Ostdeutscher hat in einigen Regionen auch die Situation am Arbeitsmarkt verschärft. Trotzdem blieben die Lebensverhältnisse in Westdeutschland auf hohem Niveau stabil.

Wie die Menschen selbst ihre Lebensverhältnisse wahrnehmen und bewerten, darüber geben Indikatoren des subjektiven Wohlbefindens Auskunft: die Zufriedenheit mit dem Leben, das Glücksempfinden sowie Besorgnis- und Anomiesymptome. Ergänzt werden diese positiven und negativen Komponenten des Wohlbefindens von Fragen zur Entwicklung der persönlichen Lebensverhältnisse.

2.1 Zufriedenheit und Glück

Die Zufriedenheit mit dem Leben und das Glücksempfinden zählen zu den positiven Komponenten des subjektiven Wohlbefindens. Die Zufriedenheit mit dem Leben gilt als umfassendste Bewertung der persönlichen Lebensverhältnisse. Sie beruht auf einer Vielzahl von Vergleichen und Gewichtungen. Die gegenwärtig vorhandenen Lebensumstände werden mit denen verglichen, die man sich wünscht, die man früher einmal hatte, die man in Zukunft für sich erhofft oder die relevante Bezugspersonen haben. Neben den individuellen Anspruchsniveaus spielt die Wichtigkeit, die den verschiedenen Lebensbereichen beigemessen wird,

Abb. 1: Die Zufriedenheit mit dem Leben



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988, 1990–Ost, 1993, 1998.

eine entscheidende Rolle. Insofern ist die Zufriedenheit mit dem Leben das Ergebnis einer kognitiven Gesamtbilanz. In unseren Umfragen wird die Lebenszufriedenheit mit Hilfe einer Skala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden) erhoben.

In Westdeutschland ordnet sich die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung im oberen Bereich der Skala ein (vgl. Abb. 1). Mehr als die Hälfte ist sehr zufrieden mit dem eigenen Leben (Positionen 8 und 9), etwa jeder Zehnte ist ganz und gar zufrieden (Position 10), und nur eine kleine Minderheit ist unzufrieden. Der Vergleich mit den Ergebnissen von 1988 zeigt, dass sich das Verteilungsmuster im Verlauf der letzten zehn Jahre nur geringfügig verändert hat. Allein der Anteil derjenigen, die mit ihrem Leben ganz und gar zufrieden sind, hat sich verringert.

Dagegen fanden in Ostdeutschland seit 1990 deutliche Verschiebungen statt. Die Verteilung der Zufriedenheitsangaben hat sich dem westdeutschen Muster angenähert, ohne ihm bereits vollkommen zu gleichen. Der Anteil derjenigen, die mit ihrem Leben zufrieden sind, hat sich erhöht; spiegelbildlich dazu hat sich der Anteil der eher Unzufriedenen verringert. Unterschiede gibt es noch bei den Spitzenpositionen, nach wie vor ist der Anteil der ganz und gar Zufriedenen kleiner als im Westen.

Der Mittelwert der Zufriedenheit ist in den neuen Bundesländern seit 1990 von 6,6 auf 7,3 gestiegen (vgl. Tab. 1). Der Abstand zum westdeutschen Zufriedenheits-

Tab. 1: Zufriedenheit mit dem Leben

	Allgemeine Lebenszufriedenheit ¹							Durchschnitt Ø	
	Unzu- frieden								Ganz und gar zu- frieden
	0-4	5	6	7	8	9	10		
	in %								
Westdeutschland									
1978	4	6	7	15	32	18	18	7,8	
1980	4	8	8	18	30	13	18	7,7	
1984	6	7	6	14	32	17	17	7,7	
1988	3	5	7	15	34	19	17	7,9	
1993	3	5	7	16	33	22	14	7,9	
1998	4	5	8	18	35	19	12	7,7	
Ostdeutschland									
1990	11	17	14	21	24	8	6	6,6	
1993	9	12	13	24	27	9	6	6,9	
1998	6	9	11	22	35	11	8	7,3	

1 Zufriedenheitsskala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden).

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1980, 1984, 1990 – Ost, 1993, 1998.

niveau hat sich in diesem Zeitraum verringert: 1990 betrug die Differenz 1,3 Skalenpunkte, 1993 lag sie bei 1,0 Skalenpunkten, und 1998 waren es nur noch 0,4 Skalenpunkte.

In Westdeutschland hat sich die Zufriedenheit mit dem Leben auf hohem Niveau konsolidiert. Bereits Ende der 70er Jahre wurden sehr hohe Zufriedenheitswerte ermittelt, die sich seither kaum verändert haben. Zwar ist das anhaltende Wohl-

Tab. 2: Emotionales Wohlbefinden – Glück

	Das eigene Leben ist im Augenblick . . .			
	sehr unglücklich	ziemlich unglücklich	ziemlich glücklich	sehr glücklich
	in %			
Westdeutschland				
1978	1	4	74	22
1980	1	5	69	26
1984	1	8	72	20
1988	1	4	72	23
1993	1	5	70	24
1998	1	8	72	20
Ostdeutschland				
1990	1	14	74	10
1993	1	12	75	12
1998	1	11	72	16

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1980, 1984, 1988, 1990 – Ost, 1993, 1998.

befinden der westdeutschen Bevölkerung zweifellos positiv zu bewerten, zugleich wird aber auch deutlich, dass die immer weitere Verbesserung der Lebensbedingungen einen sinkenden Grenznutzen hat: Mehr Einkommen, mehr Freizeit und mehr Konsum lassen die Menschen nicht immer zufriedener werden, denn die Ansprüche wachsen mit und die Erwartungen werden größer. Zudem entstehen auf der Grundlage eines gesicherten materiellen Wohlstands neue Vorstellungen darüber, was die Qualität des Lebens eigentlich ausmacht.

Das Glücksempfinden ist ein weiterer Indikator zur Beschreibung des subjektiven Wohlbefindens. Glück ist keine kognitive Größe, sondern eine affektive. Anders als die Lebenszufriedenheit ist Glück ein Ausdruck emotionalen Wohlergehens.

Tab. 3: Subjektives Wohlbefinden in einzelnen Bevölkerungsgruppen

	Zufriedenheit mit dem Leben				Im Augenblick unglücklich			
	West		Ost		West		Ost	
	1988	1998	1990	1998	1988	1998	1990	1998
	Mittelwert				in %			
Insgesamt	7,9	7,7	6,6	7,3	5	8	15	12
Geschlecht								
Männer	7,9	7,8	6,7	7,2	4	6	12	12
Frauen	8,0	7,7	6,5	7,4	5	11	18	13
Alter								
18–34 Jahre	7,9	7,7	6,8	7,3	4	7	8	8
35–59 Jahre	7,9	7,7	6,4	7,1	4	7	18	16
über 60 Jahre	7,9	7,8	6,7	7,6	7	11	21	11
Haushaltsgröße								
Einpersonenhaushalte	7,4	7,3	6,5	6,8	13	18	24	26
Mehrpersonenhaushalte	8,0	7,9	6,7	7,4	3	6	12	10
Einkommen ¹								
Oberstes Quintil	8,2	8,2	7,2	7,8	4	5	8	6
Unterstes Quintil	7,6	7,0	6,3	6,1	9	17	37	27
Subjektive Schicht								
Oberschicht	8,3	8,4	6,8	7,7	3	4	5	/
Mittelschicht	7,9	7,9	6,8	7,6	4	6	15	8
Arbeiterschicht	7,6	7,2	6,5	7,1	7	14	15	16
Erwerbsstatus								
Erwerbstätig	8,0	7,9	6,7	7,5	3	4	11	7
Arbeitslos	6,7	6,0	5,2	6,1	11	40	40	32
Stellung im Beruf								
Selbständige	8,2	8,1	/	7,8	6	5	/	4
Höhere Angestellte/Beamte	8,1	8,2	6,5	7,6	1	2	12	4
Qualif. Angestellte/Beamte	8,0	7,9	6,7	7,6	1	4	10	7
Einfache Angestellte/Beamte	7,8	8,0	6,3	7,4	4	5	12	9
Facharbeiter/Meister	8,0	7,8	6,8	7,5	4	3	8	5
Un- und angelernte Arbeiter	8,0	7,3	7,1	6,6	3	7	17	20

1 Bedarfsgewichtetes Haushaltseinkommen.

/ Fallzahl kleiner als 30.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988, 1990 – Ost, 1998.

Ein Fünftel der westdeutschen Bevölkerung bezeichnet sich als sehr glücklich, die überwiegende Mehrheit sagt, sie sei ziemlich glücklich, und nur eine Minderheit ist im Augenblick unglücklich (vgl. Tab. 2). Ebenso wie die Lebenszufriedenheit hat sich auch das Glücksempfinden der Westdeutschen in den letzten beiden Jahrzehnten nur unwesentlich verändert. Bei allen seit 1978 durchgeführten Erhebungen lag der Anteil derjenigen, die sich als sehr glücklich bezeichneten, zwischen 20 und 26 %. Hinter dieser Stabilität des Glücksgefühls auf gesellschaftlicher Ebene verbergen sich erhebliche individuelle Schwankungen, die sich insgesamt jedoch aufheben.

In den neuen Bundesländern sind die Menschen inzwischen nicht nur zufriedener mit ihrem Leben, sie sind auch glücklicher. Im Jahr 1990 meinten 10 % der Ostdeutschen, dass ihr Leben im Augenblick sehr glücklich sei, 1998 waren es bereits 16 %. Der Abstand zum westdeutschen Niveau hat sich auch hinsichtlich des Glücksempfindens verringert, und die Verteilungsmuster haben sich angenähert.

Zwischen den einzelnen Bevölkerungsschichten gibt es zum Teil ganz erhebliche Unterschiede hinsichtlich der Zufriedenheit mit dem Leben (vgl. Tab. 3). Arbeitslose und einkommensschwache Gruppen sind mit ihrem Leben am wenigsten zufrieden. Aber auch diejenigen, die sich in der gesellschaftlichen Statushierarchie unten einstufen, sind eher unzufrieden. Das geringere Wohlbefinden dieser Gruppen ist Ausdruck ihrer gesellschaftlichen Benachteiligung. Ein Zeitvergleich macht deutlich, dass die Abstände zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen in den letzten Jahren größer geworden sind. Im Westen Deutschlands ist eine erhebliche Zunahme der Ungleichheit nach unten und im Osten eine deutliche Spreizung nach oben zu beobachten.

Soziale Benachteiligungen führen nicht nur zu Unzufriedenheit, sie machen die Betroffenen auch unglücklich. Ein großer Teil der Arbeitslosen meint, augenblicklich kein glückliches Leben zu führen. Auch Krankheit und soziale Isolation beeinträchtigen das emotionale Wohlbefinden: Ältere sind unglücklicher als Jüngere; Alleinlebende sind unglücklicher als Menschen, die mit anderen zusammenleben. Alles in allem ist das Niveau des subjektiven Wohlbefindens jedoch sehr hoch, Unzufriedenheit und übermäßiges Unglück konzentrieren sich auf wenige Problemgruppen.

2.2 Besorgnis- und Anomiesymptome

Die bisher präsentierten Befunde vermitteln das Bild einer mehrheitlich zufriedenen und glücklichen Bevölkerung. Die Analyse von Besorgnis- und Anomiesymptomen weist insgesamt in dieselbe Richtung, auch wenn sich zeigt, dass die Menschen nicht frei von Ängsten und Sorgen leben.

Etwa die Hälfte der Bevölkerung leidet unter mentalen Belastungen. Viele fühlen sich öfter erschöpft: 39 % der Westdeutschen und 45 % der Ostdeutschen (vgl.

Tab. 4: Besorgnissymptome

	Öfter erschöpft oder erschlagen	Immer wieder Ängste oder Sorgen	Ständig aufgeregt oder nervös	Gewöhnlich unglücklich oder niedergeschlagen	Öfter Zittern oder Schütteln	Keines dieser Symptome
	in %					
Westdeutschland						
1978	54	19	16	14	9	41
1984	47	21	16	15	8	44
1988	44	19	12	10	6	47
1993	39	17	10	10	6	53
1998	39	20	9	12	4	54
Ostdeutschland						
1990	50	27	18	17	7	37
1993	43	26	14	16	6	44
1998	45	25	12	15	5	43

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1980, 1984, 1988, 1990 – Ost, 1993, 1998.

Tab. 4). Über Ängste und Sorgen klagen im Westen ein Fünftel und im Osten ein Viertel der Menschen. Von permanenten Beeinträchtigungen berichten dagegen nur wenige: Lediglich jeder Zehnte ist ständig aufgeregt und nervös oder fühlt sich gewöhnlich unglücklich oder niedergeschlagen.

Im Verlauf der letzten 20 Jahre hat sich das Ausmaß der mentalen Belastung kontinuierlich verringert. Immer weniger Westdeutsche berichten von Erschöpfungszuständen, Aufregung und Nervosität. Im Jahr 1998 wiesen 54 % der Befragten keines der genannten Symptome auf, 1978 waren es lediglich 41 %. Auch in den

Tab. 5: Anomiesymptome

	Anomiesymptome				
	Kann an Schwierigkeiten nicht viel ändern	Fühle mich oft einsam	Meine Arbeit macht keine Freude	Verhältnisse sind zu kompliziert geworden	Keine Zuversicht
	in %				
Westdeutschland					
1978	69	17	–	–	–
1980	–	18	15	15	–
1984	–	17	15	14	–
1988	–	14	14	11	–
1993	74	13	11	13	43
1998	67	16	12	14	33
Ostdeutschland					
1990	75	22	22	40	–
1993	86	16	17	32	46
1998	76	16	13	21	46

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1980, 1984, 1988, 1990 – Ost, 1993, 1998.

neuen Bundesländern hat sich die Situation verbessert, und der Anteil derjenigen, die frei von Besorgnissymptomen sind, hat sich erhöht.

Anomische Reaktionen treten vor allem in Zeiten rapiden gesellschaftlichen Wandels auf. Gefühle der Machtlosigkeit, der Entfremdung und Orientierungslosigkeit sind dann weit verbreitet. In den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung waren deshalb Anomiesymptome in den neuen Bundesländern besonders häufig zu beobachten (vgl. Tab. 5). Die überwiegende Mehrheit der Ostdeutschen fühlte sich

Tab. 6: Anomiesymptome in einzelnen Bevölkerungsgruppen

	Anomiesymptome									
	Kann an Schwierigkeiten nicht viel ändern		Fühle mich oft einsam		Meine Arbeit macht keine Freude		Verhältnisse sind zu kompliziert geworden		Keine Zuversicht	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	in %									
Insgesamt	67	76	16	16	12	13	14	21	33	46
Geschlecht										
Männer	65	75	13	12	13	14	13	18	32	45
Frauen	70	78	18	20	11	12	15	25	35	46
Alter										
18–34 Jahre	57	65	14	12	12	10	11	15	27	43
35–59 Jahre	66	77	13	13	12	14	12	18	34	49
über 60 Jahre	80	87	20	24	11	15	20	33	39	43
Haushaltsgröße										
Einpersonenhaushalte	76	77	37	39	17	12	22	38	37	49
Mehrpersonenhaushalte	65	76	11	12	11	13	12	18	33	45
Einkommen ¹										
Oberstes Quintil	62	79	16	8	12	13	9	11	25	36
Unterstes Quintil	74	72	22	29	15	16	23	39	44	54
Subjektive Schicht										
Oberschicht	49	75	14	10	8	/	8	7	23	44
Mittelschicht	67	70	14	13	11	9	11	10	29	40
Arbeiterschicht	75	79	17	18	16	15	23	28	45	48
Erwerbsstatus										
Erwerbstätig	62	69	12	8	10	12	9	11	29	44
Arbeitslos	74	85	32	26	–	–	30	34	67	59
Stellung im Beruf										
Selbständige	53	68	14	2	8	6	5	10	25	41
Höhere Angestellte/Beamte	55	62	11	6	10	10	6	0	20	49
Qualif. Angestellte/Beamte	62	75	11	6	6	9	7	9	31	45
Einfache Angestellte/Beamte	61	70	9	12	14	20	13	11	29	40
Facharbeiter/Meister	68	67	11	5	12	17	10	14	30	40
Un- und angelernte Arbeiter	70	74	14	12	21	14	14	22	38	52

1 Bedarfsgewichtetes Haushaltseinkommen.

/ Fallzahl kleiner als 30.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

den Umwälzungen und den sich daraus ergebenden Schwierigkeiten machtlos ausgeliefert. Viele litten unter Orientierungslosigkeit: Vier von zehn Bürgern meinten, die Verhältnisse seien so kompliziert geworden, dass sie sich nicht mehr zu rechtfinden. Inzwischen hat das Tempo des sozialen Wandels nachgelassen, und das Ausmaß der Anomie im Osten nähert sich dem westdeutschen an.

Auch die Verteilung der Anomiesymptome nach sozial relevanten Merkmalen ist inzwischen in Ost und West annähernd gleich (vgl. Tab. 6). Wie zu erwarten, meinen vor allem die Älteren, an den meisten der Schwierigkeiten nicht viel ändern zu können; insbesondere die Alleinlebenden fühlen sich oft einsam, und die überwiegende Mehrheit der Arbeitslosen ist pessimistisch. Neben diesen Parallelen findet man jedoch auch noch bemerkenswerte Differenzen. In Westdeutschland ist Machtlosigkeit in starkem Maße von der Schichtzugehörigkeit abhängig: Mit steigender Statusposition tritt dieses Gefühl seltener auf. In den neuen Bundesländern fühlen sich dagegen auch diejenigen, die sich zur Oberschicht rechnen, den meisten Schwierigkeiten machtlos ausgeliefert.

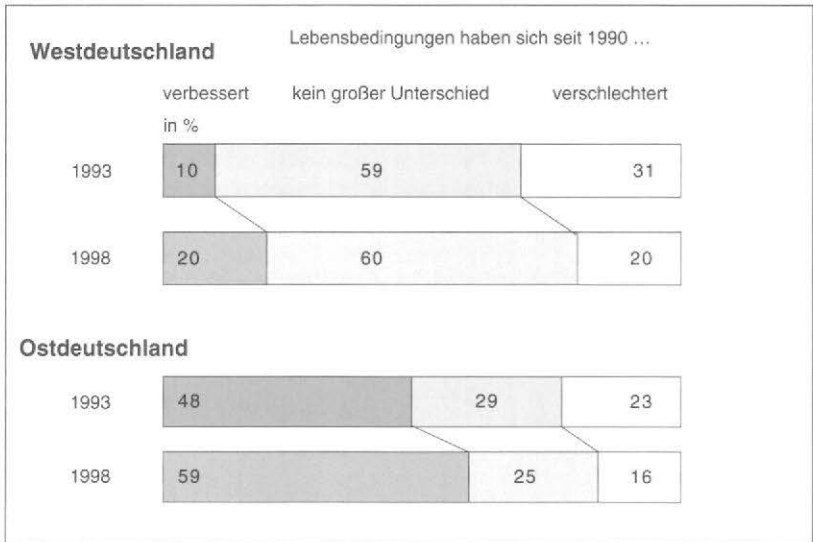
2.3 Bilanz der Entwicklung der Lebensbedingungen

Die Entwicklung der Lebensbedingungen wird in Ost und West erwartungsgemäß ganz unterschiedlich wahrgenommen und bewertet. In den neuen Bundesländern zieht die Mehrheit der Bürger eine positive Bilanz. Bereits 1993 meinte etwa jeder Zweite, dass sich die persönlichen Lebensbedingungen seit der Wende insgesamt verbessert hätten (vgl. Abb. 2). Im Verlauf der folgenden Jahre hat sich der Anteil derjenigen, die Wohlstandsgewinne verbuchen, weiter erhöht. Inzwischen berichten sechs von zehn Ostdeutschen von einer Verbesserung ihrer Lebensbedingungen, nur 16 % klagen über eine Verschlechterung, und jeder Vierte nimmt keine großen Veränderungen wahr.

Die Einschätzung der Westdeutschen hat sich im Vergleich zu 1993 insgesamt leicht verbessert. Damals klagte jeder Dritte über eine Verschlechterung der Lebensbedingungen – 1998 nur noch jeder Fünfte. Der Anteil derjenigen, die eine Verbesserung wahrnehmen, hat sich in den letzten Jahren verdoppelt, von 10 % auf 20 %. Für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung haben sich die Lebensbedingungen jedoch kaum verändert: Nach wie vor sehen sechs von zehn Befragten keine großen Unterschiede.

Detailliertere Informationen zur wahrgenommenen Entwicklung der Lebensbedingungen liefert ein visuelles Erhebungsverfahren. Dabei werden die Befragten gebeten, das Bild auszuwählen, das dem Verlauf ihrer Lebensverhältnisse seit 1990 am besten entspricht. Drei von zehn Ostdeutschen entschieden sich 1994 für das erste Piktogramm, den linearen Anstieg (vgl. Tab. 7). Inzwischen berichten deutlich weniger Befragte von einer kontinuierlichen Verbesserung, und der Anteil derjenigen, die ein Ende des Aufschwungs wahrnehmen, ist gestiegen (Pikto-

Abb. 2: Veränderungen der Lebensbedingungen 1993 und 1998











Datenbasis: Wohlfahrtssurveys 1993, 1998.

gramm 2). Seit Mitte der 90er Jahre hat sich auch die Zahl derer, die eine anhaltende Abwärtsbewegung registrieren, verringert (Piktogramm 8), und eine Stabilisierung auf niedrigerem Niveau wird häufiger beobachtet (Piktogramm 7).

Mit der Ausweitung des Beobachtungszeitraumes werden lineare Verlaufsmuster seltener, und immer mehr Menschen sehen ihr Leben als ein permanentes Auf und

Tab. 7: Verläufe der persönlichen Lebensverhältnisse seit 1990

	Verläufe der persönlichen Lebensverhältnisse							
								
	1	2	3	4	5	6	7	8
in %								
Westdeutschland								
1994	18	3	8	10	41	4	6	11
1995	16	5	7	7	30	7	10	18
1996	16	4	5	7	40	3	8	16
1998	10	14	3	18	34	4	12	6
Ostdeutschland								
1994	31	9	7	15	17	5	8	8
1995	26	10	11	15	13	7	7	12
1996	26	8	7	16	21	6	5	12
1998	15	21	4	22	17	5	11	6

Datenbasis: Buseinschaltungen 1994, 1995, 1996, Wohlfahrtssurvey 1998.

Ab (Piktogramm 4). Zwar gilt dies generell auch für die alten Bundesländer, doch meint hier noch immer ein bemerkenswert hoher Anteil der Bevölkerung, dass die eigenen Lebensverhältnisse seit 1990 konstant geblieben sind (Piktogramm 5).

Über die Frage, wer zu den Gewinnern und wer zu den Verlierern der Wiedervereinigung gehört, wird in den letzten Jahren viel debattiert. Die Analyse der wahrgenommenen Veränderung der Lebensbedingungen nach sozio-demographischen Merkmalen zeigt, dass alle pauschalen Zuschreibungen unhaltbar sind: Weder sind die ostdeutschen Frauen die Verliererinnen der Wende noch sind die Älteren die Gewinner des gesellschaftlichen Umbruchs (vgl. Tab. 8). Geschlecht

Tab. 8: Veränderung der persönlichen Lebensbedingungen seit 1990
in einzelnen Bevölkerungsgruppen

	Lebensbedingungen haben sich seit 1990 . . .					
	eher verbessert		kaum verändert		eher verschlechtert	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	in %					
Insgesamt	20	59	60	25	20	16
Geschlecht						
Männer	22	58	58	23	20	19
Frauen	18	59	61	27	21	13
Alter						
18–34 Jahre	33	61	52	22	15	17
35–59 Jahre	19	54	56	26	26	20
über 60 Jahre	10	64	73	27	17	9
Haushaltsgröße						
Einkelpersonenhaushalte	16	50	63	30	21	20
Mehrpersonenhaushalte	21	60	59	25	20	15
Einkommen ¹						
Oberstes Quintil	26	76	61	16	14	8
Unterstes Quintil	15	41	53	23	32	36
Subjektive Schicht						
Oberschicht	27	71	63	29	9	0
Mittelschicht	20	68	62	21	19	10
Arbeiterschicht	18	53	52	27	30	20
Erwerbsstatus						
Erwerbstätig	25	61	55	25	20	14
Arbeitslos	16	38	31	16	53	46
Stellung im Beruf						
Selbständige	32	64	51	30	17	6
Höhere Angestellte/Beamte	26	70	60	15	14	15
Qualif. Angestellte/Beamte	27	61	55	27	18	12
Einfache Angestellte/Beamte	24	52	49	36	27	13
Facharbeiter/Meister	24	63	52	20	24	17
Un- und angelernte Arbeiter	17	53	54	29	29	17

¹ Bedarfsgewichtetes Haushaltseinkommen.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

und Alter haben nur einen geringfügigen Einfluß auf die Beurteilung der veränderten Lebensbedingungen. Diese Bilanz ergibt sich vielmehr aus der summarischen Bewertung einer Vielzahl unterschiedlicher Lebensereignisse. Bei einigen sozialen Gruppen kommt es zur Kumulation negativer Ereignisse. Erwartungsgemäß beklagen vor allem Arbeitslose eine Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen. Sie haben zumeist nicht nur ihren Arbeitsplatz verloren, sondern auch einen Teil ihres Einkommens und ihrer sozialen Beziehungen. Dagegen überwiegen bei denen, die über ein hohes Einkommen verfügen bzw. die sich zur Oberschicht zählen, ganz offensichtlich die positiven Lebensereignisse, denn diese Gruppen berichten mehrheitlich von einer Verbesserung ihrer Lebensbedingungen.

2.4 Fazit

Die Analyse von Zufriedenheit und Glücksempfinden sowie von Besorgnis- und Anomiesymptomen hat gezeigt, dass sich das subjektive Wohlbefinden der Ostdeutschen in den letzten Jahren umfassend erhöht hat und inzwischen annähernd das westdeutsche Niveau erreicht. Die grundlegende Veränderung der Lebensverhältnisse in den neuen Bundesländern wird von der überwiegenden Mehrheit der Ostdeutschen als Verbesserung bewertet. Das subjektive Wohlbefinden der westdeutschen Bevölkerung hat sich alles in allem kaum verändert. Nur bei gesellschaftlich benachteiligten Gruppen, bei Arbeitslosen und Einkommensschwachen, ist ein Rückgang von Zufriedenheit und Glücksempfinden zu beobachten. Die zunehmende Ungleichheit des subjektiven Wohlbefindens ist ein Beleg für die ungleicher werdenden Lebenschancen und die steigenden Unsicherheiten in einer dynamisierten Gesellschaft.

(Thomas Bulmahn)

3 Zufriedenheit in Lebensbereichen

Der Blick auf den Wandel der objektiven Lebensverhältnisse und auf das bislang erreichte Ausmaß einer Angleichung der Lebensverhältnisse im vereinten Deutschland steht im Vordergrund der verschiedenen Kapitel dieses Buches. Die Perspektive der Wohlfahrtsentwicklung, wie sie in Teil II des vorliegenden Berichtes verfolgt wird, verbindet explizit das Niveau und die Veränderungen in den objektiven Lebensbedingungen und im subjektiven Wohlbefinden der Individuen und Haushalte. Tendenzen des Wandels der objektiven Lebensbedingungen werden vor allem in Teil I ausführlich dokumentiert. Ein Überblick über die Lebensqualität in der Bevölkerung bleibt jedoch unvollständig, wenn nicht auch die subjektiven Bewertungen der Bürger betrachtet werden. Über die erkennbaren Veränderungen in den Zufriedenheitsäußerungen der Bürger bezüglich ihrer einzelnen Lebensbereiche in Ost- und Westdeutschland soll in diesem Kapitel informiert werden.

3.1 Zufriedenheit in einzelnen Lebensbereichen

In den Jahren seit der Wiedervereinigung haben sich die *objektiven Lebensbedingungen* der Bürger in den neuen Bundesländern grundlegend verändert und für die Mehrheit der Ostdeutschen trotz aller Schwierigkeiten, Friktionen und der noch verbleibenden Probleme – insbesondere der nach wie vor unzulänglichen Arbeitsmarktverhältnisse – verbessert.

Für die Wohlfahrtsentwicklung in Deutschland sind neben erkennbaren Verbesserungen in den objektiven Lebensbedingungen (vgl. auch Teil II, Kapitel 5 ff.) von 1990 bis 1999 die subjektiven Beurteilungen der Bürger über ihre konkreten Lebensumstände von Bedeutung. Sie geben Auskunft, ob die Veränderungen in den Lebensbedingungen positiv oder negativ bewertet werden. Bezogen auf das Ausgangsjahr 1990 war ein zentrales Ergebnis, dass sich die damaligen erheblichen Defizite der DDR-Bürger in ihren objektiven Lebensbedingungen auch unmittelbar in ihrem subjektiven Wohlbefinden widerspiegelt hatten – in deutlich geringeren Zufriedenheiten mit einzelnen Lebensbereichen und mit dem Leben insgesamt. Die Unzufriedenheiten erreichten damals ein Ausmaß, wie es in Westdeutschland nur bei ausgesprochenen Problemgruppen zu beobachten war. Im Jahre 1993 hatte sich in Ostdeutschland die objektive Lage deutlicher verbessert als die Stimmung. Es hatte im Ganzen seit 1990 durchaus Verbesserungen gegeben, auch in der Wahrnehmung der Bevölkerung, der deutliche Abstand zum Westen hatte sich aber dadurch nur wenig verringert. Im Westen war das seit Jahren hohe Wohlfahrtsniveau stabil, aber Krisenzeichen und Ängste waren erkennbar.

Tab. 1a: Zufriedenheit¹ mit Lebensbereichen

		Jahr	Eher unzufrieden	Eher zufrieden	darunter: hoch- zufrieden	Mittelwert
			in %			Ø
Ehe/Partnerschaft ²	West	1978	1	97	48	9,0
		1988	2	96	47	8,9
		1993	2	97	45	8,9
		1998	2	96	40	8,8
	Ost	1990	1	96	44	8,8
		1993	1	97	38	8,8
		1998	1	97	45	8,9
Familienleben ³	West	1978	2	96	39	8,7
		1988	2	97	38	8,7
		1993	3	93	35	8,5
		1998	2	95	37	8,5
	Ost	1990	4	89	34	8,3
		1993	5	88	27	8,2
		1998	1	96	40	8,5
Wohngegend	West	1978	9	83	33	7,9
		1988	8	86	39	8,1
		1993	7	87	39	8,2
		1998	6	88	31	8,1
	Ost	1990	11	66	24	6,8
		1993	15	76	19	7,2
		1998	11	80	22	7,4
Hausfrauendasein ⁴	West	1978	5	87	25	7,9
		1988	6	87	29	7,9
		1993	7	82	26	7,7
		1998	9	80	24	7,5
Arbeitsplatz ⁵	West	1980	5	89	12	7,6
		1988	4	92	15	7,8
		1993	5	88	15	7,7
		1998	6	88	13	7,7
	Ost	1990	13	74	8	6,7
		1993	9	82	8	7,2
		1998	7	86	10	7,4
Lebensstandard	West	1978	7	85	15	7,4
		1988	7	83	16	7,5
		1993	8	84	16	7,5
		1998	7	84	13	7,4
	Ost	1990	21	57	5	6,0
		1993	15	65	3	6,3
		1998	14	75	6	6,7
Wohnung	West	1978	7	83	29	7,8
		1988	5	89	37	8,2
		1993	5	87	37	8,2
		1998	4	90	34	8,3
	Ost	1990	17	63	14	6,5
		1993	13	72	17	6,9
		1998	7	82	21	7,6
Freizeit	West	1978	10	83	26	7,6
		1988	8	85	29	7,8
		1993	8	85	27	7,8
		1998	8	83	18	7,6
	Ost	1990	17	67	17	6,6
		1993	15	68	13	6,7
		1998	15	73	12	6,8
Anmerkungen s. S. 434.						

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1988, 1990 – Ost, 1993, 1998.

Tab. 1b: Zufriedenheit¹ mit Lebensbereichen

		Jahr	Eher unzufrieden	Eher zufrieden	darunter: hoch- zufrieden	Mittelwert
			in %			Ø
Haushaltseinkommen	West	1978	10	82	13	7,2
		1988	11	78	14	7,1
		1993	11	78	12	7,1
		1998	12	77	12	7,0
	Ost	1990	43	39	3	4,7
		1993	26	57	3	5,8
		1998	24	63	7	6,0
Gesundheit	West	1978	12	79	16	7,3
		1988	13	78	20	7,3
		1993	13	76	20	7,3
		1998	10	80	18	7,4
	Ost	1990	16	72	16	6,9
		1993	13	79	18	7,3
		1998	15	76	12	7,0
Soziale Sicherung	West	1978	14	77	10	6,9
		1988	10	77	11	7,0
		1993	15	70	9	6,6
		1998	15	70	7	6,5
	Ost	1990	34	39	3	4,9
		1993	34	45	1	5,2
		1998	24	56	4	5,7
Ausbildung ⁶	West	1978	17	71	15	6,7
		1988	13	77	23	7,2
		1993	13	78	19	7,2
		1998	11	84	5	7,4
	Ost	1990	12	72	17	6,9
		1993	11	78	14	7,3
		1998	8	88	3	7,8
Demokratie	West	1978	10	74	7	6,0
		1988	13	69	7	6,5
		1993	25	55	4	5,7
		1998	12	70	5	6,5
	Ost	1993	50	26	1	4,2
		1998	25	48	2	5,5
Kirche ⁷	West	1978	25	57	9	5,9
		1988	30	50	7	5,5
		1993	45	35	5	4,5
		1998	32	48	5	5,3
	Ost	1993	54	23	3	3,8
		1998	20	54	3	5,9
Politische Beteiligung	West	1978	27	50	9	5,6
		1988	22	57	9	6,0
		1993	33	45	5	5,2
		1998	24	55	6	5,8
	Ost	1990	25	51	8	5,7
		1993	45	31	3	4,5
		1998	27	48	4	5,5
Anmerkungen s. S. 434.						

Anmerkungen s. S. 434.

Fortsetzung Tab. 1b

Öffentliche Sicherheit	West	1978	40	44	2	5,0	
		1988	23	58	4	5,8	
		1993	38	43	3	5,0	
		1998	19	58	4	5,9	
	Ost	1990	65	16	2	3,4	
		1993	66	22	2	3,6	
		1998	37	41	3	5,1	
	Umweltschutz	West	1978	39	40	2	5,0
			1988	46	30	2	4,5
			1993	42	37	3	5,0
1998			15	64	3	6,1	
Ost		1990	84	6	1	2,2	
		1993	39	35	1	4,8	
		1998	16	61	4	6,0	

1 Zufriedenheitsskala von 0 bis 10; „eher unzufrieden“ = 0 bis 4; „eher zufrieden“ = 6 bis 10; „hochzufrieden“ = 10.

2 Nur Befragte mit (Ehe-)Partner.

3 Nur Befragte mit Ehepartner.

4 Nur nichterwerbstätige Hausfrauen. In Ostdeutschland: Fallzahlen zu gering.

5 Nur abhängig Beschäftigte (ganz- und halbtags).

6 Nur Befragte, die gegenwärtig Schüler/Studenten sind.

7 Bis 1988 Protestanten und Katholiken; 1993 Gesamtbevölkerung

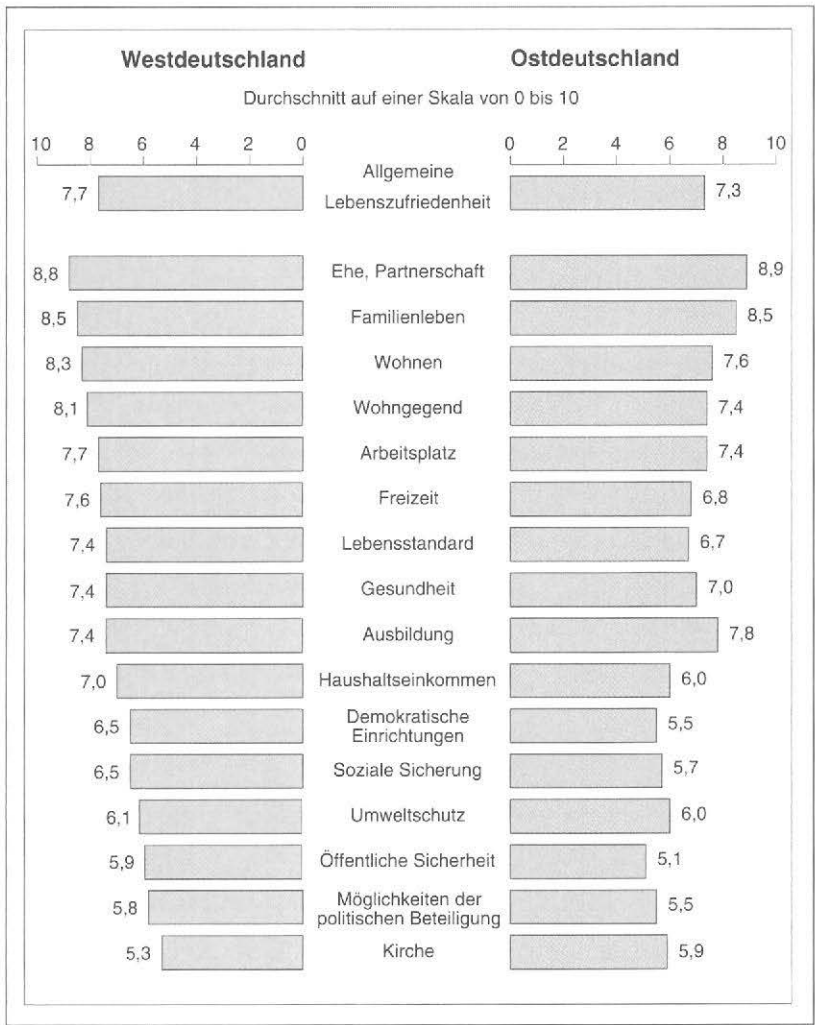
Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1980, 1988, 1990 – Ost, 1993, 1998

Wohlfahrtsverbesserungen innerhalb der letzten Jahre in objektiven Lebensbedingungen können beispielsweise für die Einkommensverhältnisse (vgl. Teil II, Kap. 5 und 18) und auch für die Wohnungsversorgung (vgl. Teil II, Kap. 10) beobachtet werden. Der Abstand zu Westdeutschland und das zu Beginn des Transformationsprozesses drastische Wohlstandsgefälle haben sich deutlich verringert, ohne dass allerdings in jedem Falle das Niveau der alten Bundesländer schon erreicht worden ist. Die Bilanz der Bürger in den neuen Bundesländern selbst ist nach den Daten der Wohlfahrtssurveys alles in allem positiv (vgl. Teil II, Kap. 2). Auf die Frage „Haben sich Ihre Lebensbedingungen seit 1990 eher verbessert, eher verschlechtert oder ist da kein großer Unterschied?“ erklärten bereits 1993 48 % der ostdeutschen Befragten, dass sich ihre Lebensbedingungen seit 1990 insgesamt verbessert haben. Dieser Anteil beläuft sich im Jahre 1998 auf 59 % und hat damit deutlich zugenommen. Der Bevölkerungsanteil, der eine Verschlechterung wahrnimmt, ist von 23 % auf 16 % zurückgegangen, und ein Viertel sieht keinen Unterschied. Die Mehrzahl der Westdeutschen betrachten ihre Lebensbedingungen 1998 genauso wie 1993 als unverändert. Der erstaunlich hohe Anteil von 31 %, der 1993 eine Verschlechterung wahrgenommen hat, ist 1998 auf 21 % gesunken, und der Anteil derjenigen, die eine Verbesserung sehen, ist von 10 % auf 20 % gestiegen. Die westdeutschen Bürger schätzen die Entwicklung ihrer Lebensbedingungen damit 1998 wieder freundlicher ein, als das 1993 der Fall war.

Informationen darüber, wie zufrieden die Bürger in Ost und West gegenwärtig mit verschiedenen Aspekten ihrer Lebensbedingungen und ihrem Leben insgesamt

sind, lassen sich zu einem Bild des subjektiven Wohlbefindens und der subjektiv wahrgenommenen Lebensqualität in Deutschland zusammenfügen. Die Zufriedenheitsdifferenzen zwischen Ost- und Westdeutschen sind bei einzelnen Aspekten der Lebensverhältnisse auch 1998 noch ausgeprägt, haben insgesamt aber

Abb. 1: Zufriedenheit in Lebensbereichen
und allgemeine Lebenszufriedenheit



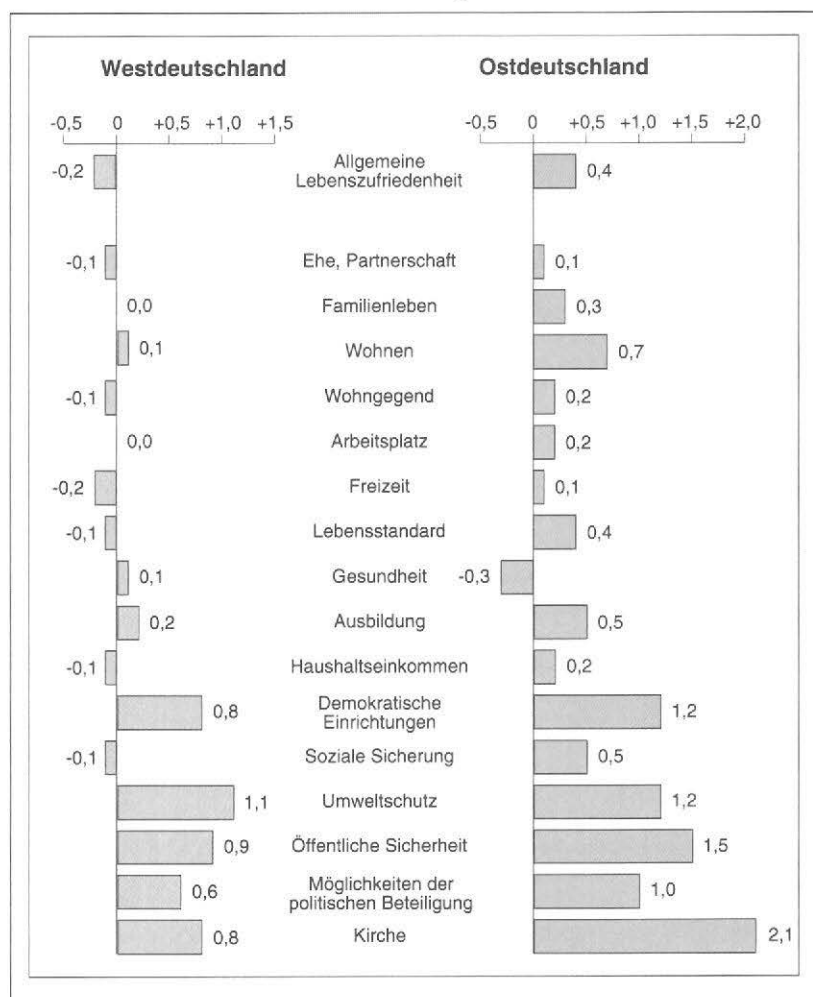
Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

deutlich abgenommen. Damit hat sich die Tendenz fortgesetzt, die auch in der ersten Hälfte der 90er Jahre bereits zu beobachten war. Auf der von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden) reichenden Zufriedenheitsskala stufen sich die Ostdeutschen bei den insgesamt 17 Zufriedenheitswerten, die 1993 und 1998 erhoben worden sind, 1998 im Durchschnitt nur noch um 0,4 Skalenpunkte niedriger ein als die Westdeutschen. 1993 hatte diese Differenz noch 0,8 Skalenpunkte betragen. Die durchschnittlichen Zufriedenheitsunterschiede haben sich damit in den vergangenen fünf Jahren halbiert.

Betrachtet man die Zufriedenheitswerte im Einzelnen (Abb. 1), so zeigt sich in der Beurteilung der verschiedenen Lebensbereiche zunächst ein für West- und Ostdeutsche ähnliches Muster mit einigen charakteristischen Unterschieden. In den alten und neuen Bundesländern gleichermaßen sind die Bürger am zufriedensten mit den „privaten“ und persönlich bestimmten Seiten des Lebens wie Ehe bzw. Partnerschaft und Familie. Am wenigsten zufrieden sind sie mit den „öffentlichen“, der individuellen Beeinflussung weitgehend entzogenen Bereichen wie der Demokratie, der Sozialen Sicherung, dem Umweltschutz, der öffentlichen Sicherheit und der Kirche. Relativ zufriedener – gemessen an der Rangfolge – als die westdeutschen sind die ostdeutschen Bundesbürger vor allem mit ihrer Ausbildung, dem Umweltschutz und der Kirche, weniger zufrieden insbesondere mit der öffentlichen Sicherheit und den demokratischen Einrichtungen. Absolut zufriedener als die Westdeutschen sind die Ostdeutschen lediglich mit ihrer Ausbildung und der Kirche. Kaum oder nur noch geringe Unterschiede gibt es zwischen Ost- und Westdeutschen bei der Bewertung von Ehe und Familie, dem Umweltschutz, dem Arbeitsplatz und den Möglichkeiten der politischen Betätigung. Am größten sind die Differenzen bei der Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen, den demokratischen Einrichtungen, der öffentlichen Sicherheit und der Sozialen Sicherung. Mit diesen Aspekten der Lebensbedingungen sind die ostdeutschen Bürger – wie auch schon zu den früheren Beobachtungszeitpunkten – jeweils deutlich weniger zufrieden als die westdeutschen.

Auch wenn die ostdeutsche Bevölkerung zu einzelnen Aspekten der Lebensverhältnisse weiterhin in erheblichem Maße Unzufriedenheit äußert und die Zufriedenheit vielfach noch unter dem westdeutschen Niveau bleibt, hat sich der bereits 1993 abzeichnende Aufwärtstrend in den neuen Bundesländern eindeutig fortgesetzt. Ein nennenswerter Rückgang der Zufriedenheit, wie er vor allem im ersten Jahr nach der förmlichen Vereinigung beobachtet worden ist, ist nun schon seit 1993 praktisch nicht mehr festzustellen. Im Vergleich zu 1993 hat vielmehr die Zufriedenheit mit dem Leben insgesamt wie auch die Zufriedenheit mit fast allen Lebensbereichen und einzelnen Dimensionen der Lebensbedingungen weiterhin zugenommen, in vielen Bereichen sogar in beachtlichem Umfang (Abb. 2). Am stärksten gestiegen ist die Zufriedenheit mit der Kirche, mit der öffentlichen Sicherheit, dem Umweltschutz und den demokratischen Einrichtungen. Ein geringfügiger Rückgang der Zufriedenheit gegenüber 1993 ist lediglich für einen Bereich – die Gesundheit – zu beobachten.

Abb. 2: Zufriedenheit in Lebensbereichen und allgemeine Lebenszufriedenheit – Veränderungen 1993–1998



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1993, 1998.

Die Entwicklung in Westdeutschland unterscheidet sich davon weitgehend. Hier beobachten wir in den meisten Bereichen der Lebensverhältnisse eine Stagnation oder gar einen Rückgang der Zufriedenheit gegenüber 1993. Dort, wo die Zufriedenheit zugenommen hat – das sind ausnahmslos öffentliche Bereiche wie Umweltschutz, öffentliche Sicherheit, Kirche und demokratische Einrichtungen –, ist

die Zunahme in der Regel deutlich schwächer als in Ostdeutschland. Damit setzt sich der Trend einer tendenziell abnehmenden bzw. sich im Vergleich zu Ostdeutschland weniger günstig entwickelnden Zufriedenheit in Westdeutschland fort, der bereits 1993 zu beobachten war. Die sukzessive Angleichung der Zufriedenheitsniveaus zwischen Ost- und Westdeutschland ist daher nicht nur auf die positiven Entwicklungstendenzen des subjektiven Wohlbefindens in Ostdeutschland, sondern auch auf den nun bereits über einen längeren Zeitraum anhaltenden Rückgang des subjektiven Wohlbefindens in Westdeutschland zurückzuführen.

Die langfristige Betrachtung (1978 bis 1998) macht darüber hinaus darauf aufmerksam, dass die subjektive Bewertung privater Lebensbereiche im Großen und Ganzen wenig Veränderungen unterliegt, während die Einschätzung öffentlicher Bereiche zum Teil erheblich über Zeit variiert und somit auch auf aktuelle Problemlagen und -diskussionen reagiert. In einigen Bereichen wie zum Beispiel beim Umweltschutz konnte nach einem deutlichen Einbruch das Zufriedenheitsniveau von 1978 im Jahre 1993 wieder erreicht werden, und dieses Niveau hat sich bis 1998 nochmals verbessert. Im Gegensatz dazu liegt die Bewertung des Netzes der sozialen Sicherung mit einem Mittelwert von 6,5 im Jahre 1998 deutlich unter dem entsprechenden Wert von 1978 (6,9). Dies ist ein deutliches Indiz dafür, dass sich die aktuelle Diskussion um das Gesundheits- und Rentensystem auch in der Wahrnehmung der Bürger niederschlägt.

Das noch vorhandene Gefälle im subjektiven Wohlbefinden zwischen West- und Ostdeutschland ist im Einzelnen auch zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu beobachten. Unabhängig davon, ob man Männer oder Frauen, verschiedene Alters-, Bildungs- oder Einkommensgruppen betrachtet: In vielen Lebensbereichen liegt das ostdeutsche Niveau noch unter dem entsprechenden westdeutschen Durchschnitt (vgl. Tab. 2a und 2b). In den Bereichen Familie, Ehe und Partnerschaft, Ausbildung sowie Gesundheit haben jedoch einige ostdeutsche Bevölkerungsgruppen ein gleich hohes oder sogar ein höheres Wohlbefinden als ihre westdeutschen Vergleichsgruppen.

Beachtenswerte Unterschiede in den Bewertungen der verschiedenen Lebensbereiche gibt es aber nicht nur zwischen Ost- und Westdeutschen, sondern auch zwischen anderen Bevölkerungsgruppen. Im Rahmen des Wohlfahrtssurveys 1998 wurden auch in der Bundesrepublik lebende ausländische Bürger befragt, und unter den Personen mit der deutschen Staatsangehörigkeit konnte die zahlenmäßig bedeutsame Bevölkerungsgruppe der Aus- und Übersiedler identifiziert werden. Auch wenn die jeweiligen Fallzahlen dieser Gruppen für detaillierte Analysen zu gering sind, kann zumindest für Westdeutschland exemplarisch aufgezeigt werden, wie diese Bürger ihre Lebensbedingungen wahrnehmen und bewerten.

Die entsprechenden Zahlen in Tabelle 2b machen deutlich, daß auch diese Personen über durchaus differenzierte Lebensverhältnisse berichten. Das subjektive Wohlbefinden von Aus- und Übersiedlern sowie von in Deutschland lebenden Ausländern liegt in der Mehrheit der Lebensbereiche eher am ostdeutschen

Tab. 2a: Zufriedenheit¹ mit Lebensbereichen
nach Bevölkerungsgruppen 1998

Zufriedenheit mit . . .		Geschlecht		Alter			Bildung		
		Männer	Frauen	18–34 Jahre	35–59 Jahre	60 Jahre und älter	Haupt- schul- ab- schluss	Mittlere Reife	Abitur
		Ø							
Ehe, Partnerschaft	West	9,0	8,6	8,8	8,7	8,9	8,8	8,8	8,6
	Ost	8,9	8,9	8,8	8,7	9,3	8,9	8,9	8,8
Familie	West	8,7	8,4	8,3	8,5	8,9	8,6	8,7	8,3
	Ost	8,6	8,5	8,4	8,4	9,0	8,6	8,5	8,5
Wohngegend	West	8,0	8,1	7,6	8,0	8,5	8,1	8,0	8,0
	Ost	7,3	7,5	7,0	7,4	7,8	7,5	7,4	7,4
Arbeitsplatz	West	7,7	7,6	7,6	7,6	8,5	7,6	7,7	7,6
	Ost	7,2	7,7	7,3	7,4	8,6	7,1	7,5	7,3
Lebens- standard	West	7,4	7,4	7,1	7,3	7,7	7,2	7,4	7,8
	Ost	6,7	6,7	6,5	6,4	7,4	6,7	6,6	7,0
Wohnung	West	8,1	8,3	7,8	8,2	8,8	8,3	8,2	8,2
	Ost	7,5	7,6	7,1	7,5	8,1	7,7	7,4	7,6
Freizeit	West	7,6	7,5	7,2	7,2	8,3	7,6	7,5	7,5
	Ost	6,8	6,9	6,4	6,4	8,0	7,3	6,4	7,1
Einkommen	West	7,0	7,0	6,7	7,0	7,4	6,8	7,0	7,3
	Ost	5,8	6,2	5,6	5,7	7,0	6,1	5,9	6,3
Gesundheit	West	7,6	7,3	8,4	7,3	6,5	7,0	7,8	7,9
	Ost	7,1	7,0	8,0	7,0	6,2	6,2	7,6	7,3
Soziale Sicherung	West	6,6	6,4	6,2	6,4	7,0	6,5	6,5	6,6
	Ost	5,8	5,7	5,6	5,6	6,2	5,6	5,7	6,0
Ausbildung	West	7,4	7,3	7,2	7,4	7,3	7,1	7,7	7,7
	Ost	8,0	7,6	7,6	7,9	7,7	7,5	8,0	8,1
Demokratie	West	6,7	6,3	6,4	6,5	6,7	6,3	6,4	6,8
	Ost	5,5	5,5	5,5	5,3	5,8	5,5	5,4	5,6
Kirche	West	5,0	5,6	4,6	5,1	6,3	5,7	5,0	4,9
	Ost	5,7	5,9	5,5	5,9	5,9	5,7	6,3	5,0
Politische Beteiligung	West	6,0	5,5	5,5	5,8	6,0	5,5	5,8	6,3
	Ost	5,6	5,4	5,4	5,5	5,6	5,3	5,4	6,0
Öffentliche Sicherheit	West	6,0	5,9	6,1	5,9	5,9	5,8	5,8	6,2
	Ost	5,0	5,1	5,1	5,0	5,1	4,9	5,0	5,3
Umweltschutz	West	6,3	6,0	6,0	6,1	6,4	6,3	6,1	5,9
	Ost	6,1	5,9	5,7	6,1	6,2	6,1	6,0	5,9

¹ siehe Tab. 1, S. 434.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

Tab. 2b: Zufriedenheit¹ mit Lebensbereichen
nach Bevölkerungsgruppen 1998

Zufriedenheit mit . . .		Erwerbsstatus			Einkommen		Staatsangehörigkeit ²		
		Erwerbstätigkeit	Arbeitslos	Rentner	Unteres Quintil	Oberes Quintil	Deutsch	dar. Aus- und Übersiedler nach 1961	andere Staatsangehörigkeit
		Ø							
Ehe, Partnerschaft	West	8,8	8,5	9,0	8,7	8,7	8,8	8,9	8,8
	Ost	8,8	8,9	9,2	8,6	8,7	8,9		
Familie	West	8,6	7,5	8,9	8,3	8,6	8,5	8,4	8,5
	Ost	8,4	8,5	9,0	8,1	8,4	8,5		
Wohngegend	West	8,0	7,0	8,4	7,9	8,1	8,1	7,6	7,3
	Ost	7,5	7,0	7,7	6,7	7,8	7,4		
Arbeitsplatz	West	7,7	-	-	6,7	8,1	7,7	7,7	7,1
	Ost	7,4	-	-	6,9	7,6	7,4		
Lebensstandard	West	7,5	5,2	7,7	5,9	8,3	7,4	6,7	7,0
	Ost	6,8	5,2	7,3	5,2	7,8	6,7		
Wohnung	West	8,1	7,2	8,7	7,6	8,5	8,3	7,5	7,3
	Ost	7,6	7,0	8,0	6,8	7,9	7,6		
Freizeit	West	7,2	6,7	8,4	7,3	7,7	7,6	7,1	7,0
	Ost	6,5	5,9	7,9	6,2	6,7	6,8		
Einkommen	West	7,1	4,9	7,4	5,0	8,2	7,0	6,3	6,2
	Ost	6,1	4,2	7,0	4,0	7,9	6,0		
Gesundheit	West	8,0	7,4	6,2	7,0	7,6	7,4	7,4	7,9
	Ost	7,7	6,9	5,9	6,5	7,6	7,0		
Soziale Sicherung	West	6,4	5,5	7,1	6,4	6,9	6,5	7,0	7,0
	Ost	5,7	5,3	6,1	5,2	6,5	5,7		
Ausbildung	West	7,5	6,6	7,4	6,6	7,7	7,4	6,7	6,8
	Ost	8,1	7,3	7,7	7,3	8,1	7,8		
Demokratie	West	6,6	5,9	6,7	6,3	6,9	6,5	6,6	6,6
	Ost	5,5	4,8	5,7	5,0	6,1	5,5		
Kirche	West	4,9	5,1	6,2	5,5	5,0	5,3	6,5	6,4
	Ost	6,0	5,8	5,9	5,9	5,4	5,9		
Politische Beteiligung	West	5,9	4,7	6,0	4,9	6,3	5,8	5,0	4,4
	Ost	5,6	5,0	5,5	4,7	6,2	5,5		
Öffentliche Sicherheit	West	6,0	5,6	5,9	5,9	5,9	5,9	6,3	6,3
	Ost	5,0	5,0	5,1	4,8	5,5	5,1		
Umweltschutz	West	6,2	6,2	6,3	6,0	6,3	6,1	6,6	6,5
	Ost	6,0	6,1	6,2	5,6	6,0	6,0		

1 siehe Tab. 1, S. 434.

2 Aufgliederung nur für Westdeutschland; in Ostdeutschland zu geringe Fallzahlen.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

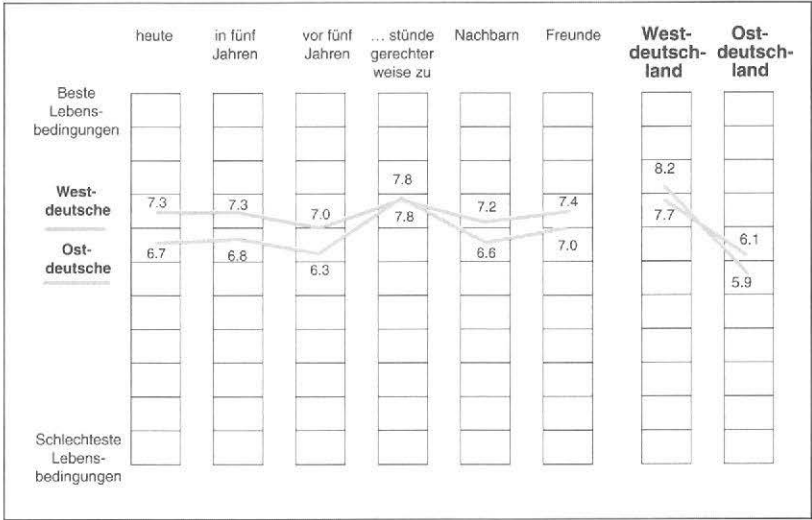
als am westdeutschen Durchschnittsniveau. So bewerten zum Beispiel Aus- und Übersiedler ihren Lebensstandard genauso niedrig wie die ostdeutschen Bürger, und auch die Zufriedenheit mit dem Einkommen ist auf einem ähnlichen Niveau wie in Ostdeutschland.

Bezeichnenderweise fällt die Bewertung der Möglichkeiten der politischen Beteiligung durch Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit aufgrund der faktisch gegebenen geringen Mitwirkungschancen sehr kritisch aus, während sie ebenso wie Aus- und Übersiedler die demokratischen Einrichtungen weniger kritisch und das Netz der sozialen Sicherung im Gegensatz zu den anderen Bevölkerungsgruppen sogar eher positiv bewerten.

3.2 Wahrgenommene Lebensbedingungen und Ansprüche

Aufschlussreich ist auch, wie die Befragten aus Ost- und Westdeutschland die Lebensbedingungen der Bevölkerung in den jeweils anderen Landesteilen beurteilen. Offensichtlich idealisieren die Ostdeutschen nach wie vor das Niveau der Lebensbedingungen in Westdeutschland – dem als Maßstab, an dem die eigenen Verhältnisse gemessen werden, immer noch eine besondere Bedeutung zukommt – mit einem Mittelwert von 8,2 auf der Skala von 0 bis 10, während

Abb. 3: Die Bewertung der Lebensbedingungen im Vergleich



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

die Westdeutschen sich selbst bei 7,7 einstufen; allerdings sind die Diskrepanzen nicht mehr so gravierend wie 1993. Gleichzeitig bewerten die Westdeutschen – anders als 1993 – die ostdeutschen Lebensbedingungen mit einem Wert von 6,1 etwas besser als die Ostdeutschen selbst, die sich bei 5,9 einstufen. Für Ost- und Westdeutsche gilt damit gleichermaßen, dass die Verhältnisse aus der Sicht der „anderen“ besser erscheinen, als sie mit eigenen Augen gesehen werden.

Ost- und westdeutsche Bürger stimmen mit einem Wert von 7,8 aber vollständig überein, welches Lebensniveau ihnen „gerechterweise zustünde“ (Abb. 3). Bei identischen Anspruchsniveaus bleibt die Lücke zwischen Anspruch und Realität in Ostdeutschland mit 1,1 Skalenpunkten damit deutlich größer als in Westdeutschland mit 0,5 Skalenpunkten. Hier liegt zumindest einer der Gründe für das trotz ansteigender Tendenz nach wie vor niedrigere Niveau des subjektiven Wohlbefindens in Ostdeutschland.

(Roland Habich/Heinz-Herbert Noll)

4 Wertorientierungen und Zukunftserwartungen

Die Untersuchung von Wertorientierungen und Erwartungen gibt Aufschluss über in der Bevölkerung vorherrschende Vorstellungen und Wünsche, an denen sich das Leben von Individuen ausrichtet. Einstellungen und Erwartungen kann man als Handlungsmaßstäbe interpretieren; gleichzeitig sagen sie etwas über das gegenwärtige subjektive Wohlbefinden der Bevölkerung aus und können Hinweise auf Konfliktlinien sein. Einige zentrale gesellschaftliche Entwicklungen und strukturelle Veränderungen in den letzten Jahren geben Anlass zu der Annahme, daß sich in den 90er Jahren Wertmaßstäbe verschoben haben. Die zunehmende Brisanz von Arbeitslosigkeit sowie die Beurteilung der im Transformationsprozess verbesserten Lebensbedingungen in Ostdeutschland sind nur zwei Aspekte, vor deren Hintergrund sich Wertorientierungen und Ansprüche verändert haben könnten.

In diesem Kapitel stehen zunächst einzelne Lebensbereiche und ihre Bedeutsamkeit im Mittelpunkt. Einschätzungen zur Entwicklung der zukünftigen Lebensbedingungen und Vorstellungen von dem, was einem gerechterweise zustünde, bilden den zweiten Teil. Abschließend wird anhand einzelner Lebensbereiche gezeigt, ob die Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland der gesellschaftlichen Entwicklung und persönlichen Zukunft in den nächsten Jahren eher optimistisch oder pessimistisch gegenübersteht.

4.1 Wichtigkeit einzelner Lebensbereiche

Einzelne Lebensbereiche können in ihrer Bedeutung für das individuelle Wohlbefinden unterschiedlich bewertet und gewichtet werden. Im gesamten Bundesgebiet sind private Lebensbereiche generell wichtiger für das eigene Wohlbefinden der Menschen als öffentliche. Die Bereiche Gesundheit (West: 84 %, Ost: 87 %), Familie (80 %, 85 %) sowie Liebe und Zuneigung (73 %, 72 %) werden von einer deutlichen Mehrheit auch 1998 für „sehr wichtig“ gehalten (vgl. Tab. 1). Die klare Priorität der Privatsphäre bleibt in den 90er Jahren nahezu unverändert, es zeigt sich sogar eine geringfügige Zunahme der Wichtigkeit dieser Lebensbereiche für die Zufriedenheit und das Wohlbefinden der Menschen. Auffälliger jedoch ist eine andere Entwicklung seit 1993: Nicht nur in Ostdeutschland, wo das Problem der Arbeitslosigkeit besonders gravierend ist und sich in den Lebensverhältnissen der Menschen niederschlägt, sondern auch in Westdeutschland werden die Bereiche Arbeit, Erfolg im Beruf und Einkommen 1998 von weitaus mehr Menschen für sehr wichtig gehalten, als dies noch 1993 der Fall war (vgl. Teil II, Kap. 9). Der Bevölkerungsanteil, der Arbeit für einen sehr wichtigen Lebensbereich hält, ist in

Tab. 1: Die Wichtigkeit von Lebensbereichen in West- und Ostdeutschland
Angaben in Prozent

	Jahr	Westdeutschland				Ostdeutschland			
		Sehr wichtig	Wichtig	Weniger wichtig	Unwichtig	Sehr wichtig	Wichtig	Weniger wichtig	Unwichtig
Gesundheit	1998	84	15	1	0	87	12	1	0
	1993	82	18	0	0	78	21	1	0
	1988/90	80	19	1	0	82	18	0	0
Familie	1998	80	18	1	1	85	13	1	0
	1993	76	21	2	1	82	16	2	0
	1988/90	73	23	3	1	78	16	2	3
Liebe und Zuneigung	1998	73	26	1	0	72	26	2	0
	1993	71	28	1	0	73	25	2	0
	1988/90	68	30	2	0	69	28	2	1
Schutz vor Kriminalität	1998	59	39	2	0	68	31	1	0
	1993	56	40	4	1	68	31	1	0
Arbeit	1998	50	43	5	3	70	25	2	3
	1993	37	51	8	4	58	33	5	5
	1988/90	36	52	9	4	57	33	3	6
Einkommen	1998	47	49	4	0	69	30	2	0
	1993	36	60	5	0	59	39	2	0
	1988/90	34	60	6	0	56	41	3	0
Umweltschutz	1998	47	51	2	0	41	56	3	1
	1993	57	41	2	0	41	53	5	1
	1988/90	60	37	3	0	68	30	1	1
Freizeit	1998	36	56	8	0	31	60	9	0
	1993	32	57	11	1	24	64	11	1
	1988/90	31	60	9	1	35	54	10	1
Erfolg im Beruf	1998	30	56	9	5	43	50	4	3
	1993	22	56	13	9	26	57	9	9
	1988/90	18	61	18	3	32	47	9	12
Glaube	1998	17	35	32	16	7	19	29	45
	1993	13	35	35	17	7	15	28	51
	1988/90	16	41	31	12	9	22	26	44
Politischer Einfluss	1998	10	45	36	9	8	42	39	11
	1993	10	40	40	10	6	32	48	15
	1988/90	9	37	42	12	12	37	41	11

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988 (West), 1990 (Ost), 1993, 1998.

Westdeutschland von 1993 bis 1998 um 13 Prozentpunkte gestiegen (von 37 % auf 50 %), in Ostdeutschland um 12 (von 58 % auf 70 %). Dies spricht für ein gewachsenes Problembewusstsein in bezug auf Arbeitsplatzgarantie und Einkommensstabilität. In Ostdeutschland werden diese Bereiche entsprechend den immer noch niedrigeren Einkommen und der prekären Arbeitsmarktlage noch für weitaus wichtiger gehalten als in Westdeutschland.

Der Freizeitbereich hat in Ostdeutschland im Vergleich zu 1993 eine Aufwertung erfahren, wird aber 1998 immer noch geringer eingeschätzt als zu Beginn der 90er Jahre. Vergleichsweise konstant geblieben ist die Bedeutung der Lebensbereiche „Politischer Einfluss“ und „Glaube“ für das individuelle Wohlbefinden. In Ostdeutschland sind Aspekte der Religion nach wie vor weniger wichtig als in Westdeutschland. Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen zu können, hat in beiden Landesteilen geringfügig an Bedeutung gewonnen: In Ostdeutschland hält die Hälfte, in Westdeutschland halten 55 % der Bevölkerung diesen Bereich für „wichtig“ oder „sehr wichtig“ für das individuelle Wohlbefinden.

Umweltschutz (vgl. Teil II, Kap. 14) als weiterer öffentlicher Lebensbereich hat in den 90er Jahren an Bedeutung verloren. In Westdeutschland ist der Anteil derjenigen, die Umweltschutz für „sehr wichtig“ halten, von 1993 bis 1998 um 10 Prozentpunkte gesunken. In Ostdeutschland hingegen ist der Bedeutungsverlust schon im Jahre 1993 sichtbar geworden und seitdem auf diesem Niveau verblieben. Schutz vor Kriminalität ist auch 1998 ein aktuelles Thema in beiden Landesteilen. In den alten Bundesländern halten 59 % der Bevölkerung diesen Bereich für „sehr wichtig“, in Ostdeutschland sind es sogar 68 %. In Westdeutschland ist Schutz vor Kriminalität der wichtigste öffentliche Lebensbereich. In Ostdeutsch-

Tab. 2: Die Wichtigkeit der Lebensbereiche Arbeit, Einkommen, Familie und Freizeit in verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Ost- und Westdeutschland 1998¹

	Arbeit				Einkommen				Familie				Freizeit			
	West		Ost		West		Ost		West		Ost		West		Ost	
	93	98	93	98	93	98	93	98	93	98	93	98	93	98	93	98
Gesamt	37	50	58	70	36	47	59	69	76	80	82	85	32	36	24	31
18–34 Jahre	39	50	59	67	34	47	58	70	72	78	76	83	45	50	28	38
35–49 Jahre	42	49	74	81	40	50	59	72	83	84	90	87	33	35	29	29
50–65 Jahre	38	53	57	70	34	48	63	66	80	80	87	86	24	31	23	30
66 Jahre u. älter	27	44	30	54	32	45	56	65	70	76	74	87	18	21	13	26
Erwerbstätig (voll + teil)	43	54	63	76	37	51	58	73	78	82	83	85	37	44	26	35
Rentner(in) (+ Vorruhestand)	30	46	36	57	30	44	61	65	71	75	79	86	21	25	19	28
In Ausbildung (+ Umschulung)	41	48	66	60	21	29	48	41	64	68	84	77	44	49	44	33
Arbeitslos	37	66	79	78	49	60	64	69	84	72	83	88	32	32	22	25
Hausfrau/-mann	29	41	–	–	40	48	–	–	84	83	–	–	22	25	–	–
Ev.-luth.	37	48	57	57	35	45	63	61	77	80	81	82	32	32	20	22
Katholisch	38	50	55	–	38	50	56	–	77	82	80	–	31	37	17	–
Keine Religions- zugehörigkeit	35	55	59	74	32	47	58	71	71	76	82	86	37	43	26	33

1 Prozentwerte für die Angabe „sehr wichtig“.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1993, 1998.

land ist die Rangfolge etwas anders, bedingt durch die Priorität, die Arbeit und Einkommen zugewiesen wird.

Eine differenzierte Betrachtung für zwei öffentliche und zwei private Lebensbereiche ist in Tabelle 2 abgebildet. Über verschiedene Bevölkerungsgruppen hinweg ist der Bedeutungsanstieg der Bereiche Arbeit und Einkommen nachzuvollziehen. Die ausgewiesenen Prozentwerte zeigen, dass den Bereichen Arbeit und Einkommen höchste Priorität von der Gruppe der 35–49-Jährigen und den Arbeitslosen eingeräumt wird, und dies nahezu durchgängig in Ost wie West. Die Familienorientierung ist ebenfalls gruppenübergreifend stark ausgeprägt. Hier sind es die Hausfrauen, aber auch insbesondere Arbeitslose, für die die Familie einen äußerst wichtigen Lebensbereich darstellt. Die Freizeitorientierung nimmt mit dem Alter an Bedeutung ab, für die 18–34-Jährigen spielt dieser Lebensbereich eine vergleichsweise große Rolle. Dieser Personenkreis überschneidet sich mit den Auszubildenden, die dem Freizeitbereich eine ähnlich hohe Bedeutung beimessen. Die Annahme, dass sich Wertorientierungen mit der Konfessionszugehörigkeit unterscheiden, bestätigt sich nur in geringem Maße. So ist die Bedeutung der Familie bei Personen ohne Religionszugehörigkeit etwas schwächer ausgeprägt, die Freizeitorientierung hingegen hat bei diesem Personenkreis in beiden Landesteilen einen etwas höheren Stellenwert. Dieses Ergebnis lässt vermuten, dass es sich hier um alters- und generationsspezifische Effekte handelt.

4.2 Ansprüche an die eigenen Lebensbedingungen

Wie schätzen die Menschen in Ost und West ihre Lebensbedingungen ein? Finden sie sie angemessen? Entsprechen die derzeitigen Lebensbedingungen solchen, von denen man meint, sie stünden einem gerechterweise zu? Bei Bewertungen dieser Art ist es besonders aufschlussreich, Vergleichsprozesse einzubeziehen, weil sie als Hintergrund für solche Urteile dienen. Hier spiegeln sich Anspruchshaltungen und Gerechtigkeitsvorstellungen wider, die für das Verständnis von Unzufriedenheiten und Konflikten wesentlich sind. Im Hinblick auf die gegenwärtig geführte Debatte um die innere Einheit Deutschlands, die ergänzend zur Angleichung der Lebensbedingungen ein subjektives Zusammengehörigkeitsgefühl, eine Annäherung von Einstellungen, Wertorientierungen und Mentalitäten zum wünschenswerten Ziel macht, ist der Ost-West-Vergleich ein zentrales Thema.

Die Beurteilung der Lebensbedingungen wurde auf einer Skala von 0–10 gemessen, wobei „0“ ganz und gar schlechte Lebensbedingungen, „10“ sehr gute Lebensbedingungen anzeigt. In Tabelle 3 werden die Mittelwerte für die Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland für 1993 und 1998 gegenübergestellt. Für Westdeutschland lässt sich in diesem Zeitraum vor allem Stabilität hervorheben. Die Lebensbedingungen haben sich in den letzten fünf Jahren geringfügig verbessert, in der nahen Zukunft, so schätzen die Westdeutschen, werden sie sich auch nicht verschlechtern. Die Anspruchsdiskrepanz ist nicht besonders stark:

Tab. 3: Beurteilung der Lebensbedingungen in Ost- und Westdeutschland 1993 und 1998

	West				Ost			
	1993		1998		1993		1998	
	Ge-samt	Arbeits-lose	Ge-samt	Arbeits-lose	Ge-samt	Arbeits-lose	Ge-samt	Arbeits-lose
Lebensbedingungen heute	7,3	6,3	7,4	5,4	6,3	5,4	6,8	5,7
Lebensbedingungen in fünf Jahren	6,9	6,3	7,3	6,0	6,8	6,2	6,8	6,0
Lebensbedingungen vor fünf Jahren	6,9	6,9	7,0	6,0	6,2	6,2	6,3	6,1
Lebensbedingungen, die einem gerechterweise zustehen	7,9	7,8	7,8	7,2	8,0	7,7	7,8	7,4
Lebensbedingungen im Wohngebiet ¹			7,2	6,6			6,6	6,2
Lebensbedingungen der Freunde ¹			7,4	6,1			7,0	6,7
Durchschnittliche Lebensbedingungen in Ostdeutschland	4,9	4,8	6,1	7,2	5,5	5,4	5,9	5,5
Durchschnittliche Lebensbedingungen in Westdeutschland	7,1	6,9	7,7	5,8	8,5	8,6	8,2	8,1

1 1993 nicht erhoben.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1993, 1998.

Lebensbedingungen, von denen man meint, sie stünden einem gerechterweise zu, werden mit einem Mittelwert von 7,8 nicht wesentlich höher ausgewiesen als die gegenwärtig vorherrschenden (7,4). Die durchschnittlichen Lebensbedingungen in Ostdeutschland sind nach Meinung der westdeutschen Bundesbürger gestiegen. 1993 wurden sie noch mit einem Mittelwert von 4,9 eingestuft, 1998 liegen sie bei 6,1 und damit dicht an der Selbsteinschätzung der Ostdeutschen. Die große Diskrepanz in der gegenseitigen Wahrnehmung, die noch 1993 vorherrschte, hat sich zugunsten einer etwas realistischeren Einschätzung weitgehend aufgelöst. Zwar bewerten die Ostdeutschen den westdeutschen Lebensstandard noch immer höher als die Westdeutschen selbst, doch sind diese Abweichungen längst nicht mehr so gravierend.

In Ostdeutschland werden die Lebensbedingungen 1998 besser bewertet als noch 1993, liegen aber weiterhin unter den westdeutschen Vergleichswerten. Auch für die nächsten Jahre, so meinen die Ostdeutschen, werden sich die Lebensbedingungen denen der Westdeutschen nicht angleichen, es wird aber Stabilität erwartet. An die Lebensbedingungen, die einem gerechterweise zustehen, legen die Ostdeutschen den gleichen Maßstab an, wie er auch in den alten Bundesländern vorherrscht. Die durchschnittlichen Lebensbedingungen in Ostdeutsch-

land werden von der dort lebenden Bevölkerung nach wie vor niedriger eingeschätzt als die individuell realisierten (5,9 vs. 6,8), d. h. die gesamtgesellschaftliche Situation wird in Ostdeutschland skeptischer beurteilt, als die jeweils eigenen Lebensumstände es nahe legen.

Mit diesen Zahlen können Aussagen über gesamtgesellschaftliche Entwicklungen auf einem hohen Abstraktionsniveau gemacht werden. Die Bewertung der Lebensumstände kann jedoch bei einzelnen Bevölkerungsgruppen variieren und durch die gruppenübergreifende Auswertung nivelliert worden sein. Als Beispiel ist in Tabelle 3 die Gruppe der Arbeitslosen und ihre Bewertung der Lebensbedingungen herangezogen worden. Insbesondere für die westdeutschen Arbeitslosen ist eine Verschlechterung in den zurückliegenden fünf Jahren festzustellen, die Mittelwerte liegen für 1998 in West und Ost nahezu auf gleichem Niveau. Die derzeitigen allgemeinen Lebensbedingungen werden von den westdeutschen Arbeitslosen schlechter bewertet (5,4) als von der ostdeutschen Vergleichsgruppe (5,7).

Tab. 4: Bewertungen der Lebensbedingungen, Ansprüche und Erwartungen in Ost- und Westdeutschland 1993 und 1998
Angaben in Prozent

	West		Ost	
	1993	1998	1993	1998
Lebensbedingungen heute besser als vor fünf Jahren	38	38	43	46
Lebensbedingungen heute schlechter als vor fünf Jahren	24	22	31	23
Verbesserung der Lebensbedingungen in den nächsten fünf Jahren erwartet	22	24	51	30
Verschlechterung der Lebensbedingungen in den nächsten fünf Jahren erwartet	36	27	16	26
Starke Diskrepanz zwischen eigenen Lebensbedingungen und denen, die einem gerechterweise zustehen ¹	10	8	30	17

1 Drei und mehr Skalenpunkte Differenz.

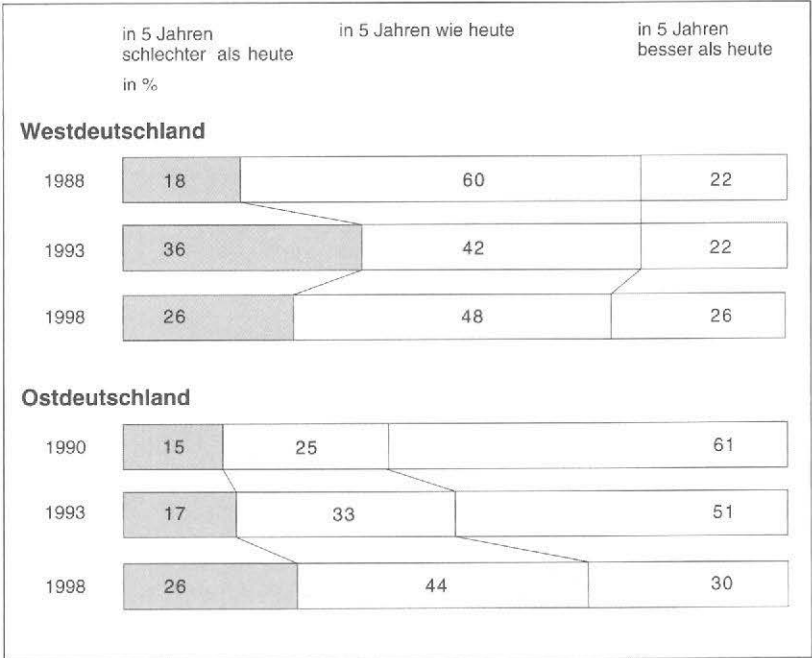
Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1993, 1998.

In Tabelle 4 ist der gleiche Sachverhalt mit prozentualen Bevölkerungsanteilen dargestellt, die Verbesserungen oder Verschlechterungen ihrer Lebensbedingungen konstatieren. Die Verbreitung einer optimistischen Zukunftseinschätzung in Ostdeutschland ist deutlich zurückgegangen: 1993 haben noch fünf von zehn Ostdeutschen Verbesserungen erwartet, 1998 waren es nur noch drei von zehn. Dies spricht jedoch weniger für eine pessimistische Grundhaltung als für Stabilität, denn gleichzeitig sind die Ansprüche 1998 im Osten eher erfüllt als noch 1993: Nur noch 17 % der Ostdeutschen sehen starke Diskrepanzen zwischen dem, was ihnen gerechterweise zustünde, und ihren tatsächlichen Lebensumständen (1993: 30 %).

4.3 Zukunftserwartungen

Erwartungen an die Zukunft werden vor dem Hintergrund der gegenwärtigen persönlichen und gesellschaftlichen Situation formuliert. Dies kann in zwei Dimensionen dargestellt werden. Die erste Dimension erfasst auf einer globalen Ebene die zukünftig erwarteten Lebensbedingungen im Vergleich zur heutigen Situation; mit der zweiten Dimension werden ganz konkret optimistische bzw. pessimistische Zukunftseinschätzungen in Bezug auf einzelne Lebensbereiche erhoben. Bei der Einschätzungen der eigenen Lebensbedingungen „in 5 Jahren“ im Vergleich „zu heute“ zeigt sich (vgl. Abb. 1), dass die zu Beginn des Transformationsprozesses in Ostdeutschland ausgeprägten Hoffnungen auf Verbesserungen im Zeitverlauf deutlich abgenommen haben; sie haben im Jahre 1998 ein Niveau erreicht, das den westdeutschen Einschätzungen entspricht. Nahezu die Hälfte der Bevölkerung erwartet keine Veränderungen, jeweils mehr als jeder vierte Bürger erwartete Verbesserungen bzw. Verschlechterungen. Optimismus und Pessimismus in verschiedenen Lebensbereichen reflektieren Befürchtungen oder Hoffnungen

Abb. 1: Die Einschätzung der Lebensbedingungen „in 5 Jahren“ im Vergleich zu „heute“



Datenbasis: Wohlfahrtssurveys 1988, 1990-Ost, 1993, 1998.

gen, die wesentlich auf der Beurteilung der aktuellen Lebenslage einer Person beruhen. In diesem Kapitel werden solche Zukunftsaussichten für einige Lebensbereiche wie Einkommensentwicklung, Arbeitsplatzsicherheit, Umweltsituation oder Alterssicherung beschrieben.

Beim Vergleich der Zukunftseinschätzungen 1993 und 1998 zeigt sich überaus deutlich ein Optimismus-Anstieg in den Bereichen „Umweltsituation“ und „politische Einflußnahme“. Diese großen Hoffnungen auf sich eröffnende politische Handlungsspielräume sind im Zusammenhang mit dem Regierungswechsel im September 1998 zu sehen. Über alle ausgewiesenen Bevölkerungsgruppen hinweg bleibt diese optimistische Grundhaltung konstant (vgl. Tab. 5).

Auch die Kostenentwicklung für den Lebensunterhalt werden 1998 weitaus optimistischer eingeschätzt, nur die Gruppe der Arbeitslosen trägt diese Hoffnung nicht mit. In allen anderen Bereichen sind die Veränderungen über die Zeit gesamtgesellschaftlich betrachtet minimal. Es zeigt sich allerdings 1998 ein geringerer Optimismus in Bezug auf Arbeitsplatzsicherheit in Westdeutschland als noch 1993.

Tab. 5: Zukunftserwartungen verschiedener Bevölkerungsgruppen in Ost- und Westdeutschland 1993 und 1998

	Jahr	Ins-gesamt		Erwerbs-tätige		Arbeits-lose		Rentner (innen)	
		West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Einkommensentwicklung ¹	1993	63	61	66	68	50	38	61	60
	1998	68	58	69	59	40	37	68	67
Arbeitsplatzsicherheit ¹	1993	82	57	82	57	–	–	–	–
	1998	77	56	79	60	24	7	–	–
Kostenentwicklung für den Lebensunterhalt ¹	1993	33	23	33	24	–	51	36	19
	1998	53	41	53	44	35	23	60	46
Umweltsituation ¹	1993	59	65	59	64	57	64	62	68
	1998	77	78	78	78	75	76	79	81
Möglichkeiten, politischen Einfluß zu nehmen ¹	1993	23	17	23	19	15	13	25	15
	1998	43	37	42	38	33	26	47	38
Möglichkeiten, beruflich weiterzukommen ¹	1993	54	44	60	55	46	32	–	–
	1998	59	47	58	48	29	31	–	–
Allgemeine persönliche Zukunft ¹	1993	84	72	89	80	72	48	75	66
	1998	83	74	89	75	57	–	79	81
Absicherung bei Krankheit ²	1998	66	56	65	57	39	41	81	65
Absicherung bei Arbeitslosigkeit ²	1998	43	26	46	29	14	20	–	–
Absicherung im Alter ²	1998	56	40	50	32	24	19	82	75

(–) Zu niedrige Fallzahlen oder Frage für die Gruppe nicht relevant.

1 Prozentwerte für die Angaben „optimistisch“ und „eher optimistisch als pessimistisch“ zusammengefaßt.

2 Nur 1998 erhoben; Prozentwerte für die Angaben „eher gut gesichert“ und „sehr gut gesichert“ zusammengefaßt.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1993, 1998.

Die Arbeitslosen in Westdeutschland zeichnen sich durch gravierende Einschnitte in ihren Zukunftserwartungen aus: Sowohl die Einkommensentwicklung, die persönliche Zukunft insgesamt als auch die Möglichkeiten, beruflich weiterzukommen, werden dramatisch schlechter eingeschätzt als noch vor fünf Jahren. Auch diese Befunde zeigen eine Sensibilisierung für die Arbeitsmarktproblematik und die Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der Menschen durch Arbeitsplatzverlust und zunehmende Arbeitsplatzunsicherheit. Rentner und Rentnerinnen in Ost und West sehen ihrer Zukunft 1998 insgesamt optimistischer entgegen, als dies noch 1993 der Fall war. Doch auch die insgesamt positiveren Einschätzungen der Zukunftsentwicklung sowohl auf privater als auch auf gesellschaftlicher Ebene verdecken nicht den Umstand, dass in Ostdeutschland Optimismus immer noch verhaltener geäußert wird als in Westdeutschland. Auch der Blick auf die Beurteilung der sozialen Absicherung zeigt deutliche Ost-West-Differenzen. Über alle Bevölkerungsgruppen hinweg sehen sich Westdeutsche im Falle von Krankheit, Arbeitslosigkeit oder im Alter besser abgesichert als Ostdeutsche. Nur die Arbeitslosen in Ostdeutschland fühlen sich besser versorgt als die westdeutsche

Tab. 6: Optimismus und Pessimismus in verschiedenen Lebensbereichen in Ost- und Westdeutschland 1998 nach Altersgruppen
Mittelwerte auf einer Skala von 1 (pessimistisch) bis 4 (optimistisch)

	18-34-Jährige	35-49-Jährige	50-65-Jährige	66 Jahre und älter	Gesamt
Einkommensentwicklung					
West	3,0	2,8	2,8	2,8	2,8
Ost	2,8	2,5	2,6	2,9	2,7
Arbeitsplatzsicherheit					
West	3,0	3,1	3,2	2,9	3,1
Ost	2,7	2,6	2,5	2,8	2,6
Lebensunterhaltskosten					
West	2,6	2,5	2,6	2,7	2,6
Ost	2,4	2,3	2,3	2,6	2,4
Umweltsituation					
West	2,9	2,9	3,0	3,0	2,9
Ost	2,9	2,9	3,0	3,0	2,9
Politischer Einfluß					
West	2,3	2,3	2,4	2,4	2,3
Ost	2,3	2,2	2,3	2,2	2,2
Berufliches Weiterkommen					
West	2,8	2,5	2,4	2,6	2,6
Ost	2,8	2,3	1,9	2,4	2,4
Persönliche Zukunft					
West	3,3	3,1	3,1	3,1	3,1
Ost	3,2	2,8	2,9	3,0	3,0

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

Vergleichsgruppe. Die soziale Absicherung im Falle von Arbeitslosigkeit wird durchweg am schlechtesten eingeschätzt und stellt das größte Risiko dar. Dies unterstreicht die vorangegangenen Befunde, die deutlich gezeigt haben, dass die Angst vor Arbeitsplatzverlust und die Folgen von Arbeitslosigkeit für die Bevölkerung Ende der 90er Jahre eine dominante Rolle spielen.

Abschließend wird in Tabelle 6 nach Altersgruppen unterschieden. Anhand der ausgewiesenen Mittelwerte kann die Altersabhängigkeit der Optimismus- bzw. Pessimismus-Ausprägungen für verschiedene Lebensbereiche dargestellt werden. Für den Ost-West-Vergleich bestätigt sich, dass es lediglich in Bezug auf die Umweltsituation gleiche Einschätzungen gibt, ansonsten ist die Bevölkerung in Westdeutschland für die genannten Bereiche optimistischer gestimmt. Die altersspezifischen Unterschiede sind im Westen nur geringfügig. Optimismus ist am stärksten bei der jüngsten Altersgruppe, den 18–34-Jährigen, ausgeprägt (berufliches Fortkommen / persönliche Zukunft / Einkommen). Auch in Ostdeutschland äußert diese Altersgruppe vergleichsweise starken Optimismus. Entsprechend ihrer guten Versorgungslage ist es jedoch ebenfalls die Gruppe der Rentner und Rentnerinnen in der ehemaligen DDR, die optimistische Einschätzungen abgeben. Die 50–65-jährigen Ostdeutschen hingegen, eine von den Arbeitsmarkteinbrüchen in den neuen Bundesländern besonders stark betroffene Gruppe, äußern sich in Bezug auf ihr berufliches Fortkommen und ihre Arbeitsplatzsicherheit auffallend pessimistisch.

Auch in den 90er Jahren, so zeigen diese Auswertungen, haben private Lebensbereiche für das individuelle Wohlbefinden der Menschen klare Priorität, wenngleich auch die Bedeutsamkeit von Arbeit, von Beruf und Einkommen erheblich angestiegen ist. Die allgemeine Bewertung der Lebensbedingungen ist in Westdeutschland stabil geblieben, in Ostdeutschland hat sie sich zum Ende der 90er Jahre hin verbessert. Die „Anspruchslücke“, also die Diskrepanz zwischen den realisierten Lebensbedingungen und solchen, die man für sich gerechterweise erwartet, ist zwar immer noch ausgeprägt, jedoch entsprechend kleiner geworden. Auch die Zukunftsentwicklung wird in Ostdeutschland 1998 etwas positiver gesehen als 1993, der Optimismus äußert sich jedoch etwas verhaltener als in Westdeutschland. Arbeitslosigkeit und Arbeitsplatzunsicherheit beeinflussen die Zukunftseinschätzungen und Bewertungen der Lebensbedingungen in beiden Landesteilen erheblich und haben gesamtgesellschaftlich an Bedeutung gewonnen.

(Petra Böhnke)

5 Lebensstandard

Eine der Grundideen der sozialen Marktwirtschaft ist, die breite Bevölkerung am materiellen Wohlstand teilhaben zu lassen. Die kontinuierliche Steigerung des Lebensstandards in den alten Bundesländern seit den 50er Jahren hat die Akzeptanz von Demokratie und Marktwirtschaft maßgeblich gefördert. In der DDR fiel die Steigerung geringer aus, und viele Güter, die im Westen Standard waren, waren nicht oder nicht für alle verfügbar. Nach der Wiedervereinigung haben sich die Lebensbedingungen der ostdeutschen Bevölkerung deutlich verbessert, ohne allerdings schon in allen Bereichen das hohe westdeutsche Niveau zu erreichen. Im Folgenden werden objektive und subjektive Aspekte des Lebensstandards präsentiert. Zunächst geht es um die Verbreitung verschiedener Konsumgüter und Aktivitäten sowie um die Vorstellungen der Bürger, was man sich in Deutschland normalerweise leisten können sollte. Anschließend wird untersucht, welche Gruppen nur unzureichend am materiellen Wohlstand teilhaben. Subjektive Bewertungen und die Einschätzung des Lebensstandards zukünftiger Generationen runden das Bild ab.

5.1 Der realisierte Lebensstandard

Der Lebensstandard einer Person umfasst alle Güter und Dienstleistungen, die sie erwerben oder nutzen kann. Abhängig ist der Lebensstandard nicht nur von den individuellen Ressourcen, sondern auch vom Haushaltskontext und von sozialen Netzwerken. Üblicherweise wird der Lebensstandard über das Einkommen gemessen. Man erhält so aber nur einen groben Eindruck davon, was sich eine Person oder ein Haushalt theoretisch leisten könnte. Mit dem Wohlfahrtssurvey 1998 haben wir einen anderen Weg verfolgt. Exemplarisch wurde der Lebensstandard an der Haushaltsausstattung und der Realisierung von Aktivitäten und Maßnahmen der finanziellen Vorsorge gemessen – also daran, was die Leute tatsächlich haben bzw. sich leisten können. Anhand einer Liste von 22 Indikatoren, vom Fernseher über die Urlaubsreise bis zur privaten Altersvorsorge (vgl. Tab. 1), lassen sich so die Lebensverhältnisse alltagsnah abbilden. Die Frage lautete: „Was von dieser Liste haben bzw. tun Sie? Was davon haben oder tun Sie nicht, weil Sie es sich nicht leisten können? Und was davon haben oder tun Sie aus anderen Gründen nicht?“ In einer weiteren Frage wurde anhand der gleichen Liste untersucht, was nach Meinung der Deutschen einen angemessenen Lebensstandard ausmacht: „Was meinen Sie, was auf der folgenden Liste sollte sich jeder Haushalt in Deutschland leisten können? Was ist verzichtbar, was ist wünschenswert, aber nicht unbedingt notwendig, und was ist unbedingt notwendig?“ Auf diesem Wege

lassen sich Diskrepanzen zwischen normativen Ansprüchen und tatsächlichem Lebensstandard aufdecken.

Betrachten wir zunächst, was die Leute haben. Für West- und Ostdeutschland zeigt sich das Bild einer Gesellschaft mit hohem Lebensstandard für breite Schichten (vgl. Tab. 1). Einige Dinge wie Innenbad, Fernseher, Telefon und Waschmaschine sind bei nahezu allen Befragten vorhanden (Vollversorgung). Eine Reihe von weiteren Annehmlichkeiten wie Auto oder Urlaub können sich immerhin mehr als zwei Drittel leisten. Nur bei wenigen Ausstattungsmerkmalen sinkt der Anteil derer, die dies haben oder tun, unter die 50 %-Marke. Dazu zählt der monatliche

Tab. 1: Was sich die Deutschen leisten können und was nicht
Angaben in Prozent

Item	West			Ost		
	„Habe ich/tue ich“	„Kann ich mir nicht leisten“	„Habe ich nicht aus anderen Gründen“	„Habe ich/tue ich“	„Kann ich mir nicht leisten“	„Habe ich nicht aus anderen Gründen“
WC oder Bad in der Wohnung	99	1	1	97	1	2
Fernseher	99	0	1	98	0	1
Telefon	98	2	1	95	2	3
Waschmaschine	96	1	3	95	1	4
Eine warme Mahlzeit am Tag	96	1	3	95	1	4
Eigenes Zimmer für jedes HH-Mitglied	89	7	5	85	6	8
Garten, Balkon oder Terrasse	87	4	10	76	5	19
Stereoanlage	80	6	14	71	7	23
Auto	79	8	12	75	11	14
Videorekorder	73	6	21	69	7	25
Mind. 100 DM/Monat sparen können	71	19	10	62	30	8
Zeitungssabonnement	68	7	25	68	8	24
Einwöchige Urlaubsreise im Jahr	68	16	17	60	21	20
Regelm. neue Kleidung kaufen können	64	15	20	54	23	23
Geschirrspülmaschine	60	10	30	33	18	49
Zahnbehandlung jederzeit möglich	61	21	17	62	23	15
Freunde zum Essen einladen	55	11	35	41	16	42
Abgenutzte Möbel durch neue ersetzen	51	18	30	41	29	30
Restaurantbesuch einmal im Monat	48	17	35	33	23	44
Private Altersvorsorge	44	25	31	29	35	36
Computer (PC)	43	10	46	35	14	51
Zusätzl. private Krankenversicherung	29	26	44	15	37	49

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

Restaurantbesuch, die private Altersvorsorge, der Computer und mit deutlichem Abstand die zusätzliche private Krankenversicherung. Im Osten sind es zusätzlich der Geschirrspüler, Freunde zum Essen einladen und abgenutzte Möbel durch neue ersetzen.

Warum manche Dinge nicht vorhanden sind, kann verschiedene Ursachen haben: Manche wollen beispielsweise kein Auto haben, andere können sich keines leisten. Uns interessiert besonders dieser erzwungene Verzicht auf Grund fehlender Ressourcen. Im Osten geben nahezu durchgängig mehr Personen als im Westen an, sich manches nicht leisten zu können (vgl. Tab. 1). Dies betrifft vor allem Aktivitäten, die einen permanenten Einkommensüberschuss erfordern – mindestens 100 Mark im Monat sparen, private Altersvorsorge, zusätzliche private Krankenversicherung sowie das Ersetzen abgenutzter Möbel durch neue. In Ostdeutschland ist der Anteil derer größer, die für solche aufwendigen und zum Teil kontinuierlichen Ausgaben keine Mittel übrig haben (maximal 37 %, im Westen maximal 26 %). Dennoch sind überwiegend andere Gründe als fehlendes Geld ausschlaggebend, warum bestimmte Dinge nicht vorhanden sind – seien es Gründe der Lebensführung, des Lebensstils oder einfach, weil kein Bedarf gesehen wird.

Beim innerdeutschen Vergleich erkennt man sowohl den Aufholprozess der neuen Bundesländer als auch den verbleibenden Abstand: Bei den grundlegenden Haushaltsausstattungen sind kaum mehr Unterschiede zwischen Ost und West auszumachen, nachdem 1990 noch große Diskrepanzen bestanden hatten. Ein kleiner Rückstand der Ostdeutschen besteht nach wie vor bei den Dingen, die über grundlegende Ausstattungen und Konsumgüter hinausgehen, insbesondere bei den Vorsorgeaktivitäten. Alles in allem können sich die Westdeutschen nach wie vor etwas mehr leisten.

Weitere Informationen zum Thema Lebensstandard siehe Teil I, Kap. 4.5, 4.6, 5.3 und 6.3.

5.2 Definition eines angemessenen Lebensstandards

Welche Vorstellungen haben die Deutschen von einem angemessenen Lebensstandard? Was sich jeder Haushalt leisten können sollte, wird in beiden Landesteilen annähernd gleich gesehen (vgl. Tab. 2). Zumeist deutlich mehr als drei Viertel der Bevölkerung sind der Meinung, dass ein Bad in der Wohnung, eine Waschmaschine, eine warme Mahlzeit pro Tag und ein Telefon unbedingt Standard sein sollten; für verzichtbar hält sie fast niemand. Dies sind auch genau die Ausstattungen, über die nahezu alle Bürger verfügen. Dagegen zählen ein Computer, ein Videorekorder oder eine zusätzliche private Krankenversicherung zu den Dingen, die nur wenige für unbedingt notwendig halten. Hier überwiegt die Ansicht, sie seien „wünschenswert“. Als mehrheitlich „verzichtbar“ wird nur der Computer genannt – die Ansprüche der Deutschen sind also generell hoch.

Tab. 2: Die Einschätzung der Notwendigkeiten
für einen angemessenen Lebensstandard
Angaben in Prozent

Item	West			Ost		
	„Un- bedingt not- wendig“	„Wün- schens- wert, aber nicht un- bedingt notwendig“	„Ver- zicht- bar“	„Un- bedingt not- wendig“	„Wün- schens- wert, aber nicht un- bedingt notwendig“	„Ver- zicht- bar“
WC oder Bad in der Wohnung	92	7	1	93	5	2
Waschmaschine	88	11	2	92	7	1
Eine warme Mahlzeit am Tag	87	11	2	91	9	1
Telefon	74	21	5	76	19	6
Fernseher	59	33	8	72	22	6
Zahnbehandlung jederzeit möglich	53	43	5	66	31	3
Eigenes Zimmer für jedes HH-Mitglied	48	48	4	55	39	6
Auto	46	36	18	61	25	14
Mind. 100 DM/Monat sparen können	38	55	6	43	51	6
Private Altersvorsorge	36	52	12	27	52	21
Einwöchige Urlaubsreise im Jahr	29	54	16	27	52	21
Zeitungsubonnement	27	39	35	34	33	34
Regelm. neue Kleidung kaufen können	24	64	13	26	61	13
Stereoanlage	22	48	31	22	47	32
Garten, Balkon oder Terrasse	20	68	12	19	62	19
Geschirrspülmaschine	20	46	34	12	42	46
Freunde zum Essen einladen	18	58	24	17	56	27
Abgenutzte Möbel durch neue ersetzen	15	70	15	19	66	15
Computer (PC)	14	32	54	13	36	51
Zusätzl. private Kranken- versicherung	14	58	28	13	50	37
Videorekorder	12	41	47	15	44	41
Restaurantbesuch einmal im Monat	12	54	34	12	54	34
Die Frage lautete: „Es gibt verschiedene Meinungen darüber, was man in Deutschland zum Leben braucht. Was meinen Sie, was auf der folgenden Liste sollte sich jeder Haushalt in Deutschland leisten können? Was ist verzichtbar, was ist wünschenswert, aber nicht unbedingt notwendig, und was ist unbedingt notwendig?“						

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

Erhebliche Ost-West-Unterschiede zeigen sich beim Fernseher und Auto, die in Ostdeutschland als wichtiger eingeschätzt werden. Zu DDR-Zeiten gab es bei Pkw und Farbfernsehern einen deutlichen Ausstattungsrückstand. Insbesondere bei Autos überstieg die Nachfrage das Angebot bei weitem, und die DDR-Bürger mussten oft über zehn Jahre auf einen Neuwagen warten. Bei der Einstufung der

problemlos finanzierbaren Zahnbehandlung und der Möglichkeit der privaten Altersvorsorge spiegeln sich Unsicherheiten in der sozialen Versorgungslage der Ostdeutschen und damit einhergehende höhere Ansprüche an soziale Sicherheit wider. Alles in allem gibt es aber hinsichtlich der Vorstellungen von einem angemessenen Lebensstandard weitgehend Konsens zwischen Ost und West wie auch zwischen verschiedenen sozialen Gruppen. Die größten Unterschiede sind alters- und damit lebensphasenbedingt. So zählen die Jüngeren einen Computer häufiger zu den Notwendigkeiten, was auf generationsspezifische Anforderungen und Gewohnheiten in der Arbeits- und Freizeitgestaltung verweist.

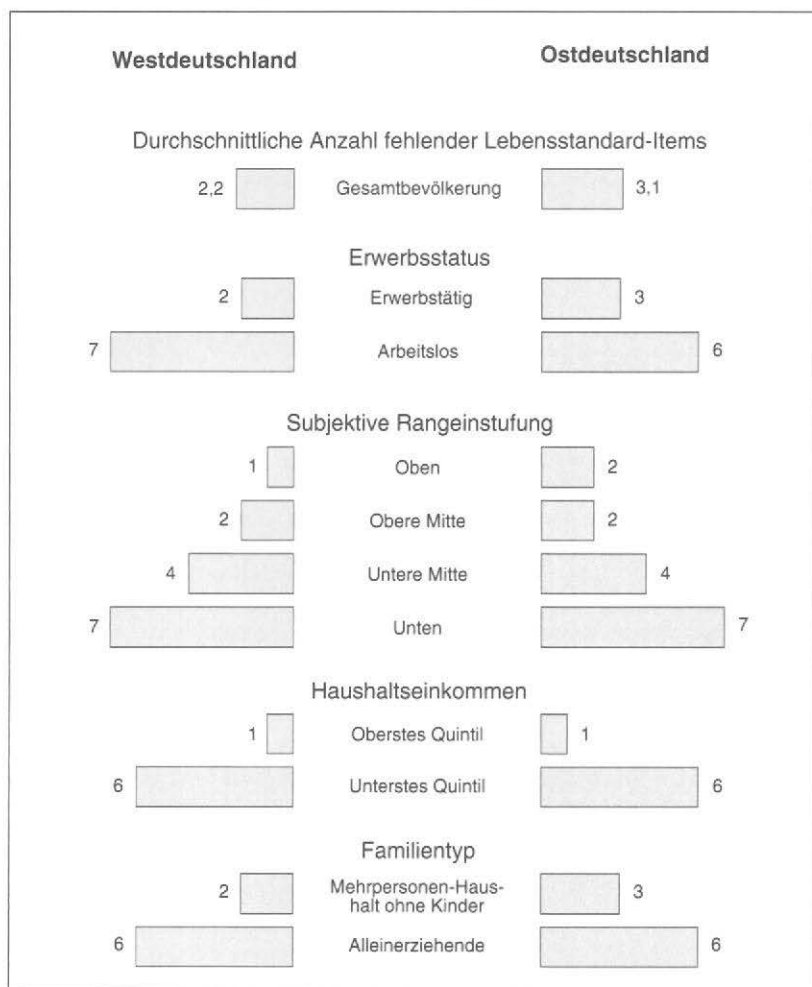
5.3 Problemgruppen mit niedrigem Lebensstandard

Das allgemein hohe Wohlstandsniveau in Deutschland bedeutet nicht, dass alle ausreichend an ihm teilhaben. In der öffentlichen Diskussion hört man oft das Schlagwort der Zweidrittelgesellschaft: Nach dieser Vorstellung leben zwei Drittel der Bevölkerung gesichert und in Wohlstand, ein Drittel dagegen in Armut oder von Armut bedroht. Nimmt man die Lebensstandard-Liste zum Maßstab, so kann sich rund die Hälfte der Deutschen prinzipiell alle Dinge leisten, in Westdeutschland (49 %) etwas mehr als in Ostdeutschland (40 %). Ein weiterer großer Teil der Bevölkerung muss nur auf wenige Konsumgüter aus finanziellen Gründen verzichten. Von Unterversorgung kann man erst bei einem niedrigen Lebensstandard sprechen, der deutlich schlechter ist als der gesellschaftlich als Minimum definierte. Bei weiter Auslegung haben rund 20 % der gesamtdeutschen Bevölkerung einen solchen sehr niedrigen Lebensstandard (Unterversorgung); bei enger Auslegung sind es rund 10 % der Bevölkerung (gravierende Unterversorgung). Die unteren 20 % können sich im Schnitt 7 der abgefragten 22 Ausstattungsgüter nicht leisten, die unteren 10 % 11 Ausstattungsgüter. Anhand der Verteilung des Lebensstandards kann man eher von einer 80:20-Gesellschaft oder einer 90:10-Gesellschaft sprechen als von einer Zweidrittelgesellschaft.

Besondere Risikofaktoren für Unterversorgung sind in Ost wie West: Arbeitslosigkeit, ein niedriges Einkommen (im untersten Fünftel der Verteilung) und Alleinelternschaft (vgl. Abb. 1). Der Zusammenhang von Einkommensschwäche und Unterversorgung liegt auf der Hand, ist doch Einkommen die wichtigste – wenn auch nicht die einzige – Ressource, um einen angemessenen Lebensstandard zu realisieren. Wer wenig hat, kann sich auch wenig leisten. Mit Arbeitslosen und Alleinerziehenden sind zwei mittlerweile „klassische“ Problemgruppen der Armutsforschung benannt. Einen sehr niedrigen Lebensstandard haben auch diejenigen, die sich selbst in der gesellschaftlichen Schichtung den untersten Statuspositionen zurechnen. Hier dürfte das Gefühl, „ganz unten“ zu stehen, Ergebnis der prekären Lebensbedingungen sein.

Einen leicht unterdurchschnittlichen Lebensstandard haben des Weiteren Personen, die strukturell über eine weniger günstige Position im Erwerbsleben verfügen

Abb. 1: Unterversorgung nach sozialen Gruppen



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988, 1990-Ost, 1998.

(junge Leute, Un- und Angelernte sowie diejenigen, die sich der Arbeiterschicht zurechnen), und Familien mit mehr als zwei Kindern, bei denen das Einkommen für die Bedürfnisse vieler reichen muss. Allerdings wirkt sich Kinderreichtum weniger negativ auf die Situation des Haushalts aus, als dies oftmals aus Einkommensstudien hervorgeht. Für den innerdeutschen Vergleich ist zusammenfassend festzuhalten, dass in Ost und West dieselben Problemgruppen einen unzureichenden

Lebensstandard haben. Allerdings sind proportional betrachtet mehr Ostdeutsche von Unterversorgung betroffen, was auf die deutlich höhere Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern und die im Durchschnitt etwas niedrigeren Löhne und Einkommen zurückzuführen ist. Als gravierend unterversorgt zählen beispielsweise 12 % der Ostdeutschen und 9 % der Westdeutschen.

5.4 Zufriedenheit mit dem Lebensstandard

Bei der subjektiven Bewertung spielen sowohl die tatsächlichen Lebensverhältnisse als auch individuelle Ansprüche eine Rolle. Auf einer Skala von 0 bis 10 (mit 0 = „ganz und gar unzufrieden“ und 10 = „ganz und gar zufrieden“) wurde eine zusammenfassende Bewertung des persönlichen Lebensstandards erfragt. Die Antworten deuten auf weitverbreitete hohe Zufriedenheit hin (vgl. Tab. 3). Nur sehr wenige Befragte in beiden Landesteilen, 8 % im Westen, 14 % im Osten, geben untere Skalenwerte an (0 – 4), die überwiegende Mehrheit obere. In Westdeutschland ist der Anteil der „Hochzufriedenen“ (Skalenwert 10) mit 13 % deutlich größer als im Osten mit 6 %. Im Mittel ergibt sich so eine höhere Zufriedenheit in den alten Bundesländern (7,4 zu 6,7). Im Zeitvergleich ist der Abstand geschrumpft, was auf Zufriedenheitszuwächse im Osten zurückzuführen ist: 1990 betrug der Abstand 1,4 Skalenpunkte, 1998 0,7 Skalenpunkte. Das Wohlbefinden der Ostdeutschen nähert sich in diesem Bereich also an das der Westdeutschen an. Hier spiegeln sich die Verbesserungen der individuellen Lebensverhältnisse wider, die die Mehrzahl der Ostdeutschen erfahren hat. In den alten Bundesländern sind die Zufriedenheitswerte seit 1978 konstant geblieben, trotz gestiegener verfügbarer Einkommen und kontinuierlicher Verbesserungen der Haushaltsausstattungen. Offenbar wachsen in gleichem Maße auch die Ansprüche mit.

Tab. 3: Entwicklung der Zufriedenheit mit dem Lebensstandard in West- und Ostdeutschland

Jahr		unzufrieden (0–4)	mittel (5–9)	hochzufrieden (10)	Mittelwert
Anteil in %					Ø
West	1978	8	78	14	7,4
	1984	10	73	16	7,3
	1988	9	75	17	7,4
	1993	8	76	17	7,4
	1998	8	79	13	7,4
Ost	1990	21	74	4	6,0
	1993	18	79	4	6,1
	1998	14	81	6	6,7

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1984, 1988, 1990 – Ost, 1993, 1998.

Tab. 4: Bewertung der Lebensbedingungen in Deutschland
im europäischen Vergleich
(Mittelwerte, 0 bis 10-Skala, 10 = beste Bedingungen)

Einstufung durch die Westdeutschen	Ø	Einstufung durch die Ostdeutschen	Ø
Schweiz	8,5	Schweiz	8,5
Westdeutschland	7,7	Westdeutschland	8,2
Niederlande	7,6	Niederlande	7,4
Frankreich	7,0	Frankreich	6,6
Italien	6,3	Ostdeutschland	5,9
Spanien	6,3	Italien	5,9
Ostdeutschland	6,1	Spanien	5,7
Ungarn	4,7	Ungarn	4,6
Polen	3,8	Polen	3,6

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

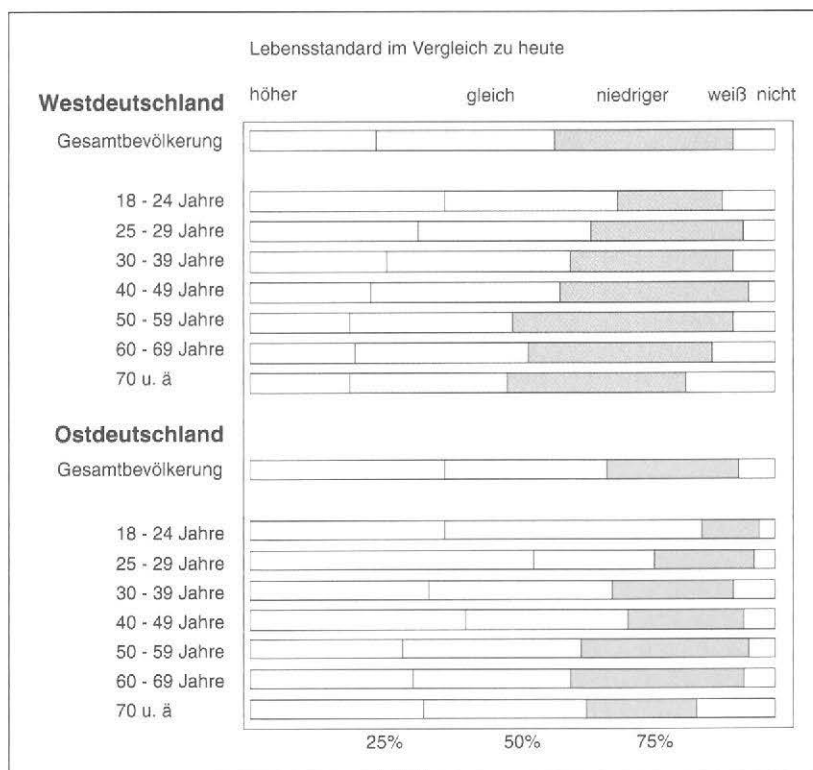
Zu einer positiven Bewertung kommen die Deutschen auch, wenn sie über die Grenzen schauen (vgl. Tab. 4). Darum gebeten, die Lebensbedingungen in verschiedenen europäischen Ländern zu benoten, stufen die Westdeutschen die Verhältnisse in den alten Bundesländern im Schnitt besser ein als in Frankreich und deutlich besser als in Italien und Spanien (und ebenfalls deutlich besser als in den neuen Bundesländern). Mehr Lebensqualität bietet nach Meinung der Westdeutschen aber die Schweiz, eine praktisch genauso hohe die Niederlande. Die Ostdeutschen stufen die Verhältnisse in den alten Bundesländern noch etwas besser ein, näher an denen in der Schweiz und deutlich vor denen in den Niederlanden. Den Bedingungen in den neuen Bundesländern weisen sie einen höheren Rangplatz zu als die Westdeutschen, nämlich gleichauf mit Italien und vor Spanien.

5.5 Zukünftiger Lebensstandard

Eine viel diskutierte Frage ist, wie hoch der Lebensstandard nachfolgender Generationen sein wird. Eine Reihe von Entwicklungen könnte eine Bürde für die nächsten Generationen sein: die wachsende Staatsverschuldung, durch die immer mehr Geld für die Schuldentilgung aufgebracht werden muss; die zunehmende Alterung der Gesellschaft, durch die sich das Verhältnis von Beitragszahlern und Rentenbezieher dramatisch verschiebt; der Verbrauch natürlicher Ressourcen, der zu Lasten der zukünftigen Lebensbedingungen geht. Ob die heutige junge Generation im Vergleich zu ihren Eltern später einmal einen höheren, einen niedrigeren oder denselben Lebensstandard haben wird, darüber sind die Meinungen geteilt (vgl. Abb. 2). Die Westdeutschen sind eher pessimistisch als optimistisch:

Ein Drittel erwartet einen sinkenden Lebensstandard, ein weiteres Drittel denselben, ein Viertel einen höheren. Das umgekehrte Bild ergibt sich für Ostdeutschland, wo ein Drittel der Bevölkerung optimistisch ist und nur ein Viertel pessimistisch. Vor dem Hintergrund der Wohlstandssteigerungen seit der Wende sind die Ostdeutschen möglicherweise fortschrittsoptimistischer, während die Westdeutschen offenbar in stärkerem Maße Grenzen des Wachstums sehen. Deutsche

Abb. 2: Erwarteter Lebensstandard für die nächste Generation



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988.

Unterschiede zeigen sich auch nach Altersgruppen: Die unter 30-Jährigen sind noch optimistisch, wohingegen die älteren Jahrgänge, insbesondere die 50–59-Jährigen, befürchten, dass die heutige junge Generation einmal schlechter leben wird. Am zuversichtlichsten blicken die 25–29-jährigen Ostdeutschen in die Zukunft, die nach der Wende besonders günstige Bedingungen für den Berufsstart im vereinten Deutschland vorgefunden haben.

5.6 Zusammenfassung

Der Lebensstandard zwischen Ost- und Westdeutschland hat sich weitgehend, aber noch nicht vollständig, angeglichen. Dementsprechend ist die Zufriedenheit der Ostdeutschen mit dem Lebensstandard, trotz Verbesserungen seit 1990, etwas niedriger als die der Westdeutschen. Die Risikofaktoren, die einen niedrigen Lebensstandard bedingen, sind dagegen mit Arbeitslosigkeit, Niedrigeinkommen und Alleinerntenschaft in Ost wie West die gleichen. Insgesamt ist in Deutschland ein hoher Lebensstandard für breite Schichten gegeben, nur ein geringer Teil der Bevölkerung ist als unversorgt (sehr niedriger Lebensstandard) einzustufen. Die Lebensbedingungen in Deutschland werden im Vergleich mit anderen europäischen Ländern als gut (alte Bundesländer) bzw. mittel (neue Bundesländer) eingestuft. Gespalten sind die Meinungen darüber, ob die jungen Leute später einmal einen ebenso hohen Lebensstandard haben werden wie ihre Eltern jetzt. Die Ostdeutschen sind dabei optimistischer als die Westdeutschen.

(Petra Böhnke/Jan Delhey)

6 Gesundheit

Gesundheit nimmt im Leben fast aller Menschen einen hohen Stellenwert ein. 84 % der Bundesbürger in den alten und sogar 87 % in den neuen Bundesländern erachten sie als „sehr wichtig“ für das eigene Wohlbefinden. Damit liegt die Gesundheit noch vor der Familie an erster Stelle der Wichtigkeitsrangfolge verschiedener Lebensbereiche. In der öffentlichen Diskussion stehen die hohen Kosten und die Qualität der Gesundheitsversorgung im Vordergrund. In diesem Beitrag liegt der Schwerpunkt auf der Selbsteinschätzung des Gesundheitszustandes in der Bevölkerung. Dieser läßt sich nur schwer allgemein beschreiben. Aussagen über die Gesundheit werden oft indirekt auf der Basis „objektiver“ Indikatoren getroffen. Beispiele für solche Indikatoren sind die durchschnittliche Lebenserwartung, die Häufigkeit einzelner Todesursachen, die Anzahl von Krankheitstagen bei Arbeitnehmern oder die Häufigkeit und Dauer von Krankenhausaufenthalten. Die Vielschichtigkeit des Gesundheitsbegriffs, wie er in der Definition der Weltgesundheitsorganisation (WHO) dargestellt wird, kann damit allerdings nicht vollständig erfaßt werden. Dort heißt es: „Gesundheit ist ein Zustand vollständigen physischen, psychischen und sozialen Wohlbefindens und nicht nur die Abwesenheit von Krankheit und Gebrechen.“ In Anlehnung an diese Definition kann der Gesundheitszustand als ein Aspekt des allgemeinen Wohlbefindens bzw. als Beeinträchtigung der Lebensqualität erfaßt werden. Der Gesundheitszustand wird unter Verwendung „subjektiver“ Gesundheitsindikatoren wie der Selbsteinschätzung des eigenen Gesundheitszustandes durch die Befragten gemessen. Diese Sichtweise stellt eine wichtige Ergänzung zur Beschreibung des Gesundheitszustandes anhand „objektiver“ Indikatoren dar.

Weitere Informationen zum Thema Gesundheit siehe Teil I, Kap. 8.1.

6.1 Gesundheitliche Beeinträchtigung

Eine starke gesundheitliche Beeinträchtigung bedeutet, die Haupttätigkeiten des täglichen Lebens nur noch eingeschränkt oder gar nicht mehr ausüben zu können. 1998 gaben 13 % der Befragten in Ostdeutschland und 10 % in Westdeutschland an, dass sie eine andauernde Krankheit oder Behinderung haben, die sie gezwungen hat, ihr Leben ganz umzustellen (vgl. Tab. 1). Dabei zeigt sich, wie nicht anders zu erwarten, dass insbesondere ältere Menschen stärker von einem schlechteren Gesundheitszustand betroffen sind: Von den Männern ab 60 Jahren z. B. haben 1998 in Westdeutschland 18 % und in Ostdeutschland 22 % eine andauernde Erkrankung oder Behinderung.

Tab. 1: Indikatoren gesundheitlicher Beeinträchtigung
Angaben in Prozent

	Insgesamt	Männer			Frauen		
		18–39 Jahre	40–59 Jahre	60 Jahre und älter	18–39 Jahre	40–59 Jahre	60 Jahre und älter
Andauernde Krankheit oder Behinderung ¹							
1978	15	7	20	29	7	16	23
1984	13	4	12	25	4	17	25
1988	13	4	14	28	7	13	23
1993							
West	11	6	14	20	3	11	20
Ost	11	3	12	28	2	4	28
1998							
West	10	3	13	18	5	11	17
Ost	13	12	19	22	5	14	13
Regelmäßige Medikamenteneinnahme							
1978	34	8	30	65	18	37	73
1984	32	6	25	59	16	33	73
1988	34	9	26	64	18	37	71
1993							
West	28	6	25	54	11	30	60
Ost	27	4	23	66	11	23	65
1998							
West	32	6	24	59	12	35	73
Ost	35	11	35	60	16	38	65

1 Frage: „Haben Sie irgendeine andauernde Krankheit oder Behinderung, die Sie gezwungen hat, Ihren Beruf zu wechseln oder Ihr Leben ganz umzustellen?“

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1984, 1988, 1993, 1998.

Im Zeitverlauf findet man in den alten Bundesländern eine zunehmend bessere Bewertung des Gesundheitszustandes. Diese Entwicklung ist vor allem bei älteren Menschen zu beobachten. So zeigt der Vergleich der Daten von 1998 mit den Daten von 1988 bei den westdeutschen Männern ab 60 Jahren einen Rückgang des Anteils mit andauernder Krankheit oder Behinderung von 28 % auf 18 %. Bei westdeutschen Frauen ab 60 Jahren fällt der entsprechende Anteil von 23 % auf 17 %. Auffallend ist vor allem der Rückgang in den neuen Bundesländern seit 1993: So ist der Anteil von ostdeutschen Frauen über 60 Jahre mit andauernder Krankheit oder Behinderung auf weniger als die Hälfte (13 %) zurückgegangen. Krankheit und Behinderung forderten offensichtlich zu Beginn des wirtschaftlichen und sozialen Transformationsprozesses in Ostdeutschland vielfältige Anpassungen der Betroffenen. Fragt man nicht nach nachhaltigen Veränderungen des Lebens durch den Gesundheitszustand, sondern nach dem aktuellen Zustand, d. h. ob jemand bei der Befragung dauerhaft behindert oder pflegebedürftig ist, sind die entsprechenden Anteile, die mit „ja“ antworten, nur etwa halb so hoch. Das bedeutet, dass viele Menschen in ihrem Lebensverlauf Erfahrungen von Krankheit

oder Behinderung gemacht haben, die sie durch eine Umstellung der Lebensweise doch bewältigen konnten.

32 % der Bürger in Westdeutschland und 35 % in Ostdeutschland geben an, daß sie regelmäßig Medikamente einnehmen (vgl. Tab. 1). Es handelt sich dabei ausschließlich um Arzneimittel im engeren Sinne, nicht etwa um Vitamintabletten oder Stärkungsmittel. In den westlichen Bundesländern nehmen Frauen in allen Altersgruppen mehr Medikamente ein als Männer, in den östlichen Bundesländern sind geringere geschlechtsspezifische Unterschiede festzustellen. Der Vergleich der Wohlfahrtssurveydaten von 1993 und 1998 für Ostdeutschland zeigt, dass zum Ende des Jahrzehnts mehr Männer und Frauen regelmäßig Medikamente einnehmen als zu dem früheren Zeitpunkt. Besonders bei jüngeren Befragten unter 60 Jahren ist eine Zunahme der Anteile zu verzeichnen: bei Frauen im Alter von 40 bis 59 Jahre z. B. von 23 % auf 38 % und bei Männern der gleichen Altersgruppe von 23 % auf 35 %. Hier liegt die Vermutung nahe, dass dies nicht nur auf eine Verschlechterung des Gesundheitszustandes zurückzuführen ist, sondern dass hier Auswirkungen bei der Verfügbarkeit von Medikamenten und daraus resultierenden Gewohnheiten erkennbar werden. Nachdem 1993 in den alten Bundesländern bei älteren Menschen ab 60 Jahren ein Rückgang der regelmäßigen Medikamenteneinnahme zu erkennen war, ist bis 1998 wieder ein leichter Anstieg feststellbar. Auch Veränderungen durch Gesundheitsreformaßnahmen werden hier zu den jeweils aktuellen Befragungszeitpunkten spürbar. Erhöhte Eigenbeteiligungen bei verschiedenen Medikamenten sowie Unsicherheiten bezüglich der Kostenübernahme von Arzneimitteln durch die Krankenkassen bei Ärzten und Patienten können eine Zurückhaltung bei der regelmäßigen Medikamenteneinnahme bewirken.

6.2 Subjektive Bewertung der Gesundheit

Neben den Fakten wie Behinderung und Arzneimittelverbrauch geben auch die persönlichen Einschätzungen des eigenen Gesundheitszustandes Aufschlüsse über die Verteilung von Krankheit und Gesundheit in der Bevölkerung (vgl. Tab. 2). Insbesondere die psychischen und sozialen Komponenten der Gesundheit, wie sie die WHO-Definition betont, können so erfasst werden.

81 % der Befragten in Westdeutschland bzw. 76 % in Ostdeutschland sind 1998 mit ihrer Gesundheit eher zufrieden, 10 % bzw. 15 % äußern sich eher unzufrieden. Im Aggregat sind also keine großen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland festzustellen. Allerdings sind die Ostdeutschen in allen Altersgruppen etwas weniger zufrieden mit ihrer Gesundheit. Im Vergleich zu den Zufriedenheitseinschätzungen in anderen privaten Lebensbereichen wie Ehe, Partnerschaft oder Familienleben liegt das Zufriedenheitsniveau bei der Gesundheit niedriger.

Mit zunehmendem Alter nehmen in der Bevölkerung nicht nur Krankheit und Behinderung zu, auch die Gesundheitszufriedenheit nimmt ab. Der größte Anteil Un-

Tab. 2: Subjektive Gesundheitsindikatoren
Angaben in Prozent

	Insgesamt	Männer			Frauen		
		18-39 Jahre	40-59 Jahre	60 Jahre und älter	18-39 Jahre	40-59 Jahre	60 Jahre und älter
Es machen sich große Sorgen um ihre Gesundheit							
1978	21	8	28	32	16	23	30
1984	23	10	25	27	11	27	45
1988	23	13	22	31	13	22	42
1993							
West	21	11	25	31	9	20	40
Ost	22	10	25	41	11	20	41
1998							
West	21	10	24	27	11	20	39
Ost	29	20	33	28	15	32	47
Eher unzufrieden mit ihrer Gesundheit sind ¹							
1978	12	4	14	16	8	14	20
1984	15	3	15	22	6	16	36
1988	13	5	11	19	6	13	28
1993							
West	13	7	17	25	5	10	25
Ost	13	1	13	25	4	14	32
1998							
West	10	3	10	14	5	13	19
Ost	15	9	12	19	6	15	31
Eher zufrieden mit ihrer Gesundheit sind ¹							
1978	79	94	78	66	89	75	60
1984	74	91	77	65	89	70	45
1988	78	91	80	66	90	77	55
1993							
West	77	92	72	63	91	76	54
Ost	79	94	78	56	90	79	58
1998							
West	81	93	82	71	90	77	62
Ost	76	85	71	72	85	76	60
Durchschnittliche Zufriedenheit mit der Gesundheit ²							
1978	7,3	8,3	6,9	6,4	8,0	7,0	6,1
1984	7,1	8,3	7,0	6,2	8,2	6,8	5,3
1988	7,3	8,2	7,3	6,6	8,2	7,1	5,8
1993							
West	7,3	8,2	7,0	6,3	8,4	7,3	5,9
Ost	7,3	8,5	6,9	5,8	8,2	7,0	5,7
1998							
West	7,4	8,4	7,2	6,6	8,2	7,1	6,4
Ost	7,1	7,9	6,7	6,5	7,8	7,0	6,0

1 Zufriedenheitsskala von 0 bis 10: „eher Unzufriedene“ = 0-4; „eher Zufriedene“ = 6-10.

2 Mittelwert Zufriedenheitsskala von 0 bis 10: „ganz und gar unzufrieden“ = 0; „ganz und gar zufrieden“ = 10.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1984, 1988, 1993, 1998.

zufriedener ist 1998 bei den Frauen der Altersgruppe ab 60 Jahren im Osten Deutschlands zu finden. Die zunehmende Bedeutung von gesundheitlichen Störungen bei älteren Menschen wird auch dadurch deutlich, dass 39 % der Frauen ab 60 Jahren in West- und sogar 47 % in Ostdeutschland sich große Sorgen um ihre Gesundheit machen. Bei den Männern ab 60 Jahren machen sich dagegen nur 28 % in Ostdeutschland und nur 27 % in Westdeutschland große Sorgen um ihre Gesundheit. Auffallend ist, dass in der Altersgruppe ab 60 Jahre die Sorgen um die Gesundheit bei Frauen ausgeprägter sind als bei Männern, während in den jüngeren Altersgruppen die geschlechtsspezifischen Unterschiede geringer sind. Obwohl Männer eine geringere Lebenserwartung haben, häufiger als Frauen aus gesundheitlichen Gründen den Beruf wechseln oder ihr Leben verändern müssen, sind ältere Männer ab 60 Jahren mit ihrer Gesundheit nicht unzufriedener als Frauen und sorgen sich auch weniger darum.

6.3 Gesundheitszustand und Gesundheitszufriedenheit

Der objektive Gesundheitszustand ist eng mit seiner subjektiven Bewertung verknüpft (vgl. Tab. 3). Gesundheitliche Schwierigkeiten äußern sich in Ost und West auf der subjektiven Ebene in einer relativ niedrigen Gesundheitszufriedenheit und in großen Sorgen, insbesondere dann, wenn es sich nicht nur um eine vorübergehende Erkrankung, sondern um eine andauernde Krankheit oder Behinderung

Tab. 3: Gesundheitszustand und subjektive Gesundheitsindikatoren 1998
Angaben in Prozent

	West			Ost		
	Insgesamt	mit einer andauernden Krankheit oder Behinderung ³	ohne eine andauernde Krankheit oder Behinderung	Insgesamt	mit einer andauernden Krankheit oder Behinderung ³	ohne eine andauernde Krankheit oder Behinderung
Es machen sich große Sorgen um ihre Gesundheit	21	61	16	29	65	23
Eher unzufrieden mit ihrer Gesundheit sind ¹	10	45	6	15	51	9
Eher zufrieden mit ihrer Gesundheit sind ¹	80	34	86	76	32	82
Durchschnittliche Zufriedenheit mit der Gesundheit ²	7,7	6,8	7,8	7,3	6,4	7,3

1 Zufriedenheitsskala von 0 bis 10: „eher Unzufriedene“ = 0–4; „eher Zufriedene“ = 6–10.

2 Mittelwert Zufriedenheitsskala von 0 bis 10: „ganz und gar unzufrieden“ = 0; „ganz und gar zufrieden“ = 10.

3 Frage: „Haben Sie irgendeine andauernde Krankheit oder Behinderung, die Sie gezwungen hat, Ihren Beruf zu wechseln oder Ihr Leben ganz umzustellen?“

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

handelt. Der Zusammenhang zwischen dem objektiven Gesundheitszustand und seiner subjektiven Bewertung stellt sich in den alten und neuen Bundesländern in gleicher Weise dar: Von den Befragten mit andauernder Krankheit oder Behinderung machen sich jeweils etwa zwei Drittel große Sorgen um ihre Gesundheit. 45 % dieser Personengruppe in West- und 51 % in Ostdeutschland sind unzufrieden mit ihrer Gesundheit.

6.4 Gesundheitszustand und allgemeines Wohlbefinden

Gesundheit ist eine wesentliche Voraussetzung für die Gestaltung des täglichen Lebensablaufs nach eigenen Vorstellungen und Wünschen. Ein schlechter Gesundheitszustand engt den eigenen Bewegungsspielraum erheblich ein. Gesundheitliche Beeinträchtigungen gehen häufig auch mit einer Beeinträchtigung des allgemeinen Wohlbefindens einher. So sind Personen, die unter einer andauernden Krankheit oder Behinderung leiden, häufiger auch mit ihrem Leben unzufriedener als Personen ohne solche gesundheitlichen Beeinträchtigungen: Etwa 15 % der Personen mit andauernder Krankheit oder Behinderung in den alten und neuen Bundesländern sind mit ihrem Leben unzufrieden (vgl. Tab. 4). Andauernd Kranke und Behinderte fühlen sich auch überdurchschnittlich häufig niedergeschlagen und unglücklich und klagen über Ängste und Sorgen. In den alten Bundesländern haben 46 % der Personen mit andauernder Erkrankung oder Be-

Tab. 4: Gesundheitszustand und allgemeines Wohlbefinden 1998
Angaben in Prozent

	West			Ost		
	Insgesamt	mit einer andauernden Krankheit oder Behinderung ³	ohne eine andauernde Krankheit oder Behinderung	Insgesamt	mit einer andauernden Krankheit oder Behinderung ³	ohne eine andauernde Krankheit oder Behinderung
Durchschnittliche Zufriedenheit mit dem Leben ¹	7,7	6,8	7,8	7,2	6,4	7,4
Mit ihrem Leben eher unzufrieden sind ²	4	14	3	6	16	5
Gewöhnlich unglücklich oder niedergeschlagen fühlen sich	12	30	10	15	37	11
Immer wieder Ängste und Sorgen haben	20	46	17	25	52	21

1 Mittelwert Zufriedenheitsskala von 0 bis 10: „ganz und gar unzufrieden“ = 0; „ganz und gar zufrieden“ = 10.

2 Zufriedenheitsskala von 0 bis 10: „eher Unzufriedene“ = 0–4; „eher Zufriedene“ = 6–10.

3 Frage: „Haben Sie irgendeine andauernde Krankheit oder Behinderung, die Sie gezwungen hat, Ihren Beruf zu wechseln oder Ihr Leben ganz umzustellen?“

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

hinderung immer wieder Ängste und Sorgen, in den neuen Bundesländern sind es 52 %. Während Krankheit und Behinderung in den neuen Bundesländern ähnlich verteilt sind wie in den alten Bundesländern, ist der Zusammenhang zwischen gesundheitlichen Beschwerden und dem subjektiven Wohlbefinden in den neuen Bundesländern etwas enger. Die immer noch anhaltende Situation des Umbruchs mit vielen Schwierigkeiten und Unsicherheiten in Ostdeutschland verstärkt wohl auch Defizite des subjektiven Wohlbefindens.

6.5 Gesundheit und Integration in die Gesellschaft

Nicht nur für die Verrichtung alltäglicher Aufgaben, auch für die soziale Partizipation spielt die Gesundheit eine zentrale Rolle. Krankheit oder körperliche Behinderungen können eine Teilnahme am gesellschaftlichen Leben in vielen Bereichen erschweren oder sogar vollständig verhindern. In der deutschen Bevölkerung wird dementsprechend der Stellenwert der Gesundheit für die Integration in die Gesellschaft besonders hoch bewertet. Nahezu die gesamte Bevölkerung in Deutschland glaubt, dass die Gesundheit wichtig oder sogar sehr wichtig ist, um sich nicht vom normalen gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen zu fühlen (vgl. Tab. 5). Die Ostdeutschen mit ihrer Erfahrung eines sozialen Umbruchs weisen der Gesundheit dabei eine besonders hohe Priorität zu: 83 % der Erwachsenen glauben, dass die Gesundheit sehr wichtig ist für die Integration in die Gesellschaft.

Tab. 5: Gesundheit und Integration in die Gesellschaft
Angaben in Prozent

	West			Ost		
	Insgesamt	mit einer andauernden Krankheit oder Behinderung ¹	ohne eine andauernde Krankheit oder Behinderung	Insgesamt	mit einer andauernden Krankheit oder Behinderung ¹	ohne eine andauernde Krankheit oder Behinderung
Gesundheit ²						
sehr wichtig	73,4	75,4	73,2	82,8	84,2	82,6
wichtig	22,8	23,1	22,8	16,0	15,0	16,1
Uneingeschränktes Leistungsvermögen ²						
sehr wichtig	42,8	46,2	42,5	54,6	59,1	53,9
wichtig	51,7	49,7	51,9	42,3	40,1	42,7

1 Frage: „Haben Sie irgendeine andauernde Krankheit oder Behinderung, die Sie gezwungen hat, Ihren Beruf zu wechseln oder Ihr Leben ganz umzustellen?“

2 Frage: „Man kann ja das Gefühl haben, in das normale gesellschaftliche Leben integriert zu sein und dazugehören oder sich eher ausgeschlossen fühlen. Wie wichtig sind die folgenden Merkmale Ihrer Meinung nach, um in das gesellschaftliche Leben eingebunden zu sein, sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig oder unwichtig?“

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

Unter den Westdeutschen geben dies 10 % weniger an. Die persönliche Erfahrung von Krankheit und Behinderung hat dabei nur wenig Einfluss auf diese Einschätzung. Die Bundesbürger können wohl leicht antizipieren, welche Konsequenzen eine schwere Erkrankung für die Einbindung in das gesellschaftliche Leben hat, und entsprechend groß ist die Problemwahrnehmung in der Bevölkerung.

6.6 Einschätzung der sozialen Sicherung bei Krankheit

Die Leistungsfähigkeit des Systems der sozialen Sicherung ist immer wieder Gegenstand öffentlicher Diskussionen. Einschränkungen des Leistungsumfangs der gesetzlichen Krankenkassen und zunehmende Probleme bei der Finanzierung des Gesundheitswesens in der Zukunft werden von der Bevölkerung wahrgenommen. In diesem Zusammenhang ist auch von Bedeutung, wie es um das Vertrauen der Bürger in die Krankheitssicherung bestellt ist. Auf die Frage, wie die Deutschen ihre Absicherung bei Krankheit in der Zukunft bewerten, glauben 22 % der Bevölkerung in Westdeutschland und nur 16 % in Ostdeutschland gut abgesichert zu sein (vgl. Tab. 6). Weitere 44 % in den alten und 40 % in den neuen Bundesländern erachten die Absicherung zumindest als eher gut. Ältere Menschen über 60 Jahre,

Tab. 6: Bewertung der sozialen Sicherung bei Krankheit
Angaben in Prozent

	West				Ost			
	Insgesamt	18–39 Jahre	40–59 Jahre	60 Jahre und älter	Insgesamt	18–39 Jahre	40–59 Jahre	60 Jahre und älter
Absicherung bei Krankheit								
schlecht	4	5	3	2	4	6	5	2
eher schlecht	30	34	33	20	40	39	45	34
eher gut	44	42	44	48	40	38	40	44
gut	22	19	19	29	16	18	10	21

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

die derzeit am stärksten das Gesundheitssystem in Anspruch nehmen, bewerten ihre Absicherung am besten. Eine Minderheit von 4 % in beiden Landesteilen glaubt, schlecht gegen Krankheit gesichert zu sein, und weitere 30 % in den alten Bundesländern und 40 % in den neuen Bundesländern glauben, eher schlecht gesichert zu sein. Ein erhebliches Ausmaß an Skepsis gegenüber der Leistungsfähigkeit unseres Sicherungssystems bei Krankheit ist somit weit verbreitet und findet sich in allen Altersgruppen. Die öffentliche Diskussion und die Erfahrung von Einschränkungen bei den Leistungen im Rahmen der Gesundheitsreformen tragen dabei sicher zu dieser teilweise skeptischen Beurteilung bei.

(Stefan Weick)

Weitere Informationen zum Thema Krankheit siehe Teil I, Kap. 9.5.

7 Bildung und Kompetenzen

Entscheidungen über einen Bildungsweg, die zumeist früh im Laufe eines Lebens getroffen werden, sind schwer zu korrigieren und bestimmen spätere Berufs- und Lebenschancen. Schulabschlüsse ebnen den Weg für bestimmte Ausbildungsrichtungen; Abschlüsse der beruflichen Bildung bereiten den Übergang in Erwerbs- und Statuspositionen vor. Der langfristige Trend zu höheren Bildungsabschlüssen bedeutet gleichzeitig eine gewisse Entwertung niedrigerer Bildung und Nachteile für diejenigen, die über gar keine abgeschlossene Ausbildung verfügen. Die Bedeutung der Bildungslaufbahn, formell und informell, wird durch den engen Zusammenhang von Ausbildungsabschluss und beruflicher Position, durch sich verändernde Arbeitsmarktanforderungen und hohe Arbeitslosigkeit verstärkt. Eine zertifizierte Ausbildung sowie informelle Kompetenzen werden zu notwendigen Voraussetzungen, um den Berufseinstieg zu erleichtern und den Berufsaufstieg zu ermöglichen.

In diesem Kapitel werden vier Schwerpunkte gesetzt. Zunächst geht es um die Offenheit bestimmter Bildungswege und darum, ob auch bildungsferne Bevölkerungsschichten höhere Bildungsabschlüsse erwerben. Weiterhin wird auf die Verwertbarkeit der Bildungsabschlüsse im Erwerbsleben eingegangen. In einem nächsten Schritt wird gezeigt, wie wichtig verschiedene Kompetenzen eingeschätzt werden, um am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Abschließend steht der Zusammenhang zwischen Bildungsniveau, Ausbildungszufriedenheit und subjektivem Wohlbefinden im Mittelpunkt. Lässt sich die These der Entwertung von Bildungsabschlüssen mit einer sich über die Zeit verstärkenden Ausbildungsunzufriedenheit belegen?

Weitere Informationen zum Thema Bildung siehe Teil I, Kap. 2.

7.1 Die Offenheit von Bildungswegen

Der Zugang zu Bildungswegen strukturiert sich idealerweise nach einem leistungsbezogenen Modell der Chancengleichheit. Doch Bildungschancen sind nach wie vor ungleich verteilt. Soziale Merkmale wie Geschlecht oder Herkunft bestimmen die Lebensbedingungen von Kindern nicht mehr so stark wie für frühere Generationen, dennoch finden in der Familie schichtspezifische Sozialisationsprozesse statt, die Bildungsaspirationen steuern. Mit der Bildungsexpansion sollte das Qualifikationsniveau der Bevölkerung insgesamt angehoben und der Zugang zu weiterführenden Schulen erleichtert werden. Soziale Herkunft strukturiert jedoch auch heute noch die Bildungswege der Kinder.

Tab. 1: Soziale Herkunft und Ausbildungsniveau 1998
Zeilenprozente

	Ohne Ab- schluss	Ange- lernt/ Teilaus- bildung	Lehre	Fach-/ Berufs- fach- schule	Meister + Tech- niker	Fach- hoch- schule	Hoch- schule
Berufliche Stellung des Vaters:							
Un-/angelernter Arbeiter	25	10	51	7	3	1	4
Facharbeiter / Meister	15	3	62	8	4	4	4
einfacher + mittlerer Angestellter	13	4	47	11	5	7	14
Qualifizierter Angestellter	18	1	33	12	3	10	23
Beamter (einfacher + mittlerer Dienst)	16	2	60	7	4	4	7
Beamter (höherer + gehobener Dienst)	14	1	21	7	2	13	42
Selbständige	22	6	40	8	8	5	11

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

Kinder von Beamten im gehobenen Dienst (42 %) oder von qualifizierten Angestellten (23 %) finden vergleichsweise häufig den Weg an die Universitäten. Kinder von Facharbeitern bzw. Meistern (62 %) oder von Beamten in einfacher Stellung (60 %) absolvieren vor allem eine Lehre. Kinder von un- oder angelernten Arbeitern hingegen haben überproportional häufig keinen Ausbildungsabschluss bzw. lediglich eine Teilausbildung. Im Ergebnis zeigt sich ein Gesellschaftsbild mit einigen intergenerationellen Auf- und Abwärtsbewegungen. Durchlässigkeit ist vorhanden: Bis zu einem Drittel der Kinder aus unteren und mittleren Bildungsschichten erhielten bspw. eine Fachhoch- bzw. Hochschulausbildung. Bildung wird jedoch in hohem Maße weitergereicht, denn das Ausmaß der sozialen Mobilität ist geringer als die innerfamiliäre Statuskontinuität.

7.2 Die Verwertbarkeit von Bildungsabschlüssen im Erwerbsleben

Individuelle Arbeitsmarktchancen hängen in erster Linie von der Ausbildung ab. Die Verwertbarkeit des Ausbildungsabschlusses ist jedoch auch im Zusammenhang mit der Aufnahmekapazität entsprechender Arbeitsmarktsegmente zu sehen. Tabelle 2 zeigt die berufliche Stellung der erwerbstätigen Bevölkerung und deren Ausbildungsniveau. Un- und angelernte Arbeiter, Facharbeiter und einfache bzw. mittlere Angestellte haben zu großen Teilen eine Lehre im dualen System ab-

solviert. Ein relativ hoher Prozentsatz der un- und angelernten Arbeiter in Westdeutschland hat keinen Ausbildungsabschluss (35 %). Bei den qualifizierten Angestellten, den Beamten und Selbständigen wächst der Anteil derer, die eine Fachhochschule oder Universität besucht haben. Bei den qualifizierten Angestellten sind es 59 % in West- und 67 % in Ostdeutschland, bei den westdeutschen Beamten 65 %. Diese Ergebnisse unterstreichen die Statuszuweisungsfunktion der Ausbildungsabschlüsse. Betrachtet man die Zusammensetzung der Gruppe der Arbeitslosen, so zeigt sich eine beachtliche Ost-West-Differenzierung: In den alten Bundesländern ist der Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und fehlendem beruflichen Bildungsabschluss bzw. einer Teilausbildung viel größer, als dies in Ostdeutschland der Fall ist. Dort hat der überwiegende Anteil der Arbeitslosen eine Lehre bzw. Fachschulausbildung absolviert. Die Vermutung liegt nahe, dass das Arbeitslosigkeitsrisiko in Ostdeutschland vorrangig auf die transformationsbedingte strukturelle Arbeitsmarktkrise in den neuen Ländern zurückzuführen ist und erst in zweiter Linie mit fehlenden Ausbildungsabschlüssen und einer anderen Qualifikationsstruktur im Zusammenhang steht.

Die Verwertbarkeit und der subjektive Nutzen von Bildungsabschlüssen läßt sich anhand weiterer Indikatoren prüfen. Tabelle 3 gibt Aufschluss darüber, wieviele Personen in ihrem erlernten Beruf tätig sind. Der Zusammenhang zwischen er-

Tab. 2: Beruflicher Status und Bildungsniveau 1998
in Ost- und Westdeutschland
Zeilenprozente

	Ohne Abschluss		Angelernt/ Teilausbildung		Lehre Fach-/ Berufsfachschule Meister + Techniker		Fachhochschule Hochschule	
	W	O	W	O	W	O	W	O
Un-/angelernte(r)								
Arbeiter(in)	35	9	10	16	53	73	3	2
Facharbeiter(in)/ Meister(in)	1	0	2	3	96	96	1	1
Einfache(r) + mittlere(r) Angestellte(r)	4	3	3	1	83	77	11	19
Qualifizierte(r) Angestellte(r)	0	0	0	0	41	33	59	67
Beamter/Beamtin (einfacher, mittlerer und gehobener Dienst)	2	–	0	–	33	–	65	–
Selbständig	4	(2)	4	(0)	64	(58)	29	(40)
Arbeitslos	25	4	10	4	57	84	8	8
Gesamt	8	3	4	4	68	76	20	18

(–) Fallzahlen zu gering.

Zahlen in Klammern: Fallzahlen zwischen 30 und 50.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

Tab. 3: Verwertbarkeit von Bildungsabschlüssen auf dem Arbeitsmarkt
in Ost- und Westdeutschland 1998
Angaben in Prozent

	Ohne berufs- bildend. Ab- schluss		Teilaus- bildung/ angelernt		Lehre		Berufs- fach-/ Fach- schule		Meister + Tech- niker		Fach- hoch- schule		Hoch- schule	
	W	O	W	O	W	O	W	O	W	O	W	O	W	O
Arbeiten im erlernten Beruf ¹	/	/	/	/	67	49	68	63	83	79	83	47	80	61
Subjektive Schicht- einordnung:														
Arbeiterschicht	49	52	49	92	33	76	22	46	18	62	5	13	2	19
Mittelschicht	46	41	47	6	62	24	71	49	75	38	54	73	50	71
Obere Mitte/ Oberschicht	5	6	5	-	5	-	8	5	7	0	42	13	48	10
zufrieden mit ... ^{1,2}														
... Verdienst- möglichkeiten	57	55	-	-	70	51	67	69	71	-	77	63	76	67
... Aufstiegs- chancen	41	-	-	-	51	35	52	53	65	-	74	46	62	30
... Eigenständi- gem Arbeiten	63	-	-	-	77	71	86	81	93	-	96	94	92	96
Optimistisch über das berufliche Weiterkommen ³	57	82	41	-	58	37	58	52	56	-	54	47	71	41
Ja, ich befürchte arbeitslos zu werden ¹	11	25	-	-	7	21	8	13	2	-	7	16	8	17

(/) trifft nicht zu.

(-) Fallzahlen zu gering.

1 nur gegenwärtig Erwerbstätige.

2 Antwortkategorien „sehr zufrieden“ und „eher zufrieden“ zusammengefasst.

3 Antwortkategorien „eher optimistisch als pessimistisch“ und „optimistisch“ zusammengefasst.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

lerntem Beruf und derzeitiger ausgeübter Tätigkeit ist in den neuen Bundesländern durchweg schwächer ausgeprägt, was auf die prekäre Arbeitsmarktentwicklung und die daraus resultierenden Umorientierungen im Transformationsprozess zurückzuführen ist. Mit dem Ausbildungsniveau steigt in Westdeutschland der Anteil derer, die in ihrem erlernten Beruf arbeiten. Für Ostdeutschland ist ein solcher Zusammenhang nicht erkennbar.

Bildungsabschluss und Erwerbsstatus fungieren maßgeblich als Kriterien für das Sozialprestige einer Person und ihre gesellschaftliche Positionierung. Immer noch gibt es erhebliche Unterschiede bei der Schichtzuordnung der Bevölkerung in Ost und West. Für Westdeutschland zeigt sich eine klare Einordnung nach dem Aus-

bildungsniveau: Je höher der Ausbildungsabschluss, desto höher die Schichteinstufung. Personen ohne Ausbildung und Angelernte ordnen sich in der Mehrheit der Arbeiterschicht zu (49 %). Lehr- und Fachschulabsolventen sowie Meister/Techniker platzieren sich zu großen Teilen in der Mittelschicht (62 %, 71 %, 75 %). Bei Fachhochschul- und Hochschulabsolventen gibt es zwar auch mehrheitlich eine Zuordnung zur Mittelschicht, dennoch ist der Anteil derer, die sich als Vertreter der oberen Mittelschicht oder der Oberschicht sehen, mit 42 % bzw. 48 % am höchsten. Für Ostdeutschland ergibt sich ein vollkommen anderes Bild. Einer Oberschicht zugehörig fühlen sich nur geringe Teile der Bevölkerung, vorrangig aber auch hier die oberen Bildungsschichten (13 %, 10 %). Bis auf Fachschulabsolventen ordnen sich alle anderen Personen, unabhängig von ihrem Ausbildungsniveau, mehrheitlich der Arbeiterschicht zu. Die subjektive Einordnung in die Arbeiterschicht ist in Ostdeutschland also nach wie vor dominant.

Auch die subjektiven Einschätzungen von Arbeitsmarktchancen und der beruflichen Entwicklung geben Aufschluss über die Verwertbarkeit von Qualifikationen. In Tabelle 3 läßt sich ablesen, dass für Westdeutschland ein deutlicher Zusammenhang zwischen dem Ausbildungsabschluss und der Zufriedenheit mit den Verdienstmöglichkeiten, den Aufstiegschancen und dem eigenständigen Arbeiten besteht. Je höher das Bildungsniveau, desto zufriedenstellender ist die Arbeitsplatzqualität. In Ostdeutschland gelten diese Zusammenhänge nur eingeschränkt, vor allem sind die Zufriedenheiten fast durchgängig niedriger und variieren stärker als in Westdeutschland. Die beruflichen Aufstiegschancen werden deutlich schlechter bewertet. Nur für die Zufriedenheit mit dem eigenständigen Arbeiten gilt in West wie Ost, dass mit einem höheren Ausbildungsabschluss die Entscheidungs- und Verantwortungsspielräume offenbar zunehmen. Mit steigendem Bildungsniveau verstärken sich die Ost-West-Unterschiede, dennoch kann man nicht von einer klaren Differenzierung nach dem Ausbildungsabschluss sprechen. Die Befürchtung, arbeitslos zu werden, der letzte Indikator in Tabelle 3, zeigt ein weiteres Mal eine erhebliche Ost-West-Differenzierung. In den neuen Bundesländern

Tab. 4: Verwertbarkeit des Hauptschulabschlusses bei verschiedenen Jahrgangsgruppen¹
Spaltenprozente

	18–29 Jahre alt 1969–1980 geboren	30–39 Jahre alt 1959–1968 geboren	40–49 Jahre alt 1949–1958 geboren	50–60 Jahre alt 1938–1948 geboren
Un-/angelernte(r) Arbeiter(in)	33	31	23	18
Facharbeiter(in)/Meister(in)	40	38	28	25
Angestellte(r)	25	24	36	40
Beamter/Beamtin	2	4	3	7
Selbständige(r)	–	5	9	10

¹ Prozentwerte nur für Westdeutschland.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

ist die Angst vor Arbeitslosigkeit bei jeder Bildungsgruppe doppelt so hoch, bei den Lehrabsolventen sogar dreimal so hoch wie in den alten Bundesländern. Personen ohne Ausbildung antizipieren das größte Arbeitslosigkeitsrisiko.

Die Arbeitsmarktposition von Personen mit Hauptschulabschluss unterschiedlicher Geburtsjahrgänge kann Aufschluss darüber geben, ob es im Zuge der Bildungsexpansion zu einer Entwertung der unteren Bildungsabschlüsse gekommen ist.

Man kann für die heute 50–60-jährigen Hauptschulabsolventen feststellen, dass sie von einer größeren Offenheit des Arbeitsmarktes profitiert haben, als dies bei den jüngeren Geburtsjahrgängen der Fall ist. Nur 18 % dieser Altersgruppe arbeiten als un- oder angelernte Arbeiter, bei den 18–29-Jährigen sind es mit einem Drittel ungleich mehr. Die älteren Jahrgänge erreichten deutlich öfter die berufliche Stellung des Angestellten oder Beamten als die bis 40-Jährigen. Der Hauptschulabschluss ist heute nicht mehr Garant für berufliche Etablierung und Aufstieg, im Zeitverlauf hat sich seine Zuweisungsfunktion auf Erwerbspositionen im Bereich der Un- und Angelernten verstärkt.

7.3 Kompetenzen und gesellschaftliche Integration

Bildung und Ausbildung sind notwendige Voraussetzungen, um die gesellschaftliche Teilhabe zu sichern. Tabelle 5 zeigt die Einschätzung verschiedener Bevölkerungsgruppen, in welchem Ausmaß formelle und informelle Kompetenzen wichtig sind, um in das gesellschaftliche Leben eingebunden zu sein.

Eine abgeschlossene Berufsausbildung wird durchgängig als wichtigstes individuelles Merkmal angesehen: 62 % der westdeutschen Bevölkerung äußern ihre Zustimmung, dass eine Ausbildung heutzutage für die gesellschaftliche Integration unerlässlich sei. In den neuen Bundesländern besteht darüber ein noch breiterer Konsens. Dies unterstreicht die Bedeutung einer institutionalisierten Ausbildung für die berufliche Etablierung. Ein viel geringerer Prozentsatz der Bevölkerung gibt hingegen an, dass der Besuch einer höheren Schule „sehr wichtig“ sei, um in das gesellschaftliche Leben eingebunden zu sein. Es sind vor allem Personen mit Abitur und diejenigen, die sich der oberen Mittelschicht oder Oberschicht zuordnen, für die eine höhere Schulbildung wesentlich ist. Für den Großteil der Bevölkerung ist zwar ein Ausbildungsabschluss, aber nicht dessen Niveau für die soziale Teilhabe sehr wichtig. Computer- und Fremdsprachenkenntnisse werden insbesondere in höheren Bildungsschichten und der jüngeren Bevölkerung als notwendige Kompetenzen gewertet, genau dort, wo der Arbeitsalltag vermutlich auch solche Fertigkeiten erfordert. In Ostdeutschland werden ein angesehener Beruf und eine Berufsausbildung höher als in Westdeutschland eingeschätzt, um eine angemessene gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Dies mag zum einen ein Verweis auf das Selbstverständnis der ehemaligen DDR als Arbeitsgesellschaft sein; zum anderen spiegelt es die schwierigeren Zugangsmöglichkeiten am ost-

Tab. 5: Kompetenzen und gesellschaftliche Integration
in Ost- und Westdeutschland 1998
Angaben in Prozent

	Computer bedienen		Fremd- sprache		Angesehener Beruf		Berufs- ausbildung		Höhere Schule	
	W	O	W	O	W	O	W	O	W	O
Mann	16	16	19	13	27	35	66	76	14	9
Frau	14	19	16	14	23	30	58	67	14	9
Arbeiterschicht	11	12	12	9	22	31	56	68	12	6
Mittelschicht	17	24	17	18	26	30	64	73	14	13
Obere Mitte/Oberschicht	18	(29)	33	(23)	25	(41)	68	(81)	22	(19)
18–34 Jahre	23	26	22	20	24	29	64	74	12	6
35–49 Jahre	14	20	15	15	25	32	64	77	14	7
50–65 Jahre	12	12	17	9	26	40	66	73	14	14
66 Jahre und älter	9	9	14	9	26	25	49	54	18	10
Ohne Schulabschluss	(5)	–	(11)	–	(17)	–	(27)	–	(8)	–
Volks-/Hauptschule	10	11	10	6	25	33	57	63	11	8
Mittlere Reife	18	20	16	14	24	32	65	77	13	6
Fachhochschulreife	17	(31)	29	(23)	19	(34)	63	(81)	15	(18)
Abitur	24	25	33	30	28	30	70	75	22	19
Erwerbstätig (voll + teil)	19	23	20	17	27	37	67	78	13	7
Rentner(in) (+ Vorruhe- stand)	9	8	12	7	26	31	59	61	17	15
In Ausbildung (+ Umschulung)	28	(26)	30	(22)	21	(20)	70	(65)	18	(16)
Arbeitslos	16	8	21	8	29	27	55	76	13	5
Gesamt	15	18	18	14	25	32	62	71	14	9
Die Frage lautete: „Wie wichtig sind die folgenden Merkmale Ihrer Meinung nach, um in das gesellschaftliche Leben eingebunden zu sein?“ Ausgewiesen sind Prozentwerte für die Angaben „sehr wichtig“. Weitere Antwortmöglichkeiten waren „unwichtig“, „weniger wichtig“, „wichtig“.										

Zahlen in Klammern: Fallzahlen zwischen 30 und 50.

(–) Fallzahlen unter 30.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

deutschen Arbeitsmarkt. Insgesamt zeigt sich, dass jüngere Menschen und diejenigen mit ohnehin hohem gesellschaftlichen Status den ausgewiesenen Kompetenzen einen größeren Stellenwert beimessen. Eine Berufsausbildung gilt als wichtigste Voraussetzung für soziale Teilhabe.

7.4 Subjektive Bewertung von Bildung

Ostdeutsche beurteilen ihre Ausbildung Ende der 90er Jahre insgesamt positiver als Westdeutsche (vgl. Tab. 6). Die Zufriedenheiten erhöhen sich in beiden Landesteilen mit dem Ausbildungsniveau, in Westdeutschland allerdings fällt die Bewertung der Hochschulausbildung vor allem bei den Jüngeren deutlich ab. Weitere Analysen haben ergeben, dass gegenwärtig Arbeitslose ihre Ausbildung im Nach-

Tab. 6: Subjektive Bewertung der Ausbildung und Zufriedenheiten
in Ost- und Westdeutschland 1998
Mittelwerte

	Ohne Abschluss		Teilausbildung/ angelernt		Lehre		Berufsfach-/ Fachschule		Meister + Techniker		Fachhochschule		Hochschule	
	W	O	W	O	W	O	W	O	W	O	W	O	W	O
Zufriedenheit mit ... ¹														
... der Ausbildung														
Gesamt	5,9	6,3	6,5	5,9	7,5	7,8	7,9	8,3	8,0	-	8,3	8,4	7,7	8,6
18-34 Jahre	6,6	6,8	6,7	4,5	7,3	7,8	7,9	7,8	8,7	-	8,1	8,8	7,4	8,6
35-49 Jahre	5,2	-	5,9	7,9	7,4	7,7	8,0	8,4	7,8	-	8,2	7,5	7,5	8,4
50-65 Jahre	5,6	-	6,5	7,3	7,7	7,7	7,8	8,7	8,0	-	8,2	8,8	8,0	8,8
... dem Lebensstandard														
Gesamt	7,0	6,6	6,9	5,9	7,3	6,5	7,5	6,9	7,5	-	8,1	7,4	8,0	7,3
18-34 Jahre	6,9	6,6	5,3	3,2	7,1	6,2	7,2	6,7	8,0	-	7,7	7,2	7,8	7,2
35-49 Jahre	6,1	4,4	6,6	5,3	7,1	6,0	7,4	6,9	7,0	-	7,8	7,2	7,6	7,1
50-65 Jahre	7,0	6,0	7,1	6,3	7,6	6,8	7,2	7,1	7,4	-	8,3	7,3	8,4	7,1
... gesellschaftlicher Integration														
Gesamt	7,1	6,9	6,5	5,7	7,5	6,6	7,9	6,8	7,8	-	8,1	7,2	8,0	6,7
18-34 Jahre	7,5	7,3	5,4	4,2	7,6	6,6	8,0	6,9	7,9	-	8,0	6,7	8,2	6,8
35-49 Jahre	6,6	4,9	6,6	5,9	7,5	6,5	8,0	7,1	7,6	-	8,0	7,2	7,8	6,7
50-65 Jahre	7,0	7,0	6,9	6,0	7,6	6,8	7,7	6,6	8,0	-	8,1	7,1	7,9	6,7

(-) Fallzahlen zu gering.

1 Mittelwerte; die Zufriedenheiten werden auf einer Skala von 0 – 10 gemessen, wobei 0 „sehr unzufrieden“ und 10 „voll und ganz zufrieden“ bedeutet; die Alterskategorie „66 Jahre und älter“ ist nicht ausgewiesen.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

hinein eher in einem negativen Licht sehen (West: 6,6; Ost: 7,3; im Vergleich zu Erwerbstätigen West: 7,5; Ost: 8,1), d. h. die Verwertbarkeit der erworbenen Qualifikationen beeinflusst die Zufriedenheit mit der Ausbildung.

Auch die Zufriedenheit mit dem Lebensstandard erhöht sich in beiden Landesteilen mit dem Ausbildungsniveau. Hier kann man von einer Kettenreaktion ausgehen, da ein höherer Bildungsabschluss bessere Arbeitsmarktpositionen und damit in der Regel mehr Einkommen nach sich zieht. Generell liegen diesbezüglich jedoch die Einschätzungen im Osten unter Westniveau. Die Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Integration ist vor allem im Westen vom Bildungsniveau abhängig. Sie erhöht sich dort mit dem Ausbildungsstatus. Im Osten besteht dieser Zusammenhang nur in abgeschwächter Form. Die Zufriedenheit mit der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben der Bundesrepublik ist in Ostdeutschland offenbar auch von anderen Faktoren als dem Bildungsniveau abhängig. Tendenziell gilt jedoch auch hier, dass sich Lebenschancen und Lebensqualität mit dem Bildungsgrad und den damit eröffneten beruflichen Möglichkeiten verbessern.

Abschließend soll auch mit diesen Indikatoren des subjektiven Wohlbefindens der Frage nachgegangen werden, ob es im Zuge der Bildungsexpansion zu einer Entwertung der niedrigeren Bildungsabschlüsse gekommen ist. Sie könnte bspw. in sinkenden Zufriedenheiten mit den entsprechenden Ausbildungsabschlüssen und ihrer Verwertbarkeit, die für den Zeitraum von 1978 bis 1998 erhoben wurden, ihren Ausdruck finden. Dies, so lässt sich aus Tabelle 7 ablesen, ist nicht der Fall. Im Gegenteil zeigt sich für Westdeutschland eine insgesamt gestiegene Zufriedenheit mit dem Hauptschulabschluss. Auf ungefähr gleichem Niveau halten sich die mittleren Bildungs- und Ausbildungsabschlüsse im genannten Zeitraum. Bei Abitur und Hochschulabschluss lässt sich allerdings ein leichter Zufriedenheitsrückgang

Tab. 7: Ausbildungszufriedenheit 1978 – 1998 in Ost- und Westdeutschland¹

	Westdeutschland					Ostdeutschland		
	1978	1984	1988	1993	1998	1990	1993	1998
Volks-/Hauptschulabschluss	6,3	6,9	7,0	7,1	7,1	6,8	7,0	7,5
Mittlere Reife, Realschulabschluss bzw. POS	7,4	7,5	7,6	7,5	7,7	7,0	7,4	8,0
Abitur bzw. EOS	7,9	7,2	7,7	7,6	7,6	6,9	7,8	8,0
Lehre	7,2	7,4	7,5	7,5	7,5	7,1	7,2	7,8
Berufsfach-/Fachschule	7,1	7,4	7,7	7,7	7,9	/	7,8	8,3
Meister + Techniker	8,0	7,7	7,9	7,9	8,0	–	–	–
Fachhochschule	8,3	8,0	8,1	7,8	8,3	7,2	7,9	8,4
Hochschule	8,1	7,5	7,8	7,9	7,7	7,2	8,2	8,6

(-) Fallzahlen zu gering.

(/) Nicht erhoben.

1 Mittelwerte; die Zufriedenheiten werden auf einer Skala von 0 – 10 gemessen, wobei 0 „sehr unzufrieden“ und 10 „voll und ganz zufrieden“ bedeutet.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978 (West), 1984 (West), 1988 (West), 1990 (Ost), 1993, 1998.

erkennen, der möglicherweise als ein Indiz für die geringer werdende Verwertbarkeit der mehr und mehr zur Standardqualifikation aufrückenden höheren Bildungsabschlüsse interpretiert werden kann. Die Ausbildungszufriedenheiten in Ostdeutschland sind seit 1990 kontinuierlich auf allen Ebenen gestiegen. Man kann vermuten, dass sich hier angesichts der schlechten Arbeitsmarktlage die Wertschätzung eines Ausbildungsabschlusses an sich widerspiegelt. Diese Entwicklung wird zwar auch von den bis 30-Jährigen getragen. Die subjektiven Bewertungen der Bildungs- und Ausbildungsphase dieser Altersgruppe, die größtenteils eine Bewertung des westdeutschen Bildungssystems darstellen, fallen jedoch deutlich schlechter aus.

(Petra Böhnke)

8 Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit

Obwohl die Erwerbstätigkeit die Lebenschancen maßgeblich bestimmt, z. B. Einkommen und sozialen Status determiniert, ist die Chance der Erwerbsbeteiligung keineswegs selbstverständlich und für jeden gleichermaßen gegeben. Das hat die langandauernde Arbeitslosigkeit in den alten Bundesländern und der mit dem Übergang zur Marktwirtschaft verbundene Beschäftigungseinbruch in Ostdeutschland drastisch vor Augen geführt. Unter den veränderten ökonomischen Rahmenbedingungen, die durch globalen Wettbewerb und hohe Flexibilitätsanforderungen geprägt sind, gehören Beschäftigungsgarantien weitgehend der Vergangenheit an. Ob Personen eine Erwerbstätigkeit ausüben, hängt sowohl von ihren individuellen Präferenzen und Lebensumständen als auch von der Lage auf dem Arbeitsmarkt und den sich dort bietenden Gelegenheiten ab. In einer durch hohe und anhaltende Beschäftigungsdefizite gekennzeichneten Arbeitsmarktsituation treten Wohlfahrtsbeeinträchtigungen nicht nur in Form von manifester Arbeitslosigkeit auf. Auch für das Erwerbsverhalten und das subjektive Wohlbefinden von Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen sind infolge tatsächlicher oder auch „nur“ in der subjektiven Wahrnehmung erhöhter Risiken und verminderter Chancen negative Auswirkungen zu erwarten.

Weitere Informationen zum Thema Arbeitsmarkt und Erwerbsfähigkeit siehe Teil I, Kap. 3 und 3.3.

8.1 Nichterwerbstätige: Erwerbspotential und -barrieren

Die Bevölkerungsgruppe der Nichterwerbstätigen ist in Ost- und Westdeutschland unterschiedlich strukturiert. In Westdeutschland stellen Hausfrauen unter den Personen im erwerbsfähigen Alter (18 bis 65 Jahre), die keiner Erwerbstätigkeit nachgehen, mit 40 % die größte Gruppe dar. Der verbleibende Anteil umfasst Rentner (23 %), Erwerbsunfähige (6 %), Personen, die sich in Ausbildung befinden (16 %) und Arbeitslose (14 %). Unter den nichterwerbstätigen Frauen im erwerbsfähigen Alter ist sogar mehr als jede Zweite eine Hausfrau (vgl. Tab. 1). Nichterwerbstätige Männer im erwerbsfähigen Alter haben teilweise ihre Ausbildung noch nicht abgeschlossen, sind arbeitslos oder aus Alters- bzw. gesundheitlichen Gründen schon ganz aus dem Erwerbsleben ausgeschieden.

In den neuen Bundesländern sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Struktur der Nichterwerbstätigkeit aufgrund der hohen Erwerbsbeteiligung von Frauen in der DDR viel weniger ausgeprägt. Der Status der Hausfrau spielt hier noch immer nur eine ganz untergeordnete Rolle. Als Hausfrau betrachten sich in

den neuen Bundesländern 1998 lediglich 10 % aller nichterwerbstätigen Frauen im erwerbsfähigen Alter gegenüber 62 % in den alten Bundesländern. In den neuen Bundesländern stellen Arbeitslose (41 %) und Rentner (25 %) die größten Gruppen innerhalb der Nichterwerbstätigenpopulation dar. Der Anteil der Vorruhestandler, der 1993 noch bei 40 % lag, ist nach Beendigung der diesbezüglichen institutionellen Sonderregelungen mittlerweile unter den entsprechenden Anteil in Westdeutschland gesunken und spielt keine nennenswerte Rolle mehr.

Aus arbeitsmarktpolitischer Perspektive ist das Verhalten der Nichterwerbstätigen als Nachfrager nach Arbeitsplätzen bzw. ihre „Nähe“ zum Arbeitsmarkt von besonderem Interesse. Wenn es auch weiterhin ein zentrales Ziel der Gesellschafts-

Tab. 1: Arten der Nichterwerbstätigkeit der 18–65-Jährigen
Angaben in Prozent

	West			Ost		
	1988	1993	1998	1990	1993	1998
Männer						
Rente	23	16	20	40	3	23
Vorruhestand		20	19		40	(5)
Erwerbsunfähigkeit	14	17	10	20	7	(10)
Ausbildung	40	35	24	3	22	16
Arbeitslosigkeit	22	10	25	37	28	47
Hausmann	1	2	(2)	/	/	(1)
Frauen						
Rente		8	11		20	27
Vorruhestand	7	2	(4)	38	17	(4)
Erwerbsunfähigkeit	3	3	(4)	12	3	(10)
Ausbildung	10	17	12	7	11	12
Arbeitslosigkeit	5	9	8	32	41	37
Hausfrau	76	60	62	12	8	(10)

/ zu geringe Fallzahlen.

() Fallzahlen unter N = 20.

Datenbasis: Wohlfahrtssurveys 1988, 1990–Ost, 1993, 1998.

politik darstellt, dass jedem, der erwerbstätig sein möchte, dazu Gelegenheit geboten werden soll, stellt sich zudem die Frage, inwieweit der Arbeitsmarkt in ausreichendem Maße Möglichkeiten zum Eintritt in eine Beschäftigung bietet und wie die Betroffenen diese Möglichkeiten subjektiv wahrnehmen und beurteilen.

Die Beziehungen und Nähe der Nichterwerbstätigen zum Arbeitsmarkt können an zwei Indikatoren gemessen werden: (1) an der konkreten Handlungsabsicht, innerhalb der nächsten drei Jahre eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen, und (2) daran, ob faktisch bereits nach einer Stelle gesucht wurde oder wird. Beschränkt man sich dabei auf die nichterwerbstätigen Frauen als die Gruppe, die das größte Erwerbspotential für den Arbeitsmarkt darstellt, so fallen vor allem die drastischen

Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern auf: Gegenüber 40 % der westdeutschen äußern zwei Drittel der ostdeutschen Frauen die konkrete Absicht, innerhalb von drei Jahren eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen (vgl. Tab. 2). 18 % der westdeutschen und rund 60 % der nichterwerbstätigen ostdeutschen Frauen geben zudem an, innerhalb der letzten zwölf Monate bereits eine Stelle gesucht zu haben. Diese Befunde lassen keinen Zweifel daran, dass die Bindung der ostdeutschen Frauen an den Arbeitsmarkt nicht nur weiterhin wesentlich stärker ist als die der westdeutschen, sondern anscheinend auch weit-

Tab. 2: Stellung der nichterwerbstätigen Frauen auf dem Arbeitsmarkt
Angaben in Prozent

	Wunsch, berufstätig zu sein		Absicht, innerhalb von drei Jahren Erwerbstätigkeit aufzunehmen		Stellensuche im vergangenen Jahr		Stelle wäre leicht zu finden	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Insgesamt								
1993	23	76	31	89	10	67	33	15
1998	–	–	40	66	18	59	25	(4)
Alter								
18–34 Jahre								
1993	29	73	58	95	14	60	51	29
1998	–	–	63	74	(18)	45	38	(8)
35–49 Jahre								
1993	29	97	44	97	11	84	45	4
1998	–	–	44	81	23	82	22	(4)
50–63 Jahre								
1993	12	68	8	79	12	77	22	5
1998	–	–	(14)	(41)	(12)	(57)	(14)	–

() Fallzahl unter N = 20.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1993, 1998.

gehend ungebrochen ist. „Entmutigungseffekte“, wie sie aufgrund der schwierigen Arbeitsmarktlage zu erwarten wären, sind offenbar nur in geringem Umfang aufgetreten, wenngleich sich die Ost-West-Unterschiede über die Zeit etwas verringert haben. Dabei werden die Arbeitsmarktchancen von den nichterwerbstätigen Frauen in Ostdeutschland auch subjektiv wesentlich ungünstiger beurteilt als in Westdeutschland: Lediglich 4 % der nichterwerbstätigen ostdeutschen Frauen geben an, dass es leicht für sie wäre, eine geeignete Stelle zu finden, gegenüber 25 % der westdeutschen. Anders als in den alten nimmt die Arbeitsmarktbindung in den neuen Bundesländern auch mit zunehmendem Alter der Frauen nur wenig ab.

8.2 Befürchtung des Arbeitsplatzverlustes und Beurteilung der finanziellen Absicherung bei Arbeitslosigkeit

Während Nichterwerbstätige Arbeitsmarktprobleme vorwiegend als Schwierigkeit erfahren, Zugangsbarrieren zu überwinden, steht für Erwerbstätige zunächst das Risiko des Arbeitsplatzverlustes im Vordergrund. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird daher aus der Sicht der beschäftigten Arbeitnehmer primär unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit oder Gefährdung des eigenen Arbeitsplatzes wahrgenommen und beurteilt. Ob Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz als sicher oder als gefährdet ansehen, ist nicht nur für ihr individuelles und kollektives Verhalten folgenreich, sondern darüber hinaus auch für ihr subjektives Wohlbefinden von unmittelbarer Bedeutung. Wie Umfrageergebnisse gezeigt haben, ist die Sicherheit vor Entlassung den westdeutschen Arbeitnehmern, aber mehr noch ihren Kollegen in den neuen Bundesländern wichtiger als alle anderen Arbeitsplatzmerkmale.

In Westdeutschland befürchteten 1998 6 % der Arbeitnehmer, die im engeren Sinne einem Arbeitsmarktrisiko ausgesetzt sind, in naher Zukunft arbeitslos zu werden, und ebenfalls 6 % rechnen damit, ihre gegenwärtige Stelle wechseln zu müssen. Die überwiegende Mehrheit der Arbeitnehmer betrachtet ihren Arbeitsplatz jedoch als sicher. Die Befürchtung arbeitslos zu werden ist bei Arbeitern größer als bei

Tab. 3a: Subjektive Beurteilung von Arbeitsmarktrisiken
Angaben in Prozent

	Befürchtung, arbeitslos zu werden							
	West					Ost		
	1977	1984	1988	1993	1998	1990	1993	1998
Insgesamt	5	9	8	8	6	37	30	20
Männer	4	9	8	9	6	32	28	20
Frauen	7	10	8	6	8	42	33	19
Altersgruppen								
18–24 Jahre	8	11	16	7	(9)	21	18	28
25–34 Jahre	3	7	5	7	(7)	31	20	16
35–49 Jahre	5	7	7	9	6	38	37	21
50–63 Jahre	5	13	6	5	(6)	48	42	18
Stellung im Beruf								
Arbeiter								
un- und angelernte	2	11	11	(15)	15	49	68	(24)
qualifizierte	5	13	12	(8)	9	38	32	28
Angestellte								
einf., mittlere	6	7	4	(10)	10	52	28	(25)
qualifizierte	6	8	5	(4)	5	33	27	(17)

() Fallzahl unter N = 20.

Datenbasis: ZUMABUS 1977; Wohlfahrtssurveys 1984, 1988, 1990–Ost, 1993, 1998.

Tab. 3b: Subjektive Beurteilung von Arbeitsmarktrisiken
Angaben in Prozent

	Befürchtung, Stelle wechseln zu müssen							
	West					Ost		
	1977	1984	1988	1993	1998	1990	1993	1998
Insgesamt	4	6	6	6	6	20	11	8
Männer	3	6	7	7	6	22	12	9
Frauen	5	7	5	5	5	17	10	6
Altersgruppen								
18–24 Jahre	8	11	15	7	(9)	32	19	(26)
25–34 Jahre	9	5	6	8	(8)	24	12	(6)
35–49 Jahre	4	4	3	6	(5)	13	10	(7)
50–63 Jahre	1	6	4	4	(3)	20	6	(4)
Stellung im Beruf								
Arbeiter								
un- und angelernte	7	6	4	7	(10)	7	5	(19)
qualifizierte	0	8	5	12	(4)	24	15	(8)
Angestellte								
einf., mittlere	4	3	5	4	(7)	13	13	(10)
qualifizierte	2	6	5	4	(7)	20	5	(3)

Datenbasis: ZUMABUS 1977; Wohlfahrtssurveys 1984, 1988, 1990–Ost, 1993, 1998.

Angestellten und bei weniger qualifizierten Arbeitnehmern größer als bei besser qualifizierten. Gegenüber den Vorjahren bleibt die Beurteilung der Arbeitsmarktrisiken insgesamt weitgehend unverändert. Die infolge der veränderten ökonomischen Rahmenbedingungen allgemein erwartete zunehmende Unsicherheit von Beschäftigungsverhältnissen hat sich demnach in der subjektiven Beurteilung der Arbeitsplatzsicherheit der Arbeitnehmer bisher noch nicht niedergeschlagen.

In Ostdeutschland werden die Arbeitsmarktrisiken von den Arbeitnehmern erwartungsgemäß ganz anders gesehen als in Westdeutschland. Hier sind es 1998 nicht weniger als 20 % aller Arbeiter und Angestellten, die befürchten, in naher Zukunft arbeitslos zu werden. 8 % befürchten, ihre Stelle wechseln zu müssen. Im Vergleich zu 1993 haben sich die Befürchtungen, arbeitslos zu werden oder die Stelle wechseln zu müssen, damit allerdings deutlich reduziert. Die Arbeitsmarktsituation wird von den beschäftigten Arbeitnehmern in den neuen Bundesländern 1998 freundlicher wahrgenommen als 1993. Das gilt tendenziell für alle hier betrachteten Gruppen mit Ausnahme der jüngsten Altersgruppe der 18–24-Jährigen, die das Risiko, arbeitslos zu werden oder die Stelle wechseln zu müssen, 1998 entgegen dem allgemeinen Trend höher einschätzen als 1993. 1993 hatte der Anteil derjenigen, die damit rechnen arbeitslos zu werden, noch mit steigendem Alter zugenommen.

Die Bedrohung, die von einem Verlust des Arbeitsplatzes ausgeht, ist um so größer, je unzureichender die Maßnahmen der sozialen Sicherung sind, d. h. je stärker die materielle und soziale Existenz durch Arbeitslosigkeit gefährdet wird. Die Not-

wendigkeit, den einzelnen Arbeitnehmer gegen das Risiko des Einkommensausfalls bei Arbeitslosigkeit zu versichern, ist in der Bundesrepublik allgemein anerkannt. Gesellschaftspolitisch kontrovers beurteilt wird dagegen die Frage, wie hoch und umfassend die Absicherung durch Zahlung von finanziellen Leistungen in Form von Arbeitslosengeld und -hilfe sein soll. Dabei wird vor allem argumentiert, dass eine zu hohe Absicherung einen Anreiz darstellen könnte, in der Arbeitslosigkeit zu verharren. Statistiken über die erbrachten Leistungen und Daten zur Einkommenssituation von Arbeitslosen dokumentieren einerseits die Funktionstüchtigkeit der betreffenden Institutionen, aber sie zeigen zugleich auch auf, dass Arbeitslosigkeit beträchtliche Einkommenseinbußen – im Extremfall sogar den Fall in die Armut – zur Folge haben kann.

Neben Informationen über die faktischen Leistungen der Sicherungsinstitutionen (vgl. Teil I, Kap. 9) und deren Wirksamkeit sind in diesem Zusammenhang auch Informationen darüber von Interesse, wie die finanzielle Absicherung von den mehr oder weniger von Arbeitslosigkeit bedrohten oder betroffenen Bevölkerungsgruppen subjektiv wahrgenommen und beurteilt wird. Informationen darüber liegen für Westdeutschland für die Zeit von 1977 bis 1998 und für Ostdeutschland für die Jahre 1990, 1993 und 1998 vor.

Die finanzielle Absicherung im Falle der Arbeitslosigkeit wird von der Bevölkerung durchaus nicht uneingeschränkt als ausreichend und angemessen betrachtet. 1998 sehen 29 % der westdeutschen Befragten die finanzielle Absicherung bei Arbeitslosigkeit als unzureichend an, 43 % als ausreichend, 14 % als gut und 4 % als übertrieben hoch. 10 % der Befragten können sich zu keiner Beurteilung entschließen. Die Beurteilung fällt damit kritischer aus als 1993 und bleibt weit hinter der positiven Beurteilung von 1977 – dem Beginn der Beobachtungsperiode – zurück. 1993 hatten noch 24 % die finanzielle Absicherung als unzureichend betrachtet und 1977 sogar lediglich 12 %.

Die ostdeutschen Befragten beurteilen die finanzielle Absicherung bei Arbeitslosigkeit wesentlich weniger positiv als die westdeutschen; im Vergleich zu 1990 und 1993 hat sich das Zeugnis, das der sozialen Sicherung bei Arbeitslosigkeit ausgestellt wird, in Ostdeutschland jedoch kontinuierlich verbessert. Hier sind es 1998 immerhin 50 % aller Befragten, die die Absicherung als unzureichend betrachten, 33 % sehen sie als ausreichend an, 6 % als gut und nur 2 % als übertrieben hoch. Der „weiß-nicht-Anteil“ ist hier mit 8 % ähnlich hoch wie in Westdeutschland. In der Beurteilung schlägt sich nieder, dass die Leistungen, die Arbeitslose in den neuen Bundesländern erhalten, in absoluten Beträgen niedriger sind als in den alten Bundesländern, aber vermutlich auch, dass der Anteil der Befragten, die den Status der Arbeitslosigkeit und die damit zusammenhängenden Einkommensprobleme aus eigener Erfahrung kennen, in Ostdeutschland wesentlich größer ist. Dass es einen engen Zusammenhang zwischen der Beurteilung der Absicherung und der eigenen Betroffenheit von Arbeitslosigkeit gibt, wird ebenfalls aus Tabelle 4 deutlich. In Ostdeutschland und in Westdeutschland gleichermaßen betrachten 1998 rund zwei Drittel aller Arbeitslosen die finanzielle Absi-

Tab. 4: Beurteilung der finanziellen Absicherung bei Arbeitslosigkeit
Angaben in Prozent

		Jahr	Ins-ge-samt	Ar-beits-lose	Erwerbstätige					
					Ins-ge-samt	Stellung im Beruf				
						Selbst-stän-dige	Be-amte	Ange-stellte	Ar-beiter	
Finanzielle Absicherung bei Arbeitslosigkeit ist . . .										
unzureichend	West	1977	12	–	13	8	2	13	17	
		1984	25	63	28	10	26	28	35	
		1988	25	(37)	26	12	13	27	41	
		1993	24	59	25	16	6	25	36	
		1998	29	66	29	25	(14)	30	45	
	Ost	1990	71	77	77	64	/	73	81	
		1993	58	69	60	39	47	56	70	
		1998	50	63	50	52	(38)	51	60	
	ausreichend	West	1977	45	–	47	26	51	50	47
			1984	43	(26)	46	44	54	44	48
1988			42	49	44	42	56	49	31	
1993			45	(33)	45	41	50	46	43	
Ost		1998	43	27	43	35	55	47	33	
		1990	17	18	16	/	/	18	13	
		1993	27	23	28	47	45	31	19	
		1998	33	30	33	(22)	(48)	37	30	
gut	West	1977	20	–	20	27	30	20	17	
		1984	14	(7)	13	24	14	14	8	
		1988	15	(5)	16	28	21	15	12	
		1993	18	(2)	19	25	25	21	13	
		1998	14	(3)	13	22	(12)	13	9	
	Ost	1990	3	(2)	3	/	/	4	2	
		1993	5	(6)	4	4	8	5	2	
		1998	6	(5)	6	(13)	–	(5)	(4)	
übertrieben	West	1977	13	–	14	35	14	12	11	
		1984	5	(4)	5	10	2	5	3	
		1988	4	(2)	4	8	3	3	4	
		1993	4	(3)	4	10	7	4	1	
		1998	4	–	5	(13)	(10)	(4)	(2)	
	Ost	1990	0	–	0	/	/	0	/	
		1993	0	–	0	1	/	0	/	
		1998	2	(2)	2	(7)	–	(3)	(1)	
weiß nicht	West	1977	10	–	6	4	4	5	8	
		1984	13	(1)	8	12	4	9	5	
		1988	14	(7)	10	10	7	7	12	
		1993	10	(3)	6	7	10	5	7	
		1998	10	(3)	10	(6)	(9)	(7)	(10)	
	Ost	1990	8	(2)	5	9	/	6	3	
		1993	10	(2)	8	9	/	7	9	
		1998	8	(1)	8	(7)	(14)	(4)	(5)	

Datenbasis: ZUMABUS 1977; Wohlfahrtssurveys 1984, 1988, 1990 – Ost, 1993, 1998.

cherung bei Arbeitslosigkeit als unzureichend. Die Aufgliederung der Erwerbstätigen nach ihrem beruflichen Status macht zudem deutlich, dass Arbeiter als eine von Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich betroffene und bedrohte Arbeitnehmergruppe mit ihrer Beurteilung der finanziellen Absicherung vergleichsweise wenig Vertrauen in das „soziale Netz“ dokumentieren. Am positivsten wird die materielle Lage der Arbeitslosen in Ost- und Westdeutschland gleichermaßen von den Selbstständigen und Beamten wahrgenommen, d. h. von den Gruppen, die keinem vergleichbaren Arbeitsmarktrisiko ausgesetzt sind und auch nicht an dieser Institution der sozialen Sicherung partizipieren. Aber auch von diesen Gruppen ist die Beurteilung der finanziellen Leistungen, die für Arbeitslose erbracht werden, über die Zeit in erheblichem Umfang revidiert worden. Als „übertrieben hoch“ wird die finanzielle Absicherung bei Arbeitslosigkeit heute nur noch von einem relativ kleinen Anteil der westdeutschen und einem verschwindend geringen Anteil der ostdeutschen Befragten angesehen.

Weitere Informationen zum Thema Finanzielle Sicherung der Arbeitslosigkeit siehe Teil I, Kap. 3.11.

8.3 Subjektive Arbeitsmarktchancen

Neben der existenziellen Sicherheit, die die Institutionen der sozialen Sicherung dem Einzelnen zu bieten vermögen, hängt das Ausmaß der Bedrohung, die von einem Verlust des Arbeitsplatzes ausgeht, davon ab, wie Erwerbstätige ihre individuellen Chancen auf dem Arbeitsmarkt subjektiv wahrnehmen und bewerten. Das Bewusstsein, über Alternativen zu verfügen und Optionen wahrnehmen zu können, ist nicht nur als Verhaltensdisposition von Bedeutung, sondern auch eine wichtige Komponente der individuellen Wohlfahrt. Die Überzeugung, bei Verlust des Arbeitsplatzes leicht wieder eine neue und ebenso gute Stelle finden zu können, bietet dem einzelnen Arbeitnehmer Sicherheit und trägt daher auch wesentlich zu seinem Wohlbefinden bei.

Tabelle 3 und 5 sowie die Abbildung 1 dokumentieren, wie sich die Beurteilung der Arbeitsmarktchancen durch die Arbeitnehmer über den Zeitraum von 1977 bis 1998 entwickelt hat, und welche Unterschiede es diesbezüglich zwischen Ost- und Westdeutschen und verschiedenen Beschäftigtengruppen gibt. Für Westdeutschland gilt, dass die Chancen, nach einem Verlust des Arbeitsplatzes ohne große Schwierigkeiten wieder eine geeignete Stelle finden zu können, 1998 von den Arbeitnehmern insgesamt, aber auch von sämtlichen hier betrachteten Teilgruppen erheblich pessimistischer eingeschätzt wurden als 1993, teilweise auch pessimistischer als 1988. 1998 gehen lediglich 29 % aller westdeutschen Arbeitnehmer davon aus, es sei für sie leicht, wieder eine geeignete Stelle zu finden, gegenüber 40 % 1993 und 31 % im Jahr 1988. Die in der zweiten Hälfte der 80er und in den frühen 90er Jahren zu beobachtende positive Tendenz in der Wahr-

Tab. 5: Subjektive Arbeitsmarktchancen abhängig Beschäftigter
Angaben in Prozent

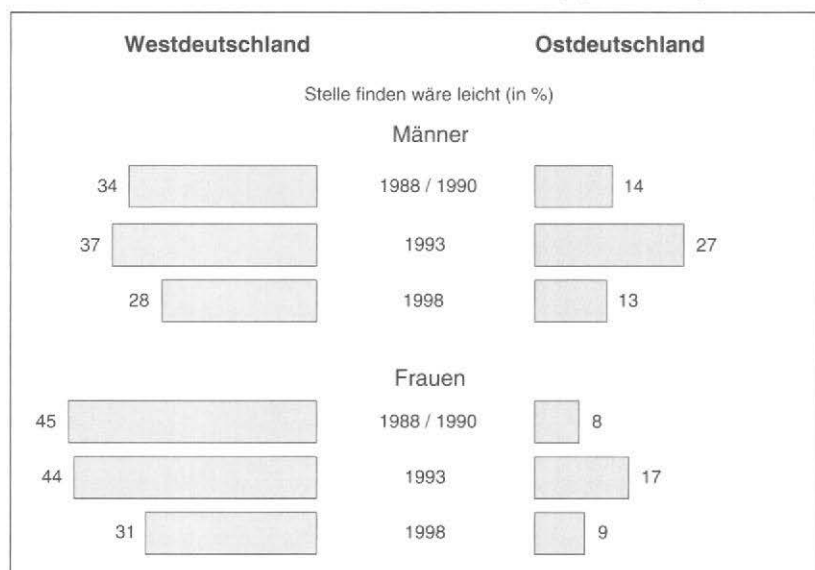
	Ins- ge- samt	Alter				Berufliche Bildung				Stellung im Beruf		
		18-24 Jahre	25-34 Jahre	35-49 Jahre	50-65 Jahre	kein Ab- schluss	Lehre ¹	Fach- sch./ Prak- tikum	Fach- hoch./ Hoch- sch.	Ar- beiter	Ange- stellte	Be- amte
Eine Stelle zu finden, wäre leicht												
West												
1977	35	35	48	37	17	28	39	38	20	43	32	19
1978	41	48	50	43	18	29	44	38	42	45	41	32
1980	41	55	59	41	13	39	43	42	30	45	41	30
1984	22	27	32	19	11	9	23	28	22	23	21	21
1988	31	43	42	30	13	18	33	37	25	29	36	13
1993	40	59	51	36	20	38	39	40	42	37	40	33
1998	29	38	43	25	13	33	25	28	36	20	33	29
Ost												
1990	11	28	15	8	3	8	13	19	7	12	15	/
1993	23	46	32	15	4	59	24	22	13	26	21	24
1998	11	(22)	22	(7)	(2)	(19)	(9)	(16)	(7)	14	9	-

/ zu geringe Fallzahlen.

1 1993 mit Anlernzeit mit Abschluss.

Datenbasis: ZUMABUS 1977; Wohlfahrtssurveys 1978, 1980, 1984, 1988, 1990 – Ost, 1993, 1998.

Abb. 1: Subjektive Arbeitsmarktchancen von abhängig Beschäftigten



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988, 1990-Ost, 1993, 1998.

nehmung der Möglichkeiten, die der Arbeitsmarkt bietet, hat sich demnach im weiteren Verlauf der 90er Jahre nicht fortgesetzt. Vielmehr haben die westdeutschen Arbeitnehmer ihre Arbeitsmarktchancen – mit Ausnahme des Jahres 1984, ein Höhepunkt der Arbeitsmarktkrise der Achtzigerjahre – seit dem Beginn des Beobachtungszeitraums nie ungünstiger beurteilt als 1998.

Mit einem Anteil von lediglich 11 %, die glauben, dass es für sie leicht wäre, wieder eine geeignete Stelle zu finden, beurteilen die ostdeutschen Arbeitnehmer ihre Arbeitsmarktchancen noch wesentlich pessimistischer als ihre westdeutschen Kollegen. Der Wert ist damit nach der vorübergehenden Tendenz zu mehr Optimismus, die sich 1993 gezeigt hatte, wieder auf das Niveau von 1990 gesunken. Die anhaltend hohen Beschäftigungsdefizite, aber auch die den Arbeitsmarkt infolge der Globalisierungstendenzen der Wirtschaft überziehenden, grundlegenden strukturellen Wandlungsprozesse mit vielfältigen Folgen für die individuellen Erwerbschancen und -karrieren, hinterlassen hier offenbar ihre Wirkung. Die Entwicklung über die Zeit, aber auch die Ost-West-Unterschiede machen deutlich, dass die subjektive Wahrnehmung der individuellen Arbeitsmarktchancen eng mit der faktischen Arbeitsmarktlage korrespondiert.

Für Ost- und Westdeutschland gilt gleichermaßen, dass die Chance, im Bedarfsfalle einen neuen Arbeitsplatz zu finden, von älteren Arbeitnehmern – wie nicht anders zu erwarten – am pessimistischsten gesehen wird. Im Vergleich zu 1993 zeigt sich allerdings, dass es insbesondere die jungen Arbeitnehmer in West und Ost sind, die ihre Arbeitsmarktchancen 1998 weitaus pessimistischer beurteilen. Der Strukturwandel auf dem Arbeitsmarkt dokumentiert sich auch darin, dass die Arbeiter in Westdeutschland ihre Arbeitsmarktchancen 1998 erstmals pessimistischer betrachten als alle anderen Arbeitnehmer. Als einzige Arbeitnehmergruppe beurteilen sie ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt 1998 sogar noch ungünstiger als im Krisenjahr 1984.

Auffällig ist zudem der 1998 in dieser Form erstmals zutage tretende ausgeprägte Pessimismus der Arbeitnehmer mit einem betrieblichen Bildungsabschluss. Während dieser Personenkreis seine Arbeitsmarktchancen bis einschließlich 1988 sogar optimistischer beurteilt hatte als Arbeitnehmer mit einem Fachhochschul- oder Hochschulabschluss, beurteilen Arbeitnehmer mit dem Abschluss einer betrieblichen Lehre ihre Arbeitsmarktchancen 1998 pessimistischer als alle anderen Qualifikationsgruppen, einschließlich derer, die über keinen beruflichen Bildungsabschluss verfügen. Ob dieser Pessimismus Ausdruck der Krise ist, in die die „Lehre“ als Form der beruflichen Qualifikation in den vergangenen Jahren aufgrund des beschleunigten technischen und strukturellen Wandels auf dem Arbeitsmarkt geraten ist, wird erst die weitere Entwicklung zeigen können. In Ostdeutschland zeigen sich die in Westdeutschland erkennbaren Entwicklungstendenzen nur teilweise. Hier stehen nach wie vor die besonderen Effekte der Transformation im Vordergrund, die sich z. B. darin manifestieren, dass Hochschulabsolventen ihre Arbeitsmarktchancen schlechter einschätzen als andere Qualifikationsgruppen.

(Heinz-Herbert Noll)

9 Einstellungen zur Arbeit und Arbeitszufriedenheit

Die Erwerbsarbeit – für die große Mehrheit der Bevölkerung Quelle des Lebensunterhalts und hauptsächliche Determinante des erreichten Lebensstandards und sozialen Status – unterliegt nicht erst seit der deutschen Vereinigung tiefgreifenden Veränderungen: Der Strukturwandel zu den Dienstleistungen, eine erneute technologische Revolution, flexiblere und kürzere Arbeitszeiten sowie die Einführung neuer Organisationskonzepte haben nicht nur die Arbeitsplätze verändert, sondern tangieren auch das Verhältnis der Beschäftigten zu ihrer Arbeit. Hinzu kommen das im Durchschnitt beachtlich gestiegene Bildungsniveau, der Wandel im Rollenverständnis der Frauen und ein für die Mehrheit der Bevölkerung hoher materieller Lebensstandard als Rahmenbedingungen, die die Einstellungen zur Arbeit nicht unwesentlich beeinflussen. Weitaus drastischer als die Veränderungen in Westdeutschland waren nach 1990 die strukturellen Umbrüche des Beschäftigungssystems in den neuen Bundesländern. Davon betroffen waren eine Gesellschaft, die sich in der Vergangenheit primär über die Produktion definierte, und eine Bevölkerung, für die die Arbeit – gewollt oder ungewollt – im Mittelpunkt des Lebens stand. Umso mehr stellt sich daher die Frage, welchen Stellenwert die Erwerbsarbeit heute in West- und Ostdeutschland im Verhältnis zu anderen Lebensbereichen hat, welche Ansprüche und Erwartungen die Erwerbstätigen an Arbeitsplätze und Tätigkeitsinhalte haben und wie sie ihre Berufstätigkeit subjektiv wahrnehmen und bewerten.

Weitere Informationen zum Thema Einstellungen zur Arbeit und Arbeitszufriedenheit siehe Teil I, Kap. 3.3.

9.1 Bedeutung der Arbeit und Arbeitsorientierungen

Dass der Erwerbsarbeit insgesamt nach wie vor ein zentraler Stellenwert im Leben der Menschen zukommt und darauf bezogene Defizite wahrgenommen und benannt werden, kann daran abgelesen werden, dass jeweils eine Mehrheit der Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland ein „Recht auf Arbeit“ als nicht verwirklicht ansieht (vgl. Teil II, Kap. 20).

Welchen konkreten Stellenwert Arbeit und Beruf im Leben der Menschen haben, messen wir an drei Dimensionen: daran, inwieweit arbeitsbezogene Kompetenzen als wichtig für die Integration in das gesellschaftliche Leben angesehen werden, an der subjektiven Einschätzung, wie wichtig die Arbeit für das individuelle Wohlbefinden ist, und an der vergleichenden Beurteilung der Wichtigkeit von Beruf und

Freizeit. In allen drei Dimensionen gibt es klare Hinweise darauf, dass West- und Ostdeutsche sich gegenwärtig in ihren Einschätzungen und Arbeitsorientierungen noch unterscheiden. Die Bedeutung beispielsweise, die einem „angesehenen Beruf“, einer Berufsausbildung und dem „eigenen Einkommen“ für die Integration in das „normale gesellschaftliche Leben“ zugeschrieben wird, ist in Ostdeutschland jeweils höher als in Westdeutschland (vgl. Tab. 1). In beiden Teilen Deutschlands kommt hier aber die wahrgenommene Funktion einer beruflichen Tätigkeit zum Ausdruck – lediglich von Minderheiten in der Bevölkerung werden diese Aspekte als „weniger wichtig“ oder als „unwichtig“ für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben bewertet.

Während die Arbeit auch für die Westdeutschen einerseits durchaus noch von erheblicher Bedeutung für ihr Wohlbefinden ist und von 1993 nach 1998 sogar deutlich zugenommen hat, haben Arbeit und Beruf andererseits für einen be-

Tab. 1: Merkmale für die Integration in die Gesellschaft
Angaben in Prozent

„Sehr wichtig“ für Integration in das normale gesellschaftliche Leben		Ins- ge- samt	Geschlecht		Erwerbsstatus		
			Männer	Frauen	Erwerbs- tätige	Arbeits- lose	Rentner
Angesehener Beruf	West	25	27	23	27	29	26
	Ost	32	35	30	37	27	30
Berufsausbildung	West	62	66	58	67	55	59
	Ost	71	76	67	78	76	61
Eigenes Einkommen	West	58	64	52	63	67	63
	Ost	75	78	72	78	78	77

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

achtlichen Teil der Erwerbstätigen hier bereits ihre einstmalige lebensbeherrschende Stellung verloren. Im Vergleich dazu ist das Leben in Ostdeutschland noch sehr viel stärker auf die Erwerbstätigkeit zentriert.

Im Durchschnitt aller Erwerbstätigen stuften jeder zweite Westdeutsche und sieben von zehn Ostdeutschen die Arbeit als „sehr wichtig“ für ihr Wohlbefinden ein (vgl. Tab. 2). Die entsprechenden Anteile lagen in Westdeutschland von 1980 bis Mitte der 90er Jahre deutlich niedriger, haben allerdings im Zeitverlauf stetig und in praktisch allen Bevölkerungsgruppen zugenommen.

In Ostdeutschland ging dieser Anteil zwischen 1990 und 1993 zunächst um fünf Prozentpunkte – von 68 % auf 63 % – zurück und stieg dann bis 1998 um elf Prozentpunkte an. Ein Bedeutungsverlust der Erwerbsarbeit ist hier wie dort somit auf keinen Fall zu beobachten, und auch die erwartete Tendenz einer Abschwächung der erwerbszentrierten Lebensweise in Ostdeutschland ist nicht festzustellen.

Der Vergleich der Wichtigkeit, die der Arbeit und der Freizeit zugeschrieben wird, ergibt auf der einen Seite ebenfalls deutliche Unterschiede; auf der anderen Seite sind aber auch ähnliche Entwicklungen zu beobachten.

Für Westdeutschland zeigen sich 1998 gegenüber 1993 im Durchschnitt nur wenig Veränderungen. Die Gegenüberstellung der individuellen Prioritäten ergibt, dass 1998 wie bereits 1993 für 31 % aller Erwerbstätigen der Beruf wichtiger ist als die

Tab. 2: Wichtigkeit der Arbeit für das Wohlbefinden
Angaben in Prozent

	Bevölkerung insgesamt	Erwerbstätige nach Stellung im Beruf					
		Erwerbstätige insgesamt	Beamte	Angestellte		Arbeiter	
				einfache mittlere	gehobene höhere	un-, angelernte	qualifizierte
„Arbeit ist für das Wohlbefinden sehr wichtig“							
Westdeutschland							
1980	31	42	44	41	48	34	46
1984	36	43	37	35	50	47	51
1988	36	43	39	37	47	42	53
1993	37	43	42	38	41	43	50
1998	50	53	54	42	55	47	61
Ostdeutschland							
1990	57	68	–	60	68	78	61
1993	58	63	50	57	60	74	64
1998	70	74	(81)	58	73	75	80

() N < 20.

Datenbasis: Wohlfahrtssurveys 1980, 1984, 1988, 1990 – Ost, 1993, 1998.

Freizeit und für 32 % die Freizeit wichtiger als der Beruf. 38 % stufen beide Bereiche als gleich wichtig ein (vgl. Tab. 3). Die hier zum Ausdruck kommende Arbeitsorientierung bleibt stabil, die Freizeitorientierung nimmt geringfügig zu.

In Ostdeutschland ergab sich 1990 dagegen ein anderes Bild, das sich dann bis 1993 nochmals erheblich in Richtung einer weitverbreiteten Arbeitsorientierung verändert hat. Diese Entwicklung setzt sich bis 1998 nicht fort, sondern geht deutlich in die Richtung einer Zunahme der Freizeitorientierung. Diese liegt 1998 allerdings mit einem Anteil von 17 % noch weit unter dem westdeutschen Anteil von 32 %. In Ostdeutschland stufen 1993 noch 51 % der Erwerbstätigen Beruf und Arbeit höher als die Freizeit ein, 38 % hielten beide Bereiche für gleich wichtig und lediglich 11 % stellten die Freizeit in den Vordergrund. 1998 hat die Arbeitsorientierung auf Kosten der Freizeitorientierung auf 44 % abgenommen.

Bezogen auf einzelne Beschäftigtengruppen ist in Westdeutschland die Arbeitsorientierung bei männlichen und die Freizeitorientierung bei weiblichen Erwerbstätigen stärker ausgeprägt. Für die westdeutschen Erwerbstätigen ist zudem ein

Tab. 3: Stellenwert von Beruf und Freizeit in West- und Ostdeutschland
Angaben in Prozent

	Beruf wichtiger als Freizeit						Beides gleich wichtig						Freizeit wichtiger als Beruf					
	West			Ost			West			Ost			West			Ost		
	88	93	98	90	93	98	88	93	98	90	93	98	88	93	98	90	93	98
Insgesamt	27	31	31	39	51	44	44	39	38	39	38	39	29	30	32	22	11	17
Männer	27	34	34	42	50	43	47	40	38	39	38	41	26	27	29	19	12	16
Frauen	26	28	26	36	52	44	38	37	38	38	38	38	36	35	37	25	10	18
Altersgruppen																		
18–24 Jahre	17	13	21	32	43	34	42	40	38	27	46	43	41	47	41	41	11	23
25–34 Jahre	20	32	28	39	46	36	45	35	38	38	34	45	35	33	34	22	21	20
35–49 Jahre	31	35	31	42	54	50	45	35	38	41	39	35	24	30	32	17	7	15
50–65 Jahre	33	35	39	39	58	44	43	47	35	46	34	42	25	18	26	15	8	15
Wertorientierung																		
materialistisch	25	33	30	–	57	49	47	39	43	–	38	34	28	29	27	–	5	17
Mischtyp	28	30	31	–	47	45	45	40	39	–	39	39	27	30	31	–	14	16
postmaterialistisch	23	36	30	–	64	29	41	32	30	–	28	54	37	32	40	–	8	18
Bruttoeinkommen																		
unterstes Quintil	18	19	31	33	46	42	38	32	24	39	36	33	45	48	46	27	18	25
2. Quintil	18	28	21	34	59	38	41	35	36	48	34	50	41	38	42	18	7	12
3. Quintil	27	31	26	32	46	42	42	43	38	39	49	38	31	26	36	28	5	20
4. Quintil	22	33	29	36	33	47	50	38	45	39	51	37	28	30	26	24	16	16
oberstes Quintil	41	41	38	59	64	50	38	36	33	29	17	38	21	23	29	12	19	13

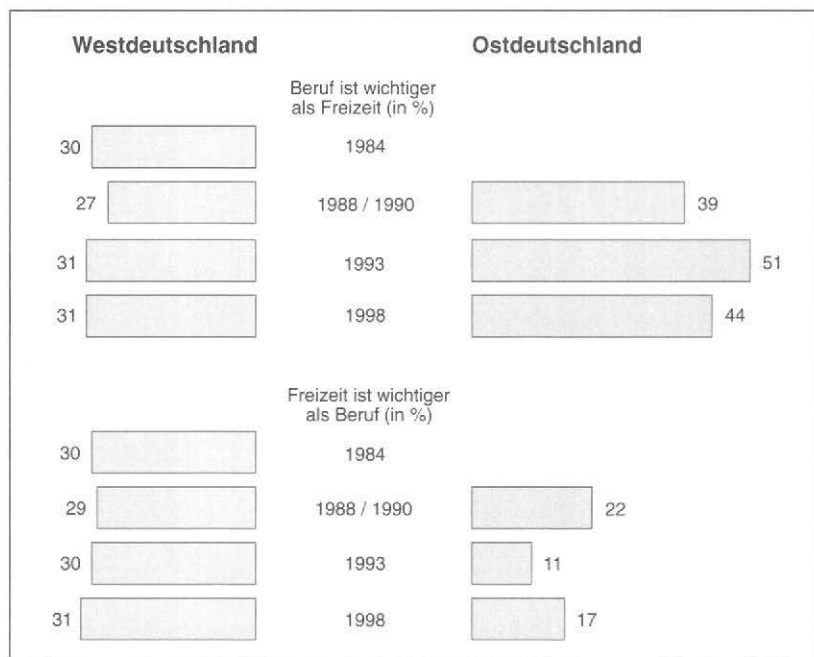
Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988, 1990 – Ost, 1993, 1998.

deutlicher Zusammenhang zwischen der Höhe des Arbeitseinkommens und dem Stellenwert von Beruf und Freizeit festzustellen: Je niedriger das durchschnittliche Einkommen, desto größer ist der Anteil der Freizeitorientierten. Ein solcher Zusammenhang ist bei den ostdeutschen Erwerbstätigen nicht zu beobachten. Hier wird 1998 wie bereits 1993 von nahezu allen Gruppen die Priorität von Arbeit und Beruf anerkannt.

Hervorzuheben ist, dass sich in Westdeutschland die Bevölkerungsgruppe mit so genannten postmaterialistischen Einstellungen von der Gruppe mit materialistischen Einstellungen lediglich im Ausmaß der Freizeitorientierung, aber nicht im Grad ihrer Arbeitsorientierung unterscheidet – in beiden Gruppen sind jeweils 30 % mit ausgeprägten Arbeitsorientierungen zu finden. In Ostdeutschland führt diese Wertorientierung zu umgekehrten Effekten: Unter den Postmaterialisten gibt es mit 29 % deutlich weniger Arbeitsorientierte als unter den Materialisten (49 %); die Anteile mit einer Freizeitorientierung halten sich jedoch die Waage.

Alles in allem scheint somit auch die Entwicklung in Westdeutschland, wie sie sich in den verwendeten Indikatoren widerspiegelt, jenen Unrecht zu geben, die einen Bedeutungsverlust der Erwerbsarbeit zugunsten der Freizeit vorhergesagt hatten. Es zeichnet sich vielmehr ab, dass die Erwerbsarbeit für die überwiegende Mehrheit innerhalb der aktiven Bevölkerung ihren hohen Stellenwert behält, während gleichzeitig die Freizeit immer häufiger als ein gleichrangiger Lebensbereich angesehen wird. Bezogen auf die Situation in Ostdeutschland kann darüber hinaus

Abb. 1: Arbeits- und Freizeitorientierung in Ost- und Westdeutschland



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984, 1988, 1990–Ost, 1993, 1998.

festgehalten werden, dass die Umbrüche im Beschäftigungssystem die vorherrschenden Arbeitsorientierungen zunächst deutlich verstärkt haben. Der Lebensbereich Arbeit hat nach wie vor im subjektiven Bewusstsein der Bevölkerung eine größere Bedeutung als im Westen, auch wenn innerhalb der Gruppe der Erwerbstätigen die noch 1993 zu beobachtende hohe Arbeitsorientierung nun zugunsten einer eher zurückhaltenden Freizeitorientierung abnimmt.

9.2 Arbeitszufriedenheit

Die Arbeitszufriedenheit ist ein Indikator für die subjektive Qualität des Arbeitslebens und das Verhältnis der Erwerbstätigen zu ihrer Arbeit. Die Arbeitszufriedenheit dokumentiert, wie der Arbeitsplatz in seiner Gesamtheit oder einzelne Arbeitsplatz- oder Tätigkeitsmerkmale vor dem Hintergrund unterschiedlicher Ansprüche und Erwartungen subjektiv wahrgenommen und bewertet werden. In den zurückliegenden Jahren haben Thesen, wonach die Arbeitszufriedenheit

in der „alten“ Bundesrepublik einen rückläufigen Trend zeigte, breite Aufmerksamkeit gefunden und lebhafte Kontroversen über mögliche Verursachungsfaktoren ausgelöst: Veränderte Arbeitsbedingungen durch technischen und strukturellen Wandel, die Arbeitsmarktlage, gestiegene oder qualitativ neue Ansprüche an die Arbeit und eine sinkende Arbeitsmoral wurden als mögliche Ursachen für die vermutete Tendenz vermehrter Unzufriedenheit mit der Arbeit diskutiert.

Tab. 4: Zufriedenheit mit der Arbeit in West- und Ostdeutschland
Mittelwerte

	Durchschnittliche Zufriedenheit ¹							
	Westdeutschland				Ostdeutschland			
	1980	1984	1988	1993	1998	1990	1993	1998
Abhängig Beschäftigte	7,6	7,9	7,8	7,7	7,6	6,7	7,2	7,3
Männer	7,7	7,8	7,8	7,7	7,6	6,6	7,0	7,0
Frauen	7,6	8,1	7,7	7,7	7,6	6,8	7,4	7,7
ganztags	7,5	8,0	7,7	7,6	7,6	–	7,3	7,8
halbtags	7,9	8,2	7,7	8,0	7,6	–	7,7	7,1
Altersgruppen								
18–24 Jahre	7,4	7,6	7,7	7,7	7,5	5,7	7,0	6,4
25–34 Jahre	7,6	7,4	7,5	7,6	7,6	6,6	7,3	7,3
35–49 Jahre	7,6	8,0	7,8	7,7	7,4	6,8	7,1	7,3
50–65 Jahre	8,0	8,4	8,1	7,8	8,0	7,2	7,1	7,5
Stellung im Beruf								
Arbeiter								
un-, angelernte	7,4	7,7	7,6	7,2	6,5	6,7	6,8	6,6
qualifizierte	7,7	7,8	7,8	7,7	7,8	6,3	6,6	7,2
Angestellte								
einfache, mittlere	7,7	7,8	7,7	7,5	7,2	6,8	7,3	7,0
gehobene, höhere	8,1	8,2	7,9	8,0	7,9	7,2	7,7	7,7
Beamte								
einfache, mittlere	7,7	7,7	7,6	7,8	8,1	–	(7,4)	(7,3)
gehobene, höhere	7,3	8,0	7,7	7,7	7,9	–	–	(7,5)

() N < 20.

1 Zufriedenheitsskala von 0 „ganz und gar unzufrieden“ bis 10 „ganz und gar zufrieden“.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1980, 1984, 1988, 1990 – Ost, 1993, 1998.

Diese Diskussion scheint, soweit sie die allgemeine Arbeitszufriedenheit betrifft, voreilig gewesen zu sein. Ein eindeutiger Trend einer abnehmenden Arbeitszufriedenheit ist in Westdeutschland im Zeitverlauf jedenfalls nicht zu erkennen (vgl. Tab. 4). Das Niveau der allgemeinen Arbeitszufriedenheit ist von 1980 bis 1998 im Durchschnitt, aber auch für die überwiegende Zahl einzelner Arbeitnehmergruppen, konstant geblieben oder hat sich allenfalls geringfügig verändert. Im Jahre 1998 beobachten wir einen Mittelwert von 7,6 auf der Zufriedenheitsskala (von 0 bis 10), der bereits 1980 gemessen wurde. Der bei einzelnen Gruppen, wie

z. B. halbtags beschäftigten Frauen, älteren Arbeitnehmern, Angestellten im gehobenen und höheren Dienst und Beamten – gemessen an den Skalenmittelwerten – zu beobachtende Rückgang der Arbeitszufriedenheit ist weniger auf eine Zunahme der Unzufriedenen als auf eine Abnahme der Hochzufriedenen zurückzuführen (vgl. Tab. 5).

Tab. 5: Zufriedenheit mit der Arbeit – Anteile der Unzufriedenen und Hochzufriedenen
Angaben in Prozent

	Zufriedenheit ¹ mit der Arbeit															
	Eher unzufrieden								Hochzufrieden							
	West				Ost				West				Ost			
	80	84	88	93	98	90	93	98	80	84	88	93	98	90	93	98
Abhängig Beschäftigte	5	6	4	5	6	13	8	8	12	21	16	15	12	8	8	9
Männer	5	6	4	4	6	12	11	9	10	18	15	12	11	8	7	7
Frauen	6	5	4	6	5	14	5	5	16	27	17	19	14	9	8	12
ganztags	6	6	5	8	8	–	5	3	11	25	16	18	13	–	8	13
halbtags	6	4	4	3	7	–	6	(7)	23	31	18	21	16	–	12	15
Altersgruppen																
18–24 Jahre	7	9	7	7	(6)	21	10	(12)	8	13	25	21	11	4	0	(4)
25–34 Jahre	5	9	4	5	(6)	10	9	(6)	8	15	7	4	10	4	12	(8)
35–49 Jahre	4	5	3	4	7	13	8	(6)	11	21	15	5	11	6	8	8
50–65 Jahre	6	1	4	5	(2)	11	6	(11)	21	33	22	4	17	20	7	(12)
Stellung im Beruf																
Arbeiter																
un-, angelernte	10	9	9	5	21	14	12	(7)	18	20	26	9	(10)	19	11	21
qualifizierte	3	6	2	4	(2)	14	17	(9)	8	16	16	16	(11)	5	3	(3)
Angestellte																
einfache, mittlere	5	6	4	7	(9)	12	5	(12)	14	24	16	14	(15)	5	9	(8)
gehobene, höhere	3	3	2	2	(3)	12	2	(6)	14	26	13	15	12	12	12	(3)
Beamte																
einfache, mittlere	5	6	3	5	(3)	–	(0)	–	7	9	6	21	(21)	–	(0)	(3)
gehobene, höhere	9	4	5	2	(2)	–	–	–	4	23	11	13	(9)	–	–	(3)

() N < 20.

1 Zufriedenheitsskala von 0 bis 10: „eher unzufrieden“ = 0 bis 4; „hochzufrieden“ = 10.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1980, 1984, 1988, 1990 – Ost, 1993, 1998.

Im Vergleich dazu dokumentierte sich im Jahre 1990 in den Werten für Ostdeutschland ein erhebliches Unzufriedenheitspotential. Im Durchschnitt erreichten die Erwerbstätigen mit einem Wert von 6,7 auf der Skala von 0 bis 10 ein sehr niedriges Niveau. Bis 1993 ist im Durchschnitt ein deutlicher Anstieg auf einen Wert von 7,2 festzustellen; bei einzelnen Gruppen variiert die mittlere Zufriedenheit dennoch zwischen 6,8 und 7,7. Bis 1998 hat sich dieser Durchschnitt – ähnlich wie in anderen Lebensbereichen (vgl. Teil II, Kap. 3) – nochmals, wenn auch leicht und nicht für alle Gruppen, verbessert. Im Mittel ergibt sich nun ein Wert von 7,3; die Bandbreite schwankt mit Werten zwischen 6,6 und 7,8 immer noch stärker als in Westdeutschland. Im durchschnittlichen Anstieg dokumentiert sich zum Teil wohl

auch die nach wie vor problematische Arbeitsmarktlage. Ähnlich wie in der ökonomisch schwierigen Situation Mitte der 80er Jahre in Westdeutschland scheint eine hohe Arbeitszufriedenheit im Osten zum Teil auch Ausdruck dessen zu sein, überhaupt einen Arbeitsplatz zu besitzen. Dies trifft in besonderem Maße sicherlich für die beschäftigten Frauen zu, bei denen wir insgesamt (7,7) und vor allem bei den ganztags Beschäftigten (7,8) die höchsten Zufriedenheitswerte feststellen können, die auch die westdeutschen Werte übertreffen. In ähnlicher Weise ist die relativ hohe Zufriedenheit der älteren Erwerbstätigen (7,5) zu interpretieren, die sich erheblich von der Zufriedenheit der jüngsten Altersgruppe (6,4) unterscheidet.

Im Gegensatz dazu beobachten wir in beiden Landesteilen relativ niedrige und zudem rückläufige Arbeitszufriedenheitswerte bei jüngeren Altersgruppen, bei un- und angelernten Arbeitern sowie bei einfachen und mittleren Angestellten. Dies scheint eine Reaktion auf veränderte Arbeitsbedingungen wie zum Beispiel auf wahrgenommene Verschlechterungen der Verdienstmöglichkeiten oder auf eine geringere Arbeitsplatzsicherheit dieser Beschäftigtengruppen zu sein.

Im direkten Vergleich zu Westdeutschland dürften deshalb auch die Extrempositionen von Unzufriedenheit und hoher Zufriedenheit in Ostdeutschland von besonderer Bedeutung sein. Hier fällt auf, dass der Anteil der Hochzufriedenen von 1990 bis 1998 mit 8 % bis 9 % praktisch gleich geblieben ist, während sich der entsprechende Anteil in Westdeutschland von 1984 (21 %) bis 1998 (12 %) nahezu halbiert hat. Der Anteil der Hochzufriedenen liegt nunmehr wieder auf dem Niveau von 1980. Im Jahre 1998 weicht ähnlich wie bereits 1993 der Anteil der Unzufriedenen in Ost und West kaum noch voneinander ab.

Insgesamt kann allerdings auch festgehalten werden, dass in deutlichem Gegensatz zu früheren Jahren nun auch in Westdeutschland wieder vergleichsweise deutliche Unterschiede z. B. zwischen beruflichen Statusgruppen oder Altersgruppen erkennbar sind. Die veränderte Arbeitsmarktlage im Westen und die damit verbundenen differentiellen Arbeitsmarktchancen der Beschäftigten dürften hier ähnlich wie Mitte der 80er Jahre ihren Niederschlag gefunden haben.

Mindestens ebenso aufschlussreich wie die allgemeine Arbeitszufriedenheit sind die unabhängig davon erhobenen Zufriedenheiten mit einzelnen Aspekten der Arbeitssituation und der ausgeübten Tätigkeit. In Ostdeutschland ist jeder zweite Arbeitnehmer mit der Sicherheit des Arbeitsplatzes unzufrieden, nahezu jeder Zweite mit seinen Verdienstmöglichkeiten, und knapp zwei Drittel sind mit den gegebenen Aufstiegschancen unzufrieden. Am wenigsten unzufrieden sind die Arbeitnehmer in beiden Landesteilen mit der Abwechslung, die ihnen ihre Tätigkeit bietet. In Ostdeutschland ergibt sich insofern ein vom Westen abweichendes Bild, als das Ausmaß der Unzufriedenheit in nahezu allen Bereichen und bei nahezu allen betrachteten Beschäftigtengruppen zum Teil erheblich über dem westdeutschen Niveau liegt. In beiden Landesteilen ist allerdings im Vergleich zu 1993 ein eindeutiger Trend in Richtung zu mehr Unzufriedenheit mit den verschiedenen Aspekten der beruflichen Tätigkeit festzustellen.

Im Hinblick auf konkrete Arbeitsplatz- und Tätigkeitsmerkmale kommt nicht nur generell mehr Unzufriedenheit zum Ausdruck als bei der Frage nach der allgemeinen Arbeitszufriedenheit, auch die gruppenspezifischen Differenzen treten stärker hervor. Betrachtet man die Zusammenhänge mit sozio-demographischen Merkmalen, so sind jüngere Arbeitnehmer in Bezug auf die hier berücksichtigten Arbeitsplatz- und Tätigkeitsmerkmale weniger zufrieden als ältere; die ostdeutschen Erwerbstätigen weichen von diesem Muster in den Aspekten der Sicherheit des Arbeitsplatzes und den wahrgenommenen Aufstiegschancen ab. Auch

Tab. 6: Unzufriedenheit¹ mit einzelnen Arbeitsplatzmerkmalen
Angaben in Prozent

	Verdienst- möglich- keiten		Sicherheit des Arbeits- platzes		Arbeitszeit- regelung		Aufstiegs- chancen		Selbst- gestaltungs- möglich- keiten		Abwechslung	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Abhängig Beschäftigte	31	44	26	50	18	22	48	63	20	24	13	13
Männer	30	45	29	53	19	27	46	66	20	29	13	15
Frauen	34	42	24	46	17	16	52	59	21	19	13	11
ganztags	32	40	22	45	18	13	48	53	22	16	13	9
halbtags	38	(50)	27	50	15	(32)	58	51	20	27	12	21
Altersgruppen												
18–24 Jahre	42	(71)	32	(46)	(23)	(29)	48	(63)	31	(42)	(11)	(25)
25–34 Jahre	36	37	34	38	20	23	47	59	27	29	16	(10)
35–49 Jahre	33	43	25	58	17	22	52	64	18	22	14	15
50–65 Jahre	18	48	19	51	16	20	43	65	12	(18)	(9)	(11)
Stellung im Beruf												
Arbeiter												
un-, angelernte	45	67	51	74	(17)	26	78	86	48	35	34	(28)
qualifizierte	26	46	36	59	17	24	45	59	23	30	15	(11)
Angestellte												
einfache, mittlere	46	45	40	54	26	(21)	58	61	26	(32)	19	(23)
gehobene, höhere	29	35	19	39	17	19	41	59	12	(10)	6	(6)
Beamte												
einfache, mittlere	(18)	(40)	(3)	(7)	(21)	(27)	(53)	(53)	(21)	(60)	–	(13)
gehobene, höhere	(11)	(33)	–	(17)	(14)	–	(30)	(75)	(7)	(17)	(9)	(17)

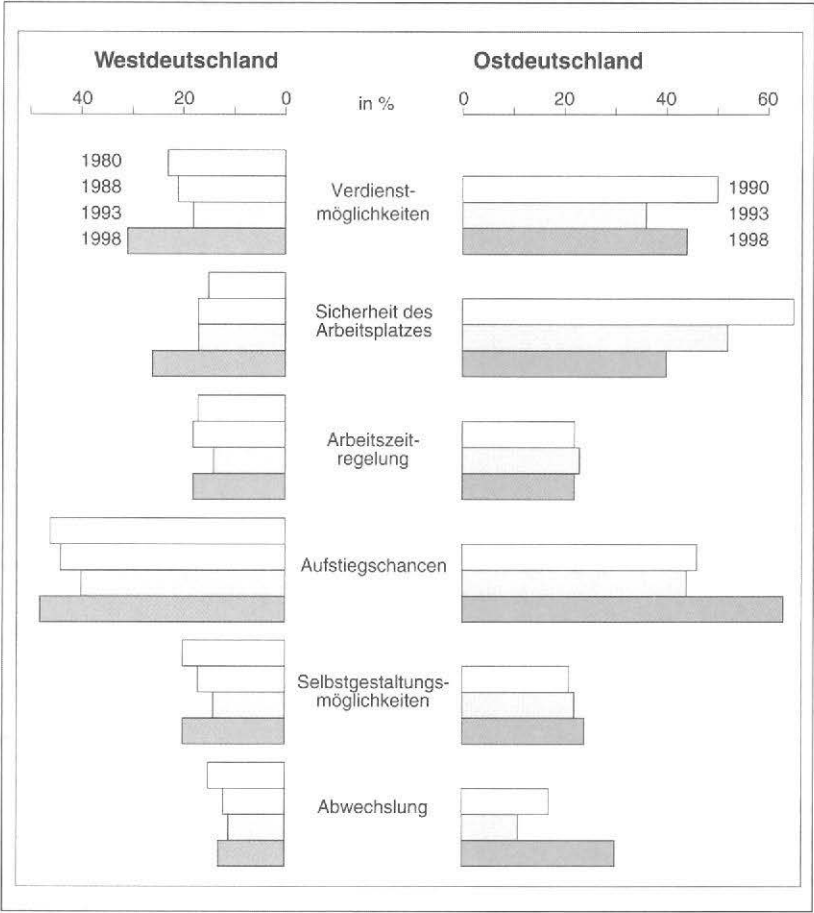
() N < 20.

1 Anteil der Befragten, die angeben „eher“ oder „sehr unzufrieden“ zu sein.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

die im Durchschnitt nach objektiven Kriterien schlechteren Arbeitsbedingungen un- und angelernter Arbeiter manifestieren sich in Ost und West zumeist in einer überdurchschnittlichen Unzufriedenheit – insbesondere im Hinblick auf die Aufstiegschancen, auf die Verdienstmöglichkeiten sowie auf die Selbstgestaltungsmöglichkeiten. Im Osten Deutschlands ist die Unzufriedenheit mit der Arbeitsplatzsicherheit in allen Gruppen stark ausgeprägt; sie ist allerdings im Vergleich zu 1993 vergleichsweise stabil geblieben, im Gegensatz zu westdeutschen Gruppen, bei denen eine deutliche Zunahme festzustellen ist.

Abb. 2: Unzufriedenheit mit einzelnen Arbeitsplatzmerkmalen



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1980, 1988, 1990-Ost, 1993, 1998.

Angesichts des Beschäftigungseinbruches im ostdeutschen Transformationsprozess besteht jedoch zwischen dem Anstieg der allgemeinen Arbeitszufriedenheit und der zum Teil erheblichen Unzufriedenheit mit einzelnen Arbeitsplatzmerkmalen kein Widerspruch. Einen Arbeitsplatz zu besitzen, muss nicht zwangsläufig auch bedeuten, dass dadurch auch konkrete berufliche Ansprüche befriedigt werden.

(Roland Habich/Heinz Herbert Noll)

10 Wohnen

Wohnen gehörte zu den Lebensbereichen, in denen zu Beginn der deutschen Vereinigung besonders große Disparitäten zwischen den alten und den neuen Bundesländern bestanden. Aufgrund der weiten Verbreitung der Plattenbauweise, der geringen Neubautätigkeit Ende der 80er Jahre und unzureichender Renovierungs- und Modernisierungsmaßnahmen in der ehemaligen DDR wies die Qualität des Wohnungsbestands in den neuen Bundesländern enorme Defizite auf, der Rückstand zu den alten Bundesländern wurde auf zwei Jahrzehnte geschätzt. Durch umfangreiche Sanierungsmaßnahmen und eine zunehmende Zahl fertiggestellter Wohnungen, insbesondere Mitte der 90er Jahre, haben sich die Wohnverhältnisse in den neuen Bundesländern erheblich verbessert und der Situation im früheren Bundesgebiet genähert. Allerdings sind die Wohnkosten stark gestiegen.

In den alten Bundesländern haben sich die Wohnverhältnisse in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich verbessert und ein qualitativ hohes Niveau erreicht. Allerdings traten immer wieder quantitative Versorgungsprobleme auf – zuletzt Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre –, insbesondere in Ballungsgebieten und für einkommensschwache Haushalte, denen ein starker Rückgang in der Zahl der Baufertigstellungen vorangegangen war. Inzwischen hat sich durch zunehmende Neubauaktivitäten der Wohnungsmarkt seit Mitte der 90er Jahre wieder deutlich entspannt.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen sollen im Folgenden die Veränderungen der Wohnbedingungen in Ost- und Westdeutschland im Einzelnen aufgezeigt und die von der Bevölkerung wahrgenommene Wohnqualität und ihr Zusammenhang mit den objektiven Wohnverhältnissen analysiert werden.

Weitere Informationen zum Thema Wohnen siehe Teil I, Kap. 5.

10.1 Objektive Wohnbedingungen, Wohnwünsche und Zufriedenheit mit der Wohnung

Bei allen hier untersuchten objektiven Wohnmerkmalen – Ausstattung, Größe, Rechtsverhältnis und Art des Wohnhauses – können sowohl in Westdeutschland als auch in Ostdeutschland im jeweiligen Beobachtungszeitraum insgesamt positive Veränderungen festgestellt werden. Insbesondere in den neuen Bundesländern haben sich die Wohnbedingungen, vor allem in den letzten fünf Jahren, stark verbessert. Dabei hat sich die Diskrepanz zu den alten Bundesländern zwar erheblich reduziert, doch ist immer noch ein deutlicher Rückstand vorhanden.

Tab. 1: Objektive Indikatoren der Wohnqualität in West- und Ostdeutschland 1978–1998

		Westdeutschland						Ostdeutschland		
		1978	1980	1984	1988	1993	1998	1990	1993	1998
Bad, WC und ZH in der Wohnung	%	65			81	90	95	49	54	86
Balkon, Terrasse oder Garten	%					88	89		72	81
Eigentümer ¹	%	42	48	51	53	47	54	19	29	37
Mieter, 10 und mehr Parteien	%	12	12	11	9	12	12	33	31	34
< 1 Wohnraum pro Person	%		11	10	7	9	8	17	18	8
> 1 Wohnraum pro Person	%		64	63	71	68	72	42	48	59
Wohnräume pro Person	Ø		1,6	1,6	1,7	1,6	1,8	1,3	1,3	1,5
qm pro Person	Ø					40,5	44,2		29,7	34,4

Leerstellen: Für diese Zeitpunkte wurden keine vergleichbaren Daten erhoben.

1 Ausgewiesen ist der Anteil der Befragten, die im eigenen Haus oder der eigenen Wohnung bzw. dem Haus oder der Wohnung der Familie leben. Demgegenüber weist das Statistische Bundesamt den Anteil der eigengenutzten Eigentümerwohnungen an allen bewohnten Wohnungen aus, der 1993 bei 41,7 % in Westdeutschland und 26,1 % in Ostdeutschland lag (Statistisches Jahrbuch 1997, S. 248).

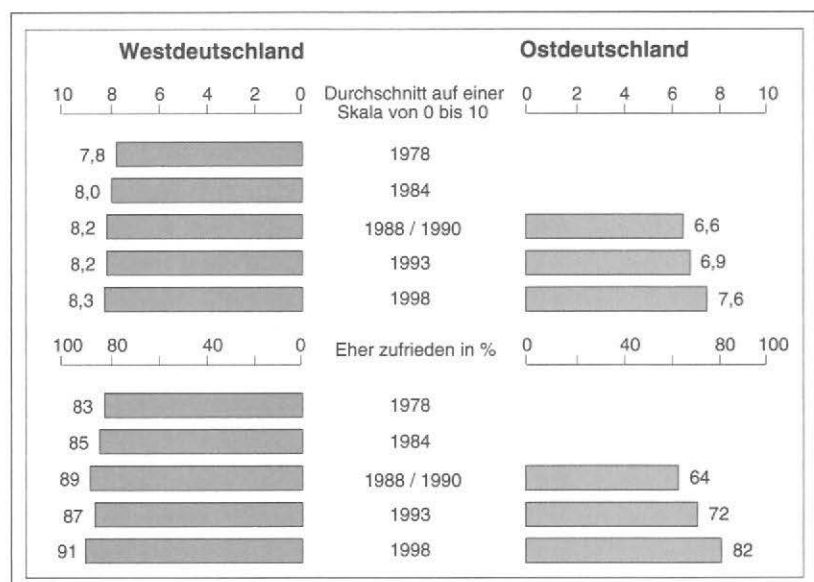
Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1980, 1984, 1988, 1990–Ost, 1993, 1998.

Eine Ausstattung der Wohnung mit Bad, WC und Sammelheizung gilt in der Bundesrepublik inzwischen als Standard. Die Wohnungen der Westdeutschen entsprachen 1978 nur zu 65 %, 1998 dagegen zu 95 % diesem Standard (vgl. Tab. 1). In Ostdeutschland stieg der entsprechende Anteil in den acht Jahren seit der Vereinigung von nur 49 % im Jahr 1990 auf 86 % im Jahr 1998, wobei die Veränderungen größtenteils in den letzten fünf Jahren stattfanden. Über einen Balkon, eine Terrasse oder einen Garten verfügten 1998 fast 90 % der Westdeutschen und rd. vier Fünftel der Ostdeutschen, bei denen der Anteil 1993 lediglich 72 % betragen hatte. Dieser Zuwachs steht im Zusammenhang mit einer zunehmenden Verbreitung von Wohneigentum: 1990 wohnten lediglich 19 % der ostdeutschen Bevölkerung in der eigenen Wohnung oder dem eigenen Haus (Eigen- oder Familienbesitz), 1993 lag dieser Anteil bereits bei 29 % und 1998 bei 37 %. Nach wie vor besteht aber ein Abstand gegenüber Westdeutschland, wo inzwischen der überwiegende Teil der Bevölkerung im eigenen Haus oder in der eigenen Wohnung (Eigen- oder Familienbesitz) lebt. Der Anstieg der Eigentümerquote in Ostdeutschland ging mit einem Rückgang des Anteils von Mietern in kleineren (2 bis 4 Parteien) und mittleren (5 bis 9 Parteien) Wohnhäusern einher, während die für die ehemalige DDR typischen Plattenbauten, in denen zehn und mehr Parteien wohnten, 1998 noch genauso häufig zu finden waren wie 1990. Ein Drittel der ostdeutschen Bevölkerung lebte 1998 in einem Mietshaus dieser Größe; dies war etwa das Dreifache des entsprechenden Anteils in Westdeutschland.

Eine Verbesserung der Wohnbedingungen in Ost- und in Westdeutschland ist auch im Hinblick auf die Größe des verfügbaren Wohnraums festzustellen. Der Standard von wenigstens einem Wohnraum pro Haushaltsmitglied ist 1998 sowohl in Westdeutschland als auch in Ostdeutschland für mehr als 90 % der Bevölkerung Realität. In Westdeutschland haben sich in den letzten 20 Jahren zunehmend neuere Standards von einem Wohnraum pro Haushaltsmitglied zuzüglich eines gemeinschaftlich genutzten Wohnraums durchgesetzt; 1998 entspricht die Wohnsituation bei fast drei Vierteln der Bevölkerung diesem Standard. Auch in den neuen Bundesländern haben sich die Wohnverhältnisse seit der Vereinigung in diese Richtung entwickelt. Die Anteile der Befragten mit Wohnungen, in denen weniger als ein Wohnraum bzw. genau ein Wohnraum pro Haushaltsmitglied zur Verfügung steht, haben sich seit 1990 von 17 % bzw. 41 % auf 8 % bzw. 33 % im Jahr 1998 reduziert. Damit entsprechen 1998 die Wohnbedingungen von fast 60 % der Ostdeutschen neueren Standards der Belegungsdichte. Die Verbesserung des Wohnraumangebots schlägt sich auch in einer Zunahme der Wohnfläche pro Haushaltsmitglied nieder. In den letzten fünf Jahren ist die durchschnittliche Wohnfläche pro Haushaltsmitglied im Westen wie im Osten um rd. 4 Quadratmeter gestiegen und liegt nun bei 44 Quadratmetern im Westen und 34 im Osten.

Die Verbesserung der Wohnbedingungen ging in West- und Ostdeutschland mit einem Anstieg der Zufriedenheit mit der Wohnung einher (vgl. Abb. 1). Der Durch-

Abb. 1: Wohnzufriedenheit in Ost- und Westdeutschland 1978–1998



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1984, 1988, 1990–Ost, 1993, 1998.

Tab. 2: Zufriedenheit mit der Wohnung unter verschiedenen Wohnbedingungen in West- und Ostdeutschland 1988–1998

	Westdeutschland					Ostdeutschland				
	1988	1993	1998	1998		1990	1993	1998	1998	
	Durchschnittswert ¹			eher zufr. %	eher unzufr. %	Durchschnittswert ¹			eher zufr. %	eher unzufr. %
Bad, WC und Sammelheizung										
ja	8,4	8,3	8,3	91	3	7,0	7,5	7,7	84	5
nein	7,6	6,7	7,3	75	9	6,2	6,2	6,5	64	22
Balkon, Terrasse oder Garten										
ja		8,3	8,4	92	3		7,3	7,8	84	5
nein		7,1	7,0	76	10		5,9	6,6	70	15
Räume pro Person										
< 1 Raum	7,3	6,9	7,1	76	10	5,3	6,1	6,4	60	16
1 Raum	7,6	7,7	7,9	88	6	6,7	6,7	7,1	76	10
> 1 und < 2 Räume	8,5	8,4	8,4	92	2	6,9	7,3	7,9	86	5
2 bis unter 3 Räume	8,6	8,6	8,4	92	4	7,1	7,3	8,1	88	5
3 und mehr Räume	8,5	8,7	8,8	95	3	7,0	7,5	8,2	91	2
Rechtsverhältnis										
Mieter/Untermieter	7,7	7,5	7,6	84	6	6,3	6,3	7	75	10
Eigentümer	8,7	8,9	8,8	96	1	7,8	8,2	8	94	2
Wohnform										
Eigentümer, Einfamilienhaus	8,8	8,9	8,9	97	1	8,0	8,4	8,6	94	2
Eigentümer, Mehrfamilienhaus	8,5	9,1	8,7	96	1	7,0	8,1	8,3	95	1
Mieter, Einfamilienhaus	8,0	7,9	8,0	86	6	7,3	5,6	8,0	91	9
Mieter, Haus mit 2– 4 Parteien	7,8	7,6	7,8	87	6	6,1	6,2	7,2	68	15
Mieter, Haus mit 5– 9 Parteien	7,8	7,5	7,4	81	6	6,1	6,1	7,0	74	13
Mieter, Haus mit 10–19 Parteien	7,4	7,3	7,9	86	4	6,5	6,8	7,1	79	6
Mieter, Haus mit 20 u. m. P.	7,4	8,0	7,1	81	15	6,3	6,7	6,6	68	11
Bauernhaus	8,2	7,7	8,3	86	9	7,5	6,3	8,3	92	5

Leerstellen: Für diese Zeitpunkte wurden keine vergleichbaren Daten erhoben.

1. Durchschnittswerte auf der Zufriedenheitsskala von 0 bis 10; „eher zufrieden“ = 6 bis 10; „eher unzufrieden“ = 0 bis 4.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988, 1990–Ost, 1993, 1998.

schnittswert auf der Zufriedenheitsskala von 0 bis 10 stieg in Westdeutschland von 7,8 im Jahr 1978 auf 8,3 im Jahr 1998, in Ostdeutschland von 6,6 im Jahr 1990 auf 7,6 im Jahr 1998. Die erheblichen Fortschritte vor allem in Ostdeutschland schlagen sich auch in einem zunehmenden Anteil von Personen nieder, die mit ihrer Wohnung eher zufrieden sind: 1998 ordneten sich 82 % im Skalenbereich von 6 bis 10 ein gegenüber nur 64 % im Jahr 1990.

Die Wohnzufriedenheit variiert deutlich mit den verschiedenen Merkmalen der Wohnsituation. In West- wie in Ostdeutschland hat die Wohnform den stärksten Einfluss auf die Wohnzufriedenheit (vgl. Tab. 2). Das niedrigste Zufriedenheitsniveau mit einem Durchschnittswert von 7,1 in Westdeutschland und 6,6 in Ostdeutschland findet man 1998 bei den Bewohnern der großen Mietshäuser (20 und mehr Parteien), während die Wohnverhältnisse im eigenen Einfamilienhaus mit

Werten von 8,9 bzw. 8,6 sehr positiv bewertet werden. Darüber hinaus hängt die Wohnzufriedenheit von dem zur Verfügung stehenden Wohnraum ab. Wird der Minimalstandard von einem Wohnraum pro Person nicht erreicht, liegt der Anteil eher Zufriedener mit 76 % in Westdeutschland und 60 % in Ostdeutschland erheblich unter dem Durchschnitt. Mit zunehmendem Wohnraumangebot steigt die Zufriedenheit, allerdings fallen die Zufriedenheitsgewinne im oberen Bereich zunehmend geringer aus, was auf das Bestehen von Sättigungsgrenzen hinweist. Zusätzlich zu der Wohnform und dem Wohnraumangebot haben – insbesondere in Ostdeutschland – Ausstattungsmerkmale einen Einfluss auf die Bewertung der Wohnung. Mehr als 20 % der Ostdeutschen, deren Wohnung nicht über die Standardausstattung mit Bad, WC und Sammelheizung verfügt, äußern sich eher unzufrieden mit der Wohnung, während mit Erreichen dieses Standards der Anteil der Unzufriedenen lediglich bei 5 % liegt.

Die Wohnzufriedenheit wird nicht nur von den gegebenen Wohnbedingungen beeinflusst, sondern ist auch davon abhängig, inwieweit diese mit den persönlichen Wohnwünschen übereinstimmen und welche Gründe für die Nichtrealisierung bestehen. Dies zeigen die Angaben der Befragten darüber, ob sie verschiedene Merkmale der Wohnqualität für verzichtbar, wünschenswert oder notwendig halten und ob diese vorhanden bzw. aus finanziellen oder aus anderen Gründen nicht vorhanden sind.

Eine Wohnung zu haben, „die groß genug ist, dass jedes Haushaltsmitglied ein eigenes Zimmer hat“, halten mehr als 47 % der westdeutschen Befragten für wünschenswert und weitere 49 % für notwendig (vgl. Tab. 3). In Ostdeutschland ist sogar die Mehrheit der Ansicht, dass dies unbedingt notwendig ist. Die persönliche Wohnraumsituation steht in keinem systematischen Zusammenhang mit

Tab. 3: Beurteilung der Notwendigkeit und Realisierung verschiedener Wohnqualitätsmerkmale 1998
Angaben in Prozent

	Beurteilung der Notwendigkeit verschiedener Wohnqualitätsmerkmale			Davon haben jeweils das betreffende Merkmal realisiert		
	> 1 Raum pro Person	WC, Bad oder Dusche	Balkon, Terrasse oder Garten	> 1 Raum pro Person	WC, Bad oder Dusche	Balkon, Terrasse oder Garten
Westdeutschland						
verzichtbar	4	1	12	76	} 90	76
wünschenswert	47	6	68	61		89
unbedingt notwendig	49	92	20	74		96
Ostdeutschland						
verzichtbar	6	2	19	68	} 81	70
wünschenswert	39	5	62	53		80
unbedingt notwendig	55	93	19	61		92

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

dieser Einstellung; der Standard von mehr als einem Wohnraum pro Haushaltsmitglied – neben einem Gemeinschaftsraum – wird von Befragten, die dies für verzichtbar halten, fast genauso häufig erreicht wie von Befragten, die dies für unbedingt notwendig erachten. Die Unzufriedenheit mit der Wohnung bei Nicht-erreichen dieses Standards ist jedoch höher, wenn eine derartige Wohnungsgröße für unbedingt notwendig gehalten wird, als wenn sie nur als wünschenswert oder sogar als verzichtbar betrachtet wird. Die Unzufriedenheit ist besonders hoch, wenn aus finanziellen Gründen eine Wohnung dieser Größe – obwohl sie wünschenswert oder sogar notwendig erscheint – nicht realisierbar ist, vermutlich weil hier besonders geringe Chancen einer Verbesserung der Situation bestehen. Die durchschnittliche Wohnzufriedenheit auf der 11-stufigen Skala liegt bei dieser Konstellation lediglich bei 5,8 in Ostdeutschland und 6,5 in Westdeutschland (vgl. Tab. 4).

Tab. 4: Zufriedenheit mit der Wohnung in Abhängigkeit von der subjektiven Notwendigkeit, der Realisierung und dem Grund für die Nicht-Realisierung von Wohnqualitätsmerkmalen 1998

Subjektive Notwendigkeit / Realisierung / Grund für Nicht-Realisierung	> 1 Raum pro Person		Balkon, Terrasse oder Garten	
	West	Ost	West	Ost
	durchschnittliche Wohnzufriedenheit ¹			
verzichtbar / vorhanden	8,3	8,0	8,3	7,7
wünschenswert / vorhanden	8,5	7,8	8,3	7,7
notwendig / vorhanden	8,5	8,1	8,7	8,2
verzichtbar / nicht vorhanden	/	/	7,3	6,6
wünschenswert o. notwendig / nicht vorhanden / finanz. Gründe	6,5	5,8	6,1	(6,8)
wünschenswert o. notwendig / nicht vorhanden / andere Gründe	7,2	6,4	7,2	6,8

/ Fallzahl zu gering.

() Durchschnittswert basiert auf weniger als 30 Befragten.

1 Durchschnittswerte auf der Zufriedenheitsskala von 0 bis 10.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

Die Ausstattung der Wohnung mit WC, Bad oder Dusche wird von mehr als 90 % der Befragten als unbedingt notwendig bezeichnet. Bei nahezu allen diesen Befragten (West 99 %, Ost 97 %) entspricht die Wohnung auch diesem Standard, während nur 81 % der Ostdeutschen und 90 % der Westdeutschen, die dies für verzichtbar oder nur für wünschenswert, aber nicht für notwendig halten, über eine Wohnung mit WC, Bad oder Dusche verfügen. Letzteres könnte auch als eine Anpassung von Ansprüchen an die faktische Wohnsituation interpretiert werden. Darüber hinaus zeigt sich, dass die Wohnzufriedenheit der Befragten, deren Wohnung die genannten Ausstattungsmerkmale aufweist, etwas höher ist, wenn diese als unentbehrlich eingeschätzt werden (West 8,3; Ost 7,7), als wenn sie nicht für notwendig erachtet werden (West 8,2; Ost 7,3).

Welchen Stellenwert verschiedene Wohnmerkmale für die Bevölkerung haben und welchen Einfluss dies – in Kombination mit der faktischen Wohnsituation – auf die Wohnzufriedenheit hat, kann außerdem im Hinblick auf das Vorhandensein eines Gartens, eines Balkons oder einer Terrasse gezeigt werden (vgl. Tab. 3). Etwa zwei Drittel der Befragten halten es für wünschenswert, aber nicht unverzichtbar und ein weiteres Fünftel für unbedingt notwendig, einen Garten, Balkon oder eine Terrasse zu haben. Je höher der Stellenwert dieses Wohnmerkmals eingestuft wird, um so eher ist dieses auch realisiert, wobei jedoch bereits in der Gruppe derjenigen, die es für verzichtbar hält, die große Mehrheit – 76 % der Westdeutschen und 70 % der Ostdeutschen – über einen Garten, einen Balkon oder eine Terrasse verfügt. Die höchste Wohnzufriedenheit weisen diejenigen Befragten auf, die dieses Wohnmerkmal als unbedingt notwendig betrachten und gleichzeitig auch verwirklichen konnten. Die geringste Wohnzufriedenheit findet man bei westdeutschen Befragten, die einen Garten, einen Balkon oder eine Terrasse für wünschenswert oder als unbedingt notwendig einstufen, sich aber keine entsprechende Wohnung leisten können. In Ostdeutschland findet man keinen derartigen Zusammenhang.

Weitere Informationen zum Thema Objektive Wohnbedingungen siehe Teil I, Kap. 5.2 und 5.3.

10.2 Zufriedenheit mit der Wohngegend

Die Zufriedenheit mit der Wohnung stellt nur eine Komponente der wahrgenommenen Wohnqualität dar. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Zufriedenheit mit der Wohngegend. Auch unter diesem Aspekt kann – vor allem in Ostdeutschland – von einer Steigerung der subjektiven Wohnqualität in den letzten Jahren gesprochen werden. Hier hat sich der Anteil der eher Unzufriedenen von 20 % im Jahr 1990 bis 1998 nahezu halbiert. Dennoch besteht auch 1998 mit 7,4 noch ein markanter Unterschied zu Westdeutschland, wo auf der 11-stufigen Zufriedenheitsskala im Durchschnitt ein Wert von 8,1 erreicht wird (vgl. Tab. 5).

Die Zufriedenheit mit der Wohngegend variiert deutlich mit der Art und Größe des Wohnortes. In Westdeutschland und mit wenigen Ausnahmen auch in Ostdeutschland findet man zu allen Zeitpunkten ein vergleichsweise hohes Zufriedenheitsniveau bei den Bewohnern von Dörfern und ländlichen Kleinstädten. Dagegen ist die Zufriedenheit bei den Bewohnern der Großstädte und mittleren Städte mit viel Industrie vergleichsweise gering und ist im Zeitverlauf auch kaum gestiegen. Die geringere Zufriedenheit steht im Zusammenhang mit einer höheren Umweltbelastung, die von den Bewohnern der Großstädte und mittleren Industriestädte empfunden wird (vgl. Kap. 14). So lässt sich zeigen, daß die wahrgenommene Umweltbelastung am Wohnort die Zufriedenheit mit der Wohngegend erheblich beeinflusst. Personen, die in ihrer unmittelbaren Wohnumgebung sehr

Tab. 5: Zufriedenheit mit der Wohngegend nach Art und Größe des Wohnortes 1978–1998

	Westdeutschland						Ostdeutschland					
	1978	1988	1993	1998	1998		1990	1993	1998	1998		
	Durchschnitts- wert ¹				eher zufr. %	eher un- zufr. %	Durchschnitts- wert ¹			eher zufr. %	eher un- zufr. %	
Insgesamt	7,9	8,1	8,2	8,1	89	6	6,9	7,2	7,4	80	11	
Dorf, rein ländlich/Einzel- gehöft	8,2	8,7	8,6	8,6	90	7	7,5	7,4	8,2	90	5	
Dorf, Nähe mittlere Stadt/ Großstadt	8,4	8,3	8,8	8,4	93	5	6,2	8,1	8,1	89	4	
Ländliche Kleinstadt	8,2	8,4	8,8	8,3	92	2	7,0	7,5	7,3	80	11	
Industrielle Kleinstadt	8,4	7,9	7,8	7,9	93	1	6,8	7,0	7,6	82	9	
mittlere Stadt, wenig Industrie	7,4	7,8	8,0	8,4	92	4	6,8	7,7	6,7	63	22	
mittlere Stadt, viel Industrie	7,8	7,6	7,7	7,7	85	6	6,5	6,7	(5,1)	(20)	(25)	
Großstadt	7,5	7,6	7,6	7,6	82	10	6,7	6,4	6,8	72	16	
Vorort einer Großstadt	7,4	8	8,3	7,5	85	6	8,4	7,6	(7,7)	(77)	(0)	

() Durchschnittswert bzw. Prozentwert basiert auf weniger als 30 Befragten.

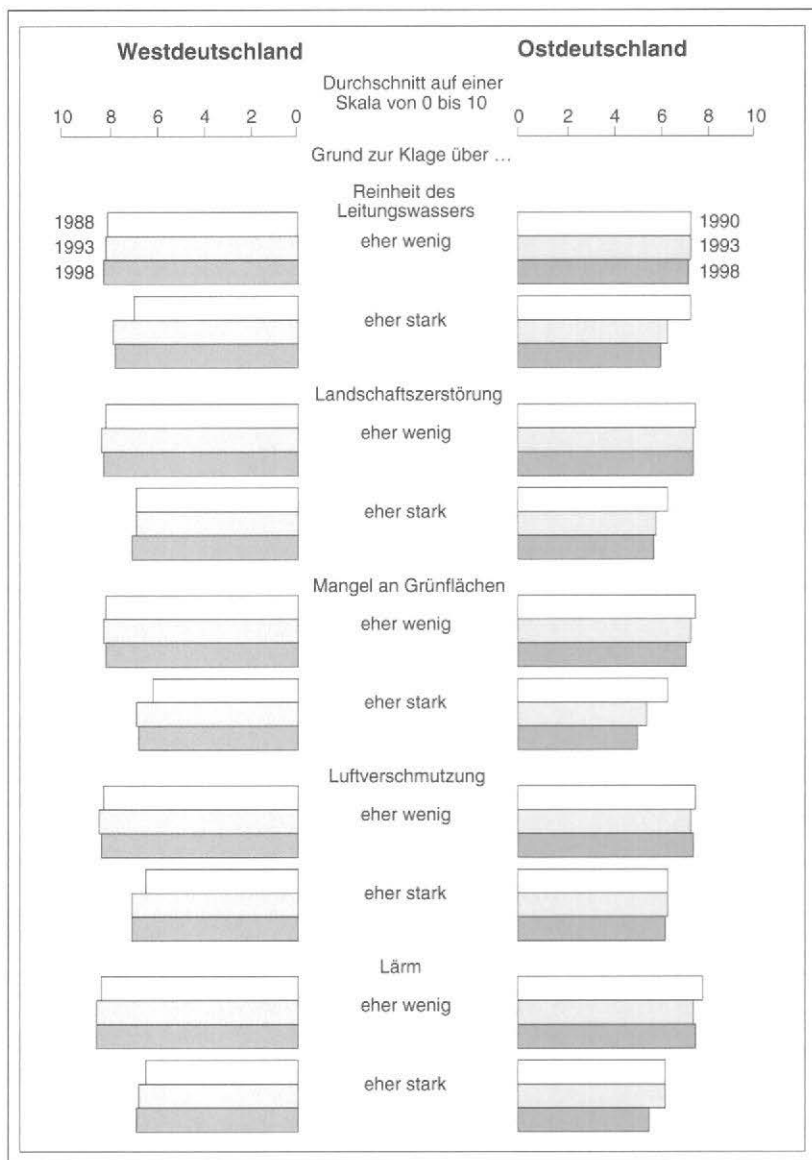
1 Durchschnittswerte auf der Zufriedenheitsskala von 0 bis 10; „eher zufrieden“ = 6 bis 10; „eher unzufrieden“ = 0 bis 4.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1988, 1990–Ost, 1993, 1998.

starken oder ziemlich starken Grund zur Klage über verschiedene Umweltprobleme empfinden, sind mit der Wohngegend wesentlich unzufriedener als Personen, die weniger starken oder gar keinen Grund zur Klage angeben (vgl. Abb. 2). In Westdeutschland wird die Zufriedenheit mit der Wohngegend 1998 vor allem durch einen wahrgenommenen Mangel an Grünflächen und die empfundene Lärmbelastung beeinträchtigt; im Zeitverlauf zeigt sich jedoch bei allen Umweltproblemen ein zunehmend negativer Einfluss auf die Zufriedenheit. In Ostdeutschland wird die Zufriedenheit mit der Wohngegend 1998 insbesondere durch die wahrgenommene Lärmbelastung gemindert, in der zeitlichen Entwicklung lässt sich jedoch bei dieser und allen anderen Umweltbelastungen – im Gegensatz zu Westdeutschland – eine zunehmende Abschwächung der Zufriedenheitsbeeinträchtigung feststellen. Diese Abschwächung lässt sich damit erklären, dass die einzelnen Umweltprobleme in Ostdeutschland 1990 noch wesentlich häufiger in Kombination mit anderen Umweltproblemen aufgetreten sind als 1998. Die Kumulation von wahrgenommenen Umweltbelastungen am Wohnort hat sich in Ostdeutschland zwischen 1990 und 1998 verringert. Dadurch haben sich die Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschen bei der Zufriedenheit mit der Wohngegend erheblich reduziert.

Neben den in der Wohnumgebung wahrgenommenen Umweltproblemen ist das Sicherheitsgefühl am Wohnort eine weitere Determinante der Zufriedenheit mit der Wohngegend. Befragte, die sich ziemlich oder sehr unsicher fühlen würden, wenn

Abb. 2: Zufriedenheit mit der Wohngegend und wahrgenommene Umweltprobleme am Wohnort



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 988, 1990 – Ost, 1993, 1998.

sie in ihrer Wohngegend nachts allein draußen wären, sind vergleichsweise unzufrieden mit der Wohngegend (Durchschnitt 1998: West 7,4; Ost 6,7). Die hohe Zufriedenheit in den Dörfern und die geringe Zufriedenheit in den Großstädten ist auch auf eine hohe bzw. geringe subjektive Sicherheit in diesen Wohnorten zurückzuführen.

Weitere Informationen zum Thema Zufriedenheit mit der Wohngegend siehe Teil I, Kap. 19.2.

10.3 Zufriedenheitsunterschiede zwischen Bevölkerungsgruppen

Angeichts der langfristigen Verbesserung der Wohnverhältnisse für die Bevölkerung insgesamt und der Entspannung am Wohnungsmarkt in der jüngsten Vergangenheit soll abschließend der Frage nachgegangen werden, wie sich die Wohnqualität verschiedener Bevölkerungsgruppen in den letzten zehn Jahren entwickelt hat und welche besonderen Probleme und Defizite jeweils bestehen.

Die Wohnsituation älterer Menschen, die allein oder mit dem Partner zusammen leben, stellt sich 1998 insgesamt recht positiv dar (vgl. Tab. 6). Wie schon in den früheren Jahren zeichnen sich ihre Wohnbedingungen durch ein vergleichsweise großzügiges Wohnraumangebot aus, da die Familienwohnung nach dem Auszug der Kinder meistens beibehalten wird. Auch die subjektiv wahrgenommene Wohnqualität ist in dieser Bevölkerungsgruppe zu allen Zeitpunkten überdurchschnittlich hoch. Die in früheren Jahren häufig bestehenden großen Defizite im Hinblick auf die Ausstattung der Wohnung mit Bad, WC und Sammelheizung haben sich bis 1998 auf ein durchschnittliches Niveau reduziert. Somit konnten gerade ältere Menschen von den diesbezüglichen Verbesserungen der letzten Jahre profitieren; insbesondere in Ostdeutschland hat der Anteil älterer Menschen mit Bad, WC und Sammelheizung in der Wohnung erheblich zugenommen (1990: 33 %, 1998: 85 %). Damit ging ein deutlicher Anstieg der Wohnzufriedenheit einher.

Weniger günstige Wohnverhältnisse findet man in den Haushalten junger allein lebender oder mit dem Partner zusammen lebender Menschen. Zwar wird im Hinblick auf Ausstattung und relative Wohnungsgröße in West- wie in Ostdeutschland ein zumindest durchschnittliches Versorgungsniveau erreicht, aber ein relativ hoher Anteil dieser Bevölkerungsgruppe lebt in einem großen Wohnhaus zur Miete – eine Wohnform, die mit einer geringen wahrgenommenen Wohnqualität verbunden ist. Entsprechend liegt auch ihre Zufriedenheit mit der Wohnung und mit der Wohngegend zu allen Zeitpunkten unter dem Durchschnitt, obwohl auch sie – entsprechend dem allgemeinen Trend – angestiegen ist.

Die Wohnprobleme von Familien mit Kindern liegen begründet in dem unzureichenden Wohnraum, der pro Haushaltsmitglied zur Verfügung steht. Dies ist

Tab. 6: Objektive und subjektive Indikatoren
der Wohnqualität bei verschiedenen Bevölkerungsgruppen
in West- und Ostdeutschland 1988–1998

	Ältere Menschen, allein oder mit Partner zusammen- lebend ¹		Jüngere Menschen, allein oder mit Partner zusammen- lebend ²		Verheiratete mit Kindern unter 18 Jahren				Angehörige ein- kommens- schwacher Haushalte ⁴		Angehörige wohl- habender Haushalte ⁴	
					insgesamt		– 34 J. alt, geringes– mittl. Ein- kommens- niveau ³					
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Zufriedenheit												
Wohnung (✓)												
1988/1990	8,8	7,2	7,2	6,1	8,1	6,4	7,4	5,8	7,9	6,3	8,4	6,9
1993	8,6	7,4	7,5	6,4	8,0	6,7	7,4	6,1	7,9	6,5	8,2	7,0
1998	8,9	8,1	7,6	7,0	8,2	7,5	7,9	6,6	7,8	6,4	8,6	8,0
Zufriedenheit												
Wohngegend (✓)												
1988/1990	8,6	7,2	7,2	7,0	8,0	6,2	7,7	5,8	8,1	7,0	8,2	7,3
1993	8,3	7,8	7,7	6,5	8,2	7,2	7,8	6,7	8,1	7,3	8,1	7,1
1998	8,6	7,8	7,7	7,1	8,1	7,3	7,9	7,2	7,9	6,4	8,1	8,0
mehr als												
1 Raum/Person (%)												
1988/1990	89	75	68	33	48	12	24	4	49	47	87	41
1993	91	74	71	55	42	18	23	7	51	35	86	53
1998	91	81	79	66	50	25	40	13	52	48	91	78
Bad, WC, ZH (%)												
1988/1990	74	33	78	51	88	62	83	51	72	33	86	59
1993	88	41	85	54	94	65	93	47	80	42	95	58
1998	94	85	94	81	97	88	96	83	89	69	99	92
Eigentümer (%)												
1988/1990	47	25	15	10	57	23	31	14	41	20	58	13
1993	49	30	12	5	49	28	32	20	38	32	50	27
1998	62	36	13	13	60	46	43	28	37	31	65	46
Mieter, Haus mit 10 und mehr Parteien (%)												
1988/1990	9	28	20	42	7	35	11	36	9	25	9	40
1993	15	22	25	55	10	32	19	23	15	19	17	43
1998	14	31	19	43	11	30	12	41	21	28	8	27

1 65-Jährige und ältere, allein lebend oder mit (Ehe-)Partner zusammenlebend,

1–2-Personen-Haushalt.

2 18–34-Jährige, allein lebend oder mit (Ehe-)Partner zusammenlebend,

1–2-Personen-Haushalt.

3 Verheiratete, bis 34 Jahre, Kinder unter 18 Jahren im Haushalt, bedarfsgewichtetes Haushaltseinkommen im 1.–3. Quintil.

4 Bedarfsgewichtetes Haushaltseinkommen im 1. bzw. 5. Quintil.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988 (West), 1990–Ost, 1993, 1998.

ein generelles Problem größerer Haushalte, das sich speziell bei jungen Familien mit geringem bis mittlerem Einkommen in besonders gravierender Form zeigt. Obwohl auch hier in den letzten Jahren Verbesserungen zu beobachten sind, verfügt diese Bevölkerungsgruppe 1998 in Westdeutschland nur zu 40 % und in Ostdeutschland nur zu 13 % über mehr als einen Wohnraum pro Haushaltsmitglied (Durchschnitt 73 % bzw. 59 %). Eine positive Entwicklung hat auch die Eigentümerquote genommen, die nun 1998 bei Familien mit Kindern insgesamt in West- wie in Ostdeutschland ein relativ hohes Niveau erreicht hat. Doch die Teilgruppe der jungen Familien, die in eher bescheidenen finanziellen Verhältnissen leben, findet man auch 1998 seltener als den Durchschnitt der Bevölkerung im eigenen Haus oder in der eigenen Wohnung. Entsprechend bewertet diese Gruppe ihre Wohnqualität vergleichsweise negativ, vor allem in Ostdeutschland, wo die Zufriedenheit dieser Gruppe mit der Wohnung bis 1998 lediglich auf einen Skalenwert von 6,6 gestiegen ist (Durchschnitt Ost: 7,6).

Wie stark die Wohnqualität durch die Einkommensverhältnisse mitbestimmt wird, zeigt sich sehr deutlich im Vergleich von eher einkommensschwachen und eher wohlhabenden Haushalten. Angehörige einkommensschwacher Haushalte weisen 1998 in West- und Ostdeutschland Defizite sowohl im Hinblick auf den vorhandenen Wohnraum als auch im Hinblick auf die Ausstattung und die Realisierung von Wohneigentum auf. Diese Kumulation von Versorgungsproblemen schlägt sich deutlich in der wahrgenommenen Wohnqualität nieder. Nicht nur die Zufriedenheit mit der Wohnung, sondern auch die Zufriedenheit mit der Wohngegend liegt hier 1998 weit unter dem Durchschnitt. Hervorzuheben ist, dass die Zufriedenheit im Zeitverlauf stagnierte, während bei allen anderen Bevölkerungsgruppen Zufriedenheitsanstiege feststellbar waren. Die Unterschiede zu den überaus positiven Wohnverhältnissen in eher wohlhabenden Haushalten sind enorm und haben über die Jahre zugenommen, da diese überproportionale Verbesserungen erfahren haben.

Der Vergleich der Wohnverhältnisse verschiedener Bevölkerungsgruppen macht die insgesamt große Spannweite unterschiedlicher Versorgungsniveaus deutlich. Der Ausstattungsgrad mit Bad, WC und Sammelheizung variiert 1998 zwischen 69 % bei ostdeutschen Befragten mit geringem Einkommensniveau und 99 % bei westdeutschen Befragten mit hohem Einkommensniveau. Den Standard von mehr als einem Wohnraum pro Haushaltsmitglied findet man am seltensten bei ostdeutschen jungen Familien mit geringem bis mittlerem Einkommen (13 %) und am häufigsten bei westdeutschen älteren Menschen (91 %) realisiert. Die geringste Wohnzufriedenheit mit einem Durchschnittswert von 6,4 weisen Ostdeutsche mit geringem Einkommensniveau auf, während westdeutsche ältere Menschen einen Skalenwert von 8,9 erreichen. Somit bestehen auch 1998 trotz des insgesamt hohen Versorgungsniveaus und der Verbesserungen der letzten Jahre erhebliche soziale Ungleichheiten der Wohnqualität in Deutschland.

(Regina Berger-Schmitt)

11 Familie

In modernen Industriegesellschaften hat sich als vorherrschende Familienform die Kern- oder Kleinfamilie mit Eltern und Kindern in einer Haushaltsgemeinschaft herausgebildet. Der Familienpolitik wird von den großen Parteien im Bundestag eine zentrale Stellung in den Wahlprogrammen zugewiesen, und die neue Bundesregierung hat bereits im ersten Regierungsjahr das Kindergeld für das erste und zweite Kind erhöht und weitere Maßnahmen geplant. In Artikel 6 des Grundgesetzes wird der Schutz von Ehe und Familie gefordert. Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner jüngsten familienpolitischen Entscheidung den Gesetzgeber verpflichtet, den Aufwand für Betreuung und Erziehung von Kindern generell steuerfrei zu stellen. Dieses Urteil verpflichtet den Staat zu kostenträchtigen Maßnahmen. In der Bevölkerung sind allerdings Wandlungstendenzen zu beobachten, die auch Zweifel am hohen Stellenwert der Familie in der jüngeren Generation aufkommen lassen. Aus der zunehmenden Verbreitung alternativer Lebensformen neben der traditionellen Kernfamilie, bei rückläufigen Geburtenraten und hohen Scheidungszahlen, wird in der öffentlichen Diskussion häufig ein Bedeutungsverlust der Familie gefolgert. Vor diesem Hintergrund wird anhand objektiver und subjektiver Indikatoren die Lage der Familie Ende der 90er Jahre untersucht.

Weitere Informationen zum Thema Familie siehe Teil I, Kap. 1.6.

11.1 Lebens- und Familienformen

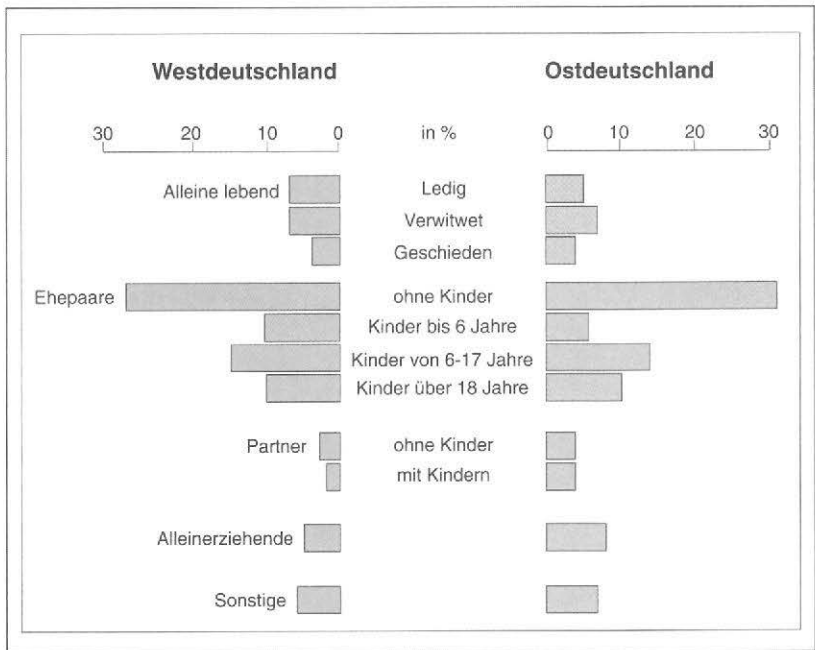
In den alten Bundesländern lebt mehr als ein Drittel der Bevölkerung ab 18 Jahren zusammen mit dem Ehepartner und einem oder mehreren Kindern in einem Haushalt, in den neuen Bundesländern sind es etwas weniger als ein Drittel. Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland bestehen bei Familien mit Kleinkindern: Es gibt weniger verheiratete Ostdeutsche als Westdeutsche mit Kindern unter sechs Jahren. Der niedrige Anteil von Ehepartnern mit Kleinkindern resultiert auf der strukturellen Ebene u.a. aus dem starken Geburtenrückgang in Ostdeutschland nach der Wende. Der damit zusammenhängende Rückgang bei der Nachfrage nach Kinderbetreuungseinrichtungen und die kleinen Schülerjahrgänge haben auch die ostdeutschen Institutionen vor Probleme gestellt.

Die zunehmende Alterung der Gesellschaft schlägt sich im Bereich der Familienstruktur besonders im Anteil von verwitweten Personen nieder. 1998 lebten rund 7 % der Männer und Frauen in Deutschland verwitwet und allein. Da Frauen eine höhere Lebenserwartung haben als Männer und Ehefrauen meist jünger sind als

ihre Ehemänner, überwiegen ältere Frauen in dieser Lebensform. Ein nicht unerheblicher Teil der Ehen wird allerdings auch durch Scheidungen aufgelöst. Bei den Anteilen der geschiedenen Alleinlebenden sind keine Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland festzustellen.

In den Medien wird im Zusammenhang mit der Ausbreitung sogenannter „alternativer Lebensformen“ immer wieder über eine Krise der Familie diskutiert. Nach Wohngemeinschaften und unverheiratet zusammenlebenden Paaren sind in den letzten Jahren vor allem auch „Singles“ in das Blickfeld des öffentlichen Interesses

Abb. 1: Lebens- und Familienformen in Ost- und Westdeutschland



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

geraten. Obwohl in den jüngeren Altersgruppen die Anteile von unverheiratet Alleinlebenden deutlich zugenommen haben, relativiert sich das Bild bei einer gesamtgesellschaftlichen Betrachtung. So leben in den alten Bundesländern 7 % der Befragten und in den neuen Bundesländern 5 % ledig und allein in einem Haushalt. Der Anteil von unverheirateten Paaren ohne Kinder unterscheidet sich nicht wesentlich zwischen West- und Ostdeutschland, während unverheiratete Paare mit Kindern in den neuen Bundesländern häufiger anzutreffen sind als in den alten Bundesländern.

11.2 Haushaltsformen und relative Einkommenspositionen

Das Einkommen spielt eine Schlüsselrolle für die Lebensqualität in verschiedenen Lebensbereichen. Die höchsttrichterliche Entscheidung zum Familienlastenausgleich, aber auch die erhebliche Zunahme des Anteils minderjähriger Sozialhilfeempfänger hat den Blick auf die ökonomische Situation von Familien gerichtet. Wenn an dieser Stelle auch keine problemgruppenbezogene Analyse durchgeführt wird, zeigen die relativen Einkommenspositionen (Gesamtdurchschnitt = 100) die ungünstige Einkommenssituation von Alleinerziehenden und im Vergleich dazu die günstige Einkommensposition von Ehepaaren ohne Kinder im Haushalt. Dies drückt sich auch in der subjektiven Bewertung aus. Eine besonders geringe Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen findet man – vor allem in Ostdeutschland – bei Alleinerziehenden und unverheirateten Lebenspartnern mit Kindern. Ehepaare ohne Kinder im Haushalt sind dagegen – entsprechend ihrer Einkommensposition – mit ihrem Einkommen überdurchschnittlich zufrieden. Ehepaare mit minderjährigen Kindern im Haushalt verfügen in den neuen Bundesländern

Tab. 1: Materieller Lebensstandard und seine Bewertung
in privaten Lebensformen

	Relative Einkommensposition ¹		Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen ²		Zufriedenheit mit dem Lebensstandard ²	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	%		Ø			
Insgesamt	100	100	7,0	6,1	7,4	6,7
Allein, ledig	98	84	6,3	4,9	6,9	5,8
Allein, verwitwet	90	90	7,2	7,3	7,6	7,4
Allein, getrennt	98	93	5,5	5,1	6,2	5,6
Mit Lebenspartner	108	112	6,5	5,8	7,0	6,5
Lebenspartner und Kinder	89	84	6,3	4,2	7,0	5,5
Ehepaare ohne Kinder	120	115	7,7	6,7	7,9	7,2
Ehepaare mit Kindern bis 17 Jahre	91	100	7,0	6,2	7,3	6,9
Ehepaare mit Kindern ab 18 Jahre	94	()	7,1	6,0	7,6	6,6
Alleinerziehende	84	71	5,9	4,3	6,5	5,3
Sonstige	87	101	6,6	6,4	7,0	6,5

() N < 20.

1 Verhältnis des Gruppendurchschnitts zum Gesamtdurchschnitt $\times 100$ (Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen; modifizierte OECD-Skala).

2 Skala von 0 „ganz und gar unzufrieden“ bis 10 „ganz und gar zufrieden“.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

über ein durchschnittliches Haushaltseinkommen, in den alten Bundesländern liegt das Einkommensniveau fast 10 % unter dem Durchschnitt. Trotz der unterdurchschnittlichen Einkommensposition von westdeutschen Eltern mit Kindern im Haushalt, haben sie eine mittlere Einkommenszufriedenheit. In Familien mit Kindern sind offensichtlich die materiellen Ansprüche geringer als z. B. bei ledig Alleinlebenden.

Weitere Informationen zum Thema Haushaltsformen und relative Einkommenspositionen siehe Teil I, Kap. 4.3.

11.3 Haushaltsformen und Wohnen

Unterschiede zwischen verschiedenen Lebensformen gibt es vor allem hinsichtlich des Wohnungseigentums und der Wohnfläche, die dem Einzelnen zur Verfügung steht. Insgesamt ist Wohnungseigentum in den alten Bundesländern verbreiteter als in den neuen Bundesländern. Einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Wohneigentum haben in West- und Ostdeutschland Ehepaare mit und ohne Kinder im Haushalt und zumindest in Westdeutschland auch verwitwet Alleinlebende. Mit eineinhalb Räumen pro Person ist sogar in Ostdeutschland (West: 1,7) bezüglich der Platzverhältnisse in den Wohnungen überwiegend ein hoher Standard zu verzeichnen. Vor allem größere Haushalte müssen mit weniger Wohnraum pro Kopf zurechtkommen. Ältere, verwitwete Frauen und Männer verfügen dagegen über besonders viel Wohnraum, da in der Regel die gemeinsame Wohnung nach dem Tod des Ehepartners nicht aufgegeben wird. Familien mit Kindern erreichen nicht die Wohnqualität von Alleinlebenden. Ihnen steht sowohl in den alten als auch in

Tab. 2: Wohnsituation in verschiedenen Lebensformen 1998

	Anteile mit Wohneigentum		Anzahl der Räume pro Person		Zufriedenheit mit der Wohnung ¹	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	%		Ø			
Insgesamt	52	37	1,7	1,5	8,2	7,6
Allein, ledig oder getrennt	21	12	2,4	2,1	7,5	7,1
Allein, verwitwet	55	30	3,1	2,6	8,9	8,2
Mit Lebenspartner	27	13	1,4	1,2	7,5	7,0
Ehepaare ohne Kinder	61	42	1,9	1,6	8,6	7,9
Ehepaare mit Kindern	60	46	1,2	1,1	8,2	7,6
Alleinerziehende	45	26	1,7	1,4	7,7	6,8
Sonstige	46	52	1,3	1,1	7,7	7,7

1 Skala von 0 „ganz und gar unzufrieden“ bis 10 „ganz und gar zufrieden“.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

den neuen Bundesländern durchschnittlich nur etwas mehr als ein Raum pro Person zur Verfügung. Damit ist allerdings ein Mindeststandard erreicht. Die Wohnungszufriedenheit liegt insgesamt auf hohem Niveau, wobei die Bewertungen in den alten Bundesländern 0,6 Skalenpunkte über denjenigen der neuen Bundesländer liegen. Der hohe Anteil an Wohneigentum und die hohe Wohnqualität finden bei verwitwet Alleinlebenden und auch bei Ehepartnern ohne Kinder ihren Niederschlag in einer besonders hohen Wohnungszufriedenheit.

11.4 Rollenverständnis als Hausfrau

Beim Rollenverständnis von Frauen sind erhebliche Unterschiede zwischen den alten und neuen Bundesländern zu erkennen. Ostdeutsche Frauen sind nicht nur stärker am Erwerbsleben beteiligt als westdeutsche, sie haben diesbezüglich auch ein anderes Selbstverständnis. So gibt es keinen nennenswerten Anteil von ostdeutschen Frauen, die sich überhaupt als Hausfrauen bezeichnen würden.

Tab. 3: Gründe¹ für Nichterwerbstätigkeit bei Hausfrauen
nach Altersgruppen in Westdeutschland
Angaben in Prozent

	18–45 Jahre				46 Jahre und älter			
	1984	1988	1993	1998	1984	1988	1993	1998
Ich bin lieber Hausfrau	52	54	44	44	83	75	76	75
Verheiratete Frauen sollten nicht berufstätig sein	15	13	7	7	39	31	24	28
Mütter sollten nicht berufstätig sein	67	59	44	39	73	67	68	56
Mein Mann ist dagegen	23	17	16	40	29	25	14	61
Ich habe niemanden, der die Kinder betreuen könnte	48	51	59	53	11	9	12	1
Meine Arbeit als Hausfrau beansprucht mich voll	61	59	56	64	69	60	61	49
Ich finde keine geeignete Arbeitsstelle	29	22	19	35	26	18	16	21
Ich habe keine Berufsausbildung	23	14	11	21	47	41	43	33

¹ Mehrfachantworten möglich.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984, 1988, 1993, 1998.

Obwohl auch jüngere westdeutsche Frauen überwiegend über eine berufliche Qualifikation verfügen, ist während der Erziehungsphase zumindest eine Unterbrechung der Erwerbstätigkeit die Regel. 1998 war mehr als ein Fünftel der west-

Tab. 4: Zufriedenheit mit der Rolle als Hausfrau¹
nach Altersgruppen in Westdeutschland
Angaben in Prozent

	Durchschnittliche Zufriedenheit					Hoch- zufrieden ²		eher unzufrieden ²	
	1978	1984	1988	1993	1998	1993	1998	1993	1998
Insgesamt	7,9	7,8	7,9	7,7	7,5	26	24	7	5
Alter									
18 bis 30 Jahre	7,6	7,4	7,1	7,2	6,8	18	10	9	13
31 bis 45 Jahre	7,5	7,4	7,6	6,9	6,6	15	9	10	9
46 bis 60 Jahre	8,1	7,9	8,1	7,5	8,0	21	29	9	6
61 Jahre und älter	8,8	8,2	8,3	8,6	8,1	43	41	1	10

1 Nur Hausfrauen.

2 Zufriedenheitsskala von 0 bis 10: „hochzufrieden“ = 10; „eher unzufrieden“ = 0–4.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1984, 1988, 1993, 1998.

deutschen Frauen in der Altersgruppe von 18 bis 45 Jahren Hausfrau, während der Anteil bei höheren Altersgruppen etwa bei einem Drittel lag. Die Mehrzahl der Hausfrauen in Westdeutschland akzeptiert auch diese Form von Nichterwerbstätigkeit. Sogar in der jüngsten Altersgruppe geben immerhin 44 % der nichterwerbstätigen Frauen an, lieber Hausfrau zu sein als einer beruflichen Tätigkeit nachzugehen und etwa zwei Drittel glauben, dass sie als Hausfrau voll beansprucht sind. Auch fehlende Möglichkeiten für die Kinderbetreuung werden häufig als Grund für Nichterwerbstätigkeit bei Frauen angesehen. Erst danach rangieren ein geringes Ausbildungsniveau und fehlende Möglichkeiten, eine geeignete Arbeitsstelle zu finden. Der Anteil derjenigen Frauen, die angeben, dass verheiratete Frauen nicht erwerbstätig sein sollten, liegt in der jüngeren Altersgruppe seit den 90er Jahren unter 10 %. Damit ist eine Abnahme gegenüber den 80er Jahren zu erkennen. Die Ansicht, dass Mütter nicht erwerbstätig sein sollten, findet auch bei jüngeren Hausfrauen noch eine weite Verbreitung. Insgesamt findet die Hausfrauenrolle in Westdeutschland eine positive subjektive Bewertung. Die Zufriedenheit mit der Rolle als Hausfrau ist überwiegend hoch, allerdings ist in den beiden jüngeren Altersgruppen im Zeitverlauf doch ein Rückgang des Zufriedenheitsniveaus zu erkennen.

11.5 Stellenwert von Ehe und Familie

Sinkende Heiratsneigung und abnehmende Ehestabilität werden häufig als Ergebnis einer abnehmenden subjektiven Bedeutung der Familie in der Bevölkerung gewertet. Vor diesem Hintergrund wird untersucht, wie wichtig in Ost und West Ehe bzw. Partnerschaft und Kinder im Leben sind.

Tab. 5: Wichtigkeit von Familie sowie von Liebe und Zuneigung nach Altersgruppen
Angaben in Prozent

	Westdeutschland						Ostdeutschland		
	sehr wichtig					wichtig	sehr wichtig	wichtig	
	1980	1984	1988	1993	1998	1998	1993	1998	1998
Familie, insgesamt	68	73	73	76	80	18	82	85	13
Altersgruppen									
18–30 Jahre	67	70	68	70	74	22	75	81	16
31–45 Jahre	76	81	83	82	85	14	87	87	12
46–60 Jahre	72	77	78	82	82	17	89	85	14
61 Jahre u. älter	55	64	65	72	76	23	77	86	13
Liebe und Zuneigung, insgesamt	60	69	68	71	73	26	73	71	26
Altersgruppen									
18–30 Jahre	68	77	75	81	73	27	84	73	25
31–45 Jahre	65	77	77	77	80	19	70	73	24
46–60 Jahre	61	64	69	70	72	28	74	69	30
61 Jahre u. älter	44	54	53	57	64	34	64	71	26

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1984, 1988, 1993, 1998.

Zwischenmenschliche Beziehungen im privaten Bereich haben in Ost und West einen besonders hohen Stellenwert. Familie und auch Liebe und Zuneigung stehen in der Wichtigkeitsrangfolge sowohl bei der westdeutschen als auch bei der ostdeutschen Bevölkerung nach der Gesundheit an zweiter Stelle. Andere Bereiche wie Arbeit und Einkommen werden zwar auch überwiegend als wichtig eingestuft, aber seltener als „sehr wichtig“. Die überwiegende Mehrheit der Befragten, d. h. jeweils 80 % in Westdeutschland und 85 % in Ostdeutschland, erachten die Familie als sehr wichtig für das Wohlbefinden. Familie sowie Liebe und Zuneigung haben trotz gesunkener Heiratsneigung auch Ende der 90er Jahre den zentralen Platz in der subjektiven Prioritätenliste über verschiedene Lebensbereiche.

Entgegen der Annahme eines zunehmenden Bedeutungsverlustes zeigt sich im Zeitverlauf sogar eine zunehmende subjektive Wertigkeit der Familie. Während 1980 68 % der erwachsenen Bevölkerung in Westdeutschland die Familie als „sehr wichtig“ einstufen, ist bis 1998 ein Anstieg um 12 % zu verzeichnen. In den neuen Bundesländern sind ebenfalls seit 1993 bei jüngeren und älteren Befragten Veränderungen in der gleichen Richtung zu erkennen. Diese Entwicklung steht der These eines Bedeutungsverlustes der Familie entgegen. Mit der gestiegenen subjektiven Bedeutung dürften sich allerdings auch die Ansprüche an die Ehe erhöht haben, die dann in vielen Fällen der Realität nicht entsprechen. Daraus resultierende Unzufriedenheiten in Partnerschaften könnten zur Erklärung der sinkenden Bereitschaft zur Heirat und zur Abnahme der Ehestabilität beitragen.

Weitere Informationen zum Thema Ehe und Familie siehe Teil I, Kap. 1.7.

11.6 Familie, Partnerschaft und subjektives Wohlbefinden

Der Familie kommt nicht nur in der Einschätzung der Bevölkerung eine zentrale Bedeutung zu, sie wird auch, wie Ehe und Partnerschaft, mit einer hohen Zufriedenheit bewertet. Die Zufriedenheit mit der Familie ist bei unverheirateten Partnern, Ehepaaren ohne Kinder und auch bei Ehepaaren mit Kindern über 18 Jahre am höchsten. Das weist darauf hin, dass in Erziehungsphasen die Familienzufriedenheit etwas absinkt. In anderen familialen Lebensformen ist die Familienzufriedenheit etwas niedriger. Daneben kann die allgemeine Lebenszufriedenheit als übergreifendes Zufriedenheitsmaß interpretiert werden. Vor allem Männer und Frauen, die geschieden sind oder getrennt vom Partner leben, haben eine niedrige Lebenszufriedenheit mit durchschnittlich 6,6 in Westdeutschland und 6,1 in Ostdeutschland. Bei verwitweten Menschen liegt die Lebenszufriedenheit nur wenig unter dem Gesamtdurchschnitt. Das hängt mit Anpassungsprozessen an die neue Lebenssituation zusammen. Nach dem Tod des Ehepartners, aber auch nach

Tab. 6: Subjektives Wohlbefinden in verschiedenen Lebensformen

	Zufriedenheit mit dem Familienleben ¹		Zufriedenheit mit der Ehe/Partnerschaft ¹		Allgemeine Lebenszufriedenheit ¹		Leben im Augenblick sehr glücklich ²	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	Ø						%	
Insgesamt	8,5	8,6	8,8	8,9	7,7	7,3	20	16
Allein, ledig	–	–	–	–	7,3	6,6	12	16
Allein, verwitwet	–	–	–	–	7,5	7,2	10	6
Allein, getrennt	–	–	–	–	6,6	6,1	11	5
Mit Lebenspartner	8,7	8,4	8,8	8,6	7,7	7,5	27	26
Lebenspartner und Kinder	8,0	8,2	8,3	8,5	7,5	7,0	13	13
Ehepaare ohne Kinder	8,8	8,8	8,8	9,0	8,0	7,6	24	18
Ehepaare mit Kindern unter 6 Jahren	8,4	8,3	9,0	8,4	7,9	7,8	25	25
Ehepaare mit Kindern von 6–17 Jahre	8,4	8,6	8,7	8,9	7,8	7,3	22	15
Ehepaare mit Kindern ab 18 Jahre	8,8	9,0	8,9	9,2	8,1	7,3	18	15
Alleinerziehende	8,0	7,7	–	–	7,2	6,3	6	9
Wohngemeinschaften	8,2	7,8	8,4	8,2	7,5	7,4	26	19
Sonstige	8,2	8,5	8,8	9,2	7,2	7,7	7	31

1 Skala von 0 „ganz und gar unzufrieden“ bis 10 „ganz und gar zufrieden“.

2 Anteile „sehr glücklich“ auf die Frage: „Ist Ihr Leben im Augenblick sehr glücklich, ziemlich glücklich, ziemlich unglücklich oder sehr unglücklich?“.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

Tab. 7: Negative Aspekte des subjektiven Wohlbefindens
Angaben in Prozent

	Fühle mich oft einsam ¹		Gewöhnlich unglücklich, niedergeschlagen ²		Ständig aufgeregt, nervös ²		Immer wieder Ängste, Sorgen ²	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Insgesamt	15	15	11	14	9	11	19	24
Allein lebend								
ledig	20	24	12	16	6	13	15	31
verwitwet	45	50	26	35	15	25	36	49
Lebenspartner	10	8	14	9	5	12	19	22
Ehepartner	10	9	9	11	9	9	18	20

1 Antwortkategorien „stimmt ganz und gar“ und „stimmt eher“.

2 Anteile der „Ja“-Antworten.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

Trennungen sinkt die Lebenszufriedenheit deutlich ab, steigt aber nach wenigen Jahren wieder an, was zu einem insgesamt eher mittleren Zufriedenheitsniveau führt, wie Beobachtungen im Längsschnitt zeigen. Dennoch leiden verwitwete Menschen häufig unter spezifischen Beeinträchtigungen des subjektiven Wohlbefindens, vor allem an Einsamkeit. So leiden 45 % der verwitweten Menschen in den alten und sogar die Hälfte in den neuen Bundesländern unter Einsamkeit. Auch bei „Singles“ liegt das Zufriedenheitsniveau unter dem Durchschnitt. Bei ihnen ist die Lebenszufriedenheit sogar niedriger als bei verwitweten Männern und Frauen. Während die Lebenszufriedenheit stärker eine kognitive Bewertung ist, stellt die Frage nach Glück mehr affektive Komponenten in den Vordergrund. Untersucht wird die positive Ausprägung „sehr glücklich“ einer vierstufigen Skala. Auch hier fallen Unterschiede zwischen den Lebensformen auf. Unverheiratet Zusammenlebende geben besonders häufig an, ihr Leben sei im Augenblick sehr glücklich. Bei verwitweten und getrennt lebenden Personen sowie bei Alleinerziehenden sind die Anteile derjenigen, deren Leben sehr glücklich ist, durchweg gering. Meist sind hohe Lebenszufriedenheit und Glück in einer Lebensform gleichzeitig anzutreffen.

Obwohl Familien mit minderjährigen Kindern nicht den materiellen Lebensstandard von Paaren ohne Kinder im Haushalt erreichen, stellt die Familie eine wichtige Voraussetzung für Zufriedenheit und Glück in der deutschen Bevölkerung dar. Im gesamten Bundesgebiet wird einer glücklichen Ehe oder Partnerschaft ein besonders hoher Stellenwert zugewiesen. Eine geringes subjektives Wohlbefinden findet man in erster Linie bei allein lebenden, geschiedenen oder vom Partner getrennt lebenden Männern und Frauen. Verwitwete Personen sind zwar nicht unzufrieden mit dem Leben, leiden aber häufig unter Einsamkeit.

(Stefan Weick)

12 Öffentliche Sicherheit und Kriminalitätsbedrohung

Das Bedürfnis nach Sicherheit gehört zu den wenigen Grundbedürfnissen, über die es einen allgemeinen Konsens gibt. Die Garantie der öffentlichen Sicherheit, d. h. der Schutz der „Unversehrtheit von Leben, Gesundheit, Ehre, Freiheit und Vermögen der Bürger sowie der Rechtsordnung und der Einrichtungen des Staates“ macht daher eine wesentliche Komponente der individuellen Wohlfahrt sowie der gesellschaftlichen Lebensqualität aus. Dabei hat sich gezeigt, dass der öffentlichen Sicherheit für die Wohlfahrt der Bürger eine umso größere Bedeutung beigemessen wird, je mehr sie gefährdet erscheint. Für die Beurteilung der öffentlichen Sicherheit ist neben der faktischen Kriminalitätsbelastung und den objektiven Risiken, Opfer eines Verbrechens zu werden, auch das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürger zu berücksichtigen. Ängste und Besorgnisse, Gefühle der Bedrohung und Unsicherheit in der Bevölkerung sind als Maßstab für die Gewährleistung oder Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit nicht weniger bedeutsam als Zahlen über Delikte, Täter und Opfer von Verbrechen, wie sie z. B. die polizeiliche Kriminalstatistik oder Spezialerhebungen wie Täter- und Opferbefragungen liefern. Das Sicherheitsempfinden der Bürger spielt daher zunehmend auch als Kriterium eine Rolle, an dem sich politische Programme und praktische Maßnahmen – etwa die Gestaltung öffentlicher städtischer Räume – orientieren. Dabei sind die Zusammenhänge zwischen der objektiven Kriminalitätsbelastung und dem subjektiven Sicherheitsempfinden durchaus komplex. In die subjektive Wahrnehmung und Bewertung der öffentlichen Sicherheit gehen neben der tatsächlichen Gefährdung durch Kriminalität noch eine Reihe von zusätzlichen Faktoren mit ein: persönliche Betroffenheit und die Berichterstattung der Medien, über die der Durchschnittsbürger zumeist seine Informationen über Verbrechen bezieht, Unterschiede in den Sicherheitsansprüchen und im Toleranzniveau gegenüber Kriminalität sowie Unterschiede in der Ängstlichkeit und der Vulnerabilität, d. h. den Möglichkeiten, sich selbst zu schützen und Risiken vorzubeugen.

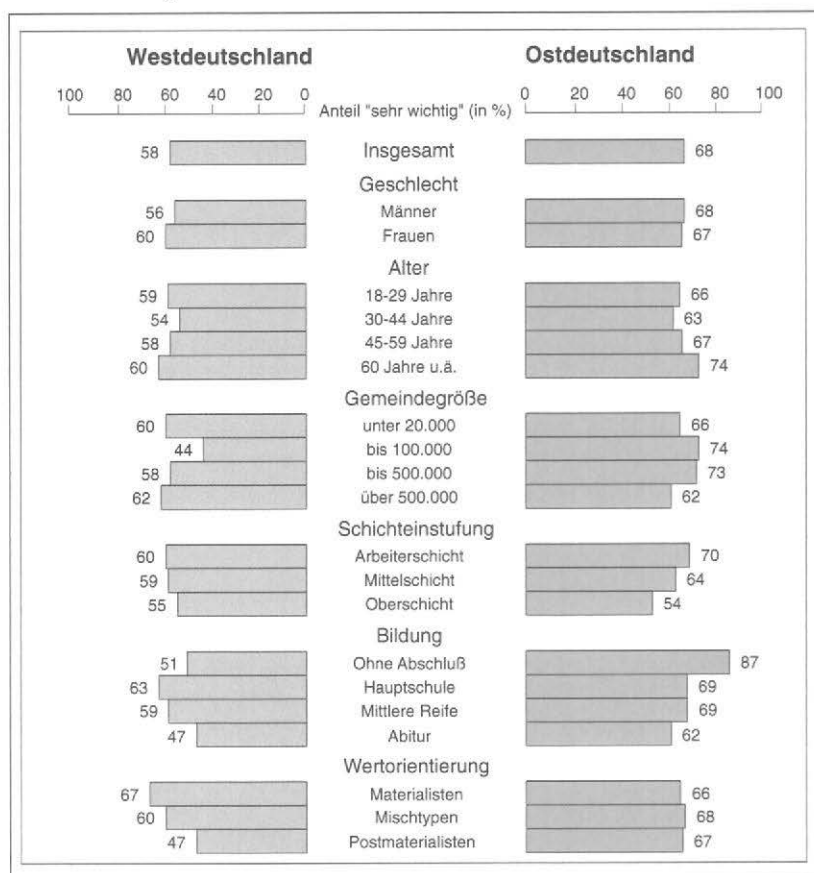
Anhand verschiedener Indikatoren wird im Folgenden untersucht, wie die öffentliche Sicherheit aus der Sicht der Bürger subjektiv wahrgenommen und bewertet wird. Das Interesse konzentriert sich dabei auf die Frage, welche Ost-West-Unterschiede es diesbezüglich gibt, wie die Bewertungen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen differieren und – soweit möglich – welche Veränderungen über die Zeit zu beobachten sind.

Weitere Informationen zum Thema Öffentliche Sicherheit und Kriminalitätsbedrohung siehe Teil I, Kap. 10.

12.1 Wichtigkeit des Schutzes vor Kriminalität und Besorgnisse um die öffentliche Sicherheit

In der Beurteilung der Wichtigkeit des Schutzes vor Kriminalität dokumentiert sich die zentrale Bedeutung, die die Bürger der öffentlichen Sicherheit für ihr Wohlbefinden beimessen: 58 % der Westdeutschen und sogar 68 % der Ostdeutschen betrachten den Schutz vor Kriminalität als „sehr wichtig“. Damit genießt die öffentliche Sicherheit in den Augen der Bürger auch im Vergleich zu anderen Aspekten der Lebensbedingungen eine hohe Priorität. In Westdeutschland steht der Schutz vor Kriminalität an vierter und in Ostdeutschland immerhin an sechster

Abb. 1: Wichtigkeit des Schutzes vor Kriminalität



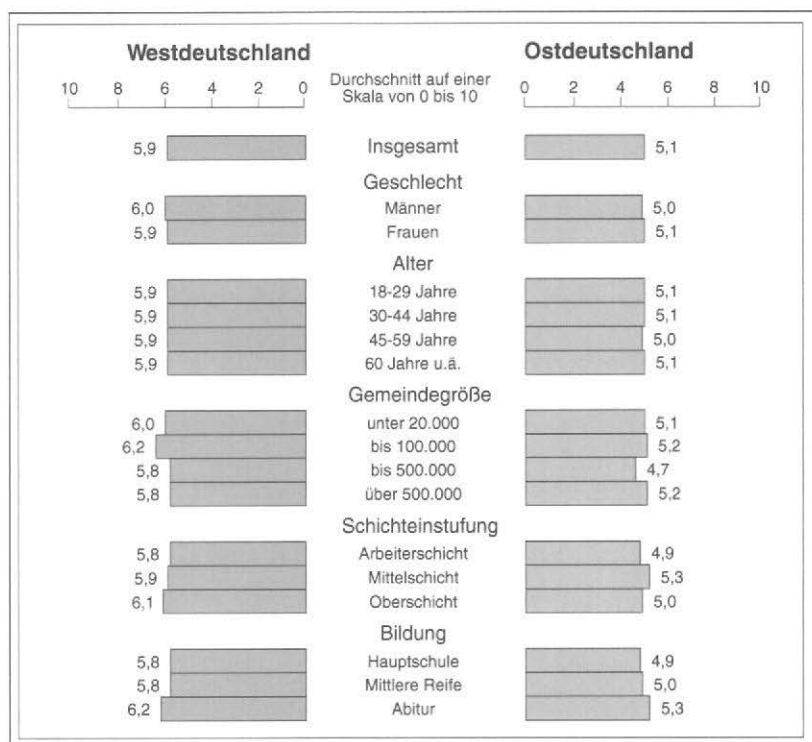
Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

Stelle in der Rangfolge der Wichtigkeit von Lebensbereichen, in Westdeutschland noch vor der Arbeit und dem Einkommen. Frauen ist der Schutz vor Kriminalität in der Regel wichtiger als Männern und älteren Menschen wichtiger als jüngeren. Auf der Basis der Daten des Wohlfahrtssurveys 1998 deutet sich hier jedoch ein Wandel an. Frauen ist der Schutz vor Kriminalität nur noch in Westdeutschland wichtiger als Männern, und auch hier ist der Zusammenhang nur schwach ausgeprägt. Es zeigt sich zudem, dass die Wichtigkeit des Schutzes vor Kriminalität für die jüngste Altersgruppe stark zugenommen hat und hier mittlerweile höher bewertet wird als in den mittleren Altersgruppen. Für wie wichtig die öffentliche Sicherheit angesehen wird, hängt zudem eng mit dem Bildungsniveau, aber – zumindest in Westdeutschland – auch mit der Wertorientierung zusammen (Abb. 1): Je niedriger das Bildungsniveau und je ausgeprägter eine materialistische Wertorientierung ist, desto höher wird die Wichtigkeit der öffentlichen Sicherheit eingestuft. Diese Zusammenhänge sind allerdings in Westdeutschland deutlich stärker ausgeprägt als in Ostdeutschland, wo die öffentliche Sicherheit generell als wichtiger eingestuft wird und in ihrer Bedeutung zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen weniger variiert.

12.2 Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit

Betrachtet man, wie zufrieden die Bürger mit der öffentlichen Sicherheit sind, so zeigt sich, dass dieser Aspekt der Lebensverhältnisse im Vergleich zu anderen ausgesprochen kritisch beurteilt wird. In Westdeutschland belegt die öffentliche Sicherheit in der Rangfolge der Zufriedenheiten mit einzelnen Lebensbereichen mit einem Wert von 5,9 auf der von 0 bis 10 reichenden Skala den drittletzten Platz, knapp vor der Zufriedenheit mit den Möglichkeiten der politischen Betätigung und der Zufriedenheit mit der Kirche. In Ostdeutschland fällt das Urteil noch ungünstiger aus. Hier belegt die Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit mit einem Wert von 5,1 sogar den letzten Platz in der Rangfolge von Lebensbereichen. Die Aufgliederung des Gesamtdurchschnitts nach verschiedenen Merkmalen zeigt (Abb. 2), dass die Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit mit dem Alter und dem Geschlecht der Befragten, aber auch mit soziodemographischen Merkmalen wie der subjektiven Schichteinstufung und der Gemeindegröße nur wenig variiert. Obwohl die Bürger mit der öffentlichen Sicherheit im Vergleich zu anderen Lebensbereichen eher unzufrieden sind, ist im Vergleich zu 1993 eine deutliche Zunahme der Zufriedenheit zu verzeichnen: in Westdeutschland von 5,0 auf 6,0 und in Ostdeutschland von 3,8 auf 5,1. In Westdeutschland setzt sich damit – so hat es den Anschein – der 1993 unterbrochene, zwischen 1978 und 1988 zu beobachtende Trend einer steigenden Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit fort. Das gilt auch für Ostdeutschland, wo die Zufriedenheit zwischen 1990 und 1993 leicht von 3,4 auf 3,8 und nunmehr deutlich auf 5,1 gestiegen ist, allerdings auf einem nach wie vor sehr niedrigen Niveau (Tab. 1). Die Entwicklung der Zufrie-

Abb. 2: Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

Tab. 1: Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit 1978–1998

Jahr	Westdeutschland				Ostdeutschland			
	Durchschnittl. Zufriedenheit ¹	Hochzufrieden	Eher zufrieden	Eher unzufrieden	Durchschnittl. Zufriedenheit ¹	Hochzufrieden	Eher zufrieden	Eher unzufrieden
	Ø	in %			Ø	in %		
1978	5,0	2	44	40	–	–	–	–
1984	5,2	2	47	31	–	–	–	–
1988	5,8	4	58	23	–	–	–	–
1990	–	–	–	–	3,4	2	16	64
1993	5,0	3	43	38	3,8	2	22	66
1998	5,9	4	58	18	5,1	3	43	36

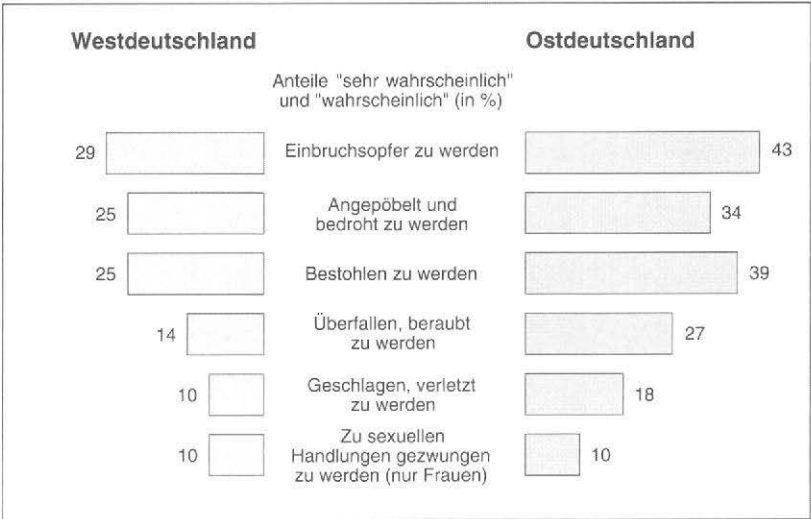
¹ Zufriedenheitsskala von 0 bis 10: „eher unzufrieden“ = 0 bis 4; „eher zufrieden“ = 6 bis 10; „hochzufrieden“ = 10.

denheit mit der öffentlichen Sicherheit korrespondiert z.T. mit der Entwicklung der faktischen Kriminalitätsbelastung. Die Zahl der polizeilich bekannt gewordenen Straftaten pro Einwohner, die in der ersten Hälfte der neunziger Jahre drastisch gestiegen war, ist in den letzten Jahren wieder leicht zurückgegangen. In den neuen Bundesländern hatte die Gesamtkriminalitätsziffer die der alten Bundesländer 1993 erstmals übertroffen.

12.3 Subjektive Gefährdung durch Kriminalität und Sicherheitsempfinden

Ein weiterer subjektiver Indikator der öffentlichen Sicherheit ist die „Viktimisierungserwartung“. Während die Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit zum Ausdruck bringt, wie die aktuelle Situation vor dem Hintergrund individueller Ansprüche und Wertorientierungen summarisch beurteilt wird, geht es bei diesem Indikator ganz explizit um die Erwartung, persönlich innerhalb eines konkreten, begrenzten Zeitraums Opfer kriminellen Verhaltens zu werden. Die entsprechende Frage im Rahmen des Wohlfahrtssurveys dazu lautete: „Bitte sagen Sie mir für jede der Situationen, die ich Ihnen gleich nenne, ob Sie es für sehr wahrscheinlich, wahrscheinlich, weniger wahrscheinlich oder für unwahrscheinlich halten, dass Ihnen persönlich innerhalb der nächsten 12 Monate einmal so etwas passiert: an-

Abb. 3: Viktimisierungserwartung



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

gepöbelt oder bedroht zu werden, bestohlen zu werden, geschlagen und verletzt zu werden, überfallen und beraubt zu werden, zu sexuellen Handlungen gezwungen zu werden oder Opfer eines Einbruchs zu werden.“

Betrachtet man die Ergebnisse (Abb. 3), so ist zunächst bemerkenswert, wie verbreitet die Erwartung ist, persönlich Opfer eines Verbrechens zu werden, und es fällt auf, dass die ostdeutsche Bevölkerung die Viktimisierungsrisiken durchgängig höher einschätzt als die westdeutsche. Von den westdeutschen Befragten sehen es 1998 44 % als „sehr wahrscheinlich“ oder „wahrscheinlich“ an, innerhalb eines Jahres Opfer von mindestens einem der vorgegebenen Delikte zu werden, von den ostdeutschen 60 %. Am höchsten erscheint den Befragten die Wahrscheinlichkeit, Opfer eines Einbruchs zu werden: 29 % der Westdeutschen und 43 % der Ostdeutschen halten das für „sehr wahrscheinlich“ oder „wahrscheinlich“. Bestohlen zu werden, halten 25 % der Westdeutschen und 39 % der Ostdeutschen für

Tab. 2: Subjektive Erwartung, Opfer verschiedener Delikte zu werden
Angaben in Prozent

	Wahrscheinlichkeit ¹ . . . zu werden											
	überfallen und beraubt		Opfer eines Einbruchs		geschlagen und verletzt		angepöbelt und bedroht		zu sexuellen Handlungen gezwungen ²		bestohlen	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Insgesamt	14	27	29	42	10	18	25	34	10	10	25	39
Geschlecht												
Männer	10	23	28	43	8	19	20	31			19	38
Frauen	18	30	31	41	12	17	29	37			30	40
Alter												
18–29 Jahre	14	19	25	42	11	21	29	34	13	(12)	24	40
30–44 Jahre	12	25	27	40	8	17	28	34	11	(11)	23	37
45–59 Jahre	14	26	33	45	11	19	23	34	10	(12)	26	39
60 und älter	16	34	32	41	12	16	20	36	7	(6)	26	41
Gemeindegröße												
Unter 20000	7	26	23	44	6	14	14	27	6	11	17	37
20000–100000	7	18	23	38	6	15	19	34	(5)	(1)	20	37
100000–500000	19	30	31	44	12	21	38	44	(12)	(10)	29	44
Über 500000	19	30	35	41	13	22	28	37	12	12	29	39
Wohnform												
Eigenes Haus	11	26	33	49	8	15	20	26	9	(8)	24	37
Mieter												
Einfamilienhaus	12	(20)	30	(35)	8	(10)	25	(30)	(21)	(14)	25	(31)
Mieter												
2–9 Wohnungen	17	27	26	33	12	22	30	34	10	(12)	25	38
Mieter												
10 u. m. Wohnungen	18	29	30	43	12	20	27	44	(10)	(9)	26	44

() Fallzahl unter N = 20.

1 Anteile „sehr wahrscheinlich“ und „wahrscheinlich“.

2 Nur für Frauen ausgewiesen.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

wahrscheinlich und angepöbelt und bedroht zu werden ebenfalls 25 % der Westdeutschen und 34 % der Ostdeutschen. Auch die Wahrscheinlichkeit, überfallen und beraubt zu werden, wird von den ostdeutschen Befragten mit 27 % deutlich höher eingeschätzt als von den westdeutschen mit 14 %. Von den Frauen sind es dagegen hier wie dort jeweils 10 %, die es als wahrscheinlich ansehen, zu sexuellen Handlungen gezwungen zu werden.

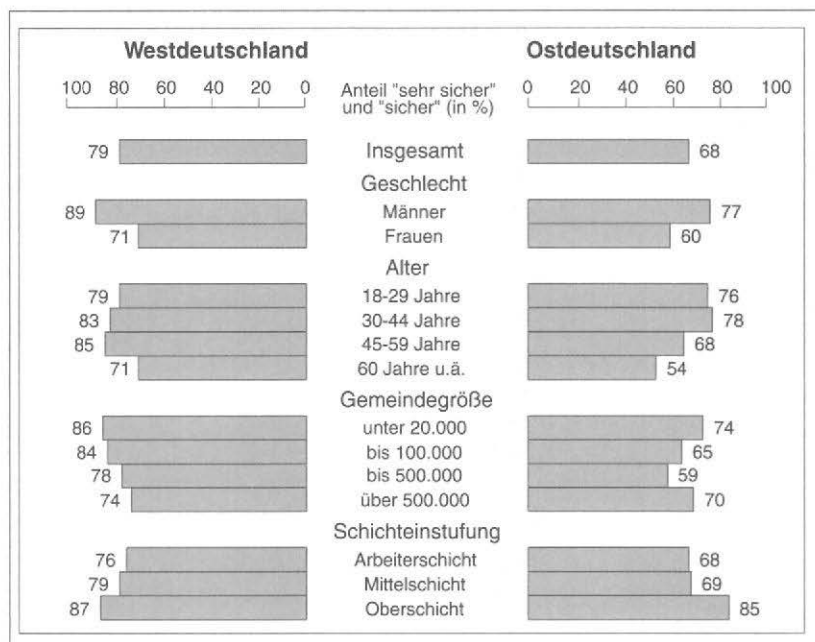
Welche einzelnen Bevölkerungsgruppen es als mehr oder weniger wahrscheinlich ansehen, Opfer eines Verbrechens zu werden, ist von Delikt zu Delikt unterschiedlich (Tab. 2). Zumeist ist jedoch die Erwartung bei Frauen höher als bei Männern, und oft fühlen sich die unteren und oberen Altersgruppen stärker bedroht als die mittleren. In der Regel wird die Wahrscheinlichkeit, Opfer zu werden, zudem in kleineren Gemeinden geringer eingeschätzt als in Städten, vor allem in Großstädten. Verschiedentlich spielt auch die Wohnform eine Rolle, besonders in Ostdeutschland. Es sind vor allem Mieter in größeren Wohneinheiten, die es als überdurchschnittlich wahrscheinlich ansehen, z. B. Opfer von Körperverletzungsdelikten, Raubüberfällen und Diebstählen zu werden.

Unabhängig davon, wie realistisch diese subjektiven Erwartungen, Opfer eines Verbrechens zu werden, sind, dokumentieren sie in ihrem Ausmaß doch, dass große Teile der Bevölkerung erhebliche Zweifel an der Gewährleistung ihrer persönlichen Sicherheit und des Schutzes vor Kriminalität haben. Verglichen mit 1993 haben sich diese Zweifel allerdings deutlich verringert: Der Anteil der Befragten, die es als wahrscheinlich ansehen, Opfer eines der genannten Verbrechen zu werden, ist 1998 – gemessen an den Werten von 1993 – in den alten und in den neuen Bundesländern gleichermaßen um jeweils rund ein Viertel zurückgegangen. Bezogen auf die einzelnen Deliktarten ist der Rückgang der subjektiven Viktimisierungserwartung bei den Gewalt- und Diebstahldelikten am stärksten ausgeprägt.

Die subjektiv empfundene Sicherheit in der eigenen Wohngegend ist ein Indikator für die Beurteilung der öffentlichen Sicherheit, mit dem die Aufmerksamkeit ganz bewusst auf das unmittelbare Lebensumfeld fokussiert wird. Die entsprechende Frage des Wohlfahrtssurveys lautet: „Wie sicher fühlen Sie sich oder würden Sie sich fühlen, wenn Sie hier in dieser Gegend nachts draußen alleine sind? Fühlen Sie sich sehr sicher, ziemlich sicher, ziemlich unsicher oder sehr unsicher?“. Die Ergebnisse dokumentieren (Abb. 4), dass sich etwa jeder fünfte Westdeutsche und etwas mehr als jeder dritte Ostdeutsche unter diesen Umständen in der eigenen Wohngegend ziemlich unsicher oder sehr unsicher fühlt. Gegenüber 1993 ist das Gefühl der Unsicherheit in der eigenen Wohngegend damit deutlich zurückgegangen, d. h. die bei Betrachtung der verschiedenen Indikatoren durchgängig festzustellende Tendenz einer günstigeren Wahrnehmung und Bewertung der öffentlichen Sicherheit ist auch an diesem Indikator abzulesen.

In den alten wie in den neuen Bundesländern hängt das Sicherheitsempfinden mit dem Geschlecht und dem Alter zusammen: Frauen fühlen sich weniger sicher als Männer, und das Gefühl der Unsicherheit ist in den unteren und höheren Alters-

Abb. 4: Wahrnehmung der Sicherheit in der Wohngegend



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

gruppen größer als in den mittleren. Nur in den alten Bundesländern findet sich zudem ein eindeutiger Zusammenhang mit der Gemeindegröße in der Weise, daß die Empfindung von Unsicherheit mit zunehmender Größe des Wohnorts wächst. Auch der Zusammenhang mit der subjektiven Schichtidentifikation ist in Ostdeutschland etwas schwächer als in Westdeutschland. Aus der Kombination von Viktimisierungserwartungen und der Beurteilung der Sicherheit in der Wohngegend lässt sich erschließen, dass das Sicherheitsempfinden – wie zu erwarten – besonders durch Delikte beeinträchtigt wird, die mit Gewalttätigkeit verbunden sind.

12.4 Fazit

Als Fazit lässt sich festhalten, dass alle hier betrachteten subjektiven Indikatoren darauf hindeuten, dass die Bürger der öffentlichen Sicherheit in der Bundesrepublik im Herbst 1998 ein wesentlich besseres Zeugnis ausstellen als 1993. Bei einem weitgehend unverändert hohen Stellenwert der öffentlichen Sicherheit für das subjektive Wohlbefinden hat nicht nur die Zufriedenheit mit dem Schutz vor

der Kriminalität zugenommen, sondern es ist auch die subjektive Erwartung, Opfer eines Verbrechens zu werden, deutlich gesunken. Damit einher geht ein ebenfalls beachtlicher Anstieg des subjektiven Empfindens von Sicherheit in der unmittelbaren Wohngegend. Trotz dieser im Vergleich zu 1993 positiven Entwicklungen wird das Wohlbefinden der Bürger nach wie vor durch Kriminalität beeinträchtigt: Im Vergleich mit anderen Aspekten der Lebensverhältnisse ist die Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit ausgesprochen niedrig. Nach wie vor unterscheiden sich Wahrnehmung und Bewertung der öffentlichen Sicherheit in den alten und neuen Bundesländern erheblich. Auch 1998 beurteilen die ostdeutschen Bürger die öffentliche Sicherheit schlechter als die westdeutschen, aber die Unterschiede haben sich gegenüber 1993 deutlich verringert.

(Heinz-Herbert Noll)

13 Gesellschaftliche Beteiligung und Freizeit

Der Mitgliedschaft in Organisationen und Vereinen kommt eine wesentliche integrative Funktion innerhalb der Gesellschaft zu. Partizipation und Engagement in Kirchen, Gewerkschaften und Vereinen fördert kooperatives Verhalten, Gemeinschaftssinn, Solidarität und zwischenmenschliches Vertrauen – Aspekte gesellschaftlichen Zusammenhalts, die nicht zuletzt für das Funktionieren demokratischer Institutionen wichtig sind. Gerade vor dem Hintergrund des ostdeutschen Transformationsprozesses kommt der gesellschaftlichen Beteiligung als Indikator für die soziale und politische Integration der Bürger eine besondere Bedeutung zu. Eine Diskrepanz in den Mitgliedschaftsverhältnissen in Organisationen und Vereinen zwischen Ost- und Westdeutschland kann sowohl Ausdruck der unterschiedlichen institutionellen Rahmenbedingungen in der DDR und der alten Bundesrepublik, aber auch gegenwärtiger ungleicher Partizipationsangebote oder unterschiedlicher Ressourcen- und Interessenlagen sein.

Weitere Informationen zum Thema Gesellschaftliche Beteiligung und Freizeit siehe Teil I, Kap. 7.

13.1 Kirchliche Beteiligung

Die konfessionelle Zugehörigkeit bzw. Nichtzugehörigkeit unterscheidet sich in Ost- und Westdeutschland sehr stark voneinander. Die zwischen 1990 und 1992 vollzogene Wiederherstellung der organisatorischen Einheit der beiden Kirchen kann nicht über die unterschiedliche Stellung hinwegtäuschen, die Kirche zu Staat und Gesellschaft in der DDR und der Bundesrepublik hatten und deren Einflüsse sich heute noch in der konfessionellen Zugehörigkeit niederschlagen. So liegt der Anteil der Konfessionslosen in Ostdeutschland bei mehr als 70 %, in den alten Bundesländern hingegen bei 15 % (vgl. Tab. 1). Die überwiegende Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung gehört zu etwa gleichen Teilen einer der beiden großen christlichen Kirchen an. Jeweils mehr als 40 % der Bevölkerung sind evangelisch bzw. katholisch. Vor allem die evangelische Kirche hat in Ostdeutschland einen erheblichen Anteil an Mitgliedern verloren, verdeutlicht man sich, dass 1950 ungefähr 80 % der Bevölkerung der evangelischen und 10 % der katholischen Kirche angehörten. Heute gehört in Ostdeutschland gerade jeder Fünfte der evangelischen Kirche an und 3 % der Bevölkerung der katholischen Kirche. Dies kann als Indikator für die stärkere Säkularisierung der ostdeutschen Gesellschaft gelten, wobei sich keine Hinweise für gegenläufige Prozesse nach der Wiedervereinigung ergeben.

Tab. 1: Konfessionelle Zugehörigkeit¹ nach Geschlecht und Alter 1984–1998
Angaben in Prozent

	evangelisch				katholisch				konfessionslos			
	1984	1988	1993	1998	1984	1988	1993	1998	1984	1988	1993	1998
Westdeutschland												
Insgesamt	49	46	45	42	40	43	40	41	8	8	13	15
Geschlecht												
Männer	47	45	42	38	39	41	40	40	12	12	16	19
Frauen	52	48	48	45	41	45	39	41	5	5	11	12
Altersgruppe												
18–34 Jahre	44	43	42	39	45	45	42	40	9	10	14	18
35–54 Jahre	51	48	44	39	36	41	37	41	11	9	18	17
55 Jahre u. ä.	53	48	50	46	40	45	39	40	5	6	8	12
Ostdeutschland												
Insgesamt			25	22			4	3			70	73
Geschlecht												
Männer			21	16			4	3			75	79
Frauen			28	27			4	3			66	68
Altersgruppe												
18–34 Jahre			15	14			2	4			82	79
35–54 Jahre			23	16			6	2			71	81
55 Jahre u. ä.			37	32			5	3			56	62

¹ Tabellarisch nicht dargestellt ist der Anteil der Personen, die einer anderen (christlichen bzw. nichtchristlichen) Religionsgemeinschaft angehören.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984, 1988, 1993, 1998.

Die Wiedervereinigung bedeutete für die ostdeutschen Kirchen eine Übernahme sowohl der materiellen als auch der symbolischen Vorrechte, die der westdeutsche Staat den Kirchen seit Anbeginn gewährt hatte. Beispiele hierfür sind die Übernahme des staatlich regulierten Einzugs der Kirchensteuer anstelle eines freiwilligen Beitragssystems, die Garantie des schulischen Religionsunterrichts, aber auch die Stärkung traditioneller kirchlicher Amtshandlungen, welche z. B. durch die staatliche Jugendweihe in der DDR abgeschwächt waren. Diese Privilegierungsmaßnahmen können zu einer Integration der Kirchen in die ostdeutsche Gesellschaft beitragen. Inwieweit sich dies in einer zunehmenden Kirchenmitgliedschaft niederschlägt oder eher von gegenläufigen Tendenzen wie einer bewussten Abkehr von der Kirche überlagert wird, lässt sich in dieser kurzfristigen Betrachtung allerdings nicht beurteilen. Die Auswirkungen der staatlichen Verdrängung der Religion in der DDR spiegeln sich unter anderem in den generationalen Unterschieden in der konfessionellen Zugehörigkeit wider. Während von den über 54-Jährigen noch fast 40 % einer christlichen Kirche angehören, sind dies bei den 18- bis 34-Jährigen etwa 20 %. In Westdeutschland zeigen sich zwischen den Altersgruppen hingegen nur geringe Unterschiede. In der zeitlichen Perspektive ist hier aber eine konstante Zunahme des Anteils der Konfessionslosen in allen Altersgruppen festzustellen.

Tab. 2: Kirchgangshäufigkeit nach konfessioneller Zugehörigkeit¹
1984–1998
Angaben in Prozent

	Westdeutschland				Ostdeutschland	
	1984	1988	1993	1998	1993	1998
Mindestens einmal im Monat in die Kirche ² gehen						
Insgesamt	31	31	27	26	24	23
Konfession						
Evangelisch	17	16	17	16	18	18
Katholisch	48	47	38	34	49	36

1 Tabellarisch nicht dargestellt ist der Anteil der Personen, die einer anderen (christlichen bzw. nichtchristlichen) Religionsgemeinschaft angehören. Grundgesamtheit sind nur Angehörige einer Religionsgemeinschaft.

2 Anteil der Befragten, die angeben, „mehr als einmal in der Woche“, „einmal in der Woche“ und „wenigstens einmal im Monat“ in die Kirche zu gehen.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984, 1988, 1993, 1998.

Die formale Kirchenmitgliedschaft lässt gleichwohl keinen Rückschluss auf die persönliche Bindung an die Kirche zu. Diesbezüglich aufschlussreicher sind das Verhalten und die Einstellungen der Mitglieder: Zum einen die aktive Teilnahme am kirchlichen Leben, welche über die Häufigkeit des Kirchenbesuches gemessen werden kann (vgl. Tab. 2), zum anderen die subjektive Bewertung, welche an der Zufriedenheit mit der Kirche festgemacht werden soll (vgl. Tab. 3). Die Differenzierung der Kirchgangshäufigkeit nach der konfessionellen Zugehörigkeit verdeutlicht dabei eine stärkere Kirchenbindung der katholischen Mitglieder, wenngleich in der

Tab. 3: Zufriedenheit mit der Kirche nach konfessioneller Zugehörigkeit¹
1984–1998

	Westdeutschland								Ostdeutschland			
	1984		1988		1993		1998		1993		1998	
	Ø	% ²	Ø	% ²	Ø	% ²	Ø	% ²	Ø	% ²	Ø	% ²
Zufriedenheit mit der Kirche												
Insgesamt	5,8	55	5,5	50	4,9	39	5,3	48	5,5	46	5,9	55
Konfession												
Evangelisch	5,6	52	5,4	52	5,0	36	5,2	46	5,3	42	5,2	53
Katholisch	6,0	59	5,5	47	4,6	35	5,2	48	(6,2)	(66)	(5,7)	(57)

() Zahlen in Klammern, wenn Prozentuierungsbasis < 30.

1 Tabellarisch nicht dargestellt ist der Anteil der Personen, die einer anderen (christlichen bzw. nichtchristlichen) Religionsgemeinschaft angehören. Grundgesamtheit sind nur Angehörige einer Religionsgemeinschaft.

2 Anteil der Befragten, die „eher zufrieden“ (= 6–10) mit der Kirche sind (Skala von 0 = ganz und gar unzufrieden bis 10 = ganz und gar zufrieden).

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984, 1988, 1993, 1998.

zeitlichen Perspektive eine deutliche Abschwächung zu verzeichnen ist: 1984 besuchten 48 % der Katholiken mindestens einmal im Monat den Gottesdienst, 1998 sind dies gerade noch 34 %. So ist die formale Mitgliedschaft in der katholischen Kirche in der zeitlichen Entwicklung zwar eher stabil, der Anteil regelmäßiger Kirchenbesucher nimmt allerdings ab. Dieser Zusammenhang stellt sich sowohl in West- als auch in Ostdeutschland ein. In der Kirchengangshäufigkeit ist zwischen ost- und westdeutschen Mitgliedern der beiden Religionsgemeinschaften kein Unterschied festzustellen. In beiden Landesteilen gehen knapp 35 % der katholischen bzw. 17 % der evangelischen Mitglieder regelmäßig in die Kirche. Die Mehrheit der Mitglieder der beiden Religionsgemeinschaften, insbesondere die evangelischen Mitglieder, besuchen damit eher unregelmäßig, das heißt mehrmals im Jahr, selten oder auch nie die Kirche.

Während auf der Verhaltensebene sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland deutliche Unterschiede zwischen beiden Konfessionen festzustellen sind, zeigen sich diese in der Einstellung gegenüber der Kirche weniger deutlich (vgl. Tab. 3). Die Zufriedenheit mit der Kirche liegt sowohl in West- als auch in Ostdeutschland eher im durchschnittlichen Wertebereich auf der elf-stufigen Skala. Ein deutlicher Rückgang des Anteils derjenigen, die eher zufrieden sind mit der Kirche, zeigt sich seit 1984 nur bei den westdeutschen Katholiken (1984: 59 %, 1998: 48 %). Deutlich zufriedener mit ihren Kirchen sind die Ostdeutschen. Dies wird vor allem darauf

Tab. 4: Wichtigkeit des Glaubens für das subjektive Wohlbefinden
1984–1998
Angaben in Prozent

	Wichtigkeit des Glaubens für das subjektive Wohlbefinden/ Zufriedenheit ¹					
	Westdeutschland				Ostdeutschland	
	1984	1988	1993	1998	1993	1998
Insgesamt	52	57	48	52	21	26
Konfession ²						
Evangelisch	47	55	49	53	45	61
Katholisch	62	65	56	61	56	61
Keine	22	19	17	20	9	12
Altersgruppen						
18–34 Jahre	38	42	37	38	14	26
35–54 Jahre	50	58	41	48	20	20
55 Jahre u. ä.	67	69	66	68	30	32

1 Anteil der Befragten, die angeben, dass der Glaube „sehr wichtig“ bzw. „wichtig“ für ihr Wohlbefinden und ihre Zufriedenheit ist auf einer Skala von sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig bis unwichtig.

2 Tabellarisch nicht dargestellt ist der Anteil der Personen, die einer anderen (christlichen bzw. nichtchristlichen) Religionsgemeinschaft angehören.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984, 1988, 1993, 1998.

zurückzuführen sein, dass in Westdeutschland formale, nicht religiös motivierte Mitgliedschaften häufiger anzutreffen sind.

Individuelle Religiosität muss nicht zwingend mit einer Bindung an die Amtskirche einhergehen. Dies gilt gerade deshalb, weil anzunehmen ist, dass sich individuelle und kirchengebundene Religiosität im Zuge gesellschaftlicher Modernisierung entkoppeln. Auch ist ein religiöses Leben außerhalb der christlichen Amtskirche möglich, und eine formale Mitgliedschaft bedeutet nicht zwingend ein Bekenntnis zum religiösen Glauben. Betrachtet man den Glauben als einen Indikator für die individuelle Religiosität, dann wird dieser zwar im Vergleich zu anderen Lebensbereichen wie der Gesundheit und der Familie als eher weniger wichtig beurteilt; ein Bedeutungsverlust ist aber für den Beobachtungszeitraum von 1984 bis 1998 in Westdeutschland nicht festzustellen (vgl. Tab. 4). Jeder Zweite erachtet hier den Glauben als sehr wichtig bzw. wichtig für das subjektive Wohlbefinden, als deutlich weniger wichtig wird dagegen der Glauben in Ostdeutschland (26 %) bewertet. Diese Unterschiede rühren allerdings von der Gruppe der Konfessionslosen her; diese erachten in der Minderheit den Glauben als wichtig bzw. sehr wichtig (West 20 %, Ost 12 %). Betrachtet man hingegen nur die Kirchenmitglieder, dann zeigen sich zwischen West- und Ostdeutschland geringe Unterschiede. Jedoch geht die Kirchenmitgliedschaft nicht zwingend mit einer hohen Wichtigkeit des Glaubens einher. So bewertet nur etwa die Hälfte der Angehörigen beider Religionsgemeinschaften den Glauben als wichtig oder sehr wichtig, nahezu die Hälfte hingegen als weniger wichtig bzw. unwichtig. Ein besonders schwacher Zusammenhang zeigt sich für die protestantischen Kirchenmitglieder Westdeutschlands (53 %).

Auf eine gänzlich andere Entwicklung verweist der Zugewinn in der Wichtigkeit, den die jüngeren, 18- bis 34-Jährigen Ostdeutschen dem Glauben zuweisen. Geht man davon aus, dass religiöse Einstellungen wesentlich in der Kindheits- und Jugendphase geformt werden, dann mag diese Entwicklung auf die formale Integration der Kirchen zurückzuführen sein, welche in den letzten zehn Jahren die Jugendphase eben dieser Altersgruppe mitgeprägt hat. Allerdings deutet nichts darauf hin, dass sich dies auch in einer Zunahme der formalen Mitgliedschaft niederschlägt (vgl. Tab. 1).

13.2 Beteiligung in Organisationen und Vereinen

Betrachtet man die Entwicklung der Mitgliedschaftsquote seit 1984 in Westdeutschland, dann ist bei allen Organisations- und Vereinsformen ein sinkender oder stagnierender Anteil festzustellen (vgl. Tab. 5). Am stärksten zeigt sich ein Rückgang bei der Gewerkschaftsmitgliedschaft, worin sich zum einen wirtschaftsstrukturelle und zum anderen berufsstrukturelle Veränderungen widerspiegeln. Eine zunehmende Tertiarisierung der Wirtschaft und Veränderungen in der Beschäftigtenstruktur, z. B. eine zunehmende Frauenerwerbstätigkeit und ein steigender Anteil von Angestellten, bedingen ein Wachstum des gewerkschaftlich

niedrig organisierten Wirtschaftsbereichs sowie der gewerkschaftlich gering organisierten Personengruppe. Dies sind langfristige Entwicklungen, die sich in einer niedrigeren Mitgliedschaftsquote niederschlagen. Die Partei- und Vereinsmitgliedschaft bleibt in der zeitlichen Perspektive nahezu konstant. Am mitgliederstärksten unter den Vereinen zeigen sich in Westdeutschland die Sportvereine mit einem Anteil von 28 %. Ein ähnliches Bild ergibt sich für Ostdeutschland. So nimmt hier der Anteil der Mitglieder in Gewerkschaften von 25 % im Jahr 1993 auf 13 % im Jahr 1998 ab, die Mitgliedschaft in Vereinen bleibt auch hier weitgehend konstant. Die Gründe für den Rückgang im Anteil gewerkschaftlicher Organisation sind in Ostdeutschland sicherlich vielfältiger. Ein überdurchschnittlicher Rückgang

Tab. 5: Mitgliedschaft in Organisationen und Vereinen 1984–1998
Angaben in Prozent

	Westdeutschland				Ostdeutschland	
	1984	1988	1993	1998	1993	1998
<i>Mitgliedschaft in ...</i>						
Gewerkschaft	16	16	17	12	25	13
Partei	5	5	5	4	3	3
Bürgerinitiative	2	2	2	1	0	1
Verein, darunter:						
Kirchlicher Verein	7	10	7	9	5	3
Musik-/ Gesangsverein	7	8	6	7	1	2
Sportverein	28	29	28	28	10	12
Anderem Verein, Organisation	19	24	19	22	14	14
Keinem Verein, keiner Organisation	44	42	44	42	53	62

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984, 1988, 1993, 1998.

ist bei Frauen und Personen der jüngeren Altersgruppe festzustellen (vgl. Tab. 6), was auch auf die Verdrängung der Frauen aus dem Berufsleben und die anhaltende Jugendarbeitslosigkeit zurückzuführen sein mag.

Insgesamt zeigt sich eine strukturelle Angleichung der Mitgliedschaften zwischen West- und Ostdeutschland bei Gewerkschaften, Parteien und Bürgerinitiativen, während die Vereinsmitgliedschaften weiterhin stark differieren und ein deutlich niedrigeres Niveau in Ostdeutschland aufweisen. Der Anteil derjenigen, die in keiner Organisation oder keinem Verein Mitglied sind, liegt in Ostdeutschland deutlich über dem in Westdeutschland. So waren 1998 62 % der Ostdeutschen und 42 % der Westdeutschen in keiner Organisation und keinem Verein organisiert.

Die soziodemographische Struktur von Parteien, Bürgerinitiativen und Gewerkschaften verweist auf weiterhin bestehende Einflüsse der Geschlechtszugehörig-

Tab. 6: Mitgliedschaft in Organisationen 1993–1998
Angaben in Prozent

	Gewerkschaft				Partei				Bürgerinitiative			
	West		Ost		West		Ost		West		Ost	
	1993	1998	1993	1998	1993	1998	1993	1998	1993	1998	1993	1998
Insgesamt	17	12	25	13	5	4	3	3	2	1	-	1
Geschlecht												
Männer	27	19	26	16	7	6	4	4	2	1	-	1
Frauen	8	6	24	10	3	3	2	3	2	1	-	1
Altersgruppen												
18 bis 34 Jahre	14	11	30	9	2	3	1	3	1	1	1	2
35 bis 54 Jahre	23	16	28	17	8	3	4	2	3	2	-	2
55 Jahre u. ä.	14	9	16	12	5	5	4	5	1	1	-	1
Bildungsabschluß												
Ohne Abschluß/												
Hauptschulabschluß	20	12	20	10	4	2	1	3	-	-	-	1
Mittlere Reife	19	14	30	14	5	4	2	2	2	1	-	1
Fachhochschulreife/												
Abitur	10	10	22	15	7	8	9	7	3	3	2	3

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1993, 1998.

keit und des Bildungsstandes (vgl. Tab. 6). Allgemein sind mehr Männer und Personen mit einem höheren Bildungsabschluss vertreten. Auch die Mitgliedschaft in Vereinen folgt diesem Muster (vgl. Tab. 7). Nur in den kirchlichen Vereinen engagieren sich mehr Frauen als Männer. Im Vergleich zu den Organisationen zeigen sich in den Vereinen deutliche Unterschiede in der Altersstruktur. In kirchlichen sowie in Musik- und Gesangsvereinen partizipieren überproportional Personen der älteren Altersgruppe. Die These von der Überalterung der Vereine trifft vor allem hier zu. Im Gegensatz dazu sind vor allem jüngere Personen in Sportvereinen or-

Tab. 7: Mitgliedschaft in Vereinen, 1993–1998
Angaben in Prozent

	Kirchlicher Verein				Musik-/Gesangsverein				Sportverein			
	West		Ost		West		Ost		West		Ost	
	1993	1998	1993	1998	1993	1998	1993	1998	1993	1998	1993	1998
Insgesamt	7	9	5	3	6	7	1	2	28	28	10	12
Geschlecht												
Männer	5	7	3	2	8	8	1	2	35	35	15	15
Frauen	8	10	6	3	5	5	2	2	21	22	6	9
Altersgruppen												
18 bis 34 Jahre	5	6	3	3	4	6	1	3	36	35	16	19
35 bis 54 Jahre	6	8	5	2	6	6	2	2	31	31	10	14
55 Jahre u. ä.	10	12	6	3	8	8	1	1	16	20	4	5

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1993, 1998.

ganisiert, wenngleich diese an jüngeren Mitgliedern zu verlieren scheinen: So waren 1984 noch 40 % der 18- bis 34-Jährigen in Sportvereinen organisiert, 1998 waren es fünf Prozentpunkte weniger. Die sportliche Betätigung im Verein scheint zumindest für Jüngere immer weniger attraktiv zu sein. Angesichts wachsender Konkurrenz seitens anderer Angebote – wie kommerzieller Fitness-Zentren – verliert die vereinsmäßige Organisation zunehmend an Boden. Auch veränderte Freizeitansprüche stellen die Vereine vor die Aufgabe, Attraktivität und Breite ihres Vereinsangebots zu überdenken, um neue, insbesondere jüngere Mitglieder für sich zu gewinnen. Die soziodemographische Zusammensetzung der Mitglieder in den neuen Bundesländern folgt im Wesentlichen der in den alten Bundesländern, wenngleich sich in Westdeutschland die geschlechts- und altersspezifischen Differenzen weitaus deutlicher zeigen. Am prägnantesten erweisen sich diese Ost-West-Unterschiede bei der Mitgliedschaft in Sportvereinen.

Das politische Interesse ist nicht nur ein wichtiger Indikator für die politische Involviertheit der Bevölkerung in das politische System, sondern auch für den Grad der politischen Handlungsbereitschaft der Bevölkerung. Nur Personen, die ein Mindestmaß an politischem Interesse zeigen, werden motiviert sein, sich politische Informationen zu beschaffen und politisch aktiv mitzuwirken. Insgesamt haben 32 % der Westdeutschen und 26 % der Ostdeutschen ein sehr starkes bzw. starkes politisches Interesse (vgl. Tab. 8). Ein starkes Interesse findet sich erwar-

Tab. 8: Politisches Interesse und Wichtigkeit des politischen Einflusses, 1993–1998
Angaben in Prozent

	Politisches Interesse ¹				Wichtigkeit des Einflusses auf politische Entscheidungen ²			
	West		Ost		West		Ost	
	1993	1998	1993	1998	1993	1998	1993	1998
Insgesamt	35	32	27	26	50	55	37	50
Mitglieder ³	42	39	32	33	56	58	40	54
Nichtmitglieder	28	22	23	22	42	50	35	47
Gewerkschaftler	46	47	25	38	59	58	33	52
Nichtmitglieder	33	30	28	25	48	58	39	55
Parteimitglieder	80	82	65	79	76	73	82	82
Nichtmitglieder	33	30	26	24	48	57	36	52
Mitglieder Bürgerinitiative	73	(74)	(80)	(57)	74	(64)	(80)	(93)
Nichtmitglieder	35	31	27	26	49	58	37	53

() Zahlen in Klammern, wenn Prozentuierungsbasis < 30.

1 „sehr starkes“ und „starkes“ politisches Interesse.

2 Anteil der Befragten, die angeben, dass der Einfluss auf politische Entscheidungen „sehr wichtig“ bzw. „wichtig“ für ihr Wohlbefinden und ihre Zufriedenheit ist.

3 Personen mit mindestens einer (Mitglieder) bzw. keiner Mitgliedschaft (Nichtmitglieder) in allen Vereinen und Organisationen.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1993, 1998.

tungsgemäß bei Mitgliedern von Parteien, Bürgerinitiativen und Gewerkschaften, wobei sich die Anteile für Ost- und Westdeutschland angleichen. Eine ähnliche Entwicklung läßt sich für die Bedeutung aufzeigen, die dem Einfluss auf politische Entscheidungen für das Wohlbefinden und die Zufriedenheit zugemessen wird. Der Anteil der Westdeutschen, der den Einfluss auf politische Entscheidungen für wichtig erachtet, hat von 1984 (35 %) auf 1998 (55 %) deutlich zugenommen. Gleiches gilt für Ostdeutschland für den Zeitraum von 1993 bis 1998: Jeder Zweite in Ostdeutschland beurteilt mittlerweile den Einfluss auf politische Entscheidungen als sehr wichtig bzw. wichtig.

Nimmt man die Beteiligung in politischen Parteien und Bürgerinitiativen als Indikator für die politische Integration, dann zeigen sich hier zwar Angleichungstendenzen, betrachtet man allerdings die Vereinsmitgliedschaften als ein Maß für die soziale Integration, dann bleibt diese in Ostdeutschland weit hinter der in Westdeutschland zurück.

13.3 Beteiligung und Freizeit

Die Mitgliedschaft und das Engagement in Vereinen wird zu einem wesentlichen Teil durch den Umfang an frei verfügbarer Zeit bestimmt. Die Gestaltung der Freizeit in Form aktiver wie auch passiver Tätigkeiten erfordert zeitliche und mehr oder weniger materielle Ressourcen. Für die Freizeitgestaltung können somit die Einkommensverhältnisse von Bedeutung sein, die sich nach wie vor zwischen Ost- und Westdeutschland unterscheiden, aber auch die Arbeitszeit. So hat sich die tariflich festgelegte Wochenarbeitszeit in den letzten Jahrzehnten in Westdeutschland stark verkürzt, darüber hinaus zeichnet sich eine Angleichung zwischen Ost- und Westdeutschland ab. Dies hat zwar zu einer Ausweitung des Aktivitätsspektrums geführt, jedoch nicht unbedingt zu einer Erweiterung des subjektiv wahrgenommenen Freizeitumfangs. Die geringere Eingebundenheit der Ostdeutschen in Vereine könnte auch auf einen geringeren subjektiv wahrgenommenen Freizeitumfang zurückzuführen sein, der den Gestaltungsspielraum einschränkt und eine aktive Teilnahme in Vereinen begrenzt. In Westdeutschland geben 38 % an, über sehr wenig bzw. wenig freie Zeit zu verfügen (vgl. Tab. 9). Deutlich höher liegt dieser Anteil in Ostdeutschland mit 45 %. Gegenüber 1993 ergeben sich in Westdeutschland nur geringe Veränderungen, in Ostdeutschland zeigt sich eine leichte Verschiebung hin zu einer Erhöhung des Anteils mit sehr viel Freizeit. Deutliche Unterschiede in den beiden Landesteilen sind zwischen den Altersgruppen und nach dem Erwerbsstatus festzustellen. Mehr als die Hälfte der ostdeutschen 18- bis 34-Jährigen gibt an, über wenig freie Zeit zu verfügen, und ein Viertel gibt an, über viel Freizeit zu verfügen; in Westdeutschland sind dies 44 % bzw. 42 %. Ein ähnliches Bild erhält man bei einer Differenzierung nach dem Erwerbsstatus. Insgesamt 74 % der Vollzeitbeschäftigten in Ostdeutschland und 49 % der Vollzeitbeschäftigten in Westdeutschland geben an, über wenig freie Zeit zu verfügen.

Tab. 9: Wahrgenommener Freizeitumfang, 1998

	Wahrgenommener Freizeitumfang							
	sehr viel		viel		wenig		sehr wenig	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Veränderung 1998 zu 1993 (in Prozentpunkten)	+2	+9	-5	-6	+3	-1	-1	-2
Insgesamt	21	26	41	29	33	38	5	7
Geschlecht								
Männer	21	21	41	29	34	41	5	8
Frauen	21	30	42	29	31	34	6	6
Altersgruppe								
18–34 Jahre	9	12	42	26	44	54	4	7
35–54 Jahre	9	11	40	29	42	47	9	13
55 Jahre u. ä.	41	50	42	32	15	16	2	2
Erwerbsstatus ¹								
Vollzeitbeschäftigt	6	3	38	23	49	60	7	14
Teilzeitbeschäftigt ²	9	4	37	44	47	47	7	4
Nicht erwerbstätig	37	49	49	33	15	16	3	2

1 ohne Wehr- oder Zivildienstleistende.

2 einschl. nebenher Erwerbstätiger.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

Tab. 10: Zufriedenheit mit der Freizeit, 1998

	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	% ¹	Ø	% ¹	Ø
Insgesamt	83	7,5	73	6,8
Vereinsmitglieder ²	86	7,6	72	6,8
Nichtvereinsmitglieder	82	7,5	73	6,8
Altersgruppe				
18–34 Jahre	80	7,3	69	6,4
35–54 Jahre	78	7,1	63	6,2
55 Jahre u. ä.	91	8,2	85	7,7
Freizeitumfang				
sehr viel	93	8,5	77	7,3
viel	95	8,0	87	7,5
wenig	69	6,7	67	6,4
sehr wenig	47	5,5	33	4,7

1 Anteil der Befragten, die „eher zufrieden“ (= 6–10) mit der Freizeit sind (Skala von 0 = ganz und gar unzufrieden bis 10 = ganz und gar zufrieden).

2 Anteil der Befragten, die Mitglied in einem kirchlichen Verein, Musik-/Gesangverein oder Sportverein sind.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

In der zeitlichen Perspektive von 1984 (27 %) bis 1998 (36 %) hat der Freizeitbereich in Westdeutschland eine zunehmende Bedeutung erfahren. Auch in Ostdeutschland ist ein Anstieg des Anteils der Befragten, die angeben, dass die Freizeit sehr wichtig für ihr Wohlbefinden ist, von 24 % im Jahr 1993 auf 31 % zu verzeichnen. Der Zugewinn in der Wichtigkeit ging allerdings nicht mit einem Anstieg in der Zufriedenheit mit der Freizeit einher. Deutlich höher liegen die Zufriedenheitswerte in den alten Bundesländern. Insbesondere ältere Befragte ab 55 Jahre sind deutlich zufriedener mit ihrer Freizeit. Die Annahme, dass die Zufriedenheit der Freizeit unter anderem durch eine Mitgliedschaft in einem Verein mitbestimmt wird, trifft nicht zu. Der Zugewinn in der Zufriedenheit geht vor allem mit einem Mehr an subjektiv wahrgenommenem Freizeitumfang einher und weniger mit der Mitgliedschaft in einem Verein. Deutlich unzufriedener sind sowohl in West- als auch in Ostdeutschland Befragte, die subjektiv über sehr wenig Freizeit verfügen. Insgesamt liegen die Zufriedenheitswerte in Ostdeutschland unter denen in Westdeutschland.

(Anke Schöb)

Weitere Informationen zum Thema Beteiligung und Freizeit siehe Teil I, Kap. 6.

14 Umwelt

Nach dem Regierungswechsel 1998 werden umweltpolitische Themen öffentlich wieder stärker diskutiert, als dies in den vergangenen Jahren der Fall war. Ob es nun die Diskussion um fünf DM pro Liter Benzin oder der im Wahlkampf angekündigte Ausstieg aus der Atomenergie ist, die Regierungsbeteiligung der Partei „Bündnis 90/Die Grünen“ hat zur Folge, dass das Thema Umwelt allgemein und umweltpolitische Maßnahmen im Besonderen wieder stärker in das öffentliche Interesse rücken. Bereits zu Beginn der 90er Jahre waren durch die deutsche Wiedervereinigung und die Umweltprobleme der neuen Länder verstärkte Aktivitäten von Seiten der öffentlichen Hand in diesem Bereich notwendig geworden. Jedoch vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Umbruchs und seiner Folgen, wie Arbeitslosigkeit und andere Prozesse der Umstrukturierung, waren in den vergangenen fünf Jahren Umweltprobleme eher in den Hintergrund geraten.

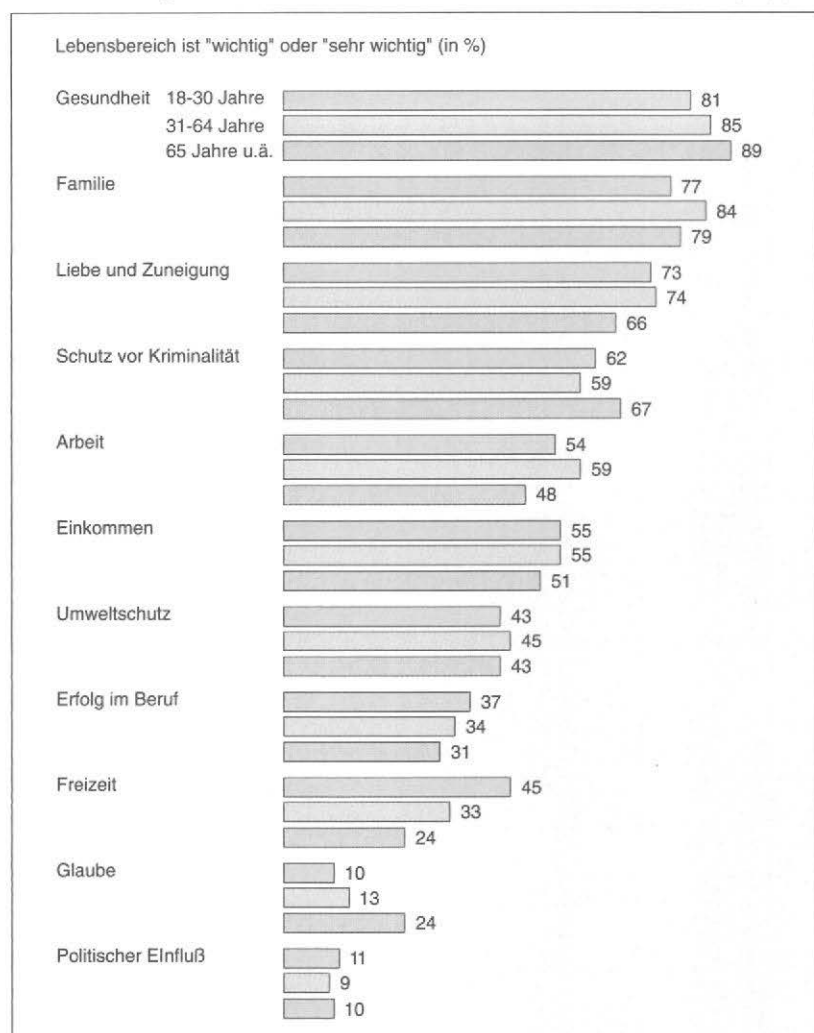
Weitere Informationen zum Thema Umwelt siehe Teil I, Kap. 19.

14.1 Stellenwert des Umweltschutzes für das persönliche Wohlbefinden

Wie wichtig für Deutsche in den alten und neuen Bundesländern der Umweltschutz ist, wird daran deutlich, dass 1998 97 % der Bevölkerung im Westen und 96 % im Osten dieses Thema als „sehr wichtig“ oder „wichtig“ einstufen, wobei es zwischen den Befragten im Westen und Osten geringe Unterschiede gibt: für 46 % im Westen und 41 % im Osten stellt der Umweltschutz ein „sehr wichtiges“ Thema dar. Im Vergleich zu früheren Jahren sind die Anteile derjenigen, die Umwelt als sehr wichtig für ihr persönliches Wohlbefinden ansehen, nahezu unverändert geblieben. Bildet man jedoch für die verschiedenen Lebensbereiche eine Rangfolge bezüglich des Stellenwertes, so zeigt sich, dass neben der überragenden Bedeutung der privaten Lebensbereiche „Gesundheit und Familie“ der öffentliche Bereich „Schutz vor Kriminalität“ und die Bereiche „Arbeit und Einkommen“ noch deutlich vor dem Bereich „Umwelt“ rangieren. Während Umweltschutz im Westen als ähnlich wichtig angesehen wird wie Einkommen oder Arbeit, sind im Osten Arbeit, Einkommen oder Schutz vor Kriminalität derzeit wesentlich wichtiger als Umweltschutz.

Betrachtet man die Bedeutung des Umweltschutzes für das persönliche Wohlbefinden, so ist festzustellen, dass die Wichtigkeit des Umweltschutzes weniger vom Alter abhängig ist als die meisten anderen Lebensbereiche. Größere Unter-

Abb. 1: Wichtigkeit von Lebensbereichen in Deutschland nach Altersgruppen



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

schiede in der Beurteilung der Wichtigkeit des Umweltschutzes treten dann auf, wenn man die Befragten nach ihrer Wertorientierung unterscheidet. 48 % derjenigen, die zu den Postmaterialisten gezählt werden, sind der Ansicht, dass Umweltschutz für ihr persönliches Wohlbefinden sehr wichtig sei, wohingegen Materialisten nur zu 38 % Umweltschutz als sehr wichtig erachten.

14.2 Zufriedenheit mit dem Umweltschutz

Im Vergleich mit anderen Zufriedenheiten rangiert die Zufriedenheit mit dem Umweltschutz fast immer auf den niedrigsten Plätzen. Im Westen war 1984 mit einem Wert von 3,8 (auf der Skala von 0 = ganz und gar unzufrieden bis 10 = ganz und gar zufrieden) die geringste Zufriedenheit mit dem Umweltschutz festzustellen. In den folgenden Jahren stieg die Zufriedenheit mit diesem Lebensbereich kontinuierlich an auf 6,2 im Jahr 1998. Im Osten war dagegen im ersten Wohlfahrtssurvey 1990 die Zufriedenheit mit dem Umweltschutz am geringsten. Sie stieg jedoch bereits 1993 auf Werte wie in Westdeutschland an und befindet sich auch 1998 mit 6,0 auf gleichem Niveau. Dennoch sind niedrigere Zufriedenheiten als mit dem Umweltschutz nur noch bei der Zufriedenheit mit den demokratischen Einrichtungen, den Möglichkeiten der politischen Betätigung, der öffentlichen Sicherheit und der Kirche festzustellen.

Zunehmend zufrieden mit dem Umweltschutz sind sämtliche Altersgruppen, besonders stark ist jedoch die Zufriedenheit der jüngeren – ehemals unzufriedenen – Bevölkerungsgruppen im Alter zwischen 18 und 30 Jahren gestiegen (vgl. Tab. 1). Außerdem ist festzuhalten, dass dadurch die Altersunterschiede in der Zufriedenheit mit Umweltschutz, die im Osten bereits seit 1990 gering waren, im Westen nun auch deutlich zurückgegangen sind. Im Vergleich zwischen den alten und den neuen Bundesländern zeigen sich nun erstmals keine großen Unterschiede mehr in der Zufriedenheit mit dem Umweltschutz, sodass sich das West-Ost-Gefälle der vergangenen Jahre in diesem Lebensbereich nahezu aufgelöst hat.

Tab. 1: Zufriedenheit mit dem Umweltschutz in West- und Ostdeutschland

	Zufriedenheit mit dem Umweltschutz ¹							
	Westdeutschland					Ostdeutschland		
	1978	1984	1988	1993	1998	1990	1993	1998
Insgesamt	5,0	3,8	4,5	4,8	6,2	2,2	4,8	6,0
Alter								
18–30-Jährige	4,4	3,1	3,7	4,1	6,0	1,9	4,3	5,6
31–44-Jährige	5,1	3,8	4,2	4,5	6,1	2,0	4,6	6,0
45–64-Jährige	5,2	4,1	4,7	5,1	6,2	2,3	5,2	6,3
über 65-Jährige	5,2	4,5	5,2	5,6	6,5	2,6	5,1	6,2
Ortstyp								
Dorf	5,3	4,1	4,6	5,2	6,3	2,6	5,1	6,3
Kleinstadt ²	5,1	3,8	4,3	4,6	6,1	2,0	5,0	6,0
Mittl. Stadt ³	5,2	3,7	4,4	4,9	6,2	2,5	4,8	5,9
Großstadt	4,5	3,7	4,2	4,6	6,0	1,9	4,3	5,7
Vorort einer Großstadt	4,5	3,6	4,8	4,6	6,1	2,4	4,4	5,9

1 Mittelwerte auf der Zufriedenheitsskala von 0 = ganz und gar unzufrieden bis 10 = ganz und gar zufrieden.

2 bis 30 000 Einwohner.

3 bis 100 000 Einwohner.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1994, 1988, 1990 (Ost), 1993, 1998 (West und Ost).

Tab. 2: Zufriedenheit mit dem Umweltzustand in West- und Ostdeutschland
Angaben in Prozent

	Zufriedenheit mit dem Umweltschutz															
	eher zufrieden								eher unzufrieden							
	West					Ost			West					Ost		
	'78	'84	'88	'93	'98	'90	'93	'98	'78	'84	'88	'93	'98	'90	'93	'98
Insgesamt	40	22	30	37	64	7	35	61	39	58	46	42	16	83	39	17
Alter																
18–30-Jährige	32	15	19	25	59	10	32	54	49	72	60	58	20	86	44	23
31–44-Jährige	43	22	26	30	63	7	30	57	37	60	50	47	17	90	48	18
45–64-Jährige	44	25	35	42	65	6	40	66	34	53	40	35	16	80	27	14
über 65-Jährige	42	27	42	56	70	5	40	64	36	47	33	26	9	76	36	13
Ortstyp																
Dorf	45	27	31	44	65	13	45	66	32	52	42	36	14	75	32	15
Kleinstadt ²	42	21	27	30	63	5	33	60	37	61	46	45	15	86	37	16
Mittl. Stadt ³	45	20	33	43	68	5	34	61	35	58	50	40	15	77	40	17
Großstadt	34	22	26	34	59	7	27	56	48	61	53	47	19	89	49	18
Vorort einer Großstadt	31	18	37	33	68	12	29	60 ¹	44	63	40	41	13	85	36	25 ¹

1 N < 20.

2 bis 30 000 Einwohner.

3 bis 100 000 Einwohner.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1984, 1988, 1990 (Ost), 1993, 1998 (West und Ost).

Betrachtet man die Anteile der mit dem Umweltzustand eher Zufriedenen und der eher Unzufriedenen, so hat sich zwischen 1993 und 1998 in beiden Teilen Deutschlands der Anteil der Zufriedenen von einem Drittel auf zwei Drittel der Bevölkerung nahezu verdoppelt. Dementsprechend hat sich auch der Anteil der Unzufriedenen verringert und ist auf weniger als die Hälfte des Jahres 1993 zurückgegangen. Mit dieser Entwicklung verkleinert sich auch der Unterschied zwischen Ost und West, obwohl in dieser Betrachtungsweise noch größere Unterschiede sichtbar sind als bei der Analyse der Mittelwerte. In der jüngsten Altersgruppe bis 30 Jahre und in der ältesten Altersgruppe ab 65 Jahren sind in Ostdeutschland weniger Personen mit dem Umweltschutz zufrieden als in Westdeutschland. Besonders auffällig ist, dass noch vor fünf Jahren die absolut geringste Zufriedenheit unter den jungen Westdeutschen anzutreffen war. Erneut wird deutlich, dass sich besonders in den beiden jüngeren Altersgruppen in Westdeutschland die Anteile der mit dem Umweltschutz Zufriedenen mehr als verdoppelt haben. Dadurch haben sich die Altersunterschiede hinsichtlich dieser Zufriedenheit in Westdeutschland verringert.

Berücksichtigt man die Größe der Wohnorte der Befragten, so ist gleichermaßen in Ost- wie auch in Westdeutschland die geringste Zufriedenheit mit dem Umweltschutz in den Städten und Großstädten ab 100 000 Einwohnern festzustellen. Unterscheidet man nach den einzelnen Bundesländern, so wird deutlich, dass in Berlin und in den neuen Ländern Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern die

geringste Zufriedenheit mit dem Umweltzustand besteht. Doch auch zwischen den alten Ländern gibt es Unterschiede. So sind die Befragten in Schleswig-Holstein, in Rheinland-Pfalz/Saarland (die beiden letztgenannten Bundesländer wurden in der Datenbasis zusammengefasst) und Bayern zufriedener mit dem Zustand der Umwelt als der westliche Durchschnitt (6,2), während in Baden-Württemberg der Wert unter dem Durchschnitt liegt. In den neuen Ländern erreicht Thüringen die höchste Zufriedenheit. Gemeinsam ist diesen Ländern mit hohen Zufriedenheiten, dass sie größere Regionen besitzen, die sich als naturnahe Erholungsgebiete bezeichnen lassen und in denen Programme zum Umweltschutz Erfolge gezeigt haben.

Tab. 3: Zufriedenheit¹ mit dem Umweltschutz nach Alter, Geschlecht, Bildung und Parteipräferenz

	18–30 Jahre	31–44 Jahre	45–64 Jahre	über 65 Jahre
Bildungsabschluss				
Volks- und Hauptschulabschluss	6,0	6,2	6,2	6,4
Realschulabschluss	5,8	6,1	6,1	6,4
Fachhochschulreife/ Abitur	5,8	5,8	6,1	6,2
Wertorientierung ²				
Materialisten	6,5	6,3	6,6	6,7
Mischtypen	5,8	6,2	6,2	6,3
Postmaterialisten	5,4	5,4	5,5	6,0
Parteipräferenz				
CDU/CSU	6,3	6,8	6,6	6,8
FDP	7,2	7,2	6,8	6,9
SPD	6,1	5,9	6,1	6,4
Bündnis 90/Die Grünen	5,2	4,8	4,5	4,2
PDS	4,3	5,2	6,0	5,1
keine	4,9	6,3	6,9	5,4

1 Mittelwerte auf der Zufriedenheitsskala von 0 = ganz und gar unzufrieden bis 10 = ganz und gar zufrieden.

2 Inglehart-Index.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1993 (West und Ost).

Neben dem Alter der Befragten gibt es weitere Merkmale, wie z. B. Bildung oder Parteipräferenz, nach denen sich Unterschiede in der Zufriedenheit mit dem Umweltschutz ergeben. Betrachtet man die Ergebnisse der vergangenen Jahre, so sind Personen mit höherer Bildung meist mit dem Zustand der Umwelt weniger zufrieden als Personen mit geringer Schulbildung. Dies lässt sich auch für die Befragten des Jahres 1998 feststellen, nur werden die Unterschiede aufgrund des Bildungsabschlusses immer geringer. Es bleibt festzuhalten, dass sowohl die Unterschiede in der Zufriedenheit mit dem Umweltschutz zwischen den verschiedenen Bildungsabschlüssen als auch zwischen den Altersgruppen im Laufe

der Jahre abgenommen haben. Die Umweltproblematik ist also mittlerweile für die Bevölkerung jeden Alters und jeder Bildungsart relevant geworden.

Deutliche Unterschiede in der Zufriedenheit mit dem Umweltzustand ergeben sich nach der Parteipräferenz. Während Anhänger der konservativen Parteien (CDU, CSU, FDP) eher mit dem Zustand der Umwelt zufrieden sind, gilt dies für die Anhänger der anderen Parteien weitaus weniger (vgl. Tab. 3). Da die Umweltproblematik ein zentrales Anliegen der Partei Bündnis 90/Die Grünen ist, erreichen die Befragten mit dieser Parteipräferenz erwartungsgemäß die niedrigsten Werte der Zufriedenheit. Während früher die Anhänger der PDS noch die Gruppe darstellten, die mit dem Umweltschutz am wenigsten zufrieden war, so sind es nun (wieder) die Anhänger der klassischen „Umwelpartei“. Interessant ist, dass die unter diesen Partei-Anhängern ohnehin niedrige Zufriedenheit mit dem Alter abnimmt, so dass – im Gegensatz zu den meisten anderen Parteien – die jüngeren Anhänger zufriedener sind als die der ältesten Gruppe. Die weitere Entwicklung dieser Werte wird angesichts der Regierungsbeteiligung von Bündnis 90/Die Grünen in Zukunft von besonderem Interesse sein.

Die Maßnahmen für den Umweltschutz scheinen sich nicht nur für die Bevölkerung in Ostdeutschland seit der Wende spürbar verbessert zu haben. Es ist insgesamt ein deutlicher Anstieg der Zufriedenheit mit dem Zustand der Umwelt in den neuen und in den alten Bundesländern festzustellen. Allerdings könnte der Anstieg in der Zufriedenheit mit dem Umweltschutz auch darin begründet sein, dass es andere Bereiche gibt, in denen die Probleme größer geworden sind. So kann angenommen werden, dass bei zunehmender Wichtigkeit der Arbeitsmarktsituation den Umweltproblemen eine geringere Aufmerksamkeit geschenkt wird und dass damit diese Probleme im Vergleich zu anderen Problemen geringer erscheinen.

14.3 Klagen über einzelne Umweltprobleme

Betrachtet man die einzelnen Umweltbereiche, wie z. B. Lärmbelästigung, Luftverschmutzung, Mangel an Grünanlagen, Landschaftszerstörung oder die Reinheit des Leitungswassers, in denen sich die Bevölkerung durch Umweltprobleme beeinträchtigt fühlen könnte, so sind deutlichere Unterschiede in der Umweltwahrnehmung zwischen Ost und West festzustellen. Seit der deutschen Wiedervereinigung ist der Anteil derjenigen, die im Osten über einzelne Umweltprobleme klagen, deutlich zurückgegangen (vgl. Tab. 4). Dennoch ist 1998 in den neuen Ländern der Anteil derer, die sich durch Lärmbelästigung oder Landschaftszerstörung beeinträchtigt fühlen, deutlich höher als im Westen (vgl. Abb. 2). Diese Klagen beziehen sich auf die unmittelbare Umgebung der Wohnung und stellen damit einen Aspekt der Umweltthematik dar, der wesentlich konkreter Umweltprobleme sichtbar werden lässt, als die allgemeine Einschätzung von Umweltschutz, die in den vorhergehenden Fragen analysiert wurde.

Tab. 4: Umweltprobleme in West- und Ostdeutschland
Angaben in Prozent

	„Sehr“ oder „ziemlich starke“ Klagen über ...														
	Dorf			Kleinstadt			Mittlere Stadt			Großstadt			Vorort einer Großstadt		
	Westdeutschland														
	'88	'93	'98	'88	'93	'98	'88	'93	'98	'88	'93	'98	'88	'93	'98
Lärm	24	15	12	29	20	19	35	29	19	33	30	28	24	20	21
Luftverschmutzung	13	11	10	21	18	13	29	21	16	45	37	26	17	19	20
Mangel an Zugang zu Grünflächen	2 ¹	3	2	8	6	5	13	12	8	15	17	14	10	2	7 ¹
Landschafts-zerstörung	12	6	5	16	14	7	19	13	12	25	20	20	22	12	19
Reinheit des Leitungswassers	11	10	4	13	16	6	11	9	6	18	14	7	17	17	8 ¹
	Ostdeutschland														
	'88	'93	'98	'88	'93	'98	'88	'93	'98	'88	'93	'98	'88	'93	'98
Lärm	29	26	18	30	30	21	36	26	52	36	29	41	29	35	59 ¹
Luftverschmutzung	44	24	8	59	28	12	63	25	31	37	39	30	39	23	38 ¹
Mangel an Zugang zu Grünflächen	15	6	3 ¹	17	13	5 ¹	13	15	17 ¹	24	23	26	5	6	11 ¹
Landschafts-zerstörung	38	14	8	43	16	12	32	26	23	21	36	30	36	9	34 ¹
Reinheit des Leitungswassers	32	21	9	30	20	7	34	13	9 [*]	27	14	13	14	26	8 ¹

1 N < 20.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988, 1990 (Ost), 1993, 1998 (West und Ost).

Abb. 2: Klagen über Umweltprobleme



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

Es zeigt sich, dass sowohl im Westen als auch im Osten Lärm mittlerweile das größte Umweltproblem darstellt, über das 20 bis 30 % der Bevölkerung ziemlich stark bzw. sehr stark klagen. Etwa gleichauf in Ost und West rangiert danach die Luftverschmutzung, die für 17 % ein großes Umweltproblem darstellt. Über die Luftverschmutzung hatten sich im Osten 1990 noch 56 % und 1993 28 % der Bevölkerung sehr besorgt geäußert. Auch die Landschaftszerstörung bietet im Osten für 17 % Anlass für sehr starke oder ziemlich starke Klagen, während der Mangel an Grünflächen und die Wasserqualität nicht mehr so große Umweltprobleme darstellen.

Betrachtet man den Einfluss der Ortsgröße auf die Beurteilung der Umweltsituation, so überrascht es wenig, dass in Großstädten die meisten Personen eine „sehr starke“ oder „starke“ Beeinträchtigung in nahezu allen Bereichen der Umwelt äußern. Die Anteile derjenigen, die über Lärmbelästigung oder Luftverschmutzung klagen, sind in großen Städten immer noch doppelt oder sogar dreimal so hoch wie in Dörfern – trotz des insgesamt rückläufigen Trends. In den neuen Bundesländern ist sogar in den mittleren Städten und in den Großstädten ein erneuter Anstieg der Zahl derer festzustellen, die sehr starke oder ziemlich starke Klagen über Lärm äußern, eine Entwicklung, die es in diesem Umfang im Westen bei keiner Bevölkerungsgruppe gibt. Auch der Mangel an Zugang zu Grünflächen wird im Osten in der jüngeren Zeit besonders in den Städten verstärkt beklagt. Gleichzeitig haben die Klagen und Sorgen über Luftverschmutzung, Landschaftszerstörung und die Reinheit des Leitungswassers in den neuen Ländern deutlich abgenommen. In diesen Bereichen sind offensichtlich durch Maßnahmen des Umweltschutzes durchaus Verbesserungen spürbar.

Dennoch sind die Klagen über Lärmbelästigung im unmittelbaren Wohnumfeld vor allem in den neuen Ländern und in den Städten nahezu unverändert hoch. Aus Studien über die Quellen der Lärmbelästigung ist bekannt, dass Verkehrslärm von der Mehrheit der Bevölkerung als Hauptquelle der Belästigung angesehen wird. Es scheinen nach wie vor die gestiegene Motorisierung und der damit verbundene Verkehrslärm im Osten als die größte Umweltbeeinträchtigung wahrgenommen zu werden.

Betrachtet man die Beeinträchtigungen nach dem Alter der Befragten, so zeigt sich, dass in nahezu allen Bereichen mit höherem Alter eine zunehmende Zufriedenheit mit der Umwelt und abnehmende Klagen und Sorgen einhergehen. Eine Ausnahme bilden allerdings Klagen über Lärmbelästigung, die auch bei den älteren Befragten immer noch hoch bleiben. Die Parteipräferenz der Personen beeinflusst außerdem nicht nur die Zufriedenheit mit dem Umweltzustand und die Sorgen um den Umweltschutz, sondern auch die unmittelbar wahrgenommene Beeinträchtigung durch Umweltprobleme. So steigt der Anteil derjenigen, die sich durch Lärm beeinträchtigt fühlen, von 19 % der CDU-Anhänger auf 28 % der Bündnis 90/Die Grünen-Anhänger und sogar auf 33 % der PDS-Anhänger. Die Beeinträchtigung durch Luftverschmutzung steigt von ca. 10 % (CDU und FDP) auf 27 % (PDS) und erreicht sogar 30 % der Befragten (Bündnis 90/Die Grünen). Auch

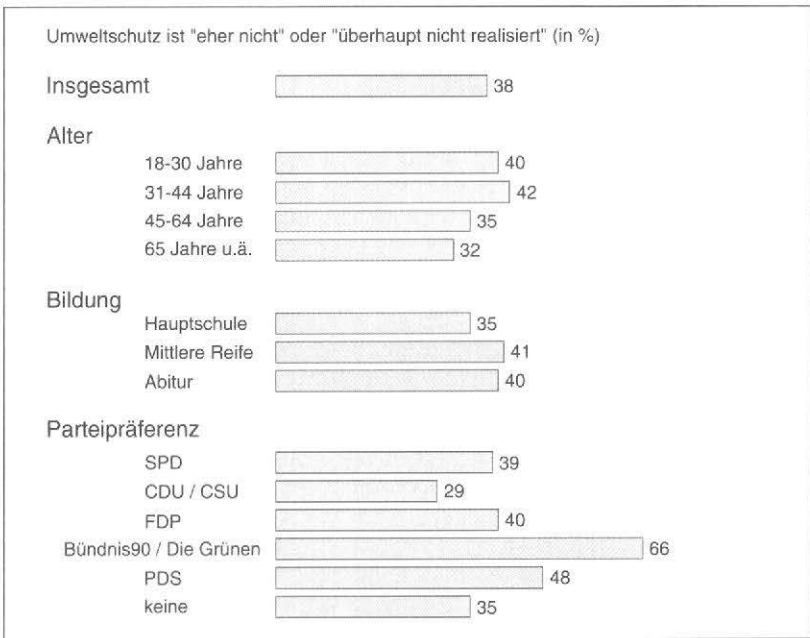
die anderen Umweltprobleme werden von Anhängern der klassischen „Umwelt-partei“ und von PDS-Anhängern, d. h. meist auch Bürgerinnen und Bürgern der neuen Bundesländer, deutlich stärker wahrgenommen als von den anderen Befragten.

14.4 Schutz der Umwelt als gesellschaftliche Aufgabe

Mit der Frage „In welchem Maße ist der Schutz der Umwelt in der Bundesrepublik realisiert?“ (voll und ganz, eher, eher nicht, überhaupt nicht) wurde erfragt, inwieweit die Bürgerinnen und Bürger diese gesellschaftliche Aufgabe bzw. das Recht auf eine geschützte Umwelt derzeit verwirklicht sehen. Im Gegensatz zur Zufriedenheit mit dem Schutz der Umwelt zielt diese Frage eher auf Umweltschutz als eine Art gesellschaftliches Grundrecht.

Nur gut die Hälfte der Bevölkerung ist der Ansicht, dass der Schutz der Umwelt gewährleistet sei. Immerhin knapp 40 % der Befragten (39 % im Westen und 35 % im Osten) sehen den Schutz der Umwelt eher nicht oder überhaupt nicht realisiert.

Abb. 3: Realisierung des Umweltschutzes



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

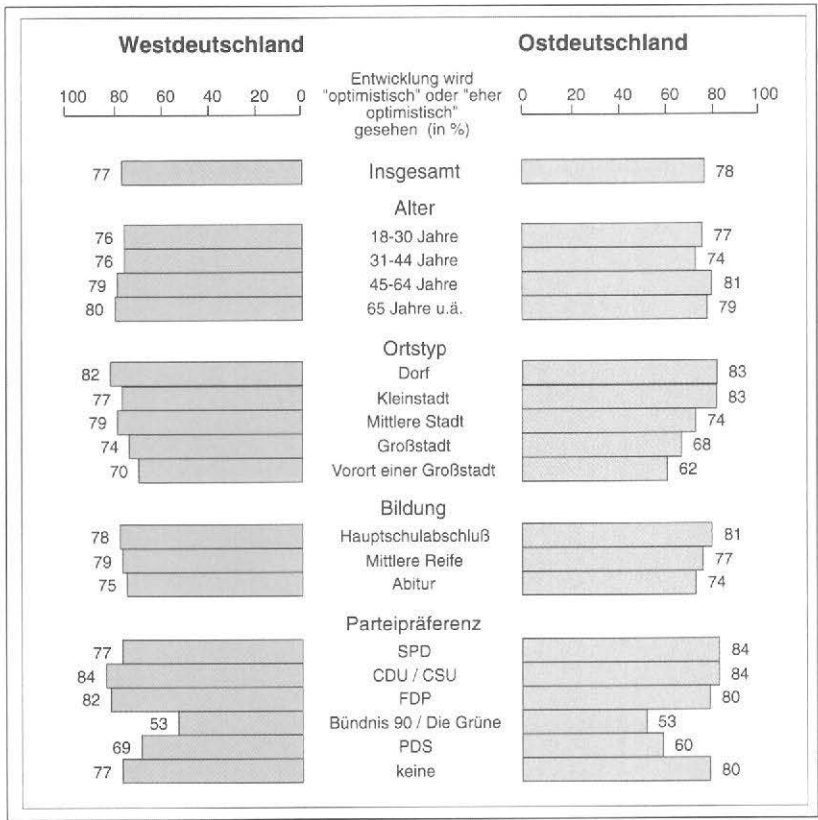
Die Unterschiede in der Beurteilung nach dem Alter sind vergleichbar mit den Ergebnissen zur Zufriedenheit mit dem Umweltschutz, in denen auch Ältere eher den Schutz der Umwelt als realisiert betrachten als Jüngere. Ähnlich sind auch die Unterschiede hinsichtlich des Bildungsniveaus, wobei sich die deutlichste Differenzierung in den unterschiedlichen Parteipräferenzen zeigt. Zwei Drittel der befragten Anhänger der Partei Bündnis 90/Die Grünen sehen den Schutz der Umwelt eher nicht bzw. überhaupt nicht realisiert. Auch Anhänger der PDS sind zu knapp der Hälfte der Ansicht, dass diese Aufgabe noch nicht gelöst sei, während die Anhänger der konservativen Parteien oder Parteilose zu zwei Dritteln der Ansicht sind, der Schutz der Umwelt sei eher oder sogar voll und ganz realisiert.

14.5 Einschätzung der zukünftigen Entwicklung der Umweltsituation

Obwohl vor fünf Jahren noch deutliche Unterschiede in der Umweltzufriedenheit und in der Wahrnehmung der Umweltprobleme zwischen der Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland vorhanden waren, beurteilten 1998 beide Gruppen zu knapp 60 % die „Entwicklung der Umweltsituation für die nächsten Jahre an ihrem Wohnort“ eher optimistisch bzw. optimistisch. Dieser Optimismus hinsichtlich einer positiven Entwicklung der Umwelt hat in Ost- und Westdeutschland mittlerweile noch weiter zugenommen, so dass knapp 80 % der Bevölkerung 1998 der Ansicht sind, dass sich die Umweltsituation positiv entwickeln wird. Im Vergleich zu den anderen Lebensbereichen, für die eine Einschätzung der zukünftigen Entwicklung erfragt wurde, gibt es keinen Lebensbereich, in dem Ost- und Westdeutsche sich in ihrer Einschätzung so einig sind. In allen anderen Bereichen sind die Personen in den neuen Ländern wesentlich pessimistischer, was die zukünftige Entwicklung angeht.

Dieser Zukunftsoptimismus unterliegt nur geringen Schwankungen durch das Alter und das Bildungsniveau. Auch bei dieser Fragestellung zeigen sich Unterschiede zwischen Bewohnern und Bewohnerinnen der verschiedenen Ortstypen, die im Osten stärker ausgeprägt sind als im Westen. Während sich die – ohnehin mit dem Umweltzustand zufriedeneren – Bewohner und Bewohnerinnen der Dörfer und Kleinstädte zu über 80 % sehr optimistisch bezüglich der Entwicklung der Umweltsituation an ihrem Wohnort äußern, erwarten die Großstadtbewohner/-innen im Osten nur zu knapp 70 % Verbesserungen bezüglich der Entwicklung der Umwelt. Die Parteipräferenz prägt nicht nur die Wahrnehmung von Umweltproblemen, sondern in hohem Maße auch die Einschätzung der zukünftigen Entwicklung der Umweltsituation. Während die Anhänger der konservativen Parteien nicht nur die derzeitige Umweltsituation deutlich positiver beurteilen, sondern auch die zukünftige Entwicklung ausgesprochen optimistisch einschätzen, ist für Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen die aktuelle Umweltsituation nicht

Abb. 4: Zukunftsoptimismus bezüglich der Umweltsituation



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

zufriedenstellend und wird auch nur von der Hälfte der Befragten für die Zukunft optimistisch eingeschätzt. Dennoch bleibt festzuhalten, dass mehr als drei Viertel der Befragten der Entwicklung der Umweltsituation an ihrem Wohnort optimistisch entgegensehen.

(Caroline Kramer)

15 Soziale Schichtung und soziale Lagen

Nicht zuletzt im Zusammenhang mit der deutschen Wiedervereinigung finden Probleme der sozialen Ungleichheit und der Verteilung wieder erhöhte Aufmerksamkeit. Im Vordergrund stehen dabei das Wohlstandsgefälle und die Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West, wie es in den vorangegangenen Kapiteln dokumentiert wurde. Kaum minder bedeutsam sind aber auch die Konsequenzen für die Binnenstruktur sozialer Ungleichheit, die mit der Transformation in Ostdeutschland verbunden sind. Für den Bereich der neuen Bundesländer war zu erwarten, dass mit der Einführung der Marktwirtschaft nicht nur das Wohlstandsniveau steigen, sondern auch die Ungleichheit der früher noch vergleichsweise homogenen Lebensbedingungen zunehmen und sich eine differenzierte Struktur der sozialen Schichtung etablieren wird.

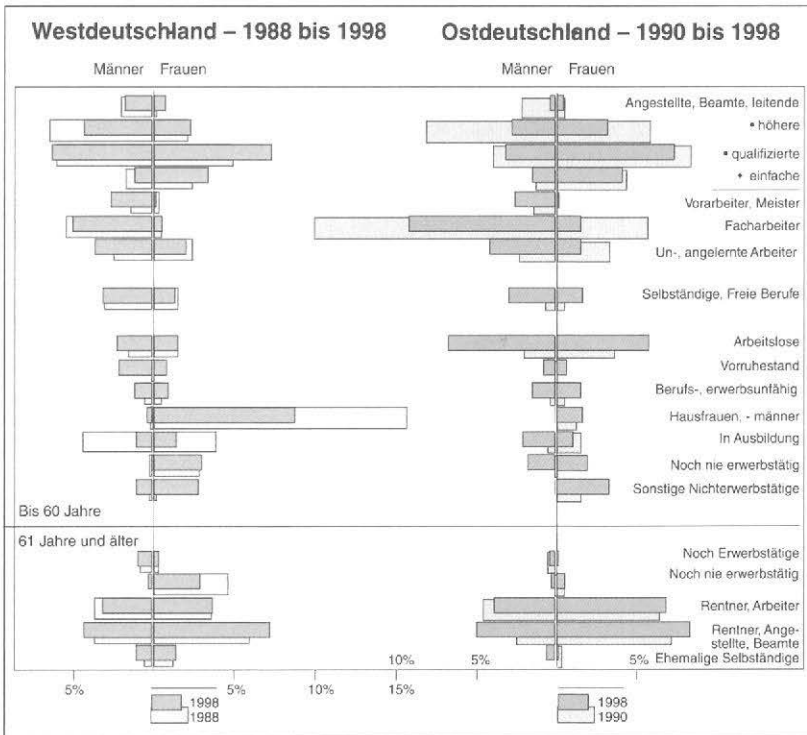
Soziale Schichtung und soziale Lagen sind Begriffe, die sich auf die vertikale Gliederung der Gesellschaft und auf die Position von Personen in einer Statushierarchie beziehen. Soziale Schichtung bezeichnet eine strukturelle Ungleichheit zwischen sozialen Positionen, die sich z. B. in Einkommens-, Prestige- und Einflussdifferenzen manifestiert. Begriffe wie „soziale Lagen“ beziehen sich daneben auch auf so genannte neue soziale Ungleichheiten, die alte, durch soziale Schichtung determinierte Ungleichheiten überlagern, verstärken oder abschwächen. In Dimensionen „neuer“ sozialer Ungleichheiten treten neben objektiven Merkmalen der Benachteiligung auch subjektive Merkmale in den Mittelpunkt der Betrachtung.

Weitere Informationen zum Thema soziale Schichtung und soziale Lagen siehe Teil I, Kap. 3.

15.1 Soziale Lagen in Deutschland

Im Folgenden wird ein Gesamtbild der Sozialstruktur der Bundesrepublik präsentiert, das einzelne Elemente der sozialen Schichtung aufnimmt (vgl. Abb. 1). Die erwachsene Bevölkerung wird hier für West und Ost getrennt nach Männern und Frauen, unter und über 60-Jährigen und nach insgesamt 20 Lagen der Erwerbstätigen und der Nichterwerbstätigen aufgegliedert. Im Blickpunkt steht die Sozialstruktur im Jahre 1998. Durch die Vergleichswerte zum Jahr 1990 in Ostdeutschland bzw. 1988 in Westdeutschland werden darüber hinaus die Richtung des sozialen Wandels und insbesondere die sozialstrukturellen Veränderungen in Ostdeutschland illustriert. In Tabelle 1 werden ergänzend die Basisdaten der betrachteten Jahre 1988/1990 und 1998 dokumentiert. In Tabelle 2 wird darüber hinaus aufgezeigt, inwieweit mit den einzelnen sozialen Lagen auch unterschied-

Abb. 1: Soziale Lagen in West- und Ostdeutschland



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988, 1990-Ost, 1998.

liche Lebensbedingungen und ein unterschiedliches Niveau im Bereich des subjektiven Wohlbefindens verknüpft sind.

Die massivsten Veränderungen der Sozialstruktur hat es nach 1990 auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt gegeben. Aus einer ursprünglich vollbeschäftigten Arbeitsgesellschaft ist eine zerklüftete Beschäftigungsstruktur geworden, die sich im Zeitverlauf rasch verändert hat. Arbeitslosigkeit, ABM- und Weiterbildungsmaßnahmen, Vorruhestand und Hausfrauenrolle sind für einen erheblichen Teil der ehemals Erwerbstätigen in der DDR zumeist ungewollte neue Lebensformen geworden. In der westdeutschen Sozialstruktur fällt in vergleichbaren Größenordnungen im Wesentlichen die Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit und die damit einhergehende Abnahme des Anteils der bisher Nichterwerbstätigen, d.h. vorwiegend des Anteils von Hausfrauen, ins Auge.

Obgleich die Arbeitsmarktveränderungen in Ostdeutschland nahezu alle Gruppen umfasst haben, sind im gesamtdeutschen Bild der Sozialstruktur noch einige Nachwirkungen der hohen Erwerbsbeteiligung und besonderen Bedeutung der

Erwerbsarbeit in der DDR-Gesellschaft zu erkennen (vgl. Teil II, Kap. 8 und 9). Wir finden im Jahre 1998 zum Beispiel noch immer eine überdurchschnittlich starke Besetzung mit männlichen, aber nicht mehr wie noch 1993 mit weiblichen Facharbeitern. Der entsprechende Anteil bei den Männern hat zwar von 1990 bis 1998 um etwa ein Drittel abgenommen, er ist aber 1998 nahezu doppelt so hoch wie in Westdeutschland. Bei den ausgewiesenen Angestelltenpositionen dagegen hat sich der frühere „Leistungsüberhang“ erheblich reduziert. Hier ist besonders auffällig, dass eine Anpassung an westdeutsche Strukturen bei den Frauen, jedoch nicht bei den Männern stattgefunden hat.

In Westdeutschland dominiert unter den Erwerbstätigen die Gruppe der Angestellten/Beamten. Fast alle Ausländer, die in den hier ausgewiesenen Daten nicht enthalten sind, leben bekanntlich im Westen; die erwerbstätigen Ausländer müs-

Tab. 1: Soziale Lagen in Ost- und Westdeutschland 1988/90–1998
Angaben in Prozent

	Soziale Lagen 1988/1990				Soziale Lagen 1998			
	Ost		West		Ost		West	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	1990		1988		1998		1998	
Bis 60 Jahre								
Leit. Ang./ Höhere Beamte	2,1	0,4	2,1	0,2	0,3	0,4	1,7	0,7
Hochqual. Ang./ Geh. Beamte	8,1	5,7	6,5	2,1	2,7	3,2	4,3	2,3
Qual. Ang./Mittl. Beamte	4,1	8,4	6,1	4,9	3,1	7,4	6,3	7,4
Einf. Ang./Beamte	1,4	4,4	1,0	2,4	1,4	4,1	1,1	3,4
Meister/Vorarbeiter	1,5	0,3	1,6	0,1	2,5	0,3	2,6	0,1
Facharbeiter	15,1	5,8	5,4	0,5	9,2	1,5	5,0	0,5
Un-, angelernte Arbeiter	2,4	3,0	2,6	2,3	4,1	1,5	3,6	2,0
Selbstständige, freie Berufe	0,8	0,5	3,1	1,4	2,9	1,6	3,1	1,3
Arbeitslose	2,1	3,6	1,9	1,5	6,7	5,8	2,2	1,5
Berufs-, Erwerbsunfähige	0,5	1,1	0,6	0,5	1,4	1,5	1,1	0,9
Hausfrauen/-männer	0	1,6	0	16,0	0,1	1,6	0,3	8,9
Studium, Lehre	0,5	1,4	4,8	3,8	2,0	1,0	1,0	1,4
Vorruhestand	/	/	/	/	0,7	0,6	2,1	0,8
Noch nie erwerbstätig	0,1	0	0,2	2,7	1,7	1,9		3,0
Sonstige Nichterwerbst.	0,1	2,5	0,4	0,1	0,0	3,3	1,0	2,8
61 Jahre und älter								
Noch erwerbstätig	0,6	0	0,9	0,4	0,3	0,1	0,9	0,3
Noch nie erwerbstätig	0	0,6	0	4,5	0,2	0,5	0,2	2,9
Rentner (ehem. Arbeiter)	4,6	6,5	3,7	3,7	3,8	6,9	3,1	3,7
Rentner (ehem. Angestellte)	2,6	7,2	3,8	6,0	4,9	8,4	4,3	7,3
Rentner (ehem. Selbstständige)	0	0,4	0,7	1,3	0,5	0,1	1,0	1,4
	100		100		100		100	

/ nicht ausweisbar.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988, 1990-Ost, 1998.

sen dabei zum größten Teil den Arbeiterkategorien zugeschlagen werden (vgl. Teil II, Kap. 17). Insgesamt war und ist auch 1998 die alte Bundesrepublik eine „Angestelltengesellschaft“. Die ausgeprägte „Facharbeitergesellschaft“ der damaligen DDR scheint heute in eine Mischform übergegangen zu sein – Arbeiterpositionen charakterisieren die Lage bei den Männern, Angestelltenpositionen bei den Frauen. Die große, aber abnehmende Gruppe der Hausfrauen ist vorwiegend ein westdeutsches Phänomen, ebenso die Gruppe der früher nicht erwerbstätigen Rentnerinnen.

Beim Zeitvergleich West 1988–98 und Ost 1990–98 erkennt man den enormen Unterschied zwischen den tiefgreifenden Umbrüchen im Osten und der relativ stetigen Entwicklung im Westen. Erwähnenswerte Trends im Westen sind die Abnahme des Anteils der Hausfrauen und die entsprechende Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit vor allem bei qualifizierten Angestellten. Im Osten finden sich markante Veränderungen in fast allen sozialen Lagen. Konzentriert zeigen sich die Probleme des Arbeitsplatzabbaus bei der starken Zunahme der Arbeitslosen, besonders bei den Frauen, sowie bei den vergleichsweise hohen Anteilen der Rentner. Hingegen haben die Lagen der Selbstständigen für Männer und Frauen deutlich zugenommen.

Die Erwerbsquote in Ostdeutschland entspricht zwar ungefähr der Erwerbsquote in Westdeutschland, beschreibt aber deshalb eine andere Realität, weil in der DDR die Erwerbstätigkeit von Männern und Frauen die Norm war (vgl. Teil II, Kap. 8 und 9). Deshalb kommt dem erzwungenen Ausschluss aus der Erwerbstätigkeit auch eine andere Bedeutung zu. Wenn man nun aber die sozialen Lagen in West und Ost zusammenfügt, dann überwiegt die westdeutsche Struktur, zumal fast alle ostdeutschen Veränderungen in die westdeutsche Richtung gehen.

Soziale Lagen sind auch als Handlungskontexte von Bedeutung, die unterschiedliche Chancen der Lebensgestaltung bieten. Die Ungleichheit der Lebensbedingungen, die mit der Zugehörigkeit zu den hier unterschiedenen sozialen Lagen verbunden ist, äußert sich beispielsweise in Einkommensunterschieden und im Lebensstandard sowie in einem unterschiedlichen subjektiven Wohlbefinden (vgl. Tab. 2). Vergleicht man die finanzielle Situation der verschiedenen sozialen Lagen, dann liegt die Gruppe der (Fach-)Arbeiter und der einfachen Angestellten näher am westdeutschen Niveau als höher qualifizierte Gruppen. Eine über die Einkommenssituation hinausgehende Betrachtung des erreichten bzw. nicht erreichten Lebensstandards (vgl. Teil II, Kap. 5) macht deutlich, dass mit den einzelnen sozialen Lagen ein erheblich unterschiedliches Ausmaß an materieller Unterversorgung einhergehen kann. In Ost- und Westdeutschland finden sich vor allem bei den nicht (mehr) in das Erwerbssystem eingegliederten Gruppen und bei unteren Berufsgruppen bemerkenswerte Anteile, die angeben, dass sie sich bestimmte Dinge des Lebensstandards „nicht leisten können“.

Mit den verschiedenen sozialen Lagen sind nicht nur unterschiedliche objektive Lebensbedingungen verbunden; auch das subjektive Wohlbefinden streut erheblich zwischen den einzelnen sozialen Lagen und zwischen Ost und West. Betrachtet man die Zufriedenheitsdimensionen Einkommen, Lebensstandard und die

Tab. 2: Indikatoren der objektiven und subjektiven Wohlfahrt
in Ost- und Westdeutschland nach sozialen Lagen 1998

	Haushalts- einkommen pro Kopf		Unterver- sorgung – Lebens- standard ¹		Zufriedenheit ² mit						Einstufung auf der Unten- Oben- Skala ³	
					Ein- kommen		Lebens- standard		Leben			
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	Ø in DM		in %		Ø							
Bis 60 Jahre												
Leit. Ang./ Höhere Beamte	3280	–	3	–	8,4	–	8,6	–	8,5	–	7,6	–
Hochqual. Ang./ Geh. Beamte	2420	1690	0	1	7,3	6,6	7,8	7,3	8,1	7,6	6,8	6,1
Qual. Ang./ Mittl. Beamte	2030	1580	2	4	7,3	6,4	7,6	6,9	7,9	7,6	6,4	5,8
Einf. Ang./ Beamte	1640	1440	7	12	6,8	6,1	7,4	6,6	7,9	7,4	6,2	5,8
Meister	1550	–	0	–	7,0	–	7,2	–	7,8	–	6,3	–
Facharbeiter	1550	1270	1	1	6,8	5,8	7,3	6,5	7,8	7,4	5,9	5,3
Un- , angelernte Arbeiter	1530	1070	9	9	6,1	4,3	6,5	5,5	7,3	6,5	5,5	5,0
Selbstständige, freie Berufe	2730	1790	1	4	7,6	6,6	7,9	7,6	8,0	7,7	6,8	6,8
Arbeitslose	1190	950	40	25	4,7	4,2	5,0	5,1	5,9	6,1	4,5	4,3
Erwerbs-, Berufsunfähige	1820	1200	11	28	6,9	5,6	7,3	6,1	6,7	6,3	5,5	4,9
Hausfrauen/ -männer	1340	–	3	–	7,2	–	7,5	–	7,8	–	6,2	–
Vorruhestand	1790	–	8	–	6,8	–	7,1	–	7,8	7,7	6,0	5,5
Noch nie erwerbs- tätig	1270	–	9	–	6,4	–	7,1	–	7,5	–	5,9	–
Sonstige Nicht- erwerbst.	1200	900	6	15	6,8	5,3	7,1	6,2	7,8	7,4	5,9	5,8
61 Jahre und älter												
Noch erwerbstätig	3810	–	2	–	7,9	–	8,5	–	8,4	–	6,7	–
Noch nie erwerbs- tätig	1670	–	8	–	6,9	–	7,5	–	7,0	–	5,3	–
Rentner (ehem. Arbeiter)	1540	1430	17	7	6,9	7,0	7,2	7,3	7,8	7,5	5,5	5,0
Rentner (ehem. An- gestellte, Beamte)	2190	1660	4	4	7,8	7,1	8,0	7,5	7,9	7,6	6,4	5,5

– Fallzahl zu gering.

1 Anteil der Personen, die angeben, dass sie sich mindestens 10 von vorgegebenen 22 Lebens-
standard-Aspekten „nicht leisten können“.

2 Mittelwerte auf der Zufriedenheitsskala von 0 bis 10.

3 Mittelwerte auf der Oben-Unten-Skala von 1 bis 10.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey1998.

allgemeine Lebenszufriedenheit, erkennt man das noch bestehende Wohlfahrtsgefälle zwischen West und Ost, und zwar für fast alle betrachteten sozialen Lagen. Lediglich Arbeiterrentner in Ostdeutschland weisen bereits ein gleiches oder sogar höheres Niveau im subjektiven Wohlbefinden auf.

Dass die einzelnen sozialen Lagen auch unterschiedliche soziale Positionen in der vertikalen Gliederung der Gesellschaft repräsentieren, wird daraus ersichtlich, wie sich die jeweiligen Gruppen auf der vertikalen Unten-Oben-Skala (1 bis 10) verankern. An der Spitze ordnen sich erwartungsgemäß höhere Berufsgruppen ein, am unteren Ende befindet sich beispielsweise die Gruppe der Arbeitslosen. Erwähnenswert im Ost-West-Vergleich ist der Befund, dass sich die Ostdeutschen in allen sozialen Lagen auch hier generell niedriger einstufen als die Westdeutschen. Der faktische und der wahrgenommene Abstand zu westdeutschen Lebensverhältnissen dürfte dafür die Ursache sein.

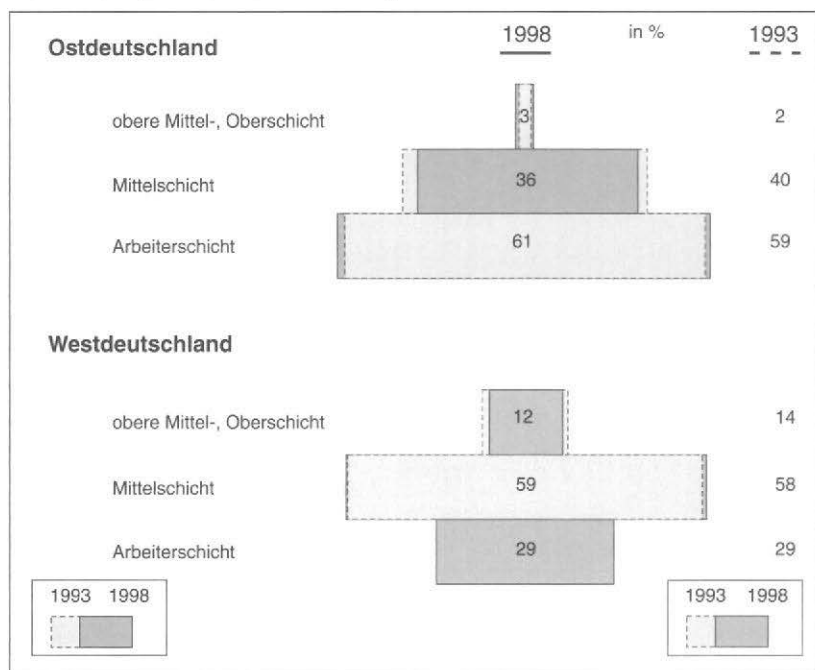
15.2 Subjektive Schichtzugehörigkeit

Eine wesentliche Ergänzung des Bildes der Sozialstruktur liefern zudem Informationen über die subjektive Schichteinstufung. Angaben darüber, wie sich Personen in eine vorgegebene Rangordnung sozialer Schichten einstufen, bieten vor allem Aufschlüsse darüber, wie verschiedene Bevölkerungsgruppen innerhalb der Gesellschaft ihren eigenen Status im Vergleich zu anderen wahrnehmen und bewerten, welchem sozialen Milieu sie sich zuordnen und aus welcher Perspektive sie am gesellschaftlichen Leben partizipieren – Fragen, die auch im Jahre 1998 gerade im Vergleich von Ost- und Westdeutschland von Interesse sind.

Die Unterschiede in der Struktur der sozialen Schichtung, die sich auf der Basis der subjektiven Einstufung der Befragten im Vergleich der alten und neuen Bundesländer ergeben, sind immer noch eklatant: Während sich für die neuen Bundesländer eine pyramidenförmige Schichtstruktur mit einer breiten Basis ergibt, wie sie für Arbeitergesellschaften charakteristisch ist, weist die Verteilung in den alten Bundesländern die typische Zwiebelform einer Mittelschichtgesellschaft auf (vgl. Abb. 2). Der Zeitvergleich macht darüber hinaus deutlich, dass diese unterschiedlichen Bilder der Gesellschaft resistent gegenüber tatsächlichen Veränderungen sind.

1998 identifiziert sich eine deutliche Mehrheit von 61 % der Ostdeutschen mit der Arbeiterschicht; 1993 lag der Anteil noch bei 59 %. Lediglich knapp vier von zehn Befragten ordnen sich der Mittelschicht noch zu. In Westdeutschland ordnen sich dagegen 1998 wie bereits 1993 nur noch 29 % aller Bürger der Arbeiterschicht zu, und mehr als jeder Zweite identifiziert sich mit der Mittelschicht. Auch der Anteil derjenigen, die sich der oberen Mittelschicht und der Oberschicht zugehörig betrachten, ist im Westen mit 12 % (1993: 14 %) erheblich größer als im Osten, wo sich lediglich 3 % der gesellschaftlichen „Elite“ zurechnen. Die Anteile der Bürger,

Abb. 2: Subjektive Schichteinstufung 1993 und 1998

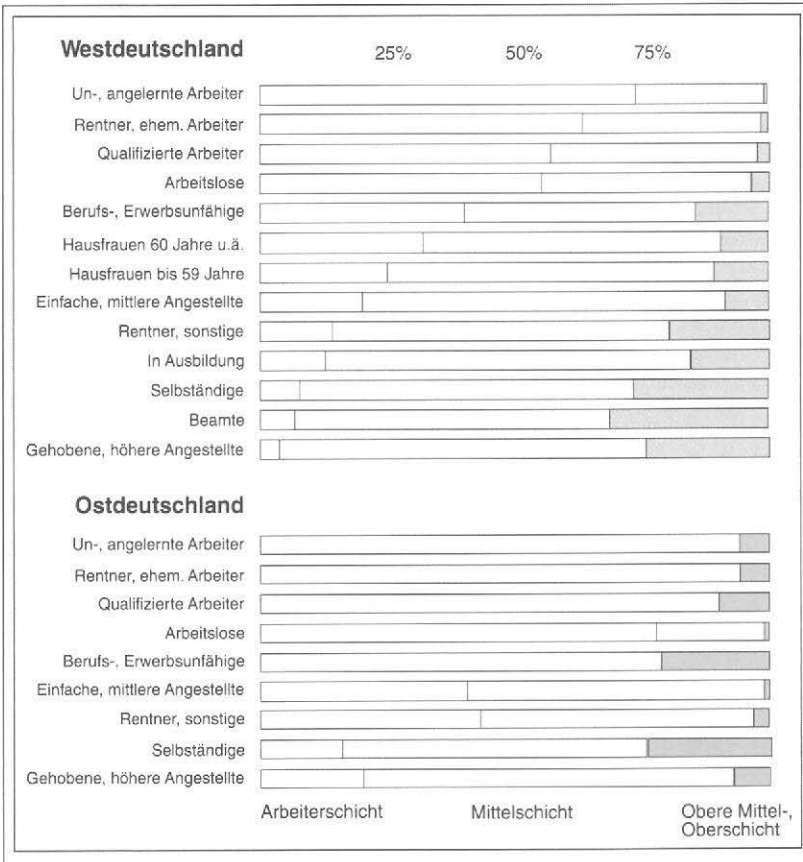


Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1993, 1998.

die sich keiner dieser Schichten zuzuordnen vermögen oder eine Einstufung ablehnen, sind verschwindend gering und unterscheiden sich in West- und Ostdeutschland nur unwesentlich. Tendenzen zur Angleichung der unterschiedlichen Strukturen, wie sie partiell bereits in den sozialen Lagen zum Ausdruck kommen, sind in der Dimension der Schichtzugehörigkeit bisher nicht festzustellen. Bei aller Dynamik, die gerade in den neuen Bundesländern im Bereich der beruflichen Mobilität zu beobachten ist, erweisen sich die Strukturen der sozialen Schichtung, wie sie sich auf der Basis individueller subjektiver Einstufungen ergeben, als weitgehend stabil.

Obwohl die subjektive Schichteinstufung nicht nur von objektiven Faktoren bestimmt wird, sondern auch von dem zugrundeliegenden Bezugsrahmen und den verwendeten Vergleichs- und Bewertungsmaßstäben abhängt, ist in Ostdeutschland wie in Westdeutschland ein enger und in seinem Muster weitgehend identischer Zusammenhang mit dem sozioökonomischen Status festzustellen. Wer z. B. eine Arbeiterposition einnimmt oder eingenommen hat, identifiziert sich auch subjektiv überwiegend mit der Arbeiterschicht, wer einen Angestellten- oder Beamtenstatus hat, ordnet sich mit höherer Wahrscheinlichkeit der Mittelschicht zu

Abb. 3: Subjektive Schichteinstufung nach Statusgruppen



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

(vgl. Abb. 3). Die Tatsache, dass sich Ostdeutsche über alle Statuskategorien hinweg zu größeren Anteilen mit der Arbeiterschicht und zu geringeren Teilen mit der Mittel- oder gar mit der Oberschicht identifizieren, macht zugleich deutlich, dass die noch bestehenden Ost-West-Differenzen nur in sehr begrenztem Umfang mit Unterschieden in der Verteilung auf die verschiedenen Statuskategorien erklärt werden können. Man kann daher davon ausgehen, dass die ostdeutsche Bevölkerung sich innerhalb des Schichtungsgefüges insgesamt niedriger einstuft, weil sie sich auch weiterhin aus einer Perspektive der Unterprivilegierung und relativen Deprivation mit der westdeutschen Bevölkerung vergleicht.

(Roland Habich / Heinz-Herbert Noll)

16 Problemgruppen

In den verschiedenen Kapiteln in Teil II dieses Bandes wird für eine Reihe von Lebensbereichen jeweils das erreichte Niveau der objektiven Lebensbedingungen und des subjektiven Wohlbefindens dargestellt. In diesem Kapitel wird diese Sichtweise ergänzt und erweitert. Für eine Reihe von Lebensbereichen werden Informationen über das Niveau und die Entwicklung ausgewählter objektiver und subjektiver Problemlagen präsentiert. Dabei steht zum einen die Frage nach dem Ausmaß benachteiligter Lebenslagen im Vordergrund; zum anderen soll geprüft werden, ob im Verlauf des ostdeutschen Transformationsprozesses bestimmte Bevölkerungsgruppen in ihren objektiven Lebensbedingungen bedroht oder ob sozial Benachteiligte marginalisiert worden sind.

16.1 Problemlagen und Problemgruppen

In der folgenden Darstellung werden ausgewählte objektive und subjektive Problemlagen präsentiert. Die Auswahl der einzelnen Indikatoren und die jeweilige Abgrenzung orientieren sich überwiegend an den in den einzelnen Kapiteln dieses Bandes (Teil II) dargestellten Informationen. Die objektiven Problemlagen betreffen die Lebensbereiche Einkommen, Wohnung, Bildung, Sozialbeziehungen und Gesundheit. Für das Jahr 1998 werden darüber hinaus Angaben zu Aspekten des Lebensstandards (vgl. Teil II, Kap. 5) mit aufgenommen. Die subjektiven Problemlagen beziehen sich auf die Dimensionen Einsamkeit, Glück sowie Ängste und Sorgen. Im Einkommensbereich betrachten wir Personen, deren Haushalts-einkommen im unteren Einkommensdezil – die unteren 10 % der Einkommensverteilung – liegt; für das Jahr 1998 wird dies am gesamtdeutschen Durchschnittseinkommen gemessen. Unterversorgung im Wohnungsbereich ist dann gegeben, wenn die Familie bzw. der Haushalt über weniger als einen Raum pro Haushaltsmitglied verfügt oder wenn kein Bad innerhalb der Wohnung vorhanden ist. Angesichts der nunmehr sehr geringen Anteile der Haushalte, die über kein Bad verfügen, wird zudem die Wohnungsausstattung mit Bad, (Innen-) Toilette und Zentralheizung als Standardausstattung gemessen. Das Fehlen eines beruflichen Ausbildungsabschlusses begreifen wir als Benachteiligung im Bereich der Bildung. Personen, die allein leben und zugleich ohne enge Freunde sind, zählen zur Problemgruppe mit mangelnden Sozialbeziehungen. Dauerhaft krank oder behindert zu sein, ist eine schwerwiegende gesundheitliche Beeinträchtigung. Als subjektive Problemlagen verwenden wir psycho-soziale Beeinträchtigungen und Belastungen: geäußerte Einsamkeit, das Gefühl, „immer wieder von Ängsten und Sorgen“ geplagt zu werden, das Ausmaß an Niedergeschlagenheit.

Die Größenordnung dieser objektiven und subjektiven Problemlagen variiert beträchtlich in den einzelnen Lebensbereichen, in den betrachteten Dimensionen, im zeitlichen Verlauf sowie zwischen Ost- und Westdeutschland (vgl. Tab. 1). Der zeitliche Trend geht im Durchschnitt in beiden Landesteilen dennoch eindeutig in die Richtung von Verbesserungen. Auch in Westdeutschland sind Beeinträchtigungen in den Lebensbedingungen und subjektive Belastungen beobachtbar, die

Tab. 1: Problemlagen und Ausmaß der Betroffenheit – 1978 bis 1998
Angaben in Prozent

Person ist/hat	Westdeutschland					Ostdeutschland		
	1978	1984	1988	1993	1998	1990	1993	1998
Objektive Problemlagen								
im untersten Einkommensdezil ¹	10	10	10	10	7	10	10	14
Weniger als 1 Wohnraum (ohne Küche) pro Haushaltsmitglied ²	17	10	7	9	8	17	18	8
Kein Bad innerhalb der Wohnung	9	–	3	1	1	17	10	2
Kein Bad, keine Toilette und keine Zentralheizung				5				14
Keinen beruflichen Ausbildungs- abschluss ³	30	28	24	26	15	10	8	9
Alleinlebend und ohne enge Freunde	5	4	4	3	4	6	4	3
Dauerhaft krank oder behindert ⁴	15	13	13	(5)	10	13	(5)	13
Subjektive Problemlagen								
Oft einsam	18	18	14	13	15	22	16	16
Immer wieder Ängste und Sorgen	19	21	19	17	20	28	26	25
Gewöhnlich unglücklich oder nieder- geschlagen	14	15	10	10	12	17	16	15

1 Personen, deren Einkommensniveau im untersten Zehntel der Verteilung des nach Größe des Haushaltes und jeweiligem Alter der einzelnen Haushaltsmitglieder gewichteten Einkommens liegt (vgl. Teil II, Kap. 18). 1998 gemessen am gesamtdeutschen Durchschnittseinkommen.

2 1978 wurde die Anzahl der Räume inklusive der Küche erfragt, in den späteren Wohlfahrtssurveys ohne Küche. Um dennoch vergleichbare Werte zu erhalten, wurde 1978 die Anzahl der Räume um einen Raum reduziert, sofern mindestens drei Räume in einem Haushalt vorhanden waren.

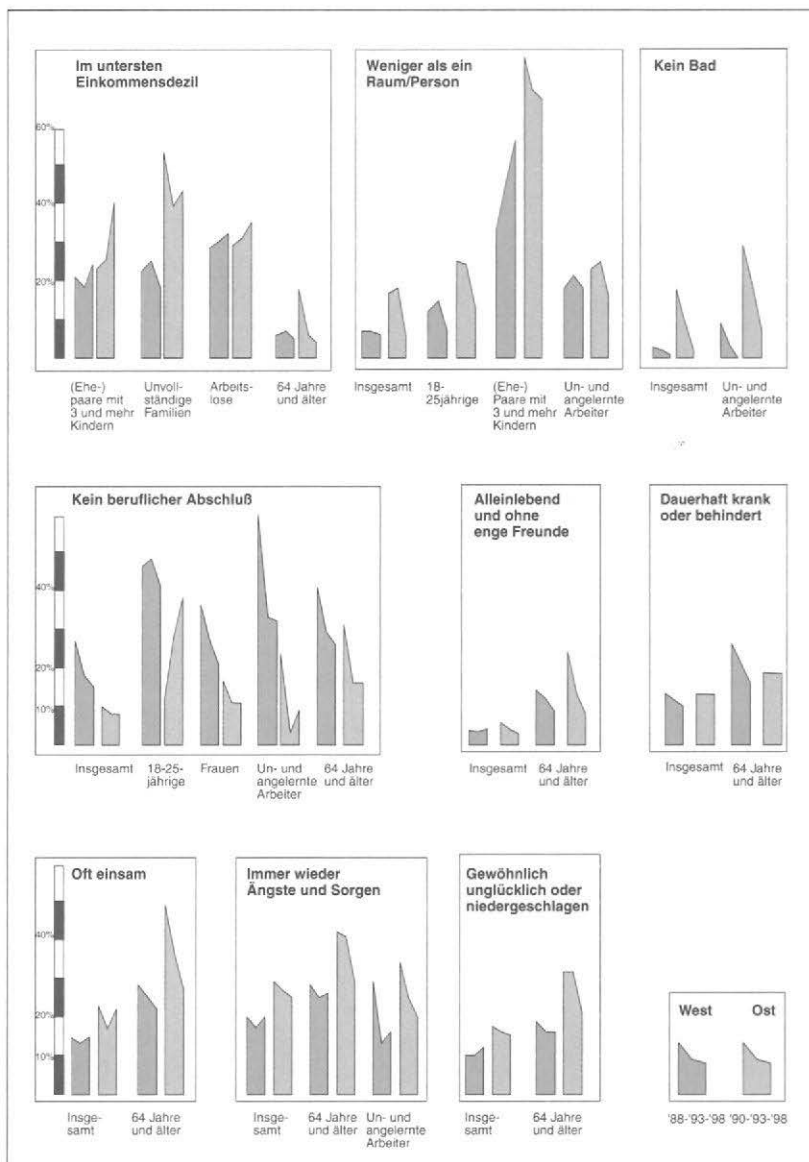
3 Anteil der Personen ohne beruflichen Ausbildungsabschluss an der erwerbsfähigen Bevölkerung (18–60 Jahre): 1978: 23,1 %; 1984: 22,8 %; 1988: 18,9 %; 1990-Ost: 5,6 %; 1993-West: 15,9 %; 1993-Ost: 5,8 %; 1998-West: 11,5 %; 1998-Ost: 6,9 %.

4 Bis 1990 und 1998 wurde die Frage gestellt: „Haben Sie eine andauernde Krankheit oder Behinderung, die Sie gezwungen hat, Ihren Beruf zu wechseln oder Ihr Leben ganz umzustellen?“ 1993 wurde gefragt: „Sind Sie dauerhaft behindert oder pflegebedürftig?“

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1984, 1988, 1990-Ost, 1993, 1998.

zeitlichen Schwankungen unterliegen. Im Vergleich dazu können für Ostdeutschland Angleichungstendenzen festgestellt werden. In Abbildung 1 wurde dazu eine Darstellung gewählt, die eine zusammenfassende Betrachtung der unterschiedlichen Betroffenheit besonderer Problemgruppen in Ost- und Westdeutschland sowie den zeitlichen Verlauf der jeweiligen Benachteiligung ermöglichen soll. Ausgewiesen werden dabei neben dem jeweiligen Bevölkerungsdurchschnitt be-

Abb. 1: Objektive und subjektive Problemlagen bei besonders betroffenen Gruppen



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988, 1990-Ost, 1993, 1998.

sonders betroffene Bevölkerungsgruppen, wie zum Beispiel kinderreiche Familien oder Arbeitslose. Dabei werden westdeutsche Gruppen (grüne Säulen) den ostdeutschen Gruppen (orange Säulen) gegenübergestellt. Der zeitliche Verlauf – für Westdeutschland von 1988 nach 1998 und für Ostdeutschland von 1990 nach 1998 – wird dadurch ausgewiesen, dass jede Säule das Ausmaß der Betroffenheit zu drei Zeitpunkten darstellt: Es ist somit erkennbar, ob die Betroffenheit abgenommen hat (Säule verläuft schräg nach unten), gleichgeblieben ist oder zugenommen hat (Säule verläuft schräg nach oben).

An den Einkommensverbesserungen in Ostdeutschland konnten nicht alle Haushalte gleichermaßen partizipieren (vgl. Teil II, Kap. 18). Während sich beispielsweise Rentner-Haushalte überdurchschnittlich verbessern konnten, gelang dies Arbeiter-Haushalten sowie Arbeitslosen nur unterdurchschnittlich. Am unteren Ende der jeweiligen Einkommensverteilung können in Ost- und Westdeutschland allerdings weitgehend identische Problemgruppen in der Reihenfolge der Betroffenheit identifiziert werden: kinderreiche Familien, Arbeitslose, unvollständige Familien. Die relativen Anteile liegen dabei in den neuen Bundesländern immer noch erheblich über denen der alten Bundesländer. In Ostdeutschland hat sich darüber hinaus von 1990 über 1993 bis 1998 die Einkommenslage kinderreicher Familien verschlechtert. Vier von zehn dieser Familien befinden sich 1998 im untersten Einkommensdezil.

Ähnliche Benachteiligungen können auch für den Wohnungsbereich anhand der Indikatoren Belegungsdichte und Wohnungsausstattung festgestellt werden (vgl. Teil II, Kap. 10). Das Ausmaß der Betroffenheit ist dabei in Westdeutschland im längerfristigen Vergleich zurückgegangen. Im Jahre 1978 waren nach dem Kriterium der Belegungsdichte noch 17 % der Westdeutschen unterversorgt; bis 1998 fiel dieser Wert auf 8 %. In Ostdeutschland dagegen waren 1990 erhebliche Versorgungsdefizite zu beobachten. Über 17 % aller Haushalte – das entspricht dem westdeutschen Wert des Jahres 1978 – lagen unter dem anerkannten Standard. Eine Verbesserung zeichnete sich bis 1993 erwartungsgemäß noch nicht ab. Bis zum Jahre 1998 wird dann allerdings im Durchschnitt der westdeutsche Standard erreicht. Ebenso deutlich fallen die Verbesserungen hinsichtlich der Ausstattung der Wohnungen aus. Auch in diesem Bereich sind gegenwärtig kaum noch Defizite auszumachen.

Benachteiligungen im Bildungsbereich, gemessen am Anteil der Personen ohne beruflichen Bildungsabschluss, sind in Westdeutschland im Zeitverlauf nennenswert zurückgegangen, und in Ostdeutschland waren diese vergleichsweise kaum vorhanden. 1978 verfügten noch fast 30 % der Bundesbürger nicht über eine abgeschlossene Berufsausbildung; dieser Anteil ist bis 1998 auf rund 15 % zurückgegangen. Auch wenn 1998 lediglich 12 % der Westdeutschen und knapp 7 % der Ostdeutschen im erwerbsfähigen Alter über keinen beruflichen Ausbildungsabschluss verfügen, ist eine fehlende Ausbildung vor dem Hintergrund der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit nach wie vor eine besondere Problemlage. Als Problemgruppen mit überdurchschnittlichen Anteilen erweisen sich hier trotz erkennbarer

positiver Veränderungen im zeitlichen Verlauf die Gruppe der westdeutschen Frauen sowie die Gruppe der un- und angelernten Arbeiter.

Defizite an Sozialbeziehungen sowie gesundheitliche Beeinträchtigungen variieren erwartungsgemäß kaum zwischen Ost und West, und sie treffen auf eine kleine, wenn auch nicht zu vernachlässigende Gruppe zu. Zwischen 3 % und 6 % der Deutschen lebten zwischen 1978 und 1998 sozial isoliert. Im Gesundheitsbereich (vgl. Teil II, Kap. 6) sind nicht unbedeutende Beeinträchtigungen zu beobachten. Fast jeder achte Befragte in Ost und jeder zehnte in West berichtet 1998 von einer Krankheit oder Behinderung, die ihn gezwungen hat, den Beruf zu wechseln oder das Leben ganz umzustellen. Das Ausmaß an dauerhafter Behinderung (chro-

Tab. 2: Unterversorgung und Problemlagen 1998
Angaben in Prozent

Person ist/hat	Westdeutschland				Ost-deutsch-land
	Insgesamt	Deutsche Staatsangehörigkeit	Darunter: Aus- und Übersiedler	Ohne deutsche Staatsangehörigkeit	
Objektive Problemlagen					
Im untersten Einkommensdezil ¹	10	7	19	22	14
Weniger als 1 Wohnraum (ohne Küche) pro Haushaltsmitglied ²	9	8	23	32	8
Kein Bad, keine Toilette und keine Zentralheizung	5	5	3	8	14
Lebensstandard-Unterversorgung	7	6	16	15	
Keinen beruflichen Ausbildungsabschluss ³	15	15	24	21	9
Alleinlebend und ohne enge Freunde	3	4	1	2	3
Dauerhaft krank oder behindert ⁴	10	10	5	10	13
Subjektive Problemlagen					
Oft einsam	16	15	18	27	16
Immer wieder Ängste und Sorgen	20	20	20	23	25
Gewöhnlich unglücklich oder niedergeschlagen	12	12	14	17	15

1 Personen, deren Einkommensniveau im untersten Zehntel der Verteilung des nach Größe des Haushaltes und jeweiligem Alter der einzelnen Haushaltsmitglieder gewichteten Einkommens liegt (vgl. Teil II, Kap. 18). 1998 gemessen am gesamtdeutschen Durchschnittseinkommen.

2 1978 wurde die Anzahl der Räume inklusive der Küche erfragt, in den späteren Wohlfahrtssurveys ohne Küche. Um dennoch vergleichbare Werte zu erhalten, wurde 1978 die Anzahl der Räume um einen Raum reduziert, sofern mindestens drei Räume in einem Haushalt vorhanden waren.

3 Anteil der Personen ohne beruflichen Ausbildungsabschluss an der erwerbsfähigen Bevölkerung (18–60 Jahre): 1978: 23,1 %; 1984: 22,8 %; 1988: 18,9 %; 1990-Ost: 5,6 %; 1993-West: 15,9 %; 1993-Ost: 5,8 %; 1998-West: 11,5 %; 1998-Ost: 6,9 %.

4 Bis 1990 und 1998 wurde die Frage gestellt: „Haben Sie eine andauernde Krankheit oder Behinderung, die Sie gezwungen hat, Ihren Beruf zu wechseln oder Ihr Leben ganz umzustellen?“ 1993 wurde gefragt: „Sind Sie dauerhaft behindert oder pflegebedürftig?“

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1984, 1988, 1990-Ost, 1993, 1998.

nische Krankheit und/oder Pflegebedürftigkeit), wie es 1993 erfasst wurde, lag demgegenüber in Ost und West lediglich bei 5 %. In beiden Bereichen, Sozialbeziehungen und gesundheitliche Beeinträchtigungen, sind vor allem unter den älteren Mitbürgern beachtliche Anteile betroffen. Unter den älteren Personen gibt es darüber hinaus auch erheblich über dem Durchschnitt liegende Anteile von Einsamkeit, Ängsten und Sorgen oder auch Niedergeschlagenheit. Diese subjektiven Problemlagen variieren auch 1998 noch deutlich zwischen Ost und West, obwohl der rückläufige Trend in Ostdeutschland unverkennbar ist.

Ergänzend zu diesen Informationen über objektive und subjektive Problemlagen im zeitlichen Verlauf können für das Jahr 1998 zum einen die Unterversorgung im Hinblick auf Aspekte des Lebensstandards dargestellt und die Betroffenheit weiterer Bevölkerungsgruppen beschrieben werden. In Tabelle 2 werden dazu für Westdeutschland drei Gruppen ausgewiesen: Personen, die über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügen, unter denen zudem Aus- und Übersiedler (vgl. auch Teil II, Kap. 3) getrennt betrachtet werden können, sowie in der Bundesrepublik lebende Bürger ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Aus- und Übersiedler sowie Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit sind im Hinblick auf die hier verwendeten Indikatoren als besondere Problemgruppen zu bezeichnen. Sie sind in Bezug auf die Einkommenssituation, Wohnungsverorgung, auf Bildungszertifikate und in Teilen auch in Bezug auf subjektive Belastungen in deutlich höherem Ausmaß als andere Gruppen von Problemlagen betroffen.

Als ein weiteres übergreifendes Maß für Benachteiligungen in den objektiven Lebensbedingungen wird das Ausmaß einer Unterversorgung im Lebensstandard verwendet (vgl. Teil II, Kap. 5). Personen, die angeben, dass sie sich von insgesamt 22 Aspekten des Lebensstandards mindestens zehn Aspekte „nicht leisten können“, werden als unterversorgt betrachtet. Dies sind im Durchschnitt in Westdeutschland 7 %; in Ostdeutschland liegt der Anteil mit 9 % nur unwesentlich höher. Demgegenüber ist sowohl bei der Gruppe der Aus- und Übersiedler mit 16 % als auch bei den Bürgern ohne deutsche Staatsangehörigkeit eine höhere Unterversorgung festzustellen.

16.2 Kumulation von Problemlagen

Angeichts der besonderen Situation in Ostdeutschland wäre bereits für 1990 eine höhere Betroffenheit an Problemlagen zu erwarten gewesen. Die generelle Angleichung in den objektiven Lebensbedingungen und der zeitlich verzögerte Anstieg in den Dimensionen des subjektiven Wohlbefindens seit 1990 hat nunmehr auch zu einer Annäherung in den ausgewiesenen Problemlagen geführt. Erstaunlich sind zwei weitere Befunde. Zum einen können in beiden Teilen Deutschlands ähnliche sozial benachteiligte Gruppen identifiziert werden; zum zweiten findet sich das im Westen bekannte Muster, dass zwar relativ viele Personen in einem

Lebensbereich, aber nur wenige in mehreren Bereichen gleichzeitig benachteiligt sind, auch im Osten Deutschlands wieder (vgl. Tab. 3). Fasst man sowohl die sechs objektiven Problemlagen als auch die drei subjektiven Problemlagen zu jeweils einem Index der Betroffenheit zusammen, wird ersichtlich, in wieviel Bereichen gleichzeitig Benachteiligungen auftreten.

Dass in Ostdeutschland die Kumulationen auch bereits zu Beginn der Transformation vergleichsweise niedrig waren und im zeitlichen Verlauf zunächst abge-

Tab. 3: Kumulation von objektiven und subjektiven Problemlagen
Angaben in Prozent

	Westdeutschland				Ostdeutschland		
	1978	1988	1993	1998	1990	1993	1998
Sämtliche Problemlagen							
Keine	33	42	52	49	33	41	44
1	33	32	27	27	29	30	27
2	17	14	12	13	19	15	13
3	8	8	7	7	9	10	11
4	5	4	2	3	5	3	4
5 und mehr	4	1	1	2	4	2	2
Durchschnitt	1,32	1,05	0,83	0,94	1,39	1,08	1,12
Objektive Problemlagen ¹							
Keine	42	52	66	65	48	63	60
1	36	34	26	28	36	25	32
2	16	10	7	6	10	9	7
3	5	3	1	2	4	2	1
4 und mehr	1	1	–	–	1	1	0
Durchschnitt	0,88	0,66	0,43	0,45	0,73	0,50	0,51
Subjektive Problemlagen ²							
Keine	72	74	72	69	60	63	66
1	17	19	19	19	21	21	19
2	8	6	6	8	12	11	9
3	2	1	3	4	7	5	6
Durchschnitt	0,41	0,35	0,40	0,47	0,66	0,58	0,56

1 Alle sechs objektiven Problemlagen.

2 Alle drei subjektiven Problemlagen.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1988, 1990-Ost, 1993.

nommen haben, war kaum zu erwarten. Die leichte Zunahme bis 1998 stellt zudem einen gesamtdeutschen Trend dar. Die Kumulation der Problemlagen in den sechs ausgewählten objektiven Lebensbedingungen verweist deshalb auch 1998 stärker auf Ähnlichkeiten als auf Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Zwischen 60 % (Ost) und 65 % (West) sind in keinem Lebensbereich benachteiligt, und etwa jeder Vierte bis Dritte lediglich in einem Bereich. Die Kumulation in den drei subjektiven Problemlagen weist anders als zu den früheren Zeitpunkten auf ein vergleichbares Ausmaß an Betroffenheit im Osten hin.

In Abbildung 2 werden – analog der Darstellung in Abbildung 1 – für besonders betroffene Bevölkerungsgruppen die Anteile derjenigen ausgewiesen, die in mindestens drei verschiedenen Bereichen gleichzeitig benachteiligt sind (vgl. auch Tab. 4). Anders als bei der Gesamtbevölkerung finden sich bei einzelnen Problemgruppen ausgeprägte Kumulationen. In West- und Ostdeutschland sind vor allem die allein stehenden Rentner von mehreren Defiziten gleichzeitig betroffen.

Tab. 4: Kumulation von Problemlagen bei einzelnen Bevölkerungsgruppen
Angaben in Prozent

	Mindestens 3 Problemlagen überhaupt ¹						Mindestens 3 objektive Problemlagen ²						Mindestens 3 subjektive Problemlagen ³					
	West			Ost			West			Ost			West			Ost		
	'88	'93	'98	'90	'93	'98	'88	'93	'98	'90	'93	'98	'88	'93	'98	'90	'93	'98
Insgesamt	12	10	12	19	16	18	4	1	2	6	4	1	11	9	4	19	17	6
Hausfrau, Arbeitererschicht	29	33	32	–	–	–	8	5	11	–	–	–	20	22	6	–	–	–
Rentner mit Partner, Arbeitererschicht	20	12	18	6	15	17	6	3	3	5	2	1	21	9	6	10	15	5
Rentner ohne Partner, Arbeitererschicht	50	44	40	64	54	39	17	11	4	26	22	3	37	39	20	45	44	23
Rentner ohne Partner, Mittelschicht	22	16	25	(36)	(36)	(55)	5	3	0	(8)	(11)	(6)	19	18	9	(39)	(43)	(36)
Arbeitslose	25	17	41	27	25	36	7	6	14	5	8	2	19	17	18	36	27	13
Alleinerziehende	17	21	22	52	24	41	4	4	10	5	7	6	16	18	12	44	33	10
Un- angel. Arbeiter	25	12	14	33	14	16	8	1	2	13	9	1	11	10	4	23	15	6

– Fallzahlen zu gering.

() Fallzahlen < 25.

1 Von sämtlichen Problemlagen.

2 Von allen sechs objektiven Problemlagen.

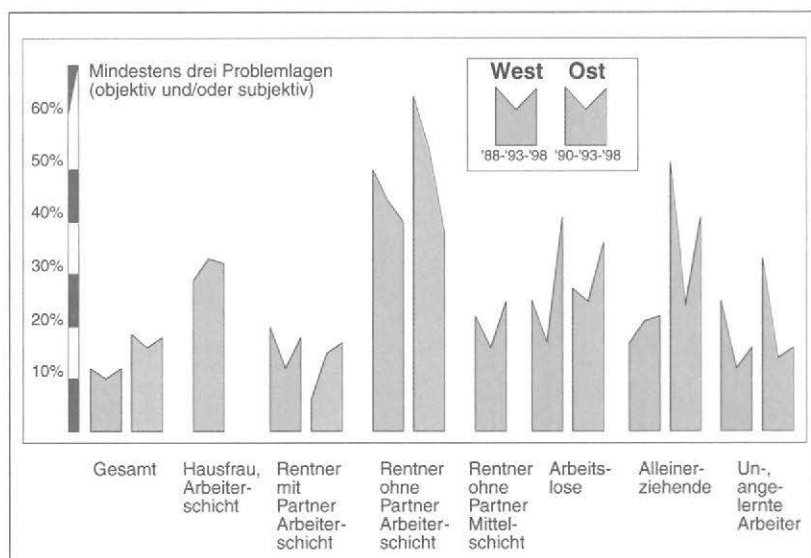
3 Von allen drei subjektiven Problemlagen.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988, 1990-Ost, 1993.

Beachtenswert ist hier aber eine Entwicklung, die bis auf wenige Ausnahmen klar in die Richtung der Abnahme von objektiven Beeinträchtigungen und subjektiven Belastungen geht. Auch bei dieser Bevölkerungsgruppe haben sich die jeweiligen Anteile der Betroffenheit in Ost und West angenähert.

Neben Rentnern sind Arbeitslose und unqualifizierte Arbeiter in Ost und West überdurchschnittlich von Beeinträchtigungen betroffen. Besonders auffällig sind die Unterschiede und voneinander abweichende Trends zwischen einzelnen Problemgruppen in Ost- und Westdeutschland. Mehr als die Hälfte der Alleinerziehenden in Ostdeutschland beispielsweise waren noch 1990 von drei und mehr

Abb. 2: Kumulation von Problemlagen



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988, 1990-Ost, 1993, 1998.

Beeinträchtigungen gleichzeitig betroffen. 1993 halbierte sich dieser Anteil, aber er nahm dann bis 1998 wieder erheblich zu. In Westdeutschland ist dagegen ein vergleichsweise geringer Anstieg festzustellen, und das Ausmaß der Betroffenheit liegt deutlich niedriger.

Die Entwicklung zwischen 1988 und 1998 verlief für einzelne Gruppen recht unterschiedlich. Entgegen der rückläufigen Entwicklung in der Gesamtbevölkerung finden sich einzelne Gruppen mit einer Zunahme. Für die meisten der betrachteten Problemgruppen ist allerdings ein Abbau früher ausgeprägter Kumulationen zu erkennen. Die Vermutung, der ostdeutsche Transformationsprozess hätte breite Bevölkerungskreise in ihren objektiven Lebensbedingungen bedroht oder sozial Benachteiligte noch weiter marginalisiert, hat sich nach unseren Daten als voreilig erwiesen. Weder für die Gesamtbevölkerung noch für einzelne Gruppen ergeben sich eindeutige Hinweise darauf, dass die Wohlfahrtsentwicklung in Westdeutschland seit 1978 und die Wohlstandsverbesserungen in Ostdeutschland seit 1990 auf Kosten sozial Benachteiligter gingen.

(Roland Habich)

17 Ausländer in Deutschland

1997 lebten in Deutschland 7,3 Millionen Ausländer. Rund 1,5 Millionen davon sind in Deutschland geboren, haben aber die Staatsbürgerschaft der Eltern. Der größte Teil der in Deutschland lebenden Ausländer wurde zwischen 1955 und dem Anwerbestopp 1973 in der Türkei, Italien, Griechenland, Spanien und dem ehemaligen Jugoslawien angeworben, oder sie waren später als Familienangehörige nachgezogen. Diejenigen, die damals als „Gastarbeiter“ nach Deutschland kamen, waren vor allem als un- und angelernte Arbeiter im Bereich der industriellen Massenfertigung und der Schwerindustrie tätig. Entsprechend gliederten sie sich am unteren Ende der beruflichen und sozialen Hierarchie ein. Auch heute, mehr als vier Jahrzehnte nach dem ersten Anwerbevertrag, ist diese Beschäftigungsstruktur der Anwerbung noch immer zu erkennen. Für die in Deutschland geborenen Kinder der ehemaligen Gastarbeiter – die sogenannte zweite Generation – bestehen aufgrund des Schulbesuches in Deutschland günstigere Startvoraussetzungen auf dem Arbeitsmarkt. Allerdings blieb der schulische Erfolg der zweiten Generation hinter dem einer vergleichbaren deutschen Alterskohorte zurück. Der Übergang von der Schule in den Beruf gestaltet sich schwierig und ist häufig von Arbeitslosigkeit begleitet.

Im Folgenden werden zunächst einige zentrale Merkmale der ausländischen Bevölkerung aus Anwerbeländern beschrieben, dann wird betrachtet, wie sich die Beschäftigungsposition und das Einkommen von ausländischen Arbeitnehmern verändert haben. Anschließend wird anhand der Sprachkenntnisse, interethnischer Freundschaften, Aufenthaltsorientierung und nationaler Selbstidentifikation die Veränderung der sozialen Integration von Immigranten in Deutschland untersucht. Wegen der aktuellen Diskussion um Einbürgerungskriterien werden Einbürgerungszahlen und die Einstellung der ausländischen Bevölkerung im Hinblick auf die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft am Schluss dieses Kapitels betrachtet. Alle Analysen beziehen sich auf Westdeutschland, weil die große Mehrheit der Ausländer hier lebt.

Weitere Informationen zum Thema Ausländer in Deutschland siehe Teil I, Kap. 1.8.

17.1 Zentrale Merkmale der ausländischen Bevölkerung

Die folgenden Angaben für die ausländische Bevölkerung beziehen sich mit Ausnahme der Altersangaben aus Vergleichsgründen auf alle Personen im erwerbsfähigen Alter (16 bis 64 Jahre). Das Durchschnittsalter bezieht sich auf Personen

über 16 Jahre. Dabei ist zu sehen, daß die ausländische Bevölkerung eine jüngere Altersstruktur aufweist als die deutsche. Ausländische Haushalte sind im Durchschnitt mit 3,1 Personen größer als deutsche mit 2,5 Personen. Bezüglich der Bildung lassen sich erhebliche Unterschiede erkennen. Während 29 % der Ausländer aus Anwerbeländern die Schule ohne Abschluss verließen, ist dies nur bei 4 % der deutschen Bevölkerung der Fall. Weitere 27 % hatten lediglich eine Pflichtschule im Ausland besucht. Von denjenigen, die bereits einen deutschen Schulabschluss hatten, haben die meisten einen Hauptschulabschluss erzielt (22 %), über ein Abitur verfügen im Vergleich zu Deutschen (23 %) bislang nur wenige (6 %).

Tab 1: Zentrale Merkmale von Ausländern aus Anwerbeländern in Westdeutschland 1997¹

	Ausländer aus Anwerbeländern	Deutsche
	in %	bzw. Ø
Durchschnittsalter, Jahre	38,5	47,6
Haushaltsgröße, Personen	3,1	2,5
Bildung		
Kein Abschluss	29,0	4,0
Pflichtschule Ausland	27,0	
Weiterbildende Schule Ausland	9,0	
Hauptschule	22,0	46,0
Mittlere Reife	8,0	25,0
Abitur	6,0	23,0
Erwerbsstatus		
Erwerbstätig	51,0	63,0
Arbeitslos	11,0	6,0
Nicht erwerbstätig	38,0	31,0
Wohnfläche Ø in qm	76,5	94,0
Weniger als ein Raum pro Person	37,0	7,0

1 Die Angaben beziehen sich auf 16–64-Jährige; außer den Altersangaben, die sich auf über 16-Jährige beziehen.

Daten: SOEP, Querschnittsdatensatz 1997 (nur Westdeutschland).

Beim Erwerbsstatus fällt auf, dass Ausländer wesentlich öfter arbeitslos sind als Deutsche. 11 % der Personen im erwerbsfähigen Alter sind arbeitslos und weitere 38 % sind nicht erwerbstätig, so dass nur jede zweite ausländische Person im erwerbsfähigen Alter einer Beschäftigung nachgeht. Die Wohnindikatoren zeigen, dass die ausländische Bevölkerung beengter wohnt, als dies bei Deutschen der Fall ist. Die Wohnungen sind im Durchschnitt kleiner. Während bei den Deutschen lediglich 7 % weniger als einen Wohnraum pro Person zur Verfügung haben, trifft dies auf 37 % der ausländischen Bevölkerung zu.

17.2 Beschäftigungsstruktur

Im Folgenden wird die berufliche Stellung von ausländischen Beschäftigten (aus den Anwerbeländern Türkei, dem ehemaligen Jugoslawien, Italien, Griechenland und Spanien) und deutschen Arbeitnehmern zwischen 1984 und 1997 verglichen. Die Angaben beziehen sich jeweils auf Personen, die einer regelmäßigen Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigung nachgehen. Zwischen deutschen und ausländischen Beschäftigten gibt es bis heute erhebliche strukturelle Unterschiede. 1984 waren 70 % der ausländischen Beschäftigten als un- oder angelernte Arbeiter tätig (vgl. Tab. 2), von den westdeutschen Beschäftigten waren es hingegen nur 16 %. Zwischen 1984 und 1989 sank bei ausländischen Beschäftigten aus den Mittelmeerländern der Anteil derer, die ungelernte Tätigkeiten ausübten, während der Facharbeiteranteil anstieg. Auch der Anteil der mittleren und höheren Angestellten verdoppelte sich in diesem Zeitraum. Dennoch war dieser Anteil bei den deutschen Beschäftigten um ein Vielfaches höher. Auch zwischen 1993 und 1997 verringerte sich der Anteil der un- und angelernten Arbeiter aus den Mittelmeerländern nochmals deutlich. 1997 übten 51 % der ausländischen Beschäftigten un- und angelernte Tätigkeiten aus, aber nur 10 % der westdeutschen Arbeitnehmer.

Die Beschäftigungsstruktur der zweiten Generation entwickelte sich im Untersuchungszeitraum positiv. 1984 war noch nahezu die Hälfte der zweiten Generation als un- oder angelernte Arbeiter tätig, 1997 sind es nur noch 22 %. 16 % üben Facharbeiter- und Meisterberufe aus, und immerhin 35 % sind in mittleren oder gehobenen Angestelltenpositionen tätig. Unter gleichaltrigen Westdeutschen liegt dieser Anteil mit 45 % allerdings deutlich höher. Trotz dieser verbleibenden Differenz zu gleichaltrigen Deutschen zeichnet sich bei der ausländischen Bevölkerung eine beachtliche intergenerationale Mobilität ab.

Auch ausländische Frauen aus den Mittelmeerländern waren 1984 noch überwiegend als un- und angelernte Arbeiterinnen beschäftigt. 1997 ist die Konzentration in den Arbeiterberufen deutlich geringer. Zwar sind noch immer mehr als die Hälfte der ausländischen Frauen als un- oder angelernte Arbeiterinnen tätig, doch nun besetzen sie in weit höherem Maße auch mittlere und höhere Angestelltenpositionen. Der zwischen 1993 und 1997 erfolgte drastische Anstieg des Beschäftigtenanteils der mittleren und höheren Angestellten kam überwiegend durch neu in das Erwerbsleben eintretende, junge Ausländerinnen zustande. Bei westdeutschen Frauen zeigt sich die gleiche Tendenz, jedoch weniger stark ausgeprägt. Die strukturellen Unterschiede zwischen ausländischen und deutschen Frauen wurden somit etwas kleiner.

Die Struktur der türkischen Erwerbstätigen als der größten Gruppe unterschied sich 1984 gegenüber anderen Nationalitäten vor allem durch einen besonders hohen Anteil an un- und angelernten Arbeitern. Dieser Unterschied gegenüber Erwerbstätigen aus anderen Mittelmeerländern war in den 90er Jahren weniger stark ausgeprägt. Insbesondere der Anteil an ungelernten Arbeitern ging deutlich zu-

Tab. 2: Berufliche Stellung von ausländischen und deutschen Beschäftigten in Westdeutschland, 1984–97
Angaben in Prozent

	1. Längsschnittkohorte				2. Längsschnittkohorte			
	Ausländer		Deutsche ¹		Ausländer		Deutsche ¹	
	1984	1989	1984	1989	1993	1997	1993	1997
Fallzahlen (N)	1086	1141	2565	2755	946	878	3112	2980
Insgesamt								
Ungelernte Arbeiter	25	20	4	4	18	10	3	3
Angelernte Arbeiter	45	44	12	12	41	41	10	7
Facharbeiter/Meister	19	23	18	17	22	20	17	15
Einfache Angestellte	4	3	10	9	8	10	12	10
Mittlere/höhere Angestellte	3	6	33	37	7	13	37	42
Selbstständige	4	4	12	11	4	6	10	12
Zweite Generation ²								
Ungelernte Arbeiter	22	15	9	3	3	4	1	1
Angelernte Arbeiter	25	35	11	14	19	18	8	6
Facharbeiter/Meister	32	28	21	24	23	16	24	20
Einfache Angestellte	14	7	18	11	28	22	15	10
Mittlere/höhere Angestellte	5	15	29	37	27	35	38	45
Selbstständige	2	2	3	6	1	4	5	9
Frauen								
Ungelernte Arbeiterinnen	35	33	6	7	32	15	6	5
Angelernte Arbeiterinnen	48	44	12	14	37	38	11	7
Facharbeiterinnen/ Meisterinnen	3	5	3	4	2	3	4	4
Einfache Angestellte	8	7	21	18	18	19	23	17
Mittlere/höhere Angestellte	3	8	39	42	8	20	41	48
Selbstständige	4	4	13	9	2	4	8	11
Türkische Zuwanderer								
Ungelernte Arbeiter	36	27			20	7		
Angelernte Arbeiter	42	42			42	46		
Facharbeiter/Meister	14	22			23	19		
Einfache Angestellte	5	2			8	14		
Mittlere/höhere Angestellte	2	6			4	10		
Selbstständige	2	1			3	4		

1 Der auf 100 % fehlende Wert entspricht dem Beamtenanteil.

2 Zweite Generation = in Deutschland Geborene mit ausländischem Pass. Diese Gruppe war beim Längsschnitt 1984–1989 noch zu klein. Deshalb wurden hier auch diejenigen betrachtet, die in Deutschland zur Schule gegangen sind. Die Angaben für Deutsche beziehen sich auf eine vergleichbare Altersgruppe (1984–1989: 16 bis 25 Jahre, 1993–1997: 16 bis 30 Jahre).

Daten: SOEP, Längsschnittdatensätze 1984–1989 und 1993–1997 (nur Westdeutschland).

rück. Somit veränderte sich die Beschäftigungsstruktur türkischer Arbeitnehmer stärker, als dies bei anderen Nationalitäten zu beobachten war.

Ausländische Beschäftigte sind auch in den 90er Jahren noch immer an Arbeitsplätzen und in beruflichen Positionen konzentriert, die nur geringe Qualifikationen

erfordern. Im Zeitverlauf ist jedoch eine Zunahme der Beschäftigten in mittleren und höheren Positionen zu erkennen. Insbesondere bei der zweiten Generation zeigt sich eine günstigere Struktur. Bemerkenswert ist auch, dass die in der Folge der deutschen Vereinigung gestiegene Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt keine Abdrängung ausländischer Arbeitskräfte in marginale Segmente des Arbeitsmarktes zur Folge hatte.

17.3 Einkommensverteilung und Einkommensentwicklung

1984 lag der Bruttoarbeitsverdienst von Ausländern (aus Mittelmeerländern) in Deutschland im Schnitt bei 2 400 DM pro Monat. 1997 sind es – nicht inflationsbereinigt – 3 510 DM (vgl. Tab. 3). Damit liegt ihr durchschnittliches Einkommen deutlich unter dem der deutschen Arbeitnehmer. Aufgrund des noch immer hohen Anteils an un- und angelernten Arbeitern unter den Ausländern überrascht dieser Unterschied nicht. Allerdings wäre aufgrund der Veränderungen der beruflichen Struktur der ausländischen Beschäftigten im untersuchten Zeitraum eine gewisse Einkommensangleichung zu erwarten gewesen. Dies ist jedoch nicht der Fall. Gemessen an den Einkünften der Deutschen hat sich die Einkommensposition der Ausländer relativ verschlechtert. 1984 bezogen Ausländer ein durchschnittliches Einkommen, das 87 % der Bezüge von deutschen Beschäftigten entsprach, 1997 sind es nur noch 76 %.

Die Einkünfte türkischer Arbeitnehmer lagen 1984 deutlich unter denen der ausländischen Beschäftigten insgesamt. 1997 beziehen türkische Beschäftigte dagegen Einkommen, die etwas über dem Durchschnitt der ausländischen Arbeitnehmer liegen. Die Einkommensentwicklung der zweiten Generation war zunächst relativ günstig. Ihr Durchschnittsverdienst entsprach 1984 und 1989 dem der gleichaltrigen Deutschen. Auch 1993 lag ihr Einkommen nur wenig unter dem von Deutschen der entsprechenden Altersgruppe. Bis 1997 öffnete sich jedoch die Einkommensschere zuungunsten der zweiten Generation. Dies dürfte auf den wachsenden Anteil an deutschen Arbeitnehmern mit höheren Bildungsabschlüssen zurückzuführen sein, die erst zu einem biographisch späteren Zeitpunkt in das Erwerbsleben eintreten. Am Beginn des Berufslebens sind die Einkommensunterschiede nach Qualifikation noch wenig ausgeprägt.

Ausländische und deutsche Frauen erzielen Einkommen, die im Schnitt unter jenen männlicher Arbeitnehmer liegen. Bei deutschen Frauen ist der hohe Anteil an Teilzeitbeschäftigten eine wichtige Ursache für die geringeren Einkommen. Die niedrigen Bezüge ausländischer Frauen erklären sich hingegen vor allem aus der Beschäftigung in unteren beruflichen Positionen. Die höhere Zahl ausländischer Frauen im Dienstleistungsbereich führte bisher nicht zu einem deutlichen Anstieg der Bezüge dieser Frauen.

Differenziert nach der beruflichen Stellung zeigt sich, dass ungelernte ausländische Arbeiter zum Teil deutlich höhere Einkommen erzielen als deutsche in gleicher Position. Der Hauptgrund für die höheren Bezüge ausländischer Arbeiter ist ihre längere Arbeitszeit. Ausländische Erwerbstätige sind kaum Teilzeit beschäftigt und machen mehr Überstunden als deutsche Arbeitnehmer. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei einfachen Angestellten. Auch hier beziehen ausländische Angestellte zwischen 1984 und 1989 im Schnitt etwas höhere Einkommen als deutsche, da-

Tab. 3: Bruttoarbeitsverdienst ausländischer und deutscher abhängig Beschäftigter in Westdeutschland, 1984–97
in DM pro Monat

	1. Längsschnittkohorte				2. Längsschnittkohorte			
	Ausländer		Deutsche		Ausländer		Deutsche	
	1984	1989	1984	1989	1993	1997	1993	1997
Insgesamt	2400	2870	2760	3200	3140	3510	4000	4600
2. Generation ²	1970	2700	1960	2710	3180	3320	3250	4150
Frauen	1820	2040	1960	2300	2290	2660	2920	3350
Türken	2300	2800			3350	3550		
Stellung im Beruf								
Ungelernte Arbeiter	2100	2340	1710	1670	2280	2700	1490	1870
Angelernte Arbeiter	2360	2860	2230	2530	2850	3230	2890	3240
Facharbeiter/Meister	2850	3240	2830	3270	3310	3870	3980	4400
Einfache Angestellte	1760	2250	1840	2070	2420	2630	2460	2840
Mittlere/höhere Angestellte	3490	3710	3240	3810	3240	3930	4780	5380
Branche								
Produzierendes Gewerbe	2450	2930	3040	3590	3000	3470	4560	5340
Bau	2720	3170	2880	3320	3150	3910	4000	4570
Handel, Verkehr	2340	2730	2160	2630	2700	3040	3320	3860
Produktionsnahe Dienste	1	1	3130	3490	2180	3490	4280	4780
Konsumorientierte Dienste	1500	1850	1760	2180	1650	2290	1880	2750
Soziale/staatliche Dienste	2460	2970	2590	2870	2490	3000	3950	4380

1 Fallzahlen unter N = 30.

2 Zweite Generation = in Deutschland Geborene mit ausländischem Pass. Diese Gruppe war beim Längsschnitt 1984–1989 noch zu klein. Deshalb wurden hier auch diejenigen betrachtet, die in Deutschland zur Schule gegangen sind. Die Angaben für Deutsche beziehen sich auf eine vergleichbare Altersgruppe (1984–1989: 16 bis 25 Jahre, 1993–1997: 16–30 Jahre).

Daten: SOEP, Längsschnittdatensätze 1984–1989 und 1993–1997 (nur Westdeutschland).

nach entwickelt sich das Einkommen bei Deutschen dieser Beschäftigtengruppe günstiger. Diese Einkommensunterschiede lassen sich ebenfalls durch ein unterschiedliches Arbeitsvolumen erklären.

Ausländische mittlere und höhere Angestellte verdienen deutlich weniger als deutsche. Dies gilt insbesondere für die 90er Jahre. Während noch 1984 die kleine Zahl von ausländischen mittleren und höheren Angestellten sogar ein höheres Einkommen als deutsche Beschäftigte in diesem Bereich erzielten, blieb die Ein-

kommensentwicklung mit einer wachsenden Zahl an ausländischen Beschäftigten in diesen Berufen deutlich hinter jener der deutschen mittleren und höheren Angestellten zurück. Dies zeigt, dass die Mehrzahl der Ausländer aus Anwerbeländern bislang kaum in höhere Ebenen der Angestelltenhierarchie vordringen konnten. Bei Facharbeiter- und Meisterpositionen hingegen zeigen sich zwischen 1984 und 1989 kaum Einkommensdifferenzen zwischen ausländischen und deutschen Beschäftigten. In den 90er Jahren blieb die Einkommensentwicklung ausländischer Facharbeiter jedoch hinter der ihrer deutschen Kollegen zurück, obwohl sich ausländische Arbeitnehmer in den Arbeiterberufen bereits gut etablieren konnten.

In einer sektoralen Betrachtung fällt auf, daß ausländische Beschäftigte im produzierenden Gewerbe, wo die meisten von ihnen beschäftigt sind, wesentlich niedrigere Löhne beziehen als Deutsche. Deutsche Beschäftigte besetzen in diesem Bereich eher die oberen und ausländische Arbeitnehmer vor allem die unteren Positionen. Im Dienstleistungssektor waren bis 1989 die Einkünfte ausländischer Beschäftigter, mit Ausnahme der sozialen und staatlichen Dienstleistungen, niedriger als im produzierenden Gewerbe. Zwar bezieht 1997 die kleine Gruppe der Arbeitnehmer in den produktionsnahen Dienstleistungen ein geringfügig höheres Einkommen als die ausländischen Beschäftigten im produzierenden Gewerbe, aber im Bereich der konsumorientierten Dienstleistungen beziehen sie unterdurchschnittliche Einkommen. In den 90er Jahren erzielten ausländische Arbeitskräfte in allen Sparten des Dienstleistungsbereichs im Schnitt geringere Einkünfte als ihre deutschen Kollegen.

Die Einkommensanalysen lassen den Schluss zu, dass ausländische und deutsche Beschäftigte mit gleicher Qualifikation und in vergleichbarer Beschäftigungsposition in der Regel auch ähnlich hohe Einkommen beziehen. Eine systematische Lohndiskriminierung findet offensichtlich nicht statt. Dennoch haben sich die beruflichen Veränderungsprozesse bei ausländischen Beschäftigten nicht in einer Angleichung der Einkommen niedergeschlagen, vielmehr war das Gegenteil der Fall.

17.4 Soziale Integration

Nach eigener Einschätzung beherrscht mehr als die Hälfte aller Ausländer aus den Anwerbeländern die deutsche Sprache gut (vgl. Tab. 4). Im Untersuchungszeitraum stieg die Sprachkompetenz zunächst deutlich an. Doch zwischen 1993 und 1997 zeigte sich insgesamt keine Verbesserung der Sprachkenntnisse mehr, die Deutschkenntnisse werden 1997 sogar geringfügig schlechter eingeschätzt als noch 1993. Es ist zwar denkbar, dass sich aufgrund von räumlicher und sozialer Segregation die Sprachkenntnisse bei einigen tatsächlich verschlechterten, häufiger dürfte sich jedoch die Selbsteinschätzung verändert haben, z. B. weil die Umgebung als fremder und die Kommunikation mit Deutschen als schwieriger empfunden wird.

Tab. 4: Sprachkenntnisse, interethnische Freundschaften, Wunsch nach dauerhaftem Aufenthalt und nationale Identifikation, 1984–97 in Prozent

	1. Längsschnittkohorte		2. Längsschnittkohorte	
	1984	1989	1993	1997
Gute Deutschkenntnisse				
Insgesamt	42	46	59	58
Zweite Generation ¹	86	89	98	97
Frauen	35	40	50	53
Türken	30	31	51	53
Interethnische Freundschaften²				
Insgesamt		48	44	48
Zweite Generation ¹		60	66	65
Frauen		46	40	45
Türken		35	34	36
Dauerhafte Bleibeabsicht				
Insgesamt	30	39	47	50
Zweite Generation ¹	34	54	64	68
Frauen	27	38	49	53
Türken	26	35	43	56
Selbstidentifikation als Deutsche³				
Insgesamt	10	11	16	17
Zweite Generation ¹	15	19	32	32
Frauen	10	10	15	15
Türken	6	4	12	18

1 Zweite Generation = in Deutschland Geborene mit ausländischem Pass. Diese Gruppe war beim Längsschnitt 1984–1989 noch zu klein. Deshalb wurden hier auch diejenigen betrachtet, die in Deutschland zur Schule gegangen sind. Die Angaben für Deutsche beziehen sich auf eine vergleichbare Altersgruppe (1984–1989: 16 bis 25 Jahre, 1993–1997: 16–30 Jahre).

2 Die Netzwerkfragen wurden erstmals 1988 und ab dann im 2-Jahres-Rhythmus erhoben. Der Wert für 1989 bezieht sich auf 1988. Die Angaben für 1991 beziehen sich auf 1992 und die von 1995 auf 1994.

3 Wegen abweichender Fragestellung im Jahre 1984 wird hier der Wert für 1985 ausgewiesen.

Daten: SOEP, Längsschnittdatensätze 1984–1989 und 1993–1997 (nur Westdeutschland).

Eine unterdurchschnittliche Sprachkompetenz zeigt sich sowohl bei ausländischen Frauen als auch bei türkischen Zuwanderern. Zwischen 1984 und 1997 haben sich die Sprachkenntnisse der türkischen Immigranten insgesamt aber deutlich verbessert. Bei der zweiten Generation bestehen kaum noch Sprachbarrieren. 97 % der in Deutschland geborenen Ausländer beherrschen 1997 die deutsche Sprache gut.

Bessere Sprachkenntnisse und längere Aufenthaltsdauer in Deutschland sollten im Prinzip dazu führen, dass sich die sozialen Beziehungen zwischen Einheimischen und Ausländern intensivieren. Dies ist jedoch nicht der Fall. Bei mehr als der Hälfte aller Ausländer sind unter den drei wichtigsten Bezugspersonen außerhalb des eigenen Haushalts keine Deutschen. 1993 war die Zahl der interethnischen Freundschaften sogar zurückgegangen (vgl. Tab. 4). Dies dürfte eine Aus-

wirkung des deutschen Vereinigungsprozesses und der damaligen Welle ausländischer Gewalttaten sein, die in den Jahren 1991 bis 1993 ihren Höhepunkt hatte. In dieser Periode stieg der Segregationsgrad. Mittlerweile scheint diese Entfremdungsphase zwischen Ausländern und Deutschen jedoch weitgehend überwunden zu sein.

Bei der zweiten Generation sind schon aufgrund besserer Sprachkenntnisse und durch den Schulbesuch in Deutschland häufiger interethnische Freundschaften zu erwarten. Tatsächlich hat die zweite Generation weitaus mehr soziale Kontakte mit Deutschen als die ausländische Bevölkerung insgesamt. Im Gegensatz zum allgemeinen Trend stieg bei der zweiten Generation der Anteil derer mit interethnischen Freundschaften zwischen 1989 und 1993 an, stagnierte dann aber bis 1997. Für die hier betrachteten Migrantengruppen ist Deutschland faktisch zum Lebensmittelpunkt und Deutschland damit zugleich zum Einwanderungsland geworden, auch wenn eine Einwanderung auf Dauer ursprünglich nicht beabsichtigt war. Es stellt sich dennoch die Frage, ob die Migranten ihren Aufenthalt selbst als zeitlich unbefristet verstehen.

1984 äußerten noch relativ wenige Migranten aus den Mittelmeerländern die Absicht, für immer in Deutschland zu bleiben. Weniger als ein Drittel hatte sich für einen dauerhaften Aufenthalt in Deutschland entschieden. 1997 ist es die Hälfte. Dies bedeutet jedoch nicht, daß die andere Hälfte der hier lebenden Ausländer ins Herkunftsland zurückzukehren will. Auch von denjenigen, die nicht für immer in Deutschland bleiben wollen, hat kaum jemand konkrete Rückkehrabsichten. Bei der zweiten Generation liegt der Anteil derer, die sich für einen dauerhaften Aufenthalt entschieden haben, zu allen Zeitpunkten deutlich über dem Durchschnitt. Dies überrascht nicht. Die zweite Generation ist in Deutschland aufgewachsen und kennt das Herkunftsland der Eltern meist nur aus Ferienaufenthalten. Auch bei der Aufenthaltsorientierung zeigte sich nach der deutschen Vereinigung kurzfristig eine rückläufige Tendenz, die jedoch bis 1993 wieder überwunden war.

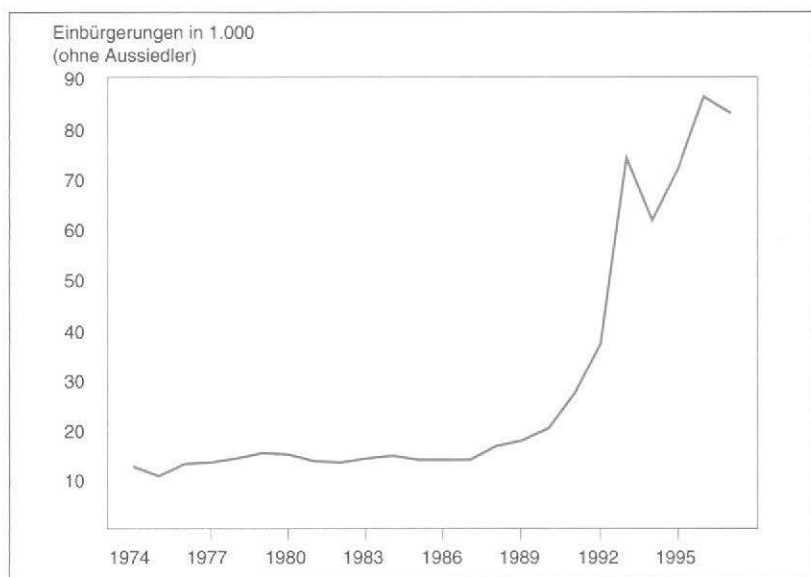
Auch wenn sich viele Ausländer bereits für einen dauerhaften Aufenthalt in Deutschland entschieden haben, fühlen sich nur wenige als Deutsche. 1997 hatten 17 % „ganz“ oder „mehrheitlich“ das Gefühl, Deutsche zu sein; bei türkischen Zuwanderern waren es 18 %. In den 80er Jahren war der Identifikationsgrad von Türken noch unterdurchschnittlich. Bei der zweiten Generation lag dieser Anteil generell deutlich höher. Von ihnen fühlten sich 1997 ein Drittel als Deutsche.

17.5 Einbürgerungen und Akzeptanz der Staatsbürgerschaft

Bis Ende der 80er Jahre war die Zahl der Einbürgerungen in Deutschland sehr niedrig (vgl. Abb. 1). Anfang der 90er Jahre zeigte sich dann ein Anstieg. Insbesondere die Einführung der Anspruchseinbürgerung brachte 1993 ein erstes Hoch

bei den Einbürgerungszahlen. Ein kräftiger Anstieg der Einbürgerungszahlen war 1996 zu beobachten. Dies war vor allem auf die höheren Einbürgerungen von Personen türkischer Herkunft zurückzuführen. Während sich 1995 31 600 Türken einbürgern ließen, waren es 1996 bereits 46 300. Noch 1990 wurden lediglich 2 000 Türken eingebürgert. Von den 86 400 Einbürgerungen, die 1996 vorgenommen wurden, bestand in 48 800 Fällen ein Anspruch auf Einbürgerung. 1997 wurden 82 900 Einbürgerungen vollzogen. Dies entspricht 1,1 % der gesamten ausländischen Bevölkerung.

Abb. 1: Einbürgerungen 1974–1997



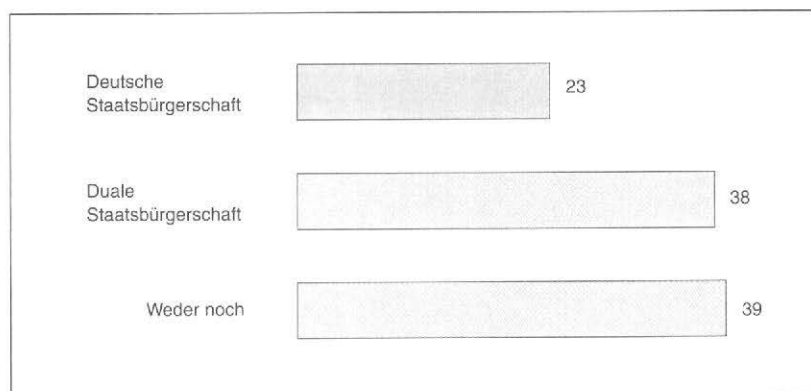
Quelle: Statistisches Bundesamt.

Gemessen an anderen europäischen Ländern ist dies eine vergleichsweise niedrige Zahl. In den Niederlanden lag die Einbürgerungsquote 1996 bei 12,2 %. Allerdings konnte zu diesem Zeitpunkt die niederländische Staatsbürgerschaft unter Beibehaltung der Staatsbürgerschaft des Herkunftslandes erlangt werden, d. h. Immigranten konnten die, in Deutschland umstrittene, doppelte Staatsbürgerschaft erlangen.

In Deutschland erfüllen bereits große Teile der ausländischen Bevölkerung die Voraussetzungen für eine Anspruchseinbürgerung, und mit der Senkung der notwendigen Aufenthaltsdauer von 15 Jahren (bis Ende 1999) auf lediglich 8 Jahre (ab dem Jahr 2 000) wächst die Zahl der Anspruchsberechtigten weiter. Dennoch haben Ausländer bislang von der Einbürgerungsmöglichkeit nur zögerlich Gebrauch

gemacht. Ein Einbürgerungshemmnis war die Notwendigkeit, den Pass des Herkunftslandes abzugeben. Dies verdeutlicht Abbildung 2: 1996 erwogen lediglich 23 % der Ausländer aus den Anwerbeländern, die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen. Gäbe es die Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft, würden sich weitere 38 % einbürgern lassen. Keine konkrete Einbürgerungsabsicht haben 39 % der Ausländer aus den Anwerbeländern. Es kann also festgehalten werden, dass die Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft die Zahl der Einbürgerungen deutlich erhöhen würde.

Abb. 2: Präferenzen für die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft



Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel, Längsschnittdatensatz 1993–1997.

17.6 Fazit

Die einst als Gastarbeiter zugewanderten Ausländer und ihre Familienangehörigen können sich allmählich aus den unteren Positionen des Arbeitsmarktes lösen. Zwar ist die Struktur der Anwerbung, die zu einer Eingliederung der Arbeitsmigranten am unteren Ende der beruflichen Hierarchie geführt hat, noch immer deutlich zu erkennen, doch die Beschäftigten der zweiten Generation sind in Angestelltenberufen und im Dienstleistungsbereich weitaus öfter vertreten. Sie erreichen zwar nicht in dem Maße qualifizierte Beschäftigungsbereiche wie gleichaltrige Deutsche, aber wesentlich öfter als die erste Generation. Hinsichtlich ihrer Einkommensposition, gemessen am Anteil des Durchschnittsverdienstes von Deutschen, haben ausländische Beschäftigte jedoch verloren. Die höheren Beschäftigungsanteile im Dienstleistungsbereich, in dem ausländische Beschäftigte niedrigere Löhne erzielen, ist eine Ursache hierfür. Die gezeigten positiven Veränderungen der Beschäftigungsstruktur schlagen sich folglich, insbesondere in

ökonomisch angespannten Phasen, nicht in höheren Einkommen der Immigranten nieder. Dies zeigt, dass sie den Sprung in sichere, gut dotierte Beschäftigungspositionen noch nicht vollzogen haben. Die soziale Integration schreitet – nach zeitweiligem Rückschritt im Zuge der deutschen Vereinigung – wieder langsam voran. Bezogen auf die Staatsbürgerschaft gilt, dass Deutschland im Vergleich zu seinen Nachbarländern eine niedrige Einbürgerungsquote aufweist. Durch die Möglichkeit zur Annahme einer doppelten Staatsbürgerschaft ließe sich die Akzeptanz der Staatsbürgerschaft erhöhen.

(Wolfgang Seifert)

18 Einkommensverteilung und Armut

Das Ziel der Herstellung von „gleichwertigen Lebensverhältnissen“ im vereinten Deutschland kann unter verschiedenen Blickwinkeln betrachtet werden. Je nach Lebensbereich kann dabei die Bewertung differenziert ausfallen. Während im Bereich des Arbeitsmarktes und der Erwerbsbeteiligung aufgrund der Betroffenheit von Arbeitslosigkeit sowie der nach wie vor bestehenden ausgeprägten Erwerbsorientierung (vgl. Teil II, Kap. 8 und 9) noch deutliche Wohlfahrtsdefizite in Ostdeutschland festzustellen sind, können beispielsweise für den realisierten Lebensstandard der Familien und Haushalte (vgl. Teil II, Kap. 5) nur noch wenig Unterschiede beobachtet werden. Die zentrale Verbindung zwischen diesen beiden Dimensionen stellt das verfügbare Einkommen dar. Die auf dem Arbeitsmarkt erzielten Erwerbseinkommen sind (nach Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen) eine Basis für das, was sich die Bürger ganz handgreiflich „leisten“ können. Die Angleichung der Lebensbedingungen im vereinten Deutschland hängt für die ostdeutschen Bürger deshalb nicht zuletzt davon ab, inwiefern sich ihre eigene finanzielle Situation im Vergleich zum westdeutschen Niveau verändert hat.

Neben der Einkommensentwicklung wird im Folgenden auch die Einkommensverteilung im zeitlichen Verlauf betrachtet, um der oft widersprüchlich geführten allgemeinen Diskussion über Polarisierungstendenzen in Deutschland empirische Informationen gegenüberstellen zu können. Ein besonderes Augenmerk soll dabei auf den Anteil derjenigen Personen gerichtet werden, die sich im untersten Teil der Einkommenshierarchie befinden – auf die Gruppe, die von relativer Einkommensarmut betroffen ist und im „prekären Wohlstand“ lebt.

Weitere Informationen zum Thema Einkommensverteilung und Armut siehe Teil I, Kap. 4.3, 4.6 und 16.

18.1 Daten und Methoden

Angaben über die Einkommen von Personen und Haushalten werden in verschiedenen Erhebungen, insbesondere auch der amtlichen Statistik (vgl. Teil I, Kap. 4) erfasst. Unterschiedliche Erhebungs- und Messkonzepte führen allerdings dazu, dass eine unmittelbare Vergleichbarkeit der jeweiligen Befunde oft nicht gegeben ist. Im Rahmen der jährlichen Befragungen des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) werden die Einkommen unterschiedlich erfasst: zum einen wird das monatliche Haushaltsnettoeinkommen erfragt, also die regelmäßigen Einkünfte nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben zuzüglich erhaltener Sozialtransfers; zum anderen werden jeweils für das zurückliegende Jahr alle individuellen (Brutto-) Einkommen erfasst.

Einkommen über alle Haushaltsmitglieder summiert, aus denen dann unter Verwendung eines Steuer- und Transfermodells Haushaltsnettoeinkommen berechnet werden. Auf diese Weise werden bei der zeitlich weiter gefassten Jahresrechnung implizit auch Steuerrückerstattungen einbezogen. Bei der Berechnung der Jahreseinkommen werden darüber hinaus einmalige Sonderzahlungen (13., 14. Monatsgehalt, Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld etc.) berücksichtigt. Zudem sind hier auch „Gutschriften“ aus selbstgenutztem Wohneigentum eingerechnet. Solche Komponenten sind bei den Monateinkommen nicht berücksichtigt, die stattdessen in erster Linie den laufenden Einkommensstrom im jeweils aktuellen Monat abbilden. Im Folgenden werden deshalb sowohl Daten über das erfragte monatliche Haushaltsnettoeinkommen als auch über das generierte Jahresnettoeinkommen der Haushalte (jeweils für das zurückliegende Jahr) präsentiert.

Um die Einkommenssituation von Haushalten unterschiedlicher Größe und die Haushaltszusammensetzung vergleichbar zu machen, werden die erfragten monatlichen Haushaltsnettoeinkommen und die errechneten Jahreseinkommen jeweils in so genannte bedarfsgewichtete „Äquivalenzeinkommen“ umgerechnet. Dem liegt unter anderem die Annahme zugrunde, dass durch gemeinsames Wirtschaften in Haushalten mit mehreren Haushaltsmitgliedern der Bedarf nicht proportional mit der Anzahl der Personen steigt. Ein Dreipersonenhaushalt benötigt somit nicht das dreifache Einkommen eines Einpersonenhaushaltes, um die gleiche Wohlstandsposition zu erreichen. Äquivalenzeinkommen sind auch im internationalen Vergleich bessere Indikatoren zur Messung von Wohlstandspositionen als „reine“ Haushaltsnettoeinkommen.

Zur Umrechnung der verfügbaren Haushaltseinkommen in Äquivalenzeinkommen werden entsprechende Bedarfsgewichte verwendet, die der Operationalisierung durch die OECD entspricht. Mit dieser so genannten älteren OECD-Skala wird jeder ersten Person im Haushalt ein Bedarfsgewicht von 1.0, jedem weiteren Jugendlichen und Erwachsenen ein Gewicht von 0.7 sowie jedem Kind bis zum Alter von 14 Jahren ein Bedarfsgewicht von 0.5 zugeordnet. Schließlich wird das Äquivalenzeinkommen jedem Haushaltsmitglied zugeordnet. Alle Analysen erfolgen auf Personenebene.

18.2 Einkommensentwicklung

Die verfügbaren Durchschnittseinkommen der privaten Haushalte sind nach den Daten des SOEP seit 1984 in Westdeutschland von monatlich 2 890 DM auf 4 311 DM im Jahr 1997 gestiegen (vgl. Tab. 1). Die Jahreseinkommen haben sich im selben Zeitraum von über 40 000 DM auf über 60 000 DM erhöht. Entsprechend sind die daraus abgeleiteten Äquivalenzeinkommen von monatlich 1 312 DM auf 2 075 DM sowie die entsprechenden Jahreseinkommen von knapp 19 000 DM auf knapp 30 000 DM angewachsen. Insgesamt zeigt sich dabei ein stetiger Verlauf.

Tab. 1: Verfügbare Durchschnittseinkommen der privaten Haushalte¹
in Westdeutschland²
Mittelwert in DM

	Haushaltsnettoeinkommen (nominal)		Äquivalenzeinkommen ³ (nominal)	
	im Monat ⁴	im Vorjahr	im Monat ⁴	im Vorjahr
1984	2 890	42 644	1 312	18 778
1985	2 971	44 018	1 338	19 572
1986	3 135	45 305	1 418	20 172
1987	3 228	47 480	1 468	21 208
1988	3 264	47 930	1 502	21 719
1989	3 366	49 690	1 567	22 757
1990	3 601	51 384	1 691	23 883
1991	3 677	53 753	1 747	25 200
1992	3 902	57 108	1 833	26 538
1993	4 015	58 490	1 921	27 555
1994	4 078	60 093	1 958	28 387
1995	4 255	60 361	2 083	29 115
1996	4 273	60 716	2 061	29 087
1997	4 311	61 445	2 075	29 314

1 Die Angaben beziehen sich auf die Gesamtbevölkerung. Aussiedler, Übersiedler und Asylbewerber, die von 1985 bis 1995 nach Westdeutschland zugezogen sind, werden ab 1996 berücksichtigt.

2 Seit 1990 früheres Bundesgebiet.

3 Bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen: Bedarfsgewichte werden herangezogen, um die Einkommen unterschiedlicher Haushaltsgrößen vergleichbar zu machen. Sie sind abgeleitet aus der älteren OECD-Skala: 1. Erwachsener = 1.0; alle weiteren Erwachsenen im Haushalt = 0.7; alle Kinder bis 14 Jahre = 0.5.

4 Befragungsmonat, im Allgemeinen im ersten Quartal.

Datenbasis: SOEP.

Die Äquivalenzeinkommen sind aufgrund der demographischen Entwicklung im Untersuchungszeitraum im Durchschnitt etwas stärker angewachsen als die reinen Haushaltsnettoeträge. Jahres- und Monatsangaben entwickelten sich jedoch bis Mitte der 90er Jahre jeweils weitgehend gleich; seit Mitte der 90er Jahre sind die Jahreseinkommen allerdings etwas stärker gestiegen.

Berücksichtigt man darüber hinaus die jeweilige Preisentwicklung, so lassen sich deutlich verschiedene Phasen der Einkommensentwicklung in Westdeutschland unterscheiden. Von 1985 bis 1987 erfolgte ein relativ deutlicher Zuwachs der Realeinkommen. Bis zu Beginn der 90er Jahre schwächte sich der positive Realeinkommenszuwachs insbesondere für die Äquivalenzeinkommen ab. Bis Mitte der 90er Jahre schwankte die Realeinkommensentwicklung bei mehr oder minder gleichbleibendem Niveau. Nach 1995 zeigen dann alle Indikatoren bis zum letzten Messzeitpunkt im Jahre 1997 einen Rückgang der Realeinkommen an, der allerdings im Jahr 1996 auch auf die erstmalige Berücksichtigung von Zuwanderungen nach Westdeutschland aus den Jahren 1985 bis 1995 zurückzuführen ist.

Betrachtet man nun die Entwicklung der Einkommen in Ostdeutschland im Vergleich zum westdeutschen Niveau, kann man seit der Vereinigung im Jahr 1990

Tab. 2: Verfügbare Durchschnittseinkommen der privaten Haushalte¹
im vereinigten Deutschland²
Mittelwert in DM

	Haushaltsnettoeinkommen (im Monat)			Äquivalenzeinkommen ³ (im Vorjahr)		
	Insgesamt	West	Ost	Insgesamt	West	Ost
1990	1 514	1 691	778 ⁴		23 883	
1991	1 593	1 747	936		25 200	
1992	1 694	1 833	1 145	24 177	26 538	14 494
1993	1 807	1 921	1 349	25 612	27 555	17 539
1994	1 866	1 958	1 486	26 902	28 387	20 656
1995	1 943	2 083	1 572	27 140	29 115	21 818
1996	1 978	2 061	1 644	27 783	29 087	22 229
1997	2 001	2 075	1 697	28 231	29 314	23 567

1 Die Angaben beziehen sich auf die Gesamtbevölkerung. Aussiedler, Übersiedler und Asylbewerber, die von 1985 bis 1995 nach Westdeutschland zugezogen sind, werden ab 1996 berücksichtigt.

2 1990: früheres Bundesgebiet und neue Bundesländer; seit 1991 Deutschland insgesamt.

3 Bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen: Bedarfsgewichte werden herangezogen, um die Einkommen unterschiedlicher Haushaltsgrößen vergleichbar zu machen. Sie sind abgeleitet aus der älteren OECD-Skala: 1. Erwachsener = 1.0; alle weiteren Erwachsenen im Haushalt = 0.7; alle Kinder bis 14 Jahre = 0.5.

4 Angaben vom Juni 1990 in Mark.

Datenbasis: SOEP.

eine kontinuierliche Angleichung beobachten (vgl. Tab. 2). Die westdeutschen Äquivalenzeinkommen sind von 1990 bis 1997 um 23 % von monatlich 1 691 DM auf 2 075 DM gestiegen, die ostdeutschen Einkommen sind nominal um 118 % von 778 DM auf 1 697 DM angewachsen und haben sich damit mehr als verdoppelt.

Tab. 3: Jährliche Veränderung der verfügbaren Einkommen in Deutschland

	1991	1992	1993	1994	1995	1996 ¹	1997 ¹
Steigerungsraten der monatlichen Äquivalenzeinkommen gegenüber dem Vorjahr (nominal)							
West	3,3	4,9	4,8	1,9	6,4	-1,1	0,7
Ost	20,3	22,3	17,9	10,1	5,8	4,6	3,2
Steigerungsraten der monatlichen Äquivalenzeinkommen gegenüber dem Vorjahr (real)							
West	-0,1	0,9	1,1	-0,8	4,6	-2,4	-1,1
Ost	-	7,7	6,7	6,2	3,6	2,4	1,2
Steigerungsraten der vorjährlichen Äquivalenzeinkommen gegenüber dem Vorjahr (nominal)							
West	5,5	5,3	3,8	3,0	2,6	-0,1	0,8
Ost			21,0	17,8	5,6	1,9	6,0
Steigerungsraten der vorjährlichen Äquivalenzeinkommen gegenüber dem Vorjahr (real)							
West	2,0	1,3	0,2	0,3	0,8	-1,5	-1,0
Ost	-	-	9,5	13,6	3,5	-0,3	3,9

1 Einschließlich Zuwanderer, die von 1985 bis 1995 nach Westdeutschland zugezogen sind.

Datenbasis: SOEP/Statistisches Bundesamt.

Stellt man zudem die unterschiedlichen Preissteigerungen in Rechnung – diese waren in Ostdeutschland zu Beginn der Transformation bekanntlich relativ hoch – so ergeben sich im Verlauf der 90er Jahre in Westdeutschland stagnierende Realeinkommen und in Ostdeutschland Realeinkommenszuwächse, die sich allerdings abgeschwächt haben (vgl. Tab. 3).

Auf der Grundlage dieser Daten hat sich der relative Einkommensanteil der durchschnittlichen Osteinkommen an den durchschnittlichen Westeinkommen von no-

Tab. 4: Relativer Einkommensabstand zwischen Ost- und Westdeutschland¹

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Kaufkraftunterschiede ² Ost (West = 100)							
	129,1	114,6	107,9	106,9	106,4	105,6	105,3
Relativer Einkommensabstand von Ost- zu Westdeutschland							
– monatliche Einkommen							
Nominal	53,6	62,4	70,3	75,9	75,5	79,8	81,8
Kaufkraftbereinigt	69,1	71,5	75,8	81,1	80,3	84,2	86,1
Relativer Einkommensabstand von Ost- zu Westdeutschland							
– jährliche Einkommen							
Nominal	–	54,6	63,7	72,8	74,9	76,4	80,4
Kaufkraftbereinigt	–	62,6	68,7	77,8	79,7	80,7	84,7

1 Gemessen am Äquivalenzeinkommen.

2 Bis 1994 bezogen auf eine dreimonatige Interviewperiode am Jahresanfang; ab 1995 bezogen auf Jahresdurchschnittswerte.

Datenbasis: SOEP (unter Verwendung der Preisindizes des Statistischen Bundesamtes).

minal 54 % im Jahr 1991 auf 82 % im Jahr 1997 erhöht (vgl. Tab. 4). Stellt man dann auch die vor allem zu Beginn der Transformation noch beträchtlichen Kaufkraftunterschiede zwischen Ost und West in Rechnung, so beträgt der Einkommensabstand im Jahr 1997 nur mehr 14 %. Die zu Beginn des Transformationsprozesses bestehende deutliche Einkommenskluft hat sich beträchtlich verringert, sie ist aber noch nicht verschwunden.

18.3 Ungleichheit in der Einkommensverteilung

Die Betrachtung von Mittelwerten reduziert auf der einen Seite die zugrunde liegende Verteilung auf einen einzelnen Wert und ermöglicht so einen schnellen Vergleich, sie verdeckt aber die Bandbreite der erhobenen Informationen und sagt nichts darüber aus, wie gleich oder ungleich das Einkommen in der Bevölkerung verteilt ist. Auf diese Ungleichheit in der Einkommensverteilung beziehen sich Thesen der Polarisierung, die eine erheblich zunehmende Ungleichheit – zunächst und vor allem in Westdeutschland – behaupten.

Die zum Teil unterschiedlichen Trends der Entwicklung bei den Monatseinkommen gegenüber den Jahreseinkommen sind im Wesentlichen auf die zusätzlich aufgenommenen Einkommenskomponenten in die Jahreseinkommen („Gutschrift“ für selbstgenutztes Wohneigentum und einmalige Bezüge), die im Durchschnitt mehr als 10 % der Jahreseinkommen ausmachen, zurückzuführen. Der Einschluss der einmaligen Bezüge führt insbesondere in den 80er Jahren zu einer Erhöhung der Ungleichheit, wogegen zu Beginn der 90er Jahre vor allem die Berücksichtigung des selbstgenutzten Wohneigentums, d.h. der Anstieg der Wohnungsmieten, zur Erhöhung der Ungleichheit beiträgt.

Auf der Basis des monatlichen und des jährlichen Einkommens können verschiedene Kennziffern zur Beschreibung der Entwicklung der Einkommensungleichheit in Westdeutschland verwendet werden. Ein allgemeiner Indikator zur

Tab. 5: Entwicklung der Einkommensungleichheit in Deutschland
Monatseinkommen

	Einkommensanteile der reichsten bzw. ärmsten 10 % der Bevölkerung				Dezil-Ratios ¹		Gini	
	Reichste 10 %		Ärmste 10 %		90:10			
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
1985	21,7	–	3,9	–	3,2	–	0,264	–
1989	21,3	–	4,1	–	3,0	–	0,257	–
1991	21,0	17,5	4,1	4,9	3,1	2,4	0,254	0,191
1992	21,0	17,4	4,0	4,8	3,1	2,4	0,254	0,192
1993	21,5	18,3	3,9	4,6	3,1	2,5	0,262	0,207
1994	22,0	18,1	4,0	4,4	3,1	2,6	0,267	0,208
1995	22,7	18,2	3,9	4,5	3,3	2,6	0,274	0,211
1996 ²	21,7	18,1	4,0	4,7	3,2	2,5	0,261	0,203
1997 ²	21,1	18,4	4,1	4,6	3,1	2,5	0,256	0,207

1 Verhältnis der Einkommensschwellenwerte, die die reichsten (90) beziehungsweise ärmsten (10) 10 % der Bevölkerung vom jeweils restlichen reicheren beziehungsweise ärmeren Bevölkerungsteil abgrenzen.

2 Einschließlich Zuwanderer, die von 1985 bis 1995 nach Westdeutschland zugezogen sind.

Datenbasis: SOEP.

Beschreibung der Einkommensverteilung gibt die Einkommensanteile an, die ein bestimmter Teil der nach Einkommen geordneten Bevölkerung innehat. Dieser Indikator dokumentiert z. B. jeweils denjenigen Einkommensanteil, über den die jeweils ärmsten und reichsten 5 %, 10 % und 20 % der Bevölkerung verfügen. Hier zeigt sich, dass die ärmsten 5 % der Bevölkerung über weniger als 2 % des monatlichen Gesamteinkommens verfügen, die ärmsten 10 % haben etwa 4 % (vgl. Tab. 5) und die unteren 20 % etwa 10 % des monatlichen Gesamteinkommens zur Verfügung. Demgegenüber verfügen die reichsten 5 % in der Bevölkerung über einen Anteil von 12 bis 15 % am gesamten monatlichen Einkommen, die reichsten 10 % der Bevölkerung über mehr als ein Viertel und die oberen 20 % sogar über mehr als ein Drittel aller verfügbaren monatlichen Einkommen. Diese Relationen

haben sich im langjährigen Verlauf jedoch kaum nennenswert verändert, so dass von einer systematischen Polarisierung in Westdeutschland nicht gesprochen werden kann.

An den Rändern der Einkommensverteilung sind dennoch je nach Betrachtung der Monats- oder Jahreseinkommen unterschiedliche Entwicklungen zu identifizieren. Eine anschauliche Illustration liefert eine andere Kennziffer. Die so genannten Dezil-Ratios geben die Verhältnisse von Einkommensschwellen an, die die mittleren 50 % (Median) der Bevölkerung beziehungsweise die ärmsten und reichsten 10 % jeweils voneinander abgrenzen. Die Dezil-Ratios, die Verhältnisse der Schwellenwerte, die die reichsten beziehungsweise ärmsten 10 % der Bevölkerung abgrenzen, sind im Zeitverlauf nahezu unverändert, wenn man die monatlichen Äquivalenzeinkommen betrachtet. Im Hinblick auf die Jahreseinkommen zeigt sich allerdings ab Mitte der 90er Jahre eine erhöhte Spreizung der Einkommensschwellen sowohl was die Abgrenzung des oberen als auch was die Abgrenzung des unteren Einkommensbereichs anbelangt.

Die dritte hier verwendete Kennziffer ist der Gini-Koeffizient, mit dem man die gesamte Ungleichheit der Einkommensverteilung ausdrücken kann. Er variiert von 0 bis 1 und nimmt bei völliger Gleichverteilung den Wert Null und bei totaler Ungleichheit den Wert 1 an. Der Gini-Koeffizient ist bezüglich der monatlichen Äquivalenzeinkommen von Mitte der 80er Jahre bis zu Beginn der 90er Jahre leicht rückläufig, das heißt, die Ungleichheit nimmt ab. Sie steigt bis Mitte der 90er Jahre stark an, dieser Trend setzt sich aber nach 1995 nicht weiter fort. Alles in allem bewegen sich diese Schwankungen auf etwa dem gleichen Ungleichheitsniveau. Legt man hingegen Jahreseinkommen zugrunde, so zeigt der Gini-Koeffizient bis Ende der 80er Jahre ebenfalls eine leicht rückläufige Tendenz, von Beginn bis Mitte der 90er Jahre hingegen einen kontinuierlichen Anstieg und verharrt ab 1995 auf dem erhöhten Niveau.

Man kann diese Entwicklungen für Westdeutschland folgendermaßen zusammenfassen. Von Mitte bis Ende der 80er Jahre gab es wachsende Realeinkommen und eine tendenziell sinkende Ungleichheit. Von Anfang der 90er bis Mitte der 90er Jahre finden wir verlangsamte, zum Teil stagnierende Wachstumsraten bei zunehmender Ungleichheit. Seit Mitte der 90er Jahre stellen wir rückläufige Wachstumsraten bei stagnierender beziehungsweise eher rückläufiger Ungleichheit fest.

Wie sich die Einkommen in Ostdeutschland im Vergleich zu den westdeutschen Einkommen verteilen, lässt sich am anschaulichsten wiederum mit Hilfe der Dezil-Ratios illustrieren. Die West-Einkommen haben sich bezüglich dieses Maßes als relativ konstant erwiesen. Betrachtet man nun die Einkommensspreizung der Ost-Einkommen in Relation zu denen in Westdeutschland, so zeigt sich das kontinuierliche Hineinwachsen in die westdeutsche Einkommensschichtung. Die unteren Einkommensschwellen, die die jeweils ärmsten 10 % der Bevölkerung in der jeweiligen Einkommenschichtung abgrenzen, liegen kaufkraftbereinigt in Ostdeutschland nur geringfügig unter Westniveau. Die oberen Einkommensschwellen,

die die jeweils reichsten 10 % der jeweiligen Bevölkerungsteile abgrenzen, unterscheiden sich hingegen noch immer erheblich. Mit anderen Worten, die ostdeutschen Einkommen liegen im unteren Einkommensbereich mit den West-Einkommen etwa gleichauf. Die im geringeren Einkommensmittelwert dokumentierten Unterschiede zwischen Ost und West beruhen vor allem auf einer schwächeren Besetzung der höheren Einkommenspositionen in Ostdeutschland.

Die Einkommensungleichheit war in Ostdeutschland von Beginn an wesentlich geringer ausgeprägt als in Westdeutschland und hat sich im Verlauf der 90er Jahre nur langsam erhöht. Wie in Westdeutschland, so verläuft auch in Ostdeutschland die Ungleichheitsentwicklung nicht gleichmäßig. Gemessen am Monatseinkommen steigt die Ungleichheit hier bis Mitte 1995 stark an, fällt dann ab und steigt – im Unterschied zur Entwicklung in Westdeutschland – 1997 wieder deutlich an.

18.4 Einkommensarmut und „prekärer“ Wohlstand

Wenn man zur Erfassung von Armut auf die Sozialhilfestatistik zurückgreift, operiert man mit einem Armutsbegriff, bei dem der Eckregelsatz der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt das gesellschaftlich definierte Existenzminimum darstellt. Diese politisch sanktionierte Armutsgrenze ist jedoch aufgrund der unterschiedlichen sozialpolitischen Konzepte, die international zur Armutsbekämpfung eingesetzt werden, weder mit anderen Ländern vergleichbar noch über die Zeit hinweg stabil.

Der hier verwendete Armutsbegriff beruht daher auf einem so genannten relativen Armutskonzept und orientiert sich an der Vorgehensweise von Eurostat, die auch bei den verschiedenen namhaften nationalen Armutsberichten bisher angewandt wurde: Als arm gilt demnach, wer in einem Haushalt lebt, dessen Äquivalenzeinkommen nicht mehr als 50 % des arithmetischen Mittels der Einkommen in der gesamten Bevölkerung beträgt. Zusätzlich werden Armutsschwellenwerte zur Abgrenzung einer strengen Armut (40 %-Schwelle) sowie zur Abgrenzung des so genannten „prekären Wohlstandes“ (75 %-Schwelle) bereitgestellt.

Für den Verlauf der Armutsquoten zeigen sich auch die schon für die Entwicklung der Ungleichheit berichteten Unterschiede je nach Einkommensmessung. Die Quoten von 1985 bis 1993 verweisen auf einen U-förmigen Verlauf, mit einer überproportionalen Zunahme zu Beginn der 90er Jahre aufgrund der Berücksichtigung des Wohnwertes des selbstgenutzten Wohneigentums (Jahreseinkommen). Und wiederum ergeben sich auch hier entsprechend divergierende Entwicklungen innerhalb der 90er Jahre – die jahresbezogenen Armutsquoten steigen weiter an, wogegen die monatsbezogenen Armutsquoten nach einer Erhöhung bis 1995 wieder eher rückläufig sind.

Diese Diskrepanz im Armutsverlauf bei Heranziehen unterschiedlicher Einkommenskonzepte ist allerdings bei der 75 %-Schwelle weniger stark ausgeprägt. Die

Quoten des prekären Wohlstandes liegen nach beiden Einkommenskonzepten langjährig bei etwa 35 %. Insbesondere der Armutsanstieg bei Verwendung von Jahreseinkommen fällt hier deutlich weniger drastisch aus als bei der 50 %-Schwelle.

Gemessen am monatlichen Äquivalenzeinkommen haben sich die so berechneten Armutsquoten in Westdeutschland seit Mitte der 80er Jahre zunächst verringert, sind bis etwa 1992 auf niedrigem Niveau geblieben, sind dann bis 1995 angestiegen und sind nach 1995 wiederum rückläufig. Nach 1995 ist das Armutsniveau in Westdeutschland nach dieser Messung in etwa gleich hoch wie zehn Jahre zuvor (vgl. Tab. 6). Legt man hingegen der Armutsberechnung generierte Jahreseinkommen zugrunde, so ergibt sich nach einem anfänglich leichten Rückgang der Armutsquote ein kontinuierlicher Anstieg der Armut, der bereits gegen Ende der

Tab. 6: Niedrigeinkommensquoten in Westdeutschland
Monatseinkommen, Angaben in Prozent

	„Strenge Armut“ 40 %-Schwelle	„Armut“ 50 %-Schwelle	„Prekärer Wohlstand“ 75 %-Schwelle
Gemessen am Durchschnittseinkommen in Westdeutschland			
1985	4,2	11,2	35,9
1989	3,9	8,9	33,8
1991	3,7	8,7	34,9
1992	4,0	8,6	33,8
1993	4,5	10,1	33,7
1994	4,1	9,4	35,2
1995	5,3	11,1	35,5
1996 ¹	4,3	9,5	34,8
1997 ¹	3,7	9,1	35,5

¹ Einschl. Zuwanderer, die von 1985 bis 1995 nach Westdeutschland zugezogen sind.

Datenbasis: SOEP.

80er Jahre einsetzt und sich bis Mitte der 90er Jahre nochmals verstärkt. Nach 1995 verringert sich die Armut in Westdeutschland nach dieser Messung wieder etwas.

Auch wenn für empirische Analysen zu sozialpolitischen Fragestellungen inzwischen in Deutschland eine gesamtdeutsche Perspektive angemessen erscheint, so sind insbesondere zur Erfassung von langjährigen Verläufen in der Zeit der Transformation noch immer getrennte Auswertungen nach Ost- und Westdeutschland hilfreich und notwendig. Je nachdem, ob man die mittleren Einkommen in Ostdeutschland oder die in Westdeutschland als Referenzpunkt der Wohlfahrtsmessung zugrunde legt, ergeben sich für Ostdeutschland unterschiedliche Armutsquoten mit gegenläufigen Trends (vgl. Tab. 7).

Gemessen am ostdeutschen Durchschnittseinkommen sind die Armutsquoten nach der Vereinigung langsam gestiegen, ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau. Wie bei den Ungleichheitsmaßen ist 1996 auch hier ein starker Rückgang

Tab. 7: Niedrigeinkommensquoten in Ostdeutschland
Monateinkommen, Angaben in Prozent

	„Strenge Armut“ 40 %-Schwelle	„Armut“ 50 %-Schwelle	„Prekärer Wohlstand“ 75 %-Schwelle
Gemessen am Durchschnittseinkommen in Ostdeutschland			
1990	0,8	3,7	23,7
1991	2,2	4,2	21,9
1992	1,9	5,7	23,0
1993	2,8	5,8	25,5
1994	3,0	7,5	25,2
1995	2,6	6,8	26,8
1996	2,1	4,7	25,2
1997	2,0	6,2	24,7
Gemessen am Durchschnittseinkommen in Westdeutschland, kaufkraftbereinigt ¹			
1990	10,8	25,7	69,4
1991	7,5	19,9	67,0
1992	7,9	17,7	61,9
1993	6,8	16,3	55,2
1994	6,9	13,3	46,3
1995	6,8	14,7	46,3
1996	3,9	12,3	40,1
1997	4,1	10,1	41,8
Gemessen am Durchschnittseinkommen in Westdeutschland, nominal			
1990	38,8	63,6	95,6
1991	21,5	46,2	88,9
1992	12,8	28,8	76,9
1993	8,8	21,5	63,3
1994	8,5	16,9	53,7
1995	8,8	18,1	55,3
1996	4,7	13,9	47,9
1997	5,6	12,6	46,6

1 Vgl. Tabelle 4; Für 1990 Kaufkraftrelation = 1,433.

Datenbasis: SOEP.

der Armutsquoten zu beobachten, 1997 erfolgt wiederum ein Anstieg der ost-spezifischen Armutsquoten. Geht man hingegen vom westdeutschen Durchschnittseinkommen als Referenz zur Messung der relativen Armut in Ostdeutschland aus, so ergeben sich aufgrund des hohen Einkommenswachstums anfänglich rasch sinkende Armutsquoten, ausgehend von einem hohen Niveau. Beide Perspektiven sind notwendig, um die Armutsentwicklung in Ostdeutschland in der Transformationsphase angemessen zu beschreiben.

Die eigentliche Transformationsphase im Sinne einer spezifischen Form des sozialen Wandels, gekennzeichnet durch eine Angleichung der Bewertungsmaßstäbe sowie eine erhöhte Dynamik, die alle Bevölkerungsschichten erfasste, kann ab Mitte der 90er Jahre indes als weitgehend abgeschlossen gelten. Die verbleibenden Unterschiede im Einkommensniveau werden damit nicht mehr als

systembedingte Unterschiede, sondern vielmehr als historisch-regionale Besonderheiten eines vereinigten Ganzen angesehen, die im Rahmen des allgemeinen Strukturwandels zu behandeln sind. Entsprechendes gilt auch für die Berücksichtigung von Kaufkraftunterschieden, die weiterhin wie lokal divergierende Preisdifferenzen behandelt und als solche bei der allgemeinen Armutsberechnung nicht mehr berücksichtigt werden.

Tab. 8: Niedrigeinkommensquoten im vereinigten Deutschland 1996, 1997
Angaben in Prozent

	„Strenge Armut“	„Armut“	„Prekärer Wohlstand“
	1996		
	40 %-Schwelle	50 %-Schwelle	75 %-Schwelle
Gemessen am monatlichen gesamtdeutschen Durchschnittseinkommen (nominal)			
Insgesamt	3,7	9,0	34,3
West		8,2	32,4
Ost		12,6	43,5
Gemessen am jährlichen gesamtdeutschen Durchschnittseinkommen (nominal)			
Insgesamt	7,6	13,6	36,6
West		13,3	33,4
Ost		15,2	49,9
	1997		
	40 %-Schwelle	50 %-Schwelle	75 %-Schwelle
Gemessen am monatlichen gesamtdeutschen Durchschnittseinkommen (nominal)			
Insgesamt	3,4	8,9	35,3
West		8,2	33,1
Ost		11,7	44,1
Gemessen am jährlichen gesamtdeutschen Durchschnittseinkommen (nominal)			
Insgesamt	7,9	13,6	36,4
West		13,2	34,4
Ost		15,2	45,1

Datenbasis: SOEP.

Deshalb wird ab 1996 die gesamtdeutsche Einkommensverteilung der relativen Armutsmessung zugrunde gelegt, die nach Ost-West-Unterschieden im Sinne soziodemographischer Differenzierung aufgebrochen wird (vgl. Tab. 8). Nach diesem Kriterium liegt in den Jahren 1996/97 die monatsbezogene Armutsquote im Westen Deutschlands gleichbleibend bei 8,2 % und im Osten Deutschlands bei 12 % mit leicht sinkender Tendenz. Werden jahresbezogene Einkommen zugrunde gelegt, so ergeben sich konstante Armutsquoten von 13 % im Westen und 15 % im Osten. Insgesamt liegen die Armutsquoten in Deutschland in den Jahren 1996 und 1997 monatsbezogen bei 9 % und jahresbezogen bei knapp 14 %.

(Peter Krause/Roland Habich)

19 Gesellschaftliche Konflikte und soziale Integration

Wie lebenswert eine Gesellschaft ist, wird oft mit der Frage nach dem sozialen Zusammenhalt verknüpft. Gerade in den letzten Jahren sind in Politik und Medien Befürchtungen zu hören, die Gesellschaft sei mehr und mehr gespalten, es gebe schärfere Konflikte und die soziale Integration, also die umfassende Teilhabe aller Bürger am gesellschaftlichen Leben, werde geringer. Auskunft darüber, wie es um den sozialen Zusammenhalt bestellt ist, geben im Folgenden verschiedene Indikatoren: auf die Gesellschaft bezogen die Wahrnehmung von Konflikten zwischen sozialen Gruppen und die Einschätzung von Bedingungen für soziale Teilhabe; auf die Individuen bezogen Symptome der Anomie, die Zufriedenheit mit den persönlichen Partizipationsmöglichkeiten sowie das Vorhandensein und die Häufigkeit sozialer Kontakte.

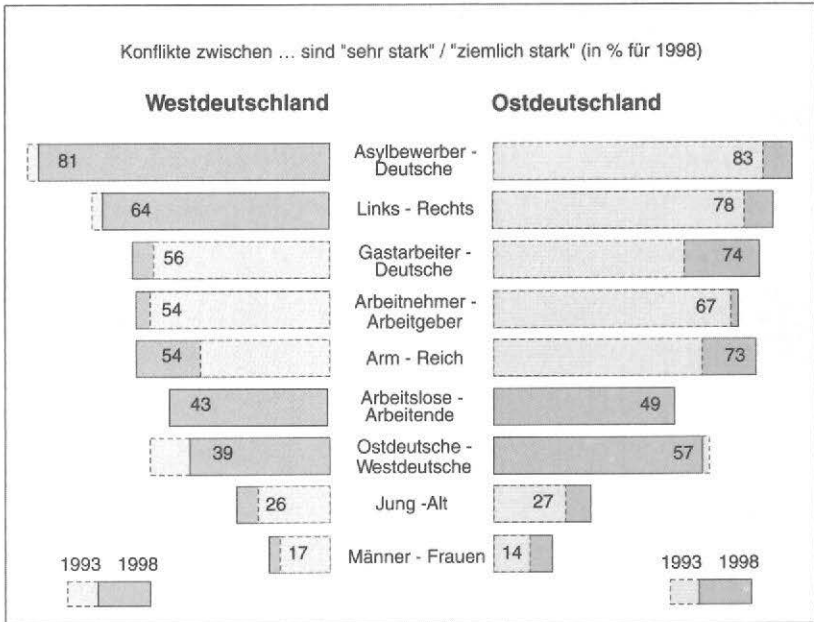
19.1 Konfliktwahrnehmung

Konflikte zwischen sozialen Gruppierungen treten in allen Gesellschaften auf. Gerade Demokratien sind ohne die geregelte Austragung von Interessengegensätzen nicht denkbar. Dennoch kann die Wahrnehmung starker Konflikte durch die Bevölkerung als negatives Merkmal einer Gesellschaft gelten – zeigt diese doch auch an, dass die sozialen Kräfte mehr gegeneinander als miteinander arbeiten. Im Folgenden geht es um die Einschätzung der Intensität von Konflikten zwischen ausgewählten Gruppen, die auf gesellschaftlich relevante Interessengegensätze verweisen. Diese subjektiven Einschätzungen der Bevölkerung geben Aufschluss über das aktuelle gesellschaftliche Klima und zeigen an, welche sozialen Spannungen als gravierend wahrgenommen werden und welche nicht. Für diese Wahrnehmungen spielen sowohl eigene Erfahrungen als auch die selektive Berichterstattung der Medien eine Rolle.

Das Muster der Konfliktwahrnehmung unterscheidet sich in West und Ost kaum (vgl. Abb. 1). Als „sehr starke“ bzw. „starke“ Konflikte werden insbesondere die politischen und in den Medien präsenten Konflikte zwischen Asylbewerbern und Deutschen (81 % gesamt) und links und rechts stehenden Parteien (66 % gesamt) genannt. Gegensätze zwischen den Geschlechtern (17 % gesamt) und den Generationen (26 % gesamt) gelten dagegen als gering – im letzteren Falle trotz intensiver Diskussionen um den Generationenvertrag. Mittlere Bedeutung haben die klassischen, am Erwerbsleben beziehungsweise an der Wohlstandsverteilung ori-

entierten Konflikte zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Arm und Reich und Arbeitslosen und Erwerbstätigen. Mit Blick auf die „innere Einheit“ ist bemerkenswert, dass der Ost-West-Gegensatz nur an siebter (West) bzw. sechster (Ost) Stelle von neun abgefragten Interessenkonflikten genannt wird. Allerdings sehen hier sechs von zehn Ostdeutschen Konflikte, gegenüber vier von zehn Westdeutschen.

Abb. 1: Konfliktwahrnehmung 1993 und 1998



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1993, 1998.

Generell nehmen die Ostdeutschen fast durchgängig stärkere Spannungen wahr als die Westdeutschen (vgl. Abb. 1). Besonders große Unterschiede bestehen zum einen bei Gastarbeitern und Deutschen (74 % Ost, 56 % West), vielleicht, weil die Ostdeutschen Fremdes stärker ablehnen. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern könnte auch eine stärker empfundene Rivalität um Arbeit und soziale Leistungen eine Erklärung sein. Unterschiede bestehen weiterhin bei den Konflikten Arm versus Reich (73 % Ost, 54 % West) und Ostdeutsche versus Westdeutsche (57 % Ost, 39 % West). Hier schlagen Probleme des Vereinigungsprozesses zu Buche, möglicherweise auch ein stärker egalitär ausgerichtetes Gerechtigkeitsempfinden der ostdeutschen Bevölkerung. Alles in allem scheint die höhere Konfliktwahrnehmung im Osten in erster Linie Ausdruck größerer sozialer Probleme zu sein; zusätzlich könnte auch die geringere Gewöh-

nung an Interessengegensätze als konstitutives Element einer offenen Gesellschaft eine Rolle spielen.

Gegenüber 1993 sehen die Ostdeutschen deutlich mehr Konflikte (Abb. 1). Wachsende Spannungen werden insbesondere zwischen Arm und Reich und zwischen Gastarbeitern und Deutschen registriert. Nur der Ost-West-Gegensatz hat sich nach Meinung der Ostdeutschen nicht verschärft. Im Westen werden im Vergleich zu 1993 fünf der neun abgefragten Interessenkonflikte als stärker eingestuft, drei als weniger stark (v.a. das innerdeutsche Verhältnis). Auch für Westdeutschland deuten die Ergebnisse folglich auf ein etwas rauheres gesellschaftliches Klima hin. In der Langzeitbeobachtung seit 1978 erkennt man aber für die alten Bundesländer eine insgesamt abnehmende wahrgenommene Konfliktintensität (vgl. Tab. 1). Vor allem das Verhältnis der Generationen und der politischen Lager wird als entspannter erlebt; in geringerem Maße gilt dies auch für die ökonomischen Konflikte Arbeitgeber versus Arbeitnehmer und Arm versus Reich.

Tab. 1: Konfliktwahrnehmung im Zeitablauf
Angaben in Prozent

Konflikte zwischen . . . sind „sehr stark“ oder „stark“	West					Ost		
	1978	1984	1988	1993	1998	1990	1993	1998
Asylbewerbern/Deutschen	–	–	–	82	81	–	76	83
Links/Rechts	83	67	71	65	64	79	70	78
Gastarbeitern/Deutschen	55	63	64	57	56	66	52	74
Arbeitgebern/Arbeitnehmern	60	74	67	49	54	52	66	67
Arm/Reich	67	–	–	45	54	53	61	73
Ostdeutschen/Westdeutschen	–	–	–	50	39	40	61	57
Jung/Alt	64	–	–	20	26	38	22	27
Männern/Frauen	–	18	22	14	17	–	–	14

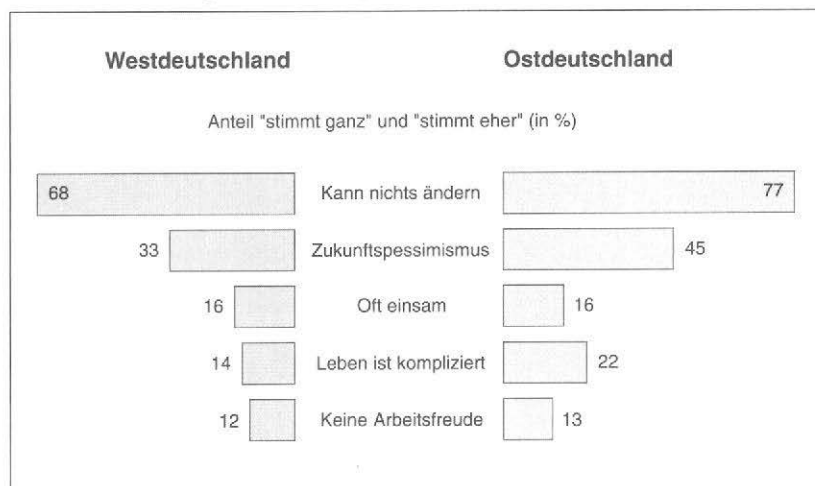
Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1984, 1988, 1990-Ost, 1993, 1998.

Nicht alle Personen nehmen gleichermaßen Auseinandersetzungen wahr. Den stärksten Einfluss hat die politische Orientierung. Sympathisanten von PDS und Bündnis 90/Die Grünen sehen häufiger Konflikte als die der Union oder der Liberalen. Das Programm von PDS und Grünen ist besonders emanzipatorisch-gesellschaftskritisch, was offensichtlich auf die Gesellschaftsbewertung ihrer Anhänger abfärbt. Ansonsten scheinen sich bei den Urteilen verschiedene Einflüsse zu überkreuzen. Einerseits führt gesellschaftliche Benachteiligung zu hohen Konflikteinstufungen: Arbeitslose sehen mehr Konflikte als Erwerbstätige, Frauen mehr als Männer, Personen mit niedrigem Lebensstandard mehr als solche mit hohem. Andererseits steigt die Konfliktwahrnehmung mit der Bildung und der subjektiven Schichteinstufung. Gerade bei Privilegierten besteht offenbar ein hohes Problembewusstsein. Tendenziell steigt die Konfliktwahrnehmung auch mit der Größe des Wohnortes, vermutlich, weil in größeren Städten soziale Gegensätze im Alltag spürbarer sind als in Kleinstädten.

19.2 Verbreitung von Anomiesymptomen

Anomie bezeichnet in der Soziologie einen Zustand der Normlosigkeit. Auf gesamtgesellschaftlicher Ebene ist Anomie ein Zeichen zunehmender Desintegration. Auf individueller Ebene fehlt den Menschen ein Orientierungsrahmen für die Lebensgestaltung, und sie fühlen sich überfordert. Die Theorie sieht Anomie vor allem als Begleiterscheinung raschen und tiefgreifenden sozialen Wandels, wie er zum Beispiel im ostdeutschen Transformationsprozess stattgefunden hat und zum Teil noch stattfindet. Gemessen wird das Konzept der Anomie durch Fragen nach bestimmten Symptomen: nach der Empfindung von Einsamkeit, Entfremdung, Machtlosigkeit, Zukunftspessimismus und Orientierungslosigkeit.

Abb. 2: Verbreitung von Anomiesymptomen



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

Das Gefühl, an den meisten Schwierigkeiten unserer Zeit nichts ändern zu können, ist weit verbreitet (68 % West, 77 % Ost, vgl. Abb. 2). Dies ist aber weniger als Krisenanzeichen zu sehen denn als realistische Einschätzung, als Einzelner nur begrenzten Einfluß auf gesellschaftliche Probleme zu haben. Zukunftspessimismus ist weniger häufig anzutreffen. Gleichwohl sind ein Drittel der Westdeutschen und nahezu die Hälfte der Ostdeutschen eher pessimistisch. Gefühle der Einsamkeit, der Entfremdung von der Arbeit oder der Überforderung durch die komplizierten Verhältnisse sind schließlich die „härtesten“ Anzeichen für Anomie. Solche Empfindungen haben rund 15 % der Westdeutschen und ebenso viele bzw. etwas mehr Ostdeutsche. Drei der fünf Anomiesymptome sind in den neuen Bundesländern etwas weiter verbreitet. Insbesondere sind die Ostdeutschen

pessimistischer, was möglicherweise als Reflex auf den sich doch langsamer als erhofft vollziehenden Angleichungsprozess zu sehen ist. Allerdings ist in Ostdeutschland seit der Wende durchgängig ein leichter Rückgang der Verbreitung von Anomiesymptomen zu verzeichnen (vgl. Tab. 2). Dies gilt insbesondere für das Gefühl, sich im Leben nicht mehr zurechtzufinden, was eindeutig ein Gewöhnungseffekt an die neuen Gegebenheiten ist. Der Zeitvergleich wie auch der ver-

Tab. 2: Anomiesymptome
Angaben in Prozent

Statement	West		Ost	
	Ganz und gar	eher	Ganz und gar	eher
Ich kann an den meisten unserer heutigen Schwierigkeiten nicht viel ändern				
1988/1990 ¹	34	37	34	40
1993	28	46	48	38
1998	22	46	36	41
Zukunftspessimismus ²				
1993	9	35	12	34
1998	7	26	12	33
Ich fühle mich oft einsam				
1980	7	11	–	–
1988/1990	5	9	10	12
1993	4	9	7	10
1998	5	11	5	11
Das Leben ist heute so kompliziert geworden, dass ich mich fast nicht mehr zurechtfinde				
1980	4	11	–	–
1988/1990	3	8	12	28
1993	3	10	10	23
1998	3	11	6	16
Meine Arbeit macht mir eigentlich keine Freude				
1980	5	10	–	–
1988/1990	4	9	9	13
1993	4	7	6	11
1998	4	8	4	9

1 1988 nur Westdeutschland, 1990 nur Ostdeutschland.

2 Mit umgekehrter Polung abgefragt: „Wenn ich an die Zukunft denke, bin ich eigentlich recht zuversichtlich“. Ausgewiesen sind die Antwortkategorien „ganz und gar nicht“ und „eher nicht“.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1980, 1984, 1988, 1990-Ost, 1993, 1998.

gleichende Blick auf die alten Bundesländer belegt, dass der tiefgreifende Umbau der ostdeutschen Gesellschaft anfangs von einem höheren Ausmaß an Anomie begleitet war. Inzwischen erkennt man deutliche Anzeichen einer Normalisierung: Der Transformationsprozess hat sich stabilisiert, die Zeit des raschen sozialen Wandels ist vorbei. Auch in Westdeutschland gibt es in der Summe einen leichten Rückgang von Anomiesymptomen.

19.3 Gesellschaftliche Integration

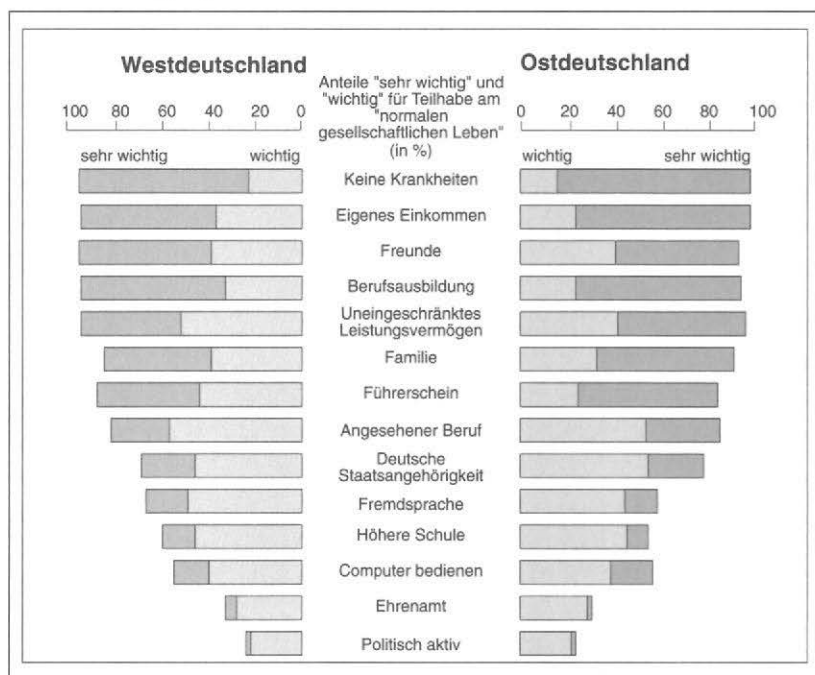
Dass die bundesdeutsche Gesellschaft auseinanderfällt und die soziale Integration angesichts von Massenarbeitslosigkeit und Vereinzelungstendenzen nicht mehr gewährleistet sei, ist eine häufig zu lesende Diagnose. Diese soll im Folgenden geprüft werden. Unter sozialer Integration versteht man, dass alle Menschen, sofern sie es wünschen, in möglichst umfassendem Sinne am normalen gesellschaftlichen Leben teilhaben, also „dazugehören“. Dies bedeutet, Zugang zu Institutionen (wie dem Erwerbssystem) zu haben und an zentralen Ressourcen (wie Wohlstand) zu partizipieren; aber ebenso, und hiermit ist der persönliche Nahbereich angesprochen, in soziale Beziehungen und Netzwerke eingebunden zu sein.

Aus einem individuenzentrierten Blickwinkel ist soziale Integration von Ressourcen und Kompetenzen abhängig. Was sehen die Deutschen als ausschlaggebend dafür an, in das gesellschaftliche Leben eingebunden zu sein? Keine dauerhafte Krankheit oder Behinderung zu haben, gilt als Grundvoraussetzung (73 % „sehr wichtig“ im Westen, 83 % im Osten, vgl. Abb. 3). Ebenfalls von mehr als der Hälfte der Bürger für „sehr wichtig“ gehalten werden ein eigenes Einkommen, Freunde und eine abgeschlossene Berufsausbildung; im Osten zusätzlich uneingeschränkt leistungsfähig zu sein, Familie zu haben und einen Führerschein zu besitzen. Speziellere Kompetenzen (Fremdsprachen, einen Computer bedienen zu können) oder aktives bürgergesellschaftliches Engagement gelten nur Wenigen als unabdingbar. Die deutsche Staatsangehörigkeit wird von einem Viertel der Bevölkerung als sehr wichtig genannt; ausländische Mitbürger sehen dies vermutlich ganz anders, schließt sie doch das formale Kriterium Staatsbürgerschaft von vielen Mitwirkungsmöglichkeiten – aber auch von Pflichten – aus. Verallgemeinert man diese Ergebnisse, so müssen nach Ansicht der Bevölkerung vor allem vier Voraussetzungen gegeben sein, um voll „dazuzugehören“: Gesundheit an allererster Stelle, eine Berufsausbildung als Schlüssel zur Teilhabe am Erwerbsleben, die Verfügung über eigene finanzielle Ressourcen und soziale Kontakte. Dies kommt der berühmten Formel für Wohlbefinden – nämlich dem Dreiklang von Having, Loving und Being – sehr nahe.

Im Ost-West-Vergleich werden diese Bedingungen für soziale Integration ähnlich eingeschätzt (vgl. Abb. 3). Die häufigere Nennung eines eigenen Einkommens, einer Berufsausbildung und eines uneingeschränkten Leistungsvermögens durch die Ostdeutschen erklärt sich durch den Charakter der DDR als „Arbeitsgesellschaft“. Das soziale Leben war umfassend über die Betriebe geregelt. Zugleich ist die hohe Arbeitslosigkeit das drängendste Problem in den neuen Bundesländern. Auch die häufigere Nennung der Familie könnte mit der Beschäftigungskrise zusammenhängen, wird doch dadurch die Familie als Ort sozialer Integration sicherlich aufgewertet. Eine alternative Erklärung wäre die hohe Wertschätzung der privaten „Nische“ Familie als Reaktion auf vierzig Jahre autoritäres SED-Regime.

Wie zufrieden sind nun die Deutschen mit ihren persönlichen Möglichkeiten, am normalen gesellschaftlichen Leben teilzunehmen? Auf einer Skala von 0 bis 10 (mit

Abb. 3: Bedingungen für soziale Teilhabe



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

0 = „ganz und gar unzufrieden“ und 10 = „ganz und gar zufrieden“) nennen die meisten Personen den Wert 8, gefolgt von der 7. Untere Skalenwerte (0 bis 4), die deutliche Unzufriedenheit ausdrücken, wählen im Westen 6 %, im Osten 11 % der Bevölkerung. „Ganz und gar zufrieden“ sind im Westen 12 %, im Osten 5 %. Insgesamt sind die Menschen in den neuen Bundesländern deutlich unzufriedener mit ihren Teilhabemöglichkeiten (Mittelwert 6,7 gegenüber 7,5 in den alten Bundesländern). Dies korrespondiert mit dem Befund von Meinungsforschern, dass sich viele Ostdeutsche als „Bürger zweiter Klasse“ sehen.

Eine Statureinstufung am unteren Rand der Gesellschaft und Arbeitslosigkeit beeinflussen die Einschätzung der persönlichen Partizipationsmöglichkeiten besonders negativ (vgl. Abb. 4). Hier liegen die Zufriedenheiten im Mittel fast zwei Skalenpunkte unter dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung. Auch andere Formen der ökonomisch-materiellen Benachteiligung führen zu niedrigen Zufriedenheiten, beispielsweise ein schlechter Lebensstandard oder ein niedriges Einkommen. Deutlich unterdurchschnittliche Zufriedenheiten weisen auch Behinderte und Pflegebedürftige auf, des Weiteren Geschiedene und Personen ohne enge Freunde. Es sind also verschiedene Ursachen, die Unzufriedenheit mit den per-

sönlichen Teilnahmemöglichkeiten hervorrufen: sozioökonomische Benachteiligung (Armut), Ausschluss vom Arbeitsmarkt, Krankheit oder Behinderung und mangelnde Sozialkontakte. Diese Ursachenbündel decken sich weitgehend mit den oben präsentierten subjektiven Einschätzungen, welche Faktoren für das „Dazugehören“ wichtig sind. Und sie stehen für besondere „Problemgruppen“, die auch in der öffentlichen Meinung als mangelhaft integriert gelten: vor allem sind

Abb. 4: Zufriedenheit mit den Möglichkeiten, am normalen gesellschaftlichen Leben teilzunehmen



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

dies Arme, Langzeitarbeitslose und Behinderte. Für alle in Abbildung 4 dargestellten „Problemgruppen“ gilt, dass die Zufriedenheiten für die neuen Bundesländer noch einmal niedriger liegen als für die alten.

19.4 Soziale Beziehungen

Persönliche Beziehungen sind die unmittelbarste Form sozialer Integration. Freunde, Partner und Familie beeinflussen das Wohlbefinden und die psychische Stabilität und lassen sich als Unterstützungsnetzwerk für materielle und immaterielle „Leistungen“ verstehen. Ein erstes formales Kriterium für soziale Kontakte ist der Anteil der Bevölkerung, der allein lebt. 18 % in den alten und 16 % in den neuen Bundesländern leben allein, also in einem Einpersonen-Haushalt (vgl. Tab. 3). Auf Haushalte bezogen ergibt sich für Westdeutschland im Zehnjahresvergleich eine deutliche Zunahme von Einpersonen-Haushalten. Dennoch sind die Deutschen weit davon entfernt, ein Volk von Einzelgängern zu sein. Sieben von zehn haben einen Partner, auch wenn sie nicht immer mit diesem in derselben Wohnung oder derselben Stadt leben. 85 % der Bevölkerung haben außerhalb der Familie einen oder mehrere enge Freunde, und fast ebenso viele sind der Meinung, sie hätten gute Möglichkeiten, mit Menschen in Kontakt zu kommen und Freundschaften zu schließen (im Westen mit 80 % etwas mehr als im Osten mit 72 %). Umgekehrt heißt das, daß 15 % der Bevölkerung keine wirklich engen Freunde außerhalb der Familie haben. Etwa ein Fünftel der Bevölkerung sieht wenig Chan-

Tab. 3: Persönliche Kontakte und soziale Beziehungen
Angaben in Prozent

	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	1988	1993	1998	1990	1993	1998
Anteil der Alleinlebenden	15	17	18	13	13	16
Möglichkeiten, mit Menschen in Kontakt zu kommen						
Gute Möglichkeiten	75	79	80	65	68	72
Geringe/keine Möglichkeiten	23	20	19	33	31	27
Vorhandensein enger Freunde außerhalb der Familie	81	87	86	75	81	85
Durchschnittliche Anzahl Freunde	4,6	4,9	4,1	4,3	4,4	4,2
Häufigkeit der Treffen mit Freunden						
Beinahe täglich	18	14	13	10	12	14
Mindestens wöchentlich	48	51	47	32	40	37
Mindestens monatlich	25	27	31	37	35	37
Seltener, nie	9	8	9	20	13	11

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988, 1990-Ost, 1993, 1998.

cen, Freundschaften zu schließen. Im innerdeutschen Vergleich fällt auf, dass sich die Westdeutschen häufiger mit ihren Freunden treffen und ihre Kontaktmöglichkeiten positiver beurteilen. Allerdings sehen die Ostdeutschen im Vergleich zu 1990 bessere Kontaktchancen, und die Kontakthäufigkeit mit den engen Freunden ist gestiegen.

19.5 Zusammenfassung

Die Ostdeutschen nehmen mehr Konflikte zwischen sozialen Gruppen wahr als die Westdeutschen, und Anomiesymptome sind in den neuen Bundesländern weiter verbreitet. Doch während die Konfliktwahrnehmung der Ostdeutschen gegenüber 1993 gestiegen ist, werden Anomiesymptome seltener, was ein Anzeichen für eine Stabilisierung der Transformation ist. Mit den eigenen Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe sind nur wenige wirklich unzufrieden, im Osten allerdings rund doppelt so viele wie im Westen. Armut, Arbeitslosigkeit, Krankheit und soziale Isolation sind die wichtigsten Ursachen für eine niedrige Zufriedenheit. Dies sind auch die Bedingungen, die von der Bevölkerung als entscheidend für die volle Teilhabe am normalen Leben angesehen werden. Im persönlichen Nahbereich ist der ganz überwiegende Teil der Deutschen in Familie, Partnerschaft und/oder Freundeskreis eingebunden. Aus den Daten ist nicht ablesbar, dass der Zusammenhalt der deutschen Gesellschaft auf breiter Front gefährdet ist oder dass wir uns auf eine atomisierte Single-Gesellschaft zubewegen. Jedoch registrieren vor allem die Ostdeutschen ein rauheres gesellschaftliches Klima, und sie sehen auch mehr Defizite bei den persönlichen Teilhabechancen.

(Jan Delhey)

20 Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit im Urteil der Bürger

Moderne Wohlfahrtsstaaten wie die Bundesrepublik Deutschland ermöglichen den meisten Bürgern ein Leben in Wohlstand und eine umfassende gesellschaftliche Teilhabe. Sozialstaatliche Regelungen gewährleisten darüber hinaus ein bemerkenswertes Maß an sozialer Sicherheit, die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums sorgt für mehr Gerechtigkeit, und die Verfassung garantiert eine Vielzahl von Freiheitsrechten.

Doch nicht allen kommt das Erreichte gleichermaßen zugute. Einige Bevölkerungsgruppen werden sozial benachteiligt. Die Betroffenen leben in unsicheren Verhältnissen und können die gegebenen Freiheiten nur eingeschränkt nutzen. Andere sind vom gesellschaftlichen Leben ganz ausgeschlossen. Ihnen bleiben Freiheitsrechte, soziale Sicherheit und Chancengleichheit weitgehend verwehrt.

Ob Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit verwirklicht sind, lässt sich deshalb nicht allein anhand gesetzlicher Bestimmungen und institutioneller Regelungen ermes- sen, sondern ist auch von einer Vielzahl sozioökonomischer Rahmenbedingungen und individueller Partizipationschancen abhängig. Die subjektive Wahrnehmung von Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit durch die Bürger kann helfen, Diskrepanzen zwischen gesellschaftlichen Leitbildern und gesellschaftlicher Wirklichkeit aufzudecken und deren Ursachen zu erkennen.

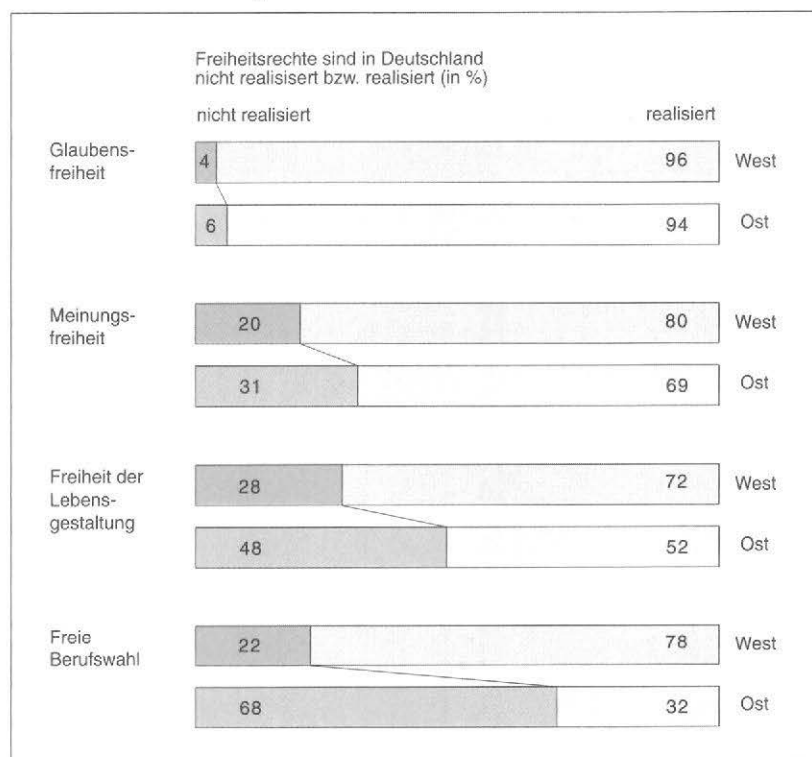
20.1 Freiheitsrechte

Die Freiheitsrechte sind im Grundgesetz festgeschrieben. Hier werden unter anderem das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, die Freiheit des Glaubens, das Recht der freien Meinungsäußerung und das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen, garantiert. Inwieweit diese Freiheitsrechte realisiert werden, bewerten die Bürger ganz unterschiedlich.

Die große Mehrheit der Bevölkerung ist der Meinung, dass die Glaubensfreiheit in der Bundesrepublik verwirklicht ist (vgl. Abb. 1). Auch das Recht auf freie Meinungsäußerung wird von den meisten als gegeben angesehen, acht von zehn Westdeutschen und sieben von zehn Ostdeutschen meinen, dass man immer und überall seine Meinung frei äußern kann.

Die Freiheit, so zu leben wie man will, und das Recht auf Berufsfreiheit werden in Ost und West ganz unterschiedlich beurteilt: Während die überwiegende Mehrheit der westdeutschen Befragten sagt, dass diese Rechte verwirklicht seien, beklagt ein Großteil der Bürger in den neuen Bundesländern erhebliche Defizite. Jeder

Abb. 1: Die Realisierung von Freiheitsrechten



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

Zweite meint, dass das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit eingeschränkt ist, und sieben von zehn Befragten sehen die Freiheit der Berufswahl nicht verwirklicht.

Ein kurzer Blick zurück hilft, die kritischere Sicht der Ostdeutschen zu verstehen: Als es ihnen 1989 gelang, sich bis dahin verwehrte Grundrechte zu erstreiten, erlebten viele das als Befreiung. Endlich war es möglich, das Leben in die eigenen Hände zu nehmen, die persönliche Meinung öffentlich zu äußern und sich politisch frei zu betätigen. Diese Zeit des gesellschaftlichen Übergangs war zugleich eine Zeit neuer Freiräume. Inzwischen haben sich viele an diese Freiheiten gewöhnt und zugleich deren Grenzen erfahren: den Mangel an Arbeits- und Ausbildungsplätzen, die Macht des Geldes und den Unterschied zwischen Meinungsfreiheit und politischem Einfluß. Einige Erwartungen der Ostdeutschen haben sich im vereinten Deutschland nicht erfüllt, die Kritik ist auch ein Ausdruck dieser Enttäuschungen.

Tab. 1: Freiheitsrechte
Angaben in Prozent

	In der Bundesrepublik „ganz und gar“ bzw. „eher realisiert“ . . .							
	Glaubens- freiheit		Meinungs- freiheit		Freiheit der Lebens- gestaltung		Freie Berufswahl	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Insgesamt	95	94	80	69	72	52	78	32
Geschlecht								
Männer	96	93	84	70	75	52	80	36
Frauen	95	95	77	68	69	52	76	28
Alter								
18–34 Jahre	93	91	80	62	68	46	81	46
35–59 Jahre	96	95	78	68	70	50	76	27
über 60 Jahre	97	96	85	76	80	61	78	25
Berufsbildung								
Hoch-/Fachschulabschluss	97	94	83	68	74	50	78	22
Berufsausbildung	95	94	80	69	73	51	79	32
Keine Berufsausbildung	94	96	79	69	67	57	76	40
Einkommen ¹								
Oberstes Quintil	97	94	85	70	76	60	80	33
Unterstes Quintil	93	89	77	57	68	41	72	37
Erwerbsstatus								
Erwerbstätig	95	94	81	66	70	48	80	31
Arbeitslos	96	94	71	64	69	47	71	33
Parteipräferenz								
SPD	94	95	83	75	72	59	76	30
CDU/CSU	97	97	85	88	77	69	80	48
FDP	93	/	91	/	71	/	88	/
Bündnis 90/Die Grünen	95	/	72	/	68	/	77	/
PDS	/	92	/	55	/	42	/	25

/ Fallzahl kleiner als 30.

¹ Bedarfsgewichtetes Haushaltseinkommen.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

Zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen gibt es zum Teil sehr aufschlussreiche Unterschiede bei der Wahrnehmung und Bewertung der Freiheitsrechte (vgl. Tab. 1). Besserverdienende sind häufiger als Einkommensschwache davon überzeugt, dass diese Rechte verwirklicht sind, und Erwerbstätige meinen dies öfter als Arbeitslose. Diese Resultate verdeutlichen, wie sehr die wahrgenommene Freiheit der Lebensgestaltung bzw. die Berufsfreiheit von individuellen Partizipationschancen abhängig sind.

Auch das Lebensalter beeinflusst das Urteil über die Freiheitsrechte. Junge Leute sind im Allgemeinen kritischer als die Älteren, und das nicht nur, weil sie mehr Freiheiten für sich beanspruchen, sondern auch, weil ihr Freiheitsdrang zuweilen an die Grenzen gesellschaftlicher Konventionen stößt. Nur bei der Bewertung der

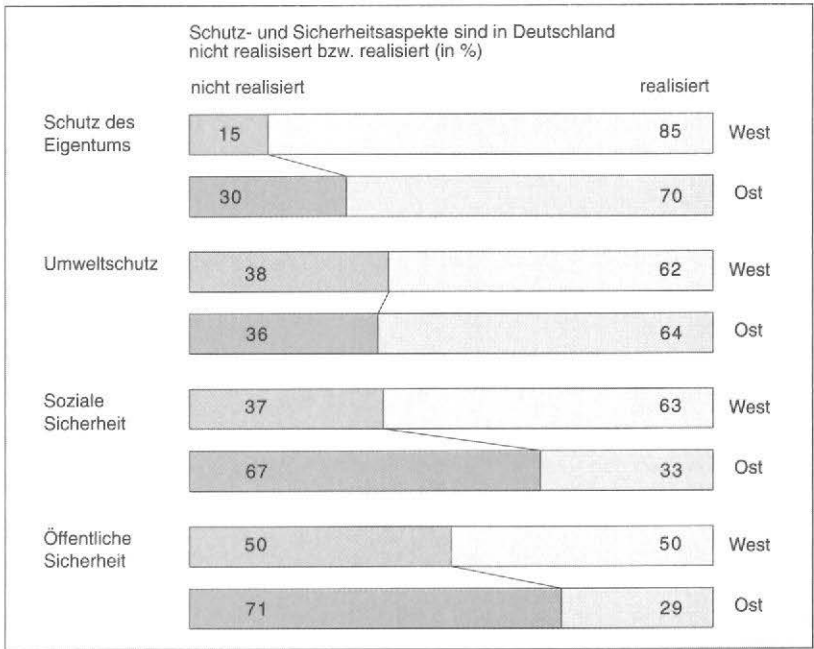
Berufsfreiheit fällt das Urteil der Jungen positiver aus. Da sie weder an Familie noch an veraltete Qualifikationen gebunden sind, haben sie größere Chancen als die Älteren, den gewünschten Beruf zu ergreifen.

Die Bewertung gesellschaftlicher Verhältnisse wird erfahrungsgemäß nicht nur von individuellen Lebenschancen beeinflusst, sondern auch von der politisch-ideologischen Orientierung. Zwischen den Anhängern der verschiedenen politischen Parteien gibt es zum Teil erhebliche Meinungsunterschiede. Am kritischsten von allen Befragten sind im Westen die Sympathisanten der Grünen und im Osten die der PDS. Eine betont kritische Betrachtung der Gesellschaft gehört offensichtlich nicht nur zur politischen Identität dieser Parteien, sondern auch zum Selbstbild vieler ihrer Anhänger.

20.2 Schutz und Sicherheit

Wie lebenswert eine Gesellschaft ist, bemisst sich nicht allein am Umfang der garantierten Freiheiten, sondern auch daran, ob die öffentliche Sicherheit gewähr-

Abb. 2: Die Realisierung von Schutz und Sicherheit



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

leistet ist, inwieweit die Bürger bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und im Alter gesichert sind und in welchem Maße die Umwelt geschützt wird.

Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung meint, dass sowohl der Schutz des Eigentums als auch der Schutz der Umwelt gewährleistet sind, West- und Ostdeutsche sind sich in diesem positiven Urteil weitgehend einig (vgl. Abb. 2).

Tab. 2: Schutz und Sicherheit
Angaben in Prozent

	In der Bundesrepublik „ganz und gar“ bzw. „eher realisiert“ . . .							
	Schutz des Eigentums		Umweltschutz		Öffentliche Sicherheit		Soziale Sicherheit	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Insgesamt	85	70	62	64	50	29	63	33
Geschlecht								
Männer	87	70	63	65	56	31	67	35
Frauen	83	71	61	63	44	28	59	31
Alter								
18–34 Jahre	87	70	59	56	53	35	62	39
35–59 Jahre	84	70	60	64	52	28	62	29
über 60 Jahre	84	72	68	70	42	26	65	35
Berufsbildung								
Hoch-/Fachschulabschluss	89	77	58	64	62	23	71	35
Berufsausbildung	84	68	62	62	47	29	63	31
Keine Berufsausbildung	84	75	63	71	48	35	59	39
Einkommen ¹								
Oberstes Quintil	87	76	62	67	50	32	69	31
Unterstes Quintil	85	64	65	65	53	25	55	22
Erwerbsstatus								
Erwerbstätig	85	69	61	61	52	29	64	31
Arbeitslos	86	62	62	65	38	32	45	30
Parteipräferenz								
SPD	85	76	61	61	47	30	65	39
CDU/CSU	88	82	69	76	51	42	69	53
FDP	79	/	49	/	56	/	69	/
Bündnis 90/Die Grünen	84	/	32	/	53	/	57	/
PDS	/	60	/	54	/	19	/	25

/ Fallzahl kleiner als 30.

¹ Bedarfsgewichtetes Haushaltseinkommen.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

Schlechter werden dagegen die öffentliche Sicherheit und die soziale Sicherheit beurteilt. Jeder zweite Westdeutsche sieht Mängel beim Schutz vor Kriminalität und etwa jeder dritte beklagt Defizite bei der sozialen Sicherheit. In den neuen Bundesländern meinen sieben von zehn Bürgern, dass die öffentliche Sicherheit bzw. die soziale Sicherheit nicht verwirklicht sind.

Oft wird die kritischere Sicht der Ostdeutschen allein ihrem größeren Bedürfnis nach staatlicher Fürsorge zugeschrieben. Doch diese Erklärung greift zu kurz. Wie Analysen zeigen, ist die Bewertung der sozialen Sicherheit stark von sozioökonomischen Rahmenbedingungen, vor allem von der regionalen Arbeitsmarktlage, abhängig. In Gebieten mit geringer Erwerbslosigkeit fällt das Urteil positiver aus als in Gegenden, in denen die Arbeitslosenquote sehr hoch ist. Dass im Osten größere Sicherheitsdefizite wahrgenommen werden, ist demnach auch auf die schlechtere Wirtschaftslage in den neuen Bundesländern zurückzuführen.

Die Differenzen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen in West und Ost fallen eher gering aus (vgl. Tab. 2). Männer und Frauen, Besserverdienende und Einkommensschwache, Arbeitslose und Erwerbstätige sind sich weitgehend darüber einig, inwieweit der Schutz des Eigentums und der Schutz der Umwelt verwirklicht sind. Vorhandene Meinungsdifferenzen sind im wesentlichen auf ein unterschiedlich ausgeprägtes Problembewusstsein zurückzuführen. Vor allem Anhänger der Grünen und jüngere Leute sehen Defizite beim Umweltschutz, insbesondere ältere Menschen beklagen fehlenden Schutz vor Kriminalität, und hauptsächlich Arbeitslose, Einkommensschwache und Sympathisanten der PDS kritisieren Mängel bei der sozialen Sicherheit.

20.3 Chancengleichheit und Gerechtigkeit

Gleichheit und Gerechtigkeit sind weitere Merkmale, die die Lebensverhältnisse in einer Gesellschaft prägen. In Artikel 3 des Grundgesetzes sind der Gleichheitssatz, der Gleichberechtigungsgrundsatz und das Differenzierungsverbot festgeschrieben. Niemand darf demnach wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.

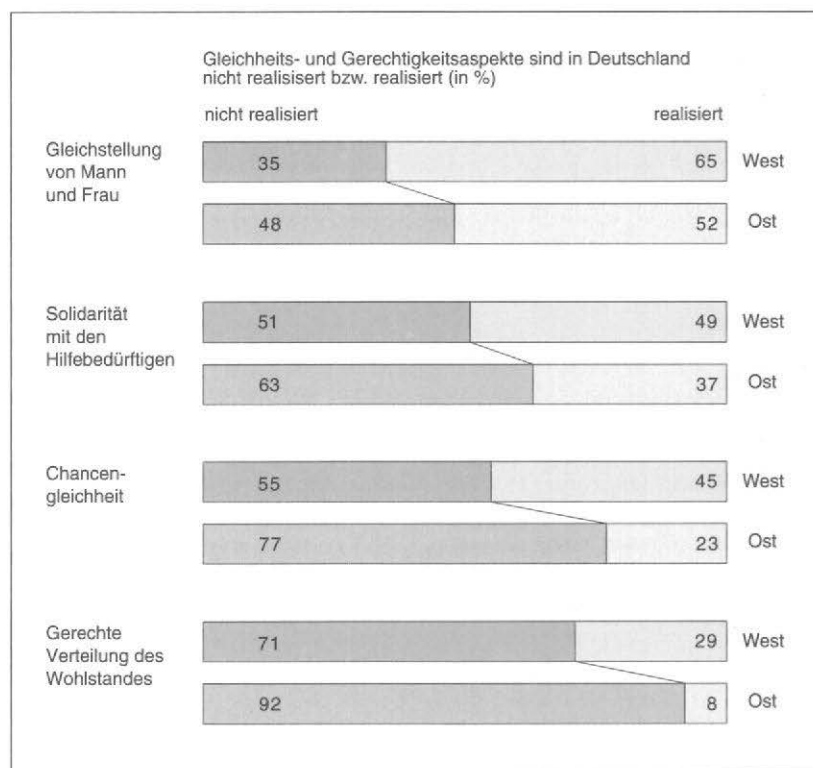
Die Bewertung durch die Bevölkerung deckt erhebliche Diskrepanzen zwischen Verfassungstext und der erlebten Verfassungswirklichkeit auf (vgl. Abb. 3). Dass es in der Bundesrepublik Chancengleichheit unabhängig von der Herkunft gibt, meint nur ein kleiner Teil der Menschen, nicht einmal jeder Zweite im Westen und nur etwa jeder Vierte im Osten. Selbst die Gleichstellung von Mann und Frau und die Solidarität mit Hilfebedürftigen wird von vielen als nicht verwirklicht angesehen. Dass diese Gesellschaft gerecht ist, glauben die wenigsten. Nur drei von zehn Westdeutschen und nicht einmal jeder zehnte Ostdeutsche sagen, dass der Wohlstand in dieser Gesellschaft gerecht verteilt wird.

Die Bewertung von Gleichheit und Gerechtigkeit wird erwiesenermaßen vor allem von der Erfahrung gesellschaftlicher Benachteiligung beeinflusst (vgl. Tab. 3). Das zeigt sich auch hier: Frauen kritisieren Defizite bei der Gleichstellung der Geschlechter häufiger als Männer; Arbeitslose und Einkommensschwache beklagen

fehlende Solidarität und mangelnde Chancengleichheit öfter als Erwerbstätige und Leute mit höherem Einkommen.

Doch diese Effekte fallen erstaunlich gering aus, denn auch ein Großteil der Männer meint, dass die Gleichberechtigung nicht realisiert ist, und selbst viele der Besserverdienenden glauben, dass Chancengleichheit und Gerechtigkeit nicht

Abb. 3: Die Realisierung von Chancengleichheit und Gerechtigkeit



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

verwirklicht sind. Öffentliche Debatten über soziale Benachteiligung haben demnach auch bei den nicht Betroffenen ein Problembewusstsein geschaffen, das zuweilen sogar über das der tatsächlich Benachteiligten hinausgeht: Nicht die Frauen äußern sich am kritischsten zur Gleichberechtigung, sondern die Anhänger der PDS, und nicht die Arbeitslosen beklagen sich am häufigsten über mangelnde Solidarität, sondern die Sympathisanten der Grünen.

Tab. 3: Chancengleichheit und Gerechtigkeit
Angaben in Prozent

	In der Bundesrepublik „ganz und gar“ bzw. „eher realisiert“ . . .							
	Gleichstellung von Mann und Frau		Solidarität mit Hilfebedürftigen		Chancengleichheit		Gerechte Verteilung des Wohlstandes	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Insgesamt	65	52	49	37	45	23	29	8
Geschlecht								
Männer	72	55	51	40	49	20	31	6
Frauen	59	49	47	35	42	24	27	10
Alter								
18–34 Jahre	67	61	44	42	43	26	29	10
35–59 Jahre	62	48	47	34	41	20	27	6
über 60 Jahre	69	48	57	38	54	23	34	9
Berufsbildung								
Hoch-/Fachschulabschluss	61	43	47	33	51	18	34	4
Berufsausbildung	66	50	50	38	44	22	27	9
Keine Berufsausbildung	65	63	47	39	43	30	31	7
Einkommen ¹								
Oberstes Quintil	63	48	48	30	48	22	34	5
Unterstes Quintil	64	49	47	35	39	20	23	8
Erwerbsstatus								
Erwerbstätig	68	52	47	37	45	23	29	8
Arbeitslos	54	54	37	31	33	18	24	6
Parteipräferenz								
SPD	62	44	47	38	42	20	22	4
CDU/CSU	71	75	57	57	54	41	41	21
FDP	69	/	56	/	62	/	35	/
Bündnis 90/Die Grünen	45	/	27	/	33	/	15	/
PDS	/	33	/	31	/	6	/	4

/ Fallzahl kleiner als 30.

1 Bedarfsgewichtetes Haushaltseinkommen.

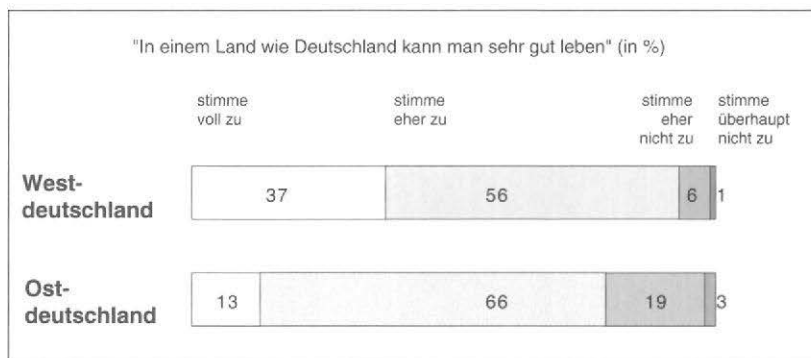
Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

20.4 Bewertung der Gesellschaft

Wie die Bürger die bundesdeutsche Gesellschaft insgesamt bewerten, zeigt die Zustimmung zur Aussage „In einem Land wie Deutschland kann man sehr gut leben“.

Die überwiegende Mehrheit der Bürger stimmt dem mehr oder weniger zu, 93 % der Westdeutschen und 79 % der Ostdeutschen (vgl. Abb. 5). Von einer generellen Kritik am „Modell Bundesrepublik“ kann demnach keine Rede sein. Das Urteil der Ostdeutschen fällt etwas schlechter aus: Nur 13 % der Ostdeutschen halten die

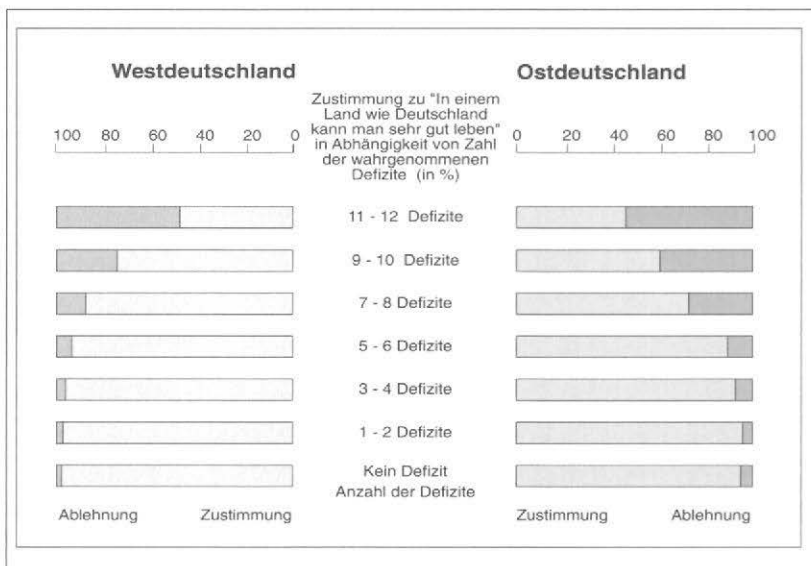
Abb. 4: Bewertung der Qualität der Gesellschaft



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

Gesellschaft uneingeschränkt für sehr lebenswert. In Westdeutschland ist der Anteil mit 37 % immerhin fast dreimal so groß. Mehr als ein Fünftel der Ostdeutschen, aber nur 7 % der Westdeutschen bezweifeln, dass die Bundesrepublik ein Land ist, in dem man sehr gut leben kann.

Abb. 5: Qualität der Gesellschaft und Defizite in der Realisierung von Rechten, Chancen, Sicherheiten und Freiheiten



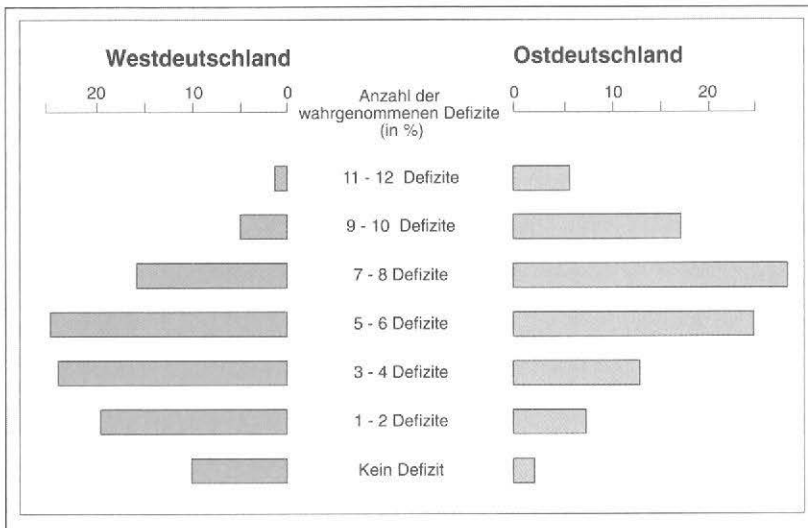
Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

Dennoch fällt die Bewertung der Gesellschaft insgesamt, angesichts der Vielzahl gesellschaftlicher Defizite, die von den Bürgern wahrgenommen werden, überraschend positiv aus. Man könnte meinen, dass das Ausmaß, in dem Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit verwirklicht sind, keinen Einfluss darauf hat, für wie lebenswert die Gesellschaft gehalten wird. Doch dieser Eindruck ist falsch, denn zwischen der Zahl der wahrgenommenen Defizite und der wahrgenommenen Qualität der Gesellschaft besteht ein deutlicher Zusammenhang.

Je mehr Probleme gesehen werden, desto geringer ist die Zustimmung zur Aussage, dass die Bundesrepublik eine lebenswerte Gesellschaft ist (vgl. Abb. 5). Zugleich wird aber auch deutlich, dass dieser Effekt erst ab einer bestimmten Anzahl wahrgenommener Defizite einsetzt. Von denen, die keine oder nur einige wenige Probleme registrieren, äußert sich nur eine Minderheit kritisch über die Gesellschaft. Erst diejenigen kommen zu einem schlechteren Urteil, die mehr als die Hälfte der betrachteten Freiheitsrechte, Sicherheitsaspekte bzw. Gerechtigkeitsmerkmale für nicht verwirklicht halten.

Dass die Ostdeutschen die Qualität der Gesellschaft insgesamt kritischer bewerten als die Westdeutschen, ist zum einen auf den stärkeren Effekt von Sicherheits- und Gerechtigkeitsdefiziten zurückzuführen. Analysen haben gezeigt, dass vor allem die wahrgenommenen Mängel bei der sozialen Sicherheit, der Chancengleichheit und der Gerechtigkeit das Urteil über die Gesellschaft negativ beeinflussen. Die Gesamtbilanz der Ostdeutschen wird zum anderen auch dadurch

Abb. 6: Kumulation gesellschaftlicher Defizite



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

getrübt, dass in den neuen Bundesländern viel mehr soziale Probleme wahrgenommen werden als in den alten Ländern.

Für jeden zweiten Ostdeutschen ist mehr als die Hälfte der Freiheits-, Sicherheits- und Gerechtigkeitsaspekte nicht verwirklicht. Bei den Westdeutschen sind es nur 22 %, die so viele Mängel in der Gesellschaft beklagen. Von den zwölf untersuchten Aspekten werden in Ostdeutschland durchschnittlich 6,4 als defizitär bewertet, in Westdeutschland dagegen lediglich 4,3 (vgl. Abb. 6).

20.5 Fazit

Die präsentierten Befunde vermitteln das Bild einer Bevölkerung, die eine Vielzahl von gesellschaftlichen Problemen wahrnimmt: Defizite bei Chancengleichheit und Gleichberechtigung sowie Mängel beim Schutz vor Kriminalität und bei der sozialen Sicherheit. Selbst elementare Freiheitsrechte sehen einige als nicht verwirklicht an. Erwartungsgemäß hat sich gezeigt, dass die Menschen in den neuen Bundesländern mehr soziale Probleme wahrnehmen als die Westdeutschen, zum einen, weil ein Teil ihrer hohen Erwartungen im Verlauf der Wiedervereinigung enttäuscht wurde, zum anderen aber auch, weil die sozioökonomischen Rahmenbedingungen und die individuellen Partizipationschancen in Ostdeutschland immer noch ungünstiger sind als in den alten Ländern. Dass die Bundesrepublik ein Land ist, in dem man sehr gut leben kann, meint trotz aller wahrgenommenen Probleme die überwiegende Mehrheit der Deutschen. Das Urteil über die Qualität der Gesellschaft fällt nicht zuletzt deshalb so positiv aus, weil das Lebensniveau in der Bundesrepublik alles in allem sehr hoch ist und fast alle sozialen Gruppen an der Wohlfahrtsentwicklung teilhaben konnten – wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß.

(Thomas Bulmahn)

Stichwortverzeichnis

Kursiv gesetzte Seitenzahlen beziehen sich auf Teil II

- Abfallaufkommen, -beseitigung 379
Abgabenbelastung 342
Abgeordnete 159 ff.
Abitur
 s. Hochschulreife
Abtreibungen 188 f.
Abwässer/Abwasserbeseitigung 380 ff.
AIDS 178 f.
Akademiker 67 ff.
Aktien 321
Alkohol, -konsum 119 ff., 187 f.
Alleinerziehende 39 f., 514
Alleinlebende 37 f.
Altersaufbau, -struktur 33 ff.
Alters- und Hinterbliebenenversorgung 199 ff.
Angestellte 92 ff., 113 ff., 244 ff., 336 ff.
Angestelltengehälter 112 ff., 340 f.
Ängste und Sorgen
 s. Sorgen
Anomie (-symptome) 424 ff., 595 f.
Ansprüche an Lebensbedingungen 441 f., 446 f.
Äquivalenzeinkommen 582
Arbeiter 92 ff., 113 ff., 244 ff., 336 ff.
Arbeitgeberleistungen 196 ff., 199 ff., 257
Arbeitgeberverbände 167 ff.
Arbeitnehmervereinigungen 167 f.
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen 208
Arbeitsförderung 197, 207 ff.
Arbeitskämpfe 171
Arbeitskosten 308 f., 342 ff.
Arbeitslose 84 ff., 95 ff., 100 ff., 103 ff.
 – Qualifikationsstruktur 108 ff.
Arbeitslosengeld, -hilfe 86 f., 108 f., 114, 207 ff.
Arbeitslosenquote 95 ff., 100 ff.
Arbeitslosigkeit 84 ff., 103 ff., 207 ff.
 – Angst vor 483 ff.
 – Dauer 108 f.
 – finanzielle Absicherung 483 ff.
Arbeitsmarkt 84 ff., 480 ff., 553
 – Politik 99 ff.
 – Problemgruppen 103 ff.
Arbeitsmarktchancen 472 ff., 483 ff., 487
Arbeitsorientierungen 490 ff.
Arbeitsplatzverlust 99 ff., 483 ff.
Arbeitsproduktivität 251
Arbeitsunfähigkeit 176 ff.
Arbeitsunfälle 176 ff., 179 f.
Arbeitszeit 149 ff., 337
Architekten 325 f.
Armut 581 ff., 588 ff.
Ärzte 183 ff., 325 f.
ASEAN-Länder 261 f.
Asylbewerberleistungsgesetz 212, 217
Asylsuchende, -berechtigte 48 f., 212 ff.
Aufstiegsfortbildungsförderung (AFBG) 82 f.
Ausbaugewerbe 295 f.
Ausbildung 54 ff.
 s. a. Schul- und Berufsausbildung
Ausbildungsförderung (BAföG) 80 ff., 197
Ausfuhr 259 ff., 283
Ausfuhrpreise 264 f.
Ausgaben
 – Bundesanstalt für Arbeit 207 f.
 – Erziehungsgeld 210 f.
 – für Freizeitgüter 151 ff.
 – für Gesundheit 192 ff., 203 ff.
 – für Kultur 151 ff.
 – für Sport und Erholung 151 ff.
 – Kindergeld 209 f.
 – Krankenversicherung 203 ff.
 – öffentlicher Haushalte 153
 – privater Haushalte 110 ff., 114 ff., 151 f.
 – Rentenversicherung 199 ff.

- Sozialhilfe 197, 212 ff.
- Umweltschutz 389 f.
- Ausländer 44 ff., 569 ff.
- Arbeitslose 103 ff.
- Aufenthaltsdauer 46
- Beschäftigungsstruktur 571 f.
- Bildungsniveau 79, 569
- Ehepartner 40 f.
- Einbürgerung 577 ff.
- Integration 569, 575 ff.
- Kinder 47, 60 f., 79, 210 f.
- regionale Verteilung 47 f.
- Sozialhilfeempfänger 213 f.
- Zu- und Fortzüge 26, 44 ff., 51 ff.
- Außenhandel 259 ff., 264 ff.
- Außenhandelsbilanz 264 ff.
- Außenwirtschaft 259 ff.
- Aussiedler 27, 29
- Aussperrung 171
- Ausstattung der privaten Haushalte 128 ff.
- Auszubildende 63 ff.
- Autos
 - s. *Personenkraftwagen*
- BAföG
 - s. *Bundesausbildungsförderungsgesetz*
- Bahnverkehr
 - s. *Eisenbahnverkehr*
- Banken 317 ff.
- Bargeldumlauf 318
- Baufertigstellungen 145 ff.
- Baugenehmigungen 145 ff.
- Baugewerbe 252 ff., 258, 287, 295 ff.
- Baukosten 148
- Bauland 333 f.
- Baupreisentwicklung 333 f.
- Bausparkassen 320
- Bautätigkeit 145 ff.
- Beamte 92 ff., 244 ff.
- Altersversorgung 197
- Haushaltseinkommen 112 ff.
- Beförderungen (Verkehr) 354 ff.
- Beherbergungsgewerbe 309 ff.
- Behinderte 189 ff., 467 f.
- Bekleidung 117 ff.
- Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 287 ff.
- Berufe 91 ff.
- Berufsausbildung 55 ff., 61 ff., 106 f.
- Berufskrankheiten 179 f.
- Berufsschulen 55 ff., 62 f.
- Berufsverbände 167 ff.
- Beschäftigte
 - s. a. *Erwerbstätige*
- Baugewerbe 296 f.
- Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 288 ff.
- Energie- und Wasserversorgung 298 f.
- Freie Berufe 324 ff.
- Handel 304 f.
- Handwerk 300 ff.
- Kreditgewerbe 319
- Landwirtschaft 273 ff.
- öffentlicher Dienst 242 ff.
- Verarbeitendes Gewerbe 288 ff.
- Versicherungen 322 ff.
- Besorgnis, -symptome 424 ff., 560 ff.
- Bestattungen, kirchliche 173 ff.
- Beteiligung
 - soziale 159 ff.
 - politische 159 ff.
- Betriebe
 - s. a. *Unternehmen*
- forstwirtschaftliche 284 f.
- landwirtschaftliche 271 ff.
- Bevölkerung 25 ff.
- Bevölkerungsbewegung 49 ff.
- Bevölkerungsdichte 30 ff.
- Bevölkerungsentwicklung 26 ff.
- Bevölkerungsverteilung, räumliche 30 ff.
- Bibliotheken 157
- Bier, -konsum 121 f., 187 f.
- Bildung 54 ff., 76 ff., 127 f., 471 ff.
- Bildungsabschluss 61, 77 ff., 472 ff.
- Bildungsausgaben, öffentliche 79 f.
- Bildungsbereiche 55, 563
- Bildungschancen 76 ff.
- Bildungsniveau 76 ff.
- Bildungssystem 55
- Binnenschifffahrt 352 f., 356 ff.
- Bodennutzung 270 ff.
- Braunkohle 369
- Bruttoinlandsprodukt 231, 249 ff., 254 ff., 260, 362
- Bruttonationaleinkommen (Bruttosozialprodukt) 249 f., 256

Bruttowertschöpfung 249 f., 252 f.
 Bücher 127 f., 152, 157
 Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) 80 ff.
 Bundesländer 30, 32, 47, 102, 160, 163, 230 ff., 238 ff., 384
 Bundestag, Deutscher 160 ff.
 Bundestagswahlen 159 ff.

 CD-Player 128
 Chancengleichheit 607 ff.
 Chemische Industrie 289 ff.
 Chöre 158
 Computer (PC) 128, 131 ff.

 Dienstleistungsbereich 90 f., 258, 303 ff.
 Dienstleistungsunternehmen 252 ff., 258, 303 ff.
 Drogen, -konsum 188
 Düngemittel 382

 EFTA-Länder 261 f.
 Ehe/Partnerschaft 514 f., 519 f.
 Ehedauer 43
 Ehelösungen/Ehescheidungen 42 ff.
 Ehepaare, binationale 40 f.
 Eheschließungen 42 ff.
 Eiererzeugung 279 f.
 Eigentumswohnungen 140 ff.
 Einbürgerungen 577 ff.
 Einfuhr 259 ff., 283
 Einfuhrpreise 264 f.
 Einkommen 86 ff., 111 ff., 563, 583 ff.
 – aus unselbstständiger Arbeit 84 ff., 112 ff.
 – aus Unternehmertätigkeit und Vermögen 112 ff., 256 ff.
 – der privaten Haushalte 110 ff.
 – verfügbares 111 ff.
 – von Arbeitslosen 87, 108 f.
 Einkommensarmut 588 ff.
 Einkommensniveau 511
 Einkommenspositionen 514 f.
 Einkommensteuer 234 ff.
 Einkommensungleichheit 355
 Einkommensverteilung 111 ff., 581 ff., 585 ff.
 – Ausländer 573 ff.

Einnahmen
 – der öffentlichen Haushalte 234 ff.
 – der privaten Haushalte 110 ff.
 Einschulung 57
 Einstellungen
 – zur Arbeit 490 ff.
 Einwohner 30 ff.
 Einzelhandel 304 ff.
 Eisenbahnverkehr 346 f., 351, 354 ff.
 Emissionen 362, 378 f.
 Endenergieverbrauch 363
 Energieausgaben 117 ff., 123 ff.
 Energieeinfuhr 367
 Energiepreise 372 ff.
 Energieträger 367 f.
 Energie- und Wasserversorgung 287 f., 298 f.
 Energieverbrauch 362 ff., 370 ff.
 Entwicklungsländer 259
 Erdgas 362 ff., 369
 Erdöl 362 ff., 367
 Ersparnis 111
 Erwerbsbeteiligung 87 ff., 571 f.
 Erwerbslose 84 ff.
 Erwerbsquote 87 f.
 Erwerbsstatus 473 ff.
 Erwerbstätige 84 ff., 552 ff.
 Erwerbstätigkeit 84 ff., 480 ff., 490 ff.
 Erzeugerpreise 327
 Erziehungsgeld 197, 210 f.
 Europäische Gemeinschaften/Europäische Union 101, 230, 238, 259 ff., 318, 369, 395 ff.
 – Arbeitsmarkt 395, 401 ff.
 – außenwirtschaftliche Beziehungen 395, 408 ff.
 – Bevölkerung 395, 401 ff.
 – Bruttoinlandsprodukt 404 ff.
 – Finanzierung 395, 399
 – Haushalt 399 ff.
 – Konvergenzkriterien 397
 – Lebensverhältnisse 395, 411 f.
 – Osterweiterung 395, 397, 402 f., 405 ff., 409 ff.
 – Produzierendes Gewerbe 406 ff.
 – Wirtschaftsentwicklung 395, 404 ff.
 – Wirtschafts- und Währungsunion 395, 397 ff.
 Europäisches Parlament 159, 163 ff.
 Evangelische Kirche 172 ff.

- Export 259 ff., 283
- Exportgüter 263
- Exportquote 289 ff.

- Fachhochschulen 55, 61, 77 f.
- Fachschulen 55
- Fahrzeugbestände 349 ff.
- Familien 37 ff., 512 ff.
- Familienarbeitskräfte 92 ff., 273 ff.
- Familienlastenausgleich 209
- Familienstand 42
- Familientypen/Familienformen 512 f.
- Faxgeräte 131
- Feldfrüchteanbau 276 ff.
- Fernsehen
 - Fernsehgeräte (in Haushalten) 127 f., 133, 152
 - Programm 156
 - Teilnehmer 155
- Fernwärme 370
- Finanzausgleich
 - s. *Länderfinanzausgleich*
- Finanzen, öffentliche 230 ff.
- Fischerei 90 f., 252 ff., 258, 269, 285 f.
- Flächennutzung 276 ff.
- Fleischerzeugung 279 ff., 282
- Flugzeuge 353 f.
- Fonds „Deutsche Einheit“ 230 ff.
- Forstwirtschaft 283 ff.
 - s. a. *Land- und Forstwirtschaft*
- Frauen
 - Abgeordnete 161 f.
 - akademische Laufbahn 73 f.
 - Arbeitslose 98
 - Bevölkerung 25
 - Bildungsniveau 76 ff.
 - Erwerbsquote 88 ff.
 - Erwerbstätigkeit 88 ff., 93 f., 220, 480 ff.
 - Freie Berufe 324 f.
 - Gewerkschaftsmitglieder 168
 - im öffentlichen Dienst 244
 - Krankheit 176 f.
 - Parteimitglieder 165 f.
 - Rente 200 f.
 - Schwangerschaftsabbrüche 188 f.
 - Sozialhilfeempfänger 214, 216
 - Stellung im Beruf 92 f.
 - Straffälligkeit 227 ff.
 - Studienabsichten 71, 73 f.
 - Überschuss 33 ff.
 - Verdienste 337 ff.
- Freie Berufe 324 ff.
- Freie Waldorfschulen 58 ff.
- Freiheit/Freiheitsrechte 602 ff.
- Freiheitsstrafen 228 f.
- Freizeit 127 f., 149 ff., 492 ff., 530 ff., 537 ff.
- Freizeitgesellschaft 149 f.
- Freizeitgüter 127 f.

- Gas 366
 - s. a. *Erdgas*
- Gastarbeiter 44 ff.
- Gastgewerbe 252 ff., 258, 309 ff.
- Gaststudium 76
- Gebrauchsgüter 125 ff., 128 ff.
- produzierendes Gewerbe 287 ff.
- Geburten 28 ff., 35 ff.
- Geburtenüberschuss, -defizit 28 ff., 36 ff., 54
- Geflügelproduktion 280 f.
- Gehälter 336 ff.
- Geldstrafen 228
- Gemeinden 37, 230 ff.
- Gemüseanbau 276 ff.
- Genuss- und Rauschmittel 187 f.
- Gerechtigkeit 602 ff., 607 ff.
- Gerichte 221 ff.
- Gesamtschulen 55, 58 ff.
- Geschirrspülmaschinen 128 f.
- Geschlechtskrankheiten 178 f.
- Gesellschaftliche Mitwirkung 159 ff., 530 ff.
- Gesundheit 176 ff., 463 ff.
 - Ausgaben 192 ff.
 - Beeinträchtigung 386 f., 463 ff.
 - Berufe 183 ff.
 - Krankenhausaufenthalt 177 f.
 - Vorsorge 186 ff.
 - Zufriedenheit mit 467 f.
- Gesundheitsbericht für Deutschland 386
- Getränke 117 ff.
- Getreideanbau 276 ff., 282
- Gewässerschutz 388, 392 f.
- Gewerbsteuer 235
- Gewerkschaften 167 f.
- Gewinne
 - s. *Kostenstruktur*

- Glücksempfinden 420 ff.
- Gottesdienstbesucher 173 ff.
- Großhandel 304 ff.
- Großstädte 31, 37 f.
- Grundschulen 55 ff.
- Güterverkehr 356 ff.
- Gymnasium 55, 58 ff.

- Handel 252 ff., 258, 303 f.
 - Arbeitskosten 308 f.
- Handelsvermittlung 303 f.
- Handwerk 287, 299 ff.
- Handys 131
- Hauptschulen 55, 58 ff., 77
- Hausfrauen 480 f., 516 f., 555
 - Erwerbswünsche 480 f.
- Haushalte, öffentliche 230 ff., 253
 - Ausgaben 198, 231 ff.
 - Einnahmen 234 ff.
 - Personal 242 ff.
 - Schulden 240 ff.
- Haushalte, private 37 ff., 110 ff., 198, 253, 328 ff., 500 ff.
 - Ausgaben 110 ff., 114 ff., 151 f., 254 ff.
 - Ausstattung 128 ff., 453 f., 501 f.
 - Einkommen 110 f.
 - Einnahmen und Ausgaben 110 ff.
 - Energieverbrauch 370 f.
 - Umweltbelastung durch 377 ff.
 - Zusammensetzung 37 ff.
- Haushaltseinkommen 514 f.
- Haushaltsformen 514 f.
- Haushaltsgeräte
 - s. *Gebrauchsgüter*
- Haushaltsgröße 37 ff.
- Haushaltstypen 114 ff.
- Heiratsalter 42
- Hepatitis 178
- Heranwachsende 227
- Hi-Fi-Anlagen 130, 133
- Hochschulabsolventen 61
- Hochschulen 67 ff.
 - Personal 72 f.
- Hochschulreife 61, 76 ff.
- Hörfunk/Rundfunk 155 ff.
- Hotellerie 313 ff.

- Import 259 ff., 283
- Individualverkehr 354 ff.

- Industrie 287 ff.
 - Energieverbrauch 370 f.
- Infektionskrankheiten, meldepflichtige 179
- Ingenieure 325 f.
- Insolvenzen 295 f.
- Integration
 - s. a. *Ausländer*
 - politische 537
 - soziale 469, 476 ff., 490, 537, 592 ff., 597 ff.
- Internetanschluss 131 f.
- Investitionen 234, 254 ff., 267 f., 293 f.
 - für Umweltschutz 389 f.
- Investitionsgüter produzierendes Gewerbe 287 ff.
- Islam 172

- Juden 172
- Jugendarbeitslosigkeit 105 f.
- Jugendhilfe 197, 218 ff.
- Jugendkriminalität/Jugendstrafen 227 f.

- Kabelanschluss 130
- Kapitalbilanz 266 ff.
- Kartoffelanbau 277 f.
- Katholische Kirche 172 ff.
- Kaufkraft der Einkommen 341
- Kernenergie 369, 371
- Kinder
 - Altersaufbau 33 ff.
 - Ausbildung 60
 - Ausländer 57, 60 f., 79
 - Geburten 35 ff.
 - Haushaltsgröße 37 ff.
 - in unvollständigen Familien 39 f.
 - Unfälle im Straßenverkehr 361
- Kindergärten 55 f., 60, 220
- Kindergeld 197, 209
- Kino 127, 152 ff.
- Kirche 530 ff.
 - evangelische 172 ff.
 - katholische 172 ff.
- Kirchenaustritte 173, 175
- Kläranlagen 381 ff.
- Kohle 362 ff., 369
- Kommunalwahlen 159
- Kommunikationstechnik 131 f.
- Kompetenzen 476 f.

- Konfessionen 172 ff., 530 ff.
- Konflikte, gesellschaftliche 592 ff.
- Konkurse 295 f.
- Körperschaftsteuer 234 ff.
- Kostenentwicklung im Gesundheitswesen 192 ff., 203 ff.
- Kostenstruktur
 - s. a. *Arbeitskosten*
- Baugewerbe 297 f.
- Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 294 f.
- Energie- und Wasserversorgung 298 f.
- Gastgewerbe 316 f.
- Handel 308 f.
- Verarbeitendes Gewerbe 294 f.
- Kraftfahrzeuge
 - Bestand 350 f.
 - Kosten 126, 152
 - schadstoffreduzierte 390 f.
- Kraftfahrzeugsteuer 126, 235
- Kraftfahrzeugversicherung 126
- Kraftstoffe 126
- Kranke 176 ff.
- Krankenhausaufenthalte 177 f.
- Krankenhäuser 184 ff.
- Krankenpflegepersonal 184 f.
- Krankenversicherung 323 f.
 - gesetzliche 192 ff., 197, 203 ff.
 - private 192 ff.
- Krankheit 176 ff., 463 ff.
 - meldepflichtige 178 f.
- Kreditaufnahme
 - öffentliche Haushalte 240 ff.
- Kreditinstitute 317 ff.
- Kriminalität, -bedrohung 224 ff., 521 ff., 525 ff.
- Kühlschränke 128 f., 133
- Kultur, Kultureinrichtungen 153 ff.
- Kurzarbeit 99 ff.
- Länderfinanzausgleich 238 ff.
- Landschaftsschutz 390 ff.
- Landtagswahlen 159, 163
- Land- und Forstwirtschaft 90 f., 252 ff., 258, 269 ff.
 - Beschäftigte 273 ff.
- Lärm/Lärmbekämpfung 387, 389
- Lastenausgleich 197, 199
- Lastkraftwagen 350
- Lebendgeborene
 - s. *Geburten*
- Lebensbedingungen 415 ff., 427 ff., 441 f., 555
- Lebensbereiche(n)
 - Wichtigkeit von 443 ff.
 - Zufriedenheit mit 431 ff.
- Lebenserwartung 37
- Lebensformen 512 f.
- Lebenshaltungsindex 328 ff., 335 f.
- Lebensstandard
 - Ansprüche 453 ff.
 - Realisierung 453 ff.
 - Zukunftserwartung 460
- Lebensunterhalt 87
- Lebensversicherung 323
- Lebenszufriedenheit 421, 435, 468, 520
 - s. a. *Zufriedenheit*
- Lehrer 63 f.
- Lehrstellen 63 ff.
- Leistungsbilanz 266 ff.
- Löhne 256 ff., 327 ff., 336 ff., 341 f.
- Lohnsteuer 234 ff., 257
- Luftbelastung 377 ff., 387
- Luftreinhaltung 389
- Luftschadstoffe 378 f., 387
- Luftverkehr 353 f., 356 ff.
- Luftverschmutzung 377 ff., 387
- Medizinische Versorgung 183 ff.
- Mieten 117 ff., 123 ff., 139 ff.
- Mietwohnungen 135 ff., 139 ff.
- Mikrowellengerät 128 f.
- Mikrozensus 26, 113, 186
- Milcherzeugung 279, 281 f.
- Mineralölsteuer 235
- Mitbestimmung 169 ff.
- Mitgliedschaften 530 ff.
 - Gewerkschaften 167 f., 534 ff.
 - Interessengruppen 534 ff.
 - Parteien 165 f., 534 ff.
 - Vereine 158, 530, 534 ff.
- Mithelfende Familienangehörige 92 ff.
- Möbel 125 f.
- Monatsverdienste (Angestellte) 340 f.
- Müllbeseitigung 380
- Museen 155
- Musik 158

- NAFTA-Länder 261 f.
- Nahrungs- und Genussmittel 117 ff.
- Nationalparke 392
- Naturschutz/Naturschutzgebiete 390 ff.
- Nichteheliche Lebensgemeinschaften 40
- Nichterwerbstätige 113 ff., 480 ff., 552 ff.
- Nominallöhne 341 f.
- Notare 224
- Obstanbau 276, 278, 282
- Offene Stellen 95 ff.
- öffentlicher Dienst 242 ff.
- OPEC-Länder 373
- Partnerschaft
 - s. *Ehe/Partnerschaft*
- Parteien 161 ff., 165 ff.
- Parteimitgliedschaft 165 f.
- Pensionäre/Pensionen 86 f., 114, 197, 199
- Personal
 - Gesundheitswesen 184 f.
 - Hochschulen 72 f.
 - öffentlicher Dienst 242 ff.
- Personalcomputer
 - s. *Computer*
- Personalausgaben (öffentliche Haushalte) 234
 - Personalkosten
 - s. *Arbeitskosten*
- Personalnebenkosten 343 f.
- Personenkraftwagen 292, 350 f.
 - schadstoffreduzierte 390 f.
- Personenverkehr 354 ff.
- Pferdebestand 279
- Pflanzen, gefährdete 385 f.
- Pflanzenschutzmittel 382
- Pflegeversicherung 197, 205 ff., 216
- Politik
 - Interesse 159 ff.
- Polytechnische Oberschulen 77
- Preise/Preissteigerungen 327 ff.
- Preisentwicklung 327 ff.
- Preisindizes 327 ff.
- Primärenergie/Primärenergieverbrauch 362 ff., 365 ff.
- Privater Verbrauch 110 ff., 117 ff., 377
- Problemgruppen 457 ff., 560 ff.
 - des Arbeitsmarktes 103 ff.
- Problemlagen 560 ff.
- Produktionsfaktoren 376
- Produktivität 251, 375
- Produzierendes Gewerbe 90 f., 252 ff., 258, 287 ff., 338 ff., 389 f.
- Prüfungen
 - Berufsausbildung 67
 - Hochschulen 69, 71
- Raucher/Rauchgewohnheiten 119 ff.
- Reallöhne 341 f.
- Realschulen 55, 58 ff., 77
- Rechtsanwälte 224
- Rechtsprechung 221 ff.
- Rehabilitation (med.) 185, 191
- Religionszugehörigkeit 172 ff., 530 ff.
- Renten/Rentner 86 f., 114, 199 ff.
- Rentenversicherung, gesetzliche 197, 199 ff.
- Richter 224
- Rinderbestand, -schlachtungen 279 ff.
- Rohstoffe 362 ff., 367
- Rundfunk
 - Geräte 127 f., 152
 - Programm 155 f.
- Saisonverläufe (Handel) 305, 307 f.
- Satellitenempfangsanlage 130
- Schadstoffemissionen 362
- Schafbestand 279 ff.
- Scheidungen 42 ff.
- Schichtung, soziale 552 ff.
- Schichteinstufung (subjektive) 474 f., 523, 557 ff.
- Schienenfahrzeuge 351 f.
- Schiennetz/Schienenverkehr 346 f.
- Schiffahrt 352 f.
- Schlachtungen 279 ff.
- Schulabgänger 61, 77
- Schulabschluss 61, 77 ff.
- Schul- und Berufsausbildung 54 ff., 63 ff.
- Schulpflicht 56 f.
- Schulden
 - öffentliche Haushalte 240 ff.
- Schulen 55 ff.
 - des Gesundheitswesens 78

- Schüler 55 ff., 76 ff.
- Schutzgebietskategorien 390 ff.
- Schwangerschaftsabbrüche 187 f.
- Schweinebestand, -schlachtungen 279 ff.
- Schwerbehinderte 189 ff.
- Arbeitslose 103 ff.
- Seeschifffahrt 352 f., 356 ff.
- Selbstmordfälle 181
- Selbstständige 92 ff., 112 ff.
- Selbstversorgungsgrad 282 ff.
- Sicherheit, öffentliche 521 ff., 602 ff.
- Siedlungs- und Verkehrsfläche 376
- Singles
 - s. *Alleinlebende*
- Sonderschulen 55, 59 f.
- Sorgen 424 ff.
- Sozialbeiträge 202 f., 257, 259
- Sozialberichterstattung 415 ff.
- Sozialbudget 196 ff.
- Soziale Lagen 552 ff.
- Soziale Sicherung 196 ff., 232 ff., 470
- Sozialer Wohnungsbau 147
- Sozialhilfe 87, 197, 212 ff.
- Sozialhilfeempfänger 114
- Sozialstruktur 552 f., 557 ff.
- Sozialversicherung 196 ff., 199 ff.
- Sozio-ökonomisches Panel (SOEP) 418 f.
- Sparkassen 318
- Sport 127, 158
- Staatsanwälte 224
- Staatsbürgerschaft 577 ff.
- Staatsausgabenquote 231 f.
- Staatsschulden 240 ff.
- Staatsverbrauch 254 ff.
- Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) 395
- Statistisches Bundesamt 19 ff.
- Steinkohle 369
- Stellung im Beruf 92 ff., 112 ff.
- Sterbefälle, Sterblichkeit 29, 33 ff.
- Steuerbelastung 235, 342 ff.
- Steuereinnahmen 234 ff.
- Steuerpflichtige 236 f.
- Steuerquote 235
- Straftaten 224 ff.
- Strafverfolgung 225 ff.
- Strafvollzug 228 f.
- Straßennetz 346 f.
- Straßenverkehr 354 ff.
- Straßenverkehrsunfälle 358 ff.
- Streiks 171
- Streusalz 382
- Stromerzeugung 368 ff.
- Studierende 67 ff.
- Studienabsichten 70 f.
- Studienfächer 70 f.
- Stundenlohn (Industriearbeiter) 338 f.
- Subventionen 234
- Tabakwaren (Konsum) 117 ff.
- Tabaksteuer 235
- Tarifpartner 167 ff.
- Taufen 173 ff.
- Teilzeitarbeit/Teilzeitbeschäftigte
 - Gesundheitswesen 184
 - Handel 305
 - öffentlicher Dienst 242
- Telefon 131, 133
- Theater 152 ff.
- Tiere, gefährdete 385 f.
- Tierische Produktion 279 ff.
- Todesursachen 180 ff.
- Tourismus/Tourismugewerbe 309 ff.
- Transferleistungen des Staates 110 ff.
- Transporte 356 ff.
- Trauungen, kirchliche 173 ff.
- Treibhausgase 378
- Tuberkulose 178 f.
- Übernachtungen (Gastgewerbe) 310 ff.
- Umsätze
 - Baugewerbe 296 f.
 - Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 289 ff.
 - Energie- und Wasserversorgung 298 f.
 - Gastgewerbe 316 f.
 - Handel 305 f.
 - Handwerk 300 ff.
 - Verarbeitendes Gewerbe 289 ff.
- Umsatzsteuer 234 ff.
- Umwelt 345 ff., 374 ff., 541 ff.
- Ökonomie 374 ff.
- Sorgen 548 ff.
- Umweltbelastungen 374 ff.
- Umweltökonomische Gesamtrechnungen 374 ff., 383 ff.

- Umweltrecht, internationales 388
- Umweltschutz 388 ff., 549 f.
- Unfälle 176 ff., 358 ff.
- Unfallursachen 361
- Unfallverletzte Personen 358 ff.
- Unfallversicherung 197, 323 f.
- Universitäten 55, 67 ff.
- Unterhaltungselektronik 127 ff., 130 f.
- Unterhaltungsgüter 127 f.
- Unternehmen
 - Baugewerbe 296 f.
 - Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 289 ff.
 - Energie- und Wasserversorgung 298 f.
 - Gastgewerbe 313 ff.
 - Handel 304 f.
 - Handwerk 300 ff.
 - Kreditinstitute 319
 - Verarbeitendes Gewerbe 289 ff.
 - Versicherungen 322 f.
- Urlaub 150 ff.

- Verarbeitendes Gewerbe 287 ff.
- Verbrauch, privater 110 ff., 117 ff., 377
- Verbraucherpreise 328 ff.
- Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe 287 ff.
- Verdienste 336 ff.
- Vereinsmitgliedschaft 158
- Verfahren bei Gerichten 222 f.
- Verkehr 252 ff., 258, 345 ff.
 - Ausgaben 347
 - Energieverbrauch 370 f.
 - Infrastruktur 345 ff.
 - Unfälle 358 ff.
 - Wertschöpfung 252 f.
- Vermögensbildung (Förderung) 197
- Verpackungen 379 f.
- Verschuldung
 - s. *Schulden*
- Versicherungen 322 ff.
- Vertriebene 26
- Verurteilte 226 ff.
- Videorecorder/Videokamera 128, 130, 133
- Viehbestand 279 ff.
- Vogelschutzgebiete 392
- Volkseinkommen 249 f., 256 ff.
- Volkshochschulen 76

- Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 113, 248 f.
- Volkszählung 26
- Vorleistungsgüter produzierendes Gewerbe 287 ff.
- Vorsorge, -untersuchungen (med.) 185 ff.

- Wachstumsraten 250 ff.
- Wahlberechtigte 160 f.
- Wahlbeteiligung 160 ff.
- Wahlen 159
- Waldfläche 283 ff.
- Waldschäden 384 f.
- Wanderungen 49 ff.
 - Außenwanderung 51 ff.
 - Binnenwanderung 49 ff.
- Warenkorb 329
- Waschmaschinen/Wäschetrockner 128 f., 133
- Wassergefährdende Stoffe 383
- Wassergewinnung, -versorgung 380 ff.
- Wasserkraft 365 f.
- Wasserstraßen 346
- Weinanbau 278 f.
- Weinkonsum 187 f.
- Weiterbildung 74 ff., 100
- Wertorientierungen 443 ff., 523
- Wertpapiere (festverzinsliche) 321
- Wichtigkeit von Lebensbereichen 443 ff.
 - Arbeit 443 ff., 490 ff., 541 f.
 - Ehe 517 f.
 - Einkommen 443 ff., 541 f.
 - Erfolg im Beruf 443 ff.
 - Familie 444 f., 517 f., 541 f.
 - Freizeit 444 f., 490 ff., 540
 - gesellschaftliche Integration 597
 - Gesundheit 541 f.
 - Glaube 533 f.
 - Schutz vor Kriminalität 522 f., 541 f.
 - Umweltschutz 541 ff.
- Wiedergutmachung 197, 199
- Wirtschaftsbereiche 90 f., 252 ff., 258
- Wirtschaftsordnung 247 ff.
- Wohlbefinden, subjektives 415 ff., 420 ff., 468 f., 491 ff., 519 f., 555
- Wohlfahrtssurvey 417 f.
- Wohnbedingungen 500 ff.
- Wohnen 134 ff., 500 ff., 515 f.

- Wohngeld 197
- Wohnraumversorgung 134 ff., 140 ff.
- Wohnungen
 - Ausstattung 137 ff., 501 f., 560 ff.
 - Belegung 140 ff.
 - Bestand 134 ff.
 - Eigentum 135 f.
 - fertiggestellte 145 ff.
 - Größe 135 ff., 502 f.
 - Heizungsart 138 f.
 - Mieten 117 ff., 123 ff.
- Wohnungsbautätigkeit 145 ff.
- Wohnzufriedenheit 502 f.
 - s. a. Zufriedenheit
- Zahlungsbilanz 266 ff.
- Zeitungen, Zeitschriften 127 f., 152
- Zigaretten, -konsum 119 ff., 187 f.
- Zölle 235, 238
- Zufriedenheit 420 ff.
 - Arbeit 475 f., 490 ff., 494 ff.
 - Bildung 478 f.
 - Demokratie 435 ff.
 - Ehe/Familie 435 ff., 519 f.
 - Einkommen 555 f.
 - erwartete Freizeit 540 s. a. Freizeit
 - Gesundheit 467 f.
 - in Lebensbereichen 431 ff., 435 ff., 519 f., 523 ff., 543 ff., 597
 - Kirche 533 f.
 - Lebensstandard 453 ff., 459 f., 478 f., 555 f.
 - mit dem Leben 421, 468 f., 519 f., 555 f.
 - öffentliche Sicherheit 435 ff., 523 ff.
 - soziale Sicherheit 435 ff.
 - Umweltschutz 435 ff., 543 ff.
 - Wohngegend 506 ff.
 - Wohnung 500 f., 502 f., 509 ff.
- Zufriedenheitsmessung 420 f.
- Zukunftserwartungen 443 ff., 449 ff., 470, 550 f.

Zeichenerklärung (Teil I)

In den Tabellen wurden folgende Zeichen verwendet:

- = nichts vorhanden
- = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- ... = Angaben fallen später an
- × Nachweis ist nicht sinnvoll bzw. Fragestellung trifft nicht zu
- / keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug

Die Autoren

Die Autoren des Teils II, die an den jeweiligen Kapitelenden aufgeführt sind, sind oder waren an den unten aufgeführten Instituten beschäftigt.

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB):

Dr. Roland Habich ist Koordinator der Abteilung „Sozialstruktur und Sozialberichterstattung“ im Forschungsschwerpunkt III des WZB. Petra Böhnke, Thomas Bulmahn und Dr. Jan Delhey sind wissenschaftliche MitarbeiterInnen in dieser Abteilung. (Ansprechpartner: rhabich@medea.wz-berlin.de)

Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA), Mannheim:

Dr. Heinz-Herbert Noll ist Leiter der Abteilung „Soziale Indikatoren“ des ZUMA. Regina Berger-Schmitt, Dr. Caroline Kramer, Anke Schöb und Dr. Stefan Weick sind wissenschaftliche MitarbeiterInnen in dieser Abteilung. (Ansprechpartner: NOLL@zuma-mannheim.de)

Weitere Autoren:

Dr. Peter Krause ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt „Das Sozio-ökonomische Panel“ im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin. Dr. Wolfgang Seifert ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Humboldt-Universität zu Berlin am Lehrstuhl für Bevölkerungswissenschaft tätig.

Teil I:

1. Bevölkerung ■ 2. Bildung ■ 3. Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit ■ 4. Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte ■ 5. Wohnen ■ 6. Freizeit und Kultur ■ 7. Gesellschaftliche Mitwirkung ■ 8. Gesundheit ■ 9. Soziale Sicherung ■ 10. Rechtspflege ■ 11. Öffentliche Haushalte ■ 12. Gesamtwirtschaft im Überblick ■ 13. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ■ 14. Produzierendes Gewerbe ■ 15. Dienstleistungsbereich ■ 16. Preise und Löhne ■ 17. Verkehr ■ 18. Energie und Rohstoffe ■ 19. Umwelt ■ 20. Deutschland und die Europäische Union

Teil II:

1. Konzepte und Daten der Sozialberichterstattung ■ 2. Globalmaße des subjektiven Wohlbefindens ■ 3. Zufriedenheit in Lebensbereichen ■ 4. Wertorientierungen und Zukunftserwartungen ■ 5. Lebensstandard ■ 6. Gesundheit ■ 7. Bildung und Kompetenzen ■ 8. Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit ■ 9. Einstellungen zur Arbeit und Arbeitszufriedenheit ■ 10. Wohnen ■ 11. Familie ■ 12. Öffentliche Sicherheit und Kriminalitätsbedrohung ■ 13. Gesellschaftliche Beteiligung und Freizeit ■ 14. Umwelt ■ 15. Soziale Schichtung und soziale Lagen ■ 16. Problemgruppen ■ 17. Ausländer in Deutschland ■ 18. Einkommensverteilung und Armut ■ 19. Gesellschaftliche Konflikte und soziale Integration ■ 20. Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit